XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

№ 1.

Ausgegeben am 1. Januar 1868.

Inhalt:

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

Nr. 2 erscheint am 10. Januar.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

27. Jahrgang.

I. Semester. I. Band.

Leipzig,
Verlag von Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)
1868.

Register.

Jahrgang 1868. Erstes Vierteljahr.

Politik und Völkerleben.

Bilder und Schilderungen.

Literatur und Kunst.

Kritiken und Besprechungen.

Die Ertheilung des Adels an Bürgerliche.

Es gibt einige sociale Wahrheiten, über welche in der Theorie alle Welt einig ist und die in der Praxis von Staaten und Einzelnen mit großer Naivetät verleugnet werden. Zur Besprechung einer solchen allbekannten und viel gemißhandelten Wahrheit wählt dies Blatt die Christwoche, in welcher Menschenfreundlichkeit und billige Rücksicht für die Schwächen des Nächsten oben auf sind. Denn es ist dabei nicht die Absicht, wehe zu thun, vielmehr zu gewinnen, und heilsam, nicht schädlich zu werden. Vielleicht ist nicht unnütz, das längst Giltige wieder einmal von den Gesichtspunkten zu betrachten, welche dem Deutschen durch die politischen Ereignisse der letzten Jahre nahe gelegt sind.

Ueber den politischen Werth, welchen das Institut des deutschen Adels für die Nation hat, mag die Nachwelt urtheilen, welche diese sociale Erfindung als eine historische Erscheinung vom Anfang bis zur Vollendung übersehen wird. Die Institution ist uns aus dem Mittelalter überkommen, sie ist entstanden unter einer Staatsform, welche mit dem modernen Staat wenig Aehnlichkeit hat; sie hat in verschiedenen Jahrhunderten sehr verschiedene Bedeutung gehabt. Jetzt ist sie zahlreichen unserer Landsleute, Mitbürger und Freunde ein werther Familienbesitz, für viele Tausende ein wesentliches Moment ihrer Selbstachtung, insofern auch ein Quell von sittlichen und ethischen Forderungen, die sie an sich und ihre Genossen stellen. Wir wollen also bereitwillig zugeben, daß der Adel nicht wenigen eine wesentliche Stütze und Bereicherung ihres Lebens ist; wir halten die Freude, welche dem Sohn eines alten Geschlechts ansehnliche und geehrte Vorfahren gewähren, für höchst berechtigt; wir alle sind willig zu rühmen, wo in der Vergangenheit unserer Adelsgeschlechter Tüchtigkeit und ein wohlthätiger Einfluß auf die großen Interessen der Nation erkennbar ist; ja wir sind auch bereit, uns um die Wette mit unsern adligen Freunden an den schwierigen Problemen der adligsten aller Wissenschaften, der Heraldik, zu versuchen, und über den Ursprung des Rautenkranzes und aller Sparren und Schrägbalken Vermuthungen aufzustellen, und wir erklären eifrig, daß

wir durchaus in der Ordnung finden, wenn deutsche Hausfrauen bei jedem geselligen Vergnügen ihrer adligen Freundin den besten Sophaplatz und die erste Schale Kaffee anbieten. Wir halten allerdings für kein Glück, wenn einzelnen unserer Adligen die Phantasie begehrlich auf Zuständen der Vergangenheit haftet, wo die Privilegien des Adels zahlreicher, seine Herrenstellung im Volke unzweifelhaft war, aber wenn solche Vorliebe für abgestorbene Rechte hier und da das Urtheil unserer Mitbürger über die Bedürfnisse des modernen Staates beschränkt, so werden wir auf gesetzlichem Kampfplatz, in der Presse und in parlamentarischen Körperschaften, eine freiere und größere Auffassung ihrer Pflichten ihnen gegenüber geltend machen. Zuletzt wiederholen wir freudig die Anerkennung, daß viele Namen unsers Adels mit unsern theuersten Erinnerungen, mit großen Erfolgen auf Schlachtfeldern, in Wissenschaft und Kunst eng verbunden sind, und daß die Nachkommen alter Landbeschädiger durch loyale Hingabe an die besten Interessen des Staates mehr als einmal das Unrecht der Väter in ausgezeichneter Weise gesühnt haben. Nirgend so sehr und so ruhmvoll als in Preußen.

Aber eine andere Frage ist, ob eine fortwährende Vermehrung unserer Adelsfamilien durch modernen Briefadel für die Geadelten selbst, für die Regenten, welche den Adel ertheilen, und für die Nation nützlich, gleichgiltig oder schädlich ist. Unleugbar neigt die große Majorität der Zeitgenossen zu der letzten dieser drei Ansichten.

In den despotischen Staaten, welche die deutschen Fürsten mit ihren Beamten auf den Trümmerhaufen des 30jährigen Krieges neu ordneten und welche bis zu dem französischen Wettersturm im Aufgange dieses Jahrhunderts bestanden, war die Nation nach den Traditionen früherer Zeit in Stände gegliedert, die Familienhäupter des hohen Adels waren die Regenten, den ersten Stand ihres Landes bildete der niedere Adel. Seine Standesrechte waren damals groß und für einen aufstrebenden Mann in Wahrheit begehrenswerth. Denn es hatte der landsässige Adel, das heißt diejenigen Familien, welche seit alter Zeit als adelig in der Landschaft begütert waren, fast allein durch Geburt das Recht des Domanialbesitzes auf dem Lande — die zahlreichen Ausnahmen zu Gunsten einzelner Städte, Bürger und Corporationen beruhten nicht immer, aber in der Regel ebenfalls auf Privilegien. — Der Adlige mit acht und mehr Ahnen besaß das nicht weniger werthvolle Vorrecht, seine Söhne und Töchter in einer großen Anzahl geistlicher Stifter versorgen zu können, er allein hatte mit seinen Frauen die Hoffähigkeit, das heißt das Vorrecht, seinen Landesherrn in Gesellschaft und höherem Hofdienst zu umgeben. Der Adel war nicht ausschließlich im Besitz der Offizierstellen und der höheren Staatsämter, aber er wurde bei diesen Carrièren in so ausgezeichneter Weise begünstigt, daß er allerdings befugt war, diese Stellen

als einen Standesbesitz zu betrachten, und daß jedes Heraufkommen eines Bürgerlichen als eine grobe Unregelmäßigkeit erschien. Das Interesse des fürstlichen Staates machte aber schon damals das Eintreten neuer Menschenkraft in ritterlichen Grundbesitz, Offiziers- und Beamtenstellen nothwendig, und den Nichtadeligen wurden Adelsbriefe gegen Geld und aus Gnade reichlich ertheilt. Wer sich heraufbringen wollte als Gutsbesitzer, Offizier, Beamter, kaufte einen Brief. Alle größern Landesherren ertheilten die Briefe, welche in ihrem Lande den Adel verliehen, aber für den in ganz Deutschland giltigen Adelstand galt nur der kaiserliche Hof als der vollberechtigte Spender, andere deutsche Fürsten, die Preußen und Sachsen erst, seit sie als Souveräne eine Königskrone außerhalb des Reiches trugen. Ein Adelsbrief gab aber durchaus nicht alle Vorrechte des Adels, zwar Offizieren und Beamten galt er als genügend, weil hier die persönliche Tüchtigkeit doch eine Hauptsache blieb; für Erwerbung des rittermäßigen Grundbesitzes mußte in vielen Territorien, vor allen in den kaiserlichen Erblanden, außer dem Diplom, welches zum „Edeln" machte, ein zweiter Ritterbrief gekauft werden, und auch dieser öffnete dem Neuling nicht sofort die Aufnahme in die Corporation des landsässigen Adels. Der Zutritt zu adeligen Stiftern aber und die Hoffähigkeit wurden durch Brief nicht erworben, vollends nicht für Frauen und Töchter der Geadelten.

In dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts rüttelte die Aufklärung ein wenig an diesen Verhältnissen; die Landesherren, welche das Bedürfniß fühlten, sich mit der neuen Bildung des Bürgerthums in Verbindung zu setzen, nahmen sich die Freiheit, die alte Ordnung ihres Hofes gering zu achten, und es war nicht unnatürlich, daß dieser Despect an einzelnen Höfen Mode ward. Die freiere Ansicht von Menschenwerth, welche vielen der bessern Fürsten gekommen war, wirkte nach jeder Richtung wohlthätig auf die Besetzung der Staatsstellen, zuweilen auch auf den persönlichen Verkehr und dadurch auf Ansichten und Bildung des Landesherrn, aber als Regel bestand bis über die französische Revolution in ganz Deutschland das alte Adelsrecht, und wenn Goethe, Schiller und Andere von ihren Herren wohlwollend mit des Kaisers Brief beschenkt wurden, so geschah dies immer mit der Empfindung, daß sie erst durch solche Gnade für den Verkehr mit ihrem Landesherrn legitimirt und in den Rang der Vollfreien Deutschlands erhoben würden. Und diese Ansicht lebte nicht nur an den Höfen, auch im Volke, trotz den bereits zahlreichen Opponenten, welche das Ideal eines neuen Staates, der noch nicht existirte, in ihrer Seele trugen.

Seit Napoleon das römische Reich zerbrach und durch die Erhebung der norddeutschen Stämme zerbrochen wurde, constituirten sich auf ganz neuer Grundlage die deutschen Staaten. Seit dem Jahre 1815 kam für den Adel, vor

andern für den preußischen, eine merkwürdige Uebergangszeit, welche bis zur Gegenwart währt. Einige politische Privilegien, die er als Stand im Staate besessen, waren gleich den Rechten und Beschränkungen der übrigen Stände aufgehoben, das Vorrecht des adeligen Grundbesitzes und der Standschaft, die fast ausschließliche Bevorzugung bei Offiziers- und höhern Beamtenstellen.

Aber er dauert als ein besonderer politischer Stand im Staate, die Regenten fahren fort, den Adel als erbliches Familienvorrecht oder auch als persönliche Auszeichnung zu ertheilen. Schon im Jahre 1812 ward in Preußen ein verlebter Orden neu constituirt, der nur Adeligen verliehen wurde, auch bei andern Orden fordert die oberste Klasse den Adel. Bedenklicher war, daß für gemeine Verbrechen adeligen Individuen ihr Adel aberkannt wurde, denn alsdann mußte der Richter, allem Volke fühlbar aussprechen, daß über dem Volk eine Classe von erblicher Rechtschaffenheit und Ehre bestehen und dadurch erhalten werden solle, daß sie ihre unwürdigen Mitglieder in das Volk herabstoße. Und was wichtiger war, dem Adel bleibt das Hofrecht und den Souveränen die Pflicht, alle Ehrenämter ihres Hofes mit Adeligen zu besetzen, auch für die Staatsämter, welche zu regelmäßigem Verkehr am heimischen oder am fremden Hofe verpflichten, gilt der Adel als Erforderniß. Und es erhält sich wenigstens Neigung und Tendenz, höhere Offizier- und Beamtenstellen mit Adeligen zu besetzen und für diese Functionen den wohl geeigneten Nichtadeligen den Adel zu ertheilen. Man unterläßt nicht, auch Künstlern und Gelehrten von Bedeutung, oder wenn sie sich zufällig dem Hofe empfehlen, einen Adelsbrief zu schenken, außerdem aber Adelsbriefe an Bewerber auszutheilen, zuweilen gegen Geld, ja es bestanden in einigen Staaten bis fast zur Gegenwart feste Preise für die einzelnen Adelstitel, und es half wenig, daß man diese Kaufsummen nur als Ausfertigungstaxen darzustellen suchte, und die persönlichen Verdienste des Geadelten als Hauptsache; dieselbe Beschönigung eines abgeschmackten Geschäftes hatten schon die Habsburger vergeblich versucht. Dabei fuhren die Regenten fort, ihre Verleihungen als eine Erhebung in höheren Stand zu bezeichnen. Auch die Regierungen hatten zuweilen die Empfindung, daß solche privilegirte Stellung eines einzelnen Standes nicht ganz in der Ordnung sei, man vermied vielleicht, in den Statuten eines adeligen Ordens die letzte Vorbedingung für die Aufnahme zu erwähnen, man versuchte vergeblich eine Unterscheidung zwischen staatsbürgerlichen Rechten und Ehrenrechten, zwischen Stand und Rang u. s. w.

Unter den Bürgerlichen, welche in diesen funfzig Jahren geadelt wurden, sind einige unserer besten Männer. Wer als Diplomat hohe Interessen zu vertreten hatte an einem Hofe, wo die Adelstraditionen galten, dem war der Adel wie die Uniform, der Titel und andere Decorationen eine bequeme Hilfe für den Verkehr mit Anspruchsvollen, und er durfte, falls ihm die

Adelsprädicate angeboten wurden, eine Ablehnung nachtheilig für die großen Geschäfte halten, welche zu fördern sein Beruf war. Wir sind auch nicht gemeint, streng zu urtheilen über den jungen Offizier, der unter den adeligen Kameraden Brief und Wappen für begehrenswerth fand, obgleich er einem großen Prinzip des neuen Staats und wahrscheinlich allen seinen bürgerlichen Kameraden weh that. Und ferner möchten wir besondere Nachsicht erbitten den deutschen Künstlern, welche höchst souverän im Reich der Farben, Töne und schöngeschwungenen Linien walteten, und doch auf deutschem Boden, in einem noch armen und mühevoll erwerbenden Volk von der Gnade eines kleinen Fürsten abhingen, wenn ihnen in enger Luft der Künstlerstolz klein wurde und wenn sie, unpolitische Männer, einmal vergaßen, daß der von keinem irdischen Fürsten einen Adelsbrief nehmen darf, den eine höhere Macht selbst gefürstet hat der Nation zu Freude und Segen. Schwerer wird uns, den Mangel an Selbstgefühl und politischem Tact bei den zahlreichen bürgerlichen Industriellen und Gutsbesitzern zu entschuldigen, die in der Höhe ihres Mannesalters, mitten im Volk stehend, eine Verleihung des Adels als Auszeichnung für sich begehren.

Denn wie kommt es doch, daß die Nation mit Unwillen und Spott, ja mit sehr lebhafter Mißachtung, auf solche Ertheilung neuen Adels blickt, zumal wenn sie einer Bewerbung folgt? Ist es Neid, welchen die distinguirende Hervorhebung des Einzelnen aufregt? Ist es deutscher Unwille über die Eitelkeit und das Streben nach äußerlicher Distinction? Ist es Parteigeist, welcher einen ansehnlichen Bürger nicht übergeführt sehen will in einen Stand, der in seiner Majorität immer noch politische und sociale Anschauungen bewahrt, welche den Quellen bürgeriicher Thatkraft und bürgerlichen Ehrgefühls nicht völlig entsprechen? Oder ist es im letzten Grunde ein größerer politischer Vorwurf, welcher gegen solche erhoben wird, die sich den Adel suchen?

Angenommen, es wäre in unsrer Zeit noch möglich, zwischen dem Regenten und den Regierten einen erblichen Adelstand von Gentlemen aufzurichten, welcher die Tendenz hat, alle in sich aufzunehmen, die durch Vermögen, Talent und ansehnliche Stellung aus dem Volke herausragen, so würde bei consequenter Durchführung dieses Prinzips zunächst das Volk zweitheilig zerschnitten, ein durchaus unerträglicher Gegensatz zwischen Herrschenden und Beherrschten hervorgerufen. Freilich auch im Laufe der Zeit der Adel selbst vernichtet, denn die Kinder und Nachkommen aller Männer, welche in solcher Weise aus dem Volk herausgehoben sind, würden bei einer Abnahme ihrer Tüchtigkeit und ihres Vermögens vor dem Zurücksinken in die Masse des Volkes doch nicht bewahrt werden können, und man könnte im besten Fall nichts schaffen als eine immer zahlreicher werdende Kaste von Braminen

oder Radschputen, denen für unehrlich gelten würde, hinter dem Pfluge herzugehen oder Sohlen zu schneiden. Bis zuletzt nach Jahrhunderten so ziemlich das ganze Volk aus Gentlemen in Lumpen bestehen müßte.

Da aber Niemand an eine solche consequente Verleihung des Adels denkt, was soll dann die fortgesetzte Scheidung der Staatsbürger in zwei Kategorien, welche als Kaufleute, Gutsbesitzer, Offiziere, Beamte in gleicher Thätigkeit neben einander stehen? Ist für die Geadelten der Adel irgend etwas, ein Mittel, besser Carriere zu machen, mit höher Stehenden auf gleichem Fuß zu verkehren, ein wirklicher Schmuck und eine Erhebung ihres Lebens, so wird bei dem besten Herzen und der größten Billigkeit ihrer Berufsgenossen von diesen die Bevorzugung Einzelner immer als ein Unrecht gegen alle Uebrigen empfunden werden. Und eine Verleihung des Adels wird die Mehrzahl der nicht Nichtgeadelten selbst in dem Falle demüthigen und benachtheiligen, wenn der Adel nur wirklichem persönlichem Verdienst und nur auf Lebenszeit verliehen würde; wir wissen, daß dies nicht der Fall ist.

Alles Leben und Gedeihen des modernen Staates beruht darauf, daß neue Familienkraft reichlich und unablässig aus den kleinen Kreisen menschlicher Thätigkeit emporringt und ohne jedes Hinderniß für jeden Zweck des Staates nutzbar gemacht wird. Der Staat als solcher darf nichts dazu thun, um träge, schwache und untüchtige Familien in anspruchsvoller und geschützter Stellung zu conserviren und dadurch frischer Menschenkraft Raum und Luft zu verengen. Wenn eine Familie der naturgemäßen Neigung folgt, ihre Angehörigen durch gesetzliche Mittel des Privatrechts, im Besitz von Land oder Vermögen auf mehrere Geschlechter zu erhalten, so ist das ihre Sache, der Staat wird solche conservirte Familienkraft zu gebrauchen wissen, soweit sie seinem Interesse dient. Wenn unser alter Adel in der Erinnerung an angesehene Vorfahren eine ihm vorzugsweise fließende Quelle von politischer Zucht und Sittlichkeit, von treuer Hingabe an den Staat und von edlem Selbstgefühl gegenüber Russen und Franzosen findet, so würde dies allerdings ein Gewinn für den Staat, auch Freude und Gewinn für die Nation werden. Niemand wird zu behaupten wagen, daß ein Adelsbrief, der jetzt erlangt wird, solche wohlthätige Wirkungen habe, er mag weichen und schwachen Empfindungen des Individuums wohlthun, er ist aber nichts weniger als Beweis eines gesunden Kraftgefühls, und wir leugnen deshalb sehr entschieden, daß er die Kraft und politische Sittlichkeit der nächsten Generationen des Geadelten zum Vortheil für den Staat steigern werde.

Und um endlich das Allbekannte mit groben Worten zu sagen, wir Deutsche haben allen Respect vor einem wackern Edelmann, und gönnen ihm herzlich gern seine Ehren und Titel. Aber wir sehen nicht, und wir

glauben nicht, daß unser Adel nach irgend einer Richtung klügere, bessere und tüchtigere Männer und Frauen hervorbringe, als andere gebildete Kreise unseres Volkes. Weder in Wissenschaft und Kunst, noch in der Landwirthschaft, noch in der Politik, sogar nicht da, wo er am bravsten ist, im Heere räumen wir dem Adel einen Standesvorzug größeren Talentes und stärkerer Kraft ein. Dagegen fühlen wir wohl, daß er besondere Schwächen der Individuen begünstigt, gerade weil er noch einiges von einem gesonderten Stande hat. Und deshalb meinen wir, wenn jetzt ein Bürgerlicher den Adel für sich sucht, so thut er es nicht, um gebildeter, besser, kräftiger zu werden, sondern aus begehrlicher Eitelkeit, aus Schwäche oder um sich und den Seinen kleine Vortheile zu schaffen. Und deshalb verübeln wir ihm den erbetenen Wappenbrief um so mehr, je mehr wir ihm politisches Urtheil zutrauen.

Auch unsere Fürsten haben in der Gegenwart jede Ursache, der Nation gegenüber den Schein zu vermeiden, als ob ihnen der Bürger ihres Staates erst mit einem Adelsprädicat für vollberechtigt gelte. Die alte Hoffähigkeit, jenes Vorrecht des Mannes von altem landsässigen Adel, mit seiner ebenbürtigen Frau und seiner Familie sich bei Hofe zu präsentiren und mit seinen Standesgenossen die ausschließliche Umgebung der Souveräne zu bilden, ist in neuer Zeit kein Privilegium des alten Adels geblieben; sie ist namentlich in Preußen sehr erweitert worden, wo alter Adel nicht einmal mehr als Vorbedingung zu einer Hofcharge gilt, wo vollends in der Adjutantur und in den höchsten Beamtenposten auf das Alter des Adels wenig Rücksicht genommen wird. Wohl aber ist unsern Souveränen, mit sehr einzelnen Ausnahmen, immer noch die Empfindung anerzogen, daß von den Landeskindern nur der Adelige für den Tagesverkehr des Hofes vollberechtigt sei. Wahrscheinlich hat auch der beste und freieste Fürst Stunden, wo ihn diese Anschauung untilgbar beherrscht.

Allerdings, das Bedürfniß, mit den verschiedenen Kreisen des Volkes in Verbindung zu treten, mit Individuen von anderartiger Bildung zu verkehren, hat an jedem Hofe zu geselligen Auskunftsmitteln geführt, durch welche der Regierende sich für einzelne Stunden Nichtadelige zu nähern vermag. Im Ganzen aber bildet die Gesellschaft jedes Hofes einen Adelskreis, der die erlauchten Familien eng umschließt. Nicht gering ist die Zahl ausgezeichneter und guter Menschen, welche an deutschen Höfen den Hofhalt unserer Herren zieren. Ja es sei hier, und nicht zum ersten Mal, die Ansicht ausgesprochen, daß gegenwärtig, im Ganzen betrachtet, der Adelige in solcher Hofstellung weit besser ruhiges Gleichgewicht und eine wohlthuende Sicherheit zu bewahren versteht, als wir dem strebsamen Nichtadeligen zutrauen. Auch soll durchaus nicht der Wunsch ausgesprochen werden, daß jemals Phantasie und Ehrgeiz des Bürgerthums nach solchem Amt dränge. Aber die

Freiheit soll unsern Herren werden, jede Art von Gentlemen aus ihrem Volke um sich zu sammeln, damit die größte Gefahr ihrer hohen und isolirten Stellung beseitigt werde, die Abhängigkeit von den Anschauungen und Vorurtheilen eines bestimmten Standes; denn diese Abhängigkeit hat nur zu oft beigetragen, ihr Verständniß und Urtheil über die höchsten Interessen des Staates zu verengen. Solange der Adel die Hoffähigkeit als sein Vorrecht betrachten darf, sind unsere Fürsten in Gefahr, in dem Gesichtskreise deutscher Junker zu beharren, und ihrerseits wieder der Loyalität ihres Adels einen Zusatz von höfischer Unselbständigkeit und von Carrièresucht zu geben, welcher die Tüchtigkeit vieler ehrenwerthen Männer nicht steigert. So ist dem Fürsten nicht weniger als dem Staat nachtheilig, wenn er neue Kraft, die er an sich heranziehen möchte, dadurch vom Volke isolirt, daß er ihr die Traditionen und Ueberlieferungen eines bestimmten Standes aneignet.

Aus diesen Gründen ist es für Regenten nicht vortheilhaft, die Zahl unserer adeligen Familien durch neue Adelsdiplome zu vermehren, den Nichtadeligen aber ein Unrecht, solche Verleihung für sich zu suchen.

Leider erfolgt die Ertheilung der Adelsdiplome in der Regel nur auf das Gesuch Begehrlicher, und in manchen Jahren ist, wie man vernimmt, der Andrang von eitlen Bewerbern besonders stark. Als Act freiwilliger Gnade scheint die ungesuchte Ertheilung eines Adelsbriefes und Wappens fast nur bei Thronbesteigung oder andern außergewöhnlichen Staatsactionen. Es hat deshalb dem ganzen Volke wohlgethan, daß man in Preußen nach den Siegen des Jahres 1866 völlig vermieden hat, unter die Decorationen und Gnadenbeweise auch die Verleihung des Adels an Bürgerliche aufzunehmen. Möge dies Prinzip fortan in Preußen Geltung behalten und das Königsgeschlecht der Hohenzollern seine Hingabe an die Bedürfnisse des neuen Staates auch dadurch erweisen, daß es von einem Fürstenrecht, welches aus weit andern Kulturzuständen überkommen ist, fortan nicht mehr Gebrauch mache. Dann wird der stille Gegensatz, welcher hie und da noch zwischen den Interessen des Adels und des Volkes zu Tage kommt, sich von selbst leise und allmählich, ohne daß darum Acte der Gesetzgebung nöthig wären, in den Fortschritten versöhnen, welche Wohlstand, und Bildung, und die Hingabe Aller an das Vaterland machen.

G. F.

Norddeutsche Kriegsmarine.

Die Panzerfregatte „Kronprinz".

Die Panzer-Fregatten der preußischen Marine sind für den Kampf auf hoher See bestimmt und werden die Aufgabe haben, feindliche Flotten, namentlich Blokadeflotten aus unseren Meeren zu vertreiben oder dieselben in ihren eignen Gewässern und Häfen anzugreifen und zu vernichten. Da zu diesem Zwecke die Schiffe im Stande sein müssen, größere Reisen zurückzulegen und doch ihren Kohlenvorrath bis zur Zeit des Kampfes aufzusparen, so haben sie sämmtlich eine umfängliche dreimastige Vollschifftakelage, mit Raaen an allen drei Masten, oder wenigstens eine Barktakelage, mit Raaen an den beiden vorderen Masten, wie fast alle Panzerfregatten der übrigen Nationen. Und da ferner diese Fregatten auch für schlechtes Wetter einen hervorragenden Grad von Seefähigkeit besitzen müssen, so sind sie sämmtlich nach dem Breitseitensystem gebaut, das wegen der großen Höhe des Schiffskörpers und somit des Oberdecks über Wasser — Hochbordigkeit — von allen jetzt existirenden Systemen*) die größte Seefähigkeit besitzt. Denn wie bei Besprechung des „Arminius" und des Coles'schen Systems bemerkt wurde, die Höhe der Geschützmündungen über Wasser — bei allen Schiffen aller Marinen etwa 5—9 Fuß, — ist das normgebende Moment. Bei dem Thurm-, dem Kuppel-, dem Kasematten-Schiff liegt das Oberdeck niedriger als die Geschützmündung, bei dem Breitseitenschiff höher, dies kann also nicht so sehr von Wellen überspült werden, und gewährt im Sturm, wenn man die Stückpforten schließt, eine beträchtlich größere Sicherheit.

Ein Nachtheil des Breitseitensystems ist allerdings, daß es stets nur die Hälfte seiner Geschütze nach einer Flanke gebrauchen kann, und daß auch diese Geschütze aus den Pforten nur einen kleinen Winkel, also ein beschränktes Feld mit ihrem Schusse beherrschen — indessen ließe sich dem letzteren Uebelstand größtentheils durch Reed'sche Indents abhelfen, eine Einrichtung, auf die wir unten eingehen wollen. — Als Breitseitenschiffe mit dreimastiger Takelage bieten die Panzerfregatten, abgesehen von kleinen Eigenthümlichkeiten in Form des Bugs, des Hecks, der Stückpforten u. s. w. dem Anblick kaum einen Unterschied gegen Holzfregatten oder Sloops, nur haben sie keine weiße Batterie, sondern sind ganz mit dem schwarzen Panzer bedeckt; ihrer

*) Ein anderes System, das denselben Vorzug hat, aber erst vor kurzer Zeit veröffentlicht und bis jetzt noch nicht zur praktischen Anwendung gekommen ist, werden wir später beschreiben.

Geschützausrüstung nach wären sie eigentlich als gepanzerte gedeckte Corvetten zu bezeichnen, da sie wie diese auf dem Oberdeck nur an jedem Ende ein paar Pivotgeschütze, sonst aber alle Geschütze in der Batterie und zwar stets nur einer Batterie führen.

Als die preußische Regierung vor zwei Jahren an Erweiterung der Flotte ging, bestellte sie zuerst zwei Panzerfregatten der gewöhnlichen Größe (3000—4000 Tons) für zusammen etwa 3,900,000 Thlr im Auslande, da die Fabrikation des Inlandes noch nicht im Stande war, derartige Schiffe zu liefern oder überhaupt 4—5zöllige massive Walzeisenplatten herzustellen, und zwar ließ man eine dieser Panzerfregatten in England auf der Werft bauen, die uns mit dem „Arminius" schon gut bedient hatte, die andre in Frankreich bei einem Etablissement, daß sich durch den Bau der in vielen Beziehungen ausgezeichneten spanischen Panzerfregatte „Numancia" einen sehr geachteten Namen erworben hatte. Beide Schiffe sind vor kurzem vollendet und von der preußischen Regierung übernommen worden.

Eine dieser Fregatten, und zwar die in England gebaute, ist der „Kronprinz", 16 Kanonen, 800 Pferdekraft, 3404 Tons (englisch — und zwar builders measurement), nach dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm benannt, ein ganz vorzügliches Schiff, das in Manövrirfähigkeit und Schnelligkeit zu den allerbesten seiner Klasse gezählt werden muß, und in der Panzerdeckung wenigstens dem Gros der fremden Panzerschiffe als vollständig ebenbürtig zu betrachten ist.

Schon die Dimensionen des „Kronprinz" lassen gute Eigenschaften erwarten. Seine Länge in der Wasserlinie beträgt 277³/₄ Fuß (zwischen den Perpendikeln 286 Fuß englisch), verspricht also eine gleich gute Lenkbarkeit und Manövrirfähigkeit wie bei den französischen Panzerfregatten, die in diesem Punkte den englischen Monstreschiffen unbestreitbar überlegen sind und, von feindlichen Widderschiffen angerannt, viel leichter ausweichen können. Seine Breite in der Wasserlinie beträgt dabei nur 48¹/₂ Fuß (auf Deck 50 Fuß englisch), sodaß seine Länge 5³/₄ mal größer ist als seine Breite, also in einem für die Schnelligkeit äußerst günstigem Verhältniß steht, und bei der Probefahrt nach englischen Berichten die bei „rauhem Wetter" für Panzerschiffe fast unerhörte Schnelligkeit von 14¹/₂ Knoten ermöglichte, fast 2 Knoten mehr als der allerschnellsten englischen Holzfregatte, dem „Orlando", dem „Wunder der Meere", zugeschrieben wurden. Die Tiefe im Raum (Holl — depth of the hold, die Distanz zwischen Kiel und Deckbalken) beträgt 36 Fuß, vom Sprung bis zum Oberdeck äußerste Raumtiefe 36¹/₂ Fuß, der durchschnittliche Tiefgang dagegen ist nur 23¹/₂ Fuß, etwas weniger als bei den meisten Panzerfregatten anderer Nationen, sodaß der „Kronprinz" den letzteren in jedes Fahrwasser zu folgen vermag, auch bei ungünstigster Stau-

ung liegt er hinten nicht mehr als 26 Fuß im Wasser. Entsprechend den eben angegebenen Dimensionen bestimmt sich das Deplacement*) der Panzerfregatte auf 5600—5700 englische Tons, und da der ganze Schiffskörper von Eisen ist, wie bei den meisten englischen Panzerschiffen, also bedeutend leichter, als wenn er aus der starken Holzconstruction der französischen Panzerfregatten bestände, ergiebt sich schließlich eine Tragfähigkeit von 3404 Tons, die dem Schiff 600 Tons Kohlen an Bord zu nehmen gestattet.

Die Formen des Schiffkörpers sind den besten Modellen nachgebildet. Das Hinterschiff ist ziemlich voll gehalten und in der Wasserlinie, von der es senkrecht aufsteigt, weit nach hinten überbaut, so daß es die Schraube des Schiffs und das Steuerruder gegen Schüsse von oben oder gegen ein Anrennen völlig deckt. Als Steuer soll „Kronprinz" ein balanced rudder bekommen, wie die meisten neueren Panzerfregatten Englands. Das Steuer bewegte sich bekanntlich bisher an einem senkrechten Pfosten, dem Hintersteven, wie eine Thür in Angeln, also um eine Axe, die ganz im Rande der Thürfläche liegt, und die Ruderpinne, der horizontale Balken, welcher gerade in entgegengesetzter Richtung wie die Thür in das Innere des Schiffes hineingeht, hat somit die ganze Fläche der „Thür" durch das Wasser zu pressen, wenn er behuf des Steuerns bewegt wird. Diese Arbeit war schon bei den früheren größeren Schiffen nicht unbeträchtlich, hat sich aber bei den colossalen Dimensionen und der großen absoluten Schwere und Trägheit der Panzerschiffe ins Unerträgliche gesteigert, bis man dem Uebelstand durch das sinnreich erfundene Balance Ruder abhalf, dessen Prinzip übrigens schon auf den altgriechischen Ruderkriegsschiffen zur Anwendung gebracht worden ist. Die senkrechte Axe, um welche das Ruder sich dreht, wird nämlich beim modernen Balance Ruder nicht mehr in die vordere Kante desselben, sondern nahezu in die Mitte der „Thürfläche" verlegt, jedoch etwas mehr nach vorn als nach hinten, somit paralysirt bei der Bewegung der Pinne der Widerstand der vorderen Ruderfläche den Widerstand eines gleich großen Stücks der hinteren Ruderfläche, und nur der Ueberschuß der letzteren bleibt durch die Pinne zu bewegen, was natürlich sehr leicht geschieht und dennoch die Steuerwirkung der ganzen Fläche nicht im Mindesten beeinträchtigt. Hoffentlich wird man übrigens bei allen norddeutschen Panzerschiffen eine Verbesserung dieses Ruderprinzips anbringen, die auf der diesjährigen Pariser Ausstellung zu sehen war, und wonach im hinteren Theil der Ruderfläche noch Einschnitte sind, welche für starke Eisenbügel zur Verbindung des Ruderpfostens mit der Ruderaxe Platz lassen und das ganze Ruder viel mehr als bisher zu sichern gestatten.

*) Das Gewicht des Wassers, welches einen gleich großen Körper wie den des Schiffs ausfüllen würde.

Auch die Form des Bugs, des Vordertheils, ist bei der Panzerfregatte „Kronprinz“ nach dem Vorbild der besten englischen und türkischen in England gebauten Panzerschiffe gewählt. Während der Vorsteven, die vordere Kante des Schiffskörpers im oberen Theile senkrecht niedergeht, beginnt sie sich in der Nähe der Wasserlinie leise nach außen zu krümmen und setzt sich dann unter Wasser in Form eines Halbkreises oder eines noch flacheren Kreisbogens ausspringend fort, dessen Scheitel nach vorn gerichtet ist. Diese Form ist einmal vorzüglich dazu geeignet, das Wasser gut zu durchschneiden und das Vorschiff im Ganzen zu stärken, besser als der gewöhnliche Bug der Holzschiffe: sodann aber bietet sie für den Fall, daß das Anrennen eines feindlichen Schiffes möglich werden sollte, erhebliche Vortheile vor den anderen bekannten Bugformen. Die meisten französischen Panzerschifftypen, z. B. Linienschiff „Magenta“, Fregatte „Marengo“, Corvette „Alma“, auch einige italienische Panzerfregatten, z. B. „Maria Pia“, und auch unser „Prinz Adalbert“ haben vorn einen Sporn (éperon, sperone), eine massive außerordentlich weit, bis 30 Fuß nach vorn ausspringende Spitze. Da bei dieser Construction die im Anrennen wirksamen Theile nur eine ganz kleine Fläche bieten, wird allerdings der Stoß eine größere Kraft haben und weiter in das feindliche Schiff eindringen, als bei allen anderen Bugformen. Aber dieses tiefe Eindringen ist ein Fehler, kein Vortheil, da nicht Festhalten des Gegners, sondern Zerbrechen der Schiffswand, damit das Wasser eindringen kann, Zweck des Anrennens ist, und durch spitzen Sporn die Gefahr vergrößert wird, daß das eigene Schiff sich im Gegner festbohrt und die Freiheit seiner Bewegung völlig verliert. Dies hatten schon die altgriechischen Schiffsbaumeister mit dem feinen praktischen Sinn, den alle ihre Einrichtungen zur Schau tragen, erkannt: sie gaben ihren Ruderkriegsschiffen, die vornehmlich durch Anrennen des Gegners zu wirken bestimmt waren, und denen Napoleon III. seinen Schiffssporn entlehnt hat, vorn nicht eine einzelne scharfe, sondern meist eine dreizackige Spitze, deren mittlere Zacke ein klein wenig weiter hervorragte, sodaß, wenn die Zacken ein wenig in die feindliche Schiffswand eingedrungen waren, die zwei kürzeren ein weiteres Eindringen hinderten, während sie doch zugleich auch ihrerseits die Schiffswand noch mehr zerbrechen halfen.*) Wie groß die Gefahr, sich festzubohren und hängen zu bleiben, für die neueren Widderschiffe mit einem Sporn ist, haben französische Versuche in Toulon gezeigt, die gegen ein altes dienstuntüchtiges Holzschiff angestellt wurden, und wo bei der Probe das Widder-

*) Wer sich von der Einrichtung dieser Schnäbel genauer durch den Augenschein überzeugen will, hat dazu die beste Gelegenheit bei dem Modell eines altgriechischen Fünfreihenschiffs, das sich im Antiquarium des berliner Museums aufgestellt befindet.

schiff sich so fest in das Holzschiff einbohrte, daß man, um das erstere nur zu befreien, letzteres mit Pulver lossprengen mußte. Und daß andrerseits das Anrennen mit einem ganz senkrechten Vorsteven genügt, der also gar keine Spitze hat, sondern blos wie mit einer scharfen Axtschneide wirkt, hat in der Seeschlacht bei Lissa die östreichische Panzerfregatte „Erzherzog Ferdinand Max" gezeigt, die, wie alle östreichischen Panzerfregatten mit senkrechtem stahlüberkleideten Vorsteven construirt, dennoch die starke gepanzerte Wand des italienischen „Ré d'Italia" dermaßen einrannte, daß die Schiffswand förmlich in zwei Hälften zerschnitten und das Schiff sofort zum Versinken gebracht wurde. Wenn nun hiernach ein senkrecht abfallender Vorsteven auch für das Einrennen völlig genügt, so hat er doch den Nachtheil, daß er nicht so allmälich wie ein gewölbter Steven einschneidet, und daß die vorstehenden Theile des eignen Vorschiffs, namentlich das Bugspriet, wo ein solches vorhanden ist, Beschädigungen ausgesetzt werden; eine schwach nach vorn ausgewölbte Form des Vorstevens, wie sie die Fregatte „Kronprinz" besitzt, dürfte daher die vortheilhafteste sein. Noch höher aber ist gegenüber dem französischen System der Vortheil anzuschlagen, den sie für die Seefähigkeit des Fahrzeugs hat. Denn sie beschwert, da der Bug hohl ist, keine viel stärkere Wand besitzt, als ein gewöhnlicher starker Eisenschiffbug, und somit bedeutende Schwimmkraft entwickelt, das Schiff vorn nicht mehr als die gewöhnliche Bugform der Kauffartheidampfer, während der massive französische Sporn, der z. B. beim „Magenta" und beim „Solferino" 30,000 Kilogramm, also 600 Zollcentner wiegt, das Vorschiff in unglücklichster Weise überlastet. Der schlimmste Fehler der Panzerschiffe aber ist zu große Beschwerung der beiden Enden, sodaß die Engländer, um ihn zu vermeiden, selbst bei Schiffen ohne Sporn die Panzeruug von Bug und Heck bedeutend schwächer genommen haben als in den übrigen Theilen, ja daß sie bei den großen Panzerfregatten „Warrior" nnd „Black Prince", diese Partien sogar in der Wasserlinie gänzlich ungepanzert ließen. Ueberdies hat das Anrennen verhältnißmäßig zu wenig Chancen, als daß man es als Hauptzweck betrachten und dafür große Nachtheile in den Kauf nehmen sollte. Denn wenn das anrennende Schiff nicht einen stillliegenden Gegner findet, wie der „Merrimac" den vor Anker liegenden „Cumberland" oder der „Erzherzog Ferdinand Max" den steuerlos und hilflos daliegenden „Ré d'Italia", so wird die Gewalt des Stoßes auf ein unschädliches Minimum reducirt werden, sobald der Gegner zu entrinnen sucht und nicht allzulangsam ist; selbst wenn er nur 8 Knoten läuft und das Widderschiff 12 Knoten in See macht, bleibt nur die für den Choc ungenügende Differenz von 4 Knoten für den Stoß übrig. Es empfiehlt sich also dringend, wie beim „Kronprinz", den Bug so schwimmfähig als möglich zu machen und lieber die Seefähigkeit des

Schiffs zu steigern oder die Anbringung einer schweren Bugbatterie zu ermöglichen, als einen schweren Sporn für das Anrennen zu construiren.

Unter Wasser ist der Körper der Fregatte „Kronprinz" nach dem Zellensystem geschützt, wie z. B. auch der englische „Bellerophon": Der Boden, die Eisenwand, ist völlig doppelt, als ob in dem Eisenschiff noch ein andres Eisenschiff von nur wenig geringeren Dimensionen steckte. Der Zwischenraum zwischen beiden Eisenwänden ist durch sich kreuzende horizontale und senkrechte Eisenplatten in Zellen abgetheilt, sodaß, wenn die Schiffswand an einer Stelle beschädigt wird, das Wasser nur in diese Zelle eindringt, sonst aber das Schiff gänzlich unbelästigt bleibt. Und ebenso läuft hinter dem Panzer eine watertight wing passage, ein freier Gang, auf dem Beschädigungen der Panzerung ausgebessert werden können, und der den Schaden eines Leckes an dieser Stelle ebenfalls localisirt.

Die Panzerung der Fregatte „Kronprinz" stammt aus der berühmten Fabrik von Brown in Sheffield und besteht aus einem hohen Eisengürtel, der rings um das ganze Schiff läuft und die Wasserlinie durch Panzerplatten sowohl über als unter Wasser gänzlich sichert, da die Platten bis 6 Fuß unter Wasser reichen — weiter als bei irgend einem englischen Schiffe — und aufwärts bis zum Batteriedeck (main deck) gehn. Von den letzteren Plattengängen, d. h. den über Wasser befindlichen senkrecht aufeinanderstehenden Plattenlagen, haben die drei oberen 4½ Zoll, die drei unteren 5 Zoll Stärke, eine Stärke, die an den Enden des Schiffs der Erleichterung halber auf 4½" abnimmt, immer noch eine Dicke wie an den stärksten Theilen der meisten englischen Schiffe.

In der Mitte des Schiffs steigt für eine Länge von 120 Fuß der Panzer auf beiden Seiten noch über das Batteriedeck hinaus bis zum Oberdeck empor, um die 14 Kanonen der Batterie zu schützen, während das vordere und das hintere Drittel des Schiffskörpers, soweit er über dem Batteriedeck liegt, ungepanzert ist. Etwaige Schüsse in diese Theile werden nicht gerade gefährlich, da dieselben während des Gefechts geräumt sind, und Wasser bei der Höhe des Batteriedecks nicht eindringen kann. An seinen Enden ist dieses schußsichere zwischen Batteriedeck und Oberdeck liegende Drittel durch gepanzerte Querschotten (Querwände, bulkheads) abgeschlossen und ganz gegen das gefährliche Enfilirfeuer geschützt: es enthält die Batterie, die ursprünglich 32 Kanonen erhalten sollte, jetzt aber nur 14, dafür um so stärkere Geschütze, 7 an jeden Bord, bekommt, gezogene 300Pfünder Hinterlader, von 7 Tons d. h. 140 Centner Rohrgewicht. Die Batterie liegt 7½ Fuß über Wasser, über 2 Fuß mehr als bei den meisten französischen Panzerfregatten: und dies ist wichtig, da letztere bei nur etwas bewegter See des eindringenden Wassers wegen die Pforten schließen müssen, die Fregatte „Kronprinz" aber auch

dann noch zu feuern und den Gegner zu schädigen im Stande ist. Sonst ist die Batterie der Fregatte wie gewöhnlich eingerichtet, nur die Geschützpforten sind, wie bei den meisten englischen, nicht aber den ersten französischen Panzerschiffen, sehr schmal gehalten, um das Eindringen von Schüssen zu verwehren, während die Höhe behuf genügender Elevation der Kanonen die gewöhnliche ist.

Natürlich bekommen die Batteriegeschütze Rahmlafetten, Lafetten von einer neuen Erfindung, deren Ehre wieder dem geistreichen Capitän Coles zuzuschreiben ist, wenn sie auch ein wenig später noch von andern selbständig ersonnen wurden. Bei Schiffsgeschützen gewöhnlicher Construction hatte man, sobald das Geschütz durch den Rückstoß der Pulverladung auf dem ebenen Boden der Batterie zurückgelaufen war, dasselbe immer erst wieder an die Pforte schieben müssen; und da es Neigung hatte, allzuweit zurückzulaufen, mußte man es immer mit starken Tauen an der Schiffswand festmachen, die deshalb natürlich bei jedem Schusse litt. Aus diesen Gründen stellte Coles die Lafette in querschiffs laufende Schienen auf einem rechteckigen Rahmen (einem Keil bei jener andern Erfindung), dessen inneres Ende etwas höher lag, als das Ende an der Pforte. Nunmehr ward der Rücklauf durch das „Bergaufsteigen" des Geschützes sehr gehemmt, immer mehr, je höher es kam, und ohne jede Anstrengung der Batteriewand; sobald es aber den Scheitelpunkt erreicht hatte, lief es auf der schrägen Fläche von selbst wieder an die Pforte. Der Rahmen seinerseits steht nun wieder auf Querrädern, die in Kreisschienen laufen, und die Kanone als Pivotgeschütze nach jeder Richtung stellen lassen: beim neuesten Modell für die engen Panzerschiffpforten (ebenso bei der oben erwähnten Erfindung) läuft indessen nur der hintere Theil des Rahmens in Kreisschienen und der vordere liegt auf einem festen Drehungspunkt, so daß die Mündung immer auf einem Punkt (in der Pforte) bleibt, und das ganze Geschütz sich um diesen Punkt dreht, mit dem Hintertheil einen Bogen um die Pforte beschreibt.

Das Oberdeck, dessen Balken von Eisen und zum Schutz gegen Bomben unter den Planken mit Stahlplatten bekleidet sind, trägt ganz analog der Armirung gedeckter Corvetten nur 2 Pivotgeschütze, ebenfalls gezogene 300-Pfünder, die durch Panzerschilde gedeckt sind, und zwar steht eins im Bug für die Verfolgung, das andere hinten über dem Heck für den Rückzug. Das Schiff führt somit im ganzen sechzehn 300 Pfünder, kein englisches Schiff hat zur Zeit eine so große Zahl gleich schwerer Geschütze.

Außerdem erheben sich vom Oberdeck die drei Masten einer Barktakelage, von denen also die beiden vorderen Raasegel, der hintere ein Gaffelsegel führt. Die Untermasten und das Bugspriet sind hohl und von Eisen, wodurch sie stärker und dennoch leichter als Holzmasten werden und zugleich

als Ventilatoren für die Räume unter Deck zu fungiren im Stande sind, wie bei „Augusta" und „Victoria"; die Stengen und Bramstengen (Mastverlängerungen) dagegen, die aus einem Stück bestehen, sind von Holz, da sie biegsamer sein müssen und keine so große Dicke zu haben brauchen, während die Unterraaen wiederum hohl und von Stahl sind.

Die Maschine von 800 Pferdekraft (nominal), die aber bis zu 4800 effectiven (indicirten) Pferdekräften zu arbeiten vermag, ist von Penn gebaut und rechtfertigt den hohen Ruf dieses Constructeurs, da sie nach der Berechnung dem Schiffe eine Schnelligkeit von etwa 13 Knoten geben sollte, in Wirklichkeit aber über 14 Knoten erreichte.

Gebaut ist das Schiff von der Firma „Samuda Brothers" in Poplar, London, wie der drei Jahre früher dort vollendete „Arminius". Obwohl erst Ende Februar 1866 der Kiel gelegt war, fand doch sein Ablauf von Stapel schon am 7. Mai d. J., seine Abnahme durch die preußische Fachcommission bereits am 19. September statt, nachdem die Probefahrt äußerst günstig verlaufen war, ungleich günstiger als bei den etwa gleich großen (doch 6 Fuß breiteren) englischen Schiffen „Defence" und „Resistance", die nur 11,6 und 11,8 Knoten erreichten. Am 28. October traf das Schiff „Kronprinz" in Kiel ein, ward dort drei Tage darauf, am 31. October, vom Prinz Admiral besichtigt, mit dem es eine kurze Probefahrt in See machte und ward dann abgetakelt, um in Kiel außer Dienst gestellt zu werden. Gegenwärtig liegt die Fregatte an der Wasserallee, wohin sie durch die Kanonenboote „Chamäleon" und „Habicht" am 14. Nov. vom Marinedepot bugsirt wurde. Dort überwintert das gute Schiff an Seite des „Arminius", der mit ihm aus derselben Werft Samuda in London hervorgegangen ist und neben ihm zur Zeit den schätzbarsten Bestandtheil unsrer dienstfähigen Panzerflotte bildet.

Im Frühjahr wird die Fregatte „Kronprinz" unter den ersten Schiffen sein, welche in Dienst gestellt werden, damit man auf größeren Fahrten ihre Seetüchtigkeit erproben könne.

Aus Schwaben.

Mitte December.

Es ist kaum zu verwundern, daß die lebhafte Erregung, von welcher die Verhandlungen über die Verträge mit Preußen begleitet waren, einer gewissen Abspannung Platz gemacht hat. Das vorläufige Ziel ist erreicht, eine

Pause begreiflich. Es ist ein Wechsel der Temperatur, der in der Natur der Dinge liegt, und der in dem vorliegenden Fall um so unvermeidlicher war, als jene Bewegung bei den vorhandenen Widerstandkräften durch ungewöhnliche und künstliche Mittel hatte unterstützt werden müssen, die erst dann wieder zu gewinnen sind, wenn abermals die eherne Nothwendigkeit sie ruft. Auch würde es eine allzu lebhafte Ungeduld verrathen, wenn man sich beklagen wollte, daß seit jenen Verträgen nicht bereits weitere Thatsachen im Sinn der Vereinigung von Nord und Süd zu verzeichnen sind. Und übrigens fehlt es ja gar nicht an Dokumenten, daß auch seitdem die Einheitskräfte nicht geruht haben; ist doch wenigstens der Zollvertrag ein weiterer Schritt für Einheit auf einem zwar beschränkten, doch nicht verächtlichen und unwichtigen Gebiet.

Dennoch will dieser Trost mit sammt dem herabgesetzten Briefporto nicht recht verfangen. Wir sind nun einmal verwöhnt durch den Sturmschritt, in welchem das vorige Jahr einhergegangen ist. Rückschritt erscheint uns, wenn Stillstand in der Bewegung eintreten will, die für uns noch lange nicht zur Ruhe gekommen ist. Die bisherigen Erfolge sind Etappen, die uns das Ziel näher bringen sollen, aber das Ziel nicht ersetzen können. Und wo es nicht anerkannt wird, daß die jetzigen Zustände nur provisorische sind, nur Abschlagszahlungen, die höchstens eine Weile befriedigen können, da ist der Verdacht verzeihlich, daß selbst jene Verträge, wenn durch sie dauernde Einrichtungen geschaffen werden sollten, zweischneidige Instrumente sind, die möglicherweise ebenso aufhalten als fördern können.

Und hier ist der Punkt, wo die Wege des Ministeriums Varnbüler und der nationalen Partei des Landes sich trennen oder vielmehr sich getrennt haben. Die Freundschaft, wenn man so sagen darf, die zwischen beiden zum Zweck, jene Verträge durchzusetzen, bestand, hat nie einen hohen Wärmegrad gehabt. Es war vorauszusehen, daß sie sich wieder lockern würde. Daß sie aber so rasch und vollständig in die Brüche ging, daran trifft jedenfalls die nationale Partei keine Schuld, welche ihrerseits aus ihren letzten Zielen kein Hehl gemacht und nichts von dem, was sie in jenen Wochen gethan und gesprochen, zurückzunehmen hat.

Wie ein längst entschwundener Traum gemahnen jetzt in eisiger Winterzeit jene sonnigen Herbsttage, da die Regierung und die Krone selbst ein so feuriges Interesse für die nationale Verbindung mit Preußen an den Tag legten. Herr v. Varnbüler war ein anderer vor Königgrätz, ein anderer nach Königgrätz; ein anderer vor Genehmigung der Verträge, ein anderer nach derselben. Kaum war der knappe Sieg in den Kammern erfochten, so begann der Wind aus anderer Himmelsgegend zu blasen. Bis hieher und nicht weiter — mit diesem Gedanken erfolgte die zustimmende Unterschrift. Nach-

dem das lästige, unvermeidliche Geschäft gethan, besann man sich, was von Souveränitätsstücken übrig geblieben war, und man fand, daß im Grund nur wenig verloren, daß noch immer ein recht erheblicher Bestand gerettet war, mit dem sich gemüthlich weiter wirthschaften ließ. Es galt, sich wieder so bequem als möglich in den vier Wänden des Particularstaats einzurichten. Als ob man fast bereute, sich gar zu tief herabgelassen zu haben, stellte man fest, daß für das Verhältniß zum Nordbund die definitive Form gegeben, daß nunmehr die Reihe der Zugeständnisse an Preußen definitiv geschlossen sei. Es erging ein Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter S. Maj. des Königs von Würtemberg im Ausland, das eben diesen Charakter der abgeschlossenen Verträge bündig ins Licht setzte.

Am wenigsten konnte es überraschen, daß die in den Spuren der Regierung wandelnde Presse sich alsbald für den ihr eine Zeitlang auferlegten Zwang ausgiebig entschädigte. Der Rücksichten auf die deutsche Partei entledigt, konnte sie ungestört wieder dem Zug ihres Herzens folgen. Die nationalen Redensarten hatten ihr auch in der That übel genug gestanden. Jetzt ergossen sich die zurückgehaltenen Ströme ihrer Beredtsamkeit jauchzend über das nationale Lager, über die entarteten Söhne des „Landes", wie Probsts Commissionsbericht anmuthig sich ausgedrückt hatte.

Eben recht kam in diesem Augenblick der Regierung die Aussicht, auf einer europäischen Conferenz sich im Vollglanz ungebrochener Souveränität zeigen zu können. Auch am würtembergischen Hof ist, wie versichert ward, die Einladung zum europäischen Concert mit aufrichtiger Genugthuung aufgenommen worden, wenn man auch die Form der Annahme vorsichtig wählte. Man sah darin ein willkommenes Pflaster für die frische Wunde. Man rüstete sich sogar bereits, seine Stimme in die Wagschale der weltlichen Herrschaft des Papstes zu legen, und gedachte damit zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen, nicht blos die Unabhängigkeit von Berlin zu zeigen, sondern auch die Katholiken des eigenen Landes wieder zu gewinnen, die man seit der preußischen Aera verstimmt und grollend zur Seite stehen sah.

Während bis dahin das Kriegsdepartement im Rufe stand, daß es aufrichtig, loyal und mit Eifer seine Reformen im Sinn der Annäherung an das preußische System betreibe, erfuhr man jetzt, daß auch diese Reformen anfingen ins Stocken zu gerathen. Die Arbeiten, hieß es, seien noch so weit zurück, daß auch im nächsten Frühjahr die Aushebung wieder ganz in der alten Weise, mit Loosziehen und Stellvertretung vor sich gehen werde. Ob die Münchener Militärconferenz in dieselbe Reihe von Symptomen zu stellen ist, bleibt bis auf nähere Nachrichten abzuwarten. Aber erfreulich konnte es in keiner Weise berühren, daß anstatt directer Verständigung mit

Preußen abermals dieser Weg beliebt wurde, der wenigstens bisher im günstigsten Falle zu nichts geführt hat.

Vor allem aber sollte sich die neue Wendung in den Verhandlungen und Parteiverhältnissen der Kammer zeigen. Es begannen sich wieder die natürlich verwandten Elemente einander zu nähern. Die Zeiten des vae victis schienen wiederzukehren. Die Demokratie und die Regierungspartei bemühten sich zu vergessen, was kurze Zeit trennendes zwischen ihnen gestanden war. Man erinnerte sich wieder, daß der gemeinsame Gegner die verhaßte deutsche Partei ist und bleibt, und um sich zu rächen für die unvermeidliche Annahme der Verträge, läßt man es diese fühlen, daß sie nur ein verschwindendes Häuflein sei, man stieß das Dutzend rebellischer Schwaben wieder in die verdiente Isolirung. Auf diese Weise gelang es, daß der Particularismus einen großen Sieg erfocht durch den nach zweitägiger Verhandlung erfolgten Beschluß, auf die von der Regierung eingebrachten Justizvorlagen einzugehen und so für Würtemberg den Weg der Particulargesetzgebung einzuschlagen, in einer Zeit, da die Aussicht auf eine gemeinsame deutsche Gesetzgebung näher als je gerückt war.

Wahr ist, daß diese Vorlagen: eine Civilprozeßordnung, eine Strafprozeßordnung und eine neue Gerichtsverfassung, nur einem schon längst dringend gefühlten Bedürfniß abzuhelfen bestimmt sind. Alt genug ist die Klage, daß Würtemberg in der Umwandlung des Justizwesens nach den Grundsätzen der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit zurückgeblieben sei und jetzt mit seinem inquisitorischen Prozeß fast isolirt stehe. Was in jener Richtung bisher geschehen ist, wie die Schwurgerichte und die Handelsgerichte, war Stückwerk und Flickerei. Seit Jahren haben die Stände gemahnt, hat die Regierung versprochen und endlich einleitende Schritte gethan. Seit dem Jahr 1861, wo der erste Entwurf einer neuen Organisation veröffentlicht wurde, sind die Arbeiten fortwährend in Angriff genommen, unterbrochen, wieder aufgenommen und umgeändert worden. Es war kein Ende abzusehen. Jetzt auf einmal, da der norddeutsche Bund constituirt ist und kaum constituirt eine unerwartet rührige legislative Thätigkeit entwickelt, wird die Nacheiferung des süddeutschen Particularstaats angespornt. Man will zeigen, daß man auch reformiren kann, man will durch vollendete Thatsachen zuvorkommen der Frage, warum man denn nicht einfach der norddeutschen Gesetzgebung sich anschließe, und der Gefahr, daß die Competenz der gemeinsamen Organe über die abgeschlossenen Verträge hinaus erweitert werde; man beeilt sich, jetzt die rasch vollendeten Entwürfe vorzulegen, wenige Wochen bevor in Berlin die Civilgesetzgebungscommission zusammentritt. Nur insofern läßt sich das einseitige Vorgehen rechtfertigen, als die Aussicht auf ein deutsches Strafverfahren noch ferner gerückt ist und gerade die Reform des Strafver-

fahrens am wenigsten Aufschub duldet, die Civilprozeßordnung aber auf denselben Grundsätzen beruht, wie das norddeutsche Gesetzgebungswerk, also einer künftigen Gleichförmigkeit jetzt schon wenigstens vorgearbeitet wird. Allein neben den sachlichen Gründen war man gar nicht bemüht, die particularistischen Gründe, welche die eigentlich durchschlagenden waren, zu verbergen. Nach des Ministers Erklärung will man es ausdrücklich vermeiden, daß die Blicke bei abermaligem Scheitern des eigenen Gesetzgebungswerks hilfesuchend nach dem norddeutschen Bund sich wenden, er erklärte überdies, daß völlige Gleichförmigkeit mit den norddeutschen Einrichtungen gar nicht wünschenswerth sei und es war der Refrain der Redner die Wahrheit: man müsse zeigen, daß auch Würtemberg noch ein lebenskräftiger Staat sei und das Zeug habe, eine gesetzgeberische Reform ins Werk zu setzen.

Wenn schon die Erklärungen des Justizministers über das Verhältniß Würtembergs zu einer späteren gemeinsamen Gesetzgebung Befremden erregten, so schien Herr v. Varnbüler vollends jeden Zweifel über die Gesinnungen der Regierung beseitigen zu wollen, als er am Tag darauf, am 11. Dez., seine geharnischte Rede gegen den norddeutschen Bund und gegen den Eintritt Würtembergs in denselben von Stapel ließ.

Den Anlaß bot die Debatte über das Budget des auswärtigen Departements. Es handelte sich um den Gesandtschaftsposten in Florenz, der später mit großer Mehrheit von der Kammer als überflüssig vom Budget gestrichen wurde. Hölder hatte die nationalen Gründe gegen eine selbständige diplomatische Action der kleinen Staaten hervorgehoben, daran erinnert, daß nach den mit Preußen abgeschlossenen Verträgen eine selbständige auswärtige Politik gar nicht mehr statthaft sei und die Hoffnung ausgedrückt, daß man bald dem Ausland gegenüber eine gemeinsame deutsche Politik erhalten werde. Er hatte in Form und Inhalt so gemäßigt wie möglich gesprochen. Niemand erwartete, daß eine so nachdrückliche Erklärung des Ministeriums folgen werde, die den Eindruck machte, als ob sie, lange vorbereitet, nur auf die erste beste Gelegenheit warte. Der Minister sprach im Tone eines biedern würtembergischen Patriotismus, der sich durch den Gedanken, die Selbständigkeit an ein größeres Ganzes zu verlieren, gekränkt und entrüstet fühlt. Er begnügte sich nicht mit der Erklärung, daß Würtemberg mit den Verträgen seine nationale Pflicht erfüllt habe und nicht der mindeste Grund vorliege, über die vertragsmäßig festgestellten Grenzlinien hinauszugehen, sondern er machte sich auch an eine Kritik der Verfassung des norddeutschen Bundes. Er rechnete vor, sein Publikum kennend, wie viele Millionen das Land nach dem Eintritt in den Bund mehr aufzubringen hätte, wie die Militärlast um so und so viele Rekruten jährlich eine größere würde, was man zu Marinezwecken beizusteuern hätte; er führte aus, daß die selb-

ständige Verwaltung des 200 Millionen betragenden Eisenbahncapitals verloren ginge, daß man nicht mehr so bequem seine Wünsche in Postsachen anbringen könnte und daß das Land die verhaßte Branntweinsteuer wieder einführen müßte: er führte den Abgeordneten zu Gemüth, daß sie im Parlament keinen Einfluß auf die Finanzverwaltung auszuüben hätten, daß ihnen die Berathung des Militäretats entzogen würde, daß die Competenz des Parlaments — abgesehen von den Zollangelegenheiten, bei denen die Süddeutschen bereits zugezogen, — sich nur auf untergeordnete Dinge erstrecke. Ja er erklärte schließlich, wenn die Kammer selbst der Entwickelung der Geschichte vorgreifen und einen Antrag in jenem Sinne stellen wollte, so würde er dem König rathen, an das Land zu appeliren, und selbst wenn der undenkbare Fall einträte, daß das Land sich für den Eintritt in den Nordbund ausspräche, so würde er im Rath des Königs zur Erwägung geben, ob ein solcher Schritt mit den Rechten und Pflichten des Königs und mit der europäischen Stellung des Landes vereinbar sei. Es schien, als ob die Lorbeeren Rouhers vom 5. Decbr. Herrn von Varnbüler den Schlaf geraubt hätten. Wie sein französischer College, hatte er den Muth, sich offen zu einer reactionären Politik zu bekennen. Die Mehrheit schien gründlich zufrieden gestellt, alle Täuschungen beseitigt. Und dennoch war in Wahrheit der Erfolg ein entgegengesetzter: Herr von Varnbüler hatte höchst nachdrücklich geredet, aber es war ihm nicht einmal gelungen, den Eindruck hervorzubringen, daß er aus wirklicher Ueberzeugung gesprochen.

Zwar wurde von klerikaler Seite sofort dem Minister der Dank für dessen unzweideutige Erklärung ausgedrückt, und Graf Bissingen, von derselben Seite, bemerkte ironisch, der Minister scheine fast Reue zu empfinden, daß er die Verträge abgeschlossen habe, wogegen jener sich jedoch selbst verwahrte. Aber die Demokratie war nicht nur bedenklich über die Stelle, worin Herr v. Varnbüler seine Achtung vor Kammerbeschlüssen so seltsam illustrirt hatte, sondern sie gab auch unverholen ihr Mißtrauen über die neueste Wendung des Ministers zu erkennen. Und in den Reihen der nationalen Partei hatte vollends die Philippica desselben nichts weniger als einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Hölder und Römer entgegneten in glücklichster Weise, daß ihre Zuversicht auf einen baldigen Eintritt Würtembergs in den Nordbund nicht im geringsten erschüttert sei, weil einfach die Natur der Verhältnisse stärker sei und gerade in der neuesten Zeit an Würtemberg stärker sich erwiesen habe, als noch so starke Wünsche und Abneigungen. Sie erinnerten daran, daß ein Staatsmann niemals: niemals sagen sollte, am wenigsten Herr v. Varnbüler, der früher schon mit wenig Glück sich dieser Phrase bedient hatte. War es doch derselbe Herr v. Varnbüler, der vor nicht gar langer Zeit erklärt hatte, er werde niemals das Königreich

Italien anerkennen, derselbe, der heute die Errichtung eines Gesandtschaftspostens in Florenz dringend befürwortete, derselbe, der wiederholt als das Kennzeichen eines Staatsmanns die Fähigkeit aufgestellt hatte, sich ohne vorgefaßte Meinungen auch in veränderte Lagen und Verhältnisse zu schicken. Und Römer, der dem Minister alle seine Handlungen ins Gedächtniß zurückrief, drückte schließlich in heiterer Wendung die zuversichtliche Erwartung aus, daß Herr v. Varnbüler, durch die Macht der Verhältnisse genöthigt, seinen bisherigen Verdiensten um die nationale Sache in Bälde auch noch das weitere hinzufügen werde, den Eintritt Würtembergs in den norddeutschen Bund zu beantragen und durchzuführen.

In der That hatte Herr v. Varnbüler nicht vergessen, sich auch diesmal ein Hinterpförtchen offen zu lassen. Er hatte in seiner Rede dazwischengestreut, man möge mit Ruhe abwarten, „was das Geschick über uns verhängt", er hatte von unberechenbaren „Fügungen der Vorsehung" gesprochen, und auf Römers Aeußerungen hin gab er zu, daß sich allerdings „mit absoluter Gewißheit die Ereignisse der Zukunft nicht voraussagen lassen." Es fehlt nicht an boshaften Stimmen, welche hinter der antipreußischen Demonstration eine sehr berechnete Absicht wittern: es gilt die abgeneigte Kammermehrheit günstig zu stimmen für das neue Militärgesetz.

Wie dem aber auch sei, so viel geht aus all den angeführten Symptomen hervor, daß, was an unsrer Regierung liegt, der durch die Verträge geschaffene Zustand von unberechenbarer Dauer sein wird. Sie denkt nicht daran, aus eigenem Antrieb einen Schritt weiter zu thun. Sie wird allem Anschein nach auch bei den Wahlen zum Zollparlament nur solche Candidaten begünstigen, welche, mit dem Zollparlament zufrieden, nicht nach weiterem begehren. Bleibt es wirklich dem freien Willen der Südstaaten überlassen, wie bald die definitive Vereinigung zu Stande kommen soll, so darf man sich das Warten nicht verdrießen lassen. Wird Baden dazu verurtheilt, gleichen Schritt zu halten mit Würtemberg und Bayern, so ist die Beseitigung der Mainlinie vertagt bis ans Ende aller Tage.

Ist dagegen Baden, wozu es früher oder später kommen muß, dem norddeutschen Bund beigetreten, so darf man bei den bewährten staatsmännischen Eigenschaften unsers Premiers mit Sicherheit annehmen, daß auch dieses Ereigniß eine jener „Fügungen der Vorsehung" sein wird, denen er gelernt hat sich in Weisheit zu beugen. *γ.*

Die französische Politik.

Als wir vor kurzem in diesen Blättern (Nr. 48, die römisch-italienische Frage) die Ansicht aussprachen, die Logik der Ereignisse werde den Kaiser Napoleon nach der zweiten römischen Expedition immer mehr ins klerikale Lager hinüberdrängen, konnten wir kaum voraussehen, daß dies so rasch und in so eklatanter Weise bestätigt werden würde, wie es durch die Erklärungen Rouhers in der denkwürdigen Sitzung des 5. December geschehen ist. Daß die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage, wie überhaupt in der letzten Zeit, schwankend und widerspruchsvoll gewesen, ist unzweifelhaft, der Kaiser hat seine frühere Sicherheit verloren und für seine Entschlüsse gibt der Einfluß bald dieser bald jener Persönlichkeit seiner Minister und Umgebungen den Ausschlag. Noch in Biaritz discutirt er mit dem italienischen Gesandten Nigra die Möglichkeit einer Abänderung der Septemberconvention und schließt mit dem vieldeutigen Wort: „il ne faut pas compromettre ma politique". Als bald darauf die Crisis ausbrach, hat nach dem italienischen Grünbuch, dessen Angaben die offiziöse französische Presse nicht in Abrede zu stellen wagt, Rouher zuerst die Idee einer gemeinsamen Besatzung Roms hingeworfen, als Nigra darauf dieselbe Moustier vorschlägt, weist derselbe sie entrüstet zurück und bezeichnet im Corps legislatif den Vorschlag als einen hinterlistigen, welcher Frankreich die Rolle nicht blos eines Betrogenen, sondern auch eines Verräthers zugemuthet habe. Ebenso schwankt man in Betreff der Expedition; der Befehl der Einschiffung war auf Andrängen Italiens zurückgenommen, als ein Telegramm des französischen Geschäftsträgers in Rom eintraf, daß in diesem Falle der Nuntius in Paris beauftragt werden soll, sein Wappen abzunehmen und seine Päße zu fordern; dies gab den Ausschlag. Lavalette blieb allein im Conseil mit seiner Opposition, die Truppen schifften sich ein. Am auffälligsten aber traten die Schwankungen in der letzten Debatte selbst hervor. Die Thronrede stellte die Intervention als eine traurige Nothwendigkeit dar und äußerte sich sympathisch für Italien, im Senat sprach Moustier den klerikalen Heißspornen gegenüber sehr gemäßigt, in der Rede mit welcher er im gesetzgebenden Körper debütirte und die zuvor mit dem Kaiser vereinbart war, trat er schon schärfer gegen Italien auf, aber lavirte doch vorsichtig, ohne sich für eine oder die andere Seite zu entscheiden; nun aber kam Thiers mit seiner gewaltigen Rede, welche die Majorität zu stürmischem Beifall hinriß, erst dadurch ward die Regierung ganz nach rechts gedrängt und Rouher erklärte, daß Italien sich niemals Roms bemächtigen solle, Rom aber bedeute das jetzige päpstliche Gebiet. Mit Recht

ist gesagt, der Sieg gehöre nicht dem Minister, sondern Thiers. Am sittlichen Maßstabe gemessen, ist dieser Triumpf der Majorität ein sehr trauriges Zeichen für Frankreich, es klingt fast wie eine Satire, daß Thiers, der erklärteste Freigeist, Retter des Papstes wird. „Voltaire beschützt den Vatican" ruft Philaret Charles, in der That kämpfte Thiers nicht mit religiösen, sondern mit politischen und naturrechtlichen Argumenten, wenngleich der sophistischen Art. Er erklärte z. B., seine Ansicht verstoße keineswegs gegen die Grundsätze von 1789, welche alle Bekenntnisse gleichstellten, es müßten aber auch dann alle beim Staate gleichen Schutz finden; nun seien alle Katholiken darüber einig (?), daß der Papst im Besitz Roms bleiben müsse, folglich müsse Frankreich ihn in demselben schützen! Also wenn die Juden einmüthig erklärten, das Heil ihrer Religion verlange, daß sie wieder in den Besitz Palästinas gesetzt würden, so wäre Frankreich verbunden, ihr Verlangen zu befriedigen, oder wenn die Bewohner Algeriens überzeugt wären, daß die französische Herrschaft den Interessen des Muhamedanismus zuwiderlaufe, so müßte die Colonie aufgegeben werden. In der That, solche Argumente verdienen kaum nähere Betrachtung, sie sind auch nicht die wahren Motive für Leute von Thiers Schlage, dieselben liegen einfach im Neid, im Haß gegen das neue Königreich, welches sich neben Frankreich gebildet, noch mehr in der Erbitterung gegen den werdenden deutschen Staat; Frankreich will seine Stellung dadurch erhalten, daß es seine Nachbarn schwach und getheilt erhält. Diese Beweggründe wirken unzweifelhaft auch bei vielen Mitgliedern der Majorität mit, aber im ganzen läßt sich nicht bezweifeln, daß dieselbe wirklich klerikal ist. Man beurtheilt die öffentliche Meinung Frankreichs im Auslande viel zu sehr uach einigen großen pariser Zeitungen, welche vorzüglich redigirt und bei uns am meisten gelesen werden. Zu Hause aber beschränkt sich ihr Publikum auf die Gebildeten der großen Städte: wer liest auf dem platten Lande das Journal des Débats oder das Siècle? Dort herrschen die Provinzialblätter, die fast durchweg klerikal sind. Auch ist das nicht zu verwundern; wer Frankreichs ländliche Bevölkerung kennt, der weiß, daß es bei ihr nur zwei Mächte gibt, die Regierung und den Klerus. Wer vom Ministerium des Innern aus die große Verwaltungsmaschine in Bewegung setzen kann, sich gut mit der Geistlichkeit steht und Paris militärisch beherrscht, der gebietet über Frankreich. Louis Philipp 'hatte diese Elemente vernachlässigt und fiel; Louis Napoleon hat Paris strategisch gegen die Revolution gesichert und sucht die Arbeiter durch Brod und Spiele bei guter Laune zu erhalten, aber seinen Thron gegründet hat er auf die Sympathie der Bauern und des Klerus. Wenn er also jetzt der Majorität des Corps legislatif nachgegeben hat, so ist es nicht geschehen, weil er ihren Haß gegen Italien theilt, sondern weil er ihre Ansicht für zu mächtig im Lande hält, um ihr zu wider-

streben. Es ist ganz verkehrt, dies als ein Zurückkommen auf die parlamentarische Regierung anzusehen. Napoleon wird gegen den Wunsch der Majorität seinen Willen rücksichtslos durchsetzen, wo er nicht die ländliche Bevölkerung gegen sich fühlt, sein Armeegesetz hat er modificirt, weil die Präfekten berichteten, daß die Bauern laut dagegen murrten, andere Gesetze wird er trotz des Murrens der Rue de l'Arcade nicht aufgeben.

Freilich setzt er sich durch die jetzt genommene Richtung auch großen Gefahren im Innern aus, er muß wissen, daß man die Kirche nie befriedigt, jede Concession nur neue Forderungen hervorruft; kaum glaubt der rüstige Vorkämpfer der weltlichen Herrschaft, Monseigneur Dupanloup, diese gesichert, als er in einer Flugschrift offen den Unterrichtsminister Duruy angreift, weil derselbe die Schule nicht unbedingt der Kirche unterordnen will. Allmacht des Klerus aber will die große Masse der Franzosen ebensowenig, als seine Ohnmacht; die französischen Könige, welche Waldenser und Hugenotten rücksichtslos verfolgten und den Papst beschützten, behaupteten gegen denselben doch hartnäckig die Privilegien der gallikanischen Kirche. Und Napoleon, der Pius IX. wieder in Rom einsetzte, aber das Concordat durchsetzte, trat in ihre Fußstapfen. Das Votum vom 5. Dezbr. ist die Reaktion gegen eine Politik, die mehr italienisch als französisch war und die Existenz des Papstes bedrohte; geht man zu weit nach der andern Seite, so könnte sich eine Reaktion anderer Art zeigen, wie sie der Julirevolution vorausging.

Sodann hat Napoleon durch die Erklärung, Rom für immer den Italienern vorenthalten zu wollen, mit der Macht gebrochen, welcher die Cabinetspolitik kurzweg den Namen der Revolution gibt. Wir überschätzen die Macht derselben nicht, die gewöhnlich erst durch andre hinzutretende Umstände zu einer wirklichen Gewalt wird, aber es ist unbestreitbar, daß eine Partei existirt, deren Ideal die sociale Republik ist und die den Kaiser tödtlich haßt; ihre Apostel, die sich aus fanatischen Theoretikern, verbitterten Juden und Emigranten rekrutiren, haben einen bedeutenden Anhang unter den französischen Arbeitern und noch mehr unter den Italienern. Der Kaiser wird Orsini nicht vergessen haben, ist doch bezeichnender weise wieder scharfe Paßcontrole an den südöstlichen Grenzen eingeführt.

Indeß diese Gefahren im Innern treten gegen die zurück, welche von außen drohen. Zunächst hat der Kaiser die italienische Allianz und damit die beste Frucht seiner ganzen italienischen Politik auf immer verloren, es kann keinen italienischen Staatsmann mehr geben, der noch mit Frankreich zu gehen wagte. Die Ironie des Schicksals ist in der That seltsam, von Haus aus lag das einheitliche Italien keineswegs in Napoleons Plan, denn auf die Proklamation, die er als unreifer Carbonaro erließ, ist kein Gewicht zu legen; der Plan, welcher zwischen ihm und Cavour verabredet ward, ging

vielmehr nur auf eine Conföderation, aber allerdings auch auf vollständige Vertreibung der Oestreicher. Als diese durch Villafranca vereitelt war, mochte er der unitarischen Bewegung nicht entgegentreten, er ermuthigte sogar zur preußischen Allianz, weil er dadurch sein Programm „frei bis zur Adria" erfüllt zu sehen hoffte, für das er selbst nicht wieder Krieg führen konnte. Nachdem aber jetzt Oestreich wirklich ganz vertrieben, würde er sich schwerlich übermäßig grämen, wenn Italien wieder zerfiele und sich in ein subalpinisches Königreich, das päpstliche Gebiet und Neapel theilte.

Noch spricht man in St. Cloud für die Einheit Italiens, aber man denkt bereits wie Thiers, der ja auch nicht verlangt, daß man Krieg erkläre, aber arglistig hinzusetzt, es werde nicht Frankreichs Schuld sein, wenn sich die verblendele Nation auf die Spitze seines Schwertes stürze! Die Legitimisten und Anhänger der vertriebenen Fürsten schöpfen wieder Muth, schon sollen dem römischen Stuhl französischerseits Aussichten auf Erweiterung seines jetzigen Gebietes gemacht worden sein, falls jene Dreitheilung eintrete. Daß es zu derselben komme, welche allerdings allein ein päpstliches Regiment ohne fremde Besatzung möglich macht, ist nicht unmöglich, jedenfalls aber wird dies nicht ohne einen großen Kampf geschehen, bei dem die Italiener schwerlich allein stehen dürften.

Und hier kommt das deutsche Interesse in Frage. Die Politik von Thiers gegen Italien geht ebensowohl gegen Preußen, man wagt nur nicht, dem Starken dasselbe zu bieten, wie dem Schwachen. „Kein Souverän sollte an seinen Grenzen die Bildung eines Staates von 25 Millionen fördern", ruft der Bewunderer Richelieus, er will wohl die einmal vollendeten Thatsachen anerkennen, aber nicht weiter soll sich die Flut ergießen; Frankreichs Beruf ist es, die kleineren Staaten zu schützen, Rouher deutet an, daß die Langmuth des Kaisers ein Ende haben könne, Luxemburg sei das erste Avertissement gewesen. Dies ist zugleich ein Wink nach Darmstadt, Stuttgart und München, der dort wohl verstanden zu sein scheint, hatte doch Herr von Beust von Paris zurückkehrend dort Station gemacht und die Einladung zur Conferenz an die deutschen Mittelstaaten angekündigt, welche zwischen Frankreich und Oestreich verabredet war. Herr von Dalwigk zeigte sich als gelehriger Schüler, und auch bei Herrn von Varnbüler scheinen die alten Sympathien wiedergekehrt, die Demonstration in der würtembergischen Kammer gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund war wohl vorbereitet. Aber auch die baierische Regierung hat nach Paris geantwortet, ohne sich erst in Berlin zu benehmen, wie es schicklich und klug gewesen wäre. Die wohlverdiente Lektion, welche Herr von Dalwigk erhielt, richtete sich also ebenso sehr nicht nur nach Stuttgart und München, sondern auch nach Paris und Wien. Man kann demnach nicht sagen, daß die italienische Krisis uns

fern liegt, denn gibt Preußen Frankreich und Oestreich freies Spiel im Süden, so hat es dann später wahrscheinlich den Kampf mit den besser gerüsteten Gegnern allein aufzunehmen, während jetzt, mag man auch noch so gering von der italienischen Armee denken, dieselbe doch einige Corps Frankreichs beschäftigen würde. Viel wird bei dem Gang, den die Dinge zunächst nehmen werden, auf die Haltung Italiens ankommen, eine bedeutende Politik läßt sich dort schwerlich erwarten.

Die Politik Ratazzis war die eines kleinlichen Intriguanten; auf Schleichwegen zum Ministerium gelangt, begann er über eine Allianz mit Frankreich gegen Deutschland zu unterhandeln, der Dank dafür war die Mission des Generals Dumont; Cavour hätte dieselbe mit der Kündigung der Septemberconvention beantwortet, Ratazzi gab sich mit einer nichts sagenden Erklärung Moustiers zufrieden, um nicht die Gunst in Paris zu verscherzen. Sein Fiasko im October mag ihn über den Erfolg dieser Politik belehrt haben. Menebrea hat mit einem Rückzug debütirt, und auch jetzt sieht man wohl gute Absicht, aber keinen festen klaren Willen. Die ganze endlose Debatte in Florenz macht überhaupt einen peinlichen Eindruck: gegenseitige Anklagen und ohnmächtige Deklamationen füllten die Sitzungen aus, statt daß man offen und kurz erklärte, man sei jetzt nicht im Stande, das römische Programm durchzuführen, halte aber an demselben fest und stelle sich dafür frei hin, indem man die Septemberconvention als beseitigt betrachte. Wie sich die Dinge, nach dem nun auch die von Anfang an aussichtslose Conferenz formell gescheitert ist, weiter gestalten, ist kaum zu berechnen, aber seit lange hat, zumal bei der gleichzeitig wiederaufwachenden orientalischen Frage, kein Jahr unter so drohenden Auspicien für den Weltfrieden geschlossen, als das gegenwärtige; nicht umsonst hat der Baarvorrath der französischen Bank die noch nie erhörte Ziffer einer Milliarde erreicht: der Geschäftsmann macht gern große Zinsen, aber lieber keine, wenn das Capital in Gefahr kommt.

Aus Leipzig.

Das erste Jahr des norddeutschen Bundes ist vorüber, gefüllt wie kein früheres mit parlamentarischen Versammlungen, Verträgen, den wichtigsten Acten der Gesetzgebung. Der gehobenen Stimmung und unsichern Erwartung im Anfange des Jahres ist Befriedigung, Ernüchterung, hier und da eine starke Reaction im Interesse früherer Zustände gefolgt; nicht auf jedem

Gebiete des Lebens ist dem Deutschen das frohe Gefühl erhöhter Kraft gekommen. Handel und Verkehr litten schwer unter der drohenden Haltung Frankreichs, nicht weniger unter den Folgen einer englischen und amerikanischen Geschäftskrisis und unter den socialen Sorgen, welche eine ungenügende Ernte fast allen Landschaften des neuen Staates bereitet; die Schneeflocken fallen auf Fluren und Dächer eines ernsten und sorgenvollen Volkes.

Auch politischer Mißerfolg hat geschmerzt, und bei Regelung der Bundesverhältnisse blieb manches hinter dem Wunsch zurück, welchen die großen Entscheidungen des Jahres 1866 aufgeregt hatten. Dennoch würde der Deutsche sehr ungerecht gegen die Gewalten sein, welche sein Schicksal regieren, wenn er aus den Resultaten der verflossenen Monate nicht Muth und Hoffnung holen und nicht eine Steigernng der nationalen Kraft erkennen wollte.

Es ist das Prinzip einer allmählichen Verbrüderung der deutschen Staaten und allmählicher Einordnung der höchsten nationalen Interessen unter eine Bundesregierung und einen Reichstag, auf den wir nach einigen acuten Territorialveränderungen zurückgekommen sind: es ist das alte Prinzip des Bundesstaates unter preußischer Führung. Das Jahr 1866 hat das Haupthinderniß dieses nationalen Wunsches, den Dualismus zwischen Preußen und Oestreich, beseitigt, und es hat die Herrenstellung Preußens durch die Annexionen zweifellos gemacht, denn es hat diesem Staat mit der Nordsee und geschlossenen Grenzen fortan die Möglichkeit gegeben, auch ohne solchen Bund zu bestehen. Darin liegt fortan das Uebergewicht des führenden Staates, er bedarf der andern weit weniger, alle andern vermögen ihn weit weniger zu entbehren. Im Jahr 1866 konnte Herr v. Beust noch meinen, eine Wahl zu haben; im Jahr 1867, wo Preußen Herr der deutschen Nordseeküsten und der Schienenwege nach Hamburg und Bremen ist, wäre auch ohne jede Bundespflicht für die Regierung Sachsens eine preußenfeindliche Politik unmöglich. Die ersten Forderungen, welche den souveränen Regierungen nach dem Frieden von Prag von dem neuen Preußen gestellt wurden, traten als herrische Zumuthungen auf, aber auf Grundlage derselben hat sich eine vorsichtige und rücksichtsvolle Behandlung der neuen Bundesgenossen eingerichtet. Die Grundlage des Bundesstaates sind Verträge und Vereinbarungen souveräner Regierungen geblieben.

Wir sind also auf eine verhältnißmäßig langsame Vollendung des deutschen Staatsbaues angewiesen, auch in unserer nächsten Zukunft werden Verzögerungen und Mißerfolge nicht ausbleiben. Dieses Jahr hat erwiesen, daß die Südstaaten ohne ernste Gefahr für Deutschland als Tummelplatz französischer, östreichischer und ultramontaner Einflüsse auf die Länge dem Bunde nicht fern bleiben können, und daß selbst die Zoll- und Heeresverträge keine Sicherheit geben, solange nicht dem Bund die Oberaufsicht über die militä-

rischen Einrichtungen zusteht. Nur die patriotische Haltung Badens läßt uns die einige Hoffnung, daß das nächste Jahr dort die Nothwendigkeit eines Eintritts in die norddeutsche Conföderation nahe legen werde.

Die Gesetzgebung des Bundes gibt der Parteikritik Blößen. Aber jedermann kann sich sagen, daß es bei großen Neubildungen zunächst darauf ankommt, die wesentlichen Punkte des Gewonnenen zu befestigen; an Fähigkeit und an Gelegenheit zu weiterer Ausführung wird es dem systematischen Sinn der Deutschen nicht fehlen. Als den größten Gewinn für das Verfassungsleben der Deutschen aber betrachten wir in diesem Jahre die Bildung einer großen nationalen Partei, welche dem Bundesstaat eine Unterstützung durch die Liberalen sichert.

Und noch ein anderer großer Fortschritt ist eingeführt. Wir haben für die höchsten Angelegenheiten der Nation das Einkammersystem angenommen. Bereits macht sich die Wirkung dieses neuen Prinzips auf den Landtagen der Einzelstaaten geltend, in Preußen, in Sachsen, in Bayern. Wenn man bisher die deutschen Herrenhäuser als Hemmnisse unserer politischen Entwicklung auffaßte, griff man nicht das Prinzip, sondern die zufällige Zusammensetzung oder gar die Personen an, welche in die eximirte Stellung geschickt waren. Aber nicht in den Mängeln der Zusammensetzung liegt für uns das Unhaltbare eines Oberhauses, sondern in der unwahren Idee, auf welche sie gegründet ist. Es gibt in Wahrheit keine politisch wichtigen Herreninteressen; und die Vorurtheile und zufälligen Stimmungen einer Anzahl distinguirter Individuen in besonderem Hause zu sammeln und zu einem Faktor der Gesetzgebung zu machen, liegt weder im Interesse der Regierungen, noch des Volkes. Auch als retardirendes Element, welches gegen Ueberstürzungen oder excentrische Wünsche der Volksvertretung zu sichern habe, sind unsere Herrenhäuser ohne Gewicht, weil sie außerhalb des Hauses keine Macht darstellen, auf welche sich eine mit den Vertretern des Volks verfeindete Regierung zu stützen vermag, sobald die Aufregung im Volke in Wahrheit hochgestiegen ist. Wir Deutsche hätten für ein Herrenhaus nur eine Kategorie von Persönlichkeiten, und das sind unsere Herren, die Häupter der jetzt regierenden Familien und ihre präsumtiven Thronfolger.

Das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag hat in mehreren Landschaften eine Bewegung für ausgedehntes Wahlrecht hervorgerufen. Nirgend mit größerer Berechtigung als im Königreich Sachsen, wo auch die Regierung empfand, daß sich mit den fast abenteuerlichen Beschränkungen des Wahlgesetzes nicht mehr auskommen lasse. Wenn aber diese Agitation hier und da das allgemeine Wahlrecht auch für die Landtage fordert, so sind wir der Meinung, daß die nationale Partei sich hüten sollte, ein solches Experiment zu begünstigen, es ist vielmehr ihr Interesse, den Modus

festzuhalten oder einzuführen, welcher der besten Intelligenz des Landes die größten Aussichten gewährt.

Der Stadt, in welcher diese Zeilen geschrieben werden, brachten die letzten Tage einen besonderen Beweis, daß die Constituirung des norddeutschen Bundesstaats vollendet sei, die preußische Besatzung Leipzigs wird herausgezogen, die Garnison wieder sächsischen Bundestruppen übergeben. Von officiösen Correspondenten Preußens wurde die Maßregel als ein Zeichen des herzlichen Einvernehmens zwischen den beiden hohen Regierungen hervorgehoben, wie auch Graf Bismarck die Bundestreue Sachsens mit warmen Worten gerühmt hat. Erfreut enthalten wir uns darüber jeder eigenen Reflexionen. Wir haben aber für das Zurückziehen der preußischen Truppen einen andern Grund anzuführen: die Besatzungen von Leipzig und Bautzen waren nach Erfüllung der Bestimmungen des Separatvertrages vom 7. Febr. 1867, welche dem Staat Sachsen ein eigenes geschlossenes Armeecorps und Sr. Majestät dem König von Sachsen gegenüber andern Bundesfürsten einige souveräne Prärogative mehr zutheilte, eine bloße Demonstration geworden, welche den sächsischen Localpatriotismus der Regierenden und Regierten dauernd demüthigte. Da ein gutes Einvernehmen mit Sachsen bereits werthvoll geworden ist, so war solche Demüthigung nicht weise. Die Besetzung zweier Grenzstädte hatte aber auch keine militärische Wichtigkeit, wenn eine Viertelmeile davon Truppen unter sächsischen Commando lagen, deren Officiere an den kriegerischen Traditionen und Anschauungen der tapfern sächsischen Armee ihr Selbstgefühl zu nähren verpflichtet sind. Größeren Nutzen für kameradschaftliche Verbindung des zwölften Bundescorps mit den übrigen würde es nach unserem Dafürhalten gewähren, wenn der Bundesfeldherr, sein vertragsmäßiges Recht wohlbedacht gebrauchend aus den sächsischen Regimentern einzelne Offiziere in preußische commandiren wollte, und umgekehrt, damit Gleichförmigkeit in der Dienstpraxis erhalten bleibe und unter den tapfern Männern, welche fortan als Waffenbrüder neben einander stehn sollen, auch persönlich gute Kameradschaft und das herzliche Vertrauen gefördert werde, welches alle Offizierstische des Bundes verbrüdern soll.

Dem 52. Regiment aber, welches jetzt die Mauern Leipzigs verläßt, wird von der Stadt und den Bürgern warme Anerkennung für musterhafte Haltung unter schwierigen Verhältnissen ausgesprochen; wir vermögen dem Regiment keinen besseren Scheidegruß nachzusenden, als die Versicherung: Offiziere und Mannschaft haben sich in Leipzig ganz und völlig so gehalten, wie Preußen geziemt.

Griechische und lateinische Studien der Herzogin Amalie von Weimar.

Immer von neuem wird dem geistigen und gesellschaftlichen Leben jener berühmten Zeit Weimars nachgespürt, in welcher die Dichter und Denker unserer Nation an der Ilm lebten und wirkten. Und mit Recht; denn es ist in hohem Grade lehrreich, zu erforschen, wie jene Geister großer Zeit sich gegenseitig anregten, wie sie von Verhältnissen, die zu beherrschen keinem Sterblichen gegeben ist, in ihren Thaten und Schöpfungen bestimmt wurden, und welchen Einfluß sie selbst in ihrer Umgebung ausübten. In vielen Fällen genügt es freilich, die Thatsache zu kennen, anziehend aber ist und bleibt es, die Wirkung zu verfolgen. So weiß man, daß die Herzogin Amalie, von der an ihrem Hofe herrschenden geistigen Strömung mit fortgerissen, den lebhaften Wunsch hegte, griechisch und lateinisch zu lernen, um die alten Dichter in der Ursprache zu lesen. Den äußern Anstoß zum Beginn dieser Studien gab die Erscheinung des berühmten Philologen Jean Battiste Gaspard d'Ansse de Villoison zu Weimar. Der Herzog Karl August hatte auf jener Reise, welche seinem Regierungsantritt unmittelbar vorausging, den jungen Gelehrten, welcher sich durch fleißige Ausgaben der alten Schriftsteller einen Namen erworben hatte, in Paris aufgesucht (1774). Villoison schloß sich mit Wärme dem Herzoge und seinen Begleitern an, erwies sich ihnen während ihres Aufenthalts sehr gefällig und blieb fortan mit ihnen und namentlich mit Knebel in Correspondenz. Seine Briefe geben ein höchst eigenthümliches Bild des wunderlichen Ehrgeizes dieses gründlichen Kenners der alten Sprachen und ihrer Literatur. (Vergleiche: Zur deutschen Literatur und Geschichte, ungedruckte Briefe aus Knebels Nachlaß, herausgegeben von Düntzer, Nürnberg 1858). Nachdem er in Venedig die Ausgabe des Homer bearbeitet hatte, welche seinen dauernden Ruf begründete, kam er 1782 nach Weimar, wo er bei Hof gut aufgenommen wurde und die Herzogin Amalie für seine Griechen so begeisterte, daß ihr die Laune kam, bei ihm Unterricht in griechischer Sprache zu nehmen. Er zeigte dies unterm 22. Mai 1782 Knebel an. Sie selbst aber schrieb ihm:

Tiefurt den 23. Juni 1782. — — Seit Villoisons Hiersein habe ich das Griechische angefangen; ich kann sieben anakreontische Oden lesen und verstehen; ich bin aber auch une Princesse pleine de génie. Knebel, was sagen Sie dazu? Wären Sie hier, wie wollten wir die Sprache der Götter treiben! Es macht mir wirklich unendlich viel Freude, und bringt mir viele Stunden sehr angenehm hin.

Tiefurt den 29. Aug. 1782. — — Das Griechische aber nimmt mit

großen Schritten seinen glücklichen Fortgang. Wie habe ich doch so verlassen sein können und nicht eher diese Sprache der Seele gelernt! Mir ist es, als wäre ich in einer ganz andern Welt; meine Seele flattert so leicht mit dem liebenswürdigen Täubchen, welches aus Anakreons Hand sein Brod pickt.

Weimar den 4. Januar 1784. — — Mein Fleiß im Griechischen geht mit großen Schritten; diesen Winter studire ich den Aristophanes, welchen ich zuweilen mit Wieland lese; ich finde an ihm sehr viel Vergnügen, sein beißender Witz ist unerschöpflich, und mit allem dem hat er so viel Grazie, daß man ihm alles gern verzeiht, auch selbst seine schmutzigen Sachen. Ich habe mit den Fröschen den Anfang gemacht, die so gut auf unsere Zeit passen, daß, wenn Aristophan jetzt noch lebte, er nicht besser über unsere *Μουσική χελιδονῶν* und *λωβηταὶ τεχνῆς* sprechen könnte.

Gleichzeitig trieb sie das Lateinische so eifrig, daß Knebel ihr bei Uebersendung seiner Uebersetzung des Properz einen Antheil an derselben zuschreiben konnte. Sie erwiderte darauf:

Weimar den 29. Oktbr. 1798. — — Wie sehr Sie mich durch Ihre Uebersetzung des Properz überrascht haben, und das Vergnügen, was Sie mir damit gemacht, ist schwer mit Worten auszudrücken. Ebenso ist es mit dem schmeichelhaften Compliment, was Sie mir machen, indem Sie mir einen Antheil an diesem Werke der Kunst und des Geistes, womit Sie dem gelehrten Publikum ein so schönes Geschenk machen, zueignen wollen; ich kann es nur annehmen als eine poetische Empfindung, die Sie auf einen Augenblick getäuscht hat.

Aus den uns handschriftlich vorliegenden Uebersetzungen (es sind 15 Elegien des Properz und 4 Idyllen des Theokrit und Bion) — überzeugt man sich, daß diese Sprachstudien von der trefflichen Fürstin mit Liebe und Ausdauer getrieben wurden. Die Uebersetzerin hat ihre Concepte wiederholt geändert und umgearbeitet, und endlich ihre Arbeit in zierlicher Reinschrift ihren Lehrern zur Correctur vorgelegt. Wenn es schon überhaupt zu den Ausnahmen gehört, daß Frauen sich mit der Erlernung der alten Sprachen beschäftigen, so sind die Beispiele in so hoher Stellung noch seltener. Es zeugt aber von ganz besonderer Begeisterung und Energie, wenn solche Studien noch in spätern Jahren angefangen und fortgesetzt werden. — Mag man auch an diesen Uebersetzungen vielerlei als falsch oder ungenügend zu tadeln haben, so wird man die Mittheilung derselben nicht ohne Interesse aufnehmen, schon weil sie die Möglichkeit der Beurtheilung dessen liefert, wie weit es die Verfasserin mit ihren Studien gebracht hatte. Aus diesem Grunde theilen wir die nachstehenden beiden Proben mit.

Theokritos, Idylle I.

Thyrsis: Wie lieblich stimmt das Gelispele der Quellen in das Säuseln der Fichte! Und auch du, o Hirt, du bläsest die Flöte so sanft, daß du nach Pan den zweiten Preis davon tragen wirst. Wenn er einen Bock mit starken Hörnern zur Belohnung erhält, so wird dir eine Ziege zu Theil werden. Bekommt er aber diese, so soll dir eine zarte junge Ziege gegeben werden; sie hat ein zartes Fleisch, solange sie noch nicht geboren hat und nicht gemolken worden ist.

Hirt: O Schäfer, dein Gesang ist süßer als das rauschende Wasser, welches dort von dem hohen Felsen herabträufelt; wenn die Musen ein Schaf zum Geschenk erhalten, so hast du zum Preise ein Lamm, oder gefällt es ihnen das Lamm zu nehmen, kannst du dir das Schaf zueignen.

Thyrsis: Bei den Nymphen bitte ich dich, setze dich hierher an den Abhang dieses kleinen Hügels unter den Tamariskenbaum, und blase die Flöte, und ich will indessen hier meine Ziegen weiden.

Hirt: Hier dürfen wir nicht zur Mittagszeit die Flöte blasen; wir fürchten uns vor Pan; wenn er müde von der Jagd heimkehrt, so ruht er hier; er sieht immer mürrisch aus, sein Gesicht ist immer voll Zorn. Du, Thyrsis, der die Leiden des Daphnis kennest, und der du bist der große Hirtensänger, komm und setze dich nieder hier, mit mir unter die Ulme, gegenüber dem Priap und den Quellen der Nymphen, wo der Schäfersitz und die Eichen sind, und wenn du singest, wie du ehedem mit Chromis von Lybien um den Preis sangest, so gebe ich dir eine Ziege, die du dreimal des Tages melken kannst und welche zwei Junge auf einmal geworfen hat. Diese, welche zwei Böckchen hat, mußt du noch in zwei Gefäße melken. Auch gebe ich dir ein Trinkgefäß voll süßen Honigs, mit zwei Henkeln, welches ganz neu ist und noch nach dem Schnitt des Künstlers riecht. Den Rand umwindet ein zierlicher Kranz von Epheu, um den sich die Goldblume schmiegt. Man sieht in der Mitte auf dem Gefäße eine weibliche Gestalt geschnitzt, einer Göttin ähnlich mit einem Gewande und Kopfputz. Zu ihren Seiten stehen männliche Figuren mit schönem langen Haar, die mit einander in einem Wortwechsel begriffen sind. Aber sie scheint keinen Antheil an dem Streit zu nehmen, bald lächelt sie dem einen, bald dem andern zu, diese aber, in vergeblicher Liebe entflammt, staunen sie an.

Auf einen schroffen Felsen sieht man auch einen alten Fischer, der ein ungeheures Netz mühsam nach sich schleppt; man sieht es ihm an, daß er alle seine Kräfte zum Fischen anstrengt, denn die Sehnen des Halses schwellen ihm auf; obschon er ein Greis ist, zeigt er doch die Stärke eines Jünglings. Nicht weit von dem auf dem Meere grau gewordenen Alten erscheint ein mit rothen Trauben prangender Weinberg; ihn zu bewachen, sitzt ein Knabe

am Zaun; nicht fern von ihm schleichen zwei Füchse, deren einer sich durch die Gänge und Reben schmieget und Trauben nascht, der andere aber auf den Sack des Knaben einen gierigen Blick wirft und ihn auszuleeren trachtet, ehe der Knabe sein Frühstück nimmt und während er eine Grillenfalle von Stroh und Binsen baut, und dabei seinen Sack und seinen Weinberg vergißt. Um das Ganze schlängeln sich die biegsamen Zweige von Bärenklau, alles in schöner erhabener Arbeit nach äolischem Geschmack. Du wirst darüber erstaunen. Dieses erhielt ich von einem kalidonischen Schiffer gegen eine Ziege und einen großen Kuchen von Käse. Noch ist das Gefäß nicht an meinen Mund gekommen, ich habe es wohl aufbewahrt. Mit Vergnügen werde ich dir ein Geschenk damit machen, wenn du mir das bewegte und schöne Lied singen wirst. — Wohlan, lieber Freund, ich glaube nicht, daß du das Lied für den Orkus versparen willst, wo man alles vergißt! —

Wir lassen das nun folgende Lied des Thyrsis von den Leiden und dem Tode des Daphnis weg, da das Mitgetheilte genügt, um die Uebersetzung zu beurtheilen, geben aber noch eine Uebersetzung einer Elegie des Properz (II. 13.):

„Das persische Heer verdunkelt den Himmel nicht mit soviel Pfeilen, als Amor wider mein Herz abschießet. Er befiehlt mir, den zärtlichen Musen mich zu weihen, und ihren geheiligten Hayn zu bewohnen. Nicht, daß durch den Zauber meines Gesanges die Eichen mir nachlaufen, und nach Griechenland jedes wilde Thier hinter mir herziehen würde, sondern nur, daß Cynthia sich erweichen lasse. Wenn ich dieses erhalte, so verlange ich keinen Vorzug vor Linus oder seinem Schüler Orpheus. —

Mich reizt kein Mädchen ihrer Schönheit wegen, oder weil sie von Halbgöttern abstammt, aber dieses wünschte ich, daß ich meiner Cynthia gefalle, wenn ich ihr meine Gedichte an ihrer Seite vorlese. Könnte ich ein so seltenes Glück haben, verlangte ich keine theatralische Ehre, denn der Beifall meiner Geliebten ist mir alles. Wenn sie mit mir Friede hält und ihren Zorn gegen mich besänftigt, so werde ich Jupiter minder fürchten, wenn er wieder mir zürnt.

Sollte der Tod seine Waffen gegen mich richten und meine Augen schließen, so höre meinen letzten Wunsch, wie ich begraben sein will: Ich will nicht, daß mein Bild in feierlichem Aufzuge erscheine, noch daß die eitle Trompete meinem Tode nachhalle, noch daß mir ein mit Elfenbein eingefaßtes Bett zubereitet werde, noch daß attalische Schätze mein Kopfpfühl schmücken. Ich verlange keine in Reihen gestellten Gefäße mit Wohlgeruch, nur gemeine Salben soll meine Urne einschließen. Wenige meiner Schriften sollen meine einzige Zierde sein, besseres kann ich der Proserpina nicht zum Geschenke bringen. Du aber folge mir, wenn man mich zu Grabe trägt;

trage die Zeichen deines Schmerzes auf deiner Brust und höre nicht auf, meinen Namen zu rufen. Gib meinen verblaßten Lippen den letzten Kuß, wenn du meinen Leib mit Assyrischen Balsam mitleidig salbest. Wenn die Flammen meinen Leib in Asche verwandeln, so sammele sie in ein kleines Gefäß. Auf mein Grab pflanze einen Lorbeerzweig, damit diese heilige Stätte einen stillen und ruhigen Schatten bekomme. Setze diese zwei Verse über meine Asche: der in wenig Staub verwandelt hier liegt, starb als Sclave einer einzigen Geliebten.

Dieses Grab, welches ich dir in Gedanken vorzeichne, wird, hoffe ich, so berühmt werden, als das blutige Grabmal des Achilles.

Auch du denke, daß du sterben mußt und erinnere dich des schweren Uebergangs. Komme zum Ziel, doch so spät als möglich. Verschmähe nicht meine kalten Gebeine, wenn du bei meinem Grabe vorüber gehst, denn Grabsteine haben Gedanken und Gefühl.

Ach, hätten mir die Parzen ohne weitern Schmerz beim Eintritt in die Welt das bittere Leben genommen. Wozu wird so ein langer Lebensfaden gesponnen? Klotho vergönnte freigebig dem Nestor drei Jahrhunderte; hätte ein phrygischer Krieger am Simois, welcher soviel Menschenblut trank, sein Leben verkürzt, so würde er seinen Sohn, den Antilochus, nicht mit Wunden bedeckt gesehen, noch gesagt haben: Warum verweilst du, o Tod, mir mein elendes Leben zu nehmen?

Laß manchmal Thränen über mich fließen. Es ist billig, daß die Liebe nach dem Tode nicht erlösche. So bewies sich Venus, da Adonis von dem grausamen Eber auf dem Idalischen Gebirge tödtlich verwundet war. Sie beweinte ihn mit zerstreutem Haar in jenen sumpfigen Thälern. — Aber vergebens wirst du meinen stummen Schatten zurückrufen, denn was können meine in Staub verwandelten Gebeine dir sagen!

Wir können es uns nicht versagen, bei dieser Gelegenheit einer handschriftlichen Notiz aus dem in den „Grenzboten" wiederholt erwähnten Nachlaß des Livländers Garlieb Merkel Erwähnung zu thun, sie bietet einen kleinen Beleg für die Ungezwungenheit und Humanität, welche die Beziehungen der Herzogin Amalie zu ihrer Umgebung und den Gelehrten des Hofes charakterisirten. Merkel gehörte zu Wielands anhänglichen Freunden und hatte, um diesem während der Sommermonate des J. 1799 möglichst nahe zu sein, eine Wohnung im Hause des herzoglichen Hofgärtners zu Tieffurt gemiethet. Herder und dessen Frau, Böttiger, der Satiriker Johannes Falck und Wieland waren Nachmittags und Abends häufig Merkels Gäste, um bei diesem den Kaffee oder eine bescheidene „Abendcolla-

tion" einzunehmen. „Meine hochfürstliche Nachbarin, die Herzogin Amalie" so berichtet Merkel in einem „Meine Lebensweise in Weimar" überschriebenen Manuscript, „und ihr kleiner Hof thaten mir in keiner Weise Zwang an. Ich lustwandelte des Morgens in ihrem kleinen Park, der eigentlich nur aus zwei oder drei schattigen Schlangenwegen zwischen der Ilm und einer Bergwand bestand, ich arbeitete in einer kleinen Grotte, der „Höhle", die auf dem Rande dieser letzteren stand und eine weite Aussicht gewährte. An einem Abende war verabredet, daß die Falckin eine Freundin mitbringen sollte und ich hatte ein anderes Ehepaar, einen Kaufmann, dessen Frau eine Rigaerin war, eingeladen. Als Falcks aber kamen, war ich sehr überrascht, statt des weiblichen Gastes einen Mann zu sehen. Es war Wieland. Ich wußte die Ehre, die mir dadurch widerfuhr, nach Gebühr zu würdigen und die Freude darüber riß mich zu einer Unbesonnenheit hin. Wielands Gegenwart mocht' ich nicht in der Stube genießen. An den Park stieß eine ziemlich große Rosenlaube, die eben in Blüthe stand. Ich fragte den Hofgärtner und in der Voraussetzung, daß die Herzogin Amalie so spät nicht mehr im Garten spazieren werde, willigte er ein, den Tisch in der Laube decken zu lassen. Kaum hatte die Mahlzeit begonnen, so brachte der Gärtner die Nachricht, die Herzogin komme mit ihren Hofdamen gerade den Gang zur Laube her: sie war ihr Lieblingssitz. In großer Verlegenheit sprang ich auf und wollte der Fürstin entgegengehen um ihre Verzeihung zu erbitten; aber sie war der Gesellschaft gewahr geworden und bog eben lächelnd in einen Gang ein und kehrte zurück in ihr Schlößchen.... Dies schonend nachsichtsvolle Benehmen der edlen Fürstin war ganz in dem so geistvoll humanen Charakter, den ihr ganzes Leben bezeugte; ein kleiner, aber vielsagender Zug!"

Aber die Gelehrten und Dichter waren damals auch dankbar für menschliche Behandlung durch die Großen der Erde. —

Literatur.

Hermann Schulze, Einleitung in das deutsche Staatsrecht mit besonderer Berücksichtigung der Krisis des J. 1866 u. d. Gründung des nordd. Bundes. Leipzig 1867.

Unsere deutschen staatsrechtlichen Bücher spiegeln meist noch literarische Zustände und Gewohnheiten ab, die auf andern Gebieten überwunden sind. Sie gelten jedem, der nicht selbst zu der Schule zählt, für ungenießbar, und sie sind es auch. Früher verband sich damit ein gewisser Glorienschein unbegreiflicher Weisheit; jetzt, wo der leidige Grundsatz immer mehr in Fleisch und Blut übergeht, daß jedes schwerfällige und pedantische

Buch auch auf einen ebenso construirten Autor zurückschließen läßt, ist aus der Glorie ein dicker Zopf worden. Möglich, daß ihn mancher mit Würde trägt, möglich auch, daß dieser Kopfschmuck im Kreise strenger Weisen noch etwas gilt, aber zum Lesezeichen will er uns nicht mehr recht behagen.

Und doch wäre es zur Förderung großer Interessen sehr wünschenswerth, wenn es sich anders verhielte, wenn wir eine deutsche staatsrechtliche Literatur besäßen, aus der man nicht blos gründliche, sondern auch geschmackvolle Belehrung schöpfen könnte. Das Bedürfniß ist verbreiteter wie je. Die praktische Theilnahme an dem Staatswesen wächst in Dimensionen, die man vor zwanzig Jahren kaum ahnen konnte. Gern oder ungern muß so ziemlich jeder Gebildete, nicht etwa aus Liebhaberei, sondern im Drange der reelsten Verhältnisse eine bestimmte Position zu dem politischen Leben nehmen. Die fast zu zahlreichen parlamentarischen Körperschaften, die nicht wie Pilze aus der Erde schießen, sondern als spät befruchtete Keime einem auf der Oberfläche spröden, in der Tiefe unendlich fruchtbaren Boden entwachsen, beschäftigen sich alle mit Fragen, zu deren klarer und gründlicher Lösung eine gewisse Klarheit und Gründlichkeit staatsrechtlicher Bildung gehört. Selbst in dem bescheidensten Gehege einer Localgemeinde wird es nöthig sein, über das Verhältniß der ganzen Corporation zu den Rechten der Individuen, über die gegenseitige Abstufung der Rechtsverhältnisse zwischen der Gemeinde und dem Staate, und über tausend andere Dinge etwas zu wissen, die alle nicht aus den Fingern gesogen werden können, wenn nicht blamable Geschichten entstehen sollen, die sich der anmaßlichen Oeffentlichkeit dieser Tage nicht mehr so leicht vorenthalten lassen, wie etwa dreißig Jahre früher.

Freilich kann sich jeder, der Zeit und Mühe daran setzt, gerade so gut in unser deutsches Staatsrecht einarbeiten, wie in jedes andere Wissen. Aber es handelt sich hier eben darum, daß die meisten nicht in der Lage sind, solche Opfer zu bringen und doch bei jedem Schritte in das öffentliche Leben jenes unangenehme Gefühl der Unsicherheit empfinden, das sich durch einige zufällig erworbene Notizen aus Leitartikeln und Kammerdebatten nicht beschwichtigen läßt. Auch unsere Staatswörterbücher wollen dazu nicht ausreichen, so wenig wie Jemand die gewöhnlichen Conversationslexica als ausreichend zum Erwerb einer allgemeinen Bildung ansehen wird. Wer schon etwas im Zusammenhang weiß, mag aus ihnen gelegentlich einmal mit Nutzen Vergessenes oder Uebersehenes herausholen, eben wo eine solche Grundlage fehlt, werden sie nicht so wohl verflachend, wie man zu klagen pflegt, als verwirrend wirken. Wir sind eben keine Franzosen, denen die Schlittschuhe angeboren sind, um auch auf dem bedenklichsten Glatteis graziös hinzu-

zuschweben. Wir bleiben bedächtig und gründlich, und wo wir dies nicht sein können, werden wir confus.

Gründlich ist freilich selbst wieder ein vieldeutiger Begriff. Wir Deutsche verstehen darunter, falls wir unsere eigenste Art und Anlage zur Geltung kommen lassen, ein praktisches Wissen von einem Gegenstand, nicht ein buntes Vielerlei von Notizen über denselben. Wir glauben zwar häufig, daß unsere deutsche Gründlichkeit mit Viel- oder Alleswissen identisch sei, aber, wenn auch Deutschland wahre Ungeheuer von Polyhistoren erzeugt hat, so war dies nur eine vorübergehende Entwickelungskrankheit, noch dazu in einer Zeit, in der der Kern des deutschen Wissens tiefer als zu irgend einer andern unter fremdem Schutt und Gerümpel vergraben lag. Im Gegentheil liegt dem deutschen Volksgeiste oft weniger, als es uns nützlich und förderlich ist, an der Kenntniß eines Gegenstandes, als an der Erkenntniß. Jedenfalls kann er sich Kenntniß nur als Folge von Erkenntniß denken und in der That auch nur so zu eigen machen. Anderwärts ist der Weg umgekehrt, oder vielmehr die bloße Kenntniß genügt, und die Erkenntniß wird als überflüssige Dreingabe behandelt.

Auf das Gebiet des Staates und der Politik übertragen bezeugt dieser unvertilgbare Zug des deutschen Wissens, daß wir, um über seine handgreiflichen Erscheinungsformen in der Wirklichkeit unserer Tage urtheilen und demgemäß eine praktische Position zu ihnen nehmen zu können — denn das Urtheilen muß bei uns immer der Praxis vorhergehen — wissen müssen, wie das alles zu dem geworden ist, was es jetzt vorstellt. Die Geschichte, und zwar die genetische Geschichte des deutschen Staates, ist für uns nicht blos ein theoretisches Fach, das zur Zierde und Bildung des Geistes sehr nützlich sich erweist, sondern eine unerläßliche Vorbedingung, um an dem Staat der Gegenwart den lebhaften und kräftigen Antheil zu nehmen, zu welchem uns alles hindrängt.

Gerade hier hat aber unsere Wissenschaft oder haben ihre Vertreter so viel versäumt und gerade deshalb erregt das Buch, dessen Titel wir angeführt haben, unsere besondere Theilnahme. Denn es ist ein wohlgelungener Versuch einer genetischen Geschichte des deutschen Staates und der Ideen, aus denen er sich aufgebaut hat. Insofern darf es auch mit Recht als das erste seiner Art bezeichnet werden, denn unsere bisherigen Staats- und Reichsgeschichten haben zwar häufig eminente gelehrte Verdienste, aber sie stellen sich von vornherein in die engumschlossene Sphäre der Zunftgelehrsamkeit oder, wenn man an diesem Ausdruck Anstoß nimmt, der specifisch juridischen Bildung. Sie gehen alle von der Voraussetzung aus, daß niemand außer einem systematisch geschulten Juristen befähigt, und was noch weniger für die Gegenwart passen will, berechtigt sei, von dem Dinge, Staat genannt, etwas

zu erfahren. Hier aber ist dieser Grundirrthum glücklich vermieden und zwar, wie kaum bemerkt zu werden braucht, nicht etwa auf Kosten der Gründlichkeit und sachgemäßen Kenntniß des Materials. Denn eine populäre Schrift in dem leider noch immer gewöhnlichen Wortsinn darf man sich unter dieser Einleitung in das deutsche Staatsrecht nicht vorstellen. Sie gibt die Resultate der Einzelarbeit auf dem ganzen Gebiet, auf dem sich ihr Verfasser schon früher bewährt hat, in systematischer, streng geordneter Folge. Sie ist nicht bestimmt, halb im Schlafe gelesen zu werden, sondern sie verlangt eine Sammlung und Fesselung der Aufmerksamkeit und des Denkens, ohne die man überhaupt kein Buch zur Hand nehmen sollte. Aber man braucht kein Jurist zu sein, um sie zu verstehn, und die nach dem heutigen Bildungsstand unabweisbaren Anforderungen des guten Geschmacks werden in ihr nicht ignorirt.

Doch darauf allein möchten wir nicht alles Gewicht legen, ja nicht einmal das hauptsächliche. Mehr noch als der umsichtige Fleiß und die gründliche Durchforschung des Materials, mehr als die klare und durchsichtige Darstellung gilt uns die Gesinnung, die aus dem ganzen Werke spricht. Und nicht blos deshalb, weil sie dieselbe ist, zu der auch wir uns bekennen. Auch dies ist nichts geringes in unseren Augen, denn wir sind so unbescheiden zu glauben, daß es die rechte und wahre ist und daß jeder rechte und wahre Mann, der den deutschen Namen trägt, zumal jeder, der die Prätension erhebt, in irgend einer Art ein geistiger Führer der Nation zu sein, sich zu ihr von Rechts wegen bekennen müßte. Wir sind durchaus nicht gemeint, jenen quietistischen Indifferentismus gelten zu lassen, der unter dem beliebten, Mantel der Toleranz so häufig Faulheit und Feigheit verbergen mußte. Wer nicht zu uns gehört, von dem wissen wir, daß er im Irrthum befangen ist und es kommt nur darauf an, sich klar zu machen, warum er es ist, um darnach unsere Stellung gegen ihn zn nehmen. Eine doctrinäre, bis ins ein zelnste ausgetüftelte Uniformität des politischen Bekenntnisses würde uns ebenso ungeheuerlich vorkommen, wie die Subtilitäten einer confessionellen formula concordiae. Nicht blos aus Ehrfurcht vor dem Rechte der subjectiven Ueberzeugung, sondern aus dem praktischen Grunde, daß damit alle und jede Lebensregung erstickt wäre, verzichten wir gern darauf. Wir halten also nicht jeden, der z. B. über die Frage der activen und passiven Wahlberechtigung, über die Nothwendigkeit einer ersten Kammer, über die jährliche Vorlage des Budgets und hundert andre Controversen von großem Belange für die politische Praxis anders denkt wie wir, für unsern Feind; wir rechnen ihn zu den unsrigen, trotz momentaner Gegnerschaft, wenn er nur in den Haupt- und Cardinaldogmen mit uns eins ist. Und solcher gibt es für uns nur wenige und ganz klare, unzweideutige, ohne alle Subtilitäten und men-

tale Reservationen. Das erste davon lautet: das deutsche Volk hat das Recht und die Pflicht, einen deutschen Staat zu gründen und zu erhalten. Das zweite: dieser wirkliche deutsche Staat war einst in Preußen dargestellt, ist gegenwärtig im norddeutschen Bund zu suchen und muß demnächst das ganze Deutschland sein. Und dazu noch das dritte und letzte: jedes und jeder, gleichviel wie exclusiv gestellt und wie privilegirt bisher, hat in dem deutschen einheitlichen Staat der Gegenwart und Zukunft keinen andern Platz, als ein gleichberechtigtes Glied neben den andern. Wer als Particularist und Separatist sich damit nicht begnügen will, ist ein Verräther an der deutschen Nation. — Mit diesem kurzen Credo ist alles erschöpft, was uns von unsern Gegnern, den Welfen und Ultramontanen, den Schwarzgelben und Rothen trennt; wer sich dazu bekennt, mag sich außerdem zu den Altliberalen oder Nationalliberalen zählen, er ist in der Hauptsache doch der unsrige, während wir eine Uebereinstimmung in den Nebendingen für ganz gleichgültig halten, wenn der Grund und Kern der Gesinnung nicht der einzig berechtigte und wahre ist.

Gerade darauf aber möchten wir für die Würdigung des Buches, welches wir der Aufmerksamkeit unserer Gesinnungsgenossen aller Farben zu empfehlen wünschen, besondern Nachdruck legen. Mit echt geschäftlichem und wissenschaftlichem Sinne drängt es dem Leser niemals eine formulirte politische Special- und Schuldoctrin auf; sein Verfasser ist unbefangen genug, um nicht in einem fertigen Recept das Heil der Nation für alle Zeiten und Verhältnisse in der Tasche haben zu wollen. Eine lebendige Einsicht in den innern und äußern Pragmatismus der bisherigen Staatsbildungen in Deutschland, insbesondere während der verwickelten Evolutionen der Neuzeit, die in der Gründung des norddeutschen Bundes ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben, gilt ihm — und setzen wir hinzu auch uns und jedem wahren Patrioten — mehr als der Ruhm, eine neue unfehlbare Formel gefunden zu haben, die doch im besten Falle nicht mehr ist als ein geschickt gelöstes Rechenexempel nach einem willkürlichen Ansatz. Zur Einübung der Elemente des politischen Wissens mag dergleichen ganz praktisch sein, aber dem männlichen Ernst des wirklichen Staates gegenüber kann man sich eines mitleidigen und abweisenden Lächelns nicht erwehren, daß man noch immer Leute sehen muß, die Wunder was gethan zu haben glauben, sobald sie zu den vielen alten noch ein neues Exempelchen erfinden. Ja es möchte noch immer gehn, wenn sie nur nicht so tückisch sich geberdeten, sobald man sie bedeutet, daß ihre Scherze wohl für die Schule, aber nicht für das Leben passen.

Verantwortliche Redacteure: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

№ 2.

Ausgegeben am 10. Januar 1868.

Inhalt:

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Eine Aufführung der Antigone im modernen Athen.

In der Reihe der Festlichkeiten, die man zu Athen beim Empfang des neuvermählten Königspaares veranstaltete, war die Aufführung einer neugriechischen Uebersetzung der Antigone von Sophokles im Theater des Herodes Attikus die letzte und eigenthümlichste. Erlauben Sie, daß ich Ihnen mittheile, was ich mit den Augen des Barbaren dabei wahrgenommen habe.

Schon seit Monaten war auf der Bühne und im Zuschauerraum viel gehämmert nnd gezimmert worden und die Besucher der Akropolis, an welche das Odeion des Herodes sich anlehnt, konnten sich täglich von dem Fleiß überzeugen, mit dem man zu Werke ging, freilich auch von dem abenteuerlichen Geschmack, der sich entwickelte, und der immer toller zu werden schien, je mehr die Vorbereitungen ihrem Ende nahten. Das Gebäude, obwohl bedeutend kleiner als das alte Dionysostheater, welches eine geringe Strecke weiter östlich neuerdings wieder aufgedeckt worden ist, war mit Recht für die Bewohner des heutigen Athen zu groß befunden worden; man hatte nur einen Theil desselben zum Gebrauche hergerichtet. Die Bühne war verkleinert worden indem man zu beiden Seiten Wände aufführte und zwischen ihnen auf vier Säulen ein Giebeldach herstellte, das den eigentlichen Aktionsraum bedeckte. Die Scenenwand hatte die üblichen drei Thüren erhalten; rechts und links aber von der mittelsten standen große von unten drehbare Pyramiden, deren Malereien zur Veranschaulichung der Scenerie dienen sollten; an beiden Seiten fehlten auch Coulissen nicht, und zwei Treppen führten in die Orchestra herab. Alles von Holz und alles mit sogenannten Farben überzogen. Im Giebelfelde hatte man sich sogar zu einer großen Malerei, grau in grau, verstiegen: Apollo hatte sich bequemen müssen, auf einer nach beiden Winkeln hin verlaufenden Ranke-Platz zu nehmen, um mit enthusiastischem Blick gen Himmel die Leier zu spielen. Als weitere Decoration waren noch zwei Gipsstatuen aus dem Atelier eines neugriechischen Phidias auf der Bühne angebracht, und damit der Vergleich mit der Antike nicht gar zu sehr aufgedrängt werde, war die alte Plastik nur durch Statuetten vertreten, indem man alles zur Verwendung gebracht hatte, was im

Magazin des Gipshändlers gerade vorräthig stand: den Apoll von Belvedere neben der Astragalosspielerin, den Sophokles neben einem pompejanischen Faune und dergleichen. Den Bühnenraum zwischen den vier Säulen verdeckten Vorhänge, welche herabgelassen werden konnten, alle drei von ziegelrothem durchsichtigem Kattun. Im Zuschauerraume schließlich hatte man die Steinsitze für mehr als 2000 Personen mit Brettern überdeckt und oben in der Mitte des mittelsten Treppenausschnitts für das jugendliche Königspaar eine Behausung eingerichtet, welche viel Aehnlichkeit mit einer Puppenstube zeigte. —

Alle diese Herrichtungen hatte das Wetter, das in diesem Winter nach langer Dürre ungewöhnliche Nässe brachte, nicht begünstigt. Wiederholt war vom Sturm und Regen der Stuck von dem Verde antico der Säulen und vom leierspielenden Apollo im Giebel unbarmherzig zu Boden gefallen. Wiederholt hatte der durchsichtige Kattun der Vorhänge zu zerreißen gedroht, und die auf ihm hochgelb aufgemalten schönen Sprüche und Grundsätze hatten sichtlich gelitten. Von einem Termin auf den andern war die Stadt durch kolossale polychrome Theaterzettel, die quer über die Straßen hingen, vertröstet worden, und erst am 19. December, einem sonnenlosen milden Tage, fügten es die Umstände, daß zur Ausführung geschritten werden konnte.

Leider blieb dem Publikum das angenehme Schauspiel eines gefüllten Theaters versagt, zwischen den seidenen Kleidern der Damen sahen oft bedenklich lange Bretter hervor, und das Aussehn besserte sich nur, als im Lauf des Stücks der Demos im Gefühl der Gleichheit aller Menschenrechte über- und herunterstieg. Gegen ein Uhr erschien der König mit Königin und Gefolge, den Wartenden durch die lauten Rufe der draußen versammelten Menschenmenge angekündigt. Als sie in der Loge Platz genommen, begann das in der Orchestra aufgestellte Musikchor eine italienische Ouverture, die der arme Dirigent, obgleich er vor Aufregung auf dem antiken Marmorboden den Takt mit dem Fuße trat, nicht ins Gleis bringen konnte.

Nach den Qualen dieser Musik und nach den weitern einer unvermuthet langen Pause, während welcher man laut hinter dem Vorhange zanken hörte und die Festordner besorgt zu der königlichen Loge auf- und abeilen sah, fiel endlich der Kattun, und Antigone trat mit Ismene aus dem thebanischen Palast hervor, zwei griechische Damen nicht ohne Reifrock, die eine weiß, die andere violett, beide aber an den Rändern ihrer Gewänder durch halbellig hohe à la Grecque-Ornamente legitimirt. Dasselbe große antike Ornament, wie es schien direkt von einem Tempel copirt, zeigten im Verlauf alle Gewänder des gesammten Personals, auch die der Choreuten, welche feierlich, fünfzehn an der Zahl, von links eintraten: keiner wie der andere, sondern einer buntscheckiger als sein Nachbar, aber alle in Unterbeinkleidern statt

Tricots und mit unglaublich langen Perücken, die das Greisenalter in allen Schattirungen darstellten und deren Locken ihnen bei jeder Bewegung wie eine Mähne über das Gesicht fielen. Sie sangen Mendelssohn und stellten sich inmitten der Orchestra auf, rings um einen Leinwandverschlag, hinter dem eine Physharmonika die Begleitung lieferte und zugleich der unentbehrliche Soufleur versteckt war. Während der Parodos erschien Antigone wieder, um in mächtigen Schritten eine schwarze berliner Modevase als Aschenurne quer über die Bühne zu tragen. In gleichem Sinne klassisch war das Auftreten Kreons, der nicht anders als auf einem Beine stand, indem das andere nur mit den Fußspitzen den Boden berührte, und der bei jedem Ausdruck seiner Herrscherwürde den rothen Mantel entrüstet über die Achsel warf. So konnte es auch nicht befremden, daß Haimon tobte, daß Teiresias beständig zitterte, daß der Chorag, wenn er auf die Bühne trippelte, als Greis gebeugt in einem Winkel von 45 Grad dastand. Aber entschieden neu war die Wendung, daß die Dame, welche Eurydike gab, statt sich als Leiche zu der des Haimon heraustragen zu lassen — was ihr wohl zu indecent war, da man das Auskunftsmittel einer Bahre nicht zu kennen schien — aus dem Palast hervorwankte, um unvermuthet neben Kreon todt niederzustürzen. Und alle gerechten Erwartungen übertraf der Umstand, daß, so oft Kreon durch die mittelste Thür in der Haltung des borghesischen Fechters sich entfernte, die Thürflügel offen blieben und währenddem ein Photograph in lichten Beinkleidern sich eifrig mit seiner Maschine beschäftigte, um vom hohen und höchsten Publikum Sekundenbilder aufzunehmen. Da Kreon sich öfters zu entfernen hatte, so sah man zu verschiedenen Malen viele gefällige Leute in gefälligen Attituden, und gute Beobachter wollen selbst bemerkt haben, daß sogar die sehr würdige Dame, welche als Oberhofmeisterin der Königin in hohen Jahren aus dem Norden zu den Athenern gekommen ist und beim Einzug der Königin von dem Volk mit wenig schmeichelhaften Bemerkungen bezeichnet worden war, ihrem vornehmen Ernst zu Gunsten des Photographen entsagte, und ihre Züge jedesmal mit lächelndem Wohlwollen verklärte, so oft Kreon der Tyrann verschwand und Bosko der Photograph erschien.

Das Publikum, das eifrig im Textbuch nachlas, verhielt sich bis gegen das Ende ruhig, belohnte aber dann den vielen Aufwand mit großem Beifall. Der Stolz, ein sophokleisches Stück wieder gesehen zu haben, ist begreiflicherweise groß, und gern mögen wir den Hellenen und Philhellenen glauben, daß der Unterschied zwischen dieser Aufführung und einer antiken nur darin bestand, daß Antigone am Südabhang der Akropolis einige hundert Schritt weiter westlich auftrat. Etwas bedenklicher freilich mochte das Urtheil mancher europäischer Barbaren lauten, die das Glück hatten, ihre Vorstellungen

vom alten Athen an diesen Vorstellungen des jungen zu prüfen. Und den Deutschen konnte es fast zu Muth werden, als ob sie der Leistung eines Liebhabertheaters in Nürnberg oder Zwickau unter Beirath eines großen Alterthumskenners vom Progymnasium beigewohnt hätten.

Athen, Weihnachten 1867.

Die Grafen Münster und ihre deutsche Politik.

Politische Skizzen über die Lage Europas vom wiener Congreß bis zur Gegenwart (1815—1867). — Nebst den Depeschen des Grafen Ernst Friedrich Herbert zu Münster über den wiener Congreß. Von Georg Herbert Graf zu Münster (Leipzig bei F. A. Brockhaus 1867).

Bücher, welche von Mitgliedern des deutschen Adels geschrieben waren, fanden in unserer Literatur zu allen Zeiten besondere Beachtung — am meisten die Werke solcher, welche an den großen Interessen der Nation Theil hatten. An der Spitze der Bildung seines Volks zu stehen, hat der deutsche Adel lange verschmäht; die großen und noch mehr die kleinen Höfe waren die Mittelpunkte seiner Interessen, für den wahren Inhalt des großen Kampfes der Zeit galt ihm — um ein Wort Münsters des Vaters zu brauchen — „das Bestreben der Antichambre in den Salon zu gelangen." Im Gegensatz zu der Aristokratie Englands, beziehungsweise selbst Frankreichs, übergab die unsrige die Vertretung der conservativen Prinzipien, ebenso wie die der liberalen, den Parvenus aus dem Bürgerstande, indem sie sich und ihren Söhnen die Repräsentation vorbehielt. Man überließ es den Adam Müller und Gentz, den Stahl und Wagener, die eigentliche Arbeit zu thun; von diesen wurden die Programme und Doctrinen ausgearbeitet, deren Vertretung dann die übernahmen, welche Anspruch auf die Rolle deutscher, d. h. östreichischer, preußischer, hannoverischer u. s. w. Tories erhoben. Daß sich auf diese Weise jenes „Prestige" nicht gewinnen ließ, in welchem man es den fremden Aristokratien so gern gleich gethan hätte, daß die politische Bedeutung des „Salons", den man um jeden Preis von Eindringlingen rein erhalten wollte, noch unter die der deutschen Bierstube sank, mußte freilich in den Kauf genommen werden: der deutsche Adel war schließlich fast nur da zu finden, wo die andern Aristokratien ihre Hauptfeinde suchten, in der Civil- und Militärbureaukratie. So ist es geschehen, daß aristokratische Namen in unserer politischen Literatur ebenso selten, wie in andern Literaturen häufig vorkommen und daß Bücher, wie das vorliegende, ganz abgesehen von ihrem Inhalt, ein angenehmes Aufsehen

machen und noch immer für Fremdlinge des „Salons" gelten, aus welchem das deutsche Volk seine politische Parole zu holen gewohnt ist. Ernst Friedrich Herbert Graf zu Münster, dessen an Georg IV. gerichtete Depeschen über den Wiener Congreß die Veranlassung zur Herausgabe der politischen Skizzen seines Sohnes gegeben haben, ist eine in der Geschichte der Restaurationszeit viel genannte Person, gewissermaßen der Prototyp kleinstaatlich-liberaler Minister. Im Gedächtniß ist die mit Furcht gepaarte Abneigung jenes Staatsmannes gegen die preußische Hegemonie, aber vergessen sind die gelegentlichen Anläufe, welche derselbe nahm, um die ständischen Rechte gegen den Absolutismus großer und kleiner Dynasten sicher zu stellen, so daß man nur noch im Lande der Welfen von jener seitdem oft wiederholten Frage etwas weiß, welche der hannöversche Premier dem Fürsten Metternich vorlegte: „Muß man denn Absolutist werden, um das monarchische Prinzip aufrecht zu erhalten?" Daß zwischen den Anschauungen des Mannes, der in dem Gegensatz zwischen Antichambre und Salon den eigentlichen Kampf der Zeit sah, und denen der Vorläufer des deutschen Constitutionalismus kaum eine Verbindung bestand, war natürlich genug; Graf Münster, der selbst den Hochtories vom Schlage Castlereagh's für einen Ultra galt, begnügte sich mit einer avancirten Stellung im reactionären Lager, schon seine Hingabe an die specifisch welfische Sache schloß ihn von den Kreisen aus, in welchen nach den Grundlagen des deutschen Staats gestrebt wurde, den erst sein Sohn erleben sollte. Die geistreiche Theorie von der Solidarität zwischen kleinstaatlichen und freiheitlichen Interessen, welche die Allerneusten unter unsern Radikalen ausfindig gemacht haben, war damals noch nicht erfunden, ein Zweiherrendienst dieser Art kaum möglich; die weiland „Demagogen" bemaßen den Patriotismus der Fürsten und Staatsmänner ihrer Zeit ebenso nach den Opfern, welche dieselben dem deutschen Gesammtinteresse brachten, wie nach den Zugeständnissen an die Unterthanen; die liberale Rolle der Beust und Pfordten ist dem Grafen Münster ebenso erspart geblieben, wie die Popularität derselben. Erst die metternichschen Klagen über die freisinnigen Staatsmänner Preußens veränderten die Stellung der kleinstaatlichen Minister zu inneren Fragen, und wo diese anfangen, hören die münsterschen Depeschen, so weit sie in der vorliegenden Sammlung enthalten sind, auf. „Le désir de la Prusse, de s'agrandir en Allemagne et de se mettre sur la même ligne avec les grandes monarchies de l'Europe" ist das Hauptthema der Klagen, welche der „echt deutsche" Staatsmann seinem englischen Fürsten zu berichten hat. Von der eigentlichen Wurzel aller der Uebel, welche die deutsche Sache auf dem wiener Congreß trafen, der dominirenden Stellung, die Talleyrand's unvergleichliches Geschick gegenüber den verbündeten Großmächten zu erobern wußte — (vergl. v. Bernhardy, Geschichte

Rußlands und der europ. Politik) — scheint der hannoversche Bevollmächtigte nichts erfahren zu haben, denn die gleichberechtigte Stellung Frankreichs im europäischen Comité wird von ihm wie eine selbstverständliche Thatsache berichtet und auch daran, „que finalement le resultat de leur travail serait présenté au congrés général“, scheint er fest zu glauben, obgleich dem Urheber dieses Plans, dem Lord Castlereagh der Wahn von einem „Gesandtenparlament“ schon früher benommen worden war. Das große Interesse Hannovers und — Deutschlands besteht nach ihm in der Aufrechterhaltung des Königreichs Sachsen und in der Verhinderung der preußischen Hegemonie, für welche die deutschen Revolutionäre „sourdement“ thätig sind; gelingt es, beide Pläne durchzusetzen, so winkt die Königswürde Hannovers als schöner Lohn. „Die sächsische Angelegenheit ist die wichtigste für die Ruhe Europas, wichtiger selbst als die polnische Frage“, „kommt Dresden in preußische Hände, so ist Böhmen verloren und der Mittelpunkt der östreichischen Monarchie bedroht“; es gilt für einen Erfolg, daß Talleyrand erklärt hat, „Sachsen zu Liebe sei sein Herr bereit, 150,000 Mann marschiren zu lassen“, daß „Frankreich die deutschen Fürsten zu einem gemeinsamen Protest gegen die Vernichtung Sachsens eingeladen hat“; höchstes Lob wird dem Herzog von Coburg gespendet, weil er „die Rechte seiner Familie“ in einer heftigen Scene mit dem Kaiser Alexander „mit Würde aufrecht erhalten hat“ und Bayern wird als schätzbarer Bundesgenosse betrachtet, weil es der Incorporirung Sachsens „mit dem Schwert in der Hand“ entgegentreten will und „Preußen beinahe ebenso feindlich gesinnt ist“, wie das restaurirte Frankreich. Schade nur, daß Preußen versichern kann, die Majorität der sächsischen Bevölkerung werde das Aufhören dieses Staats immer lieber sehen, als seine Zerstückelung. Aus Abneigung gegen Preußen, dem unter keiner Bedingung eine Art von Vorrang vor den übrigen deutschen Staaten eingeräumt werden soll, verzichtet der Graf selbst auf die Durchsetzung seines Lieblingsgedankens, der Kreiseintheilung und Kreisverfassung Deutschlands, und „rangirt“ sich auch in dieser Beziehung, „wie Bayern es bereits gethan hat“, der Ansicht des Fürsten Metternich.

So war die deutsche Politik Münsters des Vaters beschaffen. Wir wissen zu genau, wie wenig dieselbe von der Staatsweisheit Gagerns und anderer aristokratischer „Patrioten“ jener Zeit verschieden war, um ein hartes Urtheil übrig zu haben, wir finden es aber auch begreiflich, daß das Volk von diesen seinen „geborenen“ Führern zu keiner Zeit etwas gewußt hat, noch wissen wollte. So verworren und unklar auch die Bestrebungen der damaligen Liberalen waren, in Bezug auf ihre Ziele haben dieselben schon vor fünfzig Jahren eine richtigere Witterung gehabt, als ihre Gegner, wenngleich diese in den Geschäften saßen und durch die Verhältnisse ungleich

mehr dazu befähigt waren, die Dinge von einem großen, wahrhaft politischen Standpunkt zu übersehen.

Das halbe Jahrhundert, welches zwischen damals und heute liegt, hat mit den ungeheuren Umwälzungen, welche es brachte, auch an den Anschauungen der deutschen Aristokratie vieles geändert. Daß der Inhalt dieser Anschauungen ein wesentlich anderer ist, oder doch ein anderer sein kann — davon legen die vier „Skizzen über die Lage Europas", mit welchen Graf Münster der Sohn die Herausgabe der Hinterlassenschaften seines Vaters begleitet hat, in erfreulicher Weise Zeugniß ab. Der hannoversche Erblandmarschall stellt sich mit bewußter Entschiedenheit auf den Boden der 1866 gewordenen Thatsachen, er wirft das hohe Haus Hannover für immer zu den Todten und läßt „die Todten ihre Todten begraben." Er geht aber noch einen Schritt weiter — er entzieht sich dem Bekenntniß nicht, daß das Loos der welfischen Dynastie ein verdientes gewesen sei und nennt die Verblendeten, welche auf eine mit französischer Hilfe zu ermöglichende Restauration speculiren, Verräther an der Sache ihrer Nation und ermahnt sie, nicht zu vergessen, daß sie, wenn auch nicht mehr Hannoveraner, so doch Deutsche geblieben seien.

Auch in Beziehung auf innere Fragen begegnen wir hier und da einer Gesundheit des Urtheils, von welcher zu wünschen wäre, daß sie die Regel, nicht die Ausnahme in den Kreisen unsrer grundbesitzenden Familien bilde. Der Verfasser spricht sich entschieden gegen alle Versuche, den Absolutismus neu zu beleben, aus und hält das Repräsentativsystem für nothwendig und historisch begründet, nachdem die alten ständischen Verfassungen ihren Boden verloren und an dem Mangel einer Aristokratie zu Grunde gegangen. Mit großer Klarheit wird dieser Mangel darauf zurückgeführt, „daß die deutschen Fürsten einen unabhängigen, grundbesitzenden, politisch gebildeten Adel mit unabhängiger Gesinnung nicht geduldet haben." Auch das Urtheil, welches der Verfasser über die „Theoretiker und Professoren" fällt, welche den englischen Parlamentarismus nachahmen wollen, ohne England zu kennen und das parlamentarische Material zu besitzen, „ohne welches Parlamente zu schlechten Komödien werden", können wir gern gelten lassen. — Es sind aber nichtsdestoweniger sehr getheilte Empfindungen, in denen wir der Lectüre dieser Schrift gefolgt sind. Mit der Befriedigung darüber, daß ein hervorragendes Mitglied des hannöverischen Adels einer gesunderen Beurtheilung unserer Verhältnisse das Wort redet, geht die Ueberzeugung Hand in Hand, daß wir zu lange in dem Elend kleiner Verhältnisse gesteckt haben, als daß uns die Aussicht geblieben wäre, von denen, die sich in solchem Kleinleben am behaglichsten bewegt haben, in die große Zukunft geführt zu werden, welche dem Vaterlande bevorsteht. Nicht mit dem Grafen Münster, der auf eine historisch-wissenschaftliche Bedeutung der vorliegenden Schrift von Hause aus anspruchslos Verzicht ge-

leistet, sondern mit den Verhältnissen haben wir zu rechten. Der deutsche Aristokrat kann Welt und Leute ebensogut kennen gelernt haben, wie der Engländer, Italiener oder Franzose, er kann mit der junkerhaften Beschränktheit seiner Standesgenossen vollständigste Abrechnung gehalten und die ernstesten Versuche gemacht haben, sich auf jenen höheren Standpunkt zu stellen, zu dem eine begünstigte sociale Stellung besonders befähigen — solange er die Empfindung nicht los werden kann, vor Allem seine Gattung repräsentiren zu müssen, gelingt es ihm nicht, in seines Volkes und der Fremden Augen der geborene Repräsentant einer Nation zu sein. Es macht sich immer wieder geltend, daß er nur in einem engen Kreise zu Hause, in der großen Welt ein Fremdling ist, mag er die Sprache derselben noch so geläufig reden. Zu Bemerkungen darüber, daß Advokaten, die Volksvertreter werden, gewöhnlich Stellenjäger sind, daß „ältere gebildete Familien“ sich auch in Deutschland leichter beim Adel, als bei anderen Ständen vorfinden, kommt man nur in kleinen Verhältnissen und bei gelegentlicher Beschäftigung mit der Politik, nicht aber, wenn man auf der Höhe eines großen Staats steht und in dessen Leben die eigene Existenz sieht; daß die deutschen Kleinstaaten erst klein geworden sind, seit sie auf Eisenbahnen binnen wenigen Stunden durchflogen werden können, mag vom Standpunkt des Kleinbürgers ganz richtig sein, für in großen Verhältnissen aufgewachsene Politiker hat es dieses argumentum ad hominem- schwerlich bedurft. Die Gewöhnung an einen kleinen Maßstab beengt nicht nur das Urtheil über die nächste Umgebung, es verhindert zugleich richtige Anschauungen über Zustände, welche größere Dimensionen haben: man vergleiche die Urtheile, welche Custine und Sir Hamilton Seymour über Rußland gefällt haben mit denen unseres Autors, der das Reich des Ostens gleichfalls aus direkter Anschauung kennt und durch seine Bemerkungen über den russischen Gemeindebesitz deutlich bekundet, daß er an und für sich wohl befähigt gewesen wäre, die richtigen Gesichtspunkte für die Abschätzung russischer Zustände zu gewinnen.

Doch dieser Vergleich braucht nicht erst gezogen zu werden, damit wir wissen, welches das Verhältniß unseres Volks zu denen ist, welche seine Führer sein sollten. Das Buch des Grafen Münster mag uns vielmehr in dem Bestreben unterstützen, jene Ausgleichung, welche das Jahr 1866 zwischen der Partei des Bürgerthums und den Patrioten unter den Conservativen angebahnt hat und von dessen Wirkungen die „Skizzen“ mannigfaches Zeugniß ablegen, eifriger denn je zu beschleunigen. Wird der in Wirklichkeit längst vorhandene Verzicht unserer Aristokraten auf eine privilegirte Führerschaft der Nation zu einem frei gewollten nnd anerkannten, geht der Adel in der Nation auf, so ist nichts verloren und Anspruch und Maßstab, die an den Einzelnen gestellt werden, werden hüben und drüben dieselben, in der praktischen Politik, wie in der Presse.

Norddeutsche Kriegsmarine.

Die Panzerfregatte „Friedrich Karl".

Die zweite Panzerfregatte des Bundes, in Frankreich gebaut, noch etwas größer als die Fregatte „Kronprinz", ist „Friedrich Karl", 16 Kanonen, 950 Pferdekraft, 4044 Tons (englisch), benannt nach dem preußischen Prinzen, welcher im Feldzug 1866 Führer der ersten Armee war.

Die Dimensionen der Panzerfregatte, welche nach dem Breitseitenprinzip und ganz aus Eisen gebaut ist, betragen in der Länge der Wasserlinie 282¼ Fuß (Länge über Deck 299′ 10″, Länge zwischen den Perpendikeln 282′ 3½″), und in der Breite der Wasserlinie 52¾ Fuß (52′ 10½″ größte Breite über Panzer gemessen), sodaß sich das Verhältniß der Länge zur Breite etwa wie 5⅓ stellt, für die Schnelligkeit nicht ganz so günstig wie bei der Fregatte „Kronprinz", welche auch hinsichtlich der Manövrirfähigkeit (Wendbarkeit) wegen ihrer absolut geringeren Länge bevorzugt ist. Der durchschnittliche Tiefgang dagegen beläuft sich für die Fregatte „Friedrich Karl" nur auf höchstens 23 Fuß (22′ 3½″ mittlerer Tiefgang), er ist um etwas geringer als bei Fregatte „Kronprinz", trotz der bedeutend stärkeren Maschine.

Unter Wasser ist der Rumpf des „Friedrich Karl", wie der des „Kronprinz" und auch des „König Wilhelm", bis zur Wasserlinie mit doppeltem Boden von ¾zölligen Platten gebaut, sodaß eine Beschädigung der äußeren Schiffswand keinen merklichen Schaden anrichten kann, außerdem das ganze Innere in wasserdichte Abtheilungen getheilt, die durch 5 eiserne Querschotten (Querwände) gebildet werden, zwei der letzteren steigen bis zum Zwischendeck, drei bis zur Batterie auf. In der Gegend der Wasserlinie beginnt die Panzerung, die das ganze Schiff von Steven zu Steven in der Form eines massiven 9 Fuß hohen Gürtels umgibt, welcher 3 Fuß unter Wasser reicht und sich 6 Fuß über Wasser bis zum Batteriedeck erhebt. Diese Panzerung besteht aus massiven, 5 Zoll dicken, in St. Chamont bei Lyon gewalzten Eisenplatten, auf deren innerer Seite eine 5 Zoll dicke Schicht horizontal gelegter, dann eine 10 Zoll dicke Schicht senkrecht stehender Thekaholzbalken folgt. Die Holzschicht, deren Anordnung größtmöglichen Widerstand der Holzfibern in jeder Richtung bezweckt, ist somit im Ganzen 15 Zoll stark und füllt den Zwischenraum zwischen den Panzerplatten und der dünnen, von den Eisen-Spanten (Rippen) des Schiffs getragenen eigentlichen Eisenwand der Fregatte völlig aus. Diese letztere Eisenhaut ist etwa ⅞ Zoll stark, indem sie sich von ihrem untersten Theile (2,8 Centimeter = 1 Zoll) nach oben zu bis auf 2,0 Centimeter = ¾ Zoll verjüngt.

Unterhalb der 5zölligen Platten, welche bis 3 Fuß unter Wasser gehn, liegt übrigens noch ein zweiter 4½ Zoll starker Eisengürtel um das ganze Schiff, dessen Panzerung somit im Ganzen bis 6 Fuß unter Wasser reicht.

Ueber dem Batteriedeck, bis zu welchem der 5zöllige Panzer der Wasserlinie reicht, erhebt sich die Batterie mit 17 Geschützpforten in jeder Flanke, die ursprünglich für 26 gezogene 72Pfünder bestimmt waren. Es ist jedoch von der Batterie nur das mittlere Drittel gepanzert, in welchem jederseits 7 gezogene 300Pfünder ihren Platz finden werden: der Panzer besteht in den Flanken dieses mittleren Theils der Batterie aus 4½ Zoll starken Platten, und ebenso ist dieser Theil gegen die beiden anderen Theile hin durch gepanzerte Querschotten (Querwände) abgeschlossen, um die 14 Batteriegeschütze auch gegen das gefährliche Enfilirfeuer, also gegen jedes Feuer zu decken. Die Geschützpforten liegen 7½ Fuß über Wasser, höher als bei fast allen französischen Schiffen, und die Höhe der Batterie selbst, welche auch zum Aufenthalt für die etwa 500 Mann starke Besatzung bestimmt ist, beträgt 6½ Fuß bis zur Unterkante der Oberdecksbalken, während die übrigen Decke nur 6 Fuß hoch sind.

Der hintere Theil der Batterie hat gar keine Panzerung, der vordere einen Panzer nur im Bug, damit die Enden des Schiffs erleichtert und das ganze seefähiger werde. Die Ventilation im Inneren ist in doppelter Weise geregelt, durch Ventilatoren wird die kalte reine Luft von oben nach unten geführt, während die erwärmte schlechte Luft durch die hohlen Masten nach oben hin entweicht.

Das Oberdeck besteht aus 4 Zoll dicken Planken, unter welchen zur Sicherung gegen Brandgeschosse ⅝zöllige Eisenplatten liegen. Auf diesem Oberdeck steht nun, vom halbrunden Panzer des Bugs gedeckt, vorn in letzterem ein schweres gezogenes Pivotgeschütz, welches zur Verfolgung bestimmt ist, ein eben solches Geschütz für Vertheidigung beim Rückzug steht auf dem hintersten Theil des Oberdecks. Außerdem ragt vom vordersten Theil des letzteren ein horizontal liegendes Bugspriet hervor, das man zurückziehn kann, wenn man mit dem rundlich keilförmigen Sporn ein feindliches Schiff anrennen will. Im Uebrigen ist die Takelage wie beim „Kronprinz“ eine Barktakelage, mit Raaen nur an den vorderen beiden Masten; die drei Untermasten sind hohl und bestehn aus Eisenröhren, wie bei „Kronprinz“, „Augusta“ und „Victoria“, die Unterraaen bestehn aus Stahlröhren, und nur die Mars- und Bram-Stengen, aus einem Stück gefertigt, sind von Holz, ebenso die Marsraaen, somit schwächer, aber elastischer als die eisernen. Endlich steht auf dem Oberdeck hinter dem Großmast noch ein 13 Fuß hoher Commandothurm von ovalem Grundriß für den Capitän, der mit 4½zölligen Eisenplatten und 7zölliger Thekafütterung gepanzert ist. Er wird durch einen

Boden von eisernem Rösterwerk in zwei Etagen getheilt, von denen die untere das Gefechtssteuerrad enthält, die obere aber für den Commandanten bestimmt und mit Telegraphen und Sprachrohren für die Maschine und alle Theile des Schiffs ausgestattet ist. Die ovale Form erlaubt dem Commandanten, an jeder Seite der Masten vorbei gerade nach vorn zu sehn.

Die Maschine des Schiffs ist so stark, wie bei den allerstärksten französischen Panzerfregatten des neuesten Modells, („Marengo", „Friedland", „Suffren") nämlich 950 Pferdekraft nominal, und sie soll bis zu 4000 indicirten Pferdekräften ausarbeiten und mittelst einer vierflügligen Schraube von Griffiths Modell das Schiff mit 13 Knoten Schnelligkeit treiben können, also schneller als bei den etwa gleich großen (jedoch 2 Fuß breiteren) englischen Schiffen „Detence" und „Resistance" die nur 11,5 und 11,8 Knoten erreichten. Auch die Construction der Maschine ist fast ganz dieselbe wie bei der französischen „Marengo"-Classe, und zwar mit 2 Cylindern von 2 Meter (6⅓ Fuß) Durchmesser und 1,2 Meter (3⅘ Fuß) Hub, welche bei 58 Umdrehungen der Nominalkraft entsprechend arbeiten, nach dem Prinzip der „bielles renversées", das sehr gerühmt wird. Während sonst gewöhnlich die Schraubenwelle quer vor den Cylinder-Endflächen liegt, aus welchen die Kolbenstangen herauskommen, und zwar in einer Horizontalebene mit der horizontal gelegten Cylinderaxe, ist hier die Schraubenwelle mit ihren Krummzapfen über die Cylinder verlegt, die Kolbenstange aber ist durch ein Gelenk in zwei Hälften getheilt: die untere, welche im Cylinder hin und her geht, bleibt stets horizontal; die andere dagegen geht vom Gelenk aus wieder rückwärts und zwar etwas schräg nach oben, sodaß sie in die Krummzapfen der oben liegenden Schraubenwelle eingreift — auf diese Weise ist es möglich, das enorme Gewicht der Cylinder und der ganzen Maschine mit dem Schwerpunkt genau unter die Schraubenaxe zu legen, nicht nur auf eine Seite derselben, wie bei anderen Maschinen, was für die Balancirung sehr wesentlich ist.

Daß die Maschine des „Friedrich Karl" ebenso construirt ist, wie die gleich starken Maschinen der französischen Panzerfregatten, konnte man auf der diesjährigen Pariser Ausstellung deutlich sehn. Es befand sich dort im Ausstellungspalais ein Modell der Maschine des „Friedrich Karl", das durch die Societé des forges et des chantiers de la Méditerranée ausgestellt war und zeitweise in Bewegung gesetzt wurde; ebenso fand man die Maschine des französischen Panzerschiffs „Friedland" (Typus „Marengo") in natura in dem zur Ausstellung gehörenden Hangar am Seinequai, wo sie zu gewissen Stunden des Tages arbeitete, dem „Friedrich Karl"-Modell bis auf die Schraube treu, ein Anblick, so instructiv und so großartig, wie man ihn sonst nicht so leicht schaut, denn Schraubenmaschinen von 950 Pferdekraft kann

man überhaupt nur auf Kriegsschiffen, nie auf Passagierdampfern finden: aber auch auf ersteren ist man in der Beobachtung der Maschine durch die Dunkelheit und die Beschränktheit des Raumes in unerwünschtem Maße gehindert. Hier stand die ganze Maschine, von der Fabrik zur Ausstellung nach Paris transportirt, in einem geräumigen Gebäude, von allen Seiten aufs beste beleuchtet und so aufgestellt, daß man sie in ihrer vollen Ausdehnung vom Kesselraum bis zur Schraube bequem übersehn konnte.

Wir treten an dem Ende in die Maschine ein, das am meisten nach dem Vordertheil des Schiffs hin liegt. Wie eine düstere unterirdische Grotte, in der die Feuergeister der Märchenwelt ihr Wesen treiben, empfängt uns hier der gewaltige Heizraum, ein mächtig hoher längsschiffs laufender Corridor; in ihm steigen an beiden Seiten über zahlreichen Eisenthüren der Oefen colossale schwarze Kesselwände auf und drohen über dem Haupt des Beschauers zusammenzuschlagen. Wir durchschreiten den Corridor auf seinem eisernen gerippten Fußboden nach dem hinteren Theile des Schiffes zu, und stehn auf einmal in dem räthselvollen Wunderwerk einer Maschine, welche die Kraft von viertausend Pferden zu entwickeln vermag. Wie eine wundersame, unendlich complicirte Krystallbildung aus hunderten von Röhren und Röhrchen, aus Aesten und Gliederchen ragt sie vor unseren Augen und umgibt uns von allen Seiten, wahrhaft sinnverwirrend für den nicht sachverständigen Beschauer, in einer Größe wie sie von Maschinen auf dem Lande nie auch nur entfernt erreicht wird! Bei Schiffsmaschinen kommt es mehr noch als bei andern darauf an, das Gewicht auf einen möglichst engen Raum und zwar ungefähr in der Form eines Würfels zusammenzudrängen, deshalb formt sich ein Gebilde, als wenn in ein großes Zimmer durch eine Oeffnung eine Baumkrone hineingewachsen wäre und dasselbe gänzlich mit ihren Aesten ausgefüllt hätte: aber die Zweige sind sämmtlich in Röhren und Gestänge und Kurbeln und Hebel und Ventile verwandelt aus blankem Eisen und goldig funkelndem Messing, ein Gewirr, durch das nur mühsam enge Gänge gebrochen sind, welche Trepp auf Trepp ab in allerlei Windungen nach den Stellen führen, wo der Maschinist den Gang der Maschine zu regeln hat. Als mächtiges Hauptstück des Ganzen liegen aber die beiden gigantischen Cylinder da, mit einem Durchmesser von Mannshöhe; aus ihnen schieben sich, wenn die Maschine arbeitet, majestätisch die gewaltigen massiven Kolbenstangen mit ihren fußdicken Gelenken hervor, die mittelst der Krummzapfen die colossale Schraubenwelle drehn. Und diese Welle (arbre), ein wahrer Baum von Mannsdicke aus massivem Schmiedeeisen, streckt sich von der Maschine aus, immer aus neuen Theilen zusammengesetzt, über hundert Fuß lang durch das ganze Schiffsgebäude hin bis an dessen hinterstes Ende, und trägt hier an dem ogivalen Kopf eine colossale vierflüglige Bronze-

Schraube. Wie vier Riesenflügel einer Windmühle, in einer Höhenausdehnung von über 20 Fuß Schraubendurchmesser rotiren die fein gewundenen Bronzeplatten majestätisch lautlos durch die Luft, und führen uns anschaulich die Bewegung vor Augen, mittelst deren sie dereinst im Wasser ein Panzerschiff von 100,000 Centnern Schwere pfeilschnell dahintreiben werden. Jetzt aber stehen staunend noch die artigen Pariserinnen dicht dabei und lassen es sich lächelnd gefallen, daß der gewaltige Luftzug, den die Schraubenflügel hervorbringen, statt ihres Fächers die heiße Stirne kühlt. —

Wie bereits erwähnt, ist das Schiff selbst und die Maschine des „Friedrich Karl" von der französischen Société des forges et des chantiers de la méditerrannée unter Aufsicht eines Schiffs- und Maschinenbau-Ingenieurs und eines Werkmeisters aus Preußen construirt, wo es am 16. Januar 1867 von Stapel lief. Nachdem die Panzerfregatte von der betreffenden preußischen Commission abgenommen war, ging sie mit einer Besatzung von 269 Mann und in Begleitung der beiden preußischen Holzcorvetten „Hertha" und „Medusa" am 12. October d. J. bei ruhiger See und gutem Wetter nach Gibraltar, wo sie nach 2 Tagen 18 Stunden anlangte. Am 16. October dampfte sie von dort, nachdem sie ihre Kohlen aufgefüllt hatte, durch die biscayische See dem Canal zu. Leider hatte sie hier mit schlechtem Wetter und hohem Wogenschwall zu kämpfen, durch welchen sie ihre beiden vorderen Masten verlor. Es liegen uns über den Unfall selbst zur Zeit erst zwei Briefe von Augenzeugen vor, aus denen trotz der genauen Beschreibung des Hergangs dennoch die Ursache des Unglücks nicht hervorgeht. Daher kann das Urtheil über diesen Fall nur ein bedingtes sein.

Der „Friedrich Karl" hatte bei seiner Abfahrt von Toulon noch keine Geschütze an Bord und besaß darum viel zu geringen Tiefgang; das Panzergewicht lag also sehr hoch und fast ganz über Wasser, während der untere Theil zu wenig Stütze im Wasser hatte; man mußte deshalb Eisenballast einnehmen, und brachte so das Schiff auf die richtige Wasserlinie. Wie aber in diesem Blatte bereits zu der Beschreibung des „Arminius" bemerkt wurde, pflegen die Constructeure bei Panzerschiffen das bedeutende Obergewicht des Kürasses und der Geschütze durch die Maschine sehr kräftig zu contrebalanciren, und in übermäßiger Würdigung jenes Obergewichts oft sogar zu kräftig zu balanciren; wenigstens haben dies die Probefahrten der englischen und der französischen Panzerflotte in der atlantischen See gezeigt, wo gerade die anscheinend zu hoch belasteten französischen Zweidecker, bez. die höchstgepanzerten englischen Fregatten sich gegen alle Erwartung am besten hielten. Sie machten die weichsten Bewegungen, schlugen nicht so heftig aufwärts, während die steiferen Schiffe, sobald sie sich auf eine Seite gelegt hatten, mit enormer Gewalt in die Höhe schnellten und mit den Masten nach der andern

Seite zu hauen pflegten, trotz der schweren Geschützausrüstung. Das letztere ist offenbar auch bei der Fregatte „Friedrich Carl" der Fall gewesen, welche eben zu steif war. Aber den Fehler dürfen wir wohl weniger darin suchen, daß das Schiff überhaupt ein Panzerschiff ist, als vielmehr in der Stauung, der augenblicklichen Gewichtsvertheilung. Der erwähnte Eisenballast soll nämlich nicht in der Batterie, an den Stellen, wohin die Geschütze kommen, sondern wie gewöhnlich unten im Raum befestigt gewesen sein, sodaß seine Schwere doppelt wirken mußte, einmal, indem sie oben fehlte, wo sie statt der Geschütze sein sollte, dann indem sie unten das Schiff noch steifer machte. Der hieraus folgenden übermäßigen Steifheit war nun einzig die Takelage im Stande das Gegengewicht zu halten, und wirklich bezeugt auch der Brief eines Augenzeugen, daß die Fregatte, nachdem man die unteren Schratsegel und die Marssegel gesetzt, weit ruhiger lief, indem der Segeldruck sie auf einer Seite liegend erhielt. Daß die Takelage zu hoch gewesen, darf man bezweifeln, da dieselbe überhaupt für Kriegsschiffe nicht leicht zu hoch und gefährlich ist. Denn Kriegsschiffe haben bei ihrer verhältnißmäßig zahlreichen Bemannung immer die Möglichkeit, bei schwerem Wetter die Stengen zu streichen, d. h. eine Mastverlängerung herunterzunehmen, wie es Kauffahrer sehr oft thun, wenn sie in Ballast segeln. Vielmehr genügte die Takelage noch nicht einmal, um das fehlende Geschützgewicht zu ersetzen: durch das heftige Schlingern (seitliche Bewegung) reckten sich daher die Wanten, die den Mast nach den Flanken haltenden Taue, aus, und da dieselben aus Draht bestanden, konnten sie offenbar nicht genügend festgesetzt, d. h. nachgespannt werden. Ueberhaupt haben Drahttaue, obgleich nicht unbedeutend stärker als gleich schwere Hanftaue, und unverbrennbar, doch den großen Nachtheil, daß sie, einmal locker geworden, sich nicht gut wieder festsetzen lassen. Es möchten deshalb fast Hanfwanten vorzuziehen sein, namentlich wenn sie, wie im Mittelmeer, mit Klappläufern festgesetzt sind: sie werden, obwohl brennbar, durch in der Luft crepirende Granaten nicht leicht in Brand gesteckt; sind sie aber durch Brand eines Segels oder des Rumpfs gefährdet, so muß doch der Spritzenschlauch helfen, wie auf der Nymphe im Gefecht bei Jasmund. — Sobald die Wanten locker waren, bekamen natürlich die Masten bei dem heftigen Schleudern noch mehr auszuhalten, wobei Stützung derselben mit Takeln beiderseits wenig half: und außerdem erwies sich jetzt auch das Material der Eisenplatten, aus welchen die hohlen Masten gefertigt waren, als zu schwach, und da dem Eisenmast, auch wenn er stärker ist als ein Holzmast, die Elasticität des letzteren fehlt, namentlich wenn er innen Winkeleisen von kreuzförmigem Querschnitt hat, so begann beim Fockmast die Vernietung zweier Platten nachzugeben. Um den Mast zu erleichtern, nahm man sein Marssegel ein, verlor aber dadurch die Stütze des Windes;

das Schiff schlug mehrmals heftig nach der Gegenseite, wodurch der Mast einen Sprung von ¼ Zoll um den ganzen Umfang bekam, und endlich 2—3 Fuß über Deck abbrach und mit allen Raaen über Bord stürzte, wobei er die Stengen (Verlängerungen) der beiden andern Masten auch noch abbrach aber nicht mitriß. In dieser Gefahr verfuhr man offenbar, trotz des Schlingerns, das ohne Segel noch heftiger werden mußte, mit Geistesgegenwart. Man stoppte die Maschine, um nicht die Schraube in das Tauwerk der seitlängs gefallenen Masten zu verwickeln und brachte einen Theil der noch hängenden Raaen und Stengen in Sicherheit. Bei der Großraa indessen, die an 5 Punkten am Mast befestigt ist, hier aber nur noch an einem einzigen, dem Hanger, hing, gelang dies nicht mehr; sie riß vielmehr auch den Großmast mit sich, der 3 Fuß über Deck abbrach, nachdem er an derselben Stelle schon eine Stunde früher einen Riß erhalten. Dieser Mast fiel weniger glücklich als der Fockmast; er brach in 3 Stücke und eins derselben kam auf das Deck und auf Taugut zu liegen und erschwerte so das Kappen des letzteren ungemein, während ein anderes sich in die Schraube verwickelte und die Maschine am Arbeiten verhinderte, sodaß das Schiff steuerlos wurde und wirklich gefährlich zu arbeiten begann. Da indessen zum Glück die hochgehende See nicht durch Sturm verschlimmert wurde, gelang es, ohne Verlust an Menschenleben und, abgesehen von der eingeschlagenen Reiling, ohne Beschädigung des Schiffskörpers am 22. October Plymouth zu erreichen, von wo das Schiff nach Hamoaze und dann ins Dock von Devonport ging.

Im Ganzen ist der Vorfall nicht so bedenklich, wie er bei uns wegen Mangel an maritimer Erfahrung aufgefaßt wird. Dem englischen Panzergeschwader sind vor Lissabon, dem französischen bei Teneriffa wiederholt Raaen und Theile der Takelage weggeblasen worden, ohne daß man davon viel Aufhebens gemacht hätte; vollends über Holzschiffe findet man alle Augenblicke in den englischen Zeitungen derartige Notizen. Ueberdies hat nach unserm Gewährsmann das Schiff selbst keinen Schaden gelitten und sich somit trotz der großen Anstrengung gut bewährt, besser vielleicht, als sich ein Holzschiff in ähnlicher Lage erhalten haben würde. — Ein Gerücht, das ganze Schiff sei nicht mehr zu brauchen, wäre hiernach ganz ungegründet. Es ist aber freilich die Takelage wieder zu ersetzen, die wegen der Stahlröhren sehr theuer ist (ca. 130,000 Thlr., während sie bei einer gedeckten Corvette noch nicht 40,000 Thlr. kostet); aber auch der Ersatz dieser Summe soll durch eine zweijährige Garantie der Gesellschaft in Toulon (also nicht des flüchtig gewordenen Rheders Armand in Bordeaux) sicher gestellt sein. Bei der neuen Takelage wird man eben die Eisenmasten stärker machen müssen, vielleicht auch elastischer durch Weglassung der Winkeleisen von kreuzförmigem Querschnitt und entsprechende Verstärkung der Wand; ebenso wird man die Wan-

ten stärker nehmen müssen, und vielleicht nicht von Draht, sondern von Hanf. Dann empfiehlt es sich wohl, die Wanten zum Theil durch Coles'sche tripods zu ersetzen, d. h. durch eine stützende Eisenröhre statt des mittleren Wandtaues für jeden Untermast, die also sowohl stützend als ziehend in Lee und in Luv zu halten geeignet ist; doch bleibt dabei eine Anzahl dünnerer Wanten als Strickleitern für die Mannschaft wünschenswerth, da Coles' eine Strickleiter hinter dem Mast nicht genügt, und außerdem für den Fall gesorgt sein muß, daß eine tripod-Stütze weggeschossen wird.

Endlich wird man die Takelage im Ganzen etwas höher machen müssen als bisher, um bei gutem Wetter das Schiff durch den Segeldruck ruhiger zu halten; zugleich aber richte man sie nach dem Muster der östreichischen Panzerfregatten zum Streichen der Stengen ein und dampfe im Gefecht mit gestrichenen Stengen und Raaen, damit diese nicht über Bord fallen und die Schraube unklar machen können. Damit aber bei schlechtem Wetter und gestrichenen Stengen die Gewichtsvertheilung besser wird, mache man die Untermasten niedriger, als früher — dieselben sind schon bei unserer „Augusta" verhältnißmäßig sehr hoch — und dafür die Stengen verhältnißmäßig höher*).

Der Hauptgrund der Beschädigung aber wird wahrscheinlich von selbst wegfallen, sobald die Fregatte ihre Geschütze erhält, den Hilfsballast los wird und dadurch zu der Gewichtsvertheilung kommt, für welche sie berechnet ist. Die Reparatur der Eisenbemastung ist schwerer als eine andere herzustellen, und kann bis zum Frühjahr aufhalten.

Drei Tage in Würtemberg.

Die öffentlichen Zustände in Würtemberg bewegen sich nicht vorwärts und am wenigsten in einer geraden Linie vorwärts. Vielmehr herrscht der Stillstand und nur der gouvernementale Pendel schwingt, stets an der nämlichen Stelle, manchmal nach rechts und manchmal nach links. Als es sich um Genehmigung der Zollvereins- und Allianzverträge handelte, da schwang er links nach der Seite der politisch-militärischen Einheit und der wirthschaft-

*) Nach einer Kritik in der Seezeitung „Hansa" vom 8. Dec. 1867 wäre das französische Drahtlauwerk überhaupt selten gut; in diesem Fall wäre es zu schwach gewesen; auch hätte man sich zu viel auf die Stärke der Masten verlassen, eben weil sie von Eisen waren. Außerdem stützten die Wanten nicht genug, weil sie keine Rüsten, also nicht genug Spreiz hatten, ein Uebelstand, für dessen Abhilfe in d. Bl. bei Besprechung des „Arminius" Vorschläge gemacht worden sind.

lichen Freiheit. Heute schwingt er wieder rechts nach der großdeutsch-kleinfürstlichen Seite, nach Seite der politischen Isolirung des Südens, der Schutzzöllnerei und der wirthschaftlichen Unfreiheit.

Anderwärts würde man es kaum für möglich halten, daß ein und dasselbe Ministerium fast zu der nämlichen Zeit, oder wenigstens nach sehr kurzen Zwischenräumen, so entgegengesetzte Richtungen einschlage. Bei uns ist Alles möglich. Wir sind heute preußisch-norddeutsch; morgen östreichisch-süddeutsch; — vielleicht auch übermorgen französisch-rheinbündnerisch. Die politischen Stimmungen und Verstimmungen sind in einem ewigen Wechsel begriffen. Heute lauscht unsere rothe Demokratie, die sonst die „Aristokraten an die Laterne" wünscht und nur von dem Selbstbestimmungsrechte der Völker und der deutschen Föderativ-Republik spricht, mit spähenden Augen und gespitzten Ohren nach der Stadt der Mönche im Baierland und erwartet die Rettung von dem Ausspruche einiger baierischen Prinzen, Bischöfe und Grundherrschaften. Morgen setzt sich das Land, die Hauptstadt an der Spitze, in Bewegung, um die Zollvereinsverträge zu retten aus den Gefahren, womit die Coalition zwischen der ausbeutungslustigen Schutzzöllnerei, klerikaler Reaction und staatsfeindlicher Winkelradicalen bedroht.

Es war am 31. October 1867, als das verehrliche Mitglied für Aalen, Herr Moriz Mohl, früher würtembergischer Finanz- und Steuerrath und als solcher zum Zwecke der Unterhandlung über das Verhältniß Würtembergs zum Zollverein seiner Zeit nach Berlin geschickt, wo er sich in Folge seiner Rechthaberei in allerlei Fehden verwickelte und einen bis auf den heutigen Tag höchst getreulich bewahrten Abscheu vor Preußen und dessen Hauptstadt in sich aufnahm, als Herr Moriz Mohl in dem bekannten Halbmondsaale des Stutengartens an dem Nesenbache mit den schwärzesten Farben schilderte, welche Greuel uns bevorständen, wenn wir den neuesten Zollvereinsvertrag genehmigten, und dann ausmalte, welche himmlische Freuden uns nach ausgestandenem Kreuz und Leiden erwarteten, wenn entweder wir Würtemberger allein oder in Gemeinschaft mit Baiern ein schutzzöllnerisches Musterreich der Mitte gründeten und solches mit einer chinesischen Mauer umgäben.

Darauf erwiderte der Minister des Auswärtigen, Freiherr von Varnbüler: „Der Abgeordnete für Aalen ist in politischen Dingen nicht außerordentlich conservativ, aber in wirthschaftlichen Dingen kommt er allemal in eine große Bewegung, wenn es sich darum handelt, etwas Neues in das Leben zu rufen; — und in dieser Hinsicht wenigstens ist er sich seit vierunddreißig Jahren consequent geblieben. Denn denselben Angstruf, den er heute ausstößt, dieselben schwarzen Prophezeihungen, die er jetzt vorbringt, konnte man schon im Jahre 1833 von ihm hören, als es sich um

die Eingehung des Zollvereins handelte, den er heute auf so klägliche Weise zu Grabe trägt. Er hat damals in einer 42 Bogen langen Eingabe an den König auseinandergesetzt, daß Würtemberg ruinirt sei, wenn der Zollvereinsvertrag ausgeführt werde." — —

„„Das ist nicht wahr!"" donnerte Moriz Mohl, das verehrliche Mitglied für Aalen. Varnbüler greift in sein Portefeuille, holt ein Manuscript heraus, hält es triumphirend in die Höhe, sodaß sich Mohl unwillkürlich bückt, als wolle es ihm Varnbüler an den Kopf werfen, und fährt gelassen fort:

„Hier sehen Sie diese schriftliche Arbeit." (Homerisches Gelächter) „Das verehrliche Mitglied für Aalen kam in dieser Arbeit zu folgender Conclusion:

„„Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß dieser Vertrag den Rechten und Interessen der Krone und des Landes zu nahe tritt, und bei der an die Unmöglichkeit gränzenden Auflösung desselben, würde ich meiner Pflicht nicht genügen, wenn ich nicht ehrfurchtsvoll (gegenüber dem Könige) dies ausspräche.""

Und er hat damals verlangt, daß dieser Zollverein, der jetzt von Jedermann als die glückliche Frucht der deutschen Einigung erkannt wird, und auch von ihm selbst gegenwärtig als solche erkannt wird, nicht zu Stande komme. Er handelte damals aus bester Ueberzeugung, ebenso gewiß wie auch heute. Allein ich schließe daraus, daß auch die redlichsten Ueberzeugungen Irrthümer sein können."

Und Herr Moriz Mohl schwieg.

Wie am 30. October 1867 der Antrag, dem Allianzvertrag vom 13. August 1866 die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen, mit 58 gegen 32 von der zweiten Kammer angenommen wurde, so erfolgte am Tage danach, am 31. October 1867, die Annahme des Antrages: „dem Vertrage zwischen dem norddeutschen Bunde, Baiern, Würtemberg, Baden und Hessen, die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins betreffend, vom 8. Juli 1867, und der Uebereinkunft vom 8. Mai 1867 wegen Erhebung einer Abgabe von Salz, unter der Voraussetzung, daß die Regierung auf Herabsetzung der Salzverbrauchsabgabe hinwirke und demnächst die Interessen des Tabaksbaues und der Tabaksfabrikation nach Möglichkeit wahre, die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen" mit 73 gegen 16 Stimmen. Diese 16 Stimmen gehörten Herrn Mohl, sowie 3 Rittern und einem Dutzend von Schutzzöllnern à la Deffner und Ammermüller, Radicalen à la Tafel und Hopf und Großdeutschen à la Osterlen, Schott und Probst, welcher letztere seiner Zeit im würtembergischen Abgeordnetenhause die durch einen dunkeln Canal von Wien nach Stuttgart importirte östreichische Concordatspolitik zwar mit Eifer und Geist, aber ohne Erfolg vertheidigte.

Nach den Ereignissen vom letzten und vorletzten October d. J. hätte Jedermann, der unsere Zustände nicht kennt, glauben sollen, bei uns sei nun die Einheitsbewegung im besten Zuge. Welch' ein Irrthum! Unser gouvernementaler Pendel hatte blos seine Schwingung nach links erschöpft. Daraus folgt bei uns natürlich nichts, als daß er nun wieder zurückgeht und nach rechts schwingt.

„Never for ever" tickt die alte englische Standuhr. „Nimmer für immer" ist auch bei uns die Parole. Es waren keine sechs Wochen nach dem letzten October verflossen, da wehte der Wind wieder aus dem schwarzgelben Loche.

Den Beginn machte der Chef des Justizdepartements Staatsrath Mittnacht. Er gehörte bis tief in das Jahr 1867 hinein zu den entschiedensten Großdeutschen. Trotzdem war er noch nach dem Tage des Schutz- und Trutzbündnisses, nach dem 13. August 1866, auf Antrag Varnbülers zum Justizminister ernannt worden. Als Abgeordneter, was er damals war und jetzt noch ist, setzte er an der Spitze der gouvernementalen Mittelpartei seine großdeutsche Politik mit Entschiedenheit fort und zeigte namentlich gegen die deutsch-nationale Partei eine solche Feindseligkeit, daß die letztere, obgleich in ihren Reihen die anerkanntesten Capacitäten sitzen, bei den damaligen Ausschußwahlen auch nicht ein Mitglied durchsetzen konnte und sich daher von allen Commissionsarbeiten ausgeschlossen sah.

Vielleicht wußte damals der Justizminister selbst noch nichts von dem Schutz- und Trutzbündniß des 23. August 1866, das bis zum März 1867 ein wohlbewahrtes Geheimniß des König Karl und des Minister Varnbüler blieb. Vielleicht hoffte man damals noch am Nesenbach, der norddeutsche Bund werde ebenfalls einen Ausgang nehmen, wie das Hornberger Schießen und die Erfurter Union. Berechtigte ja doch die Haltung, welche der äußerste Flügel der liberalen Partei in Preußen selbst annahm, die süddeutschen Particularisten zu den angenehmsten Hoffnungen.

Allein sie täuschten sich. Die Verfassung des norddeutschen Bundes kam zu Stande. Der Reichstag sanctionirte diese Verfassung und sie errang im Sturme die Zustimmung der einzelnen Regierungen und der Particular-Landtage. Sie erwies sich als ebenso dauerhaft, wie entwicklungsfähig. Die Schutz- und Trutzbündnisse wurden bekannt. Die Zollvereinsverträge wurden reformirt und erneuert. Das luxemburger Gewitter verzog sich. Die Feinde Preußens waren abermals um eine Reihe von Hoffnungen ärmer.

Der Chef des würtembergischen Justizdepartements war zwischenzeitig immer mehr von seiner großdeutschen Richtung zurückgekommen, sodaß er nicht mehr das volle Vertrauen der Klerikalen genoß. Herr Mittnacht ist weder Phantast noch Fanatiker, sondern ein kluger, kalter, wohl berechnender Realist, der namentlich seine Person und seine Stellung nie aus den Augen

verliert. Gerade dadurch hatte er sich seinem Protector, Herrn v. Varnbüler, empfohlen, mit welchem er sich auch heute noch im herzlichsten Einvernehmen befindet.

Am 30. Octbr. war er entschieden für den Allianzvertrag vom 13. Aug. 1866, am 31. Octbr. noch entschiedener für den Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867.

Kürzlich nun hatte der Chef der Justiz aufs neue Gelegenheit, politisch Farbe zu bekennen. Es handelte sich darum, ob auf die vorgelegte Gerichtsverfassung seitens der zwejten Kammer einzugehen sei. Die nationale Seite des Hauses verlangte Garantie dafür, daß die Annahme der Regierungsentwürfe, namentlich der Civilproceßordnung, der künftigen Einführung eines gemeinsamen Gesetzes über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nicht blos für den norddeutschen Bund, sondern für ganz Deutschland, kein Hinderniß bereite.

Dies gab Herrn Mittnacht Veranlassung, eine Rede großen Stils zu halten, die eine ganz andere Farbe trug, als die Vorträge vom 30. und 31. October. Er appellirte auf das nachdrücklichste an den würtembergischen Particularismus. Er beschwor die Kammer, doch ja nur auf die Vorlage einzugehen, denn sonst könne sich ein schweres Unglück ereignen, das Unglück nämlich, daß die würtembergischen Juristen, welche eine Reform der Gerichtsverfassung und der Prozeßordnung dringend verlangten, so sehr des würtembergischen Particularismus (euphemistisch: Patriotismus) vergäßen, daß sie am Ende gar ihre Blicke ausschließlich nach dem Norden richteten, als ob von da jedes Heil der Welt, und auch in dieser Beziehung Abhilfe zu erwarten stehe.

Ein würtembergischer Jurist, der den Blick nordwärts richtet und, im Widerspruch mit dem Beobachter-Dogma: „Wie kann von Nazareth Gutes kommen?“ von Berlin das Heil erwartet, war für unsere „Großdeutschen“ etwas so entsetzliches, daß sie dem Justizminister beipflichteten.

Dem preußischen Herrenhaus war es vorbehalten, den Pendant zum würtembergischen Abgeordnetenhause zu liefern. Denn zu derselben Stunde, wo man hier mit Schaudern an die Möglichkeit dachte, daß ein würtembergischer Jurist nordwärts blicke, machten einige hochconservative Mitglieder des Herrenhauses in Berlin die Entdeckung, daß es doch mit der Prozeßordnung für das ganze norddeutsche Bundesgebiet fast ebenso bedenklich bestellt sei, wie mit dem Nordwärtsblicken des schwäbischen Jurisconsultus; denn sagten die Hochconservativen, „besagte Proceßordnung wird die Organisation der Gerichte und die Etatsregulirung in Preußen berühren, worin ohne Zustimmung beider Häuser (— natürlich also auch des Herrenhauses —) des Landtags der Monarchie eine Abänderung nicht erfolgen kann.

Wie es den würtembergischen Juristen verboten ist, nordwärts zu blicken ohne Genehmigung des Justizministers, so ist es der Bundesregierung und dem Reichstag untersagt, innerhalb seiner unzweifelhaften Competenz Gesetze zu erlassen, — ohne die Zustimmung des preußischen Herrenhauses.

Die Jungradicalen in Stuttgart und die Altconservativen in Berlin verstehen einander. Das war in Stuttgart der erste Tag am Wendekreis des Krebses. Und auch der zweite Tag ermangelte nicht des Ruhmes.

Am Tage nach der Apostrophe des Justizministers erfolgte nämlich eine Rede des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn von Varnbüler, welche jene an Deutlichkeit bedeutend übertraf und daher von den Zeitungen ausführlich wiedergegeben wurde, was bei der des Justizministers jenseits der schwarzrothen Grenzpfähle nicht der Fall war. Varnbülers Diatribe gegen den norddeutschen Bund und dessen Verfassung leistete im östreichischen Sinne alles mögliche; namentlich erging sie sich für den Fall des Beitritts von Würtemberg in Prophezeiungen, die an düsterer Wahrheit den kassandrischen Weisagungen Moriz Mohls nichts nachgaben; und sie erschien um so auffallender, als die Verhandlungen gar keine Veranlassung dazu gaben, vielmehr die Sache geradezu vom Zaune gebrochen war.

Es handelte sich nämlich um die Anforderung der Besoldung für einen würtembergischen Gesandten in Florenz; und der Umstand, daß einige Abgeordnete einen solchen Posten für ein Ländchen von nur 1,700,000 Einwohnern und nicht allzustarker Finanzkraft überflüssig fanden, reizte den Premier so sehr, daß er Würtembergs Eintritt in den norddeutschen Bund mit den schwärzesten Farben malte und im Gegensatze zu der diplomatischen Regel, daß man niemals „niemals" sagen solle, und daß man, um zu reussiren, nicht zu viel Eifer zeigen dürfe, sein „Niemals! — Niemals! — Niemals!" mit einem solchen Eifer in die Welt rief, daß jeder Zuhörer die Ueberzeugung gewann, es sei ihm 1867 mit seinem „Niemals" ebenso blutiger und heiliger Ernst, wie 1866 mit seinem: Vae victis!"

Er erklärte, er werde jede Kammer auflösen, welche sich für den Beitritt ausspreche.

Während des Redens schien jedoch ihm selbst eine trübe Reminiscenz an das, was seinem „Wehe den Besiegten" gefolgt ist, aufzublitzen. Wie der Regen dem Donner, so folgte die Wehmuth dem drohenden Zorn; und der mächtige Minister schloß fast sentimental: „dem Geschicke, das man ja nicht voraussehen könne, müsse man sich freilich unterwerfen; und auch das Schicksal Würtembergs müßte man schließlich doch der Vorsehung anheimgeben." Diese Worte, welche so elegisch anklangen an das hannoversche „Ende aller Dinge", fehlen in den Zeitungsberichten. Ich bringe sie hier in dem Feuilleton in Sicherheit, damit sie der Nachwelt nicht ver-

loren gehen. Denn sie sind es, welche der Sache die politische Färbung geben. Offenbar war es Herrn von Varnbüler sehr eilig, seine antinorddeutsche Diatribe an den Mann zu bringen. Sonst hätte er sich eine vortheilhaftere Position ausgesucht, als die, welche die Frage des diplomatischen Verkehrs mit dem jungen Königreiche Italien gerade für ihn bot. Es sind nämlich noch nicht drei volle Jahre, daß er schon einmal auf diesem Gebiet ein „Niemals" rief, welches er bald revociren mußte, und das sich ebensowenig realisiren ließ, als das: „Wehe den Besiegten" von 1866.

Es war am 16. Februar 1865, als Herr von Varnbüler, damals noch großdeutsch vom Wirbel bis zur Zehe, und in Gemeinschaft mit Wydenbrugk, Heinrich von Gagern, Ministerialrath Weis, Freiherrn von Lerchenfeld und Moriz Mohl, demselben Moriz Mohl, den Herr von Varnbüler am 31. October 1867 so glänzend abfertigte, in dem Centralvorstand des großdeutschen Reformvereins, welcher am 23. October 1862 in Frankfurt am Main sein Rütli gehalten und beschlossen hatte, sich für die damals bestehende Bundesverfassung nebst Delegirtenprojekt und gegen den deutschfranzösischen Handelsvertrag zu echauffiren ebenfalls — bei der Budgetberathung, Etat des Auswärtigen, in der würtembergischen zweiten Kammer erklärte, er werde niemals dem Könige zur Anerkennung des Königreichs Italien rathen; das verbiete die Rücksicht auf Oestreich. Es waren keine drei Jahre vergangen, da focht derselbe Herr von Varnbüler vor derselben Kammer, bei derselben Budgetberathung, bei demselben Etat des Auswärtigen, mit der größten Wärme für die Dauer der würtembergischen Gesandtschaft bei dem Könige von Italien, woraus wohl mit einiger Sicherheit darauf geschlossen werden kann, daß der nämliche Herr von Varnbüler, der im Februar 1865 die Anerkennung Italiens repudiirte, sie in der Zwischenzeit wohl vollzogen haben dürfte, wahrscheinlich auch aus dem Motiv, daß „man sich dem nicht vorausfehbaren Gange der Geschicke unterwerfen müsse." Seine bei Gelegenheit der Florentiner Gesandtschaft gegen den norddeutschen Bund vorgetragene Philippika fand sofort eine geharnischte Erwiderung durch den Abgeordneten R. Römer, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Tübingen, einen der unerschrockensten und geistvollsten Vorkämpfer der nationalen Sache im Süden, und im Norden namentlich bekannt durch seine vortreffliche Schrift: „Die Verfassung des norddeutschen Bundes und die süddeutsche insbesondere die würtembergische Freiheit" (Tübingen, 1867, zweite Auflage), worin er den süddeutschen Illusionen mit unbarmherziger Logik zu Leib geht. — Es existire kein anderer Weg zur Einheit Deutschlands, sagte Römer, als der des Eintritts in den norddeutschen Bund; und deshalb sei es ihm keine Minute zweifelhaft, daß auch Würtemberg eintreten werde und eintreten müsse. Deshalb sei er aber auch fast erschrocken über die so eben

vernommene Aeußerung eines süddeutschen Ministers, und daß ein solcher eine so klare Wahrheit noch so sehr verkenne. Für den Minister sei er erschrocken, nicht für die Ereignisse und deren unerbittliche Logik, an der jener nichts ändern könne. Der Schreck habe aber alsbald sich wieder gelegt, als ihm eingefallen, daß vor zwei Jahren derselbe Minister die Anerkennung des Königreichs Italien auf das schroffste abgelehnt, der nun für die Besoldung eines Gesandten in Florenz kämpfe, und wie sehr und wie schnell die Auffassung der deutschen Frage bei eben demselben Minister gewechselt. Der Schreck sei aber ganz geschwunden, fuhr Professor Römer fort, als er die elegisch-fromme Schlußtirade der ministeriellen Rede vernommen; des Herrn Ministers Hinweisung auf die Unterwerfung unter die Vorsehung und die Geschicke habe ihn vollständig beruhigt; sie berechtige ihn zu der Hoffnung, daß Herr von Varnbüler selbst noch in diesem Hause den Eintritt Würtembergs beantragen und auch durchsetzen und sich so ein weiteres großes Verdienst um das Land und die Dynastie erwerben werde."

Dies war der zweite Tag am Wendekreise des Krebses. Allein auch der dritte ermangelte nicht seiner Lorbeeren. Die Militärcommission wollte, bevor sie in die Berathung des Wehrgesetzentwurfs eintrat, in Betreff der im Februar 1867 zwischen den süddeutschen Regierungen über die Reorganisation ihres Heerwesens geschlossene Convention die Ansicht der zweiten Kammer, d. h. des Plenums, hören. Die Commission war der Meinung, über diese Convention zur Tagesordnung überzugehn, d. h. jede staatsrechtliche Verbindlichkeit derselben abzulehnen. Der Kriegsminister hatte sich privatim hiermit einverstanden erklärt. Man glaubte, dieser Antrag würde im Hause ohne weiteres angenommen werden. Man irrte sich. Der Abgeordnete Probst, ein großdeutsch-demokratisches Mitglied, der beredte Vertheidiger des Concordats, opponirte dem Antrage der Commission mit großer Leidenschaft: fast scheine es, meinte er, die Regierung wolle durch den Beschluß des Hauses ihre Verbindlichkeit gegen Baiern und Baden loswerden, aber jeder Patriot müsse wünschen, daß diese separat süddeutsche Militärconvention zu vollster Geltung gelange u. s. w. — Bei der Abstimmung votirten die Herren von Varnbüler und Mittnacht, die beide Mitglieder des Hauses sind, gegen den Commissionsantrag, für Probst.

Das neueste Heft der staatswissenschaftlichen Zeitschrift unter Redaction des Herrn Schäffle, Professors in Tübingen, vormals großdeutschen Kammermitgliedes, der, obgleich Freihändler, dennoch den deutsch-französischen Handelsvertrag, lediglich aus politischen Gründen, auf das heftigste bekämpfte, bringt eine Abhandlung, welche gegen das preußische Wehrsystem und zu Gunsten der Milizverfassung plaidirt. Ihr Verfasser — ich nehme keinen Anstand, dies zu sagen, da es Jedermann weiß und es öffentlich verkündigt wird —

ist ein höherer würtembergischer Offizier im activen Dienste. Die Stuttgarter Bürgerzeitung, das Organ des Hofs und der Regierung, besprach laut dies neu verkündete antipreußische Project — das Heft der Zeitschrift war nämlich kaum erschienen — und empfahl auf das wärmste den Herren Abgeordneten diese vortreffliche Abhandlung zum Studium und zur ernstesten Erwägung.

Ich habe Ihnen die „Drei Tage in Würtemberg" erzählt; und da eine jegliche Geschichte auch ihre Moral haben muß — so behauptet nämlich der Hofschulze in Immermanns Münchhausen — so will ich versuchen, ob es mir gelingt, einige Nutzanwendung aus dem Erzählten zu ziehen.

Herr von Varnbüler gilt für einen klugen Mann, und wie mir scheint, nicht mit Unrecht. Sein „Wehe den Besiegten!" beweist nichts dagegen. Es beruhte auf dem Glauben der Ueberlegenheit der östreichischen Armee; und dieser Glaube war ja damals an den mittlern und kleinen Höfen der alleinherrschende und alleinseligmachende. Kein Wunder, daß sich ein kluger, aber in militärischen Dingen völlig unkundiger Mann, wie Herr von Varnbüler, demselben nicht entziehn konnte.

Daß er später die Situation richtig auffaßte, beweißt die Bereitwilligkeit, mit der er auf den Abschluß des Allianzvertrages vom 13. August 1866 und auf den des Zollvereinsvertrags vom 8. Juli 1867 einging, und der Eifer und das Geschick, die er zeigte, diese Verträge glücklich zwischen der Scilla der ersten und der Charybdis der zweiten Kammer durchzulootsen. Er verdarb es dadurch mit der östreichischen Partei, sowohl mit der radicalen, als auch mit der reactionären, sowohl mit Karl Mayer, als auch mit dem Freiherrn von Neurath, welchen Varnbüler aus dem Sattel gehoben hat, und der gerade nicht vergeßlichen Gemüths ist.

Gewiß hat Varnbüler, nachdem er es mit der östreichischen Partei so gründlich verdorben, daß er von derselben, trotzdem, daß er ihr Jahre lang das schwere Opfer brachte, an der Spitze des geist- und trostlosen großdeutschen Vereins zu stehen und in dieser Eigenschaft zeitweise den Salons des Senators Bernus in Frankfurt am Main als Decoration dienen zu müssen, schwerlich jemals wieder zu Gnaden an- und aufgenommen werden wird, gegenwärtig selbst wenig Gelüste, es nun auch obendrein mit der nationalen Partei zu verderben und sich so gleichsam zwischen zwei Stühle zu setzen.

Wenn nun aber trotzdem seine Handlungen den Schein erzeugen, als sei er im Begriff, eine so bedenkliche Evolution auszuführen, so muß man, (natürlich immer vorausgesetzt, daß die Annahme, Herr von Varnbüler sei ein kluger Mann, in Wahrheit begründet ist), nothwendiger Weise schließen, diese Handlungen seien nicht von obbemeldeter intersellarischer Tendenz, sondern von anderweitigen zwingenden Motiven dictirt.

Diese Motive können nur in specifisch würtembergischen Voraussetzungen beruhen. Denn mit diesen muß Herr von Varnbüler rechnen, wenn er sich auf dem Sammt des Ministersessels behaupten will. Daß er überwiegend von der Stimmung des Landes regiert wird, glaube ich durchaus nicht. Denn die Stimmung des Landes ist in sich unklar und wird bei einem Theile der Bevölkerung regiert von den allerkleinlichsten Interessen. Ob das Maß Getränk um einen Kreuzer aufschlägt, oder das Packet Tabak einen halben Kreuzer theuerer wird, — das sind die hohen und wichtigen Dinge und Fragen, um welche sich diese so frische und fromme, fröhliche und freie Realpolitik dreht. Und dabei untersucht man nicht die Wirklichkeit der Dinge, sondern begnügt sich mit dem Schein. Alle Welt weiß, daß die Frage des Eintritts von Würtemberg in den norddeutschen Bund mit der Branntweinsteuer nichts zu thun hat, und daß auch der Zollvertrag vom 8. Juli d. J. hier an dem bisherigen Stande dieser Frage gar nichts ändert. Gleichwohl glaubt — warum? das ist nicht ersichtlich — die Mehrzahl aller Würtemberger an die von Preußen drohende Vertheuerung des Branntweins so fest, wie an ein Evangelium; und das Durchschnittsurtheil der Ungebildeten läuft darauf hinaus, daß zwar die „deutsche Einheit" ein recht schönes Ding, aber daß billiger Schnaps ohne Einheit besser sei, als theuerer mit Einheit.

Einer solchen Theorie gegenüber, selbst wenn sie (was bei der Art, wie sich in Würtemberg die Volksvertretung componirt, bekanntlich durchaus nicht der Fall ist) in der Möglichkeit wäre, ihrer politischen Anschauung einen klaren und wirksamen Ausdruck zu geben, hat Herr von Varnbüler solche Opfer, wie er sie in seiner Philippika gegen den norddeutschen Bund, gewiß nicht ohne schweres Widerstreben, gebracht hat, nicht nöthig. Das kann er ja billiger haben.

Man muß daher, um sich seine Handlungsweise zu erklären, annehmen, daß die Stimmung an einem höhern Orte gewechselt hat, sei es durch eine spontane Reaction gegen den 30. und 31. October, sei es durch Einwirkungen von Wien oder von Paris, wo man bekanntlich wieder sehr oben auf ist, seitdem die Chassepots, auf das heilige Gebiet von Rom verpflanzt, Wunder gethan haben, — Wunder, woran in dem ungläubigen Norden, der in seiner Ketzerei an die Zündnadel glaubt, vielleicht noch Heterodoxe zweifeln. Denn es glaubt natürlich jeder an seinen eigenen Heiligen. Aber ebensowenig wie Herr Mittnacht, der von ihm zum Justizminister empfohlene Großdeutsche, ist Herr v. Varnbüler ein Fanatiker oder ein Phantast. Kühl bis ans Herz hinan glaubt er weder an Heilige noch an Wunder. Allein er ist klug genug, daß, wenn jemand, von dem seine Stellung abhängt, an den Saint-Chassepot glaubt, er sich wohl hütet, in dieser Richtung den Schein einer Ketzerei auf sich zu laden. Hier zu Lande aber wechselt der Glaube zum öfteren, und man er-

innert sich noch an die Rechtsparömie des siebzehnten Jahrhunderts: „Cujus regio, ejus religio“. Auf die Möglichkeit eines Krieges zwischen Frankreich einerseits und Deutschland, d. h. Preußen, andererseits, angewandt, heißt diese Rechtsparömie ins Deutsche übertragen so: Wer von beiden streitenden Theilen zuerst in Stuttgart, in Ulm und in Friedrichshafen ist, dem gehört das Land (regio) und an den glaubt man (religio), heiße er nun Monsieur Chassepot oder Herr von Dreyse.

Dieser Umstand ist traurig, aber noch trauriger wäre es doch, wenn man sich in Betreff dieses Umstandes einer neuen Täuschung hingäbe, und in Folge dessen Begehungs- oder Unterlassungssünden vorkämen, die nicht wieder gut zu machen sind. Namentlich darf man nicht vergessen, daß Vorkommnisse, wie sie die Chronik der drei Tage in Würtemberg aufweist, und wie sie jeder folgende Tag von neuem bringen kann, auch wenn dies in Stuttgart gar nicht beabsichtigt sein sollte, ihren Wellenschlag in verstärktem Maße wieder zurückwälzen zu dem Orte, von wo sie ausgingen; daß sie namentlich in Wien und Paris in gewissen Kreisen geradezu als provocationes ad agendum wirken. So lange über das Schicksal des deutschen Süden noch nicht definitiv und unabänderlich entschieden ist, so lange gibts keine Ruhe in der Welt; so lange wird ein solcher süddeutscher Staat abwechselnd von Wien, von Paris und von Berlin angezogen; und das nationale, wirthschaftliche und militärische Band, das ihn an Norddeutschland fesselt, scheint leider noch nicht stark genug zu sein, um die Abirrungen nach Wien und Paris zu paralysiren. Es ist hoch Zeit, daß man den letzteren einen Riegel vorschiebt.

Der Riegel ist da. Er heißt Baden. Warum macht man keinen Gebrauch davon? Jede Minute ist kostbar.

Je schwankender man im Süden gesinnt ist, desto fester muß man im Norden sein. Altmeister Göthe sagt am Schlusse von Hermann und Dorothea:

„Denn der Mensch, der in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist,
Der vermehret das Uebel und breitet es weiter und weiter.
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich!“

△

Der Slavencongreß und die orientalische Frage.

Aus Moskau.

Während man bei Ihnen in Deutschland durch das gesammte Jahr 1867 beinahe unausgesetzt mit der Beobachtung der Vorgänge in Frankreich beschäftigt

gewesen ist, haben sich bei uns im Osten Dinge vorbereitet, welche der öffentlichen Theilnahme nicht minder werth sind, als die Schwankungen, in welche die französische Politik zu Folge der zweiten römischen Expedition gerathen ist. Darüber, ob die orientalische Frage wirklich ihrer Lösung entgegengeht, und ob die letzten kriegerischen Artikel des russischen Invaliden in der That die Aufgabe haben, eine entscheidende Wendung unserer Politik vorzubereiten, kann ich Ihnen nichts sagen. Von den definitiven Absichten unseres Cabinets wissen die moskauer und petersburger Journale ebensowenig, wie die pariser Blätter von den Plänen, mit welchen Napoleon III. sich für das nächste Frühjahr trägt. Der Publicist kann nicht mehr thun, als die Gedanken und Stimmungen seiner Umgebung aufmerksam zu verfolgen und aus den Gegenständen, welche man dieser durch die Presse nahe legt, auf die Dinge zu schließen, welche für die Zukunft beabsichtigt werden. Die Wichtigkeit, welche pariser Zeitungsartikel, Brochuren und Reden für die Zukunft Deutschlands haben, ist im Grunde nicht viel größer, als die Bedeutung der Symptome unseres öffentlichen Zustandes für den Orient; was die Regierungen schließlich thun werden, wissen sie vielleicht selbst nicht, wir müssen uns hier wie in Frankreich damit begnügen, nach den natürlichen Consequenzen ihrer bisherigen Handlungen und der Einflüsse zu fragen, welche auf die Völker ausgeübt werden.

Die Beschäftigung mit den Zuständen der außerrussischen Slaven ist in Rußland vielleicht niemals so lebhaft gewesen, wie während der letzten sechs Monate. Jede freie Stunde, welche die Presse der Betrachtung der schwebenden Fragen innerer Politik abmüssigen konnte, war den Vorgängen in Galizien, an der untern Donau und am Bosporus gewidmet, und die Theilnahme des Publikums für dieselben wurde trotz des Eifers, mit welchem man den Verhandlungen der Tarifcommission und den neuesten Maßregeln gegen die Ostseeprovinzen folgte, in Permanenz erhalten. Man hatte dabei den ungeheuern Vortheil, einen Gegenstand zu behandeln, über welchen es, im Grunde genommen, gar keine erhebliche Meinungsverschiedenheit gab und der allen Parteien gleich willkommen war. Hatte man sich wegen der Rathsamkeit einer Herabsetzung des Zolltarifs, oder wegen der Frage, ob es heilsam sei, den russischen Güterkäufern in Litthauen seitens der Bodencreditgesellschaft keine größeren Vorschüsse zu Theil werden zu lassen, als andern Gutsbesitzern, noch so feindselig gerauft, die Beschäftigung mit der orientalischen Frage bot sofort die Möglichkeit der Verständigung und Aussöhnung. Darüber, daß es Rußlands heiligste Pflicht sei, der Unzufriedenheit der türkischen Slaven zu ihrem Recht zu verhelfen, immer wieder an das Ungenügende der den orientalischen Christen gemachten Concessionen zu erinnern, und die übrigen Großmächte zu einer möglichst wirksamen Intercession

für die Candioten zu drängen, darüber war alle Welt einig. Nach der herrschenden Anschauung ist Rußland dem europäischen Frieden zu Liebe immer noch hinter der Erfüllung seiner natürlichen Aufgabe zurückgeblieben und officiöse wie unabhängige Journale überbieten sich in Klagen darüber, daß das petersburger Cabinet von seinem guten Recht allzu bescheidenen Gebrauch gemacht habe, allzu maßvoll geblieben sei. Die einzige Partei, welche an diesem Drängen der öffentlichen Meinung zu energischer Action keinen Antheil hat, ist die aristokratisch-constitutionelle und zwar aus mehrfachen Gründen. Einmal deckt sich die panslavistische Partei so vollständig mit der demokratischen, daß man nicht zu der einen gehören kann, ohne zugleich an den Bestrebungen der anderen Theil zu nehmen, und zweitens gilt es für ausgemacht, daß jeder Versuch zu einem Vorgehen gegen die Pforte mit der Occupation Galiziens und der Befreiung der glaubensverwandten Ruthenen vom polnisch-katholischen Joch beginnen werde. Die Aristokratie, welche die Vernichtung der conservativen Elemente in Litthauen und Polen bereits höchst ungern gesehen hat und nicht mit Unrecht fürchtet, das in diesen Theilen des Reichs aufgerichtete Bauernregiment werde mit der Zeit zur vollständigen Vernichtung des russischen Adels und seines Einflusses führen, will aber um keinen Preis etwas von der Begünstigung der bäuerlichen Unabhängigkeitsgelüste in Galizien wissen, ihre Sympathien stehen entschieden auf Seiten der polnischen Gutsbesitzer; zudem ist die Aristokratie Gegnerin jedes Krieges, weil sie die finanziellen Schwierigkeiten, in denen wir stecken, lebhaft empfindet und sehr pessimistisch beurtheilt, und weil sie ihrem Gegner, dem Kriegsminister Miljutin, keine Gelegenheit gönnt, in der Gunst des Monarchen zu steigen und seinen Einfluß zu vergrößern. Dazu kommt noch eine andere Personenfrage: der Kanzler, Fürst Gortschakow, der gleichfalls Gegner des Krieges ist, gilt für eine Hauptstütze der conservativen Interessen im kaiserlichen Cabinet, während der Hauptanwalt der kriegerischen Nationalpartei, der constantinopolitanische Botschafter Ignatjew, von der Aristokratie demokratischer Tendenzen beargwohnt wird und für einen Mann von plebejen und verletzenden Formen gilt. Freilich ist unsere constitutionelle Adelspartei nie einflußloser und unpopulärer gewesen, als im gegenwärtigen Augenblick; mit dem Hof hat sie es durch ihre Unbotmäßigkeit bei Gelegenheit der petersburger Gouvernementsversammlung im Februar 1867 verdorben; der öffentlichen Meinung hat sie sich durch ihre Gegnerschaft gegen die russificatorischen Maßnahmen in den Ostseeprovinzen und in Litthauen und durch die kühle Ablehnung entfremdet, welche ihr Organ, die Zeitung „Weßth", dem Slavencongreß gegenüber zur Schau trug.

Mit der gesteigerten Theilnahme für die orientalische Frage, welche durch die neuerdings erfolgte Veröffentlichung von 30 diplomatischen Actenstücken

noch beträchtlich genährt worden ist, hat dieser Congreß aber unleugbar im engsten Zusammenhang gestanden und man irrt vollständig, wenn man sich dem Glauben hingibt, die Wirkungen desselben hätten seine Dauer nicht überlebt. Allerdings waren die Eindrücke, unter welchen man sich nach Abschluß der langen Reihe hier und in Petersburg gefeierter Feste trennte, zum Theil höchst peinlicher Natur: trotz der maßvollen Art, mit welcher Ryger für die Polen eingetreten war und trotz der Selbstbeherrschung, mit welcher dieser Czechenführer die bitteren Ausfälle des Fürsten Tscherkaßtly unbeantwortet gelassen hatte, empfand man auf beiden Seiten, daß zwischen griechisch-orthodoxen und römisch-katholischen Slaven eine Verständigung über die polnische Frage nicht möglich sei, und daß die Czechen (die man als die Führer des östreichischen Panslavismus betrachtete und mit besonderer Zuvorkommenheit behandelte) von ihren alten Verbindungen mit den Polen nicht lassen würden. Aber die Czechen waren nicht die einzigen Gäste gewesen, welche die Pilgerfahrt in die weißsteinerne Moskwa unternommen hatten; gerade die geistige Unbedeutendheit der Repräsentanten Serbiens, Slavoniens u. s. w. hatte auf die Führer unserer Nationalpartei einen höchst befriedigenden Eindruck gemacht und dieselben in der Ueberzeugung befestigt, Rußland könne mit Sicherheit darauf rechnen, die unbeschränkte Gebieterin der slavischen Welt zu bleiben.

Daß die ungebildete Masse unserer Stadtkaufleute und städtischer Bauern mit den Stammesgenossen von der Donau in Berührung gekommen war, dieselben mit Augen gesehen und sich davon überzeugt hatte, daß die oft genannten Brüder, welche unter türkischem Joch schmachteten, wirklich von demselben Fleisch und Bein seien, wie die Bewohner der Mutter Wolga und des Don, fiel gleichfalls ins Gewicht. Während die Nachrichten aus der außerrussischen Slavenwelt, welche die größeren Journale seit Jahren veröffentlichten, bis dazu nur auf den gebildetsten Theil ihrer Leser zu rechnen hatten, wird die „slavische Rundschau" überschriebene Rubrik, welche sich neuerdings auch in den unbedeutenden Volksblättern wiederfindet, seit dem Sommer v. J. auch vom gemeinen Mann gelesen und in Erwägung gezogen. Wichtiger noch ist, daß die schon früher mit den Donauslaven angeknüpften Verbindungen seit dem Sommer an Lebhaftigkeit und Umfang beträchtlich gewonnen haben. Mag auch der größte Theil der nach Prag, Agram, Warasdin oder Neusatz gesendeten russischen Bücher und Zeitschriften ungelesen bleiben, ist es auch sicher übertrieben, wenn die Narodny Listy bereits gegenwärtig von den ungeheuren Fortschritten reden, welche die Kenntniß der russischen Sprache unter den östreichischen Slaven gemacht habe, so steht doch fest, daß der Verkehr zwischen hüben und drüben niemals so lebhaft gewesen ist, als während der letzten Wochen. Ueber den Inhalt der in Oestreich erscheinenden slavischen Parteiblätter ist man bei uns regelmäßig auf das genaueste unter-

richtet; die czechischen Zeitungen ausgenommen, wiederholen diese Journale eigentlich nur, was von den großen Blättern Moskaus gesagt worden. Mit ganz besonderer Theilnahme verfolgte unsere Presse das Geschick der einzelnen Congreßglieder, welche wegen allzu kecker Provocationen gegen die östreichische Regierung ihrer Aemter entlassen oder bestraft worden sind. Jede derartige Entlassung gab zu endlosen Anklagen gegen die deutschen Machthaber in Wien Veranlassung und viele dieser Männer, namentlich galizische Ruthenen, haben an unsern, ewig an dem Mangel brauchbarer Lehrkräfte darbenden Universitäten und Fachschulen bereits Verwendung gefunden, während andererseits aus dem Königreich geflüchtete Polen in Galizien freundlich genug aufgenommen wurden. Der Gegensatz gegen Oestreich, das man wegen seiner polnischen Politik ebenso giftig haßt, wie wegen der geheimen Unterstützung, welche es der renitenten Pforte gewährt, ist dadurch ein äußerst gespannter geworden und die Sprache, welche die Patrioten der Moskauer Zeitung und der Moskwa gegen diesen Staat führen, ist durch nichts von der unterschieden, über welche Aali Pascha sich vergeblich beim Fürsten Gortschakow beschwert hat. Noch vor wenigen Wochen verlangte der Invalide z. B., daß die östreichischen Slaven einen allgemeinen slavischen Congreß abhielten, um über die schwierige Frage zu berathen, in welche sie durch die Ungunst des tyrannischen wiener Cabinets gerathen seien. Nachdem hier in Moskau schon vor Monaten der Prospekt zu einem in periodischen Lieferungen erscheinenden Gesammtorgan für slavische Interessen und zum Zweck einer fortlaufenden Agitation für die „slavische Idee" ausgegeben worden, ist neuerdings in Petersburg ein Comité zusammengetreten, welches die Vermittelung des geistigen und literarischen Austausches zwischen den verschiedenen Bruderstämmen übernehmen soll. Zum Präses desselben will man den Unterrichtsminister und Oberprokureur des Synods (der Kirchenbehörde) Grafen Tolstoy, zum Vicepräsidenten den Staatsrath Hilferding, den Verfasser der Geschichte Serbiens und zahlreicher anderer panslavistischer Schriften, machen. Der Name dieses Schriftstellers ist bezeichnender als ein ganzes Programm. — Auch zu den Czechen, die wegen ihrer Intervention zu Gunsten Polens russischerseits bereits aufgegeben waren, ist man neuerdings in ein festes Verhältniß getreten. Nachdem die böhmische Aristokratie und der katholische Klerus sich von der Nationalpartei losgesagt haben, ist diese direkt auf russische Unterstützung angewiesen. Diese wird ihnen nach Kräften gewährt, wofür sie ihrerseits erklärt haben, die Herrschaftsansprüche der russischen Sprache anerkennen und nach Kräften fördern zu wollen. Man weiß auf beiden Seiten, daß eine engere Alliance nicht möglich ist und begnügt sich damit, gegenseitig von einander den größtmöglichsten Vortheil zu ziehen, ohne die streitigen Punkte zu berühren. Bei dem großen moralischen

Einfluß, welchen die Czechen auf die übrigen östreichischen Slaven ausüben, ist der größere Vortheil offenbar auf Seiten der Russen; diesen kommt es darauf an, die Aufregung unter den Donauslaven, namentlich unter den Serben, möglichst zu schüren und das kann nur geschehen, wenn die prager Presse diese Bestrebungen unterstützt. Als wichtigstes Moment möchte ich aber hervorheben, daß der Congreß vom vorigen Sommer nicht nur die Beziehungen zwischen den verschiedenen Stämmen belebt, sondern die bis dazu ziemlich verschwommenen An- und Aussichten unserer panslavistischen Führer geklärt und die Grenzen des zunächst Erreichbaren deutlich abgesteckt hat. Schon vorher war es das Verdienst der Moskauer Zeitung gewesen, die verschwommenen Träume der alten Panslavisten von einem allgemeinen slavischen Föderativstaat zerblasen und durch ein festes Programm ersetzt zu haben; an die Stelle der chimärischen slavischen Zukunftsrepublik trat der concrete russische Staat — in diesem sollen alle slavischen Stämme, welche es mit der Sache ihrer Race ehrlich meinen, aufgehen. Der Lehre von der Gleichberechtigung der einzelnen Stämme wurde förmlich die Stelle einer schädlichen Ketzerei angewiesen, die polnische Frage zum Criterium für die Gesinnungstüchtigkeit jedes Einzelnen und jedes Stammes gemacht, der an dem allgemeinen großen Bunde Theil haben wollte. Seit dem Congreß ist man noch weiter gegangen; man hat zunächst darauf verzichtet, die Czechen, Croaten und sonstigen Westslaven katholischer Confession zu assimiliren, um desto directer für eine Heranziehung der ruthenischen und serbischen Glaubensbrüder arbeiten zu können. Gleichzeitig hat die Moskauer Zeitung den politischen Katechismus der nationalen Partei durch einen neuen höchst wichtigen Paragraphen bereichert, für dessen Durchführung sie seit Wochen thätig ist, um eine spätere Verständigung mit den katholischen Stammesgenossen anzubahnen. Sie fordert nämlich die Begründung einer katholisch-russischen Kirche, die bisher identificirten Begriffe Katholicismus und Polonismus sollen künftig von einander getrennt und streng auseinander gehalten werden. Nur wenn das geschieht, hält Herr Katkow eine Lösung der polnischen Frage im russischen Sinne für möglich — und eine Heranziehung der Czechen und Croaten, wie wir hinzufügen müssen.

Es ist wohl auch außerhalb Rußland bekannt, daß die Begriffe Pole und Katholik sich in dem südwestlichen Theil unserer Monarchie seit lange vollständig decken. Die Polonisirung Litthauens und der kleinrussischen Westprovinzen ist zugleich eine Katholisirung gewesen; die Geistlichkeit und und die Aristokratie arbeiteten sich zur Zeit der polnischen Herrschaft und später so glücklich in die Hände, daß ein großer Theil der Bevölkerung jener Länder, namentlich der höheren Klassen, mit der polnischen Kultur zugleich die Lehre der römischen Kirche annahm. Seit dem Jahre 1863 wurde darum

von den Murawjew, Kaufmann, Annenkow, Kryschanarski und Besalt ebenso an der Vernichtung des polnischen Adels wie der katholischen Geistlichkeit, welche die Hauptträgerin des unglücklichen Aufstandes gewesen war, gearbeitet; der Uebertritt zur „rechtgläubigen“ Kirche ist für Tausende von Individuen, welche mit Recht oder Unrecht für compromittirt gelten, das einzige Mittel zur Rettung von Galgen und Exil gewesen, denn es galt für ausgemacht, daß der Wechsel der Religion mit dem Wechsel der Nationalität identisch sei. Aehnlich ist es in dem nördlichen Theil des Königreichs Polen zugegangen, und daß der propagandistische Eifer der Popen nicht ganz resultatlos gewesen ist, geht aus den nach zehntausenden zählenden Conversionen hervor, welche während des abgelaufenen Jahres allein im Gouvernement Korono vorgenommen worden sind. Die klarer Sehenden unter den Häuptern der nationalen Russificationspartei erkannten indessen bald, daß mit diesen Scheinerfolgen im Grunde nichts gewonnen sei, daß der confessionelle Eifer der Propagandisten vielmehr dem polnischen Widerstande in die Hände arbeite und das Volk gegen die wesentlich politischen Absichten der Regierung mißtrauisch mache. Die Moskauer Zeitung war es, welche zuerst verkündete, eine Institution wie die katholische Kirche auszurotten, sei Rußland außer Stande. Die Herausgeber dieser Zeitung, die es auf nichts weniger als die allmähliche Assimilation auch der bäuerlichen Bevölkerung des Königreichs absahen, konnten sich der Einsicht nicht entziehen, daß man die polnischen Bauern allenfalls zu Russen, aber nimmermehr zu Rechtgläubigen machen könne und daß die russische Sache durch ihre Unduldsamkeit gegen den Katholicismus in den Augen der katholischen Slavenstämme zum entschiedenen Schaden der panslavistischen Sache compromittirt werde. Den bestehenden Gesetzen gemäß ist es streng verboten, den katholischen oder irgend einen andern „fremdgläubigen“ Gottesdienste in russischer Sprache zu celebriren; die Furcht vor einer katholischen Propaganda, welche mindestens so alt ist wie die gegenwärtig herrschende Dynastie, hat dieses Verbot schon vor Jahrhunderten erlassen und unerbittlich aufrecht erhalten. Selbst in den Provinzen, in denen der Gebrauch der polnischen Sprache bei Strafe untersagt ist, werden alle katholische Amtshandlungen und Liturgien polnisch oder lateinisch celebrirt. Gegen dieses Gesetz hat die Moskauer Zeitung neuerdings eine lebhafte Polemik begonnen: mit vielem Scharfsinn wird entwickelt, wie widersinnig es sei, die katholische Kirche, die man einmal nicht ausrotten könne, zum Instrument der Polonisirung, gewissermaßen zur polnischen Staatskirche zu machen und dabei die polnische Staatsidee auf Tod und Leben zu bekämpfen — ein und dieselbe Sprache für kirchliche Handlungen obligatorisch zu machen und im profanen Leben zu verfolgen. Gelingt es der Moskauer Zeitung, die Zulassung der rus-

sischen Sprache für den katholischen Gottesdienst durchzusetzen, so würde dadurch in der That ein neuer Abschnitt in der Geschichte nicht nur der polnisch-russischen Frage, sondern zugleich des russischen Staatslebens inaugurirt. Wird es in Zukunft möglich, ein rechter Russe und doch kein „Rechtgläubiger" zu sein, so muß die Stellung der griechisch-orthodoxen Kirche in Rußland binnen Jahr und Tag eine andere, der Begriff des Staatskirchenthums wenn nicht aufgelöst, so doch wesentlich alterirt sein. Gerade aus diesem Grunde stößt die neue Doctrin der Beherrscherin unserer öffentlichen Meinung allenthalben auf den lebhaftesten Widerspruch. Nicht nur die Geistlichkeit und die Mehrzahl der Beamten, welche als Genossen der kirchlichen Propaganda glänzende Geschäfte gemacht haben, auch ein großer Theil der unabhängigen Politiker will von dieser Meinung nichts wissen, zumal die Partei der Slavophilen, der russischen Romantiker, die an den „byzantinischen Grundlagen" der russischen Cultur festhält und von keinem Verzicht auf die künftige Weltherrschaft, zu welcher sie die orientalische Kirche berufen glaubt, etwas wissen will. Schon vor Jahren verkündeten die Repräsentanten dieser Richtung in einem an die Serben gerichteten Sendschreiben, die Begriffe Slave und griechisch-orthodoxen Christ seien gleichbedeutend und ein Andersgläubiger dürfe aus diesem Grunde in einem wahrhaft slavischen Staat niemals Vollbürger werden.

Die Sache ist für die Zukunft Rußlands von größter Bedeutung, denn sie wird zugleich für die Zukunft des Protestantismus, den man der Ostseeprovinzen wegen mit Deutschthum zu identificiren gewohnt ist, endlich für die seit lange in Aussicht genommene Emancipation der Juden, welche gleichfalls von den Slavophilen bekämpft wird, maßgebend. Der Ausgang entzieht sich aller Wahrscheinlichkeitsberechnung, zumal der erste russische Geistliche, der Metropolit Philaret von Moskau, der einen großen Einfluß auf die Entschließungen des Kaisers übte, vor einigen Wochen verstorben und zur Zeit noch nicht ersetzt ist. Unter allen Umständen wird es einen harten Kampf gegen die nationale Intoleranz und eine uralte Tradition kosten, wenn die Moskauische Zeitung Siegerin bleiben soll. Neuerdings hat die hier erscheinende Monatschrift „Westnik" in derselben Angelegenheit das Wort ergriffen und die Vorschläge der Mosk. Zeitung zur Begründung einer russischen katholischen Kirche mit einer Reihe politischer und dogmatisch-theologischer Gründe unterstützt, die entgegengesetzte Ansicht wird hauptsächlich durch Jurry Samario, eines der einflußreichsten Glieder des weiland polnischen Organisationscomités, verfochten. Der Verlauf dieser Debatte wird von der czechischen und kroatischen Presse mit dem gleichen Eifer verfolgt, wie von der gesammten russischen Gesellschaft; ihre Entscheidung wird eine neue wichtige Epoche in der Geschichte der panslavistischen Idee bezeichnen und ihr gegenwärtiges Stadium legt bereits von dem praktischen Ernst Zeugniß ab, mit

welchem der Gedanke an eine Vereinigung aller slavischen Stämme seit dem Sommer v. J. betrieben wird. Der Gedanke, Rußland gleichzeitig als slavisch-orthodoxe und als katholische Großmacht ins Treffen zu führen, hat auch für die orientalische Frage eine Bedeutung; nicht der letzte Grund, aus welchem unsere Nationalpartei für die Beseitigung der weltlichen Macht des Papstthums thätig ist, ist die Rücksicht auf die veränderte Stellung, in welche der Katholicismus durch den Verlust der Souveränetät seines Oberhauptes gerathen würde. Sinkt der Papst zu einem östreichischen oder französischen Primas herab, so kann es Rußland nicht mehr schwer werden, eine selbständige russisch-katholische Kirche zu begründen und durch diese auf die katholischen Unterthanen Oestreichs und der Pforte, soweit dieselben Slaven sind, zu wirken.

Kein Theil des türkischen Reichs, selbst Candia nicht, hat die Aufmerksamkeit unserer Patrioten neuerdings so lebhaft beschäftigt, wie das Fürstenthum Serbien, das gegenwärtig den Heerd für slavische Umtriebe gegen die Pforte bildet. Daß Serbien seit Monaten eifrig rüstet, seine Armee vervollständigt und Waffen aufkauft, wo es derselben habhaft werden kann, weiß man bei Ihnen natürlich ebenso gut wie hier. Minder bekannt dürfte es sein, daß die russische Presse bereits ein feststehendes Programm für die Politik entworfen hat, welche dieser kleine Staat verfolgen soll, um an die Spitze aller Unzufriedenen an der unteren Donau und auf der Balkanhalbinsel zu treten. Ein Herr Pissarewski hat dieses Programm in einem Artikel, den ein weit verbreiteter petersburger Kalender veröffentlichte, ausführlich auseinander gesetzt. Serbien — so heißt es a. a. O. — ist von der Vorsehung dazu bestimmt, das türkische Piemont zu werden; will es seine Aufgabe würdig lösen, so müssen seine Staatsmänner aufhören, nach Rumänien hinüberzuschielen, und sich aufrichtig Rußland anschließen. Rußland würde die Erweiterung dieses jungen Staats ungleich aufrichtiger und selbstloser unterstützen, als Frankreich die Sache Sardiniens unterstützt hat; seine Grenzen braucht der nordische Großstaat nicht zu erweitern, seine Aufgabe beschränkt sich darauf, die Unabhängigkeit und Wohlfahrt aller Glaubens und Stammesgenossen zu unterstützen und an diesen aufrichtige und mächtige Bundesgenossen zu gewinnen. Serbien muß zunächst darauf ausgehen, seine alten und natürlichen Grenzen wieder zu gewinnen und zu diesem Zweck die altserbischen Länder und Bosnien annectiren, ein Beginnen, bei welchem es auf den Schutz Rußlands rechnen kann. Ist das geschehen und auf diese Weise die Grundlage zu einer südslavischen Vormacht gelegt, so kann es die Fahne der Freiheit entfalten und siegreich an den Bosporus tragen; an den Sympathien der übrigen Slaven der Türkei wird es ihm ebenso wenig fehlen, wie an der russischen Unterstützung, nur — an einem Cavour!

Die Vermuthung, daß diese Doctrin mehr wie der gelegentliche Einfall

eines müßigen Journalisten ist, wird wesentlich dadurch unterstützt, daß die in Rede stehende Abhandlung einem Staatsmanne gewidmet ist, der vor nunmehr 25 Jahren in der Geschichte Serbiens eine wichtige Rolle gespielt hat, jenem Baron Wilhelm Lieven, der als Flügeladjutant und außerordentlicher Gesandte des Kaisers Nikolaus die nach der Vertreibung des Fürsten Michael Obrenowitsch von der Pforte bestätigte Wahl Alexanders, (des Sohnes des serbischen Nationalhelden Kara Georg) rückgängig machte und im Mai 1843 denselben Prinzen Alexander noch einmal wählen ließ, um aller Welt zu beweisen, daß nicht der Sultan, sondern der Kaiser von Rußland der wahre Oberherr Serbiens sei. — Wünsche für die serbische Unabhängigkeit und für das möglichst beschleunigte Wachsthum des Fürstenthums sind von unserer Presse vor wie nach dem Erscheinen dieses Artikels so häufig und so unverblümt verlautbart worden, daß ein Zusammenhang zwischen diesem und der gesammten in der russischen Journalistik getriebenen Agitation ebenso zweifellos erscheint, wie das Hinüberspielen russischer Einflüsse nach Galizien. Schon im Herbst ist vom Invaliden, der Mosk. Zeitung, der Moskwa u. s. w. direct darauf hingewiesen worden, die Hauptrücksicht, welche alle Handlungen unserer Diplomatie leiten müsse, sei die Wirkung auf die außerrussischen Stammesgenossen, denn die Bundesgenossenschaft und moralische Unterstützung dieser sei wichtiger, als jede Allianz mit Preußen, Frankreich oder irgend einem andern Staat des westlichen Europa. Hauptsächlich den zur Zeit des Congresses angeknüpften Verbindungen ist es zu danken, daß man über die Vorgänge an der Donau bei uns besser unterrichtet ist, als irgendwo im übrigen Europa, Wien und Constantinopel nicht ausgenommen. Man hat gelernt, das Wesentliche von dem Unwesentlichen zu unterscheiden, die Aufmerksamkeit der Nation auf die richtigen Punkte zu lenken und der an und für sich nebulosen panslavistischen Idee unter vorläufigem Verzicht auf weiter abzielende Pläne wahrhaft praktische, für die politischen Bedürfnisse der nächsten Zukunft verwendbare Seiten abzugewinnen.

Ob und in wie weit die Regierung sich mit kriegerischen oder feindlichen Eroberungsplänen für das Frühjahr 1868 trägt, darüber werden Sie nach Kenntnißnahme dieser meiner Beobachtungen freilich ebenso im Dunkeln bleiben, wie vorher. Sie theilen damit nur das Geschick der Mehrzahl unserer autochthonen Politiker. So wenig es aber gleichgiltig sein kann, welches die Gedanken und Pläne der französischen Zeitungsschreiber und Zeitungsleser während der letzten Monate gewesen sind, so berechtigt erscheint es, aus den Meinungen und Wünschen, welche von mehr wie einer Seite her unter dem russischen Publikum verbreitet worden sind, auf die Gedanken derer zu schließen, welche dieselben in Cours gesetzt haben. Die Beschäftigung mit der orientalischen Frage ist freilich schon im Jahre 1866 eine außer-

ordentlich lebhafte gewesen; es ist genau 12 Monate her, daß an allen Ecken und Enden des Reichs für die Candioten gesammelt wurde und daß die kaiserliche Familie zur Verwunderung der gesammten Diplomatie auf dem Ballfest erschien, welches ein petersburger Candiotencomité im großen Theater veranstaltete. Nichtsdestoweniger ist das Frühjahr friedlich verlaufen und warten die Kämpfer von Canea noch heute vergeblich auf die Truppen, welche der weiße Zaar von Moskau über das Meer senden soll. Immerhin ist es der Beachtung werth, daß die Theilnahme des russischen Volks für die griechischen Glaubensbrüder in demselben Maße genährt worden ist, in welchem die diplomatische Action der Großmächte zu Gunsten derselben abgenommen hat und daß eine so tumultuarische Vereinigung wie der Slavencongreß schließlich doch dazu geführt hat, die Gedanken unserer panslavistischen Schwärmer zu ernüchtern und auf praktische Ziele hinzurichten, die den von der Regierung verfolgten mindestens ziemlich nahe stehen.

Literatur.

Briefe von Friedrich von Gentz an Pilat. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands im 19. Jahrh. Herausgegeben von Dr. Mendelssohn-Bartholdy, Professor zu Heidelberg. 2 Bände. Leipzig bei F. C. W. Vogel 1868. —

Bekanntlich bildeten die Bruchstücke der Gentzischen Briefe an Pilat den bei weitem wichtigsten und interessantesten Theil der in dem jüngst erschienenen Werk „Aus dem Nachlasse Friedrichs von Gentz" zum erstenmale veröffentlichten Papiere. Dem Herausgeber des Nachlasses standen nur wenige der an Pilat gerichteten Briefe und diese in nur verstümmelter Form zu Gebote; aber schon dies Wenige enthält soviel des Bedeutenden, daß man der vom Prof. Mendelssohn angekündigten Herausgabe der sämmtlichen Briefe mit Spannung entgegensehen mußte. In zwei Bänden liegt gegenwärtig die ganze Sammlung, mehr als 800 Briefe enthaltend, vor und die gehegten Erwartungen sind in der That nicht getäuscht worden. Soviel auch, namentlich in den letzten Jahren, über den berühmten Staatsmann veröffentlicht worden, wir gewinnen durch diese Briefe zum erstenmal einen Einblick in seine Thätigkeit, in die politische Wirksamkeit, welche Gentz so lange Jahre hindurch in der wiener Staatskanzlei geübt hat. Pilat war damals der Redacteur des halbofficiellen Journals des Fürsten Metternich, des östreichischen Beobachters, und Gentz amtlich mit der obersten Ueberwachung und Leitung dieses Blattes betraut. So brachte es schon das amtliche Verhältniß, in dem Gentz zu Pilat stand, mit sich, daß er mit diesem alle wichtigen Zeitereignisse besprach, ihm die Farben angab, mit welchen sie in dem Regierungsorgan dargestellt werden sollten u. s. w. Noch höheres Interesse, als durch diese geschäftliche Beziehung, erhalten die Briefe durch die persönliche Freundschaft, welche Gentz mit Pilat verband. Gentz betrach-

tete ihn als seinen Schüler und scheint ihm mit fast väterlicher Zuneigung zugethan gewesen zu sein. Da er der treuen Anhänglichkeit, mit der Pilat diese liebevolle Gesinnung erwiderte, gewiß war, so scheute er sich nicht, alles, was ihn irgendwie berührte, Freud und Leid, Hoffnungen und Sorgen diesem anzuvertrauen. Ihm gegenüber macht er aus seinen innersten Ueberzeugungen, seinen Neigungen, seinen Schwächen kein Hehl. Umgang und Briefwechsel mit Pilat verschafften seinem tiefen Bedürfniß nach Mittheilung die nöthige Befriedigung, dem Freunde schüttet er unter dem Siegel der Verschwiegenheit sein Herz aus. —

Die Briefe reichen vom Jahre 1811 bis zu dem Todesjahr von Gentz, dem Jahre 1832. Jede Veranlassung, welche Gentz von Wien entfernte, gibt Gelegenheit zu einer lebhaften Correspondenz. Wir begleiten Gentz im Jahre 1811, wo er den Geschäften indessen noch ferner stand, auf den ungarischen Landtag nach Preßburg, im Jahre 1813 nach Prag, wo er den ganzen Verkehr des im Hauptquartier weilenden Fürsten Metternich mit Wien vermittelt; wir sehen ihn dann 1815 in Paris an den wichtigsten Verhandlungen theilnehmen und mit den ersten Staatsmännern Europas verkehren. In den Jahren 1816 und 1817 besucht Gentz das Bad Gastein und während er sich dort, soviel ihm überhaupt möglich war, der Beschäftigung mit Politik entschlägt, sucht er Erquickung und neue Freuden in der großartigen Alpennatur. In ausführlichen Schilderungen, die durch classischen Stil und Frische der Darstellung zu Musterstücken deutscher Prosa werden, sucht er dem Freunde ein Bild von den Genüssen, die er mit ganzer Seele in sich aufnimmt, zu geben.

Als Geschichtsquelle ersten Ranges aber müssen seine Mittheilungen von dem Congresse von Aachen (1818), den Carlsbader Conferenzen (1819), den Congressen von Troppau (1820), Laibach (1822) und Verona (1822) angesehen werden. Leider war das Material, das über diese für ganz Europa wichtigen Zusammenkünfte veröffentlicht worden, bis heute ein sehr dürftiges. In der vorliegenden Sammlung werden uns die vertrauten Briefe des Mannes geboten, der nicht nur allen Sitzungen der Congresse als Protocollführer beigewohnt, sondern der auch wesentlich mitgewirkt, deren Resultate zu Stande zu bringen, die widerstrebenden Kräfte zu besiegen und den Ideen, die ihn und seinen Herrn und Meister Metternich beseelten, die Herrschaft zu erringen. Sein Talent, seine Kenntnisse, seine gesellschaftliche und diplomatische Gewandheit verschafften ihm den größten Einfluß. Aber so sehr auch seine Bedeutung als Staatsmann, seine Größe als Stilist, seine persönliche Liebenswürdigkeit anerkannt werden müssen und so sehr gerade die Briefe an Pilat von diesen Eigenschaften Zeugniß ablegen, es wird nach ihrer Veröffentlichung eine Verherrlichung Friedrichs von Gentz, wie sie noch in dem Werke „Aus dem Nachlasse Fr. von Gentz" versucht wurde, nicht mehr möglich sein. Die „Briefe" enthüllen uns klar und zweifellos die Bestrebungen und Ziele ihres Autors; sie zeigen, daß Gentz nicht nur, wie er es in dem bekannten Brief an Frau von Helwig darzustellen sucht, als Gegengewicht gegen die revolutionären Tendenzen seiner Zeit zu wirken bemüht war, sondern daß er Metternich und dessen Politik als ein reines, allerdings sehr geschicktes Werkzeug gedient hat. Wie er, der heftigste Gegner Napoleons, sich — unmittelbar nachdem er in die Dienste Metternichs getreten — dazu hergibt, als Vertheidiger der Verbindung Marien Luisens mit Napoleon aufzutreten

(Tagebücher S. 232 u. ff.), so erfüllt er nach 1815 mit dienstfertigem Eifer die ihm übertragne Aufgabe, jede freie Regung, jeden Fortschritt des öffentlichen Lebens zu verfolgen und zu hemmen. In der freien Presse sieht er die Hauptwurzel aller den Staat verzehrenden Uebel, ein scheußliches Gespenst (Bd. II. S. 147); bei den Jesuiten sucht er Hilfe (Bd. II. S. 183. Bd. I. S. 426); von ihnen verlangt er eine Totalreform des Unterrichtswesens (Bd. II. S. 40). Im Jahre 1823 nach der Unterdrückung der italienischen und spanischen Bewegungen, nach dem Siege, den die metternichische Politik in Deutschland errungen, hält er „die feindseligen Produkte der Presse für eines der größten, positiven Leiden, die einem Freunde der Ordnung zugefügt werden können. Ehemals, sagt Macbeth, wenn einer todt war, hatte man Ruhe vor ihm; jetzt aber steigen sie, mit gräßlichen Wunden bedeckt, aus ihren Gräbern und jagen uns von unsern Stühlen. So wirkt auf mich die ungestrafte Schriftstellerei der Faction." (Bd. II. S. 148). Die Angelegenheiten der Presse werden in einer großen Reihe von Briefen besprochen. In dem Beobachter wurde der literarische Kampf geführt gegen jedes freie Wort, das in Deutschland laut geworden. Das weimarer Oppositionsblatt (dessen Unterdrückung 1820 als ein großer Sieg gemeldet wird Bd. I. S. 457), die Neckarzeitung, die bremer Zeitung u. s. w., waren die Feinde, gegen deren „Bestialität" Gentz nicht stark genug zu Felde ziehen konnte. Nächst den Zeitungen gibt es nichts, was ihm so verhaßt ist wie die Universitäten. Die Stellen über Preßfreiheit und Universitäten in der berüchtigten Denunciantenschrift von Stourza (Ueber den jetzigen Zustand Deutschlands 1819) erhalten sein größtes Lob; in dem Verfasser sieht er einen jungen Mann, „in dem viel Gutes und selbst Großes steckt." (Bd. I. S. 374). Die Gegend Heidelbergs wird ihm durch den Anblick der Studenten verleidet, die „Gott wie den Menschen ein gerechter Greuel, mit Büchern unter dem Arme die falsche Weisheit ihrer ruchlosen Professoren einholen gehen", durch 400 oder 500 solcher Studenten könnte einem freilich das Paradies verleidet werden." (Bd. I. S. 379). In den Jahren 1818 und 1819 ist er völlig überzeugt: „daß unter allen Uebeln, die heute Deutschland verheeren, selbst die Licenz der Presse nicht ausgenommen, der Burschenunfug das größte, dringendste und drohendste ist." Nach der Ermordung Kotzebues ist ihm jede Annäherung eines Studenten „äußerst unheimlich"; naht ihm irgend einer derselben, so sieht er sofort alle Sands von Norddeutschland vor seinem Gemüthe stehen und findet er es höchst bedenklich, „die Höllenbrut frei und besonders zu Fuß die östreichischen Lande durchstreifen zu lassen". (Bd. I, S. 420.)

Der Gegensatz, in dem er sich mit seiner ganzen Anschauungsweise England gegenüber befindet, ist Gentz wohl bewußt. Gegen die frevelhafte Richtung, welche nach und nach fast die ganze Nation genommen hat, möchte er auftreten, wenn es die politischen Verhältnisse erlaubten (1821). „Das böse Prinzip, welches die Reformation und nachher die Rebellion gegen Carl I. erzeugt, (wovon die Revolution von 1688 nur ein schwaches Nachspiel war) ist eigentlich in England nie wieder ausgestorben. Seit 1815 ist es mit verjüngten Kräften aufgestanden, und heute ist es einer der furchtbarsten Alliirten unserer Feinde geworden. Mich schreckt dieser Alliirte mehr als alle Revolutionen in Italien." (Bd. II, S. 47.)

Neben dem Kampfe gegen Freiheit und Fortschritt spielt in den Briefen der spätern Zeit, namentlich von 1824—1828, die orientalische Frage die Hauptrolle.

Die diplomatischen Verwicklungen, welche in Folge des griechischen Freiheitskriegs zwischen den Großmächten entstanden waren, nahmen Gentz um diese Zeit ganz besonders in Anspruch und es enthalten die „Briefe" darum viele interessante und lehrreiche Einzelheiten, welche manches neue Licht über jene verworrenen Verhandlungen verbreiten. — Die eigentliche Correspondenz schließt mit dem Jahre 1830; von dem Schlosse Metternichs, wo Gentz mit demselben die Sommermonate zubrachte, schreibt er an Pilat über die Julirevolution und über den Eindruck, den dieselbe in dem dortigen Kreise hervorgebracht. Hier tritt der bewundernswerthe Scharfblick, mit welchem Gentz die Folgen der bekannten Ordonnanzen vorhersagt, in das glänzendste Licht. Noch bevor er Nachrichten von dem Ausbruch der Julirevolution erhalten hat, ahnt er dieselbe. „Gut stehen die Sachen gewiß nicht; und, was ich gestern früh dem Fürsten vorgelesen hatte, geht, wie ich glaube, schon in Erfüllung. Es hätte ein Wunder geschehen müssen, wenn ein so unvorbereiteter, bis auf die elfte Stunde verschobener Schlag nicht auf die Hand, die ihn geführt, zurückprallen sollte. Mit solchen Waffen darf man nur spielen, wenn man seiner Kraft und seiner Mittel gewiß ist; Leute wie Polignac und Peyronnet, wenn sie sich in diese Regionen versteigen, gehen zu Grunde. Dies Schicksal erwartet sie, nach meiner Meinung, in kurzem; was aber der Monarchie bevorsteht, ist heute noch vor unsern Augen verborgen. Das Ausbleiben eines directen Couriers von Paris halte ich für ein sehr böses Omen. Freilich soll — zum größten Unglück — Apponyi das Projekt gehabt haben, gerade am 26. auf ein paar Tage zu seiner Frau nach Dieppe zu reisen: ist dies geschehen, so wird unsere Erwartung noch länger hingehalten. Ich fürchte aber weit mehr, daß der Courierlauf gehemmt sein möchte, und bin überhaupt voll banger Vorgefühle." — Der Jubel kurzsichtiger Freunde macht ihn nicht irre. Er schreibt an Pilat: „Ich erhielt heute Nachmittag Ihr Schreiben vom 1. — Wie war es möglich, mein lieber Pilat, daß Sie sich so blindlings der Freude über jene Begebenheit hingaben, deren Werth so unbedingt vom Ausgange abhing? Und wie konnten Sie, bei der Ihnen eigenen Kenntniß der Menschen und Dinge, auf die erste Nachricht von einer mehr als gewagten, verzweifelten, tollkühnen Maßregel — von Siegen träumen? Der Fürst kann mir bezeugen, daß ich mich diesmal nicht einen Augenblick geirrt, gleich nach der Lectüre des Moniteurs gesagt habe: Recht schön auf dem Papier, aber ohne Wunder nicht ausführbar. Diese Schritte lagen nicht blos, wie die Feinde sagen, hors de l'ordre légal; das wäre der geringste Tadel gewesen; sie lagen hors de la nature des hommes et des choses. Wenn man die gefährlichste und verruchteste Faction einmal zu einer wirklichen furchtbaren Macht anwachsen ließ, dann schneidet man ihr nicht mehr mit Zwirnsfäden den Hals ab. Wir erhielten diesen Abend eine Stafette aus Frankfurt, mit dem schrecklichen Journal de Francfort, welches Sie, zu gleicher Zeit mit diesem Briefe, wo nicht früher, auch wohl genossen haben werden. Daß alle directe Verbindung mit Paris gesperrt ist, hat keinen Zweifel mehr; und daß die Rebellion (um nicht zu sagen Revolution) in hellen Flammen steht, werden Sie nicht länger verkennen. Was mich einzig beruhigt, ist, daß der König in St. Cloud war; sonst gebe ich für sein Leben, wie für das seiner Minister, keinen Heller mehr. — Und Ihr unschuldiger Brief vom 1. August? — Mit wahrem Mitleid habe ich ihn gelesen. Sie kommen mir wie ein gutes Kind vor,

das den Brand seines Hauses, oder wenigstens des benachbarten, für ein Freudenfeuer ansieht. Lesen Sie doch nur die Artikel, die der Constitutionnel, der Courier, die Temps, der Globe, in den letzten 3 Tagen vor dem Coup d'état gaben und dann — lesen Sie mit Bedacht die Ordonnancen! Ist hier irgend ein Verhältniß zwischen den Kräften sichtbar? Wenn die sieben Minister lauter Chatham und Pitts wären, anstatt höchst mittelmäßige Menschen zu sein — so wie die Sachen einmal standen — mußten sie zu Grunde gehen." — Schon während seines pariser Aufenthalts von 1815 hatte Gentz in den Ultras der royalistischen Rechten die gefährlichsten Feinde der Ruhe Frankreichs gesehen, den Sturz des Ministeriums Talleyrand-Fouché mit prophetischer Voraussicht als Unglück für die Bourbonen bezeichnet: „Fouché hat seinen Abschied abermals gefordert und so gut als erhalten. Er wünscht eine Gesandtschaft an einem deutschen Hofe; man scheint Dresden zu meinen. Dies ist nur ein Vorspiel. Wenn ich mich nicht sehr irre, wird in wenig Tagen das ganze Ministerium (selbst Talleyrand nicht ausgenommen) gesprengt sein. Die Herzogin von Angoulême — Trojae et patriae communis Erynnis — scheint vollständig triumphirt zu haben, so vollständig wenigstens, als man über ein höchst schwaches Gemüth, wie das des Königs, triumphiren kann. Augenblicklich kann die Sache für uns Vortheil stiften; denn die Ultraroyalisten werden über die Friedensbedingungen geläufiger als irgend eine andere Partei sein. Aber welche Zukunft bereitet sich vor!" — „Heute hat das ganze Ministerium dem Könige seine Dimission übergeben; und er hat sie angenommen. Der Verlust von Louis ist unersetzlich. Talleyrand ist so schwach geworden, daß fast jeder, der nur keine bösen Absichten hat, ihn ersetzen kann. Man glaubt, der Duc de Richelieu wird sein Nachfolger werden. Welche grenzenlose Verwirrung aber aus dieser Revolution unter den jetzigen Umständen entspringen muß, das können Sie sich ungefähr denken. Die Artikel über Fouché im Courier und Messager du Jour sind von der gründlichsten Wahrheit. Mit Ausschluß der unseligen Partei, die heute mehr Verderben über Frankreich bringt, als die 800,000 Soldaten, die es auffressen, denken die vernünftigen Leute aller Classen so und nicht anders, von dem Abgange dieses Ministers. Der König ist sicher verloren, und in kurzem verloren, wenn er nicht seine ganze Familie exilirt." — „Ich schicke Ihnen eine Brochüre, die viel zum Sturz des Ministeriums beigetragen hat. Talleyrand und seine Freunde hielten sie für das Signal eines nahen Angriffs, dem sie durch ihre Resignation zuvorkommen wollten. Uebrigens drückt man sich immer noch uneigentlich aus, wenn man sagt, sie haben ihre Stellen niedergelegt. Sie thaten es nur halb; und der König kam ihnen auf halbem Wege entgegen. So war die Sache in einer Minute fertig. Jetzt weiß der König selbst nicht aus noch ein. Das Gesindel, welches ihn leitet, hat nicht einen einzigen Mann aufzuweisen, der nur werth wäre, eine Commisstelle zu bekleiden. Man fängt an zu glauben, Er werde die Duchesse d'Angoulême zum Premierminister ernennen." — An die der Zeit nach genau geordnete Sammlung der Briefe schließt sich eine große Zahl nicht näher datirter Billete aus den früheren und den beiden letzten Lebensjahren ihres Verfassers an.

Der Herausgeber hat durch eine große Fülle von Anmerkungen das Verständniß der Briefe wesentlich erleichtert, manche dunkle Bezüge aufgehellt und durch einzelne Anführungen aus dem ihm zu Gebote stehenden reichen, diplomatischen Material den Werth des Buches erhöht. λ.

Verantwortliche Redacteure: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

№ 3.

Ausgegeben am 17. Januar 1868.

Inhalt:

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

Höfische Kunst und Poesie unter Augustus.

Eine Kaiserstatue.

Im Frühjahr 1863 wurde in Rom neun Miglien vor der Porta del Popolo an einem Ort, der jetzt Porta Prima heißt, eine Marmorstatue des Augustus gefunden, welche den glänzendsten und nach allen Seiten lehrreichsten römischen Entdeckungen beizuzählen ist. Der Fundort ist bedeutsam und konnte große Erwartungen rege machen. Hier hatte Augustus Gemahlin Livia eine Villa erbaut, die Villa der Cäsaren genannt, von deren Pracht die Ueberreste wenigstens noch Andeutungen geben. Einst hatte ein Adler ihr eine weiße Henne, die einen Lorbeerzweig im Schnabel trug, unversehrt in den Schooß geworfen; auf die Weisung der Auguren wurde in jener Villa eine Hühnerzucht angelegt und der Zweig eingepflanzt. Beide gediehen vortrefflich, und mit dem Lorbeer schmückte Augustus sich bei seinen Triumphen. Seine Nachfolger ahmten sein Beispiel nach, jeder pflanzte den Triumphallorbeer bei der Villa ein, und so erwuchs dort ein stattliches Wäldchen. Am Ende der Regierung Neros, des letzten Juliers, starben die Hühner aus und die Lorbeerbäume verdorrten.

Eine Statue des Augustus an diesem Ort gefunden, läßt nichts Geringes erwarten, und das Kunstwerk, jetzt von Tenerani restaurirt, im Vatican aufgestellt, rechtfertigt diese Voraussetzung. Eine wunderbar gute Erhaltung trägt zu dem günstigsten Eindruck bei und erhöhet den Werth der Statue nicht wenig. Zwar wurde die Statue in Stücken gefunden, wobei sich ergab, daß sie bereits in alten Zeiten zerbrochen und restaurirt worden, auch der Kopf aufgesetzt gewesen war — was nichts seltenes ist —, allein es fehlten nur ganz unbedeutende kleine Stücke, selbst die Nase ist vollkommen erhalten. Die Bildsäule hatte in einer Nische gestanden, man sieht noch, daß sie am Rücken befestigt war, auch ist die hintere Seite nicht sorgfältig ausgeführt.

Augustus ist in der Blüthe des kräftigen Mannesalters als Imperator ruhig stehend aufgefaßt. Fest mit dem rechten Fuß auftretend steht er vor uns, die Rechte mit einem Gestus erhoben, welcher einer versammelten Menge Ruhe gebietet, die Linke hält ein Scepter. Der Kopf, ein wenig nach rechts gewandt, zeigt die schönen, ruhigen, kalten Züge, welche Niebuhr so un-

heimlich waren, daß er erklärte, in einem Zimmer mit einer Büste des Augustus nicht ruhig arbeiten zu können. Ueber der Tunica hat er einen mit getriebener Arbeit reich verzierten Harnisch angelegt, der Mantel ist von beiden Seiten her über den linken Arm geworfen, so daß er nur den mittleren Theil des Körpers bedeckt; die Füße sind unbeschuht, das Haupt entblößt. Zur Rechten steht neben ihm aufgerichtet ein Delphin, auf welchem ein Amor reitet, als Beiwerk nachlässiger behandelt. In der Statue selbst ist die Hand eines Meisters unverkennbar, der über alle Mittel der Technik sicher und mit Geschmack verfügte. Der Faltenwurf ist reich ohne Ueberladung und frei, der Panzer gibt mit einem raffinirten Realismus in allem Detail die feine ciselirte Arbeit wieder. Der Kopf ist ein charakteristisch lebendiges Portrait; die Haare sind einfach aber wirkungsvoll behandelt, die Knochen der Augenbrauen scharf markirt, die Augen selbst tiefliegend, die Pupille nicht allein mit dem Meißel, sondern auch durch Farbe hervorgehoben — Augustus hatte ein leuchtendes Auge und einen scharfen Blick, auf dessen Wirkung er sich etwas zu Gute that.

Was die Statue auf den ersten Blick merkwürdig macht, das ist die durchgängige Anwendung der allenthalben deutlich erhaltenen Farben. Dadurch wird sie ein besonders lehrreiches Beispiel der polychromen Sculptur und, wenn es auch, um die Thatsache zu constatiren, keiner Belege mehr bedarf, ein sehr willkommnes. Denn das einst giltige ästhetische Dogma, daß die wahre Sculptur, als die Kunst der reinen Form, die Anwendung der Farbe nicht zulasse, daß alle classische und ideale Plastik farblos sei, entbehrt wenigstens der geschichtlichen Begründung. Hat man der mittelalterlichen Sculptur gegenüber ihre Vielfarbigkeit zum Argument ihrer Barbarei gemacht, so muß jetzt als ausgemacht gelten, daß auch für die griechische Kunst die Polychromie zu allen Zeiten die Regel gewesen ist. Die Einwirkungen der Luft und noch mehr der Erde auf die Oberfläche des Marmors zeigen sich besonders der Farbe verderblich, sodaß diese meistens ganz oder bis auf vereinzelte Spuren verschwunden sind. Und selbst wenn dergleichen beim Ausgraben noch deutlich erkennbar sind, so verlieren sie sich gewöhnlich bald an der frischen Luft. Wer in eine neu geöffnete etruskische Grabkammer eintritt, wird überrascht durch den bunten Farbenschmuck, in welchem die Reliefs der Sarkophage prangen; nach einigen Jahren sind in den Museen meist nur noch vereinzelte Spuren desselben wahrzunehmen. Die Farben der Sculpturen vom Maussolleion, welche bei der Ausgrabung klar zu sehen waren, sind jetzt undeutlich und zweifelhaft geworden. Wer sieht denn heute, daß die mediceische Venus einst goldene Haare hatte und die Pallas von Velletri bemalt war? Hier, wie bei einigen anderen Sculpturen, wurde diese Erscheinung schon in früherer Zeit als eine seltsame Curiosität angemerkt; in

den meisten Fällen blieb sie unbeachtet, oder ward doch nicht überliefert, auch wurden wohl die Farbenspuren als eine unwillkommene Geschmacklosigkeit getilgt. So war es möglich, daß man auch die zahlreichen Stellen der alten Schriftsteller aus den verschiedensten Zeiten, welche bald von der Farbenwirkung der Sculptur als etwas sich von selbst verstehendem im Vorbeigehen reden, bald dieselbe als ein eigenthümliches und bedeutendes Moment hervorheben, theils unbeachtet ließ, theils, weil die richtige Anschauung fehlte, verkehrt deutete. Erst neuerdings hat sorgfältige, mit lebendigem Interesse für diese Erscheinung vorgenommene Untersuchung an den Monumenten die Farben, oder die deutlichen Spuren der Farben nachgewiesen. Denn sehr häufig hinterläßt die auf den Stein aufgetragene Farbe, auch nachdem sie verschwunden ist, eine eigenthümlich veränderte Oberfläche, welche für Ansicht und Gefühl den unzweifelhaften Beweis ehemaliger Färbung herstellt. So ist nach und nach eine zusammenhängende Reihe von Thatsachen gewonnen, welche die Anwendung der polychromen Sculptur Schritt für Schritt gegen die ihr das Terrain streitig machende Tradition in immer größerer Ausdehnung nachwiesen. Daß die Sculptur, soweit sie mit der Architektur in organischem Zusammenhang stand, Friese, Metopen, Giebelfelder schmückte, sich dem dort durchgebildeten System der Farbengebung nicht entziehen konnte, ist nicht allein ein Postulat der künstlerischen Consequenz, sondern durch eine reiche Induction der Tempelsculpturen von Selinunt, Aegina, Olympia, Athen, Halikarnaß — um nur die Spitzen zu streifen — gerade für die echt griechische Kunst vollständig erwiesen. Damit ist aber für die eigentlichen Tempelbilder die gleiche Forderung unabweisbar geworden. Darf man schon von vornherein erwarten, daß ein künstlerisch empfindendes Volk, welches den Tempel der im Bilde vertretenen Gottheit zur Wohnung gab, dieses Götterbild auch als einen wesentlichen Theil des durch die Kunst geschmückten Raumes ansehen und mit dem Charakter dieses Schmucks in Einklang setzen werde, so fehlt es auch hier nicht an deutlich redenden Thatsachen. Die alte, aber noch bis in späte Zeiten festgehaltene Sitte, das Cultusbild namentlich an den Festtagen mit wirklichen Gewändern zu bekleiden und mit mancherlei Schmuckgegenständen zu putzen, ließ dasselbe auch in bunten Farben erscheinen und führte von selbst die Aufgabe für die Sculptur mit sich, bei der genauen Nachbildung so bekleideter Idole auch die Farben wiederzugeben. Dazu kam, daß die Stoffe, deren sich die älteste Kunst bediente, Holz und Thon, einen Ueberzug von Farbe nothwendig machten, der nun auch auf die Sculptur in Stein ganz naturgemäß überging. Frühzeitig wandte man verschiedenartige Stoffe zusammen an, indem gewisse Theile aus Stein oder Metall, andere aus Holz gebildet wurden; schon diese Zusammensetzung beruhte auf einem System der Polychromie, sie machte, um Ein-

heit zu verleihen, eine weitere Anwendung von Farben unvermeidlich. Die Gattung dieser componirten Sculptur, welche als die edelste galt und in der Zeit der höchsten Kunstblüte durch Künstler wie Phidias und Polyklet mit Vorliebe für Götterbilder angewendet wurde, die Plastik in Elfenbein und Gold, hatte in einer, zwar in den Mitteln beschränkten, aber entschiedenen Farbenwirkung wesentlich ihre eigenthümliche Bedeutung. Diesen Erscheinungen gegenüber hat man denn auch für Cultusbilder und deren Nachahmungen, überhaupt für die älteste Sculptur und deren Reproduction, die Polychromie zugestanden. Um so eifriger suchte man der selbständig gewordenen Sculptur, welche ohne Rücksicht auf den Cultus und dessen Traditionen, ganz losgelöst von der Architectur sich ihre Aufgaben stellte, zur Ausführung das schöne Material des Marmors wählte und die technische Bearbeitung desselben zur höchsten Meisterschaft entwickelte, die farblose Reinheit des Steins zu vindiciren. Allein gerade von Meistern, welche als die edelsten Repräsentanten dieser Marmorsculptur gelten müssen, von Skopas und Praxiteles, sind Nachrichten erhalten, welche beweisen, daß auch sie die Farbe nicht verschmäheten. An einem der gepriesensten Werke des Skopas, der in enthusiastischer Aufregung mit flatterndem Haar dahin stürmenden Bacchantin, welche ein in der Raserei zerrissenes Böcklein in den Händen trug, wird ausdrücklich hervorgehoben, wie die Wirkung durch die Farbe erhöht werde. Bedeutsamer noch ist eine Aeußerung des Praxiteles. Auf die Frage, welchem seiner Werke er den Vorzug gebe, erwiderte er, demjenigen, an welchem Nikias die Malerei ausgeführt habe. Wenn ein Bildhauer wie Praxiteles solches Gewicht auf die Mitwirkung des Malers legte, mußte ihm die Farbenwirkung als ein wesentliches, von ihm bestimmt berechnetes Moment der Totalwirkung erscheinen; wenn ein namhafter Maler wie Nikias es nicht verschmähte, Hand an die Bemalung von Statuen zu legen, so mußte dies eine Aufgabe sein, bei welcher ein Künstler seinen Geschmack und gebildeten Sinn für Harmonie der Farbe und ihr Zusammenstimmen mit der Sculptur bewähren konnte. Auch in der spätern Zeit fehlt es nicht an Thatsachen und Beweisen, welche dem ästhetischen Grundsatz von der farblosen Sculptur das historische Fundament entziehen, womit freilich noch nicht die Unrichtigkeit desselben erwiesen ist — denken ließe es sich ja, daß die moderne Aesthetik das Rechte getroffen und die griechische Plastik geirrt hätte. Die Statue des Augustus nun behält für diese Frage große Wichtigkeit, weil sie, das Werk eines bedeutenden Künstlers, ein Bild des Kaisers, mit Meisterschaft zum Schmuck einer kaiserlichen Villa ausgeführt, und als einer bestimmten Zeit angehörig mit Sicherheit nachweisbar ist. Die Kunst zur Zeit des Augustus war weder in einer einseitigen Vorliebe für das Alterthümliche befangen, noch zu auffallenden und ungewöhnlichen Experimenten auf-

gelegt. Im Gefühl, daß ihr die Schöpferkraft fehlte, stellte sie sich keine neuen und großen Aufgaben, verzichtete auf Originalität der Auffassung und strebte vor allem nach Correctheit der Formgebung, Eleganz der Darstellung und Meisterschaft der Technik. Mit Bewußtsein wandte sie sich nach der vollendeten Kunst früherer Zeiten zurück, und, wiewohl sie mit dem Eclecticismus einer verfeinerten Bildung verschiedenen Richtungen nachzugehen nicht verschmähte, so entnahm sie doch mit Vorliebe der attischen Kunst die Vorbilder, welche man theils mit mehr oder weniger Freiheit und Geist nachbildete, theils zum Gegenstand des Studiums für Formgebung und Technik machte. Wenn in dieser Zeit des correcten Atticismus uns ein bedeutendes Werk der Sculptur in vollem Farbenschmuck entgegentritt, so dürfen wir mit Sicherheit annehmen, daß wir es nicht mit einer vereinzelten Curiosität, nicht mit einer Neuerung zu thun haben, sondern daß wir darin die Tradition der früheren, namentlich auch der attischen Kunst erkennen müssen.

Besonders sind aber auch die reichlich und deutlich erhaltenen Farbenspuren dieser Statuen von großer Wichtigkeit. Denn so sicher auch das Factum der polychromen Sculptur im Allgemeinen erwiesen ist, so wenig sind wir über das System derselben, sowohl was die Ausdehnung als die Art und Weise der Färbung anlangt, näher unterrichtet.

Die Tunica des Augustus ist carmoisinroth, der Mantel purpurroth, die Franzen des Harnisches gelb; an den nackten Körpertheilen sind keine Farbenspuren bemerkbar, mit Ausnahme der schon angeführten Bezeichnung der Pupille durch gelbliche Farbe; auch das Haar läßt keine Farbe erkennen. Mit besonderer Sorgfalt sind aber die Reliefverzierungen des Harnisches, dessen Grundfläche farblos geblieben ist, colorirt. Die Schulterblätter sind jedes mit einer Sphinx verziert, unter welcher an einer Rosette ein Ring befestigt ist. Die Vorstellung auf dem Brustharnisch, eine mit übersichtlicher Symmetrie gefällig angeordnete Composition, sondert sich in drei Reihen. Zu oberst ragt aus blauen Wellen oder Wolken mit nacktem Oberleib die bärtige Gestalt des Himmelsgottes hervor, der mit beiden ausgestreckten Händen ein purpurfarbiges Gewand, das sich im Bogen über seinem Haupte wölbt, gefaßt hält. Darunter lenkt der Sonnengott im langen Gewande der griechischen Wagenlenker auf carmoisinrothem Wagen ein muthiges Viergespann; vor ihm schwebt eine Frau mit ausgebreiteten blauen Flügeln, ein Gießgefäß in der Linken; sie trägt auf ihrem Rücken eine Frau mit bogenförmig wallendem Schleier und einer großen Fackel in der Linken — die Göttinnen des Morgenthaus und der Morgenröthe. Entsprechend diesen Luftgottheiten ist ganz unten die Erdgöttin gelagert, einen Aehrenkranz im blonden Haar; neben ihr sproßt Getreide und Mohn auf; mit der Rechten stützt sie ein gefülltes Fruchthorn auf, links ihr zur Seite sitzen, an

ihren Busen geschmiegt, zwei kleine Kinder. Etwas oberhalb werden zu beiden Seiten Apollo und Diana sichtbar: Apollo im carmoisinrothen Mantel, die Leier in der Linken, reitend auf einem Greifen mit blauen Flügeln; die blondgelockte Diana im carmoisinfarbigen Gewand, mit Köcher und Fackel, wird von einem braunrothen Hirsch getragen. In der Mitte steht ein römischer Feldherr im blau und roth gefärbten Harnisch, carmoisinrother Tunica und purpurnem Mantel, mit blauem Helm, neben sich einen Wolf. In der Linken hält er das Schwert, die Rechte streckt er gegen einen bärtigen Krieger aus, mit Bogen und Köcher an der Seite, in carmoisinrother Tunica und blauen Hosen, der mit beiden Händen ein römisches Feldzeichen mit blau gemalten Insignien in die Höhe hält. Auf jeder Seite sitzt eine Gestalt mit dem deutlich ausgesprochenen Ausdruck der Niedergeschlagenheit und Trauer. Der Barbar rechts mit langen rothblonden Locken im purpurnen Mantel hält in der Rechten eine große Kriegstrompete, welche in einen Drachenkopf ausgeht, in der Linken eine leere Schwertscheide, neben ihm liegt der Obertheil eines Feldzeichens mit einem Eber. Die Figur links ist ebenfalls blond gelockt; sie ist mit einem blauen Mantel, mit einer Aermeltunica, enganschließenden Hosen und Stiefeln bekleidet und hält in der Rechten das abgenommene Schwert. Dahinter ist in dem Seitenstück des Harnisches ein Tropäum angebracht, an welchem außer Helm, Harnisch und Beinschienen eine Trompete mit Drachenkopf aufgehängt ist.

Sind nun auch an unserer Statue die Farben keineswegs vollständig, oder auch nur allenthalben sichere Spuren derselben erhalten, sodaß auch sie noch nicht die vollständige Anschauung einer antiken polychromen Sculptur gewährt, so bietet sie doch manchen Aufschluß. Vor allem bestätigt sie, was sich aus übereinstimmenden Ueberlieferungen auch sonst entnehmen ließ, daß es bei der Anwendung der Farbe keineswegs darauf abgesehen war, durch eine durchgeführte Nachahmung der wirklichen Farben der Gegenstände die Illusion zu erhöhen, die eigenthümlichen Effecte der eigentlichen Malerei mit denen der Sculptur in Concurrenz zu setzen, sondern durch die Farbe die charakteristischen Wirkungen der Plastik zu erhöhen. Die Malerei ist daher nicht schattirt, da die Sculptur durch ihre Formen diese Wirkung hervorbringt; reine Farben in beschränkter Auswahl — hier ist roth in verschiedenen Nuancen, blau und gelb angewandt — sind nebeneinander gesetzt, und offenbar war eine dem Auge wohlthuende, harmonische Wirkung solcher mit einer gewissen symmetrischen Abwechslung vertheilten Farben ein Hauptaugenmerk dieser Technik. Außerdem sollte aber der Reiz, welchen die durch Farbe ausgezeichneten Theile übten, auch zu einer leichteren und präciseren Auffassung führen; bedeutende Einzelnheiten wurden kräftig hervorgehoben Merkmale der künstlerischen Anordnung bezeichnet, das Auge gewisser-

maßen zur Gliederung und Uebersicht geleitet. Beide Aufgaben, den harmonischen Eindruck des Ganzen und die scharfe Bezeichnung des Einzelnen zugleich zu lösen, verlangte allerdings einen gebildeten Künstler. Wie weit die Grenzen für die Anwendung der Farbe in diesem Sinne gesteckt waren, welche Normen dabei im einzelnen befolgt worden, hat noch nicht festgestellt werden können. Man sieht wohl, daß das besonders mit Farbe bedacht worden ist, was als mehr äußerliches Beiwerk gilt; Gewänder und Beschuhung, an den Kleidern wieder Einfassungen und Säume, Waffen und Stäbe, Kränze und Binden, Schmuck und Geschmeide werden bemalt. Auch am menschlichen Körper sind es gewisse Theile, Haupt- und Barthaar, Augen und Lippen, die regelmäßig durch Farbe hervorgehoben werden. Bei dieser Behandlungsweise mag wohl die altüberkommene Tradition mit eingewirkt haben, die nach der Weise griechischer Kunstentwicklung nicht beseitigt, sondern umgebildet und verfeinert wurde; daß sie durchgreifend war, geht aus verwandten zusammenstimmenden Erscheinungen hervor. Auch in der Plastik im Metall tritt die Polychromie hervor. Schon in den Beschreibungen, welche das homerische und hesiodische Epos von künstlichen Metallarbeiten macht, wird die Zusammensetzung aus verschiedenen Metallen in einer Weise hervorgehoben, daß der Reiz der Farben als ein wesentlicher erscheint. Auch die vollendete Kunst wendet neben der Bronze Gold, Silber, rothes Kupfer zur Verzierung an, und zwar sind es dieselben Theile, welche dadurch hervorgehoben werden, Säume der Gewänder, Binden, Kränze, Schmuck u. s. w., und am menschlichen Körper Haare, Augen, Lippen, Nägel und Brustwarzen. Ja dasselbe System läßt sich noch in der Art, wie auf den bemalten Thongefäßen bunte Farben zur Ausschmückung verwandt sind, nachweisen. Dieselben Accessorien, dieselben Theile des Körpers bis auf die Brustwarzen werden auch hier durch besondere Farbe ausgezeichnet.

Nicht allein durch die Farben ist die Augustusstatue für unsere Kenntnisse der antiken Technik wichtig. Der mit Reliefs geschmückte Harnisch gibt einen interessanten Beleg für die Kunst in getriebener Metallarbeit (Cälatur), und das Raffinement in der realistischen Wiedergabe des geringsten Details leistet Bürgschaft dafür, daß wir hier die richtige Vorstellung wirklicher Harnische gewinnen. Sieht man auch ab von den phantastischen Beschreibungen kunstreich geschmückter Waffen bei Dichtern, so fehlt es keineswegs an Material, um uns von dem Reichthum und Geschmack kunstvoll gearbeiteter Waffen eine hohe Vorstellung zu machen. In Pompeji sind Waffen zum Vorschein gekommen, wie es scheint, nicht zum wirklichen Gebrauch, sondern zur Schaustellung bestimmt, reich mit getriebener Arbeit verziert, unter denen besonders ein Helm hervorsticht, dessen Reliefs eine Reihe von Scenen aus der Eroberung Trojas darstellen. Am Rhein ist das sogenannte Schwert

des Tiberius gefunden, dessen Scheide mit zierlich gearbeiteten Beschlägen und eingelegten Reliefs von getriebenem Silber mit theilweiser Vergoldung geschmückt ist. Am Rhein ist auch — was ebenfalls in diese Kategorie gehört — die vollständige Garnitur eines Militärverdienstordens ausgegraben, große silberne Buckeln, jede mit einem schön gearbeiteten Kopf geschmückt, an einem Riemengehänge über der ganzen Brust getragen (Phalerae): eine Decoration, welche durch stattliche Pracht und künstlerische Ausführung selbst moderne Großcordons hinter sich läßt. Ein Prachtstück aber sind die Schulterblätter eines Brustharnisches aus vergoldeter Bronze im britischen Museum, Aias im Kampfe mit einer Amazone, durch Schönheit der Composition wie der Ausführung Meisterwerke der vollendeten Kunst. Bröndsted, welcher dieselben in Neapel kaufte und dem man angab, sie seien am Fluß Siris in der Gegend gefunden, wo Pyrrhus den Römern die erste Schlacht lieferte, wagte die Vermuthung, daß sie einst zu der glänzenden Rüstung gehört haben, welche Pyrrhus in jener Schlacht in Gefahr brachte. Leider hat sich später ergeben, daß die Angabe des Fundorts erlogen war, wodurch jener Vermuthung das Fundament entzogen wurde. Neben den noch erhaltenen antiken Waffen gibt auch die lange Reihe römischer Portraitstatuen im Harnisch lehrreiche Beispiele der Cälatur, durch welche sie geschmückt wurden. Zum Theil sind es geschmackvolle Ornamente, bei denen namentlich die in der späteren Ornamentik sehr beliebten Greise vielfach benutzt werden. Sehr häufig sind zwei geflügelte Siegesgöttinnen einander gegenübergestellt, entweder beschäftigt, ein Tropäum zu errichten, oder einen Candelaber zu schmücken, oder auch das Bild der gerüsteten Göttin Minerva verehrend — passende und leicht verständliche symbolische Verzierungen an einem Harnisch. Mitunter ist auch der Sonnengott auf seinem Viergespann von vorn gesehen dargestellt, ein angemessenes Symbol für einen römischen Triumphator; darunter sind die Göttinen der Erde und des Wassers, über welchen er stolz emporsteigt. Alles aber, was bisher der Art bekannt war, übertrifft der Panzer des Augustus, sowohl durch Reichthum und Geschmack der künstlerischen Anordnung, als auch durch die sinnreiche Beziehung auf Augustus Thaten, welche richtig verstanden, wie Henzen nachgewiesen hat, auch einen deutlichen Fingerzeig auf die Entstehungszeit des Kunstwerks gibt.

Der Sinn der Darstellung ist im allgemeinen ohne Schwierigkeit zu erkennen. Die Mittelgruppe zeigt einen römischen Krieger, der von einem Barbaren, welchen die Tracht und der an der Seite hängende Köcher und Bogen als einen Parther zu erkennen geben, einen römischen Kriegsadler entgegenzunehmen im Begriffe ist. Es ist also die denkwürdige Begebenheit dargestellt, wo die seit den Niederlagen des Crassus und Antonius in den

Händen der Parther gebliebenen Feldzeichen von diesen zum Zeichen ihrer Unterwürfigkeit freiwillig an Augustus ausgeliefert wurden. Zeugen dieser Scene sind die Repräsentanten anderer durch Waffengewalt unterjochter Völker, wie nicht nur ihre trauernde, gedemüthigte Haltung, sondern auch das neben ihnen errichtete Tropäum beweist. Die rothblonden Locken, die Tracht, besonders das Feldzeichen des Ebers und die in einen Thierkopf ausgehende Schlachttrompete lassen in ihnen mit Sicherheit Kelten erkennen, zu denen vom Künstler auch wohl die Germanen gerechnet wurden. Der römische Feldherr, siegreich und vom Osten bis zum Westen über die unterwürfigen Barbaren herrschend, ist es, den wir vor uns sehen. Ueber ihm geht das leuchtende Tagesgestirn auf, das Horaz in der Säcularode anruft

Sonnengott, Allernährer, deß heller Wagen
Tageslicht schafft und birgt, der du gleich und anders
Stets erscheinst, könntest du größeres niemals
Schauen als Roma!

Unten ist die Erdgöttin gelagert, die fruchtbringende, und nicht allein den Fluren und Heerden sondern auch dem Menschengeschlecht Nahrung gebende, wie sie ebenfalls Horaz anruft

Erde, reich an Früchten und an Heerden,
Schmücke Ceres Stirne mit Aehrenkränzen,
Nährend auch komm' Jupiters Luft und Regen
Ueber die Fluren.

Nicht nur der durch Kriegsmacht gebändigte, auch der durch den Segen der Natur reich beglückte Erdkreis ist dem römischen Herrscher unterthan. Solches gelingt ihm durch den Beistand der Gottheiten, die über den Segen der Elemente und über die Gewalt der Waffen, durch geistige Kraft, durch Sühne und Recht, durch musische Kunst eine höhere sittliche Weltordnung begründen: Apollo und Diana sind die Beschützer des siegreichen Herrschers, in ihrem Dienst regiert er die Welt.

Erwägt man zunächst die künstlerischen Mittel genauer, durch welche diese einfache, aber reiche und beziehungsvolle Vorstellung hier ausgesprochen und versinnlicht ist, so überzeugt man sich, daß die einzelnen Gestalten nicht etwa für diese Composition, für diesen Gedanken neu erschaffen sind, daß sie auch nicht dieser Zeit angehören, nicht auf römischem Boden gewachsen, sondern als fertige Erzeugnisse griechischer Kunst herübergenommen sind. Das Verdienst des Künstlers besteht in der feinen und geschmackvollen Anwendung überlieferter Kunstmittel, um eine neue, oder wenigstens unter neuen Verhältnissen ausgeprägte Vorstellung auszudrücken. Wie die römische Poesie

von der griechischen die Götter- und Heroengestalten, die Motive der dichterisch ausgebildeten Sage, die Technik des sprachlichen Ausdrucks und der metrischen Form übernahm, und mit diesen Mitteln Werke von nationalem Gepräge zu schaffen strebte, so suchte auch die nach Rom gewanderte bildende Kunst unter dem mächtigen Einfluß der Weltherrscherin römische Gedanken in griechische Formen zu kleiden. Aber es waren griechische Künstler, welche dies ausführten; sie brauchten keine fremde Sprache zu lernen, Ausdrucksmittel und Technik ihrer Kunst blieben dieselben. Auf dem Panzerrelief sind der auf dem Greif reitende Apollo, die vom Hirsch getragene Diana wohlbekannte, durch die grichische Kunst längst ausgeprägte Typen. Die Barbaren erscheinen in der Tracht, welche mit Benutzung charakteristischer Züge der asiatischen Volkstracht als eine allgemein giltige Bezeichnung barbarischer Völker festgestellt worden war; nur durch einzelne Züge ist eine schärfere Individualisirung erreicht. Stellung und Haltung der besiegten Nationen ist bestimmten Vorbildern entnommen, selbst das Tropäum ist aus griechischer Auffassung und Darstellung hervorgegangen. Nicht minder sind die Personificationen der elementaren Erscheinungen aus griechischer Anschauung hervorgegangen, den Römern war die Poesie der Naturerscheinungen, welche sie zu Thaten und Begebenheiten lebender Persönlichkeiten umschafft, nicht aufgegangen. So geneigt die Römer sind, auf religiösem Gebiet Zustände und Vorstellungen aller Art zu göttlichen Wesen zu machen, so sind das doch in der Regel nur Abstractionen, die kein sinnlich anschauliches Bild hervorrufen, während es das Wesen der griechischen Sage und Poesie ist, zu personificiren, lebendige Individualitäten zu schaffen, welchen die bildende Kunst nur Gestalt zu geben brauchte. Daher kommt es, daß man so häufig für die feinsten, ausdrucksvollsten Gebilde der griechischen Kunst auf römischen Monumenten keinen entsprechenden lateinischen Namen findet, wie z. B. hier für die anmuthige Figur der Thaugöttin. Der Römer verstand sie, wenn er sie sah, so gut wie wir; aber er hatte keinen Namen für sie, so wenig wie wir. Der Sonnengott, der mit seinem Viergespann über den Himmel fährt, mochte auch dem Römer eine geläufige Vorstellung sein, aber dieser Sonnengott verräth seinen griechischen Ursprung schon durch sein langes Gewand, welches die Kunst an einer uralten Sitte festhaltend den Wagenlenkern noch gab, als es in Wirklichkeit nicht mehr Brauch war. Interessant ist es nun, weiter zu verfolgen, wie alle Gestalten, welche wir hier beisammen sehen, in den Apparat der späteren, auch noch der christlichen Kunst übergehen, wie Farben auf der Pallette oder Phrasen in einem poetischen Wörterbuch, die unverändert oder leicht modificirt, wo sie nur passend erscheinen, angewendet werden. So ist die reizende Gruppe der von der Thaugöttin getragenen Morgenröthe außerordentlich be-

liebt geworden. Sie wurde typisch für die Darstellung der Apotheose, dann bemächtigte sich die Decorationsmalerei bei der entschiedenen Vorliebe für schwebende Gestalten als Verzierung von Wänden und Decken dieses Motivs, das uns auf römischen und campanischen Wandgemälden in mannichfachen Variationen immer wieder begegnet.

Wie nun aus diesen äußerlich zusammengebrachten Elementen eine Composition zu Stande gekommen ist, welche den Bedingungen des gegebenen Raums aufs glücklichste entspricht, symmetrisch, wie es der ornamentalen Kunst gebührt, aber ohne Zwang geordnet, reich und wohlgefällig, so drückt die Vorstellung auch den politischen Gedanken der Zeit mit solcher Klarheit und Energie aus, als wäre sie ganz selbständig aus demselben hervorgegangen. Die Schmach, daß römische Feldzeichen, römische Gefangene in der Gewalt der Parther geblieben waren, empfanden die Römer lebhaft als einen Makel ihrer Ehre, der um jeden Preis abgewaschen werden müsse; der Name der Parther wirkte bei ihnen, wie bei den Franzosen Waterloo, bei uns Jena.

Wie? wurden nicht die Krieger von Crassus Heer
Der Feindestöchter schmähliche Gatten, und —
O Roms Senat! o Fall der Sitten!.—
Marser und Apuler nicht auf Feldern

Der Schwäher unter parthischen Herrschern grau;
Geweihte Schild' und Namen und Römerkleid
Und Vestas Feu'r vergessend, da doch
Rom und sein Jupiter unversehrt stand?

sagt Horaz in einer der Oden, in welcher er seinem Volk ernst ins Gewissen redet. Ihm, wie Virgil und Properz, ist der Parther der Landesfeind, den zu besiegen die erschlaffte Jugend wieder mannhaft und waffengeübt werden soll. Seitdem der Greuel der Bürgerkriege gesühnt ist, werden sie nicht müde, an die verpfändete Ehre zu mahnen, die dort noch einzulösen war und Krieg mit den Parthern zu predigen. Im Bündniß mit Antonius und Cleopatra hatte der Orient Rom die Herrschaft zu entreißen getrachtet, Augustus sollte an den Parthern Rache nehmen, die siegreichen Waffen zu den Indern und Serern tragen und Rom in Wahrheit zur Weltherrscherin machen. Solche Worte, von Dichtern aus dem intimsten Freundeskreise des Mäcenas gesprochen, waren Fühler an die öffentliche Meinung, und „Krieg mit den Parthern!" wirkte damals in Rom, wie heutzutage in Paris, wenn von der Rheingrenze, an der Newa, wenn von Constantinopel geredet wird. Allein Augustus war vorsichtig und scheute das gefährliche Spiel, er rüstete und machte ein paarmal drohende Anstalten, welche die

Dichter mit Beifall begrüßten, aber er schlug nicht los und war hoch erfreut, als im Jahr 20 v. Chr. die Parther sich endlich entschlossen die erbeuteten Feldzeichen freiwillig auszuliefern, als Gesandte von Indien und China kamen, um Verträge zu schließen. Die Ehre war gerettet, die Macht des römischen Staats anerkannt, der Glanz seines Namens leuchtete hell auf und zum Zeichen, daß seine Herrschaft der Friede sei, konnte Augustus den Janustempel schließen. Auch Horaz sang

Dein Leben, Cäsar,
Gab unsrer Feldflur wieder die Segensfrucht
Und seine Adler unserem Jupiter,
  Entraffte der Parther stolzen Pfosten,
  Schloß den von Fehden geräumten Janus-

Quirinustempel, legte die Zügel an
Aus Recht und Ordnung schweifender Ueppigkeit,
  Die Lasterthaten tilgte er aus, und
  Brachte zurück die Zucht der Väter.

Im Jahr vorher hatte Agrippa die Celtiberier entwaffnet, in den nächsten Jahren wurden unruhige gallische Stämme und Alpenvölker unterjocht. Nicht treffender konnte daher die Situation bezeichnet werden, in welcher Augustus durch die Erfolge seiner Waffen und das Ansehen seines Namens seine Herrschaft im Osten und Westen gesichert sah und nun die Segnungen des Friedens seinem Reiche versprechen durfte, als wir es im Bilde vor uns sehen. Horaz Worte im Säculargesang

Venus und Anchises erlauchter Sprößling
Herrsche, weit vorragend im Kampf dem Feinde,
  Mild dem Besiegten!
Seinen Arm, allmächtig in Meer und Landen
Fürchtet schon der Parther und Romas Beile,
Seines Ausspruchs warten, noch stolz vor kurzem,
  Scythen und Inder.
Treue schon und Frieden und Ehr und alte
Scheu und längst vergessne Tugend kehren
Uns zurück; glückspendender Ueberfluß auch
  Strömt aus dem Füllhorn!

sind wie eine Unterschrift unter dieser Vorstellung.

Nicht minder scharf bezeichnend ist auch die Anwesenheit der Götter Apollo und Diana. Der griechische Gott Apollo hatte zwar lange schon seinen Platz im Cultus des römischen Staats gefunden, allein seitdem Augustus den Sieg bei Actium dem Apollo zu verdanken behauptete, machte

er denselben zu seinem Schutzgott. Er ließ es gelten, wenn man ihn für einen Sohn des Apollo ausgab und zeigte sich in dessen Costüm, und durch Gründung des palatinischen Heiligthums und glänzende Stiftungen hob er seinen Cultus vor allen übrigen. Diana, eine altitalische Göttin, war bereits dem Apollo, die griechische Artemis vertretend, zugesellt worden, sie nahm jetzt auch an seiner bevorzugten Ehre Antheil. Das Siegel drückte Augustus diesen Cultuseinrichtungen auf, als er im Jahr 17 v. Chr. das Jubiläum der Gründung Roms feierte und seine Götter Apollo und Diana neben und über den Gottheiten, welchen nach alter Ueberlieferung dies Fest gefeiert wurde, zum Gegenstand der Verehrung machte. Horaz, der, von Augustus beauftragt ein Chorlied zu dichten, dadurch gewissermaßen als Staatslyriker anerkannt wurde, richtet daher sein officielles Säculargedicht an diese Gottheiten

Gnadenreich nnd gütig verbirg den Bogen
Und erhör' uns flehende Knaben, Phöbus!
Sternenglanz, zweihörnige Göttin, höre,
Luna, die Mädchen!

Daß uns Jupiter zuwinkt und alle Götter,
Kehren wir nach Hause der frohen Hoffnung,
Kundig nun Dianas und Phöbus Ehre
Singend ein Loblied.

Hält man diese historischen Momente und die einzelnen Züge des Reliefs zusammen, so wird man nicht bezweifeln können, daß es unter dem unmittelbaren Einfluß dieser Ereignisse und Stimmungen concipirt ist und sie wiederzugeben bestimmt war, wodurch sich dann die Entstehungszeit um das Jahr 17 v. Chr. mit Sicherheit ergibt.

Noch ist ein eigenthümlicher Zug zu beachten, der die Auffassung des Künstlers charakterisirt. Wer ist der römische Krieger, der den Legionsadler aus der Hand des Parthers empfängt? Daß an einer Statue des Augustus nicht Tiberius oder dessen Legat, welchem die Feldzeichen im Orient eingehändigt sein sollen, dargestellt werden konnte, liegt auf der Hand. Also Augustus selbst, unter dessen Auspicien jene befehligten. Aber zu einem römischen Feldherrn paßt der Wolf nicht, dies Thier kann nur symbolisch verstanden werden. Nun ist der Wolf das Thier des Mars, des römischen Kriegsgottes, und Augustus erbaute nach der Rückgabe der Feldzeichen einen Tempel des Rächers Mars, in welchem dieselben aufgestellt wurden. Also könnte man an den Kriegsgott selbst denken, dem die Feldzeichen überreicht würden. Allein die Gestalt gleicht keinem Gott, sondern einem römischen Feldherrn und die ganze Darstellung ist, wie wir sahen, darauf berechnet,

daß Augustus den Mittelpunkt bilde. Augustus ist auch gemeint und der Wolf ist ihm beigegeben, um ihn dem Gott zu nähern, dem er angehört. Mars wurde nicht allein als Kriegsgott verehrt, als Vater des Romulus war er der Ahnherr des römischen Volkes, und der neue Herrscher führte sein Geschlecht zurück auf den Stamm, aus welchem Rhea Silvia, die Mutter des Romulus, entsprossen war. Dieselbe Vorstellung drückt Amor auf dem Delphin neben der Statue aus. Er gehört der Venus an, der Mutter des Aeneas und dadurch der Ahnfrau des Julischen Geschlechts, welchem Cäsar und Augustus entstammen. Mars und Venus waren im römischen Cultus nahe verbunden als Ahnen des römischen Volks; indem ihre Attribute hier auf Augustus übertragen werden, tritt er nicht nur als der von ihnen begünstigte, als der aus ihrem Geschlecht entsprossene hervor, ein Theil ihrer göttlichen Macht, ihres göttlichen Wesens ist bereits auf ihn übertragen. Darauf weist auch eine unbedeutende Modification des Costüms hin: die Barfüßigkeit. Sie paßt nicht zu der realistischen Nachbildung der Imperatorentracht, sie gehört zur Heroenbildung und deutet an, daß kein gewöhnlicher Imperator dargestellt sei.

Den Kunstgriff, den Herrscher in die unmittelbare Nähe der Götter zu bringen und ihm göttliche Attribute beizulegen, finden wir durchgehends auf den Kunstwerken angewendet, welche die kaiserliche Familie darstellen. Auf einem Relief in Ravenna, welches Julius Cäsar, mit dem Venusstern über der Stirn, und Augustus mit andern Gliedern des julischen Geschlechts vorstellt, erscheint unter ihnen Venus in der Gestalt, in welcher sie als Stammmutter der Julier verehrt wurde. Auf einem Altar wird Augustus von geflügelten Pferden in die Höhe getragen, welche der Himmelsgott und der Sonnengott wie auf unserm Relief bezeichnen.

Die glänzendsten Repräsentanten der höfischen Kunst sind die prachtvollen Onyxcameen von staunenswerther Größe, die ein Stolz der Museen sind. Die Steine gehören, wie die Kunst sie zu schneiden, ursprünglich dem Orient an; sie bildeten ein wesentliches Element des Luxus, mit welchem die Herrscher sich schmückten. Von den Diadochen gingen sie auf Rom über; Augustus und seine nächsten Nachfolger müssen besondern Werth auf diesen Kunstzweig gelegt haben; wir besitzen noch eine ganze Reihe solcher Prachtstücke, welche sämmtlich Mitglieder der kaiserlichen Familie verherrlichen. Sieht man von der Schwierigkeit ab, die einzelnen Portraits mit Sicherheit zu bestimmen, so sind die Darstellungen im wesentlichen deutlich.

Auf dem wiener Cameo thront Augustus mit Scepter und Lituus, den Adler des Jupiter zur Seite, neben der Göttin Roma, die Göttin der bewohnten Erde setzt ihm einen Kranz aufs Haupt, wie auf der Apo-

theose Homers dem unsterblichen Dichter, die elementaren Gottheiten des Meeres und der Erde — auch hier mit einem Füllhorn und zwei Kindern — sind neben ihr. Vor dem Beherrscher des Erdkreises steht der junge Germanicus, Tiberius steigt von dem von der Siegesgöttin geleiteten Triumphwagen ab. Beide kehren als Sieger über die Pannonier zurück; unten errichten die Soldaten ein Tropäum neben den gefangenen Barbaren.

Auf dem pariser Cameo, dem größten von allen, thront zuoberst der vergötterte Cäsar mit der Strahlenkrone. Vom Pegasus, welchen Amor mit den Zügen des C. Cäsar, Sohnes des Germanicus, am Zügel führt, wird Augustus zu ihm emporgetragen; Aeneas in phrygischer Tracht empfängt ihn als Stammvater des Geschlechts mit der Weltkugel, hinter diesem Drusus, lorbeerbekränzt. In der Mitte thront Tiberius mit Lituus und Scepter und der Aegis, der Waffe des Jupiter, neben ihm seine Mutter Livia in der Tracht und mit den Attributen der Ceres; die ganze kaiserliche Familie umgibt ihn. Unten ist eine Gruppe gefangener Barbaren.

Auf dem niederländischen Cameo fährt auf einem von trophäentragenden Kentauren gezogenen Wagen, wie er dem Bacchus zukam, über besiegte Feinde Kaiser Clauius den Blitz schwingend hinweg; neben ihm Messalina mit Octavia und Britannicus.

Auf einem kleineren pariser Cameo tragen Germanicus und Agrippina auf einem von Schlangen gezogenen Wagen als Triptolemus und Ceres das Getreide über den Erdkreis. Auch auf dem schönen mit getriebener Arbeit verzierten vergoldeten Silberschild von Aquileja in Wien ist Germanicus als Triptolemus vorgestellt, wie er, umgeben von huldreichen Göttern, opfert, bevor er den Schlangenwagen besteigt.

Ueberall tritt uns dieselbe Auffassung entgegen: die Mitglieder des Herrscherhauses werden den Göttern beigesellt, mit Attributen göttlicher Macht ausgestattet und dadurch den Kreisen der Sterblichen entrückt. Dieselben Vorstellungen und die ihnen entsprechende poetische Ausdrucksweise finden wir bei den Dichtern. Als nach der Schlacht bei Actium der Sieger längere Zeit von Rom entfernt blieb und man dort in ängstlicher Spannung abwarten mußte, wie er den Sieg und die neu befestigte Macht gebrauchen, ob er mit weiser Mäßigung den Fluch der Bürgerkriege sühnen, Versöhnung, Vertrauen, Ordnung wiederherstellen würde, fragt Horaz:

Wem ertheilt Vollmacht zu des Frevels Sühnung
Jupiter? Komm endlich herab, wir flehen,
Mit Gewölk die leuchtenden Schultern deckend,
  Seher Apollo!

Oder willst du, Erycina, lächelnd,
Die der Scherz umflattert, mit ihm Cupido?
Oder siehst du, Ahnherr, auf dein verlassen
Volk und die Enkel?
Oder stellst, beflügelter Sohn der hehren
Maja, du in andrer Gestalt auf Erden
Einen Jüngling dar, die Benennung duldend
Rächer des Cäsar?
Spät erst kehre zum Himmel zurück und lange
Weile huldvoll unter Quirinus Volke.
Nicht zu schnell entrücke der Aether dich ob
Unsrer Verschuldung
Zürnend! Hier erfreue vielmehr dich großer
Siegesruhm und Vater und Fürst zu heißen!
Laß nicht straflos, wo du befehligst, Cäsar,
Schwärmen die Parther!

Und so bezeichnet er wiederholt, wie andere Dichter der Zeit, Augustus als den von guten Göttern entsprossenen, den vom Himmel gesandten Stellvertreter der Götter, der einst zu den Göttern, denen er angehörte, zurückkehren werde

Im Himmel donnernd glauben wir Jupiter
Herrsche: sichtbar gilt uns ein Gott fortan
Augustus.
Ha, wen kümmert wohl noch Parther und Scythe, nun
Cäsar lebt? Wen schreckt, wildes Germanien,
Deine rasende Brut? der Iberier
Unersättliche Kriegeslust?
Seine Tage verlebt jeder im eigenen
Berge, paaret den Wein mit dem verlassenen Baum,
Kehrt heim, feiert sein Mahl fröhlich und bringt ein
Abendopfer dem neuen Gott.
Zu dir betet er, dir gießt er den ersten Most
Aus den Schalen und stellt neben die Götter des
Vaterheerdes auch dich dankbar, wie Griechenland
Castor weiht' und Herakles.

Diese für unsere Auffassung fremdartige und verletzende Vergötterung hat man dem Dichter als eine verächtliche Schmeichelei zum Vorwurf gemacht. Daß Horaz, der in seiner Jugend ein eifriger Anhänger der Republik und des Brutus gewesen war, nachdem er eine Zeitlang unzufrieden sich zurückgezogen, dann mit kühlem Mißtrauen der neuen Ordnung der Dinge zugesehen hatte, allmählich unter dem Einfluß des Mäcenas Zutrauen gewann und mit steigender Wärme Augustus Verdienste um das neu be-

festigte Staatswesen pries, das kann man als Inconsequenz der politischen Einsicht und des Charakters tadeln; es liegt aber nichts vor, welches zu zweifeln nöthigte, daß er diese Wandlung in ehrlicher Ueberzeugung durchgemacht habe. Nie verleugnete Horaz später seine Vergangenheit und die, mit welchen er sie getheilt; mit Anerkennung spricht er von der Schlacht bei Philippi, wo Manneskraft gebrochen wurde, und bezeichnete in einer Ode zum Preise des Augustus das Ende der Republik mit dem edlen Tode des Cato, was die Gelehrten nachträglich in großen Schrecken gesetzt hat. Eine einflußreiche Stellung bei Augustus lehnte er ab und hielt sich von dessen Person so entfernt, daß dieser seine Empfindlichkeit nicht zurückhielt. Das freundschaftliche Verhältniß zum Mäcenas dagegen spricht er mit einer Wärme und einem Freimuthe aus, wie sie einen feinfühlenden und wahrhaft unabhängigen Mann erkennen lassen, dem grobe Schmeichelei unleidlich sein mußte. Horaz versäumt nicht auf die großen Beispiele des Bacchus, Hercules, Castor und Pollux hinzuweisen, welche durch übermenschliche Thaten und Verdienste einen Platz unter den Göttern errungen hatten; er macht auch kein Hehl daraus, daß es eigentlich der dichterische Nachruhm sei, welcher die Unsterblichkeit verleihe und erhalte. Allein, wie immer Horaz mit seiner persönlichen Ueberzeugung zu solcher Apotheose sich stellen mochte: wenn er wie andere Dichter und Künstler Augustus mit göttlichen Attributen ausstattete, wenn von Staats wegen angeordnet wurde, daß Augustus Namen in den Gebeten der salischen Priester denen der Götter angereiht, bei gewissen Festen sein Bild neben denen der Götter aufgestellt, beim Mahle ihm gespendet werden sollte, so lagen alle dem Anschauungen und Vorstellungen zu Grunde, welche volksthümliche und nationale Geltung hatten. Für den Glauben des Alterthums waren alle Götter geboren und erwachsen, der Götterstaat war ein gewordener und hatte seine Geschichte, wie die einzelnen Götter, ohne daß die Zuversicht zu den ewigen und unwandelbaren Gesetzen, welche durch die Götter vertreten waren, dadurch beeinträchtigt wäre. Die Heroen, deren Geschichte für die antike Anschauung dieselbe unmittelbare Wahrheit hatte, wie die der Götter, gab unzweifelhafte Beweise, wie das Band, welches Menschen und Götter unlösbar vereinigte, hier wie dort fest verwachsen in stetiger lebendiger Erneuerung begriffen sei. Ihre lebhafte Phantasie, für welche jede ungewöhnliche Erscheinung und Leistung körperlicher und geistiger Schönheit und Kraft eine unmittelbare Manifestation des Göttlichen war, ließ sie wie von selbst auch ein Attribut des göttlichen Wesens darin erblicken. Zwar war die Zeit des Augustus keine Zeit der einfachen, unbefangenen Gläubigkeit, allein die Wurzeln Jahrhunderte lang im Gemüth und in der Phantasie eines Volkes gepflegter Vorstellungen sitzen tief und fest und schlagen immer wieder aus; und wenn der Staat für seine Anordnungen die-

selben voraussetzen konnte, so durften mit noch größerer Zuversicht Poesie und Kunst darauf zurückgehen, um für ihre Gebilde eine höhere Bedeutung als die einer poetischen Figur und eines anmuthenden Bildes in Anspruch zu nehmen.

Otto Jahn.

Die Lage im Orient.

I.

Während in Italien die Wage noch unentschieden schwankt und Frankreich sich unter Friedensversicherungen bis an die Zähne waffnet, ziehen sich im Orient die Wolken dichter zusammen. Um ein richtiges Verständniß für die Situation zu gewinnen, müssen wir etwas zurückgehen. Die Resultate des preußischen Feldzuges in Böhmen hatten die Berechnungen des Kaisers Napoleon so über den Haufen geworfen, daß er wie betäubt war; außerdem durch körperliches Leiden gedrückt, ließ er eine Weile alles planlos gehen und sich selbst von einer Concession zur andern drängen. Erst im Herbste sammelte er sich allmählich wieder und faßte nun als Ziel ins Auge, Preußen zu isoliren und demgemäß Rußland von ihm zu trennen; die petersburger Allianz aber war nur im Orient zu gewinnen. Marquis de Moustier, der soeben als auswärtiger Minister eingetreten war, hatte Frankreich fünf Jahre lang mit Geschick in Constantinopel vertreten, er kannte die dortigen Verhältnisse und speciell die russische Politik so genau, daß, als man ihn vor drei Jahren nach Petersburg hatte versetzen wollen, der Kaiser Alexander sich zu einem Besuch der Kaiserin Eugenie in Schwalbach herabließ, um anzudeuten, daß Baron Talleyrand, der jetzige Botschafter, eine ihm angenehmere Persönlichkeit sein werde. Moustier durchschaute denn auch vollkommen die Ursachen des Candiotischen Aufstandes, er wußte, daß derselbe lediglich von Griechenland veranlaßt war, und hatte Gelegenheit genommen, auf seiner Reise von Constantinopel nach Paris in Athen vorzusprechen, um dort scharf seine Meinung über die hellenische Agitationspolitik zu sagen. Das hinderte indeß natürlich seinen Gebieter nicht, eine Schwenkung in entgegengesetzter Richtung zu machen und Moustiers türkenfreundlicher Ton ward demgemäß griechenfreundlich, Frankreich fand plötzlich, daß die Pforte alles verkehrt mache und nichts besseres zu thun habe, als Candia abzutreten. Nach dieser Vorbereitung schrieb Napoleon im November 1866 an den Kaiser Alexander und schlug ihm eine geheime Separatverständigung über die orientalischen Dinge vor. Die Antwort war höflich, aber ablehnend, Rußland ziehe vor, auch mit den andern Mächten im Benehmen zu bleiben. Napoleon ließ sich nicht

so leicht entmuthigen und blieb bei seiner philhellenischen Richtung, ja ging soweit, daß er im Anfang 1867 zur Cession nicht blos von Candia, sondern sogar von Thessalien und Epirus rieth. Er verfehlte aber seinen Zweck, Rußland damit zu gewinnen, vollständig, diesem waren vielmehr derartige Vorschläge nur compromittirend, denn sie gaben den türkischen Staatsmännern Recht, welche nichts von der Abtretung Candias hatten hören wollen, weil ein solcher Schritt zu weitern Forderungen führen müßte, außerdem geht Rußlands Vorliebe für Griechenland keineswegs soweit, es bis zur Macht eines wirklich unabhängigen Staates zu vergrößern. Alles dies konnte nun bei den fortwährend genauen Beziehungen zwischen Rußland und Preußen dem Grafen Bismarck keineswegs ein Geheimniß bleiben und dieser operirte ungemein geschickt, indem er in Constantinopel unbedingt mit Frankreich ging, kein Vorschlag von Paris, war ihm zu weitgehend, noch kurz vor der Eröffnung des Corps législatif wurde Graf Goltz ausdrücklich beauftragt, zu erklären, daß Preußen ganz bereit sei, die Abtretung auch von Thessalien nnd Epirus zu befürworten. Diese Haltung war Napoleon begreiflich sehr unbequem und er suchte sie möglichst zu ignoriren, um so mehr ließ Bismarck sie natürlich öffentlich betonen. Es trat nun die Luxemburger Episode ein, welche Creta für einige Wochen vergessen machte, nach derselben begannen die Fürsten gen Paris zu pilgern. Der Kaiser Alexander hatte sich nur schwer entschlossen, die französische Einladung anzunehmen, denn die national-russische Partei sah in einer solchen Reise nach den Drouin de Lhuys'schen Noten über Polen eine Demüthigung; nachdem Fürst Gortschakow, dessen Eitelkeit hoffte, daß eine diplomatische Ueberlegenheit in Paris nicht ohne Erfolge bleiben könne, eine Zustimmung erreicht, hatte der Kaiser sich mit seinem Onkel, dem Könige von Preußen verabredet, den Besuch an der Seine gemeinsam zu machen; aber dies paßte Napoleon nicht, welcher den Czaaren allein zu haben wünschte. Er ließ also Graf Goltz kommen und sagte, er würde bedauern, wenn der König mit dem Kaiser zusammenkomme, da er ihn mit allen Ehren zu empfangen wünsche und es doch nicht vermeiden könne, seinem Neffen den Vortritt zu geben. Die Antwort auf diese Mittheilung war sehr überraschend für die Tuilerien, denn sie kam nicht, wie man erwartet, von Berlin, sondern von Petersburg, wohin König Wilhelm die Botschaft befördert, der Czaar instruirte Baron Budberg telegraphisch, zu sagen, daß er den Kaiser nicht in Etiketteverlegenheit setzen wolle und es unter diesen Umständen für besser halte, die Reise ganz aufzugeben. Napoleon beeilte sich nun, Erklärungen zu geben, sein einziger Wunsch sei gewesen, seine Gäste gebührend zu ehren, er werde nur zu glücklich sein, sie ganz so zu empfangen, wie es ihnen genehm sei. So ward es denn arrangirt, daß der Kaiser von Rußland zuerst und allein in Paris eintreffen, der König von Preußen ihm einige Tage

später folgen, aber ihn dort noch finden sollte. Die ersten Tage des Aufenthaltes des Czaaren benutzte nun sein Wirth, um seine Ueberredungskünste zu üben und ihn von Preußen zu trennen, aber der Kaiser lehnte nicht nur alles ab, sondern war überhaupt kühl und verschlossen; die Rufe, mit denen ihn die Vorstadt St. Antoine begrüßte, mochten ihn schon unangenehm berührt haben, nun kam noch der Empfang im Justizpalast und schließlich das Attentat Berezowskis. Der Besuch ungern unternommen, endete peinlich, Fürst Gortschakow, der sich vorher vermessen, Candia von Paris mitzubringen, sah sich heftigen Vorwürfen ausgesetzt und die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland wurden sehr kühl. So konnte es Baron Beust nicht schwer werden, Napoleon in Salzburg für seine orientalische Politik zu gewinnen und diese war die Metternichische, türkenfreundliche und antirussische. Allerdings hatte Beust bald nach seinem Eintritte in den östreichischen Dienst, ehe er sich noch hinreichend orientirt, den Versuch gemacht, Rußland zu gewinnen, indem er eine Revision des Vertrages von 1856 in Aussicht stellte, allein er fand damit keinen Anklang, denn Fürst Gortschakow geht davon aus, daß der pariser Vertrag überhaupt hinfällig geworden, seit die Pforte gegen dessen Wortlaut der Vereinigung der Donaufürstenthümer unter einem fremden Fürsten zugestimmt. Der russische Kanzler hat dies zwar noch niemals mit dürren Worten öffentlich gesagt, aber es ist, wenn man es nicht schon anderweitig wüßte, zwischen den Zeilen bereits deutlich in seiner kürzlich veröffentlichten Depesche an Baron Budberg vom Anfang 1866 zu lesen. In derselben erklärte er in Betreff der Donaufürstenthümer nach der herkömmlichen Betheuerung, Rußland wünsche nur, die Verträge zu erhalten, daß, wenn die andern Mächte Abweichungen von denselben, welche den wirklichen Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerungen entsprächen, zulassen wollten, Rußland sich dem nicht widersetzen werde, im Gegentheil sei dann seine Aufgabe, dies Präcedenz auf *alle christlichen Nationalitäten des Orients auszudehnen*, d. h. also die Türkei in faktisch souveräne Staaten wie die Donaufürstenthümer aufzulösen. Nach diesem erfolglosen Versuch ging Beust auf die traditionelle östreichische Politik zurück, welche darin besteht, den status quo in der Türkei möglichst zu erhalten und dem russischen Einfluß beharrlich entgegenzuarbeiten, wofür er in seinem Botschafter in Constantinopel, Baron Prokesch, welcher das unbedingte Vertrauen der Pforte genießt, ein besonders geeignetes Organ hat. Derselbe, der den größten Theil seines Lebens im Orient zugebracht hat, hatte bereits 1846 eine actenmäßige Geschichte des griechischen Freiheitskampfes vollendet, aber Fürst Metternich widersetzte sich der Veröffentlichung derselben, weil sie die russische Regierung zu sehr compromittiren würde, und seitdem lag das Manuscript in der Staatskanzlei; jetzt ertheilte Beust das Imprimatur und

so trat das merkwürdige Werk ans Licht, welches klar zeigt, was es mit den russischen Betheuerungen für Humanität und Christenthum auf sich hat. Aber schon vorher hatte Prokesch Gelegenheit, auf dem diplomatischen Felde dem russischen Cabinete erfolgreich entgegenzuwirken. Ende Februar hatte Marquis de Moustier eine Denkschrift über die in der Türkei ausgeführten Reformen verfaßt, in welcher er davon ausging, daß der Hatti-Hamayoum von 1856 die für das Wohl der Bevölkerungen nothwendigen Grundlagen festgestellt habe und daß es sich nur darum handle, die Pforte zur Ausführung derselben anzuhalten. Dies ist eine unzweifelhaft richtige Auffassung, die z. B. auch von dem größten englischen Kenner der türkischen Zustände, Lord Stratford de Radcliffe, getheilt wird, aber die Verwirklichung eines solchen Planes paßte dem Fürsten Gortschakow nicht, denn sie hätte dazu geführt, die Verwaltung der Pforte, welche in entfernten Gebieten bisher ohnmächtig war, zu stärken. Er beeilte sich also, sobald Baron Talleyrand ihm das Memoire seines Chefs mitgetheilt, an die Großmächte eine lange Depesche zu richten, um zu zeigen, daß alle vom Sultan bisher proklamirten und versprochenen Reformen ein todter Buchstabe geblieben. Rußland sei noch immer geneigt, dem Sultan die Initiative in der Ausübung seiner souveränen Rechte zu lassen, aber die christlichen Bevölkerungen hätten nicht vergessen, daß auch der Hatti-Hamayoum freiwillig vom Sultan gegeben sei, ihnen aber keinerlei Erleichterung gebracht, obwohl der pariser Friedensvertrag auf ihn verwiesen habe; aber wenn man zu einer friedlichen Lösung der gegenwärtigen Verwicklung kommen wolle, so sei die Hauptsache, den christlichen Bevölkerungen Zutrauen einzuflößen, was nicht durch einen bloßen Appell an ein discreditirtes Dokument geschehen könne, sondern nur, wenn neue Bestimmungen über ihre künftige Lage von der Pforte unter Mitwirkung der christlichen Mächte, wodurch die Ehre derselben engagirt werde, ausgearbeitet würden. — Dieser Mittheilung des Kanzlers folgte am 6. April eine ausführliche Denkschrift, welche ein vollkommenes Reformprojekt entwickelt, von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß nicht eine größere Centralisation, sondern im Gegentheil die vollkommenste Decentralisation der Verwaltung in der Türkei durchgeführt werden müsse, um das Loos der Christen gründlich zu verbessern. Das Memoire beginnt mit den herkömmlichen Versicherungen des désintéressement absolu der kaiserlichen Politik, deren Augenmerk nur der aufrichtige Wunsch sei, das Wohlergehen der griechischen Religionsgenossen mit der Erhaltung der Autorität des Sultans zu verbinden, dies sei durch Thatsachen (welche wird nicht gesagt) so erhärtet, daß es unnöthig, entgegenstehende übelwollende Behauptungen zu widerlegen; ebenso wird als erwiesen angenommen, daß alle bisherigen Reformversuche unfruchtbar geblieben, oder ins Gegentheil umgeschlagen seien; dies könne auch gar

nicht überraschen, die religiösen und socialen Lehren der Muselmänner seien im geraden Widerspruch mit denen der Christen, daraus ergebe sich die vollständige Unmöglichkeit, beide unter dasselbe Regime zu stellen, es handle sich also darum, ihr Nebeneinanderbestehen zu sichern (organiser leur coëxistence parallèle), ohne die eine der andern opfern zu lassen. Die Lösung dieses Problems sei auch gar nicht so schwierig, weil sie in den muselmännischen Traditionen ganz begründet sei.

Erst seit höchstens 40 Jahren hätten die Türken versucht, sich die ihnen unterworfenen Nationalitäten zu assimiliren, sie hätten geglaubt, der europäischen Civilisation zu huldigen, indem sie die Theorien der Absorption und Centralisation angenommen und so die christlichen Bevölkerungen ihrer provinziellen und communalen Autonomie beraubt, deren sie bis Anfang dieses Jahrhunderts mit befriedigendem Resultate genossen, und gerade seitdem seien die innern Zerwürfnisse chronisch geworden, am meisten da, wo wie in Candia, Epirus, Bulgarien und Bosnien dies System am weitesten getrieben sei, während die Inseln Chios und Samos, wo die Trennung beider Racen bestehen geblieben, sich verhältnißmäßigen Wohlstandes erfreuen. Dies Prinzip der Racenautonomie müsse als Grundlage der ganzen administrativen Organisation aller Provinzen der europäischen Türkei eingeführt worden. Was die Christen betreffe, so müsse jede Provinz, jeder Canton, jede Gemeinde durch einheimische Chefs verwaltet werden, welche ebenso, wie ihnen zur Seite stehende Provinzial- und Gemeinderäthe, frei von den Bevölkerungen zu wählen sein würden; ebenso sollte die Gerichtsorganisation ausschließlich für die Christen nur auf das Wahlprinzip begründet sein, Streitigkeiten zwischen Christen und Muselmännern würden durch gemischte Gerichtshöfe zu entscheiden sein, wobei aber jeder Christ berechtigt sein sollte, die Anwesenheit eines fremden Consuls zu verlangen, welcher die Unparteilichkeit der Entscheidung zu überwachen haben würde. Die Christen würden von allem Militärdienst gegen eine Abgabe frei sein, die nur auf die Personen von 18—35 Jahren fiele, gleichwohl das Recht haben, wie die Muselmänner in die Armee einzutreten, und nur zum Dienst in der lokalen Miliz verpflichtet sein. Der Gesammtbetrag der Abgaben würde alle drei Jahre durch die Pforte unter Mitwirkung einer berathenden Commission der Provinzialräthe festgestellt werden. Was den Zutritt zu den öffentlichen Aemtern betrifft, so sollen dieselben allen Unterthanen des Sultans ohne Unterschied zugänglich sein. Die in der Türkei wohnenden Fremden sollen noch eine gewisse Zeit ihr Recht der Exterritorialität genießen, wenn jene Reformen aber Wurzel gefaßt, so sollen die aus den Capitulationen herrührenden Vortheile wegfallen. Anscheinend haben diese Vorschläge viel für sich, aber die Erfahrung eines Kenners der türkischen Zustände, wie Prokesch, durchschaute leicht, daß

der ganze Plan nur von der Absicht eingegeben war, die Auflösung der Türkei zu befördern, indem man den Dualismus bis in die kleinsten Beziehungen durchführen würde, und er setzte dies in einem Memoire, welches die russischen Vorschläge beleuchtet, treffend auseinander. Hiemit fand Baron Beust begreiflicherweise besondern Anklang in London, wo die Palmerstonsche orientalische Politik wenigstens nach ihrer Hauptrichtung befolgt wird.

Freilich wird Lord Stanley in seinem Vaterlande sehr überschätzt, ihm fehlt fast alle Initiative, er verfolgt nur das Prinzip der Nichtintervention, aber er ist ein klarer, nüchterner Kopf, der sich durch die ewigen Betheuerungen des Baron Brunnow über die vollständige Uninteressirtheit seines erhabenen Gebieters nicht fangen läßt; er konnte sich nicht entschließen, in Athen Ernst gegen die völkerrechtswidrige Unterstützung des candiotischen Aufstandes zu zeigen, aber ließ sich auch nicht dazu bereden, die Pforte mit drohenden Noten zu bestürmen und befürwortete nur, wie Oestreich, vollständige Ausführung der durch den Hat Hamayoum versprochenen Reformen. In Salzburg gelang es nun Beust, auch Frankreich für diese antirussische Politik zu gewinnen. Napoleon kam dorthin entschieden mit der Absicht, Oestreichs Allianz gegen Preußen zu gewinnen, er rechnete dabei auf die Rankune des Kaisers, auf Beusts Mangel an deutschem Patriotismus, der ja vor einem Jahre ihn um Entsendung einer französischen Armee an den Rhein gebeten, aber rechnete dennoch falsch. Franz Joseph, wie sein Reichskanzler lehnten jede aggressive Allianz gegen Deutschland ab, weil Oestreich aufs tiefste des Friedens bedürftig sei und die deutschen Provinzen ebenso laut gegen einen solchen Krieg protestiren würden als die Ungarn, nur einen defensiven Krieg könne Oestreich fortan führen, wenn es in seinen Lebensbedingungen bedroht würde und eine solche Bedrohung liege in dem, was die panslavistische Politik „die Mission der Befreiung des europäischen Orients“ nenne; wolle man also den Weltfrieden bewahren, so komme es darauf an, daß England, Frankreich und Oestreich, welche 1856 den Spezialgarantievertrag für die Integrität der Türkei unterzeichnet, dieser agitatorischen Politik entgegenträten. — Napoleon ging hierauf ein, er mußte sich hinlänglich überzeugt haben, daß in Petersburg doch nichts für ihn zu erreichen sei, so acceptirte er die Verständigung mit Wien und London über gleiche Politik im Orient, vielleicht mit dem Hintergedanken, daß dies bei dem engen Einvernehmen zwischen Rußland und Preußen doch weiter führen müsse. Man war deshalb auch in London ebenso befriedigt über das Resultat der Salzburger Begegnung, als in Petersburg gereizt. Die letzte veröffentlichte russische Depesche vom 27. August 1867 läßt dies deutlich erkennen; Fürst Gortschakoff erklärt darin offen, der moralische Zwang sei das einzige Mittel, von der Pforte etwas zu erreichen, solange die Mächte nicht

zum materiellen Zwange greifen wollten. Dann müßten sie aber auch vereint bleiben, aber die neuesten Ereignisse, namentlich die salzburger Begegnung hätten leider auf die Türken den Eindruck machen müssen, als ob das Einverständniß zwischen Frankreich und Rußland erschüttert sei. Frankreich zog sich dann auch immer mehr auf die englisch-östreichische Seite zurück und brach seiner Theilnahme an der Ueberreichung der Note á quatre in Constantinopel durch die Erklärung, daß es damit nur frühere Verpflichtungen erfülle, die Spitze ab. So standen die Dinge im Herbste, und wir wollen nun in einem zweiten Artikel sehen, wie die Verhältnisse in der Türkei selbst liegen und wie die Mächte nach den neuesten Ereignissen zur orientalischen Frage stehen.

Aus Schwaben.

Anfang Januar.

Seitdem unser Ministerium seinem Reformdrang die Schleusen geöffnet hat, hört der Segen gar nicht mehr auf. Unerschöpflich ergießt sich das Füllhorn liberalisirender Projekte über alle Zweige des öffentlichen Dienstes. Und da unser Land zuvor schon laut Moriz Mohl das wahre Eldorado war und laut „Beobachter" seit Jahrhunderten der Hort der wahren Freiheit gewesen, so steht bei diesem unablässigen Mannaregen der Freiheit, der aus den obern Regionen herabträufelt, zu befürchten, daß das kleine Königreich nächstens nicht Raum genug fasse, um so viele Freiheit unterzubringen und aufzubewahren; nicht zu gedenken des fatalen Umstandes, daß durch solchen Segen die Kluft, die uns von unsern norddeutschen in Barbarei und Knechtschaft verlorenen Brüdern trennt, immer bedenklicher erweitert werden muß. Vollends seitdem die Aufhebung der Prügelstrafe beschlossen ist, die sich als eine anmuthige schwäbische Eigenthümlichkeit bis in die erste Woche des Jahres des Heils 1868 hinein erhalten hatte.

Freilich ist schon die bloße Möglichkeit, so vieles an den bisherigen Einrichtungen zu verbessern, einigermaßen geeignet, Zweifel an der Musterhaftigkeit derselben einzuflößen. Die Reformvorschläge sind in der That schon deswegen erwünscht, weil sie die Erinnerung an Halbvergessenes wieder auffrischen, weil sie die bisherigen Zustände aufdecken, über die intra et extra muros soviel gefabelt worden. Unsere Zeit zerstört unbarmherzig alle Mythen, auch den von der würtembergischen Freiheit. Würtemberg — das ist die erste Wahrnehmung — ist bisher der gerühmte Musterstaat der Freiheit nicht gewesen. Die zweite Wahrnehmung ist leider die: nach den durchgeführten Reformen wird es ebensowenig diesen Namen verdienen.

Nicht zu läugnen ist, daß wenigstens die Anzahl derselben einen imponirenden Eindruck machen muß. Um sie nur einigermaßen logisch zu classificiren, thäte es noth, jenen ausgedehnten Apparat von I und 1, A und a, α und ℵ zu Hilfe zu rufen, mit welchem einst unser Professor der Dogmatik das unter seiner Gelehrsamkeit bedrohlich anschwellende Gebiet christlicher Lehre nothdürftig zusammenzuhalten bestrebt war. Zunächst drängt sich die Unterscheidung auf, daß die Reformen in solche zerfallen, welche durch die „Ereignisse des Jahres 1866", wie man sich euphemistisch ausdrückt, nöthig, und in solche, welche durch eben diese Ereignisse unnöthig geworden sind. Zu jenen gehört in erster Linie das neue Armeegesetz, und es ist bezeichnend, daß gerade diesem nicht ganz derselbe freundliche Eifer gewidmet wird, der den andern mehr aus der schöpferischen Initiative unserer eignen Staatsmänner hervorgegangenen Entwürfen zu Theil wird. Wesentlich dem preußischen System sich anschließend, wie auch in Bewaffnung und Dienstreglement längst das selbständige Experimentiren aufgegeben ist, hat es nur die Eigenschaft, sparsamer zugeschnitten zu sein, was insbesondere durch die Reduction der Cadres, durch einen etwas niederern Prozentsatz und durch eine faktisch kürzere Präsenz erreicht werden soll. Die Berathung des Gesetzes wird sehr verzögert, doch wird an seiner Annahme in der Kammer nicht gezweifelt, zumal seitdem auch die leitenden Minister, die eine Zeit lang eine zweifelhafte Stellung einnahmen und nicht übel Lust zeigten, ihren Collegen Kriegsminister im Stich zu lassen, neuerdings auf einen Wink, der, wie es heißt, mit dem Nordwind kam, bestimmt erklärt haben, für das neue Gesetz eintreten zu wollen. Auch der König selbst hat, wie bei den Allianzverträgen in letzter Noth seine Dazwischenkunft angerufen wurde, beim Neujahrsempfang gegen die parlamentarische Abordnung sich für das Zustandekommen des Gesetzes verwandt.

Am meisten hat sich die Regierung dagegen mit derjenigen Reform beeilt, welche durch die Gründung des norddeutschen Bundes überflüssig geworden war, mit der Justizreform. Ueberflüssig insofern, als bei der nahen Aussicht zunächst auf eine deutsche Civilprozeßordnung eine Betheiligung Würtembergs an diesem Gesetzgebungsact zu wünschen war oder wenigstens die Resultate desselben hätten abgewartet werden können. Es war doch eigenthümlich, daß in denselben Tagen eilig ein würtembergischer Civilprozeß angenommen wurde, in welchem die norddeutsche Commission zu ihren Arbeiten zusammentrat. Und zwar ist es bezeichnend, daß man gerade mit ausgesprochener Absicht innerhalb des Particularstaats ein selbständiges Werk schaffen, der künftigen norddeutschen Gesetzgebung mit einer vollendeten Thatsache zuvorkommen, ja geradezu durch ungesäumte Befriedigung der Reformbedürfnisse verhindern wollte, daß die Blicke hilfesuchend nach Norden, d. h.

nach einer deutschen Gesetzgebung sich richten. Diese Gründe sind von Seite des Ministertisches wie der Abgeordnetenbänke ehrlich und unbefangen eingestanden worden. Man wollte der Welt zeigen, daß auch ein Staat wie Würtemberg noch das Zeug zu selbständigen Reformen und Gesetzesarbeiten besitze.

Noch mehr, man will gerade durch die Reformen dem souveränen Staat, der durch die Verträge befestigt zu einer Dauer bis ans Ende der Tage sich anschickt, neue Lebenskräfte zuführen. Dies ist der Gedanke, der bei den übrigen Regierungsentwürfen, welche die Verfassung und die Verwaltung betreffen und zu welchen auch noch ein Entwurf zu einer Synodalverfassung der evangelischen Landeskirche getreten ist, der maßgebende war. Auch die Reform der Verfassung, namentlich was die Zusammensetzung der beiden Kammern betrifft, ist längst ein anerkanntes Bedürfniß. Ohne daß man großen Werth auf die berühmten 43,000 Unterschriften legen könnte, welche für die Petition der Volkspartei von denen eingesammelt worden sind, „die nicht preußisch werden wollen“, hat der einfache Vergleich mit andern Verfassungen längst nur beschämend für uns sein können. Ungestört in unserem Bewußtsein, einen Hort gesicherter Freiheit zu besitzen, ertrugen wir in unserer Verfassung Merkwürdigkeiten, die fast nur mit Mecklenburg wetteifern konnten. Unläugbar sollen nun Verbesserungen eingeführt werden, aber es ist auch sofort klar, daß sie nur zögernd und zaghaft bewilligt sind, und daß die Regierung mit tiefem Mißtrauen sich auf die schiefe Ebene des modernen Liberalismus begeben hat. Wo ein Stück Freiheit bewilligt ist, sind auch die Dämme verdoppelt, durch welche ihre Entfaltung eingeengt ist. Dem Gift ist sofort wohlwollend das passende Gegengift beigesellt. Was die eine Hand gibt, die andere nimmt es zur Hälfte zurück. Man will liberal sein und variirt in allen Tonarten die „Forderungen der Zeit“ und die „Selbstregierung des Volkes“, aber man kann nicht lassen von den Gewohnheiten der Bureaukratie. Man will neues einführen, aber man will nicht auf das Alte, auf das „Liebgewordene und Eingelebte“ verzichten und gelangt so zu einer seltsamen Mischung verschiedener Systeme, durch die anstatt einer Vereinfachung der Geschäfte das Gegentheil erreicht wird.

Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen, ohne daß wir uns zu einer eingehenden Kritik von Projekten versucht fühlen, die größtentheils Projekte bleiben werden. Für die Wahlen der 64 Bezirksabgeordneten zur zweiten Kammer soll statt des bisherigen Wahlgesetzes, das künstlicher und engherziger nicht sein könnte und einseitig die Höchstbesteuerten begünstigte, das allgemeine direkte Wahlrecht eingeführt werden. Dies war nach der norddeutschen Reichsverfassung kaum zu umgehen; immerhin ist es ein kühner Schritt, wenn man bedenkt, wie bescheiden die Kammer selbst bisher in den

Forderungen einer Reform ihres Wahlgesetzes gewesen ist. Allein man hat auf finnreiche Weise das allgemeine Stimmrecht unschädlich zu machen gesucht. Zwar dagegen läßt sich wenig einwenden, daß jeder Wahlkreis in eine große Anzahl von kleinen Abstimmungsbezirken zersplittert werden soll, obwohl die Absicht auf der Hand liegt, die Wahlagitation zu erschweren, und möglichst viele ländliche Wähler zur Urne zu treiben, ohne daß sie in Berührung mit den gefährlichen Städten kommen. Unverkennbar verlieren dadurch die Aussichten des Liberalismus. Es kam bisher nicht selten vor, daß die ländlichen Wähler, in der Bezirksstadt angekommen, wo sie sich durch einen Frühschoppen zur Verrichtung ihrer Bürgerpflicht auf dem Rathhaus stärkten, bei dieser Gelegenheit besserer Belehrung sich zugänglich erwiesen und den Wahlzettel, den ihnen zu Hause der Schultheiß in die Hand gedrückt, mit einem andern vertauschten. Derlei Möglichkeit besserer Belehrung ist durch die Vorlage der Regierung weise beseitigt. Dagegen hat sie des Guten zu viel gethan, wenn sie die Wahlhandlung selbst, angeblich um die Unabhängigkeit der Wähler zu sichern, mit einer Menge komischer Förmlichkeiten ausgestattet wissen will, die gleichfalls, wenn sie überhaupt einen Sinn haben sollen, die Vermuthung tendenziöser Hintergedanken herausfordern. Dazu kommt aber nun, daß durch das allgemeine Wahlrecht das System der Censuswahlen keineswegs beseitigt ist. Vielmehr sollen zu jenen 64 Abgeordneten noch 24 Vertreter der Höchstbesteuerten, gewählt von den Bezirksräthen, treten, ein Privilegium des Reichthums und zugleich eine Hinterthür, durch welche die ritterschaftlichen Abgeordneten, die stillschweigend aus der zweiten Kammer beseitigt sind, wieder ihren Einzug in dieselbe halten würden. Die Vertreter der Kirche sind theils in der zweiten, theils in der ersten Kammer untergebracht, wie überhaupt die Zusammensetzung beider Kammern aufs künstlichste ausgeklügelt ist. Die erste Kammer, deren Opportunität in einem Land wie Würtemberg überhaupt fraglich ist, bleibt einmal der Sitz der Geburtsprivilegien, obwohl wenigstens das unsinnige Recht der Stellvertretung beseitigt ist, das bisher die abwesenden Prinzen und Standesherrn ausübten. Daneben aber wird sie wesentlich verstärkt durch Abgeordnete der Kreisversammlungen, durch Vertreter der größeren Städte, der Universität 2c.; auch durch die erhöhte Bedeutung der ersten Kammer soll ein Damm gegen die Gefahren des allgemeinen Stimmrechts aufgeführt werden.

Und damit nicht genug; von wahrhaft raffinirter Künstlichkeit zeugt jene Bestimmung, wonach, wenn bei einer Wahl nach allgemeinem Stimmrecht nicht einer der Candidaten die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält, — ein Fall, der oft genug vorkommt — das Stimmrecht übergeht auf die Gemeinde- und Bezirksausschüsse. Schwer begreiflich ist, daß auch diejenige Bestimmung, welche die Redefreiheit der Abgeordneten

beschränkt, sofern sie für Beleidigungen der Staatsregierung wie von Privatpersonen vor die Gerichte gezogen werden können, im neuen Entwurf beibehalten ist. Was läßt sich nicht alles unter den Begriff Beleidigung der Staatsregierung bringen! Und wie hat der Particularismus unsers Landes die bekannten Vorgänge in Preußen ausgebeutet, ohne des Balkens im eignen Auge zu gedenken! Die bloße Klugheit hätte die Regierung bestimmen sollen, hier keine Parallelen herauszufordern, die sich ohnedies überall von selbst aufdrängen. Bekanntlich hat bisher der würtembergischen Kammer nicht einmal die Initiative der Gesetzgebung zugestanden; sie soll ihr nun gewährt werden, aber unter Einschränkungen, welche dieses Recht fast illusorisch machen, mindestens an einen lästigen Apparat von Vorbedingungen knüpfen. Beibehalten ist ferner die kleinliche Bestimmung, wonach die Kammer den Präsidenten und Vicepräsidenten nicht selbständig wählt, sondern nur das Präsentationsrecht besitzt. Endlich soll, wie bisher, die Wahlperiode 6 Jahre dauern und der ordentliche Budgetlandtag nur alle 3 Jahre berufen werden. Lauter Beispiele, welche zeigen, wie der würtembergische Constitutionalismus nach den Ideen des Herrn von Geßler künftig sich ausnehmen wird. —

Ein unläugbar freisinniger Zug geht dagegen durch die neuen Bestimmungen über die Organisation der Verwaltung. Es soll dem Volk durch die Wahlen in Bezirksräthe, aus welchen wieder die Wahlen in die Kreisräthe erfolgen, ein größerer Antheil an der Verwaltung gewährt werden. Es soll z. B. die Controle, welche bisher den Staatsbehörden über das Rechnungswesen der Gemeinden zustand, völlig aufgehoben werden. Allein die neue Organisation der Behörden kann gleichwohl schwerlich eine Vereinfachung genannt werden. Man hatte die Aufhebung der vier Kreisregierungen erwartet, statt dessen sind sie verdoppelt, entsprechend den acht Kreisen der Gerichtsverfassung. Dem Oberamtmann stehen die von den Gemeindevertretungen gewählten Bezirksräthe, dem Kreishauptmann die Kreisräthe zur Seite, alles unbesoldete aber obligatorische Aemter, mit welchen es doch dem Bürger zu viel werden muß, der statt der Verminderung der Vielregierei nur die Anzahl der Regierenden, auf Kosten seiner Zeit, ins riesenhafte anschwellen sieht. Es ist schon in der Kammer bemerkt worden, daß es in Zukunft wohl keinen Würtemberger geben möchte, der nicht im Besitz irgend eines solchen Ehrenamtes wäre, sei es als Bürgerausschußmitglied oder als Gemeinderath, als Schöffe oder als Handelsrichter, als Bezirksrath oder als Kreisrath, als Pfarrgemeinderath oder als Synodalmitglied.

Durch die Abgeordneten, welche die Kirche mittelst der Synode in die zweite Kammer senden soll, hängt auch die Synodalverfassung mit der Reform der Landesverfassung zusammen. Im Ganzen trägt sie denselben Charakter

wie die übrigen Reformen. Als im Jahre 1858 die leitenden Grundsätze einer neuen Kirchenverfassung veröffentlicht wurden, schien es, als beabsichtige man ein wirkliches Synodalsystem einzuführen, sofern ein organisches Verhältniß der Synode zur Kirchenleitung angestrebt wurde. Jetzt, nach dem 10 Jahre später fertig gewordenen Entwurf sollen sich Synode und Kirchenregiment unvermittelt gegenüber stehen, jene ist mit einer dürftigen Competenz ausgestattet, und ein officiöser Artikel beeilte sich mit der Warnung, daß die künftige Synode nicht in einer systematischen Opposition, nicht in einem Kampf um Ausdehnung ihrer Befugnisse ihre Aufgabe suchen möge. So ist das Repräsentativsystem, eigener Lebenskraft beraubt, angeklebt an das Consistorialregiment, ähnlich wie in der Gerichtsverfassung die Kreisgerichte mit den bestehenden Amtsgerichten combinirt, in der Verwaltung das Kreissystem mit dem bestehenden Aemtersystem unglücklich verschmolzen ist.

Dies sind die Reformen, mit welchen die Regierung das Land überschüttet hat, mit welchen sie die Lebensfähigkeit des Staats zu beweisen und zu erhöhen gedenkt. Es dünkt uns, vorsichtiger wäre es gewesen, wenn man die Lebensfähigkeit des würtembergischen Staats nicht so in den Vordergrund gerückt und auf eine so bedenkliche Probe gestellt hätte. Zum mindesten hat sich die Fähigkeit der Reformatoren nicht eben das glänzendste Zeugniß ausgestellt. Schon dies ist bedenklich genug, daß die Regierung erst in den letzten Wochen einer 6jährigen Wahlperiode, gerade vor Thorschluß, mit ihren Entwürfen fertig geworden ist. An eine Durchberathung ist in dieser Kammer, deren Mandat im Februar abläuft und die noch dringende Arbeiten genug vor sich hat, nicht mehr zu denken. Die Vorlagen bleiben zunächst schätzbares Material. Schon daraus erklärt sich die Theilnahmlosigkeit, mit welcher sie allgemein aufgenommen worden sind. Aber sie erklärt sich noch aus einem andern Grund. Vergebens bemüht sich die Regierung, das Interesse der Staatsbürger von den nationalen Fragen zurückzubannen auf den engen Kreis der schwarz-rothen Grenzpfähle. Der Glaube an die Zukunft der staatlichen Sonderexistenz ist unwiderruflich dahin, auch bei denen, die es nicht Wort haben wollen. Und wären die Reformen noch viel liberaler ausgefallen, das Gefühl läßt sich nicht zurückdämmen, daß unsere Zukunft an das gemeinsame deutsche Staatswesen geknüpft ist. Hiergegen kann die Frage, wie unsere Kammern künftig zusammengesetzt werden sollen, nur ein untergeordnetes Interesse erwecken. Im Vordergrund des Interesses steht die Gesammtvertretung deutscher Nation, die Vorbereitung der Wahlen zum Zollparlament. Die Regierung selbst verräth durch außerordentliche Kundgebungen, wie es die Rede des Herrn v. Varnbüler am 11. December, und wie es der unglückliche Zeitungsartikel des Herrn v. Geßler am 8. Januar war, wie sehr sie von diesem obersten Interesse beherrscht ist. Sie hat mit diesen Kund-

gebungen ihre Parole, ihr Wahlprogramm ausgegeben. Andrerseits hat die Volkspartei ihre Abdication ausgesprochen in dem Beschluß, sich der Wahlen zum Zollparlament zu enthalten. Selbst der Hilferuf der Fraction Bebel und Schraps um Succurs aus dem Süden hat die unbeugsamen Catone am Nesenbach nicht zu rühren vermocht. Im nächsten Brief hoffe ich berichten zu können, daß die dritte Partei, die deutsche, inzwischen nicht müßig gewesen ist.

r.

Onno Klopp's neueste Brochüre.

Die preußische Politik des Friedericianismus nach Friedrich II. Von Onno Klopp. Schaffhausen, Hurter 1867.

Die genannte Flugschrift, ein besonders abgedrucktes Stück aus der 2. Auflage des Buches desselben Verfassers über Friedrich den Großen, ist außerhalb der partikularistischen Kreise wenig beachtet worden. Ein Hinweis auf dieselbe dürfte nichtsdestoweniger schon durch die Rücksicht gerechtfertigt erscheinen, welche wir dem künftigen Geschichtschreiber unserer Zeit schulden. Demselben muß Gelegenheit geboten werden, davon Notiz zu nehmen, bis zu welchem Wahnwitz in der Beurtheilung der Geschichte böswilliger Fanatismus einen gescheiden und wohlunterrichteten Mann im Jahre 1867 hat treiben können.

Schon die Einleitung ist in dieser Beziehung höchst charakteristisch: Der norddeutsche Bund wird ein „Hohn auf das wahre föderative Princip" genannt, in welchem allein das Heil Deutschlands zu suchen sei. Der Name Deutschland — heißt es weiter — sei nur noch in dem Sinne giltig, wie der Name Polen; wie vom Staate der Hohenzollern der Gedanke der Theilung Polens ausgegangen sei, so habe derselbe Staat auch Deutschland zerschlagen. In diesem Staate sei der Zweck des menschlichen Daseins nur noch der, als Material zu dienen für den Molochdienst von Blut und Eisen u. s. w.

Der Aufsatz gibt sodann eine Geschichte des perfiden und gewaltthätigen Raubstaats, zu welchem Preußen seit Friedrich II. geworden. „Eroberer", so heißt es in Bezug auf den großen König, „waren nicht selten Bahnbrecher einer höheren geistigen Cultur. Aber hier wird die Abneigung gegen dieses furchtbare System der Immoralität nicht gemildert durch den Anblick einer höheren Entwickelung irgend einer Seite des menschlichen Culturlebens" (!). In der Schilderung der Zeit nach Friedrich wird überall die östreichische Politik verherrlicht, alles Unheil Deutschlands dagegen auf das „unzuverlässige,

treulose, gewinnsüchtige" Preußen geschoben, durch welches das Reich vernichtet worden sei. Der von den nationalen Historikern neuerdings genügend ins rechte Licht gestellte Basler Friede muß den bereits etwas trivial geworde- nen Stoff für diese Ausführungen hergeben, in denen gedachter Friedens- schluß u. A. „schimpflicher als der Rheinbund" genannt wird. Daß gelegent- lich die Säcularisation der geistlichen Güter beklagt wird, dürfte allerdings nicht ganz im Sinne des echten weißgelben Patriotismus gesprochen sein: doch darf nicht vergessen werden, daß Herr Onno Klopp durch seine Bei- träge für die gelben Blätter und durch sein Buch über Tilly und Gustav Adolf bei den ultramentanen Koryphäen einen Credit erworben hat, den sich zu erhalten er gerade jetzt bemüht sein muß. Wohl auch aus diesem Grunde wird Karl V. in seiner Stellung zu den protestantischen Fürsten, Philipp II. im Gegensatz zu Wilhelm von Oranien gelobt. Von der Kata- strophe von Jena springt der Verfasser alsbald auf die; wie er sagt, „bei allen Deutschen Mißtrauen erregende" Politik Preußens nach dem Befrei- ungskriege über. Von der großartigen Reorganisation Preußens unter Stein und dessen Genossen, von der Errettung Deutschlands durch die Erhebung des preußischen Volks — diesem glorreichsten Stück der neueren deutschen Ge- schichte — findet sich kein Wort. „Durch den latenten Friedericianismus sei planmäßig Oestreich der Boden untergraben worden." Nun, die trotz aller politischen Reaction in dem Vierteljahrhundert nach dem pariser Frieden in Preußen entwickelte wissenschaftliche Cultur und die Begründung des Zollver- eins in dieser Zeit — das waren keine latenten Machinationen, sondern glän- zende Fortschritte zum Siege über das den Deutschen durch eigene Schuld entfremdete und bis 1848 von keiner lebendigen Idee der Zeit berührte Oest- reich. Eine Mission Preußens erkennt O. Klopp nicht oder will sie nicht erkennen, obgleich sie für jeden Unbefangenen handgreiflich ist, und für den Historiker in der welthistorischen Mission der Römer, der Franken, der Deut- schen in der Reformation, der Franzosen in der Revolutionsperiode u. s. w. Analogien findet Ueberall wurde früher berechtigt gewesenen Staaten und Zuständen „der Boden untergraben", überall altes unerträglich oder unfrucht- bar gewordenes Recht durch Politik und Gewalt gebrochen, um gebundenen Kräften zu neuem wirksamen Leben zu verhelfen.

Davon wird bei Klopp abgesehen; der Verfasser beschäftigt sich lieber mit der „Corruption", welche die deutsche Bildung in Beurtheilung der Habs- burger gezeigt habe. „Keine Großmacht der Erde kann mit solcher moralischen Zuversicht auf ihre Geschichte blicken, als die der Habsburger." Herr Klopp spricht ein großes Wort aus. Es ist wahr, das Glück hat in den ältern Zeiten seit Rudolf I. den Habsburgern manche Arbeit erspart, mit der sich andere Für- sten in der Geschichte emporarbeiten mußten. Wenn man aber z. B. an die

Habsburger Albrecht I., Karl V., Matthias und an Alles das denkt, was unter anderen weniger activen, beschränkten oder indolenten Kaisern dieses Hauses wie z. B. unter Ferdinand II und Leopold I. verordnet oder zugelassen worden ist, so dürfte die moralische Zuversicht des Verfassers ernstlich getrübt werden. Thaten rücksichtsloser und gewaltthätiger Politik finden sich bei den Sprossen des Hauses Habsburg ebenso zahlreich, wie bei andern großen Geschlechtern, nur daß dieselben selten den bewegenden Ideen der Zeit und dem Fortschritt der Menschheit dienstbar waren. Wäre dies der Fall gewesen, so würden die Geschichte und die von ihrem Urtheil abhängige öffentliche Meinung jenen Habsburgern ihre „unsittliche" Politik ebenso verziehen haben, wie Joseph II., dessen gewaltthätige Mittel im Dienst höherer sittlicher Zwecke standen. Nicht die von Klopp gerühmte Schweigsamkeit der im Bewußtsein ihrer Verdienste die öffentliche Meinung verachtenden Habsburger, nicht das von Klopp ersundene Mährchen einer durch die Presse künstlich erzeugten Verherrlichung Friedrichs und der preußischen Mission, nicht die von Klopp beklagte thörichte Pflege des Friedericianismus in den Schulen, nicht die Auszeichnung demoralisirender Historiker (Rankes Wirksamkeit bei der historischen Commission und Giesebrechts Anstellung in München durch den verewigten König Max II. werden u. A. in diese Kategorie gebracht) — haben Friedrich den Großen und Preußen in der deutschen Geschichte und in der öffentlichen Meinung populär gemacht, diese Popularität beruht darauf, daß sich aller Fortschritt in der politischen Entwickelung des deutschen Volkes an Friedrich und an das durch ihn erweckte preußische Volk knüpft. Onno Klopp ist bekanntlich ein Meister in der freilich nur fanatische Parteigenossen oder harmlose Idioten täuschenden Sophistik, ein populär gewordenes Urtheil der gewissenhaftesten Geschichtsbetrachtung als von einer Partei künstlich verbreitete, der Wahrheit widersprechende Ansicht darzustellen. Unter seinen Händen wird Gustav Adolf zum nichtswürdigen Schurken, der seine Popularität in Deutschland einigen von ihm bezahlten Schriftstellern verdankt. Klopp weiß nachzuweisen, daß das religiöse Interesse des protestantischen Volkes während des 30jährigen Kriegs eine Erfindung der protestantischen Zeloten sei, und in den gelben Blättern*) hat er bereits Andeutungen darüber gegeben, daß schon zu Luthers Zeiten dem deutschen Volke an der lutherischen Kirche eigentlich nicht viel gelegen gewesen sei. Er wird uns dereinst sicher noch auseinandersetzen, daß Luthers welterschütternder Ruhm als künstliches Product der schlechten Presse des 16. Jahrhunderts anzusehen sei.

*) Die Studien eines protestantischen Forschers über Karl V. in vier neuen Heften der histor. politischen Blätter für das katholische Deutschland sind doch wohl aus Klopps Feder.

Der Verfasser erhebt am Schluß seines Buchs einen Weheruf über das furchtbare Unglück, das über Deutschland hereingebrochen sei. „Die deutsche Sprache wird die preußische werden" ruft er aus, „und nur noch Gedanken und Gefühlen dienen, welche mit dem deutschen Wesen in Widerspruch stehn. Der Hochmeister Albrecht, der Hohenzoller, nahm das Ordensland Preußen wider Eid und Gelübde als erbliches Herzogthum an sich und trug es der Krone Polen zu Lehn auf" (freilich wurde dadurch Preußen lutherisch und kam dadurch später an Brandenburg, was beides Herrn Klopp nicht gefällt) „und behielt trotz dieser Felonie gegen Kaiser und Reich den schwarzen Adler im silbernen Felde bei. Dieses durch Felonie und Kirchenraub (!) entwendete Wappen brachte Friedrich, der das Königthum nicht mehr auf das ehemalige Preußen beschränkte, durch abermalige Untreue und den Bruch der Verpflichtungen, die sein Großvater für die Königskrone in Preußen eingegangen war, nach Deutschland wieder heim. Wie dieser preußische Reichsadler für die gesammte Monarchie erlangt ist durch doppelten Verrath an Deutschland, ähnlich steht der Gebrauch der Sprache für das Preußenthum in Widerspruch mit dem deutschen Wesen."

Das Alles fürchtet Herr Klopp, wenn sich die jetzigen Verhältnisse consolidiren sollten und er bemitleidet im Voraus alle Staatsangehörigen des norddeutschen Bundes. Doch hofft er auf Vergeltung, auf Umsturz. Wir dagegen hoffen und wünschen, daß Herr Onno Klopp, wenn auch nicht in Hitzing, wo ihm bei der Wiederaufnahme seiner pädagogischen Wirksamkeit doch allmählich die Zeit etwas lang werden dürfte, so doch sonst irgendwo im Kreise ultramontaner Gesinnungsgenossen von der weiteren kräftigen Entwickelung des neuen deutschen Bundesstaates noch recht lange Zeit Zeuge sein möge.

Politische Rundschau.

Das neue östreichische Ministerium und der Frieden.

✕ Leipzig, Mitte Januar.

Der Jahreswechsel war auch dieses Mal von einer Reihe nicht unwichtiger Vorgänge begleitet. Zwar hat der Kaiser der Franzosen keines jener geflügelten Worte gesprochen, welche die Naivetät der Börsen seit dem Jahre 1859 für unvermeidlich hielt, und ist der Neujahrstag allenthalben gleich bedeutungslos vorübergegangen: die Wochen, welche ihm vorhergingen, sind

aber ebenso wichtig gewesen, wie die, welche ihm folgten. Noch in den letzten Tagen des alten Jahres entschied sichs, daß jene Conferenz über die römisch-italienische Frage, welche durch die Herbstmonate die diplomatische Welt beschäftigt hatte, das Geschick all' der verwandten Unternehmungen ihres Urhebers theilen und begraben werden sollte, ehe sie geboren worden, und diese Entscheidung fiel mit der zusammen, welche das Corps législatif über die römische Angelegenheit fällte und welche wiederum einen Ministerwechsel in Italien nach sich zog. Noch bevor der gesetzgebende Körper seine Verhandlungen über die auswärtigen Fragen beschlossen hatte und zu den Debatten über die Neugestaltung der französischen Armee übergegangen war, unterbrach die laute und entschiedene Sprache des „Russischen Invaliden" das Schweigen, mit welchem die Diplomatie bis dahin die orientalischen Dinge bedeckt hatte; und die politischen Gegensätze, welche die vier continentalen Großmächte das vergangene Jahr über in zwei einander gegenüber stehende Lager getrennt haben, wurden am Schluß desselben noch einmal mit ihren wirklichen Namen genannt. In den ersten Tagen des neuen Jahres traten die preußischen Gesandten ihre Functionen als Vertreter des norddeutschen Bundes bei den Höfen der Großmächte an und beendete der k. k. Reichskanzler v. Beust das Werk der Reconstruction Oestreichs durch Installirung eines liberal-cisleithanischen Ministeriums. Begleitet wurden diese Vorgänge, namentlich soweit sie sich auf Frankreich bezogen, von dem ängstlichen Mißtrauen der Börse und eines großen Theils der Presse.

Dieses Mißtrauen ist, wie wir glauben möchten, nicht ganz grundlos gewesen. Auch wenn man von dem eigenthümlichen Geist absieht, in welchem die Verhandlungen über das neue französische Wehrgesetz geführt worden sind, und wenn man den Pessimismus derer nicht theilt, welche in dem Theaterscandal der Porte St. Martin und dem Pöbelexceß vor dem Château d'Eau bereits Vorläufer eines pariser Volksaufstandes sehen, wird man Gedanken darüber, daß sich in Frankreich etwas Unerwartetes vorbereitet, kaum aus dem Wege gehen. Dem äußern Anscheine nach hat die Nordd. Allg. Ztg. allerdings Grund gehabt, die Signatur des neuen Jahres eine friedliche zu nennen. Daß der Eintritt der deutschen Südstaaten in den Nordbund die französische Regierung zu einem plötzlichen Entschluß drängen werde, ist, wie die Dinge zur Zeit liegen, kaum anzunehmen; daß man in Paris Neigung verspüre, der orientalischen Frage zu Leibe zu gehen, scheint nach der friedlichen Haltung der officiösen Presse gleichfalls wenig wahrscheinlich. Auch in Italien gewinnt eine ruhigere Auffassung der Verhältnisse die Oberhand, und wenn sich aus mangelnder Veranlassung zu einem Conflict auf eine friedliche Zukunft schließen ließe, so könnte mit einiger Sicherheit auf eine solche

gerechnet werden. Nichtsdestoweniger erhellt schon aus den steten Friedensbetheuerungen großer und kleiner Politiker, daß man sich Friedenshoffnungen einreden muß, um überhaupt welche zu haben. Die Nothwendigkeit, sein Volk zu beschäftigen, ist für den dritten Napoleon dringender denn je, und daß es zur Zeit an dem Gegenstande für eine solche Beschäftigung gebricht, ist grade ein Hauptgrund für die allgemeine Unruhe. In früheren friedlichen Zeiten waren es die äußeren Verhältnisse, welche die Ruhe der Völker störten, heutzutage ist grade die Abwesenheit äußerer Störungen ein Gegenstand der Sorge. Trotzdem, daß das abgelaufene Jahr mit dem kaiserlichen Versprechen freisinniger Modificationen des herrschenden Systems inaugurirt wurde, ist von solchen in dem modernen Frankreich nie weniger die Rede gewesen, wie zur Zeit; die Unzufriedenheit der Bevölkerung ist dagegen durch eine Reihe diplomatischer Mißerfolge, getäuschter Hoffnungen und gewaltsamer Polizei- und Präfectureingriffe beträchtlich gesteigert worden. War es schon vor Jahresfrist nothwendig, die Franzosen von der kritischen Beschäftigung mit der Lage ihres Staats abzulenken, so ist diese Nothwendigkeit seit den letzten zwölf Monaten noch gewachsen, und vergeblich sieht man sich in Paris nach dem erforderlichen Material zu neuen Blitzableitern um. Während die prickelnde Unruhe der Pariser die geringfügigsten Vorkommnisse des täglichen Lebens aufgreift und zu Ereignissen zu erweitern sucht, Fabrikanten und Proletarier gegen die Wirthschaftspolitik des Baron Haußmann Sturm laufen, Männer von der Loyalität Michel Chevalier's über die Zerrüttung der Finanzen der Hauptstadt laute Klage führen, die festlich geschmückten Ballsäle des Tuilerienpalastes zufolge der Verstimmung der Börsen und Fabrikantenkreise leer bleiben und der Lärm über siebzehn neue Preßprocesse die journalistische Welt erfüllt, weiß der Moniteur seine Leser nicht besser als mit der Beschreibung persischer Hochzeitsfeierlichkeiten zu unterhalten. Unter so abnormen Verhältnissen wie denen der Hauptstadt des zweiten französischen Kaiserreichs ist ein solches Verhältniß auf die Dauer unhaltbar und die Ungezwungenheit, mit welcher die gouvernementalen Redner des gesetzgebenden Körpers die Nothwendigkeit der Kriegsbereitschaft aus der innern Lage ableiten, bekundet deutlich, daß jene seit anderthalb Jahren stets neu wiederholte cynische Lehre, nach welcher das innere Unbehagen des Volks an und für sich ein berechtigter casus belli ist, heute ebensoviel Jünger zählt, als im Herbst 1866. Daß es an einer wirklichen Veranlassung zu einem Conflict Frankreichs mit dem neuen deutschen Staat fehlt, macht die Sache eher schlimmer als besser, denn die Conjecturalpolitik, zu welcher die Börsen einmal verurtheilt sind, entbehrt aller Anhaltepunkte; sie sucht dieselben darum in tausend Dingen, die ihr sonst für gleichgiltig gegolten hätten; hat man doch selbst von der Möglichkeit eines französischen Kreuzzugs nach Japan gefabelt, um nur mit seinen Be-

fürchtungen nicht länger in der blauen Luft bleiben zu müssen. Das Napoleonische Regiment in Frankreich beschließt — wenn man die Zeit der Präsidentschaft mit in Rechnung bringt — nächstens das zweite Jahrzehnt seiner Existenz und bereits fragt alle Welt, wo es die Mittel zur weiteren Fristung seines Bestandes hernehmen wird. Wenn in andern Staaten das hohe Alter einer Regierungsform als Grund für ihren ferneren Bestand angesehen werden kann, so steht es in Frankreich gerade umgekehrt; seit nahezu einem Jahrhundert hat sich keine Herrschaft in diesem Staat gleicher Dauer rühmen können, wie die gegenwärtige, so jung dieselbe auch ist. Ludwig XVI. saß 19 Jahre lang auf dem Throne, die Republik hat sich keine 12 Jahre erhalten, Napoleon hat durch 17 Jahre als Consul und Kaiser regiert, der Restauration war eine fünfzehnjährige, dem Bürgerkönigthum eine achtzehnjährige Lebensdauer beschieden. Das zweite Napoleonische Zeitalter lebt seit Jahren von der Hand in den Mund, es hat den Cursus der Abwechslungen, mit denen ein Volk unterhalten und beschäftigt werden kann, so vollständig „durchschmaruzt", daß allgemach die verwegensten Pläne die wahrscheinlichsten geworden sind. Und zu diesen wäre ein Krieg ohne Allianzen zu rechnen, obgleich Napoleon III. bisjetzt einem solchen hartnäckig aus dem Wege gegangen ist. Während des Jahres 1867 war es die Möglichkeit eines Bündnisses mit Oestreich, an welcher die Spekulanten der Baisse festhielten. Daß diese Aussicht seit den letzten Wochen entschieden in den Hintergrund getreten ist, bildet das eigentliche Ereigniß, das den Jahreswechsel begleitet und hat den Conjecturalpolitikern die letzte Spanne Boden unter den Füßen hinweggezogen.

Das öffentliche Auftreten des neuen östreich. Ministeriums ist von einer Reihe friedlicher Versicherungen begleitet, die das Gepräge innerer Wahrheit tragen. Nicht daß das Haus Habsburg-Lothringen plötzlich auf seine alten Traditionen verzichtet und die Rechnung auf seine deutschen Stützen für immer gestrichen hätte, — das neue Ministerium, an dem das Selbstvertrauen der östreichischen Monarchie erstarkt, braucht den Frieden, wenn es Lebenskraft gewinnen soll und die regierende Dynastie braucht dieses Ministerium. Die gegenwärtige Zusammensetzung des k. k. Cabinets steht aber in so entschiedenem Gegensatz zu den Traditionen des östreichischen Staats, daß seine Stellung schon aus diesem Grunde eine beispiellos schwierige genannt werden muß. An der Spitze der Geschäfte steht ein norddeutscher Protestant, der nach östreichischen Begriffen ein halber Roturier ist, seine Collegen sind freisinnige Ungarn, die bereits einmal auf der Proscriptionsliste gestanden haben und bürgerliche Juristen und Gelehrte ohne Familienverbindungen und Vermögen, Fremdlinge in der Hofburg, die bei den Habitués derselben nur auf Feindschaft und Mißgunst zu rechnen haben und der Umge-

bung, in welcher Franz Joseph jung gewesen und alt geworden, für Eindringlinge gelten. Selbst auf die schwachen bureaukratischen Stützen, über die Schmerling zu verfügen hatte, können die Männer kaum rechnen, von denen das Volk erwartet, sie würden den alten Sauerteig der verrotteten Beamtenwirthschaft ausfegen. Hof, Adel, Bureaukratie und Armee stehen ihnen gleich fremd gegenüber und doch sind diese die Factoren, mit denen im östreichischen Staatsleben an erster Stelle zu rechnen ist. Die Partei, welche hinter den Giskra und Herbst steht, ist noch jung und undisciplinirt; weder in Bezug auf die socialen Elemente, aus denen sie zusammengesetzt ist, noch bezüglich ihres moralischen Einflusses kann sie auch nur mit der Partei der preußischen Liberalen verglichen werden, aus deren Mitte die Minister unsrer Aera von 1859 hervorgingen. Die Basis, auf welcher das cisleithanische Cabinet steht, ist ausschließlich das Vertrauen des Volks. Demokratischen Schwärmern muß es überlassen bleiben, diese für einen rocher de bronze zu halten: wo mit realen Faktoren gerechnet wird, sagt man sich, daß die Macht, über welche die neuen östreichischen Staatslenker zu verfügen haben, gerade darum eine äußerst geringe ist und erst erworben werden muß. Das Experiment, das Herr v. Beust mit dem Januarministerium gemacht hat, ist ein so kühnes, daß Krone und Volk demselben mit gleich hohen Erwartungen entgegentreten; das Volk verlangt den Ausbau einer demokratischen Verfassung und die Beseitigung von Schäden, welche so alt wie die Monarchie sind und an denen Adepten der verschiedensten Art zu Schanden geworden sind, die Krone Wiederherstellung einer straffen innern Organisation und der frühern Machtsphäre des Staats, Besserung der Finanzen und Erhöhung der Staatseinnahmen. Und diese hohen und kühnen Ziele sollen erreicht werden, ohne daß die in das Ministerium gerufenen Männer auf jene gute Meinung der Krone rechnen dürfen, welche die tausend Blößen, die sich das Ministerium Belcredi gab, liebreich zudeckte, ohne jene Sicherheit und Uebung in der Behandlung großer Geschäfte, die sich nur durch Erfahrung gewinnen läßt und deren äußere Formen der herrschenden Classe überall geläufiger sind, als dem Mittelstande, endlich ohne das Recht, außerordentliche Opfer und Anstrengungen fordern zu dürfen. Mit dem Entschluß, die deutsche Bourgeoisie an das Staatsruder zu stellen, glaubt die Krone sicher das Uebermenschliche gethan, durch das Opfer ihrer Neigungen das Recht zu den gespanntesten Anforderungen erkauft zu haben: wenn die bürgerlichen Minister nicht sofort die Schwierigkeiten überwinden, zu deren Bekämpfung man sie angeschafft hat, so hätte es ja bei den Grafen und Fürsten bleiben können, welche die Natur selbst zu Staatsmännern bestimmt hat! Mißgriffe der Repräsentanten des alten Systems hatten nur die Kritik dilettantischer Parlamentsredner und doctrinärer Journalisten zu fürchten; der erste Fehltritt der „neuen

Männer“ ruft ergraute Praktiker der Metternichschen Staatskanzlei, hochangesehene Aristokraten und grollende Czechen unter die Waffen und muß sich die Splitterrichterei von Politikern gefallen lassen, welche mit allen Einzelheiten des Staatsmechanismus bekannt sind. Dazu kommt, daß die Nationalität, auf welche die liberalen Minister beinahe ausschließlich angewiesen sind, seit Menschengedenken das Aschenbrödel der östreichischen Politik gewesen ist und sich das Ansehen erst erobern muß, mit welchem sie ihre Repräsentanten decken soll. Bisher überall im Rückgang begriffen und mit der mühsamen Behauptung seiner Machtsphäre beschäftigt, hat das deutsch-östreichische Element die schwierige Aufgabe, plötzlich alle Verantwortlichkeit für das Wohl und Wehe des Staats und derselben Völker zu übernehmen, mit denen es im Hader liegt. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist, wenn überhaupt, nur unter der Bedingung einer dauernden Aufrechterhaltung des Friedens, dieser nur im Fall aufrichtigen Verzichtes auf die Einmischung in die deutschen Dinge möglich. Es liegt darum kein Grund vor, an der Wahrheit und dem guten Willen der officiösen wiener Friedensprediger zu zweifeln, fraglich aber bleibt, ob und wie weit dieses friedliche Programm wirklich aufrecht erhalten werden kann.

Der Anspruch auf die östreichische Suprematie in Deutschland ist von all' den wiener Cabinetten, welche wir seit der Auflösung des alten Reichs erlebt haben, gleich energisch aufrecht erhalten und ein integrirender Theil der dynastischen und politischen Traditionen der habsburgischen Monarchie geworden. Den Bruch mit dieser Tradition durchzuführen bedarf es allein eines Ministeriums, das allseitiges Vertrauen und einen unerschütterlich festen Willen mitbringt. Es genügt nicht, daß keine neuen Versuche zur Durchführung des großdeutschen Programms gemacht werden, die vorhandenen Pfeiler desselben müssen aus der Welt geschafft, die alten Wurzeln an der Entfaltung ihrer natürlichen Triebkraft verhindert werden; sonst ist es unvermeidlich, daß neue Schößlinge über Nacht wieder da sind. Dieser Nothwendigkeit zu entsprechen muß den Ministern des neuen Cabinets sauer ankommen; der großdeutsche Gedanke war der Haupthebel, den sie ansetzten, um den Muth ihres Volks wach zu erhalten, mit seiner Geschichte ist ihre eigene aufs engste verwachsen gewesen und ihr Führer, der Reichskanzler, war der eifrigste Prophet desselben „im Reich.“ Die Giskra, Herbst u. s. w. müssen nicht nur mit den Aspirationen des Kaisers und des Hofs, sondern mit sich selbst fertig werden, um die Möglichkeit des Friedens, der die Bedingung ihrer politischen Existenz ist, aufrechtzuerhalten, sie müssen taub und blind sein gegen die Sirenenstimmen, die aus Süd- und Norddeutschland, von der Isar und vom Neckar, von der Elbe und vom Rhein zu ihnen dringen und zur Wiederaufnahme des alten Intriguenspiels einladen. Schon ihre

ersten friedlichen Kundgebungen, die überall im Volke ein freundliches Echo fanden, sind von den Organen des großdeutschen Particularismus mit einer Art von Mißtrauensvotum beantwortet worden, und daß fernere Versuchungen an Herrn von Beust und dessen Genossen herantreten, kann um so weniger ausbleiben, als die außer-östreichischen Oestreicher seit Jahren kein wiener Ministerium erlebt haben, dessen Fahne sie so muthig und unbedenklich schwenken könnten, als die des gegenwärtigen „liberalen" Cabinets, das schon wegen der populären Namen seiner Glieder allen denen unschätzbar sein sollte, die den Werth jedes Ereignisses nach dem Quantum Gift abschätzen, das aus demselben gegen Preußen gewonnen werden kann. Daß das neue cisleithanische Cabinet unberührt von den Lockungen seiner großdeutschen Freunde der Erfüllung seiner inneren Aufgabe nachgehe, ist darum eine harte Forderung. Und doch müssen die östreichischen Staatsmänner sich sagen, daß nur um diesen Preis der Frieden zu erhalten ist, dessen sie vor allem bedürfen, um den an sie gestellten Ansprüchen einigermaßen gerecht werden zu können. Sie müssen, was vor ihnen noch kein östreichisches Ministerium gethan hat, den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit in das innere Staatsleben verlegen und auch in diesem Sinn einen vollständigen Bruch mit den wiener Traditionen versuchen. Geschieht das nicht, bricht eine kriegerische oder diplomatische Verwickelung herein, so ist es um die Möglichkeit einer Abhilfe der Nothstände, welche auf der Bevölkerung lasten, um den guten Glauben derselben, kurz um alle Grundlagen der Existenz der bürgerlichen Minister geschehen.

Möglich, daß die Aussicht auf die Wiedererlangung der früheren deutschen Machtstellung des Kaiserstaats die Deutsch-Oestreicher noch einmal in den Taumel gedankenloser Kriegsbegeisterung fortreißt, von Dauer kann derselbe nicht sein, und haben die bürgerlichen Minister nur für einen Augenblick die Popularität verloren, von welcher sie getragen werden, so ist es um sie geschehen und Herr von Beust geräth in die Nothwendigkeit, über sie weg eine Brücke in das feudale Lager zu schlagen, das die Schule der alten diplomatischen und militärischen Künste Oestreichs, die wahre Heimat der kaiserlichen Sympathien ist. Gegen Preußen und Deutschland kann Oestreich nur an der Seite Frankreichs unter die Waffen treten, ein Bündniß dieser Art würde dem östreichischen Einfluß aber unfehlbar einen Todesstoß versetzen. Die Interessen Oestreichs sind mit denen der großdeutschen Partei niemals identisch gewesen; im Fall eines mit französischer Hilfe geführten Krieges würden sie vollständig auseinanderfallen und den neuen Staatsmännern die schwache Stütze, welche sie an den süddeutschen Sympathien haben, gleichzeitig mit allen übrigen entziehen. Fraglich ist nur, ob man das in Wien ebenso genau weiß wie bei uns.

Ziehen wir die Summe. Die Aufrechterhaltung des Friedens mit Preußen, welche das neue Ministerium auf sein Schild geschrieben hat, fällt mit dem Interesse desselben aufs engste zusammen: soll mit der „neuen Aera“ wirklich Ernst gemacht werden, so ist es nothwendig, daß alle Kraft auf die Lösung der inneren Schwierigkeiten, auf den Ausbau einer freisinnigen Verfassung, die Kräftigung des deutschen Elements und des von diesem getragenen Volkswohlstandes verwendet werde. Weil eine solche Politik aber in schroffem Gegensatz zu allem steht, was man in der Hofburg als östreichische Erbweisheit verehrt, wird die Befolgung derselben die Stellung der neuen Minister zur Krone und zu der Kaste, welche bisher das Scepter geführt hat, erschweren. Oestreichs deutsche Freunde werden ihre Drohung wahr machen und im Bunde mit Aristokraten, Klerikalen und Czechen gegen das neue Ministerium Sturm laufen, wenn dieses wirklich seinem Programm treu bleibt. Grade die Unfähigkeit dieser Parteien zu positivem Schaffen, zu gedeihlicher Förderung der Volkswohlfahrt macht dieselben zu verzweifelten Spielern, welche am liebsten auf eine Karte setzen, deren Gewinn sich nicht im voraus berechnen läßt.

In diesem Sinne ist die Sache des liberalen Oestreichs die unsere und die Sache des Friedens. Ganz abgesehen von den gewichtigen Gründen, aus denen der Kaiserstaat seine Blicke nach Osten und nicht nach Westen zu richten hat, müssen seine Staatsmänner sich sagen, daß die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu dem neuen Deutschland die Conditio sine qua non jedes Versuchs zum Neubau dieser zerrütteten Monarchie ist und daß die Vortheile, welche eine französische Allianz im besten Falle haben würde, reichlich aufgewogen werden durch die Nachtheile, welche auf die Sache der Volksfreiheit im Falle der Friedensstörung unfehlbar hereinbrechen. Nachdem die Lothringer es mit allen möglichen Bundesgenossenschaften versucht haben, sind sie auf die ihrer deutschen Unterthanen verfallen; verzichten sie anderen Plänen zu Liebe auf diese, so ist es um die Männer des Volksvertrauens von selbst geschehen. So lange diese die Augen offen haben, werden sie sich an das Friedensprogramm, das zugleich das Freiheitsprogramm ist, fest anklammern. Aber die einfache Forderung, dem Gesetz der Vernunft und des wahren, eigenen Vortheils zu folgen, ist leichter ausgesprochen als erfüllt. Innerhalb wie außerhalb Oestreichs erweisen sich die unvernünftigsten, aus den dunkelsten Quellen steigenden Motive zuweilen als die stärksten Triebfedern menschlichen Wollens und Handelns.

Verantwortliche Redacteure: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift
für
Politik und Literatur.

№ 4.
Ausgegeben am 24. Januar 1868.

Inhalt:

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

Ein Brief des Grafen von Paris über Deutschland.

Das folgende Schriftstück geht uns in deutschem Text mit der Ermächtigung zu, dasselbe unter dem Namen des Autors zu veröffentlichen.

Im Hinblick auf die vielen Umwälzungen, welche Frankreich seit achtzig Jahren erfahren, ist es nicht bedeutungslos, zu wissen, welche Anschauungen der älteste Enkel Louis Philipps vertritt, der möglicherweise auf die Geschicke Europas noch einmal von Einfluß sein kann.

Das Exposé, hier und da durch Gegner Preußens beeinflußt, und in einem Punkte durch spätere Ereignisse widerlegt, stellt den Prinzen als Mann von Geist und Urtheil, als warmen Anhänger der liberalen Ideen, als einen aufrichtigen Freund des Friedens und, für einen Fremden, als merkwürdig guten Beobachter deutscher Detailverhältnisse dar.

Der Artikel war mit einigen weiteren Ausführungen, ohne den Namen des Autors zu nennen, im August 1867 in der Revue des deux Mondes mitgetheilt. Trotzdem glauben wir, den Abdruck des deutschen Textes den Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, da der Name des Verfassers dem französischen Urtheil auch da, wo es von den Anschauungen dieses Bl. abweicht, eine Bedeutung gibt.

---

20. Juli 1867.

Vor meiner Abreise nach Deutschland versprach ich Ihnen die Eindrücke mitzutheilen, die ich von dort zurückbringen würde. Lediglich, um mein Wort zu halten, ergreife ich jetzt die Feder; denn einestheils war meine Reise eine so schnelle, daß die Eindrücke ziemlich unvollständig sein dürften, andrerseits aber sind diese selbst wieder so verschiedener, ja man könnte sagen, sich widersprechender Natur, daß ich fürchten muß, über die Grenzen eines Briefes hinausgeführt zu werden. In Wahrheit haben sich die Gemüther in Deutschland noch nicht von der tiefen Verwirrung erholt, in welche sie durch die Ereignisse des vorigen Jahres versetzt wurden. Situation, Ideen, sogar Prinzipien: Alles wurde über den Haufen geworfen, und Niemand weiß

heute noch genau, was er bei dem neuen Stande der Dinge hoffen oder fürchten soll.

Eine Thatsache allein wird als unwiderruflich vollendet angenommen, die Einheit Deutschlands unter preußischer Suprematie. Jeder unterwirft sich ihr, gutwillig oder nicht. Dualismus und Trias sind als historische Denksteine zu dem heiligen römischen Reich und seiner alten Verfassung versammelt worden. Ohne Zweifel ist die Einheit Deutschlands noch nicht vollständig, ja sie ist sogar noch nirgends definitiv etablirt. Aber nichts hindert, anzunehmen, daß die Südstaaten ihrerseits wieder in den Schooß der germanischen Nation zurückkehren werden, und der Tag ist vielleicht nicht fern, wo selbst die deutschen Provinzen des Hauses Oestreich in derselben ihren gebührenden Einfluß wiederfinden. Für jetzt freilich sind Wille und Initiative ausschließlich auf Seiten Preußens. Preußen hat bei Sadowa jene hundertköpfige Hydra erschlagen, über die man schon zu Zeiten La Fontaine's spottete; siegreich und ohne alle Hilfe hat es den deutschen Gesammtkörper nach sich gezogen. Ein solcher Erfolg hat alle Deutschen in eine Art Bezauberung versetzt, und zwar hat dies weniger der Triumph selbst gethan, als die Mischung von Voraussicht und Kühnheit, welche die Politik der preußischen Staatsmänner und die Strategie der preußischen Generale charakterisirte. Man verglich diese seltenen Eigenschaften mit der Langsamkeit, den groben Fehlern, den unheilvollen Selbsttäuschungen des wiener Hofes, mit der lächerlichen Ohnmacht des Bundestags, und das deutsche Nationalgefühl, das in den letzten Zeiten so tief gedemüthigt war, es rief: „Dort ist unser Führer!"

Man vergegenwärtigt sich in Frankreich nicht genug alle die peinlichen Schläge, welche die Eigenliebe Deutschlands seit Jahren hat verschmerzen müssen. Bis 1849 war die liberale Bewegung in einer anfangs legalen, dann revolutionären Form der Ausdruck des Einheitsgedankens gewesen. Seit sie zurückgedrängt wurde, hat Deutschland immer vergeblich auf jene äußere Machtstellung geharrt, welche despotische Regierungen stets den unterdrückten Völkern in Aussicht zu stellen pflegen, und so oft eine große europäische Frage ohne Zuthun Deutschlands entschieden wurde, erblickte dieses darin eine persönliche Insulte. Während des Krimkrieges, in welchem seine Sympathien mit uns waren, sah es seinen Einfluß durch den Antagonismus zwischen Preußen und Oestreich neutralisirt. Später, 1859, wollte es gegen uns interveniren, aber Monate waren nöthig, um das Räderwerk des Bundes in Bewegung zu setzen, und als derselbe endlich schlagfertig war, beeilte sich Oestreich, stets eifersüchtig auf Preußen, diesem durch den Frieden von Villafranca den Anlaß zu entziehen. Seit Herr von Bismarck am Ruder ist, haben die Deutschen die Empfindung, daß es eine deutsche Politik gibt.

Daher seine Popularität. Die holsteinische Frage, die bis dahin in ein juridisches Gewölk gehüllt gewesen war, wurde ohne weiteres als Gegenstand des nationalen Ehrgeizes hingestellt und gegen die Protestationen von fast ganz Europa durch Gewalt entschieden. Gleichgiltig gegen eine so seltsame Art, zu verfahren, begrüßten die Deutschen diese gewaltsame Lösung der Frage als eine eklatante Revanche für die Verträge von 1856 und 1859. Von da an gab es also eine deutsche Politik, aber wer sollte ihr Repräsentant sein? Oestreich, ebenso ehrgeizig, aber weniger geschickt, als Preußen, beanspruchte diese Rolle. Um sie seinem Rivalen nicht zu überlassen, hatte es auf Fortsetzung des Kampfes nach Solferino verzichtet, hatte es später in Frankfurt einen großen Anlauf genommen, sich selbst an die Spitze der Einheitsbewegung zu stellen. Im Jahr 1864 hatte es sich mit Preußen dahin verständigt, den deutschen Bundestag abzuwerfen, wie einen Mantel, der zu abgenutzt ist, um fortan die beiden Athleten zu bedecken, die sich unter seinen Falten bekämpften. Der Moment war gekommen, wo das unvermeidliche Duell langsam zum Austrag kommen mußte. Von diesem Tage an, dem Tage, wo die beiden Gegner sich Mann gegen Mann stellten, sank das Gebäude des deutschen Bundes, unter ihren Schlägen erschüttert, zu Boden, der Tag von Sadowa brach definitiv das Gleichgewicht, auf welchem alle deutschen Angelegenheiten bis dahin begründet gewesen waren. Seitdem hat Herr von Bismarck den Deutschen geben können, was ihr Ehrgeiz über alles ersehnte: die Genugthuung, sich in Europa mitgezählt zu sehen. Der preußische Hochmuth im Benehmen, der den Deutschen selbst unerträglich ist, wenn sie ihn zu ertragen haben, schmeichelt ihrem Stolze, wenn sie ihn gegen das Ausland gerichtet sehen. Ehemals fühlte sich der Bewohner Thüringens oder der reußischen Fürstenthümer in Gegenwart eines Franzosen oder eines Russen gedemüthigt; es schien ihm, als ob diese sich um die ganze Größe ihres Landes über ihn erhöben. Heutzutage, wenn er auch eine unbestimmte und poetische Vorliebe für sein „engeres Vaterland" bewahrt, ist er doch stolz darauf, die Last einer Bundesregierung tragen zu helfen, die einflußreich im Rathe Europas ist. Er hält sich persönlich um soviel würdiger, Achtung, Respect und Furcht einzuflößen. Selbst diejenigen, welche bei der Bildung des neuen Bundes am meisten verloren haben, theilen dieses Gefühl, und es versüßt ihnen die bittersten Opfer.

Die Einheit Deutschlands kann daher als durchgesetzt angesehen werden. Aber wird Preußen in Deutschland, oder Deutschland in Preußen aufgehen? Das ist einfach die wichtige Frage, auf die es jetzt ankommt. Unter Preußen ist hier das preußische Gouvernement zu verstehen, jenes Gouvernement mit seinen bureaukratischen Ueberlieferungen und seinem alten Erbtheil an Absolutismus, mit seiner Armee, die, obgleich in demokratischer Weise rekrutirt,

doch in den Händen eines wesentlich aristokratischen Offiziercorps ist — ein Gouvernement, thätig und intelligent, aber voll Vorliebe für Förmlichkeit und Despotismus, und sehr geneigt, dem Banner der Cäsarischen Schule zu folgen; denn das preußische Volk, durch Volksbildung das erste Europas, dabei thätig und betriebsam und in hohem Grade von Associationsgeist erfüllt, denkt nicht daran, sich einmüthig mit einer Regierung zu fühlen, die so wenig mit seinem eigentlichen Wesen und seinen Instincten übereinstimmt.

Unsere künftigen Beziehungen zu dem mächtigsten Nachbarvolke Frankreichs hängen von der Art der Lösung dieser Frage zwischen Preußen und Deutschland ab. Ein Deutschland, in welchem Preußen aufgegangen, würde eine Nation im Centrum Europa's sein, welche von ihren Interessen, ihren Gewohnheiten und Ideen, zur Ausübung liberaler Institutionen geleitet wird, ja welche uns vielleicht das Beispiel dazu geben und uns sicher mit Eifer folgen wird, wenn wir so glück'ich sind, ihm darin voranzugehen; es würde in socialer Hinsicht ein Staatskörper sein, der alle nothwendigen Elemente besitzt, um ein Volk frei zu machen, und der doch zu verschiedenartige Interessen in sich schließt, um jemals angreifend zu werden; eine Nation, die vielleicht militärischer und doch weniger kriegerisch ist, als wir. Die innere Entwicklung ihres Gedeihens, die äußere Anerkennung ihres berechtigten Einflusses, kann mit der Zeit eine Bürgschaft des Friedens werden. Ich glaube, daß wir dies mit Freuden acceptiren müssen, selbst wenn wir ein wenig die alte Zerstückung Deutschlands vermissen sollten. Auf alle Fälle müssen wir dieser Combination den Vorzug vor einer einfachen Theilung Deutschlands zwischen Preußen und Oestreich einräumen; eine solche Theilung würde uns zu Nachbarstaaten zwei Mächte gegeben haben, die immer bereit gewesen wären, uns in ihre Streitigkeiten zu verflechten, um uns, aus gegenseitiger Furcht, weniger deutsch als die andere zu erscheinen, alsbald wieder zu verlassen und schließlich gegen uns sich zu vereinigen.

Ein Preußen, in welchem Deutschland aufgegangen, würde dagegen den in Central-Europa etablirten Cäsarismus bedeuten. Schon die Schwerkraft eines solchen Regiments, sein Gegensatz zu dem eigentlichen deutschen Wesen, seine Verletzung zahlreicher Interessen, die Nothwendigkeit, die wirklich liberalen Bestrebungen durch übertriebene Concessionen an das Nationalgefühl einzuschläfern, Alles wird es nöthigen, nach außen eine beunruhigende, drohende, angreifende Politik zu verfolgen. Es wird zu gleicher Zeit eine permanente Gefahr für den Frieden Europa's und ein harter Schlag für die liberale Sache sein.

In welchem Sinne wird diese Frage beantwortet werden? Ohne der künftigen Lösung dieser Frage vorgreifen zu wollen, kann man sie doch in ihre verschiedenen Elemente zerlegen. Das preußische System hat für sich: das

Prestigium des Erfolgs, das Recht des Sieges, das Vertrauen in die Zukunft und die äußerste Zersplitterung aller ihm entgegenstehenden Elemente. Der Triumph des Grafen v. Bismarck hat die Parteien nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland desorganisirt. Dieser Minister hat damit angefangen, den Boden seiner eigenen Partei zu untergraben. Er, der das allgemeine Stimmrecht wiederherstellt, der zuweilen von den Rechten der Nationen spricht, und der Italien die Hand zu reichen gewagt hat, war der erklärte Chef der Feudalpartei und der Junker. Man begreift das Entsetzen der preußischen Legitimisten über die Politik ihrers Führers; aber da der Gehorsam gegen den König ihr oberster Grundsatz ist, so blieb ihnen, nachdem einmal der König den Grafen hielt, nichts übrig, als ihm zu folgen. Feindlich allem, was sie mit dem Geschlechtsnamen „Revolutionär" bezeichnen, feindlich dem Königreich Italien, feindlich den Vergrößerungen Preußens, die ihren Partikulareinfluß schwächen müssen, sahen sie sich durch denselben Mann zur Ohnmacht verurtheilt, den sie zur Macht gehoben hatten. Herr v. Bismarck wandte sich darauf gegen die liberale Partei und entriß ihr die Waffe, mit der sie ihn bis dahin bekämpft hatte. Drei Jahre lang hatte er der Kammer der Deputirten mit ihrer Majorität von Liberalen die Stirn geboten. Diese hatte dem Minister, der ihre constitutionellen Privilegien mit Füßen trat, nur mit leeren Redensarten geantwortet. Nachdem er so der Welt gezeigt hatte, wie schwach die liberale Partei im Handeln sei, ersah er eines schönen Tages seinen Vortheil. Er hatte die liberalen Ideen als eine Manie erkannt, deren Opfer das 19. Jahrhundert ist, aber er sah auch die Nothwendigkeit ein, dieser Manie zu schmeicheln, und er wählte dazu die Stunde des Triumphes. Kurz nach dem Tage von Sadowa, als das Land, noch in der Aufregung über die kriegerischen Eindrücke, denselben Männern, welche bis dahin am standhaftesten für seine Rechte eingetreten waren, seine Stimmen entzogen hatte, brachte er eine Indemnitätsbill vor das Parlament. Durch nachträgliche Erweisung einer schuldigen Rücksicht erkaufte sich der preußische Minister die Dienstbarkeit seiner alten Gegner. Die Bill wurde votirt und noch eine reiche Dotation für den Minister dazu. Auf diesem Wege weiter gehend, appellirte Herr v. Bismarck kühn an das allgemeine Stimmrecht bezüglich der Wahl einer Constituante. Mit dem Schlag waren die Liberalen entwaffnet. Durch ihre unfruchtbaren und abstracten Discussionen daran gewöhnt, nicht mehr die Form der Prinzipien von ihrem Wesen zu unterscheiden, hatten sie Worte, wie „allgemeines Stimmrecht" und „deutsche Einheit" soviel gemißbraucht, daß sie all das Verfängliche im Vorgehen des ersten preußischen Ministers für sie nicht mehr bemerkten. Die Partei, welche sich den Namen der liberalen und nationalen gab, fand sich fast ganz in sein Fahrwasser gezogen. Die weit verbreitete Association des

Nationalvereins ward in seinen Händen zu einem gut benutzten blinden Werkzeuge. Zu gleicher Zeit suchte er den Regierungen, denen er, gegen ihren Eintritt in seinen neuen Bund, Lebenscertifikate ausstellte, die Wurzeln abzuschneiden. Er erschütterte ihre Popularität, indem er ihnen die nämlichen Militärlasten, wie den preußischen Provinzen auferlegte. Die Ausgaben der kleinen deutschen Staaten wurden fast verdreifacht. So hatte zum Beispiel das Herzogthum Sachsen-Coburg einige Jahre vorher eine Militärconvention mit Preußen abgeschlossen, infolge deren es jährlich an Preußen 80 Thlr. oder 300 Frcs. per Mann zahlte; aber diese Ziffer war ein Nachlaß, den man dem Herzogthum, wie eine Art Lockspeise für die andern, zu einer Zeit bewilligt hatte, wo Preußen noch ein Ueberbieten Oestreichs fürchten konnte. Jetzt fordert es von demselben Herzogthum 170 Thlr. oder 637 Frcs. 50 Cts. pro Mann. Das Bundescontingent des Großherzogthums Sachsen-Weimar kostete demselben jährlich gegen 240,000 Thlr. oder 900,000 Frcs.; nach dem neuen Militäretat den man ihm auferlegt, würde es fortan nahe an 800,000 Thlr. oder 3,000,000 Frcs. zahlen. Die kleinen deutschen Regierungen hatten sich ihre Bevölkerungen zu verpflichten verstanden, indem sie ihnen die erdrückenden Lasten ersparten, welche auf ihren mächtigern Nachbarn ruhten. Es ist die erste Sorge Preußens gewesen, ihnen diesen Vortheil und dieses Existenzmittel zu entziehen.

Inmitten so ungeregelter Zustände bietet sich das preußische System, das die Stärke seiner Organisation erprobt hat, als eine Nothwendigkeit für Deutschland dar. Doch wird es gegen zwei Bewegungen zu kämpfen haben, die, wenn auch ganz von einander verschieden, doch gleichmäßig seiner Herrschaft zuwiderlaufen — die eine im Norden, welche der Centralisation widerstrebt, — die andre, welche den Süden zu dem neuen Bunde hinzieht.

Die erstere erklärt sich leicht. Die Stellung, welche Deutschland erworben hat, befriedigt die nationale Eitelkeit. Nachdem man sich nun einmal in dieser Position befindet, sieht man die Nothwendigkeit nicht ein, alle Traditionen, Lokalinstitutionen, Particularinteressen der Gleichförmigkeit mit dem preußischen System zu opfern. So kommt es, daß selbst diejenigen, welche am eifrigsten die preußische Hegemonie ersehnten, nunmehr finden, daß es an der Zeit sei, auf diesem Wege innezuhalten; und die reine Annexion an Preußen zählt weniger Anhänger in den kleinen Staaten, seit dieselben, gutwillig oder gezwungen, in den Nordbund eingetreten sind. Ihre Hauptstädte wissen, was sie verlieren, wenn sie preußische Unterpräfecturen würden. Selbst die Universitäten, die immer den Hauptheerd für die Einheitsidee bildeten, wollen nicht vor Berlin die Flagge streichen. In den kleinen Truppentheilen wird man Gefühlen geheimen Grolls oder eifersüchtigen Neides gegen die preußische Armee begegnen. Das zahlreiche Verwaltungspersonal endlich

weiß zu gut, daß die Annexion für sie zur Folge haben würde, sie fern von ihrer Heimath in untergeordnete Stellen zu versetzen und überall in die höheren geborne Preußen einrücken zu lassen. Die große Menge schwankt. Preußen scheint ihr zu sagen: „Da ihr alle Lasten der preußischen Unterthanen tragt, thätet ihr am besten, ihr würdet ganz und gar preußisch und hättet auch alle Vortheile davon"; aber man fürchtet die despotische Art und Weise seiner Verwaltungsbeamten; und die Schwierigkeiten aller Art, denen es in den neu erworbenen Provinzen begegnet, ermuthigen die Anhänger der Annexion in den Nachbarstaaten keineswegs. In der That wissen die kleinen Staaten des Nordbundes nichts von einer so großen Verwaltungsmaschine, wie sie für die Einführung eines centralisirenden Despotismus nothwendig ist, und eine solche würde sich dort weder leicht noch schnell einbürgern.

In entgegengesetzter Richtung läuft die Bewegung der Gemüther in den deutschen Südstaaten, auf welchen die Isolirung, die ihnen durch den prager Frieden auferlegt worden, schwer lastet. Die Mainlinie, die von Herrn v. Bismarck in gutem Glauben aufgestellt wurde, ist von den Deutschen niemals ernsthaft gemeint gewesen. Sie würde nur mit preußischen Wachen auf dem einen, und östreichischen auf dem andern Ufer möglich geworden sein; aber nachdem die östreichische Macht einmal bei Seite geschoben wurde, waren die prager Stipulationen für die Südstaaten nur eine Art Buße, nur ein „Nachsitzenlassen", wie es die Schüler nennen, von wo sie früher oder später wieder erlöst werden müssen. Würden die Süddeutschen die preußische Militärherrschaft vielleicht haben bekämpfen können, wenn sie sich zu Vorkämpfern der liberalen Sache in Deutschland gemacht und das Beispiel der Schweiz und Belgiens nachgeahmt hätten, die, neben mächtigen Nachbarn gelegen, ihre geringere materielle Macht durch Ueberlegenheit ihrer Institutionen ausgleichen? Man darf daran zweifeln. Um eine Fahne, selbst die der Freiheit, wehen zu lassen, bedarf es doch immer eines Windes; aber kein Hauch würde geweht haben, um sie zu entfalten, wenn die Südstaaten sie gegen Preußen hätten erheben wollen. Jedenfalls haben ihre Regierungen nicht einen Augenblick daran gedacht, ein so gewagtes Experiment zu versuchen. Nord- und Süd-Deutschland sind nur eine Nation. Nicht einmal die Religionsfrage theilt sie.

Man nehme zum Beispiel das Rheinthal und die anliegenden Provinzen; im Süden sind Baden, Darmstadt und Würtemberg großentheils protestantisch, während im Norden die Rheinprovinzen und Westphalen fast ganz katholisch sind. Süddeutschland lebt durch seine enge Verbindung mit dem Norden. Seine künstlichen Hauptstädte: Karlsruhe, Stuttgart, München, seine alten Reichsstädte: Regensburg, Augsburg, selbst das industriöse Nürnberg, seine vornehmste Universität Heidelberg, genügen nicht, um ihm ein eigenes Leben

zu verleihen. Vom commercialen Gesichtspunkte kann sich der Süden gar nicht mehr vom Norden trennen, in welchem die großen und prosperirenden Handelsstädte, die industriellen Mittelpunkte, endlich die Mündungen der Seestraßen liegen. Noch weniger kann er es vom intellectuellen Gesichtspunkt, denn er empfängt von jenem fast alle Inspirationen. Alles führt daher den Süden dahin, sich mit dem Norden zu vereinigen; er will es um jeden Preis und möchte schon jetzt die preußische Suprematie lieber annehmen, als in seiner gegenwärtigen Situation verbleiben. Die unüberlegte Forderung einer Grenzberichtigung, die von Frankreich im August des vorigen Jahres an Preußen gestellt wurde, hat hingereicht, um die Regierungen der Südstaaten empfinden zu lassen, wie sehr sie des Schutzes dieser letzteren Macht bedürftig waren, und sie haben sich beeilt, mit ihr jenes Bündniß zu schließen, das ihre ganze Militärmacht zu ihrer Verfügung stellt. Als es sich darum handelte, ob sie den Zollverein lieber reconstituiren, oder ihn ganz aufgeben wollten, haben die Südstaaten alle Bedingungen Preußens angenommen — unter Anderem auch das Veto, das es sich für den künftigen Zollcongreß vorbehalten hatte. Diese Zoll-Union ist nur ein kurzer Uebergang, der die wirkliche Union vorbereitet. — Berlin wird das einzig dastehende Privilegium haben, drei Parlamente auf einmal zu besitzen, die für den preußischen Staatsbürger sein dreifaches Vaterland repräsentiren: sein engeres Vaterland, Preußen, sein politisches Vaterland, den Nordbund, und sein großes Vaterland Deutschland, als Zollverein verkleidet. Ein so künstlicher Bau kann keine Dauer haben, und das Bundesparlament wird in nicht zu langer Zeit auf seinen Bänken die Repräsentanten von ganz Deutschland sitzen sehen. Aber für jetzt ist es Preußen, das diesen Moment hinausschieben möchte. Es hat sich beeilt, die Constitution des neuen Bundes votiren zu lassen, um sie nur mit dem Theile Deutschlands discutiren zu brauchen, den es zugelassen hatte, und um sie später den Staaten, welche hinzukommen werden, en bloc auferlegen zu können. Aber diese Garantie genügt ihm nicht. Das berliner Cabinet wagt nicht, offen der Bewegung entgegenzutreten, die den Süden zu ihm führt, aber es möchte sie bis zu dem Moment verzögern, wo es seine jetzigen Bundesgenossen preußifizirt haben wird. Es will die Artischocke Blatt für Blatt essen. Es fühlt sehr wohl, daß die Zulassung der Südstaaten dem Widerstande, dem es im Bundesrathe schon jetzt begegnet, eine solche Verstärkung zuführen würde, daß es, anstatt das Gesetz zu machen, genöthigt wäre, es sich machen zu lassen. Vom französischen Gesichtspunkte müssen wir daher aus demselben Grunde wünschen, daß sich diese vollständige Union so bald als möglich vollziehe. In den europäischen Angelegenheiten ist sie ja schon durch die Verträge und mehr noch durch die Gewalt der Thatsachen vollzogen. Die Südstaaten sind fortan die unvermeidlichen Hilfstruppen Preußens in allen Kriegen,

die es zu unternehmen für gut finden wird. Durch die politische Union mit dem Süden wird es keinen Soldaten gewinnen; es wird nur einen Zügel und ein Gegengewicht gegen seinen eigenen Einfluß in den deutschen Angelegenheiten darin finden.

Damit aber diese Widerstandskräfte sich organisiren und den Anstrengungen Preußens zur Absorbirung Deutschlands entgegentreten können, darf kein auswärtiger Krieg eintreten. Kann man auf die Erhaltung des Friedens hoffen? Der luxemburger Fall hat diese Frage vor wenigen Monaten scharf hingestellt und alle diejenigen, die sich damals am Vorabend eines schrecklichen Krieges glaubten, ernstlich nachdenken machen. Ein Straucheln am Rande des Abgrunds lehrt den Verwegensten Vorsicht. Dasselbe ist mit England und den Vereinigten Staaten der Fall gewesen, die nahe daran waren, wegen der Trent-Affaire in Streit zu gerathen. Zuweilen empfindet freilich ein Volk, das sich zu Hause nicht wohl fühlt, das peinliche Bedürfniß, sein Uebel auf die Schultern seiner Nachbarn abzuladen. Aber so ist die heutige Stimmung in Deutschland keineswegs. Der letzte Krieg ist allerdings zum Erstaunen schnell beendigt gewesen, aber die Leiden, die er verursacht hat, konnten doch nicht mit einem Federstrich ausgelöscht werden. Die Kugeln und die Cholera haben in allen Klassen der Gesellschaft zahlreiche Opfer gefordert; die Trauer folgte überall. Die Einberufung aller wehrkräftigen Männer hat in Ackerbau, Gewerbe und Handel eine Stockung gebracht, deren Folgen sich noch heute fühlbar machen. Die Aussicht auf einen neuen Krieg widerstrebt den Deutschen weit mehr, seit sie in dem jüngsten gelernt haben, welche Schrecken er nach sich ziehen würde. Selbst nicht einmal der Schlachtendurst, von dem man sonst voraussetzt, daß er jeden Soldaten beseele, ist in den deutschen Heeren allgemein. Die Erinnerung an den letzten Feldzug ist noch zu frisch bei denen, welche damals gegen die Preußen standen, als daß sie wünschen möchten, nun unter ihrem Befehl zu dienen. Was die preußische Armee betrifft, so thut sie weniger groß mit dem Siege von Sadowa 1866, als sie es mit dem bei Düppel 1865 that; das kommt daher, weil bis dahin ihr voller Werth, dessen sie sich bewußt war, in Europa nicht allgemein anerkannt wurde. Sie hatte nöthig, ihn durch die That zu bewähren, und hatte für sich allein in einem großen europäischen Kriege noch nicht die Gelegenheit dazu gefunden. Je magerer die Lorbeeren waren, die sie in Dänemark hatte pflücken können, desto mehr fühlte sie das Bedürfniß, dieselben geltend zu machen. Heute dagegen, wo sie die seit Waterloo entscheidendste Schlacht gewonnen hat, wo sie der Gegenstand der Bewunderung in den militärischen Kreisen der ganzen Welt ist, und wo sie zugleich aus Erfahrung weiß, wie sehr es auf Schlachtenglück ankommt, hat sich ihre Sprache etwas geändert. Mit einem Worte, in der ganzen deutschen Nation sind diejenigen, welche auf

Vortheil von einem neuen Kriege hoffen, sehr wenig zahlreich; wer bei den letzten Ereignissen gewonnen hat, wünscht in Muße die Früchte zu genießen; wer verloren hat, erwartet von der Erhaltung des Friedens die Gelegenheit, seinen Verlust wieder gut zu machen.

Aber wenn die Deutschen das Werk ihrer Einigung ruhig zu vollenden wünschen, so sind sie eben darum sehr eifersüchtig auf jede fremde Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Die Idee, den Elsaß und die Lorraine wieder zu gewinnen, oder Holland zu annectiren, hat in den Augen der Deutschen niemals für etwas Anderes, als für eine aus dem Hirne irgend eines Professors der Geschichte entsprungene Chimäre gegolten; aber auch sie haben ihre Monroë-Doctrin: „Deutschland für die Deutschen", und wer immer einen Eingriff darein versuchen wollte, nicht allein durch Abreißung eines Stückes von dem Lande, dessen Ganzes ihr „großes Vaterland" bildet, sondern auch nur durch eine einfache Intervention in ihre inneren Angelegenheiten, könnte versichert sein, daß er sie Alle gegen sich vereinigen würde. Das ist eine Thatsache, die sich verheimlichen zu wollen unnütz und absurd sein würde. Daher auch die Empfindlichkeit, die jeden Augenblick von dem preußischen Gouvernement ausgebeutet werden kann, wenn dasselbe Gelegenheit zu einem Bruch sucht. Als Hr. v. Bismarck, der, wie man sagt, den Verkauf Luxemburgs gebilligt hatte, sein Wort mit Hinweis auf die öffentliche Meinung, die sich in Deutschland gegen diesen Handel erhoben hätte, zurücknahm hat man ihn der Unredlichkeit angeklagt und behauptet, die Aufregung der öffentlichen Meinung sei eine künstliche und von ihm improvisirte. Dieses Mal aber hat man ihn verleumdet; die Aufregung war eine wirkliche. Dagegen könnte es wohl sein, daß Herr von Bismarck an dem Tage, an dem er seine Connivenz versprochen hatte, nicht aufrichtig gewesen war, denn er wußte vorher, daß die Stimmung in Deutschland sich energisch über diesen Punkt aussprechen und ihm, je nach Umständen, die Hände binden würde.

Die luxemburger Frage ist erledigt, und es gibt nur noch wenige Deutsche, welche die Räumung der Festung als eine nationale Demüthigung ansehen, aber die Erinnerung an die ganze Sache hat in Deutschland eine schon alte Idee, welche von Tag zu Tag unheilvoll für die Erhaltung des Friedens werden kann, befestigt: das ist die Ueberzeugung, daß der Kaiser Napoleon zum Kriege entschlossen sei, und daß er nur auf eine günstige Gelegenheit dazu warte. Diese Idee hat sich seit 1859 aller Gemüther bemächtigt, bis dahin hatte der Urheber des Krimkrieges als Vorkämpfer für die Unterdrückten, als Beschützer Deutschlands gegen Rußland gegolten. Die Vorsicht des französischen Gouvernements im Jahre 1866 hat diese Besorgniß nicht erschüttert; man wußte, daß es nicht fertig zum Kriege war, und das Mißtrauen Deutschlands wurde bald durch die vergeblichen Versuche bestätigt,

welche die Tuillerien nach einander machten, Mainz, oder Landau, oder Luxemburg zu erwerben. Die Deutschen kennen seit einigen Jahren, wo sie mehr mit sich selbst beschäftigt sind, Frankreich weniger. Die bewundernswürdige Beredsamkeit des Herrn Thiers hat natürlich einen großen Wiederhall jenseit des Rheins gefunden; aber die Deutschen haben von seinen Reden nur die Ausdrücke behalten, die am absolutesten gegen die Einheitsbewegung sprachen, ohne daran zu denken, daß die Worte ohne Zweifel ganz anders gelautet hätten, wenn diese Bewegung nicht die Macht und die Gewalt zu Helfershelfern gehabt; und ohne weder dem besonderen Standpunkte des großen Redners, noch der übrigen Discussion Rechnung zu tragen, die derselbe durch seine Worte illustrirte. Die Deutschen suchten die Ansichten des Gouvernements in den Artikeln des Constitutionell und glaubten in den Spalten einiger neuerdings in Paris gegründeten Blätter die einstimmige Meinung aller Schattirungen der französischen liberalen Partei zu finden; man glaubte und man glaubt noch, daß wenn der Kaiser persönlich den Krieg mit Deutschland wünscht, er dazu durch die kriegerischen Gelüste des französischen Volkes getrieben werde, und man sagte sich dann, daß, wenn der Krieg unvermeidlich, es besser sei, ihn gleich; besser, ihn kurz und gut zu haben, um aus der Ungewißheit herauszukommen, als eine kurze Frist der Ruhe mit Concessionen an einen unredlichen Nachbar zu erkaufen. Daher stammt nicht etwa der Wunsch, den Krieg zu provociren, aber doch kein versöhnlicher Geist, um ihn zu vermeiden. Wenn man ihn auch beklagt, so ist man doch gefaßt darauf wie auf ein nothwendiges Uebel, und wenn er einmal angefangen ist, wird man ihn, um ihn um so eher zu beenden, mit Passion führen. Deutschland treibt Herrn von Bismarck nicht zum Kriege, es wird ihm sogar dankbar sein, wenn er damit verschont; aber es gibt ihm die Mittel dazu.

Der Friede Europas hängt demnach jetzt von den Interessen der preußischen Politik ab. Welches ist diese Politik? Herr von Bismarck will, daß man glauben soll, er habe seinen Einfluß bis aufs äußerste angewendet, um den Ausbruch des Kriegs wegen Luxemburgs zu verhindern. Wie dem auch sei, die Motive, die ihn im Frühjahr einen Krieg wünschen ließen, und die Gründe, die er auf der anderen Seite haben mußte, ihn zu fürchten, sind leicht zu erkennen. Die Vorzüglichkeit der preußischen Streitkräfte, die besser vorbereitet und bewaffnet, dabei zahlreicher als die unsrigen und voll Siegesbewußtsein waren, schien ihm ebenso, wie der Wunsch, die Einheit Deutschlands am Feuer eines auswärtigen Krieges zu härten, die Beschleunigung der Krisis anzurathen. Und doch hat nach langem Schwanken das preußische Gouvernement aufrichtig den Frieden gewollt.

Es hatte die Empfindung, daß es Deutschland überanstrengen würde, wenn es ihm schon wieder einen neuen und schweren Krieg auferlegte. Eine

17*

kurze Zeitlang exaltirt, hatte sich die öffentliche Meinung nicht eher wieder schnell beruhigt, als in dem Augenblick, wo der Conflict am drohendsten schien. Die Südstaaten, die solche Eile hatten, die Allianzverträge zu unterzeichnen, waren viel weniger eifrig in der Ausführung der Stipulationen. Sie hatten ihr Militär nur erst desorganisirt, aber noch nicht umgeformt. Man konnte eine wirksame Mithülfe von ihnen nicht erwarten. Hannover war durch eine weitverzweigte Verschwörung bearbeitet, die zum Ausbruch, wie es scheint, nur das Erscheinen der französischen Fahne an der Elbmündung erwartete. Ohne Zweifel würde sie mißglückt oder vor dem, jedem fremden Eindringling feindlichen Nationalgefühl erlegen sein, aber man konnte im umgekehrten Fall darin unmöglich ein schweres Symptom und ein Vorspiel zu großen Schwierigkeiten verkennen. Die erklärten Feinde Preußens in Deutschland trieben am meisten zum Kriege, als wenn sie von einer Niederlage am Rhein den Umsturz seiner Herrschaft erwartet hätten. Das gab Stoff zum Nachdenken. Der Krieg wurde vermieden. Die Situation wird die nämliche im nächsten Jahre sein. Preußen wird dieselben Schwierigkeiten zu bekämpfen, dieselben Probleme zu lösen haben. Die Südstaaten werden ohne Zweifel besser organisirt sein, aber ihre Fortschritte werden denen der französischen Armee in derselben Zeit nicht gleichkommen. Preußen wird also nicht mehr Interesse am Kriege, als vor einem Vierteljahr, haben; im Gegentheil, die Gründe, ihn zu vermeiden, werden stärker sein. Mit einem Worte, die Völker sind darauf gefaßt, aber keineswegs dazu geneigt; das Gouvernement wird vielleicht durch eine zufällige Verkettung von Umständen dazu geführt werden, aber es ist weit entfernt, dazu entschlossen zu sein. Der Krieg ist also möglich, aber durchaus nicht unvermeidlich, und ich möchte nicht einmal sagen, wahrscheinlich.

Wenn der Krieg zum Ausbruch käme, würde er vielleicht schließlich das ganze Gebäude der preußischen Herrschaft unterminiren; aber seine erste Wirkung würde sein, jeden Widerstand gegen diese Herrschaft aufzuheben und die Vereinigung des Südens mit dem Norden, nicht zum Vortheil Deutschlands, sondern einzig zu dem Preußens, als dem einzigen Repräsentanten der nationalen Militärmacht, zu vollenden. Wenn dagegen, Dank der Erhaltung des Friedens, Dank der schleunigen Zulassung der Südstaaten zum Nordbunde, Deutschland Kraft genug findet, dem preußischen System die Stange zu halten und Preußen in sich aufgehen zu lassen, anstatt in ihm selbst aufzugehen, so kann es im Namen und vermittelst der liberalen Ideen dasselbe glückliche Resultat erreichen. — —

Was im vorigen Jahr möglich war, was Frankreich hätte wünschen können, was damals unsern Nachbarn genehm gewesen wäre, ist heute unwiderbringlich verloren. Die deutsche Einheit, die sich lange vorbereitete,

ist nicht nur überhaupt hergestellt, sondern durch Gewalt der Waffen hergestellt. Aeußere Verwicklungen oder innere Ereignisse können den natürlichen Lauf der Dinge beschleunigen oder aufhalten. Ein äußerer Krieg kann ausbrechen und jeden die Herrschaft des preußischen Systems jetzt noch einigermaßen hemmenden Widerstand schweigen machen. Es kann ein Revolutionswind über Deutschland wehen, es kann der König von Preußen, wenn er nach einander alle Parteien benutzt hat, ohne einer einzigen Vertrauen einzuflößen, eines Tags die Erfahrung machen, daß er sich am höchsten erhebt, wenn er mit eigenen Händen die natürlichen Stützen seines Thrones wieder hervorsucht. Wenn dagegen auf den Sturm von Sadowa eine längere Ruhe folgt, so darf man jetzt schon voraussehen, wie inmitten der Umbildung Deutschlands die liberalen Ideen erwachen, ihre alten Vertheidiger wiederfinden, neue sammeln und gegen das Ueberströmen des Cäsarismus über Centraleuropa ankämpfen. Ja wer weiß, ob sie, bei günstigem Volkswinde, nicht eines Tages Herrn v. Bismarck selbst unter ihre eifrigsten Diener zählen werden.

Wie dem auch sei, eine völlig ungewisse Zukunft läßt sich heutzutage nicht durchschauen; aber unsere Rolle ist niemals die jener blinden Bewunderer des Erfolgs gewesen, die ihn nur vorauszusehen streben, um ihn von weitem anzubeten. Müssen wir uns, angesichts einer so tiefen Umwälzung, wie diejenige, über welche Deutschland in diesem Augenblicke hinwegschreitet, nicht, ohne mit der Lichtung des Dunkels künftiger Möglichkeiten oder mit dem Bedauern einer unwiederbringlichen Vergangenheit Zeit und Mühe zu verschwenden, lieber an billige Beurtheilung der Gegenwart halten? Vielleicht vermögen wir sogar von jetzt an zu erkennen, wohin sich unsere Sympathien zu wenden haben, sowohl als Franzosen, wie als Liberale, und ich möchte wohl auch sagen, als aufrichtige Freunde Deutschlands.

Norddeutsche Kriegsmarine.

Das Panzerschiff „König Wilhelm".*)

Während die Panzerfregatten „Kronprinz" und „Friedrich Karl" auf Bestellung der preußischen Regierung in Angriff genommen wurden, ist das stärkste preußische Panzerschiff, nächst dem englischen auch noch im Bau begriffenen „Herkules" geradezu das stärkste der ganzen Welt, durch einen glücklichen Zufall uns in die Hände gekommen — das Panzerschiff „König Wilhelm", 23 Kanonen, 1150 Pferdekraft, 5938 Tons englisch.

Der Sultan ist ein eifriger Freund der Marine; er hegt den Wunsch, seine Panzerflotte auf einen achtunggebietenden Stand zu bringen, wie er denn auch fünf schöne Panzerfregatten auf englischen Werften hat bauen lassen: „Abdul Aziz", „Orkhan", „Osman Ghazy", „Fatikh", „Sultan Mahmud" — nicht aber „Mahmudieh", denn das ist der Name eines türkischen Holzlinienschiffs. Es war deshalb, beiläufig bemerkt, kein Zufall, daß im Juli 1867 die Engländer, als sie den Sultan empfingen, die Flottenrevue auf der Rhede von Portsmouth (Spithead) zu einem glänzenden Schauspiel zu gestalten suchten und dazu sämmtliche ausgerüstete Kriegsschiffe aus allen Häfen des vereinigten Königreichs zusammenriefen, ja selbst die Schiffe auswärtiger Stationen, die gerade zur Heimkehr bestimmt waren, zu schleuniger Rückkehr und Theilnahme an der Revue beorderten. — Das Linienschiff „Princeß Royal" hatte auf der Rückkehr von China aus ums Cap Ordre erhalten, und die Fregatte „Sutlej" kam aus China zu dieser Revue heimgesegelt. So war denn auch ein Geschwader zusammen, wie es die Welt noch nicht gesehen, die Hälfte der englischen Panzerflotte mit den Repräsentanten fast aller Constructionssysteme, sodann nicht weniger als 11 Linienschiffe (3 im Hafen von Portsmouth) und eine große Anzahl der schönsten Fregatten, Corvetten und kleineren Schiffe! Mag nun aber auch durch dieses Schauspiel die Lust des Sultans zur Erwerbung neuer Panzerschiffe mächtig angeregt worden sein, vorläufig reichten seine disponiblen Gelder nicht einmal aus, ein bereits bestelltes Panzerschiff, allerdings ein Schiff vorzüglichster Qualität und demgemäß von sehr hohem Preise, vollständig zu bezahlen. Es war der „Fered", ein Schiff, das einen achtzölligen Panzer, den stärksten der Welt, und dem entsprechende Dimensionen des Schiffskör-

*) Der Artikel ist im December vorigen Jahres geschrieben, der Verfasser ein Preuße. — Dies wird bemerkt, weil der Telegraph einen englischen Artikel über dasselbe Schiff in der Times anmeldet.

pers hatte bekommen sollen, und bei der Thames iron works and ship building company zu Blackwall (London) in Bestellung gegeben war. Als die türkische Regierung ihren Verpflichtungen nicht in der stipulirten Weise nachkommen konnte, wollte die Gesellschaft natürlich nicht weiteres Geld auf den kostspieligen Bau verwenden, ließ denselben unvollendet stehn und war froh, als die preußische Regierung sich zur Uebernahme des Schiffs erbot, dem man den Namen des gegenwärtigen Königs von Preußen zu geben beschloß.

Der „König Wilhelm", von welchem die Gesellschaft auf der pariser Ausstellung ein sehr schönes, etwa fünf Fuß langes, völlig aufgetakeltes Modell ausgestellt hatte, verspricht nach jeder Beziehung ein vorzügliches Schiff zu werden. Er ist ganz von Eisen gebaut, mit doppeltem Boden, wie derselbe bei der Fregatte „Kronprinz" in früherer Nr. d. Bl. beschrieben wurde, mit longitudinalen Zellen zwischen beiden Eisenwänden, aber ohne Querschotten, damit die Ventilation nicht gehindert wird. Seine Dimensionen sind wahrhaft colossal: die Länge in der Wasserlinie beträgt 345¼ Fuß (355⅚ Fuß engl. über Deck), seine Breite dagegen nur 58½ Fuß (genau 60 Fuß engl. über Deck), sodaß die letztere, obwohl sehr bedeutend, dennoch beinahe nur ⅙ der Länge ausmacht und demgemäß bei der colossalen Stärke der Maschine eine sehr große Schnelligkeit erwarten läßt. Trotz der ungewöhnlichen absoluten Breite des Schiffs wird dasselbe ohne Schwierigkeit durch die Schleußenthore des Kriegshafens an der Jahde passiren können und auch der Tiefgang wird dabei nicht hinderlich sein. Denn derselbe ist nicht viel größer, als bei allen andern großen Panzerfregatten, im Durchschnitt 26 Fuß (hinten bei voller Belastung 26½ Fuß), während die Tiefe im Raum (zwischen Deckbalken und Kiel) 41¾ Fuß beträgt. Was die absolute Größe angeht, so gibt es überhaupt nur sechs Kriegsschiffe der Welt, die den „König Wilhelm" (5938 Tons Lastigkeit, 9900 Tons Deplacement) übertreffen, sämmtlich englische Panzerschiffe: die beiden ersten englischen Panzerfregatten „Warrior" und „Black Prince", beide von 6109 Tons Gehalt, sodann der wenig abweichend gebaute „Achilles", 6121 Tons, und die noch colossaleren fünfmastigen Schwesterschiffe „Minotaur", „Agincourt" und „Northumberland", deren erster auf derselben Werft wie der „König Wilhelm" gebaut wurde, von 6621 Tons. Alle andern Kriegsschiffe sind kleiner, selbst der mächtige englische „Hercules" mit neunzölligem Panzer hat nur 5226 Tons, und die größten Panzerschiffe der andern Nationen noch weniger, denn die meist angegebenen Tonnenzahlen geben das Deplacement, nicht aber den natürlich weit kleineren eigentlichen Tonnengehalt, die Lastigkeit, an.

Die Form des Schiffskörpers ist durch den Chefconstructeur der englischen Marine entworfen worden. Da nämlich das Schiff ursprünglich für die Türkei bestimmt war, hatte die englische Regierung, die jeder Stär-

kung der türkischen Macht sehr hold ist, ihrem berühmten und erfindungsreichen chief-constructor, Mr. Reed, im Jahre 1865 gestattet, die Pläne für das projectirte türkische Panzerschiff zu liefern; jetzt zieht Deutschland den Vortheil von ihrer Vorzüglichkeit. Die Linien des „König Wilhelm" sind, mit Rücksicht auf das ungeheure Panzergewicht, unter Wasser ziemlich voll und rund gehalten. Da indessen volle Schiffe stets mehr schlingern — seitlich schwanken — weil sie bei ihrem runden Bau leichter im Wasser um ihre Längenaxe rollen, als scharfgebaute Schiffe, deren „Kielkante" in das Wasser einschneidet, so hat man diesem Schiffe, wie schon mehreren englischen Panzerschiffen, unten zwei Seitenkiele gegeben, d. h. man hat ungefähr an den Stellen, wo der Boden des Schiffs sich seitlich am stärksten aufwärts zu krümmen beginnt, auf jeder Flanke einen Kiel untergebolzt, dessen Stärke (Höhe) nach vorn und nach hinten zu allmählich abnimmt, bis er zuletzt ganz verschwindet.

Auch die Bugform ist eigenthümlich: der Vorsteven (die vordere Kante des Schiffs) geht nicht senkrecht zum Wasser nieder, sondern beginnt gleich vom Deck aus mit starker Schrägung nach vorwärts hin zum Wasser abzufallen, einige Fuß unter Wasser aber, wo sie eine Spitze bildet; in einer ziemlich vollen Curve zurückzuweichen, bis sie in den Kiel übergeht. Die Spitze, welche auf diese Weise entstanden ist, zeigt im Profil ziemlich dieselbe Form, wie bei den allerneuesten französischen Panzerschifftypen „Marengo", „Alma", und ist zum Anrennen feindlicher Schiffe bestimmt. Von vorn betrachtet, ist sie indessen bei weitem voller gehalten, und man erkennt in ihr unschwer den Reed'schen „Pflugschaarbug" (plough-coulter bow), der aus einer Modification des Dupuis-de-Lôme'schen Bug hervorgegangen ist. Dieser französische Chefconstructeur nämlich ist von der bei Holzschiffen gewöhnlichen oben ausschießenden Bugform und ebenso von der senkrechten Stevenform der „Gloire" abgegangen, und hat bei seinen Panzerzweideckern „Magenta" und „Solferino" eine Bugform gewählt, die unter Wasser weit ausschießt, und über Wasser etwas zurückgelehnt liegt, in dem Bedürfniß, beim Panzerschiff möglichst viel vom Rumpf unter Wasser zu legen, wo keine Eisenpanzerung nöthig ist, und andererseits einen zum Anrennen feindlicher Schiffe brauchbaren Theil zu haben. Bei der verhältnißmäßig geringen Länge und großen Breite seiner Schiffe bekam dadurch der Bug über Wasser annähernd die Form einer Schwanenbrust (swans breast) während unter Wasser der Querschnitt scharf wie früher blieb, in Gestalt eines V. (V-shaped bow). Reed, der englische Chiefconstructor adoptirte die Veränderung, aber mit wichtigen Modificationen. Um dem Vorschiff unter Wasser mehr Schwimmkraft und Tragfähigkeit für eine schwere Bugbatterie oder einen Sporn zu geben, wandte er die flache, unten breite, im Querschnitt einem U ähnliche

Form der mittleren Panzerschiffspanten (Rippenpaare) auch im Bug an (U-shaped bow*), ließ aber dafür über Wasser die Bugform schmaler und schärfer werden, wie es durch die längere, schmalere Form der englischen Schiffe sich von selbst ergab, und führte so den „Pflugschaarbug" ein, den wir auch an unserem Panzerschiff „König Wilhelm" finden.

Auch die Form des Hinterschiffs weicht von der bei Holzschiffen gewöhnlichen Gestalt ab, und ist dem neueren französischen Typus sehr ähnlich, indem sein Grundriß in dem Theile über Wasser einem Spitzbogen gleicht. Im Profil dagegen fällt das Hinterschiff, das oben weit über das Kielende übergebaut ist, vom Deck aus mit ziemlich senkrechter Linie in das Wasser ab, und geht leicht gekrümmt noch ein Stück in dasselbe hinein, sodaß es mit seinen Ueberhängen die riesige vierflüglige Bronzeschraube völlig schützt. Die Flügel der Schraube sind übrigens ziemlich rechteckig, nur an der Axe ein wenig schmaler als an der entgegengesetzten Seite, und nach französischem Vorbild in das kugelförmige Ende des Schraubenschafts so eingesetzt, daß sie nach Bedürfniß unter einem anderen Winkel gestellt werden können. Hinsichtlich der Form der Flügel müssen wir hier bemerken, daß dieselben bei den neuen französischen Schiffen fast ganz ein Rechteck bilden, damit die verhältnißmäßig breiten Enden einen ruhigeren Gang geben und das Schiff weniger durch Vibration angreifen. Dagegen sind die Schraubenflügel der meisten englischen Schiffe in der Mitte viel breiter als an den Enden, in Form eines Buchenblattes, dessen Spitze abgeschnitten ist, was offenbar wegen der Nähe ihres Mittelpunkts an der Achse, also wegen des kleineren Hebelarms einen größeren Nutzeffect erzielen muß. In gleicher Weise wie die Schraube wird durch das Hinterschiff auch das Steuerruder geschützt, ein balanced rudder, wie beim „Kronprinz" und beim englischen „Bellerophon". Bei dem letzteren hatte die Einführung des balanced rudder für seine Steuerfähigkeit und Wendbarkeit wahrhaft glänzende Erfolge gehabt: er fuhr den Kreis und den Halbkreis, der behufs der Wendnng beschrieben werden muß, in weniger als der halben Zeit wie der „Warrior" mit dem gewöhnlichen Ruder, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der letztere ziemlich 30 Fuß länger ist; denn er beschrieb mit Volldampf den Halbkreis in 1 Minute 50 Secunden bis 2 Minuten, den ganzen Kreis in 4 Minuten 22—28 Secunden, und unter Halbkraft den Halbkreis in 2 Minuten 28—32 Secunden, den ganzen Kreis in 5 Minuten 11—14 Secunden. Bei unserem „König Wilhelm" werden trotz etwas größerer Länge die Resultate wahrscheinlich kaum weniger gut ausfallen. Dennoch müssen wir uns dem Vor-

*) Dieselbe Bugform hat Reed auch bei den Corvetten der neuen englischen „Amazon"-Classe und dem oben (gelegentlich der „Grille") erwähnten Aviso „Helicon" angewandt.

schlage anschließen, daß man dem Schiff außer seiner Schraubenmaschine noch eine vor der letzteren im Raume leicht anzubringende hydraulische Reactionsmaschine wie bei der englischen „Waterwitch" gibt, um das Wenden noch mehr zu erleichtern*).

Da das Hinterschiff in seinem Horizontalschnitt über Wasser, mit einem Spitzbogen abschließt, so bildet es jene Kante zum Zertheilen der Wellen, welche Dupuis-de-Lôme zuerst aufgebracht hat, und die wir auch an unserem „Arminius" zu rühmen hatten. Gerade in der Mitte dieser Kante aber befindet sich in der Höhe der Batterie eine Pforte für ein schweres Geschütz, das während eines Rückzugs im Stande ist, von der Mittellinie des Schiffs aus fast den halben Horizont zu beherrschen, da die rasch zunehmende Breite des Hinterschiffs erlaubt, die Lafette auf einer Kreisschiene nach Bedürfniß seitwärts zu drehen. Die Pforte selbst ist geschmackvoll in die Ornamentirung des Hinterschiffs hineingezogen, um sie als Mittelpunkt gruppiren sich Bündel von Fahnen in vergoldetem Relief, der goldne Adler mit zurückgeschlagenen Flügeln am oberen Theile des Vorstevens, also vorn am Bug, vertritt würdig das Galjonbild.

Die vorzüglichste von allen Eigenschaften des „König Wilhelm" ist seine gewaltige Schlachtstärke, d. h. sein unübertroffener Panzer neben einer Geschützarmirung, wie sie sich zur Zeit auf keinem Schiff wieder findet. Während der englische „Bellerophon", das stärkste der bisjetzt fertigen Panzerschiffe, nach der neuesten Ausrüstung 8 300Pfünder in der Batterie, 2 solche hinten auf Deck und 2 400Pfünder im Bug, also im Ganzen nur 12 schwere Geschütze führt, wird der „Wilhelm" nicht weniger als 23 Gußstahl- 300Pfünder tragen, da man die Ausrüstung durch 33 schwächere Geschütze mit Recht aufgegeben hat. Ursprünglich sollte die Armirung ebenso wie beim englischen „Hercules" und beim amerikanischen „Dunderberg" derart vertheilt werden, daß das Schiff die Vorzüge des Breitseiten- und des Thurmprinzips vereinigte, — es sollte eine Batterie mit 16 Geschützen, in 7 Fuß Höhe über Wasser, auf dem Oberdeck vorn und hinten je einen Drehthurm mit 2 ganz schweren Geschützen, 20 Fuß Höhe über dem Wasserspiegel bekommen. Gegenwärtig aber scheint man anstatt der Thürme convexe Schilde (shields) oder vielmehr Geschützdeckungen von eigenthümlicher Form anbringen zu wollen.

Die Panzerdeckung ist derart vertheilt, daß in der Wasserlinie rings um das ganze Schiff vom vorderen bis zum hinteren Ende ein hoher, bis 7 Fuß

*) Doch möchten wir die Ausflußröhren zu diesem Zweck nicht in der Mitte, sondern an den Enden, den Steven des Schiffs, endigen lassen, wo ihre drehende Wirkung sich am kräftigsten äußert, ohne den Vortheil zu verringern, daß die Maschine beim Leckwerden das Wasser besser wie jede andere auspumpen würde.

unter Wasser reichender Panzergürtel von 8 Zoll starken massiven Eisenplatten läuft, der auf einer Fütterung von 22 Zoll Holz festgebolzt ist; die letztere aber ruht wiederum auf der 2 Zoll starken Eisenhaut des Schiffs (also im Ganzen 10 Zoll Eisen), welche das ungewöhnlich starke Eisengerippe der Spanten bekleidet. Es ist dies eine enorme Stärke: die größte Stärke der Eisenhaut bei englischen Panzerschiffen beträgt einen Zoll, die größte Holzdicke, z. B. beim „Warrior", nur 18 Zoll. Noch erstaunlicher aber ist die Stärke der Panzerplatten selber. Wie die Erfahrung bei den Schießversuchen gelehrt hat, wächst die Widerstandsfähigkeit massiver Platten im Quadrat der Dicke: der Panzer des „Wilhelm" hat also die Stärke von nicht weniger als 64 aufeinander genieteten zollstarken Schmiedeeisenplatten; Kein Fahrzeug, das bisjetzt auf dem Wasser schwimmt, hat auch nur eine annähernd gleiche Stärke. Der englische „Bellerophon", das stärkste bisher vollendete Panzerschiff, hat bei 6 Zoll massiver Panzerdicke nur die 36fache Widerstandsfähigkeit der einzölligen Platte; die englischen Panzerriesen „Minotour", „Agincourt„ und „Northumberland" mit 5½zölligen Platten haben nur die 30¼fache Stärke, nicht halb so viel als das preußische Schiff, dem sie außerdem wegen ihrer größeren Länge an Beweglichkeit und „Manövrirfähigkeit sehr nachstehn. Und die sämmtlichen anderen englischen Panzerschiffe, vom „Warrior" bis zum „Lord Clyde" herab, sämmtliche dänische*) italienische, spanische, östreichische, türkische Panzerschiffe haben bei 4½zölligem Panzer nur die 20¼fache Stärke. Dasselbe gilt von fast allen französischen Panzerschiffen, während die stärksten französischen kaum etwas mehr als halb so widerstandsfähig wie der „König Wilhelm" sind: und die amerikanischen Monitors mit 10einzölligen Platten, also nur 10facher Stärke in den Thürmen, sind mehr als sechsmal schwächer. Nur unter den im Bau begriffenen Schiffen ist eine englische Panzerfregatte, welche stärker ist, der „Hercules" (in Chatham im Bau) mit 9zölligen Platten in der Wasserlinie, also von 81 facher Stärke der einfachen Platte: sie wird aber diesen Vorzug mit einer Inferiorität hinsichtlich der Schnelligkeit bezahlen müssen, da sie um 20 Fuß kürzer und noch dazu einen halben Fuß breiter ist, als der „König Wilhelm", ein Nachtheil, den die um 50 Pferdekraft stärkere Maschine nicht ausgleichen kann. Die nächststarken im Bau befindlichen Schiffe, wiederum englische, der „Monarch" und der „Captain" sind bedeutend schwächer, wenn auch letzterer 7zöllige Platten, also von 49facher Stärke der einfachen Platte hat. Selbst auf nahe Distanzen verspricht der „König Wilhelm" unverwundbar

*) Mit Ausnahme der beiden dänischen Panzerschooner „Absalon" und „Esbern Snare", die gar nur einen 2½zölligen Panzer, also von 6¼facher Stärke der einzelnen Platte haben und sogar von den leichten Feldgeschützen durchschossen wurden.

zu werden, er mag sich mit Sicherheit den Kanonen der ganzen französischen Panzerflotte aussetzen! Diesen Vorzügen entspricht aber allerdings auch der Preis: ein Schiff mit 8zölligem Panzer kostet fast eine Million Thaler mehr als eins mit 5zölligem Panzer, da es weit größere Dimensionen erhalten muß, um die nöthige Tragfähigkeit zu erzielen, und somit war für den „Fered" eine halbe Million Pfd. Sterling ausbedungen worden.

Wie erwähnt, bildet die Panzerung des „König Wilhelm" in der Gegend der Wasserlinie bis zum ersten Deck hinauf einen vollständigen Gürtel. Ueber dieses Deck hinaus erhebt sie sich aber nur im mittleren Drittel des Schiffs, während die Endstücke ungepanzert bleiben und nur aus gewöhnlichen dünnen Eisenplatten bestehn: das mittlere gepanzerte Drittel des Schiffs aber — das natürlich nicht weiß gestrichen, sondern wie der Rumpf aller Panzerschiffe völlig schwarz ist, bildet die Batterie, aus welcher jederseits 9 300Pfünder ihre Mündungen durch die schmalen hohen Pforten strecken. Auch diese Batterie hat einen Vorzug, die außergewöhnlich hohe Lage der Stückpforten. Selbst wenn die See so bewegt ist, daß andere Panzerschiffe ihre Stückpforten schließen müssen, damit nicht das Wasser hereinströmt, wird das Schiff durch Schüsse den Gegner zu schädigen im Stande sein. Am schlimmsten in dieser Beziehung sind die ersten französischen Panzerschiffe wie die „Gloire" daran, deren Pforten 4—5 Fuß über Wasser liegen sollen, aber auch das noch nicht einmal erreichen. Die meisten Panzerschiffe andrer Flotten haben 6—7 Fuß Batteriehöhe; noch etwas höher liegen die oberen, aber eben darum nur leicht armirten Batterien der französischen Panzerlinienschiffe „Magenta" und „Solferino": als einer der größten Vorzüge des englischen „Warrior" wird seine Batteriehöhe von 9½ Fuß betrachtet. Bei „König Wilhelm" liegen die Stückpforten der Batterie nicht weniger als 11¼ Fuß, die panzergedeckten Oberdecksgeschütze sogar 17—18 Fuß über Wasser, und zwar geschützt, nicht offen, wie die Pivotgeschütze der offenen festen Deckthürme bei den französischen Typen „Alma" und „Marengo". An beiden Enden ist die Batterie gegen die ungepanzerten Enden des Schiffs durch hohe gepanzerte Querwände abgeschlossen, die wie die Flanken der Batterie vom Batteriedeck (main deck) bis zum Oberdeck reichen und die Geschütze gegen das gefährliche Enfilirfeuer schützen. Die vordere Panzer-Querwand ragt sogar noch über das Oberdeck empor, und hilft dort die Back bilden, wobei sie der „schweren Bugbatterie", wie die Engländer sagen, als Deckung dient. In dem Batteriedeck aber finden wir, da nur der mittlere Theil des Schiffs für die Aufnahme von Geschützen bestimmt ist, auch nur in der Mitte Geschützpforten eingeschnitten, hoch nnd schmal wie bei allen englischen Panzerschiffen, und zwar 14 an der Zahl, entsprechend der früher beabsichtigten Armirung. In den beiden ungepanzerten Theilen des Batteriedecks dagegen,

die als Aufenthaltsort für die Besatzung dienen sollen, zeigen sich kleinere Pforten mit Glasfenstern.

Das Oberdeck, welches die Batterie nach oben hin abschließt und rings von einer niedrigen Brüstung umschlossen wird, bietet außer den darauf verstreuten 10 Booten des Schiffs nichts auffallendes. Das Deck ist völlig glatt, ohne Erhöhung, hinten ohne Schanze, indem es hier spitzbogig endigt; auf dem Deck befindet sich hinten das Steuerrad, dicht unter dem ungeheuer langen Giekbaum des Besahnsegels, welcher sogar noch über die äußerste Spitze des Hecks hinwegragt. Aus der Mittellinie des Decks streben die 3 außerordentlich hoch und stolz getakelten Masten empor. Quer vor dem hintersten, dem Kreuzmast, läuft auf mannshohen Eisensäulen eine Commandobrücke über das ganze Deck hinweg, die in ihrer Mitte ein offenbar ungepanzertes achteckiges Commandanten- oder Compaßhäuschen trägt, und mit ihren Enden sogar noch über den Bord herausragt und halbkreisförmig abschließt, damit der Commandirende jede Flanke des Schiffs bequem übersehen kann. Unter diesen Enden der Commandobrücke scheint man zwei gepanzerte halbrunde Thürme anbringen zu wollen, die Consolen ähnlich aus der Wand herausstehn, wie bei den neuen französischen Typen „Marengo" und „Alma". In jeden dieser Thürme soll ein Pivotgeschütz hineinkommen und dann wie von einer Festungs-Caponnière aus die ganze Schiffsseite durch seitliche Bestreichung nach hinten und nach der Flanke beschützen. Vor der Commandobrücke, aber bedeutend weiter nach vorn, erhebt sich der Großmast und dann die beiden hohen, weißen, vor einander stehenden Schornsteine der Maschine zwischen denen sich eine zweite gleiche Commandobrücke von Bord zu Bord zieht. In nächster Nähe kommt sodann der Fockmast mit seiner ganzen ungeheuren Masse stehenden Tauwerks, und schließlich folgt die Vorrichtung für Aufstellung der Bugbatterie. Den vorderen Theil des Oberdecks nimmt nämlich eine eigenthümlich gestaltete Back ein. Bekanntlich ist die Back bei gewöhnlichen Schiffen ein Verschlag, welcher dadurch gebildet wird, daß die vordere Spitze des Oberdecks, welche schon durch eine mannshohe Brüstung auf beiden Flanken und vorn umfaßt wird, nach hinten durch eine Querwand abgeschnitten und nach oben durch ein leichtes Deck geschlossen wird. Auf dem „König Wilhelm", ist aber die abschneidende Querwand nicht gerade, sondern hat in der Mitte eine Ausbiegung nach vorn, um nicht an den hier stehenden Fockmast zu treffen; sie reicht auch vorn nicht bis zur Spitze des Fahrzeugs, sondern ist hier durch eine flach gewölbte Panzerwand abgeschlossen, sodaß der vorderste spitze Theil des Oberdecks ganz ohne Brüstung (blos mit einem niedrigen Eisenstabgeländer) dahin läuft und den Kanonen der gepanzerten Querwand freies Schußfeld läßt. In der Back befindet sich nämlich eine starke Bug-

batterie, wie die Engländer es nennen, indem durch zwei Pforten in der vorderen Querwand zwei Geschütze gerade über das leere Oberdeck hinweg nach vorn hinauszielen, (vollständig so, wie bei der russischen Panzerfregatte „Sebastopol"); zugleich aber sind dieselben durch Kreisschienen in den Stand gesetzt, auch nach der betreffenden Flanke der Back hinaus durch eine dort angebrachte Stückpforte seitwärts zu feuern, genau wie beim Casemattensystem. — Die Anker sind auf dem Oberdeck nach neuer französischer Art verstaut, so, daß der Schaft längs des Deckrandes, und der Stock senkrecht längs der Schiffsseite liegt; und daß der eine Arm durch eine Oeffnung in den Reilings horizontal auf Deck gezogen, platt auf dem letzteren ruht, während nur der andere Arm horizontal nach außen steht.

Die Takelage des „König Wilhelm" ist eine Vollschifftakelage mit 4 Raasegeln und einem Gaffelsegel (Schoonersegel, try-rail) an jedem Mast, das Bugspriet mit dem langen Klüverbaum gibt dem keiner Fregatte etwas nach, und die Masten mit Stengen und besonderen Bramstengen sind bedeutend höher und stolzer als bei der, von derselben Compagnie gebauten, schönen spanischen Panzerfregatte „Victoria".

Während Schiffe mit besonders dicker Panzerung nicht schnell zu sein pflegen, verspricht der „König Wilhelm" eine bisher unübertroffene Geschwindigkeit zu erreichen, die sogar auf 15 Knoten geschätzt wird. Für eine Schnelligkeit über 14 Knoten bürgt seine im Verhältniß zur Breite sehr bedeutende Länge, und die schon des Panzergewichts wegen nöthigen colossalen Dimensionen, sodann die vortrefflichen Linien des Schiffs, bei deren Zeichnung alle Vortheile der neuern englischen Construction zur Anwendung gekommen sind, endlich die 1150 Pferdekraft (nominal) starke Maschine aus der bekannten Fabrik von Maudslay Son and Field, welche fast bis auf das Sechsfache, bis zu mehr als 6000 indicirten Pferdekräften aufzuarbeiten vermag. Der englische „Warrior" hat mit etwas geringerem Deplacement und geringerer Breite, aber größerem Tonnengehalt und einer weniger leistungsfähigen Maschine (5469 indicirte Pferdekraft) eine Schnelligkeit von 14,3 Knoten erreicht; der englische „Bellerophon", das allerstärkste Panzerschiff, das sich jetzt auf den Fluthen wiegt, hat bei seiner Probefahrt am 17. Aug. 1866 in Stokes Bay mit einer größeren Maschinenleistung (6400 indicirten Pferdekräften) aber dafür auch viel geringerer Länge*) 14,2 Knoten erreicht.

Die Fertigstellung des „König Wilhem" durch die Thames Iron Works in Blackwall, wo auch eins der drei größten englischen Panzerschiffe, der „Minotaur" gebaut ist, wird sich erst im Sommer dieses Jahres bewirken

*) Er ist 65 Fuß kürzer als der „Wilhelm", welcher letztere zwischen dem „Warrior" und dem „Bellerophon" etwa in der Mitte steht.

lassen. Trotzdem aber und trotz des enormen Preises von 3,710,000 Thlr., welche das Schiff mit Ausrüstung kostet, betrachten wir die Erwerbung desselben als ein glückliches Factum. Bereits haben fachmännische Autoritäten in der Times den „König Wilhelm" als das stärkste Schiff der Welt gerühmt. Und auch das etwas überschwengliche, jedenfalls durch Courtoisie gefärbte Urtheil des amerikanischen Admirals Farragut, der neulich die europäischen Häfen besuchte, ist insofern richtig, als die Qualität unsrer Panzerflotte im Ganzen keiner anderen nachsteht, sondern im Gegentheil die meisten übertrifft. Auch unsere kleine Flotte wird, wie früher unsere Armee, im allgemeinen unterschätzt und ist viel leistungsfähiger, als man gewöhnlich annimmt, und gleichgroßen Abtheilungen jeder anderen Flotte sicher gewachsen.

Wenn die Schnelligkeit des „König Wilhelm" ihn befähigen soll, sich feindlichen Widderschiffen zu entziehen, so wird dafür kaum weniger wünschenswerth eine bedeutende Lenkbarkeit und Manövrirfähigkeit, welche diesem Schiffe bei seiner großen Länge jetzt abgeht. Wir möchten aus diesem Grunde einen Vorschlag wiederholen, der bereits von anderer Seite in der Seezeitung „Hansa" gemacht ist, den wir aber nicht unbedeutend modificiren müssen; es ist der Vorschlag, beim „König Wilhelm" — und bei allen andern Panzerfregatten — eine hydraulische Reactionsmaschine als Hilfsmaschine einzuführen.

Zu den vier Systemen von Dampfschiffen oder Dampfschiffmotoren, als gewöhnliche Raddampfer, Patentschaufel-Raddampfer, Schraubendampfer und Zwillingsschraubendampfer, ist neuerdings noch ein fünftes System gekommen, das System der hydraulischen Reactionsmaschinen, welches von dem schottischen Ingenieur Ruthven und dem stettiner Schiffsbaumeister Seydell erfunden und ausgebildet und dann bei einigen kleinen Privatdampfern, sowie bei dem neuen englischen Panzerkanonenboot „Waterwitch" (Wassernixe) zuerst zur Anwendung gebracht worden ist. Durch eine große Anzahl Oeffnungen im vordern Theile des flachen Schiffsbodens tritt das Seewasser in einen Längencanal und dann in eine niedrige aber sehr breite eiserne Trommel, in welcher ein horizontalliegendes großes Schaufelwurfrad von 17 Fuß Durchmesser durch drei Cylinder schnell um seine senkrechte Axe gedreht wird. Durch die Fächerstrahlen dieses Rades erhält das Wasser in der Trommel einen gewaltigen Schwung, und wird durch eine Röhre in der Schiffswand jederseits in heftigem Strome nach dem Hinterschiff wie ein Spritzenstrahl herausgeschleudert, sodaß es sich auf das äußere Seewasser stützt und damit das Schiff vorwärts treibt. Durch Stellung der Ausflußröhren oder der Ventile läßt sich der Wasserstrahl auch nach vorn richten und das Schiff wird dann mit gleicher Schnelligkeit rückwärts getrieben. Die Vortheile dieser Construction liegen hauptsächlich darin, daß während der

Bewegungen des Schiffs nach vorn, nach rückwärts oder während des Stillstehens die Maschine stets in gleichmäßigem Gange bleibt und bloß die Ausflußröhren anders gestellt werden, was sich vom Commandantenthurm aus bewirken läßt und das Schiff für das Manövriren ganz in die Hand des Capitäns gibt, ein Vortheil, der namentlich für Widderschiffe überaus wichtig ist. Die Nachtheile des Prinzips sind dagegen folgende. Der Motor, welcher auf das Wasser außerhalb des Schiffs wirkt, also hier der Spritzenstrahl, ist kein fester, sondern ein flüssiger Körper, kann also nie so stark wirken und das Schiff so schnell machen, wie z. B. die festen Platten des Patentschaufelrades. Ferner liegen die Ausflußröhren bei der „Waterwitch“ ganz über Wasser (die Unterkante gerade in der Wasserlinie), sind also trotz der Panzerung dem Verbiegen durch Schüsse des Feindes ausgesetzt, und wirken außerdem nur auf die obere leichte Wasserschicht, nicht auf die schwereren unteren Wasserschichten. Auch die Erwartung, daß der Spritzenstrahl, wenn er in ganz kleinem Winkel auf die Wasserfläche auftrifft, denselben Widerstand finden soll, wie eine auf dem Wasser ricochettirende Kanonenkugel, dürfte sich nur bei ganz glatter See realisiren, während schon die kleinsten Wellen bedeutend hindern müssen und außerdem die Veränderung des Tiefgangs infolge des Kohlenverbrauchs störend wirkt. Aber auch bei den günstigsten Verhältnissen, wie bei der Admiralitätsprobefahrt in Stokes Bay am 9. Aug. 1867, erreicht die „Waterwitch“ infolge der geringen Consistenz ihres Propellers nur 9,233 Knoten Schnelligkeit und macht den ganzen Kreis in 4 Min. 10 Sec., die Drehung um die Achse in 6 Min. 46 Sec., während das Zwillingsschrauben-Panzerkanonenboot „Viper“ trotz seines größeren Tiefganges und trotz seiner um 2 Fuß geringeren Länge 9,333 Knoten Schnelligkeit erreichte, und ebenso den vollen Kreis in 3 Min. 20 Sec., die Drehung in 3 Min. 7 Sec. beschrieb. Der Vortheil für das Wenden des Schiffs, welchen zwei von einander unabhängige Motoren auf beiden Seiten des Schiffs haben, wird auch dadurch geschwächt, daß die drehende Kraft in der Mitte, nicht an den Enden des Schiffs wirkt. Beim Schlingern (seitlichen Schwanken) des Fahrzeugs muß außerdem der Querschnitt der Ausflußröhren, sobald diese unter Wasser kommen, in letzterem nach vorn großen Widerstand finden. Ebenso halten wir es für unzweckmäßig, daß das Wasser durch den Boden des Schiffs eintritt. Denn durch den Zug, welcher im Canal entsteht, wird das Schiff mit Nothwendigkeit vorn niedergedrückt, und während ein Theil der Maschinenkraft zum Einsaugen des Wassers dient, also für das Ausspritzen nicht zur Wirkung kommt, muß die Maschine die ganze Bugfläche ohne jede Verminderung durch das Wasser pressen.

Diese letzteren Uebelstände können aber nach unserer Meinung vermieden

werden, und unser Vorschlag für den „König Wilhelm“ geht deshalb dahin, die hydraulische Reaction nicht so wie bei der „Waterwitch“ anzuwenden, sondern nur als Hilfsmaschine *).

Auch in der Batterieeinrichtung sei eine Verbesserung für den „König Wilhelm“ vorgeschlagen. Das gewöhnliche Breitseitensystem ist keineswegs so vollkommen, daß man sich mit demselben begnügen könnte, wenn es auch bis jetzt seiner Deckhöhe und folglich seiner Seetüchtigkeit **) wegen bei den für die hohe See bestimmten Panzerflotten das geeignetste ist, sodaß die letzteren jetzt ausschließlich aus Breitseiten-Panzerfregatten gebildet werden. Radical läßt sich nun den Fehlern der jetzigen Hochseeschiffe nur durch ein neues System abhelfen, das allein bei ganz neu zu erbauenden Schiffen anwendbar ist, und das wir später erwähnen werden. Aber bei den vorhandenen Panzerfregatten kann man einem Theil der Uebelstände durch Annahme einer Einrichtung begegnen, welche Reed vor einigen Jahren erfunden und z. B. bei der „Pallas“ zur Anwendung gebracht hat; dies sind die „Indents“, eine äußerst sinnreiche Erfindung.

Man denke sich eine Breitseiten-Panzerfregatte mit Geschützpforten, die außerordentlich weit von einander stehen, wie es ja bei den Schiffen der Fall ist, welche nach dem neuesten System sehr schwere, aber darum wenige und weit abstehende Geschütze führen. Aus der Wandlänge aber, die zwischen je zwei Pforten steht, denke man sich das mittlere Drittel herausgenommen, sodaß ein breites viereckiges Loch von der Höhe der Pforten in der Schiffswand entsteht. Von den beiden senkrechten Kanten dieses Loches gehen dann zwei gleich hohe Panzerwände convergirend nach dem Innern des Schiffs hinein, und treffen einige Fuß von der Schiffswand nach innen mit einem mehr oder minder spitzen Winkel zusammen. In der Mitte jeder dieser Panzerwände ist nun eine neue Geschützpforte eingeschnitten; jedes Geschütz hat infolge dessen auf jeder Flanke, d. h. in dem Ausschnitt rechts und links von seinem Platze, eine solche „Indent“-Pforte, und kann durch diese, wenn es auf seiner Kreisschiene entsprechend gedreht wird, schräg nach vorn oder nach hinten feuern, außerdem natürlich auch rechtwinklig nach der Seite durch seine gewöhnliche Pforte. Das System bietet mannichfache Aehnlichkeit mit der bastionirten Front einer Festung. Denkt man sich eine ganz gerade Enceinte mit Bastionen darin, bei welchen die Spitze nicht durch eine Fläche gebildet wird, sondern durch eine einfache, der Enceinte parallele Face

*) Der Verfasser behält sich vor, die dafür nöthigen technischen Modificationen an anderer Stelle darzulegen.

**) Unter Seetüchtigkeit wollen wir die Eigenschaft verstanden wissen, daß das Schiff ohne Nachtheile einem Sturm in offener See trotzen kann, unter Seefähigkeit die Eigenschaft guten Manövrirens und Steuerns und großer Schnelligkeit.

ersetzt ist, während die Courtine auf Null reducirt ist, die Bastionsflanken also in Winkeln zusammenstoßen, so hat man vollständig den Grundriß einer Panzerfregattenbatterie mit Reedschen „Indents". Bisher haben die Engländer die „Indents" nur bei den beiden äußersten Pforten der Batterie auf jeder Seite angewandt, sodaß bloß die beiden vordersten und die beiden hintersten Geschütze jeder Batterie nach vorn bez. nach hinten feuern können. Wir möchten vorschlagen, diese Einrichtung für alle Pforten der Batterie anzunehmen und zu Gunsten dieser größeren Verwendbarkeit der Geschütze deren Zahl noch mehr zu vermindern. Die Pforten werden dann, dem neueren schweren Kaliber entsprechend, sehr bequem und weit von einander zu liegen kommen, wobei die „Indent"-Wände außerdem noch den Geschützen gegen Enfilirfeuer oder Granatsplitter in der Art Schutz gewähren, wie die Traversen der Fortification. Ferner möchten wir, behufs Ersparniß an Panzergewicht und an gedecktem Raum die innere Spitze jedes „Indent" durch eine längsschiffs laufende Panzerwand abgeschnitten haben, welche die inneren Schartenbacken der „Indents"-Pforten verbindet, die Stellung der Courtine einer Festung einnimmt, und somit die innere Spitze der jetzigen Panzerwände wegzulassen erlaubt. Endlich bringe man noch leichte Schiebethüren von Pfortenhöhe aus ³/₈zölligem Stahlblech über oder unter den Indents an, die im Gefecht weggeschoben sind und die Indent-Pforten demaskiren, auf Seereisen aber vorgeschoben sind, sodaß die Wellen sich in dem Ausschnitt nicht fangen können. Dann wird das Breitseitensystem soweit als möglich verbessert sein; sämmtliche Geschütze könnten in einem Winkel von etwa 30 Grad mit dem Kiel nach vorn und nach hinten feuern; das Schiff braucht sich bei Beschießung eines Gegners blos schräg mit dem Bug gegen denselben hinzulegen und wird so einmal die Zielfläche um mehr als die Hälfte vermindern und dann die Panzerung durch ihre schräge Stellung ganz außerordentlich verstärken. Der Umstand, daß dabei wegen der vielen Ausschnitte die Panzerwand etwas weniger deckt, kommt nach dem Grundsatz, daß die Möglichkeit, etwas zu leisten, wichtiger ist als die gute Deckung, nicht in Betracht, und ebensowenig gilt dies von der Anforderung, daß die oberen Theile der Spanten theilweise etwas anders geformt werden müssen. Will man überhaupt neue Breitseiten-Panzerfregatten bauen, so möchten wir sie ausschließlich nach den eben beschriebenen Vorschlägen ausgeführt sehen, und ebenso sollte man vor allem untersuchen, ob nicht auch bei den beiden fertigen Panzerfregatten und denjenigen Fregatten, die sonst auf irgend eine Weise in unsern Besitz kommen könnten, sich eine Modification dieser Art herbeiführen ließe, welche die Verwendbarkeit der Geschütze geradezu um das Dreifache steigert. Namentlich aber beim „Wilhelm", der ja noch im Bau begriffen ist, sollte man diese Aenderung vornehmen und ihm außerdem auf

dem Oberdeck am Bug und am Heck je eine Coles'sche Kuppel mit zwei ganz schweren Geschützen geben. Die Einrichtung fester, consolenartig etwas ausspringender Thürme nach Art der auf den französischen navires à tourelle (z. B. „Marengo"), befindlichen Thürme mit je einem Geschütz à la barbette, wie sie Reed auch beim „Wilhelm" projectirt hat, gestattet erstens nur vier große Kanonen (über den vier Ecken der Mittschiffsbatterie) anzubringen und läßt diese nebst den Geschützcommandeuren ungedeckt*). Außerdem würde der „Wilhelm" bei seiner jetzigen Steuerfähigkeit doch feindliche Widderschiffe zu fürchten haben, wenn auch die meisten französischen Seeoffiziere (so auch Keronstret in der letzten Revue des deux Mondes) die Leistungsfähigkeit der letzteren allzusehr überschätzen, und namentlich den Umstand nicht genügend würdigen, daß Widderschiffe eine sehr überlegene Schnelligkeit haben müssen, und meist vor ihrer Annäherung von einem Gegner mit sehr schwerem Kaliber werden in den Grund gebohrt werden. Gerade für den letzteren Zweck aber werden unsere Vorschläge von höchstem Nutzen sein. Mit „Indents" und mit hydraulischer Reactionsdrehung wird dem „König Wilhelm" eine volle Ausnutzung seiner colossalen, allen andern Schiffen weit überlegenen Geschützausrüstung möglich und seine Schlachtstärke um das Doppelte vermehrt werden.

Der Chiefconstructor Reed hat für England als Prinzip aufgestellt, England müßte jederzeit ein Schiff mit bessern Eigenschaften besitzen, als alle andern Flotten, das die letztern zittern macht, wie einst der „Merimac" die Holzschiffe und ganze Geschwader schwächerer Fahrzeuge aufwog. Gegenwärtig nun ist der „Wilhelm" allen andern Kriegsschiffen der Erde überlegen, durch seine stärkere Geschützausrüstung auch dem „Hercules", und nach diesem Grundsatz würde die norddeutsche Flotte schon jetzt einen gewissen relativen Vorsprung vor den übrigen haben.

Preußen und Herr Vilmar.

A. F. C. Vilmar, Handbüchlein für Freunde des deutschen Volksliedes. Zu Marburg in Hessen gedruckt und verlegt von Joh. Aug. Koch 1867.

Dieses Büchlein, welches uns Veranlassung gibt, auf das Verhältniß seines Verfassers und der von ihm geleiteten sog. christlich-conservativen Partei

*) Diese Thürme sind fest mit dem Schiff verbunden, oben offen, und enthalten jeder ein colossales Geschütz, das mit dem Rohre gerade über den obern Rand der Thurmwand ragt. Die Lafette, welche auf einer Drehscheibe steht, ist aber ebenso wie die Thurmwand von mehr als Mannshöhe, sodaß die Bedienungsmannschaft des Geschützes gegen horizontalen Schuß gedeckt ist, aber allerdings gegen geworfene Granaten schutzlos bleibt. Der Geschützcommandeur, welcher richtet, muß natürlich seinen Kopf über die Thurmwand erheben, er beherrscht zwar den ganzen Horizont, ist aber dafür auch jedem horizontalen Schusse schutzlos preisgegeben.

in Hessen zu Preußen etwas näher einzugehen, ist aus Vorlesungen entstanden, die der damalige Gymnasialdirektor Dr. Vilmar im Winter 1844/45 vor einem gemischten Publikum in Marburg gehalten hat. Während die Vorträge, die derselbe ein Jahr früher über die Geschichte der deutschen Literatur vor denselben Zuhörern gehalten hatte, schon längst dem großen Publikum übergeben waren (1844) und in einem Dutzend starker Auflagen verbreitet sind, hat das Manuscript dieses „Handbüchleins für Freunde des deutschen Volksliedes" ruhig im Schrein seines Verfassers gelegen. Obwohl vielfach dazu aufgefordert, konnte derselbe nicht dazu gelangen, es dem Druck zu übergeben. Da kam das Jahr 1866 und zu der äußern Anregung „kam eine stärkere innere". „Arnim", so heißt es im Vorwort, „gab in der Zeit des tiefsten Elends und der tiefsten Erniedrigung Deutschlands seine Zeitschrift heraus „Trösteinsamkeit, eine Zeitung für Einsiedler" — für diejenigen bestimmt, welche dem Gram und Schmerz über das Vaterland auf Augenblicke, sich mit der Poesie in die stillestе Einsamkeit zurückziehend, entgehen wollten. Das entsetzliche Unglück meiner angestammten Fürsten und meines Vaterlandes ließ mich nach einer Beschäftigung greifen, in welcher ich den Zorn über den ungeheuern Abfall von dem Worte Gottes und den Abscheu vor den Abgefallenen, wenn auch nicht überwinden, doch zeitweise vergessen konnte. Denn wenn diese Empfindungen durch die Beschäftigung mit dem Worte Gottes, worin meine Berufsarbeit besteht, genährt und gesteigert werden, und dies so und nicht anders sein kann und darf, so sehnt man sich doch in menschlicher Weise nach Augenblicken der irdischen Erholung und Abspannung. Das alte treue Volkslied, die unvergängliche Harmonie des Volksgesanges alter Zeit, hat wenigstens soviel vermocht, mich auf Stunden, auf Tage, der quälenden Gedanken an das Entsetzen der Zeit zu überheben und das finstere Grauen der Gegenwart auf Augenblicke in der sonnenhellen Heiterkeit der Dichtung untertauchen zu lassen." Betrachtet man nun aber das Büchlein näher, so wird man bald erkennen, worin die Beschäftigung des Verfassers mit seinem Manuscripte hauptsächlich bestanden hat. Denn abgesehen von vereinzelten Literaturnachträgen, die gar nicht zu umgehen waren, ist dasselbe — vielleicht nur hier und da gekürzt — unverändert abgedruckt und mit einigen Kraftstellen über das Jahr 1866 und die gegenwärtige politische Situation gewürzt worden. So heißt es z. B. S. 95 zu dem Liede Fr. Försters „Zum Gedächtniß des Aufrufs der Freiwilligen": Mit diesem Liede, welches schon damals (1820) ein Trauerlied war, stehen wir an dem schon längst mit Rasen bewachsenen Grabe einer früh verstorbenen Jugendgeliebten. Im Jahre 1863 am 18. October haben wir eine große und schöne Zeit begraben, und 1866 das Grab der Erde gleichgemacht. Gegenwärtig dient es als Exerzierplatz." In offenbarer Anspielung auf die

von Hand zu Hand unter den Getreuen Hessens herumgehenden Reimereien auf das Unglück des angestammten Fürsten bemerkt er zu einem Lied auf den Herzog Ulrich von Würtemberg: Gedruckt ist das Lied wohl niemals worden; es mochte in jener Zeit vielleicht nicht einmal möglich sein, es zu veröffentlichen und wird nur unter den einverstandenen Treuen handschriftlich umgegangen, auswendig gelernt und unter Vertrauten gesungen worden sein, wie dergleichen Lieder auch in späteren Zeiten und bis auf diesen Tag nur unter den ihren verjagten Fürsten treu gebliebenen Unterthanen zu ihrem Troste und ihrer Erhebung handschriftlich verbreitet worden sind und noch verbreitet werden."

Waren es also für Herrn Vilmar wesentlich nur politische Gründe, die ihn bewogen, jetzt mit seinem Handbüchlein hervorzutreten und seinem Schmerze „über den ungeheuern Abfall vom Worte Gottes" Ausdruck zu geben, so wird er es uns auch nicht verübeln dürfen, wenn wir daran eine Besprechung seines politischen Verhaltens im Licht seiner Vergangenheit anknüpfen, ohne über das Jahr hinauszugehen, welches für alle politischen Männer unseres Volkes ein entscheidendes war, das Jahr 1848.*) Wir werden dieses um so eher dürfen, als das Handbüchlein, abgesehen von seiner ansprechenden Darstellung, die ihm gewiß einen großen Lesekreis bei den Geistesverwandten seines Verfassers sichert, wenig neues darbietet.

Es ist ein stehendes Thema der reactionären Presse in Preußen, auf den Zwiespalt hinzuweisen, der in dem Lager der Liberalen herrsche und zum Untergange des ganzen Liberalismus führen müsse. Und doch hätte sie vor allem Noth, sich des Wortes vom Splitter in des Bruders Auge und dem Balken in dem eigenen zu entsinnen. Denn wenn auch in der großen liberalen Partei über die wichtigsten Fragen tiefgehende Meinungsdifferenzen herrschen mögen, so ist doch der Zwiespalt, der im entgegengesetzten Lager ausgebrochen ist, noch viel größer und der Haß, der hier entbrannt ist, der Natur der Partei nach noch viel ingrimmiger. Was es für eine Bewandtniß mit dem christlichen Conservativismus habe, liegt jetzt dem blödesten Auge klar. Denn hat nicht die christlich-conservative Partei immer von sich gerühmt, sie sei die einzig solide und fest geschlossene? Und wie steht es jetzt mit dieser Geschlossenheit aus, nachdem die erste größere politische Wandlung in Deutschland vorgegangen ist? Notorisch ist, daß die conservative preußische Regierung sich in den neuen Landestheilen auf die ausgesprochen liberalen Elemente der Bevölkerung stützen muß, daß der eine Bruchtheil der christlich-conservativen Partei den andern des Abfalls vom

*) Man vergl. (Meurer) Dr. A. Vilmars und seiner Anhänger Stellung zu den wichtigsten politischen und kirchlichen Zeitfragen. Frankfurt 1865.

Worte Gottes beschuldigt, der unterlegene Theil nichts dagegen hat, wenn die früher so verhaßten Rothhosen dem anderen das rechte Verständniß der heil. Schrift erschlössen, der siegende dagegen bald von Vaterlandsverräthern spricht, für die kein Galgen zu hoch sei, bald unter der Hand wieder die Bande der alten Freundschaft durch Anerbietungen und reelle Erweise von Wohlwollen zu erneuern sich bemüht. Kennt man die engen Beziehungen, welche die Führer jener Partei früher unter einander verbanden, und die ihr in der Meinung der großen Menge den Charakter eines protestantischen Jesuitenordens verliehen, und betrachtet nun die Gründe des jetzigen Zerwürfnisses, so kann es niemandem zweifelhaft sein, was sie zusammengeführt hat, und was sie jetzt, nachdem die ursprünglichen politischen Verhältnisse sich verschoben haben, mit derselben Leidenschaftlichkeit entzweit — die Herrschsucht. Ein Ueberblick über das gegenseitige Verhalten der kurhessischen und preußischen Conservativen dürfte dieses jedem Unparteiischen klar machen. Kurhessen war durch alle äußeren und inneren Verhältnisse zu einer der preußischen möglichst conformen Politik angewiesen. Die geschichtlichen Traditionen wiesen Volk wie Regentenhaus auch auf dieselbe hin. Mit ganz geringen Schwankungen folgte auch Kurhessen dem viel mächtigeren Preußen bis in die Revolutionszeit von 1848. Bekanntlich gehörte das Märzministerium in Cassel zu den der frankfurter Centralgewalt am willfährigsten gehorchenden Behörden; die weitaus größte Anzahl aller Gebildeten in Kurhessen gehörte der erbkaiserlichen Partei des Parlaments an. Selbst Vilmar ereiferte sich damals für die preußische Spitze in seinem „Volksfreund" und tadelte es aufs strengste, als Friedrich Wilhelm IV. die ihm angetragene Kaiserkrone ausschlug. Er schrieb am 9. Mai 1849: „Gab es für den König von Preußen gar keinen andern Weg als den eingeschlagenen? Wir dächten: ja!... Der Widerstand gegen seine Kaiserwürde von Seiten der vier Könige in Deutschland beruht doch einzig und allein darauf, daß diese ihre „Souveränetät" nicht hergeben wollen, und darin liegt — man sage, was man wolle — eine Verkennung ihrer Stellung und des politischen Standpunktes von Deutschland. Der frankfurter Versammlung gegenüber mochten die Könige auch diese ihre Souveränetät nicht aufgeben; trat aber der König von Preußen mit Muth und Entschiedenheit an die Spitze von Deutschland und nahm er die Angelegenheit kräftig aus der Hand der Reichsversammlung in die seinige, so wäre dieses Aufgeben jedenfalls in nicht allzulanger Frist auf befriedigende Weise erzielt worden. Daß man in Preußen für die schlimmen Dinge, mit welchen in Würtemberg der Anfang gemacht worden ist, gar kein Auge und Gefühl hat, das müssen wir der preußischen Politik zum bestimmten Vorwurf machen. Das heißt das kleine und halb eingebildete Recht zärtlich gepflegt und das große wirkliche Recht gleichgiltig fahren gelassen; das heißt die Empfindlich-

keit der Könige schonen und ihr Dasein preisgeben." — Wenige Jahre später schrieb derselbe Mann: „Im Glauben begonnen, ist dieser Kampf gegen die in ihre höhere Phase der Union des erfurter Reichstags getretene Revolution, ein Kampf so schwer und groß wie noch keiner zuvor, auch im Glauben geführt worden."

Was war nun geschehen, daß Vilmar, der 1849 noch Preußen den Vorwurf machte, es habe die Empfindlichkeit der Kleinfürsten geschont und ihr Dasein preisgegeben, jetzt die die particularistischen und dynastischen Interessen vielmehr schonende Verfassung des Dreikönigbündnisses eine in die höhere Phase getretene Revolution nennt?

Liest man die Urtheile die Vilmar Anfangs 1850 über die ans Ruder gekommene Kreuzzeitungspartei abgab, so könnte man glauben, er sei aus Haß gegen das reactionär gewordene Preußen zu einem Umschlag in seiner Zuneigung gegen die preußische Krone bewogen worden. Denn er verwahrt sich auf das bestimmteste gegen den Vorwurf absolutistischer Velleitäten und gegen die Verwechslung seiner Ansichten mit denen der Kreuzzeitungspartei, deren Christenthum „in der oberen Etage" er nahe daran ist, für bloße Theorie oder gar für bloße Redensart zu erklären, „zumal da ihm dieses Schwatzen mit bubenfertiger Zunge, abwechselnd mit diesem Näseln aus einer Geheimrathsnase ganz besonders zuwider ist."

Aber man würde irre gehn, wenn man diese Auslegung aufrecht erhalten wollte. Der Kurfürst von Hessen hatte zur Vernichtung der hessischen Verfassung den Hans Daniel Hassenpflug aus Greifswald berufen. Aber nicht nur unabhängig von seinen Ständen wollte seine Königliche Hoheit sein, auch von einer Suprematie Preußens wollte sie nichts wissen. Da Hassenpflug im Lande gar keine Unterstützung seiner Pläne fand, als bei Vilmar und einigen Dorfpastoren, mußte er sich Oestreich auf Gnade oder Ungnade ergeben. War er ja durch eine östreichische Intrigue überhaupt in die Höhe gekommen. In die langersehnte Machtfülle eingesetzt, fiel nun Vilmar den preußischen Staat mit der ganzen Bosheit eines für seine Existenz streitenden Parteimanns und mit der ganzen Wucht seiner nicht gewöhnlichen Beredtsamkeit an. Jetzt ist ihm Preußen „der Revolution verfallen bis in seine Spitzen und Enden", es wird von einer „königlich preußischen Revolution" gesprochen, die Anklage erhoben, „die deutschen Einzelstaaten hätten in preußische Präfekturen verwandelt werden sollen", und gehöhnt „erst seit den Olmützer Punktationen habe Preußen eine Stellung eingenommen, die seiner Macht angemessen sei." Von Oestreich, das nach 1848 „den deutschen Angelegenheiten niemals das volle Herz schenken konnte", heißt es 1857: „So steht Oestreich als eine Macht da, die von der modernen Cultur noch nicht vernichtet ist, — darum kann es in der Gegenwart mächtiger auf-

treten, als alle deutschen Staaten; darum aber hat es auch noch eine bedeutende Zukunft, eine Zukunft namentlich in Bezug auf seine Herrschaft in Deutschland, und wenn einst die Hohlheit der preußischen Macht sich noch deutlicher zeigen wird, dann wird Oestreich unser Halt sein müssen und es wird für Deutschland wenigstens richtig sein: Austria erit in orbe ultima."

Nach solchen Auslassungen hätte jeder Preuße, wie man glauben sollte, sich voll Ingrimm über den wandelbaren Gesellen abwenden müssen. Aber wie Jedermann weiß, gab es in Berlin Gesinnungsgenossen Vilmars, bei denen der Haß gegen das, was sie Revolution nannten, größer war als die Liebe zum eigenen Vaterlande. Die Organe dieser Partei waren und blieben Vilmar offen. In der evangelischen Kirchenzeitung vertheidigte er selbst die Maßregeln, die er ergriffen hatte, um die reformirte Kirche Hessens in eine lutherische umzugestalten, „die Kreuzzeitung" und das „Volksblatt für Stadt und Land" waren die Partisane der politischen Mißregierung Hessens. Versah Vilmar das Wagner'sche Staatswörterbuch mit zahlreichen Artikeln über die wichtigsten Gegenstände, so wird er auch für die Kreuzzeitung gelegentlich haben schreiben dürfen. Hatte er doch auch in Hessen selbst kein Blatt mehr, in dem er seine Galle nun fließen lassen konnte. Denn der „Volksfreund" war 1852 selig entschlafen. In einer neuen Gestalt erwachte er aber wieder als „Hessenzeitung", da die politischen Dinge in Deutschland eine Wendung zu nehmen drohten, welche der Herrschaft der vilmarschen Partei früher oder später in Hessen ein Ende machen mußte. Denn war 1850 das Ansehen Preußens in Deutschland durch sein Zurückweichen in der hessischen Frage geknickt worden, so suchte es jetzt dasselbe wieder an derselben Stelle dadurch zu repariren, daß es sich auf Seite der Stände gegen den Kurfürsten stellte und die vernichtete Verfassung des Landes wieder aufrichten half. Vilmar sah sein und seiner Partei Werk gefährdet und darob entbrannte sein ganzer Zorn. Seine Wuthausbrüche gegen Preußen kannten keine Grenzen des Anstands und der Schicklichkeit mehr und wuchsen in dem Maße, als er die Macht Preußens und den festen Willen, eine andere Gestalt der Dinge in Deutschland herbeizuführen, erstarken sah. Interessant ist es nun zu beobachten, wie die conservativen Brüder in Berlin anfänglich den Zorn Vilmars durch milde Worte zu stillen suchten. Die Kreuzzeitung und die Norddeutsche Allgemeine leisteten das Mögliche in dieser Richtung. So wird in einem Artikel des letzteren Blattes vom 12. März 1865 behauptet, daß der conservative Preuße auch hessische Zustände nicht anders beurtheile als der conservative Hesse, und daß „beide manches Geschehene der Vergangenheit gemeinsam bedauern und betrauern mögen". Der „Hessenzeitung" wird eingeräumt, daß sie auf christlich-conservativem Boden stehe und wesentlich nur die Form mißbilligt, in der sie ihrer „sittlichen Ent-

rüstung" Ausdruck leihe. Auf diesen Versuch der Regierungspresse, mit Vilmar zu transigiren, antwortete die „Hessenzeitung" in drei Artikeln, deren Gesammtinhalt sich in den Sätzen zusammenfaßt: Das sind die Thaten der preußischen Politik gegen Hessen. Nur mit dem tiefsten Schmerz und dem Gefühl der bittersten Empörung denkt jedes kurhessische Herz an sie zurück und wer auch nur ein weniges noch von Rechtsgefühl sich erhalten hat, der kann sich nicht darüber wundern, daß die Hessenzeitung solche Thaten nicht zu vergessen vermag, daß sie in gerechter Entrüstung immer wieder darauf zurückkommt. Wolle doch der Schreiber der Nordd. Allg. Zeitung und wollen doch auch unsere milden, durch ein hartes Wort so leicht verletzten Freunde das nicht übersehen, daß eben solche Zugeständnisse, wie sie jener Artikel des genannten Blattes immerhin als einen Anfang zum Besseren enthält, doch nur die Frucht eben davon sind, daß wir es nicht lassen können, immer und immer wieder hinzuweisen auf die schwere, ungesühnte Schuld Preußens gegen Kurhessen." Hatte Vilmar so hiermit seinem Princip Nichts vergeben und die Hand zur Versöhnung nur unter der Bedingung angeboten, daß Preußen in Kurhessen wieder umstoße, was es eben wieder ins Leben gerufen hatte, so brach er wenige Monate später alle Verhandlungen mit der conservativen Presse Preußens ab. Zur Feier des 18. Octobers ließ er sich folgendermaßen aus: „Jetzt sind diese Zeitungsblätter — (die früher die italienische Revolution getadelt hatten) insgesammt, auch die Kreuzzeitung, — von welcher übrigens schon im Jahre 1850 Jemand zu dem Schreiber dieser Zeilen sagte: sie führe ja das Landwehrkreuz, zwischen dem Landwehrkreuz und dem Kreuze Christi sei aber noch ein großer Unterschied — in das Lager der Revolution, meist in der schamlosesten Weise, übergegangen. Mit hündischer Frechheit verkündigen sie: „die Macht geht über das Recht". Mit der Stirn der Straßenräuber erklären sie: „wenn sich irgend ein deutscher Staat es einfallen lassen sollte, Preußen in seinen Plänen zu hindern, nämlich die Mittelstaaten und kleinen Staaten Deutschlands, zunächst Norddeutschlands, aus dem deutschen Bunde auszulösen und der Botmäßigkeit Preußens zu unterwerfen, so werde es Preußen auf einen Kampf mit den Waffen ankommen lassen." Genau so sprachen auch Zitz, Blum und deren Gesellen auf der Frankfurter Pfingstweide am 17. Sept. 1848, und diejenigen Preußen, welche so sprechen — sind nicht im geringsten besser, als Zitz, Simon von Trier, Messenhauser und Fenner von Fenneberg, schließlich auch nicht besser, als der Schuhmacher Georg von Ginnheim, der Mörder Lichnowskys, welcher noch heute auf dem Schlosse zu Marburg in Ketten sitzt." Darauf antwortete die Kreuzzeitung in ebenso heftigem Tone, stellte es aber in Abrede, daß sie jemals etwas von Annexion und Vergewaltigung der kleineren Bundesstaaten gesagt habe. Vilmar schleuderte

ihr ein: „Frech gelogen" an den Kopf und schließt seine Replik: „Immerhin könnten wir noch manches sagen, was nicht blos die Kreuzzeitung angehen würde, denn sie ist ja nur eine unterthänige Dienerin ihres Herrn, des dummen Dünkels, wir erinnern uns aber der bekannten Worte von Duclos: Ah Messieurs, parlons de l'éléphant, et ne parlons que de l'éléphant, c'est la seule grosse tête dont il soit possible aujourd'hui de s'entretenir sans danger und richten uns darnach." Der Gedanke, daß man Preußen alles bieten könne, da es schon einmal „muthig zurückgewichen" sei, war Vilmar von früher her geläufig. Hatte er doch schon einmal, auf eine ihrer Zeit vielbesprochene in Berlin am entscheidenden Tage vorgefallene Scene anspielend, gehöhnt: „O ja, es ist möglich, daß Herr Hassenpflug der Union zugleich mit einer Flasche Champagner den Hals brach." Jetzt rief er: „Preußen nach Olmütz!" und schloß eine Philippica: „Aber wieviel auch Oestreich, wie viel auch die Mittel- und Kleinstaaten gefehlt haben — der eigentliche schuldige Theil, der Unruhstifter im Reich ist und bleibt doch allein, ohne jede Entschuldigung — Preußen. In ihm und in seinem Auftreten ist eben alles faul — seine Regierung, seine liberale und selbst seine conservative Partei. Alle drei sind darin eins — trotz aller sonstigen Verschiedenheit — um es mit einem Wort zu sagen, daß sie bundesbrüchig, daß sie revolutionär sind ... Darum eben ist ein zweites Olmütz das mindeste, was als die unausbleibliche Folge der damaligen preußischen Politik fast im Auge behalten werden muß." (28. April 1866.) — Als die Dinge nun aber dieses Mal einen anderen Verlauf zu nehmen drohten, da wurde die Sprache vorsichtiger. Nur gegen den gegrasten Bismarck glaubte man das gewohnte Geschütz verwenden zu dürfen. Als Nothelfer wurde auch Herr von Gerlach herbeigerufen. Kurz nach der Occupation Hessens durch die preußische Armee machte ein Verbot der königlichen Administration dem Leben des Blättchens ein Ende. Die Strategen desselben hatten von einer Schlacht zwischen Hannoveranern und Preußen auf hessischem Grund und Boden zu erzählen gewußt, in der die letzteren von jenen in einen Hinterhalt gelockt mit Hilfe bewaffneter hannoverscher Bauernschaaren gar jämmerlich zusammen gehauen sein sollten. Viele bedauerten es damals, daß Vilmar so noch zu einem Märtyrer gemacht werde, während, wenn man der Zeitung ihren Lauf gelassen habe, sie bald eines natürlichen Todes verschieden sein würde.

Seit jener Zeit hat nun der Führer der christlich-conservativen Partei in Hessen selten die Gelegenheit vorübergehen lassen, seinem giftigen Haß gegen Preußen einen Ausdruck zu geben. Ein theologisches Blatt, das er redigirte, ließ er eingehen, weil er in ihm keine Mitarbeiter mehr haben wollte, die die Zuwiderhandlungen gegen die 10 Gebote, welche in der neuesten Zeit öffentlich begangen seien, nicht so ansähen wie er. Vor allem war er aber

auf dem kirchlichen Gebiete thätig. Hatte er früher hier wahrhaft revolutionär gewirthschaftet und die Kirche Niederhessens zu einer lutherischen erklärt, die nur reformirt genannt werde, so war jetzt seine Sorge darauf gerichtet, allen Veränderungen, die etwa die neue Regierung intendiren könnte, mit Hilfe seiner unbedingten Anhänger von vornherein Schwierigkeiten zu bereiten. In einer unlängst erschienenen Broschüre über die Vergangenheit und Gegenwart der niederhessischen Kirche hat er, eingedenk des von ihm selbst (Hessenzeitung, 24. Juni 1865) einmal hervorgehobenen Satzes: „Wer die Gegenwart irre leiten will, muß die Vergangenheit verfälschen", wieder behauptet, die reformirte Kirche Niederhessens sei in der Abendmahlslehre ꝛc. lutherisch und der Geistlichkeit der Widerstand gegen alle Tendenzen der neuen Regierung auf Einführung einer synodalen Verfassung zur Pflicht gemacht. Jetzt erstrebt er offenbar wieder die Trennung der Kirche vom Staat, wie im Jahre 1848, nachdem er so lange, als seine Partei in Cassel am Ruder war, hiervon geschwiegen hatte; jetzt ist das Territorialsystem, das für Hessen den Segen gehabt hat, daß die Kirche niemals vollständig die Beute streitsüchtiger Theologen geworden ist, vom Uebel. — Und was geschieht nun von Berlin aus, um diesen Bestrebungen entgegenzutreten? Seine Majestät der König hat bei seiner Anwesenheit im Lande wiederholt erklärt, man denke nicht daran, Hessen die Union mit Gewalt oder Ueberredung aufnöthigen zu wollen, er selber halte an ihr fest als an einem theuern Vermächtniß seines Vaters, das gewiß auch immer mehr Anerkennung finden werde. Damit hätte man sich befriedigt erklären können. Aber in einem Lande, wo nach solchen königlichen Worten das Blatt, welches sich sonst stets seiner königstreuen Gesinnung rühmt, schreiben kann: Man pflegt außerhalb die evangelische Landeskirche Preußens wohl kurzweg als die „unirte Kirche" zu bezeichnen, was jeder, der die Dinge genauer kennt und unbefangen beurtheilt, für grundfalsch erklären muß (Kreuzzeitung, 11. Sept. 1867), müssen wohl die Dinge so liegen, daß Leute, deren Bestrebungen in einer gewissen Richtung sich bewegen, hoffen dürfen, da Bundesgenossen zu finden, wo sie dieselben unter andern Umständen nicht erwarten dürften. Und sie haben sich nicht geirrt. Während in Kurhessen fast alle inneren Einrichtungen verändert worden sind, hat man die frühere Ordnung aller externa der Kirche bis in das Kleinste fortbestehen lassen. Statt des einen Consistoriums in Cassel, das anfänglich intendirt war, beläßt man dieselben in Cassel, Marburg und Hanau, obwohl dieselben schon längst aus Lutheranern und Reformirten zusammengesetzt waren und die Zusammenlegung derselben auch nicht den geringsten Vorwand zu Klagen über Einführung der Union hätte geben können. Die Antworten, welche auf Anfrage des Cultusministeriums die Consistorien über Einführung der rheinisch-westphälischen Synodalverfassung

gegeben haben, sind als schätzbares Material zu den Akten gewandert ꝛc. Kurz die Richtung, die Vilmar vertritt, wird mit einer Rücksicht und Fürsorge behandelt, daß, wenn man ihre Tendenzen und Pläne nicht kennte, man glauben sollte, ihre Glieder seien die Freunde und nicht die erbittertsten Feinde Preußens. Sind die Erfahrungen, die man mit den Ultramontanen der Rheinprovinz gemacht hat, sämmtlich verloren, oder hofft man noch immer, daß sich die unnatürliche Feindschaft Vilmars legen werde?. Das eine wäre unverzeihlich, und das andere zeigte von geringer Kenntniß der Personen und Sachen, auf die es ankommt!

Die Lage im Orient.

II.

Betrachten wir nun näher, wie die Dinge im Orient liegen. Daß der gegenwärtige Zustand in der Türkei nicht auf die Länge haltbar ist, kann kaum bestritten werden, es fragt sich nur, was an die Stelle treten soll. Rußland verfolgt unablässig seinen Plan der Auflösung der Türkei, nur die Mittel haben gewechselt. Kaiser Nikolaus wollte nach seinen politischen Grundsätzen nicht an die Revolution appelliren, sein System war: fortwährend Streit mit der Pforte zu suchen und die Nichtintervention der andern Mächte durch Einschüchterung und Versprechungen zu erreichen, die Unterhaltungen mit Sir Hamilton Seymour haben dies aller Welt gezeigt. Der Krimkrieg war die Antwort Europas auf diese Politik. Fürst Gortschakow weiß, daß ein neuer Angriff auf die Türkei, die Westmächte und Oestreich gegen Rußland zusammenführen würde, aber er hat darum die moskowitische Politik nicht aufgegeben und verfolgt sie nur mit andern Mitteln. Seine Absicht geht dahin, das europäische Gebiet der Pforte, durch fortwährende innere Aufstände in eine Reihe von dem Namen nach unabhängigen Staaten aufzulösen, welche dann naturgemäß unter russisches Protectorat fallen müßten. Einen ähnlichen Plan verfolgen die Griechen, sie wollen zwar keine russische Oberherrschaft, aber sie möchten die einzelnen Provinzen der Balkanhalbinsel in eine Conföderation bringen, deren Oberhaupt der König von Griechenland in Constantinopel sein soll. Dieser philhellenische Traum aber hält bei näherer Betrachtung nicht Stich, die erste Vorbedingung wäre die vollkommene Vertreibung der drei Millionen Muselmänner, welche noch die europäische Türkei bewohnen, und wären, was nicht der Fall, die verschiedenen christlichen Stämme hierzu selbst im Stande, so würde dies einen allgemeinen Kampf verursachen, dessen erste Folge die vollständige Zerstörung des christlichen Elements in

Kleinasien sein müßte. Die Muselmänner sind dort auch der Zahl nach den verschiedenen christlichen Confessionen unendlich überlegen und es würde ein Gemetzel geben, welches die Zukunft des Landes auf lange Jahre hin ruiniren würde. Die zweite Unmöglichkeit liegt darin, daß die meisten der verschiedenen Stämme der Rayah nichts unter sich gemein haben, als vielleicht den Haß gegen die Türken, sich aber untereinander bitter feindlich sind; Serben, Griechen, Bulgaren und Albanesen stehen sich ganz fremd gegenüber, eine Consöderation derselben ist unthunlich, sie würde nur zu einem Kampfe der Glieder unter sich führen und Rußland die Wege bahnen. Außerdem sind gerade die Griechen, in deren Hand die oberste Leitung liegen sollte, auch sehr in Minderzahl; man findet sie zwar überall in den Häfen und meist als wohlhabende Kaufleute, aber sie sind ohne Einfluß im Lande und bitter gehaßt wegen ihres Wuchers. Endlich haben die Griechen sich in keiner Beziehung als ein politisch zukunftreiches Volk gezeigt; das kleine Königreich ist seit seiner Gründung von den auswärtigen Mächten förmlich verhätschelt; Rußland, England und Frankreich garantirten für dasselbe ein Anlehen, dessen Zinsen sie seit Jahren bezahlen, da Griechenland seine Verbindlichkeiten nicht erfüllt; man hat ihm Verletzungen der Neutralität nachgesehen, welche kein anderer Staat ungestraft begehen dürfte; England hat ihm ohne Aequivalent die jonischen Inseln überlassen. Das Resultat hiervon aber ist finanzieller Bankrott, indem die Regierung einfach ihre Schulden nicht bezahlt und vollständige Anarchie, so daß selbst die Straße vom Piräus nach Athen nicht ohne Eskorte gegen Räuber passirt werden kann. Seit 1844 besteht zwar eine Verfassung, nach constitutioneller Schablone, aber eben nur auf dem Papier, die Gerichte sind käuflich, die Verwaltung ist ohnmächtig, Ackerbau, Gewerbe und Handel liegen danieder; wenige Jahre griechischer Herrschaft haben genügt, um die in blühendem Zustand übergebenen jonischen Inseln zu zerrütten. Das einzige, was Lob verdient, ist der öffentliche Unterricht, aber die modernen Hellenen benutzen ihre Kenntnisse meist nicht zu bürgerlicher nützlicher Thätigkeit, die fähigeren gehen entweder außer Landes und sind in allen europäischen Handelsplätzen als intelligente Kaufleute zu finden, oder werfen sich als Stellenjäger und Agitatoren in die Politik. Als solche ist namentlich ihr unablässiges Bestreben, Unruhe in der Türkei zu stiften, wofür der Candiotische Aufstand das beste Beispiel ist. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Bewohner der Insel Grund zu Beschwerden hatten, aber nur durch Aufreizung der Griechen wurde ein Theil von ihnen zur Insurrection getrieben. Mit Unterstützung des russischen und italienischen Consuls machten diese ein Register von Beschwerden, deren meiste den Candioten ganz unbekannt waren; sie hinderten jede Verständigung zwischen diesen und den türkischen Behörden und sandten Freiwillige, Waffen und Nahrungsmittel für Unterstützung des Aufstandes, der dann ebenso wie seine Bekämpfung türkischerseits mit allen gewaltsamen Mitteln geführt ward. Die Bevölkerung der Insel zerfällt in Muselmänner, christliche Bewohner des Flachlandes und christliche Hochländer. Die ersten haben sich in die befestigten Städte geflüchtet und suchen sich für die Vertreibung aus ihren ländlichen Besitzungen zu rächen, die letzteren sind durch die Griechen zum Aufstand getrieben und halten denselben mit ihrer Hilfe in den Gebirgen aufrecht, sie wollen Vertreibung der Türken, aber nicht Anschluß an das hellenische Königreich; zwischen diesen beiden befanden sich die Flachländer wie zwischen Hammer und Amboß, nur wenige schlossen sich den Insurgenten an; die meisten haben die Insel verlassen und sind nach Griechenland geflüchtet, wo sie der Mildthätigkeit zur Last fallen. Die Nachrichten von den Unthaten, welche von den Türken gegen

sie verübt sein sollen, durch griechische Telegramme ausposaunt, sind durch ihre eigenen Aussagen widerlegt, wie der Bericht des Admiral Simon gezeigt hat. Die aufständischen Hochländer werden sich in ihren Schlupfwinkeln, unterstützt durch die griechischen Blockadebrecher, noch lange halten können, einen offenen Kampf gegen die Türken haben sie nie gewagt und alle jene heroischen Schlachtberichte sind einfach athenische Lügen. Mag die Pforte die Insel behaupten oder sie abtreten, sie ist jedenfalls durch den von Griechenland angezettelten Kampf auf ein Menschenalter ruinirt. Den ganzen vorigen Winter hindurch haben die griechischen Diplomaten und Zeitungen eine allgemeine Erhebung von Thessalien und Epirus angekündigt, aber die Insurrectionscomités haben dort nichts ausgerichtet, weil die Bewohner jener Provinzen nur zu gut wissen, welches Heil sie von einer griechischen Invasion zu erwarten haben; die Thessalioten sind ein Hirtenvolk, das sich nicht nach Plünderungen sehnt; sie haben daher, statt den Aufforderungen, sich gegen die Türken zu erheben, Petitionen nach Constantinopel gesandt, um Schutz zu erbitten; die epirotischen Albanesen haben sich zu den Türken gehalten. Man suchte dann von Athen aus Verhandlungen mit Rumänien und Serbien anzuknüpfen, aber ersteres hat genug zu Hause zu thun und, thatsächlich ganz unabhängig, nichts bei einem Kriege zu gewinnen, welcher ihm nur türkische und russische Besatzung bringen könnte. Serbien hatte seinen Wunsch, die türkische Garnison in Belgrad loszuwerden, soeben durchgesetzt und keinen Grund zum Krieg mit der Pforte, außerdem wäre seine tapfere Bevölkerung wohl zu einem großen Vertheidigungskampfe fähig, aber doch nicht im Stande, die anderen türkischen Provinzen gegen eine reguläre Armee zu erobern. — Die Griechen sind jetzt mit ihrer Agitation ziemlich zu Ende und sie können ihre Hoffnungen nur noch auf einen großen europäischen Brand setzen; das Vorstehende aber wird genügen, um zu zeigen, daß von ihnen zunächst keine Verjüngung der Türkei zu hoffen ist.

Ebensowenig ist dieselbe aber von dem gegenwärtigen Regierungssystem der Pforte zu erwarten, das weder materiellen noch geistigen Fortschritt aufkommen läßt. Die Art der Thronfolge, welche jedesmal das älteste Mitglied der ganzen Familie zur Nachfolge beruft, macht es bei der Eifersucht, mit welcher der Thronfolger vom regierenden Fürsten in den Hintergrund gedrängt wird, fast unmöglich, daß jemals ein fähiger Sultan zur Regierung kommt. Die Minister kommen weit weniger durch ihre Talente, als durch Palastintriguen und diplomatischen Einfluß an's Ruder, in der Verwaltung gibt es keine geordnetes System, keine Verantwortlichkeit, in den Provinzen hängt alles vom Charakter des Gouverneurs ab, der wieder seinen Posten durch persönlichen Credit in Constantinopel erreicht. Die barbarische Strafe der seidenen Schnur ist außer Uebung gekommen, aber die Paschas sind dadurch nicht ehrlicher geworden; die Regierung hat weder die Kraft der früheren barbarischen Methode, noch die Aufklärung einer civilisirten Verwaltung. Im Militär, wie in Civil, sind die oberen Stellen hoch bezahlt, während die Subalternen hungern und ihre Zuflucht zum Unterschleif nehmen; die Steuern werden in einer Weise erhoben, welche höchst belästigend und doch wenig ergiebig ist: so darf zum Beispiel kein Korn geschnitten werden, ehe nicht die Ernte vom Zehntenmeister abgeschätzt ist und es kommt vor, daß, weil derselbe noch nicht seine Runde gemacht hat, die reifen Feldfrüchte auf dem Halme verderben. Die meisten indirecten Abgaben sind verpachtet, weil die Regierung ihren eigenen Beamten nicht trauen kann und sie erhält so nur einen kleinen Theil von dem, was von ihren Unterthanen erhoben wird, welche doch von den Pächtern ausgesogen und bedrückt werden; bei gehöriger

geordneter Verwaltung würde z. B. mit Leichtigkeit aus der Tabaksteuer, die nicht hoch ist, der drei- und vierfache Betrag zu erzielen sein. Europäische Finanzleute haben in dieser Beziehung vortreffliche Rathschläge gegeben, aber die Regierung ist mißtrauisch und verhandelt lieber mit griechischen und jüdischen Blutsaugern, als daß sie einem bedeutenden Organisator freie Hand gäbe, welcher die großen Hilfsquellen des von Natur reichen Landes zu entwickeln verstände. Es ist klar, daß unter einem solchen System nicht blos die Christen leiden, wie die Russen fortwährend sagen, sondern ganz gleichzeitig auch die Türken. Der Ausgangspunkt einer Verbesserung dürfte nicht, wie Fürst Gortschakow vorschlägt, eine Trennung der Nationalitäten sein, sondern eine gemeinsame bessere Regieruug für Muselmänner und Christen.

Die gegenwärtige Stellung beider zu einander ist eine durchaus anomale. Die erstern sind eine homogene Race und haben einen Glauben, die Christen bestehen aus verschiedenen Racen und Sekten, die sich meist untereinander bitter hassen und offen bekriegen würden, wenn die neutralen Muhamedaner sie nicht niederhielten; so vertragen sich z. B. die Armenier weit besser mit letzteren, als mit den Griechen; dasselbe gilt von den Katholiken. Die Türken sind den Christen an Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe leider überlegen; sie sind ausdauernd und deshalb tüchtige Arbeiter und Soldaten, stehen dagegen hinter den Griechen an Rührigkeit, Gewandtheit und Intelligenz zurück, deshalb machen letztere, zumal bis jetzt die ganze Last des Kriegsdienstes auf die Türken fällt, Fortschritte auf ihre Kosten, und selbst in Asien geht immer mehr Land und noch mehr bewegliches Vermögen aus türkischen in christliche Hände über; dagegen sind die Christen, von der Militärlast befreit, nicht im Stande, sich gegen die Türken zu vertheidigen und können sich also nur auf fremde Hilfe verlassen, um ihre Rechte zu wahren; die Griechen sehen auf Rußland, die Lateiner auf Frankreich. Fast jeder Nichttürke von Intelligenz und Vermögen weiß sich durch irgend eine Fiktion unter den Schutz einer europäischen Macht zu stellen, ist daher von den Steuern und der Gerichtsbarkeit der Regierung frei, sobald er bedroht ist, ruft er seinen Consul an, der kraft der Capitulationen jede Einmischung der einheimischen Behörden in die Angelegenheiten seiner Schutzbefohlenen verhindern kann. Auf diese Weise hat gerade der intelligenteste Theil der Bevölkerung kein Interesse daran, die Zustände zu verbessern, im Gegentheil, diese Leute lassen den Pascha, wenn er sie in Ruhe läßt, gern gegen andere gewähren; es fehlt also der mächtigste Trieb zur Reform, der sich in andern Ländern geltend macht. Die Abschaffung der Capitulationen würde daher der erste nothwendige Schritt zu einer eingehenden Reform sein, es brauchten darum noch nicht alle Fremde absolut unter türkische Gerichtsbarkeit gestellt zu werden, man könnte vielmehr den Consuln vorläufig noch das Recht zu remonstriren lassen, aber man würde auf diese Weise dem intelligentesten und vermöglichsten Theil der Bevölkerung ein handgreifliches Interesse an einer geordneten Rechtspflege und Verwaltung geben; die Türken könnten sich dann auch nicht mehr weigern, dem Fremden die Erwerbung von Grundbesitz zu gestatten, was sie bisher unter Hinweis auf die Capitulationen gethan. Nur in den Reformen, welche der ganzen Bevölkerung ein Interesse an der Erhaltung und Verbesserung der Regierung geben, liegt Sicherheit gegen die griechisch-russischen Wühlereien; zu solchen Reformen haben England und Oestreich in der letzten Zeit dringend gerathen. Beider Rathschläge haben Gewicht bei der Pforte, Englands Einfluß im Ausland ist allerdings gesunken, aber am wenigsten im Orient, weil es dort nicht wie anderwärts unbedingt am Nichtinterventionsprinzip festhalten würde; es kann Constan-

tinopel nie in die Hand Rußlands oder eines russischen Vasallen fallen lassen, selbst nicht, wenn es Egypten erhielte, denn eine Großmacht, die in Constantinopel herrscht, gebietet auch über Egypten. England hat kein Interesse, letzteres zu besitzen, sondern nur seines Weges nach Indien sicher zu sein, außerdem nimmt sein levantischer Handel jährlich an Bedeutung zu. Seine Rathschläge gelten also mit Recht als uninteressirt und ebenso die des wiener Cabinets. Oestreichs Staatsorganismus und Nationalitätencharte ist bereits complicirt genug, als daß es noch nach Erwerbungen im Osten lüstern sein sollte, aber es ist, namentlich seit seiner Ausschließung von Deutschland, auf das tiefste dabei interessirt, daß Rußland nicht die untere Donau beherrscht, es geht also Hand in Hand mit England. Frankreich hat in den letzten Jahren durch sein Schwanken sehr an Gewicht in der Levante verloren, scheint sich aber, nachdem es ihm nicht gelungen, Rußland zu gewinnen, jetzt definitiv auf die Seite Englands und Oestreichs gestellt zu haben, mit denen es zusammen den Garantievertrag von 1856 unterzeichnete. Italien und Preußen sind bisher in Constantinopel mit Rußland gegangen, die Aktion des florentiner Cabinets aber hat bei den innern Wirren alle Bedeutung verloren; Preußen ist im Orient nicht direkt interessirt und wird seine Haltung gegen die Pforte nach den Faktoren bemessen, welche für seine nationale Stellung entscheidend sind. Solange eine Verständigung zwischen Frankreich und Rußland zu befürchten stand, schien deshalb ein Anschluß an letzteres als geboten; nachdem diese Gefahr aber als beseitigt gelten darf, ist kein Grund mehr, Rußlands Pläne gegen die Türkei zu befördern. Denn daß Deutschland an sich kein Interesse haben kann, dem Panslavismus Vorschub zu leisten, liegt auf der Hand, und wenn man behauptet hat, Rußlands Machterweiterung im Süden werde es vom Norden ablenken und dort Preußen freien Spielraum geben, so gestehen wir, daß diese Auffassung uns ziemlich naiv erscheint; die Geschichte zeigt vielmehr, daß die antitürkische Politik des petersburger Cabinets stets Hand in Hand mit seinen Bestrebungen, Deutschlands Einigung zu hindern, gegangen ist. Auch die andere Combination, welche eine russisch-preußische Allianz als geboten erscheinen lassen könnte, eine offensive französisch-östreichische Allianz droht nicht mehr, das wiener Cabinet hat sich vielmehr für eine unbedingte Friedenspolitik erklärt, solange nicht der Bestand des Reiches durch die slavische Propaganda gefährdet werde und was auch die letzten Gedanken Napoleons sein mögen, es ist nicht in Abrede zu stellen, daß er einen Krieg mit Deutschland zu vermeiden wünscht, bei dem er jedenfalls seine Krone aufs Spiel setzen würde. Dagegen hat sich, wie erwähnt, ein immer festeres Einverständniß zwischen England, Frankreich und Oestreich gegen die russischen Pläne im Orient gebildet und es kann dem gegenüber nicht Preußens Aufgabe sein, für Rußland die Kastanien aus dem Feuer zu holen und einen Krieg am Rhein heraufzubeschwören. Demzufolge stellt denn auch Graf Bismarck sich mehr und mehr auf Seiten der Westmächte, sucht die Beziehungen zum wiener Cabinet zu verbessern, vereinigt sich mit den Dreien, um der serbischen Regierung ernste Vorstellungen gegen ihre agitatorische Politik zu machen, und dringt in Petersburg auf Zurückhaltung. Es mag das dort sehr unangenehm berühren, aber diese Haltung Preußens ist entschieden in Deutschlands Interesse und isolirt ist Rußland nicht im Stande, etwas gegen die Pforte zu unternehmen.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt**.
Verlag von **F. L. Herbig**. — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

№ 5.
Ausgegeben am 31. Januar 1868.

Inhalt:

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

Partei oder Coterie?

Als in Preußen und danach in vielen andern deutschen Staaten die „deutsche Fortschrittspartei“ sich bildete, als sie sich in Preußen wieder in verschiedene Elemente auflöste, da gab es eine Menge naiver Geister und darunter hervorragende Kammerredner, welche diese Vorgänge für rein parlamentarische hielten. Viele derjenigen, welche am lautesten an die Stimme des Landes, die Meinung des Volkes appelliren, glauben im Innern ihres Herzens am wenigsten an die Spontanität derselben. Sie sehen die treibende Kraft nicht, der sie gehorchen; sie bilden sich ein, vieles gemacht zu haben oder machen zu können, wobei sie nur sehr blinde Werkzeuge waren oder sind. Einzelne unwesentliche Nuancen und künstliche Combinationen abgerechnet, welche meistens nur die Uebergänge zu vermitteln oder die Gegensätze momentan abzustumpfen bestimmt sind, stellen die bestehenden Parteien sehr markirte Richtungen im Volke dar, und die Evolutionen der Kammerparteien, welche scheinbar auf gewisse persönliche Einflüsse zurückzuführen sind, spiegeln in der Regel eine tiefere Entwickelung des politischen Gedankens im Volke selbst ab. Nur mit dem Vorbehalte, daß das technische Wesen der Partei an sich auf gewissen Bedingungen und Voraussetzungen beruht, welche das darzustellende Bild zeitweise trüben, oft sogar für kurze Zwischenräume fälschen.

Zu diesen Voraussetzungen gehört vor allen Dingen, daß jede Partei aus einer Vermittelung mannigfacher individueller Ansichten hervorgeht. Nur die ganz schwachen Köpfe, welche ein Programm, ein System auswendig lernen, um das mühselige Selbstdenken auf ewig zu sparen und alle neu auftauchenden Fragen nach vorgefundenen Formeln flugs zu beantworten, befriedigen sich rückhaltlos mit einer fertigen Parteibildung; die selbständig Denkenden sind genöthigt, mit einiger Ueberwindung sich derjenigen Partei anzuschließen, deren Gesammtrichtung ihren persönlichen Anschauungen annähernd am besten entspricht. Die Fortschritte ihrer individuellen Bildung müssen alsdann zur Mehrung des geistigen Capitals der Partei beitragen. Gerade diese Art von Einwirkung bringt sie folgerichtig in Widerstreit mit

jenen Zeloten, welche auf Dogmen schwören, obgleich sie die Geistesfreiheit stets im Munde führen, welche abstract denken aus Unwissenheit, niemals beirrt durch wachsende Erkenntniß, niemals den eigentlichen Lebensfragen näher tretend. Je beschränkter, desto intoleranter. Diese sogenannten „stählernen Charaktere", welche in den Volksversammlungen die imposantesten Resolutionen durchsetzen, gefährden gerade am meisten die freiheitliche Entwicklung der Parteien durch ihr zähes Festhalten an unbrauchbar gewordenen Phrasen, durch ihre bornirte Buchstabenconsequenz.

Glücklich ein Land, wie England, das elastische Parteiformen historisch überkommen hat, welche weit genug sind, dem Individuum die freie Bewegung zu gönnen und fest genug, einer Niederlage zu widerstehen, in welchen alles, was regierungsfähig ist, sich sammeln kann, welche die neuen Elemente friedlich in sich verarbeiten, wie z. B. die Whigs allmählich die aus den Tories hervorgegangenen Peeliten in sich aufgenommen haben. Bei uns dagegen scheint es, als ob immer wieder ganz von vorn angefangen werden müßte. Die meisten Parteien in Deutschland vertreten abstracte Prinzipien ohne unmittelbare Anknüpfung an schon bestehende Gestaltungen oder an lebhaft im Volk empfundene Bedürfnisse. Daher die häufig wiederkehrende und doch nicht ganz gerechtfertigte Klage über die Schlaffheit und politische Gleichgiltigkeit des Volkes. Wenn nun einmal eine Partei sich praktische Ziele setzt, wird sie von rechts und links verdächtigt. Die Klassen selbst, deren Interessen sie vertritt, erkennen sich nicht wieder in dem Spiegelbild der politischen Parteiung; in der allgemeinen Sprachverwirrung einer hohlen und überlebten politischen Phraseologie versäumen sie es oft, ihre eigentlichen Vorkämpfer zu unterstützen.

Die Mehrzahl der Individuen in Deutschland betrachtet ihre persönliche Betheiligung an der Politik immer noch als ein bloßes theoretisches Spiel, bei welchem es mehr darauf ankomme, eine Ansicht zur Geltung zu bringen, als ein Interesse zu fördern. Bei allen gewohnheitsmäßigen Beschwerden über bureaukratische Bevormundung liegt im Hintergrunde doch noch ein gewaltiges Vertrauen in die höhere Weisheit, die bessere Einsicht und Sachkenntniß der Behörden, ein Vertrauen, welches zur Folge hat, daß der Einzelne zwar über jeden Schnitzer und jede Unwissenheit der Beamten immer wieder von neuem tief entrüstet und hoch verwundert thut, aber selten die Entschlossenheit besitzt, durch eigenes Studium und emsige Selbsthilfe den Irrungen der Bureaukratie vorzubeugen, — eben weil in seinen stillen Voraussetzungen die Allwissenheit der Bureaukratie die Regel und die Irrung nur ein Ausnahmsfall ist. Mit einem Worte: unsere besten Bürger thun noch immer nur den geringsten Theil dessen, was in ihren Kräften stünde, um sich der bureaukratischen Bevormundung zu entreißen und ein wirkliches

self-government herbeizuführen. Besser wäre es, wenn die Wortführer in den Bezirksvereinen und anderen Clubs darauf hinwiesen und den Widerstand gesetzlicher Selbsthilfe und Selbstverwaltung gegen die unbemessenen Competenzen der Administration in den einzelnen Rechtsgebieten organisirten, statt den allgemeinen Formelkram überlebter Programme immer wieder von vorn abzuleiern, — was schließlich eine Maschine nach Art der thibetanischen Betmühlen auch könnte, — wobei denn gelegentlich nur die kleine Modification eintritt, daß manchmal etwas mehr, manchmal etwas weniger mit der „socialen Frage" schöngethan wird.

Auf diesem Felde und bei derartiger Behandlungsweise entschwindet die eigentliche Aufgabe einer ernsthaften oppositionellen Thätigkeit dem Gesichtskreise, der wesentliche Inhalt des Parteilebens geht verloren, die geistige Leitung geräth in die Hände derer, welche sich häufig zeigen, viel und oft sprechen, gleichviel was sie zu sagen haben, und die wirklich bedeutenden Führer sogar verlieren das Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit für das, was im Namen der Partei geschieht und ausgesprochen wird. Es kann dann soweit kommen, daß die gelesensten Zeitungen im Namen der Partei Ansichten verbreiten, für welche deren parlamentarische Häupter nicht einzustehen vermögen, wogegen diese wiederum sich binden lassen durch theoretische Beschlüsse, welche im Strudel der Bezirksversammlungen einer zufälligen, zweifelhaften und schwach unterrichteten Majorität abgerungen wurden. —

Es galt lange für undemokratisch, dieses Mißverhältniß, das den Gegnern wohl bekannt war und oft zur Zielscheibe ihres Spottes gedient hatte, sich selbst einzugestehen. Je mehr sich aber, bei der Häufung unserer politischen Aufgaben, das Bedürfniß herausstellt, die wirkliche Volksmeinung zu erkennen und zu klären, um so nothwendiger wird es auch, die selbstgefälligen Täuschungen zu zerstören, welche mehr als alles Andere, zur Spaltung in der liberalen Partei beigetragen haben. —

Neulich frug mich ein unpolitischer Freund, welchen Ursachen der rasche Verfall der Fortschrittspartei zuzuschreiben sei? Er meinte nicht die numerische Abnahme, er meinte den idealen Gehalt. Mein Freund ist, wie die meisten halbgebildeten Dilettanten, in der Politik Ideologe: er sucht die Partei, welche dem demokratischen Gedanken den reinsten Ausdruck verleihe. Nun sind ihm die Männer, die er früher bewundert hat, immer unverständlicher geworden. Nachdem er den Abfall der einen betrauert hat, beklagt er den Verfall der Anderen. Er hatte sich darüber getröstet, daß die Capacitäten und Specialitäten, wie er sagte, sich in einer gemäßigteren Fraction zusammenfanden; er erklärte das für den Fluch des Fachwissens und der Detail-

gelehrsamkeit. Aber der moralische Gehalt sollte auch beim Abgang des intellectuellen, in der Fortschrittspartei intact bleiben. — Ich entgegnete ihm, daß er sich in Abstractionen bewege und daß gerade diese Unterscheidung von intellectuellem und moralischem Gehalt auf eine der verderblichsten Abstractionen zurückzuführen sei. Wie der Mensch mit seinen höheren Zwecken wächst, so schrumpft er zusammen, wenn er das Bewußtsein der Zwecklosigkeit in sich herumträgt. Ein Politiker, der den Werth seiner Leistungen nicht an erreichbaren Zielen zu messen gedenkt, wird leicht zum hohlen Schönredner; je weniger Positives er zu leisten vermag, desto eher geräth er, zur Bemäntelung dieser Dürftigkeit, in ein forcirtes Pathos, zu dessen Gunsten die gemeinplätzliche Gegenüberstellung von Talent und Charakter verwendet zu werden pflegt. Als ob die Zuverlässigkeit nur bei der Talentlosigkeit wohnte! Sollten gewisse Parteiprogramme in der That nur von denen treu eingehalten werden, welche nicht im Stande sind, sich darüber Rechenschaft zu geben? — Umgekehrt wäre es richtiger, zu sagen, daß die Abstimmungen derjenigen Abgeordneten sehr unzuverlässig sind, welche nichts können als abstimmen, die also nothwendig von irgend einer älteren Notabilität abhängig werden. Ich gebe zu, daß man nicht lauter selbständige Denker in die Landesvertretungen schicken kann; so reich ist das Land noch nicht an dieser Waare! Ich will nur sagen, daß die Parteien, welche mehr an das Selbstdenken appelliren, auch mehr moralische Würde aufzuweisen haben. Eine Partei aber, welche in einem schablonenhaften Programm verknöchert ist und jede neue Frage gleichsam in eine dogmatische Rechenmaschine setzt, aus welcher nur etwa diese oder jene bestimmte Antwort herausspringen kann, hat schon deshalb keine neuen Capacitäten, weil sie dieselben nicht gebrauchen kann, nicht gebrauchen will. Da stellt denn das Dogma von der biedermännischen Gesinnungstüchtigkeit zur rechten Zeit sich ein. Man könnte bekannte Führer nennen, welche sogar in den Reihen ihrer eigenen Anhänger dem unbedeutenderen, und namentlich dem schweigsamen Candidaten den Vorzug gaben vor anderen „minder sicheren", weil begabteren und beredteren Individuen.

Allerdings ist die Beredtsamkeit, welche so oft perhorrescirt und noch öfter mißbraucht wird, nicht immer von wirklich parlamentarischer Brauchbarkeit; häufig ist es nur eine gewisse Routine, in den Volks- und Bezirksversammlungen erlernt und von da übertragen, oft mehr auf den Anhänger da draußen berechnet und an sie gerichtet, als zur Belehrung im Saale der Volksvertreter geeignet. Eine gewisse Art von „glänzender", nicht sachlicher Beredtsamkeit trägt den Stempel politischer Unreife: sicherlich hat z. B. Jedermann Jules Favres letzte Rede über die römische Frage mit Bewunderung gelesen, aber wir preisen die Länder glücklich, wo solche Rhetorik keinen

Platz mehr findet, wo die Grundlagen des Staatslebens nicht mehr in unaufhörlichen Generaldiscussionen erörtert zu werden brauchen.

In neuester Zeit dürfte man sich mit der Hoffnung schmeicheln, die Politik der Zweckessen mit hochbegeisterten Toasten, der Guts- und Bluts-Adressen ohne thatkräftigen Rückhalt, sei nun ein für allemal durch die Ereignisse beseitigt; schon seit dem kläglichen Ausgang des kopflos unternommenen Classen-Kappelmann'schen Abgeordnetenfestes am Rhein hätte man es glauben sollen; wie man glauben sollte, daß die kosmopolitisch-demokratischen Congresse mit dem unfriedlichen Genfer Friedenscongreß zu Grabe geläutet worden wären. Aber es gibt bekanntlich Revenants, und auch überlebte geschichtliche Formationen sterben nur langsam aus.

Allgemeine Prinzipien gehören in die Schul- und Lehrbücher, bilden aber nur dann einen festen Kitt für bestimmte Parteibildungen, wenn sie in zeitgemäßen, auf zunächst Erreichbares gerichteten Forderungen formulirt sind. Die Zeit, in welcher das Rotteck-Welcker'sche Staatslexikon für den Inbegriff aller politischen Weisheit gelten konnte, ist nun einmal vorüber, und jene hohen Idealisten, welche an der Spitze der Jetztzeit zu marschiren wähnen, sind in der That nur Epigonen, engherzige, kleinstädtische oder kleinstaatliche, kannegießernde Epigonen jener unfruchtbaren Epoche, wo die Bureaukratie sämmtliche öffentliche Angelegenheiten der Unterthanen uncontrolirt besorgte und der Unterthan von vornherein an eine praktische Betheiligung dabei gar nicht denken durfte. In jener trostlosen Zeit hat sich die weite Kluft zwischen Theorie und Praxis ausgebildet, welche ein Moment in der inneren Geschichte des deutschen Geistes bildet, für das bei keiner anderen Nation etwas ähnliches zu finden ist. Hier liegt eine große, noch immer nicht beseitigte Gefahr; hier liegt die Quelle der berüchtigten deutschen Thatlosigkeit und Träumerei, der individualistischen Rechthaberei und jenes großthuenden Pessimismus, der meistentheils nur die Maske der schnödesten Trägheit ist.

Dieses und dem Entsprechendes hatte man sich vor sechs bis sieben Jahren gesagt, als die Fortschrittspartei ins Leben trat und ein ansehnlicher Theil der alten Demokratie in ihr aufging. Damals schrieen und jammerten die unverbesserlichen Radicalen vom reinsten Wasser über Abfall und Verrath, ungefähr wie jetzt die Fortschrittspartei gegen die Abtrünnigkeit der Nationalliberalen eifert, seitdem sie wieder in die Phraseologie des alten Radicalismus zurückgefallen ist. Diese rückläufige Bewegung ist nicht ganz die Schuld einzelner Individuen: sie hängt enge mit der constitutionellen Krisis in Preußen zusammen, — und zwar in so auffälliger Weise, daß in den anderen deutschen Staaten, wo sich damals deutsche Fortschrittsparteien nach dem Vorgang der in Preußen gegründeten bildeten (und selbst noch

sporadisch in altpreußischen Provinzen), dieselben noch heute sich Eins wissen mit unserer national-liberalen Partei, wogegen die Verbindungen, welche früher unter dem Namen der „Volkspartei“ der deutschen Fortschrittspartei opponirt hatten, jetzt mit den preußischen Trümmern derselben offen sympathisiren.

In den ersten Tagen ihres Bestehens hatte die Fortschrittspartei in Preußen keine andere Sorge, als die, den Rechtsboden der (octroyirten) Verfassung, den die demokratischen Genossen der Partei nicht lange vorher erst mit einiger Ueberwindung betreten, von nun an so rein und unverrückt wie möglich zu erhalten, die constitutionelle Rüstung, welche sie zum ersten Male trugen, nun auch im gesetzlichen Kampfe zu erproben. Daß daraus der Conflict mit dem Militärstaat hervorging, war nicht ihre Schuld. Aber die lange Zeit der Verfassungssistirung, der daraus resultirenden traurigen Pflicht einer an sich unfruchtbaren Negation drückte ihr wieder das Gepräge des alten hoffnungslosen Radicalismus auf.

Dem Verfassungsbruch gegenüber ist die allgemeine staatsbürgerliche Verpflichtung eine sehr einfache, sie heißt: Abwehr um jeden Preis. Die politische Aufgabe des Volksvertreters aber ist daneben noch eine andere, verwickeltere und schwierigere. Er darf sich nicht damit getrösten, daß er seine bürgerliche Pflicht erfüllt habe und der Erfolg bei Gott stehe, oder daß er Saamenkörner ausstreue, in denen die Keime einer künftigen Revolution revborgen liegen. Es existirt noch hier und da in vielen unklaren Köpfen die dunkle Tradition, welche von einer großen Revolution, wie von einem Messias, das Reich des Heils erwartet. Daß das deutsche Volk seiner Grundanlage nach nicht revolutionär ist, daß es schon durch die mangelnde Centralisation auf andere Entwickelungsformen angewiesen ist, als die in derartigen Erschütterungen sich äußernden, daß man überhaupt mit Revolutionen nicht rechnet, das alles kann man täglich hundertmal versichern hören und zwar von denselben Leuten, welche dennoch die Consequenzen dieser Wahrheiten nicht zu ziehen vermögen, welche dennoch eine knabenhaft planlose Agitation ins Blaue hinein für den einzigen Weg zur Erringung oder Vermehrung der öffentlichen Freiheiten halten. Das Schlimmste dabei ist, daß das Ohr des Volkes für die großen Worte abgestumpft wird, daß das ewige Anlaufnehmen ohne bestimmte Zielpunkte nicht einmal die Kräfte übt, sondern nur ermüdend und abspannend wirkt. Ein berühmtes Oppositionsmitglied, vielleicht der consequenteste Kopf der ganzen radicalen Partei, sagte es einmal gerade heraus, die Zeit des Conflictes sei der Zeit constitutioneller Compromisse weitaus vorzuziehen, sie sei die wahre politische Schule für das Volk. Und der Mann, der so denkt, ist weder Republikaner, noch Revolutionär sondern ein Mann, der seine Stimme für Erhöhung der königlichen

Civilliste abgab. — Dieselbe Anschauungsweise, welche die Thätigkeit des Volksvertreters nicht nach praktischen Resultaten bemißt, sondern auf unberechenbare moralische Wirkungen sich verläßt, fand sich folgerichtig auch noch befriedigt in jenen nutzlosen Budgetsberathungen der Conflictjahre, als die Regierung längst kundgethan hatte, daß sie sich an die Beschlüsse des Hauses nicht im mindesten kehre. Welche politische Demoralisation in solchem Treiben liegt, wo den Berathungen nothwendig aller Ernst fehlt und der Versammlung in ihrer schattenhaften Existenz allmählich die Würde und Selbstachtung abhanden kommen, das war gerade denen am wenigsten klar, welche stets nach dem Preis der „Entschiedenheit" ringen. Gerade diese schauten ganz vergnüglich drein.

Ich bin weit entfernt, einige Abgeordnete für das verantwortlich zu machen, was dem ganzen Volke zur Last fällt, ja mehr noch der ganzen geschichtlichen Entwickelung zuzuschreiben ist; ich glaube im allgemeinen weder, daß die Erwählten der Nation — nach welchem Wahlgesetze immer — hoch über der Mehrheit ihrer Wähler, noch daß das Volk jemals hoch über seinen Auserwählten stehe. Darum nehme ich auch an, daß die Halbheiten, Inconsequenzen und innern Widersprüche der Opposition in der Zeit des Verfassungsbruches der Gesammtstimmung und namentlich der politischen Energie des preußischen Volkes durchaus entsprachen; wohl aber möchte ich dagegen Verwahrung einlegen, als ob in solchen Lagen, wo Recht und Ehre auf dem Spiele stehen, der Abgeordnete unter allen Umständen zu fragen habe: Wird die Wählerschaft hinter mir stehen, werde ich wieder gewählt werden?

Nur wenige empfanden die ganze Schwere jener rechtlosen Zeit und suchten ernsthaft nach Mitteln, mit Ehren herauszukommen. Manche sogar mögen eine Haltung sehr bequem gefunden haben, zu deren „consequenter" Behauptung weder Arbeit noch Wissen gehörte. Dem eigentlichen Bezirksvereinspolitiker mag die Gelegenheit, in altgewohnter Art Proteste und Resolutionen zu verfassen, verzweifelte Anschauungen in selbstgefälliger Weise vorzutragen, nicht gerade unwillkommen gewesen sein, wie tief er auch sonst wohl den Schmerz um das verrathene Vaterland empfunden habe. Leichtlich bildet sich in solchen Vereinen, die sonst sehr nützlich sein könnten, eine handwerksmäßige Agitationsmethode mit abgedroschenen Redensarten aus, deren Tragweite weder Redner noch Hörer mehr ermessen. Daß die Tonart durch Königgrätz keine wesentliche Aenderung erlitt, mag insofern zur Ehre gereichen, als auf der andern Seite die Gefahr vor Betäubung durch Kriegsruhm gar nahe zu liegen schien. Aber daß viele sich überhaupt in die Situation nicht finden konnten, weil sie auf dem hohen Pferde der Abstraction saßen, ist so erhaben nicht, als es aussieht. Es ist kein Zeichen gesunden politischen Lebens, wenn kleine, nach Zufälligkeiten zusammenge-

würfelte Versammlungen über die großen volksvertretenden Körperschaften rücksichtslos zu Gericht sitzen, und noch weniger, wenn Mitglieder dieser Körperschaften dazu selbst die Hand bieten. Auch in England kommt es manchmal vor, daß ein Parlamentsglied in einer populären Versammlung etwas mehr spricht, als er im Hause unmittelbar durchzusetzen bereit wäre; aber nach der Hand unterscheidet er das sehr wohl, er hütet sich doch vor bindenden Versprechungen und hält sich nicht für gefangen in den Netzen und Fesseln seiner eigenen Eloquenz. Der heftigste Radicale würde sich wohl besinnen, ehe er seine parlamentarische Stellung von seinem Verhältniß zu einem beliebigen Discussionsclub regeln ließe; und mehr als solch ein englischer Redeübungsverein sind unsre zahlreichsten Bezirksversammlungen auch nicht. — Es gehört freilich nicht viel dazu, in einer beliebigen Urwählerversammlung des Jahres 1867 einen Antrag auf schleunigste Einführung der Reichsverfassung von 1849 zu stellen, oder mit Pathos zu erklären, daß man lieber einen Reactionär wähle, als einen Nationalliberalen durchlasse.

Die Taktik, welche in solchen Willensmeinungen ausgesprochen liegt, wurde nur zu oft zur Richtschnur der Fortschrittspartei und aus den Clubsälen in würdigere Räume übertragen. Eben weil sie nicht mit Consequenz eine wirklich radicale Partei zu sein und ein prinzipiell festes Programm aufzustellen und zu befolgen vermag, darum mag sie eine praktisch liberale Partei nicht neben sich dulden. Wäre sie eine wirklich radicale Partei in der historischen Bedeutung des Wortes, und nicht blos gelegentlich von einzelnen radicalisirenden Schriftstellern beeinflußt, so möchte ihr das Bestehen einer liberalen Partei, welche für bescheidene praktische Fortschritte auf dem Gebiete Majoritäten zu gewinnen weiß und ihr das Terrain für weitergehende Anträge ebnet, sehr willkommen sein. Denn daß sie nicht mehr ohne weiteres, auch wenn die national-liberale Partei sich auflöste, eine Majorität unter ihrer eigenen Fahne sammeln könnte, muß dem Naivsten ihrer Anhänger endlich klar geworden sein.

Keineswegs hat sich die ganze Fortschrittspartei stets von allen Compromissen fern gehalten; ein großer Theil ihrer Mitglieder ging auf die **Indemnität** ein, weil sie einsahen, daß das Volk sie sonst im Stiche lassen würde, aber sie scheinen den Inhalt und die Consequenzen ihrer eignen Beschlüsse nicht vollauf begriffen zu haben und fielen in die frühere Behandlungsweise der Geschäfte fortwährend zurück. Wohlbemerkt, unter allen denen, welche nach Königgrätz die Indemnität bewilligten oder die Bewilligung guthießen, hat wohl kein Mensch, der sich gesunder Sinne rühmen darf, an eine Bekehrung des Ministeriums Bismarck-Lippe zu wirklich liberalen Regierungsgrundsätzen geglaubt, wie die Organe der Fortschrittspartei damals von den Nationalliberalen zu vermuthen vorgaben. Niemals dürfte das Votum so

mißverstanden sein, als ob die Meinung gewesen wäre, Preußen stehe von diesem Augenblicke an unter einem so wahrhaft constitutionellen, ja parlamentarischen Regierungssystem, daß die Opposition entwaffnen könnte. Auch die sich der neuen Ordnung der Dinge aufrichtig freuten, haben wohl gewußt, daß nicht im Handumdrehen ein Rechtsstaat begründet und befestigt wird, daß selbst der gute Wille der leitenden Minister, wenn das Vorhandensein desselben angenommen werden dürfte, dazu noch lange nicht ausreichen würde. Aber selbst der Ministerpräsident hatte frühzeitig dafür gesorgt, daß männiglich vor Illusionen bewahrt bleibe. Dennoch hieß es bei jeder neuen reactionären oder unconstitutionellen Maßregel immer wieder in den Versammlungen, wie in den Blättern der Fortschrittspartei: „Seht ihrs nun, ihr Nationalliberalen, wo bleibt da eure Zwei-Seelentheorie?" — Immerhin war an der sogenannten Zwei-Seelentheorie wenigstens das unbestreitbar wahr und richtig, daß Bismarck die deutsche Politik nach andern Zielpunkten und mit andern Mitteln betrieb, als die der alten Kreuzzeitungspartei gewesen, und daß er darum auch in einer Reihe damit zusammenhängender innerer Fragen sich nach neuen Bundesgenossen umzusehen genöthigt war. Jedenfalls hat vermittelst dieser Wendung das Herrenhaus beträchtlich an Macht und Autorität verloren und hat sich unterdessen eine sog. „freiconservative" Partei gebildet, die sich durch das Bestreben, auf dem Boden der Verfassung zu stehen und zu wirken, nicht unwesentlich von allen bisherigen conservativen Fractionen Preußens unterscheidet.

Da ich die Zeitungen der Fortschrittspartei hier mehrmals anzuführen genöthigt war, so muß ich hinzufügen, daß die parlamentarischen Führer derselben früher mit einiger Sorgfalt jede Verantwortung dafür abzulehnen pflegten. Wenn es in letzter Zeit so genau nicht mehr damit genommen ward, so ist daraus weder zu schließen, daß der Ton dieser Zeitungen sich gehoben hätte, noch daß die Partei an innerer Einheit das gewonnen hätte, was sie an äußerer Ausdehnung verloren, sondern nur, daß die Bewegung gegen die vermeintlichen Feinde oder Rivalen acuter und heftiger geworden. Ein besonders beliebter Schachzug in den polemischen Feldzügen gegen die Nationalliberalen war es, wie schon angedeutet, dieselben immer wieder als hirnlose Optimisten darzustellen. Zum Beispiel: ein Handwerksbursche wurde aus Rostock ausgewiesen, ein Handlungsreisender in Kyritz vom Magistrate chicanirt. Sofort hieß es in der Volkszeitung oder der Zukunft: „Herr Braun, Herr Lasker, wo bleibt eure Freizügigkeit?" — Als ob alle Gesetze und Beschlüsse, welche die Fortschrittspartei votirt hat, unverbrüchlich gehalten worden wären! Soll man etwa kein gutes Gesetz machen, weil oder so lange die Uebertretung desselben nicht zu den absoluten Unmöglichkeiten gehört? — Beklagt ihr den Mangel an constitutionellen Garantien, wir em-

pfinden ihn so lebhaft als ihr; aber wir wissen, daß constitutionelle Garantien nicht so ohne weiteres von einem Tag zum andern durch die Mehrheit einiger Stimmen einer siegreichen Regierung abzuringen sind, daß mit bloßen papiernen Grundrechten, einem Verfassungseid und einer Lex imperfecta über Ministerverantwortlichkeit wenig geschehen ist. Handelt es sich dagegen um Budgetrecht, self-government, Unabhängigkeit der Gerichte, Förderung der materiellen Interessen, so hat die nationalliberale Partei die Frage, von welcher Seite am meisten dafür geschehen sei, wahrlich nicht zu scheuen. Es liegt kein besonderer Ruhm darin, gegen eine Militärorganisation zu stimmen, die nach einem ersten glorreichen Kriege in einer Zeit neuer kriegerischer Gefährdung und allgemeiner Rüstungen, wo ganz Europa sie nachzuahmen trachtet, doch unantastbar ist; noch ist es besonders verdienstlich, sein Nein gegen eine Bundesverfassung auszusprechen, ohne sich auch nur ein Bild davon zu entwerfen, was daraus werden sollte, wenn — was man allerdings selber nicht hoffte, auch wohl nicht wünschte — dieses Nein die Majorität für sich gewonnen hätte. Freilich hatte es in dem Antrage von Waldeck, Virchow und Hoverbeck (im preußischen Abgeordnetenhause, Sitzung vom 5. Mai 1867) wörtlich geheißen: „daß alle diese Opfer an Volksrechten die Einigung Deutschlands eher hindern als fördern, daß die einheitliche militärische Macht Deutschlands nach außen hin durch die geschlossenen Militärconventionen und Bündnisse für die nächste Zukunft gesichert ist; daß kein Hinderniß entgegensteht, um den jetzt mißlungenen Versuch der Gründung eines Bundesstaats von neuem aufzunehmen." Indessen erklärte die Fortschrittspartei, als einmal die Bundesverfassung angenommen war, sich auf den Boden derselben zu stellen. Das war ganz verständig, denn es verstand sich ganz von selbst. Allein zu gleicher Zeit veröffentlichte sie in ihrem neuen Programm, neben dem ausgesprochenen Vorsatz, die Bundesverfassung im Sinne freiheitlicher Entwicklung ausbilden zu wollen, den ganzen eben citirten Antrag von Waldeck, Virchow und Hoverbeck, in welchem doch ausdrücklich gesagt wird, daß die „Bundesverfassung für eine weitere Ausbildung im Sinne freiheitlicher Entwicklung keine Aussicht gewährt." — Wie weit die Gedankenlosigkeit solcher auf die Masse berechneter Veröffentlichungen gehen kann, bewies in jener Zeit ein von einem berühmten Gelehrten im Namen der Fortschrittspartei verfaßtes Wahlrundschreiben, welches dem preußischen Volke erklärt, daß ihm durch die Bundesverfassung mehr Rechte genommen seien, als es jemals besessen, noch aber seien ihm Rechte genug geblieben, um damit die verlornen zurückzuerobern! — Wenigstens wurde Virchows merkwürdige Kritik des Militärbudgets, wonach die 225 Thaler per Soldat noch außer allen indirekten Bundeseinnahmen durch Steuern aufgebracht werden müßten (vergl. die stenographischen Berichte des preußischen

Abgeordnetenhauses, fünfte Sitzung am 7. Mai 1867, Seite 54, erste Spalte und Seite 55, erste Spalte), nicht in das renovirte alte Programm der Fortschrittspartei mit aufgenommen. Selbst die äußerste Rechte verzichtet auf den Versuch, diese überkünstelte Auslegung ernsthaft zu nehmen.

Dagegen wurde auf Anlaß des Gerüchtes, daß sich der Bundesrath mit einer Ausgleichung der Tabaksteuer über das ganze Zollvereinsgebiet beschäftige, die Parole: „keine neuen Steuern" für die zweiten Reichstagswahlen in Scene gesetzt, und mit der Verdächtigung verbreitet, als ob die nationalliberale Partei thatsächlich schon bereit wäre, das Volk höher zu belasten. Also erschien plötzlich das bisherige Steuersystem so vortrefflich, daß an eine Verbesserung nicht gedacht werden durfte. Also ward ohne weitere Ueberlegung und ohne alle Debatte angenommen, daß die Centralgewalt des Bundes auf Matrikularbeiträge angewiesen sein müsse, statt auf direkte Reichssteuern, worin doch ein entschiedener Protest gegen die Consolidirung des Bundes liegt.

Der Zufall wollte, daß in denselben Tagen der Kämmerer der Stadt Berlin, den die Fortschrittspartei daselbst als Candidaten aufgestellt hatte, als städtischer Finanzkünstler eine enorme Erhöhung der ohnedies schon drückenden Miethssteuer beantragte.

Während also im großen Ganzen das Mißtrauen der Fortschrittspartei gegen die neue Ordnung der Dinge so weit ging, die Entwicklungsfähigkeit der Bundesverfassung nicht nur zu bestreiten, sondern auch die Entwicklung der Bundesorgane thatsächlich zu hemmen, weil man plötzlich in der preußischen Landesverfassung alle möglichen Vortrefflichkeiten entdeckt zu haben wähnte, schlugen die Zufälligkeiten und Willkürlichkeiten der lebhaft betriebenen Wahlagitation gelegentlich auch in das gerade Gegentheil der solchergestalt beobachteten Haltung um. So sprach z. B. der Abgeordnete Duncker in einer berliner Wählerversammlung davon, daß der preußische Landtag zukünftig ganz wegfallen dürfte und dem Reichstag bald nur noch Provinziallandtage gegenüber stehen sollten. Kaum war das kühne Wort gefallen, so nahm ein Rundschreiben des Centralcomités der Fortschrittspartei Bezug darauf, freilich um mit dem Ausdruck der Verlegenheit anzudeuten, daß diesem Zukunftsprogramm nothwendig erst eine Reform der Provinzialstände vorausgehen müsse.

So war denn zur selben Zeit in der Partei, welche sich vorzugsweise die Deutsche genannt und aus früherer Zeit einige bedenkliche Reden gegen preußische Großmachtspolitik und Großmachtsdünkel zu vertreten hatte, bald ein specifisch preußischer Standpunkt zu erkennen, bald wiederum ein gelegentliches Umschlagen in ein schroffes und unvermitteltes Einheitsprogramm.

Wäre es nicht längst ein in der Seelenkunde feststehender Erfahrungssatz, daß die Unduldsamkeit gegen fremde Anschauungen in dem Maße steigt,

je unreifer und unbegründbarer die eigenen Anschauungen sind, so hätte man sich über die Intoleranz der Fortschrittspartei bei so vielen Widersprüchen in ihrem eigenen Schooße und einem so wenig festen Programm billig verwundern können. Dieselben Widersprüche, welche bei den Wahlbewegungen zu Tage traten, machten sich auch im parlamentarischen Wirken geltend. Der Gesinnungsterrorismus, der gegen die Bundesverfassung aufgeboten worden, hatte nicht den gewünschten und erwarteten Erfolg gehabt. Die Provinzen glaubten es dem oben erwähnten Dreimännerantrage nicht, daß der Vorlegung und allseitigen Annahme eines freisinnigeren Bundesverfassungsentwurfes wirklich kein Hinderniß im Wege stünde, sie glaubten auch nicht, daß bloße Militärverträge, besonders in kritischen Zeitläuften, das staatsrechtliche Band ersetzen könnten, und waren nicht wenig erstaunt, diese Behauptung gerade von den „entschiedensten" Liberalen aussprechen zu hören. In provinzialen Wahlkreisen wurde denn auch vielfach der Versuch gemacht, die Bedeutung des verneinenden Votums der Fortschrittspartei möglichst zu mindern. In der That konnte die Abstimmung gegen eine Verfassung, welche das legale Erzeugniß des allgemeinen Stimmrechts war, kaum vom Standpunkte des consequentesten Radicalismus aus gerechtfertigt werden, und auch diesen haben ja die einflußreichsten Mitglieder der Fortschrittspartei niemals eingenommen. Aber noch weniger durfte eine consequent liberale Partei, besonders nachdem sie sich einmal auf den Boden der Bundesverfassung gestellt und die Wahlen zum constitutionellen Reichstage angenommen, das Organ des allgemeinen Stimmrechts in seiner Autorität zu schwächen suchen. Welchen andern Sinn und Zweck konnte aber das Votum der Fortschrittspartei gegen eine Adresse nach Eröffnung des zweiten Reichstages haben, da doch in diesem Moment kein anderes Mittel gegeben war, das Parlament aus den rein technischen Beschäftigungen in die Sphäre der höheren Politik zu erheben und dadurch dem Drang nach nationaler Einheit einen gewaltigen Ausdruck zu verleihen? Ich übergehe die kostbaren Argumente, womit ein Antrag gefährdet wurde, dessen Beseitigung ein Triumph der Particularisten gewesen wäre. Herr Ziegler, der Unberechenbare, der vor dem Kriege von 1866 Geist und Muth genug gehabt hatte, in seiner breslauer Wahlrede zu sagen, das Herz der Demokratie schlage da, wo Preußens Fahnen wehen, wurde in das Vordertreffen geschickt und warnte vor der Beunruhigung der Börse, indem er hinzufügte, man brauche dem Grafen Bismarck nicht erst Muth und Entschlossenheit einzuflößen. — Aehnliches wiederholte sich am Schluß des zweiten Reichstages beim Braun'schen Antrage, nur unter noch erschwerenderen Umständen. Dieser Antrag bezweckte bekanntlich, die Erneuerung der Zoll- und Handelsverträge mit den süddeutschen Staaten an die Bedingung der Schutz- und Trutzbündnisse zu knüpfen, die Gemeinschaft der materiellen Interessen von der Ge-

meinschaft der Vaterlandsvertheidigung abhängig zu machen und somit den folgenreichsten Schritt zur Verwirklichung der deutschen Einheit zu thun. Eine andere kaum minder wichtige Seite des Antrages bestand darin, daß die Befugnisse der Volksvertretung sich hier zum erstenmale in praktischer Anwendung über ein Gebiet erstreckten, das bisher zur sogenannten auswärtigen Politik gerechnet ward und das jedenfalls noch auf Staatsverträgen beruhte. Da hörte man denn von der äußersten Linken, sie wolle der Regierung die Verantwortlichkeit nicht abnehmen oder erleichtern, — nachdem doch in monatelanger Polemik die ganze Verantwortlichkeit der Bundesregierung als eine rein illusorische, ja völlig nichtige dargestellt worden war; und dergleichen Gründe mehr. Was waren die eigentlichen Motive? Fürchtete man die Sympathien der süddeutschen Radicalen zu verscherzen, wollte man um keinen Preis die Action der national-liberalen Partei unterstützen, oder witterte man etwa, daß der Antrag dem Bundeskanzler und Ministerpräsidenten gelegen kommen könnte? — Das letztere Argument wurde vielfach angedeutet, niemals abgeleugnet. Eine solche negative Haltung, die nicht ihre Gründe aus der Sache selbst schöpft, würde kaum den Namen einer systematischen Opposition, noch weniger den eines consequenten Radicalismus verdienen!

Beim Landtag, wie beim Reichstage hielt die äußerste Linke überall an dem bureaukratischen alten Schlendrian der Commissionsberathungen fest, als ob die Commissionsberichte, einige technische Specialitäten abgerechnet, im besten Falle etwas anderes liefern könnten, als ein Bild der Stimmungen und Ueberzeugungen des Hauses, wie es aus den Berathungen im Plenum viel unmittelbarer hervortritt. Als sich einmal auch der Finanzminister unvorsichtigerweise für die neue Berathungsform des Budgets erklärt hatte, da machte gleich ein Abgeordneter frohlockend und warnend darauf aufmerksam.

Also ein Antrag, der von einem Minister unterstützt wird, oder einem Minister angenehm sein könnte, ist an sich schon verwerflich. Aber der Laskersche Antrag auf eine authentische Interpretation des Artikels 84 (zum Schutze der Redefreiheit) sollte, nach dem Erachten der Hauptredner der Fortschrittspartei, nur dann annehmbar sein, wenn die Regierung sich zum Voraus dafür erklärte, mit anderen Worten: wenn er ein abgekartetes Spiel wäre. Das vollständigste Verkennen des Wesens, Zwecks und der Bedeutung einer authentischen Interpretation lag darin, wenn man eine solche den Rechtssprüchen des höchsten und anderer Gerichtshöfe gegenüber — zumal, nachdem Herr Frentzel von der Fortschrittspartei sogar das über ihn ergangene Urtheil durch Unterlassung der Appellation hatte rechtskräftig werden lassen — für überflüssig oder für compromittirend halten wollte. Die Rücksicht, ein unbedingt giltiges Fundamentalgesetz der Verfassung nicht in Frage zu stellen,

sprach wohl gegen den Guerard'schen Antrag auf Verfassungsänderung, nicht aber gegen den Lasker'schen, welcher Bestätigung, nicht Aenderung verlangte. Weil die von Lasker vorgeschlagene Deklaration, wenn abgeworfen, das alte Recht angeblich noch tiefer erschüttern würde, darum — thaten sie ihr Möglichstes, die Deklaration zu Falle zu bringen!! — Es war ihnen erlaubt, die Einbringung des Antrages, wenn er ihnen schädlich schien, mit allen Kräften zu verhindern, sobald aber der Antrag einmal dem Hause angehörte, mußten sie jedenfalls dafür stimmen, zumal sie kein anderes Schutzmittel für das bedrohte Recht der Redefreiheit in petto hatten, — außer Herr Virchow, der eine Adresse an die Krone (!) für angemessener hielt, das aber nur beiläufig erwähnte, ohne einen bestimmten Antrag zu stellen.

Doch genug der Exemplificationen! Unsere alten Parteigenossen müssen bei all' ihrer mimosenhaften Empfindlichkeit, mit welcher sie jede sachliche Erwiderung ihrer persönlichen Angriffe voll sittlicher Entrüstung zurückzuweisen pflegen, doch zugeben, daß ich blos einen Theil der hierher gehörigen Thatsachen angeführt, daß ich die Beispiele weder falsch ausgebeutet, noch parteilich verwerthet habe. Meine Kritik ist selbstredend keine persönliche je höher ich einzelne Persönlichkeiten der Fortschrittspartei achte und selbst verehre, um so gebotener erschien mir die Aufgabe, die prinzipiellen Fehler in der Zusammensetzung und letzten Entwickelungsphase dieser Partei nachzuweisen. Ich wollte darthun, daß sie weder eine radicale Partei ist, welche über ihrer Zeit steht und sich von den Heischnissen und Bedürfnissen der augenblicklichen Lage für befreit erklären darf, noch eine praktisch liberale Partei, welche den Forderungen und Nothwendigkeiten der Gegenwart in verständig vermittelnder Weise gerecht wird, daß sie zwar die Elemente des einen wie des andern Standpunktes in sich trägt, aber nicht mehr die Kraft besitzt, diese Gegensätze in sich zu überwinden und sich zu einer einheitlichen Partei zu gestalten. Eine straffe Einheit der Ueberzeugungen ist allerdings heutzutage fast bei keiner zu ermöglichen; Wind und Wetter sind bei der raschen Entwickelung maßgebender Thatsachen der Parteibildung auf theoretischen Grundlagen nicht günstig und der Einzelne ist nicht immer ohne weiteres nach seiner Parteistellung abzuschätzen. Selbst die conservative Partei konnte der starken Strömung der Begebenheiten nicht widerstehen; weil nun die sogenannten Freiconservativen den parlamentarischen Einfluß vielfach mit den Nationalliberalen theilen, darum geschieht es manchmal, daß Wagner von den Altconservativen die „Consequenz" der äußersten Linken preist, und so, wie auch bei einigen Abstimmungen, die beiden Extreme sich die Hand zu reichen scheinen. Abgesehen davon, daß Consequenz an sich, abstracte Consequenz noch keine Tugend ist, so wird das Lob der Consequenz, das in diesem gegebenen Falle schon durch die Person des Lobenden besonders verdächtig

wird, doch nimmermehr einer Partei beizulegen sein, deren geistige Arbeit zum großen Theile darin aufgeht, die widerstreitenden Elemente in ihrer Mitte zu beschwichtigen. Dieser Umstand nöthigte sie, zumal in der deutschen Frage, zu der negativen Haltung, welche den Schein des Radicalismus an sich trägt und welche stets an die Zeit des Verfassungsconflictes erinnert. Damals konnte es ziemlich gleichgiltig sein, ob ein Abgeordneter annexionistisch oder augustenburgisch dachte; wenn aber die deutsche Frage, wenn die brennendsten Interessen der nationalen Existenz auf das Tapet kommen, da gehört es zu den Merkmalen einer wirklichen Partei, daß alle ihre Genossen an einem Strange ziehen. Daß dies bei der Fortschrittspartei nicht der Fall ist, erklärt zum Theil auch den Widerspruch zwischen ihren populären Prätentionen einerseits und der Art ihrer parlamentarischen Thätigkeit andrerseits. In ihren Rundschreiben und ähnlichen derartigen Manifestationen klagt sie über die Schlaffheit des Volkes bei den Wahlen; aber wenn sie damit Recht hat, darf man dann einem Volke, welches angeblich durch dreimaliges Wählen in einem Jahre schon ermüdet ist, auf die Dauer ein negirendes und radicalisirendes politisches Verhalten zumuthen? — Die Fortschrittspartei hat die größere Anzahl ihrer Wahlkreise verloren, und zwar in den alten Provinzen meistens an Conservative. Wie ungerecht ist es daher von ihr, sich über die gemäßigt liberalen Wahlen der neuen Provinzen (welche an unserem Verfassungsconflict nicht betheiligt waren und unmöglich geneigt sein können, diese häßliche Erbschaft anzutreten), zu beschweren, durch welche gerettet wird, was zu retten ist und was die Fortschrittspartei, wenn auf sich allein angewiesen, jedenfalls verlieren würde. Viele ihrer Wahlsitze wären vielleicht dem gemäßigten Liberalismus zu erhalten gewesen, hätte sie es nicht meistentheils absichtlich und grundsätzlich auf die Entscheidung zwischen den beiden Extremen ankommen lassen, — gerade als ob sie vorzöge, ihre Ansichten in der Minorität zu verkündigen, statt durch bescheidene Vermittelung praktische Resultate zu erzielen.

So lange sie selbst die Gesinnungsunterschiede mit päpstlicher Unfehlbarkeit ihren frühern Gefährten „ins Gewissen zu schieben" bemüht ist, darf sie sich über solchen, vielleicht ungerechten, Verdacht kaum beschweren. Aber mit Gefühlsausbrüchen, Verdächtigungen und Gemüthsbewegungen ist die Spaltung in der liberalen Partei nicht zu heilen, — wenn sie überhaupt geheilt werden soll. Jedenfalls ist es der liberalen Sache förderlicher, die prinzipiellen Unterschiede mit demokratischer Offenheit bloszulegen, als sie um des lieben Friedens willen zu vertuschen und den trügerischen Schein der Einigkeit, der in der That niemanden mehr täuschen kann, aufrechtzuhalten, daß er die Thätigkeit auf beiden Seiten lähmt und alle die Actionen verhindert, über welche sich nicht die gesammte liberale Partei in der Kürze

verständigen kann. Weil von jener Seite gar zu häufig versucht wurde, das Monopol der Gesinnungstüchtigkeit, Charakterfestigkeit und Ueberzeugungstreue für sich in Anspruch zu nehmen, darum mußte von unserer Seite der Beweis geführt werden, daß es sich bei dem Zwist der Fractionen nicht um ein Mehr oder Weniger von Liberalismus oder Patriotismus handelt, sondern um die Frage, wer die gegenwärtige Situation besser versteht und die wahren Interessen des Volkes darin sicherer wahrt? Das sind Fragen der Logik und nicht der Moral.

Die beiden Erben der alten Fortschrittspartei, von denen jeder den ächten Ring zu besitzen glaubt, werden sich nicht mehr in derselben Fraction zusammenfinden, aber sie werden, wenn jede von ihnen wirklich ihren eigenen Beruf hat und zu erfüllen versteht, eine Partei ist und keine Coterie, sich gegenseitig achten lernen und in ihrer Wirksamkeit einander ergänzen. Die aber in bloßes Coteriewesen verfällt, mit persönlichen Prätentionen und persönlichem Hader, die wird über kurz oder lang, trotz rühmlichster Vergangenheit und vieler großen Namen, den Platz räumen müssen, und zwar im Interesse des Liberalismus. Auf welche Weise das geschehen werde, steht dahin, daß es geschehen wird, ist klar.

H. B. Oppenheim.

Aus Mecklenburg-Schwerin.

Einige Wochen nach dem Schlusse der Rechtssession versammelte sich der mecklenburgische Landtag, um über die gewöhnlichen, die Contribution betreffenden Propositionen und daneben über die von den beiden Landesherrn verlangte außerordentliche Beihilfe zu den Bundeskosten zu berathen. Obgleich die constitutionelle Partei keine Ursache hatte, von der Initiative des Landtags irgend einen Schritt in der Richtung auf eine Verfassungsreform zu erwarten, so fanden doch, vielleicht nur in der Absicht, die Abneigung des Landtags gegen jede Verfassungsänderung noch einmal zu constatiren, die Bürgervertretungen einzelner Städte (Rostock, Güstrow ꝛc.) sich veranlaßt, ihren Bürgermeistern den Wunsch auszudrücken, daß sie in der Landtagsversammlung den Antrag auf Herbeiführung einer constitutionellen Landesverfassung stellen möchten. Ja selbst der Magistrat einer Stadt, der Residenzstadt Schwerin, ertheilte dem Landtagsdeputirten einen Auftrag gleichen Inhalts. Aber die Bürgermeister gingen schweigend über diesen Punkt hinweg; nur der Deputirte der Stadt Schwerin entledigte sich seines Auftrages, jedoch

nur beiläufig und mit der kühlen Bemerkung, daß er eine Geneigtheit auf die Einführung des Budgetsystems und der Consequenz desselben, einer constitutionellen Verfassung, einzugehen, bei Ritter- und Landschaft nicht voraussetze.

Während die Landschaft (die Bürgermeister der Städte) die Erörterung der Frage zu vermeiden suchte, wurde dieselbe dennoch von einer andern Seite direct vor die Versammlung gebracht. Herr Dr. Bade auf Griebow, ein schon früher als Anhänger des Constitutionalismus hervorgetretenes Mitglied der Ritterschaft, hatte bereits unter dem 11. October einen Antrag auf Herbeiführung einer constitutionellen Landesverfassung bei dem ständischen engeren Ausschusse mit dem Gesuche eingereicht, denselben auf dem Landtage zur Verhandlung zu bringen, hierauf aber ein Schreiben erhalten, welches seinen Antrag als ungeeignet zurückwies. Herr Dr. Bade war indessen der Ansicht, daß es weder dem engern Ausschusse, noch dem Antecomitialconvente zustehe, einen Antrag wegen seines mißliebigen Inhalts zurückzuweisen und bewies dies aus früheren Landtagsacten. Auch fand er sich am 10. December persönlich in der Landtagsversammlung ein und stellte an diese die Forderung, daß sie die geschehene Verweigerung der Intimation für null und nichtig erkläre und den Antrag als giltig intimirt zur Verhandlung bringe. Nun begann eine jener lebhaften Scenen, welche in den der mildernden Einwirkung einer Geschäftsordnung entbehrenden Versammlungen der mecklenburgischen Feudalstände sich jedesmal zu ereignen pflegen, wenn sie daran erinnert werden, daß die alte mecklenburgische Verfassung nicht auf eine ewige Dauer Anspruch hat. Der Protokolldirigent, Kammerherr von Oertzen auf Kotelow — derselbe, welcher durch eine falsche Addition der strelitzischen Staatsministerialcanzlei sieben Wochen lang die Ehre genossen hatte, Mitglied des Reichstags zu sein — trat dem Badeschen Antrage mit dem Vorschlage entgegen, daß man denselben „auf sich beruhen lassen“ möge, was der feudale Ausdruck für den Uebergang zur Tagesordnung ist. Herr Bade bekämpfte diesen Vorschlag nach Kräften und warf in der Hitze des sich jetzt entspinnenden allgemeinen Gefechts dem engeren Ausschusse bei seinem Verfahren den Mangel der bona fides vor. Während des sich bei diesen Worten erhebenden Tumults wußte Herr Bade sich noch eine Zeit lang beim Worte zu behaupten und benutzte dies, um noch folgende Ansprache an die Versammlung zu halten: „Warum sträuben Sie sich denn so sehr gegen eine constitutionelle Verfassung? Es kann doch höchstens nur noch ein paar Jahre dauern, bis wir eine solche haben. (Stürmische Unterbrechung.) Wenn Sie nicht einmal dulden wollen, daß über diesen Gegenstand hier gesprochen wird, so constatiren Sie damit nur eine frappante Aehnlichkeit mit dem Papstthum. (Neuer Lärm und Gelächter.) Beide liegen in den letzten Zügen und wehren

sich trotzdem mit verzweifelter Hartnäckigkeit und einem Starrsinn, der einer bessern Sache werth wäre (große anhaltende Aufregung) gegen jegliches Zugeständniß an die geschichtlichen Thatsachen. Der einzige Unterschied ist, daß das Papstthum auf alle solche Anforderungen mit einem non possumus, der Feudalismus aber mit einem non volumus antwortet. (Heftige Unterbrechung und lautes Gelächter.) Lachen Sie nur, meine Herren, so lange Sie es noch können. Sie kennen aber wohl das Sprichwort: wer zuletzt lacht, lacht am besten." Nach dem Schlusse dieses Vortrages riefen viele Stimmen, die gebrauchten Ausdrücke seien ungehörig, sie müßten zurückgenommen werden. Der vorsitzende Landrath, Herr von Rieben: „solche politische Vorträge, wie den eben vernommenen, wünscht man hier nicht zu hören. Herr Dr. Bade hat die Geduld der Versammlung jetzt genügend auf die Probe gestellt." Herr von Oertzen-Brunn: „die Kritik des Herrn Dr. Bade über den engeren Ausschuß ist unter aller Kritik, und bedarf daher einer weiteren Kritik nicht." Herr Landrath v. Rieben: „wodurch will der Herr Dr. Bade seine Behauptung in Betreff der mala fides rechtfertigen?" Herr Landrath Graf v. Bassewitz (Mitglied des Reichstags und Vorsitzender des engeren Ausschusses der mecklenburgischen Ritter- und Landschaft): „ich halte es für unnöthig, den engeren Ausschuß gegen den Vorwurf der mala fides zu vertheidigen. Herr v. Oertzen-Kotelow: „der Mangel der bona fides bedeutet soviel wie Betrug, und das ist eine Beleidigung, die von der Versammlung zurückgewiesen werden muß." Herr Landrath Graf v. Bernstorff (in höchster Aufregung): „mit mala fides handeln bedeutet soviel wie wider besseres Wissen und guten Glauben handeln, und (gegen Herrn Dr. Bade gewandt) Sie sind nicht berechtigt, einen solchen Vorwurf gegen den engeren Ausschuß zu erheben. Das ist eine Ungehörigkeit! Ich trage darauf an, daß Herrn Dr. Bade das Wort entzogen werde." Herr Dr. Bade: „Ich glaube den Beweis für meine Behauptung geführt zu haben, können Sie mich widerlegen, so bin ich gern bereit, meinen Vorwurf zurückzunehmen." Viele Stimmen: „wir wollen nichts mehr hören; wir wollen nichts zurückgenommen haben!" Von neuem wird jetzt beantragt, die ganze Sache auf sich beruhen zu lassen. Endlich wird die wirre und stürmische Scene dadurch beendigt, daß ohne Abstimmung beschlossen wird, der Antrag des Herrn Dr. Bade solle auf sich beruhen bleiben.

Ein Antrag des Gutsbesitzers Manecke-Duggenkoppel, auf provisorische Einführung der preußischen Paß- und Vereinsgesetzgebung gerichtet, verfolgte indirect mit dem Badeschen dasselbe Ziel und stieß daher in der Versammlung auf die gleiche Abneigung. Durch die mecklenburgische Gesetzgebung seit der Restauration des Feudalismus im Jahre 1850 ist die Presse und das Versammlungs- und Vereinsrecht dem willkürlichsten Schalten der Polizei-

organe preisgegeben worden. Außerhalb Mecklenburgs erschienene Druckschriften können von dem Minister des Innern bei Strafe verboten werden; inländische periodische Druckschriften kann, nach vorausgegangener wiederholter Verwarnung, das Staatsministerium verbieten. Das Buchdruckergewerbe ist concessionspflichtig. Die Entziehung der Concession kann durch den Minister des Innern verfügt werden, wenn nach wiederholter schriftlicher Verwarnung oder nach erfolgter gerichtlicher Bestrafung der Buchdrucker seine Beschäftigung beharrlich zur Verbreitung von Druckschriften benutzt, welche nach Ansicht des Ministers des Innern strafbar sind. Die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen zu politischen Zwecken und die Bildung von politischen Vereinen ist von der Genehmigung des Ministers des Innern abhängig, und in der Praxis wird diese Vorschrift, was die politischen Vereine betrifft, nicht blos auf die „Bildung" solcher Vereine angewandt, sondern auch auf den Beitritt zu politischen Vereinen, welche in andern deutschen Staaten in Uebereinstimmung mit den dortigen Gesetzen bestehen. Diese Bestimmungen, der norddeutschen Bundesverfassung gegenübergestellt, welche die Gesammtheit der Staatsbürger zur thätigen Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten beruft, enthalten eine so schreiende Zurücksetzung und Demüthignng der mecklenburgischen Bevölkerung, daß die alten Stände, wenn sie wirklich noch den Anspruch machten, eine Vertretung dieser Bevölkerung zu sein, einmüthig die Gelegenheit hätten ergreifen müssen, um über dieselben ihr Verwerfungsurtheil auszusprechen. Aber keine Stimme in der ganzen Versammlung erhob sich in diesem Sinne. Ein oder zwei Bürgermeister versteckten sich hinter ihre Unbekanntschaft mit der preußischen Gesetzgebung und setzten es durch, daß unter diesem Vorwande der Antrag abgelehnt wurde. Der wahre Grund aber, weshalb die Stände die Unterdrückung der Presse und des Vereinslebens nicht entbehren wollen, ist, daß sie eine Existenzfrage darin erblicken. Sie sind sich bewußt, daß die alte Landesverfassung den Tag der Freigebung der Presse und des Versammlungs- und Vereinsrechts nicht um drei Monate überleben würde, und daß nur noch unter dem herrschenden Zwange dieselbe sich aufrecht erhalten läßt. Diese Verfassung aber wollen sie nicht aufgeben, so lange noch eine Möglichkeit für deren Erhaltung sich darzubieten scheint, — theilweise gewiß, weil sie mit ihrer politischen Ueberzeugung auf dem Boden des Feudalismus stehen, theilweise aber auch nur aus persönlichen Interessen, da mit der Aufhebung der ständischen Verfassung der Einfluß der Ritter und der Bürgermeister, im Staate wie in der Gemeinde, erlöschen oder wenigstens sich sehr vermindern und manche ergiebige Einnahmequelle für beide versiegen würde. Daher wissen sie es der Regierung Dank, daß sie weder selbst die Initiative ergreift, um dem Dasein der ständischen Verfassung ein Ende zu machen, noch der Bevöl-

kerung die Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung gewährt, welche deren Untergang bedeuten würde, und sie bezeugen ihre Dankbarkeit für die ihnen in der Regierung allein noch übrig gebliebene Stütze ihrer politischen Existenz durch unbedingte Unterwerfung unter deren Willen.

Die Regierung mag sich vielleicht der Einsicht nicht ganz verschließen, daß die Uhr der feudalen Herren auch in Mecklenburg bald abgelaufen sein wird. Aber sie läßt diesen Zeitpunkt resignirt an sich herankommen, ohne seinen Eintritt zu wünschen und zu beschleunigen, gerade so, wie sie im Jahre 1866 den großherzoglichen Gesandten am Bundestage nicht eher zurückberief, als bis seine dortige Stellung völlig unhaltbar und ein längeres Zaudern für die staatliche Selbständigkeit Mecklenburgs gefährlich geworden war. Sie erfüllt äußerlich ihre neuen Bundespflichten, aber sie gehört dem norddeutschen Bunde nicht mit ihrem Herzen an. Diese Stellung erklärt sich daraus, daß die höheren Regierungsämter ausschließlich im Besitz entschiedener Anhänger des alten Patrimonialstaats sind. Einige dieser Regierungsmänner sind noch dazu selbst Mitglieder der Ritterschaft und dadurch mit den ritterschaftlichen Interessen auf das engste verflochten. Der Ministerpräsident, v. Oertzen, war in den vierziger Jahren einer der Führer des sogenannten eingeborenen Adels in der Ritterschaft und bekämpfte als solcher die Ansprüche der nichteingeborenen Ritter auf gleiche politische Berechtigung. Der Finanzminister v. Müller, gleichfalls ein Mitglied der Ritterschaft, war sehr tief in die Umtriebe verwickelt, welche von den Gegnern der constitutionellen Staatsform gegen das Staatsgrundgesetz vom 10. October 1849 in Bewegung gesetzt wurden und dessen Umsturz bewirkten. Er war es, welcher einige Tage vor Publication dieses Staatsgrundgesetzes auf einer Versammlung von Rittern der feudalen Partei nach einer den Normen auch der alten Verfassung widerstreitenden Weise in den ständischen engeren Ausschuß erwählt wurde und in demselben auch dann noch verblieb, als dieses Collegium, gleichzeitig mit der Publication des Staatsgrundgesetzes, gesetzlich aufgehoben worden war. Herr v. Müller gehörte zu dem aus 4 oder 5 Personen bestehenden renitenten Rumpf des gesetzlich aufgelösten engeren Ausschusses, welcher am 20. December 1849 auf Befehl des Großherzogs Friedrich Franz zur Räumung seines Sitzungslocals gezwungen werden mußte, was durch die als Symbol militärischer Gewalt anrückende, in der mecklenburgischen Geschichte wohlbekannte Person des Musketier Schlie ausgeführt wurde.

Es fehlt zwar einzelnen Mitgliedern der jetzigen Regierung auch nicht ganz an constitutionellen Reminiscenzen aus ihrer früheren Wirksamkeit. Der Justizminister, Dr. Buchka, war sogar Commissarius der strelitzischen Regierung zur Vereinbarung einer constitutionellen Landesverfassung mit der Abgeordnetenkammer von 1848 und 1849 und hatte als solcher die Aufgabe,

eine sehr freisinnige Vorlage der Regierung der letzteren zur Annahme zu empfehlen. Selbst der Ministerpräsident von Oertzen hat seinen Feudalismus von constitutionellen Anwandlungen keineswegs frei zu erhalten gewußt. Eine solche momentane Schwäche zeigte er in einer vom 17. September 1848 datirten, mit seinem vollen Namen „J. von Oertzen auf Leppin" unterzeichneten Erklärung, welche er zur Widerlegung aller Zweifel an der ernstlichen Absicht seiner Partei, den Constitutionalismus zu fördern, in der Beilage zur „Rostocker Zeitung" vom 21. September 1848 veröffentlichte und es u. A. für „selbstverständlich" erklärte, daß die besonderen politischen Rechte des Adels aufhörten.

Dieser constitutionelle Abschnitt in dem Leben des Herrn von Oertzen wich aber sehr bald wieder den Anschauungen aus der vor constitutionellen Zeit und als Herr von Oertzen am 1. Juli 1852 vom Großherzog zum Minister ernannt war, gehörte es zu seinen ersten Amtshandlungen, daß er ein großherzogliches Rescript an den Landtag contrasignirte, welches den festen Entschluß verkündigte, „die bestehende Landesverfassung kräftig aufrecht zu erhalten und zu schützen", und davon heilsamere Resultate erwartete als von „allem Experimentiren mit neuen willkürlichen Verfassungsformen."

Daß eine mit den Interessen des Feudalismus so eng verbundene Regierung nicht ihre Macht gebrauchen würde, um mit dem alten Staat abzurechnen und durch Herbeiführung moderner Staatseinrichtungen Mecklenburg zu einem lebendigen Gliede des norddeutschen Bundes zu machen, mußte man erwarten. Die dem Landtage zugegangenen Finanzvorlagen bestätigten auch gar bald, daß es wirklich die Absicht war, mit dem alten Finanzsystem des Feudalstaats den neuen Anforderungen die Spitze zu bieten.

Nach der altständischen Verfassung hat der Großherzog aus den Einkünften des Domanium und der Regalien die Kosten der gesammten Landesverwaltung, einschließlich der sogenannten Garnisons- und Fortifications-, d. h. der Militärkosten, zu bestreiten und nur als Beihilfe dazu empfängt er in der Form einer mit den Ständen vereinbarten Aversionalzahlung die Auskunft aus den Steuern und Zöllen. Ueber die Verwendung dieser Gelder steht den Ständen keinerlei Controle zu. Einen Staatshaushalt und eine Staatskasse gibt es ebensowenig als einen einheitlichen Staat. Diesem Zustande war vor allen Dingen abzuhelfen, wenn Mecklenburg in den Organismus des Bundesstaats als ein gleichartiges Glied eingefügt werden sollte. Es mußte ein einheitliches Finanzsystem und eine Feststellung des Staatshaushalts durch eine einheitliche Landesvertretung eingeführt werden. Vorbedingung dafür war die Scheidung zwischen Kron- und Staatsgut, Kron- und Staatseinkünften, Großherzoglicher und Staatskasse.

Die Regierung enthielt sich jedoch jedes Schrittes in dieser Richtung.

Es kam ihr nur darauf an, für ein Jahr einen Beitrag der Stände zu den Bundeskosten zu erlangen. Ohne irgend eine Berechnung über die Leistungsfähigkeit der landesherrlichen Kasse vorzulegen, veranschlagte sie die aus den Bundespflichten sich ergebende Mehrbelastung derselben für das erste Jahr auf 600,000 Thlr. und verlangte dazu vom Lande eine Beihilfe von 220,000 Thlr. Zugleich sprach sie die Erwartung aus, daß nach dem einstweilen noch durch den Handelsvertrag mit Frankreich gehinderten Eintritt Mecklenburgs in das deutsche Zollgebiet die alsdann für Mecklenburg in Rechnung kommenden Aufkünfte aus dem Zoll und den Consumtionssteuern sie der Nothwendigkeit überheben würden, die Beihilfe des Landes zu den Bundeskosten in Anspruch zu nehmen. Die Mittel zur Aufbringung der geforderten 220,000 Thlr. sollten etwa zur Hälfte durch Erhöhung einzelner Tarifsätze des bestehenden mecklenburgischen Grenzzolls und Einführung einer Abgabe von der Salzproduction, zur anderen Hälfte durch ein Simplum der außerordentlichen Contribution aufgebracht werden. Der Landtag fand am Vorabend seines Zusammentritts die Gesetze über die Erhöhung der Zölle und die Salzabgabe schon in voller Wirksamkeit vor. Denn vorsorglich hatte die Regierung für diese Gesetzgebung die Zustimmung des engeren Ausschusses nachgesucht und dieser hatte, da er die geheime Vorbereitung der Maßregel für die Bedingung ihrer Ausführbarkeit ansah und die Rechte der Stände durch den Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Landtags und der eventuellen Rückzahlung des Betrages der Zollerhöhung an die Verzoller für hinlänglich gewahrt erachtete, die kleine Competenzüberschreitung nicht gescheut, welche in der Ertheilung der verlangten Zustimmung lag. Daß eine Zurückversetzung in den ursprünglichen Zustand nicht möglich sei, daß man wohl dem Kaufmann, der den Zoll verlegt, aber nicht dessen Kunden, die ihn in dem Kaufpreise der Waare vergütet hatten, den Zoll zurückerstatten könne, und daß daher diese Zurückerstattung für den ersteren nur den Charakter eines reinen Geschenkes haben würde, war dabei übersehen worden.

Die Ritterschaft war mit der vollendeten Thatsache sehr einverstanden, da sie die Erhaltung der alten, ständischen Verfassung verhieß, und sie zögerte daher nicht, ihre Bereitwilligkeit zur Bewilligung zu erklären. Die Landschaft glaubte anfangs die Gelegenheit wahrnehmen zu müssen, um eine auf das gesammte Abgabenwesen sich erstreckende Reform herbeizuführen, und knüpfte daher die Bewilligung der geforderten Beihilfe an die Bedingung, daß der Großherzog die Zusicherung ertheile, sofort Verhandlungen wegen einer solchen Reform mit ständischen Deputirten einleiten zu wollen. Die Regierung kannte jedoch aus Erfahrung den geringen Grad von Festigkeit, welchen die städtischen Magistratspersonen ihr gegenüber besitzen, und weigerte sich daher, auf das Verlangen der Landschaft einzugehen. Es bedurfte

auch nur eines großherzoglichen Rescripts, um die Landschaft ins Schwanken zu bringen, und eines zweiten, um sie vollständig herüberzuziehen. Auch die Landschaft erklärte jetzt die reine, bedingungslose Zustimmung zu der großherzoglichen Proposition, und so waren denn Regierung und Stände in dem Entschlusse geeinigt, an dem alten Staat durch die neue Bundesverfassung nichts ändern zu lassen. Hätte aber auch die Landschaft wirklich ihre Bedingung durchgesetzt, so war damit auch noch nichts Wesentliches erreicht. Denn Verhandlungen über eine Steuerreform, welche nicht auf der Grundlage der Staatseinheit und eines einheitlichen Staatshaushalts, sondern auf der bisherigen Vermischung der Großherzoglichen und der Staatskasse beruhen und von der Voraussetzung einer Beibehaltung der in Domanium Ritterschaft und Städten sich darstellenden Sonderinteressen ausgehen, können nicht zu einem gedeihlichen Ausgange führen. Ueberdies war durch Einleitung von Verhandlungen über eine Reform der Steuern die schließliche Einigung über letztere keineswegs verbürgt. Die Sonderinteressen würden bei den Verhandlungen ihren vollen Spielraum behalten, und die dringlichsten und heilsamsten Reformen zum Scheitern bringen.

Bei dieser Auffassung und Behandlung der Angelegenheit mußte begreiflich die wichtige Frage, ob nicht das Beispiel der von fast allen Bundesstaaten mit Preußen abgeschlossenen Militärconventionen auch von Mecklenburg nachgeahmt werden könne und aus welchem Grunde die Regierung es unterlassen habe, ihre Bemühungen auf eine solche Vereinbarung zu richten, gänzlich unerörtert bleiben. Der Regierung wird es nicht entgangen sein, daß auf diesem Wege große Ersparungen sich hätten erzielen lassen. Legt man auch nur den am wenigsten günstigen Maßstab der durch eine solche Militärconvention dem Großherzogthum Oldenburg zu Theil gewordenen Erleichterung zu Grunde, so kommt man auf eine Ersparung, die im ersten Jahre für jeden Mann des Contingents 60 Thlr. und für jedes der folgenden vier Jahre 12 Thlr. weniger, im Ganzen also für Mecklenburg-Schwerin, bei einer Contingentsstärke von 5600 Mann, im ersten Jahre 336000 Thlr. und in dem fünfjährigen Uebergangszeitraum die Summe von 1,008,000 Thlr. betragen haben würde. Aber der kleine Schein von Selbständigkeit, welcher für diesen hohen Preis erkauft wurde, war für die herrschenden Kreise zu verlockend, als daß sie sich nicht gern zu dem Verzicht auf eine solche Ersparung verstanden hätten und von den Ständen wurde, wie ihr Schweigen und ihre bedingungslose Bewilligung der geforderten Beihilfe beweist, diese Anschauung getheilt und gutgeheißen.

Ueber die Finanzsorge des ersten Jahres nach der Begründung der norddeutschen Bundesverfassung haben Regierung und Stände sich zwar glücklich geholfen; aber auf einer schweren Täuschung beruhet es doch, wenn

erstere sich mit der Aussicht trägt, daß nach dem Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein die landesherrliche Kasse allein im Stande sein werde, die Bundeskosten zu decken. Die Regierung geht dabei von der Auffassung aus, daß die Mecklenburg zu Gute kommende Quote der Zollvereins- und Verbrauchssteuer-Einnahmen so hoch sein wird, daß das fehlende und demnach durch Matricularumlage aufzubringende von der landesherrlichen Kasse ohne größere Anspannung ihrer Kraft als der bisherigen werde getragen werden können. Allerdings: wenn die jetzige Verpflichtung dieser Kasse, wonach dieselbe in erster Linie die Militärkosten zu decken hat und das Land dazu nur eine Beihilfe leistet, sich dahin umkehren sollte, daß die Bevölkerung, indem sie den Grenzzoll nach dem Tarif des Zollvereins und die Verbrauchssteuern aufbringt, die Hauptlast übernimmt und die landesherrliche Kasse nur aushilflich herangezogen wird, so wäre der Verzicht des Großherzogs auf eine Beihilfe des Landes gewiß nicht nur ausführbar, sondern sogar noch ein lucratives Geschäft, vorausgesetzt, daß die Bedürfnisse der Bundeskasse nicht erheblich über die jetzige Höhe hinauswachsen und daneben in Mecklenburg sämmtliche bisherigen Steuern fortdauern würden. Eine solche Voraussetzung aber ist in ihren beiden Theilen unhaltbar. Die Bedürfnisse der Bundeskasse werden voraussichtlich schon in nächster Zukunft über das jetzige Maß hinausgehen, und eine Beibehaltung der sämmtlichen bestehenden mecklenburgischen Landessteuern neben den neu hinzutretenden, in die Bundescasse fließenden Zöllen und Steuern ist unmöglich, theils weil dadurch eine Ueberlastung für einzelne Theile der Bevölkerung entstehen würde, welche nicht getragen werden könnte, theils weil die Veränderung anderweitiger Verhältnisse zu ihrer Aufhebung zwingen wird. Letzteres gilt namentlich von der Handelsklassensteuer und der an die Stelle der indirecten Mahl- und Schlachtsteuer getretenen directen Steuer. Beide haben die Beschränkung der betreffenden Gewerbbetriebe zur Voraussetzung, welche voraussichtlich bald beseitigt werden wird, und die Handelsclassensteuer ward zu dem gleichzeitig mit ihr im Jahre 1863 eingeführten mecklenburgischen Grenzzoll dadurch in Beziehung gesetzt, daß sie ein Drittheil, der Grenzzoll aber zwei Drittheile des Ertrages der damals aufgehobenen indirecten Handelssteuer decken sollte. Wird nun, durch die Einführung des Zollvereinstarifs, der Ertrag des Grenzzolls um weit mehr als das Doppelte erhöht, so wird dadurch der Handelsclassensteuer als Supplement des Grenzzolls die Basis der Existenz entzogen. Die Nothwendigkeit einer Reform des mecklenburgischen Steuer- und Finanzwesens ist also durch die getroffene Vereinbarung nicht beseitigt, sondern nur für ein Jahr in den Hintergrund gedrängt, und diese Reform wird selbst dann ihre Erledigung fordern, wenn, wider alle Wahrscheinlichkeit, die Bedürfnisse der Bundescasse über das Maß des ersten Jahres in Zukunft nicht wesentlich

hinausgehen sollten. — Hieran wird auch durch die großartige Finanzoperation nichts geändert, welche, einer beiläufigen Mittheilung an den Landtag zufolge, der Großherzog mit einem wesentlichen Theile seines Domanium projectirt und welche bestimmt ist, theils den Zufluß beträchtlicher Capitalien, theils große Ersparungen an Verwaltungskosten zu bewirken. Es handelt sich dabei um eine allgemeine und sofort in Angriff zu nehmende Vererbpachtung der bisher im Zeitpachtverhältniß bewirthschafteten Bauerstellen, deren Zahl noch ungefähr 4000 beträgt. Diese Operation kann nur gelingen, wenn der Großherzog auf sein, von jeder ständischen Mitwirkung unabhängiges, völlig unumschränktes Gesetzgebungs- und Besteuerungsrecht im Domanium verzichtet und der Domanialbevölkerung staatsbürgerliche Rechte einräumt. Sie verstärkt also nur die Forderung einer gründlichen Umgestaltung der Staatseinrichtungen und der Herbeiführung eines einheitlichen Staatswesens.

Die neuen Bundesgesetze treiben das alte Staatswesen unaufhaltsam über sich selbst hinaus; aber anstatt nun freudig in die neue Strömung einzutreten, bequemt sich die Regierung den vom Bunde ausgehenden Impulsen nur so weit an, als sie gerade muß, um dem hellen Conflict mit den Bundesgesetzen auszuweichen.

Dies zeigte sich besonders in der Judenfrage. Die Regierung legte dem Landtage einen Gesetzentwurf wegen der rechtlichen Verhältnisse der Juden vor, durch welchen sie „die Verhältnisse der jüdischen Unterthanen mit dem Artikel 3 der Verfassung des norddeutschen Bundes in Einklang bringen“ wollte. Es war ihr dabei entgangen, daß inzwischen schon der Artikel 3 des Bundesgesetzes über Freizügigkeit den Juden das Recht der Niederlassung und des Erwerbes von Grundstücken ertheilt hatte und daß es daher ein ganz ungehöriger Pleonasmus war, wenn § 1 ihres Gesetzentwurfes die Bestimmung aufstellte: „Es ist den Juden fortan gestattet, liegende Gründe aller Art gleich den Christen eigenthümlich zu erwerben.“ Nachdem die Regierung das falsche Verhältniß gewahr geworden war, in welchem dieser Entwurf zu dem Bundesgesetze stand, zog sie denselben zurück und legte einen neuen Entwurf vor, welcher nur als Ausführungsgesetz sich darstellte, aber aus dem ersten Entwurf alle Bestimmungen beibehalten hatte, welche eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden bezwecken. Juden, welche Grundeigenthum erwerben, bleiben nach dieser Vorlage von der Ausübung der Landstandschaft, der Jurisdiction 2c., auch von der Ausübung der Polizei, so weit es sich um die Untersuchung und Bestrafung von Vergehen handelt, ausgeschlossen. Die Landstandschaft ruhet während der Dauer des Besitzes, die übrigen mit dem Grundbesitz verbundenen Rechte werden durch einen von der Regierung zu bestellenden Vertreter ausgeübt. Die Kosten

der Vertretung, über deren ungefähren Betrag die Vorlage sich nicht weiter ausläßt, trägt der Jude. Zum Erwerb des Bürgerrechts in den Städten sollen die Juden nur mit der Beschränkung zugelassen werden, daß sie von solchen amtlichen Functionen, zu welchen sie als Besitzer von ländlichen Grundstücken nicht fähig sind, auch im städtischen Dienste ausgeschlossen bleiben. Hinsichtlich dieser Beschränkungen war sogar die strelitzische Regierung, die sonst nicht in dem Rufe steht, daß sie an Freisinnigkeit der schwerinschen Regierung überlegen ist, mit letzterer nicht einverstanden. Auf dem Landtage fand sich jedoch nur eine kleine Minderheit, welche für den freisinnigeren strelitzischen Entwurf auftrat. Ein Bürgermeister warnte vor der Gefahr, welche in der Patrimonialgerichtsherrlichkeit eines jüdischen Gutsbesitzers und in der Zulassung eines Juden zu obrigkeitlichen und richterlichen Aemtern liege. Der Vorsitzende, Landrath von Rieben, meinte, man könne doch abwarten, ob die in dem schweriner Entwurfe enthaltenen Beschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte der Juden für unvereinbar mit den Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes angesehen würden; käme dann eine Erinnerung vom Bunde, so sei es noch immer Zeit, die erforderlichen Aenderungen zu treffen. Kammerherr von Oertzen prophezeite das Schreckliche, daß binnen vier Wochen in der bisher den Juden verschlossenen Stadt Rostock zehn Juden sich niederlassen und binnen wenigen Jahren auch im Magistrat vertreten sein würden, wenn man sich dagegen nicht sichere. Als nun die Versammlung sich durch Acclamation den schwerinschen Entwurf aneignen wollte, forderte Herr Pogge-Blankenhof die Abstimmung, damit es sich zeige, wie wenig die Stände geneigt seien, sich den neuen Verhältnissen zu fügen. Herr von Rieben fragt: „demnach wünscht Herr Pogge, daß die Stände sich prostituiren?“ Nach einer kurzen Entgegnung des Herrn Pogge wird sodann der schwerinsche Gesetzentwurf mit der großen Mehrheit von 87 gegen 23 Stimmen angenommen.

In einer andern Richtung glaubte die Regierung den Forderungen des Freizügigkeitsgesetzes eine größere Berücksichtigung schenken zu müssen, ohne jedoch die Stände dafür gewinnen zu können. Außer dem Entwurf einer Ausführungsverordnung zum Freizügigkeitsgesetz, welche die der Landesgesetzgebung vorbehaltene Anmeldungspflicht regelte, legte sie zwei Gesetzentwürfe vor, von denen der eine Bestimmungen über die Erwerbung der Ortsangehörigkeit durch fortgesetzten Aufenthalt aufstellte, der andere auf eine Erleichterung der Eheschließung durch Einführung von Trauscheinen berechnet war. Nach ersterem sollte die Erwerbung der Ortsangehörigkeit für selbständige Personen an einen zehnjährigen ununterbrochenen Aufenthalt (statt des bisherigen zweijährigen), für unselbständige Personen an einen Aufenthalt von fünfzehnjähriger ununterbrochener Dauer geknüpft sein. Diese Verlängerung

der Frist glaubte man den Städten als Ersatz für die Ausweisungsbefugniß, durch deren rechtzeitige Anwendung sie bisher die Erwerbung der Ortsangehörigkeit in jedem einzelnen Falle hindern konnten, darbieten und sie dadurch gegen eine übermäßige Armenversorgungslast sichern zu müssen. Der andere Gesetzentwurf machte, unter Aufhebung des bisherigen Erfordernisses des Wohnungsnachweises, die Verheirathung von einer dem Bräutigam auszustellenden obrigkeitlichen Bescheinigung abhängig, daß derselben kein Hinderniß entgegenstehe, und verpflichtete die Obrigkeiten, eine solche Bescheinigung, abgesehen von einzelnen näher angegebenen Ausnahmefällen, keinem Volljährigen, welcher seiner Wehrpflicht genügt habe, zu versagen. Die Eheschließung sollte auf diese Weise von allen, nicht durch öffentliche Interessen und das Gedeihen der Ehe selbst geforderten Beschränkungen befreiet werden. Das Freizügigkeitsgesetz, so begründete die Regierung ihren Entwurf, mache die Erleichterung der Eheschließung zur dringenden Pflicht, weil sonst die Landesangehörigen würden verhindert werden, von den Vortheilen der Freizügigkeit in gleichem Maße Gebrauch zu machen, wie die Angehörigen der anderen Bundesstaaten; während diese in Mecklenburg heirathen könnten, würden jene im Auslande von der Gründung eines häuslichen Heerdes ausgeschlossen sein. „Von noch durchschlagenderer Bedeutung" — so führten die Motive weiter aus — „ist ein anderer, nicht erst von heute datirender Mißstand; es ist der verderbliche Einfluß, den die Erschwerung der Heirathen auf die öffentliche Moral übt. Nicht blos darf als allgemein anerkannt betrachtet werden, daß zwischen ihr und der im Lande vorkommenden großen Zahl von wilden Ehen und unehelichen Geburten ein naher Zusammenhang stattfindet, sondern es kommt weiter in Betracht, wie höchst ungünstig die Verhältnisse einwirken, in denen die unehelichen Kinder zu leben und heranzuwachsen pflegen .... Es wird unbedenklich behauptet werden dürfen, daß sie zur Zahl der in Arbeitsscheu, Stumpfheit und Unsittlichkeit verkommenen Subjecte das verhältnißmäßig bedeutendste Contingent liefern ... Ob freilich einem so tief eingewurzelten Uebel irgend ein Mittel vollkommen gewachsen sei, steht dahin. Darüber aber kann kein Zweifel sein, daß jedenfalls der erkannte Grund des Uebels beseitigt, d. h. daß die Eheschließung von allen nicht durch öffentliche Interessen und das Gedeihen des ehelichen Lebens selbst geforderten Beschränkungen befreiet werden muß."

Indessen vermögen alle diese Gründe bei den Ständen nichts. Die Ritterschaft fürchtete von der Einführung einer zehnjährigen Frist für die Erwerbung der Ortsangehörigkeit durch Aufenthalt eine Rückströmung Verarmter auf die heimathlichen Güter, welche sie mit unerschwinglichen Armenversorgungslasten bedrohete, zumal wenn die Verarmten nicht nur für ihre Person, sondern in Folge der Erleichterung der Eheschließung mit Weib und

Kind auf den Gütern einrücken würden und nun aus der Tasche des Gutsherrn erhalten werden sollten; und wenn sie auch einräumten, daß das Freizügigkeitsgesetz eine Aenderung der Gesetzgebung in der vorgeschlagenen Richtung erfordere, so meinten sie doch, daß es dazu noch immer Zeit sein würde, wenn die weitere Entwickelung der Bundesgesetzgebung dazu zwinge. In letzterer Beziehung schlossen sich den Rittern auch die Bürgermeister an. Der Ausführung, wonach zwischen der Erschwerung der Eheschließung und der großen Zahl der wilden Ehen und der unehelichen Geburten ein anerkannter Zusammenhang bestehe, wurde vom Landtage die Behauptung entgegengestellt, „daß nach zweifellosen Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik in anderen deutschen Staaten, z. B. Königreich Sachsen, welche die beabsichtigten Erleichterungen der Eheschließung bereits eingeführt haben, die beregten Mißstände in demselben oder doch in annähernd gleichem Maße vorhanden sind", wodurch wenigstens so viel bewiesen werde, „daß die letzteren in Mecklenburg keinenfalls vorwiegend auf den bestehenden Rechtszustand wegen der Eheschließungen zurückgeführt werden können." Auf Grund dieser Einwendungen wurde der Gesetzentwurf wegen Einführung von Trauscheinen von beiden Ständen und der andere wegen Erwerbung der Ortsangehörigkeit durch fortgesetzten Aufenthalt von der Ritterschaft abgelehnt.

Die Regierung wurde durch diese Ablehnung sehr unsanft berührt und sprach das in ihrem Rescript vom 21. December direct aus. Der Großherzog verzichtet zwar bei der Kürze der Zeit darauf, durch eine erneuerte Darlegung noch auf dem gegenwärtigen Landtage einer „den Bedürfnissen des Landes entsprechenden" Auffassung Eingang zu verschaffen, hält aber die Nothwendigkeit der proponirten Gesetzgebung in vollem Maße aufrecht und behält sich vor, auf diese wichtige Maßregel zurückzukommen.

Das in dieser Verhandlung hervortretende Zugeständniß der Regierung, daß in Mecklenburg „alte, schwer auf der Bevölkerung des Landes lastende, allgemein anerkannte Uebel" zu beseitigen sind (dieser Ausdrücke bediente sich das erwähnte Rescript), ist ein vollkommen neues. Bisher war die Regierung bemüht, die mecklenburgischen Staatseinrichtungen als unanfechtbar und tadellos erscheinen zu lassen, und ihre Presse war gewohnt, alle, welche an den glücklichen Zuständen des Landes zu zweifeln wagten, als „entartete Söhne" oder als ein kleines Häuflein Unzufriedener darzustellen. Jetzt tritt die Regierung selbst in die Reihen dieser „entarteten Söhne" und erhebt eine harte Anklage gegen die Institutionen des Landes. Man begreift dabei nur nicht, wie es hat geschehen können, daß sie diese Entdeckung nicht früher gemacht hat und erst in dem Freizügigkeitsgesetz des norddeutschen Bundes den Antrieb findet, an jene verderbenfäenden Institutionen die bessernde Hand zu legen. Noch weniger begreift man, wie sie die Besserung mit Ständen

glaubt ausführen zu können, denen sie in dem gedachten Rescript den Vorwurf macht, daß ihre Auffassung den Bedürfnissen des Landes nicht entspreche. Gleichfalls der Beachtung werth ist die in dem großherzoglichen Rescript ausgesprochene Absicht, die mecklenburgischen Staatsangehörigen vor einer Zurückstellung gegen die übrige Bundesbevölkerung zu bewahren; aber man begreift auch hier wieder nicht, warum diese Fürsorge sich auf ein einzelnes Gebiet beschränkt, während nach dem Willen der Regierung die Mecklenburger auf so vielen anderen Gebieten an staatsbürgerlichen Rechten und Freiheiten weit hinter allen übrigen Bundesangehörigen zurückstehen. Es wäre fruchtbar für die Regierung selbst, noch mehr aber für die mecklenburgische Bevölkerung selbst, wenn mit dem hier proclamirten Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichstellung mit den übrigen Bundesangehörigen einmal wirklicher Ernst gemacht würde.

So lange die Regierung in ihrer jetzigen Haltung beharrt und es als ihre Aufgabe ansieht, den Feudalismus gegen die Einwirkungen des modernen Staatswesens bestmöglichst zu schützen, wird sie auch in denjenigen Verhältnissen, welche von der Bundesgesetzgebung zur Zeit noch weniger nahe berührt worden, mit ihren Verbesserungsversuchen keinen Erfolg haben.

Dies zeigt sich unter Anderem bei den Bemühungen, welche sie seit mehreren Jahren einer Reform des Schulwesens auf den ritterschaftlichen Gütern zuwendet. Die ritterschaftlichen Schullehrer haben bis jetzt auf vielen Gütern noch nicht das Einkommen eines Tagelöhners, ihr Bildungsstand ist, wie hiernach zu erwarten, ein sehr niedriger, ihre Stellung wegen des gutsherrlichen Kündigungsrechts eine sehr abhängige und ihre Leistungen machen sich dadurch bemerkbar, daß von den Recruten aus dem Ritterschaftlichen nach einem zehnjährigen Durchschnitt 17 Proc. nicht lesen, 54 Proc. nicht schreiben und 47 Proc. nicht rechnen können und daß resp. 58, 40 und 43 Proc. diese drei Fertigkeiten nur mangelhaft sich angeeignet haben, sodaß, wenn gut lesen, gut schreiben und gut rechnen als das Minimum elementarer Schulbildung gelten darf, im Ritterschaftlichen durchschnittlich nur 6 Proc. eine solche aufzuweisen haben, während 55 Proc. eine mangelhafte und 39 Proc. gar keine Schulbildung besitzen. Die Vorschläge der Regierung gingen nun hauptsächlich dahin, die Ritterschaft zur Feststellung eines höheren Minimum des Einkommens der Lehrer als des im Jahre 1821 vereinbarten, ferner für die Errichtung eines ritterschaftlichen Schullehrerseminars und für die Aufhebung der gutsherrlichen Kündigungsbefugniß zu gewinnen. Nur der erste Punkt wurde mit Mühe erreicht, indem das Minimum des Einkommens auf 26 Scheffel Roggen, 16 Scheffel Gerste, 4 Scheffel Hafer und 4 Scheffel Erbsen (kleinen Maßes, wovon ein Scheffel gleich ⁴⁄₇ preußischer Scheffel), auf 30 Thlr. jährlichen Gehalts und 1 Thlr.

Schulgeld für jedes Kind erhöhet wurde. Dagegen wurde die Errichtung der Bildungsanstalt und das Aufgeben der Kündigungsbefugniß ehrerbietigst abgelehnt, auch das erhöhete Minimum nicht auf die bereits angestellten Lehrer erstreckt. Die Verhandlung gewährte einen lehrreichen Einblick in die Anschauungsweise der feudalen Gesetzgeber. Da es sich hier um eine Angelegenheit handelte, welche das pecuniäre Interesse der Einzelnen sehr nahe anging, so waren die Ritter sehr zahlreich erschienen und die Gemüther aufgeregter als gewöhnlich. Das ministerielle Blatt selbst berichtet, daß nicht selten mindestens zehn Redner auf einmal sich hören ließen. Bei der Be- Berathung über das Schulgeld wurde die vom Comité vorgeschlagene Bestimmung, daß alle Ortseinwohner, ausgenommen der Gutsbesitzer und der Prediger, für ihre Kinder das Schulgeld an ihrem Orte zu entrichten hätten, auch wenn dieselben, mit Genehmigung des Gutsherrn, eine andere Schule besuchten, von dem Landrath v. Rieben warm befürwortet. Denn es gebe jetzt eine Menge von Leuten, welche lediglich aus Hochmuth und Eitelkeit, aus bloßer Sucht zu glänzen, ihre Kinder auf eine andere Schule schickten. Ein Bürgermeister erlaubte sich den bescheidenen Einwand, daß es doch wohl Unrecht wäre, Eltern dafür zu strafen, wenn sie ihren Kindern besseren Unterricht ertheilen ließen, als er an ihrem Wohnorte zu haben wäre. Er rief aber dadurch große Aufregung und lebhaften Widerspruch hervor und die Versammlung entschied sich durch Acclamation für den Vorschlag des Comité. Herr von Oertzen auf Roggow äußerte den Wunsch, daß die bisherige Sitte der Verbindung eines Handwerksbetriebes mit dem Schulmeisteramt beibehalten werden möchte. Denn Arbeit thue einem Menschen gut und sonst wüßten die Lehrer namentlich während der Ferien nicht, sich zu beschäftigen. Man müsse sie vor dem Nichtsthun bewahren und jeder Obrigkeit überlassen, mit ihren Gehaltsansprüchen fertig zu werden.

Daß es nach den gemachten Erfahrungen der Regierung noch immer möglich ist, für die Reform eines besonderen ritterschaftlichen Schulwesens zu wirken, und daß sie nicht auch an diesem Punkte gewahr wird, wie nothwendig es ist, dem Staatswesen eine einheitliche Gestalt zu geben, ist schwer begreiflich.

Kaum glücklicher wird der Versuch auslaufen, die Errichtung von Erbzinsstellen auf ritterschaftlichen Gütern zu erleichtern und dadurch zu befördern. Die Regierung machte die Entdeckung, daß seit dem Jahre 1827, wo ein Gesetz zu gleichem Zwecke erlassen worden war, eine Vermehrung des kleinen Grundbesitzes auf ritterschaftlichen Gütern nicht eingetreten ist, und sie fand dies darin begründet, daß durch eine Reihe von Bestimmungen jenes Gesetzes die Errichtung von Erbzinsstellen theils geradezu ausgeschlossen, theils erheblich erschwert werde. Sie suchte nun diesen Uebelständen durch einen

neuen Gesetzentwurf abzuhelfen, welcher dem letzten Landtage wiederholt zur Berathung vorlag. Die Stände hatten gegen denselben auch jetzt wieder manche Bedenken. Einer von der Ritterschaft, Herr von Ferber auf Melz, derselbe, welcher ein Jahr früher vor der Gefahr einer damals projectirten Eisenbahn, welche die Nachbarschaft seines Gutes durchschneiden sollte, sehr eindringlich gewarnt hatte, ließ jetzt einen schriftlichen Warnungsruf ertönen. „Nur der große Grundbesitzer", so schrieb er, „ist prinzipiell conservativ, der kleinere in der Regel destructiv und der Wühlerei zugänglich, wie in unserem Lande sich fast überall herausgestellt hat." Darum keine Vermehrung der Erbzinsleute! Der Gesetzentwurf wurde indessen mit einigen Aenderungen angenommen; doch hörte man schon in der Versammlung die Erwartung aussprechen, daß das Gesetz gänzlich unwirksam bleiben werde, und in dieser Erwartung werden die Stände sich nicht getäuscht haben.

Wie weit man auf dem Landtage von dem Verständnisse der Zeitforderungen noch entfernt ist, das lehrte auch die Verhandlung über eine Beschwerde des Rostocker Vorschußvereins wegen einer ihm abgepreßten Zinsensteuer. Der Vorschußverein glaubte von dieser Steuer schon an sich nicht betroffen werden zu können, da die Natur der von ihm an seine Mitglieder gezahlten Dividenden eine andere ist als die der Dividenden von Actiengesellschaften. Jedenfalls aber waren gerade diejenigen Dividenden, um deren Besteuerung es bei der Heranziehung des Vorschußvereins sich handelte, nämlich die dem Guthaben der Mitglieder zugeschriebenen, der Steuer nicht unterworfen, da jede einzelne Zuschreibung den von der Zinsensteuer gesetzlich ausgenommenen Betrag von 10 Thlr. bei weitem nicht erreichte. Die Stände aber verwarfen die Beschwerde, weil die Mitglieder des Vereins durch die Vereinigung ihrer Capitalien zu einem gemeinsamen Geschäftsbetriebe, selbst Schuld daran seien, daß die für sich freilich der Steuer nicht unterliegenden einzelnen Dividenden zu einer großen Summe anwuchsen, die so nur als eine einheitliche behandelt werden könne. Mag man aber auch über diese Auffassung verschieden urtheilen: befremdender sind jedenfalls die bei der Verhandlung laut gewordenen Kritiken über die Vorschußvereine. Der Landrath von Rieben, welcher sich durch die Pflichten seines Präsidentenamts niemals behindern läßt, sich über die zur Berathung stehenden Gegenstände lehrreich zu äußern, warf die Frage in die Versammlung: ob es denn so sicher sei, daß die Vorschußvereine wohlthätig wirkten? Nach seiner Ansicht würde durch die Vorschußvereine, welche alle kleinen Capitalien an sich zögen und sich große Procente daraus machten, den Handwerkern und kleinen Leuten die Capitalien entzogen und das leichtsinnige Schuldenmachen befördert. Als ein Bürgermeister einige Worte zu Gunsten der Vorschußvereine sprach, rief der Name Schulze-Delitzsch, so oft er genannt wurde, jedesmal ein

höhnisches Lächeln der feudalen Herren hervor. Es ist übrigens nicht lediglich die Abneigung gegen das Prinzip der Selbsthilfe, was diese Classe von Gesetzgebern zu Gegnern des Genossenschaftswesens macht, sondern es wirken auch wohl Motive materieller Art mit ein. Die Vorschußvereine haben in der That einen großen Theil der kleinen Capitalien an sich gezogen, welche bis dahin den in den meisten mecklenburgischen Städten bestehenden Sparcassen älteren Systems und aus diesen wieder den Gutsbesitzern auf ihre Hypotheken zuflossen. Dadurch werden die Sparcassen genöthigt, ihr Geld successive aus den ritterschaftlichen Hypotheken herauszuziehen und dies wird in um so größerem Maße geschehen, als die Sparcassen unter der Einwirkung der Vorschußvereine einen Rückgang in ihrem Geschäfte erfahren. Es gefällt nun natürlich den Rittergutsbesitzern nicht, daß die angenehme Quelle für billige Capitalien, deren sie sich bisher zu erfreuen hatten, mehr und mehr versiegt und sie zürnen daher den Instituten, welche sie mit Recht für die eigentlichen Urheber dieser Abminderung des ihnen bisher zur Verfügung gestandenen Capitals ansehen. — Der Landtag verstand sich schließlich zu der von der Regierung proponirten Auskunft, denjenigen Vorschußvereinen, welche die landesherrliche Bestätigung nachsuchen und erlangen würden, die Befreiung von der Zinsensteuer zu bewilligen. Da aber die landesherrliche Bestätigung, nach bisherigen analogen Erfahrungen, nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung zu jeder Veränderung im Statut ertheilt zu werden pflegt und auch außerdem mancherlei bureaukratische Plackereien, vielleicht auch Kosten im Gefolge haben würde, so werden wahrscheinlich nur wenige Vereine sich dazu verstehen, um den Preis einer Ersparung der Zinsensteuer ihre Freiheit zu verkaufen.

Aus Schwaben.

25. Januar.

Wenig beneidenswerth ist die Lage der süddeutschen Staaten. Nicht ohne unsere Schuld hat die deutsche Staatsbildung vorläufig am Main Halt gemacht. Es ist demüthigend zu wissen, daß wir nur durch Verträge, nicht durch eine Verfassung mit dem deutschen Staat zusammenhängen. Wir sind nicht für voll gerechnet; nicht Bürger sind wir, sondern Schutzverwandte des Reichs. Auf dieser Seite gebunden, auf jener frei, besitzen unsere Höfe immer noch die Möglichkeit politischer Experimente, immer noch sind sie mögliche Stätten fremder Intriguen, von welchen aus das Werk der Einigung nicht auf die Dauer verhindert, doch verzögert und zeitweise durchkreuzt werden kann.

Und doch hat auch diese Stellung der Südstaaten wieder ihre ehrenvolle Seite. Es ist wahr, wir sollen eintreten in ein Haus, an dem wir nicht mitgebaut, wir sollen nachkommen, wohin uns die Anderen vorausgegangen sind. Allein das Kommen ist in die Freiheit unseres Entschlusses gelegt. Von uns erwartet man, daß wir dem Ganzen uns anschließen mit gereifter Erkenntniß, mit eigener Ueberwindung des Sonderwillens; Tugenden, die den anderen doch wesentlich erleichtert worden sind durch den mehr oder weniger sanften Zwang der Ereignisse. Auch in anderen Provinzen, wenn man das Reifen der nationalen Gesinnung hätte abwarten wollen, hätten sich ähnliche Kämpfe entwickeln müssen, wie sie jetzt uns vorbehalten sind. Die anderen hatten keine Wahl, uns bleibt die Wahl und die Qual. Und wenn in diesen Wochen der Blick der Deutschen mit Spannung auf dieser südwestlichen Ecke des Vaterlandes ruht, so geschieht dies weniger wegen der unmittelbar politischen Wichtigkeit dessen, was hier vorgeht, als vielmehr deswegen, weil der Süden jetzt das anziehende Schauspiel bietet, wie, ohne durch äußeren Zwang gefördert und beschleunigt zu werden, je nach der Kraft des inneren Triebes enges und altgewöhntes Provinzialleben sich aufschließt zum Nationalleben. Dieser Prozeß ist überall im Gang, er ist nördlich vom Main nahezu entschieden: seine naturgemäße freie Entwickelung wird allein von uns verlangt. Wie wir die Probe bestehen, das haben wir zunächst an den Zollparlamentswahlen zu zeigen.

Diese Wahlen sind im Grund die erste Gelegenheit für unsere Provinz, sich mit dem nationalen Leben in Berührung zu setzen, die erste offizielle Anfrage an ihre deutsche Gesinnung. 1848 war eine Episode, ein Rausch, und hat die üblichen Folgen eines Rausches gehabt. Seither hatte sich Schwaben um so hartnäckiger auf sich selbst zurückgezogen, mißtrauisch und zurückhaltend war es den nationalen Bestrebungen gefolgt, am liebsten hatte es den kritischen Zuschauer gespielt und inzwischen Thüren und Fenster sorgfältig verstopft. Jetzt hat der brausende Frühlingssturm Thüren und Fenster aufgerissen, in den Wänden beginnt es ungemüthlich zu werden, und während die einen mit begreiflichem Behagen die neue frische Luft einathmen, stehen die anderen zögernd an der Schwelle und werfen wehmüthige Blicke auf das bisher so heimliche Plätzchen am Ofen, indeß die dritten trotzig im Winkel kauern, entschlossen, die Löcher nochmals gegen den Frühlingswind zu verstopfen.

Was die Parlamentswahlen für unser Land bedeuten, hat die Volkspartei mit richtigem Instinkt begriffen. Daher ihr verzweifelter Entschluß, sie zu ignoriren. Sie hat allen Grund, für sich wenigstens jede Berührung mit dem neuen Geist zu scheuen. Es kommen noch andere Gründe hinzu: sie ist sich ihrer numerischen Schwäche, der Schwierigkeit, eigene Candidaten

aufzustellen, bewußt. Aber die Hauptsache ist doch die, daß sie es vermeiden muß, Leute ihrer Partei auf einen Boden zu stellen, auf dem sie nur als Deutsche, nicht als Schwaben in der schwarzrothen Livrée erscheinen können, auf welchem die Grenzen der Provinzen verwischt sind und Alle nur das Mandat als Vertreter der Nation besitzen. Nicht ohne Grund mögen sie besorgen, daß ihre eigenen Getreuen sich dem Eindruck des großen Neubaues im Norden nicht würden entziehen können. Anders nimmt sich die Weltgeschichte aus am Nesenbach, anders in der Hauptstadt des norddeutschen Bundes, und mancher, der dort als ein gewaltiger Held gilt, würde sich hier auf seine natürliche Größe reducirt sehen. Manchem kämen vielleicht sogar störende Erinnerungen an einstige Ideale. Nichts wäre für die Partei zu gewinnen, alles zu verlieren: kurz, das bequemste und sicherste ist, auf alle Fälle sich in Krähwinkel zu halten und inzwischen die Mühle mit den großen Phrasen vom Cäsarismus, Corporalismus und Militarismus munter weiter klappern zu lassen.

In welcher Weise die nächsten Schritte zur Einheit erfolgen werden, das mag man der Zukunft überlassen. Das aber fühlt jeder, die Feinde fühlen es so gut wie die Ungeduldigen, daß eine neue Epoche beginnt in dem Moment, in welchem zum erstenmal auf Grund einer Verfassung Abgeordnete aus ganz Deutschland zusammentreten. Das moralische Gewicht dieser Versammlung wird ungleich bedeutender sein, als ihr aus der vertragsmäßigen Competenz erwächst. Die preußische Regierung selbst scheint auf dieses moralische Gewicht größeren Werth zu legen, als auf die Aufnahme weiterer Glieder in den norddeutschen Bund. Nur mit Lächeln kann man sehen, wie die würtembergische und baierische Regierung ängstlich bemüht sind, jedem Uebergreifen des Parlaments über die Zölle, über Salz und Tabak, im voraus ein Veto zuzurufen. Sie strengen sich an, gegen Windmühlen zu kämpfen. Ihre Angst selbst verräth sie. Niemand denkt an illegale Erschleichung der Einheit, oder an gewaltsame, unüberlegte Beschlüsse, gegen die sich jene Regierungen verwahren. Derlei fürchten sie auch in Wirklichkeit gar nicht; was sie fürchten, ist die unwiderstehliche Kraft, welche die Einheitsbewegung aus der bloßen Thatsache des Parlaments schöpfen muß, und diese fürchten sie mit Recht.

In immer weiteren Kreisen beginnt die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen verstanden zu werden. Bezeichnend ist die Haltung, welche die conservative Partei dabei eingenommen hat. Es besteht hier in Stuttgart neben der Volkspartei und der deutschen Partei eine sogenannte liberale Partei, welche in Wahrheit die conservative, nämlich die Partei der Regierung ist, übrigens nur in der Hauptstadt selbst eine Organisation besitzt und insbesondere bei den städtischen Wahlen eine Rolle zu spielen pflegt. Sie hat getreulich die Wandlungen des Ministeriums Varnbüler mitgemacht, hat im vorigen Jahr mit ihm zum Krieg getrieben, mit ihm vae victis gerufen. Nach dem Friedensschluß begann sie alsbald einzulenken und mit den vollendeten Thatsachen sich zu befreunden, und als es sich um die Allianzverträge handelte, fuhr ein nationaler Eifer in sie, der sie kaum zu unterscheiden schien von der deutschen Partei. Seitdem hat sie nun — immer in den Spuren der Regierung wandelnd — abermals einlenken müssen, und sie sucht sich jetzt haarscharf in der Mitte zu halten zwischen den Nationalen und zwischen den Particularisten, gegen beide polemisirend, ein echtes Juste milieu. Den Particularisten hält sie entgegen, daß man die Thatsache der Einigung Deutschlands unter Preußen aufrichtig hinnehmen und sich demgemäß auch an den Wahlen betheiligen müsse; den Nationalen gegenüber betont sie die Noth-

wendigkeit, jetzt innezuhalten, sie will die Selbständigkeit Würtembergs nicht verlieren, sie rechnet — wie Varnbüler — aus, welche Mehrkosten dem Land aus dem Eintritt in den norddeutschen Bund erwachsen würden, und weist auf die abgesteckten Grenzen der Verträge. Und doch will sie sich auch weiteren Fortschritten auf dem Wege der Einigung nicht gerade entgegenstemmen, sie ist in ihrem Wahlaufruf in dieser Beziehung maßvoller und entgegenkommender, als die brüsken Erklärungen der Regierung. Nur werden diese Fortschritte von ihr selbst wieder auf eine Anzahl bestimmter Gegenstände eingeschränkt, nur sollen sie nicht durch Erweiterung der Zuständigkeit der Bundesorgane, sondern durch freie Verträge erzielt werden. Kurz, das Actenstück ist ziemlich blaß und verworren ausgefallen, der zweite Satz schränkt immer weise wieder ein, was der erste zugestanden, und deutlich ist nur der Ausdruck des Vertrauens auf die Regierung, nämlich auf die würtembergische Regierung. Die Devise der Partei ist: nur immer langsam voran, oder, wie Varnbüler es ausgedrückt hat: wir gehen nicht mit, aber wir lassen uns schieben. Es ist von ihren Anhängern nie eine Initiative zu erwarten, aber auch kein ernsthafter Widerstand zu befürchten: sie sind jederzeit bereit, die vollendeten Thatsachen zu acclamiren. Wer sich schieben läßt, kommt schließlich auch zur Stelle. Ob es gerade die rühmlichste Fahrgelegenheit wird, ist eine andere Frage.

Daß nun eine solche Partei ihre Berechtigung in Schwaben hat, im jetzigen Uebergangsstadium der Stimmung, ist gar nicht zu leugnen. Eben diese abwartende, zweifelhafte Haltung, dieses halbwillige Zögern derer, die schließlich doch mitthun, ist weit verbreitet, und es wäre garnicht zu wünschen, daß Abgeordnete aus ihren Reihen fehlen würden. Gerade diesen Elementen wird es überaus heilsam sein, in wirkliche Berührung mit dem Staatsleben der Nation zu kommen. Für sie insbesondere werden die Eindrücke maßgebend sein, die sie in der Bundeshauptstadt empfangen. Für sie ist das pädagogische Moment des Parlaments gar nicht zu unterschätzen. Dieses wird sich als eine Besserungsanstalt erweisen, in die man nur immer viele von diesen Halben und Zweifelhaften schicken mag.

Diese Partei der Mitte und der Mittelmäßigkeit ist aber, wie gesagt, nur in der Hauptstadt organisirt, wo sich ihr der ganze conservative und philisterhafte Troß einer hauptstädtischen Bevölkerung anschließt. In der Wahl des Abgeordneten der Stadt Stuttgart wird sich vor Allem ihr Programm zu messen haben mit dem der deutschen Partei. Auf dem Land dagegen hat sie keinen Einfluß; hier wird ihr die Agitation abgenommen von den Beamten der Regierung, die, ohne ein „liberales" Programm zu bedürfen, ihren längst erprobten Einfluß auf die Wahlen auch diesmal bewähren werden. Der Bauer wählt im Allgemeinen so, wie sein Schultheiß ihn anweist, und der Schultheiß weist ihn an, wie er selbst vom Oberamtmann angewiesen wird. Das ist nun einmal so in unserem wohlregierten Eldorado. Wenn wir von Baiern lesen, daß dort z. B. in einem Bezirk sämmtliche Ortsvorsteher sich einstimmig für die Candidatur Völcks ausgesprochen, so sind dies für uns rein ideale Zustände. Derlei Extravaganzen sind bei uns gar nicht denkbar, dafür sind unsere Schultheißen viel zu wohlerzogen. Dieser Einfluß der Verwaltungshierarchie gibt der Regierung eine bedeutende Macht in die Hand, zumal Alles, was durch Natur und Erziehung particularistisch und preußenfresserisch, alles was großdeutsch, östreichisch und ultramontan ist, dieser Seite zufallen muß.

Aber auch der nationalen Sache fehlt es nicht an kräftigen Bundesgenossen: es sind vor allem die großen Interessen des Verkehrs und des

Handels. Der Wahlmodus beruft Volksclassen zur Ausübung politischer Rechte, denen sie bisher entzogen waren. Daß diese der neuen Ordnung der Dinge darum nicht gram sind, begreift sich. Die Worte: deutsches Bürgerrecht, Freizügigkeit, Niederlassungsrecht sind für die Arbeiterbevölkerung nicht verloren. Steckt auch ein Theil unserer Arbeitervereine, wie sich denken läßt, noch in der unverstandenen Phraseologie der Volkspartei, so ist die nationale Richtung doch gerade in die bedeutenderen unwiderstehlich eingedrungen, und der größte und einflußreichste, der Stuttgarter Arbeiterbildungsverein, um den sich Volkswirthe wie Eduard Pfeifer und K. Steiner große Verdienste erworben haben, gehört ganz der nationalen Richtung an. Kaum hatte die Volkspartei ihr Verdict gegen die Wahlen erlassen, so faßte der genannte Verein den einstimmigen Beschluß, sich allerdings an den Wahlen zu betheiligen und zwar nur solchen Candidaten die Stimme zu geben, welche national gesinnt, für Ausdehnung der Competenz der Bundesorgane und für die freiheitlichen Grundzüge in Sachen der Volkswirthschaft und des Verkehrs wirken würden.

Auch von Seite des würtembergischen Handelsvereins ist eine erfreuliche Kundgebung erfolgt. Obwohl eine eigentliche politische Parteinahme vermeidend, unterließ er es doch nicht, in seiner Erklärung als „selbstverständlich“ einfließen zu lassen, „daß nur solchen Männern ein Mandat übergeben werde, die sich der Neugestaltung der Dinge in Deutschland nicht widerstrebend gegenüberstellen, dieselbe vielmehr als eine willkommene Grundlage betrachten zu einer segensreichen Fortentwickelung unserer Beziehungen zum Norden unsers Vaterlands.“ Und die Candidatenliste, die der Verein aufstellt, umfaßt, wenige ausgenommen, nur solche Namen, die gleichzeitig der deutschen Partei angehören oder ihr nahe stehen. Woher hätte er sie sonst auch nehmen können?

Die deutsche Partei endlich, die im Lauf des letzten Jahrs ihre Organisation über das ganze Land ausgedehnt, jedoch Mühe hat in die unteren Volksclassen zu dringen, hat zunächst ein Flugblatt im Lande verbreiten lassen, das die Bedeutung des Zollparlaments in wirthschaftlicher und nationaler Beziehung auseinanderlegt und zu eifriger Betheiligung an den Wahlen auffordert. Ihr Wahlprogramm wird in diesen Tagen erscheinen und außer von Mitgliedern der Parteiorganisation auch von andern ihr nahestehenden einflußreichen Namen, zumal aus der Handelswelt, unterzeichnet sein. Ist dann die Eintheilung der Wahlbezirke bekannt gemacht, mit welcher die Regierung auffallend lange zögert, so mag der Wahlkampf beginnen, über dessen Ausfall noch gar nichts bestimmtes sich voraussagen läßt, und in welchen die deutsche Partei mit nichts weniger als übermüthigen Hoffnungen eintritt, von dem sie sich aber auf alle Fälle eine günstige Rückwirkung auf das Land versprechen darf, dem nichts nöthiger ist, als daß es allmählich aus der dumpfen Enge eines abgesperrten Provinzialdaseins herausgehoben und mit den großen nationalen Interessen in Berührung gebracht werde. Unsere Hoffnung beruht weniger auf den Abgeordneten, die wir nach Berlin senden, als auf denen, die von Berlin zurückkehren werden.

r.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende Januar.

Wenn man die Zeitungsblätter vom Januar 1868 mit denen vom Januar 1867 vergleicht, so könnte man glauben, die Welt habe zwölf Monate lang still gestanden, das abgelaufene Jahr zu keinerlei positiven Resultaten der großen Politik geführt. Gerade wie damals tauschen die Cabinette von Berlin und Paris Friedensversicherungen aus, ereifern die russischen officiösen und unabhängigen Blätter sich über die Nothwendigkeit entscheidender Schritte zur Lösung der orientalischen Frage, rüstet man in England gegen die Fenierumtriebe und verzehren die Italiener sich in Klagen über die Schwierigkeiten ihrer Lage, die mit innerer Nothwendigkeit zu einer Auseinandersetzung mit Rom drängt, die aus äußeren Gründen unmöglich ist. Der Entscheidung über die Gestaltung der Zukunft scheinen wir nicht näher gerückt, die Franzosen, Engländer und Türken auch nicht: die Aufrechterhaltung der militärischen und wirthschaftlichen Einheit Deutschlands kann kaum unter die Fortschritte registrirt werden und dem Hauptresultat, der gesteigerten Waffenstärke des Vaterlandes steht eine beträchtliche Erhöhung der französischen Wehrkraft gegenüber. Zwar wird uns von allen Seiten versichert, die Reorganisation der napoleonischen Armee bedeute keinerlei Gefährdung des europäischen Friedens, sie biete vielmehr eine neue Bürgschaft für Erhaltung desselben — aber wir stehen immer noch am Main still und es gibt Leute, welche behaupten, wir würden nicht einmal dulden, daß die Badenser diesen deutschen Rubikon überschreiten, ehe wir sie dazu eingeladen. Daß es die Rücksicht auf Frankreich ist, die diese Politik der Entsagung diktirt, braucht nicht erst gesagt zu werden; gerade wie im Januar 1867 wird uns auch heute wiederholt, der rechte Zeitpunkt sei noch nicht gekommen, wir sollten warten, bis uns derselbe indicirt werde.

Aber können wir warten und was haben wir bei fortgesetzter Uebung in der Geduld zu gewinnen? Die Idee des unter Preußens Führung geeinigten Deutschlands hat schon seit geraumer Zeit im Süden keine neuen moralischen Eroberungen gemacht und wenn wir ehrlich sind, so müssen wir gestehen, daß solche vor der Hand nicht zu erwarten sind, ja, daß wir kaum in der Lage wären, von diesem Fortschritte Nutzen zu ziehen. Das Hauptgegengewicht gegen den Einfluß der verbündeten Particularisten und Radicalen des Süden bestand in der Furcht vor der Aufkündigung der Zollverträge, welche man für den Fall der fortgesetzten Feindschaft gegen Preußen zu gewärtigen hatte; seit dieses Gespenst gebannt und der Zusammentritt des Zollparlaments gesichert ist, läßt die große Masse derer, welche durch ihre materiellen Interessen an der Beschränkung auf eine nur bayrische oder schwäbische Politik behindert waren, die Dinge gehen, wie sie eben gehen. Selbst diesseits des Main sieht es wenig anders aus, wenn auch aus andern Gründen. Die volksthümliche Agitation verwendet ihre Kräfte entweder zur Treibjagd nach radicalen Hirngespinnsten oder sie legt die Hände in den Schooß; von der Regierung, die das große Werk begonnen, erwartet man, sie werde es auch zu Ende führen; das Vertrauen darauf, aus eigenen Kräften vorwärts zu kommen, ist — und zwar aus sehr nahe liegenden Gründen — verringert. Dazu kommen die peinlichen Wirkungen eines fast beispiellos ungünstigen Ernteausfalls, der in Ostpreußen zu einem Nothstande geführt hat, von dem es mindestens zweifelhaft ist, ob er seinem ganzen Umfange nach unvermeidlich war; was von freier Zeit und disponiblen Mitteln übrig ist, wird zur Erfüllung der dringendsten Forderungen der Humanität verwendet, die Theilnahme an den politischen Dingen von der an den socia-

len überwuchert. Spielen selbst die Kammerverhandlungen eine ungleich bescheidnere Rolle, als zu anderen Zeiten, so liegt auf der Hand, daß von weiter liegenden Dingen kaum die Rede ist.

Und doch dürfte der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, in welchem eine energische Aeußerung des Volkswillens über das Verhältniß zum Süden nothwendig sein wird. Ganz abgesehen davon, daß jede Stunde, welche der Particularismus an Zeit gewinnt, gegen uns ausgebeutet wird, macht die Rücksicht auf Baden die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes unmöglich. Dem badischen Volke wird auf die Länge kaum zugemuthet werden können, die Lasten eines Verhältnisses, von dessen Vortheilen es ausgeschlossen ist, gleichzeitig mit dem Druck einer Isolirung von den nächsten Nachbarn zu tragen, deren Ende nicht abzusehen ist. Soll eine Complication abgewartet werden, welche jede französische Einmischung in die deutschen Dinge unmöglich macht und der Ueberschreitung der Mainlinie den Charakter eines Wagnisses nimmt, so dürfte uns das Warten doch allzulang werden, so rasch es auch mit dem Prestige des Kaiserthums über die innern Parteien abwärts zu gehen scheint. Dazu kommt, daß die innern Zustände des norddeutschen Bundes gleichfalls unter der Ungewißheit über die Grenzen desselben leiden und seine ohnehin beschränkte Anziehungskraft mindern. Es liegt auf der Hand, daß die Präsidialmacht mit den verbündeten Regierungen um jeden Preis ein gutes Vernehmen aufrecht erhalten muß, solange die Entscheidung über den Süden noch nicht getroffen ist — der Preis aber, der für dieses Verhältniß gezahlt wird, kann unter Umständen ein ziemlich hoher werden. Die bloße Fortdauer von Zuständen, wie diejenigen in Mecklenburg-Schwerin, muß das Ansehen des Bundes schwächen, zumal bei denen, die unter diesen Zuständen zu leiden haben. Der alte Bund stützte sich auf das Interesse der Regierungen, der neue ausschließlich auf das der Völker. Ein günstiges kann dieses Verhältniß nur genannt werden, wenn die Völker, nicht nur die Regierungen bei gutem Muthe erhalten werden. Der gute Wille der Völker kann um so weniger entbehrt werden, als wir alle wissen, wie es mit dem der meisten Regierungen steht. Auch in dieser Beziehung ist es der Süden, oder vielmehr Frankreichs Auffassung unseres Verhältnisses zum Süden, welcher störend eingreift. Mögen wir hinblicken, wohin wir wollen, immer wieder ist es diese Rücksicht, welche uns hindernd in den Weg tritt. Warum können keine energischen Schritte gegen die russische Grenzsperre geschehen, welche die Ostpreußen zum Hungertode verurtheilt? Die Rücksicht auf Frankreich zwingt uns zu Rücksichten gegen Rußland. Warum kann der Bund nicht energisch zu Gunsten der Regierten vorgehen, welche durch ihre Regierungen an dem Genuß der durch die Bundesverfassung gewährten Rechte verhindert werden? Aus Rücksicht auf den Süden, der noch nicht eingetreten ist. Warum bieten wir dem Süden nicht zum Eintritt die Hand? Aus Rücksicht auf Frankreich. Warum lassen wir Baden in der peinlichen Alternative, entweder uns entfremdet zu werden, oder von den Nachbarn, die einmal seine Nachbarn sind, isolirt zu werden? Aus Rücksicht auf Frankreich, das die durch Ueberschreitung des Main bewirkte Verstärkung unserer Wehrkraft als Herausforderung ansehen könnte. Und dieses selbe Frankreich erhöht die Schlagfertigkeit, ohne auf uns Rücksicht zu nehmen, die wir der Welt für den mächtigeren Theil gelten! — Die Geschichte der beiden letzten Monate hat bewiesen, daß die politische Windrose sich drehen kann, wie sie will, ohne daß uns dadurch geholfen wird. Ende November erschien ein Bruch zwischen Italien und Frankreich unvermeidlich und daran, daß er vermieden wurde, hatte Preußen sicher einen Antheil. Nichtsdestoweniger blieb es mit der

Mainlinie beim Alten. Dann zogen sich die Wetterwolken am östlichen Himmel zusammen; Rußland erklärte ziemlich vernehmlich, daß es müde sei, seine türkischen Pläne durch Oestreich und Frankreich kreuzen zu lassen, daß es ihm rathsam erscheine, gemeinsam mit Preußen zugleich die deutsche und die orientalische Frage endgiltig zu beantworten. Aus der Bestürzung, welche diese Kundgebung hervorrief, hat man in Wien ebensowenig ein Hehl gemacht, wie in Paris — unsere Haltung aber blieb unverändert dieselbe. Der letzte Monat, das ist kaum mehr zweifelhaft, hat die Lage wiederum verändert. Oestreichs versöhnliche Sprache hat in Berlin Anklang gefunden, die Franzosen geben zu verstehen, daß die Gefahr einer russisch-preußischen Allianz in den Hintergrund getreten sei, in Petersburg glaubt man eine Schwenkung Preußens zu Oestreich und Frankreich bemerken zu können und wenn es im Orient bei dem Provisorium bleibt, von dem seit nahezu zwei Jahren gesagt wird, es sei unhaltbar, so hat Preußen sicher wieder Antheil daran. Nichtsdestoweniger stehen wir immer noch am Main und sind dieselben Rücksichten maßgebend, welche vor, während und nach der italienischen Krisis, vor, während und nach der Spannung über Serbien und Candia den Ausschlag gaben.

Wir haben dafür nur e i n e Erklärung: die preußische Regierung will, ehe sie den entscheidenden Schritt thut, zu demselben gedrängt sein, sie will die moralische Verantwortung für die etwaigen Folgen mit dem Volke theilen. Gerade der Umstand, daß diese Regierung im Sommer 1866 allein vorgegangen ist, kann als Argument für die Richtigkeit, mindestens die Zulässigkeit dieser Annahme angeführt werden. Eine Nöthigung, wie sie in den damaligen Verhältnissen lag, waltet gegenwärtig nicht ob, man weiß aus frischer Erfahrung, was es mit einem großen Kriege auf sich hat, und daß die Wechselfälle eines solchen unberechenbar sind, endlich hat man im eigenen Hause alle Hände voll zu thun und Mühe genug, mit den zahllosen kleineren Schwierigkeiten, welche jeder neue Tag bringt, fertig zu werden. Aber all die Mittel, welche angewendet werden können, um diese Noth zu vermindern, die von den Unterthanen geforderten Opfer zu ermäßigen, die finanziellen Kräfte productiven Zwecken fruchtbar zu machen, — sie werden alle insgesammt erst flüssig, wenn die Ueberschreitung der Mainlinie gelehrt hat, wessen wir uns von den Franzosen zu gewärtigen haben. Auf diesen Punkt wird die nationale Partei, wird die Demokratie, — wenn es ihr anders mit den Wünschen für Verminderung der Militärlast Ernst ist, — ihre Aufmerksamkeit zu richten und dem Zusammentritt des Zollparlaments mit einem fertigen politischen Programm entgegenzutreten haben. Daß das Vertrauen des Volkes zur eigenen Initiative geschwunden, die Neigung zu Agitationen und Demonstrationen, wie sie in den Jahren 1864 und 1865 in Blüte standen, abgenommen hat, wissen wir wohl: aber um solche handelt es sich ja gegenwärtig nicht, sondern um ein greifbares, klar abgestecktes Ziel, das nicht durch Resolutionen und toastreiche Feste, sondern durch energischen Anschluß an die unausgesprochenen Wünsche der preußischen Regierung und durch einen moralischen Druck auf diese erreicht werden soll. Hüten wir uns davor, von einem Extrem in das andere zu fallen: vor 1866 sollte alles durch die Völker, nichts durch die preußische Regierung, vor allem nichts durch d e n Mann geschehen, von dem man doch wußte, daß er unverrückt auf das e i n e Ziel der preußischen Hegemonie hinsteuerte — seit 1866 erwartet man a l l e s von diesem Manne, auch daß er selbst in d i e Schwierigkeiten eintrete, deren Ueberwindung wir sonst nur von der Energie volksthümlicher Agitation erwarteten.

Bis zum Zusammentritt des Zollparlaments sind noch nahezu zwei Monate. Was in den letzten Wochen geschehen, läßt wahrscheinlich erschei-

nen, daß wir für die nächste Zukunft freie Hand behalten werden, denn unsere Nachbarn sind sammt und sonders mit sich selbst beschäftigt. Die französische Regierung hat alle Hände voll zu thun, um die beschlossene Militärorganisation in Ausführung zu bringen und inzwischen Alles zu vermeiden, was die Volksaufregung schüren, der Freiheit ihrer Selbstbestimmung vorgreifen könnte. Der Eindruck, den das neue Gesetz auf die Bevölkerung gemacht hat, ist nach den Berichten der Präfecten, trotz der beträchtlichen parlamentarischen Mehrheit, welche demselben zustimmte, ein ungünstiger gewesen und die Anzeichen wachsenden Abfalls von der Regierung mehren sich; die bekannten Theaterspectakel, der Cravall vom Château d'eau, der Versuch der pariser Journalisten, den Fortbestand des Gesetzes über die Mittheilung der Kammerdebatten durch offenen Ungehorsam zu brechen, das Auftauchen geheimnißvoller revolutionärer Brandschriften sind einander binnen drei und einer halben Woche gefolgt. — In Oestreich sind die neuen Minister an die Arbeit gegangen, die ihrer schon so lange harrt: die Zusammenstellung des Budgets, die Ausarbeitung neuer organischer Gesetze, der Zusammentritt der Deputationen haben den Festesjubel abgelöst, dem die Deutsch-Oestreicher sich hingegeben hatten. Rußland scheint zu einem definitiven Entschluß über die nächsten im Orient zu thuenden Schritte noch nicht gelangt zu sein; die officiösen Journale haben ihren kriegerischen Ton in einen friedlichen umgesetzt, aber die Stimmung ist nach wie vor eine kriegslustige geblieben und die reservirte Haltung Preußens hat nur dazu gedient, den Eifer jener großen Partei, welcher jedes Bündniß mit einem westeuropäischen Staat ein Gräuel ist, zu schüren. In Frankreich scheint man mit Sicherheit anzunehmen, Rußland werde in keinem Fall ohne preußischen Beistand einen entscheidenden Schritt unternehmen, schon weil die finanziellen Kräfte dieses Staats einen Krieg unmöglich machen. Die Richtigkeit dieser optimistischen Rechnung scheint uns mehr als zweifelhaft; wir wissen allerdings, daß Staaten durch Erschöpfung ihrer Finanzen an der Fortführung begonnener Kriege verhindert worden sind, — aber die Erfahrung lehrt auch, daß Kriege sehr häufig mit leerer Kasse unternommen worden sind und daß Staaten wie Individuen immer Geld übrig haben, wenn es sich um Befriedigung ihrer Neigungen handelt. Mindestens die Möglichkeit einer ernsthaften Verwickelung im Orient ist für das nächste Frühjahr offen geblieben und schon dieser Umstand kommt Preußen zu gut. Wie wir die Dinge ansehen, wird die Nation nicht umhin können, die Bewegung für Ueberschreitung der Mainlinie — und zwar die Ueberschreitung vom Süden her — in Fluß zu bringen. Was wir seit den letzten drei Monaten erlebt haben, beweist, daß eine Conjunctur, die diesen Schritt völlig gefahrlos machte, undenkbar ist, und daß es an dem Volk ist, der preußischen Regierung einen Theil der Verantwortlichkeit für denselben abzunehmen. Daß der Zusammentritt des Zollparlaments nicht nur wirthschaftliche, sondern auch politische Wirkungen haben werde und haben müsse, ist von allen Seiten her anerkannt worden. Fassen wir diese rechtzeitig ins Auge, thun wir, was an uns ist, um dieselben durch freien Entschluß zu bestimmen, nicht blos abzuwarten. Die Ereignisse von 1866 sind in mehr wie einem Sinne für die Lösung der deutschen Frage präjudicirlich gewesen: sie haben dieselbe nicht nur im preußischen Sinne entschieden, sondern zugleich gezeigt, daß die Resultate eines hundertjährigen Zersetzungsprocesses nicht langsam und allmählich, sondern durch rasche, entscheidende Schläge zu hemmen, zu berichtigen und umzugestalten sind.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt**.
Verlag von **F. L. Herbig**. — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 6.

Ausgegeben am 7. Februar 1868.

Inhalt:

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

Die altrömische Industrie und ihre Leistungen.

J. Marquardt, römische Privatalterthümer, zweite Abtheilung (des Handbuchs der römischen Alterthümer von W. A. Becker und J. Marquardt fünfter Theil, zweite Abtheilung.) Verlag von S. Hirzel. 1867.

Mit dem soeben erschienenen zweiten Bande der Privatalterthümer erhält das 1843 von W. A. Becker begonnene, nach seinem Tode seit 1849 von Marquardt fortgesetzte Handbuch der römischen Alterthümer seinen vorläufigen Abschluß. Der Verfasser hat die Darstellung des römischen Privatlebens in einem weiteren Umfange unternommen und ausgeführt, als seine Vorgänger. Nachdem er im ersten Theile den Organismus des römischen Familienlebens dargestellt hatte, behandelt er hier dessen äußere Bedingungen, d. h. seine Bedürfnisse und deren Beschaffung durch die verschiedenen Berufsthätigkeiten, also Production, Fabrikation und Vertrieb der wichtigsten Lebensbedürfnisse und der am meisten charakteristischen Luxusgegenstände. Gewerbe, Handwerk und Handel (namentlich Kleinhandel) der Römer sind hier zum erstenmale zum Gegenstande einer umfassenden Untersuchung und Erörterung gemacht; bisher war diese ganze so höchst wichtige Seite des römischen Lebens theils nur beiläufig in Betracht gezogen, theils nur Einzelnheiten aus dem weiten Gebiet mit Genauigkeit untersucht worden.

Der Verfasser hat den weitläufigen Stoff, der den Gegenstand seiner Betrachtung bildet, so geordnet, daß er zuerst die Thätigkeiten darstellt, die sich auf Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse beziehen, auf Herstellung und Beschaffung der Nahrung, Kleidung, Wohnung und häuslichen Einrichtung. In jeder dieser drei Hauptabtheilungen sind sowohl die Production der Rohstoffe als deren Verarbeitung, endlich die Geschäfte und Gewerbe behuf des Vertriebs der Rohstoffe und Fabrikate in Betracht gezogen. Nur kurz sind die Berufsthätigkeiten geistiger Art und die damit in Verbindung stehenden Gewerbe besprochen; denn theils konnte der Verfasser dabei auf die Arbeiten anderer verweisen, theils hängt die Möglichkeit der Behandlung auch hier wie überall von dem ganz zufälligen Umstande ab, ob das vorhandene Material dazu ausreicht und ob durch monographische Bearbeitung einer zu-

sammenfassenden Darstellung bereits genügend vorgearbeitet ist. So konnte das Bücherwesen des römischen Alterthums, über das wir eine Menge von Nachrichten und Anschauungen in zahlreichen erhaltenen Büchern und Schreibgeräthen besitzen, die bereits wiederholt in guten Monographien verwerthet sind, sehr ausführlich behandelt werden.

Das vorliegende Buch ist wie wenige andere geeignet, uns mit Genugthuung über die Fortschritte unserer Alterthumswissenschaft zu erfüllen. Man hört auch über die classische Philologie und Alterthumskunde, wie über alle in lebhafter Entwicklung begriffenen Wissenschaften, häufig die Klage, daß sie sich mehr und mehr in Specialitäten auflöse, deren Zusammenhang allmählich immer lockerer werde. Zahlreiche Disciplinen, die vor einem halben Jahrhundert theils noch gar nicht als integrirende Bestandtheile einer umfassenden philologischen Bildung anerkannt wurden, theils keine selbständige Existenz gewonnen hatten, sind zu Wissenschaften erwachsen, deren völlige Beherrschung und Durchdringung mehr Kraft absorbirt, als ehemals die freilich oberflächlichere Orientirung auf sehr viel weiteren Gebieten. Dies zeigt sich auch im akademischen Unterricht: dasselbe Fach, zu dessen Vertretung vor fünfzig Jahren ein einziger Docent vollkommen ausreichte, erfordert bereits drei, vier oder mehr Lehrer, und diese vermögen den immer wachsenden Unterrichtsstoff kaum zu bewältigen. Wer wollte leugnen, daß mit der zunehmenden Vertiefung in Einzelnheiten oft die Erhebung zu allgemeineren Anschauungen schwieriger wird, mit der Virtuosität und Meisterschaft innerhalb eines beschränkten Gebietes die Einseitigkeit zunimmt, daß zuweilen die Masse des Stoffs das Streben hemmt, in den Geist der Erscheinungen des antiken Lebens einzudringen, ja wohl hier und da selbst das Verlangen danach erstickt.

Außer einer ungewöhnlichen Vielseitigkeit der Studien besitzt der Verfasser auch in außerordentlichem Grade den nie ermüdenden, liebevollen Fleiß des Sammlers, der auf dem Gebiete der Alterthumskunde ganz besonders erfordert wird. Denn hier gilt es, nichts gering zu achten, große Mühe um kleinen Gewinn nicht zu scheuen, auch die winzigsten und entstelltesten Ueberreste, die sich finden lassen, nicht zu verschmähen. Wer ein unzähligemal als werthlos bei Seite geworfenes, unscheinbares Fragment immer wieder zu betrachten und mit andern zusammenzuhalten nicht müde wird, entdeckt doch oft die Stelle, an der es eingepaßt werden kann, um nun vielleicht eine lang vermißte, überraschende Ergänzung eines bisher unvollständigen und darum unverständlichen Ganzen zu bilden. Der Verfasser hat manches bis zum abschreckenden öde und unerfreuliche Gebiet durchsucht, das bisher die wenigsten Forscher des römischen Alterthums auch nur betreten haben, da die meisten es vorzogen, die schon von den Schriftstellern der Thesauren

gebrochenen Bahnen immer von neuem breit zu treten. Er ist z. B., soviel Referent weiß, der erste, der die höchst unerfreuliche und wenig dankbare aber unerläßliche Arbeit über sich genommen hat, die sämmtlichen Schriften des Arztes Galenus nur zu dem Zwecke durchzuarbeiten, um die hie und da eingestreuten Notizen, die sich auf das antike Privatleben beziehen, zu sammeln und zu verwerthen. Die Lecture dieses unendlich redseligen Schriftstellers, dessen Werke in der neuesten Ausgabe zwanzig dicke Bände füllen, können selbst Mediziner zur Verzweiflung bringen; um so größere Resignation ist für den Philologen und Alterthumsforscher erforderlich, dem der Inhalt meist gleichgiltig oder unverständlich ist. Für die Aufspürung interessanter Thatsachen auf den entlegensten Gebieten der Literatur ist dem Verfasser übrigens die reiche Bibliothek in Gotha sehr zu statten gekommen, die ihm auch die Benutzung mancher werthvollen im Auslande erschienenen Werke möglich gemacht hat, deren Kenntniß in Deutschland noch wenig verbreitet ist; denn trotz der riesenhaften Zunahme des internationalen Verkehrs, ist der von Göthe gehegte Gedanke „der Weltliteratur" wenigstens auf dem Gebiet der Alterthumsforschung seiner Verwirklichung noch viel ferner, als man erwarten sollte. Noch immer dauert es oft übermäßig lange, ehe ein in England oder Frankreich erschienenes gutes Buch in Deutschland die gebührende Verbreitung findet. Nicht minder begünstigt ist der Verfasser durch die monumentalen Schätze der gothaischen Sammlungen und mit nicht geringerem Erfolg hat er auch sie für seine Zwecke verwerthet. Dies führt uns auf einen andern Vorzug seines Buchs.

Ein Hauptfortschritt der Alterthumswissenschaft beruht auf ihrem Streben, soviel als möglich Anschauungen des antiken Lebens zu gewinnen, ein Streben, das mit dem gewaltigen Aufschwung der Monumentalforschung im engsten Zusammenhange steht, überdies durch die so sehr viel leichter gewordene Autopsie des classischen Bodens wesentlich unterstützt wird. Gegenwärtig lernen schon die Schüler der Gymnasien das Forum und die Akropolis aus Karten und Plänen, antike Bauten, Waffen, Trachten, Geräthe aus Abbildungen kennen: die Zeit liegt noch nicht weit hinter uns, wo selbst große Philologen von diesen Dingen zum Theil nur sehr unklare Vorstellungen hatten. Viele der jetzigen Generation haben noch jene Schulmänner gekannt, die, in ihr Museum gebannt, die Welt kaum einen Feiertag sahn, die mit Recht den Respect ihrer Schüler besaßen, obgleich sie zuweilen deren stille Heiterkeit erregten, wenn sie bei ihren Vorträgen sich über den Bereich ihrer Studierstube hinauswagten. Selten werden wohl jetzt noch solche Bemerkungen bei der Interpretation alter Schriftsteller vernommen, wie z. B. die eines Lehrers, der zur Erklärung des Ausdrucks im Sophokles „geschwungene Zügel" seinen Schülern mittheilte, er habe

selbst oft gesehn, daß die Fuhrleute die Zügel ihrer Gespanne schüttelten, ohne sich dieses erklären zu können, bis ihn ein kundiger Freund belehrt habe, daß es zur Ermunterung der Pferde geschehe. Das Geschlecht der Gelehrten, die so ganz in Bücherstudien lebten und webten, ist allmählich ausgestorben, und wie ihre Vorzüge seltner zu finden sind als ehedem, so ist die Fähigkeit, sich in die Zustände, Sitten und Gebräuche der alten Welt zu versetzen, allgemeiner geworden. Auch in Nebendingen ist man überall eifrig und mit Erfolg bemüht, die möglichste Genauigkeit und Richtigkeit der Anschauung zu erreichen. Marquardt hat sich z. B. nicht begnügt, das Obergewand der Römerinnen, die Palla, nach weiblichen Gewandstatuen zu beschreiben, sondern er hat sie mit Hilfe eines Malers in natura drapirt; er hat die Angabe, daß die Wurfknöchel gewöhnlicher auf eine der breiten Längenseiten zu stehn kamen, als auf die volle schmale, am seltensten auf die eingedrückte schmale Seite, durch eigene Versuche geprüft und dergleichen. Dabei besitzt er in einem bei Gelehrten gewiß seltenen Grade und Umfange Kenntniß der Handwerke, Fabrikationen und Industrien und der dabei in Anwendung kommenden technischen Thätigkeiten und Methoden.

Man würde aber sehr irren, wenn man in diesem Buche nichts weiter erwartete, als eine Beschreibung der Aeußerlichkeiten der römischen Industrie. Der Verfasser faßt überall die Fülle der Einzelheiten zu Gesammtanschauungen zusammen, die sich leicht einprägen, er hebt die Beziehungen des antiken Handwerks und Gewerbes zu der gesammten antiken Cultur hervor, weist auf die Verschiedenheit zwischen Alterthum und Neuzeit in diesen Gebieten hin, und eröffnet durch eine im besten Sinne des Worts geistvolle Auffassung dem Lehrer oft überraschende Perspectiven. Endlich ist die Form ebenso geschmackvoll als der Inhalt gediegen. Die anspruchslose Darstellung die durch die Natur eines Handbuchs bedingt ist, wird niemals trocken, die schwierig einzuhaltende Grenze zwischen Ueberfluß und Magerkeit des Materials nirgend überschritten, der gebildete Laie findet nicht weniger, der sachkundige Leser nicht mehr als er bedarf und wünscht. Die für ein Handbuch gewiß allein richtige Methode, die Belege der Darstellung vollständig zu geben, aber unter den Text zu verweisen, setzt jeden Leser, dem es um wirkliche Belehrung zu thun ist, in den Stand, sich über die Gegenstände rasch zu orientiren und die Resultate mühevoller und complicirter Untersuchungen leicht anzueignen. Auch ist es gewiß ein Vorzug des Buchs, daß der Verfasser sich aller Polemik enthalten hat.

Um nun auch einige Proben zu geben, wählen wir zuerst aus dem Abschnitt über die Nahrung, die Besprechung der Weincultur. Die eigentliche Weincultur war in Italien weit jünger als der freilich auch schon unter den Königen dort vorhandene Oelbau, und erst seit der Zeit in Aufnahme ge-

kommen, als der Getreidebau aufhörte. Denn obgleich in Unteritalien der Weinbau schon vor der Colonisation der Griechen bestand, und in Rom seit den ältesten Zeiten Wein zuerst als Luxusartikel in beschränktem Gebrauch war, sodann aber auch producirt wurde, so entbehrte doch der italienische Wein selbst zu der Zeit, in welcher Campanien in römischen Besitz kam, noch des Ruhmes, den er später erlangt hat. Weder Plautus noch Cato kannten den Falerner, die Aerzte bedienten sich in dieser Zeit zu ihren Curen nur griechischer Weine, und die merkwürdigen Funde rhodischer Amphoren (thönerne Weingefäße), deren Henkelinschriften und deren Schrift noch in die Zeit von 150 bis 50 v. Chr. zu setzen sind, beweisen, daß in dieser Zeit der rhodische Wein nicht nur in die Städte des schwarzen Meeres, namentlich die Krim, nach Alexandria, Athen, Sicilien und Sardinien, sondern auch in Latium, namentlich in Präneste (Palestrina), das später selbst guten Wein baute, und vielleicht viel früher in Toscana eingeführt wurde. In dem berühmten Weinjahre des Consuls Opimius (121 v. Chr.) waren die überseeischen Weine noch fast allein in Geltung, und erst spätere Zeiten würdigten die einheimischen Sorten dieses Jahrgangs. Der Falerner kommt zuerst bei Lucull und Nero vor, und verdankt seinen Ruhm der sorgfältigen Behandlung, welche die Römer ihm zu Theil werden ließen und auf welche die uns erhaltenen Schriften über den römischen Landbau ein großes Gewicht legen, weil der Weinbau in Italien bei rationeller Wirthschaft sehr einträglich war. Nach Columella (der unter Claudius schrieb) verzinste sich das Capital bei dieser Anlage und bei guter Cultur mit etwa 18 Procent, während außerdem der Verkauf der Setzlinge noch eine erhebliche Rente gewährte. Hierbei sind freilich Mißernten, Unterhaltungskosten, und außerordentliche Ausgaben nicht berücksichtigt; doch selbst wenn man diese abrechnet, muß die Capitalanlage in den Weinbergen eine sehr vortheilhafte gewesen sein. Eine solche Einträglichkeit des Geschäfts veranlaßte zu großer Aufmerksamkeit und Sorgfalt, durch welche es gelang eine Anzahl italischer, namentlich campanischer Sorten zu den ersten Weinen der Welt zu machen und ihnen nicht nur im ganzen römischen Reich, selbst Griechenland nicht ausgenommen, sondern auch außerhalb der römischen Grenzen bis nach Indien hin einen Markt zu eröffnen: nach Plinius lieferte von den etwa 80 berühmten Sorten, die außer den ordinären Weinen in den Handel kamen, Italien allein nicht weniger als zwei Drittel. Die Masse des italischen Weines reichte nicht aus, die Nachfrage zu befriedigen; Galen sagt, der Falerner werde in die ganze Welt ausgeführt, obwohl er nur auf einem kleinen Raum wachse, indem nämlich anderen Weinen von den Fabrikanten durch Bearbeitung der gleiche Geschmack gegeben würde*). Dies führte ferner zu dem Bestreben, den

*) Er selbst trank ihn zum erstenmal, als er nach Italien kam.

italischen Weinbau möglichst zu monopolisiren, d. h. die Weincultur in den Provinzen zu beschränken. Schon im J. 129 v. Chr. bestand eine Verordnung, wonach in den transalpinischen Provinzen, besonders in Gallien, wohin eine bedeutende Ausfuhr italischen Weines stattfand, niemand neue Wein- und Oelpflanzungen anlegen durfte: eine Maßregel, die bei Cicero (der als Zweck die Steigerung des Werths der italischen Weinberge ausdrücklich angibt), zwar als klug, aber nicht als gerecht bezeichnet wird.

Nur wenn man dies berücksichtigt kann man die Nachricht verstehn, daß Kaiser Probus (282 v. Chr.) in ganz Gallien, Spanien, Britanien und Pannonien (Steiermark, Kärnthen, Krain, Ungarn, Slavonien, einen Theil von Croatien und Bosnien) den Weinbau und die Weinbereitung frei gab. Er hob also jene Beschränkung auf, die übrigens nie ein absolutes Verbot gewesen war; spanische und französische Weine werden schon in der letzten Zeit der Republik und in der ersten Kaiserzeit zahlreich erwähnt. Im Jahre 311 waren die Weinberge von Autun bereits durch Alter in Verfall gerathen, die Wurzeln der Rebenstöcke hatten sich dermaßen im Boden ausgebreitet, daß das Wachsthum durch Mangel an Raum unmöglich geworden war; über den Bordeauxwein haben wir erst aus dem Ende des vierten Jahrhunderts eine Nachricht, die zugleich die dortigen Austern rühmt. Ich füge einige Bemerkungen über andere gegenwärtig geschätzte Sorten hinzu. Das Alter des Weinbaus auf beiden Rheinufern ist unbekannt. Auf dem linken, wo er älter war, kennen wir die Weinberge längs den Ufern der Mosel erst aus dem Gedicht des Ausonius über diesen Fluß; Venantius Fortunatus (in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts) besingt außer den Weinbergen von Metz und Trier auch die von Andernach. Keinesfalls kann man aus jener Nachricht von Probus schließen, daß von ihm der dortige Weinbau herrühre*). Auf dem rechten Rheinufer gab es in Tacitus Zeit im freien Germanien noch gar keinen Wein. Dagegen war der Rhätische (Tiroler und Veltelliner?) schon früh in Italien bekannt und gehörte zu den Lieblingsweinen des Kaiser August. Als den Gründer des Ungarweins darf man Probus betrachten, da er an den Südabhang der Karpathen auf den Berg Alma bei Sirmium (jetzt Mitrovicz) Reben pflanzte. Leider sind unsere Nachrichten über die Verbreitung der Culturgewächse im Alterthum überhaupt sehr dürftig. Mit Ausnahme des Oel- und Weinbaues aber, bei denen es sich um Erhaltung eines Monopols handelte, hat die römische Weltherrschaft selbst auf die Vegetation der Provinzen einen ähnlichen Einfluß geübt wie auf ihre gesammte Cultur. Wie sie überhaupt die landschaftlichen Eigenthümlichkeiten verwischte und eine gewisse Einförmigkeit beförderte, so hat sie auch durch Acclimati-

*) So z. B. Bolz Beiträge zur Culturgeschichte S. 142.

sation und Austausch der Culturgewächse die verschiedenen Vegetationen bis auf einen gewissen Grad ausgeglichen, namentlich denen der nördlicheren Länder einen mehr südlichen Charakter aufgeprägt.

Der Abschnitt über die Kleidung ist sehr geeignet, die übertriebenen Vorstellungen von dem römischen Luxus zu beschränken. Der hauptsächlichste, lange Zeit der einzige Kleiderstoff war die Wolle. Leinwand, deren Produktion seit uralter Zeit in Aegypten blühte, lieferte Italien nur wenig und niemals besonders fein; diese brachte erst der Verkehr mit dem Orient in Aufnahme. Bei den Männern scheinen leinene Tuniken und Hemden nicht vor dem dritten und vierten Jahrhundert allgemein geworden zu sein. Von seidnen Fabrikaten waren bis zum Anfang des dritten Jahrhunderts nur halbseidene verbreitet, die wie alle kostbarern Stoffe vorzugsweise von Frauen getragen wurden, mit Ausnahme Roms offenbar nicht häufig, denn Galenus sagt, daß, falls ein Arzt Seide bedürfe, er sie sich leicht von reichen Frauen verschaffen könnte, die sie an vielen Orten des römischen Reiches besäßen, „besonders in großen Städten“. Erst im dritten Jahrhundert wurden schwere, ganzseidne Stoffe in Rom bekannt, die man noch mit Golde aufwog; hundert Jahre später freilich wurde in Folge der Zunahme des Handelsverkehrs mit dem Osten, Seide schon von geringen Leuten getragen. Die Verwendung von Mousselinen und andern baumwollenen Stoffen zu Kleidern scheint immer beschränkt geblieben zu sein. Ein sehr beschränkter Luxus war im Alterthum der Gebrauch ganz silberner und ganz goldener Stoffe; der erstern wird nur einigemal im Orient, der letztern in der Kaiserzeit nur dreimal erwähnt, Caligula, Heliogabal und die jüngere Agrippina haben deren getragen. Der Mantel der Mutter Neros „aus gewebtem Golde ohne anderen Stoff“ war ein beispielloses Prachtstück, dessen sogar Tacitus in der Geschichte jener Zeit gedenkt. Im Anfange des sechszehnten Jahrhunderts waren solche Stoffe sehr verbreitet; Karl der Kühne hatte z. B. zur Schlacht von Granson 400 Kisten mit Silber- und Goldstoffen, darunter allein hundert gestickte goldene Röcke für sich mitgenommen. Seidene und wollene Stoffe mit Gold durchwirkt, waren allerdings in der Kaiserzeit häufig, theils wurden sie zu Teppichen uud Decken verwendet, theils zu Kleidern, die aber in den ersten Jahrhunderten nur ganz ausnahmsweise von Männern getragen wurden. Die Verzierung der Kleider mit Metallstickerei, mit der im Mittelalter und in neueren Zeiten so viel Luxus getrieben wurde, war im römischen Alterthum auf die Tracht der triumphirenden Feldherrn und ähnliche Staatskleider beschränkt; übrigens fand die Stickerei bei Teppichen, Vorhängen und Decken Anwendung, mit denen man Stühle, Kissen, Divans und Betten belegte. Ganz unbekannt war dem Alterthum endlich derjenige Kleiderluxus, der in neuerer Zeit wohl

am weitesten getrieben worden ist, der des Pelzwerks. Pelzkleider sind zwar immer in Italien bekannt gewesen, doch hat die eigentliche Verbreitung der Pelzröcke erst im fünften Jahrhundert mit der germanischen Einwanderung begonnen. Die Felle, die im Tarif des Diocletian aufgezählt werden, sind fast ausschließlich entweder sehr wohlfeile, oder solche, die nur zu Decken verwendet wurden: nämlich von Rindern, Ziegen, Schafen, Lämmern, Rehen, wilden Schafen, Hirschen, Mardern, Bibern, Bären, Wölfen, Füchsen, Leoparden, Hyänen, Löwen und Robben. Unbekannt war dem Alterthum auch die in neueren Zeiten so vielfach im Uebermaß beliebte Verschwendung der Stoffe zu übermäßiger Länge und Weite der Kleider, und alle jene geflissentlichen Entstellungen der menschlichen Gestalt, als Schnabelschuhe, Hüftpolster, Schleppkleider u. dgl. Perücken sind freilich eine sehr alte Erfindung; sie waren in Aegypten ganz gewöhnlich und gehörten zur modischen Königstracht, in Rom kommen sie mindestens seit Beginn der Kaiserzeit bei Männern und Frauen vor, besonders waren im ersten Jahrhundert blonde beliebt, deren Haare aus Deutschland bezogen wurden. Niemals wurde aber die Mode so allgemein, als im 17. und 18. Jahrhundert, und war auch schwerlich jemals so kostspielig; denn Allongeperücken konnten bis 1000 Thaler kosten. Wie an Büsten von Kaiserinnen die Frisuren zum Abnehmen eingerichtet sind, offenbar um mit der wechselnden Mode Schritt zu halten, so ist auch im Revolutionszeitalter von Frauen nach der Beschaffenheit der Toiletten mehrmals mit der Perücke gewechselt worden. Uebrigens war allem Anschein nach der Luxus der Tracht, der durch den häufigen Wechsel der Mode bedingt ist, im Alterthum sehr viel geringer, als im Mittelalter und der neueren Zeit. Ferner war die antike Tracht insofern viel einfacher als die moderne, als sie aus einer geringeren Zahl von Stücken bestand, auch waren die durch den Wechsel der Jahreszeiten bedingten Veränderungen nicht so vielfach und durchgreifend, wie in nordischen Ländern. Ob der Luxus, die Kleider mehrmals am Tage zu wechseln, verbreitet war, muß aus Mangel an Nachrichten dahingestellt bleiben. Erwähnt wird dies, soviel ich weiß, nur ein einziges Mal von einem reichen Parvenü, der überhaupt einen übertriebenen und geschmacklosen Luxus zur Schau trägt: er wechselt elf Mal während einer Mahlzeit die Kleider. Nach Marquardts sehr annehmbarer Vermuthung war der öftere Kleiderwechsel bei der Mahlzeit gewöhnlich und man hatte eine ganze Garnitur von Kleidern für diesen Zweck vorräthig. Mag dies aber auch sonst vorgekommen sein, so hat doch allem Anschein nach hierin das Alterthum im Ganzen hinter der neuen Zeit zurückgestanden. Gegen das Ende des sechszehnten Jahrhunderts z. B. klagten die Geistlichen, „daß man nicht bloß alle Tage ein anderes Kleid tragen wolle, sondern täglich mehrere Male wechsele." Im Anfang des siebzehnten Jahrhunderts hinterließ eine Ehefrau

32 vollständige Anzüge rc. Um endlich auch die von römischen Schriftstellern so oft gerügte Schamlosigkeit der weiblichen Tracht zu berühren (jene coischen durchsichtigen Florkleider, die die römischen Matronen im ersten Jahrhundert von der damaligen demi-monde annahmen), so hat mindestens auch hierin die neuere Zeit und schon das Mittelalter mit dem Alterthum gewetteifert. Schon im zehnten Jahrhundert ist hierüber geklagt worden*), und diese Klagen haben sich bis zur Zeit der Trachten à la sauvage und à la grecque zu verschiedenen Zeiten wiederholt.

Am meisten charakteristisch für das römische Alterthum ist der dem Süden so natürliche Luxus mit kostbaren und prächtigen Farben, besonders Scharlach und den verschiedenen Purpursorten, über welche man bei Marquardt die umfassendste Belehrung findet. Doch theils wurden die so gefärbten Stoffe nur zu Einsätzen, Besätzen und Säumen verwendet, theils war der Gebrauch der ganz purpurnen Kleider durch verschiedene Verordnungen beschränkt. Der Preis eines tyrischen Purpurmantels von bester Farbe wird zu Ende des ersten Jahrhunderts auf 725 Thlr. angegeben. Gegenwärtig kosten z. B. die theuersten Cashmirshawls an 2000, Zobelpelze zuweilen mehrere tausend Thaler, und es ist bekannt, daß der heutige Kleiderluxus durch den vom sechszehnten bis achtzehnten Jahrhundert noch sehr überboten wurde; ein Kleid des Marschall Bassanpierre, an dem der Arbeitslohn für Stickerei allein auf 600 Thlr. zu stehen kam, kostete 14,000 Thlr. Diese Angaben werden hinreichen, um das Verhältniß des antiken Kleiderluxus zum modernen wenigstens im allgemeinen anzudeuten.

Den dritten Abschnitt über Wohnung und häusliche Einrichtung leitet Marquardt mit einer Darstellung des Verhältnisses von Kunst und Handwerk ein, die ich hier ihrem wesentlichen Inhalt nach mitzutheilen mir nicht versagen kann. „Im Alterthum selbst wird die Kunst im engern Sinne vom Handwerk niemals streng unterschieden, was einerseits die günstige Folge hat, daß bei allen, selbst den untergeordnetsten Gegenständen der häuslichen Einrichtung geschmackvolle Formen zur Anwendung kommen, andrerseits aber die ungünstige, daß zwischen der idealen Kunstleistung und der handwerksmäßigen Production höchstens ein relativer Unterschied statuirt wird. Doch geschah diese Identification von Kunst und Handwerk bei Griechen und Römern in wesentlich verschiedener Weise. Bei den Griechen ist jedes Handwerk eine Kunst; bei den Römern jede Kunst ein Handwerk; daher erklärt Seneca die Malerei und die Bildhauerei für ebenso illiberale Gewerbe als das Handwerk der Steinmetzen; in der Gesetzsammlung des Theodosius werden die Bildhauer mit den gewöhnlichen Bauhandwerkern in eine Kategorie ge-

*) Falke deutsche Trachten- und Modenwelt I. 67.

stellt, und Vitruv, selbst ein Künstler, (freilich ein sehr dummer) findet zwischen der Schusterkunst, Walkerkunst und Baukunst keinen andern Unterschied, als den der größern oder geringern Schwierigkeit." Der Grund der sehr verschiedenen Stellung, welche Kunst und Künstler bei Griechen und Römern einnehmen, liegt zunächst in dem Umstande, daß in Griechenland die Kunst sich in dem Cultus entwickelte, in Rom aber nicht. Wie der Dichter (den die alten Römer wie einen Bänkelsänger ansahen) den Griechen als gottbegeisterter Seher gilt, so mußten die idealen Conceptionen der Maler und Bildhauer, deren höchste Aufgabe die Vergegenwärtigung der Götter selbst war, als religiöse Offenbarungen und die Künstler als Vermittler derselben betrachtet werden. Malerei und Sculptur waren daher in hoher Achtung, ein ehrenwerther Beruf freier Leute, nicht eine Beschäftigung für Sclaven. Die römische Religion hatte dagegen ursprünglich gar keinen Zusammenhang mit künstlerischer Darstellung (die Römer hatten lange Zeit keine Götterbilder), und als im Laufe der Zeit griechische Göttergestalten auch in Rom Eingang fanden, so waren dies eben fertige Kunstformen, an denen die römische Production keinen Theil hatte.

Der Verfasser handelt in diesem Abschnitt von den Arbeiten und Arbeitern in Stein, Thon, Metall (Silber, Gold, Kupfer, Eisen, Blei) Holz, Leder Elfenbein und Knochen, endlich Glas: also von allen Thätigkeiten, die zur Herstellung von Wohnungen und häuslichen Einrichtungen im weitesten Umfange gehören: von der Ausbeutung der Steinbrüche, dem Betrieb der Ziegeleien auf großen Gütern (namentlich auch der Kaiser und Mitglieder des kaiserlichen Hauses) bis zu Verfertigung der Schmuckgegenstände aller Art, mit denen der Luxus der Kaiserzeit die Paläste decorirte.

Obwohl die Römer für die Kunst nie ein wahres Verständniß gewonnen haben, Kunst und Kunsthandwerk immer gering achteten und beides (mit alleiniger Ausnahme der Architectur) im Ganzen den Fremden, Sclaven und Freigelassenen überlassen blieb, so haben sie doch in großartiger Weise die Kunst zur Erhöhung und Verfeinerung des Lebensgenusses, zur Verschönerung der Existenz zu verwenden verstanden, und die griechische Kunst hat den ungeheuern Anforderungen, die an sie namentlich für decorative Zwecke gestellt wurden, in der römischen Kaiserzeit eine Nachblüte verdankt, die bis ins zweite Jahrhundert hinein dauerte. Die Entdeckung von Pompeji und Herculanum hat gelehrt, wie allgemein das Bedürfniß war, das Dasein durch den Schmuck der Kunst zu veredeln, und wie dies selbst in kleineren Orten, mit bescheidenen Mitteln erreicht wird. Ein so allgemeiner Kunstluxus war freilich nur durch die Sclaverei möglich, welche auch in der Kunst und dem Kunsthandwerk eine Wohlfeilheit der Arbeit bewirkte, die in der modernen Welt undenkbar ist. Wir haben z. B. zahlreiche Angaben von Preisen für

Statuen (besonders auf Postamenten derselben in den römischen Colonien des nördlichen Afrika): sie steigen von 3000 bis 8000 Sesterzen (217—580 Thlr.). Gegenwärtig kann mit solchen Summen außer dem Material und Transport höchstens die gröbste Arbeit bezahlt werden. In Carrara selbst kostet z. B. ein Marmorblock für eine lebensgroße Statue (mit wenig Ausladung) von der besten Sorte etwa 200, von der zweiten Sorte etwa 100 Thaler, ein Block für eine colossale Statue, mit Einschluß der Bezahlung des Brechens, 500 Thaler, dessen Transport bis Berlin ebensoviel. Dürfen wir annehmen, daß die antiken Preise des Materials und Transports von den modernen nicht sehr differirten, so ist offenbar, daß die Bildhauer in der Regel nur wie Handwerker bezahlt wurden, besonders da die Mehrzahl der Ehrenstatuen allem Anschein nach nicht viel mehr kosteten, als die niedrigste angegebene Summe. Aber nicht nur in der Bildhauerei, sondern in allen zur Verschönerung der Wohnungen so massenhaft verwendeten Künsten mußte die Massenproduction ebensosehr den Preis der Arbeit herabdrücken, als die ohnehin nicht scharf gezogene Grenze zwischen Handwerk und Kunst immer mehr verwischen.

Die Pracht der baulichen Ausstattung, die Anwendung des Marmors und anderer edler Steinarten und Materiale, der Vergoldung und des Elfenbeins, die Höhe und Weite der Räume, die Verwendung der Säulen an der Front und im Innern — alles dies ist in Rom verhältnißmäßig spät aufgekommen. Im Todesjahr Sullas 78 v. Chr. gab es nur einzelne palastartige Privathäuser in Rom, 35 Jahre später, im Todesjahr Cäsars (44 v. Chr.) bereits über 100. Plinius berichtet diese rapide Zunahme des Baulurus als eins der größten Wunder in der Geschichte der Stadt Rom, nicht ohne nach seiner Art eine Sentenz über die Eitelkeit alles Irdischen hinzuzufügen. Das Wunderbare ist vielmehr, daß Rom, seiner Bedeutung nach schon längst die erste Stadt der alten Welt, bis dahin in baulicher Hinsicht so ungemein zurückgeblieben war, so daß Veränderungen, wie sie sonst in aufblühenden Städten mehr allmählich aufzutreten pflegen, Veränderungen, wie sie Macaulay in den englischen Städten seit dem Ende des 17. Jahrhunderts mehrfach nachgewiesen hat, nun in dem kurzen Zeitraum eines Menschenalters erfolgte. Jene fünfunddreißig Jahre waren eine Zeit der größten Eroberungen und Erwerbungen im Orient und Occident. In diesen Kriegen raubten und erbeuteten Feldherren, Officiere, Civilbeamte und Geschäftsmänner ungeheure Reichthümer (Demetrius, der Freigelassene des Pompejus, z. B. hinterließ 6 Millionen Thaler), die zum Theil zu den glänzendsten öffentlichen Bauten verwendet wurden, deren Pracht sich dann aber schnell den Privatbauten mittheilte. Einen neuen großartigen Aufschwung nahm das Bauwesen nach der Schlacht bei Actium, nicht blos in Folge des durch

den Weltfrieden wiederkehrenden Gefühls der Sicherheit und des Zuströmens von Capitalien nach Rom, sondern auch in Folge des von August ausgehenden Strebens, die Stadt nun mit dem Glanz und der Pracht auszustatten, die der Hauptstadt einer Weltmonarchie ziemte, Rom aus einer Backstein- in eine Marmorstadt zu verwandeln. Erfolgte diese Verschönerung zunächst auch durch öffentliche Anlagen und Denkmäler, so kann doch kein Zweifel sein, daß der so entschieden ausgesprochene Wunsch und Wille des Monarchen für die Großen, die Kapitalisten, die Unternehmer von Privatbauten überhaupt maßgebend war. Man darf sich nur erinnern, wie August der Starke Dresden aus einer hölzernen Stadt in eine steinerne verwandelte, indem er 1708 vorschrieb, nur steinerne Häuser zu bauen, er und seine Günstlinge mit dem Beispiel der Prachtbauten vorangingen. Lady Montague nennt 1716 Dresden bereits die zierlichste (neatest) Stadt von Deutschland und sagt, daß die meisten Häuser neu gebaut waren. Friedrich der Große ließ in Berlin nach dem siebenjährigen Kriege in der Leipziger und Königsstraße und unter den Linden die ein- bis zweistöckigen Häuser abbrechen und auf seine Kosten höher und schöner wieder aufbauen. Was der Wille dieser Monarchen in kleinen Residenzen mit relativ geringen Mitteln im Kleinen vermochte, das wird um so eher der Wunsch und Wille Augusts sowie sein und seiner Freunde Beispiel in Rom im Großen bewirkt haben. Die Gedichte des Horatius sind voll von den Eindrücken, die der nun in den weitesten Kreisen sich verbreitende Bauluxus auf die Freunde der früheren Einfachheit machte. Diese Pracht hat dann aber in der Kaiserzeit noch sehr zugenommen und bis Hadrian wohl bereits ihre größte Höhe erreicht. Vermuthlich wurden die Anlagen noch ausgedehnter als zuvor, obwohl schon Sallust von Palästen spricht, die nach Art ganzer Städte gebaut waren. Sodann wurden eine Menge neuer Erfindungen gemacht und angewandt, wozu wahrscheinlich auch die Construction der beweglichen Felderdecken gehörte, die auseinandergeschoben werden konnten, um Geschenke auf die Gäste herabfallen zu lassen. Namentlich aber nahm die Verschwendung in bunten und kostbaren Steinarten zu, die schon von Domitian in seinen Prachtbauten auf dem Palatin aufs äußerste getrieben wurde. Wir haben die Beschreibung dieser Säle von Statius, und die von Napoleon III. dort veranstalteten Ausgrabungen, die zur Entdeckung des domitianischen Palasts geführt haben, zeigen, daß Statius nicht zu viel gesagt hat: namentlich haben die Ruinen eine ganze Musterkarte bunter Marmorarten geliefert.

Die Ausstattung der Wohnungen war im Alterthum — und ist zum Theil noch im Süden — von der gegenwärtig in Nord- und Mitteleuropa gewöhnlichen wesentlich verschieden. Sie war nicht auf behaglichen Aufenthalt, nicht auf Comfort berechnet (den der Süden ebensowenig kennt als

seine Sprachen ein Wort dafür besitzen), sondern auf möglichst imposante und glanzvolle Darstellung der Würde des Besitzers. Waren schon die eigentlichen (am Tage wenig benutzten) Wohnungen nach unsern Begriffen mit Hausrath und Möbeln nur spärlich ausgestattet, so enthielten vollends die hohen, weiten, zum Empfang bestimmten Räume, die sich Morgens dem Schwarm der Besucher, gegen Abend den zur Mahlzeit geladenen Gästen öffneten, verhältnißmäßig wenige, dafür um so kostbarere und gediegnere, ausschließlich oder vorzugsweise zur Decoration dienende Prachtstücke: als Tische mit Citrus- (Thuja-) Platten auf Elfenbeinfüßen, Ruhebetten mit Schildpatt ausgelegt oder reich mit Gold und Silber verziert und mit babylonischen (gestickten) Teppichen behängt, Prachtvasen aus corinthischer Bronze und Murrha (wahrscheinlich indischem Flußspath), kunstvolle Candelaber, Schenktische mit alten Silberarbeiten, Statuen und Gemälden berühmter Künstler.

Ueber alle diese Dinge, wie über ihre Fabrikation und Preise, findet man in Marquardts Buch die ausführlichste und genaueste Belehrung. Die Preise, die wir kennen, sind meist nicht Durchschnittspreise, sondern exorbitante (deshalb werden sie gerade berichtet), wie schon daraus hervorgeht, daß bei Martial die ganze glänzende Einrichtung eines reichen Hauses nur eine Million Sesterzen kostet, während diese und noch größere Summen öfter für einzelne der erwähnten Kostbarkeiten bezahlt worden sind. Sodann sind es großentheils sogenannte Affectionspreise, d. h. solche, die nur für Gegenstände einer besondern Liebhaberei gezahlt werden: man kann sie also nur mit denen vergleichen, die gegenwärtig z. B. für mittelalterliche Holzschnitzereien, Rococcomöbel, venezianische Gläser, seltene Varietäten gewisser Blumen und dergleichen gezahlt werden.

Doch ich muß es mir versagen, die Betrachtungen weiter zu verfolgen, zu denen der reiche Inhalt dieses Werks überall anregt. Den Eindruck wird gewiß jeder Leser daraus gewinnen, daß die Cultur des römischen Alterthums eine sehr reiche und hohe war, daß sie höher stand, als man im allgemeinen zu glauben geneigt ist. Die fortgesetzten eingehenden Studien dieser Cultur haben im ganzen nur dazu beigetragen, eine vortheilhaftere Meinung über sie zu verbreiten. Sie hat manches hervorgebracht, was zum Theil in verkümmerter Gestalt, in späteren Jahrhunderten segensreich fortgewirkt und das Dasein in unserem Welttheil menschenwürdiger gemacht hat. Ja die damalige Menschheit hat manches Gut besessen, dessen späte Wiedererlangung noch in unserem Jahrhundert hoch angeschlagen oder gar erst angestrebt wird. Marquardt weist (um nur dies eine Beispiel zu erwähnen) darauf hin, daß Boissieu sich bei Gelegenheit der alten Röhren der Wasserleitungen von Lyon veranlaßt findet, „die bittere Bemerkung zu machen, daß

unsere Zeit, so stolz auf den Fortschritt der Mechanik und im Besitz ganz anderer Mittel, als die Alten hatten, z. B. der Dampfkraft, selbst für große Städte in dieser Hinsicht bei weitem nicht das leistet, was die Römer selbst für die kleinsten Orte unter den erheblichsten Schwierigkeiten geleistet haben. Das alte Lyon, sagt er, lag auf einer Höhe und war reichlich versorgt mit reinem und gesundem Quellwasser; das neue Lyon liegt in der Ebene, zwischen zwei Flüssen, die es überschwemmen ohne ihm Trinkwasser zu gewähren, und muß sich mit stinkendem Wasser, unreinen Gräben und ungesunder Luft begnügen." Solche Bemerkungen, die zur Ermäßigung unsers Stolzes auf die Riesenfortschritte der modernen Cultur auffordern, findet der Forscher des römischen Alterthums nicht selten zu machen Gelegenheit. Möge denn dies treffliche Werk, das von allen, die für das römische Alterthum Interesse haben, nicht blos gelesen, sondern studirt zu werden verdient, in weitem Kreise richtigere, vollere und lebendigere Anschauungen von einer ebenso wichtigen als bisher noch so unvollkommen gekannten und gewürdigten Seite der römischen Cultur verbreiten.

Ludwig Friedländer.

Norddeutsche Kriegsmarine.

Erwerbung und Neubau von Panzerschiffen.

Wenn es als ein Glück zu betrachten ist, daß der preußischen Flotte die Erwerbung der Panzerfregatte „König Wilhelm" möglich geworden ist, so möchten wir es für kein Unglück halten, daß der beabsichtigte Ankauf andrer Panzerschiffe sich nicht realisirt hat, und daß unser Geld für den Neubau von Schiffen nach neueren Systemen erhalten worden ist. Schon früher ist ein Bedenken dagegen ausgesprochen worden, Panzerschiffe von fremden Regierungen zu kaufen; denn wenn die fraglichen Schiffe etwas taugen, so kann man fast immer annehmen, daß die betreffende Regierung sie lieber selbst behalten wird. Es war deshalb auch vor einiger Zeit keine frohe Nachricht, daß die preußische Regierung beabsichtige, das amerikanische Panzerschiff „Dunderberg" anzukaufen, dessen Ruf einer der glänzendsten Beweise dafür ist, was amerikanische Reclame zu leisten vermag. Wenn die Plattenfabrication der Amerikaner meistens etwas zu wünschen übrig läßt, so treten bei dem „Dunderberg" noch schwere Bedenken gegen die Construction hinzu. Der „Dunderberg" ist ein Schiff des Kasemattensystems, welches weder die

Solidität und die Seefähigkeit der Breitseiten-Panzerfregatte, noch die vielen Chancen für Geschützwirkung wie das Kuppelsystem bietet. Seine Dimensionen sind derart, daß die ungeheure Länge die Steuerfähigkeit und Wendbarkeit des Fahrzeugs wie beim englischen „Warrior" beeinträchtigt, während die enorme Breite verursacht, daß die Schnelligkeit selbst hinter den mäßigsten Ansprüchen zurückgeblieben ist. Es ist nämlich die größte Länge dieses Schiffs $387\frac{1}{8}$' ($380\frac{1}{8}$' nach Webbscher Messung), die größte Breite $70\frac{5}{8}$' (72' $7\frac{1}{2}$" W.), seine Tiefe im Raum $21\frac{7}{12}$' (22' $7\frac{1}{2}$" W.) und sein Tiefgang bei vollständiger Ausrüstung 21'. Die Lastigkeit des „Dunderberg" beträgt 5090 Tons (bei 7000 Tons Deplacement und 2700 Tons Schwere des Schiffskörpers vor dem Ablauf), womit das Schiff außer dem Panzergewicht von 1000 Tons, dem Sporn, der Maschine mit ihren 8 Kesseln und der Geschützarmirung noch etwa 1000 Tons Kohlen zu tragen vermag, welche, was allerdings sehr zweifelhaft ist, auf 12 Tage ausreichen sollen. Der Schiffskörper, welcher unter Wasser einen ziemlich flachen Boden mit 4 Kolschwenns neben dem eigentlichen Kiel und dann fast senkrechte Seiten hat, ist innen durch seinen Diagonalverband und durch wasserdichte Querschotten gestärkt; er enthält außerdem innen gleichsam noch ein zweites, von Längs- und Querschotten gebildetes kleineres Schiff, welches die Maschine umgibt und sichert, und läuft vorn in einen 50 Fuß langen Sporn aus, welcher nicht angesetzt ist, sondern zur Schiffsconstruction gehört, ganz mit Holz ausgefüllt und vorn mit Eisen beschlagen ist, etwa in ähnlicher Form wie der italienische „Affondatore". Trotz der ungeheuern Dimensionen ist die Panzerung verhältnißmäßig schwach ($12\frac{1}{4}$ der einfachen Platte), viel schwächer, als auf den schwächsten preußischen Schiffen und auch die Verstärkung des Panzers, welche man durch seine schräge Lage erreicht haben will, dürfte sich beim Schlingern des Schiffes, durch welches die geneigten Flächen zeitweise in senkrechte Lage kommen, schließlich als illusorisch erweisen. Der Rumpf des Schiffs, welcher mit dem Oberdeck nur wenig über Wasser ragt, trägt auf seinen Spanten — Rippen — zunächst eine Holzlage, welche von unten nach oben von 5" Dicke bis 7' Dicke zunimmt, und an den Seitenkanten (bilges) 3', in der Wasserlinie 6' stark ist. Auf dieser Holzlage, nach amerikanischem Ausdruck cushion, liegt die Panzerung in einem Winkel von 35° nach innen geneigt, und zwar sind die gehämmerten, nicht gewalzten, Platten derselben (12—15' lang, 3' breit, nur 3—$3\frac{1}{2}$" dick) mittelst $1\frac{1}{8}$zölliger Bolzen mit ihrer Hauptausdehnung senkrecht befestigt, nicht horizontal, wie bei den europäischen Panzerschiffen. Auf dem Oberdeck erhebt sich eine Kasematte, die aber im Grundriß nicht wie gewöhnlich viereckig in Form eines Rechtecks, sondern sechseckig ist, indem statt der kleinen Seiten des Rechtecks eine winkelförmig vorspringende Panzerwand mit Pforten vorhanden ist. Die Panzerung der Kasematte, welche

im lichten 7—7¾′ Höhe besitzt, besteht aus lauter 4½″ (5½″?) starken, 8—9′ langen, 28″ breiten Platten von gehämmertem Eisen, die unter 55° nach innen geneigt sind, während sie nach oben durch ein leichtes, bombenfestes Deck geschützt ist, aus welchem sich im vordern Theil des Schiffs das Steuerhaus erhebt, 6′ im Durchmesser, 7′ hoch und mit 10″ Panzerung. Die Armirung der Kasematte war ursprünglich auf 21 Geschütze festgesetzt, von welchen 2 in Drehthüren auf den Enden der Kasematte ihren Platz finden sollten: dann setzten die Amerikaner die Armirung auf 16—18 Geschütze herab (12—14 11zöllige Dahlgren-Kanonen, außer den 4 15zölligen Rodmankanonen, wie sie auch die Doppelthurm-Monitors führen), und die Franzosen haben endlich das Schiff nur mit 6 Geschützen der letzteren Art gekauft. Außer dem gewöhnlichen Steuer führt das Schiff noch ein Reserveruder und ferner 8 Hauptanker und 3 große Spille zum Aufwinden der Ankerketten. Als Bemastung besitzt der ungeheure Schiffskörper, der 600 Mann Besatzung erhält, eine häßliche schmächtige Briggtakelage (früher eine Schoonertakelage), und auch sonst ist das Schiff im Aeußern so häßlich, daß die Amerikaner sich mit dem Troste begnügen, bei Panzerschiffen liege die Schönheit in der Stärke.

Aber auch die Stärke des „Dunderberg" ist sehr ungenügend. Die Höhe der Kasematten ist leider bei dem, allen Kasemattenschiffen eigenthümlichen Einwärtsfallen der Wände und bei der Niedrigkeit des Decks über Wasser wenig geeignet, die Seefähigkeit des Fahrzeugs im Ganzen sehr zu heben, und auch die colossale Geschützausrüstung ist nicht viel werth, da sie aus Gußeisengeschützen besteht, welche an Werth den Bronze-, den Schmiedeeisen- und vollends den Gußstahlkanonen weit nachstehn, und außerdem als glatte — nicht gezogene — Kanonen eine sehr geringe Treffsähigkeit besitzen. Die mangelhafte Geschützausrüstung würde sich indessen noch am leichtesten verbessern lassen; schlimmer aber sind die sonstigen Fehler. Der bedeutende Tiefgang beeinträchtigt die Verwendung als Küstenvertheidigungsfahrzeug, geringe Manövrirfähigkeit und unzureichende Takelage machen das Schiff trotz seiner Größe für Kreuzfahrten und Seeschlachten ungeeignet, und noch mehr gilt dies von der geringen Schnelligkeit, die mit Vollkraft nur 11 Knoten, mit Halbkraft gar nur 8½ Knoten erreicht. Ferner beschwert der Sporn das Vorschiff zu sehr und seine Holzfüllung vermehrt die Gefahr, wenn es in Brand geschossen werden sollte. Die Panzerung hat außerdem, abgesehen von ihrer oben hervorgehobenen Schwäche, den großen Fehler, daß die Platten mit ihrer Hauptausdehnung senkrecht, nicht horizontal angelegt sind, sodaß den Aufprall des Schusses höchstens 3 Spanten aufzuhalten haben, und daß bei einem Nachgeben der Platten durch die größere Anzahl der Fugen in der Wasserlinie die Schnelligkeit noch mehr verringert werden kann.

Gebaut ist das Schiff unter Aufsicht des Unionsadmirals Gregory von

Webb in Newyork, wo es am 22. Juli 1865 von Stapel lief. Wir können uns indessen nach dieser Probe von den Producten der Webb'schen Werft nicht gerade viel versprechen. Webbs Ruf gründet sich hauptsächlich auf den Bau des amerikanischen Zollwachtschiffs „Harriet Lane" und den Bau zweier Panzerfregatten für die italienische Regierung, deren eine, der „Ré d'Italia" von dem italienischen Schraubenlinienschiff „Ré Galantuomo" abgeholt wurde, und bald darauf bei Lissa sich so wenig steuerfähig zeigte, daß sie durch Anrennen in den Grund gebohrt wurde. Auch hier bestätigt sich wieder die in England herrschende Meinung, daß die Amerikaner vorzügliche Segelschiffe, aber keine besonders guten Eisenschiffe zu bauen verstehn, und wir halten es deshalb keineswegs für wünschenswerth, daß dem Ansuchen Webbs an unsere Regierung, ihm die Gründung einer Panzerschiffswerft in Deutschland — auf Kosten der Entwicklung der heimischen Industrie — zu gestatten, nachgegeben werde. Wie man erzählt, veranlaßte übrigens die Nachricht, Preußen unterhandle über den Ankauf des „Dunderberg", die französische Regierung, das Schiff ihrerseits schleunigst anzukaufen, um es ja nicht in die Hände Preußens fallen zu lassen. Der Kauf des Schiffs (mit 6 15zölligen Geschützen), zusammen mit dem Doppelthurm-Monitor „Onondaga", den man ebenfalls nicht an Preußen kommen lassen wollte, wurde denn auch glücklich für die enorme Summe von 800,000 Pfd. Sterling (nach französischen officiellen Angaben 14 Millionen Francs) abgeschlossen, während bei Webb der Preis für den Dunderberg allein contractlich auf nur 1,400,000 Dollars ausbedungen gewesen war, ebensoviel wie die Kosten des amerikanischen Monitors „Dictator" mit 2 Kanonen betrugen. Alsbald aber erschollen, nachdem das französische Linienschiff „Jean Bart" zur Abnahme nach Amerika geschickt worden war, aus Frankreich laute Klagen darüber, daß die Regierung für ihr theures Geld ziemlich werthlose Schiffe erhalten habe, und wirklich waren alle beide nicht im Stande, bei etwas ungünstigem Wetter über den atlantischen Ocean zu kommen, der sie mit schwerer Havarie zurücktrieb. Obwohl Eigenthum Frankreichs, mußten sie nothgedrungen vorläufig jenseits des Oceans bleiben, und als der „Dunderberg" mit 10 Geschützen seinen zweiten Ueberfahrtsversuch zu einem glücklichen Ende führte, ward die „Onondaga" zum zweitenmale zurückgetrieben: sie befindet sich in diesem Augenblick noch in Amerika, für Frankreich so ziemlich ein „Gut im Monde".

Die „Onondaga" ist, beiläufig gesagt, ein Doppelthurm-Monitor von der Art des „Miantonomoh", ein Schiff von 226' Länge (69,3 Meter), 53' Breite (15,2 M.) und 13⅔' Tiefe im Raum (3,95 M.), mit einer Armirung von 4 schweren Geschützen in seinen beiden Thürmen, und Maschinen von 75 Centimetres Cylinderdurchmesser und 45 Centimetres Kolbenhub, sodaß ihre Schnelligkeit durchaus nicht bedeutend sein kann. Der Schorn-

stein und die Maschine befindet sich selbstverständlich zwischen beiden Geschützthürmen, der halbkugelförmige Commandantenthurm aber auf dem vorderen, viel dickeren Gefechtsthurm, und die vordere Spitze des Decks hat außerdem eine von anderen Monitors etwas abweichende Form. Wir können für kein Unglück halten, daß Frankreich uns diese beiden „Seeungethüme vor der Nase weggekauft" hat, obwohl es sich für dasselbe Geld im Inlande weit furchtbarere Schiffe hätte bauen können. Und ebensowenig bedauern wir es, daß Preußen vor einem Jahre den Kauf des „Miantonomoh" selbst für nur $^1/_2$ Million Dollars ablehnte, den Kauf jenes amerikanischen Doppelthurm-Monitors, den wir im Anfang vorigen Jahres in diesen Blättern ausführlich besprochen haben.

Die einzige beabsichtigte Erwerbung für unsere Marine, von der wir aufrichtig bedauern, daß sie uns durch die Umstände zur Unmöglichkeit gemacht wurde, ist der Ankauf der beiden Kuppelfahrzeuge „El Tousson" und „El Monassir" von der Werft der Gebrüder Laird in Birkenhead am Mersey gegenüber Liverpool. Beide Schiffe waren während des amerikanischen Krieges für die Conföderation gebaut worden und im Juli 1863 abgelaufen, wurden aber, da die Ueberlieferung derselben aus einem neutralen Staat in die Hände eines kriegführenden Staats gegen das Völkerrecht verstieß, genau so, wie es bei unserer „Augusta" und „Victoria" war, auf Antrag des amerikanischen Gesandten von England mit Beschlag belegt. Da der Schiffbauer diese Handlung für unberechtigt hielt und klagbar zu werden drohte, so gerieth die Regierung in große Verlegenheit.

Einen Augenblick schien sich die Schwierigkeit in der glücklichsten Weise von der Welt lösen zu wollen: infolge der patriotischen Vermittlung der Bremer Firma H. H. Meier nämlich zeigte Laird sich geneigt, die Schiffe an Preußen zu verkaufen. Aber leider ward diese Aussicht vernichtet: die englische Regierung fürchtete in dem damals zwischen Dänemark und Preußen drohenden Kriege die Marine des letzteren zu verstärken, und entschloß sich endlich, selbst die beiden Fahrzeuge zu kaufen, die unter den Namen „Scorpion" und „Wivern" der englischen Kriegsmarine einverleibt wurden und je 150 Mann Besatzung erhielten. Beide Schiffe sind Schwesterschiffe, ganz von Eisen, nach dem Kuppelprinzip und mit einem ziemlich stark vorspringenden Bug zum Anrennen, vollständig gleich, gebaut und von Verhältnissen, die gerade für die preußische Küstenvertheidigung äußerst zweckmäßig gewesen wären. Ihre Größe (1857—1833—1827 Tons nach den verschiedenen Messungsmethoden) ist etwas bedeutender als beim „Arminius", aber noch sehr handlich und bequem und gestattet ihnen, eine noch etwas stärkere Maschine (350 Pferdekraft nominal) zu führen, ein Vortheil der allerdings durch die viel größere Breite wieder paralysirt wird. Das Verhältniß der Länge (224$^1/_2$'—

220′) zur Breite (42′ 4½″—42′) ist der Schnelligkeit weniger günstig als beim „Arminius“, sodaß die Schiffe nur 10½ Knoten machen: desto mehr aber begünstigt die größere Breite die Stabilität, und auch ihr Tiefgang, obwohl etwas größer als beim „Arminius“ (14′ 11″ vorn, 16, 4″ hinten — bei 19½′ Tiefe im Raum), paßt für die deutschen Küsten noch vorzüglich. Die Panzerung von 4½″ Eisen, die von Steven zu Steven reicht, ruht auf 9″ Holz wie beim „Arminius“, ist aber an den Enden der Seefähigkeit halber auf 3″ reducirt, während auf dem Deck wie beim „Arminius“ 2 niedrige Thürme stehn, mit zusammen 4 300Pfündern, und die Schanzkleidung sich niederklappen läßt. Indessen ist neuerdings ein Hauptvorzug dieser Thürme verloren gegangen, da die Admiralität im Interesse der Seefähigkeit sich veranlaßt gesehn hat, vorn und hinten auf dem Oberdeck eine kleine Back und Schanze anzubringen, die trotz ihrer abgeschrägten Seiten natürlich doch noch das Feuern gerade nach vorn oder nach hinten verhindern. Auf hoher See sind diese Schiffe ihrer Niedrigkeit wegen nicht zu brauchen: zum Küstenvertheidigungsdienst aber möchten wir ihre frühere, unserem „Arminius“ ähnliche Einrichtung vorziehn. Wenn auch einmal eine Welle über Deck bricht, die volle Schußfreiheit ist hier doch wichtiger als die Sicherung gegen Ueberschwemmung des Decks in See. Von beiden Schiffen waren übrigens Modelle auf der diesjährigen pariser Ausstellung, vom „Scorpion“ ein Halbmodell seitens der Admiralität und ein Ganzmodell seitens Lairds, von der „Wivern“ dagegen, die auch die Revue vor dem Sultan mitmachte, ein aufgetakeltes Modell durch Laird ausgestellt. Als Bemastung führt die „Wivern“ eine Barktakelage mit Coles'schen Tripods (die wir oben beschrieben) statt der Unterwanten, und Stengen, die sich hinter den Masten an Schnaumasten streichen lassen, eine Takelage, die unstreitig zweckmäßig ist, aber doch noch verbessert werden könnte, wie wir unten sehn werden. Die einzigen Fehler dieser Schiffe sind ihre Untüchtigkeit und Langsamkeit bei sehr bewegter See, die sich bei der Probefahrt der englischen Panzerflotte schlagend heraus gestellt hat, und sodann die Schwächung des Panzers an den Enden. Mit diesen Fehlern müssen wir uns darüber trösten, daß uns die Erwerbung zweier Widderschiffe für den Küstenvertheidigungsdienst vereitelt worden ist. Wir haben desto mehr Geld für Neubauten übrig, bei denen die angegebenen Fehler vermieden werden können.

Wie wir oben bemerkten, halten wir das Breitseitensystem auch für Hochseepanzerschiffe (seagoing ships) keineswegs für so vollkommen, daß man sich mit demselben begnügen könnte; und zugleich sind wir in der Lage, hier ein System angeben zu können, das allen Anforderungen an Hochseepanzerschiffe weit vollkommener als die bisher gebräuchlichen Systeme genügen

wird. Es ist das Ringtunnelsystem, das wir vor einiger Zeit in der Seezeitung „Hansa" ausführlicher beschrieben haben, und dessen Grundzüge wir hier kurz angeben wollen. Das Ringtunnelsystem ist im Wesentlichen ein Pivotsystem mit hohem Bord, das freie Schußwirkung nach allen Seiten mit Seefähigkeit und außerdem mit viel größerer Solidität der Construction als bei den Kuppelschiffen vereinigt.

Der Bau des eigentlichen Schiffskörpers weicht im äußeren nur wenig von den bisherigen Panzerfregatten ab. Vom Kiel bis zu einer Horizontallinie 5½' unter Wasser ragen die beiden Enden des Schiffs etwa 20' weiter vor, als in dem Theil in und über der Wasserlinie, um gehörige Schwimm- und Hebekraft (buoyancy) für Ueberwindung der Wellen zu gewinnen, da dieser ungepanzerte Theil unter Wasser, welcher durch das Wasser selbst genügend geschützt ist, keine Panzerung braucht. Aus demselben Grunde ist keine schwere Bugbatterie angebracht, wie bei den Engländern, und ebenso ist der Bug auch nicht mit einem massiven Sporn bewehrt, sondern in der Form wie bei unserem „Kronprinz" hohl und nur so stark, wie bei gewöhnlichen sehr stark gebauten Eisenschiffen, da diese Bugform zum Anrennen genügt und außerdem der Nutzen des Anrennens, wie wir bei der Beschreibung der Fregatte „Kronprinz" zeigten, ein problematischer ist. Während der ganze Theil des Schiffs unter Wasser das neue englische Zellensystem und Querschotten bekommen muß, sind das Ruder und die Zwillingsschrauben zu beiden Seiten des verbesserten Balance-Steuers wie dieses durch einen 5' unter Wasser horizontal hervorragenden starken Eisenschirm oder Kragen nach oben gedeckt, der auch die heftigen Bewegungen des Hinterschiffs sehr mildern wird. Ebenso schießt die Bug- und die Heckform (letztere scharfkantig wie bei der „Gloire") oben etwas aus, um zu verhindern, daß Seen über das Deck brechen oder daß das Schiff zu sehr „einhaut".

In der Wasserlinie, von 5½' unter Wasser bis zu dem etwa 4½' über Wasser gelegenen bombenfesten Batteriedeck umgibt das Schiff ein Panzergürtel von größtmöglicher Stärke, d. h. noch bedeutenderer Stärke als die gesammte Schiffspanzerung im Durchschnitt ergeben würde, indem die Batteriedeckung und ebenso die Dicke der Eisenhaut hinter dem Panzer auf Kosten des Panzergürtels etwas reducirt ist. Denn die Deckung dieses Theils, also die Sicherung des Schiffs vor dem Leckwerden und die Sicherung der Maschine ist das Allerwichtigste, eine Lebensfrage für das ganze Schiff, während die Sicherung der Geschütze blos partielles Interesse hat. Aus demselben Grunde ist der Gürtelpanzer an allen Stellen gleich stark, nicht an den Enden schwächer, wie bei vielen englischen Schiffen. Vom Batteriedeck aus steigt nun ringsum eine leichte Eisenwand, wie bei gewöhnlichen Passagierdampfern, mit Fenstern für die Lüftung empor bis zum Oberdeck

die innere Verkleidung dieser Wand aber besteht nirgend aus Holz, sondern nur aus Filz, sodaß die Wand auch von Spreng- und Brandgeschossen ohne jede Gefahr für das Schiff durchschossen werden kann. Aus demselben Grunde sind die immobilen Ausstattungsstücke im Inneren sämmtlich von Eisen, wie denn der ganze Schiffskörper der größeren Leichtigkeit und namentlich der Unverbrennbarkeit wegen von Eisen sein muß. Das Beispiel des verbrannten Panzerkanonenboots „Palestro" bei Lissa lehrt, daß absolut nichts brennbar sein darf, selbst nicht die Fütterung hinter dem Panzer, in welche doch einmal ein Schuß treffen mag: kann man sie nicht aus Holz herstellen, welches durch chemisches Präpariren unverbrennbar gemacht ist, so müssen andere nachgiebige Stoffe, Filz, Leder oder dergl. genommen werden. Bloße Löcher von crepirten Granaten sind dagegen in diesem Theil nicht bedenklich, da hier kein Wasser eindringen, oder doch des Batteriedecks wegen nichts schaden kann.

Innerhalb des großen Raums zwischen Batteriedeck und Oberdeck, welchen die dünne eiserne Schiffswand umschließt, steigt nun aus der Mitte des Batteriedecks der Panzertunnel empor, ein auf allen vier Seiten von senkrechten starken Panzerwänden umschlossener Raum, welcher etwa das mittlere Drittel der Schiffslänge einnimmt, und auch nur so breit ist, wie der Durchmesser der Geschützdrehscheiben, sodaß nicht blos vor und hinter ihm, sondern auch auf beiden Flanken ein leerer ungeschützter Raum bleibt, die Gewichtsvertheilung aber sich in günstigster Weise für die Stabilität des Schiffs gestaltet. Der ungeschützte Raum ist, abgesehen vom Gefecht, für den Aufenthalt der Besatzung bestimmt, und kann alle Bequemlichkeiten gewöhnlicher Passagierdampfer erhalten, da nirgend Rücksicht auf Panzerung genommen zu werden braucht; für Reisen in tropische Gegenden mag seine Wand zur Abwehr der Hitze weiß gestrichen oder für die Zeiten, wo kein Gefecht in Aussicht steht, mit weißem Segeltuch umspannt werden. Während des Gefechts dagegen, wo die äußere Wand schwarz bleibt, um weniger deutliche Ziele zu bieten, ziehn sich die Mannschaften in den Tunnel zurück und bergen auch alle Utensilien unter dem bombenfesten Oberdeck. Der Tunnel aber in der Mitte umschließt und sichert in vollständigster Weise die Basis der Geschützdrehscheiben mit dem hydraulischen Apparat, die Masten und die Schornsteine, soweit dieselben unter dem Oberdeck liegen. Auch über das Oberdeck, dessen Reilings sich niederklappen lassen, steigt der Tunnel noch etwa 4—5' empor und ersetzt hier in einer, wie wir gleich zeigen werden, sehr zweckmäßigen Weise eine Reihe von 4—6 Geschützthürmen.

Schon früher, bei unseren Vorschlägen für die neuen Glattdeckcorvetten, denen wir 6—10 Pivotgeschütze hintereinander auf dem Oberdeck geben wollten, haben wir hervorgehoben, daß die Anzahl der Geschütze nicht

ohne Nachtheil unter das angegebene Maß herabgehen darf. Allerdings ist es ein Gedanke von achtungswerther Consequenz, daß bei der Nothwendigkeit möglichst schweren Calibers das Schiff eigentlich nur eine schwimmende Lafette (floating gun-carriage) für ein einziges möglichst schweres Geschütz sein müsse, und dieser Gedanke des englischen Unterstaatssecretairs Stansfield fand denn auch im englischen Unterhause gelegentlich der Flottendebatten vor einigen Jahren die beifälligste Würdigung. Aber wie jedes Prinzip, auf die Spitze getrieben, für die Praxis unhaltbar wird, so ist es auch mit dieser an sich sehr geistreichen und sehr bestechenden Ansicht. Wir haben bereits oben gezeigt, daß ein Schiff von der Größe, wie sie durch die nothwendigen Anforderungen an Schnelligkeit und Stabilität geboten ist, ebensogut wie ein einziges Geschütz des größten für Schiffe anwendbaren Calibers deren mehrere führen kann, da hier nicht sowohl die allgemeine Tragfähigkeit des Schiffs, als vielmehr die locale Widerstandskraft in Betracht kommt. Ferner würde das Schiff mit nur einem Geschütz sofort ganz werthlos werden, sobald das letztere beschädigt ist, und außerdem leiden die größten Caliber an dem bedenklichen Fehler, daß sie nur in sehr großen Pausen zu feuern vermögen, der Armstrong 600 Pfünder z. B. nur dreimal in einer Stunde, weshalb das Schiff mit nur einem Geschütz überhaupt viel zu selten feuern könnte. Wir werden also für unsere Hochseeschiffe am besten die Zahl von 8—12 Pivotgeschützen anzunehmen haben, indem wir den an sich richtigen Grundsatz, statt vieler leichter Geschütze wenige schwere Geschütze anzuwenden, nicht übertreiben.

Zur Deckung dieser Geschütze auf dem Oberdeck wirkliche drehbare Thürme anzubringen, würde aber nach dem, was wir früher bei Besprechung des „Arminius" über dieselben bemerkten, nicht gerade praktisch sein. Denn es würde dabei der schwerwiegende Fehler der Thürme zur Geltung kommen, daß dieselben zu viel von der drehbaren Maschinerie den Schüssen des Feindes aussetzen und durch den heftigen Rückprall der letzteren, sowie durch den Rückprall ihres eigenen schweren Geschützes, mit der Zeit in ihren Drehungsachsen verbogen oder in den Führungen festgeklemmt werden. Ein zweiter, nicht weniger bedeutender Fehler der Thürme ist es, daß sie entweder für Schüsse mit hoher Elevation eine sehr hoch über dem Fußboden liegende Decke und sehr hohe Geschützpforten haben, also viel Fläche exponiren müssen, oder aber, daß sie, wie der „Arminius", gänzlich darauf verzichten müssen, mit großer Elevation oder Depression zu feuern, daß sie also dann weder weit entfernte Schiffe, noch auch hochgelegene Küstenbatterien*) beschießen können,

*) Man denke an die Rolle des dänischen „Rolf Krake" gegenüber den hoch gelegenen preußischen Batterien bei Düppel! Ueberdies durchschossen die letzteren dem Schiffe, dessen Pau-

noch auch, falls das eigene Oberdeck hoch genug liegt, um das Schiff seetüchtig zu machen, nahe herankommende feindliche niedrige Fahrzeuge wirksam abzuhalten vermögen. Die gewöhnlichen Kuppel- oder Thurmschiffe vermögen eben nur ziemlich horizontal zu feuern, da die Thurmdecke eine bedeutende Höherlegung des Stoßes der Kanone nicht erlaubt. Es läßt sich aber diese Erhöhung des Thurmes und eine Einrichtung, welche das Feuer mit größter Elevation ermöglicht, ohne jeden Nachtheil einführen, wenn die Basis und die Decke des Thurms fest und nicht drehbar sind.

Denken wir uns in dieser Weise einmal jeden Thurm aus drei auf einander gesetzten Ringen zusammengesetzt wie einen Bienenkorb, und zwar derart, daß der obere*) und der untere Ring völlig fest sind, der mittlere dagegen drehbar ist. Dieser mittlere Ring hat nur die Breite einer ganz engen Geschützpforte, durch welche die Geschützmündung gerade hindurch gesteckt werden kann, greift aber außerdem mit seinen Rändern über die anderen Ringe bedeutend über. Wird nun die Mündung des Thurmgeschützes durch eine Geschützpforte im Mittelring gesteckt, und der Mittelring durch Eisenbügel fest mit der Geschützdrehscheibe verbunden, welche innerhalb des festen Unterrings auf Rollen rotirt, so kann das Geschütz nach jeder beliebigen Richtung gestellt werden, und ist dabei doch immer nach allen andern Seiten als an der Mündung durch den Mittelring genügend geschützt, während der Thurm außer dem Mittelring fest und nicht drehbar ist. Doch ist hierbei noch ein Umstand zu beachten, der uns auch zur Befestigung des Oberrings führt.

Natürlich können die mittleren der sechs Thürme in einem um so spitzeren Winkel mit dem Kiel, um so schärfer nach vorn und nach hinten feuern, je weiter sie von einander entfernt stehn. Geben wir nun den Thürmen eine solche Distanz, daß die Thürme auf jeder Flanke ein Schußfeld von 90 Grad ihrer Peripherie haben, so werden blos die beiden Flankenviertel der Peripherie zu feuern im Stande sein, das vordere und das hintere Viertel aber werden maskirt und nutzlos sein. Diese beiden letzteren, nicht feuerfähigen Viertel der Thurmwand wollen wir deshalb gänzlich entfernen und statt dessen sollen alle feuerfähigen Viertel einer Seite des Schiffs durch längsschiffs laufende Panzerwände (von der Höhe der Thürme) verbunden werden, sodaß die letzteren eine gedeckte Verbindung zwischen allen Geschützdrehscheiben ermöglichen und auch die Basis der Masten und der Schornsteine völlig decken, daß dagegen die feuerfähigen Viertel selbst wie Caponnieren einer Festung seitwärts herausragen. Zugleich werden diese Wände den

---

zer ihnen undurchdringlich war, das Deck, da dasselbe niedrig genug lag, um den preußischen Granaten mit ihrem enormen Einfallswinkel das Eindringen zu gestatten, und die Geschosse nicht ricochettiren zu lassen.

*) Von seiner Befestigung soll sogleich die Rede sein.

oberen Ring oder vielmehr seine Ueberbleibsel bei jedem Thurm von vorn und hinten her genügend stützen, und in dem ganzen Tunnel über dem Oberdeck ist dann weiter nichts beweglich, als der einzige ganz bleibende Mittelring auf jeder Drehscheibe mit seinen beiden Geschützmündungen. Es ist also die Feuerfähigkeit der Drehscheibe vollständig wie beim Thurm ausgenutzt, trotzdem aber die Solidität des Ganzen viel größer als beim Thurm- oder Kuppelsystem. — Sollten übrigens die nach den Flanken überragenden Theile des Oberrings, (die man ja beliebig stark machen kann), trotzdem noch der Stützung bedürfen, so kann man hier außerhalb des Rings eine oder zwei massive, sehr starke Eisenstützen anbringen, und unter die Rahmlafetten noch einen zweiten Rahmen mit Querschienen unterlegen, welcher jedem Geschütz soviel Seitenabweichung zu nehmen gestattet, als die Dicke der Stütze beträgt. Die Drehscheibe liegt so niedrig im Tunnel (und die Lafette ist so hoch), daß man unter der Mündung des Geschützes hindurch gehn kann. Uebrigens halten wir es, wenn wir auch bisher immer wie beim Thurmsystem zwei Geschütze auf jeder Drehscheibe angenommen haben, dennoch für besser, jeder Drehscheibe nur ein Geschütz zu geben, diese aber so klein zu machen als irgend möglich. Das Geschütz muß mit seinem Schwerpunkt genau über dem Mittelpunkt der Drehscheibe ruhen, wodurch die Solidität des Ganzen sehr gewinnt: keineswegs aber darf es nach der Geschützpforte zu excentrisch stehn, wie es mit Rücksicht auf den Rücklauf bei manchen Thurmschiffen der Fall ist. Vielmehr muß der Abstand von der Geschützpforte bis zum Schwerpunkt genau ebenso groß sein als der übrige Theil der Kanone mit dem hinteren Rahmentheil zusammen, und die Steigung des letzteren muß so groß sein, daß der Rücklauf in einer gleich großen Distanz wie zwischen Mündung und Schwerpunkt von selbst aufhört, wodurch außerdem die Percussionskraft des Geschosses erhöht wird, während für das Einbringen des Geschosses beim Hinterlader mittelst einer Gien schon ein paar Fuß genügen, viel weniger als bei den Vorderladern der amerikanischen Monitors. Steht dann nur ein Geschütz auf der Drehscheibe, so genügt der Raum an den Seiten für die Mannschaft (die Wände müssen dann mit Blech gegen Abfliegen der Panzerbolzen und dann noch innen mit Filz bekleidet sein, um das Dröhnen beim Anschlag feindlicher Geschosse zu mildern); der Durchmesser der Drehscheibe aber reducirt sich auf 16—17', das Panzergewicht erhält so eine weit bessere Lage, die das Arbeiten des Schiffs sehr vermindert, und außerdem wird kein Geschütz durch die Bedienung des andern behelligt. Mittelring und Drehscheibe (Lafette) werden, wie bemerkt, im Gefecht durch Eisenbügel fest verbunden, und bilden dann ein genügendes Gesammtgewicht, um durch ihr Trägheitsmoment den Anprall feindlicher Schüsse ebenso auf ein unschädliches Minimum zu reduciren, wie es die

Thürme des „Royal Sovereign“ bei den Versuchen des „Bellerophon“ gezeigt haben. Gedreht werden sie durch hydraulischen Druck und Menschenkraft, nicht durch eine Dampfmaschine, deren Beschädigung alles lahm legen würde.

Ein anderer, nicht minder wichtiger Vortheil des Ringtunnelsystems beruht aber darin, daß man bei der Festigkeit des oberen Theils der Construction die Geschützdrehscheiben mit den Geschützen versenkbar machen kann. Man kann dann den Geschützen die größte Elevation geben und zwar ohne Vergrößerung der Pforten, die immer kreisrund bleiben, und ferner kann man mittelst eines hydraulischen Hebewerks die Geschütze so weit versenken, daß sie während der Reisen in den Schwerpunkt des ganzen Schiffskörpers zu liegen kommen, oder noch etwas tiefer als Gegengewicht für die hohe Takelage.

Die Takelage nämlich, die wir (für gutes Wetter) möglichst hoch haben wollen und deren besondere Einrichtung näher zu beschreiben uns hier der Raum nicht gestattet, läßt sich nach diesem System so zusammenschieben, daß sie gänzlich im Tunnel geborgen wird: jeder Mast hat drei Stengen (Verlängerungen, wie bei der jetzigen Einrichtung), und jeder dieser Theile besteht wieder aus teleskopisch ineinander zu schiebenden ganz hohlen Eisenröhren. Die Raaen, welche beim Streichen an die oberen Enden ihrer Stengen zu sitzen kommen, werden dann längsschiffs gebraßt und auf der Tunneldecke mit gevierten Racken nebeneinander niedergelegt, wo sie durch massive starke Eisenbarren auf den Flanken gegen Schüsse geschützt sind, also nie über Bord fallen und die Schraube unklar machen können. Die Schornsteine sind ebenfalls teleskopisch, zum Einschieben eingerichtet, und der für die Maschine nothwendige Zug wird, wenn sie eingeschoben sind, durch Ventilationen hervorgebracht, sodaß sich nie im Gefecht, wie bei Jasmund auf der Nymphe, der Zug durch Verletzung des Schornsteins vermindern kann.

Uebrigens wird das Hießen und Streichen der Takelage, sowie das Senken und Heben der Geschütze vor einer Reise resp. einem Gefecht durch eine besondere Hilfsdampfmaschine bewirkt, und zwar durch diejenige Maschine, welche die hydraulische Reactionssteuerung nach Art der von uns beim „König Wilhelm“ vorgeschlagenen Einrichtung bewirkt und auch zum Ankerlichten, Bootschießen u. s. w. verwandt wird. Wenn das Schiff in See ist, führt es die Takelage (ev. mit gestrichenen Bramstengen), hat aber die Kanonen versenkt; sobald es zum Gefecht klar macht, hat es die Takelage gestrichen und die Kanonen gehoben. — Der Schwerpunkt liegt in beiden Fällen gleich, und außerdem ist in letzterem Falle die Takelage vor jeder Beschädigung sicher. (Auch kann man überhaupt viel vom Taugut an der Tunneldecke fest machen, was bei drehbaren Thürmen unmöglich ist — doch würde das hinsichtlich der Wanten nicht zu empfehlen sein, weil dieselben dann zu wenig Spreiz be-

kämen). Das Hießen und Streichen der ganzen Takelage ist übrigens öfters auch blos durch die Mannschaft auszuführen, damit die letztere darin Routine und Schnelligkeit gewinnt.

Als Einzeleinrichtungen, welche sich an Panzerschiffen der beschriebenen Art anzubringen empfehlen, hätten wir noch folgende vorzuschlagen. Das Oberdeck ist nicht mit Holzplanken der gewöhnlichen Art zu belegen, sondern mit einem eisernen Gitterwerk, dessen große Maschen mit Holzplatten ausgefüllt sind, und das somit eine Weiterverbreitung des Feuers verhindert, falls durch eine Granate eine Holzplatte in Brand geräth. (Der Unverbrennbarkeit halber ist ja nicht weniger wie der Leichtigkeit wegen sonst das ganze Schiff aus Eisen construirt.) Back und Schanze fallen natürlich weg, um das Feuer sämmtlicher Tunnelgeschütze nach vorn oder hinten nicht zu behindern — auch ist das Oberdeck schon höher über See als bei andern Panzerschiffen Back und Schanze sind. (Noch ein Deck über dem Tunnel nach Art der Decke anzubringen, wie sie Admiral Halsted auf seinen Modellen in der diesjährigen pariser Ausstellung angebracht hatte, scheint uns unzweckmäßig, da Sturzseen solch ein leichtes Deck zu leicht wegnehmen, und Schüsse im Gefecht mit den Trümmern dieses Decks zu leicht die Kanonenmündungen des Tunnels unklar machen würden. Die Boote stehn auf dem Tunnel, hinter den Barren, und die Davits sind queerschiffs beweglich und so eingerichtet, daß sie mit einer Bewegung das Boot von der Tunneldecke über das Wasser bringen.) Dagegen mag rechtwinklig zum Kiel auf jeder Seite jeder Geschützdrehscheibe eine tiefe Rinne im Oberdeck laufen und durch eine Auskerbung im obern Theil der Schiffswand hindurchführen, um ein recht tiefes Zielen des Geschützes auf dieser Seite zu ermöglichen, für den Fall, daß bei ruhigem Wasser dem hochbordigen Ringschiff sich ein niedriges Fahrzeug nähert, das man in nächster Nähe mit großer Depression der Geschütze in den Grund bohren will (auf Reisen werden Rinne und Ausschnitt zugedeckt). Wenn wir ferner oben die Forderung aussprachen, daß das Schiff nicht steuerlastig zu bauen, sondern auf ebenen Kiel zu berechnen sei, so wollen wir damit von einer geringen Steuerlastigkeit (etwa 1 Fuß) nicht abrathen, wenn sie beim Passiren von Untiefen durch Einnehmen von Wasserballast im Vorschiff schnell rectificirt werden kann; sie wird sonst auf Reisen die Schnelligkeit fördern und beim Segeln dem Segeldruck auf das Vorschiff ein Gegengewicht bieten. Ueberhaupt ist das Schiff auf Einnehmen von Wasserballast einzurichten, damit es bei ruhiger See sich etwas senke und die Zielfläche für den Gegner verkleinern kann; doch darf dies nur um ein paar Fuß geschehen, weil sonst die obere Grenze des Panzergürtels zu nahe an die Wasserlinie kommt, selbst im Bug, wo dieselbe etwas höher reichen mag als sonst, wegen des Auflaufens der Bugwellen. Um endlich für das Se-

geln größere Steifheit und Ruhe zu erzielen, bringe man wenigstens vorn und hinten Schiebekiele (sliding keels, centreboards) an, im hintern Theil (zwischen den beiden Schraubenaxen) durchbrochen nach Art des Grell'schen Schleußenkiels, was die Beweglichkeit vermehrt, ebenso wie das Tucker'sche Balanceruder. (Im Grell'schen Schleußenkiel müssen natürlich die Oeffnungen mit herabzuschraubenden Platten ausgefüllt werden können.) Im Interesse der Beweglichkeit des Schiffs wird man überhaupt nicht über die Größe von etwa 3600—4000 Tons (ungefähr die Größe unsers „Kronprinz") hinausgehn dürfen, wobei es dann im Tunnel auf 8 Drehscheiben 8 gezogene 400Pfünder (effectiv) mit Keilverschluß führen kann, und außerdem auf dem Oberdeck nach vorn und hinten je 2 gezogene 12Pfünder (nominal) als Pivot für die Reisen erhalten mag.

Es hat nun, um dies noch einmal kurz zusammenzufassen, das Ringtunnelprinzip folgende Vortheile. Abgesehen von der verschwindend kleinen Fläche der exponirten Mittelringsviertel (die außerdem auch nicht einmal eine verbiegbare Axe und ferner nach innen stärkern Widerhalt haben, als irgend ein Thurmsystem), besitzt das ganze Schiff dieselbe Solidität und Festigkeit der Construction gegenüber anprallenden feindlichen Schüssen, wie die Breitseitenpanzerfregatte, und es übertrifft in dieser Beziehung weit die Kuppel- und Thurmschiffe, die sehr viel drehbare Fläche exponiren und stets Gefahr laufen, entweder ihre Führung festgeklemmt oder ihre Axen verbogen zu sehen. (Das französische Marineministerium hält diese Gefahr für so bedenklich, daß es gar keine Drehthürme anwendet und in seinen frégates à tourelle den obern Theil der Pivotgeschütze lieber unter freiem Himmel exponirt, und auch die englische Admiralität hat bisher aus demselben Grund immer am Bau von Panzerfregatten festgehalten und den Bau von Thurmschiffen für die Hochseeflotte zurückgewiesen.) Auch die Gewichtsvertheilung ist beim Ringschiff noch günstiger als beim Thurmschiff, da der größte Theil des Panzers fest liegt und sich nicht losschlingern kann, und da ferner die Drehscheiben mit einem Geschütz kleiner und näher der Mittellinie sind, als beim Thurmschiff oder gar der Breitseitenfregatte mit ihren von der Mittellinie möglichst entfernten Panzerwänden, welche zu einem solchen Schlingern und solchen Unglücksfällen führen, wie bei unserm „Friedrich Carl". Natürlich ist dadurch auch eine höhere Takelage zu führen möglich, namentlich wenn die Geschütze versenkt sind: auf Reisen wird diese, im Gefecht bei gestrichener Takelage dagegen die hohe Geschützlage das Schiff vor heftigem Arbeiten bewahren. Auch sonst ist das Ringtunnelsystem durch die Höhe seines Decks über Wasser, also seine Seefähigkeit allen Thurm- und Kuppelschiffen und ebenso allen Kasemattenschiffen weit überlegen, wie auch durch die Höhe seiner Geschütze, welche 11—14 Fuß über Wasser liegen, wobei sich dieselben noch

dazu viel weniger für den Feind als Zielscheiben markiren, wie bei einzelnen Thürmen.

Während so das Ringschiff in Solidität, guter Gewichtsvertheilung und Seefähigkeit jedes Thurmschiff*) übertrifft, ist es hinsichtlich der Verwendbarkeit seiner Kanonen jedem Breitseiten-Panzerschiff überlegen, das ihm außerdem zwar in Solidität und Seefähigkeit gleichkommt, aber dennoch eine ungünstigere Gewichtsvertheilung**) zeigt und weniger Takelage führen kann. Namentlich die Fähigkeit, nach allen Himmelsgegenden zu feuern, erhebt das Ringschiff weit über alle Breitseiten-Panzerfregatten und alle Panzerschiffe mit Kasematten oder square-batteries. Soweit nicht eben ein Geschütz vor dem andern steht, beherrscht jedes Geschütz den ganzen Horizont, alle Geschütze können zugleich nach derselben Flanke hin verwandt werden; ja, alle Geschütze können (und zwar weit besser, als die Hälfte der Geschütze einer Fregatte mit indents es vermag) nach vorn gerichtet werden, wenn das Schiff sich schräg mit dem Bug gegen den Feind legt, wobei es noch dazu die Zielfläche auf ein Drittel der Länge verkleinert und den Panzer dieses übrig gebliebenen Drittels durch die schräge Lage bedeutend stärkt. — Die Beschwerung des Bugs mit einer massiven Bugbatterie, wie bei den neueren englischen Schiffen, ist dabei natürlich völlig unnöthig gemacht und durch den Tunnel viel wirksamer ersetzt. Ja, das Ringschiff hat noch einen Vorzug, den kein anderes System hat. Wenn nämlich ein Geschütz beschädigt ist, so kann es mitten im Gefecht in vollster Sicherheit ausgebessert werden; denn man braucht dann blos den Ring mit der Pforte in den Tunnel hineinzudrehen, um die letzteren allen feindlichen Schüssen zu entziehen. Es dürfte also kein unberechtigtes Verlangen sein, wenn wir alle neuen Panzerschiffe der norddeutschen Marine nach dem Ringtunnelsystem erbaut zu sehen wünschen.

Die Verantwortlichkeit der Minister.

Graf Bismarck hatte unserer Ansicht nach Recht, wenn er in seiner Rede vom 27. März v. J. auseinandersetzte, daß die Ministerverantwortlichkeit in der Verfassung des norddeutschen Bundes keinen Platz finde, weil in diesem

*) Wie sehr unser herbes Urtheil über die amerikanischen Monitors gerechtfertigt war, beweist die neuerdings vom amerikanischen Repräsentantenhause angenommene Resulution, alle 54 Schiffe dieser Art zu verkaufen, da sie nämlich nicht als seagoing vessels zu brauchen sind. Taugten sie wirklich etwas, so würde man sich wahrlich nicht freiwillig in die Lage versetzen, beim Ausbruch eines neuen Krieges kein einziges fertiges Panzerschiff zu besitzen.

**) Vollends wenn es, wie die französischen frégates à tourelle, gleichsam schwere „Erkerthürme" auf den Flanken führt und damit den inneren Verband enorm anstrengt.

eigenthümlichen Bau der ganze constitutionelle Apparat fehle, welcher einer Ministerverantwortlichkeit als Grundlage dienen müsse. Wenn aber hierüber hinausgehend nicht blos Herr Wagner, sondern einige früher als liberal bekannte Redner behaupteten, die Ministerverantwortlichkeit sei überhaupt etwas werthloses und praktisch überwundenes, so müssen wir uns wundern über diese Fähigkeit des „Sich-Umdenkens“ und möchten fragen, was Dahlmann zu seinen alten Freunden sagen würde? Glücklicherweise sind derartige Aeußerungen nur Monologe, und wir können uns an das Wort des Ministerpräsidenten halten, daß die Verantwortlichkeit der preußischen Minister genau dieselbe bleibe wie vorher, also wie die Verfassung sie festsetzt, und wir erlauben uns auch zu prophezeien, daß dieselbe nicht abgeschafft, sondern ausgebildet werden wird, indem dem staatsrechtlich aufgestellten Princip das Mittel zur Seite gestellt werden muß, es praktisch zu sichern.

In der That, es scheint uns als eine der ersten Grundwahrheiten im Verfassungsstaat, daß die Unverantwortlichkeit des Staatsoberhauptes nur dann eine Realität ist, wenn sie gedeckt wird durch die Verantwortlichkeit der höchsten Staatsbeamten, der Minister. Kein Regierungsact des Fürsten darf sich ohne ihre Unterschrift vollziehen. Allerdings liegt es in der Natur des Repräsentativsystems, die Initiative der Krone in engere Grenzen einzuschließen, aber innerhalb derselben besitzt der bedeutende, seiner Aufgabe gewachsene Fürst eine Fülle von Gewicht, Einfluß, Bestimmungsfähigkeit. Als Moderator über den Parteien stehend, übt er eine Macht, welche den Augen der Menge nicht immer erkennbar sein mag, aber darum nicht weniger wirkungsreich ist, sodaß man wohl sagen darf, seine Aufgabe sei schwerer, aber keineswegs unbedeutender, als die eines verfassungsmäßig nicht beschränkten Souveräns.

Die englische Verfassung hat Wilhelm III. nicht gehindert, ein Held und Staatsmann ersten Ranges zu sein, und König Leopold ist trotz der belgischen Verfassung der roi homme d'état unserer Zeit geworden.*)

Das Wort: „der König kann kein Unrecht thun“ ist nicht blos eine constitutionelle Fiction, sondern hat eine gewichtige Bedeutung auch in dem Sinne, daß die Schranken der repräsentativen Verfassung dem Souverän ungesetzliche und nachtheilige Eingriffe, wo nicht unmöglich, doch sehr schwer

---

*) Diejenigen, welche den constitutionellen Fürsten als eine Null, als das Tittel über dem J hinstellen, mögen sich vom Gegentheil aus der höchst merkwürdigen Correspondenz von Lord Grey mit Wilhelm IV. überzeugen, sie werden daraus sehen, daß die Krone eines parlamentarisch regierten Staates, selbst wenn sie von einem keineswegs bedeutenden Manne getragen wird, doch eine Realität ist, während allerdings die Verfassung eines solchen Staates dem Eigenwillen eines Georgs III. heilsame Fesseln anlegte (Correspondence of the late Earl Grey with H. M. King William IV. 2. vol. London 1867. Correspondence of Lord North with King George III. 2. vol. London 1867).

machen, während sie ihm vollen Spielraum zu günstigem und wohlthätigem Einfluß gewähren.

Wenn der versteckte Absolutismus ein sogenanntes „persönliches Regiment" fördert, so ist dies nicht blos ein hohler Sophismus, sondern eine offenbare Unehrlichkeit, weil der Hintergedanke dabei stets ist, daß der Fürst nach den Interessen einer Partei regiere, welche das Licht der Oeffentlichkeit und das Gewicht der Verantwortlichkeit scheut. Es liegt in der Natur der Dinge, daß der Kampf der streitenden Interessen um den Mittelpunkt der politischen Gewalt am heftigsten entbrennt, dieser Kampf läßt sich nicht verbannen oder ignoriren, sondern im Interesse des Staates nur regeln, und dies thut das repräsentative System durch Verantwortlichkeit der Minister und Controle der Volksvertretung. Diese Verantwortlichkeit der höchsten Behörde kann dann auch allein die Frage lösen, inwiefern allen andern Beamten der Verwaltung blos der verfassungsmäßige Gehorsam obliege. Der Staat müßte offenbar in Verwirrung gerathen, wenn sich jeder Beamter der Ausführung von Befehlen seiner Vorgesetzten dadurch entziehen könnte, daß er dieselben für gesetzwidrig erklärt. Ist die Ausführung wider sein Gewissen, so mag er den Gehorsam weigern, aber sich auch nicht beklagen, wenn er sofort abgesetzt wird. Die Verwaltungsbehörden haben nicht wie die Gerichte zu erkennen, was im einzelnen Falle Rechtens ist, sondern sollen durch ihre Thätigkeit das an oberster Stelle gewollte Regierungssystem an allen Punkten zur Ausführung bringen. Hierzu ist einheitlicher Befehl und strenger Gehorsam nothwendig, folglich muß sich jeder Beamter mit der Anordnung seiner vorgesetzten Behörde selbst für die Ausführung eines ungesetzlichen Gebotes entschuldigen können und dieser Regreß geht fort von der untersten Stufe der Hierarchie bis zur obersten, welche als leitende auch die Verantwortlichkeit trägt. Ebenso gibt die Verantwortlichkeit allein eine Bürgschaft für die Regelung des Verhältnisses von Gesetz und Verordnung, welches später eingehender zu betrachten ist.

Demgemäß muß sich im Ministerium aber auch wirklich die oberste Leitung der Staatsgeschäfte vollständig concentriren und dürfen dem Souverän nicht neben den Ministern noch andere unverantwortliche Berather, welche sich ihrer Controle entziehen, zur Seite stehen*). Das Ministerium muß ferner eine in sich festgeschlossene Einheit bilden, es beräth, um die Harmonie in allen Zweigen der Verwaltung zu erhalten, gemeinsam über alle Gegenstände von allgemeiner politischer Bedeutung unter Vorsitz seines Prä-

---

*) Die Gründe gegen eine solche Nebenregierung des Cabinets sind classisch zusammengefaßt in Steins Denkschrift von 1806: „Darstellung der fehlerhaften Organisation des Cabinets und der Nothwendigkeit der Bildung einer Ministerconferenz."

sidenten, in dem sich die politischen Grundsätze, welche es vertritt, gleichsam verkörpern*). Ludwig XIV. mochte nach Mazarins Tode erklären, er werde fortan sein eigener Premierminister sein, der repräsentative Staat kann sich nicht mit Fachministern begnügen, denn der Regent wird in den meisten Fällen auf den Vortrag eines solchen, welcher der Natur der Sache nach nur vom Standpunkte seines Ressorts ausgeht, nicht im Stande sein, die andern vielleicht gleichberechtigten Gegengründe zu übersehen. Wirksame Leitung eines Ministerpräsidenten verbürgt daher allein den innern Zusammenhang der Regierungsmaßregeln und die Ausgleichung der unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Minister. Dabei kann die Frage offen bleiben, ob der Ministerpräsident sich wie in England auf diese oberste Leitung beschränkt, oder selbst ein Portefeuille verwaltet. — Die Verantwortlichkeit der Minister ist eine doppelte und zwar in zweifachem Sinne, sie ist nach oben wie nach unten, gegen den Souverän, wie gegen die Volksvertretung, eine politische und eine strafrechtliche. Der König kann die Minister jederzeit entlassen, wenn er mit ihrer Amtsführung nicht einverstanden ist und er ist ebenso berechtigt, sie vor das competente Gericht zu stellen, falls sie in seinen Augen die rechtlichen Obliegenheiten ihres Amtes positiv verletzt haben. Die politische Verantwortlichkeit der Minister gegen die Landesvertretung läßt sich nicht wohl in eine bestimmte gesetzliche Form bringen, denn man kann offenbar nicht als Rechtssatz aufstellen, daß das Ministerium abtreten müsse, sobald es sich in einem der Häuser der Volksvertretung in Minorität befinde, und am wenigsten ist dies gesetzliche Norm in dem Staate, wo die politische Ministerverantwortlichkeit am meisten ausgebildet ist, in England. Indessen besteht diese Verantwortlichkeit in jedem Lande, in welchem der Constitutionalismus mehr als Schein ist, schon darum nicht minder, weil es auf die Länge keinem Ministerium möglich sein wird, gegen die ausgesprochene Majorität der Landesvertretung sich zu behaupten, ohne in Conflict mit den positiven Gesetzen zu kommen; man darf deshalb die politische Verantwortlichkeit da als gesichert ansehen, wo die strafrechtliche besteht, und es ist völlig unzutreffend, wenn in der Discussion des Reichstags vom 27. März dieser Satz von den Gegnern der Ministerverantwortlichkeit umgekehrt und behauptet wird, alles komme auf die öffentliche Meinung an,

---

*) Bluntschli irrt, wenn er sagt, (Staatsrecht II. 156) „der praktische Sinn der Engländer zieht es vor, das Präsidium mehr aus formellen Motiven mit einer Person zu besetzen, die sich eher durch ihre sociale Stellung, äußern Rang und Autorität auszeichnet, während andere Nationen häufig den wirklichen Chef der Regierungspolitik mit dieser Stellung betrauen."

Im Gegentheil ist der first lord of the treasury stets der Chef der Regierungspolitik und oft keineswegs social hervorragend, wie Walpole, Pitt, Peel, Palmerston beweisen, unter denen Herzoge als Fachminister dienten.

ein starkes Parlament habe auch andre Mittel gegen pflichtvergessne Minister; wodurch aber wird ein Parlament stark, wenn nicht durch verfassungsmäßige Rechte? wo hat eine wirklich einflußreiche Volksvertretung existirt, welche nicht das Recht gehabt hätte, die Minister zur Verantwortung zu ziehen?

Allerdings hat während der letzten 50 Jahre keine Ministeranklage in England stattgefunden und Sir Robert Peel sagte: „the days of impeachement are gone" — aber niemand denkt deshalb daran, die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Minister abzuschaffen. Die Waffe ruht nur, weil ihr Gebrauch unnöthig geworden, weil der Regel nach jedes Ministerium schon nach einer entscheidenden parlamentarischen Niederlage zurücktritt, sie existirt darum aber doch, und würde sich eventuell sehr fühlbar gegen den Uebertreter geltend machen. Mögen die, welche die strafrechtliche Ministerverantwortlichkeit als etwas Ueberwundenes hinstellen, sich einmal fragen, wie im englischen Unterhause ein Antrag aufgenommen würde, sie abzuschaffen?

Soll die Verantwortlichkeit eine effective sein, so darf man die Möglichkeit der Anklage offenbar nicht von der Uebereinstimmung beider Factoren der Vertretung abhängig machen, da diese nicht leicht zu erreichen sein wird, sondern muß ebenmäßig jedem Hause das Recht gewähren, die Anklage zu erheben.

Wir vermögen uns nicht der Ansicht Rößlers anzuschließen, welcher die Anklage dem Unterhause allein zugestehen will, weil jede Anklage, die von dem mitberechtigten Factor nicht unterstützt wäre, nicht im Lichte der Wahrung großer Landesinteressen erscheinen würde, sondern im Lichte der Vertheidigung eines mehr oder minder einseitigen Rechtsstandpunktes.

Ober- und Unterhaus haben eben jedes eigenthümliche Rechtssphären, zu deren Wahrung sie berufen sind und welche sie folglich auch mit einer Anklage zu schützen im Stande sein müssen, where there is a right, there must be a remedy. Gegenstand der Klage ist, sofern nicht nachträglich eine Indemnität gegeben wird, jeder Mißbrauch der ministeriellen Amtsgewalt, jede Ueberschreitung der verfassungs- und gesetzmäßig*) zustehenden Befugnisse, jede Unterlassung amtlicher Pflichten, aber auch unzweifelhaft jede Handlungsweise, welche, ohne die Gesetze direct zu verletzen, den

*) In England macht man bekanntlich einen Unterschied zwischen unconstitutional und illegal, ein Act kann gesetzlich und doch unverfassungsmäßig sein. Bowyer Const. Law p. 136. „If the King were to create on a sudden an overwhelming number of peers, men altogether dependent on the government, as for instance a body of private soldiers, that act would be legal as an exercise of the undoubted prerogative of the crown, but it would be highly unconstitutional and the minister guilty of high crime and misdemeanor in advising a measure so destructive of the independence of one branche of the legislature."

Staat in nachweisbaren Schaden bringt. Man könnte letzteres bestreiten wollen, aber sehr richtig führt Rößler (Studien zur Fortbildung der preußischen Verfassung, II, p. 72) aus, daß es einerseits unmöglich, solche Handlungen straflos zu lassen, und andrerseits völlig unbedenklich ist, dieselben dem höchsten Gerichtshof zu unterstellen. Treffend sagt Lord Brougham: „Die Rathgeber der Krone sind in gleicher Weise verantwortlich für die Politik und Weisheit, wie für die Gesetzmäßigkeit der Maßregeln der Regierung, denn sie sind verpflichtet, einerseits ihre Bemühungen im Dienst der Krone anzuwenden, andererseits strafbar, wenn sie eine so wichtige Pflicht übernehmen, ohne die nöthige Fähigkeit zu ihrer Erfüllung.“ Gegenstand der Anklage sind demnach nur solche Handlungen oder Unterlassungen, welche specifisch ministeriell, die also nur ein Mitglied des höchsten Rathes der Krone begehen kann, wogegen jede Anklage auf ein gemeines Vergehen gegen einen Minister bei den ordentlichen Gerichten zu verfolgen ist. So also, wenn es sich um unmittelbare Beschädigung des Staatseigenthums, um Verwendung der Staatsmittel zu privaten Zwecken 2c. handelt.

Die Frage, welchem höchsten Tribunal die Ministeranklagen zu unterstellen sind, ist vielfach bestritten. Rößler sieht in der dem englischen Oberhause zustehenden politischen Juridiction eine typische Einrichtung, aber es ist zu bedenken, daß die Lords auch in andern Civil- und Criminalangelegenheiten den obersten Appellhof bilden und in ihren durch hohe richterliche Functionen zur Pairie gelangten Mitgliedern juristisch ausgezeichnete Persönlichkeiten besitzen, deren Urtheil von entscheidendem Gewicht in allen Rechtsfragen ist. Diese höchste Instanz des Oberhauses hat sich historisch gebildet und scheint nicht leicht auf continentale Zustände übertragbar, wo ähnliche Elemente und Traditionen mangeln. Die eigenthümliche, in größeren deutschen Staaten nicht zu umgehende Zusammensetzung des Oberhauses gibt allerdings eine mehr als ausreichende Garantie, daß vom Unterhause angeklagte Minister nicht leichtsinnig oder parteilich verurtheilt werden, aber wie uns scheint, desto weniger Garantie, daß dieselben nicht freigesprochen werden, wenn sehr ausreichender Grund zur Klage des Unterhauses vorlag. Dagegen ist Rößler unbedingt beizustimmen, wenn er die hohen Gerichtshöfe des Privatrechtes für die Ministeranklage aus dem doppelten Grunde verwirft, daß denselben die Vertrautheit mit den in Frage kommenden Geschäften fehlt und daß sie andrerseits durch eine derartige Thätigkeit die Unbefangenheit in ihrer Sphäre verlieren müssen. Es bleibt somit die Ueberweisung der Ministeranklage an einen speciellen Staatsgerichtshof, der bestimmt ist, die Summe der politischen und staatsrechtlichen Intelligenz des Landes in sich zu vereinigen. Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes dürfen nicht bloße Rechtsgelehrte sein, weil sich die Klagen auf politische Verhältnisse beziehen, deren

richtige Würdigung eine Menge von staatsmännischen Kenntnissen und Erwägungen voraussetzt, die bei gewöhnlichen Juristen nicht zu finden sein werden, und weil ferner der Gegenstand der Anklage sich schwerlich durch genaue Vorschriften des positiven Rechtes feststellen läßt, daher dem Gerichte ein freierer Spielraum gelassen werden muß, der staatsmännische Gewiegtheit der Mitglieder voraussetzt.

Das Verfahren wird unbedingt der öffentliche Anklageprozeß sein. Das Haus, welches die Verfolgung beschlossen, würde zwei Ankläger vor den Staatsgerichtshof bestellen. So wird bekanntlich in England überhaupt bei Staatsprozessen verfahren, so verfolgten Burke und Fox im Auftrage des Unterhauses Warren Hastings. Das Urtheil wird endgiltig gesprochen, denn an welche Instanz sollte man noch appelliren können? Auch statuirt, soviel uns bekannt, keine Verfassung das Recht der Appellation bei Ministeranklagen, weil der Gerichtshof von vorn herein die höchste Instanz bildet. Was die Strafnorm betrifft, so hat nach der amerikanischen Verfassung der Senat als Gerichtshof zwar über die politische und die strafrechtliche Seite der Klage zugleich zu erkennen, beschränkt sich aber in dem Urtheile darauf, die Strafe der Entsetzung und der Amtsunfähigkeit auszusprechen und verweist, wenn eine weitere Criminalstrafe nothwendig erscheint, die Sache an das Geschwornengericht. Wir vermögen darin nicht mit Bluntschli II. ibi. eine Vervollkommnung des Systems überhaupt zu sehen, sondern finden darin nur eine bei den eigenthümlichen amerikanischen Institutionen zweckmäßige Einrichtung, weil der zum Urtheil berufene Senat nach seiner Zusammensetzung keine ausreichenden Garantien eines völlig unparteiischen und leidenschaftslosen Spruches bietet, wogegen nicht abzusehen, weshalb einem im oben ausgeführten Sinne gebildeten höchsten Gerichte eine ähnliche Beschränkung aufzulegen wäre. Schwerlich aber wird man verlangen, daß in Ministeranklagen überhaupt nur auf Entsetzung und Unfähigkeit erkannt werde, denn wenn z. B. ein Hochverrath vorliegt, so wird ein Minister, welcher denselben begangen, doch gewiß nicht gelinder bestraft werden sollen, als jeder andere.

Rößler nimmt für das Gericht die Befugniß in Anspruch, auch auf Indemnität zu erkennen, d. h. zu erklären, daß die Handlung zwar gesetzwidrig, aber nicht strafbar sei. Er meint, so gut wie die Factoren, denen dies Anklagerecht zustehe, die Indemnität geben dürfen, so gut müsse dem Gerichte, an dessen Urtheil appellirt wird, dies Recht zustehen, sonst müßte es Handlungen, welche formell den Gesetzen zuwiderlaufen und doch unzweifelhaft vom Staatwohl dictirt waren, entweder bestrafen, oder es würde auf den Weg künstlicher Gesetzesauslegung gedrängt, um die Illegalität wegzuinterpretiren. Hingegen aber ist zu bemerken, daß es schon an sich dem Gericht unbenommen bleibt, den Angeklagten freizusprechen, falls es nach der Aus-

legung des fraglichen Gesetzes zweifelhaft ist, ob eine Verletzung desselben stattgefunden hat. Ist dies aber nicht zweifelhaft, so scheint es uns einigermaßen bedenklich, dem Staatsgerichtshof eine so hohe politische Competenz zuzugestehen, welche ihn in Conflict mit dem Verdict der Landesvertretung bringen würde. Diese letztere wird offenbar geneigt sein, Indemnität eintreten zu lassen, falls der Minister evident im Interesse des Landes nur dem Wortlaut des Gesetzes zuwidergehandelt hat. Will die Landesvertretung aber die Indemnität nicht gewähren, so scheint es uns bedenklich, den Staatsgerichtshof zu ermächtigen, eine solche aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen auszusprechen, zumal ihm ja immer noch der Ausweg bleibt, die mildere Strafe der bloßen Amtsentlassung zu erkennen. Daß ein Minister, der dem Gesetze zuwiderhandelt, sich dieser Eventualität aussetze, scheint uns nicht zu viel verlangt.

Ebenso vermögen wir Rößler nicht ohne weiteres beizustimmen, wenn er die Civilklage durchaus von der Ministerverantwortlichkeit ausschließen will. Allerdings werden nicht etwa Verluste zu verfolgen sein, welche durch ministerielle Politik und Geschäftsführung dem Staate mittelbar erwachsen, aber wohl solche Verluste, welche aus geradezu gesetzwidrigen Handlungen, für welche keine Indemnität ertheilt ist, hervorgehen. Man nehme an, daß ein Minister gegen den erklärten Willen der Landesvertretung einen Krieg mit den verfügbaren Mitteln beginnt: endet er glücklich, so erhält er wahrscheinlich die Indemnität, wie aber, wenn der Krieg einen unglücklichen Ausgang nimmt? soll es einem Minister freistehen, das Land in ungeheure materielle Verluste zu bringen und selbst nichts für sein Vermögen zu fürchten zu haben? Man mag immerhin anführen, daß jedes Privatvermögen geringfügig im Vergleich mit den in Frage kommenden Summen sei, uns scheint es eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die Strafe sich in diesem Falle nicht auf persönliche Ahndung beschränke, sondern auch auf das Vermögen ausgedehnt werde. Wir sind überzeugt, daß die Furcht vor einer solchen Civilverantwortlichkeit oft heilsamer wirken würde, als die Furcht vor peinlichen Strafen, welche als äußerstes Mittel nicht leicht angewendet werden. —

Selbstverständlich darf der Souverän sowenig durch mündlichen oder schriftlichen Befehl einen Minister der Verantwortlichkeit entziehen, als einen verurtheilten Minister begnadigen, es sei denn auf Verlangen des Hauses, von dem die Anklage ausgegangen. Rößler will diese Beschränkung der königlichen Prärogative nur soweit gelten lassen, als sie die Unfähigkeitserklärung betrifft, weil es der Autorität des Souveräns widerspreche, positive Strafen in irgend einem Falle nicht mildern zu dürfen und meint, die Könige von England hätten das so begrenzte Begnadigungsrecht stets besessen.

Indeß dies Citat beweist für Rößler selbst zuviel. Soweit uns bekannt, ist in England das Begnadigungsrecht des Königs für einen verurtheilten Minister überhaupt nicht beschränkt, also auch die Strafe der Amtsentsetzung und Amtsunfähigkeit kann erlassen werden, wie aus Bowyers 319 Bemerkungen implicite folgt.

„The statute 12 and 13 Wm. III. does not restrain the crown from pardoning after judgment on an impeachment and only prevents the person impeached availing himself of the pardon to stop the procedings before judgment." Man hält in England offenbar durch die parlamentarische Regierung die Volksrechte für genügend gegen Ministerwillkühr gewahrt und glaubt deshalb das Begnadigungsrecht nicht einschränken zu sollen. Unter den neuen Verfassungen könnte man nur aus dem § 152 des frühern hannoverschen Landesverfassungsgesetzes von 1848 etwas ähnliches folgern. Es heißt dort: „Abolition und Begnadigung sind ausgeschlossen. Hinsichtlich der gemeinrechtlichen Folgen behält es bei der ordentlichen Rechts- und Gerichtsverfassung sein Bewenden."

Man könnte danach sagen, sowie neben der Strafe der Amtsentsetzung und Unfähigkeit die gewöhnlichen Strafen bestehen bleiben, so bleibt es für letztere bei dem ordentlichen Gange der Justiz, welcher das Begnadigungsrecht statuirt. Immerhin ist aber diese Interpretation nicht unzweifelhaft, weil im Vordersatz einfach Abolition und Begnadigung ausgeschlossen worden. Alle andern Verfassungsurkunden geben auch nicht einmal dem Zweifel Raum. So heißt es in der belgischen Verfassung:

Art. 73. Le roi a le droit de remettre ou de réduire les peines prononcées par les juges sauf ce qui est statué relativement aux ministres.

Art. 91. Le roi ne peut faire grâce au ministre condamné par la Cour de Cassation, que sur la demande de l'une des deux Chambres.

Preußische Verfassung Art. 49. „Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung." Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag derjenigen Kammer ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgegangen ist.

Wir halten diesen Modus auch für den allein richtigen. Die Ministeranklage ist im constitutionellen Staatsrecht etwas so einziges in ihrer Art, daß hier die königliche Prärogative weichen muß. Wenn ein Minister, der das Gesetz verletzt, durch ein persönlich intimes Verhältniß zum Souverän der Begnadigung von gemeinrechtlichen Strafen sicher wäre, also wüßte, daß ihm schlimmsten Falls nur der Verlust seines Amtes drohte, so würde sich die verfassungsmäßige Anklage schwerlich als ein wirksamer Zügel beweisen. Rößler kann seinen Satz auch schließlich nur durch die ziemlich gesuchte Wendung vertheidigen, daß die Unfähigkeitserklärung weniger eine Strafe als die

Feststellung einer Eigenschaft sei, während uns in der negativen Qualification, daß jemand fortan auch unfähig sei, ein Staatsamt zu bekleiden, eine sehr positive Strafe zu liegen scheint. Andrerseits versteht es sich von selbst, daß in dem umgekehrten Falle, wo der König einen Minister vor dem Staatsgerichtshof anklagen läßt, keine einseitige Indemnität der Landesvertretung denselben von einer Verurtheilung befreien kann. Die Frage der parlamentarisch zu gewährenden Indemnität bedarf übrigens um so mehr in Deutschland der gesetzlichen Fixirung, als sowohl die meisten Verfassungen hierüber keine bestimmten Vorschriften enthalten und die bedeutendsten Staatsrechtslehrer geradezu irrige Ansichten darüber vortragen. So sagt z. B. Rönne, die Genehmigung einer Octroyirung (d. h. einer Verordnung mit provisorischer Gesetzeskraft) enthalte recht eigentlich das, was im englischen Staatsrecht als Bill of indemnity bezeichnet werde und Rößler (II, 84) behauptet geradezu, die Indemnitätsbill sei kein Gesetz, sondern nur eine Resolution des Unterhauses. —

Das Gegentheil ist die Wahrheit, nur durch ein formelles Gesetz, kann in England Indemnität für Minister wie für andere Personen ertheilt werden, nicht blos das Unterhaus hat deshalb eine Resolution zu fassen, sondern das Ministerium muß, wie bei jedem andern Gesetz, eine Bill einbringen, welche beide Häuser zu passiren hat und dann der Sanction der Krone unterliegt. Nur dieser Weg kann den Zweck erfüllen, dem Betreffenden aus einem höheren politischen Interesse Straflosigkeit für die Uebertretung der Gesetze zu gewähren, denn nur ein neuer gesetzlicher Act hat den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gegenüber die Kraft einer res judicata, während ein bloßer Verzicht des Anklageberechtigten, wie er durch die Resolution des Unterhauses ausgedrückt wäre, den Uebertreter keineswegs vor einer Civil- oder Criminalklage sichert. Man sollte daher unterscheiden zwischen „nachträglichen Genehmigungen", wie sie bei Etatsüberschreitungen vorkommen, und eigentlicher Indemnität, und eine solche, wie in England, auch bei uns nur in der strikten Form des Gesetzes gewähren. —

In dieser Weise meinen wir, wäre die Ministerverantwortlichkeit künftig im preußischen Staate zu ordnen, und wir schließen diese Ausführungen mit dem Ausdruck unserer Ueberzeugung, daß es auch im Interesse der ersten Räthe der Krone ist, den Art. 44 der Verfassung zu einer praktischen Wahrheit werden zu lassen. Erst wenn die Minister sich dem Monarchen gegenüber auf ihre effective Verantwortlichkeit berufen können, gewinnen sie die Autorität, welche ihnen im repräsentativen Staatswesen gebührt.

Literatur

Ludwig Häusser's Geschichte der französischen Revolution 1789 bis 1799. Herausgegeben von Prof. W. Oncken. (Berlin, Weidmann'sche Buchhandlung. 1867. — 606 S. in 8°.)

Unter obigem Titel hat Professor W. Oncken, ein Schüler Häusser's, die Vorträge herausgegeben, welche der verewigte Patriot und Historiker, wie alljährlich, in dem Sommersemester 1860 über den wichtigsten Abschnitt der neueren Geschichte gehalten. Nicht nach des Lehrers eigenen Aufzeichnungen, sondern nach des Zuhörers stenographischer Niederschrift ist der Text dieser Vorträge festgestellt und herausgegeben worden: damit ist zugleich gesagt, daß es sich nicht um das Resultat rein wissenschaftlicher Forschung, nicht um ein selbständige Bedeutung beanspruchendes historisches Werk, sondern um eine geschlossene Reihe interessanter Vorträge handelt, welche vor einem bestimmten Zuhörerkreis gehalten und zunächst nach den Ansprüchen desselben bemessen waren. Ist auch aus gelegentlichen Quellenangaben ersichtlich, welches Material von dem Vortragenden vorzugsweise benutzt worden, so handelt sichs im Großen und Ganzen doch mehr um eine geistreiche und präcise Darstellung der Resultate früherer Forschungen, wie um eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen Quellenschriftstellern und deren divergirenden Auffassungen. Auch die Eintheilung und die Art und Weise der Behandlung des Stoffs bekunden, daß wir es nicht mit einem specifisch wissenschaftlichen Buch, sondern mit einer Reihe akademischer Vorlesungen zu thun haben, wie sie von einem Meister der Rede zum Behuf directer Wirkung auf die Zuhörer gehalten worden: jeder einzelne Abschnitt fügt sich zu einem selbständigen, von individuellem Leben durchdrungenen Ganzen zusammen und der aufmerksame Leser kann Anfang und Ende jeder einzelnen Vorlesung erkennen.

Das vorliegende Buch zerfällt in zehn Abschnitte, in welche ein interessantes, nach berliner Original-Acten ausgearbeitetes Fragment „Preußen und Polen 1791—92" eingeschoben ist. Vielleicht den glänzendsten Theil des Ganzen bildet die „Frankreich vor der Revolution" überschriebene, 129 Seiten umfassende Einleitung, in welcher der Meister seine souveräne Herrschaft über den ungeheuern Stoff in wahrhaft großartiger Weise bekundet. In gleich beschränktem Rahmen ist vielleicht niemals ein so lebensvolles, alle Gebiete des staatlichen, gesellschaftlichen und literarischen Lebens umfassendes Bild von den Zuständen des französischen ancien régime entworfen worden. Der Staatsorganismus wird auf einigen wenigen Blättern mit wunderbarer Klarheit blosgelegt und setzt den Leser in den Stand, die im weitern Verlauf mitgetheilten Staatsveränderungen unter Ludwig XIV. und seinen Nachfolgern ihrem Wesen nach zu verstehen und mit den Bezeichnungen für die verschiedenen Theile der Staatsmaschine jedesmal klare Begriffe zu verbinden. Charakter und Einfluß der revolutionären Literatur sind in genaueren Ausführungen über die drei hervor-

ragendsten Schriftsteller der Zeit, Voltaire, Rousseau und Montesquieu besprochen; den Encyklopädisten wird leider kein besonderer Abschnitt gewidmet, obgleich diese auf die Anschauungen der Massen des revolutionären Zeitalters den nachhaltigsten Einfluß ausgeübt haben. Die gesellschaftlichen Zustände des alten Frankreich werden in der Jugendgeschichte Mirabeaus so unübertrefflich geschildert, daß der Verf. sich mit Recht alle weiteren Ausführungen über dieselben ersparte.

Geradezu meisterhaft müssen die kurzen Abschnitte genannt werden, welche von der Periode der reformatorischen Experimente 1774—1789 handeln und die Systeme Turgots, Neckers, Calonnes ꝛc. mit taciteischer Gedrungenheit charakterisiren; die wesentlichen Merkmale der Systeme, mit welchen die einzelnen Staatskünstler die Schäden des kranken Reichs zu heilen versuchten, sind so glücklich zusammengefaßt, daß sie sich vor dem geistigen Auge des Lesers plastisch zusammenfügen und jede Verwechslung, Verwirrung oder Vermischung ausschließen. Die ungeheuern Fortschritte, welche die Wissenschaft seit den letzten Decennien gemacht hat, treten auf das deutlichste hervor, wenn man die betreffenden Abschnitte des vorliegenden Buchs mit den Darstellungen Schlossers vergleicht, der als Lehrer Häussers auf Anschauungen und Arbeitsmethode dieses letztern doch wieder von unleugbarem Einfluß gewesen ist. Während Schlossers rasche und absprechende Urtheile wesentlich auf den unerschütterlichen Glauben an gewisse Doctrinen zurückzuführen sind, deren Verhältniß zu der Masse der überlieferten Thatsachen kaum geprüft wird, stützt Häussers Beurtheilung sich auf wirkliche Herrschaft über das Material, mindestens auf die genaue Kenntniß der Cahiers und der Hauptschriftsteller. Diese sind so sorgfältig durchgearbeitet, daß die Nichtbenutzung einzelner neuerer Forscher, namentlich der nachgelassenen Schriften Tocquevilles, kaum bemerkbar ist.

Was die Geschichte der Revolution im engeren oder überlieferten Sinne des Worts anlangt, so macht es sich bei der Darstellung derselben allerdings häufig geltend, daß Häusser durch die Rücksicht auf den beschränkten Zeitraum, innerhalb welches er den ungeheuren Stoff zu bewältigen hatte, an dem Eingehen auf interessante Einzelheiten verhindert war. Gerade bei der Geschichte der Jahre 1791—1796 sind diese aber unentbehrlich; schon die unabsehbar lange Reihe der handelnden Personen, von denen jede eine Literatur hinter sich hat, läßt die Zusammendrängung in einzelne große Gemälde als Calamität erscheinen, zumal den großen dramatischen Katastrophen, welche an Barante, Sybel und der Histoire parlamentaire bereits classische Darsteller gefunden haben, nur durch das Eingehen auf Details neue Seiten abgewonnen werden können. Gerade in den Jahren 1792 bis 1795 häufen sich die Ereignisse so rasch, gewinnen die einzelnen Episoden der revolutionären Entwicklung eine so nachhaltige Bedeutung, daß es dem Darsteller trotz der sorgfältigsten Oeconomie in Vertheilung und Anordnung des Stoffs kaum möglich ist, auf einem beschränkten Raum alle Fragen des Lesers ausführlich zu beantworten. Den engen Zusammenhang zwischen der innern und der äußern Politik der Girondisten, die beständige Einwirkung der polnischen und orientalischen Frage auf die Haltung der zur Rettung Ludwigs XVI. verbündeten Monarchen, endlich das Verhältniß der jacobinischen Staatskunst zu den volkswirthschaftlichen Plänen St. Justes, — **Beziehungen**, welche den älteren **Bearbeitern** der Revolutionsgeschichte kaum bekannt waren und erst durch neuere Forschungen ans Licht gezogen

worden sind, — diese gleichzeitig in den Gang der großen pariser Ereignisse hinein zu verarbeiten und doch der Einheit des Ganzen ihr Recht zu lassen, ist eine Aufgabe, deren Lösung innerhalb des engen Rahmens von kaum 300 Seiten nur auf Kosten von Einzelheiten erzielt werden kann, die doch nur ungern vermißt werden. Nichtsdestoweniger bewährt sich auch hier das reiche Talent Häusser's, mit wenigen Worten viel zu sagen, in oft überraschender Weise. Abgesehen von der größeren Ausführlichkeit, welche auf die Einleitung und die Geschichte der beiden ersten Jahre verwendet ist und die der Rechtfertigung nicht erst bedarf, weil sie das Verständniß der folgenden Ereignisse wesentlich bedingt, herrscht in der Behandlung der einzelnen Phasen des furchtbaren Dramas das vollständigste Ebenmaß und nirgend wird bemerkbar, daß der auf eine bestimmte Anzahl von Stunden beschränkte Lehrer dazu gezwungen worden, die Schlußcapitel gedrängter und eiliger zu behandeln, als die früheren Abschnitte. Es erscheint durchaus gerechtfertigt, daß die Theilnehmer der Action je nach der Wichtigkeit der Rolle, welche sie gespielt, nicht nach dem Interesse, welches sie an und für sich haben, behandelt werden. Von manchen hätten wir allerdings gern ausführlicher gehört. Die einzelnen Charakteristiken, welche Häusser von den Hauptpersonen, wie Mirabeau, Robespierre, Danton, Bonaparte (mit der Beurtheilung St. Justes ließe sich streiten) u. s. w. entwirft, reizen das Verlangen des Lesers nach entsprechenden Beurtheilungen der übrigen Acteure, denn gerade in der lebendigen Auffassung und dem feinen Verständniß für die einzelnen Charaktere bewährt sich Häussers historisches Talent am glänzendsten.

Freilich tragen die Kürze und Gedrungenheit des vorliegenden Häusser'schen Buchs wiederum dazu bei, demselben die eigenthümliche Bedeutung zu geben, welche es — unseres Erachtens — in der neueren historischen Literatur der Deutschen haben wird. Es hat die Bestimmung, ein Volksbuch über französische Revolutionsgeschichte im edelsten Sinne des Worts zu sein. An ausführlichen, in wissenschaftlicher Absicht geschriebenen Werken über den in Rede stehenden Zeitabschnitt haben wir keinen Mangel, zumal die hervorragenderen französischen Arbeiten auch der Mehrzahl unserer Leser zugänglich sind. Ein Volksbuch, das die Geschichte der J. 1779—1799 weiteren Kreisen der Gebildeten unserer Nation zugänglich machte und ein wahres Verständniß auf Grund der neueren Forschungen ermöglichte, hat es bis jetzt noch nicht gegeben. Bis in unsere Tage hinein waren die abenteuerlichen Vorstellungen, welche das Restaurationszeitalter über die Männer von 1789 in Curs gesetzt hatte, in der Schule und in manchen Classen der deutschen Gesellschaft die herrschenden. Diese Lücke ausgefüllt und damit dem früh verstorbenen Autor der „deutschen Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zum wiener Congreß" einen neuen Anspruch auf die Dankbarkeit des Volksgedächtnisses gesichert zu haben, ist das unbestreitbare Verdienst des gewissenhaften Herausgebers.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**

Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift
für
Politik und Literatur.

№ 7.
Ausgegeben am 14. Februar 1868.

Inhalt:

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

Der hannoversche Provinzialfonds und der preußische Landtag.

✕ Die erste Februarwoche des laufenden Jahres hat zu Debatten des preußischen Landtags Veranlassung gegeben, welche an Bedeutung und Interesse alles hinter sich ließen, was seit Jahren in dem Hause am Dönhofsplatz verhandelt worden. Dieses Interesse mußte um so bedeutender und nachhaltiger sein, als dem Zusammentritt des preußischen Landtags gerade von Denen mit dem Gefühl einer gewissen Befangenheit entgegen gesehen worden war, welche von den Resultaten der kurz zuvor beschlossenen Reichstagssession mit voller Befriedigung geschieden waren. Vielfach fürchtete man einerseits die Wiederkehr jener bekannten „Temperatur", welche bis zum Jahre 1866 im Hause der Volksvertretung Preußens geherrscht und schließlich zu einem Mißbehagen in ganz Deutschland geführt hatte, und andererseits sah man einer Reihe von Auseinandersetzungen zwischen den alten und neuen Provinzen entgegen, die sich bei der Unbekanntschaft mit dem Maß der für das große Werk der Organisation disponibeln Arbeitskräfte nicht übersehen ließen War doch das Gefühl, durch die Ereignisse des Sommers 1866 auf einen „neuen Boden" gelangt zu sein, im außerpreußischen Deutschland von Hause aus stärker und entschiedener, als in einem großen Theil des Staats, der der Träger der ganzen Neugestaltung des Vaterlandes gewesen war; sich auf das alte, im modernen Sinne „vormärzliche" Preußen besinnen zu können und besinnen zu müssen, war für die alte Bevölkerung des norddeutschen Großstaats ein natürliches Erbtheil, für die neuen Bürger dieses Staats und die Genossen der übrig gebliebenen Bundesstaaten eine von mindestens gemischten Empfindungen begleitete Nothwendigkeit gewesen. Die Präsidialmacht des norddeutschen Bundes mit ihrem Kanzler, der zugleich und in diesem Verhältniß ausschließlich Träger der nationalen Idee war, ihrem neugeschaffenen, durch keine Vergangenheit beengten Beamtenpersonale repräsentirte gleichsam das ideale Preußen, den Staat, nach dessen Gemeinschaft sich alle diejenigen gesehnt hatten, welche des kleinstaatlichen Jammers und seiner Kirchthurmsbeschränktheit müde, die moralische Eroberung Deutschlands durch das Piemont des Nordens erharrt hatten. Daß es neben diesem noch ein

anderes Preußen mit den Reminiscenzen eines selbstmörderischen Conflicts, mit bureaukratisch-geheimräthlichen Traditionen, mit mangelhaft entwickeltem Provinzial-, Kreis- und Communalleben und ausgesprochen partikularen Eigenthümlichkeiten gebe, daß dieselben Männer, welche auf dem Reichstage die Schöpfer einer neuen Ordnung der Dinge gewesen, sich in den gegebenen Rahmen dieses Staats zu schicken und ihre vielleicht mehr in thesi als in praxi überwundene Stammeseigenthümlichkeit nicht gegen ein deutsches Bewußtsein, sondern gegen eine Existenzform auszutauschen hätten, die ihnen nur für eine neue Art von „Partikularismus" galt — das alles mußte jedem, der der Entwicklung der letzten Jahre gefolgt war, beim Zusammentritt des Landtags der preußischen Monarchie die Ueberzeugung nahe legen, daß es sich um eine zweite Probe der Haltbarkeit und Lebensfähigkeit der neugeschaffenen Verhältnisse handle, welche die erste vielfach an Wichtigkeit überrage. Die materielle Differenz zwischen den Existenzbedingungen des preußischen Parlaments und denen des Reichstags repräsentirte gleichsam die Summe dessen, was die preußische Entwicklung der letzten Jahrzehnte Deutschland und der nationalen Sache schuldig geblieben war.

Nirgend mag die Empfindung für die Schwierigkeiten, deren Ueberwindung es seit dem November vorigen Jahres galt, verschärfter und deutlicher vorhanden gewesen sein, als im Schooß der nationalliberalen Partei. Der feste Boden, auf welchem dieselbe im Reichstag gestanden hatte, fehlte ihr in dem Abgeordnetenhause des preußischen Landtags beinahe vollständig. Aus Compromissen zu Stande gekommen, war ihre raison d'être von Hause aus in Berlin, Königsberg, Breslau, Stettin u. s. w. eine andere gewesen, wie in Kassel, Hannover oder Wiesbaden; hier stand man zunächst der süßen Gewohnheit kleinstaatlichen Daseins kampfgerüstet gegenüber, dort hatte man es mit der Allgewalt der demokratischen Doctrin zu thun und mit einer Regierung, die wesentlich an der inneren Politik der Conflictsjahre festhielt. Und noch mehr: selbst unter den altpreußischen Gliedern der Partei waren vielfach verschiedene Ansichten darüber herrschend, wie man sich zu den Fragen des innern und äußern Staatslebens, zu der Regierung und dem leitenden Minister, zu den Gegnern und ehemaligen Freunden auf der linken Seite des Hauses zu verhalten habe. Die Einen sahen sich als Glieder der Fortschrittspartei an, welche nur bezüglich der deutschen Frage von den Waldeck, Schulze, Löwe ꝛc. differirten, die Anderen standen mehr oder minder auf dem Standpunkt des Altliberalismus und wollten mit einem großen Theil der Traditionen von 1864 und 1865 förmlich gebrochen wissen; wieder Andere stellten sich einzig darum auf den Boden der neuen Thatsachen, weil sie kein anderes Mittel kannten, um dem Liberalismus resp. der Demokratie Antheil an einer Neugestaltung Deutschlands zu sichern, welche sich nicht mehr ändern ließ. Bereits der zu

den zweiten Reichstagswahlen erlassene Aufruf des berliner Ausschusses der nationalliberalen Partei hatte zu Betrachtungen über die Verschiedenheit innerhalb der Partei Veranlassung gegeben, und nur die Natur der auf dieser Versammlung verhandelten Gegenstände hatte es mit sich gebracht, daß die Einheit der Fraction damals ungestört blieb. Aehnlich verhielt es sich während der ersten Wochen der Landtagssession. Aber schon im November machte sichs geltend, daß die Partei der wichtigsten von allen vorliegenden Fragen ohne festes Programm entgegengegangen war und daß die Feststellung dieses Programms, wenn die Fraction anders beisammen bleiben sollte, nicht möglich sei. Diese Frage, die trotz ihrer eminenten Wichtigkeit als eine offene behandelt worden war, war die nach der Organisation der neuen Landestheile, nach dem Verhältniß, in welchem die neuen Provinzen zu den alten stehen sollten.

Nur aus dem eigenthümlichen Verhältniß, in welchem unsere Presse von Alters her zu dem öffentlichen Leben und seinen Parteien gestanden, ist zu erklären, daß die im Schooß der nationalliberalen Partei herrschenden Verschiedenheiten nicht schon früher Gegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit geworden und daß man die Abwesenheit eines nationalliberalen Programms über das Verhältniß der neuen zu den alten Provinzen wie eine selbstverständliche Thatsache hingenommen hat. Die oberflächlichste Lecture der Zeitungen, welche für Organe unserer Partei gelten, mußte zu der Ueberzeugung führen, daß es derselben ebenso an einheitlicher Leitung wie an der gehörigen Klarheit über die Punkte gebrach, auf welche es für die inneren preußischen Fragen wesentlich ankam. Es läßt sich darüber streiten, inwieweit von der Parteipresse Unterordnung unter die Ansichten und Beschlüsse der parlamentarischen Fractionsmajorität gefordert werden kann: zweifellos aber möchte sein, daß Uebereinstimmung in Cardinalfragen ebenso unentbehrlich ist, wie das Zusammenwirken bezüglich der Popularisirung und allseitigen Erörterung der Gegenstände, um welche es sich in erster Reihe handelt. An diesen beiden Erfordernissen zu erfolgreicher politischer Action hat es fast vollständig gefehlt: gerade die berliner Blätter, welche den Verhandlungen der Natur der Sache nach am Nächsten stehen, zum Theil durch die nationalliberale Correspondenz direct aus dem Schooß der Fraction versorgt werden, sind über die Organisationsfragen und über die Rolle, welche dieselben innerhalb der Partei spielen, gleich schweigsam wie über andere Dinge beredt gewesen und haben die zerstörenden Wirkungen, welche die Entscheidung über den Provinzialfonds ausübte, zu einer Ueberraschung für ihre Leser werden lassen. Damit hängt zusammen, daß auch dem andern Erforderniß erträglichen Parteizusammenhangs, der Uebereinstimmung in den Hauptpunkten, seitens der Presse nur sehr mäßige, um nicht zu sagen mangelhafte Rech-

nung getragen worden ist. Wir reden nicht von den letzten Wochen, in denen die Presse nur die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei wiederspiegelte, sondern von dem Vorläufer der brennenden Frage von heute, der Entscheidung über das hessische Provinzialvermögen, welche im August v. J. zur Sprache kam und von den berliner Organen unserer Partei in beinahe schneidendem Gegensatz zu den Anschauungen des größten Theils der nationalliberalen Provinzialpresse beurtheilt wurde. Es lag nah genug, aus diesem einen Umstande Schlüsse ernstester Art für die Zukunft der Partei zu ziehen, welche für die Hauptträgerin der neuesten Aera preußisch-deutschen Staatslebens gilt. Aber diese Schlüsse wurden nicht gezogen, die Meinungsverschiedenheit über das hessische Provinzialvermögen wurde wie eine vereinzelte, an und für sich bedeutungslose Angelegenheit bei Seite gesetzt und quasi re bene gesta zur Tagesordnung übergegangen, der § 84 der preußischen Verfassung, die Frage nach dem Modus der Behandlung des Budgets discutirt u. s. w. Freilich ließ sichs nicht ganz vermeiden, daß die Berathung einzelner Budgetposten die Reorganisationsfrage berührte und daß der Mangel einer prinzipiellen Stellung zu derselben empfindlich zu Tage trat, sobald die leidigen Provisorien durch Definitiva ersetzt werden sollten, die eigentliche Katastrophe wurde aber doch hinausgeschoben und ist erst in den letzten Tagen, wenn nicht zum Austrag, so doch zum Platzen gekommen.

Einer ziemlich weit verbreiteten Anschauung nach besteht die Aufgabe der nationalliberalen Partei wesentlich darin, die deutsche Politik des Grafen Bismarck zu unterstützen, das begonnene Einigungswerk seinem Abschluß entgegenzuführen. Für den Reichstag hat sich die Richtigkeit dieser Formulirung bewährt; wie ist dieselbe auf den preußischen Landtag anzuwenden? Die conventionelle Antwort lautet: durch möglichsten Ausbau der durch die Verfassung gebotenen freiheitlichen Institutionen ist Preußens Attractionskraft zu erhöhen und die innere Politik dieses Staats mit der äußeren in Einklang zu bringen. Wir wollen die Richtigkeit dieser Sätze nicht in Frage stellen, möchten aber bestreiten, daß dieselben die aufgeworfene Frage vollständig beantworten. Ganz abgesehen davon, daß der Einfluß der liberalen Partei auf ein siegreiches, bis dahin von einer zahlreichen conservativen Fraction unterstütztes Ministerium so entschiedene Grenzen hat, daß z. B. die Entlassung des Grafen zur Lippe eine Ueberraschung für alle Theile gewesen ist, es muß bestritten werden, daß das Schlagwort „Entwickelung freiheitlicher Institutionen" bereits identisch sei mit der Erhöhung der preußischen Attractionskraft; eine wesentliche Bedingung derselben wird es vielmehr sein, die Einverleibung der neuerworbenen Provinzen in den Einheitsstaat ohne Störung des organischen Lebens der ersteren und ohne Schwächung der Einheitlichkeit des letzteren zu vollziehen, mit andern Worten, eine wirklich lebendige Assimilations-

fähigkeit des preußischen Staats zu bewähren. Träger dieser Aufgabe mußte — wie wir die Dinge ansehen — die nationalliberale Partei sein und nur wenn sie dieser Aufgabe gerecht wurde, durfte sie sich rühmen, die äußere Politik Preußens wirksam unterstützt, ihre Fähigkeit zu künftiger Uebernahme der Regierung ausgewiesen zu haben. Ob und inwieweit das geschehen ist und geschehen wird, entscheidet über ihren Werth.

Wenn wir den Gang der Verhandlungen über den hannoverschen Provinzialfonds, der bedeutendsten aller Fragen über die künftige Organisation der neuen Provinzen, richtig verstanden haben, so haben die übrigen Landtagsparteien den Nationalliberalen Verständniß und Lösung dieser Aufgabe nicht eben schwer gemacht. Die Demokratie, welche sich noch jüngst „deutsche" Fortschrittspartei nannte, hat ihre Unfähigkeit, mit andern als den Hilfsmitteln der alten Schablone zu arbeiten, kaum je deutlicher bewiesen, als in den Debatten vom 4., 5. und 6. Februar dieses Jahres; die Conservativen haben den Standpunkt schroffen Altpreußenthums so unzweideutig wie möglich behauptet, die Parteien des linken und rechten Centrums sind außer Stande gewesen, zu der brennenden Frage eine feste Position zu gewinnen. Von mehr wie einer Seite her wurde sogar das wunderliche Auskunftsmittel ergriffen, die hannoversche Provinzialfonds-Angelegenheit für keine politische zu erklären und diese Auffassung mit dem Umstande zu stützen, daß in der Mehrzahl der vorhandenen Parteien keine feste Stellung zu derselben genommen worden. Es handele sich — so wurde vielfach behauptet — um eine bloße Abrechnung zwischen den alten und den neuen Provinzen, bei welcher die Entscheidung über die juristische Klagbarkeit der hannoverschen Ansprüche den Ausschlag gebe, und die Verschiedenheit der Anschauungen über diese sei nicht politischer, sondern wesentlich juristischer Natur. Eine Angelegenheit, welche für das Verhältniß des Ministeriums zu den Conservativen entscheidend geworden, auf diese Weise ihrer politischen Bedeutung entkleiden zu wollen, scheint uns ein mehr wie waghalsiges Unternehmen zu sein. Nichtsdestoweniger wurde an demselben consequent festgehalten; die bedeutendsten der in jenen Tagen gehaltenen Reden drehten sich darum, ob der Anspruch Hannovers nicht eine rechtliche Zurücksetzung der alten Provinzen bedeute; die ministeriellen Wünsche für Anbahnung provinzieller Selbstverwaltung wurden mit Hinweisen darauf beantwortet, daß das Recht zur Verwendung einer bestimmten Summe noch nicht mit Verwaltung derselben identisch sei und der Diest'sche Antrag verlangte in angeblich folgerechter Weiterentwickelung des ministeriellen Gedankens vor allem eine Vorlage behufs Erweiterung des den alten Provinzen zustehenden Selbstverwaltungsrechtes. Und doch lag die Bedeutung dieser Frage ganz wo anders: es handelte sich weder um die Entscheidung einer stricten Rechts- und Rechnungssache, noch um die Bevor-

zugung einer Provinz vor der andern, weder um das Prinzip provinzieller Selbstverwaltung für die neue Provinz, noch um eine Anwendung desselben auf die übrigen Theile des Staates, sondern darum, inwieweit die Ordnungen des alten preußischen Staats für den neuen deutschen Staat maßgebend sein sollen. Wäre die abgestandene Phraseologie vergangener Tage auf die veränderten Verhältnisse der Gegenwart anwendbar, wir würden sagen, es handelte sich darum, ob Deutschland in Preußen aufgehen oder Preußen mit Deutschland zu einem neuen Staatsorganismus verbunden werden sollte. Nur aus der vollen Bedeutung dieser Alternative, deren sich ein großer Theil der Landtagsglieder wenigstens instinctiv bewußt gewesen ist, läßt sich die ungeheure Rolle erklären, welche die Debatten der vorigen Februarwoche im preußischen Parlament und in unserm öffentlichen Leben gespielt haben. Es hilft nichts, dieselbe zu maskiren und durch den Hinweis auf die untergeordnete Bedeutung des Verwendungsmodus einer halben Million Thaler zu verkleinern, oder sich über die verhängnißvollen Wirkungen derselben durch die Thatsache der Zersetzung der conservativen Partei zu trösten, — unter der einen oder der andern Form wird dieselbe Frage noch häufig wiederkehren und ohne ihre prinzipielle Entscheidung ist jeder Versuch zu einer heilsamen Reorganisation der Verwaltung in den neuen Provinzen vergeblich, von ihrer glücklichen Lösung ist die Zukunft der gesammten deutschen Frage wesentlich mitbedingt. Hätte sichs wirklich nur darum gehandelt, den Anfang für die Selbstverwaltung der Provinzen in Hannover zu machen, ein Conflict, wie der gegenwärtig zwischen der Regierung und den Conservativen ausgebrochene wäre unmöglich, die Bewilligung jener Summe für hannoverische Provinzialzwecke eine bloße question de date gewesen, das Ministerium hätte den Kardorffschen Antrag nicht als das kleinere von zwei vorhandenen Uebeln, sondern mit voller Seele angenommen. Nur weil die rechte Seite des Abgeordnetenhauses durchsehen ließ, daß sie dem Grafen Bismarck auf der Bahn der Concessionen an außerpreußische Eigenthümlichkeiten überhaupt nicht folgen wolle, hat der Ministerpräsident mit ihr gebrochen; eine einmalige Versagung des Gehorsams wäre nimmermehr ausreichend gewesen, Verbindungen von so langjähriger Dauer zu lösen, wie es die zwischen dem Grafen Bismarck und den Conservativen sind.

Wichtiger als das Verhältniß der Conservativen ist uns das, welches die Mittelparteien, welches vor allem die nationalliberale Fraction zu dem in Rede stehenden Gegenstande eingenommen haben, denn die Aussicht auf ihre Unterstützung liegt dem Ministerium am nächsten, wenn dieses die Verbindung mit den 118 Mitgliedern der Rechten wirklich aufgibt; wird uns doch seit Monaten versichert, im Schooße dieser Mittelparteien ruhe die Zukunft Deutschlands und Preußens. Von den vier Fractionen, welche zu

den Mittelparteien gerechnet werden, hat nur eine geschlossen gestimmt, die freiconservative. Diese Abstimmung ist aus doppelten Gründen leicht zu erklären: der Kardorffsche Antrag brach dem Prinzip, um welches es sich bei dem Kampfe der Meinungen handelte, in bequemer Weise die Spitze ab und die Partei, welcher der Antragsteller angehörte, war aufs höchste dabei interessirt, zum erstenmal in einer wichtigen Angelegenheit den Ausschlag geben zu können. So ist es geschehen, daß sie sich über eine einheitliche Haltung verständigte, ohne eine Entscheidung über die für das Organisationswerk maßgebenden Prinzipien zu fällen. Von den 16 Mitgliedern des rechten Centrums haben (unsrer Rechnung nach) 9 gegen den Kardorffschen Antrag gestimmt und die bedeutendsten Reden, welche gegen denselben gehalten, überhaupt in der Provinzialfondsfrage gesprochen worden, gingen von dem Freiherrn Georg von Vincke aus, der dieser Fraction sicher am nächsten steht. Die Majorität des linken Centrums (19 Stimmen) warf ihr Gewicht gleichfalls gegen das Ministerium in die Wagschale.

Wir kommen zu der nationalliberalen Partei. Nach den Eigenthümlichkeiten ihrer Zusammensetzung wie nach der Zahl der Stimmen, über welche sie zu gebieten hat, war vorauszusehen, daß die Entscheidung wesentlich von ihr abhängen werde. Eine Versöhnung der Gegensätze zwischen dem Altpreußenthum und den Interessen der neu erworbenen Staatsgebiete lag ihr am nächsten. Ihre Glieder hatten sich in dem Bekenntniß zu der deutschen Politik Preußens zusammengefunden, die Rücksicht auf das glückliche Zustandekommen des Einigungswerks war von ihnen jederzeit als die Hauptrichtschnur für die Behandlung aller übrigen Fragen bezeichnet und behandelt worden; von ihnen ließ sich erwarten, sie würden sofort den allein richtigen Gesichtspunkt für die Beurtheilung der Provinzialfondsangelegenheit finden und festhalten. Ganz abgesehen von dem Inhalt der Entscheidung, welche wir für die allein richtige halten, lag auf der Hand, daß die nationalliberale Partei sich derselben unter allen Umständen bemächtigen mußte, schon um den lange schuldigen Beweis zu führen, daß sie der Situation gewachsen, daß sie im Stande sei, die Arbeit zu bewältigen, von welcher thatsächlich die glückliche Lösung der deutschen Frage, soweit der preußische Landtag für dieselbe thätig sein kann, abhängt.

Das Zustandekommen der Bundesverfassung und die Annexion der eroberten Provinzen war auch von den Conservativen und deren nächsten Nachbarn gewollt worden, — die Fähigkeit zur Verwirklichung dieser Ziele und zur Beseitigung der aus denselben für Preußen erwachsenden Schwierigkeiten nahm die nationalliberale Partei, welche die besten Kräfte der neuen Provinzen an sich gezogen und mit den einsichtigsten Männern der alten Länder in Verbindung gebracht hatte, für sich in Anspruch.

Es ist Pflicht der Selbstzucht, offen einzugestehen: diesem Anspruche hat die nationalliberale Partei im vorliegenden Falle nicht genügt. Weder ist es ihr gelungen, aus der Entscheidung über den Provinzialfonds für sich selbst Capital zu schlagen, noch hat sie auch nur vermocht, den in ihrem Inneren herrschenden Gegensätzen die Rücksicht auf die déhors abzuzwingen und bei ihren eigenen Mitgliedern das Gefühl des Unbehagens zu überwinden, welches sich nachgerade aller Landtags-Vertreter der neuen Provinzen bemächtigt zu haben scheint, auch derer, die von ihrer preußischen Gesinnung im Reichstage die unwiderleglichsten Beweise geliefert haben. Wir haben vielmehr zwei Mal binnen einer Woche erleben müssen, daß eine beträchtliche Anzahl von Parteigenossen in Fragen von maßgebender Bedeutung gegen die Mehrheit der Fraction stimmten: das Gesetz über die Abfindung der Depossedirten zählte einige 30, das über den Provinzialfonds 21 nationalliberale Gegner. Man halte uns nicht entgegen, die Bill über die Depossedirten sei in der That heikler Natur gewesen, und das Interesse der nationalen Sache habe eine möglichst starke Minorität gegen dieselbe wünschenswerth gemacht; wenn es sich um die Feststellung des Maßes von Vertrauen handelt, welches die Partei zu der äußeren Politik der Regierung hat, so hat die Partei nur das eine Interesse: geschlossen aufzutreten und durch ihr Gewicht zu wirken — für oder wider die Regierungsvorlage, darauf kommt es nicht an. Eine Partei, welche mangelhafte Autorität auf die eigenen Glieder übt, kann eine solche bei der Regierung nicht beanspruchen, sie verringert ihren eigenen Werth und den Preis, den sie für ihre Zustimmung fordern kann. Bezüglich des Provinzialfonds ist dieses Verhältniß noch peinlicher gewesen; in dieser Frage, welche wie keine andere ein Kriterium für die Gesundheit der von den verschiedenen Parteien befolgten inneren Politik bot, haben die Nationalliberalen ihre innere oder äußere Ueberlegenheit über die übrigen Fractionen leider nicht bewiesen, sondern den Vortheil vollständig unbenutzt gelassen, den ihnen der Zwiespalt zwischen den Conservativen und dem Ministerium bot. Weder haben sie von der Frage, welche für die gesammte Organisation der neuen Provinzen und des neuen Staats präjudicirlich ist, Besitz genommen, noch ist es ihnen gelungen, durch festes Zusammenstehen den Beweis zu liefern, daß sie als Träger einer nationalen Politik die Schwierigkeiten nicht zu fürchten hätten, angesichts welcher die andern Parteien entweder Schiffbruch litten oder den Kopf in den Sand steckten. Im Gegentheil, ihre Abstimmung war ebenso zerfahren wie die der beiden benachbarten Parteien des Centrums und der Conservativen; ja diese Abstimmung lieferte nicht nur den Beweis, daß im Schooß der nationalliberalen Partei der Gegensatz zwischen Alt- und Neupreußen ebenso unüberwunden sei, wie bei

den andern Fractionen — sie ließ erkennen, daß es neben dieser noch andere unausgeglichene Differenzen gebe. Wie es innerhalb der Fraction ausgesehen, und wie groß die Minorität gewesen, welche aus Gehorsam gegen die Parteidisziplin für und nicht wider die Bill gestimmt hat, wissen wir nicht: die Tagespresse hat es nicht einmal für nothwendig gehalten, danach zu fragen. Bei der ziemlich weitverbreiteten Meinung, „freiheitliche Errungenschaften" seien nur von Werth, wenn sie zu Verfassungsparagraphen oder Parlamentsprärogativen geworden, hatte es überhaupt nicht ausbleiben können, daß die berliner Presse die Frage nach dem Verhältniß einer hannoverischen Rechtsgewohnheit zu den altpreußischen Institutionen mit kaum verhehlter Mißgunst und Geringschätzung behandelte.

Auf die Folgerungen, welche aus den Landtagsgeschicken des hannoverschen Provinzialfonds zu ziehen sind, weiter einzugehen, müssen wir uns für heute versagen. Ein Schluß aus denselben liegt aber zu nahe, als daß wir an ihm vorübergehen könnten: der, daß es in der bisherigen Weise nicht weiter gehen kann, wenn die Bezeichnung „nationalliberal" eine andere als die blos negative Bedeutung „weder reactionär noch fortschrittlich demokratisch" haben soll. Wir müssen wissen, wo die nationalliberale Partei künftig zu finden sein wird, ob im Lager des Altpreußenthums, welches durch einfache Ausdehnung ihrer Provinzialeinrichtung auf die neuen Provinzen das Organisationswerk zu vollbringen und die preußische Attractionskraft zu bethätigen gedenkt, ob wo anders, wir müssen wissen, ob der Schwerpunkt der Partei auf ihrem linken oder auf ihrem rechten Flügel liegt, oder endlich auf keinem von beiden gesucht werden muß. Herrscht keine Uebereinstimmung bezüglich der Cardinalfragen, so gebe man die Bezeichnung „Partei" auf und zwar ebenso für den Landtag wie für den Reichstag. Trägerin der Entscheidungen des Parlaments, welches die Beziehungen Preußens zu den verbündeten Staaten regelt, kann nur die Partei sein, welche im Stande ist, die Verbindung der annectirten Provinzen mit dem preußischen Staat nach einem festen und klaren Prinzip zu beiderseitiger Befriedigung durchzuführen. So lange es einen Landtag der preußischen Monarchie neben dem Reichstag gibt und die süddeutsche Frage noch der Lösung harrt, ist der Trost, der eine müsse gut machen, was der andere verdorben, ein leerer, denn er beruht auf der irrthümlichen Voraussetzung, der neue deutsche Staat habe den preußischen bereits überwachsen. Die nationale Reichtagspartei muß mit einer preußischen Organisationspartei identisch sein oder die Frage, inwieweit der preußische Staat, inclusive Landtag, in seiner bisherigen Gestalt überhaupt möglich geblieben ist, klopft an das Thor, noch bevor die Süddeutschen in dasselbe Einlaß gefunden.

Ein Trobador des 12. Jahrhunderts.

Als mit dem Ende des 4. Jahrhunderts germanische und asiatische Horden über das westliche Römerreich immer unaufhaltsamer hereinbrachen, da mußte bald unter dem wüsten Lärm barbarischer Zungen die feinere Stimme römischer Poesie und Beredtsamkeit verstummen. Jahrhunderte lang währte es, bis aus dem Schutte der zertrümmerten antiken Cultur die junge Blüte mittelalterlichen Denkens und Dichtens zu eignen selbständigen Gestaltungen erstarken konnte. War doch selbst die Sprache, welche schon lange vor dem losbrechenden Völkersturm im römischen Reiche viel von der strengen Reinheit des classischen Alters verloren hatte, durch die mannigfaltigsten Einflüsse neuer Idiome zu einer Verwirrung des gesammten Formen- und Satzbaues zerfallen, daß zu der Ausübung einer Poesie im höheren Sinne, zu einer Kunstpoesie die nöthigste Unterlage mangelte. Von allen Zweigen des romanischen Sprachstammes gelang es durch eigenthümlich günstige Umstände zuerst dem provenzalischen, sich zu einer deutlich abgegrenzten künsterisch zu verwerthenden Redeform auszubilden. Sein Gebiet umfaßte, weit über die Grenzen der heutigen Provence hinaus, das ganze südliche Frankreich und die nächstgelegenen Theile Spaniens; der zusammenfassende Name Provence und provenzalische Sprache erinnerte noch an die alte provincia romana der Cäsaren. Eine reiche, gern gewährende Natur, der äußere Wohlstand und der aufgeweckte Sinn der Bewohner waren der Pflege der Poesie in diesem gesegneten Himmelsstriche überaus günstig, und so mögen schon früh die Klänge der Viola vereint mit frohem Gesang die Erntefeste fröhlicher Landleute belebt haben. Aus dieser älteren Epoche eines von Jongleurs und Bänkelsängern geübten, wahrscheinlich meist epischen Volksgesanges ist nichts erhalten, und die poetische Literatur in provenzalischer Mundart oder (wie man sie nach der Bejahungspartikel im Gegensatz zur nordfranzösischen langue d'oil nannte) in der langue d'oc beginnt für uns erst mit dem Ende des 11. Jahrhunderts. Um das Jahr 1090 tritt uns als erster Kunstdichter, als erster „Trobador“ ein edler auch der Geschichte bekannter Fürst, Wilhelm IX. von Poitiers entgegen. Dieses plötzliche Auftauchen eines künstlerisch ausgebildeten, alle Regeln minutiösester Vers- und Reimkunst mit Leichtigkeit handhabenden Poeten möchte in der Geschichte aller Literaturen vielleicht einzig dastehen, und auch hier nur durch das spurlose Verschwinden vorangegangener Stufenglieder zu erklären sein. Ungefähr zu gleicher Zeit fiel die erschütternde Kunde von der Schändung des heiligen Grabes, von der Bedrängniß frommer Pilger durch die Ungläubigen wie eine Brandfackel

in die Gemüther der abendländischen Christenheit. In dem leichtentzündlichen Herzen der Südfranzosen schlug zuerst der Enthusiasmus für die Befreiung von der Schmach zu lichten Flammen empor und rasch sammelten sich kreuzgeschmückte Heere unter den Bannern der vornehmsten Adelsgeschlechter. In dieser Anspannung aller Kräfte zur Erreichung eines idealen Zieles, in dem eigenen Bewußtsein von der Größe der Aufgabe gewann die Idee des Ritterthums selbst eine edlere geistige Bedeutung. Wenn früher die Bethätigung blos körperlicher Kraft und Gewandtheit als einzig zu erstrebendes Ziel dem Ehrgeiz vorschwebte, so kamen jetzt auch die Würde der Gesinnung, die feinere Bildung des Geistes und der Sitten zur berechtigten Geltung. Dieser Aufschwung im Leben und Denken übte den unmittelbarsten Einfluß auf Inhalt und Form der provenzalischen Poesie, welche ja, wie Fauriel in seiner Histoire de la Poésie Provençale sagt, recht eigentlich „der Ausdruck ritterlicher Ideen, Gefühle und Handlungen“ ist. Und in der That, die hervorragenden Momente ritterlichen Wesens, kühner Muth in der Schlacht, zarte Verehrung der Frauen und endlich begeisterte Frömmigkeit bringt die Poesie der Trobadors in vollkommenster Weise zum dichterischen Ausdruck. Aber in diesen gemeinsamen Zügen aller mittelalterlichen Kunstdichtung hat die provenzalische Poesie doch so bestimmte, nur ihr eigenthümliche Nüancirungen aufzuweisen, daß die Beschäftigung mit ihr, auch abgesehen von dem sprachlichen und historischen Werthe der hinterlassenen Denkmäler, noch ein lebhaftes menschliches Interesse erregen muß.

Was zunächst die Verehrung der Frauen angeht, so ließ schon die von Natur kecke und sinnlich erregte Weise der Südfranzosen eine Ausartung in überirdisch himmelnde Anbetung nicht leicht aufkommen. Gleich der erste Dichter Graf Wilhelm von Poitiers, auf dessen Person sich allerdings manche sagenhafte Züge gesammelt haben mögen, wird als gefährlicher Held auf dem Felde galanter Abenteuer geschildert. „Der Graf von Poitiers — so führt ihn die alte Lebensnachricht mit origineller Einfachheit ein — war einer der „höflichsten“ Männer der Welt und ein großer Betrüger der Damen; und er war ein tapferer Ritter und hatte viel mit Liebeshändeln zu thun. Und er wußte wohl zu singen und zu dichten und zog lange Zeit durch die Welt, um die Damen zu betrügen.“ Die Gedichte des Grafen liefern zu diesen Angaben einen ausreichenden, wenn nicht immer sehr decenten, so doch stets feinen und witzigen Commentar. —

Als Beispiel heldenhafter Ritterlichkeit und ungebändigter Kampflust ragt unter allen Genossen Bertram von Born hervor. Sein Leben fällt in die wildbewegte Zeit bittersten Streites unter den Söhnen Heinrich II. von England, die bald untereinander in blutiger Fehde lagen, bald sich zur gemeinsamen Empörung gegen den Vater verbanden. Unermüdlich, durch

Unglück und Verluste nicht gehemmt, schiert Bertram den Haß, immer aufs neue hetzt er die Brüder gegeneinander, ruft er die mächtigen Barone zum Kampfe gegen des Lehnsherrn drückende Gewalt.

Als Freund und Rathgeber des „jungen Königs", wie der älteste Sohn Heinrichs II. genannt wird, war er die Haupttriebfeder aller Empörungen und Kriege, welche dieser tapfere und von allen Zeitgenossen hochgepriesene Fürst gegen den Vater und den Bruder Richard Löwenherz erregte. Bertram gesteht selbst, daß er den Kampf blos des Kampfes wegen liebe, ja daß ihm derselbe nöthiges Bedürfniß des Lebens sei. Eines seiner mächtigen Sirventese schließt, mit den Worten:

Nicht solche Wonne flößt mir ein
Schlaf, Speis' und Trank, als wenn es schallt
Von beiden Seiten: drauf! hinein!
Und leerer Pferde Wiehern hallt
Laut aus des Waldes Schatten,
Und Hilferuf die Freunde weckt,
Und Groß und Klein schon dicht bedeckt
Des Grases grüne Matten,
Und mancher liegt dahingestreckt,
Dem noch der Schaft im Busen steckt.

Dante, welcher den Dichternamen Bertrams hoch erhebt, läßt ihn im Inferno mit seinem vom Rumpf getrennten Haupte in der Hand seufzend einherwandeln, weil er im Leben den Sohn vom Vater, seinem natürlichen Haupte getrennt. Dem gegenüber ist es billig, hier noch einen Zug aus Bertrams Leben mitzutheilen, der ihn auch von einer milderen Seite zeigt und zugleich auf das Uebergewicht, welches sein großartiger Charakter ihm auch über siegende Feinde verlieh, ein helles Licht wirft. Ich folge der einfachen Erzählung der Handschriften möglichst getreu. — Der junge König Heinrich war gestorben und Bertram durch den Verlust des treuen Freundes in die äußerste Betrübniß versetzt, welcher Stimmung wir sein herrliches Klagelied auf den Tod des jungen Helden verdanken. Zu dieser Trauer kam noch die härteste äußere Bedrängniß. Heinrich II. hielt ihn in seiner Feste Autafort eng umschlossen und nach tapferer Gegenwehr wurde dieselbe mit Sturm genommen. „Bertram — so fährt die Lebensnachricht fort — wurde mit allen den Seinigen zum Zelte des König Heinrich geführt. Der König empfing ihn sehr übel und sprach zu ihm: „Bertram, Bertram, Ihr habt oft gesagt, daß nicht die Hälfte Eures Verstandes Euch Noth thäte zu keiner Zeit, aber wisset, daß Ihr ihn jetzt wohl ganz nöthig hättet." „Herr," erwiderte Bertram — „es ist richtig, daß ich dieses gesagt habe, und ich habe die Wahrheit gesprochen." „So habt Ihr ihn nun verloren," sprach der

König. „Wohl habe ich ihn verloren," erwiderte Bertram, „denn an dem Tage, da der tapfere junge König, Euer Sohn starb, da verlor ich Sinn und Verstand und Bewußtsein." Und der König, als er hörte, was Herr Bertram sagte, weinte über den Sohn und großer Jammer ergriff ihn, und er konnte sich nicht halten und wurde ohnmächtig vor Schmerz. Und als er von seiner Ohnmacht wieder zu sich gekommen war, da sprach er noch immer weinend: „Bertram, Bertram, wohl habt Ihr Recht, wenn Ihr Sinn und Denken verlort über meinen Sohn, der Euch mehr liebte, als irgend einen andern Mann auf der Welt. Und wegen der Liebe zu ihm gebe ich Euch Leib und Habe und Euer Schloß zurück, und schenke euch meine Gnade wieder und fünfhundert Mark Silbers für den Schaden, den Ihr durch mich gehabt." Bertram fiel ihm zu Füßen und dankte für seine Güte. —

Wenn ich oben religiöse Begeisterung als dritten Hauptimpuls provenzalischer Dichtung nannte, so ist hierunter jedoch keineswegs unbedingte Unterwerfung unter Roms drückende Geistesknechtung zu verstehen. — Als im 13. Jahrhundert die bekreuzten Mordbrennerbanden zur Ausrottung der Albigenser-Ketzerei in die wonnigen Provenzethäler einbrachen, da standen die Trobadors mit Leier und Schwert muthig zur guten Sache der Freiheit und schleuderten die keckſten Sirventese gegen die Uebergriffe priesterlicher Gewalt. Erklärte doch Papst Innocenz IV. in einer Bulle aus dem Jahre 1245 die provenzalische Mundart für eine Ketzersprache und verbot ihren Gebrauch den Studirenden. (Siehe Faurill I. 24). Auch gegen die übertriebene Wandersucht nach Palästina, welche das eigene Land der besten Kräfte beraubte, scheint sich bald der gesunde Sinn der Trobadors gerichtet zu haben. Markabrun, der noch in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts blühte, und also mit zu den frühesten Dichtern gehört, schildert mit ergreifender Innigkeit die Klagen eines verlassenen Mädchens, dessen Liebster dem allgemeinen Kreuzruf gefolgt ist. „O Jesus," spricht sie, „König der Welt, durch Euch erwächst mir großer Jammer, denn Eure Schmach zu rächen ziehen die Besten der Erde davon; und auch mein Freund hat mich um Euch verlassen." Als der Dichter (die Form des Gedichtes ist die eines Zwiegespräches) sie an die Belohnungen im andern Leben erinnert, antwortet das Mädchen mit der rührenden Naivetät des Schmerzes:

Herr — sprach sie drauf — das mag wohl sein,
Daß Gott von aller Noth und Pein
In jener Welt mich will befrei'n
Er der den Sündern gern vergibt, —
Doch hier büß' ich den Liebsten ein!

So entrollt sich das Bild der Trobadordichtung vor unsern Blicken als ein äußerst reiches und farbenvolles. Alle Interessen des Staates, der Kirche

und des Herzens kommen in den wohllautenden Strophen ihrer Canzonen und Sirventese zur Geltung. In dem wildesten Schlachtenlärm klingt die leise Klage sehnsuchtsvoller Liebe und wieder tönt das melodische Lachen des pfiffigen Schalks und Mädchenbetrügers. Die Poesie wurzelte eben in der lebhaftesten Theilnahme aller Gebildeten, und der geschickte Sänger konnte stets aufmerksamer Zuhörer und des ehrendsten Beifalls gewiß sein. Das belohnende Lächeln schöner Frauen ließ auch die Vornehmsten nach der Blume der Dichtung ringen. Mächtige Fürsten, wie König Alfons II. von Aragon und vor allem Richard Löwenherz, verschmähten nicht, als Trobadors sich mit dem geringsten Ritter in die Reihe zu stellen, während auf der andern Seite niedere Geburt dem Genius die Bahn zum höchsten Ruhme nicht verschloß. War doch Markabrun ein heimatloser Findling und Bernart von Ventadour, vielleicht der berühmteste aller Trobadors, der Sohn eines Ofenheizers.

Auf die Gründe des allmählichen Verstummens dieser reichen Sangeswelt näher einzugehen, würde die Grenzen meines Aufsatzes weit überschreiten. Mit dem Ende des 13. Jahrhunderts verschwindet ihre Spur aus der Geschichte; die Sprache sank zum Dialect herab. Der letzte Trobador, welcher noch einmal die erloschene Flamme der Begeisterung wieder anzufachen versuchte, ein begabter und kunstsinniger Dichter, war Guiraut Riquier. Sein Todesjahr und zugleich das der provenzalischen Minnedichtung war das Jahr 1294. Seine Bestrebungen scheiterten an der allgemeinen Erschöpfung der Geister nach den gewaltigen Stürmen der Albigenserkriege, sowie an dem immer mächtiger werdenden Vordringen des nordfranzösischen Elementes. Erst nach Jahrhunderten brachten forschende Gelehrte von den vergessenen Denkmälern einer dichterisch und menschlich reichbewegten Zeit erneute Kunde.

In die volle Blütezeit der geschilderten Dichtungsepoche, in das Ende des 12. Jahrhunderts fällt das Leben und Dichten des Trobadors G u i l l e m d e C a b s t a i n g, bei dessen Charakteristik wir etwas länger verweilen möchten. Wenn wir früher den Grafen Wilhelm als leichtfertigen Lebemann und höchst unzuverlässigen Liebhaber kennen lernten, so erscheint dagegen dieser andere Wilhelm als ein leuchtendes Beispiel unwandelbarer Treue im Leben, Dichten und — Sterben. — Ich erzähle von seinen Schicksalen in möglichst getreuem Anschluß an die alte Lebensnachricht, wie sie uns in der Laurenzianischen Handschrift erhalten ist.

„Raimon von Roussillon war ein tapferer Baron, wie bekannt, und hatte zur Gattin die Dame Margarida, die schönste Frau jener Zeit und am meisten gepriesen wegen aller vortrefflichen Eigenschaften und wegen ihrer guten und feinen Sitten. Und es kam, daß Guillem de Cabstaing, der Sohn eines armen Ritters von dem Schlosse Cabstaing, an den Hof Raimons von

Roussillon kam und sich ihm vorstellte, ob es ihm gefalle, daß er als Junker an seinem Hofe bleiben sollte. Herr Raimon, welcher sah, daß er schön und höflich war, und dem er von guter Art zu sein schien, sagte ihm, daß er willkommen sei. So blieb er bei ihm und benahm sich so wohl, daß groß und klein ihn lieb gewann. Und er wußte sich so hervorzuthun, daß Raimon ihn zum Pagen der Dame Margarida, seiner Gattin machte. Alsdann suchte Guillem sich in Wort und That immer mehr zu vervollkommnen. Aber wie es bei der Liebe zu geschehen pflegt, so kam es, daß die Liebe das Herz der Dame Margarida mit Sturm nehmen wollte und sie entflammte ihre Gedanken; so sehr gefiel ihr Guillems Wesen und seine Worte und seine Erscheinung, daß sie sich nicht halten konnte und ihm eines Tages sagte: „Sage mir Guillem, wenn eine Dame Dir Liebe zeigte, würdest Du wagen, sie wieder zu lieben?“ Guillem, der wohl merkte, wie sie es meinte, antwortete ganz unbefangen: „Gewiß, Herrin, wenn ich wüßte, daß ihr Benehmen aufrichtig sei.“ — „Bei Sanct Johann“ — sagte die Dame — „Du hast gut und nach Weise eines wackern Mannes geantwortet, aber jetzt will ich Dich prüfen, ob Du zu erkennen vermagst, welches Benehmen treu gemeint sei und welches nicht.“ Und Guillem sprach: „O Herrin, es geschehe, wie es Euch gefällt!“ Und er fing an nachzudenken und alsbald erregte die Liebe in ihm widerstreitende Gefühle und es drangen in die Tiefe seines Herzens die Gedanken, welche Liebe ihm sandte, und von nun an war er ein treuer Diener der Liebe und begann artige und galante Strophen zu dichten und gewinnende Lieder zu singen zur größten Freude seiner Dame. Und die Liebe, welche ihren Dienern gnädig ist, wollte ihn belohnen. Sie bezwang die Dame so ganz mit sehnsüchtigen Gedanken, daß sie Tag und Nacht nicht aufhören konnte, über die Trefflichkeit, welche Guillem so oft bewährt hatte, nachzusinnen. Eines Tags rief sie ihn zu sich und sprach zu ihm: „Guillem, hast Du nun an meinem Benehmen gemerkt, ob es treu gemeint sei oder trügerisch?“ Und er erwiderte: „Herrin, so wahr mir Gott helfe, seit der Stunde, wo ich Euer Diener wurde, ist kein Gedanke in mein Herz gekommen, als daß Ihr die beste seid, die jemals geboren wurde und die wahrhaftigste in Wort und Benehmen. So glaube ich und werde es all mein Leben glauben.“ Die Dame aber antwortete: „Guillem, ich sage Dir, so mir Gott gnädig sei, durch mich sollst Du nie getäuscht werden, noch sollen Deine Gedanken unbelohnt bleiben.“ Sie öffnete ihre Arme und umfing ihn sanft in der Kammer, wo beide beieinander saßen; und so begannen sie ihre Liebschaft. Aber es dauerte nicht lange, daß die Angeber, die Gott haßt, von ihrer Liebe zu reden anfingen, und aus den Canzonen, welche Guillem machte, erriethen, daß er sich mit der Dame Margarida verstände. Sie sprachen so lange hin und her, bis es zu den Ohren des Herrn Raimon

kam. Der wurde sehr betrübt und erzürnte gewaltig, sowohl weil er seinen besten Freund verlieren sollte, als auch noch mehr über die Schmach seiner Gattin. Und als Guillem in Begleitung blos eines Dieners auf die Jagd mit dem Sperber gegangen war, ließ Herr Raimon nach ihm fragen, wo er wäre. Ein Diener sagte ihm, er sei zur Jagd mit dem Sperber ausgezogen und bezeichnete ihm die Richtung. Gleich wappnete sich Herr Raimon mit einer verdeckten Rüstung, ließ seinen Renner vorführen und nahm seinen Weg nach der Seite, wohin Guillem gegangen war; und er ritt so lange, bis er ihn fand. Als Guillem ihn kommen sah, nahm es ihn Wunder und sogleich schöpfte er schlimmen Verdacht. Doch er ging ihm entgegen und sagte: „Seid willkommen, Herr; doch wie so ganz allein?" Herr Raimon antwortete: „Ich suchte Euch, um mit Euch der Rede zu pflegen; habt Ihr etwas erlegt?" — „Wenig, Herr, denn ich habe wenig gefunden, und wie Ihr wißt, sagt das Sprichwort: wer wenig findet, kann nicht viel erlegen." — „Lassen wir jetzt dies Gespräch," erwiderte Herr Raimon, „und antwortet mir mit der Treue, welche Ihr mir schuldig seid, auf alles was ich Euch fragen werde." „Bei Gott, Herr, wenn es gesagt werden kann, so will ich es Euch sagen." — „Nein," sprach Raimon, „ich will nicht, daß Ihr Vorbehalte macht, sondern Ihr sollt mir alles beantworten." — „So fragt denn, Herr, wie Ihr beliebt," sprach Guillem, „ich will Euch die Wahrheit sagen." Und Herr Raimon fragte: „Guillem, bei Gott und eurer Treue, habt Ihr eine Dame, für die ihr singt und die Euch in Liebe gefesselt hält?" Guillem antwortete: „Herr, wie sollte ich singen, wenn Liebe mich nicht bezwungen hätte; wisset, daß ich ganz in ihrer Macht bin." Und Raimon sprach weiter: „Wohl glaube ich Euch, denn wie könntet Ihr sonst so reizend singen, aber jetzt möchte ich wissen, wenn es Euch gefällt, wer Eure Dame ist?" — „Ei, Herr," rief Guillem aus, „bedenket, was Ihr mich fragt, und ob es recht ist, seine Liebe zu verrathen." — Raimon erwiderte: „Ich verspreche, Euch zu helfen nach allen Kräften." Und er redete so viel auf ihn ein, daß Guillem endlich sagte: „So wisset denn, Herr, ich liebe die Schwester der Dame Margarida, Eurer Gattin, und ich bitte Euch, daß Ihr mir helfet oder mir wenigstens nicht entgegen seid." „Nehmt Handschlag und Treue," sagte Raimon, „daß ich Euch nach all meinen Kräften beistehen werde." Er verpflichtete sich ihm und fuhr dann fort: „Lasset uns jetzt gleich zu ihrer Wohnung gehen, denn sie liegt in der Nähe." „Auch ich bitte darum," sprach Guillem, „bei Gott." So nahmen sie ihren Weg nach dem Schlosse Liet. Und als sie angekommen waren, wurden sie wohl aufgenommen von Herrn Robert von Taraskon und seiner Gattin, der Dame Agnes, Schwester der Dame Margarida. Und Raimon nahm die Dame Agnes bei der Hand und führte sie in ein Ruhegemach und sie setzten sich auf ein Ruhebett. Und Herr Raimon

sprach: „Saget mir, Schwägerin, bei der Treue, die Ihr mir schuldig seid, steht Ihr mit jemandem in einem Liebesverhältniß?" Und sie antwortete: „Ja wohl, Herr!" Und er bat sie so lange, daß sie ihm zuletzt sagte, sie liebe Guillem de Cabstaing. Dieses that sie, weil sie Guillem bekümmert und nachdenklich gesehen hatte und wußte, daß er ihre Schwester liebe. Deshalb fürchtete sie, daß Raimon übel von Guillem denken möchte. Dieser war über ihre Antwort sehr erfreut. Die Dame erzählte die ganze Sache ihrem Gemahl und dieser fand, daß sie recht gehandelt habe und erlaubte ihr, alles für Guillems Rettung zu thun und zu sagen. Die Dame rief darauf den Guillem ganz allein in ihre Kammer und blieb mit ihm so lange, daß Reimon dachte, sie gewähre ihm den Lohn der Liebe. Das gefiel ihm sehr wohl und er begann zu denken, daß alles, was ihm hinterbracht war, Lüge sei und arges Geschwätz. Nachdem nun die beiden wieder hervorgetreten waren, wurde das Abendessen aufgetragen und sie aßen mit großer Fröhlichkeit. Darauf ließ die Dame die Betten ihrer Gäste bereiten und zwar, um Raimon zu täuschen, nahe bei ihrer Kammerthür. Am andern Morgen frühstückten sie in Freuden auf dem Schlosse, nahmen freundlichen Abschied und kehrten nach Roussillon zurück. Und sobald Raimon konnte, trennte er sich von Guillem, ging zu seiner Gattin und erzählte ihr, was er von jenem und ihrer Schwester gesehen. Darüber gerieth die Dame in große Betrübniß und weinte die ganze Nacht hindurch. Am andern Morgen ließ sie Guillem zu sich rufen, empfing ihn übel und nannte ihn einen Betrüger und Verräther. Aber Guillem bat sie um Gnade, da er ganz unschuldig sei an dem, dessen sie ihn anklagte, und er entdeckte ihr alles, wie es stand, Wort für Wort. Die Dame sandte nach ihrer Schwester und erfuhr auch durch sie, daß Guillem ohne Schuld sei, und sie befahl ihm, daß er ein Gedicht machen solle, worin er zeige, daß er keine andere Dame liebe, als sie allein. Darauf dichtete er die Canzone, welche beginnt:

„Das süße Sinnen, das oft mir Liebe gibt."

Als aber Raimon das Lied hörte, welches Guillem auf seine Gattin gemacht hatte, ließ er ihn zu einer Unterredung fern von dem Schlosse entbieten, schlug ihm das Haupt ab und legte es in eine Waidtasche. Darauf riß er ihm das Herz aus dem Leibe und legte es zu dem Haupte. Als er zum Schlosse zurückgekehrt war, ließ er das Herz rösten und auf die Tafel seiner Gattin tragen. Und als sie es gegessen hatte, erhob er sich und offenbarte ihr, daß das, was sie gegessen, das Herz des Guillem de Cabstaing sei, und zeigte ihr sein Haupt und fragte sie, ob das Herz gut zu essen gewesen sei. Sie hörte, was er gesagt hatte, und erkannte das Haupt des Herrn Guillem. Und sie antwortete ihm, es sei so gut gewesen und so wohlschmeckend, daß ihr nie eine andere Speise und Trank den süßen Ge-

schmack aus dem Munde nehmen solle, welchen das Herz Guillems darin zurückgelassen hätte. Raimon lief auf sie ein mit dem Schwerte, aber sie stürzte sich fliehend von einem Balkon und brach den Hals. Diese Unthat wurde bekannt in ganz Catalonien und in allen Ländern des Königs von Aragon. Und bei dem König Alfons und bei allen Baronen dieser Gegenden war großer Jammer und Trauer über das Ende Guillems und der Dame und daß Raimon sie so schmählich getödtet hatte. Und es verbanden sich die Verwandten des Herrn Guillem und die Verwandten der Dame und alle Liebenden, und bekriegten Raimon mit Feuer und Blut. Und König Alfons von Aragon kam in jene Gegend als er ihren Tod erfuhr und nahm Raimon gefangen und verheerte ihm seine Burgen und Länder. Und er ließ Guillem und die Dame in ein Grab legen vor der Thüre der Kirche zu Perpignan, einem Dorf, das in der Ebene von Roussillon und Cerdagne liegt und dem König von Aragon gehört. Und eine Zeit lang begingen alle Ritter von Roussillon und Cerdagne nnd von Rinples und Peiralaide und von Narbonnes ihr Jahresgedächtniß und alle treuen Liebenden baten Gott für ihre Seelen. Und der König von Aragon nahm Raimon gefangen und entsetzte ihn und ließ ihn in der Gefangenschaft sterben und gab alle seine Besitzungen den Verwandten des Herrn Guillem und den Verwandten der Dame, die durch ihn gestorben war. Und das Dorf, in dem die beiden Liebenden begraben waren, hat den Namen Perpignan.

Wir besitzen über des Dichters Leben noch eine andere kürzere und einfachere Version, welche in manchen nicht unwesentlichen Punkten von der obigen abweicht. Sie weiß zunächst nichts von einem dienstlichen Verhältniß Guillems zum Grafen von Roussillon, nennt ihn einen gentils castellas, einen vornehmen Burgherrn, den die Gattin Raimons, Sermonda, wie sie hier heißt, zu ihrem Ritter erwählt. Nach einer langen glücklichen Liebeszeit faßt endlich der getäuschte Gemahl Mißtrauen und sperrt nun die Dame ohne weiteres in einen Thurm, wie er denn ein stolzer und böser Herr genannt wird. Aus Kummer hierüber dichtet Guillem die Canzone „Lo dous cossire", „das süße Sinnen", und aus einer Stelle, die ebenfalls ausdrücklich genannt wird und welche lautet: „Alles, was ich aus Furcht thue, müßt Ihr aus gutem Glauben aufnehmen, auch wenn Ihr nicht gegenwärtig seid," erkennt Raimon, daß die Canzone an seine Gattin gerichtet ist. Die Rache des Beleidigten sowie seine Bestrafung und die ehrenvolle Bestattung der Liebenden folgt in fast wörtlicher Uebereinstimmung; die Episode von dem Schlosse Liet fehlt ganz. — Es war mir auf den ersten Blick ersichtlich, daß die in beiden Lebensnachrichten angeführte Canzone, welche uns übrigens erhalten ist, und auf die ich im weitern Verlaufe zurückkommen werde, zu der ausführlicheren Version besser oder eigentlich zu ihr allein paßt. Zu-

nächst ist von einer Gefangenschaft der Dame darin gar nicht die Rede, die Canzone ist sogar dem Raimon selbst in den Schlußzeilen zugeeignet, was ein äußerlich noch nicht getrübtes Verhältniß voraussetzt. Endlich mahnt der Dichter in einer Strophe die Dame, daß nicht hohe Abkunft und Reichthum sie verhindern solle, ihm ihre Gunst zu schenken, womit die Bezeichnung des Guillem als eines vornehmen Burgherrn nicht wohl in Einklang zu bringen ist.

Vollends unerklärlich bleibt aber in der kürzern Erzählung, wie Raimon aus der angeführten Stelle Verdacht geschöpft haben soll, seine Gemahlin sei die Angebetete, was er ja übrigens nach derselben Version schon längst wußte und wofür die Dame bereits im Thurme gefangen saß. — Wenn hier sich Widersprüche jeder Art erheben, so stimmen dagegen alle Umstände mit schlagender Genauigkeit zu der ausführlicheren Bearbeitung. Hier ist das Verhältniß der drei Betheiligten scheinbar das beste, Guillems Stellung als dienender Ritter rechtfertigt die Aeußerung in Bezug auf den hohen Rang der Dame, und daß eine so deutliche Beziehung auf die ihm gespielte Comödie, wie sie in jenen verfänglichen Zeilen des Gedichtes enthalten ist, das kaum beschwichtigte Mißtrauen Raimons zur schrecklichen Gewißheit steigert, kann unter den geschilderten Umständen durchaus nicht Wunder nehmen. Dennoch halte ich die kürzere Lebensnachricht für die ältere und treuere. Einmal schon wegen der größeren Kürze und Einfachheit; offenbar ist es viel wahrscheinlicher anzunehmen, daß ein späterer Schriftsteller vielleicht gerade an der Hand der Canzone die Erzählung des berühmten Guillem mit eigener Phantasie ausschmückte, als daß man umgekehrt eine so amusante, so ganz im Geiste der Zeit gehaltene Episode, wie den Besuch auf dem Schlosse Liet ohne Veranlassung sollte weggelassen haben. Die Wiedersprüche, in welche die kürzere Version mit der chronologischen Bestimmung der Canzone geräth, dürfen dabei nicht allzuhoch in Anschlag gebracht werden. Die alten Lebensnachrichten lieben es, direkte Anlässe für die Entstehung der Gedichte anzugeben, ohne es dabei mit der Uebereinstimmung aller Umstände sehr genau zu nehmen. Unerklärt bliebe immerhin die Anspielung auf den höhern Rang der Geliebten, aber auch diese ist nicht so beschaffen, daß ein bescheidener Liebender, wie Guillem vorzugsweise erscheint, der ja übrigens auch als selbständiger Burgherr dem großen Grafen Raimon an Glanz und Reichthum nachstehen konnte, sie nicht hätte machen sollen. Der kürzere Bericht hat offenbar auch dem Boccacio vorgelegen, welcher in der 39. Novelle des Decamerone den Vorfall mit blos veränderten Namen erzählt. Auch bei ihm sind die beiden Ritter, Messer Guiglielmo Rossiglione und Messer Guiglielmo Guartastagno, wie er sie nennt, zwei gleichgestellte Edle, auch bei ihm ist die Episode auf dem Schlosse Liet, welche er sich, wäre sie ihm bekannt gewesen, gewiß nicht hätte entgehen lassen, nicht zu finden.

An der wirklichen Existenz Guillems sowie an der historischen Treue der alten Lebensnachricht in den wesentlichen Punkten ist übrigens ein Zweifel durchaus nicht begründet. Ein Geschlecht der Cabstaing ist urkundlich nachweisbar, und der erwähnte König von Aragon niemand anders, als der vielgerühmte Dichter und Dichterfreund Alfons II., welcher von 1181 an die Grafschaft Roussillon besaß. Dadurch wird zugleich der Zeitpunkt der Begebenheit als zwischen die Jahre 1181—1196 fallend, in welchem letzteren Alfons starb, festgestellt. Schwierigkeiten, die aus geographischen Rücksichten von älteren französischen Schriftstellern erhoben wurden, hat Diez glänzend widerlegt.

Gegen die Annahme des Guillem als einer blos mythologischen Figur würde schon die ausgedehnte Verbreitung seines Ruhmes unter den Zeitgenossen sprechen. Außer den beiden mitgetheilten gibt es, wie Crescibeni erzählt, noch eine dritte Biographie des Guillem in einer vaticanischen Handschrift. Spätere Schriftsteller wissen viele schmückende Details anzugeben; die Contes amoureux der Jeanne Flore theilen sogar eine allerdings ziemlich geschmack- und farblose Inschrift auf dem Grabstein der beiden Liebenden mit. Petrarca erwähnt des Guillem de Cabstaing im Trionfo d'amore unter den besten provenzalischen Dichtern. Er stellt ihn mit dem Jaufre Rudel zusammen dessen Tod im Dienste der Liebe ja auch deutsche Dichter verherrlicht haben, und widmet beiden die Terzine: Gianfrè Rudel ch'usó la vela e 'l remo etc.

Historisch bedenklich ist in der Geschichte des Guillem nur der eigenthümliche Umstand von einem gegessenen Herzen. Dieser selbe Zug findet sich in mittelalterlichen Erzählungen mit verschiedenen Variationen häufig wieder. Ich erinnere nur an die berühmte Geschichte Reynalds des Castellans von Coucy, worin ebenfalls das Herz des Liebhabers der Dame von Fajel von ihrem beleidigten Gatten vorgesetzt wird. Auch er ist eine historisch nachweisbare Persönlichkeit, und sein Tod bei der Belagerung von Acra um 1191 fällt der Zeit nach ungefähr mit dem Guillems zusammen. Der Präsident Fauchet, welcher in seinem 1581 erschienenen Récueil de l'origine de la langue et poésie française die Erzählung vom Castellan von Coucy mittheilt, bemerkt ausdrücklich, er wisse wohl, daß auch über einen provenzalischen Trobador ein gleicher Bericht existire; „toute fois," fährt er fort, „je vous puis assurer, que ceste histoire est dans une bonne chronique, qui m'appartient escrite avant 200 ans." — Auch der deutsche Dichter Conrad von Würzburg kannte diese Begebenheit und hat sie in seiner Erzählung „Von der Minne" bearbeitet. In dem „lays d'Ignaures" essen zwölf Damen unwissender Weise das Herz des Helden und die 62te der „Cento novelle antiche" enthält denselben eigenthümlich grauenhaften Umstand. Die Vermuthung liegt nahe, daß hier eine sagenhafte, vielleicht mythologisch-symbo-

lische Erinnerung zu Grunde liegt, welche von den verschiedenen Nationen zur Ausschmückung der Schicksale besonders volksthümlicher Helden verwandt wurde. Eine solche Beziehung sagenhafter Begebenheiten auf historische Personen ist durch unzählige Analogien auch aus dem deutschen Epos nachzuweisen. Man denke nur an Dietrich von Bern, den König Etzel, Carl den Großen und viele andere Helden, welche die zeitlich und räumlich entferntesten Thatsachen, oft vermischt mit altheidnischen Ueberlieferungen wie in einen Brennpunkt um ihren Namen versammelt haben.

Was aber auch immer von den Schicksalen unseres Dichters einer älteren Sage oder einer späteren Ausschmückung angehören mag, seine Lebensgeschichte besonders in der weiteren mehr romanhaften Fassung läßt ein überraschendes Licht auf die ganze Denk- und Handlungsweise der galanten Provenzalen in jener Zeit fallen. Die Idee von der unbeschränkten Macht freier Liebe ist bis in die letzten Consequenzen durchgeführt, die Gräfin Margarida, eine hochgestellte und, wie ausdrücklich gesagt wird, mit allen Tugenden geschmückte Frau, hält es nicht unter ihrer Würde, zu einer Liebschaft mit ihrem Dienstmann in ziemlich unzweideutiger Weise selbst den ersten Anlaß zu geben. Aber der Erzähler, und offenbar seine Zeit mit ihm, glaubt sie durch einen Hinweis auf die alles bezwingende Macht der Liebe genügend entschuldigt zu haben. Im Dienste dieser Liebe gelten denn auch alle Waffen. Guillem zaudert keinen Augenblick, die Ehre einer ganz unbetheiligten Dame durch eine Lüge in der gefährlichsten Weise bloszustellen, um so den Verdacht Raimons von der richtigen Spur abzulenken. Raimon selbst nimmt keinen Anstand, ihm zu einem solchen Liebeshandel mit Rath und That beizustehen, welche Treulosigkeit ihm aber mit Zinsen heimbezahlt wird, denn die Gräfin Agnes greift in voller Uebereinstimmung mit ihrem Gemahl zu den geschilderten, nicht eben sehr würdigen, aber dafür um so erfolgreicheren Mitteln, den Schwager hinters Licht zu führen. Das augenblickliche Durchschauen der ganzen Sache läßt außerdem bei der Dame von Liet auf einen durch häufige Erfahrungen geübten Blick in solchen Liebeshändeln schließen. Nachdem endlich der langgetäuschte Gemahl die Intrigue durchschaut und blutige Rache nimmt, da fällt es Niemandem ein, daß sein Zorn durch die grausamsten Kränkungen an Liebe, Freundschaft und Ehre wenigstens einigermaßen entschuldigt wird; jeder wackere Ritter und getreue Liebhaber hält es für seine Pflicht, den rohen Mörder zu strafen und selbst der König von Aragon eilt herbei, die beleidigte Minne zu sühnen. Zu dem Denkmal der Liebenden wallfahrtet man wie zu Gräbern von Heiligen. Wenn diese wenig edle Auffassung der zartesten Verhältnisse unser moralisches wie ästhetisches Gefühl unangenehm berührt, so muß dagegen die reine Liebe, wie sie in den Canzonen des Trobadors athmet, mit um so größerer Sympathie er-

füllen. Uns sind von seinen Gedichten nur sieben erhalten, aber selbst in diesen geringen Resten spiegelt sich mit deutlichster Klarheit das Bild jener bedingungslosen Hingabe, jener „Treue, die kein Wanken, der Freundschaft, die nicht Zweifelsorge kennt", wie sie nur der wahren, tiefgefühlten Leidenschaft eigen sind. Alles will er dulden von ihr und um sie, Alles mit stummer Ergebung tragen, was ihn endlich zum ersehnten Ziele führen könnte; ja er findet selbst, und dies ist ein in seinen Gedichten immer wiederholter Gedanke, in Trübsal und Kränkung neue Freude, da er sie im Dienste der Liebe, in ihrem Dienste empfangen durfte. Schon beim ersten Anblick hat sie ihn ganz bezaubert, durch ein Lächeln, durch ein freundliches Wort ihm Sinn und Denken genommen, ja er liebte sie schon bevor er sie gesehen und fühlt sich glücklich in dem Bewußtsein, daß Gott ihn eigens zu ihrem Dienste erschaffen habe. Ihr will er denn auch sein ganzes Leben weihen, nur von ihr sollen seine Lieder singen und den Preis der Angebeteten aller Welt verkünden. Den Namen der Geliebten verschweigt er dabei sorgsam nach Sitte der Trobadors und ergeht sich darüber nur zuweilen in mystischen Andeutungen. So sagt er einmal: „Und wenn Ihr wollt, daß ich Euch ihren Namen sage, keinen Taubenflügel werdet Ihr finden, auf dem er nicht ohne Fehler geschrieben stände."

Inwiefern der Name Margarida oder Sermonda auf den Flügeln der zarten Liebesboten sich finde, ist mir nicht bekannt und möchte die Beantwortung dieser Frage dem Ornithologen eher als dem Philologen möglich sein. Vielleicht verstanden die bösen Lauscher und Kläffer, über welche der Dichter sich so bitter beklagt, besser, das Räthsel zu seinem Verderben zu lösen. Auf ein Leben, das so ganz der Liebe geweiht war, folgte der Tod in ihrem Dienste wie ein befriedigender, man möchte sagen naturgemäßer Abschluß, und selbst die grauenvolle Mahlzeit wird gewissermaßen zum Symbol für die Wiedervereinigung zweier Herzen nach dem Tode, welche im Leben so fest aneinander gehangen.

Des Dichters Werke und des Liebenden Schicksale fanden beredten Nachhall unter seinen Zeitgenossen, vielleicht daß noch jetzt, nach fast siebenhundert Jahren, ein theilnehmendes Auge auf diese Zeilen fällt, welche dem Andenken des edlen Trobadors geweiht sind.

Ich gebe zum Schluß zwei der Canzonen Guillems, welche eines weiteren Commentars nicht bedürfen, nach meiner eigenen Uebertragung*). Friedrich Diez, der große Gelehrte, welchem Deutschland die grundlegenden Werke über romanische Sprachwissenschaft verdankte, hat leider keines der Gedichte Guillems vollständig in deutscher Sprache wiedergegeben.

*) Eine andere — das erwähnte „Lo dous cossire" ist von P. Heyse vortrefflich übersetzt.

I. Lo jorn qu'ie us vi.

Als ich zuerst, o Herrin, Euch erblickt,
Als mich umstrahlte Eurer Schönheit Glanz,
Ward jeder andre Wunsch dem Sinn entrückt,
Und nur nach Euch ging all' mein Sehnen ganz.
Da Ihr ins Herz mir senktet heißes Minnen
Mit einem Blick, mit einem Lächeln süß,
Das mich die Welt ringsum vergessen ließ.

Der Schönheit Macht, der Lippen holder Scherz,
Die Freundlichkeit, der güt'gen Worte Lust,
Die mir vergönnt, umstrickten so mein Herz,
Daß nimmermehr es weilt in meiner Brust.
Euch weih' ich es; es sei mein einz'ges Sinnen,
Nur Euren Preis zu singen fern und nah,
Wie's besser nie um Minne-Lohn geschah.

Auf meine Treue, Herrin, könnt Ihr bau'n,
Nur Euch zu lieben zwingt mich holde Macht;
Oft scherzt' ich wohl mit liebreich schönen Frau'n
Um zu vergessen, was mich traurig macht.
Doch jede andre Liebe flieht von hinnen,
Denk' ich an Euch, der höchster Werth sich beugt;
Euch bleib' ich treu, unwandelbar geneigt.

Auch des Versprechens, Herrin, nun gedenkt,
Womit Ihr jüngst versüßt des Scheidens Pein,
Deß hat sich Wonne in mein Herz gesenkt,
Denn freud'ger Hoffnung hießet Ihr mich sein!
Und konnt' ich auch dem Leide nicht entrinnen,
So hoff' ich doch, gefällt's Euch, noch einmal,
Daß Ihr mit Lust mir lohnt der Sehnsucht Qual.

Und keine Kränkung flößt mir Schrecken ein,
Ich weiß ja, daß ich hoffend warten soll
Auf eine Gunst, und wär' sie noch so klein,
Drum ist selbst herbes Leid mir freudenvoll.
Denn wer den Lohn der Liebe will gewinnen,
Muß gern verzeih'n der Laune argem Spiel;
Geduldig harrend kommt er so zum Ziel.

Wann, Herrin, wird der schöne Tag beginnen,
Wo Ihr in güt'ger Huld mich also ehrt,
Daß Ihr des Freundes Namen mir gewährt?

II. Anamais no m fo semblan.

Nie dacht' ich wahrlich dies,
Daß ich um Lieb' den Scherz,
Um Lust mein Dichten ließ,
Noch klagt', wenn froh mein Herz.
Mich schloß in Banden süß
Die Liebe, mir will scheinen
Als wär' es mein Beruf,
Zu dem mich Gott erschuf,
Zu dienen nur der Einen.

Oft klag' ich bitter an,
Was mich mit Lust umringt;
Ihr dank ich freudig dann,
Ob sie mir Trübsal bringt;
Doch Trug ich nicht ersann:
Wen holde Minne zieret,
Muß leiden williglich;
Denn oftmals fügt' es sich,
Daß Leid zur Lust sie führet.

Nicht sagen darf sein Leid,
Noch bitt'rer Kränkung Schmerz,
Noch daß Verlust ihn reut,
Noch daß ihm froh das Herz,
Der Freund, der stets bereit,
Zu ändern sein Betragen.
Voreilig mancher spricht;
Im Grund versteht er nicht,
Von Leid und Lust zu sagen.

Ihr nahmt so ganz mich ein,
Daß oft selbst beim Gebet
Ich denk' an Euch allein.
Vor meiner Seele steht
Der Farbe frischer Schein,
Der Leib der üppig schlanke,
Daß nichts mich anders freut.
Doch alle Seligkeit
Erweckt mir der Gedanke.

F. H.

Junius.

Junius' Briefe. Deutsch von Arnold Ruge. 3. Aufl. Leipzig und Heidelberg, C. F. Winter'sche Verlagshandlung.

Fast genau 100 Jahre liegt die Epoche der englischen Geschichte hinter uns, in welcher der Name eines Unbekannten die Losung des merkwürdigsten und fruchtbarsten journalistischen Kampfes wurde.

Georg III. regierte, eine kleinliche Natur mit despotischen Neigungen, eifrig bestrebt, die Macht des königlichen Willens zu heben und die Verfassung, wo sie diesem Zwecke hinderlich war, zu untergraben. Ein verachtetes Ministerium, an dessen Spitze der Herzog von Grafton stand, unterstützte ihn, blinde Parteirücksicht besetzte die einflußreichen Stellen mit unfähigen und schlechten Creaturen, und das Unterhaus erwies sich als gefügiges Werkzeug. Im Lande gährte es; wüste Demagogen machten sich die Stimmung zu nutze, und widergesetzliche Verfolgung sorgte dafür, daß ihre Sache als Sache des Volks erschien. Nach außen kein Ansehen, im innern Reactionsversuche aller Art und schamlose Corruption, — der vielbewunderte englische Verfassungsbau gerieth in ungeahntes Schwanken.

Da brachte die damalige londoner Zeitung „the public advertiser" am 21. Januar 1769 einen Artikel, „Junius" unterzeichnet, der wie ein Blitzstrahl einschlug: die Kühnheit des Angriffs wurde nur vom Talent des Angreifenden übertroffen. Der Verfasser unterzog die einzelnen Mitglieder des Ministeriums einer schneidenden Kritik, lauter scharf umrissene Silhouetten nicht eben schmeichelhafter Art. Zu ihrem Unglück finden die Mächtigen immer dienstfertige Vertheidiger; der Kriegsminister war nicht übler mitgenommen worden, als seine Collegen, aber Sir William Draper glaubte für seinen Vorgesetzten eine besondere Lanze brechen zu müssen; mit offenem Visir ritt er in die Schranken des Public Advertiser: „Junius und ähnliche Schriftsteller wie er, verursachen alles das Unheil, welches sie beklagen, indem sie die besten Charaktere des Königreichs fälschlich und böslich verunglimpfen." Zum Vertheidiger sollte sich nur aufwerfen, wer selber makellos dasteht; Junius, herausgefordert, blieb den Gegenhieb nicht schuldig: „Ich bewundere den Muth, womit Sie Ihren Namen dem Publikum anvertraut haben." Noch ein paar Streiche herüber und hinüber, und mit ruhmlosen Wunden bedeckt mußte Sir William vom Kampfplatz schleichen; Sr. Lordschaft selber ward bange vor ihrem Vertheidiger. Junius aber, dessen Kraft in diesem Vorpostenscharmützel gestählt war, schrieb den ersten einer langen Reihe von Briefen an Se. Gnaden den Herzog von Grafton.

Sir William Drapers durchlöcherter Schild hatte die Gegner stutzig gemacht. Mr. Edward Weston wagt sich zwar noch mit einer Flugschrift für den Premier ins Feuer, aber eine kurze Abfertigung genügt, ihn zum Schweigen zü bringen. Und nun bergen sich die erbosten Freunde des Ministeriums hinter vorsichtige Anonymität oder suchen gegen unliebsame Enthüllungen in erborgten Namen Schutz. In allen Journalen tobt der Kampf; die Abendpost von St. James bringt Artikel, die Montagszeitung, selbst die Spalten des Public Advertiser öffnen sich großmüthig gegnerischen Auslassungen; hier nennt sich einer „Old Noll“, dort ein Anderer „Modestus“, schüchtern erhebt eine Lady ihre Stimme; keck tritt ein Vierter als „Anti-Junius“ auf, und ein paar Andere hüllen sich als „Scävola“ und „Zeno“ in antike Gewänder; dann betitelt sich einer als „Rechtsgelehrter“ und ein Folgender, pathetischer, als „Anwalt in der Sache des Volks“. Auch ein Geistlicher eilt in die Arena: Se. Ehrwürden Mr. Horne hat den Muth, sich zu nennen, und — Sir William Draper findet einen Genossen seiner Unsterblichkeit: „Auch die abscheulichsten Privatlaster haben nicht Bedeutung genug, die Censur der Presse auf sich zu ziehen, wenn sie nicht mit der Macht, dem Gemeinwesen ein bedeutendes Unheil zuzufügen, vereinigt sind. Mr. Horne's Lage steht mit seinen Absichten in keinem Verhältniß.“ Und während Junius so nach rechts und links die Streiche parirt und verdoppelt zurückgiebt, richtet er gegen den Herzog von Grafton Schlag auf Schlag und hat noch Muse, die in Gift getauchten Pfeile zwischendrein auf andere Opfer zu schleudern. Die Tories schäumen vor Wuth, gegen den Drucker des Public Advertiser strengt die Regierung Prozesse an, und die gefügigen Mitglieder des Unterhauses donnern gegen den furchtbaren Unbekannten. Das Volk von England aber jubelt, jeder neue Brief wird mit athemloser Spannung erwartet, zahlreiche Nachdrucke sorgen, daß die alten Briefe nicht in Vergessenheit gerathen, und die City von London sendet Deputationen an den König, deren Sprache bezeugt, daß sie Junius nicht erfolglos gelesen haben. Die erregte Stimmung dieses unerhörten Zeitungskampfes findet weit über die Grenzen Englands hinaus Widerhall.

Die erste Veranlassung zu Junius' Auftreten in der Presse war ein Eingriff des Ministeriums in die Wahlfreiheit des englischen Volkes gewesen. Ein ziemlich berüchtigter Pamphletist, John Wilkes, war in Middlesex gewählt worden, aber das Unterhaus hatte, der Regierung zu Liebe, widerrechtlich die Wahl cassirt, dann sogar an Stelle des zweimal Wiedergewählten den Kandidaten der Minorität als Abgeordneten proclamirt. „Sie haben das ganze Land wider Sich vereinigt in Einer großen constitutionellen Angelegenheit, von deren Entscheidung es unbedingt abhängt, ob wir als ein freies Volk fortbestehen sollen“, ruft Junius dem Herzog von Grafton zu. Ohne Sym-

pathien für Wilkes faßt er die Schädigung der Landesrechte ins Auge und bekämpft den gefährlichen Präcedenzfall. Das ist etwa im Anfange des Kampfes; und nun heftet sich der Verfolger an die Sohlen seines Opfers, unerbittlich, grausam, ihm Tag und Nacht nicht Ruhe gönnend; keine Waffe verschmäht er, die Sarcasmus oder Zorn ihm reicht; den Schmutz des Privatlebens deckt er so schonungslos auf wie die schmählichen Uebergriffe der amtlichen Autorität; nie ist Haß und Verachtung schärfer und vernichtender gepredigt worden. „Daß Sie absichtlich Unrecht thun, das ist es nicht, sondern daß Sie nie aus Versehen recht thun." Und ferner: „Der Charakter der bekannten Vorfahren mancher Leute macht es ihrem Nachkommen möglich, aufs äußerste lasterhaft zu sein, ohne zu entarten. Die Vorfahren Ew. Gnaden zum Beispiel hinterließen keine niederschlagenden Proben von Tugend selbst nicht für ihre rechtmäßige Nachkommenschaft; und Sie können mit Vergnügen auf einen berühmten Stammbaum zurückblicken, in welchem die Heraldik keine einzige gute Eigenschaft aufgezeichnet hat, um Ihnen Schimpf oder Schande zu machen." Und ein ander Mal: „Mein ganzes Leben lang werd' ich ihn verfolgen und die letzte Kraft meines Talentes anstrengen, um die sterbliche Infamie seines Lebens zu retten und unsterblich zu machen." Was Wunder, daß, wie glaubhaft überliefert worden, der Herzog vor jedem neuen Briefe zitterte und durch die Lecture tagelang unfähig zu Geschäften wurde. Mag doch auch der Herzog von Bedford gezittert haben, daß ein zweiter Brief an ihn erscheinen und gleich dem ersten beginnen könnte: „Mylord, Sie sind es so wenig gewohnt, von dem Publikum Zeichen der Achtung und Anerkennung zu empfangen, daß, wenn mir in den folgenden Zeilen eine Artigkeit oder ein Ausdruck des Beifalls entfallen sollte, ich fürchte, Sie möchten dies als einen Spott über Ihren bekannten Charakter und vielleicht als eine Beschimpfung Ihres Verstandes ansehn." Ist es denkbar, daß die geübteste Rothhaut eleganter zu scalpiren vermöchte?

In der Widmung an das englische Volk, die er später den in Buchform gesammelten Briefen vorsetzte, schreibt Junius: „Ich darf nicht zweifeln, daß Ihr einmüthig die Wahlfreiheit behaupten und Euer ausschließliches Recht, Eure Repräsentanten zu wählen, geltend machen werdet. Aber es sind andre Fragen erhoben worden, über die Eure Entscheidung ebenso deutlich und einmüthig sein sollte. Laßt es in Eure Seele geschrieben sein, laßt es Eure Kinder sich einprägen, daß die Freiheit der Presse das Palladium aller bürgerlichen, politischen und religiösen Rechte des Engländers ist, und das Recht der Jurys, in allen denkbaren Fällen einen allgemeinen Ausspruch über Schuld oder Unschuld zu thun, ein wesentlicher Theil Eurer Verfassung ist, der durch die Richter nicht controllirt oder beschränkt, noch durch die Gesetzgeber in irgend einer Art in Frage gestellt werden darf." Der Vertheidigung

der Wahlfreiheit gelten all die Briefe, die sich mit der Middlesexwahl und John Wilkes Ausschließung beschäftigen; für die Preßfreiheit und das Recht der Jury treten speciell die gegen Lord Mansfield gerichteten in die Schranken. Der Drucker des Public Advertiser war, wie schon erwähnt, einer tyrannischen Verfolgung ausgesetzt worden; und um leichter die erwünschte Verurtheilung zu erzielen, hatte der Lord Oberrichter den absurden Versuch gemacht, zwei Grundrechte mit einem Schlag zu gefährden, den Spruch der Jury nur auf das Factum des Drucks und der Publication zu beschränken, die Frage nach dem verbrecherischen Inhalt aber ihr völlig zu entziehen. „Mich dauert die menschliche Natur, wenn ich einen so begabten Mann, wie Sie, zu einer so gemeinen Thätigkeit heruntersinken sehe,“ ruft Junius Lord Mansfield zu. Aber das sind doch nur Arabesken des Stils: ausgerüstet mit der umfassendsten Verfassungs- und Gesetzeskenntniß und jede einzelne Bestimmung in concretester Form verwerthend legt er die Sophismen des Lord Oberrichters mit schneidender Beweiskraft blos, daß vor dem schweren Geschütz juridischer Gründe die dialectischen Spitzfindigkeiten verstummen. So sehen wir ihn allzeit auf der Wacht, wo ein Recht gebeugt oder gebrochen werden soll. Mit gleichem Antheil begleitet er die städtischen Wahlen der City wie die Debatten des Parlaments oder die Beziehungen der Regierung zum Auslande. Und nichts entgeht seinem spähenden Blick: jeden Stellenschacher bringt er zur Kunde des englischen Volks, jedem zügellosen Exceß streift er die scheinbare Zufälligkeit ab, keine Ungesetzlichkeit kann hoffen, vor ihm unbemerkt und ungeahndet durchzuschlüpfen. Die lebendig gewordene englische Verfassung, — das sind die Juniusbriefe. Und wenn er in dem Meisterstück seiner Feder, in der von einem erhabenen Pathos der Freiheitsliebe getragenen „Adresse an den König“ gleichsam aus dem Rahmen dieser Verfassung heraustritt und der Fiction zuwider, daß der König kein Unrecht thun könne, mit den drohenden Worten schließt: „Der Fürst, welcher das Betragen der Stuarts nachahmt, sollte durch ihr Beispiel gewarnt werden, und während er sich mit der Sicherheit seines Anspruchs auf die Krone brüstet, sollte er sich erinnern: wie sie durch eine Revolution gewonnen wurde, so kann sie durch eine andere verloren gehn,“ — spricht er da nicht auch im Geiste derselben englischen Geschichte, die ihn ein andermal auf Karl I. hinweisen und fortfahren läßt: „Ich bin kein Freund der Lehre von den Präcedenzien ohne Recht; dennoch sagen uns die Rechtsgelehrten oft: was irgend einmal gethan sei, das könne gesetzlich auch noch einmal geschehen?“

Allerlei Anklagen sind gegen Junius erhoben worden, und manche gewiß nicht ohne Grund. Man hat ihn beschuldigt, daß er unaufhörlich die Leidenschaften des Volks entflammt habe; aber da das Parlament bestechlich

und dienstbereit, war die Presse der letzte Zufluchtsort der Freiheit. Man hat ihm die boshafte Schadenfreunde zum Vorwurf gemacht, mit der er das schmutzige Privatleben seiner Gegner blosstellte; aber gegen unbegründete Verläumdungen hätten die Gerichte Schutz geboten; ist also für das abschreckende Gemälde der Maler verantwortlich oder die ihm gesessen haben? Man hat ferner darauf hingewiesen, daß er über Besteuerung der amerikanischen Colonien und Parlamentsreform, über Standesvorrechte und Matrosenpresse mannigfach in den beschränkten Vorurtheilen seiner Zeit und seiner Landsleute wurzelt; aber daß er wie ein Engländer dachte, daraus gerade schöpfte er ja seine Kraft, — er sprach nur aus, was die meisten empfanden. Wie es aber auch mit diesen Anschuldigungen stehe, seine Agitationslust, seine Neigung zur Bosheit, die Schranken seiner Freisinnigkeit zugegeben, — über die unvergleichliche Kraft und Schärfe, die mustergiltige Vornehmheit des Stils dieser Briefe ist kein Unterschied der Meinung. Und unangetastet ist ebenso die Uneigennützigkeit der Gesinnung: grausam und ungerecht mochte diese Feder zuweilen sein, käuflich war sie nie. „Fürs Geld zu schreiben, ohne für den Druck etwas zu nehmen; für den Ruf zu schreiben und unbekannt zu sein; die Intriguen einer Faction zu unterstützen und als ein gefährlicher Beistand von jeder Partei im Königreich zurückgewiesen zu werden, sind Widersprüche, welche der Minister vereinigen muß, bevor ich meinen Credit beim Publikum verscherze. Ich kann aus dem Dienste ausscheiden, aber es wäre absurd, mich in Verdacht zu haben, daß ich davon laufe." Das sind Thatsachen, gegen die kein Einspruch erhoben worden: für sich selber hat Junius nichts gesucht, nicht Gewinn, nicht Amt und Ansehen, nicht einmal Ruhm und Nachruhm, — ein namenloser Kämpfer im Dienst des gemeinen Wohls, mit seinem Schild das Erbgut des englischen Volkes, seine freie Verfassung deckend. — „Wäre ich Ihr persönlicher Feind," schreibt er einmal an Sir William Blackstone, „ich würde mit boshafter Freude bei jenen großen und nützlichen Eigenschaften verweilen, die Sie ohne Zweifel besitzen, und wodurch Sie einst erwarben, was Sie nicht erhalten konnten, die Achtung und die Anerkennung, die Sie verloren haben, und die Tugenden, um deretwillen das Volk Sie achtete; ich würde alle Ihre Ehrenverluste herzählen: nun ich aber keine Privatrache zu befriedigen habe, halte ich es für hinreichend, daß ich meine Meinung über Ihr öffentliches Betragen abgegeben habe, und überlasse die Strafe, die es verdient, Ihren vier Wänden und Ihrem Gewissen." Und selbst dem Herzog von Grafton ruft er zu: „Wenn ich Ihr persönlicher Feind wäre, könnte ich Sie bemitleiden und Ihnen verzeihen.... Aber in Ihrem Verhältniß zu unserm Vaterlande haben Sie keinen Anspruch auf Nachsicht; und wäre ich den Eingebungen meiner Gesinnung gefolgt, ich hätte Ihnen niemals auch nur einen Augenblick Ruhe gegönnt."

Und dieselbe Feder, die in diesen dreijährigen Kämpfen fast nur in Hohn und Haß und Zorn getaucht erscheint, die auf den „gnädigen Fürsten" und den allmächtigen Minister alle Bitterkeiten eines empörten Gemüthes häuft, wie weiß sie im Dienst derselben Sache anzuerkennen und zu loben! So, wenn Junius an Lord Cambden schreibt, so, wenn er die Größe Lord Chatams feiert und dann mit seinem Geschick abbrechend hinzufügt: „Ich bin nicht geübt in der Sprache des Lobes. Dieser Lobspruch ist mir entrissen worden, aber er wird ihm gut stehen, denn er wurde theuer erkauft."

Wer war Junius? Am 21. Januar 1769 wurde sein erster Brief geschrieben, vom 21. Januar 1772 datirt sein letzter. Wie ein Meteor war er aufgetaucht, und ebenso verschwand er. Niemand hat ihn gekannt, Niemandem hat er sich offenbart: „Ich bin der einzige Vertraute meines Geheimnisses, und es soll mit mir begraben werden." „Gerade seine Unpersönlichkeit ist es, die ich so sehr beklage", jammert Sir William Draper. Der Ausdruck mag acceptirt werden: ein Unpersönliches ist uns Junius geworden. Bände sind geschrieben worden über die räthselhafte Autorschaft. Aber gleichgültig doch, wer der Verfasser ist, mag er Sir Philipp Francis oder sonstwie heißen, — es ist die freie Presse selber, die aus den Junius-Briefen spricht. Und der große Unbekannte hatte ein Recht zu schreiben: „Wenn einst Könige und Minister vergessen sind, wenn die Kraft und Richtung persönlicher Satire nicht mehr verstanden wird und die Maßregeln nur noch in ihren entferntesten Folgen fühlbar sind, wird man, hoffe ich, in diesem Buche noch immer Prinzipien finden, die werth sind auf die Nachwelt überzugehen."

Die Wahrheit dieser Worte hat sich längst erfüllt. Die Juniusbriefe zählen zum klassischen Hausschatz der englischen Literatur, und mehr und mehr hat die meisterhafte Uebertragung, die nun schon in dritter Auflage uns vorliegt, dazu mitgewirkt, sie immer weiteren Kreisen in unserem Vaterlande zuzuführen. Niemand, der am politischen Leben des Volkes regen Theil nimmt, wird sie ohne Genuß, Niemand ohne Nutzen lesen. Sie enthalten goldene Lehren für Regierende und Regierte. Sie warnen davor, die freie Stimme der Volksvertretung zu verkümmern, da die Gewalt des Angriffs nur um so bedrohlicher wird, je enger das Gebiet ist, worauf man ihn beschränkt. Sie lehren, daß ein gesund gefügter Staat durch Opposition nicht zu Grunde geht, sondern reiner und kräftiger aus den Kämpfen hervorwächst. Sie lehren aber auch, daß selbst das Schärfste und Bitterste, wenn es von gründlicher Kenntniß der Dinge getragen ist und seine Kraft aus der Sache selbst schöpft, sich formvoll sagen läßt. Und sie bieten in trüber Zeit einen unerschöpflichen Trost: wie Viele haben, als der Verfassungsconflict in Preußen die öffentlichen Verhältnisse vergiftete, zaghaft gemeint, daß kaum noch Rettung daraus zu finden; und wir standen doch im Beginn unseres parlamentarischen Lebens! Das

englische Verfassungsrecht hat, noch nach halbtausendjährigem Bestand, ganz andere Stürme zu bestehen gehabt, und hat sie überwunden. In allen Tagen großer parlamentarischer Kämpfe wird Junius wieder lebendig werden, jedenfalls aber die Lehre, die den Sinn seines Namens bildet: daß niemals Zeit ist, am Vaterlande zu verzweifeln.

Eine Merkwürdigkeit der Leipziger Ostermesse von 1707.

„Adieu Altranstädt, ton séjour ne me plaît pas." Diese Worte hat Carl XII. mit einem Diamantring in eines der Fenster von Schloß Altranstädt geritzt und dadurch bekundet, daß ihm jede Ruhe, auch die auf dem Gipfelpunkte seines Glücks und Ruhms unerträglich sei, daß sein unstäter Geist ihn rastlos dem Verhängniß entgegentrieb, dem er verfallen sollte. Von einer der spärlichen Ruhestunden, welche sich dieser merkwürdige Fürst — der zu Schwedens Unglück „nur Krieger, nicht Staatsmann, nur Soldat, nicht Feldherr" war — gönnte, liefert die nachstehende Schilderung Bericht, welche aus dem Tagebuche eines angesehenen bremer Handelsherrn stammt, der die leipziger Messe im J. 1707 besuchte und „die königliche Majestät zu Schweden" als größte Merkwürdigkeit derselben zu Gesicht zu bekommen suchte. Ganz im Geist jener verkommenen Zeit ist von der Feindseligkeit, mit welcher Carl das besiegte Sachsen behandelte, mit keinem Wort die Rede, es wird des Krieges, der den Schwedenkönig nach Deutschland führte, nicht einmal gedacht, sondern die Majestät als solche angestaunt und bewundert. Ziemlich prägnant ist der Gegensatz zwischen Carl und August dem Starken, der aus dieser harmlosen Beschreibung hervortritt: hier die finstere Heldengestalt, die, in ihre großen Pläne versenkt, der Außenwelt kaum Beachtung schenkt, dort der leichtfertige Genußmensch, der inmitten schwerer politischer Schläge die Laune nicht verliert. Von beiden Monarchen berichtet unser ehrsamer Kaufherr mit gleicher Ehrfurcht und ohne jede Spur einer Kritik ihrer Handlungsweise, die trotz ihrer Verschiedenheit jedem der beiden Völker, über welche diese Fürsten walteten, verhängnißvoll werden sollte.

Aus einer Reise von Hamburg nach Leipzig.

„Wir kamen am 16. Mai 1707 Mittags in Leipzig gesund und wohl an und nahmen unser Quartier in der Frau Doctor B. Hause. — Es war eben Messe und kamen immer mehr Kaufleute an. Die schwedischen

Truppen, welche erst in der Vorstadt gelegen, waren wegen der Masse Menschen wo anders hin marschirt, man sah aber täglich eine große Menge Offiziers und Soldaten aus und eingehen. In der Pleißenburg lag nur eine Compagnie von denen Gustav (?), welche sehr travailliret aussahen. Den Sonntag waren wir nebst Monsieur von Rehden und anderen Landsleuten hinaus nach dem zwei Stunden von Leipzig gelegenen Ort Ranstedt gefahren, allwo Ihro Königl. Majestät von Schweden ihr Hauptquartier hatten und gingen da des Vormittags in die Predigt, welche der Herr Superintendent Dr. Meyer aus Bremen damals hielt. Wir hatten da Gelegenheit, den König nebst allen seinen bei sich habenden Generalen und Räthen uns recht zu betrachten. So lange als vor der Predigt gesungen und der Text abgelesen wird, stehet der König, nachdem aber setzet er sich und leget den Kopf vorn nieder. Wie nach der Predigt gebetet wird, lieget er wie jeder andere auf den Knieen, so daß er sich in allen Stücken sehr devot erzeiget. Der Herzog von Mecklenburg und Prinz von Würtemberg, wie auch der Graf Piper, Reinschild, Strömberg und andere begleiteten den König hernach nach seinem Cabinet. Eine Stunde hernach wurde zur Tafel geblasen, und wie nun ein jeder begierig wurde, den König auch speisen zu sehen, so war es ein schrecklich Gedränge von Menschen, sodaß die schwedische Wache, so vor dem Tafelgemach stund, genöthigt war vor sich zu schlagen, denn das Gemach war schon so voll Zuschauer, daß fast keiner mehr hinein konnte und niemand hatte die Geduld, so lange zu warten, bis die Einen hinein und die Andern wieder heraus gelassen wurden. Ich kam nebst noch einigen Landsleuten durch Hilfe eines Freundes aus Leipzig ungeschlagen hinein, inzwischen Andere, die solches auch probiren wollten, mit Schlägen abgewiesen wurden. Das Logement war gar nicht hübsch aufgezieret und nichts anderes darin zu sehen, als eine Partie Carabiners, Pauken und Trompeten. Des Königs Cabinet war gleich nebenan und stunden zwei von der Garde davor. Nachdem wir ein wenig im Gemach gewesen, kam der König mit großen Geschwindschritten herein, begleitet vom Herzog von Mecklenburg, dem Prinzen von Würtemberg, General Reinschild, Strömberg und noch einigen anderen Offiziers mehr. Nachdem durch einen schwedischen Pagen das Gebet gesprochen war, setzte sich ein jeder an seinem Platz nieder. Hinter dem König stund ein Kammerherr und dem Könige gegenüber der Tranchirer. Ihre Königl. Majestät sahen die meiste Zeit vor sich nieder und waren voller Gedanken, thaten aber eine gute Mahlzeit, doch nahmen sie nicht mehr als einen Becher voll Bier und das zu fünf bis sechs Malen. Die anderen Herren redeten zwar zuweilen miteinander, der König aber nicht. Unter den Pagen und Laquaien, die hinter dem Tisch aufwarteten, war auch ein kleiner polnischer Knabe mit einem geschorenen Kopf und ein Finger breitem Haar

über dem Kopf. Selber war sehr brutal und schlug mit seinem Prügel alle Leute, so ihm nahe kamen, ohne Unterschied und wollte oder durfte ihm keiner was thun. Hernach observirte ich, daß wenn man ihm die Hand gab, so war er stille. Zu diesem Knaben soll der König von Schweden große Liebe hegen und ungerne sehen, daß man selbem etwas zu Leid thue. Wie der König noch in Polen war und mit einer kleinen Suite durch einen Wald ritt, wird er von einigen hundert Polen umringet und nur durch Hilfe eines hurtigen Pferdes, welches ihm, nachdem das seine gefallen, einer seiner Trabanten überläßt, entfliehet er der Gefahr. Seine bei sich gehabte Begleitung wird bis auf nur einige massacrirt. Unterdeß nun der König im Fliehen begriffen, kömmt oberwähnter kleiner Knabe zu ihm und läuft, den Steigbügel haltend, den ganzen Tag mit; bis der König wieder bei einer schwedischen Partei anlangte und Ordre ertheilte, den Knaben hinter einem Reiter aufsitzen zu lassen, der aber kaum auf dem Pferde, sich auf dieses stellet und so in vollem Gallop mit forteilet. Dem Könige gefiel solches über die Maßen wohl und verspürte in dem wilden Knaben etwas Absonderliches, sodaß er ihn bald sehr lieb gewann; ich aber befürchte, daß der Junge einmal übel anlaufen wird. Selbst die Generals respectirt er nicht und diese dürfen ihm öffentlich nichts thun; allein des Abends, wenn es dunkel ist, machen sich zuweilen mehrere zusammen und schmieren ihn brav aus. Er hat einmal dem jungen Prinzen von Würtemberg das Bein entzwei geschlagen, und wie er darauf von einem Trabanten tüchtig ausgeprügelt wird, so läuft er heulend und schreiend zum König und klaget diesem, daß man ihn so tractiret, worüber der König sehr ergrimmt und aus dem Cabinet stürzend fraget: wer solches gethan? Es ist aber noch ein Glück, daß der König vor die Thür in das Zimmer kommt, wo eben der Prinz von Würtemberg verbunden wird und fraget: was da vorgehe? Nachdem er vernommen, daß solches der Junge gethan, hat er Ordre gegeben, daß man ihn einige Stunden bastoniren sollte.

Nachdem der König gespeiset und wieder in seinem Cabinet war, fielen die Trabanten und andere Offiziers auf die Tafel wie die Mücken nieder und speiseten alles rasch auf. Zwo Stunden nach der Mahlzeit wurde wieder zur Kirche geblasen und ging der König nebst allen seinen Räthen, Generals, Offiziers und Trabanten wieder zur Kirche. Wie diese aus war, dachten wir, der König würde nach seiner täglichen Manier ausreiten, allein warum es diesmal nicht geschehen, weiß ich nicht. Wir fuhren darauf, nachdem wir ein wenig gegessen, wieder nach Leipzig zurück.

Ich besuchte mit meinen Freunden auch bisweilen den Appel'schen Garten, welcher in Wahrheit recht lustig und zierlich angelegt ist, mit vielen Alleen, schönen Statuen, schönen Fontänen und raren Gewässern. Der Her-

zog von Marlborough, als er vor einigen Wochen in Leipzig gewesen, hat sein Quartier in diesem genommen. Man findet auch immer viel vornehme Leute darin spatzieren, unter Anderen habe ich etliche Male den kaiserlichen Ambassadeur Grafen v. Zinzendorf und den hannoverschen v. Oberg da gesehen. Der Bose'sche Garten ist auch besehenswerth, namentlich die Orangerie, welche was Rares und Kostbares ist.

Der König August von Polen war auch die Messe über nebst seinen besten Garden und Trabanten, welche alle prächtig montirt waren, präsent und logirte wie gewöhnlich bei Herrn Appel am Markt. Er speiste dann und wann öffentlich, sodaß man in die Zimmer hineingehen und zusehen konnte, wie ich auch das Glück hatte, ihn tafeln zu sehen. Er war über alle Maßen freundlich und sah einen jedweden sehr gnädig an, führte sich sehr propre in Kleidern und war mit seinen Hofleuten sehr familiär und freundlich. Er ist einigemale vom König von Schweden in Leipzig auf ein halbes Stündchen besucht worden und hat auch dem König in seinem Quartier wieder die Visite gegeben.

Man erzählt sich vom Könige von Polen allerlei schnurrige Dinge. So fiel es ihm vor zwei Jahren ein, mit einem nur geringen Gefolge die leipziger Messe zu besuchen und möglichst unerkannt auf der Reise zu bleiben. Als er vor Leipzig kommt, bricht sein Wagen und er muß aussteigen. Da kommt aber ein Bauer auf einem kleinen Pferd angeritten, wobei sich der König kurz resolviret, den Bauer anhält, ihm ein gutes Stück Geld anbietet und sich nach abgeschlossenem Handel auf die Mähre setzt. Ganz allein sprengt er nun in vollem Galopp nach Leipzig hinein und niemand erkannte in dem Reiter den König und so kam er unerkannt vor das Appelsche Haus.

Des Herrn Bürgermeisters Roman Haus ist das schönste und köstlichste in ganz Leipzig; darnach das des Herrn Grafen von Bose. Dann die Börse, das Rathhaus, Tuchhaus, Auerbachs Hof, wo die besten Galanterien zu sehen, Joachimsthal, wo die Lerchen mit einem guten Trunk Wein bei Musique der Bergleute gut schmecken, dann das Accise- und Posthaus. Die Universität ist die stärkste in ganz Deutschland, besonders von den Juristen besucht.

Den 8. May fuhren die meisten Handelsleute wieder nach Bremen zurück. Dann folgte auch der Herr Oheim v. Post, ich aber blieb, nachdem die Cöthen'schen Freunde gebeten, mit ihnen zu gehen. Der Herr Vetter Weigel hatte auch zu dem Ende seinen polnischen Klepper in Leipzig gelassen, um den 9. nebst noch etlichen anderen Herren nach Bernburg zu reisen, welches wir auch thaten und um 3 Uhr Nachmittags aus Leipzig ritten und um 7 Uhr in Landsberg ankamen. Unterwegs hatten wir ein

starkes Gewitter und Platzregen gehabt. Es marschirte auch unterwegs eine Compagnie schwedischer Reiter vorbei, worunter zwei zu Fuß waren und zurückblieben und, halb voll seiend, uns eine kleine Angst einjagten, indessen sie hinterher kamen und brav schalten, auch die Flinten schon anlegten, um loszudrücken. Indem wir aber die Pferde ein bischen anlaufen ließen, mußten sie zurückbleiben.

Der Wirth in Landsberg war ein sehr possirlicher Mann und hatte viele lustige Einfälle. Um 8 Uhr Morgens ritten wir wieder von dannen und kamen gegen 7 Uhr in Zörbig, einer fürstl. sächs. merseburgischen Residenz an, darinnen auch schwedische Soldaten lagen; von da auf Radegast, ein fürstl. anhalt-dessauisches Leibgeding der verwittweten Fürstin. Zwischen Zörbig und letzterem Orte steht eine Inscription:

Du wirst, mein Reitender, es noch am besten wissen,
Wie dir bisher so sehr vor diesem Damm gegraut,
In dem sich manches Pferd zu todt arbeiten müssen,
Als dieser Ort noch war grundlos und ungebaut.
Jetzt wird er dir nicht mehr der Reise Last vergrößern,
Weil in zweijährger Zeit mit Steinen diese Bahn
Durch unermüd'ten Fleiß und Kosten lassen bessern
Der Mehrer seines Lands, der theure Christian."

— Mit so nachahmungswürdiger Hingebung an das monarchische Prinzip beobachtete vor anderthalbhundert Jahren ein braver deutscher Republikaner die außerordentlichen Erscheinungen, welche ihm auf seiner Reise begegneten.

Politische Rundschau.

× Leipzig, Mitte Februar.

Die große Politik ist heuer gegen ihre Gewohnheit mit dem Beginne des Februar in die Ferien gegangen. Die Völker und Regierungen haben ihre Aufmerksamkeit von den auswärtigen auf die inneren Fragen gerichtet und ruhen für einen Augenblick von der fieberischen Aufregung, mit welcher sie einander wechselseitig beobachtend herausgefordert hatten. Im Westen sind es politische, im Osten wirthschaftliche und sociale Sorgen, welche die Gemüther beschäftigen. Ueber den gesammten Nordosten Europas hat sich ein Nothstand verbreitet, wie er seit zwanzig Jahren nicht schlimmer dagewesen ist; während im Nordd. Bunde tausende und abertausende von Thalern für Ostpreußen gesammelt werden und doch noch nichts von der Linderung des bittersten Elends verlautet, nimmt die Hungersnoth in den verschiedensten Theilen Rußlands immer größere Proportionen an und die Spalten derselben Journale, welche noch vor wenigen Wochen von nichts als kriegerischen

Herausforderungen gegen den Westen erfüllt waren, beginnen der schwierigen wirthschaftlichen Lage der großen östlichen Monarchie aufmerksamere Theilnahme zu widmen. Indeß die offizielle und offiziöse Presse Petersburgs bemüht ist, die aus der feindlichen Haltung Rußlands in der orientalischen Frage gezogenen Schlüsse auf eine Erkaltung der russisch-preußischen Beziehungen Lügen zu strafen und die Leichtfertigkeit zu beklagen, mit welcher die Moskauer Nationalpartei dem Gerede von einer Isolirung Rußlands Vorschub geleistet hatte, häufen sich die Nachrichten über die furchtbaren Folgen des Mißwachses im Herbst 1867. Nicht nur in Finnland und in den Preußen benachbarten Theilen Litthauens, auch in den centralen Provinzen Twer, Tambow, Rjäsan, Tula und Orel und an den eisigen Ufern der Dwinamündung sind die vorhandenen Getreidevorräthe beinahe vollständig aufgezehrt und fragen Hunderttausende von Menschen, womit sie sich selbst, ihre Kinder und ihr Vieh satt machen, wo die Mittel zur Bestreitung der Aussaat des kommenden Frühjahrs herkommen sollen. Zum erstenmal seit Aufhebung der Leibeigenschaft tauchen Stimmen auf, welche offen eingestehen, daß die wirthschaftlichen Folgen des berühmten Gesetzes vom 19. Febr. 1861 keineswegs verwunden sind und daß die Abnahme der Production mit der der ländlichen Bevölkerung ertheilten Freiheit in verhängnißvollem Zusammenhange steht. Der des herrschaftlichen Drucks ledig gewordene Bauer begnügt sich mit einem Minimum von Arbeit, macht von seiner Freiheit den vornehmlichsten Gebrauch in den Schenken und läßt in vielen Fällen einen beträchtlichen Bruchtheil seiner Aecker unbestellt. Der Gutsbesitzer ist überall, wo seine ehemaligen Leibeigenen ihre Frohncontracte in Geldpachtverträge verwandelten, auf die Anmiethung von Tagelöhnern angewiesen, die, wenn überhaupt, nur zu unerschwinglichen hohen Preisen zu haben sind und bei dem Mangel wirksamer Zucht und Controlle den505 Haupttheil der übernommenen Verpflichtungen unerfüllt lassen. Die Selbstverwaltung der von allen gutsherrlichen Einflüssen emancipirten Gemeinden führt vielfach Anarchie und Gesetzlosigkeit im Gefolge, zumal der Eifer des jungen liberalen Adels für Uebernahme der Friedensrichterposten abgekühlt, und ein Theil derselben bereits in die Hände gewissenloser Bureaukraten der alten Schule gefallen ist. Von mehr wie einer Seite her war seit Jahr und Tag über Zerrüttung der ländlichen Polizei, Verfall der Wege und Communicationsmittel, Zuchtlosigkeit, Liederlichkeit und Trägheit des Landvolks geklagt worden; selbst die Moskauer Zeitung hatte diesen Beschwerden ihr Ohr nicht ganz verschließen können. Aber erst seit die Ungunst der Natur das durch den Unverstand der Menschen verschuldete Uebel über sein gewöhnliches Maß hinaus vergrößert hat, zeigt die russische Nationalpartei Neigung und Fähigkeit, auf die Wurzel des Unheils zurückzugehen und die Unfehlbarkeit jenes

Systems, nach welchem die Verlegung des politischen Gerichts in die unteren Classen eine Panacee gegen alle überkommenen Uebel sein sollte, ernsthafterer Prüfung zu unterziehen. Sehr bedeutsam ist in dieser Beziehung ein neuerdings von dem landständischen Ausschuß des Gouvernement Twer veröffentlichter Bericht über die Ursachen der Abnahme der Production, die Verminderung der bebauten Territorien und des Viehstandes in der gedachten Provinz und deren Umgebung, und es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß (wie ein uns aus Petersburg zugegangener Bericht wissen will) in den petersburger Regierungskreisen von dem Erlaß einer Vorschrift die Rede sei, welche die Bauern zur Bestellung eines Theils ihrer Grundstücke förmlich verpflichten soll. Ob das neuerdings in St. Petersburg niedergesetzte Comité zur Abhilfe des furchtbaren Elends in Litthauen, den Nord- und Centralprovinzen im Stande sein wird, der diesjährigen Hungersnoth wirksam zu begegnen, kann bei den ungeheuern Entfernungen und dem immer noch primären Zustande der Communicationsmittel Rußlands zweifelhaft erscheinen; tritt aber wirklich eine dauernde Reaction gegen den leichtfertigen Optimismus ein, mit welchem die moskauer Demokratie die wirthschaftliche Lage beurtheilt und einer Ochlokratie in die Hände gearbeitet hatte, welcher die Aufgabe zugedacht worden war, den Einfluß der aufgeklärten Classen und der europäischen Bildung mit Hilfe des Gemeindebesitzes zu brechen, — so ist der Vortheil, den der Nothstand des laufenden Winters gebracht, ohne Zweifel größer als der Schaden, welchen derselbe angerichtet hat. Wie tiefgewurzelt der Glaube an die Unfehlbarkeit der demokratischen Modephrasen noch gegenwärtig in gewissen Kreisen der russischen Gesellschaft ist und wie dringend es einer Reaction gegen denselben bedarf, hat sich noch in den letzten Tagen in eclatantester Weise gezeigt. — Bekanntlich ist die Justiz in dem größten Theile Rußlands bereits reorganisirt worden und trägt die Regierung sich mit der Absicht, auch die Rechtspflege im Königreich Polen umzugestalten. Das Comité, welches mit der Ausarbeitung der bezüglichen Vorlagen betraut ist, wird von der demokratischen Presse mit Warnungen bestürmt, jede Theilnahme der höhern Classen an der Ausübung der Justiz nach Kräften auszuschließen und die ländliche Rechtspflege nicht Friedensrichtern, sondern von den Bauerngemeinden gewählten Gemeindegerichten zu übertragen und dadurch das demokratische Prinzip zu stärken. Und dieselbe Presse, welche mit Irrlehren so ausschweifender Art der Lösung aller staatlichen und sittlichen Bande entgegengesteuerte, systematisch eine politische und wirthschaftliche Begriffsverwirrung über die Aufgabe der ländlichen Bevölkerung herbeigeführt hat, die ohne Beispiel in der neuesten Geschichte ist, dieselbe Presse nimmt keinen Anstand, die Verantwortlichkeit für die Ungunst der Natur und den Unverstand der ländlichen Arbeiter auf die Regierung zu wälzen!

Freilich haben wir ein nur sehr beschränktes Recht, über diese Thorheiten des russischen Parteifanatismus vornehm abzuurtheilen: gibt es doch auch in Deutschland eine zahlreiche, in der Presse mehrfach vertretene Partei, welche den Lenkern des preußischen Staats ohne weiteres alle Schuld an dem Nothstand in Ostpreußen zumißt und die eigentliche Ursache desselben in dem Kriege von 1866 und der Erhöhung der preußischen Wehrkraft sucht. Die Neigung, in jeder Calamität, mag sie politischer, socialer oder wirthschaftlicher Natur sein, alles Heil von der Regierung zu erwarten und diese für alles, was geschieht und nicht geschieht, verantwortlich zu machen, ist eines der charakteristischsten Symptome dafür, daß man auch bei uns die Periode des staatlichen Bevormundungsbedürfnisses noch lange nicht überwunden hat und daß der Besitz constitutioneller Institutionen schlechterdings keinen Ersatz bietet für den Mangel communaler und provinzialer Selbstverwaltung. Im vorliegenden Fall hat sich übrigens gezeigt, daß der Glaube an die Allgewalt und Allverantwortlichkeit des Staats ebenso bei gewissen Regierungsorganen, wie bei den radicalen Politikern der „Zukunft“ zu Hause ist; die officiöse berliner Presse hat geflissentlich die Thatsache des Nothstands zu leugnen oder doch zu verkleinern versucht und sich gerade so geberdet, als ob das Vorhandensein eines solchen in der That zu Vorwürfen gegen die Regierung berechtigen würde. Und um die Begriffsverwirrung vollends zu steigern, ist von derselben Seite her behauptet worden, der vielfach und mit Recht erhobene Anspruch auf staatliche Beihilfe zur Linderung des ostpreußischen Elends sei, insoweit er von den Liberalen erhoben worden, eine Inconsequenz, da der Liberalismus jede Betheiligung des Staats an socialen und wirthschaftlichen Fragen prinzipiell verwerfe und nur das Prinzip der Selbsthilfe und der natürlichen Ausgleichung zulasse. Glücklicherweise haben diese Ausgeburten doctrinärer Rechthaberei den gesunden Sinn des Volks nicht zu trüben vermocht; die verschiedenen Staaten und Bevölkerungsgruppen des gesammten Deutschland wetteifern in opferfreudigem Sinn für die Unterstützung der schwergeprüften Provinz an der preußischen Ostgrenze. Niemand kommt es in den Sinn, die Hungersnoth an der Ostsee zur Basis wirthschaftlicher oder politischer Experimente zu machen und an den Grundpfeilern staatlichen Lebens rütteln zu wollen. Allen, die den Verhältnissen näher stehen, ist freilich bekannt, daß der Regierung mangelhafte Aufmerksamkeit für die Ernteverhältnisse in Ostpreußen um so weniger zum Vorwurf gemacht werden kann, als selbst die Mehrzahl der mit Land und Leuten genau bekannten Grundbesitzer noch im vorigen October des Glaubens war, der magere Ausfall der Ernte werde zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse ausreichen; und konnte doch auch erst nach Beendigung der Drescharbeiten eine Uebersicht über den ganzen Umfang der Differenz zwischen den vorhandenen Vorräthen und dem obwal-

tenden Bedürfniß gewonnen werden. Es hat des ganzen Ungeschicks der offiziösen Journalisten und gewisser reactionärer Beamtenkreise bedurft, um eine Verkennung der gegebenen Verhältnisse, wie sie wenigstens vorübergehend in Cours gesetzt worden war, herbeizuführen und den Feinden Preußens zu den unsinnigen Parallelen Veranlassung zu geben, welche den Mangel im deutschen Norden und den Ueberfluß in Oestreich auf die Verschiedenheit der Regierungssysteme hüben und drüben zurückführten!

Die Sorge um die Nothleidenden in Ostpreußen und die Verhandlungen über die Abfindung der Depossedirten und den hannoverischen Provinzialfonds haben so sehr im Vordergrunde des preußischen öffentlichen Lebens gestanden, daß sich Presse und Publikum nur vorübergehend mit den Beziehungen zum deutschen Süden und zu Frankreich beschäftigt und den offiziellen Versicherungen, daß die letzteren nichts zu wünschen übrig ließen, bereitwillig Glauben geschenkt haben. Selbst das Ableben des verdienstvollsten Vorkämpfers der deutschen Sache jenseit des Main, des badischen Staats- und Finanzministers Mathy, der den hervorragendsten Antheil an dem Zustandekommen der Zoll- und Allianceverträge gehabt hat und dessen Ausbleiben der Bundesrath beim Zollparlament schmerzlich genug empfinden wird, ist nicht im Stande gewesen, die Versenkung in die Sorgen des Augenblicks zu unterbrechen und die Beschäftigung mit der süddeutschen Frage in Fluß zu bringen. In gewissen Kreisen ist man gar so weit gegangen, aus den Schwierigkeiten, welche sich der Organisation im Norden entgegengestellt haben, auf die momentane Unlösbarkeit der im Süden harrenden Aufgabe und den Mangel genügender Arbeitskräfte für dieselbe Schlüsse zu ziehen. So wenig wir im Stande sind, den Glauben an die Möglichkeit längerer Fortdauer der süddeutschen Provisorien zu theilen, so klar uns zu Tage liegt, daß es die Rücksicht auf den Süden ist, welche die Bethätigung der vollen Bundesautorität auf die Regierungen der kleinen Bundesstaaten hemmt, und so unwahrscheinlich es aussieht, daß die ausgegebene Losung: „Erst Bayern, dann Baden" aufrecht erhalten werden wird — wir können uns nur des Ernsts und der Gewissenhaftigkeit freuen, mit welchem von Berlin aus auf den Revers der Medaille hingewiesen und mit jenem Optimismus gebrochen wird, der bis in den vorigen Sommer hinein dem Wahn huldigte, die Ueberschreitung der Mainlinie werde sich von selbst machen. Die richtige Einsicht in die wahre Sachlage und ihre inneren Hemmnisse scheint in demselben Maße zuzunehmen, in welchem die Befürchtungen vor einer französischen Einmischung in die deutschen Dinge in den Hintergrund tritt; war es doch bequem genug gewesen, immer wieder diese vorzuschieben, statt einzugestehen, daß in Wahrheit der Mangel guten Willens im Süden und eines gehörigen Ueberschusses an Organisationskräften im Norden die Herstellung der Brücke über den Main verzögerten!

Wie in Rußland und Deutschland, so ist es auch in Frankreich während der letzten Wochen auf diplomatischem Gebiet still geblieben und nur von inneren Fragen die Rede gewesen. Weder der Uebertritt der hannoverischen Flüchtlinge auf französisches Gebiet, noch die Depesche, welche Menabrea der kaiserlichen Regierung wegen ihrer Duldung der reactionären Umtriebe, die von Rom aus gegen das italienische Königreich inscenirt werden, wenigstens indirect Vorwürfe macht, haben es vermocht, das Volk von Paris in dem Eifer zu stören, mit welchem dieses den Verhandlungen über das neue Preßgesetz folgte. Diese Verhandlungen haben freilich das Bild einer parlamentarischen Misère enthüllt, welche durch den Glanz der oppositionellen Reden nur in ein helleres Licht gestellt worden ist. Es hat der vollen Energie der Regierung bedurft, damit die servile Majorität des gesetzgebenden Körpers sich ein Gesetz abzwingen ließ, welches die Presse von dem unerträglichen Druck administrativer und polizeilicher Willkür befreien sollte, und mehr wie zweifelhaft erscheint es, daß der „gute Eindruck", den die „liberale" Haltung des kaiserlichen Cabinets nach den Zeitungsberichten gemacht haben soll, hinreichen werde, den Ekel zu bewältigen, welchen die Erbärmlichkeit der Volksvertretung der französischen Nation eingeflößt haben muß. Deputirte, welche sich durch die Regierung dazu zwingen lassen, ein Volksrecht wiederherzustellen, das Frankreich bereits vor 80 Jahren erobert hatte, Senatoren, in deren Reihen sich nur vier wirkliche Anhänger der Preßfreiheit finden und die von ihren Collegen mit dem Namen „les quatre imbécilles" belegt werden, kann eine Nation, die auf ihre eigene Würde hält, nimmermehr für ihre Vertreter ansehen. Zustände, die eine Nationalrepräsentation so vollständig in ihr Gegentheil zu verwandeln im Stande waren, müssen die französische Selbstachtung untergraben und können sich auf die Dauer nicht behaupten.

Eine schlechte Regierung ist leichter zu ertragen, als eine Verfassung, welche das Volk vor seinem eigenen Spiegelbilde zurückschrecken läßt. Aus diesem Grunde können wir an ein verbessertes Verhältniß zwischen Frankreich und dem zweiten Kaiserthum nicht glauben und scheint uns die Alternative „Krieg oder innere Freiheit" in ihrer ganzen Gefährlichkeit für Deutschland fortzubestehen, mag immerhin im Augenblick nicht an Krieg gedacht und die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Preußen von dem Tuileriencabinet ernstlich gewünscht werden. Die Ehre desselben ist durch das Zeugniß, welches die Freunde und Hauptstützen des Empire sich durch ihr Verhalten zum Preßgesetz ausgestellt haben, in den Augen der französischen Unzufriedenen empfindlicher compromittirt worden, als es je durch kaiserliche oder ministerielle Mißgriffe geschehen konnte.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

№ 8.

Ausgegeben am 21. Februar 1868.

Inhalt:

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Verlorene Posten deutscher Colonisation.

1. Polnisch Livland.

„Um Petersburg herum liegt ein weiter Raum, den man gewöhnlich Rußland nennt". — Dieses boshafte Wort eines „vormärzlichen" russischen Schriftstellers enthält die Quintessenz der Vorstellungen, welche sich ein großer Theil der Bewohner Westeuropas noch heute von dem großen Reich des Ostens macht, das hinter den ominösen Schlagbäumen von Wirballen oder Tauroggen seinen Anfang nimmt. Was jenseit dieser von Kosaken gehüteten schwarz-gelb-weißen Pfähle liegt, bildet selbst für einen großen Theil der Deutschen, welche sich rühmen, am besten unter allen Völkern unseres Welttheils Bescheid zu wissen, eine ununterscheidbare Masse von Ländern und Nationen, nach denen zu fragen der Mühe kaum verlohnt: Moskau — Petersburg — das ehemalige Polen — allenfalls noch Kurland — diese Namen hat man in der Schule gelernt, sie bilden die Oasen innerhalb der Wüste, welche man sich unter dem Namen „Rußland" denkt und mit ihnen verbinden sich unklare Vorstellungen von weiten, sclavenbewohnten Ebenen, aus deren undurchdringlichem Nebel Bajonette und Kuppeln griechischer Kirchen blitzen. In früherer Zeit war es anders. Als noch nicht rasende Eilzüge, sondern schwerfällige Post- und Diligencewagen den Reisenden in fünftägiger Fahrt von Tauroggen über Schaulen, Mitau, Riga, Dorpat und Narwa nach Petersburg führten, hatte der aufmerksame Beobachter Zeit und Gelegenheit, wahrzunehmen, daß es eine ganze Anzahl kleiner, von einander scharf unterschiedener Welten sei, die er zu durchwandern habe, ehe er an das Newaufer kam, und daß die Bezeichnung „Rußland", welche er aus der Heimath mitgenommen, auf keine derselben recht paßte. Hatte der Reisende irgend Augen und Ohren für ethnographische Unterschiede, so konnte er inne werden, daß es drei verschiedene Völkergebiete waren, die an seinem Auge vorüberzogen und daß sich, bevor er die Vorstädte Petersburgs berührt, in keinem derselben Anzeichen echtrussischen Lebens entdecken ließen. Hier waren es Polen und Litthauer, dort Deutsche und Letten, weiter nach Norden schwarzröckige Esthen, welche ihm begegneten; die erste Tagereise führte ihn an katholischen Kirchen und Kalvarienbergen vorüber, dann reiste er

Tage lang durch Länder, von deren Kirchthürmen der lutherische Hahn treuherzig hinabschaute, und erst wenn er zwischen Narwa und der alten Tatarenfeste Iwangorod die reißende Narowa überschritten hatte, wurden die Kuppeln byzantinischer Tempel und die zweimal durchbrochenen griechischen Kreuze vorherrschend und fand er endlich jene rothhemdigen, vollbärtigen russischen Gestalten vor, mit denen seine freigebige Phantasie alles Land der unermeßlichen sarmatischen Ebenen bevölkert hatte.

Von einem dieser auf der Grenzscheide occidentalen und slavisch-orientalischen Lebens liegenden Culturgebiete, dem die drei Ostseeprovinzen Liv-, Esth- und Kurland umfassenden baltisch-deutschen, haben die „Grenzboten" jüngst (1867, IV) ausführlich berichtet, um die Erinnerung an die einstige Gemeinschaft Deutschlands mit der versprengten nordischen Colonie wachzurufen und an derselben die unbesiegbare Zähigkeit deutscher Art nachzuweisen. Zwischen der Südgrenze Kurlands und der äußersten Nordostmark des preußischen Staats liegt ein breiter Landstrich, von den Enkeln der Samogitier (Samaiten, Schmuden) und der über diese herrschenden Polen bewohnt, der das weite deutsche Colonisationsgebiet, welches sich von den sumpfigen Niederungen der Weichselmündung bis zum felsigen Ufer des finnischen Meerbusens erstreckt, gewaltsam durchschneidet und wesentlich dazu beigetragen hat, daß die noch am Ende des 15. Jahrhunderts ihrer Vollendung nahe gebrachte Herrschaft unseres Volkes über das baltische Meer ein Traum geblieben ist. Von dem östlichsten Ausläufer dieses Landes, dem sog. polnischen Livland, welches heute Russen und Polen, die einen im Namen des Nationalitätsprinzips, die andern in dem stolzen Bewußtsein, Träger seiner Cultur gewesen zu sein, in Anspruch nehmen, soll in den nachstehenden Blättern ein flüchtiges Bild entworfen werden. Auch an seinen Boden knüpft sich ein Stück deutscher Geschichte, auch hier ist der römisch-deutsche Kaiser einst Herr gewesen, aber nur mühsam lassen sich diese Trümmer deutscher Vergangenheit aus dem Schutt, der sie bedeckt, herausgraben. Orientiren wir uns zuvörderst über seine Grenzen und die Bevölkerungsverhältnisse, welche für seine Zukunft bestimmend sein werden.

Das ehemalige Großfürstenthum Litthauen, welches die heutigen Gouvernements Grodno, Kowno, Wilna, Minsk, Witepsk umfaßt, zerfiel zu polnischer Zeit in die drei Landschaften Litthauen (Woyewodschaften Wilna und Troki), litthauisch Reußen (Woyewodschaften Schwarzrußland, Weißrußland, Mcisclaw, Witepsk, Smolensk, Polozk und polnisch Livland) und Samogitien. Zwei dieser Provinzen, das ehemalige Samogitien und polnisch Livland waren dem Besitz des deutschen Ordens entrissen worden, die erstere beim Beginn des fünfzehnten, die letztere im siebzehnten Jahrhundert.

Während die Düna sonst die äußerste Nordgrenze der polnischen Herrschaft bildete, und es den Polen ebenso wenig wie den alten Litthauern ge-

lingen wollte, auch nur die schmalen, langgestreckten Bisthümer Kurland und Semgallen zu überfluthen und sich dadurch einen Weg an die Ostsee oder den rigaschen Meerbusen zu bahnen, waren die vier östlichen Voigteien des alten Livland Dünaburg, Rositten, Lutzen und Marienhausen, nach Beendigung des polnisch-schwedischen Erbfolgekrieges durch den Frieden von Oliva (1660) an Polen abgetreten und in den folgenden hundert Jahren polnischer Herrschaft beinahe vollständig polonisirt und katholisirt worden. Am 13. Januar 1773 „im Namen der einen und untheilbaren heiligen Dreieinigkeit“ mit Rußland verbunden, bildet diese etwa 280 □Meilen große, von zweimalhunderttausend Menschen bewohnte, von den Russen „Inflandija“ genannte Landschaft heute einen Theil des Gouvernements Witepsk und hat in dieser Eigenschaft an allen Geschicken des ehemaligen Polen treulichen Antheil genommen. Dieser vergessene Winkel, der seit Jahrhunderten von der Heerstraße der Cultur abliegt, in dem es keine Städte von irgend welcher Bedeutung gibt, in welchem keine der um seine Herrschaft ringenden Nationen, weder die deutsche, noch die polnische oder russische jemals dazu gelangt ist, dauernden und wahrhaft civilisatorischen Einfluß zu erlangen, und dem das traurige Loos zu Theil geworden, plötzlich von der höheren in eine niedere Entwickelungsstufe herabgezerrt zu werden, bildet ein ethnographisches und culturgeschichtliches Curiosum, wie es — nicht eben zum Schaden der Menschheit — einzig in seiner Art ist. Im Westen an den ärmsten und zurückgebliebensten Theil Livlands grenzend, im Süden dem halb polonisirten curischen Oberlande benachbart, nördlich von dem russischen Gouvernement Pleskau (Pskow), östlich von Witepsk umschlossen, bietet dieses Land eine Musterkarte verschiedener Völkerschaften, welche sämmtlich durch ihre traurigsten Exemplare vertreten sind. Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts ein Theil des livländischen Ordensstaats, nahm „Insland“ durch Jahrhunderte an der Entwickelung baltisch-deutschen Lebens den vollständigsten Antheil. Seine lettischen Bewohner mußten seit dem 12. Jahrhundert den Druck der auf ihren weiter westlich wohnenden Landsleuten ruhenden Leibeigenschaft theilen; eine Reihe stolzer Burgen, deren ursprünglich deutsche Namen sich noch heute aus der polnischen Verstümmelung erkennen lassen, bildeten die Sitze der Ordensvögte, Aebte und Vasallen, welche über dem Lande walteten, und unter denen die im J. 1277 angelegte Dünaburg die vornehmste war. Auf den weiten, mit dunkeln Tannenwäldern bedeckten Ebenen dieses Landes wurde mancher blutige Strauß gegen die von Osten andrängenden Russen und Litthauer ausgefochten, die diese nur schwach bevölkerten, größerer Städte entbehrenden östlichen Voigteien mit Vorliebe zum Angriffspunkt wählten. Von den Hauptstätten der deutschen Gesittung weitabliegend zählten die Flecken Marienhausen, Lutzen und Dünaburg nur spärliche deutsche Bürger und ihre

lettischen Anwohner wurden von den Einflüssen germanischer Bildung ungleich weniger berührt, als die Stammesgenossen an der Dünamündung oder der Aa. Früh an unbedingten Gehorsam gegen den Willen ihrer stolzen Beherrscher gewöhnt, waren sie im 13. Jahrhundert wenigstens dem Namen nach katholische Christen, im Zeitalter der Reformation Lutheraner geworden. Dann kamen die blutigen Zeiten des russischen Einfalls und des polnisch-schwedischen Erbfolgekrieges, der den zu allen Zeiten höchst bescheidenen Wohlstand des Landes vernichtete und alle Bande der Zucht und Gesittung, welche die wenigen, in diese Einöden versprengten lutherischen Geistlichen um ihre Pfarrkinder geschlungen hatten, plötzlich auflösten.

Als der Krieg beendet war, wurde das Land den Polen übergeben: während Gustav Adolph dem westlichen Livland die Segnungen protestantischer Entwicklung erschloß, die Leibeigenschaft durch strenge Gesetze gegen die adlige Willkür eingeschränkt, der livländische Grund und Boden katastrirt und ein geordnetes Kirchen und Schulwesen geschaffen wurde, das sich bis heute erhalten hat und dem das Lettenvolk seine gesammte sittliche und intellectuelle Cultur schuldet, verfolgten die polnischen Beherrscher „Inslands" nur das eine Ziel vollständiger Ausrottung des protestantisch-deutschen Wesens, welches hier ohnehin kaum Wurzel geschlagen hatte. Harte Staroste und hochmüthige Woyewoden zogen die in den Wirren des Krieges schlaff gewordenen Zügel der Leibeigenschaft aufs Neue an und zwängten die unglücklichen Letten in jene Stufe der Thierheit herab, welche in Litthauen und Polen für den Normalzustand des Bauern galt, während jesuitische Arglist die protestantischen Kirchen zerstörte und das apathische Landvolk in den Schoß der alleinseligmachenden zurückführte. — Auf ihren Edelsitzen zerstreut, durch den Jammer des Kriegselends verwildert, von keinem Bürgerthum unterstützt und getragen, waren die deutschen Barone außer Stande, dem Andrang des polnisch-katholischen Wesens wirksamen Widerstand zu leisten: nach einem halben Jahrhundert waren sie zu polnischen Pans geworden, die sich für die zügellose Junkerfreiheit der königlichen Republik begeisterten, — von den Landboten und Castellanen Litthauens und Samogitiens nur noch durch den deutschen Klang ihrer Namen zu unterscheiden. Die Geschlechter der Borg, Syberg, Plater, Paulin-Rosenschild u. s. w. sind seit zwei Jahrhunderten in den polnischen Adel übergegangen, sie halten bis heute treu zur polnischen Sache, und die bald hundertjährige russische Herrschaft über polnisch Livland hat nicht vermocht, den Einfluß des polnischen Elements zu brechen und diesen durch russischen zu ersetzen. Nur mühsam läßt sich aus den Namen der Ortschaften dieses Landes auf den Ursprung derselben schließen; aus Rositten ist Réczjza, aus Lutzen Lutzin, aus Warkland Warklány, aus Drissen Dryzány geworden und selbst die unverändert gebliebe-

nen deutschen Namen Dünaburg und Marienhausen werden mit polnischer Betonung Dünáburch und Marjengause ausgesprochen. An den Aufständen von 1831 und 1863 haben die „Infländer" nach Kräften Theil genommen und es dadurch selbst verschuldet, daß sie das harte Schicksal, welches die Murawjew und Kaufmann Litthauen bereiteten, mittragen mußten. Polnisch Livland gehört zum Gouv. Witepsk und hat demgemäß den Belagerungszustand, die militärische Dictatur der Kreiscommandeure, das harte Ablösungsgesetz und die unerschwinglichen Contributionen von 1863, 64 und 65 dulden müssen. Gleich den Weißrussen und Litthauern wurden auch die Letten von polnisch Livland gegen ihre Herren unter die Waffen gerufen und in die Drushina (Miliz) eingeordnet, welche den russischen Truppen im Kampf gegen die polnischen Banden Beistand leisten sollte.

Der Gegensatz zwischen deutsch-protestantischen und polnisch-katholischen Einflüssen läßt sich kaum irgendwo deutlicher verfolgen, als bei dem Uebergang von livländischem auf infländischen (polnisch-livländischen) Boden. Das Volk, welches hüben und drüben den Boden bearbeitet, ist dasselbe — und doch glaubt man sich in eine andere Welt versetzt, wenn man bei Kreuzburg (einer Station der Riga-Dünaburger Eisenbahn) das deutsche Livland verlassen hat. Ein Theil der Bewohner dieser reichen Grenzstarostei ist zwar infolge des zufälligen Umstandes, daß seine Besitzer dem kurländischen Geschlecht der Freiherrn von Korff angehörten, lutherisch geblieben, aber auf den ersten Blick läßt sich erkennen, daß dem Lutherthum der Kreuzburger die nothwendige Supplemente protestantischer Entwickelung, politische Freiheit und ein geordnetes Schulwesen, Jahrhunderte lang gefehlt haben. Die Bauerhäuser werden niedriger und schmutziger, nach Rauchfang und Glasfenster sieht man sich vergeblich um, die Straßen, welche die Wohnungen der Menschen verbinden, sind schlecht erhalten, entbehren der Brücken und der Grabeneinfassung; das reinliche blaugraue Kleid, an welchem der Lette allenthalben zu erkennen ist, verwandelt sich in ein schmutziges Grau, die Füße des Wandrers sind nicht mit Lederstiefeln, sondern mit Bastsandalen bedeckt und der scheue, mißtrauische Blick, mit welchem der Bauer den „Herrn" betrachtet, der sich in sein Land verirrt hat, verräth die Gewöhnung der Abhängigkeit. Je weiter man nach Osten vordringt, desto unheimlicher wird der Eindruck, den die Landschaft ausübt: Wald auf allen Seiten, Wasser in den zahllosen Tümpeln, Teichen und Seen, welche das Land zerreißen, häufig auch auf den mangelhaft bearbeiteten, schlechtangebauten Feldern. Die Bauern leben, wie in Liv- und Kurland, auf versprengten Gehöften, aber es fehlen die sichern, festen Abgrenzungen und Arrondirungen, welche Livland der schwedischen Epoche zu danken hat, es fehlt das sittigende Beispiel des Gutsherrn und des Predigers, vollends seit die Niederschlagung des

Aufstandes von 1863 jede Spur aristokratischer Autorität vernichtet und den Bauer, der noch vor zehn Jahren Sclave war, in eine Herrschaft eingesetzt hat, die er einzig mit Juden und niederen russischen Beamten theilen muß. Allenthalben, an Schlagbäumen, Schenken, Gerichtsstuben und Quartierhäusern sind die alten polnischen Aufschriften frisch übertüncht und durch russische ersetzt, aus denen sich die polnischen und deutschen Namen der Güter und Flecken nur mühsam herausbuchstabiren lassen. Dünaburg und allenfalls Kreuzburg ausgenommen, giebt es in dem gesammten, 280 □Meilen umfassenden Lande keine Ortschaften, welche den Namen von Städten verdienen — elende, in Koth und Armuth versumpfte Flecken und Sloboden, fast ausschließlich von Juden bewohnt, in deren Händen sich Verkehr, Handel und Geschäft concentriren, nehmen hier die Stelle von Culturemporien ein. Der deutsche Handwerker, dem man bis an die sibirische Grenze hin überall in Rußland begegnet, hier ist er trotz der nahen Nachbarschaft der Städte des livländischen Ostens nur sehr ausnahmsweise zu finden, denn die rohen, gesetzlosen Zustände des unter einem ewigen Belagerungszustand begrabenen Landes machen friedlichen Verkehr, Ruhe, Sicherheit und ehrlichen Erwerb vollständig unmöglich und verscheuchen den friedlichen und friedensbedürftigen Gewerbsmann. Es bedarf der Zähigkeit, Gewissenlosigkeit und Geschmeidigkeit des Juden, um unter Verhältnissen dieser Art den Muth nicht zu verlieren und ein Geschäft zu wagen; darum sind die Begriffe Jude und Geschäftsmann zwischen Kreuzburg und Dünaburg von jeher identisch gewesen. Das Geschäft aller Geschäfte ist hier freilich Branntweinbrennen und Branntweinschenken. Die Mehrzahl der menschlichen Wohnungen, welche die einsame längs der elenden Landstraße nach Luczin oder Reczija sich hinziehende Wildniß unterbrechen, gehört jüdischen Herbergsvätern an, welche zugleich Hehler, Aufkäufer, Gütermäkler und, wo es größere Truppenabtheilungen gibt, Lieferanten und Kuppler sind und von früh bis in die Nacht den grünen Fuselbranntwein in schmutzige Gläser füllen, die rasch geleert werden. In der einen großen Schenkstube, welche an den „Stadoll“ (Stall und Wagenraum) des Kruges stößt, sitzen an großen Tischen Männer verschiedener Nationen. Den Haupttisch haben polnische Edelleute besetzt, die vom Jagdzug oder vom Besuch in dem benachbarten Flecken heimkehren und hier bei einem Glase Punsch rasten, — hohe, blasse, schnurrbärtige Gestalten von melancholisch-stolzem Aussehen, die ihre Gedanken in französischer Sprache austauschen, weil ihnen der Gebrauch des Polnischen bei Strafe verboten ist und an dem Nachbartisch eine Gruppe von Gensdarmerie- und Linienoffizieren um den Samowar (Theemaschine) sitzt und über die unerträgliche Langeweile des ländlichen Garnisonsorts klagt, der ihrer Ueberwachung anvertraut ist. Inmitten der Polen findet sich wohl auch ein oberländischer Baron, der trotz der Paßschwierigkeiten, die jede

Bewegung auf früher polnischem Gebiet einengen, hinübergekommen ist, um mit den schwergeprüften Pans hinter flüchtigen Hasen und unermüdlichen Füchsen zu jagen. Der derbere Knochenbau, die ungebrochen stolze Haltung, die gebräunte frische Gesichtsfarbe und das gesunde Lachen, welches dem leise geflüsterten Bonmot des blassen gräflichen Nachbarn von Warklany oder Kreslaw erschreckend laute Antwort gibt, bekunden den deutschen Aristokraten, der es gewohnt ist, wo er erscheint, Herr zu sein, und der sich niemandem beugt, als dem Genossen, den er sich selbst zum Kreismarschall oder Oberhauptmann erwählt hat. Er weiß, daß ein zweistündiger Ritt ihn in die Sicherheit der heimischen Erde zurückführen kann, und darum hält er sich das Gefühl der Beklemmung vom Leibe, das auf seine Umgebung drückt, die sich allenthalben unter dem Damoklesschwert des Belagerungszustandes fühlt. Weiter zur Wand hin steht ein großer, mit Branntweinflaschen reich bedeckter Tisch, an welchem sich eine Schaar Bauern gesammelt hat, um mit dem jüdischen Händler, der seine Waaren auskramt, zu schachern, kleine kräftige Gestalten in aschgrauen Röcken, die sich alle Mühe geben, durch lautes Lachen und ungezwungene Reden bemerklich zu machen, daß sie ihre nur wenig Schritte weiter sitzenden ehemaligen Herren nicht mehr zu fürchten brauchen. Die Sprache, welche diese Männer reden, ist eine Mundart des Lettischen, wie es im livländischen Osten gesprochen wird, aber doch von diesem unterschieden, weil mit zahlreichen Polonismen versetzt und durch eine Anzahl Wendungen bereichert, welche dem Litthauischen entnommen sind; dazu macht sich geltend, daß diese Sprache des ordnenden Einflusses der Schule entbehrt, und daß sie keinen Schatz an Kirchenliedern und religiösen Schriften besitzt, der die Gedanken der Sprechenden veredelt, ihre Sprechweise gereinigt hätte. Der katholische Pater, der hier statt des lutherischen Pastors waltet, hat nur selten Zeit und Neigung verspürt, auf die Bildung seiner Pfarrkinder einzuwirken, in der Neuzeit darf er kaum wagen, mit denselben außerhalb der Messe und Beichte überhaupt zu verkehren. Als Pole ist er ohnehin politisch verdächtig und läuft bei dem geringsten Conflict mit den kommandirenden Offizieren des Bezirks ernstliche Gefahr, seines Amtes entsetzt und durch einen Geistlichen der griechischen Kirche ersetzt zu werden. Selbst der mit lateinischen Lettern gedruckte infländisch-lettische Kalender, den er sonst an seine Diöcesane zu vertheilen pflegte, und der neben dem Brevier die einzige Lecture des Bauern bildete, ist neuerdings wegen seiner polnischen Orthographie verpönt worden. An seine Stelle soll ein mit russischen (cyrillischen) Lettern gedrucktes Buch treten, um symbolisch die Wiederherstellung des russischen Einflusses „im Gouvernement Witepsk" abzubilden; aber das Volk kann die neuen Schriftzeichen nicht verstehen und hat nur zwischen den aus Tilsit eingeschmuggelten preußisch-litthauischen Kalendern oder gänzlichem

Verzicht auf die Lesekunst zu wählen. Kein Wunder, daß die Schenken immer größere Anziehungskraft gewinnen und daß ihre Anzahl zum Heil der in die Staatskasse fließenden Branntweinaccise beständig zunimmt. — Zwischen den Polen, Letten, Juden und Russen, wie sie uns in den Schenken an der Reschizaer Straße begegnen, findet sich noch der litthauische Bettler, der, in schmutzige Lumpen gehüllt, rings das Land durchstreift, unaufhörlich die Melodie jenes schwermüthigen Liedes wiederholend, dessen ominöser Refrain

„Schade, daß die schöne Sonne
Auch zu uns von Osten kommt"

dem Reisenden in allen litthauisch-polnischen Ländern unfehlbar anklingt — und endlich der Zigeuner, der den jüdischen Pferdehändlern als unvergleichlicher Pferdedieb gefährliche Concurrenz macht, übrigens nur im Winter das schützende Dach des Kruges aufzusuchen pflegt, den Sommer über mit Weib und Kind in Busch und Brach seine Zelte und Wagenburgen aufschlägt. Die Gesetzlosigkeit der inländischen Zustände läßt namentlich den an Kur- und Livland grenzenden westlichen Winkel dieses Landes allen Vagabunden und Gaunern des Dünathals als Paradies erscheinen, und selbst in der Umgegend der von Kanonen starrenden Festung Dünaburg ist die Unsicherheit so groß, daß der oberländische Gutsbesitzer, wenn er nachts durch den Wald reitet, einen Revolver in den Sattel steckt und während der dunklen Herbstnächte ein paar beurlaubte Kosacken willig macht, sein Haus und seine Wirthschaftsgebäude vor den Wegelagerern, die aus Infland hinüberkommen, zu bewachen. Sogar für das dreißig Meilen weiter nach Westen, in Riga und dessen Umgebung gestohlene Gut haben seit Eröffnung der Riga-Dünaburger Eisenbahn die Diebshöhlen Dünaburgs und seiner Nachbarflecken eine magische Anziehungskraft, und die livländischen Polizeibehörden wissen aus uralter Erfahrung, daß die Diebsspuren, die nach polnisch Livland führen, am Eingang der Thore von Dünaburg, Kresslav oder Drissa mit einem undurchdringlichen Schleier bedeckt werden, den höchstens der Machtspruch eines mächtigen Generalgouverneurs, niemals aber die Requisition der ordinären Behörde zu lüften vermag.

Schwach bevölkert und schlecht angebaut bieten die Ebenen, welche sich vom Dünaufer nördlich nach Pleskau, östlich nach Witepsk dehnen, selbst in der schönen Jahreszeit einen trostlosen Eindruck. Wo sich das Dunkel der Wälder lichtet, welche zum Lubahnschen See hin wahrhaft unzugänglich werden und in denen noch das Elenn, der zottige Bär und der grimme Wolf hausen, wechseln schmutzige Bauerhäuser mit großangelegten Edelhöfen, deren „schäbige Gentilität" von dem abnehmenden Wohlstand des durch die plötzliche Aufhebung der bäuerlichen Lasten schwer getroffenen Adels Zeugniß ablegt.

Im Innern dieser Edelhöfe findet sich das Bild jener polnischen Wirthschaft wieder, welches weltbekannt ist, hie und da durch die ordnende Hand eines deutschen Inspectors oder Gutspächters gemildert, der aus dem „Schwedischen" (so nennt der gemeine Mann das eigentliche Livland häufig noch) herübergekommen ist, in der Regel um nach einigen Jahren mit seinen Ersparnissen in die Heimat zurückzukehren. Die altpolnischen Zustände sind in der Auflösung begriffen, neue haben sich noch nicht gebildet; der Adel ist verarmt und um alle Autorität gebracht, die Geistlichkeit hat Mühe, sich gegen den zunehmenden Einfluß der griechischen Propaganda zu wehren und muß schweigend dulden, daß ihre Klöster geschlossen, ihre Kirchen in Wohnstätten des orthodoxen Ritus verwandelt werden. Die russischen Offiziere und die ihnen zugegebenen Civilbeamten sehen sich als Fremdlinge an, die mit Sehnsucht den Augenblick abwarten, in welchem sie abgelöst werden —, die wahren Beherrscher des Landes sind die Juden geworden, in deren Händen sich aller Handel und alle bewegliche Habe befindet und die nur durch ein Zwangsgesetz verhindert werden, die Güter der ihnen sonst mit Leib und Seele verpfändeten Gutsbesitzer und Bauern an sich zu nehmen. Nirgend bietet sich dem Blick des Wandrers ein Bild wirklichen Behagens, nirgend läßt sich eine bestimmt ausgeprägte Nationalität, die Grundlage einer aufstrebenden Cultur entdecken; — polnische, russische, litthauische, lettische und jüdische Einflüsse verbinden sich zu einem farblosen Chaos, über welches ein System neu ausgesonnener gouvernementaler Reglementirungen vergeblich die verhüllende Decke zu werfen bestrebt ist. Jeder, den Geschäfte oder amtliche Pflichten in diesen verkommenen Winkel geführt haben, ist froh, wenn er den Staub, oder richtiger gesagt, den Koth der inländischen Erde von seinen Füßen schüttelt und den Dünaburger Bahnhof erreicht, von dem aus der Weg in die Culturwelt zurückführt, freilich nur, wenn der Reisende sich den zahlreichen Gensdarmen und Kosaken, die säbelklirrend auf dem Perron auf- und niederschreiten, als politisch ungefährlich und gehörig „verpaßt" legitimiren kann. — Dünaburg selbst, der von angeblich 27,000 Menschen bewohnte Hauptort des Landes, verdient den Namen einer Stadt nur bedingungsweise. Vergeblich sieht sich der Reisende, der von Riga mit der Eisenbahn angelangt und durch den Ruf „Dináburch" aus dem Schlummer geweckt worden ist, in den ihn die melancholische Landschaft eingewiegt hatte, — nach gepflasterten Straßen, bürgerlich wohnlichen Gebäuden und den übrigen Merkmalen städtischer Gesittung um; vor ihm liegt in tiefem Flugsand vergraben eine regellos aneinander gekettete Masse elender strohbedeckter Holzhütten, aus denen triefäugige Juden und schnapsgeröthete Soldaten neugierig heraussehen, nur mühsam entdeckt das Auge in nebliger Ferne die Thürme und Kuppeln der Citadelle, welche verächtlich auf das unter ihr liegende

Häusermeer der Stadt und der Griwa (Dünavorstadt) herabsieht. Wehe dem kühnen Pilger, der hier zu übernachten die Absicht hat. Die Bahnhöfe enthalten keine Fremdenzimmer und die Citadelle ist jedem Privatmann wie mit sieben Siegeln verschlossen; hat ihn die federlose Droschke des jüdischen Factors, der er seine Glieder anvertraut, eine halbe Stunde lang durch den Koth endloser Gäßchen und Straßen geführt, in denen schmutzige Hütten mit gelbgetünchten Regierungsgebäuden wechseln, so hält er endlich vor einem sogenannten Hotel. Ein schmutziges Hofthor öffnet sich langsam knarrend und ein schielendes altes Weib führt den Gast durch eine Welt widerwärtiger Abfälle und Misthaufen, die den Hof erfüllen, eine dunkle Hühnersteige hinauf in einen unheimlichen Corridor, dessen widrig süßer Geruch die Nähe der Küche verräth. Im Gastzimmer, einem rauchgeschwärzten viereckigen Raum, vor dessen mit grünlichem Glas ausgestatteten Fenstern die Sonne ihr leuchtendes Antlitz zu verhüllen gewohnt ist, spielt ein Infanterieoffizier mit dem von Fett glänzenden Marqueur Billard; an den Wänden, deren unterer Theil mit Wanzen dicht bedeckt ist, hängen grell illuminirte schlechte Lithographien, welche den Einzug der Russen in Paris, oder die Einnahme Schumlas verherrlichen, neben ihnen prangt das in russischer, polnischer, französischer und deutscher Sprache verkündete Reglement für Billardspieler. Aus dem Souterrain, das für die patres minorum gentium bestimmt ist, schallen rohe in all den landesüblichen Sprachen ausgestoßene Flüche hinauf, untermischt mit Liebkosungen, welche dem lettischen Schenkmädchen gelten. Sie bekunden, daß das gastliche Haus des Pan Berkovicz Raum hat und Wohnungen für stärkungsbedürftige Vertreter der verschiedensten gesellschaftlichen Schichten. Von den Nahrungsmitteln, welche dem Hungrigen dargeboten werden, sind nur Thee und Eier genießbar, weil der Verfälschung und Unreinlichkeit des Kochs und Kellners unzugänglich — Brod und Fleisch kehren, wenn der Gast noch nicht gehörig acclimatisirt ist, unberührt an die Stätte ihrer Entstehung zurück. Dafür sind alle erdenklichen Schnaps- und Liqueurgattungen in bester Qualität zu haben und selbst eine Flasche Champagner weiß der dienende Geist zu beschaffen, wenn er errathen hat, daß dem Consumenten vor allem an Lebensmitteln gelegen ist, die die Luft des Landes noch nicht berührt hat. In das Schlafzimmer geführt, geht der Gast, wenn er nur einige Divinationsgabe besitzt, an dem Bett rasch vorüber, ohne dasselbe auch nur eines Blicks zu würdigen. Er wirft sein Plaid über das Ledersopha, löscht die qualmende Talgkerze, die ihren trüben Schimmer über das unheimliche Gemach verbreitet hat, mühsam aus und versucht zu schlafen, was ihm selbstverständlich nur nach Anwendung eines geheimnißvollen, die übrigen Bewohner des Zimmers beschwörenden Pulvers gelingt. Das verdächtige Geräusch, das aus dem Corridor und aus dem Souterrain an sein Ohr schlägt, legt ihm, wenn

er keinen Revolver besitzt, Gedanken an die Endlichkeit alles menschlichen Daseins und die Begehrlichkeit irdischer Güter ziemlich nahe, — aber er ist ermüdet und dämmert allmälig ein. Beim Anbruch der Nacht wird er durch Kanonendonner und Trommelschlag plötzlich geweckt: die Citadelle donnert ihren Abendgruß in die öde Finsterniß hinaus und der Zapfenstreich verkündet, daß abends nach 9 Uhr Ruhe die erste Bürgerpflicht ist. Frühmorgens sind es die Glocken der fünfkuppeligen griechischen Festungskathedrale, die den trägen Schläfer wecken und das furchtsame Geläute der katholischen und der evangelischen Kirche klingend übertönen. — So sieht es in den besseren Gasthäusern der großen Stadt Dünaburg aus — die einzige menschenwürdige Wohnung soll das boarding-house sein, welches die englischen Beamten der riga-dünaburgschen Eisenbahn für sich und ihre deutschen Collegen erbaut und mit brittischem Comfort ausgestattet haben.

Auf dem Platze, der heute von der Citadelle eingenommen wird, war im Jahre 1277 die Dünaburg des Ordens der deutschen Herren angelegt worden, nach welcher der Ort seinen Namen hat. Ihre Spuren sind längst ebenso vom Erdboden verschwunden, wie die deutschen Bürgersitze, die unter dem Schutz der Feste gebaut worden waren, ihrer Bestimmung, den östlichsten Vorposten baltisch-deutscher Cultur abzugeben, aber freilich nur drei Jahrhunderte lang entsprechen konnten. 1576 von dem Zaren Iwan Wassiljewitsch mit Sturm genommen und vollständig zerstört, wurde Dünaburg von den Polen neu aufgeführt, um dann im Laufe eines Jahrhunderts zweimal von den Schweden (1625 und 1655), einmal von den Russen nach hartnäckiger Vertheidigung erstürmt zu werden. Als die Generale Katharinens 1772 von dem alten Sitze der Ordensvögte dauernden Besitz nahmen, hielten sie einen vollständigen Neubau nothwendig, um an diesem Platz einen Stützpunkt für die russische Regierung zu gewinnen. Damals wurde jener, aus einem einzigen 360 Faden langen Gebäude bestehende Brückenkopf mit seinen überaus starken Mauern angelegt, den Oudinot im Juli 1812 zwei Tage lang vergeblich beschoß; vierzehn Tage später fiel die Festung in die Hände Macdonalds, der bekanntlich das Armeecorps commandirte, dem auch die von York geführten Preußen eingereiht waren. — Gegenwärtig dient die Citadelle zur Aufbewahrung zahlreicher, meist mit politischen Verbrechen behafteter Gefangener, die von einer starken Besatzung bewacht werden. Tausende todesmuthiger Polen haben hier den Wahnsinn gebüßt, mit welchem sie sich im Februar 1863 gegen die russische Macht erhoben, da diese eben im Begriff war, mit dem Königreich Polen Frieden zu schließen; von Dünaburg aus wurden sie in das Innere des Reichs oder in die schweigsamen Ebenen jenseit des Ural abgeführt, das alte polnische Livland aber blieb das russische Gouvernement, zu welchem es schon im Jahre 1772 gemacht worden war.

Von den buntscheckigen Bevölkerungsverhältnissen dieses der deutschen Cultur für immer verloren gegangenen Landes entwirft Erkerts („Atlas ethnographique des provinces habitées en totalité ou en partie des Polonais“ St. Pétersbourg 1863) ein ziemlich anschauliches Bild. Man zählte nach statistischen Erhebungen von 1858 etwa 20,000 Polen, 140,000 Letten, 15—20,000 Juden, ebenso viel Russen, wenig mehr als 2—3000 Deutsche, und diese Angaben möchten trotz der Veränderungen, die sich inzwischen vollzogen haben, im Großen und Ganzen noch gegenwärtig zutreffen: möglich, daß die Anzahl der Polen sich zu Gunsten der Russen und Deutschen um einige tausend Köpfe vermindert hat. Das Gouvernement Minsk allein ausgenommen, wo noch nicht 700 Menschen auf die □Meile kommen, sind die Bevölkerungsverhältnisse in keiner der angrenzenden ehemals polnischen oder baltisch-deutschen Provinzen so ungünstig wie in polnisch Livland. Während in Kurland, dessen östlicher Theil, Dank der polnisch-litthauischen Nachbarschaft, ziemlich verkommen ist, immer noch 1200 Bewohner auf der □Meile wohnen, zählt dieselbe in „Insland“ blos 900 Menschen. Die verhältnißmäßig bedeutende Anzahl der Russen erklärt sich aus der Anlegung einzelner aus altgläubigen Sektirern bestehenden Colonien, welche z. B. den zwischen Dünaburg und Kreslaw liegenden Flecken Uszwalda ausschließlich bewohnen. In den übrigen Theilen des Landes begegnet man Russen, wenn diese nicht Militärs, Civilbeamte oder Popen sind, nur höchst selten. Die Letten wohnen, wie erwähnt, nicht in Dörfern, sondern auf einzelnen Höfen, die Juden haben ihre Sitze in den Flecken, von denen aus sie das Flachland durchstreifen, in der Regel um zum Vorabend des Sabbath in die Heimath zurückzukehren. An einzelnen Orten, z. B. in dem eine halbe Meile von Kreuzburg gelegenen Städtchen Trentelberg, findet sich schlechterdings kein christlicher Bewohner. Am Vorabend des dem Dienste Jehovahs geweihten Tages gewährt dieses Städtchen einen Anblick, dessen eigenthümlichem Zauber sich Niemand entziehen kann, wer Sinn und Verständniß für die unvergleichliche Treue hat, mit welcher dieses merkwürdige Volk an den heiligen Bräuchen hängt, die seine Väter aus dem fernen Strande Palästinas in den Norden mitgebracht haben. Fährt man Abends durch das Städtchen, so glänzt aus jedem Fenster, auch dem der ärmsten Hütte, das Licht des dreiarmigen silbernen Leuchters, um welchen die Familie sich versammelt hat, um das Weizenbrod und das Huhn zu verzehren, das die Hausfrau nach uraltem Brauch in Butter gesotten dem Hausvater vorsetzt. Reinlich gekleidet umstehen Frau und Kinder den mit schwarzem seidenglänzenden Rockelor geschmückten Hausherrn in ehrfurchtsvollem Schweigen. Der arme Krämer, der sechs Tage lang beladen von der schweren Last seines Bündels durch das Land gekeucht ist, von den Spöttereien des Bauern, den Flüchen und Mißhand-

lungen des Soldaten begleitet, am Tage seines Gottes fühlt er sich als den Träger uraltheiliger Verheißung, als den Repräsentanten des auserwählten Volks. Hier, wie allenthalben auf polnischer Erde, gelten noch die orthodoxen Satzungen der Mischna und Gemara in ihrer ursprünglichen Strenge; ist das festliche Mahl beendet, so schnallt der Hausherr sich die Tafeln mit den zehn Geboten an Stirn und Hände, wendet sein Antlitz nach Osten und spricht die Gebete. Die Synagoge, hier das einzige Gotteshaus des Orts, besucht der verheirathete Jude nie anders als im flatternden, orientalisch zugeschnittenen Sterbemantel, und dem Reisenden, der Abends durch die Gassen des Städtchens eilt, schallt aus dem stillen Heiligthum des gedrücktesten Volks der Erde noch immer der stolze Siegesruf der alten Makkabäerfürsten in's Ohr: Mi kamoka baëlim Jehovah — Wer unter den Göttern ist wie du Jehovah!

So finden sich in dem polnischen Livland all' die Merkmale ächt polnischer Entwickelung: Isolirung des Adels, Verwilderung des Bauernstandes, Herrschaft des jüdischen Elements auf dem wirthschaftlich-industriellen Gebiet, so weit ein solches überhaupt vorhanden ist, in ungeschminktester Weise wieder. Und doch liegt diese kleine polnische Welt von den Centren polnischen Lebens weit ab, ist sie zwischen deutschen und russischen Einflüssen eingekeilt, und selbst von Litthauen durch den breiten Strom der Düna und einem Zipfel kurländischen Oberlandes, der erst südlich von Dünaburg aufhört, geschieden. Aber als sei die innere Wahlverwandtschaft zwischen den Bewohnern Inflands und dem litthauisch-polnischen Wesen unbesiegbar, sie hat allen geographischen und politischen Schwierigkeiten bis in die Neuzeit getrotzt; ja es ist den infländischen Polen vielfach gelungen, ihre Nachbaren, die kurischen Oberländer des illuxtschen Kreises, die sich auf ihr Kurländerthum sonst nicht wenig zu Gute thun, mit in das polnische Wesen zu ziehen und dadurch eine Brücke nach Litthauen zu gewinnen. Die Gutsbesitzer dieses östlichsten Theils der kurischen Erde sind die einzigen baltischen Deutschen, welche eine gewisse Sympathie für das polnische Wesen zeigen, die Sitten ihrer Nachbarn anzunehmen nicht ganz verschmäht haben, ja die Interessen und Anschauungen derselben in gewissem Sinne theilen. Die Zeiten, in denen dieser oberländische Adel für den eifrigsten Gegner der Vereinigung Kurlands mit der russischen Monarchie galt und einen Anschluß an die polnische Nationalpartei für im Interesse Kurlands geboten hielt, die Tage, in denen der Deputirte von Illuxt dem russischen Gesandten auf offener Straße ein „Hasul" (der Jagdruf, mit welchem die Annäherung eines Wolfs bezeichnet wird) entgegenrief und mit seinen Nachbarn das Mitauer Ritterhaus verließ, als die Majorität der Landtagsmitglieder die Unterwerfung unter das Scepter der zweiten Katharina votirte — sie sind

zwar längst vorüber und zur Sage geworden — aber die Oberländer gelten ihren speciellen Landsleuten immer noch für halbe Polen und sind ihrer rauhen Sitten und ihrer derben Ungefügigkeit wegen in ganz Kurland berühmt. Während in den übrigen Theilen des Landes nirgend andere wie lutherisch-lettische Bauern zu finden sind, besteht die Bevölkerung der Dünaburg benachbarten kurischen Güter aus einem bunten Gemisch von verkommenen polnischen Schlächtizen (kleinen Edelleute) und Odnodworzen (Einhöfern), litthauischen Flüchtlingen, altgläubigen Russen und versprengten Samogitiern, die ein Kauderwelsch reden, das außer ihnen selbst nur der unentbehrliche jüdische Factor verstehen kann und die durch ihre Rohheit und Unehrlichkeit weit und breit berüchtigt sind: die übeln Eigenschaften, welche wir an den Bewohnern Inflands gewahr geworden, finden sich hier wenn auch in moderirten Proportionen wieder Die Edelleute, welche über diesem zusammengelaufenen Gesindel als Gutsbesitzer das Scepter zu führen haben, sind als stolze, ungebändigte Männer von herculischer Gestalt und starrer Treue gegen gewisse Traditionen des Faustrechts bekannt. Ihrer Rede ist häufig ein kräftiger polnischer Fluch beigemischt, ihren sarmatischen Nachbarn zu Liebe haben sie die Sitte, frohe Abende mit einem Glase polnischen Punsches und einer Partie Pharao oder Landsknecht zu beschließen, beibehalten und der Zweikampf („zehn Schritt, gezogene Läufe mit Fettlappen und mindestens zwei Kugeln“ bilden das Ordinarium) steht bei ihnen noch in religiösem Ansehen. Der Sage nach sollen sie von den Landboten der alten Republik auch die Gewohnheit angenommen haben, in politischen Dingen keinen Widerspruch zu dulden: vielleicht lebt jener wackere Freiherr v. E. noch heute, der auf die Kirchspielsversammlungen stets ein paar Pistolen mitzunehmen und diese nach Verlautbarung seiner Stellung zu den brennenden Fragen mit den Worten: „Das, meine Herren ist meine Meinung, und wer anderer Ansicht ist, ist ein H—t“ ruhig auf den Conferenztisch zu legen pflegte. Nicht ganz erweisbar, aber unter allen Umständen höchst charakteristisch, ist die landläufige Erzählung von der Art und Weise der Publication der Regierungsvorschriften im Illuxtschen Theil des Oberlandes: die von Hof zu Hof getragenen Circulairschreiben werden nicht, wie sonst üblich, mit dem „Vidi“ des Gutsherrn unterschrieben, sondern mit einer Pistolenkugel durchschossen! So sieht es im Oberlande aus. Daß dieser mehr oder minder von polnisch-litthauisch-infländischen Einflüssen berührte Fetzen kurischer Erde der Verbindung des polnischen Livlands mit den benachbarten Gouvernements Wilna und Kowno keine erheblichen Schwierigkeiten entgegensetzen kann, ergibt sich — ganz abgesehen von der Eigenthümlichkeit seiner Bewohner, — schon aus der geographischen Configuration desselben: wenige Stunden reichen hin, um von dem infländischen Ufer der Düna an die litthauische Grenze zu gelangen. Im äußersten Osten

kann das Stückchen Kurland, welches diese beiden ehemals polnischen Länder von einander trennt, sogar in einer halben Stunde durchritten werden, und was in der ungelichteten Wildniß der Wälder dieses Grenzstrichs vor sich geht, entzieht sich dem Auge der Sonne beinahe ebenso, wie dem der Polizei.

Bis in die Gegenwart herein haben sich die polnischen Traditionen und die Beziehungen zu Warschau und Wilna in Infland ungeschwächt erhalten und allen Strafgesetzen des Belagerungszustandes und seiner unerbittlichen Executoren gespottet. Wie lange dieses Land dem russischen Einfluß widerstehen und jenem polnischen Wesen, das ihm niemals wahren Segen gebracht hat, anhangen wird, wissen wir nicht. Der deutschen Gesittung ist es für immer verloren gegangen und die Liv- und Kurländer haben sogar die ihnen wiederholt gebotene Gelegenheit, den früheren Zusammenhang mit dieser Landschaft wiederherzustellen, in richtiger Würdigung der gegebenen Verhältnisse consequent zurückgewiesen. Dazu kommt, daß die Bodenverhältnisse Inflands so wenig verlockend sind, daß sich weder deutsche noch lettische Livländer leicht entschließen, die seit dem letzten Aufstande zu Spottpreisen ausgebotenen Güter politisch compromittirter Polen anzukaufen und ihrem angeborenen Colonisationstriebe nachzugeben — mögen die Russen selbst sehen, wie sie es fertig bringen, diesen verwilderten Landstrich einer Art von Cultur zuzuführen.

Anders steht es in Samogitien, dem südlichen Grenzlande Kurlands, das zwar noch zwei Jahrhunderte früher der deutschen Ordensherrschaft entrissen und polonisirt worden ist, dafür aber den Vorzug größerer Fruchtbarkeit und günstigerer Bodenverhältnisse hat und zudem der preußischen Grenze und damit der germanischen Cultur näher liegt. Von diesem Lande und seiner Bedeutung für die baltisch-deutsche Colonisation soll ein andermal die Rede sein — polnisch-Livland ist und bleibt dem Einfluß seiner westlichen Nachbarn verloren.

Universelle Münzeinheit.

Die deutschen Münzzustände können offenbar nicht bleiben wie sie sind. Es widerstreitet dem Begriff der nationalen Einheit, dem Bewußtsein Aller, und den wichtigsten Interessen des Verkehrs, daß Süddeutschland fortfahre, andere Münzen zu gebrauchen als Norddeutschland, ja daß innerhalb des norddeutschen Bundes sogar noch Verschiedenheiten bestehen. Die jüngste Zeit hat zwar einen Theil dieser Unterschiede verwischt, indem Schleswig-

Holstein seine Mark und Schillinge, Frankfurt a. M. und Nassau sammt dem südlichen Kurhessen ihre Gulden und Kreuzer, Hannover die Zehntheilung des Groschens dem preußischen Thaler mit seiner Theilung in dreißig Groschen zu zwölf Pfennigen zu opfern hatten. Aber räumlich ebenso ausgedehnte, sachlich ebenso einschneidende Unterschiede sind übriggeblieben. In Sachsen und Braunschweig hat der Groschen nach wie vor nur zehn Pfennige. In Mecklenburg theilt sich der Thaler in achtundvierzig Schillinge. In Hamburg und Lübeck gilt der Thaler nur gewissermaßen als Aushilfsmünze, das herrschende Geld sind Mark und Schillinge. In Bremen endlich besteht nicht einmal, wie sonst überall noch in Deutschland, Silberwährung, sondern Goldwährung, diese aber mehr fictiv und ideell als wirklich, denn bremer Goldmünzen gibt es nicht. Man behalf sich früher mit Louisdors aller Art und jetzt mit Kronen, die Rechnungseinheit ist ein silberner, sogenannter Thaler Gold, der fünfte Theil eines ehemaligen hannoverschen oder dänischen Louisdor, auch dieser aber wird nur ausnahmsweise gemünzt, und die umlaufende Münze sind Groten, deren zweiundsiebzig auf den Thaler Gold gehen, und deren Multipla. Vermöge dieser chaotischen Münzvielheit kann es vorkommen, daß man auf einer Reise von wenigen Tagen innerhalb der politischen und sprachlichen Grenzen Deutschlands bleibt und sich doch viermal an eine neue Rechnungsweise zu gewöhnen hat. Der Deutschöstreicher, der etwa über München, Leipzig, Berlin, Hamburg und Bremen nach Norderney ins Seebad reist, muß es gar fünfmal, — ebenso wie der Bremer, der den umgekehrten Weg ins östreichische Gebirge zurücklegt.

Nordamerika und die Schweiz, Bundesstaaten wie Deutschland, reserviren verfassungsmäßig das Münzrecht den Bundesgewalten. In Deutschland, dessen frühere gemeinschaftliche Verfassung diesen wichtigen Punkt ganz außer Augen ließ, hat man sich seit den dreißiger Jahren aus der gröbsten Noth und Verwirrung dadurch zu helfen gesucht, daß die einzelnen Staaten sich durch Verträge gegenseitig eines Theils ihrer gemeinschädlichen Rechte begaben. Neben dem deutschen Zollverein entstand ein deutsch-östreichischer Münzverein. Allein zur Einheit gelangte man auf diesem Wege nicht. Man mußte zufrieden sein, den größten Theil des in Frage kommenden Gebiets in einer Art von Dreieinigkeit zusammenzufassen, d. h. in drei Systemen, die unter sich eine nicht allzu unbequeme, nicht praktisch geradezu unbrauchbare Ausgleichung zuließen. Das war das Ergebniß der wiener Münzconferenz von 1857, — der preußisch-norddeutsche Thaler zu dreißig Silbergroschen, der östreichische Gulden zu hundert Neukreuzer und der süddeutsche Gulden zu sechzig Kreuzer, die ihre Ausgleichung fanden in der Formel 4 Thaler = 6 östreichischen Gulden = 7 süddeutschen Gulden.

In einer anderer Richtung als derjenigen nationaler Einheit versuchte

damals noch Oestreich das deutsche Münzwesen vorwärts zu bringen. Es drang darauf, statt der Silberwährung die Goldwährung einzuführen. Allein Preußen, zu Reformen irgend welcher Art weniger als jemals aufgelegt, mehr als jemals festgehalten in unfruchtbarer Richtigkeit durch den Kampf sich neutralisirender Parteien und Tendenzen, widerstand, und hatte dabei wie natürlich die Masse der Kleinstaaten auf seiner Seite. Es hat großer materieller und moralischer Erschütterungen bedurft, bevor der altväterische Glaube an die Haltbarkeit der Silberwährung inmitten einer zum Golde übergehenden oder schon übergegangenen Welt in den preußischen Regierungs- und Bankkreisen erst dem Zweifel, dann der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit eines Wechsels Platz machte. Den östreichischen Staats- und Finanzmännern mußte es freilich leichter fallen, die neue Wahrheit in sich aufzunehmen. Die Silberwährung bestand bei ihnen zu Lande längst nur noch dem Namen nach; in Wirklichkeit herrschte ein mit Disagio behaftetes Papiergeld, dessen Cours von Tag zu Tag schwankte. Wenn es einmal gelingen sollte, sich aus diesem Sumpf auf festes Land zu retten, so konnte das letztere offenbar ebensogut die Währung der Zukunft, wie die Währung der Vergangenheit sein, das Gold wie das Silber, — die Anstrengung wurde dadurch nicht größer. Ehe dagegen ein großer Staat mit völlig geordnetem Münzwesen sich entschließt, von der einen Währung zur anderen überzugehen, die ungeheuere Masse umlaufender Münzen einzuziehen und umzuprägen oder in ihrem gesetzlichen Werthe herabzusetzen, alle öffentlichen und individuellen Rechnungen in den Geldspalten zu ändern, müssen die Schattenseiten des Alten, die Vorzüge des Neuen sich schon sehr lebhaft und eindringlich geltend machen.

Das Werk von 1857 konnte nur in einer so schlaffen und muthlosen Zeit wie die war, der es seine Entstehung verdankte, als halbwegs befriedigend angesehen werden. Es scheiterte gänzlich mit dem unbedachten Versuch, welchen es zur Abfindung der auf Uebergang zur Goldwährung dringenden Interessen mit der Schaffung einer sogenannten Handelsgoldmünze machte. Die Kronen sind ein bloßes Schaustück geblieben. Ungeachtet ihrer ehrfurchtgebietenden Benennung hat der Verkehr sie aufs entschiedenste zurückgewiesen. Das Bedürfniß nach einer in Menge umlaufenden Goldmünze, das der Großhandel, ja selbst der nicht handeltreibende Einzelne jeden Tag stärker empfindet, ist durch sie also nicht befriedigt worden. Man behilft sich mit Papiergeld, das demzufolge in Massen von unangemessen kleinen Apoints und in soviel verschiedenen Sorten, als es Souveräne und Banken gibt, vermehrt durch einige bevorzugte Communen, umläuft. Aber dies ist eben nur ein Nothbehelf, und für Zahlungen im Auslande nicht einmal ein solcher, denn dort werden die gedruckten Zahlungsversprechungen deutscher Fürsten,

Magistrate und Bankverwaltungen nicht mehr respectirt. Noch viel unangenehmer, weil durch Gewöhnung nicht so leicht abzustumpfen, ist die Widerwärtigkeit des verschiedenartigen Silber- und Kupfergeldes. Diese vor allem drängt mit Gewalt auf Umwandlung hin.

Einer solchen bietet nun die Verfassung des norddeutschen Bundes die werthvollste Handhabe. Allerdings steht in ihr nicht wie in der nordamerikanischen Unionsacte geschrieben: „Kein Einzelstaat darf Münzen schlagen." Allein sie zieht das Münzwesen in die Competenz der Bundesgewalt herein, und so hängt es nur von dieser ab, wieviel Spielraum sie der verhängnißvollem Zersplitterung der Souveränetät in Münzsachen, die Deutschland so unübersehbare Nachtheile bereitet hat, noch lassen will. Man darf wohl zuversichtlich annehmen: gar keinen. Sobald Bundesrath und Reichstag einmal darüber kommen, wird es ebenso geschwind und für immer aus sein mit dem Münzregal der Einzelstaaten, das ohnehin seit Jahren schon durch Münzverträge in Fesseln geschlagen war, wenn auch noch nicht in unlösbare, — wie mit seiner bitteren Frucht, dem Chaos der herrschenden Münzsysteme.

Einheit jedoch innerhalb des norddeutschen Bundes ist uns nicht genug. Wir begehren eine ganz Deutschland umfassende Münzeinheit. Es ist daher wünschenswerth, daß das Münzwesen bald in die Competenzsphäre des Zollparlaments und des dazu gehörigen erweiterten Bundesraths aufgenommen werde, — eine Vervollständigung der neuen Zollverträge, die den widerstrebenden Mächten im Süden leichter abzuringen sein wird als manche andere, weil der Süden ein noch viel ausgeprägteres Interesse als der Norden daran hat, daß das Münzwesen von den gesetzgebenden Körperschaften Gesammtdeutschlands, nicht nur von denjenigen Norddeutschlands geordnet werde.

Eine Regelung für den Norden allein, müssen die Süddeutschen sich sagen, könnte leicht in eine bloße Befestigung des jetzigen preußischen Systems und Auslöschung der noch vorhandenen Verschiedenheiten in der Einheit dieses vornehmsten und mächtigsten unter den bestehenden Systemen ausschlagen. Wenn auch neuere Ereignisse und Erfahrungen, namentlich die dem Kriege von 1866 voraufgehende Finanzkrisis in Berlin der Idee des Uebergangs zur Goldwährung einflußreiche Vertreter gewonnen haben, an denen es früher so gut wie gänzlich fehlte, so ist andrerseits doch in den breiteren Schichten der Bevölkerung, die eigentlich politischen Kreise eingeschlossen, das Gefühl für die Nothwendigkeit einer Aenderung im Ganzen noch so wenig geweckt, daß es gegen die unleugbaren Beschwerlichkeiten jeder solcher Aenderung kaum wird aufkommen können. Im täglichen Leben merkt man von der Unzulänglichkeit des bestehenden Münzwesens ja eben nicht viel. An das

eine hat man sich gewöhnt, das andere macht sich nur auf größeren Reisen oder bei Rimessen ins Ausland bemerklich, die verhältnißmäßig wenigen Leuten überhaupt, und auch diesen meistens nicht gerade alle Tage vorkommen. Warum sich also der Unbequemlichkeit einer radicalen Reform in Dingen aussetzen, deren nie bewegte Festigkeit und Stetigkeit für Jedermann zu den Bedingungen des Wohlseins zu gehören scheint? Analog dem Spruche, daß die kleinen Leiden des Lebens schwerer auszuhalten sind als die großen, könnte man sagen, der Mensch entschlösse sich eher zu einer Revolution, die die Regierung umstürzt und vielleicht die Staatsform abändert, als zur Annahme ganz neuer Münzen. Wenn man sich dies in Süddeutschland vergegenwärtigt, so kann man es nicht für unwahrscheinlich ansehen, daß eine Berathung im Schoße des norddeutschen Reichstages in den Beschluß auslieſe, der Thaler zu dreißig Silbergroschen oder dreihundertundsechzig Pfennigen sei fortan die deutsche Münzeinheit. In diesem Falle hätte Süddeutschland die Wahl, entweder bei seinem Gulden zu bleiben, oder den norddeutschen Thaler ebenfalls anzunehmen, oder endlich zum Frankensystem überzugehen. Die eine Alternative wäre so fatal, ja unannehmbar, wie die andere. Das Praktischrichtigste wäre ohne Frage auch dann der Uebergang zum Frankensystem, das in Frankreich und der Schweiz, auf zwei Grenzseiten also, Süddeutschland bereits umschließt, während der Thaler nur die nördliche Grenze besetzt hält, die östliche das östreichische Papiergeldwesen. Damit aber hätten wir keine nationale Münzeinheit. Die Süddeutschen dürfen auch kaum hoffen, ihr Uebergang zum Frankensystem, dem Weltmünzwesen der Zukunft, werde denjenigen Norddeutschlands beschleunigen; umgekehrt, es liegt nur zu nahe, daß er ihn aufhalten und vielleicht ganz hintertreiben würde. So wäre denn die Aussicht auf nationale Münzeinheit wahrscheinlich vollends getrübt, immer aber auch für den Augenblick eine noch weitere Kluft als bisher zwischen Nord und Süd aufgerissen. Diesem Dilemma läßt sich nur durch Verlegung der Entscheidung ins Zollparlament — ins deutsche Parlament, wie man es schlechthin nennen sollte — entgehen. Da können die Süddeutschen mit unmittelbarer Wirkung auf die Abstimmenden hervorheben, um wieviel leichter der Norden einen Wechsel, der nach dem Urtheil seiner kundigsten Männer früher oder später doch unvermeidlich einmal eintreten muß, jetzt auf der Stelle vornehmen kann, um sich dadurch zwei große Vortheile gleichzeitig zu sichern, Einheit mit Süddeutschland und Einheit mit einem bedeutenden Theil der übrigen Welt, — als der Süden zu dem herrschenden Systeme des Nordens übergehen kann, um dann nach kurzer Frist abermals, gemeinschaftlich mit dem Norden, eine Münzrevolution durchzumachen, und zu demjenigen System überzugehen, das zur Weltherrschaft auserkoren erscheint. Ein solches Plaidoyer würde nicht nur aller Voraus-

sicht nach an sich auf die Masse der norddeutschen Staatsmänner und Volksvertreter mächtig einwirken; es würde auch positiv unterstützt werden von der täglich zunehmenden Zahl norddeutscher Politiker, Volkswirthe und Geschäftsleute, die persönlich überzeugt sind, daß Deutschland sich beeilen sollte, die Goldwährung anzunehmen, und zwar in der Form des internationalen Frankensystems.

Des internationalen Frankensystems, — nicht des specifisch französischen. Denn Frankreich hält im einseitigen Interesse des Staats (als Schuldners aller Renten-Inhaber) und der Bank von Frankreich (als des größten Bank- und Wechselgeschäfts des Landes) noch immer an der Doppelwährung fest, die das Münzgesetz von 1803 einführte, ohne daß deshalb bis 1850 thatsächlich etwas anderes gegolten hätte als Silberwährung, mit dem silbernen Fünffrankenstück als Hauptmünze. Seitdem herrscht zwar, nachdem die Fünffrankenthaler den Weg alles Silbers, d. h. nach Ostindien und China gewandert sind, thatsächlich die Goldwährung mit den Napoleonsdors oder Zwanzigfrankenstücken; allein es kommt nur darauf an, daß Silber noch eine Weile auf dem internationalen Edelmetallmarkt mehr werth bleibe als $^{2}/_{31}$ seines Gewichts in Gold — der Verhältnißzahl, zu welcher es in dem Münzgesetz von 1803 normirt ist —, so werden der Staat, die Bank und andere Agiospekulanten wieder silberne Fünffrankenstücke bei der Münze bestellen und ihre Gläubiger damit abfinden, anstatt sie in Napoleonsdors zu befriedigen. Dann können wir es erleben, daß sich auf Kosten des großen Publikums und zum Vortheil der großen Bankhäuser abermals ein großer Umschwung in der thatsächlich herrschenden Währung und Münzsorte vollzieht, gerade wie zwischen 1850 und 1860. Ein so nackt auf Ausbeutung berechnetes, den Schuldner ungerechter Weise begünstigendes System hält natürlich keiner unbefangenen Prüfung Stich. In Frankreich selbst sind die verdientesten Agitatoren für universelle Münzreform, ein Parieu, ein Chevalier u. s. f. dagegen. Italien, Belgien und die Schweiz haben das ihrige aufgeboten, die Doppelwährung aus dem Vertrage vom 23. December 1865, der das Münzwesen der vier Staaten verschmolz, herauszubringen, und was ihnen gegen Frankreichs begreifliche äußere Verlegenheit noch nicht gelingen wollte, das hat die Weltmünzconferenz, welche im vorigen Sommer gleichzeitig mit der Weltausstellung zu Paris tagte, wie etwas selbstverständliches nachgeholt, indem sie von ihrer Empfehlung der Grundlagen des französischen Systems die Doppelwährung ausdrücklich ausschloß. Nicht minder herrschte darüber Einverständniß, daß der Anschluß an diese wesentlichen Grundlagen des französischen Systems, Adoption der Goldwährung also und irgend eines Multiplum des goldnen Fünffrankenstücks als Hauptmünze, keineswegs die Annahme der französischen Benennungen einschließe. Wie der Italiener den

Franken Lira nennt, der Grieche Drachme, so mögen England bei dem Sovereign, Nordamerika bei dem Dollar oder Eagle, Südamerika bei der Dublone bleiben, auch wenn sie den Werth dieser Goldstücke auf eine bestimmte Anzahl Franken ohne Bruch herab- oder hinaufsetzen. Auch uns Deutschen also wird nicht nothwendig zugemuthet, wenn wir uns dem Kerne eines werdenden Weltmünzsystems anschließen wollen, inskünftige nach Francs und Centimes oder mindestens nach Franken und Cents zu rechnen. Wir mögen die Stücke Mark und Pfennige nennen, oder wie wir sonst wollen. Ja es ist vielleicht nicht einmal nöthig, gerade den Franken als silberne Hauptmünze zu adoptiren, um einer Union beizutreten, die in den Multiplen des goldnen Fünffrankenstücks ihr Symbol findet.

Die Entscheidung dieser secundären Frage wird zum Theil wohl, so sonderbar es klingen mag, von Englands Entschlüssen und Oestreichs Thaten abhängen. In letzterm Reich, das gleich Rußland und Nordamerika, und aus gleichen Gründen wie diese ebenfalls an entwerthetem Papiergeld leidenden Länder den pariser Münzeinigungsplänen auf der Basis des Goldfrankensystems das regste Interesse entgegengetragen hat, ist nämlich die Idee aufgetaucht, die Brücke vom Silberguldensystem zum Goldfrankensystem in einem neuen Goldgulden zu suchen, der, wenn auch in Silber geprägt, genau als der zehnte Theil eines goldenen Zehnguldenstückes ausgegeben würde und umliefe. Das Zehnguldenstück wäre gleich fünfundzwanzig Franken in Gold, gleich dem englischen Sovereign, wenn derselbe um zwei Pence, und dem amerikanischen Fünfdollarstück oder Halfeagle, wenn dasselbe um siebzehn Cents herabgesetzt würde. Nun ist es klar, daß, wenn Oestreich und England uns mit einer solchen leichten und unschädlichen Modification des Frankensystems demnächst in die Mitte nähmen, wir sehr aufgelegt sein könnten, uns dieser anzuschließen, und nicht dem Originalsystem. Unsere Thaler, Zehn- und Fünfgroschenstücke würden sich ihr bequem genug anpassen, dürften also, als Scheidemünze behandelt, fortcirculiren; an dem Goldgulden (oder einfach Gulden) hätten wir nicht nur einen bekannten Namen, sondern auch eine gewohnte Größe für die silberne Hauptmünze und Rechnungseinheit; das kleinste kupferne Stück endlich, der heutige östreichische Neukreuzer, würde handlicher und den herrschenden kleinsten Preisen angemessener sein, als der etwas allzu kleine und factisch kaum gebrauchte französische Centime. Aber freilich, einstweilen thut diese Alternative sich noch nicht vor uns auf. Amerika zwar rüstet sich offenbar, das Fünfundzwanzigfrankenstück zum Mittelpunkt seines Systems zu machen; schon hat der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat zu Washington, John Sherman, einen dahingehenden Antrag eingebracht. Aber während man in der Ferne handelt, sitzen in der Nähe die einen gezwungen und die andern freiwillig still, Oestreich, das im

Punkte der Einsicht und des guten Willens nichts zu wünschen übrig läßt, hat das Zehnguldenstück sowie manches andere Gute nur erst auf dem Papier, weil es das Papier nicht loswerden kann, das es in unheilvollen Tagen für Geld erklärt hat. England dagegen ist so selbstgenügsam stolz auf die Festigkeit und Reinheit seines Münzwesens, daß es sich noch nach einem Vierteljahrhundert öffentlicher Discussion nicht entschließen kann, den Sovereign um nicht ganz ein Prozent im Werthe herabzusetzen, um der allgemeinen Münzeinheit der Welt ein Opfer zu bringen. Es scheint daher nicht, als sollte von außen her sobald ein mächtiger Druck zu Gunsten des Goldguldensystems auf uns wirken. Finden wir dieses System nicht in sich selbst, und wegen der Aussicht, auf späteren Anschluß Oestreichs und Englands, vielleicht auch nur auf letzteres Land unsererseits einen Druck üben zu können, vorzüglicher als das einfache Goldfrankensystem, so wird dieses wohl allein ernstlich in Frage kommen.

Auf dem Wege, sich die civilisirte Welt zu erobern, ist dasselbe ganz augenscheinlich. Kaum war es zum Gemeingut vier an einander grenzender Länder geworden, Frankreichs, Belgiens, der Schweiz und Italiens, so schloß sich ihm erst, ungeachtet aller Feindschaft gegen das Königreich Italien, der Kirchenstaat an, dann vermöge Gesetzes vom 10. April 1867 Griechenland. In diesem Augenblick beschäftigt der junge Staat Rumänien sich mit den nöthigen gesetzlichen Vorbereitungen, um zum Frankensystem überzugehen. Das Großfürstenthum Finnland, dem Rußland aus Argwohn vor der schwedischen Propaganda neben andern Freiheiten und Eigenthümlichkeiten auch seine eigenen Münzen und ein Papiergeld ohne Zwangscours gönnt, besitzt schon seit 1865 in der Markka oder Mark, dem vierten Theil des Silberrubels, eine dem Franken praktisch nahezu gleichkommende Münzeinheit. Diese Uebereinstimmung wird noch realere Wichtigkeit gewinnen, wenn Schweden den Vorschlägen seines Bevollmächtigten auf der pariser Münzconferenz folgen, d. h. Carolin zu fünfundzwanzig, Ducaten zu zehn Franken in Gold ausprägen und übrigens die Rechnung nach Franken und Cents annehmen sollte. Holland gehört neben Deutschland noch zu den festesten Burgen der Silberwährung; hat es sie doch erst 1850 gegen Goldwährung eingetauscht, theilweise beherrscht durch die damals allgemeine Furcht vor der reißenden Entwerthung des Goldes in Folge der californischen und australischen Entdeckungen. Allein seine Gelehrten und Finanzmänner richten sich schon vollständig auf die Nothwendigkeit der Rückkehr zur Goldwährung ein, wie man aus der aufmerksamen Sorgfalt entnehmen kann, mit welcher sie der Bewegung der öffentlichen Meinung insbesondere in Deutschland folgen. —

Sogar jenseits des Weltmeers beginnt das französische Münzsystem

Propaganda zu machen, von Nordamerika ganz abgesehen. Die südamerikanischen Republiken, deren herrschende Classen ohehin einen starken Zug nach Paris haben, finden es gar so unmöglich nicht, den Franken zwischen den Wendekreisen heimisch zu machen. Die großen englischen Colonien Canada, Australien und Indien denken über den Sovereign viel ketzerischer, als das Mutterland und es könnte wohl sein, daß sie eines Tages entweder auf dieses im Sinne des Anschlusses an das Goldfrankensystem zu drücken anfangen, oder aber von ihrer verfassungsmäßigen Unabhängigkeit in Münzsachen Gebrauch machen und allein dazu übergehen. Was endlich das pikanteste ist: nach einer Nachricht, die dem Congreß in Washington unlängst durch einen offiziellen Bericht zuging, wünscht der Kaiser von China sein erhabenes Bildniß an der Stelle zu sehen, wo jetzt der lorbeerumwundene Kopf des Siegers von Magenta und Solferino prangt, d. h. auf Zwanzigfrankenstücken, und will diese Münzsorte daher bei den vierhundert Millionen seiner fleißigen Unterthanen in Cours bringen. Der Napoleon hätte also erreicht, was dem Sovereign nicht gelingen wollte: dem chinesisch-europäischen Handel eine in beliebiger Menge zu habende Münze darzubieten, statt der jetzt allein gangbaren alten, nicht nachgemachten Säulenpiaster. Der Ring der werdenden Weltmünzeinheit biegt sich zusehends von beiden Seiten her zusammen. Sehe Deutschland zu, daß es den günstigsten Augenblick für seinen eigenen Eintritt in diesen Zusammenschluß der Völker nicht verfehle!

Wir nehmen die uns durch Abdruck des vorstehenden Artikels gebotene Gelegenheit wahr, um die nachstehende, uns von anderer Seite her zugegangene Notiz über eine verwandte Materie, — das Gewicht, der Oeffentlichkeit zu übergeben.

„G. m. K. — Im Laufe des verflossenen Jahres brachten die Grenzboten eine Abhandlung über Münzen, Maße und Gewichte, welche den Gegenstand mit großer Sachkenntniß behandelte. Die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Decimalsystems wurde in diesem Artikel aufs Schlagendste nachgewiesen. Hieran knüpfen wir die nachstehenden Zeilen, welche das Resultat einer längeren Beschäftigung mit den Gewichtssystemen insbesondere mit Rücksicht auf das neue Medicinalgewicht sind, und welche sich auf eine kurze Besprechung des deutschen Handelsgewichts beschränken. Ihr Zweck ist, für die Abänderung desselben Vorschläge zu machen.

Das seit dem 1. Januar d. J. in Preußen eingeführte neue Medicinal-

gewicht hat, während das alte gewiß das unpraktischste aller Gewichte war, jetzt das Handelsgewicht an Zweckmäßigkeit überflügelt. Die Decimaltheilung ist bei ihm vollkommen durchgeführt; das Handelsgewicht jedoch laborirt an dem unglücklichen Umstande, daß man sich bei seiner Einführung nicht hat entschließen können, von dem traditionellen Werthe des Loths noch mehr abzuweichen, als es geschehen ist. Wenn nun auch die 30 besser ist, als die 32, so ist sie doch immer eine Zahl, die das Rechnen sehr erschwert und die in einem guten Zahlensystem nicht vorkommen sollte. Da aber die Unterabtheilungen des Loths, welche Decimaltheile desselben sind, von jenem abhängen, so muß bei Aenderung des Lothwerths auch ihr Werth ein anderer werden. Dies wird ohne große Störung geschehen können, da Pfund und Centner unverändert bleiben.

Um diese beiden Gewichte aber in ein Decimalsystem aufnehmen zu können, wird es zweckmäßig sein, Doppelpfunde und Doppelcentner hinzuzufügen. Es ergibt sich dann auch eine vollständige Uebereinstimmung mit dem französischen, jetzt in allen Wissenschaften gebräuchlichen System. Ist diese aber erreicht, so ist kein Grund vorhanden, weshalb wir die französischen Namen annehmen sollen.

Zwischen Centner und Pfund bedarf es eines Mittelgliedes. Das alte deutsche Gewicht hatte den Stein, und dieser Name wird sich für das einzuschiebende Zwischenglied am meisten eignen. Ein Stein würde gleich sein 20 Pfund, oder 10 Doppelpfund. Ebenso ist zwischen Pfund und Loth ein Zwischenglied nöthig. Die Mark, das alte Silbergewicht dürfte, wenn ihr Werth auch verändert wird, hier am bezeichnendsten sein. Die Namen für die Unterabtheilungen des Loths, Quent und Korn, können, wenn ihre Werthe auch kleiner werden, bleiben, da bei Einführung eines neuen Gewichts das alte gänzlich verbannt und eine Verwechselung somit unmöglich gemacht würde.

Das Zent, für das Hundertstel des Loths eine sehr bezeichnende Benennung, würde doch wohl besser durch einen andern Gewichtsnamen ersetzt werden, da kein Grund vorhanden ist, das Loth als Gewichtseinheit zu nehmen, und das Hundertstel desselben Zent zu nennen, während sonst kein Gewicht als Theil eines andern bezeichnet ist. Dazu kommt, daß das Hundertstel des neuen Loths = 1 Decigramm ist. Wenn man es nun mit Zent bezeichnete, so würde bei Vergleichung mit dem französischen Gewicht dies zu Mißverständnissen Veranlassung werden, da es nahe liegen würde, es für identisch mit Centigramm zu halten.

An Werth am nächsten steht dem Hundertstel des neuen Loths der abgeschaffte Gran des Medicinalgewichts. Er würde sich als Bezeichnung dafür auch eignen.

Die folgende Tabelle zeigt die Verhältnisse des nach obigen Prinzipien construirten Gewichts in sich, zum jetzigen Zollgewicht und zum französischen.

Doppel-Centner	Centner	Stein	Doppelpfund	Pfund	Mark	Loth	Quent	Gran	Korn	Zollgewicht	Französisches Gewicht
1	*2	10	100	*200	1000	10,000	100,000	1,000,000	10,000,000	2 Centn.	100 Kilogramm
	*1	*5	*50	*100	*500	*5,000	*50,000	*500,000	*5,000,000	1 "	50 "
		1	10	*20	100	1,000	10,000	100,000	1,000,000	20 " "	10 "
			1	*2	10	100	1,000	10,000	100,000	2 " "	1 "
				*1	*5	*50	*500	5,000	*50,000	1 "	500 Gramm
					1	10	100	1,000	10,000	6 Loth	100 "
						1	10	100	1,000	6 Quent	10 "
							1	10	100	6 Zent	1 "
								1	10	6 Korn	1 Decigramm
									1	0,6 "	1 Centigramm

Die in der Tabelle mit Sternchen bezeichneten Zahlen gehören streng genommen nicht in das Decimalsystem, sind aber aufgenommen worden, weil sie an das jetzige Gewicht anknüpfen. Ist das neue Gewicht erst geläufig, so können sie leicht entbehrt werden. Uebrigens ist ihr Verhältniß so, daß sie das Decimalsystem nicht stören. Wenn man von ihnen absieht, so haben wir ein reines Decimalsystem, in dem nur Eins und Nullen vorkommen und welches sich mit dem französischen vollständig deckt, was bei dem jetzigen Zollgewicht vom Pfund abwärts nicht der Fall ist.

Ein Quent ist dann = 1 Gramm
" Loth ist = 10 "
eine Mark ist = 100 "
ein Doppelpfund = 1 Kilogramm ꝛc.

Das in der Tabelle vorgeführte Gewicht erfüllt demnach zunächst die an jedes gute Gewicht zu stellende Forderung, ein vollkommenes Decimalsystem zu sein, und beseitigt zugleich den durch die 30-Theilung des Pfundes bedingten Uebelstand, daß vom Loth abwärts eine mit der Decimaltheilung der Pfunde und Centner nicht im Zusammenhang stehende neue Decimaltheilung besteht, wodurch die angestrebte Uebereinstimmung mit dem französischen Gewicht für die kleineren Gewichte ganz verloren geht.

Möge das bevorstehende Zollparlament die ihm ganz besonders zukommende Aufgabe einer Reform unseres Zollgewichts bald und glücklich lösen."

Bundesindigenat und Heirathsconsense.

Aus Thüringen.

Als die Verfassung und die Gesetzgebung des norddeutschen Bundes uns mit einem gemeinsamen Indigenat und dem Freizügigkeitsgesetz beschenkte, da frohlockte manches Gemüth in der Hoffnung, daß für das Bundesgebiet die Zeit angebrochen sei, wo es keine Heimathscheine, keine Naturalisation, kein Bürgerrechtsgeld und keine behördliche Heirathserlaubniß mehr gebe.

Es war eine schmerzliche Täuschung; im wesentlichen ist alles beim alten geblieben.

Will der Bundesbruder des einen Staats in einem andern verweilen, so muß er nach wie vor seinen Heimathschein aufweisen, der bei Leibe nicht für einen andern Bundesstaat gilt, als für den er gerade ausgestellt ist. Will der Indigena die Staatsangehörigkeit in einem andern Bundesstaate erwerben, so muß er trotz seines Indigenats die Formalien der Entlassung aus dem bisherigen Verbande und Aufnahme in den andern durchmachen. Das Einzugsgeld ist zwar durch das Freizügigkeitsgesetz aufgehoben, das Bürgerrechtsgeld wird aber fortentrichtet. Wehe dem armen Weimaraner, Meininger, Schwarzburger, Gothaner, Altenburger oder Angehörigen eines sonstigen kleinen Staates, in welchem die in dieser Hinsicht freisinnigere preußische Gesetzgebung nicht gilt, der im Auslande, das heißt in einem andern norddeutschen Bundesstaate, mit einem ausländischen Indigenatsgenossen sich zu verheirathen die Absicht hegt. Er muß bei seiner heimathlichen Gemeinde die gütige Zustimmung zu der vorhabenden ehelichen Verbindung erbetteln und erhält dieselbe in dem günstigen Falle, daß an seiner Subsistenzfähigkeit nicht gezweifelt wird, erst nach Zahlung von Bürgerrechtsgeld für sich, seine Verlobte, etwa schon vorhandene oder sogar für zu erwartende Kinder, wenn ihm nicht noch eine hohe Caution besonders abverlangt wird.

Das gemeinsame Indigenat verdankt es den Bestimmungen der Alineas 3 und 4 des Artikels 3 der Bundesverfassung, daß es zu einem fast wesenlosen Begriff geworden ist, namentlich conservirt Alinea 3, wonach diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den lokalen Gemeindeverband betreffen, durch das Indigenat nicht berührt werden sollen, alle engherzigen Schranken der kleinstaatlichen Heimathgesetzgebungen.

Mögen nun immerhin Heimathscheine, Naturalisation und Bürgerrechtsgelder fortbestehen, es sind dies verhältnißmäßig unbedeutende und leicht zu tragende Dinge.

Wahrhaft empörend aber und dem menschlichen Gefühl zuwiderlaufend ist die in manchen Kleinstaaten noch geltende zopfige Bestimmung, daß die Giltigkeit und Zulässigkeit der von männlichen Unterthanen dieser Staaten mit Ausländerinnen einzugehenden Ehen von der vorherigen Zustimmung der betreffenden heimathlichen Obrigkeit abhängt. Dadurch ist eine Leibeigenschaft der schlimmsten Art begründet, wie sie unwürdiger kaum in Rußland bestanden haben mag. Denn es ist besser, der Willkür eines Einzelnen unterworfen zu sein, als der unberechenbaren Vielköpfigkeit einer Gemeindevertretung.

In Preußen, wo nach dem Gesetz vom 31. December 1842 jede Ausländerin durch Trauung mit einem Inländer die Eigenschaft einer Preußin eo ipso erlangt, bedarf es einer Erlaubniß der Heimathsbehörde nicht. Dies ist human und auch volkswirthschaftlich rationell hinsichtlich der freien Bewegung der Arbeit. Dem armen Kleinstaatler aber, der seinem Vaterländchen den Rücken gewandt, weil er im „Auslande" für sein Wissen und Können ein ergiebigeres Feld der Thätigkeit findet als daheim, hängt die Heimathscholle als ein Hemmniß an, wie Kette und Kugel dem Züchtling.

Setzen wir ein Beispiel:

Ein junger Handwerker, aus einem thüringischen Orte gebürtig, hat in einer größeren preußischen Stadt Gelegenheit, sich zu etabliren, oder lohnende und feste Arbeit gefunden, sodaß seine Existenz gesichert ist. Er hat sich mit einer Preußin verlobt, beabsichtigt unter Anzahlung seiner und seiner Braut Ersparnisse ein kleines Haus zu kaufen und demnächst zu heirathen. Wäre er als Preuße im analogen Falle, so brauchte er nur eine Bescheinigung der betreffenden Regierung, daß er zur Abschließung einer Ehe im Auslande einer besonderen obrigkeitlichen Erlaubniß nicht bedarf. Aber er ist leider kein Preuße. Er muß also die Einwilligung seiner Heimathgemeinde demüthig nachsuchen.

Seine Bitte wird natürlich sehr ungnädig aufgenommen, denn senatus populusque wittern hinter seinem Heirathsprojekt sofort die versteckte böswillige Absicht, nach Stiftung einer möglichst zahlreichen Familie dem Armenseckel der Gemeinde zur Last zu fallen. Es wird dann die Gemeindevertretung zusammenberufen und bei Bier und Tabak darüber entschieden, ob man dem Armen da draußen in Preußen des ehelichen Glückes theilhaftig werden lassen will. Da sich gegen Fleiß und Subsistenzfähigkeit des Petenten, sowie gegen den Leumund der Braut nichts rechtes einwenden läßt, so kann man die Heirath nicht hindern, man beschließt aber, ihm die gesetzlichen Bedingungen, bestehend in Zahlung des Bürgerrechtsgeldes für sich (nur Bürger oder Nachbarn haben das Recht zu heirathen) und seine Braut aufzuerlegen und außerdem, um jeder in petto habenden heimtückischen Benachtheiligung der

Gemeinde durch künftige Verarmung vorzubeugen, von ihm eine bei der Gemeindecasse zu deponirende Caution von 200 Thlr. zu verlangen.

Unter diesen Umständen muß der arme Teufel natürlich Hauskauf und Heirath aufgeben, denn so bedeutende Summen kann er nicht entbehren.

Der einzige Ausweg der Rettung ist noch, wie es auch meistens geschieht, daß er an das Mitleid der preußischen Commune appellirt, die dann, nicht ebenso engherzig in jedem Menschen einen Armenhauscandidaten sehend, auf ihre Gefahr hin gegen die unsittlichen Folgen der menschenfeindlichen Gesetze eines Nachbarstaates durch Vermittelung der Naturalisation Remedur eintreten läßt.

Wird auch nicht immer eine besondere Caution verlangt, so kommt es, man möchte sagen, täglich vor, daß entweder durch directes Versagen der Communen oder durch die für die Aufnahme der Braut und die Heiraths-erlaubniß zu zahlenden Bürgerrechts- oder sonst benannten Gelder die Verheirathung von Angehörigen solcher Staaten mit Ausländerinnen im Auslande unmöglich gemacht wird.

Und doch haben wir ein allgemeines Indigenat und ein Freizügigkeitsgesetz!

Es wäre sehr zu wünschen, daß auf bundesgesetzlichem Wege dieser Verkümmerung des allen freien Menschen zustehenden sittlichen Rechts, sich eine Familie zu gründen, ein Ende gemacht würde.

Der Nordbund und die Südstaaten.

Neben der Sorge um die Nothleidenden liegen dem deutschen Volk jetzt zumeist die Ereignisse am Herzen, welche dem ersten Zollparlament vorausgehen. Das Schmerzvollste derselben war der Tod des badischen Staatsministers Mathy, welcher seit dem Juli 1866 die politische Haltung Badens durch die souveräne Sicherheit einer ungewöhnlichen Menschenkraft bestimmt hat. Der Patriotismus des Großherzogs hat durch die Wahl seiner Nachfolger, durch das Ministerium Joly, ein edles Zeugniß abgelegt, daß Baden der Politik des Anschlusses treu bleiben wird. Ein zweiter Incidenzpunkt war der Ausfall der bairischen Wahlen zum Zollparlament; sie stellen die innern Gegensätze dieses Staates und die gegenwärtige Stimmung seiner Einwohner auch durch das Zahlenverhältniß dar. Die kleinere Hälfte der Abgeordneten, meist von fränkischen Städten gewählt, ist mehr oder weniger bundesfreundlich,

die größere repräsentirt weniger den Ultramontanismus, sehr deutlich das gleichgiltige, unpolitische und dem Norden abgeneigte bavarische Selbstgefühl.

Es ist die dritte der neuen Bildungen Deutschlands, welche fast zwei Jahre nach der Krisis von 1866 ihre parlamentarische Wirksamkeit beginnen soll, und wir haben Zeit genug gehabt zu erkennen, daß die Schwierigkeit, einen neuen Staatsbau deutscher Einheit aufzuführen, durch die Dreizahl der nöthiggewordenen neuen Organisationen wesentlich vermehrt wird. Das vergrößerte Preußen, der Nordbund, der neue Zollverein sollen nebeneinander eingeordnet werden, nach allen Richtungen gehen die wichtigsten Acte der Gesetzgebung, auf jedem der drei Gebiete andere Parteileidenschaften und andere divergirende Interessen. Kein Wunder, wenn unter solchen Stürmen alte und neue Parteien auf einzelne Tage in innere Verstörung gerathen. Aehnliche Unsicherheit würde ihnen in keinem Staate der Welt, nicht in England, nicht in Amerika erspart bleiben, und wir sind nicht der Ansicht, daß man solche unvermeidliche Parteierschütterungen als ein Symptom politischer Jugend betrachten darf. Vor allem halten wir die Ueberzeugung fest, daß die große nationale Partei, deren Bildung zu den größten Erfolgen des Jahres 1867 gehört, ihren Zusammenhang und Einfluß in den vorstehenden Kämpfen für die Einheit des Vaterlandes einmüthig und entschlossen in die Wagschale legen wird.

Die schwierigste Frage ist für uns der Eintritt der Südstaaten in den Nordbund. Wenn die Regierungen und Völker des Nordbundes die Antwort darauf nur von den Gründen der Zweckmäßigkeit, welche ihnen die innere Organisation des Nordbunds angibt, herleiten dürften, so müßte ihnen als bequem und vortheilhaft erscheinen, den Eintritt der Südstaaten einer spätern Zeit vorzubehalten. Und es ist begreiflich, wenn auch die Besten und Entschlossensten mit Besorgniß an eine neue Steigerung der Schwierigkeiten in der Gesetzgebung denken, an neue unberechenbare Fluctuationen der Parteien und an mögliche Verwickelungen mit dem Auslande.

Aber der Eintritt der Südstaaten ist auf der andern Seite eine Forderung des höchsten nationalen Interesses, eines Interesses, welches fast mit jeder Woche zwingender wird. Es ist zunächst ein Irrthum, daß die Zeit allein und die ruhige Verkehrsarbeit des Friedens den Süden ohne große Erschütterungen mit dem Norden vereinigen werde. Die Verkehrsinteressen haben unter dem alten Zollverein fast 40 Jahre ihre Fäden gezogen, jene Gebiete sind in Handel und Industrie eng mit dem Norden verbunden und doch hat das Jahr 1866 den politischen Zusammenhang nicht befestigt, sondern gelockert. Seitdem sind die Südstaaten, was sie bis jetzt nie waren, europäische Souveränitäten geworden, mit einer eigenthümlichen dynastischen Politik, drei von ihnen Gegenstand der zärtlichsten Theilnahme und Um-

werbung Frankreichs und Oestreichs. Ihre Regierungen sind sich bewußt, daß ihre eigene Unabhängigkeit ein großes Interesse des Auslandes geworden ist, sie beginnen sich sicher zu fühlen und finden das isolirte Leben, welches unter dem Schutze der drei großen Nachbarmächte steht, bequem und für ihr Selbstgefühl wohlthuend. Käme ihnen der unwahrscheinliche Fall eines Krieges durch ihre selbständige Politik und würden sie von Oestreich oder Frankreich bedroht, so müßte der Nordbund sie schützen. Käme der Nordbund in Krieg, so würden sie ihre Bundespflicht grade so erfüllen, wie 1866 die Verträge gegen Oestreich, unvollständig und unwirksam, gleichviel ob aus Abneigung oder aus Schwäche. Erst zwei Jahre sind vergangen, seit sie zu dem Bündniß mit dem Nordbund veranlaßt wurden und selbst in dieser Zeit hat die diplomatische Gewandtheit des Grafen Bismarck nicht verhindern können, daß ihre Regierungen innerlich dem Nordbund mehr und mehr entfremdet wurden. In Darmstadt ist der Einfluß des französischen Gesandten übermächtig, in Stuttgart erscheint die oscillirende Politik des Herrn von Varnbüler noch der beste Verbündete Preußens und in Baiern ist von unberechenbaren Zufällen abhängig, ob die unsichere Stellung des Ministeriums Hohenlohe sich durch die nächsten Monate behaupten wird.

Dazu kommt eine andere Gefahr. Wir stehen in Wahrheit mitten in einer Revolution, der größten vielleicht, welche unserer Nation durch ein gnadenvolles Geschick bestimmt ist, einer nicht weniger gewaltigen, weil sie in Acten der Gesetzgebung und in fortwährenden Compromissen zwischen Volkswillen und Regierungen sich vollzieht. In solcher Zeit ist mehr, als in jeder anderen, die patriotische Wärme und Steigerung des nationalen Selbstgefühls den leitenden Reformatoren als mitschaffende Kraft unentbehrlich. Was die Besten und Großsinnigsten seit zwei Generationen geträumt, ersehnt, gefordert, das ist jetzt in greifbare Nähe gerückt. Diesen Aufschwung öffentlicher Meinung, die frohe begeisternde Empfindung wachsender Macht unter den Deutschen kann die preußische Regierung fortan nicht entbehren. Innere Dissonanzen, jede Kränkung privater und lokaler Interessen muß durch den Schwung bewältigt werden, welchen die deutschen Angelegenheiten behalten, und nur als Vertreter der höchsten nationalen Interessen Deutschlands vermag die Bundesregierung ihre hohe Stellung zu behaupten, in den Herzen der Deutschen, wie vor dem Auslande.

Jetzt aber gewinnt die zweifelnde Empfindung Raum, daß der große Fortschritt des Jahres 1866 doch durch ein schweres Opfer erkauft sei, durch die Isolirung des Südens, die trotz Zollverein und Waffenbündniß unleugbar herbeigeführt ist. Nicht nur die Gegner murmeln, daß der Bund doch nicht das ganze Deutschland sei, auch im Nordbund selbst ist der Gedanke nicht zurückzuhalten, daß alles, was neu geschaffen wird, seine Sicherheit erst

erhalte, wenn die Compromisse mit den Südstaaten vollzogen sind, und daß ihr Anschluß um so schwieriger werde, je weiter die speciell norddeutsche Gesetzgebung im neuen Staat sich entwickelt.

Und daran schließt sich noch eine andere Erwägung. Wir leben in der Revolution und wir stehen noch unter dem Eindruck der erschütternden Ereignisse, welche vor zwei Jahren das Bestehende gebrochen haben. Noch erscheint, was jetzt geschehen kann, als nothwendige und kaum zu verhindernde Folge einer gewaltigen Krisis. Aber die Zeit schwächt diese Empfindung; der Ruhm der preußischen Waffenthaten von 1866 wird bleiben, das politische Gewicht derselben wird mit jedem Jahr geringer. Es liegt in der Natur der Menschen und Staaten, daß das Bestehende Berechtigung und die conservativen Interessen für sich gewinnt. Noch gilt die Verbindung der Südstaaten mit dem Norden den widerwilligen Großmächten Europas, ja sogar den Regierungen und Bürgern im Süden, für eine doch bevorstehende Folge der nächstvergangenen Katastrophe; in Jahr und Tag wird diese Ueberzeugung schwächer geworden sein, die süße Gewohnheit des unfertigen Daseins wird ihre alte Berechtigung wiedergewinnen, die Deutschen werden in die alte leidige Gemüthlichkeit zurückfallen, das Ausland seine Interessen im deutschen Süden befestigt finden. Und in irgend einer künftigen Katastrophe wird die weitergreifende Forderung des Nordbundes und der nationalen Wünsche einen neuen Kampf mit der conservativen Stimmung der Staaten und Völker zu übernehmen haben. Wieder würden die Preußen und Deutschen als Friedensstörer und Eroberungssüchtige angeklagt werden und unter schwereren Kämpfen würde der neue große Fortschritt durchgesetzt werden müssen. Darum gilt es, solange die Massen noch einigermaßen flüssig sind, das Entscheidende zu thun, im Nothfall zu wagen.

Zumal gegenüber dem Auslande. Was zu verhindern im Jahre 1867 dem Kaiser Napoleon ohne tödtliche Gefahr für ihn selbst unmöglich war, was im Jahr 1868 vielleicht noch eine Lebensfrage für ihn ist, das wird, je weiter die Heeresorganisation in Frankreich fortschreitet, je mehr die Verhältnisse Oestreichs sich befestigen, um so schwieriger. Noch im vorigen Jahre schien bei einer Ausdehnung des Bundes über ganz Deutschland ernste Einmischung des Auslandes nicht zu besorgen, jetzt betont sogar Oestreich, daß seine Connivenz gegen den Bund nicht weiter reiche, als bis zur Mainlinie. Selbstverständlich werden diese Prätensionen mit jedem Jahre wachsen, es ist möglich, daß sie schon jetzt der diplomatischen Kunst die schwerste Aufgabe stellen. Wir haben, so steht zu befürchten, nach dieser Richtung nicht gewonnen, sondern verloren. Und jeder Blick auf die übrigen Großstaaten läßt erkennen, daß diese Schwierigkeiten durch neue bevorstehende vergrößert werden müssen. Es wird dem Nordbunde unmöglich sein, das alte Einvernehmen

Preußens mit Rußland zu bewahren. Die Anmaßung der panslavistischen Partei, die ungünstige Revision des russischen Zolltarifs und die Aufhebung des Zollcartels müssen der Anfang einer Entfremdung werden, welche trotz aller entgegenstehenden Wünsche der Regierenden in naher Zukunft unvermeidlich droht, und eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland anbahnt, die bisher nicht durch widerstreitende Interessen der Staaten, sondern nur durch die polnischen Erinnerungen aufgehalten wurde. Oestreich aber kann ein Bundesgenoß des Nordbundes erst dann werden, wenn die Südstaaten Mitglieder des Bundes sind, vorher würde der Preis, welchen Preußen für ein solches Bündniß zu zahlen hätte, einer Zerstörung Deutschlands gleichkommen.

Ist aber die Sachlage so, wie sie hier dargestellt wurde, und entsprechen die Schlüsse für die Zukunft einer verständigen Wahrscheinlichkeitsrechnung, so folgt daraus, daß die Bundesregierung und jede patriotische Partei den möglichst schnellen Eintritt der Südstaaten in den Bund als einen Fortschritt betrachten muß, welcher der größten Opfer werth ist. Denn wie diese Staaten jetzt dahin leben, sind sie eine unablässige Sorge, ein Heerd fremder Intriguen und sie werden in nächster Zeit eine starke Demüthigung des deutschen Selbstgefühls werden. Wir haben ihnen gegenüber alle Pflichten und Gefahren, wir haben nicht die entsprechenden Leistungen, sie nicht die großen Rechte. Und wir stehen jetzt vor der neuen Gefahr, daß Deutschland in Wirklichkeit zerrissen wird, und haben uns zu hüten, daß das große Werk, welches 1866 begann, nicht durch solche Folgen verdorben werde.

Aber was können wir thun, wenn sie selbst nicht wollen? Denn das freilich ist klar, diese Sache kann nicht durch die Regierungen allein oder zuförderst gemacht werden und nicht durch herausfordernde Initiative der Bundesregierung, sondern vor allem durch den Volkswillen, in erster Linie durch die Bevölkerung der Südstaaten. Und zeigen die bairischen Wahlen nicht, wie ungefüge unsere Nachbarn im Süden für den Eintritt sind?

Wir lesen, daß man zu Berlin den Eintritt zumeist durch Baiern erwarte und die Aufnahme Badens für gefährlich halte, weil sie die Schwaben und Baiern in fremdes Lager treiben könne. Aber wenn wir warten wollen, bis die Majorität des bairischen Volkes zuerst bei uns den Eintritt fordert, dann steht zu besorgen, daß die Vereinigung der deutschen Stämme nicht eher erfolgen wird, als bis der Stuhl St. Peters auf den sieben Hügeln verfallen sein wird und die ultramontane Partei Kant und Hegel unter ihre Heiligen rechnet.

Unsere Pflicht gegen die Deutschen außerhalb des Bundes, und unser nationales Recht, den deutschen Staat unabhängig vom Ausland zu gestalten, schreiben uns sehr deutlich vor, was uns obliegt. Wir haben freudig und mit offenen Armen den deutschen Staat aufzunehmen, dessen Volksvertreter

im Einverständniß mit ihrer Regierung für sich den Eintritt begehren. Und wenn die Badenser ihn fordern, so hoffen wir, sie werden den Bund sehr bereit finden. Denn dies ist eine Angelegenheit vor allem der Ehre und dann erst der Klugheit. Aber auch die beste Klugheit leitet, so scheint uns, zu demselben Ergebniß. Auf Baden würde Hessen folgen und diesem zögernd Würtemberg. In Baiern aber mag nach solchem Vorgange ein heftiger innerer Conflict entbrennen zwischen Franken und Oberbaiern. Wir können dann das Resultat getrost abwarten.

Daß die Bundesregierung alles vermieden hat, was wie ein Werben oder eine Beförderung des Eintrittes erscheinen könnte, das wird ihr Antlitz gegen die düstern Mienen in Paris und der Hofburg zuversichtlich machen. Welcher Fremde wagt ein Volk und einen Staat zu verhindern, nach eigenem freien Ermessen politischen Anschluß an seine Landsleute zu wählen? — Könnte dies aber in Deutschland der Fall sein, dann wäre unsere politische Lage in der That so demüthigend und unfertig, daß wir den höchsten Preis zahlen müßten, um uns aus ihr zu erheben.

Wer außerhalb der Geschäfte steht, dem fehlt jede Kenntniß des momentanen Bildes, welches sich in dem Geiste des Staatsmannes aus täglich wechselndem Detail zusammenfügt. Aber er hat doch eine feste Richtung für sein Urtheil, die auch der Politiker, welcher mitten in Geschäften steht, nicht gering achten darf. Denn was jetzt der Deutsche ausspricht, das sind die einfachen und alten nationalen Forderungen, dieselben Gedanken und Gefühle, welche Millionen das Herz erheben, das Urtheil bestimmen und den Willen richten, die Gebote unseres Rechts und deutscher Ehre.

♀

Austernzucht in England.

In England werden zweierlei Sorten von Austern unterschieden, die Natives und die gemeinen oder Canalaustern. Letztere sind bedeutend größer als die ersteren; es gehen ihrer nur vier- bis neunhundert auf ein Bushel, das fünfzehn- bis neunzehnhundert Natives faßt. Aber die Natives sind bei weitem beliebter, sodaß sie gewogen acht- oder zehnmal, gezählt dreimal soviel kosten, wie die gewöhnliche Sorte. Ein früherer Militärarzt, der sich neuerdings dem Studium der Austern gänzlich gewidmet hat, Frank Buckland, ist darauf verfallen, den Werth der verschiedenen Arten nach dem Verhältniß zwischen dem Gewicht ihres Fleisches und dem Gewicht ihrer Schale abzustufen; er fand, daß das Fleisch der Natives, derjenigen von Colchester und Whit-

stable, den vierten Theil des Gewichts der Schale wiegt, das Fleisch der bei Falmouth im Canal gefundenen Austern den sechsten Theil, das Fleisch der künstlich aufgezogenen Austern der französischen Insel Ré den fünfzehnten Theil. In England gilt diese letztere Sorte denn auch schon ihres schlechten Aussehens halber für unverkäuflich; aber in Frankreich nimmt man mit ihr immerhin vorlieb und bezahlt dort gern einen Frank für dieselbe Menge von Vendée-Austern, welche von den besten Natives in England einen Schilling kostet, nämlich direct vom Fischer im Jahre 1864 für zwanzig Stück.

Die Natives stehen also in dem unermeßlichen Austernverbrauch Englands obenan. Ihr Fundort ist die Mündung der Themse und einiger kleinerer Flüsse, welche sich an ihrem Ausflusse zumeist seeartig erweitern, insbesondere des Colne und des Crouch in Essex, des Medway und des Swale in Kent. Am Swale liegt der großartigste aller Austernparks der Welt, der der vereinigten Fischer von Whitstable. Dies ist eine alte Gilde, welche, wie manche andere der Art, ihren Ursprung bis auf die Zeiten der Eroberung Englands durch die Normannen zurückführt, bis 1793 aber ihren Grund und Boden nur in Erbpacht besaß. Eine besondere Parlamentsnote ermächtigte sie dann, das Eigenthumsrecht zu erwerben; sie that es, aber gutentheils mit fremdem Gelde. In den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts wurden die Schulden getilgt, und nun repräsentirt ihr Austernpark ein Capital, das Kundige auf mehr als dritthalb Millionen Thaler schätzen, wenig über vierhundert Genossen gemeinsam angehörend. Ihr Product gibt auf dem londoner Markte den Ton an. Solange Natives von Whitstable zu haben sind, lassen sich Feinschmecker mit keinen anderen abspeisen. Rochester am Medway und Colchester am Colne waren noch bis vor kurzem Whitstables Nebenbuhler um den ersten Rang; aber die Gilde von Rochester leidet jetzt unter finanziellen Nöthen, und in Colchester hat man versäumt, junge Brut anzukaufen, weil zwischen der Stadt als Eigenthümerin des Grundes und den Austernfischern Mißhelligkeiten entstanden sind, welche die Verwendung von Capital auf den Ankauf von Brut verhinderten.

Die Gesellschaft der Austernfischer von Whitstable hat jedem ihrer Genossen im Durchschnitt der achtzehn Jahre 1846—1867 jährlich vierhundert Thaler ausbezahlt, in den letzten drei oder vier Jahren, in denen die Vorzüge ihres Verfahrens zur vollsten Geltung kamen, sogar sechs- bis siebenhundert Thaler jährlich. Um die Bedeutung dieses Ertrags richtig zu beurtheilen, muß folgendes erwogen werden. Zunächst bekommen die arbeitenden Genossen auch dann etwas, wenn Krankheit oder Alter sie verhindert, an der Arbeit theilzunehmen, und auch die Wittwen von Mitgliedern, so lange sie sich nicht aus der Gilde hinaus wieder verheirathen, haben Antheil. Eine solche Wittwe erhält ein Drittel des Manneslohns; ein noth-

gedrungen feiernder Mann noch mehr. Nur Kinder von Mitgliedern werden in die Gilde aufgenommen. Sämmtliche Genossen wählen aus ihrer Mitte einen Vorsteher, einen Stellvertreter des Vorstehers und einen Cassenführer. Diese drei Beamten der Gilde ernennen zwölf andere Mitglieder zu einem Ausschuß, der die Löhne, die Art der vorzunehmenden Arbeiten, die Menge der jeweilig herauszufischenden und zu verkaufenden Austern bestimmt. Was am Schlusse der Jahresrechnung als Reingewinn übrigbleibt, wird unter die Genossen vertheilt.

Als die Gesellschaft durch die angeführte Parlamentsacte freie Eigenthümerin geworden war, zählte sie nur sechsunddreißig Mitglieder. Seitdem hat sich die Zahl ihrer Angehörigen rasch vermehrt, denn die Mitgliederzahl betrug im Frühjahr 1865, also nach zwei Menschenaltern, schon vierhundertundacht. Bis jetzt ist indessen gleichwohl, wie es scheint, die Grenze keineswegs überschritten, jenseits welcher die Zunahme der Zahl das Gedeihen der Gesammtheit beeinträchtigen würde. Denn die Menge der Hände hat eine ungleich sorgfältigere Bearbeitung des Parks möglich gemacht, und diese hat sich aufs sichtlichste belohnt durch stetig wachsende Erträge, die ihrem Höhepunkt augenscheinlich noch sehr fern sind. Denn von den drei oder vier englischen Geviertmeilen, welche der Park bedeckt, sind kaum zwei den Austern gewidmet. Der Rest bildet einen Ankerplatz nicht allein für die Boote der Gesellschaft, sondern für allerhand Schiffe. Allerdings hat die heute vorhandene Zahl der Mitglieder im Park nicht Arbeit genug, um den ganzen Tag auszufüllen. Zwei bis drei Stunden täglich während der Verkaufszeit, und das doppelte etwa während der Monate Mai, Juni und Juli reicht durchschnittlich hin. Aber die Leute lungern darum nicht müssig herum. In ihrer freien Zeit sind sie theils beschäftigt, außerhalb des Parks Brut oder magere Thiere zu suchen, die sie dann an ihre Gesellschaft absetzen gleich jedem anderen Fischer, oder auf sonstige eßbare Seethiere Jagd zu machen, oder endlich Austern aus dem Park auf belgische Rechnung nach Ostende zu bringen, wo ein großartiger Handel für den niederländischen, französischen und deutschen Consum, der auf einhundertfünfzigtausend Thaler im Jahre geschätzt wird, seinen Mittelpunkt hat. Berücksichtigt man gebührend alle diese Nebenverdienste, so wird man bekennen, daß vier- bis siebenhundert Thaler festen Jahres-Einkommens aus der Gesellschaftscasse, nebst einem hinlänglichen Theil desselben für Krankheits- und Altersfälle und für die hinterbliebene Wittwe, eine hübsche Versorgung einfacher Fischersleute selbst vor den Thoren von London ist.

Nichtsdestoweniger ist die Austernfischerei ein precärer Erwerbszweig, um darauf eine stetiger Einnahmen bedürftige Genossenschaft von armen Leuten

zu gründen, und was in unmittelbarer Nähe des besten Marktes sowohl als der besten natürlichen Austerngründe der Welt nicht mehreren, sondern nur einer einzigen unter mehreren Genossenschaften völlig geglückt ist, das muß für diese Form des Betriebs doch wohl, wenigstens unter den gegenwärtig gegebenen allgemeinen Umständen, überwiegende Bedenken haben. Die Erfahrungen der prosperirenden Gilde von Whitstable weisen selbst eindringlich darauf hin. Die Summen ihres Verkaufserlöses in den verschiedenen Jahren schwanken unerhört. Von 49,691 Pfund Sterling im Jahre 1852—53 fiel der Betrag auf 7681 Pfund im Jahre 1857—58, und von da hob er sich im Jahre 1862—63 wieder auf 90,852 Pfund. Eine Gesellschaft muß ganz außergewöhnlich viel Capital, oder ihre Mitglieder müssen ausreichende Nebenerwerbe haben, um solche schroffe Wechsel überstehen zu können. Die Austernzucht ist keine Saat, die regelmäßig durch eine mindestens leidliche Ernte lohnte. Zwischen 1850—1865 ist sie nur zweimal eingeschlagen, 1852 und 1858; die Brut, welche in einem solchen ergiebigen Jahre dem Leben gewonnen wird, muß für die folgenden mageren Jahre mit vorhalten. Woher die Mißjahre kommen, ist noch nicht völlig entschieden. Gewiß ist nur, daß sie weit häufiger sind, als die glücklichen Jahre, zwischen Parks und freiem Seeboden keinen Unterschied machen, und mehr oder weniger an allen europäischen Küsten übereinstimmend eintreten, mindestens soweit der Golfstrom auf die sie bespülenden Gewässer wirkt. Die meisten Praktiker nehmen daher auch an, es sei ein Mangel an Wärme um die Zeit, da die Jungen das mütterliche Gehäuse verlassen, also z. B. im Juli, woher die wenig oder nichts übriglassende allgemeine Sterblichkeit komme. Andere meinen, zu große Unruhe im Wasser trage die Schuld, indem sie die junge Brut in Sand und Schlamm ersticke.

Die neugeborene Auster ist allerdings ein gebrechliches Geschöpf. Ihre Lebenshoffnung — um in der Sprache der Versicherungsstatistik zu reden — steht im umgekehrten Verhältniß zu der Fruchtbarkeit des Mutterthieres. Diese bis auf Zehner und Einer, ja auch nur auf Hunderte festzustellen, ist nicht gut möglich; die ganze Production einer gebärenden Auster erscheint dem unbewaffneten Auge blos wie ein lichter Schaum oder wie eine dünne Flocke Schnee Aber mit dem Gewichte kann man dem Dinge einigermaßen näher kommen, und da hat Buckland bei seinen Versuchen gefunden, daß die Zahl der Kinder einer einzigen Austermutter zwischen 420,000 und 830,000 schwankt. Dieser Grad von Fruchtbarkeit muß alle Annahmen niederschlagen, als ob die natürliche Austernzucht der See jemals durch „Raubbau" erschöpft werden könnte. Geboren wird jeden Sommer, bis tief in den Herbst hinein, ja Einige meinen sogar, das ganze Jahr hindurch; und wenn dann Luft und Wasser einmal günstig sind, so wimmelt es von Milliarden junger

Thiere, welche die Kinderkrankheiten überstanden haben. Für das Netz des Fischers gerettet sind sie damit freilich noch lange nicht alle. Ein starker Wind oder Strom im Meere kann sie noch immer von der festen Basis verschlagen, auf welcher sie haften, an den Strand werfen oder in Schlamm und Unkraut ersticken; sie können dem Seestern zum Opfer fallen, ihrem gefährlichsten Feinde, dem Austernfischer genannten Vogel, oder sonst einem darauf eingerichteten Gastronomen aus der schwimmenden oder fliegenden Thierwelt. Diese Gefahren sind es, deren Beseitigung wohlangelegte Austernparks und die sorgsame Behandlung derselben im Gegensatz zu freien Austernbänken so lohnend macht. In einem Park kommt das eigenthümliche Austernnetz, halb aus eisernen Ringen und halb aus gewöhnlichem Netzwerk bestehend, das ganze Jahr über nicht zur Ruhe. Wenn es nicht nach reifen und gesunden Thieren für den Markt fischt, so liest es Seegras, Seesterne und alles, was sonst der Zucht schaden könnte, vom Grunde auf. Nur wenn die Austern anfangen zu laichen, wird die Arbeit der Parkleute auf einen bis zwei Monate ausgesetzt, um die junge Brut nicht zu zerstören. Die sogenannte geschlossene Zeit, welche nach einem englisch-französischen Fischereivertrag von 1839 vier Monate betragen soll, Mai, Juni, Juli und August, und während welcher das Austernnetz überall nicht gebraucht, nicht einmal an Bord genommen, und Austern auch zur Zucht oder zur Mästung nicht verkauft werden dürfen, wird an den Küsten von Kent und Essex eingeständlich nirgends innegehalten, und auch anderswo umgangen. In der That beruht ein guter Theil der Versorgung des unersättlichen englischen Austermarktes darauf, daß die kaum eßbare Art, welche man in den Tiefen des Canals, am irischen oder schottischen Strande findet, in die Parks links und rechts von der Themsemündung verpflanzt wird, um sich dort zu mästen und zu veredeln. Aus einer Tiefe genommen, wo die Temperatur geringeren Wechseln unterliegt, überstehen diese Thiere nicht leicht den Winter in dem seichteren Wasser, in welchem die Natives zu Hause sind; aber wenn man sie den Frühling und Sommer hindurch dort niederlegt, so lassen sie sich im Herbste einige Wochen früher auf den Markt bringen, als mit den Natives zu thun gerathen ist, und füllen folglich eine Lücke im Handel aus.

Der englische Austernfischer gewöhnlichen Schlages, diejenigen der Gilden von Colchester, Whitstable und Faversham eingeschlossen, will von einer weitergehenden Züchtung, als er sie seit Jahrhunderten treibt, begreiflicherweise nichts hören. Aber seit einigen Jahren hat das große Capital ein Auge auf die Austernzucht geworfen, und in seinem Gefolge wendet sich ihr natürlich auch die halb speculative, halb theoretische Lust an praktischen Experimenten zu. Es ist bekannt, daß der berühmte französische Gelehrte Coste seine Fischzüchtungsunternehmungen auf die Austern mit erstreckt hat. Im

Canal bei St. Malo, in Concarneau bei Quimper, auf den Inseln Ré und Oléron bei La Rochelle sind derartige Anlagen gemacht und neuerdings viel von wißbegierigen Engländern besucht worden. Was sie an diesen Versuchen nachahmenswerth und erfolgversprechend gefunden haben, wird gegenwärtig sowohl in irischen Buchten und Strommündungen als auf dem unvergleichlichen Austerngrunde des Themseausflusses in größerem Maßstabe zur Anwendung gebracht, und bei der geschäftlichen Energie, die dem Engländer meistens eigen ist, dürfen wir bald von bedeutenden Ergebnissen zu hören erwarten.

Mit der künstlichen Austernzucht ist es nicht ganz dasselbe, wie z. B. mit der künstlichen Lachszucht; man kann sich der lebensfähigen Eier nicht bemächtigen, ehe oder unmittelbar nachdem sie den Mutterleib verlassen haben, um sie dann in eine solche Lage zu versetzen, daß sie zu selbständiger Bewegung und Ernährung heranreifen können. Aber was man vermag, ist, ihnen die unentbehrliche Basis weiterer Entwicklung darzubieten. In den Parks an der französischen Westküste werden zu diesem Ende Scherben aller Art und dann hauptsächlich eine besondere Art von Ziegeln ausgelegt. Ein Grund, der auch beim tiefsten Ebbestand noch eben mit Wasser bedeckt ist, wird eingefriedigt durch eine niedrige Mauer von halb hohlen Ziegeln, je vier übereinander, welche zusammen nicht höher als einen Fuß sind. Um auf keinen Fall weggeschwemmt zu werden, sind sie mit Steinen beschwert. Theils unter diese Ziegel, theils auf die den Grund bedeckenden Scherben von Töpfen und anderer irdener Waare liebt es die eben ausgeschlüpfte Auster sich niederzulassen, um den einmal gefundenen sicheren Platz freiwillig dann nicht mehr zu verlassen. Man legte anfangs Faschinen, Reisigbündel, hat aber bald gefunden, daß in diesen sich zu viel Schlamm ansetzte, als daß die Brut darin hätte gedeihen sollen. Die Auster ist ein auf Reinlichkeit haltendes, dem Glänzenden zustrebendes Thier; sie sucht als Standort mit Vorliebe eine glatte schimmernde Fläche auf, Muschelschalen, kleine Kieselsteine u. dgl. Die Ziegel der französischen Züchtungsparks, an Gestalt den am Rhein gebräuchlichen Dachpfannen oder dem Halbschnitt einer Drainröhre vergleichbar, sind mit einem Cement überstrichen, der sich leicht ablösen läßt, wenn die darauf haftenden jungen Austern verpflanzt werden sollen. Wollte man sie gleich vom Ziegel abnehmen, so liefe man Gefahr, ihre noch zarten Schalen zu zerbrechen. Nach einiger Zeit aber müssen sie eben aus dem Züchtungspark in den Mästungsteich, um fett genug für den Markt zu werden. —

Von einer wirklichen Bewährung des französischen Systems zu sprechen scheint noch zu früh. Professor Coste hat in Verbindung mit dem Dr. Kemmerer zu St. Martin auf der Insel Ré, der die zahlreichen dortigen Austern-

parks versuchsweise angelegt hat und leitet, über dieselben im Jahre 1863 oder 64 folgende Zahlen veröffentlicht: 2424 Züchtungsparks und 839 Mästungsteiche, zusammen eine Fläche von 146 Hectaren einnehmend, 74,242,000 Austern in jenen und 1,026,000 in diesen, Jahresertrag sämmtlicher Parks 1,086,230 Franks und sämmtlicher Teiche 40,015 Franks, zu vertheilen unter 1700 Eigenthümer. Die Austernzucht ist dort natürlich nur eine Nebenbeschäftigung der dem Ackerbau, der Schifffahrt oder dem Fischfang sich widmenden Bevölkerung, nicht wie in Whitstable das Hauptgewerbe, das durch andere Erwerbszweige nur ergänzt nnd in seinen Schwankungen einigermaßen ausgeglichen wird. Sonst ließe sich weder die aus obigen Zahlen hervorgehende durchschnittliche Zwerghaftigkeit der Parks erklären, noch daß ein so geringer durchschnittlicher Gewinn die Leute bei dem Gewerbe festzuhalten vermag.

Literatur

Jahrbuch für Volkswirthschaft von Dr. Wolfgang Eras (Leipzig bei Otto Wigand). Erster Jahrgang (164 S. in kl. 8.).

Dieses Jahrbuch — unseres Wissens seit der Faucher-Michaelis'schen Vierteljahrsschrift die erste ausschließlich der Volkswirthschaftslehre gewidmete periodische Schrift — hat sich schon durch die Namen seiner Mitarbeiter in vortheilhaftester Weise in die Lesewelt eingeführt. Der Herausgeber selbst ist durch einen ausführlichen, 26 Seiten umfassenden Bericht über den letzten, zu Hamburg im Herbst vorigen Jahres abgehaltenen Congreß deutscher Volkswirthe vertreten; in der Vorrede verspricht er, die folgenden Jahrgänge seines vorzüglich der Popularisirung nationalökonomischer Lehren gewidmeten Unternehmens sofort nach Beendigung des Congresses erscheinen zu lassen. Die übrigen Beiträge rühren zum großen Theil von den hervorragenden Vertretern der volkswirthschaftlichen Literatur Deutschlands her; Dr. Braun ist durch die deutsche Uebertragung einer Abhandlung des bekannten pariser Gelehrten Wolowski „Vom Geld" vertreten, K. Scholz durch einen Artikel „Freizügigkeit und Indigenat im deutschen Bunde"; J. Hirsch schildert im Auftrage des Präsidenten Dr. Lette „die bisherige Wirksamkeit des berliner Vereins zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts", Dr. Makowiczka bespricht die Tabaksteuerfrage, Prince-Smith die „volkswirthschaftliche Gerechtigkeit". Endlich ist Dr. Julius Faucher durch eine sehr anziehende, im besten Sinne populäre Besprechung der Strikes vertreten, welche es wohl verdiente, auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden, weil sie unter vollständiger Anerkennung des Rechts des Arbeiters auf Erringung möglichst hoher Löhne die Gefährlichkeit der Anwendung von Zwangsmitteln zur Erreichung dieses Zwecks mit vieler Schärfe nachweist.

Bei dem zunehmenden Antheil aller gebildeten und auch der halbgebildeten Classen der deutschen Gesellschaft an den Fortschritten und der Bedeutung der Volkswirthschaft kann auf einen glücklichen Fortgang des „Jahrbuchs" mit einiger Sicherheit gerechnet werden. Der Zweck desselben, Verbreitung gesunder wirthschaftlicher Anschauungen im großen Publikum, macht der Presse die möglichste Förderung umsomehr zur Pflicht, als die Kenntniß jener großen Gesetze der Natur, welche (wie das Vorwort anführt) unsere besten Schutzmittel gegen das Vorurtheil sind, zugleich die festeste Mauer gegen die socialistischen Umtriebe der Schüler Lassalles bildet, deren zunehmender Einfluß auf die arbeitenden Classen vielfach mit einer gewissen Leichtfertigkeit unterschätzt wird.

Grundzüge conservativer Politik. In Briefen conservativer Freunde über conservative Politik und Partei in Preußen. Zweite Auflage. Berlin 1868 bei Fr. Kortenkampf. (190 S. in 8.)

Die vierzehn in dem vorliegenden Buch veröffentlichten Briefe über conservative Partei und Politik in Preußen sind ursprünglich in Glasers „Jahrbüchern der Staats- und Gesellschaftswissenschaften" (B. 7 und 8) erschienen und dürften gerade in dem gegenwärtigen Zeitpunkt, in welchem die infolge der Meinungsverschiedenheiten über den hannoverschen Provinzialfonds entstandene Spaltung der conservativen Partei Gegenstand des allgemeinen Interesses ist, auch in weiteren Kreisen nicht ohne Theilnahme gelesen werden. Für die Stimmungen und Ansichten, welche die conservativen Kreise Preußens bewegen, sind diese Briefe in mehrfacher Beziehung charakteristisch, zumal sie ziemlich entschieden dagegen Protest erheben, die Begriffe Junkerthum und Conservatismus identificirt zu sehen. Auf die eigentlich praktischen Fragen wird — und so ist es in den conservativen Kreisen Preußens von jeher gewesen, nur flüchtig eingegangen, dagegen über allgemeine theologische ethische, sociale u. s. w. Prinzipien, Bedeutung des Königthums von Gottes Gnaden, der historischen Schule u. s. w. eines breiteren gehandelt. Wenn wir der Bildung der freiconservativen Partei (von welcher a. a. O. übrigens nicht die Rede ist) auch nur das eine zu danken hätten, daß dieselbe dem Hin- und Herreden über die religiösen und moralischen Grundlagen des Conservatismus ein Ende gemacht und als das aufgetreten ist, was sie sein soll, Vertreterin einer bestimmten Gruppe von Interessen, so wäre der Gewinn schon ein beträchtlicher!

Berichtigungen.

In dem Artikel Ein Trobador des 13. Jahrhunderts (Nr. 7) zu lesen: pag. 252 Z. 1 v. o. „schürt" statt schiert; pag. 253 Z. 22 v. o. „Fauriel" statt Faurill; pag. 258 Z. 15 v. o. „Riuples" statt Rinples; pag. 259 Z. 3 v. u. „Guardastagno" statt Guartastagno; pag. 260 Z. 13 v. o. „Crescimbeni" statt Cresciberi. Auf Wunsch des Herrn Verf. tragen wir nach, daß der in Rede stehende Artikel von Herrn Franz Hüffer in Berlin verfaßt ist.

Verantwortliche Redacteure: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

№ 9.
Ausgegeben am 28. Februar 1868.

Inhalt:

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

Ein östreichischer Satiriker aus dem Ende des 13. Jahrhunderts

(der sogenannte Seifried Helbling).

Unter den geschichtlichen Quellen nehmen die satirischen Gedichte eine eigenthümliche und nicht unbedeutende Stelle ein. Da die Satire die Wirklichkeit schildert mit der Absicht zu tadeln, so liegt es in ihrem Wesen, daß sie möglichst auf die Einzelheiten eingeht, daß sie Personen, Ereignisse, Zustände in den kleinen, äußerlichen Zügen darstellt, welche die absichtlich zum geschichtlichen Zeugniß aufgesetzten Urkunden und Berichte übergehen. Für die Zeitgenossen bestimmt, kann die Satire wohl übertriebenes, verzerrtes, nicht aber völlig unwahres und unmögliches berichten: dem Nachkommen gewährt sie daher einen unschätzbaren Einblick in das Kleinleben der Geschichte.

Diesen Werth dürfen auch die Gedichte beanspruchen, welche hier besprochen werden sollen.*) Sie führen uns mit großer Treue und Breite ein Stück der deutschen Geschichte in seinen Persönlichkeiten, seinen Stimmungen, seinen Zuständen vor. Dabei verschlägt es nicht viel, daß die allerdings zuerst aufstoßende Frage nach dem Namen des Dichters noch nicht beantwortet werden kann. Denn das wichtigste an diesen Gedichten ist eben nicht die Persönlichkeit des Verfassers, sondern sein Gegenstand, der geschichtliche Kreis, dem er angehört, seine Zeit und seine Heimath. Und hierüber sind wir zur Genüge unterrichtet. Unser Dichter war ein Oestreicher und er dichtete in den letzten zwei Jahrzehnten des dreizehnten Jahrhunderts. Vergegenwärtigen wir uns zunächst mit wenigen Zügen die Ereignisse, welche dieser Zeit vorausgingen und die Entwicklung Oestreichs in ihr bedingten.

Als im Jahre 1273 Graf Rudolph von Habsburg zum deutschen König erwählt wurde, sah es bekanntlich in Deutschland sehr trüb aus. Die deutsche Nation, eben noch in den Kreuzzügen des Rothbarts und Friedrich II. als

*) Sie sind herausgegeben von Th. v. Karajan in M. Haupts Zeitschrift für deutsches Alterthum 4, 1—284; vergl. auch 13, 464: Eine Anzahl Stellen hat G. Freytag in seinen Bildern aus der deutschen Vergangenheit II. 1. „Vom Mittelalter zur Neuzeit" benutzt. Hier sollen die fünfzehn Gedichte zwar nicht erschöpfend mitgetheilt und behandelt, aber doch in ihren Grundzügen und ihrer Entwicklung dargestellt und durch Proben charakterisirt werden.

die erste der Christenheit anerkannt, war seit dem jähen Sturze der Hohenstaufen aufs tiefste in der fremden und eigenen Achtung gesunken; nach außen ohnmächtig, im innern durch zahllose wilde Fehden zerrissen. Am schlimmsten aber stand es damals mit den südöstlichen Grenzgebieten, mit Oestreich und Steiermark; hier war noch vor dem Interregnum des Reiches ein Interregnum des Landes eingetreten. 1246 war Herzog Friedrich der Streitbare, der letzte aus dem glorreichen Stamme der Babenberger, in einem siegreichen Treffen gegen die Ungarn gefallen. Alsbald erhoben sich von verschiedenen Seiten Ansprüche auf die verwaisten Länder; unter den Bewerbern trug, vom Papste begünstigt, Ottokar von Böhmen den Sieg davon. Seine Rechtsansprüche hatte er durch eine Vermählung mit Margarethe, der Schwester des Herzogs Friedrich, begründet; als er jedoch Oestreich sicher in seiner Gewalt zu haben glaubte, verstieß er die schon Bejahrte. Ihr Schicksal war ein Bild dessen, was das Land zu erdulden hatte. Oestreich war bereits durch die Erbfolgekriege, die namentlich von Seiten Ungarns mit barbarischen Verwüstungen geführt wurden, furchtbar mitgenommen. Nun trat auch die Herrschaft des übermüthigen Böhmen mehr und mehr in ihrer wahren Gestalt hervor. Seine Willkür und Grausamkeit wandte bald die Herzen seiner Unterthanen von ihm ab und ließ sie mit Sehnsucht nach einem Befreier blicken.

Und dieser fand sich allerdings. König Rudolph erkannte sofort, welche Zukunft seinem Hause bevorstand, wenn es ihm gelang, die rechtlich herrenlosen Länder Oestreich und Steiermark zu gewinnen, und er nahm den Kampf gegen den scheinbar übermächtigen König auf. Als Ottokar sich weigerte, seinen unrechtmäßigen Besitz dem Reiche zurückzugeben, zog Rudolph 1276 mit einem kleinen Heer in Oestreich ein; die Nachbarn unterstützten ihn, die Landesangehörigen erhoben sich für ihn. Wien widerstand eine Zeit lang, durch eine Partei des Rathes beherrscht; mit der Uebergabe der Stadt aber brach auch der Muth des Böhmenkönigs. Er trat Oestreich und Steiermark ab, Rudolph nahm es in seinen Besitz. Vergebens, daß Ottokar nochmals 1278 mit einem von allen Seiten gesammelten Heere in Oestreich einbrach; Rudolphs treffliche Leitung, die Tapferkeit der Seinigen und die Hilfe des jungen Ungarnkönigs errangen den entscheidenden Sieg auf dem Marchfelde. Ottokar selbst fiel; den Frieden mit seinem Erben stellte Rudolph her, indem er ihn mit einer seiner zahlreichen Töchter verheirathete. Dann verfügte er über die nun dauernd erworbenen Länder. Er belehnte im December 1282 seine Söhne Albrecht und Rudolph mit Oestreich, Steiermark und Krain, übergab aber 1283 am 1. Juni auf die Bitte der Landesherren, der vornehmen Ritter, Albrecht allein die Herrschaft.

Wie sich nun Oestreich unter Albrecht befand, wie sich aus den Nach-

wirkungen der langen Rechtlosigkeit und Verwilderung ein östreichisches Landesgefühl und die Anhänglichkeit an das neue Herrscherhaus stark und immer stärker erhob, das läßt sich aus den Satiren unsers Dichters am besten erkennen. Es wird am angemessensten sein, sie nach ihrer zeitlichen Folge durchzunehmen.

Das älteste dieser Gedichte (XIV) ist noch im Frühjahr 1283 verfaßt, da es von zwei Herzögen spricht. Es enthält schon den Gedanken, den der Dichter später mit Vorliebe verfolgte, aber noch in allzu knappem, unreifem Ausdruck. Jedes Land, so heißt es, habe seine eigenthümlichen Sitten, nur Oestreich nicht; da seien die Leute windschaffen, d. h. wankelmüthig, wetterwendisch. Der alte Herzog Friedrich habe sich ungarisch getragen, dann habe man den Sachsen ihr kurzes Haar nachgeäfft. Auch die böhmische Art sei nicht spurlos vorübergegangen; das zeige der Morgengruß dobrytro. Und so ahme man auch den Meißnern nach, den Baiern, Steirern, Kärntnern, Krainern, Wälschen, Schwaben. Ja die Schwaben! Ihre Sättel, die wie Krippen um den Reiter herumliefen, ihre Bickelhauben, das alles habe man ihnen zu verdanken. Im Ganzen stehe es wohl um Oestreich unter dem Doppelregiment der Söhne des römischen Königs. Ein so vorzüglicher Friede ward noch nie im Land, der König selbst sende seinen Schutz vom Rhein her. Zum Danke dafür sollten nun die Dienstmannen, die mit Reichs-, geistlichen und fürstlichen Lehen begabte Ritterschaft an den Rhein ziehn und dort, wie der Dichter sich mit einer Anspielung auf die Nibelungen ausdrückt, den Wein König Etzels bezahlen, d. h. ihre Haut zu Markte tragen.

Abgesehen von dem Spott über die Schwaben, die mit den Habsburgern ins Land gekommen waren, spricht sich der Dichter hier noch ziemlich anerkennend über die neue Herrschaft aus. Ganz anderen Stimmungen gibt das nächste Gedicht (V) offenen Ausdruck. „Wen es nicht verdrießen mag, der höre an des Landes Klag! Seid ihr getreu dem röm'schen Reich, so klag ich, König Rudolf, euch und allen euren Schwaben, die durch vier Jahre haben, von mir, dem armen Osterland,— es ist euch sicher noch bekannt, — ihren Unterhalt genommen. Fürwahr, das ist mir schlecht bekommen. Nicht länger sei's verschwiegen, wie ich mich ließ betriegen. Der Herzog, den ihr mir gesandt, fällt mir der Ungarn Volk ins Land, dann reitet er zum Jagen. Die Herzogin muß ich verklagen, die ist für's Gut so eingenommen, so viel sie irgend kann bekommen, das schiebt sie alles in den Sack und sendet dann das volle Pack zu ihrem Vater, daß ihr's wißt, der dort in Kärnten Herzog ist." — Und nun geht es über die neuen fremden Beamten her, über den Landschreiber, über den Grafen von Rabenswalde, und ganz besonders über den listigen Fuchs, den Haug von Tausers; der eine schicke nach Nürnberg, der andre nach Thüringen, der dritte an die Etsch, was sie

nur zusammenraffen könnten. Ja, auch die Damen am fürstlichen Hofe gehen nicht leer aus. Da sei die Schwester des von Helfenstein, eine alte karge Schwäbin, die leihe Pfenninge aus, um dafür eine Mark zu nehmen, und kaufe Weizen und Korn auf, um es zu behalten, bis etwa ein theures Jahr komme. Natürlich werden auch die Geistlichen nicht geschont: der Abt von Admont, der Ordensbrecher, der in die Hölle fahren solle. Und endlich die weltlichen Räthe des Herzogs. Das seien nur vier, und zwei von ihnen noch dazu bei dem ungarischen Grafen Iwan von Güssing in Gefangenschaft. Wenn die ganze Gesellschaft in den Schmutz versänke, dann wäre noch zu wünschen, daß sie das Wasser nicht unlauter machten. Des klagt das arme Oestreich, zum ersten, zweiten und dritten Mal und verwünscht zuletzt den König selbst in ganz unehrerbietig derbem Ausdruck.

Man kann nicht leugnen, bittrer, ja frecher konnte ein Unterthan nicht von seinem Fürsten reden. Aber es ist auch das schlimmste. Es ist der letzte, volle Ausbruch der Unzufriedenheit, die das straffe Auftreten der Habsburger und ganz besonders des Herzogs Albrecht in Oestreich hervorgerufen hatte. Sah sich schon Rudolph genöthigt, die Steuer des Böhmenkönigs doppelt zu erheben, so wurde nun zweierlei als besonders drückend, ja als unerträglich empfunden. Einmal, daß es die Fremden, die Schwaben waren, die die besten Stellen im Lande erhielten, und sodann, was uns als gewichtiger erscheinen wird, daß man bei all dem durchgreifenden, hochbesteuernden Regiment weder von der furchtbaren Pestbeule jener Zeit, dem Raubritterthum befreit ward, noch auch Schutz gegen außen, vor allem gegen die grausamen Verheerungen der Ungarn hatte. Dies letzte sollte aber bald anders werden. Im Jahr 1289 sammelte Albrecht ein gewaltiges Heer und brach in Ungarn ein. Graf Iwan von Güssing, der an den Landesgrenzen auf einer ausgedehnten und fast ganz unabhängigen Herrschaft saß und von da aus die deutschen Nachbarn unaufhörlich beunruhigte, wurde angegriffen, eines seiner Raubnester nach dem andern fiel, die Städte, darunter Preßburg wurden von den wiener Bürgern für ihren Herrn besetzt gehalten. Zwar waren diese Erfolge keine bleibenden; denn König Andreas, der bald darauf den ungarischen Thron bestieg, fiel, von dem patriotisch erregten Adel getrieben, 1291 mit zahllosen Reiterschaaren in Oestreich ein, belagerte selbst Wien; aber der noch am Ende des Jahres geschlossene Friede, der dem Grafen Iwan sein Gebiet zurückgab, nöthigte ihn zugleich, seine Burgen zu brechen.

Mit dem Ungarnzug Albrechts änderte sich auch die Stimmung unseres Dichters. In einem Gedichte (VI), das er die Samenunge d. h. die Versammlung des Heeres genannt hat, fordert er die vornehmen Dienstmannen auf, ihr großes Gut anzugreifen und mit zahlreicher Ritterschaft auf dem Sammelplatz zu erscheinen. Da werden die einzelnen geschätzt, der Herr von

Rabenswald soll hundert Reiter bringen, die von Kunringen dreihundert, der Marschall von Meissau zweihundert u. s. f. Der eine wird gemahnt, sich nun dem Herzog dafür dankbar zu erweisen, daß er den Haug von Taufers vertrieben habe; denn vor dem wäre ihm doch nichts übrig geblieben. Ein anderer muß sich daran erinnern lassen, daß er keine Kinder habe, und wie habe vor Zeiten der Dichter Bernhard Freidank kurz und gut gesagt? „Wer seine Wittwe viel läßt erben, macht, daß sie desto mehr umwerben."

Schwieriger war es, den Wünschen des Dichters, der damit gewiß die Meinung aller Redlichen aussprach, in einem andern Punkte gerecht zu werden. Das Raubritterwesen hatte während des Interregnums unter dem Deckmantel der politischen Fehden furchtbar überhandgenommen. Sowohl die friedlichen und schutzlosen Landleute wurden beraubt und gequält, als auch die Waarenzüge der Städter geplündert und ihre Führer zur Erpressung von Lösegeld eingekerkert. Kaum ein Zeitgenosse gibt uns von diesem Unglück und dieser Schmach so glührothe Bilder als unser Dichter. Und wer will es ihm verdenken, wenn er vor allem den Herzog anklagte, der dieser entsetzlichen Landplage zu steuern habe?

Greifen wir eine dieser Schilderungen heraus, die nicht sowohl das Verderbliche, Verbrecherische dieses Treibens mit Entrüstung geißelt, als vielmehr die Verkommenheit der Raubritter und ihrer Helfershelfer verhöhnt. Diese Schilderung findet sich in einem Gedicht (XIII), das sich für den Brief eines fahrenden Spielmanns an seinen Collegen ausgibt: der Briefsteller, der übrigens als nun schon verstorben bezeichnet wird, heißt Seifried Helbling, der andere Julian. Beide werden als hovegumpelman d. h. Hofpossenreißer bezeichnet — ein wenig ehrenvoller Titel; aber die Selbstbekenntnisse Seifried Helblings rechtfertigen ihn durchaus. Sie zeigen, daß Ritter und Sänger, die der Beginn des dreizehnten Jahrhunderts nach gleich idealer Höhe strebend gesehen, am Ende desselben Jahrhunderts beide schon ebenso tief gesunken waren. Der Dichter versteht es, diesen Wechsel in das rechte Licht zu setzen. Er läßt seinen Briefschreiber damit beginnen, daß er nun alt und hinfällig sei, und was noch schlimmer, daß er die besten, die nach hohen Ehren strebenden überlebt habe. Nun folgt eine Aufzählung der östreichischen Edeln aus der letzten Zeit der Babenberger. Da werden die von Hardeck genannt, die im Jahre 1260 den Heldentod bei der Vertheidigung der Landesgrenze gegen die Ungarn gefunden hatten. Dagegen, sagt Seifried Helbling, müssen selbst die gefeierten Helden der Tafelrunde zurückstehn. Welche Muster von Ritterschaft waren das, Kol und Kraft von Gleunz, die Kunringer Heinrich Hadamar Alber, Rapot von Valkenstein, und wie sie weiter heißen. Wo ihre Wappenschilde glänzten, zwölf Striche zobelschwarz und lichtgolden, oder das Einhorn, oder der Löwe, da ward

den Feinden auch mit Löwenmuth begegnet. An ihnen hätten selbst Gamuret und Parzival harte Gegner gefunden, die Herr Wolfram von Eschenbach so hochgepriesen habe, obschon er keinen von ihnen je gesehen; ihm aber, sagte Seifried, seien jene wohlbekannt gewesen. „Die Edlen klag' ich ewiglich." So schließt er die Bilder der alten Zeit und wendet sich zur neuen. „Doch muß ich nun erhalten mich, auf welche Art ich immer kann. Lieber Freund, Herr Julian, komm' ich in Märkt' und Städte, find' Helden ich am Brette; die raunen sich und winken. Hei, wie die Wackern trinken, die Speerewälderbrecher! Man sieht sie volle Becher in ihren Händen schwenken und sie zur Tjoste senken, die ihnen nicht viel Mühe schafft. Und wenn sie nun den Rebensaft besiegt, sieht man sie Schnippchen schlagen: ‚Hurrah, Gesell, das muß ich sagen, ein edler Wein, ein schöner Fund! Wer könnt' versagen ihm den Mund! Er ist so schneidig, lind und klar." Gar klüglich stell' ich dann mich dar Und bringe meinen Gruß so an. Den höre lieber Julian. Ich sag' „Von Dänemark Herr Frut, der geb' euch ewig frohen Muth, und mög' zu diesem schönen Wein Herr Saladin euch Glück verleihn!" (König Frut und Saladin sind die stehenden Muster und Schutzpatrone der Freigebigkeit, der Milde.) „So grüß' ich diese werthen Herrn. ‚Wir sehn dich, lieber Seifried, gern.' So ruft ein frommer Knappe mir. ‚Frau, bringt ihm Wein, und kostet's vier!' Der andere läßt sich hören: ‚Das sollt' mich wenig ehren, wollt' ich den Gruß ihm nicht gedenken. Frau, heißt ihm für sechs Pfenning schenken! die nimm zu Liebe mir und trink, mein Seifried, lieber Helbling!' Der dritte und der vierte dann die bieten mir noch andres an. Nun steht mein Spiel so wie es soll. Und bin ich zur Genüge voll, auf knöpf' ich mir das Röcklein dann. ‚Ihr edlen Herren, hört mich an: Ich kann euch gute Mähre sagen. Ich sah wohl zehen Krämerwagen — bei meiner Treu, 's ist ungelogen — die auf der Kremser Straße zogen. Die Ladung ist nicht gerade schwer, sie führen jetzt ihr Geld daher für Weizen an die Ems hinauf.' Nun Julian, jetzt paß' mir auf, was sie für Namen haben, es sind gar schlaue Knaben. ‚Seifried, sei still, du sprächst zu laut!' So ruft mir Künzel Unkraut. Brechenfried und Bauernhaß die sagen leise ‚Sprich und laß uns hören, was du kannst berichten. Der Herzog wird doch nimmer richten. Der hat soviel zu schaffen mit Laien und mit Pfaffen; so kommt er nimmermehr dazu.' ‚der läßt uns noch auf lange Ruh. Drum laßt das Glück uns haschen!' Sprach Eilinsgrab Stehbeiderflaschen. ‚Wir wollen Eidgenossen sein. Laßt, wie sie woll'n, die Pfaffen schrein, wir schaffen uns Gut und Gewinn. Und trät der Teufel vor mich hin, ich schlüg ihm eins in seine Kehle, He, Endohnreu und Morddieseele, Auf, eure Kraft zu messen! Daß euch die Bären fressen!" ‚Herr Grollhard, hört!' sprach Knickdenriegel, ‚Wenn ich nicht heut die Bauern

striegel', sei ich vom Rosenmund verbannt!' ‚Stopfensack, bist du zur Hand?' Sprach Großschlund, sein Geselle sein: ‚Wir fliehn nicht in den Wald hinein. Der Landfrieden ist ja so gut, daß keiner irgend was uns thut.' ‚Wie freu ich mich!' sprach Geißfuß. Nun höre, Freund, boshaften Gruß! ‚Gott soll den Herzog uns erhalten, bei dem wir so im Lande schalten!' — Zur Straße eilen dann die Herrn, ich folge hinterdrein von fern. Denn seht, so muß ich mich ernähren, Herr Julian, und davon zehren. Wenn ich da Scharlach nicht erjage, noch Zobel, nun was thut's? ich trage ein Bauernwamms davon, auch gut. ‚Ihr edlen Herrn, habt guten Muth!' So feur' ich an solch einen Ritter. Und kehrt er dann zurück und tritt er ins Haus, so mahnt sein Liebchen ihn, Daß er die Bauern lasse knien." — Der Brief schließt mit dem Wunsche, daß Herr Julian indessen im Viertel unterm Mannhardtsberg mit demselben Geschäft recht viel Glück haben möge.

Zeigt sich nun der Dichter in dieser Schilderung mehr als Spötter denn als bittrer Tadler, so neigt er in mehreren anderen Gedichten noch mehr zu einer ruhigen Auffassung und zu heitern, lächerlichen Bildern. Zu dieser Mäßigung mochte er auch dadurch veranlaßt werden, daß seine früheren Gedichte ihm nicht wenige Feinde gemacht zu haben scheinen. Er suchte daher die Verantwortlichkeit für seine kecken Reden von sich selbst abzuwälzen und fand eine sehr glückliche Figur, die er zu ihrem Träger machte. Er gab fortan seinen Gedichten die Form von Gesprächen mit einem Knappen, den er so dreist und fürwitzig erscheinen ließ wie er wollte, während er selbst ihm gegenüber eine zurückhaltende, mildernde und belehrende Stellung einnahm. Er verglich diese Dichtungsform in dem Einführungsgedicht (I.) mit dem Buche Lucidarius, einem damals beliebten Katechismus.

Die einzelnen Fragen, die der Knappe hier thut und der Ritter beantwortet, sind nun nicht gerade in logischer Ordnung aneinandergereiht. Nach Besprechung einiger Gegenstände allgemeiner Art, des Geizes, der Thorheit, die ein Alter begeht, indem er eine junge Frau nimmt, — springt der Knappe über zu einem ganz besondern Thema, dem Lieblingsthema unseres Dichters. Er verwundert sich, daß in Ungarland, so groß es sei, die Leute doch nicht einen Fuß breit von ihrer ungarischen Landesart abgingen, während in Oestreich, dem kleinen Herzogthum, so ganz verschiedene Sitten herrschten. Da seien einige in der Gegend ob dem Mannhardtsberg, die trügen eine so wunderliche Art von Wamms, daß an einem ihrer Aermel vier Männer zu ihren Wappenröcken genug hätten. Wo in der unförmlichen Gestalt der Rücken und wo die Brust stecke, könne niemand errathen. Der Meister entgegnet: ‚Nun ermiß an deinem Leibe, wie ich es dir bescheide. Der Rock ist das beste Einkommen des Trägers, wenn er bei Nacht und Nebel über Feld reitet. Dann trägt er Brecheisen, Dietriche und eine ganze Rüstkammer

von solchen artigen Werkzeugen in seinem Wamms, das von Rechtswegen eine Diebskutte heißen sollte.' — Der Knappe führt ein neues Bild vor: Ungarisches Haar und bairisches Gebahren, an den Ellenbogen lange Zipfel; die Stiefeln sind wohl zu sehen; denn der Rock ist ganz unanständig kurz; mit dem Aufschürzen braucht er sich freilich nicht zu bemühen. ‚Ein Krautjunker' entgegnet der Ritter; wer den Esel nicht erkenne, der solle nur nach den Ohren sehen. — Noch mehr weiß der Knappe: einen vorn mit großem Schopf, hinten kurz geschoren, daß das Haar kaum einen Finger breit vorguckt. Und doch hat er kein Landgut in Thüringen oder Sachsen; auch ist ihm nie in Meißen die Kornsaat verunglückt; denn nie kam er dahin. Rede man ihn aber an, dann antworte er: „Wat wolt gi, salig Kumpan?" Ob das wohl ein rechter Oestreicher, ein Ostermann sei? „Ei nein", ist die Antwort, „der mit seinem wat wat, mit seinem kurzen Kopf und langen Hals ist eine rechte Ostergans.' — Nun aber kommt eine Figur, die der Dichter offenbar mit besonderer Liebe gezeichnet hat. Vor dem Leithaus — der Schänke — steht ein Knappe, im Wamms von Eisenringen, darüber einen Rock von feinem pöltinger Tuch und hübschem Schnitt. Im breiten, etwas herabhängenden Gurt steckt sein Daumen, die anderen Finger umspannen ein Misencar, ein Gnadenmesser. Die linke aber drückt auf den prächtig gezierten Griff des Flambergs, sodaß die Spitze hinten emporsteht. Eisenhandschuhe schützen beide Hände, auch Hut und Gollier sind mit Eisen eingenäht. Dem Jüngling kommt die Wirthin entgegen, die er um Wein anspricht, indem er unter Flüchen betheuert, alles bezahlen zu wollen, und wenn er's seinem Vater stehlen müßte. ‚Was denkt ihr, Frau? Ich bin nicht arm. Mein frommer Knecht, der Wolfesdarm*) zieht grad' ein Thier in euren Stall, — Hätt' ich die Wahl der Hengste all, ich nähm' nicht drei für den allein. Seht, ob der kräftig wol mag sein! Ein Fallthor bräch' vor seinem Schnauben; und wenn, das sollt ihr gern mir glauben, der Himmel auf die Erde fiel, ich fürchtet' nicht 'nen Pappenstiel das Rumpeln: Denn er flög' dazwischen hindurch und sollt' mit mir entwischen.' Derweile kommt der andere Knappe, Geierskropf, der soeben vom Essen aufgestanden ist und sich nun an's Trinken begibt. ‚Frau Wirthin, bringt den Leuten Wein!' rief Geierskropf, der wackre Zecher. Sie bracht' ihm einen vollen Becher, den sog er in den Schlund hinein.' Welch gute Kehle ist doch meine! Was da für Dings hinunterfährt und mir vom Leib den Mangel wehrt!' Und als nun die Frau dem Herrn die Unersättlichkeit der Knechte klagt, bestätigt das Wolfesdarm: ‚So krank mocht' ich noch niemals sein, ich zaust' euch doch ein Ochsenbein wie einen kleinen

*) Dieser Name wie so manches andere läßt vermuthen, daß der Dichter das maere vom Meier Helmbrecht gekannt habe.

Gänsefuß.' Ist das nun östreichische Landessitte? fragt der Knappe zum Schluß und erhält eine Antwort, die auf eine im Mittelalter oft, sogar in den Nibelungen, berührte Stammesverschiedenheit hinweist. Die Oestreicher sind die harmlosen, heitern, höflichen, und ihr gerader Gegensatz die Baiern. So heißt es denn auch bei unserm Dichter: Nicht östreichisch sei diese Händel- und Raublust, diese Gier und Maßlosigkeit in Speis und Trank, sie stamme vielmehr von den Baiern her. Die seien so oft von Landshut herübergekommen, hätten geraubt und geprasst und sich so für ihre Armut daheim auf ihren Steinklippen am östreichischen Reichthum entschädigt. Leider aber gebe es auch in Oestreich so manchen Osteraffen, der gelehrig alles, was er sehe, nachmache. — Der Knappe fährt fort: ,Sagt, lieber Herr, wer mag das sein? Ich sah hier manchen also sein an Haltung und in Reden klug, fast schien es mir, mehr als genug. Ihm ist ein Freund entgegenkommen, da hab' ich diesen Gruß vernommen: ,Gott gebe dir stets frohen Sinn! Ina, mein Freund, woher? wohin?' ,Mein werther Herr, ich danke sehr, Von meiner Schwieger komm' ich her.' ,Sag, hast du eine Schwieger hie?' ,Gewiß, zu Wien hier hab' ich die. Wer sollt' hier ohne Schwieger sein? hier gibt's so viele Töchterlein.' Der Hieb trifft die schwäbischen Ritter, die der Herzog in's Land gezogen und von denen er einige mit östreichischen Erbtöchtern vermählt hatte zum großen Aerger der einheimischen Herren. — Nun aber ist es genug. Die Reihe der falschen Oestreicher beschließt die Beschreibung des echten. Sein Kleid ist weder zu kurz noch zu lang. Sein Haar wächst in natürlicher Freiheit und wird vorn von der Haube verdeckt. Wer ihm mit Hohn oder Grobheit entgegenkommt, dem bietet er schnell die Spitze; aber gegen Gute ist er gut. Vor Gott ist er andächtig, gegen seine Freunde getreu und wahr. Er versteht ebensogut Scherz wie Ernst, und spart am rechten Orte sein Gut nicht. ,Das ist der rechte Ostermann', fällt der Herr bei, und der Knappe wünscht, daß dem, der nun lieber anstatt dessen ein Baier sein wolle oder ein Sachse, daß dem ein Höcker wachsen möge oder ein geschwollener Kropf.

Hierauf wird noch eine Tugend besonders besprochen, die Tapferkeit. Der Knappe führt den Raubritter vor, den armen Herrn, der unter dem Vorwand, zum Herzog in's Feld zu ziehen, in die Höfe der Bauern einfällt und alles wegraubt und wegschleppt, zuletzt Feuer anlegt und dem Bauern droht, ihn mit Weib und Kind hineinzuwerfen, wenn er nicht auch das verborgene Geld herausgebe. Der Ritter erwiedert, daß gerade die dem Feinde gegenüber in der wahren Gefahr, den Muth verlören, den sie am Wehrlosen so gern ausließen. Dann werden die kleinlichen Gemüther gescholten, denen, wenn sie lange vorm Feinde liegen, ihre Aecker keine Ruhe lassen und die daher gerade im wichtigsten Augenblicke vom Heere zurückkehren.

Auch hier hat der Dichter einen bestimmten Fall im Sinne; denn um solcher Leute willen hatte der Sommerfeldzug gegen Iwan von Güssing unterbrochen werden müssen. Hierauf folgt der Prahler, der ohne Harnisch dem Feind entgegenreitet; aber er hat auch eine rechte Kunst, die Kunst Haltdichfern, die schirmt ihn vor allen Wunden. Wenn nun das Gefecht zu Ende ist, dann kann niemand besser erzählen als er, wie man hier mit den Lanzen auseinander ansprengte, dort in ganzen Scharen focht. Natürlich: denn ihm war der Eisenhut nicht über die Augen herabgeschlagen; von ferne konnte er in Ruhe alles ansehn. Auch hier wird endlich der rechte Mann, der still das Beste thut, den andern entgegengestellt.

Nachdem die Ritter also in nicht gerade schmeichelhaften Bildern abconterfeit sind, werden auch die Frauen vorgenommen. Diese Schilderungen sind nicht weniger lustig, aber zum Theil für unsern Geschmack etwas derb. Ich zähle daher nur kurz die einzelnen Gestalten auf, welche der Dichter uns vorzeichnet. Da erscheint die Frau, die dem geizigen Manne schlechte Suppe und Kraut ohne Schmalz vorsetzt, und während er auf dem Acker sich quält, selbst mit ihrer Dirne guten Wein trinkt und ein zartes Hühnchen verzehrt. Abends hat sie natürlich keine Lust, an der kargen Mahlzeit ihres Mannes Theil zu nehmen, und er kann sich, indem er sie in die runden Backen kneift, nicht genug wundern, woher ein so mäßiges Weib ein so prächtiges Aussehn bekomme. — Dann folgen die Bilder der Eitelkeit: die Frau, die ihre Reize allzubloß stellt, die andre, welche sie durch allerhand Mittel zu erhöhen sucht — und wir erfahren da ein ganzes Register von Toilettekünsten, die wir unsern guten Vorfahren kaum zugetraut hätten. — Und damit ist die Bilderreihe noch nicht zu Ende; es bleiben noch übrig die Fromme, die keine Messe versäumt und zu Hause keine Gebetzeit vergißt, die aber ihre Dienstleute grob und grausam behandelt und ihrem Manne das Leben fast unerträglich macht; dann die Stille, die alles gehn läßt und duldet, wie ein Lämmlein; endlich die Fensterhenne, die beständig von ihrem Manne weg nach einem andern kritzelt. — Jetzt aber fühlt der Dichter selbst, wie sehr seine böse Zunge sich schon versündigt hat, er schließt mit einem warmen Lobe der guten Frauen. Freilich zuletzt kommt wieder der Schalk zum Vorschein. Der Dichter meint, solche Frauen, ganz rein von allem Fehl und Tadel, gebe es immer nur wenige, in einer weiten Umgegend kaum drei, — schlau fügt er hinzu: ‚die meine ist, will's Gott, dabei.'

Diese Gespräche mit dem Knappen setzen sich nun in andern Gedichten fort, und der Dichter bestrebt sich, ihnen durch die Umstände, unter welchen er sie statt finden läßt, noch mehr den Schein der Wirklichkeit zu verleihen. Das eine Mal (II) erzählt er, daß er nach seiner — übrigens bescheidenen — Mahlzeit im Garten spazieren ging, wie da der Knecht zu ihm kam: Ob er

schon wisse, daß der Herzog eine Frage halten wolle, d. h. ein Gericht, bei dem jeder anbringen konnte, was er von geschehenem Unrecht wußte. Der Ritter faßt diesen Gedanken auf und will anstatt des Herzogs richten, was der Knappe ihm nur anzeigen werde; an seiner Seite stehe ein Fürstenrath, wie er besser nicht sein könne, die sieben Tugenden Treue, Wahrheit, Scham, Zucht und Mäßigung, Verständigkeit und Ehre. In der Klage des Knappen tritt nun freilich zunächst der beschränkte Standpunkt des Richters hervor, der, wenn er auch die Gerechtigkeit an sich erstrebt, doch seine Standesvorrechte in den Vordergrund stellt. Erst werden die Bauern gescholten, die sich wie Ritter tragen und deren Weiber in bunten seidnen Tüchern aus Gent einherstolziren. Dann kommen die Höherstehenden an die Reihe. Schon früher war die Feindseligkeit des Dichters gegen den Dienstadel bemerkbar geworden, jetzt tritt sie in immer höher gesteigertem Maße hervor. Namentlich wird der Geiz der vornehmen Herrn gegen die von ihnen abhängige Ritterschaft gescholten. Dienstumsonst, das sei jetzt der rechte Mann. — Hierauf geht der Dichter jedoch zu allgemeineren Klagen über und schilt den Straßenraub, wofür wieder der Fürst verantwortlich gemacht wird, den Neid, die Lüge. Der Knappe wünscht von jedem Neidischen nur eine Bohne, oder für jede Unwahrheit ein Weizenkorn zu erhalten am Hof oder am Graben in Wien, wo damals die Krämer feil boten, und nun gar auf dem Schottenhofe bei den Pferdemärkten — dann wolle er bald reich werden. — Soviel am ersten Tage. Am zweiten wird die umsichgreifende Prozeßsucht vorgenommen, Früher habe es in ganz Oestreich drei Gerichtstage gegeben, in Neuburg, Tuln und Mautern. Einmal sei es auch vorgekommen, daß der Herzog drei Tage gesessen habe, ohne daß jemand zur Klage vor ihn getreten sei; da habe Leupold seine Hände erhoben und Gott dafür gedankt, daß das Volk im ganzen Lande friedlich und ruhig neben einander wohne. Jetzt aber, bei den Hofgerichten zu Wien, da gehe es anders zu. Wenn hundert klagten, so schlichen noch tausend um die Schranne herum und möchten gern ankommen. Und noch andere, die auch warteten, säßen im Wirthshaus; wenn einer da seinen Uebergurt verliere, so sei er gleich bereit, den Wirth vor Gericht zu fordern. Freilich, wenn man zur alten Sitte zurückkehrte, so könnten die Schreiber nicht mehr so reich werden wie bisher; und das sei ihnen doch zu gönnen, da die Geistlichen mit der Simonie, dem Kaufe ihrer Würden, dem Verkauf der kirchlichen Gnaden noch ganz andre Geschäfte machten. Ueberhaupt sei am Clerus so manches auszusetzen und sehr zu beklagen, daß man ihn nicht vor den weltlichen Richter laden dürfe. Und dazu komme noch die Zwietracht der Kirche, indem gerade damals von 1292 bis 1294 die Cardinäle sich zu keiner neuen Papstwahl vereinigen konnten. Vom Papste geht der Dichter auf den König über; was solle der

am Rhein Pfenninge zählen und seine Kaiserkrönung in Rom außer Acht lassen; — es war ja seit Friedrich II. kein Kaiser gekrönt worden, und Adolph von Nassau, der eben 1292 die Königswürde erlangt hatte, war erst recht außer Stande, daran zu denken. Endlich werden die Ungarn gescholten, deren König Ladislaus vor einiger Zeit ermordet worden war: verflucht sei das ganze Land über diese Untreue. — Am dritten Tage beginnt eine neue Reihe von Klagen, über das Zunehmen der Juden, deren Gut man nehmen und zu einem Kreuzzuge verwenden solle; über die umsichgreifende Raufluft, deretwegen jedermann im Eisengewand herumgehe; über die fahrenden Sänger, die Lottersinger, die überlästigen, von Ehre viel schwatzenden und jeder Ehre baren, sie mitsammt ihren weiblichen Berufsgenossen. Betrübende Bilder, an denen schnell vorüberzugehen das beste ist.

Scherzhafter ist ein anderes Gedicht (III), das uns mit seiner Einkleidung in eine der wichtigsten Beschäftigungen des mittelalterlichen Lebens einführt. Der Ritter geht ins Bad, begleitet von seinem Knappen. Wir erfahren nun bis auf die kleinste Einzelheit alle Vorgänge des Bades, das Begießen mit heißem und mit kaltem Wasser, das Reiben, welches Badefrauen besorgten, das Scheren und Kämmen. Während der Ritter auf der Bank sitzt und sich der angenehmen Nachwirkung des Bades überläßt, heißt er den Knaben vor ihn niederknieen. Wegen seiner frechen Reden, die er selbst jetzt noch fortsetzt, wird ihm ein Besenschlag zu Theil — für die rittersüchtigen Bauern, ein zweiter — für die handeltreibenden Dienstmannen; ein dritter — für den Bischof, der eine Weinschänke hält. Nun erklärt sich der Knappe bereit, nicht nur zu schweigen, sondern zu loben; käme einer in einem Wamms, so weit wie ein Roßbauch, den wolle er für besser gekleidet erklären als je ein Gralritter war. Da bringt ihn endlich die Drohung, den Besenstiel zu gebrauchen, zu Ruhe. Der Ritter scheidet vom Knappen nach nochmaliger Ermahnung, ihn bei den hohen Herrn nicht wieder in den Verdacht schlechter Gesinnungen zu bringen.

Aber diese Verleugnung oder Versteckung der Angriffe scheint dem Dichter noch nicht genügt zu haben. Er stellt in den nächstfolgenden Gedichten den Knappen als aus seinen Diensten entlassen und nur zufällig mit ihm zusammentreffend dar. So in einem Gedichte, welches uns wieder einführt in die politischen Ereignisse, die Oestreich von neuem tief zu erschüttern drohten. Albrecht hatte vergeblich danach gestrebt, der Nachfolger seines Vaters Rudolph zu werden. Mit den rheinischen Erzbischöfen hatte namentlich der junge König von Böhmen, Albrechts Schwager, aber durch dessen hochfahrendes Benehmen verletzt, die Wahl Adolphs von Nassau durchgesetzt. Damit schöpften aber auch die Unzufriedenen in Oestreich, neue Hoffnung. Wie viele derartige Elemente vorhanden waren, haben wir an unserem Dichter selbst

gesehen: und er vertrat die niedere Ritterschaft, den eigentlichen Mittelstand, der nebst den Bauern noch am meisten das Wohl des Ganzen bedachte. Schlimmer stand es mit den Städten und mit dem Dienstadel. Wien hatte zuerst von Kaiser Friedrich II. die Rechte einer freien Reichsstadt, und von Rudolph in der Noth vor der Schlacht auf dem Marchfelde wenn auch, wie es scheint, nicht deren Bestätigung, doch auf jeden Fall ausgedehnte Freiheiten erhalten. Aber Albrecht war nicht gewillt, seine beste Stadt aus der Hand zu geben: ungescheut verletzte er die städtische Verfassung und brachte das aufständische Stadtvolk durch Absperrung aller Zufuhr zur Ergebung. Dies war 1288 geschehen, noch unter König Rudolph. Damals hatten die Landherren zugesehn, vielleicht daß sie mit den Krämern nichts zu schaffen haben wollten. Jetzt aber, nach Rudolphs Tod, traten auch sie aufrührerisch zusammen. Daß ein Aufstand der Steirer 1292 trotz der Unterstützung durch die Baiern und den Erzbischof von Salzburg von Albrecht schnell unterdrückt wurde, schreckte sie nicht ab. In Trübensee hielten sie ihre Zusammenkunft; sie sandten ihre Boten an König Adolph, an den Böhmenkönig, ja selbst an den schlimmsten Landesfeind, Iwan von Güssing. Aber Albrecht hielt auch hier Stand. Die wirklich begründeten Beschwerden, vor allem die Begünstigung der Schwaben, stellte er ab, die weitergehenden Forderungen aber wies er zurück und warf die zu offenkundigem Aufstand und Landesverrath Fortgeschrittenen mit aller Kraft nieder. So zerstob die Verschwörung und diente nur dazu, den Herzog bei dem Kerne des Landes beliebt zu machen.

Diesen Umschwung können wir gerade an unserem Dichter deutlich wahrnehmen. Wir sehen, wie ihm, dem anfänglichen Feind, dann lauen Freunde des neuen Herrschergeschlechtes, nun die Augen aufgingen, wie er nun allein im Anschluß an Albrecht das Heil des Landes und namentlich seines Standes erblickte. Er stellt (IV), die Auflehnungsversuche der vornehmen Ritterschaft dar als eine Verschwörung von vier Landherren, die das Herzogthum Oestreich mit Hilfe des Königs Adolph in vier Markgrafschaften hätten theilen wollen. Die Verschwornen, die er mit halbversteckenden Namen Lachsenbrecht, Rüdensmer, Juslof und Henneriuch nennt — wahrscheinlich sind Albert von Buchheim, Heinrich von Lichtenstein, Conrad von Sumerau, Leutolt von Kunringen gemeint — läßt er im Walde bei einer Jagd von seinem Knappen belauschen. Den Herzog mit seinen Schwaben wollen sie zum Land hinaus haben, ihre Partei in Wien und sonst begünstigen, die niedre Ritterschaft aber unterdrücken. Beim Heimritt wird der Knappe befragt, wie die Jagd ausgefallen sei. Er erwiedert, die Hunde Falsch, Haß und Neid seien allerdings gar gut gelaufen. Fürst sei auf der rechten Fährte gewesen, und als Fuchs und Wolf ihm tückisch nachschlichen, habe er ihnen die Zähne gezeigt, sodaß sie bang zurückgewichen seien. Treu lag zu Boden, fest an einen

Baum gebunden, trüb und matt. Wünsch aber sei weit vorausgeeilt, bis an den Rhein; derweilen habe Merk still unter einer Staude gelegen. Die Verschwörer, die die räthselhafte Rede anhören müssen, werden bestürzt und schelten den Burschen als einen Narren. Daran schließt sich weiter die Beschreibung der Audienz; die die Abgesandten des Dienstadels beim Herzog hatten und wie sie durch das Murren der zuhörenden Ritter unterbrochen, ihre theilweise allerdings unverschämten Forderungen dem Fürsten vorlegten, von diesem aber ruhig und fest abgewiesen wurden. Leider ist der Schluß der Erzählung nicht erhalten.

An dieses Gedicht schließen sich noch zwei andere an. Das eine (VII), schildert in ganz allgemeinem Sinne und in allegorischem Gewande einen Kampf der Tugenden und Laster, und vergleicht nur einmal ganz beiläufig die Versammlung der Laster mit der zu Trübensee. Das andere (XV), das sich als eine frühere Unterredung mit dem nun entlassenen Knappen darstellt, faßt nochmals die Beschwerden der Ritterschaft gegen den vornehmen Dienstadel zusammen. Der Knappe verwundert sich darüber, wie alle Freude geschwunden sei: das ritterliche Leben, von welchem die Greise soviel zu erzählen wissen, müsse nun wie eine schöne Sage erscheinen. Kürzlich sei er in Wien gewesen und habe bei Hofe dem Essen zugeschaut. Vor ihm saßen vier der Vornehmsten. Der eine sagte: ‚Wenn einer eine gute Kuh hat, so weiß ich, wie er in einem Jahr ein ganzes Fuder Milch von ihr bekommen kann.‘ Der zweite freut sich über seine zehn vollen Korngruben, die er im Frühjahr hoch verwerthen will; der dritte erzählt, daß er für vierzig Pfund Wein gekauft hat, nicht um selbst davon zu trinken, sondern um damit gute Geschäfte zu machen. Der vierte endlich meint, die Ritter seien gar zu üppig geworden. Man solle ihnen die Pferde immer nur gegen Erlegung von fünf Sechsteln des Werthes übergeben. Diese sparsamen und gewinnsüchtigen Gesinnungen stellt der boshafte Knappe in ein noch schärferes Licht, indem er die einzelnen Aeußerungen mit den Mustern der Ritterschaft, den Helden aus der Gralsage vergleicht. Der Ritter tadelt wieder die kecke Rede; da erwiedert der Knappe, indem er einigermaßen aus der Rolle fällt, dies Gedicht sei der Tougen buoch, das Buch der Geheimnisse genannt und nur für die bestimmt, die des Landes Leid beklagen hilfen wollten. Dann fährt er fort, was für eine Landesvertheidigung freilich bei solchem Geize herauskomme, das habe man bei der Belagerung Wiens durch die Ungarn gesehen. Da habe sich alles in die festen Mauern geflüchtet, und vor allem die Dienstmannen selbst, denen doch die Abwehr der Feinde vorzüglich oblag. Wohl habe einer oder der andere seinen Knecht hinausgeschickt, er solle muthig vor das Burgthor reiten und sein Fähnlein schwenken, damit es der Herzog auch sehe; aber an die Feinde brauche er nicht heran; denn wenn ihm der Hengst

erschossen werde, so müsse er seinen vorjährigen Lohn, ein Pfund, zurückzahlen. Wie ganz anders die Ritter früherer Zeit, von denen einer es mit tausend Ungarn aufgenommen hätte. Darum sei denn aber auch der Friede mit den Ungarn nicht besser ausgefallen und die furchtbaren Verheerungen des Landes ungerochen geblieben.

Noch einmal aber nahm der Dichter die schon aufgegebene Figur des Knappen wieder hervor, als es galt, vor Albrecht, der 1298 den östreichischen Herzogshut mit der deutschen Königskrone (VIII.) vertauscht hatte, den Glückwunsch des Landes zu tragen. Von der früheren Verabschiedung des Knappen ist daher keine Rede; er unterhält sich wie in alter Zeit mit dem Ritter. Auch die meisten Gegenstände des Gesprächs sind nicht gerade neu; die fremden Moden, der Geiz des Dienstadels, das alles wiederholt sich. Aber neu ist die ausführliche Hervorhebung eines innigen Verhältnisses der Dienstmannen zum untersten Stande, den Bauern. Natürlich, daß hierdurch der Ritter seine Interessen aufs schwerste bedroht glaubt. Anschaulich wird geschildert, wie ein reichgewordener Bauer keck genug ist, nach einer ritterlichen Braut zu blicken; und leider gibt es genug adelige Väter, die reich an Kindern, aber arm an Gütern diese schmachvolle Verbindung eingehen. Die Kinder dieser Ehen werden dann als einschildige Ritter von den Dienstmannen bevorzugt: so erscheint der Bauer Engelmar auf einmal mit dem pompösen Namen Herr Eberrausch. Doch freilich so wenig wie die Osterweihe der Lämmer einem dabeistehenden Böcklein zu Gute komme, so wenig helfe einem solchen Bauern der Rittersegen. Wollte Gott, daß er auf einmal anstatt des Schildes ein Sandbrett, anstatt des Schwertes einen Reutelstab trüge, daß ihm sein seidener Beutel zum Säetuch und seine Gürtelborte zu einem hänfenen Futterstrick würde! Sei doch — und in diesem Glauben stand unser Dichter nicht allein — von Julius Caesar den Deutschen verliehen worden, daß man den höheren Stand durch Ihrzen unterscheide; wie noch Herzog Leupold den Bauern verboten habe, Schwerter zu tragen und Wildpret oder Fisch zu essen. Alles dies wünscht der Knappe dem neuen König vortragen zu können, dem das Land noch immer am Herzen liegen werde, wenn er es auch schon seinem Sohne übertragen habe. Aber der Ritter verweist ihm das er solle seine Rede lieber auf die Geschichte des Landes richten. Er solle also mit den Babenbergern, dem Kreuzzug Leupold's VI., beginnen, dann auf die Gewaltherrschaft des Böhmen, die einmüthige Wahl Rudolph's zu sprechen kommen. Der Knappe meint dagegen, das brauche man dem Könige nicht erst zu erzählen; der wisse das selbst am besten. Für diese kecke Unterbrechung entläßt ihn der Ritter aus seinem Dienst, wird aber doch von Herzen eingestimmt haben in die Schlußworte des Knappen: ‚Was auch die Kriege uns gethan, dies ist ein gutes Ländelein: Das soll man spüren noch am Rhein.

Ist heuer unser Wein misrathen, so bessern wir doch unsern Schaden, wenn Gott will, schon im nächsten Jahr. Amen und ja, das werde wahr!"

Noch sind vier Gedichte übrig, in denen die schon früher hin und wieder hervorbrechende ernste Stimmung des Dichters ihren vollen Ausdruck findet. Im ersten (IX.) wird der Knappe nun wirklich und für immer fortgeschickt; sechzigjährig hat der Dichter andere Dinge zu bedenken als seine Scherz- und Spottreden. Im zweiten (X.) bittet der Dichter die Jungfrau Maria um Vergebung seiner Sünden; sei er spöttisch gewesen, so wolle er nun jedem Biedermann sein Lob lassen. Diese beiden Gedichte stehen auch durch formelle Eigenthümlichkeiten in einer gewissen Verwandtschaft. Ebenso das dritte und vierte, die sich zu lyrischer Künstlichkeit und zum feierlichen Ausdruck rein religiöser Gedanken steigern. Das eine (XI.) ist ein Ave und schließt an jedes Wort des englischen Grußes eine Strophe an, das andre (XII.) ahmt eine Reimspielerei Walthers von der Vogelweide nach, die dieser freilich mit besserem Geschmacke in einem scherzhaften Lied von Sommerlust und Winterleid angewandt hatte. Es sind fünf Strophen, von denen eine jede durchgängig auf einen der fünf Vocale reimt.

Da uns jedoch diese ernstreligiösen Gedichte weder über die Verhältnisse des Dichters, noch über das des Landes weitere Auskunft geben, so müssen wir als Ausgangsdatum dieser Dichtungen etwa das Jahr 1300 ansetzen. Mit diesem Jahre war, wenn auch nicht für Deutschland, so doch für Oestreich ein gewisser Abschluß der seit dem Ende der Hohenstaufenzeit beginnenden Uebergangsperiode eingetreten. Oestreich, das nach der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts fast aus dem Kranze der deutschen Lande herausgerissen zu sein schien, war nicht nur wiedergewonnen, es hatte sogar die politische Führerschaft in Deutschland erworben. Aber diese war freilich eine andere als die schwäbische der Hohenstaufen, unter welcher die Zusammengehörigkeit und damit die Weltmacht Gesammtdeutschlands in den Vordergrund getreten war. Damals hatte Walther von der Vogelweide sein schönes Lied gesungen von der Tüchtigkeit deutscher Männer und von den engelgleichen deutschen Frauen. Damals hatte Neidhard von Rauenthal, vom Kreuzzug zurückkehrend, sein Vaterland begrüßt mit den Worten: So wohl dir, deutsche Zunge! — Jetzt am Ende desselben Jahrhunderts stand es anders. Die Stämme und Staaten waren auseinander gefallen. Von deutscher Ehre, deutscher Tugend hören wir bei unserem Dichter nichts, nur Oestreich führt er im Munde: über Oestreichs enge Grenzen blickt er nicht hinaus, was von draußen kommt, ist ihm etwas Fremdes.

Und nicht weniger engherzig wie das Landesgefühl zeigt sich das Standesbewußtsein des Dichters. Nicht als Sprecher aller, nicht einmal für die gesammte Ritterschaft tritt er auf, sondern eigentlich nur als Vertreter einer

ganz bestimmten Classe, die durch sehr materielle Interessen, nicht durch ideale Ziele nach oben und nach unten abgegrenzt war. So erhaben er sich über den Bauern dünkt, — um von den damals allgemein verfolgten Juden gar nicht zu reden, — ebenso feindselig sieht er zu dem durch Reichthum und Ansehen hervorragenden Dienstadel auf. Nicht müde wird er, ihre Habsucht zu schelten, ihre Sparsamkeit zu verspotten.

Dazu kommt endlich noch ein dritter Vorwurf. Vergleicht man die besprochenen Gedichte mit denen aus der vorangangenen Zeit, aus der ersten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts und den noch früheren, so vermißt man nicht bloß den jugendlichen Idealismus, der die volksthümlichen Gedichte aus der Heldensage ebenso sehr durchdringt wie die Ritterromane; sondern es fällt geradezu eine der formellen Nachlässigkeit entsprechende Derbheit, zuweilen sogar Roheit auf, die mit Behagen bei niederen Gegenständen verweilt. In der gegenwärtigen Darstellung sind natürlich die Ausdrücke und Bilder dieser Art, wo sie angeführt werden mußten, möglichst gemildert; das wenige jedoch, was davon noch sichtbar geblieben ist, mag einen Schluß auf das weggefallene gestatten.

Wer nun aber diese Fehler, die nicht geleugnet und nicht entschuldigt werden sollen, unserem Dichter selbst zur Last legen wollte, der thäte ihm großes Unrecht. Den größten Theil der Schuld trägt nicht der Dichter, sondern seine Zeit, und es ist vielmehr anzuerkennen, welches Verdienst er sich, trotz ihrer Einwirkung, noch zu erwerben gewußt hat.

Denn jene Derbheit oder Rohheit ist vom Ende des dreizehnten Jahrhunderts bis weit in die Neuzeit hinein eine fast durchgängige Eigenschaft der deutschen Literatur. Man erinnere sich, um nur eins anzuführen, der Fastnachtsspiele aus dem fünfzehnten Jahrhundert! Dagegen sticht denn doch das, was man an unserm Dichter auszusetzen hat, noch licht ab. Vor allem aber ist nicht zu vergessen, daß er nicht Gestalten einer lüsternen oder wüsten Einbildung gibt, sondern stets nach der vollsten Wirklichkeit strebt, daß er das Leben wie es ist und daher auch seine häßlichen Seiten schildert. Dieser Realismus muß für das an sich Anstößige entschädigen.

Und ebenso steht es mit dem Vorwurf der Sonderinteressen. Die ganze Zeit ging in ihnen auf. Gleichgiltig, ja feindselig standen sich Fürstenthum und Städte, Ritterschaft und Bauern gegenüber. In diesem unaufhörlichen allgemeinen Wühlen und Kämpfen muß man demjenigen noch am meisten Beifall geben, der nur das Seine zu erhalten, nicht Fremdes sich anzueignen sucht. Und diese Gesinnung darf man unsrem Ritter nicht absprechen: der Rauf- und Raublust seiner Zeit ist er mit ehrlicher Entrüstung entgegengetreten. So ist denn auch sein östreichisches Landesgefühl in der Richtung der Zeit. War Oestreich, waren die Habsburger darauf bedacht, selbst auf

Kosten des Reiches sich zu befestigen und emporzubringen, so waren es die übrigen Fürsten nicht weniger, die großen Geschlechter so gut wie die kleinen, unter denen die würtemberger Grafen sich ganz besonders in diesem Streben hervorthaten. Die Habsburger aber hatten sich gerade damals ein doppeltes Verdienst erworben, indem sie Oestreich im Innern fest zusammenschlossen und zugleich die Uebergriffe der barbarischen Ostvölker zurückwiesen. Mit Recht durfte unser Dichter auf diese Thaten stolz sein und in voller Ueberzeugung sich dem neuen Herrscherhause anschließen.

Ernst Martin.

Norddeutsche Kriegsmarine.

Die Gesammtstärke unseres Flottenmaterials.

In den letzten Marineartikeln ist den Lesern der Grenzboten mehr technisches Detail zugemuthet worden, als wohl sonst in einer deutschen Wochenschrift geboten wird. Der Verfasser hofft dafür Verzeihung zu finden. Es ist ein großes nationales Interesse, welches er darzustellen suchte, und es ist ein neues. Leider sind die Zeiten fast vergessen, in denen wenigstens Norddeutschland, nicht nur der Mann von der Küste, auch der Kaufmann von Soest und der Weber von Stendal an der Ausrüstung und den Siegen der hansischen Orlogschiffe leidenschaftlichen Antheil nahmen. Wir alle wünschen und hoffen, daß solche Zeit für das gesammte Deutschland zurückkehre. Und der Verfasser dieser und der folgenden Artikel würde glücklich sein, wenn seine anspruchslosen Zeilen dazu beitragen könnten. Vor allem aber muß man doch kennen, was man mit lieben und pflegen soll.

Die folgenden Seiten sollen unseren Lesern die Gesammtstärke der gegenwärtigen norddeutschen Kriegsflotte in einem anschaulichen Bilde vor Augen führen, und ihnen zugleich einen Maßstab zur Abschätzung dieser Stärke gegenüber anderen Kriegsflotten an die Hand geben.

Wenn man die maritime Stärke eines Staats mit der Stärke des Landheers oder der Heeresstärke eines anderen Staats vergleichen will, so wäre es ungerecht, die Mannschaftszahl beider als Vergleichungspunkt zu nehmen. Man würde dann die unvergleichlich viel größere Stärke einer Flotte für das Feuergefecht gänzlich unbeachtet lassen, sowohl die reiche Ausrüstung der Flotte mit Artillerie des schwersten Calibers, als auch die Geschwindigkeit, mit welcher dieselbe befördert und auch im Gefecht bewegt werden kann, sowie die Deckung der Mannschaft auf den Panzerschiffen, welche der Deckung der Festungen des Landheers entspricht. Alle diese Factoren bringen die Offensivkraft der Flotte auf einen viel höheren Grad, als man nach dem bloßen Mannschaftsstande oder selbst nach der Geschützzahl annehmen müßte,

Die englische Flotte, deren Mannschaftsstand in den einzelnen Jahren zwischen 60,000 und 80,000 Mann schwankt, kann als Factor der Macht mit vollstem Recht einer Landarmee von 500,000 Mann (dem siebenfachen des wirklichen Mannschaftsstandes) gleich geschätzt werden, namentlich da neuerdings beim Aufkommen größerer Caliber die Mannschaft im Verhältniß zur Schiffsgröße sehr reducirt worden ist, z. B. bei Schiffen von 6600 Tons auf 700 Mann, während früher Schiffe von 3300 Tons 1000 Mann führten. Ueberhaupt dürften hinsichtlich der Streitfähigkeit in der Marine die großen Panzerfregatten starke Brigaden vertreten; dagegen würden Schraubenlinienschiffe etwa schwachen Brigaden, Schraubenfregatten schwachen Regimentern von Landarmeen entsprechen, und die Geschwader, die oft nur aus 3—4 Schiffen der ersteren Art bestehen, sind demnach, wie es auch dem Namen Geschwader entspricht, immerhin Abtheilungen, die mit schwachen Armeecorps der Landarmeen gleiche Bedeutung beanspruchen. Die englische Canalflotte und ebenso die englische Mittelmeerflotte entsprechen factisch jede einer Observationsarmee von ein paar Armeecorps, während die Geschwader der westindischen, der westafrikanischen, der chinesischen Station bedeutend schwächer sind, obwohl sie mit Einrechnung der Kanonenboote wenigstens ebenso viele Fahrzeuge zählen und nur etwa Divisionen von Landheeren entsprechen. Was nun die Genauigkeit der beiderseitigen Abschätzung betrifft, so wird die Veranschlagung bei der ganz verschiedenen Natur von Landarmee und Flotte natürlich immer ungenau sein.

Weit wichtiger aber ist es, für das Stärkenverhältniß der Flotte jedes Staates gegenüber andren Flotten eine richtige Würdigung zu finden. In früherer Zeit, in der Periode der Segelschiffe, war diese Abschätzung leicht: bei allen Schiffen waren die Factoren der Sicherung vor dem Gegner, der Abhängigkeit vom Winde, der Schnelligkeit u. s. w. bis auf die Geschützausrüstung ziemlich gleich, selbst das Caliber der letzteren war bei den Schiffen der verschiedensten Classen nicht übermäßig verschieden, und die Kanonenzahl konnte daher mit vollem Recht als Maßstab für die Stärke einer Flotte gelten. Die Einführung des Dampfes in der Marine und die verschiedenen Systeme seiner Verwendung begannen aber das Verhältniß zu ändern: ein Raddampfer war bei seiner Unabhängigkeit vom Winde viel mehr werth als ein Segelschiff, ein Schraubendampfer bei seiner Sicherheit vor Beschädigungen der Maschine unvergleichlich mehr werth als ein Raddampfer oder vollends ein Segelschiff. Zugleich begann die Schnelligkeit eine Rolle zu spielen, sie ward mitwirkender Factor im Kampfe und keineswegs blos wichtig für den Transport der Schiffe auf den Schauplatz des Gefechts. Der neueste Factor, welcher das Stärkenverhältniß der Flotten bedeutend verändert hat, wenn auch seine Wichtigkeit durch den Mangel an Seefähig-

keit theilweise beeinträchtigt wird, ist die Panzerung, die Deckung des Geschützes und des Schiffs gegen die Geschosse des Feindes. Und wo möglich noch wichtiger ist die Differenz der früheren und der heutigen Kriegsschiffstypen hinsichtlich des Calibers ihrer Armirung. Der leichte Kutter früherer Zeiten mit 4 glatten Sechspfündern, und der Monitor mit 4 glatten 480-Pfündern sind eben beides Kriegsschiffe von 4 Kanonen; aber welch colossaler Unterschied ist in der Wirkungsfähigkeit beider Schiffe! Man hat vor einiger Zeit die Abschätzung der Stärke eines Schiffs nach dem Geschoßgewicht vorgeschlagen, das es mit allen seinen Geschützen auf einmal zu schleudern im Stande ist und das bei dem eben angeführten Beispiel für den Kutter 24 Pfund, für den Monitor 1920 Pfund ergibt. Noch größer ist der Unterschied, wenn man die Stärke des Schiffs nach einer Breitseite abschätzt, nach dem Geschoßgewicht, welches das Fahrzeug nach einer Seite, auf ein Object zu schießen vermag: der Kutter hat dann blos 12 Pfund, der Monitor 1920 Pfund, weil er, Dank seinem Pivotsystem, alle Geschütze nach einer Flanke zu richten vermag. Aber auch dieser Maßstab genügt noch nicht völlig: denn hierbei ist ein Factor ganz außer Acht gelassen, der heutzutage gegenüber den Panzerschiffen von höchster Wichtigkeit ist. Es ist für die Percussionskraft des Geschosses dem Panzer gegenüber durchaus nicht gleichgiltig, mit welcher Pulverladung es geschleudert wird, und die Möglichkeit der Verwendung einer stärkeren oder schwächeren Pulverladung hängt hauptsächlich von der Stärke des Geschützrohres ab. Daher werden die Kanonen gleichen Calibers noch in Nummern I—IV geschieden, je nach dem Rohrgewicht und der Fähigkeit, eine größere oder geringere Pulverladung aufzunehmen. Das Rohrgewicht sämmtlicher Geschütze eines Schiffs ist deshalb derjenige Factor, welcher uns den sichersten Maßstab zur Beurtheilung der Stärke seiner Armirung geben wird. Als Einheit wollen wir dabei je 40 Centner Rohrgewicht annehmen, eine Zahl, welche dem Einheitsgeschütz von mittlerem Durchschnittscaliber in den früheren Segelflotten am besten entsprechen dürfte. 40 Centner bilden außerdem nach dem Schiffsgewicht gerade zwei Tons oder eine Last (Schiffslast), und diese „Rohrlast“ wie wir sie nennen wollen, soll den Maßstab für die Armirungsstärke jedes Schiffs geben, wie auch die Gesammtzahl derselben die Stärke der Armirung einer Flotte am anschaulichsten darstellt. Die Anzahl der Rohrlasten jedes Schiffs werden wir deshalb auch in der folgenden tabellarischen Uebersicht der Schiffe unserer norddeutschen Kriegsmarine in einer besonderen Columne als Maßstab der Armirungsstärke*) beifügen.

---

*) Hinsichtlich der gezogenen Geschütze und des Materials, ob Bronze, Schmiedeeisen oder Gußstahl vergleiche unten.

Die Anzahl der Rohrlasten jedes Schiffs belehrt uns indessen nur über die Stärke der Armirung, nicht über die Gefechtsstärke des ganzen Schiffs, bei welcher noch andere Factoren wie Schnelligkeit, Panzerung u. s. w. in Betracht kommen. Allerdings werden wir bei Schiffen des Breitseitensystems den Nachtheil, daß sie nur die Hälfte ihrer Geschütze nach einer Richtung verwenden können, nicht mit in Rechnung ziehn dürfen, weil ihnen auf Seiten aller jetzigen Schiffe des Pivotsystems geringere Solidität des Ganzen und geringere Seefähigkeit entgegensteht. Dagegen werden wir den Gefechtswerth des gezogenen Geschützes mit seiner größeren Schußweite und Treffsähigkeit im Ganzen um 25 Procent höher veranschlagen können als den Werth glatter Geschütze, wenn sie auch in der Nähe zum Theil geringere Percussionskraft haben als die letzteren, und bei Einrichtung zur Rückladung*) weniger Solidität als die glatten Geschütze besitzen. Die bisherigen Bestimmungen beziehen sich auf Kanonen aus Geschützbronze: da aber schmiedeeiserne Geschütze, wie z. B. die englischen Armstrong-, Whitworth- und Woolwich-Geschütze, bei gleicher Stärke bedeutend leichter sind, werden wir bei ihnen dem Rohrgewicht etwa 25 Procent hinzurechnen müssen, und bei den noch leichteren Gußstahlgeschützen sogar 50 Procent hinzurechnen dürfen. Als durchschnittliche Schnelligkeit unter Dampf bei der Probefahrt (die meist um 1—2 Knoten geringer ist als die gewöhnliche Schnelligkeit in See) wollen wir 10 Knoten annehmen, und für jeden Knoten, den das Schiff mehr erreicht, der Gefechtsstärke 20 Procent hinzuzählen, für jeden Knoten weniger aber derselben 20 Procent abziehen, während wir bei Raddampfern wegen der ungedeckten Maschinerie 50 Procent abziehn wollen. Die Steigerung des Werthes durch Panzerdeckung endlich kann man trotz der Verminderung der Seefähigkeit des Schiffs bei dem in Europa gewöhnlichen 4½zölligen Panzer (soviel wie 20¼" in lauter einzölligen aufeinander genieteten Platten) wohl auf 100 Procent veranschlagen, und überhaupt dem Werth jedes Schiffs fünfmal soviel Procent hinzunehmen, als einzöllige Panzerplatten für einen gleich starken Panzer nöthig wären. Die Maschinenstärke können wir unberücksichtigt lassen, da sie zusammen mit der mehr oder weniger zweckmäßigen Formung des Schiffs und der Größe des Schiffs in der Schnelligkeit ihren Werthausdruck findet. Ebenso ist die Tonnenzahl nicht zu berücksichtigen, da dieselbe in der Fähigkeit, mehr oder minder schwere Maschinen, Panzerung und Geschützausrüstung zu tragen sich geltend macht und daher durch letztere Factoren in ihrer Wichtigkeit für die Gefechtsstärke mit repräsentirt wird. Ueberhaupt ist die Tonnenzahl an und für sich nicht

*) Wir adoptiren den in Süddeutschland gebräuchlichen kürzeren Ausdruck „Rücklader" statt des norddeutschen „Hinterlader" für eine von hinten zu ladende Kanone.

geeignet, die Gefechtsstärke sehr großer und sehr kleiner Schiffe im richtigen Verhältnisse zu einander erscheinen zu lassen, und bei den Panzerschiffen macht sich dies besonders fühlbar. Einzelne kleinere Vortheile, wie der Vortheil des Doppelschraubensystems, eines Widderbugs, eines besseren Ruders, eines geringeren Tiefgangs, einer günstigeren Vertheilung des Panzers, eines guten Anstrichs unter Wasser, einer stärkeren Takelage, die für Reisen sehr nützlich ist, im Gefecht aber sehr hinderlich werden kann, und ebenso Zahl und Quantität der Bemannung müssen hier natürlich außer Rechnung bleiben. Bei einer der englischen Corvetten von 17 Kanonen und 1000 Tons, deren Armirung aus 11 leichten und 5 schweren 32Pfündern (32 bez. 58 Centner Rohrgewicht) besteht und die gegen 10 Knoten Schnelligkeit erreichen, würde nach den angegebenen Berechnungen die Gefechtsstärke 17 Points betragen, und mit der Kanonenzahl zusammenfallen*). Sowie die Schnelligkeit, oder auch die Größe des Schiffs und zugleich des Calibers bedeutend wächst, wird auch die Gefechtsstärke die Kanonenzahl erheblich übersteigen, und in noch höherem Grade wird dies bei den Panzerschiffen der Fall sein.

Wir wollen nun aus etwa 300 der besten englischen Kriegsschiffe, über deren jedes detaillirte Angaben seitens der Admiralität vorliegen, einmal die hauptsächlichsten Typen auswählen, und bei denselben die Rohrlastzahl und die Gefechtsstärke in Points angeben, wie sie sich nach den eben entwickelten Grundsätzen berechnen.

Es hat:

Kanonenboot (gun vessel) „Wanderer"	bei 4	Kanonen,	200	Pferdekr.,	675	Tons:	6	Rohrlast,	Gefechtsstärke	7
Schraubencorvette „Rinaldo" (etwa unserer „Nymphe" entsprechend)	bei 17	„	200	„	951	„	14	„	„	17
Schraubencorvette „Racoon" (etwa uns. „Arcona" entsprechend)	bei 22	„	400	„	1467	„	35	„	„	35
Schraubenfregatte „Liverpool"	bei 51	„	600	„	2667	„	79	„	„	79
Schraubenlinienschiff „Edgar" (Zweidecker)	bei 91	„	600	„	3074	„	128	„	„	154
Schraubendreidecker „Duke of Wellington"	bei 131	„	700	„	3771	„	159	„	„	159
Schraubendreidecker „Victoria"	bei 121	„	1000	„	4127	„	175	„	„	275

Unter den englischen Panzerschiffen hat dagegen beispielsweise:

Panzersloop „Viper"	bei 2	Kanonen,	160	Pferdekr.,	737	Tons,	4½"	Panzerung:	9	Rohrl.,	Gefechtsst.	14
Panzerkuppelschiff „Wyvern"	bei 4	„	350	„	1833	„	3—4½"	„	36	„	„	76
Panzercorvette „Pallas"	bei 6	„	600	„	2372	„	4½"	„	26	„	„	64
Panzerfregatte „Warrior"	bei 40	„	1250	„	6109	„	4½"	„	90	„	„	324
„ „Minotaur"	bei 50	„	1350	„	6621	„	5½"	„	127	„	„	567
„ „Bellerophon"	bei 14	„	1000	„	4270	„	6	„	106	„	„	532
„ „Herkules"	bei 12	„	1200	„	5226	„	9	„	154	„	„	1370

(noch im Bau befindlich, das stärkste Panzerschiff Englands).

*) Ebenso wie auch die leichten Oberdecksgeschütze der Linienschiffe der durch sie erwachsenden Rohrlastzahl so ziemlich entsprechen.

Der vielgepriesene amerikanische Monitor „Miantonomoh" dagegen hat bei 4 Geschützen, 800 Pferdekraft, 1564 Tons und Panzerung mit 10 einzölligen Platten nur eine Gefechtsstärke von 23. — Die Gesammtstärke der englischen Canalflotte wie der englischen Mittelmeerflotte beträgt gewöhnlich etwa 1500 Rohrlast und etwa 2000 Points Gefechtsstärke.

Nach demselben Maßstab berechnet werden wir, wie bemerkt, in der folgenden Schlußübersicht des Schiffsmaterials der norddeutschen Kriegsmarine eine Columne für die Rohrlasten und eine zweite für die Gefechtsstärke beigeben, während wir die übrigen Bestimmungen nach den Ziffern der officiellen Angaben beifügen, welche im Anfang des vorigen Jahres dem Reichstag vorgelegt worden sind. Der Tonnengehalt ist somit bei allen Schiffen außer der „Barbarossa" in englischen Tons angegeben; die Kraft der Maschinen (stets Nominalkraft) ist mit Rücksicht auf die Leistungen derselben in den erwähnten officiellen Angaben zum Theil etwas modificirt; die Zahlen der Länge und der Breite beziehen sich auf die Dimensionen der Wasserlinie (in rheinländischen Fußen); vom Tiefgang ist die durchschnittlich größte Zahl angegeben. Die unverhältnißmäßig große Gefechtsstärke unsrer im Bau befindlichen gedeckten Corvette „Elisabeth" erklärt sich aus ihrer größeren Schnelligkeit und der Armirung mit lauter (28) gezogenen 24 Pfündern. Bei der „Medusa" ist die Gefechtsstärke nach ihrer gegenwärtigen Armirung von 13 Geschützen auf 15 Points berechnet und steht somit zwischen dieser und der ursprünglichen Armirung von 17 Kanonen in der Mitte, in der Tabelle selbst ist aber die ursprüngliche Kanonenzahl angeführt, wie dies auch die englische Admiralität stets thut. Für die Segelschiffe ist, da ihnen die Maschine fehlt und sie im Kriege nicht zu verwenden sind, natürlich keine Gefechtsstärke angegeben; aber auch die Rohrlastzahl haben wir weggelassen, weil die Armirung bei den Artillerieschulschiffen oft wechselt und eine wahre Musterkarte bietet, und auf den andren Schulschiffen mit Rücksicht auf die Kräfte der jungen Leute reducirt ist, sodaß sie keinen Maßstab bietet. Bei Berechnung der Rohrlastzahl und der Gefechtsstärke sind übrigens Brüche stets weggelassen und bei kleinen Fahrzeugen, wo sich nur ein Bruch ergeben würde, auf 1 abgerundet. Wir lassen jetzt eine tabellarische Uebersicht der Stärke der gesammten norddeutschen Kriegsflotte folgen.

Norddeutsche Kriegsflotte (1868).

Nr.	Classe:	Name:	Geschütze	Pferdekraft	Tonnengehalt	Material	Länge	Breite	Tiefgang	Nahrlast	Gefechtsstärke
1.	Panzerfregatte	„Wilhelm" (i. Bau)	23	1150	5939	Eisen	345¼	58½	26	216	1629
2.	"	„Kronprinz"	16	800	3404	Eisen	277¾	48½	23⅓	150	594
3.	"	„Friedrich Karl"	16	950	4044	Eisen	282¼	52¾	23	150	528
4.	Kuppel-Panzerfahrzeug	„Arminius"	4	300	1230	Eisen	194	35	13½	36	90
5.	Kasemattenthurm-Panzerfahrzeug	„Prinz Adalbert"	3	300	681	Holz	154	31⅔	14⅔	7	14
	Panzerflotte (zusammen):	5 Panzerschiffe.	62	3500	15298					559	2855
1.	Leichte Schraubenfregatte (Ged. Corvette) . .	„Arcona"	28	375	1715	Holz	197	41¾	18¼	49	59
2.	" " " " . . .	„Gazelle"	28	375	1715	Holz	197	41¾	18¼	49	59
3.	" " " " . . .	„Vineta"	28	400	1829	Holz	205	42¼	18¼	49	69
4.	" " " " . . .	„Hertha"	28	400	1829	Holz	205	42¼	18¼	49	69
5.	" " " " . . .	„Elisabeth" (i. Bau)	28	400	2016	Holz	224¾	42¼	18¼	86	137
1.	Schraubencorvette (Glattdeckscorvette)	„Nymphe"	17	200	956	Holz	180½	32¼	14¼	15	15
2.	" " . . .	„Medusa"	17	200	956	Holz	180½	32¼	14¼	15	15
3.	" " . . .	„Augusta"	14	400	1543	Holz	237⅓	35⅓	16	18	32
4.	" " . . .	„Victoria"	14	400	1543	Holz	237⅓	35⅓	16	18	32
1.	Schrauben-Aviso (Königliche Yacht)	„Grille"	2	160	445	Holz	168¾	23¼	9	2	4
1.	Schraub.-Dreimastschooner (Kanonenb. I.Cl.) .	„Chamäleon"	3	80	300	Holz	121½	22⅓	7½	9	7
2.	" "	„Comet"	3	80	300	Holz	121½	22⅓	7½	9	7
3.	" "	„Cyclop"	3	80	300	Holz	121½	22⅓	7½	9	7
4.	" "	„Delphin"	3	80	300	Holz	121½	22⅓	7½	9	7
5.	" "	„Blitz"	3	80	300	Holz	121½	22⅓	7½	9	7
6.	" "	„Basilisk"	3	80	300	Holz	121½	22⅓	7½	9	7
7.	" "	„Drache"	3	80	300	Holz	121½	22⅓	7½	9	7
8.	" "	„Meteor"	3	80	300	Holz	121½	22⅓	7½	9	7
	Ungepanzerte Schraubenschiffe (zus.):	18 Kriegsschiffe.	228	3950	16947					422	547
	Seefähige armirte Schraubenflotte:	23 Kriegsschiffe.	290	7450	32245					981	3402

Zum Transport: Schraubentransportschiff	„Rhein“	—	50	280	Eisen	140	19	$8\frac{1}{2}$	0	0
Für Depeschendienst außer Bereich des Feindes:										
1. Rad-Aviso	„Preußischer Adler“	4	300	830	Eisen	180	$31\frac{1}{2}$	11	2	**1**
2. „	„Loreley“	2	100	350	Holz	140	$21\frac{1}{6}$	$8\frac{1}{4}$	1	**1**
Für Küstenvertheidigung: 14 Schraubenkanonenboote II. Cl.*) mit zusammen:		28	840	3458	Holz	106	$21\frac{5}{12}$	$6\frac{1}{2}$	84	**28**
Dampfflotte (im Ganzen): 40 Dampfer		**324**	**8740**	**37163**					**1068**	**3432**
1. Segelfregatte	„Gefion“	48	—	1360	Holz	160	42	$18\frac{3}{4}$		
2. „	„Thetis“	38	—	1524	Holz	$160\frac{1}{4}$	45	$19\frac{1}{2}$		
3. „	„Niobe“	28	—	1052	Holz	136	$40\frac{3}{4}$	$16\frac{1}{2}$		
1. Kriegsbrigg**)	„Rover“	16	—	551	Holz	$105\frac{3}{4}$	$33\frac{2}{3}$	$14\frac{1}{2}$		
2. „	„Moskito“	16	—	551	Holz	$105\frac{3}{4}$	$33\frac{2}{3}$	$14\frac{1}{2}$		
3. „	„Hela“	6	—	274	Holz	89	$25\frac{2}{3}$	12		
1. Kasernenbrigg***)	„Barbarossa“	9	—	1313	Holz	—	—	—		
Uebungs- u. Ausbildungsflotte (zus.): 7 Segelschiffe		**161**	—	**6625**						
Für Localvertheidigung: 36 Ruderkanonenboote	32 Kanonenschaluppen	64 (zusammen)			Holz	—	—	—		
	4 Kanonenjollen	4 (zusammen)			Holz	—	—	—		
Gesammtstärke der Kriegsflotte: 83 Fahrzeuge †) mit		**553**	**8740**	**43788**					**1068**	**3432**

*) Die Namen der Kanonenboote II. Cl. (je 2 Kanonen, 60 Pferdekraft, 247 Tons) sind: „Fuchs“, „Hai“, „Habicht“, „Hyäne“, „Jäger“ „Natter“, „Pfeil“, „Salamander“, „Schwalbe“, „Scorpion“, „Sperber“, „Tiger“, „Wespe“, „Wolf“.

**) Im Laufe dieses Jahres (1868) soll noch eine Kriegsbrigg als Uebungsschiff gebaut werden.

***) Andere Fahrzeuge zum Hafen- und Küstendienst: „Jahde“, „Greif“ (50 Pferdekraft), „Neptun“, „Königin Marie“ (Dampfer); „Iltis“, „Leopard“, „Wangeroge“ (Segelfahrzeuge).

†) Die Bemannung für die in diesem Jahr in Dienst zu stellenden Kriegsschiffe beträgt: für „Kronprinz“ und „Friedrich Karl“ je 385 Mann (incl. 13 Offiziere), „Prinz Adalbert“ 125 Mann (7 Offiziere), „Vineta“ und „Hertha“ je 300 Mann (9 Offiziere), „Medusa“ 153 Mann (7 Officiere), „Grille“ 40 Mann (3 Offiziere), die betr. Schraubenkanonenboote I. Cl. 60 Mann (2 Offiziere), die betr. Schraubenkanonenboote II. Cl. 43 Mann (2 Offiziere, „Thetis“ 284 Mann (10 Offiziere), „Niobe“ 161 Mann (10 Offiziere), „Rover“ und „Hela“ je 71 Mann (7 Offiziere) und für „Loreley“ 51 Mann (3 Offiziere).

Von den genannten Schiffen befinden sich im Augenblick außerhalb der deutschen Gewässer die folgenden: „Vineta“ in Japan, wo sie für den Schutz des Handels wohlthätig wirkt, Lob von fremden Nationen erntet, auch die Bemannung eines fremden Dampfers gerettet hat; „Hertha“, „Medusa und „Blitz“ im Mittelmeer, wo sie jüngst die französische Corvette „Roland“ vor der Strandung retteten und den kretaschen Flüchtlingen Schutz gewährten. „Niobe“ ist auf einer Uebungsfahrt in Westindien, „Rover“ und „Moskito“ auf einer eben solchen in den spanischen Gewässern, und endlich drei andere Schiffe sind in England, nämlich „Augusta“ (auf der Fahrt nach Mexiko begriffen) und „Friedrich Carl“ (auf der Fahrt nach Kiel begriffen) in Reparatur, sowie „Wilhelm“ im Bau. (Er wird im März von Stapel laufen als ein Zuwachs zur Marine, um den uns die Franzosen gewaltig beneiden.) Die übrigen Schiffe sind in deutschen Häfen, und zwar, abgesehen von „Prinz Adalbert“, „Königin Marie“, „Loreley“ und 2 Kanonenbooten („Basilisk“, „Wolf“), welche nach ihrer Nordseevermessung in Geestemünde überwintern, sämmtlich in Kiel, Danzig oder Stralsund; in Danzig steht außerdem die „Elisabeth“ auf Stapel, und ebenso ist dort die „Grille“ behufs einer umfassenden Reparatur aufgeschlippt, d. h. auf das Land gezogen. Sie soll auch neue Kessel erhalten, für welche die Lieferung bereits ausgeschrieben ist. Da ist zu wünschen, daß die Kessel eine niedrigere Construction erhalten als früher, damit dieselben nicht mehr über die Wasserlinie ragen und bei Verwendung des Schiffs im Gefecht, für den Fall, daß feindliche Kugeln den Rumpf einschlagen, nicht die Sicherheit des ganzen Fahrzeugs gefährden. — Uebrigens ist auch die Höhe der Untermasten der „Augusta“, die wir früher bei Besprechung des „Friedrich Carl“ als übermäßig bezeichneten, infolge der Erfahrungen des letzten Sturmes bei der Reparatur in England verringert worden.

Seit dem Jahre 1861 ist der Zuwachs unserer Flotte an Schiffen bedeutend gewesen. Die Cadettenfregatte „Niobe“, die Schiffsjungenbriggs „Rover“ und „Moskito“, die beiden gedeckten Corvetten „Vineta“ (28) und „Hertha“ (28), die Corvetten „Augusta“ (14), „Victoria“ (14) und „Medusa“ (17), der Radaviso „Preußischer Adler“ (4), die Panzerfahrzeuge „Arminius“ (4) und „Prinz Adalbert“ (3), die Kanonenboote I. Cl. „Blitz“ (3), „Basilisk“ (3), „Drache“ (3), „Meteor“ (3), die beiden Panzerfregatten „Kronprinz“ (16) und „Friedrich Carl“ (16), der Transportdampfer „Rhein“ sind erst seitdem dazugekommen, und noch sind, wie erwähnt, die gedeckte Corvette „Elisabeth“ (28) [auf der königlichen Werft in Danzig] und die Panzerfregatte „Wilhelm“ (23) [in England] im Bau, während für dieses Jahr der Bau noch einer Segelbrigg in Aussicht genommen ist. Die Marine hat also in den letzten 6 Jahren eine ganz stattliche Vermehrung er-

fahren, und hoffentlich wird diese Vermehrung, seitdem die preußische zur norddeutschen Bundesmarine geworden ist, in steigenden Progressionen weiter gehn.

Eine im October 1864 erschienene sehr gut geschriebene Broschüre von einem unserer tüchtigsten Fachmänner verlangte eine Flotte von 20 Fregatten zu 50 Geschützen, 10 gedeckte und 10 Glattdeckscorvetten zu 28 und 12 Geschützen, 6 Küstenpanzerfahrzeuge zu 4 Geschützen, 10 Avisos zu 6 Geschützen, 10 Kanonenboote zu 3, 20 Kanonenboote zu 2 Geschützen und 20 Transportschiffe zu 6 Geschützen. Von den zuerst genannten 40 Schiffen sollte aber die Hälfte stets zum Handelsschutz und zur Ausbildung der Mannschaft auf den drei für Deutschland wichtigsten Stationen sich befinden, d. h. 2 Fregatten und 2 Corvetten in der Levante, 4 Fregatten und 4 Corvetten im östlichen Südamerika, und 4 Fregatten und 4 Corvetten in Ostasien. Die letztgenannten Vorschläge finden wir nun vollständig berücksichtigt in dem Flottenerweiterungsplan, welcher vom Marineministerium im vorigen Jahre dem Reichstag vorgelegt worden ist, und auch wo dieser Plan von jenen Vorschlägen abweicht, erscheinen uns die Abweichungen nur zweckmäßig. Um alle disponibeln Geldmittel zunächst auf den Ausbau der beiden Hauptkriegshäfen in Nord- und Ostsee zu concentriren, deren Vollendung das allerdringendste Bedürfniß ist, wird von dem Bau der 50-Kanonenfregatten ganz abgesehn. Auch würden dieselben für den Handelsschutz keinen höhern Werth als die gedeckten Corvetten haben, während sie für Seeschlachten nicht halb so viel werth sind als Panzerfregatten, deren Seefähigkeit seit der Aufstellung jener Vorschläge außer allen Zweifel gestellt worden ist. Man wird also statt der 50-Kanonenfregatten besser Panzerfregatten, am zweckmäßigsten nach dem Ringtunnelsystem, zu bauen haben, sobald die beiden Haupthäfen vollendet sind. Trotz des Wegfalls der schweren Fregatten ist indessen die Zahl der für Handelsschutz und Heranbildung reichlicher Mannschaft in Dienst gestellten Schiffe in der Regierungsvorlage durchaus nicht vermindert; es sollen nämlich fast alle Corvetten, 9 gedeckte und 8 Glattdeckscorvetten, fortwährend auf auswärtigen Stationen im Dienst sein (und zwar auf 5 solchen: Ostasien mit Ostindien und Ostafrika, Osten von Nordamerika mit Westindien, amerikanische Westküste, Osten von Südamerika, endlich Mittelmeer, d. h. Levante). Aber auch die übrigen 4 Corvetten sollen in Dienst gestellt sein, als ein in den deutschen Gewässern kreuzendes, durch 6 Panzerschiffe (behufs Ausbildung der Mannschaft auch auf solchen) verstärktes Uebungsgeschwader, das jeden Augenblick zur kriegerischen Action bereit ist, als Reserveabtheilung die abzulösenden Schiffe auf den auswärtigen Stationen ersetzt, bez. die auszubessernden Schiffe übernimmt und in deutschen Häfen repariren läßt. Und ebenso sollen 4 Schiffe für Ausbildung der Schiffsjungen

und Seecadetten in See gehalten werden, 2 Segelfregatten für die speciell artilleristische Ausbildung der Matrosen und einige andere Fahrzeuge für Hafen- und Vermessungsarbeiten in Dienst gestellt sein. Die Zahl der Küstenpanzerfahrzeuge wird von der Regierungsvorlage mit Recht etwas höher, die Zahl der Kanonenboote, der Transportschiffe, der Avisos*) in Rechnung auf im Kriegsfall zu miethende Dampfer der Handelsmarine mit Recht etwas niedriger normirt; auch würde eine größere Anzahl Transportschiffe wenig nützen, so lange die active Flotte noch nicht stark genug ist, ein Landungsheer auf denselben sicher zu escortiren. Doch müssen dann die Transportschiffe größer werden, als der „Rhein". Daß die Regierung die Zahl der jetzigen Kanonenboote nicht vermehren will, ist aus den oben angeführten Gründen ebenfalls nur zu billigen; doch möchten wir für Küstenvertheidigung und Handelsschutz 2 gun-vessels von 400, 2 solche von 600 und 2 solche von 800 Tons in der Weise erbaut sehen, wie wir es in einem früheren Artikel präcisirten.

Die Stärke der Flotte, wie sie die Regierung in den nächsten 10 (9) Jahren, wo die Hafenbauten noch das Geld für Schaffung einer Hochsee-Panzerflotte absorbiren, herzustellen beabsichtigt, wird somit betragen: 16 Panzer-Schiffe und -Fahrzeuge, 21 (20?) gedeckte und Glattdeckscorvetten, 8 Avisos, 3 Transportschiffe, 22 Schraubenkanonenboote, 2 Segelfregatten als Artillerieschulschiffe und 5 Uebungsschiffe für Cadetten und Schiffsjungen. Wenn wir also den Stamm der bereits vorhandenen, bez. im Bau begriffenen Schiffe abrechnen, würden innerhalb der nächsten 9 Jahre noch neu zu erbauen sein: 11 Panzerschiffe und Panzerfahrzeuge, 6 Fregatten (gedeckte Corvetten), 6 Glattdeckscorvetten, 1 Uebungssegelschiff (außer der für dieses Jahr in Aussicht genommenen Brigg), 5 Avisos und 2 Transportschiffe.

Hinsichtlich der Benennung dieser neuzuerbauenden Schiffe hätten wir noch einen Wunsch auszusprechen, der nicht ganz so äußerlich ist, wie er zunächst erscheinen kann. Bei den Dampfercompagnien der Handelsmarine ist es gebräuchlich, daß jede Compagnie die Namen ihrer Schiffe aus einer bestimmten Categorie wählt, daß also eine Gesellschaft alle ihre Schiffe nach Erdtheilen, die andere dieselben nach Flüssen nennt u. s. w. Dasselbe möchten wir für die verschiedenen Schiffsclassen unserer Kriegsmarine eingeführt sehen; auch die französische Kriegsmarine nennt eine Classe von Schiffen, d. h. alle ihre Transportschiffe mit den Namen von Departements (meist Flüsse, wie

*) Diese Schiffsclasse ist die einzige, bei der eine Vermehrung durch Ankauf in Amerika nicht unzweckmäßig wäre. Denn Amerika hat so viele ehemalige Blockadebrecher, daß es dieselben gar nicht verwenden kann, und auch **gute** Schiffe dieser Art unter dem Herstellungswerth verkaufen wird, daß also hier eine Uebervortheilung wie bei den Panzerschiffen nicht zu besorgen ist. Doch wendet man den Verdienst vielleicht besser inländischen Werften zu.

„Rhin", „Rhone", „Isère" u. s. w.). Wir würden es aber angemessener finden, hierzu Namen zu wählen, die patriotisch-geschichtliche Erinnerungen wach rufen, oder Namen von historischem Werth, die sonst eher in Vergessenheit gerathen, als die Namen von Flüssen (wie z. B. bei unseren Schiffen „Rhein", „Elbe") oder Städten (z. B. „Danzig"). Ein Anfang in dieser Beziehung ist zwar bereits gemacht bei den gedeckten Corvetten, die zum Theil Namen aus der deutschen Sagenwelt führen („Vineta", „Hertha", „Arkona") und ebenso bei den Panzerschiffen, die zum Theil Namen aus der königlichen Familie führen („Wilhelm", „Kronprinz", „Friedrich Carl", „Prinz Adalbert"). Aber „Augusta" und „Victoria" sind wieder Corvetten, „Elisabeth" eine Fregatte — es ist also keine Consequenz der Benennung vorhanden und die Namen der andern Schiffe, z. B. „Gazelle", haben durchaus keine historische Bedeutung. Statt dessen benenne man lieber alle neuen Panzerschiffe nach den großen Heldengestalten unserer preußischen Geschichte, z. B. „Großer Kurfürst", „Friedrich der Große", „Prinz Heinrich", „Leopold von Dessau", „Ziethen", „Seidlitz", „Ferdinand von Braunschweig", „Schwerin", „Blücher", „Gneisenau" u. s. w. Man benenne ferner alle Panzerfahrzeuge wie den „Arminius" nach Heldengestalten der früheren deutschen Geschichte, z. B. „Karl der Große", „Otto der Große", „Heinrich der Löwe" u. s. w.; alle gedeckten Corvetten nach historischen Landestheilen, deren Namen von der heutigen Verwaltung nicht adoptirt sind, z. B. „Altmark", „Ermland", „Lausitz", „Nordfriesland", „Thüringen" u. s. w.; alle Glattdeckscorvetten nach Schlachttagen, z. B. „Königsgrätz", „Waterloo", „Fehrbellin", „Leuthen", „Lechfeld" u. s. w.; eine andere Classe nach großen deutschen Künstlern und Gelehrten. Namen dieser Art scheinen uns würdiger zu sein als „Medusa", „Gazelle", „Chamäleon" oder „Krokodill".

Wenn neuerdings der Wunsch geäußert wurde, daß alle Schiffe der norddeutschen Handelsflotte ohne Rücksicht auf die einzelnen Staaten durchgehende laufende Nummern erhalten sollen, und daß man den Schiffen der Handelsmarine ein Wechseln des Namens durch ein Gesetz verbieten solle, weil dadurch leicht Irrungen veranlaßt und namentlich auch die Versicherungsgesellschaften oft hinsichtlich der Tüchtigkeit des Schiffs getäuscht werden, so können wir uns diesen Wünschen nur anschließen. Doch scheint außerdem die Bestimmung wünschenswerth, daß Kauffahrteischiffe nicht mit Kriegsschiffen gleiche Namen erhalten dürfen, damit jeder Irrung vorgebeugt werde. Verwechslungen unsrer Kriegsschiffe dagegen mit fremden Kriegsschiffen, wie sie bei den auch in England und Frankreich beliebten Namen „Meteor", „Amazone", „Medusa" u. s. w. möglich sind, würde durch die Wahl von Namen nationalen und patriotischen Klanges verhindert.

Sollte in nächster Zeit ein Krieg ausbrechen, so würde dabei die Rolle

unserer Kriegsmarine voraussichtlich die folgende sein. Alle Schiffe auf auswärtigen Stationen würden dort den Handel in derselben Weise zu stören haben, wie es die südstaatlichen Kaper während des amerikanischen Krieges thaten. Die übrigen Schiffe dagegen würden sich sämmtlich nach Kiel zurückziehn und dann würde man gegen das Blockadegeschwader vor diesem Hafen mit den Panzerschiffen Ausfälle zu machen haben, sobald sich irgend günstige Chancen bieten, während die Kanonen der Holzschiffe zur Armirung der Küstenbefestigungen verwandt werden könnten, wie einst in Sebastopol. Sollte der „Wilhelm" beim Ausbruch des Kriegs schon ausgerüstet und in unsern Händen sein, so würde er, der bei seinem 8zölligen Panzer kein Geschoß zu scheuen braucht, und dem seine Schnelligkeit stets das Entkommen garantirt, sobald mehrere feindliche Schiffe ihn in der Nähe fassen wollen, wahrscheinlich unter dem Blockadegeschwader Verwüstungen anrichten, und möglicherweise dasselbe sogar zu vertreiben im Stande sein.

Wir beschließen hiermit die Beschreibung des Flottenmaterials der norddeutschen Marine und wenden uns zunächst zu einer Besprechung der Kriegshäfen und Küstenbefestigungen.

Der preußische Staatshaushaltetat für 1868.

Das Jahr 1868 bildet einen wichtigen Abschnitt in der Finanzgeschichte des preußischen Staates. In dem Staatsetat für dieses Jahr werden zum erstenmale die Veränderungen ersichtlich, welche die Epoche von 1866 in dem staatlichen Leben Preußens und ganz Norddeutschlands herbeigeführt hat. Derselbe stellt sich formell und materiell als ein von seinen Vorgängern wesentlich entschiedener dar. Einerseits ist er durch den Hinzutritt von 1325 Quadratmeilen neuen Landes bedeutend erweitert, andererseits durch die Uebertragung wichtiger Einnahme- und Ausgabezweige an den norddeutschen Bund erheblich modificirt.

Werfen wir zuerst einen Blick auf die Fortschritte der preußischen Budgetsumme seit Einführung des specificirten Bruttobudgets und der Verfassung so finden wir im Jahre 1849 den Betrag von 85, 1861 von 135, 1864 von 146, 1868 von 222 Millionen. Vertheilen wir die Summe gleichmäßig auf die jedesmalige Einwohnerzahl, so fallen 1849 ca. 5¼, 1864 über 7½, 1868 über 9½ Thaler auf den Kopf der Bevölkerung. Ob wohl der Volkswohlstand mit den Budgetsummen Schritt gehalten hat? Noch im Jahre 1867 schloß der Etat ab für die neuen Landestheile mit 41,690,170, was für den

Kopf der betreffenden Bevölkerung etwa 9¼ Thaler macht, für die alten Landestheile mit 168,929,873 oder pro Kopf etwa 8¾ Thaler. Im Ganzen betrug die Budgetsumme des Vorjahrs 210,620,143, wogegen sich die diesjährige auf 222,035,225 beläuft, wenn wir die aus Preußen erhobenen Einnahmen des norddeutschen Bundes mitrechnen, welche indeß aus dem preußischen Etat selbst ausgeschieden sind. Es gibt sich also auch gegen das Vorjahr eine erhebliche Steigerung der Budgetsumme zu erkennen, die sich vorzüglich auf die alten Landestheile repartirt. Nach dem Vorbericht des Finanzministers zum diesjährigen Etat stellt sich das Verhältniß der alten zu den neuen Landestheilen so, daß die ersteren einen Ueberschuß von 1.620,000 aufweisen, mit welchen das Deficit der neuen Landestheile gedeckt werden muß. In demselben Verhältniß befinden sich Hohenzollern und das Jadegebiet, welche beide zur Bestreitung ihrer Ausgaben Zuschüsse aus den älteren Landestheilen erhalten. Die neuen Erwerbungen gewähren also Preußen vorläufig keinerlei finanzielle Erleichterungen. Ebensowenig ist dies der Fall mit dem norddeutschen Bunde. Die auf den letzteren übergegangenen Einnahmen aus preußischen Gebietstheilen betragen 62,173,346 Thlr., sodaß sich also nach Ausscheidung dieser Summe das eigentlich preußische Budget auf 159,861,879 Thlr. stellt, oder vielmehr nach der Feststellung durch das Abgeordnetenhaus auf 159,757,064 Thlr., also um 104,815 Thlr. niedriger als im Voranschlage des Ministeriums. Auf den Etat des norddeutschen Bundes sind übernommen die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern, den Salzrevenüen, aus der Post- und Telegraphenverwaltung, den eigenen Einnahmen der Militär- und Marineverwaltung, den Consulatsintraden und der extraordinäre Zuschuß für die Marineverwaltung. Außerdem werden noch 17,029 550 Matricularbeiträge und Averse für Zölle und Verbrauchssteuern von Preußen an den Bund abgeführt. Dieser hat damit aus Preußen eine Gesammteinnahme von 79,202,896 Thlr. Dagegen leistet er für Preußen die Ausgaben des Salzdebits, für Post und Telegraphen, Militär und Marine, für Handelsconsulate und den Civilpensionsfonds der betreffenden Verwaltungszweige, im Gesammtbetrage von 80,454,789 Thlr. Danach würde also Preußen durch den Bund eine Ausgabe von 1,251,893 Thlr. Indeß ist diese Ersparniß nur scheinbar, indem zu berücksichtigen ist, daß die dem Bunde überwiesenen Zölle und Verbrauchssteuern für 1868 wesentlich höher veranschlagt sind als im Etat für 1867, und daß diese Einnahmesteigerung dem preußischen Etat entzogen und dem Bundesstaat direct zu gute gekommen ist Danach führt also der norddeutsche Bund, dessen Etat mit 72,158,243 Thlr. balancirt, für Preußen ebensowenig wie für irgend einen andern der betreffenden Staaten Ersparnisse herbei.

Das Budget des preußischen Staats für 1868 beträgt also 159¾ Mil-

lionen, doch muß man dabei in Rechnung ziehn, daß in der preußischen Etatsaufstellung der eigenthümliche Gebrauch herrscht, die nach Artikel 59 der Verfassung auf Domainen und Forsteinkünfte fundirte Kronrente von 2,573,099 Thlr. in der Hauptsumme des Etats gar nicht erscheinen zu lassen. Dieser Betrag wird von den betreffenden Einnahmen vorweg abgezogen und läuft gar nicht mehr mit in Rechnung. Für die Hofhaltung werden vielmehr nur die Summen in Ausgabe gestellt, welche später nnter der Regentschaft und im letzten Jahre als Zuschüsse zur Rente des Kronfideicommisses bewilligt worden sind, und wonach sich die Gesammtsumme der letzteren nunmehr auf 4,073,099 stellt. Fügt man also den betreffenden Betrag der Budgethauptsumme hinzu, so erhöht sich diese auf 162,330,164.

Das Arrangement des preußischen Etats ist folgendes. Nachdem der Finanzminister kurzen Vorbericht gemacht, kommen zuerst die Einnahmen nach den einzelnen Ministerien, diesmal in 37 Capiteln, nachgewiesen an die Reihe. Es folgen dann die Ausgaben in 65 Capiteln und zwar A. die Betriebserhebungs- und Verwaltungskosten und Lasten der einzelnen Einnahmezweige, B. die Dotationen, nämlich die Ausgaben für die unfundirte Kronrente, für die öffentliche Schuld und für die beiden Häuser des Landtags; C. die Staatsverwaltungsausgaben nach den acht Ministerien geordnet. Den dritten Hauptabschnitt des Budgets bildet der Nachweis der außerordentlichen Ausgaben; ein Etat für außerordentliche Einnahmen besteht also nicht; und den vierten Hauptabschnitt bildet der Etat der Hohenzollernschen Lande, welcher in derselben Weise wie für das Hauptland, aber abgesondert von diesem und in süddeutscher Währung, geführt wird. Jedes der einzelnen Capitel des Etats zerfällt in eine Reihe von Titeln. Das zweite Capitel der Einnahmen handelt z. B. von den Forsten, und zerfällt in 6 Titel; 1. Holz, 2. Nebennutzungen, 3. Jagd u. s. w. Sowohl für Einnahmen als Ausgaben ist neben dem Betrage für das betreffende Etatsjahr noch der im Vorjahr dafür ausgesetzte ersichtlich gemacht und das Mehr und Minder zwischen beiden Summen verglichen. Erläutert wird der Hauptetat durch drei umfangreiche Bände Beilagen, welche die Specialnachweisungen über die einzelnen Einnahmezweige enthalten, aber unübersichtlich und ungleichmäßig bearbeitet, wie sie sind, nach Form und Inhalt vieles zu wünschen übrig lassen.

Sehen wir uns nun zuerst die Positionen der Einnahme etwas näher an, so finden wir die Ministerien in folgender Reihe aufgeführt: zuerst das der Finanzen, dann das für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, das Staatsministerium, die der Justiz, des Inneren, der landwirthschaftlichen Angelegenheiten, der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten, achtens das des Auswärtigen. Das Kriegs- und das Marineministerium, welche in früheren Etats zwar nicht in der Einnahme, aber in der Ausgabe eine

erhebliche Rolle spielten, fehlen im diesjährigen Etat ganz, und ebenso in dem des Handelsministeriums die Post- und Telegraphenverwaltung. In Preußen hat also jedes Ministerium nicht nur seine eigene Ausgabe, sondern auch seine eigene Einnahmeverwaltung, indeß sind nur die Einnahmen dreier Ministerien von Bedeutung, nämlich die des Finanz-, des Handels- und des Justizministeriums, und in den Etats dieser drei Ministerien sind es wiederum nur sieben Positionen, welche zusammen fünfzehn Sechszehntel der sämmtlichen Bruttoeinnahme liefern. Es sind dies nämlich die directen Steuern mit 41, die Eisenbahnen mit 81, das Berg-, Hütten- und Salinenwesen mit 23, die indirecten Steuern mit 19, Forsten mit 13, Justiz mit 12, Domainen mit 9 Millionen; zusammen 151¾ Millionen. Alle übrigen Staatseinnahmen betragen also noch nicht sechs Procent der Gesammtsumme. Den höchsten Ertrag gewähren für die preußischen Finanzen die directen Steuern, welche über ein Viertheil der Gesammteinnahme liefern. Noch im vorigen Budget figurirten mit dem höchsten Betrage die indirecten Steuern, da aber der größte Theil der Einnahme aus Zöllen, der Steuer von Rübenzucker, Salz, Branntwein, Bier und Tabak auf den norddeutschen Bund übergegangen ist, so bleiben für alleinige preußische Rechnung nur noch die Mahl und Schlachtsteuer, die Stempelsteuer, der Elbzoll, Chaussee-, Brücken- u. s. w. Gelder, Controlgebühren für Salz, Hypotheken- und Gerichtsschreibereigebühren im Bezirke des Appellationsgerichts zu Köln. Was die directen Steuern betrifft, so ist die ergiebigste derselben die Grundsteuer mit fast 13 Millionen, dann die Classensteuer mit 12¾ Millionen. Die letztere wird bekanntlich in drei Hauptclassen und zwölf Stufen, die unterste mit zwei Unterstufen, von ½ bis zu 24 Thlr. von allen den Personen erhoben, welche unter tausend Thaler Einkommen haben und nicht in einer mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt wohnen. Die classificirte Einkommensteuer, die in dreißig Stufen von allen Personen mit tausend Thaler Einkommen und darüber erhoben wird, erträgt dagegen nur 4¾ Millionen. Etwas mehr, aber auch nicht ganz fünf Millionen bringt die Gewerbesteuer, und beiden steht an Ergiebigkeit fast gleich die Gebäudesteuer, welche ebenso wie die Grundsteuer auf dem Gesetz vom 21. Mai 1861 beruht. Nur etwas über anderthalb Millionen erträgt die Eisenbahnabgabe, welche seit 1853 alle Bahnen bei einem Reinertrag von 4% und weniger mit $^1/_{40}$, von dem Ertrage zwischen 4 und 5% mit $^1/_{20}$, 5—6% mit $^1/_{10}$ und über 6% mit $^2/_{10}$ der Reineinnahmen entrichten müssen. Sämmtliche directe Steuern sind auch in den neuen Landestheilen eingeführt und werden dort nach dem Muster der westlichen Provinzen meist durch besondere Steuerempfänger, nicht durch die Gemeinden erhoben. Auch die Grundsteuer wird dort nach denselben Principien veranlagt werden, welche vor einigen Jahren bei der Regulirung derselben

in den alten Landestheilen maßgebend gewesen sind. Einstweilen ist in den annectirten Ländern die Grundsteuer bis auf den Betrag ermäßigt, den sie nach der definitiven anderweiten Regelung voraussichtlich dort haben wird.

Wenn wir nun einen Blick auf die Vertheilung der Ausgaben, welche den Einnahmen gleich sind, werfen, so finden wir, daß die ordentlichen und dauernden Ausgaben incl. Hohenzollern sich auf 153,674,064 Thlr. belaufen, wovon $55\frac{1}{2}$ Million auf die Betriebsausgaben, $26\frac{3}{4}$ auf die Dotationen (excl. fundirte Kronrente), $71\frac{1}{3}$ auf die Staatsverwaltungsausgaben fallen; und 216,514 Thlr. auf Hohenzollern. Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben betragen demnach etwas über 6 Millionen.

Betriebsausgaben sind nur in drei Ministerien, nämlich dem Finanz-, dem Handels- und dem Staatsministerium nachgewiesen. Die Betriebsausgaben des letzteren rühren daher, daß auf den Etat desselben das früher mit der Postverwaltung verbundene Gesetzsammlungs-Debitscomptoir und vom Marineministerium die Verwaltung des Jadegebiets übergegangen sind, also verhältnißmäßig unbedeutende Posten. Das Finanzministerium hingegen hat 18, das Handelsministerium 37 Millionen Betriebsausgaben. Vom Finanzministerium ressortiren nämlich außer unbedeutenderen Verwaltungszweigen wie Lotterie, Seehandlung, Münze u. s. w. die Forsten, die Domainen, die directen und die indirecten Steuern; vom Handelsministerium außer der Porzellanmanufaktur das Berg-, Hütten- und Salinenwesen und die Eisenbahnen. Die relativ höchsten Betriebskosten verursacht unter diesen Erwerbszweigen des Staats das Berg-, Hütten- und Salinenwesen, nämlich 80% des Bruttoertrags; es folgen dann die Eisenbahnen mit 58, die Forsten mit 48, die Domainen mit 23, die indirecten Steuern mit 11, die directen Steuern mit ungefähr 4% des Bruttoertrags. Die Betriebskosten für die Domänen vertheilen sich auf eine Fläche von 1,369,029 preuß. Morgen mit 859 Pachtungen und 1163 Vorwerken; die für die Forsten auf 10,204,463 Morgen Forstland, und die für die Eisenbahnen auf zwölf Staatsbahncomplexe, Ende 1866 in einer Länge von $417\frac{1}{2}$ Meilen, davon 119 auf die hannoverschen Staatsbahnen, 108 auf die Ostbahn, 51 auf die niederschlesisch-märkische. Die Betriebskosten im Ganzen betragen 36% der ordentlichen Staatsausgaben.

Andere 17% nehmen die Dotationen hinweg. Unter diesen ist der Zuschuß zur Rente des Kronfideicomisses mit anderthalb Millionen, die Ausgabe für den Landtag mit 292,130 Thlr. und für die öffentliche Schuld mit fast 25 Millionen, und wenn wir den Aufwand für Verzinsung und Tilgung der Schulden der Stadt Frankfurt a. M. hinzurechnen, welche vorläufig bis zur definitiven Regelung jener Verhältnisse als Passiva der Generalstaatskasse, nicht unter den Dotationen nachgewiesen werden, so steigt die Ausgabe für die Schuld auf fast $25\frac{1}{2}$ Millionen. Die Gesammtschuld des preußischen Staats mit den frankfurter Schulden belief sich Ende 1867 auf 434,465,066 Thlr.; darunter 163,795,486 Thlr. zu Eisenbahnzwecken, 10 Millionen schwebende und 15 Millionen unverzinsliche Schuld. Die Kosten dieser seit 1850 sich fast jährlich mehrenden Schuldenmasse belaufen sich bereits auf über 1 Thlr. pro Kopf der Bevölkerung und verschlingen über 62% der Reineinnahme aus den directen Steuern. Der Ertrag der indirecten Steuern wird durch die Kriegs- und Marinebedürfnisse auf dem Etat des norddeutschen Bundes absorbirt, und die Reineinnahmen aus dem Berg-, Hütten- und Salinenwesen betragen nur wenig mehr als die Kosten der Hofhaltung. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, wenn für die eigentlichen Regierungs-, resp. Staatsverwaltungsausgaben verhältnißmäßig wenig übrig bleibt, nämlich $71\frac{3}{4}$ Millionen oder 46% der ordentlichen Ausgaben,

welche sich unter die acht Ministerien so vertheilen, daß 29 Millionen auf das Finanzministerium, 15 auf das der Justiz, 9 auf das Handelsministerium kommen, ferner 8 auf das Innere, 6 auf das der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten, 2 auf die Landwirthschaft, noch nicht ganz eine Million auf das auswärtige und etwas über ein drittel Million auf das Staatsministerium. Um bei dem Kleinsten anzufangen, bemerken wir, daß die Ausgaben des Staatsministeriums diejenigen für das Bureau desselben, die Staatsarchive, die General-Ordenscommission, die Verwaltung des Staatsschatzes, das geheime Civilcabinet, die Oberrechnungskammer, die Oberexaminationscommission, den Disciplinarhof und den Gerichtshof zur Entscheidung der Competenzconflicte umfassen. Das auswärtige Ministerium bedarf keines Commentars. Im Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums nehmen die Kosten für die Auseinandersetzungsbehörden und die Pferdezucht die hervorragendste Rolle ein, letztere sowohl in Gestalt von Prämien und Unterstützungen an pferdezüchtende Private, als namentlich für die drei Haupt- und elf Landgestüte. Im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten hat die Säcularisation der geistlichen Güter bewirkt, daß der katholische Cultus mit 826,239, der evangelische nur mit 594,804 Thlr. auftritt, während doch über 64% der Einwohner Preußens der evangelischen Kirche angehören, der katholischen nicht ein Dritttheil. Der öffentliche Unterricht erfordert 2,972,271, Cultus und Unterricht gemeinsam 931,553 Thlr. Unter diesen Posten sind für die Elementarschulen $^3/_4$ Millionen, für die höhern Schulen (Gymnasien und Realschulen) etwas über $^1/_2$ Millionen, für die Universitäten 853,000 Thlr. angesetzt. Zu diesen Summen treten indeß die Einnahmen der Unterrichtsanstalten aus ihrem Erwerbe, aus eignen Fonds und den Mitteln der Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke, denen die Unterhaltung der Volksschulen bekanntlich zum größten Theil obliegt. Das Medicinalwesen erfordert etwas über eine halbe Million. — Was das Ministerium des Innern betrifft, so bildet dessen Hauptausgabe die Polizeiverwaltung, fast $3^1/_2$ Million, nächstdem die Landgensdarmerie und die Straf- und Besserungsanstalten, letztere mit $2^1/_2$, erstere mit über $1^1/_2$ Millionen; ungefähr ebensoviel die Landdrosteien und landräthlichen Behörden; nur 37,725 Thlr. fallen auf das statistische Bureau und das meteorologische Institut. Das Justizministerium, welches fast 13 Millionen einnimmt und 15 Millionen ausgibt, erhält sich zum größten Theil selbst. Schließlich kommen wir zu den Ministerien, welche weniger ausgeben, als sie einnehmen, nämlich das Handels- und das Finanzministerium. Das Handelsministerium braucht zur Unterhaltung der über 2000 Meilen Staatschausseen $3^1/_2$ Millionen; für die Unterhaltung unchaussirter Wege, Brücken u. s. w. gegen 2 Millionen und zu Chausseeneubauten 1,099,857 Thlr. Das Finanzministerium bestreitet mit seinen 29 Millionen die Ausgabe von 16,910,405 Thlr. als Matricularbeiträge für den norddeutschen Bund, ferner mit $2^1/_2$ Millionen die Passiva der Generalstaatscasse, unter denen die Kosten der Schuld von Frankfurt a. M. dann die Civilpensionen und Competenzen mit 4 Millionen; es unterhält ferner die Oberpräsidien und Regierungen, die Finanzbehörden in Hannover, die Rentenbanken und ähnliche Unterbehörden. In dieser Weise gruppiren sich die ordentlichen Ausgaben.

Ihnen treten neu für 1868 noch 6,101,000 oder nach der Aufstellung des Abgeordnetenhauses 6,083,000 Thlr. an einmaligen und außerordentlichen Abgaben hinzu, von denen über die Hälfte durch das Handelsministerium in Anspruch genommen werden, welches für über 2 Millionen Land- und Wasserneubauten ausführen will und $^3/_4$ Millionen Zuschüsse zur Eisenbahnverwal-

tung braucht. Im Finanzministerium werden die außerordentlichen Ausgaben namentlich verursacht durch die Ablösung von Forstservituten und Renten und die Ausführung der anderweiten Regelung der Grundsteuer in den neuen Landestheilen, deren wir schon oben gedachten.

Dies sind die Hauptpositionen aus der langen Reihe von Zahlen, welche den Finanzetat des preußischen Staats für 1868 darstellen und die in ihrer Höhe, Gruppirung und ihren Verhältnissen zu einander einen ausführlichen und kritischen Commentar über die Art und Organisation der preußischen Staatsverwaltung liefern. Ohne uns auf Kritik, die in den Kammerdebatten genügsam geübt ist, oder auf allgemeine finanzwissenschaftliche Betrachtungen, die in zahlreichen Büchern zu finden sind, oder auf Vergleichungen mit andern Ländern, die immer mißlich sind, einzulassen, geben wir dem Leser diese kurze Uebersicht als Anleitung zu weiterem Nachdenken und Studium.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende Februar.

Die Verhandlungen über das französische Preßgesetz, deren Leser wir während der letzten Wochen waren, sollen den Kaiser Napoleon in peinlicher Weise an die Kammervorgänge vor Ausbruch der Februarrevolution erinnert haben. Diese Reminiscenz liegt in der That ziemlich nah: wenn die Analogie zwischen den französischen Zuständen von damals und heute auch nur eine entfernte ist. Vor zwanzig Jahren schlugen die Franzosen den Thron der Julimonarchie in Trümmer, weil sie ihre Ungeduld nach einer Reform des Wahlgesetzes nicht zügeln konnten, deren Durchführung doch nur Frage der Zeit war, heute sehen wir sie vergeblich um ein Stück Preßfreiheit kämpfen, dessen Besitz selbst den Ultras der Guizotschen Majorität niemals genügt hätte. — Obgleich die Debatte über dieses neue Gesetz noch nicht geschlossen ist, läßt sich das Geschick desselben schon gegenwärtig übersehen. Der § 1, der jedem Franzosen das Recht zur Herausgabe einer periodischen Schrift ertheilt und die bestehenden Vorschriften über Erwirkung einer Regierungsconcession und Hinterlegung fast unerschwinglicher Cautionssummen aufhebt, gibt der Presse einen Spielraum, den die folgenden Paragraphen (es sind ihrer, wenn wir nicht irren, vierzehn) möglichst zu beschränken suchen. Das ganze Gesetz erinnert lebhaft an das berühmte Lichtenbergsche Messer ohne Klinge, an welchem der Stiel fehlt! Die freie Einführung ausländischer Journale, das Recht zur Mittheilung und Discussion der Kammerverhandlungen, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen über Preßvergehen, lauter Dinge die sich im übrigen Europa fast von selbst verstehen, über welche bei Culturvölkern kaum eine Meinungsverschiedenheit besteht, — sie werden in dem modernen Frankreich wie offene Fragen behandelt, mit Gründen für und wieder belegt und es findet sich sogar eine Majorität, welche feierlich ihre Unzulässigkeit proklamirt. In dem Vaterlande der continentalen Preßfreiheit wird eine Stempelsteuer erhoben, welche die pariser Journale zwingt, fünf Thaler und zehn Groschen von jedem Exemplar, das sie drucken, an den Staat zu entrichten, eine Steuer, welche journalistische Unternehmungen bankerott macht, sobald dieselben weniger als 8000 Abonnenten zählen; in Paris, dem liberalen Eldorado frühe-

rer Zeiten, sind im J. 1867 nur sieben Nummern der Kölnischen Zeitung an die Leser ausgegeben, Blätter von der gemäßigten Haltung der Augsburger Allgemeinen wochenlang confiscirt, die unabhängigen Zeitungen zu Geld und Gefängnißstrafen verurtheilt worden, weil sie sich erlaubten, Stenographen in das Corps legislatif zu senden; — und all' diese beispiellosen Beschränkungen einer der ältesten freiheitlichen Errungenschaften werden durch feierliche Beschlüsse der Volksvertretung aufrechterhalten und von hunderten gebildeter Franzosen wie Dinge behandelt, über welche sich noch streiten läßt. Von der Beseitigung anderer unerträglicher Lasten, welche auf der französischen Presse ruhen, ist nicht einmal die Rede gewesen; man läßt sichs ruhig gefallen, daß keine französische Postanstalt Zeitungsabonnements annimmt, die nicht dem Moniteur gelten und man findet es in der Ordnung, daß (wiederum den Moniteur ausgenommen) kein Journal Beilagen bringen darf, wenn dieselben auch nur Inserate enthalten; und diese beispiellosen Beschränkungen der Denk- und Redefreiheit werden allmählig durch das Herkommen geheiligt und gehen schließlich in das Volksbewußtsein über.

Nur der leblosen Erstarrung, welche seit den letzten Jahrzehnten über Frankreich gelegen, ist es zuzuschreiben, daß die kaiserliche Regierung in der entschlossenen Haltung der Opposition eine Gefährdung ihrer Sicherheit sehen kann. Daß Männer vom Schlage Emile Olliviers in eine Verewigung der gegenwärtig bestehenden Ordnung nicht willigen, würde in jedem andern Staate für selbstverständlich gelten. Sehr viel gefährlicher als die Haltung der Legislative, die es im schlimmsten Fall zu erträglich starken Minoritäten bringt, erscheint dem auswärtigen Beobachter die gereizte Stimmung der pariser Bevölkerung, welche sich an jedem neuen Tage neu bekundet. Nicht der Haß gegen das gegenwärtige Régime, die Verachtung desselben macht tägliche Fortschritte und diese Verachtung wird allmählich zur nationalen Selbstverachtung. Dieselben Leute, welche im Collège de France und im Odeon, auf der Gasse und im Saale der Volksvertretung demonstriren, müssen sich sagen, daß sie das zweite Empire weder wegschaffen noch entbehren können, weil sie die Gewöhnung der Freiheit und ihrer Aufrechterhaltung verloren und zwei Jahrzehnte lang anerkannt haben, daß sie eines Herrn, und zwar eines strengen Herrn bedürfen. Könnte das heutige Frankreich das Wort Franz' I.: „Alles verloren, nur die Ehre nicht" für sich anführen, — der moralische Bankerott, dem die gegenwärtige Regierung entgegen geht, wäre eine bloß französische Angelegenheit, keine europäische Gefahr. Weil dem nicht so ist, müssen wir wiederholen, was schon früher in diesen Blättern behauptet worden: die Franzosen werden über kurz oder lang ihre am heimischen Herde verloren gegangene Selbstachtung diesseit des Rhein wiederzufinden suchen, Deutschland wird bezahlen müssen, was Frankreich sich selbst schuldig geblieben.

Die Stunde dieser wunderlichen Art von Abrechnung wird vielleicht früher schlagen, als man glaubt. Im Augenblick athmet allerdings noch Alles tiefen Frieden: die Correspondenz über das der Welfenlegion gebotene französische Asyl ist zu gegenseitiger vollständiger Befriedigung verlaufen; aus Herrn v. Beust's eigenem Munde wissen wir, daß die östreichischen Pässe der hannoverschen Flüchtlinge aus Versehen ausgestellt worden sind und die friedliche Haltung der wiener Presse hat das Mögliche gethan, um die in der nächsten Nachbarschaft der k. k. Hofburg geduldeten welfischen Legitimitätsdemonstrationen ihrer Bedeutung zu entkleiden. Weder die über diese Zwischenfälle gepflogenen Zeitungshändel, noch die Mittheilungen, welche die Kölnische Zeitung neuerdings über die Möglichkeit eines italienisch-französisch-östreichischen Bündnisses brachte, haben den diplomatischen Himmel zu trüben vermocht und

die inneren Fragen stehen diesseit wie jenseit des Rhein noch immer im Vordergrunde. Im Grunde kommt darauf aber nichts mehr an; da die „innere Frage Frankreichs" den wahren Grund der Kriegsgefahr bildet, so kann die „innere Lage Deutschlands" jeden Tag zur Kriegsveranlassung werden — und das deutsche Zollparlament steht vor der Thüre.

Bevor diese Thür geöffnet wird, muß die des preußischen Landtags geschlossen werden. Es ist eine bedeutsame Session, die hinter uns liegt und der wichtigste Theil derselben ist gerade in den letzten Monat gefallen. Zum erstenmale haben die Vertreter der neu erworbenen Länder an den Verhandlungen jenes preußischen Parlaments Theil genommen, das seit einem Menschenalter im Mittelpunkt aller deutschen Interessen steht. Unwillkürlich fragen wir nach den Eindrücken, welche dieselben aus dem Hause am Dönhofsplatz mitgenommen, wie nach den Eindrücken, welche sie zurückgelassen haben. Auf beiden Seiten wird der Haupteindruck der sein, daß Verständigung zwischen den Vertretern der alten und denen der neuen Provinzen, trotz des guten Willens, der von beiden Seiten mitgebracht worden, nur mühsam und unvollständig zu Stande gebracht, das größere Stück Arbeit für künftige Sessionen übriggeblieben ist. Vielleicht daß der eine oder andere Kämpfer gar mit der Ueberzeugung nach Hause geht: „Es ist gut, daß die Annexion vollzogen worden, bevor man uns nach Berlin gerufen — wir selbst hätten sie nicht fertig gebracht." Und doch steht die Sache nicht ganz so. Die Schwierigkeiten der Verständigung rühren wenigstens zum Theil davon her, daß der militärischen Eroberung der neuen Provinzen keine moralische vorangegangen ist, daß man so zu sagen mit dem Ende den Anfang gemacht hat. — Aber die Zeiten sind vorüber, in denen deutsche Politiker mit Untersuchungen so unfruchtbarer Art ihre Zeit verlieren durften: auf dem Boden der Thatsachen, die ein nicht genug zu preisendes Geschick geschaffen, sind die Streiter, welche in den bewegten Februarwochen mit einander rangen, trotz allem dem doch stehen geblieben und die Denkenden unter den Zeugen dieses Kampfes werden sich sagen müssen, daß jeder weitere Tag bundestäglicher Existenz denselben nur erschwert, seinen Preis vermindert hätte. Zwanzig Jahre lang haben die Landtage von Preußen und Hannover auf wenige Stunden Entfernung von einander getagt, zwanzig Jahre lang sind die liberalen Koryphäen beider Volksvertretungen demselben Ziele nachgegangen, zwanzig Jahre lang haben sie einen gemeinsamen Feind bekämpft und doch waren es Gegensätze, welche bei der ersten Berührung zu Tage traten und nicht anders als mit der blanken Waffe der Discussion zum Austrag gebracht werden konnten. Die realen Verhältnisse waren um so viel mächtiger gewesen, als die idealen Wünsche und Neigungen, daß alte Gegner ein Bündniß gegen die neuen Genossen der eignen Partei schlossen: die Gegensätze zwischen rechts und links, welche sich in Berlin wie in Hannover bis zum Jahre 1866 auf Tod und Leben befehdet hatten, sie blaßten zu Schatten ab, sobald es sich ernstlich darum handelte, ob die altpreußische Satzung gegenüber der hannoverschen im Recht bleiben sollte oder nicht. Keiner der beiden Parteien, welche sich im Kampf um den Provinzialfonds entgegenstanden (erst dieser brachte die Situation zu vollständiger Klarheit) konnte ein relatives Recht ganz abgesprochen werden; desto vollständiger trat dafür die Unberechtigung der Zustände hervor, welche diese Gegensätze geschaffen, die besten Männer in der Gewöhnung großgezogen hatte, ihre Gewohnheiten als die allein berechtigten anzusehen.

Wir haben bereits Gelegenheit gehabt, unsere Stellung zur hannoverschen Provinzialfondsfrage zu bezeichnen und für das gute Recht dieses In-

stituts einzutreten; auch über die prinzipielle Bedeutung dieser Angelegenheit braucht unsern frühern Erörterungen kaum etwas nachgetragen zu werden. Die Art und Weise ihrer Lösung legt aber die Frage nah, wie es zugegangen, daß dieselbe nicht im Zusammenhang mit der gesammten Organisationsangelegenheit zur Sprache gebracht worden. In dem Umstande, daß das nicht geschehen, sehen wir den Hauptgrund der Verwirrung, welche diese Frage hervorgerufen. Wäre der Landtag zu einer Entscheidung darüber veranlaßt worden, ob das ehemalige Königreich Hannover beisammen bleiben, oder aber aufgelöst und unter die angrenzenden Provinzen vertheilt werden sollte, so hätte sich die Frage nach dem Provinzialfonds je nach der einen oder der andern Eventualität von selbst beantwortet. Ihre isolirte Behandlung schloß von Hause die Heranziehung der wichtigsten Gesichtspunkte aus und zerrte die Discussion in jene Bahn verwickelter Rechnungen und Gegenrechnungen, welche für die eigentliche, die politische, Entscheidung gleichgiltig waren und doch wesentlich dazu beitrugen, die Gemüther zu erhitzen und zu erbittern. Das Schlimmste an der Sache ist aber, daß eine prinzipielle Lösung auch gegenwärtig nicht erfolgt ist; die Annahme des Kardorffschen Antrags hat wohl entschieden, daß den hannoverschen Provinzialständen jährlich 500,000 Thlr. ausgesetzt werden sollen — eine Präjudiz für die Stellung, welche Ordnung die Provinz Hannover den preußischen gegenüber einnehmen soll, hat sie nicht geschaffen und der Streit, der in der ersten Februarwoche ausgekämpft wurde, kann unter veränderten Formen alle Tage wieder auftauchen, morgen Hannover, ein andermal Hessen, Nassau oder Holstein gelten; die Consequenz, welche diese Lage der Dinge für die Zukunft des preußischen Staats, ganz besonders für die Zukunft der nationalliberalen Landtagspartei haben kann, liegt zu nahe, als daß sie besonders genannt zu werden brauchte.

Merkwürdiger Weise ist diese Seite der Sache von der Mehrzahl der Organe unsrer Presse unerörtert geblieben. Man hat es vorgezogen, Conjecturen darüber anzustellen, welche Folgen der Beschluß vom 6. Februar für die conservative Partei, für die Zusammensetzung des Ministeriums und dessen Ergänzung durch nationalliberale Kräfte haben könne u. s. w. Und doch lag klar zu Tage, daß an Eventualitäten dieser Art auch nicht entfernt zu denken sei — zu unserm Glück, müssen wir hinzufügen. So lang die nationalliberale Partei nicht darüber schlüssig geworden, welche Grundsätze für die Organisation der neuen Provinzen maßgebend sein sollen, so lang keine vollständige Ausgleichung zwischen den alt- und neupreußischen Gliedern derselben herbeigeführt worden, hat sie das höchste Interesse daran, von der Theilnahme an der Regierung ausgeschlossen zu bleiben — ihren Ministern würde andernfalls die Erfahrung nicht erspart bleiben, welche Graf Bismarck soeben mit seinen conservativen Freunden gemacht hat. Unterschiede blieben freilich übrig, aber nicht zu Gunsten einer möglichen Regierung unsrer Freunde; weder läßt sich eine Stellung, wie es die des Premiers auch nach dem großen Abfall geblieben ist, sofort von andern Männern gewinnen, noch ist das Ferment der nationalliberalen Partei so stark, wie das der altconservativen, deren Glieder sich nicht sowohl durch Prinzipien als durch starke, egoistische Interessen verbunden wissen. Eine Ausgleichung zwischen den verschiedenen, der nationalliberalen Partei angehörigen Gruppen muß aus äußern wie aus innern Gründen für die Vorbedingung jeder Betheiligung derselben in Regierungsgeschäften angesehen werden. Eine Partei, die am Ruder sitzt, hat keine Zeit, sich zu discipliniren, sie muß mit sich selbst fertig geworden sein, wenn sie im Stande sein soll, dauernd die Geschäfte in Händen zu behalten; eine liberale Regierung kann sich nur behaupten, wenn sie sich auf einen festge-

kitteten Parteiorganismus stützt — in Preußen wird sie erst möglich, wenn dieser Organismus bereits da ist.

Dazu kommt, daß die national-liberale Partei in nächster Zukunft einer neuen entscheidenden Krisis entgegen geht. Durch die nationalgesinnten Vertreter Süddeutschlands wird sie im Zollparlament eine Verstärkung und Erweiterung erfahren, deren Einflüsse sich noch nicht berechnen lassen. Sind die Parteiverhältnisse des norddeutschen Reichstags von denen des preußischen Landtags verschieden, so liegt die Vermuthung nah, dieselben würden im Zollparlament wieder andere sein. Die Erfahrung, daß Verschiedenheit der äußeren Existenzbedingungen auch eine Verschiedenheit der Anschauungen bedinge, welche stärker ist als die Einheit der Wünsche und Bestrebungen, haben wir zu häufig gemacht, um eine neue Bestätigung derselben zu brauchen.

Hat es schon mit der Verständigung zwischen den besten Patrioten der verschiedenen norddeutschen Länder ihre Schwierigkeiten gehabt — sind die preußischen Parteiverhältnisse durch den Zutritt der Vertreter der übrigen norddeutschen Landschaften total verändert worden, so kann nicht ausbleiben, daß ein Gleiches geschehen wird, wenn die Vertreter Bayerns, Würtembergs und Badens nach Berlin kommen. — Das Contingent, welches der nationalen Partei zufließen soll, wird freilich nicht allzugroß sein. Ohne daß sich behaupten ließe, die letzten Vorgänge in Berlin hätten irgend welchen Einfluß auf die Wahlen jenseit des Main ausgeübt, sind dieselben nicht allzuglänzend ausgefallen. Nach den in Bayern und Baden erzielten Resultaten ist anzunehmen, kaum die Hälfte der süddeutschen Vertreter werde wahrhaft guten Willen mitbringen und es wird energische Anstrengungen kosten, um die große Zahl der Widerstrebenden mit fortzureißen und das erste deutsche Zollparlament zum Vorparlament der zweiten deutschen Nationalversammlung zu machen.

Nicht nur das französische, auch das deutsche Volk begeht im Frühling des Jahres 1868 den zwanzigsten Jahrestag weltgeschichtlicher Ereignisse. Jenseit des Rhein sehen sich die Vorkämpfer der Sache um ein beträchtliches Maß hinter die Errungenschaften zurückgeworfen, welche sie in das Jahr 1848 mit hinüber genommen hatten, bei uns soll an Vollendung der Einheit Hand gelegt werden, deren Grundlagen damals erstrebt worden. Glücklicher als unsere Nachbarn dürfen wir uns rühmen, daß die Spanne Zeit, welche zwischen damals und heute liegt, keine verlorene ist, daß wir dem Ziel, dessen Erreichung es galt, trotz des Jammers der Reaction, welche dem Völkerfrühling folgte, um ein beträchtliches näher gerückt sind. Aber das größere Stück Arbeit liegt noch vor uns, wesentlich dadurch erschwert, daß es auf anderem Wege und mit anderen Mitteln bewältigt werden muß, als denen, welche uns an die Errungenschaften von heute geführt haben. Wenn es wahr ist, daß der Mensch mit seinen Zwecken wächst, so muß das Gleiche für die Parteien gelten können. Von dem Zollparlament erwarten wir, es werde neues Blut in die Adern der Partei gießen, welcher die Aufgabe geworden, mit bereicherter Erfahrung, gereiftem Sinn und erhöhtem Muth, an den Abschluß des Werks zu gehen, das vor zwei Jahrzehnten in dem Augenblick zusammenfiel, da es gekrönt werden sollte. Der große Gegensatz von damals, der zwischen Oestreich und Preußen, ist heute beseitigt — werden die übriggebliebenen kleineren, partikularen Gegensätze den nationalen Mächten Stand halten können, welche sich rühmen dürfen, heute das „Schwert und Schild“ Deutschlands mitzubringen, das vor zwanzig Jahren gefesselt in der Scheide lag?

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift
für
Politik und Literatur.

№ 10.
Ausgegeben am 6. März 1868.

Inhalt:

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.
Literarische Beilage von G. Basse in Quedlinburg.

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

Karl Mathy.

Viele Deutsche wissen, daß der Verstorbene ein ungewöhnlich kluger und kräftiger Mann war, auch daß in seinem Wesen eine Gewalt und furchtlose Entschlossenheit lag, welche bei großen Entscheidungen die Bewunderung der Freunde, den Zorn der besiegten Gegner aufregte. Aber nur, wer ihm persönlich nahe getreten, weiß, wie anspruchslos und bescheiden sein Gemüth war, wie geneigt zu liebevoller Würdigung andersgeformter Menschennatur, und wie schön sich neben der Energie und unermüdlichen Thatkraft seine behagliche Laune und die Fähigkeit heiteren Lebensgenusses ausnahmen. Sein Wirken wurde stets durch große Ideen gerichtet und meinte bei der genauesten Sorge um Einzelnes das Ganze und Höchste; aber überall, wohin er durch sein wechselvolles Schicksal geführt wurde, hat er einen großen Kreis warmer Freunde um sich geschlossen.

Ungewöhnlich reich an Ereignissen, an Wechsel des Ortes und der Thätigkeit ist sein Leben, und schon die Größe und Mannigfaltigkeit der Interessen, welche er umfaßte, würden eine ausgeführte Lebensbeschreibung lohnend machen. Aber sein Leben hat für unsere Nation noch eine besondere Bedeutung. Von dem Jahre 1830 bis zur Gegenwart hat er als Journalist, Volkslehrer, Abgeordneter, Leiter großer Geschäfte und als Staatsmann seine Kraft für Andere gerade immer in den Thätigkeiten verwerthet, welche nach dem Zuge der Zeit obenan standen und wesentlich waren für die größten Fortschritte unserer Nation; bei jeder von diesen verschiedenen Aufgaben war er voller und ganzer Mann, und bei jeder, auch der größten, hat er einen Ueberschuß von Kraft bewährt, welcher das Vertrauen gab, daß er zu noch Höherem befähigt sei.

So stellt sein Leben in einer Reihe von Bildern dar, wie an einem einzelnen Mann der große Bildungsprozeß der letzten vierzig Jahre sich vollzog, von dem ersten unsicheren Ringen nach deutscher Einheit bis in die Jahre ihrer politischen Realisirung. Sehr gering ist die Zahl derer, welchen vergönnt war, diese aufreibenden Kämpfe im steten Einvernehmen mit den besten Zeitforderungen durchzukämpfen; unter Allen, welche von 1830 bis zur Gegenwart in großen Verhältnissen gedauert haben, ist keiner, der so hingebend, so kriegerisch und in so exponirter Stellung alle Conflicte durchgekämpft und zu

so souveräner Freiheit in ihnen gewachsen ist, wie er. Möge man die Größe dieser gesunden Natur auch aus der folgenden kurzen Darstellung seiner äußeren Schicksale erkennen.

Schon das Leben seines Vaters wurde in ungewöhnlicher Weise von dem geistigen Kampf der Aufklärungszeit ergriffen. Der Vater, Johann Arnold Mathy, im Jahre 1754 auf einem Dorfe bei Boppard von armen Eltern geboren, in einer Jesuitenschule unterrichtet, studirte katholische Theologie. Mühevoll arbeitete sich der kränkliche Knabe herauf, endlich wurde er Hofmeister in einem gräflichen Hause zu Heidelberg. Dort fielen die Strahlen der Aufklärung warm in seine empfängliche Seele, er studirte in seinen Mußestunden rastlos kantische Philosophie und Mathematik. Mit solcher Bildung wurde er katholischer Weltgeistlicher und ein beliebter Kanzelredner Heidelbergs. Streng, eifrig, mit dem stillen Gefühl philosophischer Ueberlegenheit führte er auf der Kanzel und in anonymen Flugschriften seinen Kampf gegen Möncherei und Jesuitismus. Als nach Aufhebung des Jesuitenordens in der Pfalz die lateinischen Schulen mit Weltgeistlichen besetzt wurden, war er einer der besten Lehrer zu Heidelberg. Aber sein Zwist mit der orthodoxen Partei der alten Kirche hörte nicht auf. Der Kurfürst Karl Theodor wurde bewogen, französische Lazaristen an Stelle der Jesuiten ins Land zu rufen und die Unwissenheit und Sittenlosigkeit der meisten Mitglieder dieser halbmönchischen Congregation rief einen mehrjährigen Widerstand der aufgeklärten Weltgeistlichen des Landes hervor. Die persönlichen Chikanen und der verbissene Haß der Gesellschaft zwangen endlich doch den Kantianer, seine Stellung aufzugeben, er siedelte 1789 nach Manheim über, zog den Priesterrock aus, wurde Protestant und errichtete 1800 eine Privaterziehungsanstalt, welche er 1807 bei Gründung des Lyceums von Manheim eingehen ließ, um als Professor — Latein und Mathematik — an diesem zu wirken. Im Jahre 1806 heirathete der 52jährige Mann, das erste Kind war Karl Mathy.

Die Mutter war eine anspruchslose, einfache Frau, welche mit tiefer Verehrung zu dem gelehrten Gatten aufsah. Wissen und Lehre des Vaters waren mit vielen geheimen Wunden und Schmerzen bezahlt, sie waren sein größtes Gut, sein Stolz, und Trost in unsichren Lagen. Der Vater zog den Knaben mit eiserner Strenge, der kategorische Imperativ Kants, sein hohes Pflichtgefühl wurde in die Seele des Sohnes gedrückt, im Unterricht die Lieblingswissenschaft des alten Herrn, die Mathematik, bevorzugt, auch der Haß des Vaters gegen Gleißnerei, hohlen Schein und den Egoismus der Mächtigen ging auf den Knaben über, und eine deutsche Gesinnung, die durch den Streit mit den fremden Lazaristen besonders lebendig geworden war. Als Karl neun Jahr alt war, ließ sich der Vater wegen Kränklichkeit pensioniren, fuhr aber fort, bis zu seinem Tode im Jahr 1825 Privatunterricht zu

ertheilen. Mit 14 Jahren begann auch Karl Privatstunden zu geben, bald trug er zur Erhaltung der Familie seinen Theil bei. Neben den Schulstunden gab er den ganzen Tag Unterricht, seine Aufgaben arbeitete er in der Nacht.

Im Herbst 1824 bezog Karl die Universität Heidelberg, dort Cameralia zu hören, ein Studium, welches von der Regierung begünstigt wurde und dem jungen Beamten eine gute Laufbahn in Aussicht stellte. Auch auf der Universität wurde Mathy seiner verwittweten Mutter und den jüngern Geschwistern eine unentbehrliche Stütze, er selbst lernte, während er Ausländer im Deutschen unterrichtete, fertig französisch, im letzten Jahr englisch. Er war ein guter Lehrer und es fehlte ihm nie an Gelegenheit zum Unterricht. Unter diesen Verhältnissen erhielt er in den Jahren, wo sonst der junge Mann durch das Vaterhaus erhalten wird, eine seltene Festigkeit und Selbständigkeit der Existenz. Dabei war er nach den Begriffen der Jugend ein tüchtiger Student, natürlich Burschenschafter; still, fest, zuverlässig, stets gesammelt, übte er den größten Einfluß auf seine Bekannten, unter denen er sich auch als ausdauernder Kamerad in fröhlicher Geselligkeit und Gesang bewährte. Als später sein eigener Sohn Karl in derselben Verbindung zu Heidelberg war, riefen diesen seine Freunde zur Durchsicht des Buches, in welches seit früheren Studentengeschlechtern die Duelle eingezeichnet wurden, und wiesen ihm, daß sein Vater unter anderem an einem Morgen zweimal auf Mensur gestanden hatte. Und als der Sohn dies dem Vater berichtete, mußte dieser sagen: ich werde den Vätern schreiben, sie sollen sich hüten, ihre Söhne auf dieselbe Universität zu schicken, wo sie ihre Streiche gemacht haben. In den Universitätsjahren geschah es auch, daß Mathy einst mit einem Freunde zu Manheim im Winter einen Hund seine Schwimmkunst im Rhein versuchen ließ. Der Hund verlor im kalten Wasser die Kraft und war im Begriff unterzugehn, da warf sich Mathy in den Rhein, rettete das Thier und kam zum Schrecken seiner Familie triefend und erstarrt nach Hause.

In zwei und einem halben Jahr hatte er nach damaligem Brauch als fleißiger Hörer seine Studien vollendet; er blieb im Jahr 1827 in Heidelberg, gab Privatstunden und benutzte die Muße, zu dem Französischen, das er fertig sprach, auch englisch zu lernen. Der Aufenthalt in Heidelberg und seine Privatstunden hatten ihm die Bekanntschaft von Franzosen und Engländern zugeführt, das Interesse an der Fremde vergrößert. Die Begeisterung der Jugend und die Sehnsucht nach thatkräftigem Wagniß waren in ihm mächtig geworden und es war eine heiße Flamme, welche in seinem ernsten, zusammengefaßten Wesen aufbrannte. Jetzt stand er vor der Aussicht, in einem kleinen Staat als Rad in die Maschine eingefügt zu werden, und in seiner Aktenstube dahinzuleben. Da faßte ihn mit unwiderstehlicher Ge-

walt der Wunsch, sich in die großen Kämpfe seiner Zeit zu werfen. Er hatte sich Reisegeld gespart und ging nach Paris, um dort dem Philhellenencomité seine Dienste für den griechischen Befreiungskampf anzubieten. In Paris schrieb er an den Grafen Harcourt — er hat das Concept des Briefes aufbewahrt — bot sich und sein Leben der Freiheitssache an und ersuchte um Beförderung nach Griechenland. Bei der Menge von Abenteurern, welche sich damals zudrängten und der diplomatischen Wendung, welche die griechische Angelegenheit bereits erhalten hatte, war natürlich, daß Graf Harcourt ihm eine höfliche Ablehnung zugehen ließ. Aber so schnell war dieser feste Sinn nicht von einem Vorsatz abzubringen; dreimal schrieb er und forderte, daß man seinen ehrlichen Willen nicht zurückweise, bis es ihm gelang, den Herren vom Comité Theilnahme für seine Person einzuflößen, so daß sie ihm durch verständige Auseinandersetzung die Ueberzeugung beibrachten, für ihn sei keine Gelegenheit mehr, den Griechen zu nützen. Da blieb er den Sommer in Paris und gab wieder Unterricht.

Im Herbst rief ihn ein bittender Brief seiner Mutter zurück, welche nicht verfehlte beizufügen, die Manheimer meinten, daß der gelehrte Student aus Sorge vor der Staatsprüfung weggegangen sei.

Mathy kehrte zurück, den größten Theil des Weges zu Fuß, und kam mit wunden Füßen in der Heimath an, als seine Studiengenossen schon zu den Examenarbeiten versammelt waren. Er meldete sich nachträglich, wurde bereitwillig angenommen, bestand die lange Prüfung, welche unter den Aspiranten für schwierig galt, als Bester und wurde „sehr gut befähigt" zu den Ehren und Hoffnungen eines Cameralpraktikanten — was etwa den Würden eines preußischen Regierungsreferendars entspricht — eingezeichnet.

Aber fast unmittelbar nach seiner Aufnahme in den Staatsdienst schlugen die Wellen der pariser Bewegung von 1830 über den Rhein; sie zerwühlten überall den unsichern Staatsbau der früheren Rheinbundstaaten, aus ihnen erhob sich ein neues Geschlecht von Journalisten und Politikern. Mathy gehörte zu denen, welche von ganzem Herzen Beruf und Neigung fühlten, für die Erhebung der Nation aus der undeutschen Politik des Fürsten Metternich zu arbeiten.

Eine Darstellung unserer Parteien seit 1815 würde lehren, daß stets die herrschende ihr Gegenbild heraustrieb, das bei entgegengesetzter Tendenz auch die größte Aehnlichkeit mit der feindlichen Partei hatte, ebenso wie der Halm so emporschießt, daß sich über einem Blatt das entgegenstehende erhebt, und wie jede Farbe ihre Ergänzungsfarbe im Auge bildet. Die Regierungen hatten nach Tilgung Napoleons über den Lebensinteressen ihrer Völker eine Solidarität ihrer dynastischen Regierungsinteressen proclamirt, die Opposition im Volke verlor genau in demselben Maße den nationalen

Charakter und die liberalen Interessen verbanden alle Unzufriedenen Europas zu einer großen Familie. Wie den Regierungen russische, östreichische, französische Reaction als eine Stärkung des eignen Bestandes erschien, genau ebenso war im deutschen Volk der Pole, der Italiener, der mißvergnügte Franzose ein werther Bundesgenosse. Wie die Regierungen durch Censur und rohe Unterdrückungen des gedruckten Wortes die Aeußerungen jeder Unzufriedenheit ersticken wollten, gerade ebenso begrüßte die Volkspartei jede geheime Druckschrift, jedes entschlossene Wort mit Freude trotz dem Bedenklichen des Inhalts. Und wie den Regierungen das verächtlichste Individuum, wenn es sich als gesinnungstreues und scrupelloses Werkzeug brauchen ließ, willkommen war, gerade so ertrugen auch die Besten in der Opposition Fanatismus, Selbstsucht, hohle Eitelkeit, Gewaltthätigkeit und unehrliche Mittel ihrer Mitglieder. Aus völligem Umsturz aller Verhältnisse hatten sich die neuen Verhältnisse gebildet, jeder der Lebenden wußte, wie willkürlich und zufällig die Regierungen waren, die der wiener Frieden hinterlassen hatte; zahllose Rechte und historische Ansprüche waren unter den Heerwagen der nächsten blutigen Vergangenheit zu Staub zermalmt, die Regierenden mit ihren Beamten forderten jetzt vergeblich Ehrfurcht vor den Gesetzen, welche sie in beständiger Sorge um die eigene Dauer, zuweilen mit bösem Gewissen gaben, auch die Opposition proclamirte und wollte gesetzlichen Fortschritt, aber kein Scharfblickender konnte sich bergen, daß auf diesem Wege kein Ende abzusehen war und der besonnene Patriot unterschied sich von dem Verschwörer zuweilen nur dadurch, daß er an den Erfolg gewaltthätiger Mittel nicht glauben konnte.

So war es auf dem ganzen Festlande Europas vom Tajo bis zum Dniepr. Aber die Deutschen hatten gleich den Italienern noch ein besonderes politisches Leiden. Sie waren als Deutsche aufgerufen worden zur Vertreibung der Fremdherrschaft, hatten Blut und die letzte Habe dafür eingesetzt und die Folge aller großen Gefühle, leidenschaftlicher Anstrengungen und feierlicher Versprechen war für einen großen Theil der Deutschen öde Kleinstaaterei geworden. Der eigene Kleinstaat erschien dem Patrioten damals wie eine dürftige Interimswohnung. Seine besten Pflichten und heißesten Wünsche gehörten einem Ideal, welches keinen stärkern Feind hatte, als die bestehenden Staatsgewalten. Wohl jeder dachte sich die Realisirung dieses edlen Traumbildes anders; sicher erschien dem Süddeutschen, daß es nicht Oestreich, nicht Preußen, nicht deutscher Bund werden sollte. Doch eines erkannten die Besten: nur ein Heranziehen des Volkes zum politischen Leben, Entwickelung seines Wohlstandes und seiner praktischen Tüchtigkeit konnten zu einer Besserung führen.

Es ist sehr lehrreich, an einzelnen Menschenleben zu prüfen, wie allmählich

diese unbestimmten Ideen sich läuterten und umformten, bis sie zu praktisch greifbaren Forderungen wurden, aber auch, wie viele warmherzige Männer in Verbitterung und Irrfahrten sich verloren. Uns erscheint jetzt Manches in dieser Zeit der Bewegung als schwächlich; es waren in Wahrheit harte, aufreibende und menschenvertilgende Kämpfe zwischen geliebten Traumbildern und schlechter Wirklichkeit, und die Nachwelt wird auch den Opfern ihre Theilnahme nicht versagen.

Mathy begann seine politische Thätigkeit als Journalist zuerst auf den anspruchslosen Seiten des Karlsruher Unterhaltungsblattes (III. Jahrg. 1830): Natur- und Völkerleben, kleine Geschichten, Aphorismen. Schnell wuchsen ihm die Schwingen; er wurde politischer Correspondent anderer Localblätter und Zeitungen, seit dem Jahre 1832 der eigentliche Redacteur der Zeitschrift „Der Zeitgeist" (Karlsruhe bei Hasper, 1832—34, zweimal, dann dreimal wöchentlich). Es war ein wesentlich politisches Volksblatt mit belehrender Tendenz, welches die politischen Neuigkeiten in prägnanter Uebersicht zusammenfaßte, Correspondenzen über locale Angelegenheiten brachte, vor allem Artikel über Tagesfragen, über Pflichten und Rechte des Staatsbürgers gegen Tyrannei und Uebergriffe der Beamten, über Verfassung und öffentliches Recht des Auslandes u. s. w. Diese alle im Sinn des damaligen Liberalismus, für dessen glänzendes Vorbild officiell Rotteck galt. Aber schon ist das selbständige Urtheil des jungen Journalisten bemerkenswerth, die Klarheit seines Stils, die Ehrlichkeit seiner Ueberzeugung, mit Vorliebe sind national-ökonomische und sociale Fragen behandelt, mit tüchtiger Fachbildung; überall spricht ein warmherziger Deutscher, der sein Volk gegen alle Fremden zu rühmen begierig ist. Die Zeitschrift machte großes Aufsehen in Baden, nicht zuletzt bei den Beamten; die Autorschaft Mathy's blieb kein Geheimniß, er wurde gefürchtet und mißliebig. Der Censor bekam Weisungen, die Censurstriche wurden zahlreich, und — was damals noch erlaubt war, — durch leere Stellen im Texte angedeutet. Doch wollte die Regierung den hoffnungsvollen Beamten nicht verlieren; man hatte ihm, um ihn zu gewinnen, zu den 400 Gulden seines Gehaltes noch lohnende Nebenarbeit überwiesen, jetzt häufte man die Acten in seiner Stube, um ihm die journalistischen Allotria unmöglich zu machen. Das war vergebens, seine Arbeitsfähigkeit schien unbegrenzt, er schrieb in der Nacht, und nicht nur in den Zeitgeist, auch als Correspondent der Augsburger Allgemeinen und anderer Blätter. Sein wohlwollender Chef, Finanzminister Böckh, ließ ihn kommen: „Wenn Sie sich entschließen können, Ihre ganze Kraft der Regierung zur Disposition zu stellen, sollen Sie eine Carrière machen, wie noch nie jemand in Baden". Darauf Mathy: „Das heißt ja wohl, ich soll für die Regierung schreiben?" Böckh: „Allerdings." Mathy: „Nun, Excellenz, mit Ihnen

wollte ich's wagen, wir Beide würden miteinander fertig werden, aber Ihre Herren Collegen —" Da blieb der Regierung nichts übrig, als den unbotmäßigen Secretär zu entlassen. Doch wurde er in der Liste der Cameralpraktikanten noch fortgeführt, bis er selbst die Tilgung forderte. Den Zeitgeist aber beschloß man durch die Censur zu beseitigen, zumal seit dem Censor begegnet war, daß er eine kleine orientalische Geschichte unbeanstandet dem Druck überlassen hatte, in welcher eine Rundreise des Großherzogs witzig parodirt war — in sehr harmloser und patriotischer Tendenz. Der Censor erhielt darum eine Nase und strich seitdem zornig und ohne Wahl, manchmal den Anfang, manchmal das Ende unschuldiger Artikel, und es half nicht viel, daß Mathy ihn persönlich zur Rede stellte, weil er durch das unsinnige Streichen eine arge Gesetzwidrigkeit begehe.

So war Mathy den Leiden und dem Aerger, welche ein Journalist unter der Censur zu ertragen hatte, preisgegeben und das kleine Fahrzeug seines Lebens schwamm muthig in Wind und Wellen einer aufgeregten Zeit. — Aber gerade in diesen Jahren hatte ihm ein gütiges Schicksal auch das Geschenk zugetheilt, welches ihm sein Privatleben weihen und der stille Mittelpunkt seines Fühlens und aller seiner Hoffnungen werden sollte. Im Jahre 1830 sah er in dem Hause eines Bekannten, Stromeyer, den er täglich besuchte, die Schwester desselben, Anna. Als sie an einem Morgen in das Zimmer trat im Trauerkleide, — sie hatte kurz vorher ihren Vater, Amtsphysikus in Tauber-Bischofsheim verloren, — da stand sofort sein Entschluß fest, daß diese seine Frau werden sollte oder keine. Er war damals 23 Jahr, aber er sah weit älter aus. Hager, das Antlitz sehr ernst, stand er schweigsam unter den Freunden.

Das Gefühl war so schnell in ihm aufgeblüht, aber es wurde zur dauerhaften Flamme, welche seinem ganzen Leben Wärme und stillen Inhalt gab, es war eine ächt deutsche Liebe, tief, unzerstörbar, seit er der Geliebten sicher war, schritt er wie gefeit durch allen Sturm des Lebens. Wie unablässig sein Geist in den großen Aufgaben der Zeit arbeitete, sein Glück fand er seitdem nur an der Seite der geliebten Frau, welche, stark und fest wie er, seine Vertraute bis zur letzten Stunde seines Erdenlebens blieb. Als er beim Bruder um die Geliebte warb, und diesem die unsichere Stellung Mathy's Bedenken machte, sagte Mathy ruhig, „wir können warten". Es war damals weit schwerer als jetzt, auf journalistische Thätigkeit ein Hauswesen zu gründen; Mathy setzte das doch durch, und konnte nach der Vermählung seiner jungen Hausfrau einige hundert Gulden aufzeigen, die er für letzte Fälle zurückgelegt hatte. Auch äußere Hindernisse hatte die Verbindung. Schon war das Brautkleid fertig, der Brautkranz gewunden, da kam der Braut in Schwetzingen die Schreckensnachricht, daß Mathy in Karlsruhe ver-

haftet sei. Er war einer Verbindung mit Solchen verdächtig geworden, die durch das frankfurter Attentat compromittirt waren. Und obgleich er selbst selten an einer politischen Demonstration theilnahm und niemals Mitglied einer politischen Gesellschaft war, so hatte er der Polizei doch Grund zu Mißtrauen gegeben. Denn unter den Compromittirten waren Universitätsbekannte von ihm und er galt dafür, ein treuer Nothhelfer zu sein. So kam es, daß die Flüchtlinge bei ihm Unterschlupf und Rettung suchten, er selbst gestand später ein, daß er nach und nach vier von ihnen mit düsteren Gedanken und zum Aeußersten entschlossen durch die Grenzwächter über den Rhein nach Frankreich geschafft habe. Man entließ ihn übrigens bald und er führte nach der Vermählung in Schwetzingen 1833 als glücklicher Mann seine Anna in die kleine Wohnung auf der Herrengasse zu Karlsruhe. Noch in den letzten Jahren seines Lebens richtete er bei Spaziergängen mit seiner Frau gern die Schritte nach dem Hause, wo sie in der Jugend den Haushalt begonnen hatten. Dann sah er zu den Fenstern hinauf und sprach von alter Zeit.

Aber die jungen Gatten wurden bald aus ihrem Haushalt aufgescheucht; „der Zeitgeist“ war durch die Tücke des Censors vertilgt worden. Es waren zuletzt der leeren Blätter mehr als des gedruckten Textes. Die Polizei beharrte im höchsten Mißtrauen gegen die zerstörenden Tendenzen des jungen Schriftstellers, der Bundestag zwang die süddeutschen Regierungen zu Verfolgungen, auch wo sie geneigt waren zu schonen. Mathy fühlte jetzt als Hausvater doppelt tief das Unsichere seiner äußeren Lage und beschloß, nach der Schweiz überzusiedeln.

Im Jahre 1835 ging er nach Biel voraus; seine Frau folgte mit dem erstgeborenen Sohne, zunächst nach Bern. Auch in den Cantonen der Schweiz lag alte und neue Zeit im erbitterten Kampf, und politische Flüchtlinge aus fast allen Ländern Europas steigerten die Bewegung im Bunde mit den liberalen Parteien der Schweiz, daneben in geheimen Gesellschaften, welche die Absicht hatten, von der Schweiz aus das alte System der Großstaaten zu bekämpfen. Es war eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft; neben besonnenen und charaktervollen Männern gehaltlose Enthusiasten, scrupellose Verschwörer, schlechte Abenteurer. Durch Gemeinderäthe von Biel war eine Presse eingerichtet worden, auf Actien sollte ein neues Journal „La jeune Suisse“ in französischer und deutscher Sprache als Organ aller Liberalen herausgegeben werden. Mathy wurde engagirt, die französischen Artikel ins Deutsche zu übersetzen. Er that auch hier seine Pflicht und mehr als das; er sorgte bald auch um die französischen Artikel des Blattes und hatte Mühe, in den geschäftlichen Betrieb Regelmäßigkeit zu bringen. Aber es war doch eine unordentliche Wirthschaft, welche dadurch noch unsicherer wurde, daß die Großstaaten drohend von der Schweiz die Entfernung der Flüchtlinge ver-

langten. Die conservative Partei in der Schweiz begann die bekannte Flüchtlingshatz. Das Journal wurde unterdrückt, auch Mathy vor den Untersuchungsrichter gefordert und ausgewiesen.

Aber er hatte Freunde unter den liberalen Schweizern gewonnen, ihre Verwendung wirkte ihm bei einzelnen Lokalregierungen stillen Aufenthalt aus. Für ihn selbst wurde diese Zeit der Unsicherheit und eines harten Ringens mit dem Leben zugleich die hohe Schule seiner politischen Bildung. Hier lernte er Charakter, Wissen und Wollen Vieler kennen, welche sich berufen glaubten, die Leiden der kranken Zeit zu heilen; gegenüber den Phrasen, abgeschmackten Verschwörungsgedanken und den verzweifelten Plänen vieler Flüchtlinge sah er mit Freude die tüchtige maßvolle Kraft seiner freundlichen Schweizer, welche fest in ihren Gemeinden standen und klug die örtlichen Interessen für sich zu benutzen wußten, ein umsichtiges, nüchternes, praktisches Wesen, und wo die Liberalen zur Regierung gekommen, straffes Regiment und Verachtung aller enthusiastischen Planlosigkeit.

In seiner Verborgenheit arbeitete Mathy gern Nationalökonomisches, schrieb in Rau's Zeitschrift und in das Staatslexicon von Rotteck und Welker. Durch seine Schrift „Der Zehnt" erhielt er den Preis, welcher im Canton Bern für Lösung dieser damals den Schweizern praktisch wichtigen Frage ausgesetzt war. So wurde er allmählich mit den Menschen und Verhältnissen der Schweiz vertraut; endlich ward ihm die Aussicht eröffnet, Vorsteher einer neu einzurichtenden Bezirksschule zu Grenchen im Canton Solothurn zu werden, wenn er vorher eine Staatsprüfung ablegen wolle. Das hatte besondere Schwierigkeiten, denn er wurde von der reactionären Partei, welche in mehreren Cantonen noch die Regierungsmaschine in Händen hatte, verfolgt. So ging er heimlich nach Aarau, wo der Schulrath liberal war; dort im Schulgebäude wurde er geprüft und hielt seine Probelection; so oft er die Reihe der Schüler hinabging und an das Fenster kam, sah er die Polzeibeamten draußen harren, um ihn zu ergreifen. Ihm machte es geringe Sorge, aber der Schulrath selbst beschleunigte das Ende der Prüfung, Mathy erhielt sein Zeugniß, wurde eine Hintertreppe hinab in einen bereitstehenden Wagen geschafft und fuhr nach Luzern, wo er bei dem Bundesrath die Aufhebung des alten Ausweisungsdecrets ohne Mühe erlangte. Drei Jahre war er in gefährdeter Lage gewesen, muthig und hoffnungsvoll hatte er mit seiner Frau die schwere Zeit ertragen, jetzt hatte er eine Heimath, einen abgegrenzten Wirkungskreis, eine bescheidene, aber sichere Existenz. Mit einem Wohlgefühl, das er lange nicht gekannt, begann er seine Lehrerthätigkeit.

Die Bezirksschule, welche er als erster Lehrer im Frühjahr 1838 einrichtete, hatte den Zweck, fähigen Knaben, die den Elementarunterricht der Landschule absolvirten, den Uebergang in anderen Lebensberuf zu

ebenen. — Uns fehlen diese wichtigen Realschulen der Dörfer noch fast ganz. — Herzerfreuend war der Antheil, welchen die Dorfleute an den beiden feinen Fremdlingen nahmen, und das Verständniß, womit sie die Fortschritte begrüßten, die ihr Dorf in Wissen und Cultur machte. Mathy und seine Frau wurden bald die Lieblinge des Ortes. In den bescheidenen Verhältnissen lebten die Gatten sehr glücklich; am Sonntag Besuch von studirten Freunden aus Aarau und Solothurn, in der Woche ein arbeitsames Stillleben; leise gingen die aufgeschossenen Alemannenjünglinge die Treppe zur Schulstube hinauf und hinab, um die Hausfrau und ihre kleinen Kinder nicht zu stören; was sie ihnen Liebes an den Augen absehen konnten, das thaten sie freudig. Mathy war nach seiner Weise unermüdlich, er richtete in der Schule auch eine lateinische Classe ein, saß in den Freistunden eifrig über literarischen Arbeiten, in den Winterabenden, wenn der Sturm tobte und der Schnee hoch im Thale lag, las er seiner Frau Shakespeare und die deutschen Dichter vor. Es war freilich ein knapper Haushalt, aber Frau Anna verstand die Kunst, unter allen Umständen behaglich Haus zu halten; auch die Culturgenüsse, welche das Dorf nicht bot, fanden zuweilen aus den Cantonsstädten Zugang. So hatte Mathy einst in der Stadt ein schönes Packet Kaffee als Geschenk für die Hausfrau eingekauft und trug es zu Fuß über die Berge, da überfiel ihn ein starkes Gewitter im Freien, ein Blitz schlug dicht neben ihm ein und warf ihn betäubt zu Boden; als er die Besinnung wieder fand, war sein erster Gedanke, daß seine Frau durch solche elementare Zudringlichkeit nicht den Kaffee verlieren dürfe; er suchte in Finsterniß und strömendem Regen sorglich zusammen, was sich von dem zerstreuten Schatz auffinden ließ, und lieferte es vergnügt seiner Herrin ab, ohne seines Abenteuers mit dem Blitze zu erwähnen; erst als Frau Anna erstaunt auf die verwüsteten Bohnen sah, kam das Unglück heraus.

Fast drei Jahre waren in diesem Stillleben vergangen. Mathy hatte Aussicht, das Schweizer Bürgerrecht zu erhalten und wahrscheinlich bald einen größern Wirkungskreis. Aber er fühlte doch sehr tief, daß seine Arbeitskraft der deutschen Heimath angehöre. Er war eine kampffrohe und organisatorische Natur und die politischen Kämpfe der Heimath beschäftigten ihn immer leidenschaftlicher. Das Jahr 1840, die Kriegsgefahr von Frankreich her und die Thronbesteigung Friedrich Wilhelm IV. hatten in die deutsche Bewegung neuen Schwung gebracht; in Baden vereinigte die Reaction des Ministeriums Blittersdorf alle liberalen Kräfte zu entschlossenem Streit; man schrieb ihm, daß er dort nöthig sei; ein persönlicher Bekannter, der Buchhändler Groos bot ihm die Redaktion einer neuen Zeitung unter guten Aussichten an. Mathy merkte, daß er von dem idyllischen Leben scheiden müßte, aber die Trennung wurde schwer. Die ganze Gemeinde Grenchen hatte sich bei der

Abreise ihrer fremden Freunde versammelt, die Frauen hoben die Kinder in die Höhe, daß sie noch einmal die Scheidenden erblickten. Und dies herzliche Verhältniß der Deutschen zu dem Schweizerdorfe hat bis zur Gegenwart gedauert. Auf das Grab des geschiedenen Lehrers haben in den letzten Wochen auch die Grenchner ihre Kränze gesandt.

Das Jahr 1841 wurde für Mathy der Anfang größerer Thätigkeit. Damals 34 Jahre alt, war er unter ernsten Prüfungen zum politischen Manne gereift, gerade seine Flüchtlingszeit, der Aufenthalt in den freien Gemeinden der Schweiz hatte ihn gelehrt, was dem deutschen Bürger und Bauer zumeist Noth thue, daß die Formen, in denen unser Volk zur Freiheit und Größe gelangen könne, andere sein müßten, als die der republikanischen Cantone. Sein eigener Werth war streng geprüft worden; er brachte das ruhige Selbstgefühl eines bewährten Mannes heim. Der Anfang seiner neuen Thätigkeit als Schriftsteller und Abgeordneter war wieder leidvoll. Als er in Karlsruhe ankam, fand er den Verleger Groos tief gebeugt durch Familienunglück; ein halbes Jahr darauf pflegte er ihn in der letzten Krankheit. So wurde die „Badische Zeitung", welche Mathy seit dem 1. Januar 1841 als verantwortlicher Redakteur herausgab, in ihrem Gedeihen gestört, er setzte sie vom 1. Juli unter dem Titel „Nationalzeitung" fort, aber seine Thätigkeit wurde schon im nächsten Jahre durch die „Landtagszeitung" in Anspruch genommen, welche er, jetzt selbst Abgeordneter für Constanz, herauszugeben veranlaßt ward. Ihr folgte im Jahre 1846 die „Rundschau".

Mancher von den Publicisten der Gegenwart weiß wohl nicht, daß Mathy einer unserer bedeutendsten Journalisten und politischen Schriftsteller war. Ein ausgezeichneter Reporter, verstand er die längsten Reden in wenig Sätzen so scharf und charakteristisch zusammenzufassen, daß der Redner zuweilen Ursache hatte, sich bei der Logik seines Berichterstatters zu bedanken; er war ein ebenso guter Verfasser von Leitartikeln, schnell, prompt, immer zur rechten Zeit fertig, schmucklos und klar, sicher und von fester Ueberzeugung, dabei zuweilen von unwiderstehlicher Wirkung durch eine trockene Laune und eine feine und scharfe Ironie. Außerdem, — seine Zeitungen schrieb er fast ganz selbst, — von einer Fruchtbarkeit, die unendlich schien, er trieb Andere zum Schreiben, schrieb selbst in die meisten liberalen Provinzialblätter des Südens, in größere Zeitungen, außerdem nationalökonomische Artikel für gelehrte Zeitschriften, dies alles ohne jemals müde zu werden und ohne sich auszugeben, und alles als Nebenarbeit; denn seine Hauptthätigkeit verlief in den endlosen Sitzungen der zweiten badischen Kammer.

Als Itzstein im Jahre 1842 Mathys Eintritt den Parteigenossen mittheilte, sagte er: „Jetzt bringen wir euch Einen, wie ihr noch keinen gehabt habt!" Und das war allerdings wahr. Mathy hatte nicht den Ehrgeiz, ein

bewunderter Redner zu werden. er sprach nur bei wichtiger Veranlassung, dann gedrungen, einfach, scharf zur Sache, aber in seinen Worten war eine Klarheit und die Wucht einer starken Natur, welche des Eindrucks niemals verfehlte. Dagegen wurde er wieder der Arbeiter der Partei, für Organisationsentwürfe und Kritik der Gesetzgebung, und ständiger Referent über das Budget; seine Referate, auf die umfassendsten Vorarbeiten gestützt, können noch jetzt als Muster gelten.

Die Opposition des badischen Landtags von 1842—1848 zog durch ihren Reichthum an Talenten und die Lebhaftigkeit ihres Kampfes um freiere Staatsformen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, sie wird für alle Zeit bedeutsam sein, weil sich in ihr zuerst die Parteigegensätze der Liberalen und der socialen Demokraten schieden. Seit dem Winter 1845 sind die Anfänge dieser Trennung erkennbar, die nur dadurch aufgehalten wurde, weil alle die Ueberzeugung hatten, daß man gegen die gemeinsamen Gegner zusammenhalten müsse. Schon in der Frage um Staatsunterstützung für die großen Fabriken, deren Existenz durch den Haberschen Concurs bedroht war, stand Mathy allein, auch von seinen nächsten Freunden verlassen; und als im Beginn des Jahres 1848 ein Theil der Linken sich herbeiließ, die Massen aufzuregen und dafür sogar die sociale Frage auszubeuten, stemmte sich Mathy mit aller Energie dagegen und rief dem Redakteur der Seeblätter, Fickler, die Warnung zu, er möge sich hüten; er empfing dafür die trotzige Antwort, Mathy selbst solle sich in Acht nehmen. Das war freilich nicht Mathys Art.

Und als der Sturm losbrach und im Süden alles aus den Fugen ging, da fühlte Mathy in gehobener Stimmung, daß jetzt lebendig werden könne, was seit seiner Jugend ihm als heißer Wunsch in der Seele lag, ein großer deutscher Staatsbau, der durch Benützung der Regierungen errungen werden könne, und er sah mit zorniger Verachtung auf die kopflosen Versuche alter Bekannter, der Hecker, Brentano, Struve, Fickler, durch zusammengelaufene Freischaaren und französische Hülfe eine deutsche Republik in einer Bevölkerung zu proklamiren, die nichts von republikanischer Zucht und Selbstbeherrschung hatte. Fickler hatte am 7. April in Manheim offenen Aufruhr verkündet und zur Absetzung des Großherzogs aufgefordert. Am Tage darauf fuhr er nach Constanz, um dort nach Verabredung mit Hecker loszubrechen, da traf ihn Mathy auf dem Bahnhof zu Karlsruhe, ließ ihn verhaften und fuhr darauf nach Manheim, wo er die Sensenmänner Heckers, die den Tod des Verräthers forderten, durch ruhiges Entgegentreten verstummen machte und die Bürgerschaft durch eine Anrede vom Rathhaus ermuthigte, eine Aufforderung zu gesetzlichem Verhalten unter allgemeinem Jubel zu unterzeichnen. Wohl war er der Mann, Baden vor dem Unglück

einer thörichten Revolution zu bewahren, und die Regierung hatte wahrscheinlich eine Empfindung davon, als sie ihn kurz darauf zum Staatsrath machte. Aber man kam nicht zu dem Entschluß, ihn an die Spitze der Geschäfte zu stellen; Mathy ging zum Vorparlament nach Frankfurt und der kurze Schreck, welchen sein Eingreifen über die Verschwörer gebracht hatte, hielt bei der Schwäche der badischen Beamten nicht vor.

Ihm selbst war gleichgültig, daß er jetzt plötzlich ein Gegenstand wüthenden Hasses für die Volkshaufen geworden war, er widmete seine ganze Thätigkeit den Arbeiten der Paulskirche, wurde Unterstaatssecretär im Reichsministerium der Finanzen, und war zeitweise als Commissarius in Kiel und München. Damals wurde ihm auch einmal — und zwar durch Vermittlung Varnbülers — das Finanzministerium Würtembergs angeboten. Ein angesehenes Mitglied seines Clubs, wenn er die Tribüne betrat mit Achtung und Scheu gehört, hielt er doch im Ganzen sich zurück, seinem Scharfblick wurde frühzeitig klar, daß der ganze Erfolg von Compromissen mit Preußen und Oestreich abhänge und daß die ersteren unsicher, die Auseinandersetzung mit Oestreich unwahrscheinlich sei. Als 1849 Friedrich Wilhelm IV. die angebotene Kaiserkrone ablehnte und das Parlament zerfiel, sah er kurz entschlossen, daß die nächste Arbeit sein müsse, die Vereinigung der deutschen Stämme auf dem Gebiet der materiellen Interessen vorzubereiten. Preußen mußte die Führung des neuen Staates haben, der Zollverein und die Verkehrsinteressen mußten die Brücke für eine künftige politische Einheit der deutschen Staaten werden. Für die Steigerung dieser realen Interessen hatte jetzt der Patriot zunächst zu arbeiten.

Die badische Regierung hatte ihn unter dem Einfluß der östreichischen Reaction ohne Pension durch Decret aus seiner Staatsstellung entlassen. Schon im Jahre 1844 hatte er mit Bassermann eine Buchhandlung in Manheim gegründet, welche schnell eine angesehene Stellung im Buchhandel erwarb. Er war auch in diesem Geschäfte regelmäßiger Arbeiter gewesen, soweit seine häufige Abwesenheit das möglich machte; jetzt kehrte er in die Handlung zurück. Aber die Rücksicht auf seine eigene Existenz nöthigte ihn bald, eine andere Thätigkeit zu suchen.

Durch Mevissen wurde ihm 1853 eine Stellung in dem Schafhausenschen Bankverein zu Köln vermittelt. Und jetzt trat er in einen neuen Kreis großer realer Interessen ein, wieder gerade in den Jahren, in denen sie eine entscheidende Fortbildung erfuhren, und er hatte wieder einen wesentlichen Antheil an ihrer Organisation und ihrem Gedeihen. Kaum einer, der nicht im kaufmännischen Geschäft aufgewachsen, mochte so reiche Kenntniß des geschäftlichen Verkehrs besitzen. Er war in der Theorie der Verkehrsinteressen eine Autorität, ein guter Rechner und vorzüglicher Disponent, und einzurichten

verstand er wie wenige. Kurze Monate hatte er in dem Schafhausenschen Bankverein gearbeitet, da kam Hansemann, ihn zu werben. Dieser trug sich mit großen Projekten; er wollte zuerst die Discontogesellschaft auf weiter Basis mit großem Capital einrichten, dann Deutschland mit einem Netz von zusammenhängenden Banken überziehen. Mathy ließ sich bestimmen, die Einrichtungsstatute der Gesellschaft auszuarbeiten, dann eine Directorstelle bei der Discontogesellschaft anzunehmen. Aber der geschäftliche Verkehr mit dem unruhigen, endlos speculirenden Hansemann wurde ihm bald unbequem und als er von Berlin aus die Gothaer Bank gegründet hatte, übernahm er bereitwillig die angebotene ruhige Stellung eines Directors dieser Provinzialbank. Von da ging er im Jahr 1859 nach Leipzig als Director der großen deutschen Creditgesellschaft, zumeist weil dort die Regelung schwieriger Geschäfte und die Zurückführung des Unternehmens auf gesunde Grundlagen ihm lockend erschien. Auch diese verantwortliche Aufgabe hat er in wenigen Jahren mit vortrefflicher Umsicht gelöst. Er war, solange es Gefahr und Schwierigkeiten gab, für alle diese Institute von ganzem Herzen bei der Sache. War aber alles in ruhigem Gang und Gleis, dann empfand er wohl, daß das Beste seiner Kraft nicht in Verwendung kam. Er that überall seine Pflicht, er war ein gewissenhafter Dirigent und arbeitete mit der Pünktlichkeit eines Uhrwerks den jüngern Männern zum Beispiel, er übersah und wußte alles, die Beamten respectirten und liebten ihn, die Actionäre grüßten ihn mit inniger Hochachtung, die Institute kamen herauf und gediehen unter seiner Leitung, für alle Schwierigkeiten und Verwicklungen fand er Auskunft und es waren immer die größten Gesichtspunkte, auf welche er drang. Aber er sah allerdings ohne sonderliche Hochachtung auf die Börsengeschäftigkeit und Procentmühen herab, und er, der Leiter von drei Bankgeschäften, hatte, um alles zu sagen, eine sehr souveräne Stimmung gegen die Sorge seiner Kunden, reich zu werden und starke Mißachtung gegen die Usancen und Kunstgriffe, welche bei der Mehrzahl auch der ehrlichen Geschäftsmänner für erlaubt gelten. Es wird hier nicht ohne Absicht erwähnt, daß er, der die letzten 13 Jahre seines Lebens mitten über den größten Geldgeschäften lebte, und Gehalte bezog, welche in Deutschland immerhin für hoch gelten, bei seinem Tode an Ersparnissen nicht soviel hinterlassen hat, daß von den Zinsen eine gebildete Familie mit den mäßigsten Ansprüchen in größerer Stadt leben könnte. — Im Jahr 1855 hatte er sein letztes Kind, Karl, während dessen Universitätszeit verloren. Was war ihm und seiner Gattin das Geld!

In sehr verschiedenartiger Arbeit war er umhergezogen; selten war ihm länger als drei Jahre vergönnt gewesen, an einem Ort zu weilen, aber in der mannigfaltigsten Thätigkeit unter Alemannen, Märkern, Thüringern, Sachsen war die große Idee, für die er lebte, immer stetig und immer die-

selbe gewesen: vielen Einzelnen Bildung und Wohlstand zu mehren, damit sie befähigt würden zu freien Bürgern eines großen deutschen Reiches. Jetzt, wo er auf der Höhe seines Mannesalters stand, rief ihn der Fürst seiner Heimath in die Regierung des Großherzogthums Baden. Da wo er als junger Beamter seine politische Laufbahn begonnen hatte, sollte er seinen letzten und größten Wirkungskreis finden. Die zarte Freundschaft des Freiherrn v. Roggenbach, der damals Präsident des auswärtigen Ministeriums war, that alles, ihm den Uebergang in den neuen Beruf leicht zu machen. Mathy übernahm zuerst als Director der Domainenkammer den Vorsitz im Finanzministerium, bald die Leitung des Handelsministeriums. Wahrscheinlich hatten alte Beamte starke Zweifel gegen die Actentugenden des neuen Ministers; er gewann auch hier die Liebe und Verehrung seiner Beamten. Er war gerade ein Chef, wie ihn der gute Beamte ersehnt. Regelmäßig, schnell, von Allem unterrichtet, bei jedem, was ihn interessiren mußte, von großem und festem Entschluß, verstand er das Geheimniß, seine Beamten zu leiten und ihnen doch die Selbständigkeit zu lassen, welche der wackere Mann zum fröhlichen Schaffen braucht. Es freute ihn, wenn er in Verhandlungen mit anderen Regierungen seinen Räthen die officiellen Ehren zuweisen konnte, welche an solchen Geschäften hängen; jedem wußte er nach seiner Persönlichkeit Spielraum zu geben, und doch fühlte jeder, daß der Mann mit den großen Augen und dem weißen Haar das Steuer in eisenfester Hand hielt. Was in den Jahren seiner Ministerthätigkeit für die Landescultur geschehen, mögen die Badenser erzählen. Telegraphenstationen fast in jedem größeren Dorf, oft Frauen als Beamte, Eisenbahnen fast nach aller Richtung, in welcher der Landesverkehr lief, eine Eisenbahnbrücke auf Schiffen über den Rhein, die Gewerbehalle in Karlsruhe u. s. w.

Als Frhr. v. Roggenbach sein Ministerium aufgegeben hatte und Herr v. Edelsheim sein Nachfolger wurde, mit weit anderen Gedanken, die er zur Zeit noch barg, da blieb Mathy neben dem andersgesinnten Mann doch im Ministerium, weil er richtig fühlte, daß er seinen Fürsten, der ihm durch die Berufung aus der Fremde einen so großen Beweis des Vertrauens gegeben hatte, in der Katastrophe des Jahres 1866 nicht verlassen durfte. Er gab damals kühnen Rath, trotz seinen östreichischen Collegen, trotz den abgeneigten Kammern und übelbearbeiteten Soldaten. Endlich, als die östreichische Partei jubelnd die ersten Siege über die Preußen begrüßte, legte er sein Amt in die Hände des Großherzogs. Er selbst suchte sofort den alten Journalisten heraus und schrieb Artikel für Preußen in süddeutsche Blätter. Nach wenigen Wochen kam der Umschwung, er wurde zum Staatsminister ernannt und mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt. Mit dem Feuer eines Jünglings ging er ans Werk, jetzt war der Erfüllung nahe, was er einst geträumt,

wofür er gesprochen, geschrieben, gelitten, sein Leben in die Schanze geschlagen. Und die Erfüllung sollte kommen durch den Staat, auf den er seit dem Jahre 1848 gehofft, und auf dem Wege, den er im Vertrauen schon lange seinen Freunden prophezeit. In der ersten Nacht seines Ministeriums wurde das badische Heer von der Reichsarmee zurückgerufen und Waffenstillstand von den Preußen gefordert. Seitdem betrieb er mit unübertrefflicher Energie die neuen Organisationen welche nothwendig wurden, um Baden der Verfassung des Bundesstaates anzupassen. Alles hatte er in der Stille fertig gemacht für den bevorstehenden Eintritt, nie war seine Stimmung gehobener gewesen als jetzt, wo er die Last von drei Ministerien auf seinen Schultern trug. Da, — wenige Wochen vor der Entscheidung — starb er. Ob kurz vor dem Tage, an welchem dem großen Werk, das auch ein Werk seines Lebens gewesen war, die Krone der Vollendung aufgesetzt werden sollte, ob kurz vor einer Enttäuschung, vor neuen Anläufen und vieljähriger Arbeit der Besten? — —

Er starb, die Hand der geliebten Frau in der seinen.

Ungezählt ist die Fülle von Talenten und Charakteren, welche der gute Geist unserer Nation seit den letzten Geschlechtern verwandt hat, um uns aus der Dürftigkeit, Enge und Zersplitterung deutschen Lebens herauszuheben. Ungezählt sind die pflichtvollen Beamten, Geschäftsmänner, Volkslehrer, welche in den kleinen Kreisen des viel getheilten Deutschlands ihr Leben aufwandten, zu bewahren, zu regieren und fortzubilden. Aber die stille, dauerhafte, liebevolle Arbeit derer, welche mit ergrauendem Haar unter uns leben, ist wohl werth, daß wir sie aufsuchen und rühmen, denn was wir gewonnen haben und noch zu erreichen hoffen, das beruht auf ihrer geduldigen Thatkraft und ihrer Hingabe an die Pflicht.

Aus dieser politischen Lehrzeit unseres Volkes erhob sich sein Bild, stets wachsend mit der Größe der Aufgaben. Ein klarer, scharfblickender Geist, durch keinen Schein zu bestechen, ein selbstloser Sinn, der nur den Erfolg der Sachen, nie den eigenen suchte, vor allem ein festes, tapferes Herz. In ruhiger Zeit bescheiden, gemächlich dauerhaft regelmäßiger Arbeit hingegeben, stellte er sich in der Noth, wo andere verwirrt und betäubt des Entschlusses entbehrten, mit heiterer Ueberlegenheit auf die gefährlichste Stelle, ihm beflügelte die Gefahr Willen und Erfindung, er kannte keine Furcht; wie aus Erz gefügt, in festem Selbstvertrauen begeisterte er durch die Gewalt seines Wesens die Freunde, schreckte die Gegner.

Es war das Leben eines großen und guten Mannes.

G. F.

Deutsche Auswandererbeförderung.

Die außerordentliche Sterblichkeit auf den beiden hamburgischen, der Firma R. M. Sloman gehörenden Auswanderer-Segelschiffen „Lord Brougham" und „Leibnitz" hat sowohl in Nordamerika als in Deutschland ernstliche Aufmerksamkeit erregt. In Newyork war man eben vorher erst durch ähnliche schlimme Erlebnisse mit einem östreichischen, von Antwerpen expedirten Schiffe, dem „Baccarcich", alarmirt worden. Die dortige „Deutsche Gesellschaft", gegründet zum Schutze der deutschen Einwanderer gegen landläufige und ortsübliche Betrügereien, hat sich vor kurzem den regelmäßigen Beistand Friedrich Kopps gesichert, eines Mannes wie gemacht für eine derartige Ausgabe, vertraut mit der ganzen Entwicklung des Auswandererwesens, und eine ebenso energische als vertrauenerweckende Persönlichkeit. Da Kopp seine Thätigkeit mit der Anklage eines östreichischen Schiffes und belgischen Expedienten hatte eröffnen müssen, welchen letzteren er einfach des Mordes beschuldigte, so wird ihm eine unparteiliche und strenge, wennauch gerechte Untersuchung der beiden hamburger Schiffe betreffenden Fälle als Ehrensache erschienen sein. Zufällig traf sichs, daß gerade auch neben zwei liverpooler Dampfern ein hamburger Dampfschiff, die „Saxonia", im Newyorker Hafen mit Beschlag belegt wurde wegen Uebertretung der legalen Maximalzahl von Passagieren im Verhältniß zum Raum. So mag es gekommen sein, daß das Urtheil über den „Leibnitz" nicht glimpflicher ausfiel.

Damit ist nicht gesagt, daß es glimpflicher hätte ausfallen sollen. Es kommt überhaupt nicht vorzugsweise auf die Beurtheilung des einen oder andern einzelnen Falles an; sondern auf die allgemeinen Schlüsse und Forderungen kommt es an, welche aus dem Erlebten gezogen werden oder zu ziehen sind. Eine vorurtheilsfreie Betrachtung ergibt, wie uns däucht, daß Herr Sloman das bestehende Recht wissentlich nicht verletzt hat, weder aus Bosheit oder schnöder Gewinnsucht, noch in grober Fahrlässigkeit; daß er dagegen einen Menschen von mehr Stumpfsinn und weniger Energie zum Capitän gemacht hat, als auf einem Schiffe mit Passagieren zulässig erscheint, und daß die Belegung des untern Zwischendecks mit Passagieren in Hamburg sogut verboten sein sollte, wie sie es in Bremen ist. Die mörderischen Krankheiten des „Leibnitz" haben hauptsächlich in diesem untern Zwischendeck gewüthet, dessen natürliche Unbewohnbarkeit durch die Gleichgiltigkeit oder Willensschwäche des Capitäns, der den Bewohnern des darüber liegenden oberen Zwischendecks gestattete, ihren Unrath heruntersickern zu lassen, auf den Gipfel getrieben wurde. In Newyork gehen die Forderungen noch weiter. Die deutsche Gesellschaft hat sich an den Congreß gewendet, um

einer Vermehrung der Mittel, welche zu bewirken beeinträchtigten Schiffsreisenden zustehen gegen den Rheder oder Capitän Schadenersatzansprüche durchzusetzen, und um die Vorschrift gesetzlich zu machen, daß jedes Schiff mit mindestens funfzig Passagieren einen Arzt an Bord zu haben gehalten sei.

Dieses Verlangen kommt nicht zum erstenmal an die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten. Im Jahr 1853 ist es schon erhoben worden, damals von Seiten der Gesellschaft der amerikanischen Aerzte. Der Congreß ordnete eine Untersuchung an; sowohl die Frage, ob ärztliche Begleitung, wie die verwandte Frage, ob eine Begleitung von Krankenwärtern vorzuschreiben sei, wurde durch zahlreiche Zeugenverhöre geprüft, auf deren Grund man zuletzt beschloß, alles beim alten zu lassen. Dieses negative Ergebniß gewinnt an Gewicht, wenn man sich die Stellung der Vereinigten Staaten zu der Angelegenheit vergegenwärtigt. Ihre Rhederei ist bei der europäischen Einwanderung nicht nennenswerth betheiligt. Ihr einziges Interesse ist daher, daß die Europamüden möglichst vollzählig und möglichst frisch und kräftig nach Amerika gelangen; und ob die Maßregeln, welche sie aus diesem Gesichtspunkt ihrerseits treffen mögen, dieser oder jener Flagge, diesem oder jenem Hafen Eintrag thun, kann ihnen ziemlich gleichgiltig sein. Wenn sich die Unionsgesetzgebung gegen eine zum Schutze der Auswanderer erdachte Vorschrift erklärt, ist darum die Vermuthung, daß dieselbe entweder werthlos oder geradezu schädlich sei, die nächstliegendste.

Es scheinen hauptsächlich die Gutachten änderer Aerzte gewesen zu sein, welche den Congreß abgehalten haben, auf den Vorschlag der American Medical Association einzugehen. Aerztliche Praktiker von specieller Vertrautheit mit den Bedingungen der Gesundheitspflege und Heilkunst an Bord von Schiffen, wie z. B. der Dr. Cartwright in Neworleans, der darüber ein eigenes Buch herausgegeben hat, theilen nicht die Ansicht ihrer binnenländischen Collegen, daß ein Arzt an Bord viel gutes thun oder viel schlimmes verhindern könne. Auf den ersten Blick erscheint es dem Laien allerdings befremdlich, daß Hunderte von Menschen jedes Geschlechts und Alters, unter denen Säuglinge und Wöchnerinnen niemals fehlen, wochenlang außerhalb des Bereichs ärztlicher Hilfe sein sollen, und man versteht nicht, wie jemand bei gesunden Sinnen behaupten kann, es komme in diesem Falle auf eigentliche ärztliche Hilfe so besonders viel nicht an. Allein bei näherer Betrachtung und Ueberlegung gewahrt man wohl, daß verschiedene Umstände für diese Behauptung sprechen. Machen wir uns mit denselben näher bekannt. Eine Schiffsgesellschaft von Auswanderern besteht in der Regel aus gesunden Individuen, da kranke oder entkräftete Personen sich nicht leicht entschließen, einen fremden Welttheil aufzusuchen. Es handelt sich also durchschnittlich nicht, wie sonst in einem gleich großen Haufen gemischter Bevölkerung, um

eine Mannigfaltigkeit schwer zu erkennender und verschieden zu behandelnder Uebel. Die Luft, durch welche das Schiff dahinfährt, ist ungewöhnlich rein und so zuträglich, daß ihr Genuß allein schon manche gelindere Affectionen der Nerven u. s. w. zu heben vermocht hat. Ueber die Qualität des Trinkwassers und der Lebensmittel, welche an Bord genossen werden sollen, läßt sich eine durchgreifende und unbedingt wirksame Controle üben. Es kommen deshalb unter gewöhnlichen Umständen eigentlich nur folgende Dinge für ärztliche Hilfeleistung in Betracht: Entbindungen, Kinderkrankheiten, von außen her eingeschleppte Epidemien. Verwundungen treffen häufiger die Schiffsmannschaft als die Passagiere. Es ist mithin ein verhältnißmäßig sehr eingeschränkter Kreis körperlicher Leiden und Gefahren, gegen welche auf Schiffen Vorsorge zu treffen ist. Es erscheint nicht unmöglich, hierfür noch auf andere Weise zu sorgen, als dadurch, daß man den Rheder zur Anstellung eines Arztes nöthigt. Die Möglichkeit aber wird wünschenswerth, wenn man die Qualität der durch einen Arzt zu erlangenden Hilfe erwägt. Ein solcher müßte vor allen Dingen selbst von der Seekrankheit frei werden, d. h. mehrere längere und wechselvolle Fahrten hinter sich haben, um für brauchbar gelten zu können. Auch von den Schrecken des Noviziats abgesehen, hat die Aufgabe nichts so lockendes oder belohnendes, daß sie tüchtige junge Leute anziehen könnte. Man stelle sich die Entbehrungen vor, denen ein solcher Schiffsarzt entgegengehen müßte, die Eintönigkeit des ewigen Unterwegsseins, den Mangel an Familienverkehr, an gebildeter Gesellschaft, an Fachgenossen, an Gelegenheiten, sich in seinem Berufe zu vervollkommnen, an Aussichten auf Emporsteigen, kurz an allem, was der Existenz des Gebildeten Reiz zu verleihen pflegt. Liegt nicht der Schluß nah, daß entweder ein beispiellos hoher Gehalt geboten werden müßte, oder der Masse nach nur solche angehende Aerzte sich melden würden, die anderswo keine Aussicht haben, ein leidliches Glück zu machen? Die in Frankreich und England gemachten Erfahrungen bestätigen denn auch, daß es meist Subjecte von höchst zweifelhaftem Werth sind, welche in diesen Ländern als Schiffsärzte vorkommen. Selbst auf Dampfschiffen pflegt der Capitän befreundete Reisende davor zu warnen, sich selbst oder die ihrigen unbesonnener Weise dem Herrn Doctor anzuvertrauen. Von den englischen Schiffsärzten gibt es in Bremen ein Probeexemplar deutscher Herkunft, das über die Eigenschaften seiner Gattung hinreichend aufklärt: einen alten Waterlookrieger, der sich seine Bekanntschaft mit Wunden lediglich auf dem Schlachtfelde und seinen Begriff von Krankheiten aus den Hospitälern geholt hat, im übrigen aber kaum eine Spur von allgemeiner Bildung besitzt. Das französische Schiffsarztexamen haben schon deutsche Steuerleute bestanden, die den auf der bremer Steuermannsschule ertheilten Unterricht in der Schiffsheilkunde genossen hatten.

Unterricht für Steuerleute in der Schiffsheilkunde — das ist das dem Seeleben entsprechende Surrogat für specifisch medicinischen Beistand, welches mehr oder weniger alle Kenner empfehlen. In Bremen, wo er gewissenmaßen versuchsweise und facultativ bereits eingeführt ist, sind alle Theile mit dem bisherigen Erfolge im höchsten Grade zufrieden. Der unterrichtende Arzt bezeugt, daß Seeleute sich besonders gut für gewisse körperliche Hilfeleistungen eignen. Sie haben viel Ruhe und Kaltblütigkeit, und ihre tägliche Beschäftigung mit dem Tauwerk macht es ihnen leicht, einen Verband kunstgerecht anzulegen. Trotz seiner blos relativen Bedeutung wird der Unterricht von den jungen Männern eifrig und erfolgreich besucht. Unter den Capitänen der bremer Auswandererschiffe gibt es bereits mehrere, die ebenso regelmäßig und im ganzen nicht ungeschickter, als Aerzte oder eine Hebamme zu Hilfe kommen, wenn eine Wöchnerin des Zwischendecks ihre Stunde nahen fühlt. In der Behandlung der gewöhnlichsten Kinderkrankheiten wird man mit ihnen leicht mindestens auf denselben Grad wirksamen ärztlichen Zuthuns kommen, wie ihn die in Rede stehende Bevölkerungsschicht, d. h. die ärmere und ärmste Classe, daheim zu erhalten gewohnt ist, oder vielmehr darüber hinaus. Epidemien endlich wie Blattern, Cholera und Typhus spotten ja im wesentlichen auch noch des ärztlichen Einschreitens. Ihnen gegenüber gilt es, eher einem Uebermaß von Behandlung, namentlich mit Arzneien, vorzubeugen, als eine bestimmte therapeutische Behandlung durchzusetzen. Ihnen vorzubeugen oder wenn sie unglücklicher Weise doch ausbrechen, ihr Bereich einzuschränken, ist die Hauptsache.

Es handelt sich im Zwischendecke der Auswandererschiffe überhaupt nicht so sehr um positive Heilkunst, als um permanente praktische Gesundheitspflege. Mörderische Schiffsfieber, wie sie die Zwischendecksbevölkerung des „Leibnitz" zweifach decimirt haben, müssen gar nicht entstehen können. Ihren Ausbruch aber zu verhüten, hat der Capitän, haben selbst die Steuerleute ungleich bessere Mittel in der Hand, als der Arzt. Bei jenen ist die Autorität, die unwiderstehliche und selbst rechtlich fast unumschränkte Gewalt über alles was an Bord ist, — diesem würde sie fehlen. Zur Verfügung des Capitäns ist die Mannschaft, seinen Anordnungen müssen alle Passagiere unweigerliche Folge leisten. Dies ist denn doch eine ganz andere Macht, als der Einfluß eines einzelnen Arztes auf Hunderte von mangelhaft erzogenen vorurtheilsvollen Menschen der untersten Stände sein könnte. Es kommt nur darauf an, dieser Macht einen aufgekärten Willen einzuhauchen, — Capitän und Steuerleute mit dem Bewußtsein zu erfüllen, wieviel von scrupulöser Reinlichkeit, unverdorbenen Lebensmitteln und allen übrigen Bedingungen menschlicher Gesundheit abhängt. Wenn der Capitän des „Leibnitz" von der Bedeutung dieser Dinge die entfernteste Ahnung gehabt hätte, so

würden heute wahrscheinlich fünfzig, vielleicht hundert Menschen mehr am Leben sein, welche hingeopfert worden sind.

Das Surrogat ist also dem Originalartikel vorzuziehen, auch wo dieser allenfalls zu haben wäre. Dazu kommt aber noch, daß es in hundert Fällen ebenfalls zu haben ist, in denen der Originalartikel gänzlich außer Frage bleibt. Aerztliche Begleitung kann natürlich nur bei einer großen Zahl von Passagieren vorgeschrieben werden; die newyorker Deutsche Gesellschaft nimmt 50 als die anzusetzende Minimalzahl an. Eine elementare medicinische chirurgische Ausbildung von Capitänen und Steuerleuten dagegen würde mit der Zeit jedem Schiffe ohne Ausnahme, also außer sämmtlichen Schiffsreisenden auch allen Schiffsmannschaften zu Gute kommen. Sie wäre gleichbedeutend mit Einbürgerung der Heilkunde auf der ganzen Kauffahrteiflotte. Mit ihr wird eine Maßregel vom sichersten, höchsten und allgemeinsten Werthe an die Stelle einer Maßregel von ungewissem und jedenfalls nur partiellem Erfolge gesetzt.

Hiernach wäre also erstens der an der bremer Steuermannsschule facultativ bestehende Unterricht in der Schiffsheilkunde an allen deutschen Steuermannsschulen unter die obligatorischen Fächer aufzunehmen, und zweitens von einem gewissen nicht zu entfernten Termin an vorzuschreiben, daß der Capitän und der Obersteuermann eines Passagierschiffs sich darüber ausweisen müssen, einen solchen Cursus mit Nutzen absolvirt zu haben.

Eine weitere zu empfehlende Vorsichtsmaßregel wäre verschärfte Aufsicht darüber, daß nicht Keime von Epidemien in ein Auswandererschiff eingeschleppt werden. Diese Maßregel weist schon auf die Nothwendigkeit bundesmäßiger Inspection hin. Eine solche Inspection hätte außerdem noch zu constatiren, daß die bestehenden resp. zu erlassenden Vorschriften über das Verhältniß der Kopfzahl zum Raume, über die mitzunehmenden Lebensmittel, Wasservorräthe und Arzneien, über Reinlichkeitsanstalten und Krankengelder u. s. f., in jedem einzelnen Falle genau befolgt seien. Bisher ist diese Fürsorge Hamburg und Bremen allein überlassen worden. Man kann nicht sagen, daß die beiden Freistädte ihre Pflicht gänzlich verkannt oder gröblich vernachlässigt hätten. Im Gegentheil, das Interesse des eigenen Platzes im Gegensatz zu concurrirenden Häfen und wohl auch ein gewisses allgemeines humanes und patriotisches Mitgefühl mit den auswandernden Landsleuten haben sie getrieben, nach Kräften und bestem Wissen einer schlechten Behandlung der Auswanderer entgegenzuwirken. Es ist notorisch, daß die deutsche Auswandererbeförderung im ganzen vor jeder auswärtigen entschieden den Vorzug verdient. Die Sterblichkeitsziffern zeugen allerdings gegen die hamburgischen Segelschiffe, hauptsächlich wohl, weil der Gebrauch des unteren Decks in Hamburg nicht verboten ist und vielleicht auch wegen des nicht besonders ge-

sunden Trinkwassers aus der Elbwasserkunst; allein sie zeugen zu Gunsten sämmtlicher deutschen Dampfschiffe, der Hamburger sogut wie der Bremer, und zu Gunsten der bremischen Segelschiffe. Nun geht aber beinahe die Hälfte aller deutschen Auswanderung über Bremen, und nicht weniger als ein Viertel auf deutschen Dampfern hinüber. Wir brauchen uns folglich der bestehenden Zustände keineswegs zu schämen. Allein ebensowenig können wir wünschen, die bisherigen, immer noch mangelhaften Einrichtungen unverändert aufrecht erhalten zu sehen. Die neue Stellung, zu welcher Deutschland sich erhoben hat, bringt gesteigerte Pflichten mit sich. Die Einmischung des alten deutschen Bundestags in Auswanderungsangelegenheiten mochte man sich, da sie doch nur im engherzigsten polizeilichen Sinne erfolgt wäre, von Seiten der Hansestädte verbitten, und konnte es mit Erfolg; dem norddeutschen Bunde kann man dieses Gebiet aber nicht versperren, weder verfassungsmäßig noch thatsächlich, zumal seit unselige Vorgänge seine Dazwischenkunft einmal herausgefordert haben. Jenseit des atlantischen Oceans werden nicht mehr Hamburg oder Bremen für die Mängel des deutschen Auswanderungswesens verantwortlich gemacht, sondern Deutschland muß eintreten, und nach Berlin richten sich die Klagen oder Anklagen derer, welche unter den feststehenden Einrichtungen zufällig oder nothwendig zu leiden haben. Die Einsetzung einer ständigen Aufsichtsbehörde erscheint daher unumgänglich. Zur Ausrüstung derselben mit zugleich wirksamen und doch auch nicht unnöthig verletzenden Waffen aber wird es gut sein, wenn ein Bundesgesetz die bestehenden örtlichen Vorschriften über Einrichtung von Auswandererschiffen übersichtlich und reformatorisch zusammenfaßt.

Dahin weist auch schon das Bedürfniß gleicher Gesetzgebung in beiden deutschen Einschiffungshäfen. Hamburg und Bremen allein befördern zwar nicht die gesammte deutsche Auswanderung nach Amerika hinüber, Havre, Antwerpen, Rotterdam, und vor allem Liverpool, über das selbst ein Theil der hamburger Züge seinen Weg nimmt, haben daran ihren Antheil. Wie nun bewirken, daß die Wohlthaten einer weise und umsichtig bemessenen öffentlichen Fürsorge auch den über diese Häfen ziehenden Landsleuten zu Gute kommen? wie insbesondere verhüten, daß nicht der Druck verschärfter Schutzmaßregeln, indem er auf den Passagepreis wirkt, die dürftigste Classe den fremden Hafenplätzen, d. h. einer schlechteren Art von Beförderung zudränge? Zu diesem Ziele gibt es offenbar einen Weg: internationale Verträge. Wie man Conventionen über Post und Telegraphenwesen, über Münzumlauf und Zuckerbesteuerung schließt, welche den Spielraum der einzelnen Gesetzgebung zu Gunsten einer alle gleichmäßig interessirenden Uebereinstimmung einengen, so läßt sich auf demselben Wege wohl auch ein gewisses Minimum von Schutz für schutzbedürftige Auswanderer Deutschlands erreichen. Dann fiele

alle Sorge weg, daß die Einmischung der Bundesgewalt nicht blos zum Nachtheil der deutschen Beförderungsplätze, sondern auch zum Schaden der auswandernden Massen selbst ausschlagen möchte, dann erst hätte der Bund in dieser Richtung seine Schuldigkeit so vollauf gethan, daß keine begründete Forderung oder Klage übrig bliebe.

In Berlin ist aus Anlaß des „Leibnitz"-Falles die Idee der Begründung eines Centralvereins für Auswandererangelegenheiten wieder zur Sprache gekommen. Die Lösung der vorliegenden Aufgabe kann augenscheinlich nicht darauf warten, bis sich der projectirte Verein ihrer mit Kraft und Nachdruck bemächtigt; damit ist aber nicht gesagt, daß ein solcher Verein nicht mannigfache Vortheile bieten sollte, zumal hinsichtlich der künftigen Ziele des Auswandererstroms und der Erhaltung geistig-nationaler Beziehungen zu den deutschen Colonien in andern Welttheilen. Nur müßte der Verein gegründet und geleitet werden im Einklang, nicht im Widerspruch mit den praktisch bewährten, an Erfahrung reichen hanseatischen Elementen.

Zwei englische Preßprozesse.

„Man wird sehen," sagt Macaulay in der Einleitung seiner berühmten Geschichte von England, „wie Irland, belastet mit dem Fluche der Herrschaft eines Volksstammes über den andern, einer Confession über die andere, freilich ein Glied des Reiches blieb, aber ein welkes und verrenktes, welches dem politischen Körper keine Kraft verleiht, und auf welches alle diejenigen mit vorwurfsvollen Blicken zeigen, welche die Größe Englands fürchten oder beneiden." Kürzer und drastischer hat vor ihm O'Connell denselben Gedanken in den oft citirten Worten ausgedrückt: „Ihr habt uns verschlungen, aber Ihr könnt uns nicht verdauen!" Beide ahnten wohl nicht, daß eine Zeit so nahe sei, wo der unverdauliche Bissen, das verrenkte Glied dem Körper empfindliche Schmerzen bereiten würde, daß der Racehaß sich bald zu einer Höhe steigern würde, auf der er, wenigstens von Seiten des beherrschten Volksstammes, vor keiner Gewaltthat, vor keinem Verbrechen mehr zurückschreckt. Wohl galten schon früher einmal selbst nächtliche Brandstiftung und Meuchelmord für erlaubte Vergeltungsmittel gegen wirkliche oder vermeintliche Unterdrücker; unsern Tagen aber blieb es vorbehalten, Mordanfälle am hellen Tage in belebten Straßen volkreicher Städte, bewaffnete Angriffe gegen die Polizei- und Militärmacht des Staates, ja vor wenigen Wochen in der Hauptstadt des mächtigen Inselreichs das Trauerspiel einer

diesmal leider zum Ausbruch gekommenen, wenngleich erfolglosen Pulververschwörung zu sehen. Kein Wunder, daß auch England die stolze Ruhe verloren hat, die es sonst in den schwierigsten Lagen wenigstens äußerlich zu zeigen liebte; es fühlt sich nicht ernstlich bedroht, aber wie mit Nadelstichen gepeinigt, unbehaglich im eignen Hause, und widersteht nur schwer der Versuchung, auch seinerseits zu Gewaltmaßregeln zu greifen.

Wie groß die gegenseitige Erbitterung ist und wie offen sie ausgesprochen wird, das zeigen zwei Preßprozesse, die vor wenigen Tagen vor dem Gerichtshofe Queens Bench zu London und dem Schwurgericht zu Dublin verhandelt wurden.

Bekanntlich wurden vor kurzem zu Manchester drei Männer hingerichtet, welche daselbst einen Angriff auf einen Wagen gemacht hatten, in dem einige politische Verbrecher aus der Gerichtssitzung ins Gefängniß zurücktransportirt wurden; die drei hatten bei dieser Gelegenheit einen Constabler durch Revolverschüsse getödtet. Es bedarf keiner Erwähnung, daß dieselben im gewöhnlichen Gange des Strafverfahrens durch regelrechten Spruch der Geschwornen und den Gesetzen gemäß zum Tode verurtheilt worden sind. Die dubliner Zeitung „The Irishman" aber widmete ihnen unter der Ueberschrift: Das Brandopfer, folgenden Nachruf: „Taub gegen alle, auch die unheilverkündendsten Warnungen, taub gegen die Beweisgründe der Gerechten und die Bitten der Barmherzigen, hat heute die Regierung von England eine blutige That vollbracht, die vor aller Welt einen finstern Schatten auf ihren Namen werfen wird. Nichts kann deren Ausführung gegen alles Drängen der Staatsklugheit und der Menschlichkeit entschuldigen, außer der Blindheit, mit welcher der Himmel dünkelhaften Stolz schlägt. Wolken von Leidenschaft und Vorurtheil haben ihre Rathsversammlungen umzogen, dicht, finster und schrecklich, wie nur die schwarze Nacht, die auf Egypten fiel, weil, sprach der Herr, der Gott Israels, ihr mein Volk nicht wolltet ziehen lassen. Unglückliches Volk! Glücklich allein im Schutze eines Herrschers, des Königs der Könige, des Richters der Richter, des Rächers unterdrückter Unschuld, der gewiß von allen Verbrechern Buße einfordern wird mit Zinsen bis auf den letzten Pfennig. Unglückliches Volk! Sie wurden gepreßt zu bauen ohne Steine, und Ziegel zu machen ohne Stroh, und wenn ihre Vögte die Zahl nicht voll fanden, so fiel die Geißel schonungslos auf ihre Rücken. Man beraubte sie ihres Landes, und strafte sie, weil sie arm waren; man beraubte sie der Freiheit und schmähte sie, weil sie Sclaven waren; man beraubte sie ihrer Lehrer und schlug sie gleichmäßig, wenn sie lernten und wenn sie unwissend waren. „Diese Zeiten," rufen sie aus, „sind vergangen und vorüber. Wir haben längst gewünscht, euch milde und gut zu regieren." So sagen sie, und wir fragen: seit wann ist denn dieser Umschwung erfolgt? Sollen

wir ihn finden in der Gnade der Herrscher, deren Antlitz wir nie gesehen, aber deren Schwerter wir oft gefühlt haben? Sollen wir ihn darin finden, daß man uns das Recht abspricht, eine Stimme in unsrer eignen Regierung zu haben, wie Ungarn, wie Oestreich, wie Canada, wie jede andre Colonie des Reichs, sei sie noch so klein, nur nicht Irland?

„Auf Grund eines gefälschten Wahrspruchs, eines erkauften Zeugnisses, eines Beweises durch Meineidige, eines eingestandenermaßen irrigen Verdicts, sind zwei Männer und ein Jüngling, in den Augen des Gesetzes ein Kind, einem grausamen Tode überantwortet. Seht da die Gerechtigkeit Englands in der Ueberführung und Verurtheilung, seht da die Gnade Englands in der Hinrichtung der politischen Verbrecher Allen, Larkin und O'Brien! Da lest, was wahrhaftig mit großen und tiefen, mit unzerstörbaren, mit blutigen Lettern geschrieben steht von der Gerechtigkeit und Gnade Englands. Sie sterben fern von dem Lande, das sie liebten, fern von dem Volke, dem sie dienen wollten, schmählich verleumdet durch die Organe einer blutdürstigen Aristokratie, in Mitten von fünftausend Bajonetten. Man sagt zur Entschuldigung: sie waren Verbrecher gegen die Gesellschaft; aber ein Heer mußte zwischen sie und das Volk treten, um ihre Befreiung zu verhüten. Man sagt zur Entschuldigung: sie waren gemeine, nicht politische Verbrecher; aber sie hatten ihr Leben daran gesetzt, das zweier Landsleute zu retten, und sie starben das Antlitz gegen Westen gekehrt, in der Seele Vertrauen auf Gott, und auf den Lippen den patriotischen Ruf: Gott erhalte Irland! Todt, todt! todt! Aber es sind, die da glauben, daß sie im Tode stärker sein werden, als im Leben! Es sind, die auf ihren Gräbern das Gebet lesen werden, daß ein Rächer aus ihren Gebeinen entstehen möge — exoriare aliquis ex ossibus ultor — und wir sehen Wirren und Erschütterungen voraus, welche durch eine menschliche Politik hätten abgewendet werden können, welche wir abgewendet wünschten, und vor denen, wie wir flehen, noch jetzt die Völker durch weise Beschlüsse behütet werden mögen! Mögen jene Märtyrer geirrt haben, so soll man ihrer doch in ihrer Heimath gedenken mit denen, die ihnen vorangegangen sind, und ihr Tod soll weder die Sehnsucht nach legislativer Unabhängigkeit, noch die Zuversicht auf deren schleunige Herstellung erschüttern. Von der Morgenwache bis zur Nacht soll Israel hoffen auf den Herrn. Denn bei dem Herrn ist Gnade, bei ihm ist Erlösung in Fülle! Und er wird Israel befreien von allen, die Ungerechtes schaffen!"

Dieser Artikel und verschiedene andere, welche „The Irishman" gleichzeitig brachte und welche noch bedenklicheren Inhalts gewesen zu sein scheinen, veranlaßten die Regierung, gegen den Eigenthümer der Zeitung, Mr. Pigott, ein Strafverfahren einzuleiten. Die Anklagejury sprach ihr: True bill! (die Anklage ist begründet) und Mr. Pigott wurde dem Schwurgericht überwiesen,

vor welchem am 12. Februar die Verhandlung stattfinden sollte. Natürlich erscholl in allen irischen Blättern ein Schmerzensschrei über Unterdrückung der Preßfreiheit, und dies veranlaßte die londoner Zeitung „Daily Telegraph", für die Regierung in die Schranken zu treten. Sie that dies in einem geharnischten Leitartikel etwa folgenden Inhalts:

„Wäre der Sturm hibernischer Verwünschungen, die auf die Regierung wegen der gegen Mr. Pigott erhobenen Anklage gerichtet werden, wäre das Geschrei, daß die Minister einen Angriff gegen die Freiheit der Presse unternommen haben, irgend begründet, so müßten wir Engländer je eher, je besser an die Seite der irischen Schriftsteller treten. Lieber mag die Freiheit die Gestalt der Zügellosigkeit annehmen, als daß Ordnung eintritt, wie einst in Warschau herrschte! lieber mag etwas aufrührerischer Unsinn ungestraft bleiben, als daß der Regierung gestattet wird, einen Präcedenzfall zu schaffen, der in Zukunft vielleicht als Vollmacht benutzt werden könnte, die Wahrheit zu unterdrücken. Für ministerielle Communiqué's, ministerielle Verwirrungen, ministerielle Verfolgungen wegen Aeußerung von Zweifeln an der Unfehlbarkeit der Minister paßt das Klima von England nicht.

Die Wahrheit aber ist, daß selten ein thörichteres Geschrei erhoben worden ist. So wenig es der Redefreiheit Eintrag thut, daß derjenige bestraft wird, der seinen Nachbar mündlich verleumdet, so wenig ist die englische Presse deshalb unfrei, weil kaum eine Woche ohne einen Verleumdungsprozeß gegen irgendeine Zeitung vergeht, weil das Gesetz überhaupt jeden für seine Veröffentlichungen verantwortlich macht. Die französischen Tagesschriftsteller genießen weit geringere Freiheit, als die unsrigen. Dennoch ist es keinem von ihnen eingefallen, sich einzubilden: weil er die Leitartikel in den Debats oder der Temps schreibe, müsse es ihm frei stehen, einen Senator zu beschuldigen, daß er Löffel stehle, einen Minister, daß er den Markt unsicher mache, oder einen Souverain, daß er in seinen Handlungen alle Verworfenheit aller Caesaren vereinige. Sie verlangen weiter nichts, als daß bei politischen Vergehen die Regierung so handle, wie die unsrige jetzt in Irland, das heißt, daß sie den Schriftsteller, der sich vergangen hat, vor einem Gerichtshofe verklage, die Gesetze, gegen die er verstoßen hat, einzeln aufführe, und die Entscheidung einer Jury anheimstelle.

Nun, die Frage, um die es sich handelt, ist nicht, ob der Freiheit der englischen Presse engere Schranken gesteckt werden sollen, sondern ob die irischen Organe des Feniertbums das Gesetz verletzt haben. Sie haben nicht nur ihr unbestrittenes Recht geübt, die wegen des gemeinen Verbrechens der Ermordung eines Polizeibeamten hingerichteten Männer Märtyrer zu nennen, sondern Aufruhr, Niederbrennen der Landhäuser, Niedermetzelung der einen Race durch die andere in den klarsten Worten gepredigt, kurz, ihr Möglichstes

gethan, die ganze Nation in Anarchie und Blutvergießen zu stürzen. Haben sie hierdurch das Gesetz verletzt oder nicht? nur um diese Frage handelt es sich in dem Prozesse gegen die dubliner Zeitung, die mindestens ebenso hitzig in ihren Erörterungen war, als irgendeine andere; angesichts dieser prosaischen Streitfrage sind heroische Tiraden über die Freiheit der Presse, das Palladium unserer Freiheit, so wenig am Platze, als es oratorische Ergießungen über englische Freiheit in einem Prozesse gegen einen Taschendieb sein würden. Wird der Herausgeber des Irishman freigesprochen, so mag das Publikum fragen, ob es weise sei, daß das Gesetz so schwach ist, die Veröffentlichung directer Aufforderungen zum Aufruhr zu gestatten. Wird er verurtheilt, nun, so mag seine Partei versuchen, die Aufhebung eines Gesetzes zu bewirken, welches sie in der angenehmen Beschäftigung stört, Verrath, Anarchie, Rebellion, Blutvergießen und Mord zu predigen, und wenn sie einen parlamentarischen Kämpen finden kann, der den Gegenstand vor das Haus der Gemeinen bringt, ist sie völlig ebenso berechtigt hierzu, als der Straßenräuber, für Aufhebung der tyrannischen Bestimmungen zu agitiren, welche den Raub mit Zuchthaus und Strafarbeit bedrohen."

Mr. Pigott wollte nun gegen den Verfasser dieses von ihm für ein Libell (Schmähschrift) erklärten Artikels Anklage erheben, wählte aber hierzu nicht den gewöhnlichen Weg, wonach die Anklage zunächst der großen oder Anklage-Jury vorgelegt wird und diese über ihre Zulassung entscheidet, sondern beantragte bei dem hierzu allein competenten Gerichtshofe Queens Bench zu London die Zulassung der Anklage ohne Prüfung vor der Anklagejury. Eine solche Anklage heißt information, im Gegensatz zur gewöhnlichen Form, dem indictment. Der Vertreter desjenigen, der dies Verfahren beantragt, trägt dem Gerichtshofe eine von seinem Clienten eidlich bekräftigte Sachdarstellung (affidavit) vor, und stellt den Antrag, an den Beschuldigten eine schriftliche Aufforderung (rule nisi) zu erlassen, sich über die Gründe zu äußern, welche er gegen die Zulassung der information geltend machen könne. Gibt der Gerichtshof dem Antrage Statt, so wird demnächst der Vertreter des Beschuldigten gehört, und dann definitiv über die Zulassung entschieden. Die Richtigkeit der Anklage hat der Gerichtshof nicht zu prüfen. — Zur Entscheidung, ob die rule an den Redacteur des Daily Telegraph zu erlassen, stand nun am 27. Januar vor der Queens Bench Termin an.

Der Vertreter des Mr. Pigott, Mr. Foster, trägt dessen Affidavit vor. Mr. Pigott versichert in demselben, daß er nicht Fenier sei und nie zu Aufruhr oder Hochverrath gereizt habe, daß der Artikel „Das Brandopfer" einer von denen sei, die Gegenstand der gegen ihn erhobenen Anklage geworden wären, und zwar der einzige Original-Artikel, während die anderen Abdrücke von Briefen oder aus amerikanischen Zeitungen seien, und daß der Daily

Telegraph in Dublin und Umgegend sehr verbreitet sei, wahrscheinlich also auch von denen gelesen werde, die als Geschworne über ihn zu richten haben würden. Demnach sei der Artikel darauf berechnet, dieselben vorweg gegen ihn einzunehmen, so daß er nicht fair Trial, ehrlichen Prozeß, werde haben können.

Auf Verlangen des Lord-Oberrichters verliest Mr. Foster nach längerem, einige Heiterkeit hervorrufenden Widerstreben den Artikel „Das Brandopfer", erkennt an, daß darin überführte Mörder als Märtyrer dargestellt werden, und versichert, er sei nicht gekommen, dies zu entschuldigen. Der Gerichtshof wünscht noch einen andern Artikel des Irishman, „Brief an O'Kelly", vorlesen zu hören. Mr. Foster erklärt, das sei blos Schmutz und Unrath, der dem Gerichtshofe nur verächtlich sein könne. Ja, aber bösartiger Schmutz, hochverrätherischer Unrath, entgegnet der Vorsitzende, und spricht seine Verwunderung aus, daß Mr. Foster, da er dies anerkenne, doch die Information beantrage. Mr. Foster erklärt wiederholt, daß dies nur geschehen, weil Mr. Pigott den nachtheiligen Einfluß jenes Artikels auf seinen Prozeß fürchte; auf die Frage, warum er nicht den gewöhnlichen Weg des indictment gewählt habe, erwiedert er, daß dies Verfahren vor dem Termine gegen Pigott nicht zum Austrage kommen könne, während schon der bloße Erlaß der rule, also die bedingte Zulassung der Information, einen heilsamen Einfluß auf die Geschwornen haben und sie warnen würde, sich von den in ihnen erweckten Vorurtheilen nicht leiten zu lassen. Er macht darauf aufmerksam, daß die Veröffentlichung einzelner Prozeßverhandlungen vor Beendigung des Verfahrens stets für unwürdig gehalten worden sei, und citirt mehrere Aussprüche hierüber, die, wie der Gerichtshof ihm bemerklich macht, auf den vorliegenden Fall nicht passen.

Nach längerem Hin- und Herreden verweigert der Gerichtshof die Zulassung der information. Die Regierung, erklärt der Lord-Oberrichter, war wegen der gegen Pigott eingeleiteten Strafverfolgung heftig angegriffen, der „Telegraph" nimmt sie in Schutz. Das war das Recht und die Pflicht der Presse, und wenn der Verfasser vielleicht eine etwas heftigere Sprache führt, als wir als Richter wünschen würden, so müssen wir auch den verletzten Gefühlen derjenigen Rechnung tragen, welche die besten Interessen der Gesellschaft durch Schriften von so aufrührerischer Tendenz gefährdet sehen. „Von diesem Gesichtspunkte aus würden wir, wie ich glaube, Unrecht thun, wenn wir auch nur einen Augenblick daran dächten, dem Gesuche Statt zu geben!"

Man sieht, daß der Gerichtshof, wahrscheinlich sehr gegen den Wunsch des Mr. Pigott, seine Ansichten über dessen Schuld ziemlich unumwunden aussprach, und daß selbst Mr. Foster seinen Clienten nur schwach in Schutz zu nehmen wagte. Inzwischen hatte das gerichtliche Verfahren gegen den

Letzteren seinen Verlauf, und am 18. und 19. Februar fand vor dem Schwurgerichtshofe zu Dublin die Schlußverhandlung statt. Obschon, wie die englischen Blätter mit Stolz erwähnen, ein politischer Preßprozeß in England seit Menschengedenken, in Irland seit 20 Jahren nicht vorgekommen war, war doch die Theilnahme des Publikums äußerst gering, und Beamte und Polizeimannschaften bildeten den größten Theil der Zuhörerschaft. Der General-Staatsanwalt begründete in längerem Vortrage die Anklage. Wir erfahren von ihm, daß das Feniertʜum zwei Ursachen hat, einmal den Zufluß verzweifelter Schaaren amerikanischer Emissäre, welche durch die Beendigung des Bürgerkrieges ihre Beschäftigung verloren haben, dann die Einwirkung einer „pestilentialischen" Presse auf ein unwissendes, reizbares, aber hochherziges (generous) Volk. Wie der Trompeter der Aesopischen Fabel, der zwar nicht gekämpft, aber zum Kampfe geblasen hat, so sei auch die Presse, die zum Aufruhr anreizt, strafbarer, als diejenigen waren, welche die Waffen gegen die Königin ergriffen haben.

Wir übergehen die einzelnen Artikel, welche den Gegenstand der Anklage bilden, und allerdings großentheils „im klarsten Englisch" wie Daily Telegraph sagte, zum bewaffneten Aufstande auffordern, und erwähnen nur beispielsweise noch den auch vor der Queens Bench zur Sprache gekommenen „Brief von Colonel Kelly". Kelly erklärt darin, er habe eine englische republikanische Brüderschaft gegründet, deren Hauptquartiere innerhalb zweier Meilen von Buckingham-Palast seien; er droht mit Repressalien, wenn Allen, Larkin und O'Brien nicht als Kriegsgefangene behandelt würden, bespricht die Möglichkeit, dem englischen Handel zu schaden, und schließt mit der Phrase: der Hölle, der britischen Regierung und allen seinen andern Feinden zum Trotz, ist Kelly noch ein freier Mann.

Der Staatsanwalt hält sich für verpflichtet, zu Gunsten des Angeklagten anzuführen, daß derselbe im Irishman auch den bekannten Hirtenbrief des Cardinal Cullen mitgetheilt hat, welcher das Feniertʜum verdammt.

Der Vertheidiger führt u. a. an, es sei eigentlich gut für die Regierung, wenn alles, was das Feniertʜum betreffe, in der Zeitung des Angeklagten veröffentlicht werde, denn Oeffentlichkeit sei die Seele der Wahrheit und Gerechtigkeit, Geheimniß die Seele des Feniertʜums. Der Attorney General — der, wenn er selbst in Staatsprozessen die Anklage vertritt, das letzte Wort hat — replicirt, und der Vorsitzende hält seinen Schlußvortrag, in welchem er die Rechte der Presse erörtert. Sie darf die Ansichten, die Schriften, die Thaten der Staatsmänner, die Parlamentsverhandlungen, die Wahrsprüche der Geschworenen beurtheilen und tadeln, sie darf jede Beschwerde des Volks aufdecken und Mittel zur Abhilfe angeben — aber sie muß die Regierungsform achten, unter der sie so ausgedehnte Vorrechte genießt, darf

sich nicht Verschwörern dienstbar machen, nicht Unruhe und Unzufriedenheit durch das Land verbreiten, Classe gegen Classe aufhetzen, die Gerichte dem Hasse aussetzen, die Gemüther entflammen, um sie zum Aufstande zu reizen. Er bespricht dann die einzelnen Artikel. „Das Brandopfer“ sei in einer Sprache geschrieben, welche gar nicht besser darauf berechnet sein könne, die Iren zum Hasse gegen die Engländer zu reizen. Wenn die Jury nun glaube, daß der Angeklagte diese Artikel in der Absicht veröffentlicht habe, Aufruhr zu schüren, so solle sie Schuldig sprechen.

Nach zwei ein halbstündiger Berathung sprechen die Geschwornen das Schuldig in Betreff aller unter Anklage gestellten Artikel bis auf einen. Der Gerichtshof spricht am 21. Februar das Urtel: es lautet auf zwölfmonatliches Gefängniß. Schon am 20. Februar aber widmet die Times diesem Prozesse einen Leitartikel. Sie ist mit der Verurtheilung einverstanden. Die Artikel seien darauf berechnet gewesen, Unruhen zu erregen und zu gewaltsamen Versuchen, die bestehende Regierungsform zu ändern, aufzureizen, und seien mit der Absicht, diese Wirkung hervorzubringen, veröffentlicht worden. Dies haben die Geschworenen festgestellt; damit seien aber auch die Grenzen des in Rede stehenden Vergehens gegeben. Wenn behauptet worden sei, eine Schrift sei aufrührerisch, weil sie beabsichtige, Mißtrauen und Verachtung gegen die Regierung zu erregen, und kein Schriftsteller dürfe sein Privilegium mißbrauchen, um Unzufriedenheit hervorzurufen oder die Handhabung der Gesetze in Mißachtung zu bringen, so seien dies Redensarten von so gefährlicher Unbestimmtheit, daß nicht nur unschuldige, sondern selbst lobenswerthe Handlungen unter jene Anschuldigen gebracht werden können. Der Begriff einer aufrührerischen Schrift sei stets biegsam gewesen; die Zeit sei aber gekommen, ihn genauer festzustellen, und die Gefahr, die aus der Unsicherheit des Begriffs erwachse, lasse diese Feststellung als höchst wünschenswerth erscheinen.

So die Times. Man sieht, daß die Furcht vor jeder Gefährdung der Preßfreiheit dem Hasse gegen das Feniertum in England bis jetzt noch die Wage hält.

Der letzte schwäbische Landtag.

Ende Februar.

Der am 20. Februar geschlossene würtembergische Landtag ist ohne Frage der denkwürdigste und inhaltreichste, der seit der Dauer der Verfassung versammelt war. Damals freilich, als er gewählt wurde, konnte niemand ahnen, welche Aufgaben seiner warteten, für welche Zwecke er Gelder zu verwilligen,

welchen Verträgen und Gesetzen er seine Sanction zu ertheilen haben werde. Sechsjährig sind im constitutionellen Musterstaat die Landtagsperioden: im Januar 1862 ward die Kammer gewählt und welche Fülle von Ereignissen drängt sich in diesen 6 Jahren zusammen und spiegelt sich wieder in den Verhandlungen eines kleinstaatlichen Landtags!

Es macht Mühe, sich in jene Zeit zurückzuversetzen, da er zu seiner ersten kurzen Sitzung zusammentrat. Damals, im Mai 1862, regierte noch König Wilhelm, und auf dem Präsidentenstuhl saß der alte Römer, beides die Vertreter einer entschwundenen Zeit. Noch waren die Parteien in einer uns heute schwer verständlichen Mischung. Es gab noch eine geschlossene Linke, die sich nicht wenig darauf zu gute that, daß sie eben die Linke war. Zwar rüttelte die deutsche Frage bereits sehr unbequem an dem Bestand dieser Partei, aber man war noch nach Kräften bemüht, den im eigenen Lager sich erhebenden Zwiespalt sorgfältig zu verdecken. Es war die Zeit, da in den Einzelkammern die bekannten Anträge auf „Centralgewalt und Parlament“ gestellt zu werden pflegten, und damals vereinigten sich Hölder und Oesterlen zu einem gemeinschaftlichen Antrag in der deutschen Frage, die kurz darauf als die Führer gegnerischer Lager auseinandergehen sollten. Denn im Lauf des Jahres 1863 theilte sich auch in Würtemberg die Linke in eine nationale und eine großdeutsch-demokratische Partei; über dem Delegirtenprojekt und der Reformakte — wer denkt heute noch an diese Aktenfascikel! — über Abgeordnetentag und Fürstentag erhob sich unsäglicher Hader, bis dann im November 1863, eben als der Landtag zu seiner ersten längeren Session zusammentrat, die schleswig-holsteinische Verwicklung zwang, die alten ausgetretenen Geleise dessen, was man bis dahin die deutsche Frage genannt hatte, zu verlassen.

Und nun warf sich die Kammer kopfüber in die große Politik. Es folgten, von acht zu acht Tagen wiederholt, die warmherzigen Verhandlungen über das augustenburgische Erbrecht und über die Nothwendigkeit einer selbständigen Mittelstaatenpolitik. Den großen Worten entsprach freilich nicht der Erfolg. Nach kurzem Anlauf war es mit der Mittelstaatenpolitik zu Ende und die Unterwerfung unter die Großmächte vollständig. Bald darauf folgte eine neue Niederlage, der Abschluß des Handelsvertragsstreits, der gleichfalls ein so ganz anderes Ende nahm, als die Kammer und der berühmte Mohl'sche Foliant gewünscht hatte. Zwei empfindliche Erfahrungen hatte man so hinter sich und es war nur natürlich, wenn an der Hand dieser geschichtlichen Lectionen bescheidenere Vorstellungen über Aufgabe und Politik eines Kleinstaates im allgemeinen und einer kleinstaatlichen Kammer insbesondere zu reifen schienen. War doch im Grund alles hinderlich gegangen. In energischen Reden hatte man das Menschenmögliche geleistet,

und doch hatte man schließlich das Nachsehen, das eigene Nein wurde zum Ja; man mußte zuletzt ratificiren, was man offen und laut mißbilligt hatte. Ein Zug der stillen Resignation ging durch den Halbmondsaal, und bereits erregten die Reformbestrebungen, die zugleich mit dem Regierungswechsel auftauchten, mehr wehmüthiges Lächeln, als stolze Hoffnung.

Als freilich das große Schicksalsjahr kam, waren jene guten Lehren wieder vergessen. Jetzt schien der Tag der Rache für so viel Demüthigung gekommen. Immer noch war es dieselbe Kammer, die im Juni fast noch größeren Eifer für den Krieg wider den Friedensbrecher entwickelte, als der Minister des Vae Victis, und ihm mit einer Art ungeduldiger Freudigkeit die Gelder dafür bewilligte. Dieselbe Kammer hatte noch im August, als Königgrätz bereits geschlagen war und es galt, weiteres nutzloses Blut am Main zu sparen, den Vorschlag, ein Wort für den Frieden einzulegen, von sich gewiesen, und als sie dann nach Tauberbischofsheim den Friedensvertrag zu genehmigen hatte, that sie es nicht, ohne gleichzeitig eine Adresse zu beschließen, worin sie ihren Gefühlen noch einmal feierlich Ausdruck gab und eine engere Verbindung mit Preußen zur Ueberbrückung des Main nachdrücklich von sich wies. Aber das vergeltende Schicksal hatte ihr noch mehr aufgespart. Denn wiederum war es dieselbe Kammer, die im Jahr 1867 vor den neuen Zollvertrag und das Bündniß mit Preußen sich gestellt sah, die der Genehmigung dieser Verträge nicht ausweichen konnte und schließlich ein Wehrgesetz votirte, welches das verhaßte preußische System auch in Schwaben einführt. Wie zur Sühne durfte sie mit eigner Hand die Fäden wieder knüpfen, bei deren Zerreißung im Juni 1866 sie mitgeholfen hatte.

Es liegt ein heiterer Zug der Gerechtigkeit in dieser kurzen Aufzählung der Daten. Grausam freilich war es unter allen Umständen, daß eine Kammer, die sich so bestimmt und feierlich in einer politischen Richtung engagirt hatte, zu Acten genöthigt wurde, die in entgegengesetzter Strömung lagen. Es bewies keine übergroße Achtung vor der Würde der Volksvertretung, daß Herr v. Varnbüler von einer und derselben Kammer verlangte, seine Politik von 1866 und seine Politik von 1867 mitzumachen. Er konnte sich freilich darauf berufen, daß er selber ja gleichfalls es verstanden habe, den verschiedenen Situationen mit Gleichmuth gerecht zu werden, und daß er auch andern zumuthen könne, was er sich selbst zugemuthet habe.

Gleicher Erleuchtung erfreuten sich nun die Abgeordneten der zweiten Kammer nicht. Unmöglich auch konnte die des Ministers einfach für sie maßgebend sein. Und wenn die Thatsachen inzwischen vernehmlich gesprochen hatten, so war auch dies noch keineswegs ein Grund, der mit Sicherheit ein Verständniß dieser Thatsachen voraussetzen ließ. Im Gegentheil. Verächtlich ist für den Schwaben der brutale Erfolg, ihn reizt das Unmögliche, und

mit besonderer Wärme pflegt er an dem zu hängen, was definitiv beseitigt ist. Oder ist nicht Schwaben das Land, wo es heute noch großdeutsche Programme gibt, und wo der Südbund empfohlen wird, als ob es keine Allianzverträge und kein Zollparlament gäbe, und eine Mittelstaatenpolitik, als ob wir noch in den Jahren der Unschuld lebten? Gerade daß der Erfolg für Preußen gesprochen hatte, forderte den Trotz der großen Seelen heraus.

Dennoch hatte Herr v. Varnbüler guten Grund, es mit derselben Kammer zu versuchen, die schon in seiner Saulusperiode hinter ihm gestanden. Zwar nicht darauf durfte er rechnen, daß doch immerhin eine Mehrheit sich finden werde, die aus nationalen Gründen, aus Ehrgefühl für die neue Politik einstehen werde, welche die Aufgabe hatte, die unnatürliche Mainlinie, nachdem der Krieg sie geschaffen, im Frieden wieder zu beseitigen. Diese nationalen Gründe bestanden, aber sie bestanden nur für eine kleine Minderheit. Die deutsche Partei, deren Programm war, jedes Mittel der Annäherung an den Norden zu ergreifen, zählte vor und nach Königgrätz in der Kammer nie mehr als ein Dutzend Stimmen, unter 90 Mitgliedern ein kleines Häuflein. Was ihnen aber entgegenstand, war nicht gleichfalls eine geschlossene Partei, sondern eine Mischung höchst heterogener Elemente. Da waren zunächst die großdeutschen Demokraten der stricten Observanz, die das bedauerliche Unglück haben, in Preußen nur einen einzigen deutschen Mann zu wissen, nämlich den Dr. Johann Jacoby; dann die Ultramontanen, die klug genug sind, sich gleichfalls unter die Fahne ebengenannter Demokratie einzureihen, der sie die leitenden Köpfe liefern; weiterhin eine Anzahl Altliberaler, ohne nachhaltige nationale Regungen, alter Tradition gemäß die treuen Hüter des würtembergischen Staatssäckels; endlich aber — und dies ist ein starkes Contingent — der Troß dunkler Ehrenmänner, denen die politischen Doctrinen im Grund wenig Scrupel machen, desto mehr die gute oder üble Meinung ihrer Mandanten, Abgeordnete, die im Politischen mit dem eben wehenden Wind zu segeln pflegen, im Uebrigen sich aber zunächst als Vertreter der lokalen Interessen ihrer Bezirke betrachten und schon aus dieser Rücksicht möglichst gute Freundschaft mit dem jeweiligen Ministerium halten. Das kleine Königreich zählt 70 Volksabgeordnete, da kann unmöglich jeder ein großer politischer Charakter sein, die Mittelmäßigkeit herrscht unvermeidlich vor, sie muß nothwendig selbst auf die drücken, die unter weiteren Verhältnissen vielleicht mehr geworden wären. Dazu kommen dann noch etwa 20 privilegirte Ritter und Prälaten, meist sichere Stimmen für die Regierung, obwohl sich gerade in den letzten politischen Kämpfen auf diesen Bänken theilweise eine hartnäckige Selbständigkeit gezeigt hat. Wie man sieht, eine bunte Gesellschaft, innerhalb derselben noch eine Anzahl unclassificirlicher Käuze, wie z. B. Moritz Mohl, im Ganzen eine primitive, unzuverlässige Parteibildung, weniger auf Grundsätzen als auf Persönlichkeiten beruhend — besser konnte sie Herr v. Varnbüler sich gar nicht wünschen. Einen überlegenen Kopf hätte es auch ohne Noth reizen müssen, eine solche Versammlung heute in dieser, morgen in jener Richtung zu gebrauchen.

Als im Jahr 1863 Friedrich Römers Rücktritt den Präsidentenstuhl erledigte, schien niemand größere Anwartschaft auf denselben zu haben als Herr v. Varnbüler selbst, der damals Vicepräsident war. Allein die Kammer that sich damals noch viel auf ihre liberale Mehrheit zu gut, dem Ritter, der kurz zuvor eine hervorragende Rolle beim Reformverein gespielt hatte, wollte man solchen Vertrauensposten nicht übertragen, er mußte sich abermals mit der Stelle des Vicepräsidenten begnügen. Dafür wußte er sich bitter zu rächen. In allen jenen kleinen Künsten des Constitutionalismus, eine ur-

sprünglich abgeneigte und mißtrauische Mehrheit zu gewinnen, die Interessen zu theilen, hier zu schmeicheln, dort zu drohen, durch einen verbindlichen Händedruck, ein herablassendes Lächeln den Groll der Parteimänner zu entwaffnen, hat er sich vom Beginn seines Ministeriums als Meister gezeigt. Dabei empfahl er sich von Anfang an durch ein fast affectirt bescheidenes Auftreten. Während der großen Redeübungen, die auf dem Landtag 1863/64 fast allwöchentlich über die schleswig-holsteinische Frage stattfanden, hatte er sich durchaus schweigend verhalten. Jetzt war die Niederlage der Mittelstaaten besiegelt, sie hatten sich den Großmächten unterworfen, allmählich verstummte das Schmerzensecho selbst in der würtembergischen Kammer. Und diese Stimmung des Ueberdrusses an der eignen Tugend benützte der Minister, der neben dem Auswärtigen zugleich das Departement der Verkehrsanstalten in die Hand genommen hatte. So oft die Kammer wieder die politische Frage aufs Tapet brachte, zuckte er die Achseln; Würtemberg, meinte er, sei ein kleiner Staat, große Politik zu treiben nicht seine Sache, er selbst betrachte sich mehr als Verkehrsminister dann als Lenker des auswärtigen Amts. Für kleine Staaten sei die Hauptsache, Eisenbahnen zu bauen und sich ein behagliches befriedigtes Dasein zu schaffen. Wirklich bildeten nun Eisenbahnprojecte und -Vorlagen einen Hauptgegenstand der Session von 1865, und diese Zurückführung des Interesses auf kleine und kleinste Wünsche der Bevölkerungen, wo jeder Kirchthurm, eifersüchtig und in Fehde mit dem Nachbar, um die Gunst des mächtigen Verkehrsministers warb, war für diesen das Mittel, nicht blos eine gewisse Popularität im Land sich zu verschaffen, sondern insbesondere die Stimme der Abgeordneten zu gewinnen und sie bald durch Gnadenspenden, bald durch Versprechungen und Vertröstungen an sich zu fesseln. Früher hatten die Landstraßen diese Dienste geleistet. Jetzt ist es die Führung der Eisenbahnlinie an diesem oder jenem Städtchen vorbei oder die Anlage der Bahnhöfe, und neuerdings ist zu diesen Mitteln durch die neue Gerichtsorganisation auch die Vertheilung der Gerichtshöfe getreten. Es ist nun einmal Herkommen, daß dergleichen seine politische Wirkung äußert. Seit vielen Jahren ist System darin, und es ist dadurch ein Grad von politischer Unselbständigkeit und Gesinnungslosigkeit großgezogen worden, von dem man sich keinen Begriff macht, wenn man nicht diese Dinge im Detail kennen lernt. Und es handelt sich dabei weniger davon, daß die Regierung jene Angelegenheiten wirklich als Prämien für die Gefügigkeit benützte, sie hat das gar nicht nöthig, die Bevölkerungen sind ihr aus freien Stücken zu Willen. Eine kleine Stadt, die eine Eisenbahnverbindung begehrt, hat überhaupt keine politische Gesinnung mehr, sie wird jede Gelegenheit ergreifen, ihre Ergebenheit kundzuthun und ihr Vertreter wird in solchen Fällen immer das getreue Organ seiner Mandanten sein. Ein Wort das ihm der Minister ins Ohr flüstert, wirkt Wunder vor Abstimmungen. Man hat das schon an „bewährten Volksmännern", erleben können, und man erlebt es eben in diesem Augenblick wieder bei den Zollparlamentswahlen. Als kürzlich das Programm der deutschen Partei hinausgegeben wurde, um es von Notabeln in den verschiedenen Städten unterzeichnen zu lassen, kam aus dem Städtchen R. die Antwort zurück: „Alles ist hier mit dem Programm einverstanden, es hat den besten Eindruck gemacht, und die deutsche Sache findet immer mehr Anklang. Aber mit öffentlichen Unterschriften können wir zur Zeit natürlich nicht hervortreten, denn man weiß noch nicht, ob das neue Kreisgericht nach R. oder nach B. kommt." Das war in aller Naivetät geschrieben, kein erröthender Versuch der Bemäntelung, es war einfach „natürlich", — ein Beitrag zu der Frage, was das „vierhundertjährige Ver-

fassungsleben“ für die politische Erziehung des Volks geleistet hat, und eine Illustration zu der berühmten süddeutschen Freiheit.

Seit den Eisenbahndebatten besaß Herr v. Varnbüler die Kammer. Immerhin aber waren noch außerordentliche Veranstaltungen nothwendig, als die Zollvereins- und Allianzverträge genehmigt werden sollten von derselben Kammer, die noch im September 1866 von den Herrn v. Mittnacht und Oesterlen zu jener deklamatorischen antipreußischen Adresse sich hatte hinreißen lassen, im guten Glauben, daß sie damit ein der Regierung wohlgefälliges Werk thue, welche durch nichts verrieth, daß sie einen Allianzvertrag mit Preußen bereits in der Tasche habe. Herrn v. Mittnacht hatte es freilich keine Mühe gekostet, an Herrn v. Neuraths Stelle seinen Platz neben Varnbüler zu nehmen und mit diesem jetzt eine Politik zu vertreten die er damals bekämpfte. Bei den übrigen hatte aber doch der Umwandlungsprozeß größere Schwierigkeiten, und es bedurfte des ganzen Gewichts der materiellen Interessen, das in zahlreichen Adressen des Handels- und Gewerbestandes sich aussprach, es bedurfte der von Berlin aus drohend betonten Solidarität des Zollvereinsvertrags mit dem Allianzvertrag, endlich sogar der persönlichen Dazwischenkunft des Königs, der seinen Wunsch für das Zustandekommen der Verträge demonstrativ zu erkennen gab, — dies alles bedurfte es, um eine Mehrheit zu gewinnen, die stumpf und gleichgiltig gegen das nationale Moment in den Verträgen war.

Bis dahin hatte das Ministerium ganz loyal die ihm durch die Verträge vorgezeichnete Linie eingehalten. Es ward in der Kammer nachdrücklich für deren Annahme eingetreten. Herr v. Varnbüler hatte insbesondere sich ein Vergnügen daraus gemacht, Moritz Mohl gründlich zu verarbeiten. Wer damals Zeuge war, wie der Minister diesem zähesten Widerpart die Sünden seiner Vergangenheit von den Zeiten der Gründung des Zollvereins an vorhielt, und wie dieser unter der Wucht der Beweisstücke, die der Minister triumphirend emporhielt, tiefer und tiefer unter das Subsellium einsank, sodaß schließlich kaum noch die Spitze einer Perücke sichtbar war, der hatte den Eindruck, daß in jedem anderen Lande Mohl künftig eine unmögliche Persönlichkeit wäre. Nicht vermuthet hätte er, daß bald darauf der Minister den also Hingerichteten mit der Erklärung beschwichtigen würde, er werde sich in Bälde überzeugen, daß die Politik der Regierung von der seinigen nicht soweit auseinandergehe; und am wenigsten hätte er sich träumen lassen, daß eines Tages Herr v. Varnbüler dem Zollparlamentscandidaten Moritz Mohl den Einfluß der Regierung zur Verfügung stellte. — Allein mit der Annahme der Verträge schien sich der nationale Eifer des Ministeriums erschöpft zu haben. Von da an begann plötzlich ein anderer Wind zu wehen. Sei es, daß man von Anfang an nach Genehmigung der Verträge Halt zu machen beabsichtigte oder daß seit Salzburg wieder ein größeres Vertrauen in die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten sich eingestellt hatte, die Losung war jetzt: bis hierher und nicht weiter. Im December hielt Herr v. Varnbüler die berühmte Rede wider den norddeutschen Bund, und im Januar erschien der schon durch seine drastische Redeweise überraschende Artikel „Vom Lande“ im Staatsanzeiger, der gegen das nationale Wahlprogramm der badischen Abgeordneten polemisirte und mit großem Aufwand sittlicher Entrüstung das Streben nach Erweiterung der Zuständigkeit des Zollparlaments als Bruch der Verträge denuncirte. Unter der Hand suchte man den Glauben zu verbreiten, daß diese neueste Wendung im vollsten Einklang mit den Intentionen des Grafen Bismarck stehe, der weit entfernt sei, die tumultuarischen Begehren der Nationalen im Süden zu billigen. Damit sollte ein doppelter

Zweck erreicht werden: man gab sich den Anschein höchster Loyalität in Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen, während man die nationale Partei vor dem Lande hinstellte, als sei sie preußischer als Preußen selbst. Nach Berlin aber versicherte Herr v. Varnbüler angelegentlich: ganz Schwaben brenne in unglaublichem Preußenhaß, dies sei die Stimmung, mit der er zu rechnen habe, daher seine zurückhaltende Politik, die allein zum Ziele führen werde.

Was die wahren Gedanken der Regierung waren, ist dann später während der Agitation für die Zollparlamentswahlen offen zu Tage getreten. Schon mit jenen Kundgebungen hatte sie den Standpunkt deutlich bezeichnet, den sie gegenüber den Wahlen einzunehmen gedachte. Ihre nächste Folge aber war, daß sie ein wichtiges Gesetzgebungswerk, das noch im Rückstand war, gefährdete: die Armeereform. Wie konnte diese selbstverständlich unpopuläre Maßregel durchgeführt werden, wenn nicht auch für sie das Ministerium mit allen Kräften einstand? Und wie konnte man an den guten Willen eines Ministeriums glauben, das sich in so nachdrücklichen Ausfällen gegen die norddeutschen Einrichtungen gefiel? In der That erfuhr man jetzt, daß es in der Militärfrage nicht an Differenzen zwischen den Ministern fehle. Man wollte wissen, die Stellung des Kriegsministers seinen Collegen gegenüber sei lange schon ein wahres Martyrium. Unter den Offizieren der würtembergischen Armee zählt die Neugestaltung Deutschlands warme Anhänger. Die Mehrzahl war aus dem unglücklichen Feldzug gut preußisch gesinnt zurückgekommen. Aus ihrem Wunsch, daß die Streitmacht des Landes einem großen nationalen Heere einverleibt werde, machte sie nirgends ein Hehl. In diesen Kreisen wurde es darum sehr freudig begrüßt, daß während des luxemburger Conflicts Herr v. Varnbüler das Kriegsministerium dem General Freiherrn v. Wagner übertrug, von dem man wußte, er theile jene Gesinnung vollständig; und eine erneute Bürgschaft für eine nationale Führung dieses Departements durfte man darin erblicken, daß er den Oberstlieutenant v. Succow als seinen Adjutanten berief, der, eine junge, feurige und sehr begabte Kraft, zuvor schon eine Denkschrift über den Anschluß Würtembergs an das preußische Wehrsystem — im Gegensatz zu den Plänen des damaligen Kriegsministers General v. Hardegg — eingereicht hatte. Als letzterer das Ministerium verließ, war zwar entsprechend den münchener Verabredungen Formation und Reglement bereits dem preußischen System angepaßt, dagegen schwankte man noch in der Bewaffnung, man suchte nach dem besten Hinterlader, und für das Kriegsdienstgesetz hatte derselbe einen Entwurf ausgearbeitet, der eine bedenkliche Neigung für das schweizerische Milizwesen verrieth. Sein Rücktritt war unvermeidlich in einem Augenblick, wo das Waffenbündniß mit Preußen praktisch zu werden drohte. Die nächste Folge war, daß das preußische Gewehr definitiv adoptirt wurde und Herr v. Wagner ein neues Programm für die Heeresorganisation vorlegte.

Dieses Programm bedeutete den engsten Anschluß an die norddeutsche Organisation. Das würtembergische Armeecorps sollte ein Theil der nationalen Armee sein, für den Oberbefehl und für die Leitung des Generalstabs verlangte es einen preußischen General; abwechselnd sollten die Offiziere in preußische Garnisonen geschickt werden, um die dortigen Einrichtungen zu studiren und den Zusammenhang der nationalen Armee zu unterhalten. Diese Bestimmungen hatten auch die Billigung des Ministerraths gefunden. Als aber die unmittelbare Kriegsgefahr verschwand, drängten sich sofort ungünstige Einflüsse hervor. Es schien jetzt nicht mehr so dringlich, zu einem so weitgehenden Verzicht auf die Souveränetätsrechte sich zu verstehen. Man bemäkelte diesen und jenen Punkt. Herr v. Wagner sah sein Programm all-

mählich in den wichtigsten Dingen beschnitten, und als er den Entwurf eines Kriegsdienstgesetzes vorlegte, das wesentlich dem preußischen nachgebildet war, immerhin aber in einzelnen Abweichungen von den dortigen Normen eine gewisse Selbständigkeit zu retten versuchte, stieß er auf entschiedene Mißgunst. Dem König wurde eingeredet, man wolle ihn an Preußen verkaufen, im geheimen Rath wurde die Stelle in dem von Succow verfaßten Entwurf, wonach die würtembergische Armee nur als Glied des nationalen Heeres organisirt werden konnte, gestrichen und durch einen gleichgiltigen Passus ersetzt. Ein Vorgang in der Kammer zu Anfang December, als es sich um die Behandlung der Beschlüsse der ersten münchener Militärconferenz handelte, zeigte Herrn v. Wagner in offenem Widerstreit mit seinen Collegen Varnbüler und Mittnacht. Es hatte damals den Anschein, als ob diese jede Solidarität mit dem Kriegsminister ablehnen wollten. Der eine hatte seine Verträge, der andere seine neue Justizverfassung durchgesetzt; der Kriegsminister mochte sehen, wie er mit seinen Entwürfen in der Kammer fertig würde. Da aber in dieser Zeit Herr v. Varnbüler seine Philippica gegen den norddeutschen Bund hielt, brachte man dies in Verbindung mit jenen Vorgängen, hinter denen sich eine Intrigue gegen den Kriegsminister zu verbergen schien.

Es schwebt über diesen intimen Dinge noch ein gewisses Dunkel. Man wollte wissen, der Kriegsminister habe damals eine energische Interpellation an Herrn v. Varnbüler gerichtet, die von diesem beschwichtigend beantwortet wurde. Mehr Erfolg noch scheint in dieser Zeit ein Schritt gehabt zu haben, der von gewisser Seite direct beim König gethan wurde. Der Erfolg war, daß der Monarch Herrn v. Varnbüler seinen entschiedenen Willen zu erkennen gab, das Kriegsdienstgesetz zu Stande zu bringen, und das Ministerium verbreitete jetzt unter der Hand die Erklärung, daß es für die Militärreform solidarisch einstehen und sie mit allen Mitteln unterstützen werde.

Inzwischen aber hatte die ministerielle Presse so gut wie nichts gethan, um das Volk über ein Gesetz aufzuklären, das von der Demagogie längst als ein willkommenes Agitationsmittel benutzt worden war. Unschwer ließ sich voraussehen, daß die Heeresreform in der Kammer einen ungleich schwierigeren Stand haben werde, als die Anschlußverträge. Schon dies war ungünstig, daß die Berathung gerade dieses Gegenstandes bis an das Ende der Session hinausgeschoben wurde, wo die Abgeordneten bereits dem Gedanken an die Wiederwahl mehr als billig nachzuhängen pflegen und eine planmäßig betriebene Agitation auch im Ständesaal auf eine größere Empfänglichkeit rechnen kann. Diese Agitation aber wandte sich an Vorurtheile und Schwächen des schwäbischen Stammes, die nur mit allzuviel Glück gegen die bessere Einsicht und gegen das nationale Pflichtgefühl aufgerufen werden konnten. —

Das neue Kriegsdienstgesetz erfüllte nicht blos eine Forderung, die theoretisch auch von den demokratischen Parteien längst erhoben worden war, die der allgemeinen Wehrpflicht, sondern es brachte auch eine Reihe positiver, sehr werthvoller Erleichterungen, so das Institut der Einjährig-Freiwilligen, die Herabsetzung der Präsenzzeit von 6 auf 3 Jahre, das Recht der Verheirathung für alle Reservisten. Das waren unbestreitbare Dinge. Dennoch nahmen die Volksschmeichler in Versammlungen und Adressen, die sie von Gemeinde zu Gemeinde trugen, keinen Anstand, die Sache so darzustellen, als ob das neue Gesetz nur ein Privilegium der Reichen, ein Mittel zur Unterdrückung der Armen sei. Die schlimmsten socialistischen Schlagwörter wurden ins Volk geworfen, der sichere Ruin der Volkswohlfahrt als unausbleibliche Folge der unerschwinglichen Lasten dargestellt, und wie gerufen kam

der Nothstand in den preußischen Ostprovinzen, der, in den bekannten Farben der Zukunftspresse geschildert, unserm Volk als Spiegel dessen, was ihm unvermeidlich bevorstand, entgegengehalten wurde. Diese Umtriebe fanden um so willigeren Boden, als die Abneigung gegen den Kriegsdienst ohnedem bei uns allgemein ist.

Es hängt mit der Geschichte dieser südwestlichen Reichsecke zusammen, die wie keine andre in zahllose kleine Territorien zersplittert war, daß sich hier das Gefühl der Pflichten gegen den Staat nicht entwickeln konnte. Man kannte keinen Staat und fremd blieben daher auch die Bande, die in einem wirklichen Staatswesen den Bürger an das Ganze knüpfen. Von all diesen Pflichten die lästigste aber war immer die des Kriegsdienstes, die schon bisher, in den Zeiten des Loskaufs, Tausende von jungen Leuten über den Ocean hinübergetrieben hat. Das ist immer der empfindlichste Punkt gewesen für den Hang der Schwaben, den man euphemistisch ihren Freiheitssinn zu nennen pflegt, für ihren Hang, die Ansprüche der Individualität geltend zu machen auf Kosten der Rechte der Gesammtheit. Unterordnung, Disciplin, ist die schwierigste Forderung, die an den Schwaben gestellt werden kann. Wenn die allgemeine Wehrpflicht auch hier eine alte Forderung gewesen ist, so verstand man darunter weniger ein System, das die unerläßlichen Lasten gerecht und gleichmäßig vertheilte, als vielmehr ein solches, das alle von den Lasten möglichst befreite, und jedem wohl das Recht Waffen zu tragen verlieh, aber die sachmäßige Bildung auf ein Minimum beschränkte. Darum sind auch alle jene dilettantischen Spielereien mit Bürger-, Jugendwehren u. dgl. immer in Schwaben außerordentlich populär gewesen, man sah darin ein Mittel, sich auf recht billige Art mit den Forderungen des Staats abzufinden, und der „Beobachter" konnte neulich alles Ernstes versichern, der allgemeine Waffendienst sei unter dem Landvolk außerordentlich beliebt, vorausgesetzt, daß die Ausbildung „zu Hause" stattfinde. Diese „Präsenz zu Hause" ist in der That eine der sinnreichsten und bezeichnendsten Erfindungen unsrer demokratischen Presse. Der theils künstlich genährten, theils aber instinctiven Abneigung gegen Preußen lag immer ganz besonders der Widerwille gegen strenge militärische Disciplin zu Grunde. Man hatte das Gefühl, daß eben diese dem Norden sein unbestreitbares Uebergewicht über den Süden verleihe.

So concentrirte sich denn der Widerstand gegen die neue Gestaltung der Dinge, deren Anerkennung von den würtembergischen Ständen verlangt wurde, ganz besonders auf die Armeereform. Die Partikularisten hatten den Allianzvertrag hauptsächlich mit dem Argument bekämpft, daß seine Genehmigung zugleich die Uebernahme der unerschwinglichen Lasten, die das preußische Wehrsystem mit sich bringe, mit Nothwendigkeit nach sich ziehe. Als aber jener Vertrag genehmigt war und das Kriegsdienstgesetz vorgelegt wurde, stellten sie ihre selbstgezogene Consequenz wieder in Abrede. Jetzt hieß es, an dem Vertrag wolle man allerdings festhalten, aber er begründe nicht im mindesten eine Verpflichtung, das Heerwesen nach denselben Grundsätzen einzurichten. Im Gegentheil. Preußen, sagten die Demokraten, habe sich ja verbindlich gemacht, die Selbständigkeit unsres Landes auf alle Fälle zu schützen; wozu also unsererseits Anstrengungen machen? Nachdem dann doch das Kriegsgesetz mit knapper Mehrheit durchgegangen, begann derselbe hartnäckige Kampf wieder beim Contingentsgesetz. Was dort zugestanden war, wollte man hier wieder zurücknehmen, und nachdem endlich auch diese Position verloren war, hielt man sich noch an das allerletzte Mittel, an die Berathung des Militäretats, um nachträglich durch Verweigerung der Gelder, durch Zerren an jedem einzelnen Posten die wirkliche Durchführung der Re-

organisation zu vereiteln oder wenigstens zu erschweren. Man setzte seinen Ehrgeiz darein, weniger zu leisten, als das ganze übrige Deutschland, auch die Minister vertheidigten die Regierungsvorlagen nicht von dem Gesichtspunkt aus, daß sie eine Forderung der nationalen Ehre seien, sondern damit, daß ihre Genehmigung im Interesse der Selbständigkeit des Königreichs liege. Namentlich leugnete Herr v. Varnbüler jeden Zusammenhang der Heeresreform mit den Allianzverträgen. Sie wäre, meint er, ohnedem geboten gewesen und stehe nur mit den Verabredungen der süddeutschen Staaten zu München in Verbindung.

Durch so unwürdiges Markten gelang es nun wirklich, die Militärvorlagen derart zuzurichten, daß für das Kriegsministerium die Frage entstehen mußte, ob nicht das Scheitern am Ende vorzuziehen sei. Wenn es gleichwohl an dem Entwurfe festhielt, so war hiefür die Erwägung maßgebend, daß denn doch schon allein die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein wesentlicher Fortschritt, ja die Hauptsache sei. Aus anderen Gründen lag auch den andern Ministern daran, daß überhaupt das Kriegsdienstgesetz — wie beschaffen immer — zu Stande komme. Denn blieb es in der Schwebe, so wäre dies bei den nächsten Abgeordnetenwahlen ein höchst willkommenes und wirksames Agitationsmittel für die demokratischen Vereine gewesen. Und dieses Interesse des Gesammtministeriums machte wieder die Stellung des Kriegsministers einigermaßen günstiger. Die deutsche Partei war nämlich eben stark genug, um zwischen den Reinministeriellen und den Partikularisten den Ausschlag zu geben. Das Gesetz durfte also nicht unannehmbar sein für die deutsche Partei, sonst wäre es sicher gescheitert. Diese aber machte ihre Zustimmung wesentlich von der Haltung des Kriegsministers abhängig, auf den sie unbedingtes Vertrauen setzen durfte. So gab dieser Rückhalt dem General von Wagner seinen Collegen gegenüber festere Position.

Nun war bei der Stimmung der Kammer und des Landes allerdings eine Herabsetzung der im Entwurf auf drei Jahre bestimmten Präsenzzeit, obwohl sie dem ganzen System widersprach, unvermeidlich. Es beruhte diese Forderung weniger auf einer bestimmten Abschätzung der Kräfte des Landes im Verhältniß zu den angesonnenen Leistungen, als vielmehr auf einem Schlagwort, das noch eine fatale Erbschaft des preußischen Militärconflicts war. Hatte das preußische Abgeordnetenhaus so lang gegen die dreijährige Präsenz sich gewehrt, so konnte in Schwaben unmöglich dieselbe Forderung zugestanden werden. Hier also mußte der Kriegsminister, von seinen Collegen gedrängt, nachgeben, obwohl noch kurz zuvor auf der zweiten münchner Conferenz die Kriegsminister der 3 süddeutschen Staaten das Festhalten an der dreijährigen Präsenz verabredet hatten. General v. Wagner konnte unter diesen Umständen wenigstens solche Bedingungen stellen, welche auf Zugeständnisse im nationalen Sinn und auf theilweise Wiederherstellung seines ursprünglichen Programms hinausliefen, — insbesondere rücksichtlich der Sendung von Offizieren nach Berlin, — und man erzählt, er habe sich im Ministerrath diese Zugeständnisse schriftlich ertheilen lassen. Allein auch mit der Nachgiebigkeit im Punkt der Präsenz erreichte er noch keine sichere Mehrheit für seinen Entwurf, die Abstimmungen blieben bis zuletzt fast Sache des Zufalls. In der ersten Berathung wurden sämmtliche Anträge über die Präsenz verworfen und erst in der Schlußberathung gelang es, die Mehrheit für eine gesetzliche Fixirung der Präsenzpflicht auf nicht über zwei Jahre zu gewinnen, nachdem das Kriegsministerium auch noch in Betreff der Unteroffiziere hatte nachgeben müssen, für die es vergebens die Möglichkeit einer längeren Präsenz zu retten versuchte, die ihm aber nur für die Reiterei be-

willigt wurde. Auch sonst that die Kammer noch ihr möglichstes, um das Gesetz den schwäbischen Eigenthümlichkeiten anzupassen. So beseitigte sie die Controlversammlungen der Landwehr, „weil man bei uns nicht so streng zu sein brauche, wie in Preußen", während gerade das pädagogische und moralische Moment dieser Versammlungen bei der Stammesabneigung gegen Disciplin doppelt werthvoll gewesen wäre. Die Partikularisten scheuten sogar nicht vor dem Versuch zurück, den Grundsatz der Stellvertretung wieder in das Gesetz zu bringen, konnten aber damit nicht durchdringen. Dagegen ließ die Kammer sich zu dem sinnreichen Beschluß verleiten, daß alle diejenigen, die in den Jugendwehren hinreichende militärische Vorbildung erhalten, zu einer nur sechsmonatlichen Präsenz verpflichtet sein sollten, ein Beschluß, der nur durch den Widerspruch der ersten Kammer wieder beseitigt wurde.

Bei der Berathung über das Contigentsgesetz und schließlich über den Militäretat begann, wie gesagt, das Markten aufs neue. Das Contigentsgesetz war schon im Regierungsentwurf aufs sparsamste angelegt worden. Man hatte sich insbesondere, was den Offizieren keine Freude war, aus Sparsamkeitsgründen mit dem bisherigen Formationsbestand begnügt. Man muthete den Würtembergern gar nicht zu, daß sie so viel leisten sollten als die Badener und die Baiern, man war zu einem Minimum des Erforderdernisses herabgegangen. Der Spielraum, den die münchener Beschlüsse gewährten, wurde von Würtemberg aufs äußerste ausgenützt. Während im ganzen übrigen Deutschland die Friedensstärke 1 Proc., die Kriegsstärke 2 Proc. der Bevölkerung beträgt, verlangte man in Würtemberg nur ¾ Proc. für den Frieden, 1½ Proc. für den Krieg. Es stellt damit in Frieden 5000 Mann weniger als in Baiern und Baden verhältnißmäßig gestellt werden und auch für die Landwehr sind statt 12,000 Mann nur 6000 Mann verlangt, während in Baiern und Baden die Einrichtung der Landwehr sofort systematisch durchgeführt wird.

Trotz dieser Rücksichten auf die schwäbischen Eigenthümlichkeiten kostete es die größte Mühe, das Contingentsgesetz durchzubringen, es erhielt schließlich nur drei Stimmen Mehrheit. Und bei der Berathung des Militäretats that die Kammer noch in „Ersparnissen" ein Uebriges. Insbesondere bewilligte sie, zum Dank für das Entgegenkommen des Kriegsministers, nur die Gelder für eine 1½jährige Präsenz. So haben denn die Militärdebatten ein Ergebniß gehabt, das nur zu sehr beweist, wie widerwillig Schwaben selbst ein bescheidenes Theil der Pflichten für die Vertheidigung des Gesammtvaterlandes übernimmt, ein Ergebniß, das in der That ein wenig rühmliches Capitel unserer parlamentarischen Geschichte bildet. Immerhin ist wenigstens der Fortschritt zu begrüßen, der in der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht liegt. Hat sich diese einmal eingebürgert, ist sie, die jetzt noch ein Schreckgespenst bildet, zu einem Bestandtheil unserer öffentlichen Sitten geworden, so wird dies am allermeisten dazu beitragen, auch im widerstrebenden Schwaben einer höheren Staatsidee Eingang zu verschaffen.

Die Geschichte der Militärdebatten ist aber nicht blos bezeichnend für die Denkweise der Bevölkerung, als deren Organ die Kammer gesprochen hat, sondern insbesondere auch lehrreich für die Haltung unserer Regierung. Die Thronrede, mit welcher der Landtag geschlossen wurde, hat dann ihre Neigungen in einer Weise enthüllt, wie man dies kaum erwarten durfte, und wenn ja noch ein Zweifel über dieselben bestehen konnte, so hat die Bundesgenossenschaft, mit welcher die Regierung angesichts der Zollparlamentswahlen auftritt, vollends jeden Schleier hinweggenommen.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

№ 11.

Ausgegeben am 13. März 1868.

Inhalt:

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

Ein Brief über den Nothstand in Ostpreußen.

Sie wünschen für Ihre Zeitschrift eine Besprechung des Nothstandes in Ostpreußen. Ihnen zu wiederholen, wie es bei uns aussieht, wäre nach der Fluth von Berichten, welche die Tagesblätter aller Farben darüber gebracht haben, mindestens überflüssig. Uebertreibungen sind dabei vorgekommen, nach beiden Seiten hin — das gebe ich bereitwillig zu. Aber leider bleibt dazwischen noch genug, mehr als genug übrig.

Weniger erschöpft scheint mir die oft gehörte Frage zu sein: wie der Nothstand habe entstehen können, in einer Provinz, die als Kornkammer bekannt und nichts weniger als übervölkert ist?

Schon diese Fassung der Frage läßt erkennen, daß das auswärtige Publikum entweder die Verhältnisse und die Bedeutung des Landbaues in unserer Provinz nicht kennt oder in der officiösen Anschauung befangen ist, wonach wir lediglich mit den Folgen eines durch die Ungunst der Elemente herbeigeführten Mißwachses zu kämpfen haben. Wahr ist es: Ostpreußen hat seit fünf Jahren vier schlechte Ernten gemacht und nur eine mittelmäßige (1866). Aber selbst diese großen Verluste würden nicht die Noth auf eine solche Höhe gebracht, nicht die halbe Bevölkerung der Provinz ruinirt haben, wenn nicht ihr Wohlstand schon vorher tief erschüttert gewesen, ihre wirthschaftliche Entwicklung seit Jahrzehnten verkümmert wäre. Für jeden, der die Provinz kennt, muß es klar sein: Der jetzige Wohlstand ist nur der plötzliche Ausbruch einer schleichenden Krankheit, die seit lange an unserm Marke zehrt! Ich will versuchen, sie Ihnen nachzuweisen.

Die Provinz, die dem preußischen Staate nicht blos ihren Namen, sondern auch ihre besten Kräfte gegeben hat bis zu deren jetziger Erschöpfung, ist von jeher sein Stiefkind gewesen. Schon der große König Friedrich II. der das entlegene, isolirte Ostpreußen seinem Schicksal überlassen mußte, konnte es ihm doch nie vergeben, daß es außer Stande war, sich der russischen Uebermacht zu erwehren. Kaum war dann durch den Erwerb von Westpreußen die Provinz mit dem übrigen Staatsgebiete zu einem zusam-

menhängenden Ganzen vereinigt; kaum hatten die neuen Landestheile Südpreußen und Neuostpreußen von dort aus deutsche Beamte, deutsche Landwirthe und Handwerker als Pionire deutscher Cultur empfangen — da erfolgte der unglückliche Krieg von 1806—1807, in welchem die Provinz viele Monate hindurch den Tummelplatz ungeheurer französischer und russischer Heere bildete und furchtbar ausgesogen wurde. Im Tilsiter Frieden nahm Rußland einen Theil jener ehemals polnischen Provinzen für sich, der andere wurde als Herzogthum Warschau selbständig — die dorthin eingewanderten Preußen mußten fast sämmtlich unter großen Verlusten ihre Stellungen aufgeben. Die alte Provinz mußte den Abzug der Franzosen durch eine in jenen Zeiten kaum zu erschwingende Kriegscontribution erkaufen. Noch heute, nachdem zwei Geschlechter zu Grabe gegangen sind, haben die Nachkommen an jener Kriegsschuld zu tilgen und zu zinsen: Königsberg noch 1,300,000, Elbing noch ca. 500,000 Thaler! Die Stadt Königsberg war i. J. 1807 erschöpft durch Einquartirungslasten und Requisitionen, schwer geschädigt in ihrem Handel, da die Franzosen eine Menge von Waaren unter dem Vorwande, sie seien englisches Eigenthum, mit Beschlag belegt hatten. Nun mußte sie noch 4 Millionen Francs in Waaren und von den der Provinz auferlegten 8 Mill. in baar $^{3}/_{10}$ entrichten, für das übrige aber Vorschüsse gewähren, oder mit ihrem Credit eintreten, „um sich nicht den schweren Vorwurf zuzuziehen, die Räumung des Landes aufzuhalten", wie der König Friedrich Wilhelm III. schrieb. Die Waaren wurden natürlich von den französischen Befehlshabern nur mit Spottpreisen in Rechnung gebracht, und um baares Geld aufzutreiben, mußte man unglaubliche Opfer bringen. Konnte doch der preußische Staat damals unter keinerlei Bedingungen eine Anleihe zu Stande bringen! Bei alledem wußte die Stadt noch Mittel zu finden, um in der Zeit der größten Bedrängniß, als der König bis nach Memel geflüchtet war, unter den Augen des Feindes den Staatsbehörden einen baaren Vorschuß von 41,000 Thlr. zuzusenden. Der König drückte ihr seine ganze Zufriedenheit aus, stellte sie allen andern großen Städten als Muster hin und nannte die Einwohner „brave, patriotische Bürger, denen er dieses nie vergessen werde". Nach dem ersten pariser Frieden wurde Königsberg zwar Aussicht gemacht, seine Kriegsschäden durch französische Entschädigungsgelder erstattet zu sehen und es wurden dieselben von der Regierung auf Höhe von 3,800,000 Thlr. anerkannt. Allein diese Aussicht ist nie in Erfüllung gegangen. Nur der noch nicht getilgte Rest der 8 Millionen-Anleihe wurde 1822 auf die Staatskasse übernommen, $1^{3}/_{4}$ Millionen blieben der Stadt zur Last und alle Bitten und Anträge, auch diese zur Staatsschuld zu erklären, sind bis auf die neueste Zeit fruchtlos geblieben. Ebenso hat Elbing seine Kriegsschuld behalten, während der Staat das Gebiet, welches diese Stadt früher eigenthümlich

besaß, eingezogen hat. Wie anders ist man neuerdings gegen Hannover, wie anders gegen das reiche Frankfurt verfahren, die sich doch beide wahrlich nicht durch Verdienste um den preußischen Staat besondere Ansprüche auf Berücksichtigung erworben haben!

Genug, die Finanzen Königsbergs kranken noch unter den Nachwehen jener fernen Vergangenheit: es kann sich keine Wasserleitung bauen, es kann die verderbliche Mahl- und Schlachtsteuer nicht aufheben, weil es ohnehin so hohe directe Steuern erheben muß, daß unabhängige, vermögende Leute gern wegziehen. Der Verlust der ganzen Provinz aber in jener Zeit 1806—1807 wird nach gewissenhafter Schätzung auf beinahe 100 Millionen Thaler veranschlagt, abgesehen von dem auf Jahre hinaus wirkenden Rückgange der Landwirthschaft, der Gewerbe und des Handels.

Kaum fing Ostpreußen an aufzuathmen, da wälzte sich 1812 aufs neue die größte Armee durch seine Gauen, welche die neuere Zeit gesehen hat. Obgleich die Franzosen nicht als Feinde kamen, zogen sie doch wie ein Heuschreckenschwarm hindurch.

Es kam 1813! Was dieses Jahr der Provinz an Gut und Blut gekostet hat, weiß die Welt. Ostpreußen war reich an Ehre und Ruhm, aber bettelarm geworden.

Der Frieden von 1815 brachte der Welt die lang entbehrte Ruhe und damit die Möglichkeit, die Schäden der Kriegsjahre zu heilen. Anderwärts geschah dies auch: Handel, Verkehr und Fabrikwesen entwickelten sich zu nie dagewesener Blüthe und schufen Wohlstand und Reichthum. Wie aber bei uns?

Der schmale Küstenstrich, der die Provinz Preußen bildet, mit seiner dünnen, damals noch viel dünneren Bevölkerung, kann keinen bedeutenden Binnenhandel unterhalten. Das Gebiet der Weichsel und des Niemens, das ehemalige polnische Reich ist unser natürliches Hinterland, unsere Ostseehäfen seine natürlichen Stapelplätze; Getreide, Hanf, Flachs, Leinsaat, Holz, Talg, Häute und andere Rohproducte sind seine Ausfuhrartikel, Manufacturwaaren, Häringe, Thee, Zucker, Oel seine Bedürfnisse. Unser Transithandel blühte, so lange der Verkehr mit Polen und Litthauen nicht durch unnatürliche Schranken gehemmt wurde. Was geschah aber nachdem diese Länder 1815 in den Besitz Rußlands, unsers Verbündeten und Nachbarn übergegangen waren? — desselben Freundes, der uns schon während des 7jährigen Krieges annectirt hatte; der uns im Winter 1812 zum zweitenmale annectirt haben würde, wenn nicht der hochverdiente damalige Präsident v. Schön mit einem allgemeinen Aufstande gedroht hätte; der endlich, als seine Truppen das wesentlich durch die preußische Landwehr wiedergewonnene Danzig verlassen mußten, wenigstens die Kanonen von den Wällen mitnehmen wollte!

Der Vertrag vom 3. Mai 1815 setzte in seinem Artikel 28 fest, daß zur Beförderung des Kunstfleißes und der Wohlfahrt der Einwohner „für immer die unbeschränkteste Circulation aller Natur- und Kunsterzeugnisse aller Provinzen des vormaligen Polens (von 1772) in diesen nämlichen Provinzen" erlaubt sei. Binnen 6 Monaten sollte ein Tarif der Ein- und Ausgangszölle für Natur- und Fabrikerzeugnisse festgesetzt werden und es sollten diese Zölle „10% des Werthes der Waare am Orte der Versendung nicht übersteigen". Obgleich Kaiser Alexander für die Ausführung dieses Vertrages noch besonders „sein kaiserliches Wort für sich und seine Nachfolger" verpfändete, kam es dazu doch nicht, weil die russische Regierung es bedenklich fand, für die ehemals polnischen Landestheile besondere Zoll- und Handelsbestimmungen zu erlassen. Statt dessen bot sie Preußen einen allgemeinen, das ganze russische Reich umfassenden Handelsvertrag an, welcher auf liberalen Grundsätzen beruhte und der preußischen Industrie günstig war. Nach längeren Verhandlungen kam er 1818 zu Stande. Rußland verpflichtete sich ausdrücklich, „für ewige Zeiten" die Sätze des Tarifs nicht ohne Genehmigung Preußens abzuändern. Aber kaum war der Vertrag in Kraft getreten, als ein Ukas erschien, der ihn ganz einseitig für aufgehoben erklärte und das Schutzzollsystem einführte, welches die Einfuhr preußischer Fabrikate nach Rußland fast unmöglich machte. Es ist genugsam bekannt, daß Rußland an diesem unheilvollen Systeme bis zur Stunde festhält, trotz endloser Unterhandlungen und Vorstellungen Seitens der preußischen Regierung, trotzdem, daß nach und nach alle europäischen Staaten auf die Bahn des Freihandels eingelenkt sind und die Erfahrung über die Vorzüge desselben längst entschieden hat.

Seitdem haben wir statt des Handels den Schmuggel. Dort mitten in Deutschland, wo die inneren Zollschranken seit einem Menschenalter gefallen sind, wo auch gegen das Ausland vernünftige und natürliche Handelsbeziehungen immer mehr Platz greifen — dort weiß man wohl kaum mehr, was der Schmuggel im Großen bedeutet. Wir hier an der Grenze wissen es nur zu gut. Er bedeutet für die Unternehmer die Bestechung und den Betrug statt des redlichen Erwerbes, das Hazardspiel an Stelle der gesunden Speculation. Für die Werkzeuge bedeutet er die Gewöhnung an Gesetzlosigkeit, die Gleichgiltigkeit gegen Gewaltthat und Blutvergießen, den wilden Wechsel zwischen Gefahr und Strapaze einerseits, Müßiggang und Völlerei andererseits. Und zu diesen Werkzeugen gehören professionsmäßig viele, gelegentlich die meisten Männer unserer Grenzdörfer — mache man sich hiernach ein Bild von dem verwildernden Einflusse des Schmuggels auf die Bevölkerung unserer Grenzkreise! Den wenigen aber, die er bereichert, gedeiht der Gewinn meist ebenso schlecht, wie das große Loos aus der Lotterie.

Was unser Handel sein könnte, davon haben uns die Jahre des Krimkriegs von neuem eine Vorstellung gegeben. Leider war diese Blüthezeit von zu kurzer Dauer, um den Wohlstand unserer Handelsplätze nachhaltig zu heben.

Aber es wäre ungerecht, das Darniederliegen unsers Handels einzig und allein auf das Verhalten Rußlands zu schieben; die Handelspolitik des Zollvereins trägt auch einen Theil der Schuld. Wir sind gewiß die Letzten, die die große nationale Bedeutung des Zollvereins verkennen. Aber gesagt muß es werden, daß in materieller Hinsicht unsere Provinz demselben keine Vortheile dankt, sondern Opfer gebracht hat. Von dem erweiterten Absatzgebiete konnte sie ihrer Lage und Entfernung wegen und bei der mangelhaften Communication mit dem westlichen Deutschland keinen Nutzen ziehen. Dagegen leidet sie bis auf den heutigen Tag unter den hohen Eisenzöllen, welche der Eisen- und Kohlenindustrie Westphalens und Rheinlands zu Statten kommen. Wir sind darauf angewiesen, das Eisen, dessen wir zum Schiffbau, zur Fabrikation landwirthschaftlicher Maschinen und andern Zwecken bedürfen, mittelst des wohlfeilen Seetransports aus Schweden und England zu beziehen. Die Vertheuerung des ausländischen Eisens durch den Zoll kann man mindestens auf 20 Sgr. für den Centner veranschlagen. Der durchschnittliche Bedarf an Eisen wird im preußischen Staate auf 58 Pfund pro Kopf und Jahr angenommen. Rechnen wir auf Ost- und Westpreußen ½ Ctr., so gibt dies bei 3 Mill. Einwohner eine Million Thlr., die die Provinz jährlich an die Eisen- und Kohlendistricte des Zollvereins zahlt!

Fabriken können überhaupt schwer gedeihen, wo Capitalsarmuth, dünne Bevölkerung und unsicherer Absatz zusammentreffen. Nichtsdestoweniger hatten wir in der Provinz sieben bedeutende Zuckerraffinerieen, welche die Provinz und, wenn auch nur durch Schmuggel, einen Theil Polens versorgten. Allein in Königsberg gaben drei derselben 400 Arbeiterfamilien auskömmliches Brod, vielen Gewerbtreibenden erwünschten Nebenverdienst und 60—70 Schiffe mit Rohzucker, fast ebensoviele mit Steinkohlen liefen alljährlich ein, um sie mit Material zu versorgen. Diese Fabriken arbeiteten natürlich mit westindischem Rohrzucker; denn die Runkelrübe gedeiht bei unserem Klima nicht mehr. Da kam die schutzzöllnerische Handelspolitik des Zollvereins. Um die Rübenzuckerindustrie in Sachsen, Anhalt u. s. w. zu begünstigen, wurden die Zölle auf ausländischen Rohzucker erhöht und damit unseren Fabriken die Concurrenz unmöglich gemacht; sie sind zu Grunde gegangen.

Erwägt man außerdem, daß wenigstens der frühere Zollvereinstarif fast von allen Transitgütern Durchgangs- und von den wichtigsten russischen Producten Eingangszölle erhob, so wird man zugeben müssen, daß die Provinz Preußen sich das Stiefkind des Zollvereins nennen darf.

Vom Bergbau, der Schlesien, Westphalen, Rheinland reich machen hilft, ist bei uns überhaupt kaum die Rede. Wir haben nur ein einziges Naturproduct, das dessen würdig wäre: den Bernstein, und dieser ist Regal. Bis vor wenigen Jahren war das Regal an Einzelne verpachtet und brachte diesen Vortheil, den Bewohnern des Seestrandes durch die ausgeübte scharfe Controlle nur Belästigung. Gegenwärtig ist die Bernsteingewinnung gegen eine mäßige Pacht an die Grundeigenthümer längs der Küste ausgethan und zwei unternehmende Memler Kaufleute betreiben, natürlich ebenfalls gegen eine Abgabe, eine ergiebige Baggerung auf Bernstein im kurischen Haff. Die Benutzung desselben ist also im Zunehmen. Indessen ist die wissenschaftliche Erforschung der bernsteinführenden Schichten und die Anregung zu ihrer regelrechten bergmännischen Ausbeutung doch erst in allerjüngster Zeit von einer Privatgesellschaft, der physikalisch-ökonomischen zu Königsberg, ausgegangen. Die Bergämter hatten mit wichtigeren und näher liegenden Dingen in andern Provinzen so viel zu thun, daß auch in dieser Beziehung Preußen zu kurz kam.

Man sollte nun wenigstens glauben, der Staat würde der schwer durch die politischen Ereignisse geschädigten und verarmten, von der Natur wenig begünstigten Provinz eine Entschädigung dadurch gewährt haben, daß er durch Kunststraßen und Canäle den inneren Verkehr und durch frühzeitige Anlage einer Eisenbahn die Verbindung mit dem Westen erleichterte. Sehen wir zu, was davon geschehen ist!

Während in den meisten Gegenden unserer Provinz des tief aufweichenden Lehmbodens wegen alljährlich mehrere Monate lang die Wege kaum passirbar sind, hatten wir bis 1830 noch keine einzige Chaussee. Doch nein, ich will nichts verschweigen! In den zwanziger Jahren kam der Feldmarschall Fürst Wrede als bairischer außerordentlicher Gesandter von Petersburg zurück und wurde kaum eine halbe Meile vor dem Thore Königsbergs mit seiner Karosse dermaßen um und in den tiefsten Schmutz geworfen, daß er sich in keineswegs courfähigem Zustande befand. In seinem gerechten Zorn ging er direct aufs Schloß zum Oberpräsidenten v. Schön und stellte diesen mit soldatischer Derbheit über den Zustand der Landstraße zu Rede. Darauf wurde wirklich eine Chaussee gebaut — eine halbe Meile lang, bis über das Loch hinaus, in welchem der Feldmarschall gelegen hatte! Erst in den dreißiger Jahren führte die Nothwendigkeit einer sichern und regelmäßigen Verbindung zwischen Berlin und Petersburg zum Bau der Staatschaussee bis an die russische Grenze bei Tauroggen. Sie blieb wieder Jahre lang die einzige; sehr allmählich kamen ein paar, die Provinz in querer Richtung durchschneidende Kunststraßen hinzu. In den vierziger Jahren endlich hatte sich so viel Capital in der Provinz angesammelt, daß die Kreise anfangen

konnten, ihrerseits mit Hilfe der Staatsprämien Chausseen anzulegen; eigentlich aber datirt der Entwurf und Ausbau eines förmlichen Chausseebaunetzes erst aus der Zeit, wo die Eröffnung der Ostbahn in naher Aussicht stand, also vom Anfange des vorigen Jahrzehnts. Und noch gegenwärtig stehen wir hinsichtlich des Reichthums an Kunststraßen relativ hinter andern Provinzen weit zurück. Es kommen auf je 10 □ Meilen in:

	Chausseen überhaupt:	darunter Staatschausseen:
Preußen	5 Meilen,	2,4 Meilen,
Schlesien	7,9 „	3,7 „
Sachsen	10,4 „	5,5 „
Westphalen	15,7 „	7,7 „
Rheinprovinz	17,8 „	6,2 „

Aber das ist nur der Durchschnitt; die entlegneren Kreise bleiben weit hinter demselben zurück. In Masuren gibt es noch jetzt einen $17^1/_2$ □ Meilen großen Kreis, der nur $1^1/_2$ Meilen Chaussee hat. Viele Bewohner der Grenzkreise haben noch gegenwärtig 8—10, manche 15 und mehr Meilen zum Theil unchaussirten Weges zurückzulegen, ehe sie ihren Absatzort oder die nächste Eisenbahnstation erreichen.

Noch schlimmer ist es uns mit der Eisenbahnverbindung gegangen, und doch ist gerade diese in neuerer Zeit entscheidend für die Wege, die der Handel einschlägt. Die ersten Eisenbahnen im preußischen Staate wurden 1838 eröffnet. 1852 besaß derselbe schon 594 Meilen Schienenwege fertig im Betriebe — aber noch keine einzige in unserer Provinz! Erst 1853 streckte die Ostbahn ihren eisernen Arm bis Königsberg aus; doch wurde sie für den Güterverkehr im Großen eigentlich erst 5 Jahre später nutzbar, nachdem die festen Brücken über die Weichsel und Nogat eröffnet worden waren, und das Jahr 1860 kam heran, bevor sie bis zur russischen Grenze verlängert wurde. —

Ebenso hatten wir bis auf die jüngste Zeit herab nur einen Kanal, den etwa 3 Meilen langen Friedrichsgraben, der zur Umgehung des kurischen Haffs bestimmt ist. Der nördliche Theil dieses gefährlichen Gewässers muß noch immer von den den Niemen herabkommenden und nach Memel bestimmten Holzflößen passirt werden; alljährlich werden mehrere derselben durch Stürme zerschlagen und zerstreut und dem Holzhandel jener Stadt — ihrer hauptsächlichsten Erwerbsquelle — empfindlicher Schaden zugefügt. Jetzt endlich ist zur Abhilfe dieses Uebelstandes der Wilhelmskanal bei Memel in der Anlage begriffen. Wir besitzen ferner seit einigen Jahren ein Meisterwerk der Wasserbaukunst in dem oberländischen Kanal, der die Seen des holzreichen Oberlandes mit Elbing verbindet. Auch an der Verbesserung der bis dahin höchst mangelhaften Hafeneinrichtungen von Pillau und Memel

wird neuerdings mit Eifer gearbeitet. So bereitwillig ich also auch anerkenne, daß in Bezug auf Verbesserung und Vermehrung der Wasserstraßen in der letzten Zeit Dankenswerthes geleistet worden ist, so sind doch eben alle diese Verbesserungen noch so jungen Datums, daß ihr heilsamer Einfluß sich noch kaum hat fühlbar machen können.

Viel länger und in viel größerem Maße haben wir die Gewässer als Steine des Anstoßes und Hindernisse des Verkehrs zu ertragen gehabt, ja wir müssen dies noch. Bis zur Vollendung der Brücken bei Dirschau und Marienburg war mindestens in jedem Herbste, ehe das Eis sich stellte, und im Frühling, wenn es aufging, der Traject über die Ströme für Personen Tage lang, für Waaren noch viel länger mit Lebensgefahr verknüpft oder ganz unmöglich. Oft genug aber führte eine Periode von Thauwetter mitten im Winter und das Hochwasser des Sommers noch ein drittes und viertes Mal im Jahr ähnliche Zustände herbei. Und an der Memel bestehen diese noch gegenwärtig, womöglich in noch höherem Grade, sodaß die Bewohner des nördlichsten Zipfels unserer Provinz unberechenbar oft und unberechenbar lange vom Verkehr mit dem übrigen Staate völlig abgeschnitten sind. Die Stadt Tapiau und ihre stark bevölkerte Umgegend hatte früher eine bequeme Postverbindung mit Königsberg auf dem nördlichen Pregelufer. Diese ist seit Eröffnung der Ostbahn eingegangen. Aber die Bahn läuft auf dem südlichen Ufer, und zum Bau einer Brücke, die auf ganze 100,000 Thlr. veranschlagt ist, haben sich immer die Mittel noch nicht gefunden. So oft daher der Betrieb der Fähre durch Eis oder Hochwasser unterbrochen wird, mag Tapiau und Umgegend zusehen, wie es auf die Bahn kommt.

Das also sind die materiellen Schwierigkeiten, mit denen Handel und Industrie Ostpreußens zu kämpfen gehabt haben und denen es wenigstens zum größten Theile zuzuschreiben ist, daß unsere Provinz noch bis auf den heutigen Tag eine so überwiegend ackerbauende geblieben ist.

Und die Landwirthschaft selbst? Gewährt sie uns wenigstens einen Ersatz für das Darniederliegen anderer Erwerbszweige? Hat sie in ihrer Entwicklung gleichen Schritt gehalten mit den übrigen Provinzen? Auch auf diesem Gebiete ist unsere Lage von Haus aus ungünstiger. Viele edle Gewächse, die einen hohen Ertrag geben (Wein, Obst, Hopfen, Taback, Zuckerrüben) eignen sich des Klimas wegen zum Anbau im Großen nicht mehr. Andere, wie Klee und Oelfrucht, werden zwar noch gebaut, aber ihre Erträge sind unsicher. Unser Winter ist schon gegen Berlin um 3—4 Wochen, gegen den Mittelrhein wohl um 6—8 Wochen länger. Die Folge davon ist, daß der Landmann um soviel mehr Winterfutter für sein Vieh bereit halten muß, daß er um soviel mehr Arbeitskräfte an Menschen, Pferden oder Maschinen braucht, um während des kurzen Sommers die sich drängenden Arbeiten zu

bewältigen. Die Bevölkerung ist dünn, fremde Arbeiter daher in der meist sehr kurzen Erntezeit sehr gesucht. Wer deren braucht, muß unverhältnißmäßig hohen Tagelohn zahlen. Schon diese Umstände erklären wohl hinlänglich, warum der Reinertrag trotz unsers guten Bodens und günstigen Wiesenverhältnisses bei uns durchschnittlich niedriger ausfällt, als in allen andern Provinzen. Bei Regulirung der Grundsteuer wurde der Reinertrag des Morgens im Durchschnitt aller Benutzungsarten veranschlagt in:

Preußen	auf	19	Sgr.
Posen	„	22	„
Pommern	„	26	„
Schlesien	„	37	„
Brandenburg	„	26	„
Sachsen	„	62	„
Westphalen	„	41	„
Rheinland	„	54	„
im Durchschnitt aller Provinzen	auf	33	Sgr.

Hierzu kommt endlich noch der erschwerte Absatz, dessen Ursachen schon erörtert worden sind. Noch heute muß die Hälfte der Provinz die Transportkosten für Getreide bis Königsberg auf 6—12 Sgr. pro Scheffel veranschlagen — oft doppelt soviel, als der Transport von Königsberg nach England kostet! Aber das ist die günstigere Gegenwart. Vor 10—20 Jahren, wo man vom Herbst bis zum Frühjahr nicht mehr als 20 Scheffel auf einen vierspännigen Wagen laden und nicht mehr als 4—5 Meilen täglich zurücklegen konnte, war es ganz selbstverständlich, daß die Getreidefuhren 3, 4 und mehr Tage bis zu ihrer Heimkehr bedurften und daher die Kosten sich weit höher beliefen, ganz abgesehen von dem Verluste durch zerbrochene Wagen, zerrissene Geschirre oder erkrankte Pferde und von der langen Entbehrung der Arbeitskräfte. Dies vorausgeschickt, lassen Sie mich einen raschen Blick auf die Lage unserer ländlichen Besitzer während der letzten Jahrzehnte werfen.

Kaum waren die Verwüstungen der Kriegszeit an Gebäuden, Aeckern und Viehstand einigermaßen ausgeglichen, so trat zu Anfang der zwanziger Jahre auf den ausländischen Märkten ein gänzlicher Mangel an Nachfrage nach Getreide ein. England, Holland, Frankreich — alle unsere Kunden hatten mehrere Jahre hindurch so ungewöhnlich ergiebige Ernten, daß sie ihren Bedarf selber deckten. In Folge dessen sanken die Preise in einer bis dahin unerhörten Weise: der Scheffel Roggen galt 10 Sgr., der Scheffel Weizen 12—15 Sgr. und selbst zu diesen Preisen wollten die königsberger Kaufleute kaum noch kaufen, da ihre Speicher überfüllt waren. Die Gutsbesitzer brachten kaum die Wirthschaftskosten heraus, die meisten, noch stark verschuldet, konnten die Zinsen nicht erschwingen, Subhastationen waren an der Tagesordnung, die

Güter wurden zu wahren Spottpreisen verkauft, viele Hypothekengläubiger fielen mit ihren Forderungen aus, viele Besitzer mußten Haus und Hof verlassen und versanken in die tiefste Dürftigkeit. Nur diejenigen, die selbst oder deren Eltern diese Krisis überdauert haben, und die, welche erst in oder bald nach derselben ihre Güter gekauft, stehen heutzutage fest in ihren Schuhen. Denn nach einigen Jahren wurde der Markt für Getreide günstiger, Schafzucht und Rapsbau fingen an sich auszubreiten, die ersten Chausseen wurden angelegt, Credit und Kaufpreis der Güter stieg, zuerst langsam und mäßig — dann schwindelhaft. Besonders seit den funfziger Jahren wurden große und kleine Besitzungen förmlich zur Handelswaare. Eine Schaar von Güteragenten wuchs gleich Giftpilzen aus dem Boden und vermittelte die Geschäfte. Fremde Käufer, namentlich aus Mecklenburg, kamen ins Land, darunter solide, mit Capital und Wirthschaftskenntniß ausgerüstet — ihnen allen geht es gut und sie werden auch fast ausnahmslos die gegenwärtige Krisis überstehen — aber auch Abenteurer und Unerfahrene genug. Jene kauften besonders gern Güter mit Waldbesitz, machten sofort das Holz zu Gelde, den Waldboden zu Acker und verkauften dann das Gut zu noch höherem Preise, um mit dem Erlös sogleich ein neues Geschäft gleicher Art zu beginnen. Diese gingen, oft mit sehr geringem Capital, Gutskäufe ein zu so hohen Preisen, als müßten die günstigen Conjuncturen ewig dauern und als könnten gar keine andern Ernten mehr vorkommen, als gute. Beiden Kategorien ist nicht zu helfen — sie werden die Folgen ihres Leichtsinns oder ihrer Schwindelei zu tragen haben! Das Unglück ist nur, daß, wie so häufig, der Unschuldige mit dem Schuldigen leiden muß: der Credit unserer Landwirthe ist zur Zeit völlig ruinirt! Einer unserer leitenden Staatsmänner hat kürzlich gesagt: man möge doch nicht den Credit der Provinz durch übertriebene Schilderungen des Nothstandes gefährden. Ich möchte wissen, was an einer Sache zu gefährden ist, die eigentlich gar nicht mehr existirt! Selbst Hypothekendocumente, die auf größeren, wohl bewirthschafteten Gütern zu sicherer Stelle eingetragen sind, kann man nicht ohne 20 Proc. Verlust versilbern. Der Bauer aber, auch der solideste, dem ein Capital gekündigt worden ist, oder der zum Betriebe seiner Wirthschaft unumgänglich nöthig baares Geld braucht, bekommt es unter keinerlei Bedingungen mehr. Im Januar waren allein im stallupöner Kreise 170 Subhastationen bäuerlicher Grundstücke im Gange, im gumbinner und insterburger je 70—80; und deren Besitzer waren keine Schwindler, sondern größtentheils ordentliche Leute, die bis vor ein paar Jahren noch für wohlhabend, für echte Repräsentanten des tüchtigen, ehrenhaften deutschen Bauernstandes gelten konnten. Solche Thatsachen reden laut genug; dagegen helfen keine Bemäntelungen!

Man würde also sehr irren, wenn man die Noth Ostpreußens auf die

Losleute, auf die besitzlosen Classen beschränkt glaubte. Diese hungern allerdings und sie würden noch weit schlimmer haben hungern müssen, wenn nicht die thätige Menschenliebe unserer deutschen Brüder uns in solchem Umfange zu Hilfe gekommen wäre. Die Besitzer aber, von denen doch schließlich auf die Dauer die Existenz der Besitzlosen abhängt, sind großentheils schon jetzt zu Grunde gerichtet. Bei Eigenkäthnern und Bauern, Leuten, die sonst wenigstens reichlich satt zu essen hatten, ist ebenfalls der bitterste Mangel eingezogen; bei den größeren Besitzern werden Subhastationen und Bankerotte in erschreckender Zahl nachkommen. Die übrigen, die sich halten, werden Jahre brauchen, ehe die Verluste der letzten Zeit wieder ausgeglichen sind. — Nun bedenken Sie, welche überwiegende Wichtigkeit die Landwirthschaft für unsere Provinz hat! Die Hälfte der ganzen Bevölkerung lebt unmittelbar von ihr, ein guter Theil der andern Hälfte, z. B. die Handwerker und Krämer der kleinen Städte und ländlichen Ortschaften wenigstens mittelbar. So ist denn das Gedeihen des Landmanns in viel höherem Grade eine Lebensfrage für die Gesammtheit, seine Calamität ein viel allgemeineres Unglück, als in einer anderen Provinz mit einer stärkeren, selbständigeren Städtebevölkerung und mit vielfältigeren Erwerbsquellen. Und wenn Sie sich erinnern, daß die gegenwärtige Krisis nun schon die dritte in unserm Jahrhundert ist; wenn Sie dazu noch die dauernden Hemmnisse erwägen, welche den Aufschwung unseres Wohlstandes erschweren, so werden Sie es, wie ich glaube, vollkommen begreiflich finden, wie die Provinz in ihrer ganzen wirthschaftlichen Entwicklung so weit hinter den andern Landestheilen hat zurückbleiben können.

Lassen Sie mich zuletzt nur noch einige Zahlen anführen, welche diese zurückgebliebene Entwicklung thatsächlich belegen werden.

Die Provinz Preußen hat auf mehr als 3 Millionen Einwohner nur 3 Städte mit einer Bevölkerung von über 20,000 Seelen: Königsberg, Elbing und Danzig. In ihnen hat sich im Vergleiche mit andern Städten der älteren Landestheile die Bevölkerung von 1816 bis 1864 folgendermaßen entwickelt:

		Einwohnerzahl 1816	Einwohnerzahl 1864	Zunahme Procent.
	Elbing	17,850	27,534	54
	Königsberg	61,084	101,507	66
	Danzig	51,031	90,334	77
Dagegen:	Aachen	32,072	63,811	98
	Magdeburg	34,734	70,147	101
	Potsdam	20,254	42,266	108
	Trier	9,912	21,674	118

	Einwohnerzahl 1816	Einwohnerzahl 1864	Zunahme Procent.
Breslau	74,633	163,919	119
Erfurt	18,066	40,143	122
Brandenburg . . .	11,694	25,967	122
Posen	23,854	53,383	123
Bonn	9,926	22,492	126
Cöln	52,954	122,162	130
Halle	19,907	45,972	130
Coblenz	11,253	28,701	155
Frankfurt a. O. . .	15,102	39,523	161
Elberfeld	21,710	62,008	185
Stettin	24,493	70,759	188
Barmen	19,030	59,544	212
Düsseldorf	14,100	44,297	214
Berlin	197,717	632,749	220
Görlitz	9,156	31,499	244
Bromberg	6,782	24,010	254
Crefeld	14,373	53,421	271
Duisburg	4,508	21,351	373
Dortmund	4,465	27,356	512
Essen	4,721	31,336	563

Sieht man also auch ganz ab von den zuletzt genannten Fabrikstädten der Eisen- und Kohlenbezirke, so sind doch fast alle andern größeren Städte unsers Staats doppelt und dreifach so schnell gewachsen, als die unserer Provinz. Ja, das Wachsthum der letzteren ist überhaupt erst in der allerjüngsten Zeit ein stetiges und lebhafteres geworden, während es früher stets mit Perioden des Stillstands und sogar des Rückgangs abwechselte. So z. B. hatte Königsberg

1750 : 50,000	Civileinwohner,	1824 : 63,000	Civileinwohner,
1789 : 54,000	"	1825 : 62,700	"
1806 : 56,000	"	1831 : 62,000	"
1813 : 50,600	"	1834 : 62,800	"
1820 : 60,000	"	1840 : 66,000	"
1823 : 63,000	"		

dann bis 1846 langsame Zunahme, bis 1849 wieder Abnahme, sodaß von 1823—49 sich nur eine Steigerung um 10 Proz. ergibt. Erst von 1852, dem Jahre vor Eröffnung der Ostbahn, beginnt ein rascherer Aufschwung. Danzig und Elbing zeigen ganz ähnliche Verhältnisse. Ist dem schon so bei den größten, am günstigsten gelegenen Brennpunkten des Verkehrs, dem Sitze der

Behörden, so kann man sich denken, wie viel traurigere Ziffern die kleineren Städte der Provinz darbieten.

Die Sparkasseneinlagen beliefen sich 1864

				pro Kopf der Bevölkerung						
in Preußen	auf	1,838,000	Thlr., also	—	Thlr.	18	Sgr.	3	Pf.
„ Posen	„	792,000	„ „	—	„	15	„	7	„
„ Pommern	„	5,873,000	„ „	4	„	2	„	6	„
„ Brandenburg	„	10,816,000	„ „	4	„	4	„	—	„
„ Sachsen	„	16,158,000	„ „	7	„	27	„	1	„
„ Schlesien	„	11,165,000	„ „	3	„	5	„	4	„
„ Westphalen	„	19,283,000	„ „	11	„	17	„	1	„
„ Rheinprovinz	„	15,968,000	„ „	4	„	23	„	1	„

Die Feuerversicherungsbeträge pr. Kopf der Bevölkerung beliefen sich 1860

in Brandenburg	auf	282	Thlr.
„ Sachsen	„	264	„
„ Westphalen	„	224	„
„ Rheinland	„	219	„
„ Pommern	„	180	„
„ Preußen	„	125	„

nur in Posen und auffallender Weise auch in Schlesien standen sie noch etwas niedriger.

Die stärkere oder geringere Benutzung dieser beiden Kategorien wirthschaftlicher Anstalten seitens einer Bevölkerung mag keinen absolut richtigen Maßstab für den Wohlstand derselben gewähren. Aber insofern gerade auch solche Factoren den gesammten wirthschaftlichen Zustand der Bevölkerung mit bedingen, scheinen mir jene Angaben durchaus bezeichnend für die materielle Lage der Provinz zu sein.

Es würde aber sehr einseitig sein, wollte man nicht bei dieser Gelegenheit ausdrücklich hervorheben, daß wir auch in einem geistigen und moralischen Nothstande leben, welcher den materiellen wesentlich verschlimmert.

Die große Masse der Bevölkerung ist bei uns roh, sehr roh, sodaß es für den Gebildeten eine wahre Erholung ist, einmal mit schlesischen, sächsischen oder rheinischen Arbeitern zu thun zu haben. Woher kommt das? Warum strahlt so wenig von dem geistigen Inhalte der notorisch hochgebildeten höheren Stände auf die übrigen aus?

Erstens stehen Nationalität und Sprache hinderlich im Wege. Man vergißt leicht, daß wir in unserer Bevölkerung eine ganz erhebliche Beimischung nichtdeutscher (litthauischer und masurischer) Elemente haben, weil dieselben in der Geschichte keine hervortretende Rolle gespielt haben, weil sie auch selbst in dieser Zeit der neuentdeckten edlen Nationalitäten noch keinen

„Schmerzensschrei“ haben hören lassen. Der Litthauer und Masure hat in der That gar kein anderes nationales Bewußtsein, als daß er unter der schwarzweißen Cocarde dem Könige von Preußen gedient hat. Und der masurische Bauer bewahrt noch die dunkle Erinnerung an die polnische Leibeigenschaft und weiß, daß seine Vorfahren in Preußens großer Verjüngungsperiode „die Hufe“ vom Könige zu eigen bekommen haben. Deshalb hegt er, so weit er protestantisch ist, gegen den Polen Mißtrauen und Abneigung. Ja, vor den Wahlen von 1849 und wieder 1866 wurde von reactionären Werkzeugen das Märchen verbreitet, die Demokraten wollten Masuren wieder polnisch machen. So plump die Lüge war, sie fand Glauben und genügte, viele Bauern ins Lager der Reaction zu treiben. Genug, diese beiden nicht deutschen Stämme, welche in manchen Grenzkreisen noch die Mehrzahl bilden und deren Germanisirung nur langsam vorrückt, sind ein Hemmschuh für den Fortschritt der Cultur. Woher sollte ihnen diese auch kommen? Der Gebildete spricht und ist Deutsch. Ihr ganzer Bücherschatz beschränkt sich auf Bibel, Gesangbuch und einige, meist aus älterer Zeit stammende, streng orthodoxe Erbauungsbücher; dazu den litthauischen „Keleiwis“ (d. h. Wanderer), ein Wochenblatt voll Aberglauben und Fanatismus, das die Aufklärung und Demokratie als die Wurzel alles Uebels darzustellen liebt. Die liberale Partei hat den Versuch nicht unterlassen, in verständig redigirten Wochenblättern den Litthauern und Masuren frische geistige Nahrung darzubieten. Aber unsere traurigen Preßverhältnisse haben diese Versuche erstickt, ehe sich noch bei jenen Stämmen die Gewohnheit des Lesens recht befestigen konnte. Und wie in geistiger Beziehung, so ist es auch in moralischer gar übel mit ihnen bestellt. Auf den bösen Einfluß des Schleichhandels ist schon hingewiesen worden. Das rauhe Klima und die harte Feldarbeit begünstigen ferner den Trunk und mit ihm Zank, Schlägereien, Familienzerwürfnisse, Verwahrlosung der Kinder. Die Begriffe von Ehre, Pflicht und Gesetz stehen noch auf der niedersten Stufe: Holzdiebstahl gilt kaum als Diebstahl, Unkeuschheit ist bei der ärmeren Classe kaum mehr ein Tadel. Aber auch in den Theilen der Provinz, wo Masuren und Litthauer gar nicht oder nur als vereinzelte germanisirte Einwanderer vorhanden sind, ist eine Kluft zwischen den gebildeten und ungebildeten Classen, als wohnten zwei verschiedene Volksstämme auf derselben Scholle. Der gemeine Mann spricht plattdeutsch, die Gebildeten hochdeutsch. Jener ermangelt des natürlichen Anstandes, der gefälligen Sitte, die den Verkehr mit jedem gewöhnlichen Arbeiter im westlichen Deutschland leicht und angenehm machen: er ist entweder unterwürfig oder grob. Die nordische Abgeschlossenheit der höheren Stände thut das Uebrige — die chinesische Mauer ist fertig! In den größeren Städten hat das Vereinswesen der neuesten Zeit angefangen, eine Bresche in dieselbe

zu legen, die verschiedenen Schichten der Gesellschaft einander zu nähern und die schroffen Abstände in Bildung und Sitte einigermaßen auszugleichen. Aber Sie wissen, mit welchen Hindernissen diese Bestrebungen zu kämpfen haben, und auf dem Lande werden sie schon allein durch die weiten Entfernungen und schlechten Wege fast völlig vereitelt. Die landwirthschaftlichen Vereine, deren es fast in allen Kreisen einen oder mehrere gibt, wirken allerdings segensreich; aber sie greifen nicht tiefer hinab, als bis zu den bäuerlichen Besitzern; der Instmann, der Losmann, der gerade der Cultur am dringendsten bedürfte, steht außerhalb ihrer Sphäre. Eine Landgemeindeordnung, die natürlichste Bildungsschule für den Landmann aller Classen, haben wir ja nicht und werden sie auch wohl so bald noch nicht bekommen!

Auch die Wirksamkeit der Presse ist noch immer eine äußerst untergeordnete. Hat auch bei dem Handwerker und Bauern das Bedürfniß, eine Zeitung zu lesen, seit 1848 merklich zugenommen, so lesen doch auch diese Leute noch völlig ohne Nachdenken und Urtheil, ja kaum mit einigem Verständniß, sobald der Gegenstand über die alltäglichsten und nächstliegenden Interessen hinausgeht. Der Arbeiter aber liest überhaupt noch nicht — schon deswegen, weil er großentheils nicht mehr lesen kann!

Es ist eine traurige Thatsache, daß unsere Provinz nebst Posen hinsichtlich des Schulunterrichts hinter allen übrigen alten und neuen Provinzen des Staats weit zurücksteht. Von 1000 in den letzten Jahren eingestellten Rekruten waren ohne alle Schulbildung: in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen 101 Mann, in dem von Marienwerder 151 und im R. Danzig gar 162, durchschnittlich etwa 130! Aehnlich stehen nur noch Bromberg mit 144 und Posen mit 135 auf 1000, während selbst Oppeln, das doch auch eine starke Quote polnisch redender Bevölkerung enthält, nur 75 auf 1000 ohne Schulbildung gestellt hat — zum deutlichen Beweise, daß es nicht allein an der Sprachverschiedenheit liegt. Wenn wir uns auch nicht mit dem alten Culturlande Sachsen oder mit Berlin, dem Hauptsitze der Intelligenz vergleichen wollen, die beide nur 2 Mann auf 1000 ohne Schulkenntnisse aufzuweisen haben, so ist doch selbst die Mittelzahl der übrigen alten Provinzen 8—9. Wie tief stehen Preußen und Posen darunter!

Und man könnte sich noch darüber trösten, wenn jene schlimme Zahl wenigstens gegen früher einen Fortschritt bedeutete. Aber nein — wir sind in den Resultaten der Schulbildung des gemeinen Mannes zurückgegangen! Als vor wenigen Jahren bei Anlage der Tilsit-Insterburger Eisenbahn Verhandlungen über die Grundentschädigung mit einer Menge von kleinen Besitzern gepflogen werden mußten, fand sich, daß die älteren Männer, welche ihre Schulbildung vor 40—50 Jahren erhalten hatten, noch fast

alle lesen und schreiben konnten, von den jüngeren nur die Minderzahl! —

Ein Umstand, der zu diesem Rückschritte beigetragen haben mag, obwohl er an sich mit einem Culturfortschritte zusammenhängt, ist das Halten der sogenannten „Hütejungen". Früher, als noch jede Dorfschaft eine gemeinschaftliche Weide hatte, hielt sie auch nur einen Gemeindehirten. Jetzt nach durchgeführter Theilung muß jeder kleine Besitzer sein Vieh auf seinem Stückchen Weide besonders hüten lassen und verwendet dazu natürlich gern die billigste Kraft, d. h. ein Kind im schulpflichtigen Alter. Die Schulstrafen weiß er zu umgehen oder er bezahlt sie auch und kommt trotzdem noch billiger fort. Unzweifelhaft werden auch auf vielen größeren Gütern Kinder, die noch in die Schule gehörten, schon zu wirthschaftlichen Arbeiten verwandt, nicht nur während der Erntezeit, wo ja durch lange Ferien auf diese Nothwendigkeit Rücksicht genommen ist, sondern auch außerhalb derselben. Da hier der Gutsherr als Ortspolizei die Schulstrafen festzusetzen hat und der Lehrer außerdem sehr von seinem Wohlwollen abhängt, so kann man sich denken, wie dabei die gesetzlichen Bestimmungen gehandhabt werden. Hat ja doch neuerdings einer unserer Pairs in dem Commissionsberichte über das neue Volksschulgesetz die Kinder geradezu als ein wirthschaftliches Capital bezeichnet, das die Eltern möglichst vortheilhaft auszunutzen suchen müßten; das sei richtige Nationalökonomie! Die Amerikaner freilich, die doch auch etwas von Nationalökonomie verstehen, denken anders. Sie glauben jenes „Capital" zu verdoppeln, wenn sie zunächst dafür sorgen, daß die Kinder möglichst viel lernen. Deshalb ist bei ihnen der Volksunterricht kostenfrei und wird dennoch eifrig benutzt ohne Schulstrafen.

Indessen solche Versäumniß trifft doch nur Einzelne. Aber unsere ganze Volksschule ist krank. Und wie könnte es anders sein bei dem geistigen und materiellen Drucke, der auf den Lehrern lastet? Halb klösterlich erzogen, von der Geistlichkeit bevormundet, von den Behörden ängstlich überwacht, dabei mit einem Einkommen, welches sie kaum vor dem Hunger schützt — ist es unter solchen Verhältnissen ein Wunder, wenn sich die fähigen Köpfe mehr und mehr von dieser dornenvollen Laufbahn abwenden, ja wenn die Regierung nach eigenem Eingeständniß überhaupt nicht mehr Candidaten genug für alle Stellen findet, sondern diese zum Theil durch Präparanden — selbst noch halbe Knaben — verwalten lassen muß? Und endlich der Geist des Unterrichts selbst! Einst hatten wir an der Spitze unsers Volksschulwesens einen Dinter, jetzt haben wir — die Regulative. Damit ist Alles gesagt!

Noch vieles, Herr Redakteur, hätte ich über dieses und andere Capitel auf dem Herzen. Doch bin ich wohl schon zu lang geworden und überdies hat das Preßgesetz uns Ostpreußen gelehrt, daß in vielen Stücken Reden

Silber ist, aber Schweigen Gold. Das bisher gesagte wird, meine ich, hinlänglich darthun, daß die Provinz Preußen schon lange krankte, ehe von Nothstand die Rede war. Verkümmerte Entwicklung auf allen Gebieten, auf einigen sogar Rückschritt; nothgedrungene Beschränkung auf eine Erwerbsquelle und dann Versagen derselben — das ist, kurz gefaßt, die traurige Erklärung der Zustände, von deren Schilderung alle Tagesblätter voll sind.

Werke der Barmherzigkeit hat man reichlich an uns gethan — Dank allen freundlichen Gebern dafür! Aber unserer Noth ist nicht damit abgeholfen, daß man augenblicklich die Hungernden speist und die Nackteu kleidet. Gründlich helfen kann uns nur der Staat; von ihm erwarten wir in Zukunft bessere Berücksichtiguug unserer Interessen, raschere Entwicklung unserer Kräfte. Wir bitten nicht um Gunst; Gerechtigkeit ists, die wir anrufen!

Königsberg, im Februar 1868.

Vereine unter dem Protectorat der Kronprinzessin von Preußen.

1. Das deutsche Gewerbemuseum zu Berlin.

Es ist in Deutschland gewöhnlich, daß gemeinnützige Unternehmungen erlauchte Förderer suchen. Wenn aber hier und in späteren Heften Bestrebungen von hervorragender Bedeutung mit dem Namen einer deutschen Fürstin verbunden werden, so hat dies seinen besondern Grund. Denn in Wahrheit ist die Kronprinzessin für das obengenannte, wie für einige andere Institute die erste Begründerin, und der thätige Antheil, welchen sie den betreffenden Vereinen zuwendet, reicht weit über das Maß der vornehmen Gunst, welche sonst volksthümlichen Bestrebungen zu Theil wird. Sie war es, welche die Reise des Dr. Hermann Schwabe nach England und die Schrift desselben: „Die Förderung der Kunst und Industrie in England" veranlaßte, und als bei dem Erscheinen dieser Schrift die Agitation für Begründung eines Gewerbemuseums in Berlin begann, hat sie wieder in eingehendster Weise dem Unternehmen Freunde geworben, an dem Verein den wärmsten Theil genommen, selbst mit schönem Eifer beigesteuert und Andere dazu veranlaßt.

Bevor aber mit der gebotenen Discretion in d. Bl. von ihrer Thätigkeit und von der Bedeutung des neuen Justituts die Rede ist, soll in dieser Nummer kurz der gegenwärtige Stand des Unternehmens dargelegt werden.

Seit die Grenzboten einen Aufsatz über die Broschüre von Dr. Schwabe brachten, haben wir die ersten praktischen Resultate der Agitation gesehen; sie hat festen Boden gewonnen, der größte Schritt vorwärts ist gethan. Denn

in diesem Augenblick ist das ersehnte Institut nicht mehr eine schöne Idee, sondern ganz positive Wirklichkeit: das Museum als Sammlung wie als Lehranstalt ist der öffentlichen Benutzung übergeben, seine Schränke füllen sich täglich mehr mit den für dasselbe erworbenen Objecten, seine Lehrclassen mit Schülern; das gute Vertrauen Aller, welche zuerst den Gedanken dazu faßten und die Initiative zu seiner Verwirklichung ergriffen, ist wenigstens nicht gänzlich ungerechtfertigt geblieben.

Unter denen, welche am lebhaftesten für das Werk arbeiteten, nennen wir: den Assessor Lehfeldt, den Maler Ewald, Dr. F. Jagor (den Siam-Reisenden). Das Bedürfniß erschien so einleuchtend, die Wichtigkeit machte sich so fühlbar, daß der gute Gedanke Anklang finden mußte. Bekannte und einflußreiche Persönlichkeiten, Industrielle, Techniker, Gelehrte und Künstler Berlins fanden sich bald genug in dem gleichen Eifer zusammen, die Sache kräftigst zu fördern. Directe Einladungen und Aufforderungen seitens der hohen Frau an Männer von Namen und Vermögen im ganzen Lande, sich thätig zu erweisen zur Realisirung eines solchen Plans, konnten nicht des Erfolgs entbehren. Staatsbeihilfe zu beantragen und damit staatliche Einmischung und Reglementirung herbeizuziehen, enthielt man sich zunächst mit Recht; man hoffte eine rein bürgerliche Schöpfung des Gemeinsinns durch die freiwillige Arbeit und Selbstbesteuerung auch bei uns ins Leben rufen zu können, eine Hoffnung, welcher freilich der spätere Verlauf der Entwicklung nicht völlig entsprochen hat. Die Ereignisse des Jahres 1866 wurden der Betheiligung des Capitals daran verhängnißvoll; und kaum begann dieselbe wieder etwas lebhafter zu werden, als sich die durch die luxemburger Affaire in die europäische Welt geworfene neue Unsicherheit und Unruhe den Interessen des zu begründenden Instituts nicht weniger gefährlich erwies. Gegenwärtig aber thun wieder Geschäftsstockung, Nothstand und theuere Zeit das ihrige, um das thätige Interesse der Besitzenden an dem Institut zu lähmen. Im Verhältniß zu der Wichtigkeit des Zwecks ist noch immer sehr viel zu thun.

Ein bedeutungsvolleres Zeitereigniß aber für die Förderung der ganzen Sache hätte schwerlich eintreten können, als die pariser Weltausstellung des letzten Jahres. Auf diesem ungeheuren Bazar aller Erzeugnisse der Gewerbe, der Kunst und Kunstindustrie aller Völker der Erde, und nicht blos aus der gegenwärtigen Periode ihres Schaffens, wurde eine Gelegenheit zum Sehen, Prüfen und Sammeln geboten, wie vielleicht nie zuvor. Es ist bekannt, wie derselbe auf allen jenen gewerblichen Gebieten, in welchen Bildung des Geschmacks und Schönheitssinn, künstlerische Schulung des Geistes und der Hand am unentbehrlichsten sind, und ihr Mangel sich am empfindlichsten rächt, für unsere heimische, speciell unsere norddeutsche Industrie nicht gerade

zu den schmeichelhaftesten Ergebnissen führte; wie sogar die Mehrzahl der europäischen Culturvölker in dem großen Wettkampf auf einzelnen von diesen Gebieten gegen die Orientalen und manche von uns als Halbwilde mit Geringschätzung angesehene Volksstämme unbestreitbar unterliegen mußte. Wenn die für jeden offenen Sinn unabweislich gewordene Selbsterkenntniß und Einsicht in die Vorzüge der einen, in die Schwächen der andern, wenn die ungeheuere Erweiterung des Gesichtsfeldes und der Anschauung des Geleisteten schon als ein großer und wichtiger Gewinnst dieser Weltausstellung anzusehen ist, so wurde dieselbe für die Angelegenheit des Gewerbemuseums dadurch nicht minder folgenreich, daß sie eine so einzig kostbare Gelegenheit und Möglichkeit bot, die besten, lehrreichsten Muster jeder Gattung gewerblicher Erzeugnisse für die Sammlungen des zu begründenden Instituts zu gewinnen. Hier griff der Staat auf Verwendung der Kronprinzeß in dankenswerther Weise mit ein durch Bewilligung einer Summe von 15,000 Thalern zu Ankäufen solcher Objecte für das Museum. Das ist gegen die colossalen Summen gehalten, welche z. B. das Kensington-Museum zu gleichem Zweck auf der Ausstellung verwendete, nicht viel. Jedenfalls aber konnte damit ein guter Grundstock für die Sammlungen gewonnen werden. Tausch mit andern Ausstellern und Regierungen, Schenkungen internationaler Höflichkeit und Freundschaft, und wohl auch Erwerbungen von der königlichen Familie und Privaten haben diesen Bestand noch in Paris bedeutend und systematisch zu vermehren geholfen. Nicht ohne warme Anerkennung konnte man dort besonders die hingebende unablässige Thätigkeit des bereits unter den ersten Begründern genannten Dr. F. Jagor für die Interessen dieses werdenden Instituts sehen, der nicht müde wurde, zu suchen, zu sichten, auszuwählen in allen Richtungen, Wege des vortheilhaftesten Erwerbens zu finden und mit den eignen reichen Mitteln zu kaufen, was nur irgend unserm Zweck dienstlich erschien.

Während man in Paris am Zusammenbringen mit so schönem Eifer thätig war, arbeitete man daheim an der Consolidirung, der Organisation und Gründung eines Hauses für das junge Institut.

Nach den am 1. Juli 1867 veröffentlichten „Satzungen" repräsentirt nun das „Deutsche Gewerbemuseum zu Berlin" einen Verein, der den Zweck hat, den Gewerbetreibenden die Mittel der Wissenschaft und Kunst zugänglich zu machen und beides durch die Gründung einer öffentlichen Sammlung von künstlerischen und technischen Mustern und Modellen und gleichzeitig durch eine Unterrichtsanstalt zu erreichen strebt, in welcher Gelegenheit zur Erwerbung wissenschaftlicher und künstlerischer Fachbildung geboten wird, außerdem aber Vorlesungen über künstlerische, gewerbliche und wissenschaftliche Gegenstände veranstaltet werden. Die Kosten sollen in der Hauptsache durch Ausgabe von Antheilsscheinen zu 100 Thlr., auf den Namen des Einzahlen-

den lautend, aufgebracht werden. Sobald 25,000 Thlr. gezeichnet sind, beginnt das Museum seine Thätigkeit. Außer durch solche Actienzeichnung erwirbt die Mitgliedschaft sich noch durch regelmäßigen Jahresbeitrag von 6 Thlr. Die Verwaltung des Instituts wird durch einen von der Generalversammlung auf 3 Jahre gewählten Vorstand von 15 Mitgliedern, deren 11 ihren Wohnsitz in Berlin haben sollen, geführt. Die Anordnung von Zweiganstalten und Wanderausstellungen durch den Vorstand ist in Aussicht genommen. Ordentliche Generalversammlungen finden alljährlich im April statt. Außerordentliche kann der Vorstand jederzeit berufen. Zur Controle der Cassenverwaltung wählt die ordentliche Generalversammlung einen Prüfungsausschuß, welcher nach Ablauf des Verwaltungsjahres den Bericht über die Cassenführung zu geben und den Antrag auf Entlassung des Vorstandes zu stellen hat. Der erste regelrechte Vorstand, welcher diese Satzungen unterzeichnet hat, bestand aus den Herren Bundeskanzleipräsidenten von Delbrück, von Hennig, Assessor Lehfeldt, Director Reuleau, Dr. Schwabe, Bildhauer Süßmann, Hellborn und Baumeister Gropius. Seitdem hat er sich durch Cooptirung der Herren Dr. Kuhnheim, Maler Ewald, Fabrikanten Halske, Ravené, Dr. Rosenthal, Dr. Waagen, Geheimrath Wehrmann und die Annahme des Präsidiums durch den Herzog von Ratibor completirt. Damit hätte das Museum seine Constitution, es handelte sich zunächst um Haus und Unterkommen für dasselbe. Natürlich wäre es sehr wünschenswerth gewesen, wenn es sich gleich von vornherein sein eigenes Unterkommen zu schaffen vermocht hätte. Aber die vorläufig beigesteuerten Fonds, mit welchen das junge Institut zu rechnen und zu wirthschaften hatte, stellten dies gänzlich außerhalb der Möglichkeit. Man entschloß sich daher für die Pacht der nöthigen Localitäten. Kaum ein anderes hier verfügbares Grundstück empfahl sich für den vorliegenden Zweck so wohl, als das Gebäude des ehemaligen Dioramas in der Georgenstraße, in welchem Gropius in den vierziger Jahren den Berlinern ihre unentbehrlichsten Weihnachtsamusements zu bereiten pflegte. Die Räume, die es enthält, entsprechen dem Bedürfniß für die nächsten Jahre und stellen dazu noch immer einen, vor der Hand nicht verwendeten, Raum in Reserve. Die Lage recht im Mittelpunkt der Stadt, nahe der Universität, den Museen, der Akademie und den belebtesten Verkehrsstraßen, obgleich selbst in der allerstillsten befindlich, ist die günstigste. Und überdem fand sich der gegenwärtige Besitzer zu einem sehr vortheilhaften Contract bereit. Er lautet auf 6 Jahre und spricht dem Museum nach dieser Zeit das Vorkaufsrecht zu, von dem es dann hoffentlich Gebrauch zu machen befähigt sein wird. Käme es aber in fernerer Zeit etwa dazu, daß der Staat das Institut übernähme, so dürfte es wichtig werden, daß die ganze Umgebung des Gebäudes fiscalischer Boden ist, von welchem ehemals das Grundstück nur zum

Geschenke für Gropius abgezweigt wurde, vorbehaltlich des einstigen Rückerwerbs, wenn staatliche Interessen denselben nöthig erscheinen lassen sollten, ein Recht, welches die Regierung bei Gelegenheit des Verkaufs im Jahre 1866 nur aus Rücksicht auf die damaligen Zeitverhältnisse ruhen ließ. Wir wünschen nun freilich aufs lebhafteste, daß eine immer wachsende und großartigere Betheiligung des Publikums dem Institut diese Uebernahme durch den Staat fern halten und ihm seinen Charakter der Selbstverwaltung und Unabhängigkeit auch ferner wahren möge, der ihm schon jetzt in seinen Anfängen zur eigenthümlichsten Auszeichnung vor andern künstlerischen und gewerblichen Bildungsanstalten gereicht. Ebenso auffallend, von preußischen Gewohnheiten abweichend, als erfreulich bleibt es übrigens, daß von Seiten des Staats seither noch so wenig versucht worden ist, aus der Bewilligung jener 15,000 Thlr. zu Ankäufen, oder auch aus seiner allgültigen Autorität das Recht zur Einmischung, Beaufsichtigung, Ordnung des Lehrplans u. dgl. herzuleiten. Er ließ im Gegentheil die Begründer und Mitglieder in allen diesen Dingen völlig frei gewähren. Wie in Bezug auf die Sammlungen hat man sich auch hinsichtlich des Unterrichts vorläufig den verfügbaren Mitteln entsprechend in bescheidenem Maßstab eingerichtet, immer so, daß mit dem Anwachsen der letzteren auch diese gesammte Einrichtung sich fort und fort ausdehnen kann. In den Museums- und Hörsälen, Classenräumen, Bureaux ist jede Art von baulichem oder dekorativem Luxus streng vermieden; aber sie sind durchweg zweckmäßig und praktisch.

Die Abtheilung der Sammlungen ist noch nicht vollständig eingerichtet und daher bis jetzt (Februar) dem Besuch des Publikums noch nicht zugänglich gemacht worden. Man hatte zur Beschaffung der Objecte drei Wege erwählt; durch Kauf, resp. Tausch und Schenkung, durch Entlehnung, durch Ausstellung neuer Erzeugnisse seitens der sie producirenden Gewerbtreibenden. Auf dem ersten ist man, wie bereits oben erwähnt, nach besten Kräften vorgegangen. Leider hat ein an die Industriellen erlassener Aufruf, dem Institut durch „Ueberlassung von Rohstoffen, Halbfabrikaten, Fabrikproben, welche durch systematische Anordnung geeignet sind, einen Fabrikationszweig zu veranschaulichen und auch als Hilfsmittel für den technologischen Unterricht zu dienen“, so gut wie gar keinen Erfolg gehabt; die Schenkungen beschränken sich auf die von berliner Freunden des Museums seinen Sammlungen hinzugebrachten Erzeugnisse verschiedener Kunstgewerbe. Auch der zweite Weg zur Vervollständigung jener, das Leihen ganzer Sammlungen oder einzelner wichtiger und interessanter Objecte durch reiche Privatbesitzer, ein Weg, der sich in England beim South-Kensington-Museum und neuerdings bei dem verwandten wiener Institut so glänzend bewährt hat, führte bei uns bis jetzt freilich auch noch nicht zu dem gewünschten Erfolg. Aber

man mag die Hoffnung nicht aufgeben, daß doch auch hier mehr und mehr jener edle Ehrgeiz erwache, welcher solche Besitzer veranlaßt, auf den egoistischen Genuß des Alleinhabens zeitweilig zu verzichten, um ihre Schätze im Museum aufbewahrt dem Gemeinwohl dienstbar zu machen.

Ausstellungsort aber für Industrieerzeugnisse durch die Producenten selbst kann das Institut wohl erst in einem vorgerückteren Stadium seiner Entwickelung werden.

Man ist in diesem Augenblick dabei, die bisher gemachten Erwerbungen in den Glasschränken der Museumssäle zu ordnen. Die Aufstellung ist so, daß sie dem gewöhnlichen Besucher den vollen Anblick jedes einzelnen Gegenstandes gestattet. Aber der wesentliche Unterschied, respective Vorzug gegen die sonst in öffentlichen Sammlungen gültige Praxis besteht darin, daß zu Studienzwecken jedes dieser Objecte jederzeit herausgenommen werden soll, zur eingehendsten Betrachtung, Untersuchung, Skizzirung, oder Nachbildung, gegen welche letztere aber die von Fabrikanten ausgestellten Arbeiten selbstverständlich, wo es verlangt wird, geschützt bleiben werden. Ueber die Grundsätze, nach welchen die Anordnung und Abtheilung des vorhandenen Sammlungsbesitzes stattfinden soll, spricht sich eine von dem Vorstand herausgegebene Broschüre folgendermaßen aus: „Soweit die auszustellenden Gegenstände der Bearbeitung unterworfen sind, haben einzelne derselben einen inneren Zusammenhang, welcher sich im gemeinen Leben durch das Gewerbe ausdrückt, dem die Verfertigung zugewiesen ist. Es wird empfehlenswerth sein, diese Zusammengehörigkeit bei der Ordnung der Gegenstände, wo es angeht, zu berücksichtigen. Eine vollständige Ordnung nach Gewerben ist aber weder empfehlenswerth, noch durchführbar, weil viele Gewerbe nicht natürlich voneinander geschieden sind, auch manche sich auf natürlichem Wege in zwei oder mehr spalten ließen. Es wird deshalb angemessen sein, die Gewerbe wieder zu gruppiren und höheren Einheiten unterzuordnen. Als Gesichtspunkt für diese Eintheilung bietet sich am natürlichsten das Bedürfniß des Menschen, welches durch die Erzeugnisse der Gewerbe Befriedigung finden soll. Innerhalb dieses großen Rahmens aber müssen die kleineren Abtheilungen nach den Stoffen sich abgrenzen, welche bearbeitet werden. Denn die Gleichartigkeit oder Verwandtschaft der Stoffe nöthigt zu einer Aehnlichkeit der Handthierungen und zu einer Gleichmäßigkeit der Stilgesetze, welche die Verwandtschaft dieser Gewerbe mehr in die Augen springen läßt. Aus diesen beiden Gesichtspunkten, des Zweckes und des Stoffes, ist die von uns vorgeschlagene Eintheilung entsprungen, von der wir hoffen, daß sie den Zwecken jeder Sammlung, den Beschauer zu fesseln ohne zu ermüden, das Auffinden der einzelnen Gegenstände zu erleichtern und bei der Betrachtung des Einzelnen doch stets den Zusammenhang des Ganzen erkennen zu lassen, erfüllen wird."

Jetzt erst sieht man, (was von der ungeheuren Masse des in Paris Zusammengehäuften erdrückt wurde und gering erschien) wie bedeutend und wie gut gewählt die von der Regierung und den Vertrauensmännern des Instituts allein schon auf der pariser Ausstellung gemachten Erwerbungen gewesen sind. Die Schränke mit den orientalischen Geweben und Stickereien, mit den Bronce- und Metallarbeiten, den Thon- und Porzellangefäßen enthalten bereits jetzt sehr reichhaltige und besonders höchst instructive Sammlungen. Die täuschend genauen Nachbildungen mustergültiger älterer kunstgewerblicher Meisterwerke ergänzen dieselben, die Originale vollständig ersetzend. Und diese Sammlungen sind — eine vortreffliche Einrichtung — mit Ausnahme der hohen Kirchenfesttage, des Buß-, Neujahrs- und jedes Montags, nicht nur von 10—2 Uhr täglich, sondern außerdem auch Dienstag, Mittwoch, Sonnabend und Sonntag von 7—10 Uhr abends jedem „anständig Gekleideten" zum Eintritt geöffnet, die Bibliothek des Museums in den genannten Abendstunden des Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags. Zu dem Bestand der letzteren haben einige Buchhandlungen, wie Ernst & Korn, F. Schneider in Berlin und Seemann in Leipzig, mit sehr anerkennenswerther Liberalität beigesteuert, die übrigen deutschen Collegen dafür bisher der Aufforderung eine um so auffälligere Zurückhaltung entgegengesetzt.

Wenn diese beiden Abtheilungen des Museums noch nicht aus dem Stadium des Werdens zu einer bestimmten Form des Gebrauches gelangt sind, so hat die dritte, die Unterrichtsanstalt, bereits eine solche gefunden. Dieselbe bietet, neben directen praktischen Lehr- und Uebungs-Cursen, Vorlesungen über die gewerblichen Hilfswissenschaften. Keine Art von Prüfungen, keine Ausweise, Atteste, einzugehende Verbindlichkeiten behindern oder erschweren den Zutritt der Schüler, und die Lage der Stunden, die außerordentliche Billigkeit des Honorars macht ihre Benutzung jedem möglich, der danach verlangt. Folgende Classen sind seither eröffnet und haben es in ihrer Gesammtheit bereits auf 200 Schüler gebracht. Die Sonntagsclasse für „gebundenes Zeichnen" unter Leitung des Ingenieurs Greiner (d. h. für geometrisches und Maschinenzeichnen mit Projectionslehre und Schattenconstruction), von Maschinenbauern und Baugewerbtreibenden zahlreich besucht, für welche sich der Preis der Stunde etwa auf 5 Pfennige stellt; die beiden Abendclassen (von 7½—10 Uhr) für Gefäß- und architektonisches Ornamentzeichnen unter dem Baumeister Jacobsthal und Lohde. Ersterer versteht es ganz vorzüglich, die Schüler in die aus der Natur dieser Dinge hervorgehenden Gesetze der künstlerischen Gestaltungen einzuführen. Er läßt diese an der Tafel in derber, fester Kohlenzeichnung von den einfachsten Grundformen beginnend, vor ihnen entstehen, und durch freies Nachzeichnen derselben lernen sie das Wesentliche, Gesetzmäßige aller dieser

Formen gründlich verstehn, erwerben eine Geläufigkeit im künstlerischen Ausdruck derselben, steigern und regen ihre Erfindungskraft bis zu selbstthätigem Schaffen an. Prof. Lohdes Classe repräsentirt einen etwas höheren Grad der architektonischen und ornamentalen Formenlehre und zieht die farbige Ausführung mit in den Kreis der Darstellungsmittel hinein. — In zwei großen, unmittelbar zusammenhängenden, gut erleuchteten Sälen findet ferner der Unterricht im freien Handzeichnen thierischer und menschlicher Gestalt und im Modelliren nach diesen und besonders nach Ornamenten statt. Für die Ertheilung des Handzeichens konnte das Museum sicher keine geeignetere künstlerische Lehrkraft gewinnen, als sie in A. Wisznieswki gefunden hat, einem unsrer durchbildetsten, sichersten und tüchtigsten Zeichner von der gründlichsten Naturkenntniß und Freiheit von jeder Spur des akademischen traditionellen Zopfs in seinem eignen Schaffen wie in seiner Lehrmethode. Die Schüler zeichnen nach dem Runden; nicht der abstracte „feine" Contour, sondern eine plastische Körperlichkeit der Form ist es, was er sie vor allem anzustreben leitet. Große an die Tafel gezeichnete Ansichten des Knochenbaues und der Muskulatur müssen dabei das Verständniß der Gestalt und aller ihrer Einzelformen herbeiführen und mehren helfen. Ebenso tüchtig ist der Unterricht des Bildhauers Göritz, eines besonders im Ornament vielbewährten jüngern Meisters, im Modelliren. Es ist ein frischer, kräftiger Zug, der Gegensatz alles Schlendrians in diesen Lehrern und ihrem Unterricht, der sich den Schülern mittheilt und sich an ihren Leistungen aufs wohlthuendste ausprägt. — Unter der Leitung des bekannten Baumeisters Kolscher ist sodann eine, jetzt noch spärlich benutzte „Compositionsclasse" eingerichtet, in welcher die praktische Ausführung der für den Bau- und Wohnungsschmuck, wie für die verschiedenen, dessen benöthigten Gewerbe dienenden Modelle zur Uebung der Betreffenden gelehrt und auf Bestellung übernommen werden soll. Ein großes Atelier für Stubenmaler unter Leitung des Herrn Schneider, während der Wintermonate zu allen Tagesstunden geöffnet, bietet den Arbeitern auch dieses Kunstgewerbes ihre künstlerische Weiterbildung und übernimmt ebenfalls einschlägige Aufträge zur Ausführung. Eine Zeichenclasse für Damen, zu deren Uebernahme Ludwig Burger bereits gewonnen sein soll, wird voraussichtlich noch im kommenden April eröffnet werden.

Die Vorträge haben bereits sämmtlich begonnen. Es sind verschiedene Curse von Vorlesungen über gewisse Gebiete der Technologie, der praktischen und Kunstwissenschaften in einem umfangreichen Hörsaal mit guter Akustik und ziemlich zweckmäßigem Arrangement der Plätze gehalten. Auch Damen haben Zutritt. Es mag hier schwer sein, das richtige Verhältniß zwischen dem Unterhaltenden, Dilettantischen und dem wirklich Fördernden, positives Wissen Gebenden und Mehrenden zu finden. Das Publikum und die durch-

schnittliche Beschränkung jedes Cyclus auf je 6 Vorlesungen von ca. 1½ Stunden bringt diese Schwierigkeit von selbst hervor. Die bisher begonnenen Curse sind der über chemische Technologie (mit Versuchen) von Professor Buff gehaltene, der über Farbenlehre mit Rücksicht auf die Gewerbe von Professor Dr. Rosenthal und der über die Geschichte der Kunstgewerbe und ihre Aesthetik mit Benutzung der Sammlungen des Museums von Dr. Julius Lessing. Sämmtliche Vorlesungen jedes Cyclus sind für ein Eintrittsgeld von 1 Thaler dem Publikum zugänglich. Für den Besuch der Sammlungen ist ein ziemlich niedriges Eintrittsgeld angesetzt, das zwischen 1½ Sgr. bis 5 Sgr. an den verschiedenen Wochentagen variirt.

Das ist die bisherige Geschichte und der gegenwärtige Stand des „deutschen Gewerbemuseums" zu Berlin. Aus einem glücklichen Gedanken, einem allgemeinen Bedürfniß, und seiner Erkenntniß hervorgegangen, haben seine Begründer sich auf das von der Wirklichkeit gegebene Maß zu beschränken verstanden, haben mit richtigem Takt das zunächst Erreichbare ergriffen, ohne an der weitern Entwicklung in größerem Sinne darum zu verzagen. Die Mittel erscheinen gut und richtig gewählt, um in stetiger Arbeit die Mängel, an welchen unsere Kunstindustrie krankt, zu heilen, das ganze Unternehmen macht jetzt, in diesem frühen Stadium seiner Existenz, durchweg den Eindruck gesunder Lebensfähigkeit und gedeihlicher Zukunft. Was es aber, um dieser gewiß zu sein, nicht entbehren kann, ist eine bei weitem lebhaftere thätige Theilnahme des Volks, aller Classen des Staats, als die ihm bisher bewiesene. Die dieser Sache etwa zubringenden Opfer gehören zu denen, welche sich sicher lohnen und zurückerstatten an die ganze bürgerliche Gemeinschaft, als Bildung, Ehre bei Fremden und durch jene directen praktischen Vortheile, welche eine höhere Entwicklung der Kunstgewerbe großen Bevölkerungen zuführt. Möge dem Unternehmen solche Theilnahme im reichsten Maße werden.

Die Bedeutung der böhmischen Wenzelskrone.

In der Session des böhmischen Landtages vom November 1865 bis März 1866 stellte der Historiker Const. Höfler bei Gelegenheit der Debatte über die Restaurirung der Burg Karlstein (bei Prag) den Antrag, es möchte statt des üblichen Ausdruckes „Krone des hl. Wenzel" der correctere Ausdruck „Krone des Königreichs Böhmen" gebraucht werden. Bei der Majorität, über welche damals die föderalistisch-nationale Partei im böhmischen Landtage gebot, ist dieser Antrag Höflers natürlich gefallen.

Seit dieser Zeit ist der Ausdruck „Wenzelskrone" erst recht beliebt geworden und auch über die Grenzen Oestreichs hinaus gedrungen. Wenige sind aber über diesen Begriff vollkommen im klaren. Während die einen hierunter blos das alterthümliche goldne Reifchen verstehen, welches gegenwärtig im prager Schlosse deponirt liegt, verstehen darunter die andern das Symbol der staatsrechtlichen Individualität Böhmens.

Die böhmische Krone, welche sich jetzt in Prag befindet, rührt bekanntlich nicht von dem alten Herzoge Böhmens, dem heiligen Wenzel her; man nennt sie blos aus Pietät die Wenzelskrone. Sie wurde, nachdem im Jahre 1346 Klemens VI. die betreffende Bulle erlassen hatte, im Jahre 1347 angefertigt. Seitdem trugen alle Könige Böhmens diese Krone auf ihrem Haupte, von Karl I. (IV.) angefangen bis Ferdinand I. (V.). Nur die beiden Kaiser-Könige Namens Joseph verschmähten es, sie zu tragen. Bekanntlich hat auch der jetzt regierende Kaiser von Oestreich versprochen, sich mit dieser Krone feierlich krönen zu lassen.

Aber es handelt sich nicht um die Kroninsignien selbst, sondern um die Bedeutung derselben und um die Beziehung, welche sie zu den Bestrebungen der nationalen Partei in Böhmen hat.

Nun muß vor allem dem Irrthum entgegengetreten werden, als ob die Böhmen mit der Katastrophe am weißen Berge ihre politischen Rechte vollständig eingebüßt hätten. Ferdinand II. stilisirte in der Landesordnung vom 10. Mai 1627 den Krönungseid dahin, daß der Regent von Böhmen die Privilegien der damaligen Volksrepräsentanz, der Stände, handhaben wolle. In dieser „verneuerten Landesordnung" räumte er den Böhmen das Recht ein, alle Steuern für und in Böhmen zu bewilligen, und im Falle des Aussterbens der Dynastie eine Neuwahl vorzunehmen.

Ferdinand II. hat überdies mit der Confirmationsurkunde vom 29. Mai 1627 alle Privilegien mit Ausnahme zweier Rudolphinischer Majestate, welche auf die Religionsübung Bezug nehmen, erneuert. Ebenso blieb die Integrität der Länder der böhmischen Krone anerkannt, die Zusammengehörigkeit mit dem incorporirten Mähren und Schlesien; Böhmen behielt auch seine eigene Hofkanzlei.

Die Privilegien Böhmens wurden in den Jahren 1640, 1708, 1720, 1742, 1791, 1806, 1829 und 1836 wiederholt erneuert, sodaß das böhmische Staatsrecht continuirlich bis in die Gegenwart (1848) hineinreicht. Seit den ältesten Zeiten wurden in Böhmen in den wichtigsten Landesangelegenheiten (wie Gebietsabtretungen, neue Gesetze oder Steuern) die sog. gebotenen Landtage (zápovědni sněmové) einberufen, zu welchen auch die Abgeordneten aus Mähren und Schlesien kamen (Generallandtage). Ferdinand II. hat zwar diese Generallandtage abgeschafft, aber die Gesetzgebung und Verwaltung blieb in Mähren und Schlesien dieselbe, wie in Böhmen.

In dem bereits erwähnten Majestätsrescript vom 29. Mai 1627 erkannte Ferdinand II. gegenüber allen drei Ländern der böhmischen Krone (oder Wenzelskrone) an, daß der damalige Aufstand nur ein partieller war und daß nur die die Akatholiken betreffenden Majestate aufgehoben seien. Die andern Landesprivilegien, also die Theilnahme an der Landesgesetzgebung, das Recht der Verwaltung des Landes, die Rekrutenbewilligung, die Unveräußerlichkeit der Krongüter ohne Einwilligung des Landes, die Lehnrechte 2c., dies alles wurde anerkannt und auch fortan ausgeübt.

Böhmen blieb ein selbständiges Ganzes. Es gab keine gemeinsamen Ministerien mit den übrigen Ländern des jetzigen Oestreich, wie Niederöstreich und Ungarn. Das böhmische Volk konnte zu Kriegsdiensten nur dann aufgeboten werden, wenn es die Vertheidigung Böhmens galt. Handelte es sich beispielsweise um eine Kriegshilfe gegen die Türken, so mußte der Landtag derselben zustimmen. Alle Landesbeamten der höchsten Kategorie mußten ferner im Lande ansässig sein. Die Art und Weise der Verwendung der Steuern wurde stets genau vom Landtage vorgeschrieben und von der Regierung respectirt.

In den Declaratorien vom 1. Februar 1640 räumte Ferdinand III. den Ständen das Recht ein, alle Landesangelegenheiten frei zu discutiren.

Karl II. legte den böhmischen Ständen die pragmatische Sanction (1720) zur Genehmigung vor. Leopold II. restaurirte mit Rescript vom 12. August 1791 die von Joseph II. alterirte bisherige Verfassung von Böhmen. Die Stände erhielten auch wieder den Revers, daß den Privilegien, Freiheiten und Gerechtigkeiten des Landes kein Nachtheil zugefügt werden solle.

Mit dem Patent vom 6. August 1806 erlosch die Kurwürde Böhmens und die Verbindung mit dem deutschen Reiche. Das Patent gebraucht die Worte: „die mit der Krone Böhmen verbundene" Kurwürde. Bekanntlich umfaßt die Krone Böhmen seit 1086 Mähren und seit 1353 Schlesien.

Zur Veräußerung der Landesdomänen wurde stets die Einwilligung der Stände für nöthig erachtet. So willigten die Stände im December 1825 ein, daß einige böhmische Domänen (Pardubic, Smiřic, Zbirov) zur Tilgung der östreichischen Staatsschulden veräußert würden.

Am 7. September 1836 ließ sich Ferdinand V. als König von Böhmen zu Prag feierlich krönen.

Daß die Stände der vierziger Jahre die Steuerpostulate gar nicht beriethen, sondern sich mit der Auffahrt auf dem prager Schlosse begnügt hätten, ist übertrieben. Allerdings hielt man damals viel auf das Landtagsceremoniell und dieses schrieb genau vor, wie die Stände en parade in den ihnen aus „besonderer Gnade" (1808) verliehenen rothen Gewändern unter Vortritt der Livréebedienten und mit angezündeten Flambeaux einherzu-

fahren hätten, aber die Landtage sanken trotzdem nie zu einer bloßen Ceremonie herab. Die Stände stimmten über die Postulate alljährlich ab und zwar in böhmischer Sprache, nämlich mit den Worten: Přiznávám se.

Ferdinand V. erklärte in dem Hofdecrete vom 18. Juni 1847, er wolle sich die Landesprivilegien und Freiheiten, wie solche in der Landesordnung enthalten sind, gegenwärtig halten. Die Postulatlandtage gestatteten nicht die nach 1848 in Uebung gekommene Erhöhung der Grundsteuer. Eifersüchtig wachten die Stände über den Privilegien des Landes; Beweis dessen die Deputation, die 1845 unter Mathias Thun nach Wien ging, und die Denkschriften vom Jahre 1847.

Im Jahre 1848 wurde die böhmische Verfassung abermals erneuert. Kaiser Ferdinand gab in einem Schreiben vom 8. April 1848 folgende Erledigung der böhmischen Deputation:

1. Die böhmische Nationalität hat durch vollkommene Gleichstellung der böhmischen Sprache mit der deutschen in allen Zweigen der Staatsverwaltung und des öffentlichen Unterrichts als Grundsatz zu gelten;

2. Zu dem nächst einzuberufenden böhmischen Landtage sind alle Stände des Landes zu versammeln. Diese Versammlung hat aus einer, alle Interessen des Landes umfassenden, gleichmäßigen Volksvertretung auf der möglichsten breiten Basis der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit mit dem Rechte, über alle Landesangelegenheiten zu berathen und zu beschließen, zu bestehen;

3. Die Errichtung verantwortlicher Centralstellen für das Königreich Böhmen in Prag mit einem ausgedehnten Wirkungskreise wird bewilligt.

Bemerkenswerth erscheint noch folgender Umstand. Einzelne Mitglieder der böhmischen Stände ließen im Anfang April 1848 eine Erklärung drucken (Prager Zeitung 1848 Nr. 54), in welcher sie sich bereit erklärten, zur Zustandebringung einer zeitgemäßen Volksvertretung zusammenzuwirken. Zu oberst war Karl Fürst Auersperg unterzeichnet.

Am 30. März 1848 kam in Brünn die Ständeversammlung zusammen. Gleich in der ersten Sitzung wurde freiwillig jeder der sieben königlichen Städte Mährens statt der bisherigen Collectivstimme eine Virilstimme zugestanden. Freiwillig wurde ferner der Bauernstand und die nicht habilitirten Besitzer landtäflicher Güter in den Landtag berufen.

Die folgenden Ereignisse sind bekannt.

Erst am 6. April 1861 wurde wieder ein böhmischer Landtag eröffnet. Die Mitglieder der ständischen Corporation brachten dem Präsidium einen wichtigen Protest rücksichtlich der neuen Verfassung zur Kenntniß. (Sten. Prot. d. böhm. L. 1861 pag. 53). Sie beriefen sich auf die Landesordnung vom Jahre 1627 und erklärten, daß sie durch ihre Theilnahme an der einberufenen Versammlung den Rechten und Freiheiten des Königreichs Böhmen und

der Continuität seines durch eine ununterbrochene Reihe von Staatsacten staatsrechtlich gewährleisteten Bestandes nicht präjudicirt haben und nicht präjudiciren können.

Nach dem Gesagten wird auch klar, was die czechisch-nationale Partei in Böhmen gegenwärtig anstrebt. Sie will eine möglichst große Autonomie der Länder der Krone Böhmens; sie will ferner eine veränderte Wahlordnung. Während jetzt alle wichtigen Entscheidungen beim wiener Reichstage liegen, und dem böhmischen Landtag nur Ausnahmsfälle bleiben, soll vielmehr Alles Angelegenheit des Landtags werden und der Reichsvertretungscompetenz nur die Ausnahmen zustehen. Die Machtstellung der Monarchie sei durch eine gemeinsame Behandlung der höchsten Staatsaufgaben zu wahren und die Einheit des Reichs in der Beachtung der Mannigfaltigkeit seiner Bestandtheile und ihrer geschichtlichen Rechtsentwicklung zu sichern.

Die Bedeutung der böhmischen Wenzelkrone liegt sonach darin, daß Böhmen eine staatsrechtliche Individualität, eine staatsrechtliche Persönlichkeit beansprucht. Diese staatsrechtliche Individualität manifestirt sich vornehmlich in folgenden Rechten, welche die Landesvertretung Böhmens ohne alle Rücksicht auf die neueste Landesordnung Schmerlings hat:

Erstens die Integrität des Territoriums, also die Zusammengehörigkeit mit Mähren und Schlesien, sammt dem eventuellen Heimfallsrecht auf die Lausitz und dem Lehnverhältnisse zum Egerer Gebiete; dann das Recht, beim Erlöschen des Hauses Habsburg einen König von Böhmen zu wählen; das alleinige Recht, die Verfassung zu ändern; das Recht, alle Steuern in Böhmen zu bewilligen; die Mitwirkung bei der Landesgesetzgebung; die Mitverwaltung im Handel und in Polizeisachen; das Recht, über die Landesdomänen zu disponiren, Landestheile abzutreten oder zu erwerben; über Aufnahme von Mitgliedern in seine Mitte zu entscheiden; einen Landesausschuß zu wählen, welcher das Landesvermögen verwaltet; Gleichberechtigung der böhmischen Sprache mit der deutschen in Schule und Gericht; das Recht, zu verlangen, daß sich der Kaiser von Oestreich als König von Böhmen krönen lasse und einen Eid dahin schwöre, daß er alle Rechte und Freiheiten der böhmischen Krone — oder mit einem Ausdrucke der Pietät — der h. Wenzelskrone wahren und schützen wolle und solle.

Aus Schwaben.

Die würtembergische Regierung und die Parlamentswahlen.

7. März.

Auch bei den Zollparlamentswahlen ist das Loos, die letzten zu sein, uns Schwaben nicht erspart worden. Indessen, wir sind es gewöhnt; wun-

dern würden wir uns nur, wenn es einmal anders wäre. Wir sind zufrieden, daß unsre Abgeordneten überhaupt rechtzeitig nach Berlin kommen werden, um an der Eröffnung und den Arbeiten des Parlaments Theil zu nehmen. Denn eine Zeit lang stand selbst dies in Frage. Und nur der Nachsicht, die man in Berlin mit unsern Eigenthümlichkeiten und Canzleigewohnheiten hatte, ist zu verdanken, daß es nicht anders kam. Ein seltsamer Unstern schien überhaupt über den schwäbischen Vorbereitungen zu der gesammtdeutschen Versammlung zu walten.

Man hätte denken sollen, für eine mäßig geordnete und mäßig willige Verwaltung hätte das Geschäft der Wahlvorbereitung keine übergroßen Schwierigkeiten darbieten können. Man durfte sich in allem nur nach dem richten, was im ganzen übrigen Deutschland bereits in aller Ordnung geschehen war. Die Versuchung zu originellen Experimenten schien doch bei diesem Anlaß am wenigsten gerechtfertigt. Alles war glatt und eben, allein offenbar viel zu glatt und eben für unsre Regierung, die sich ein Vergnügen daraus machte, sich selbst Steine des Anstoßes in den Weg zu wälzen, über die sie nothwendig straucheln mußte.

Schon die Frage machte der Regierung viel Kopfzerbrechen, wie viele Abgeordnete Würtemberg eigentlich zu wählen habe. Nach der Zählung von von 1864 waren es deren unstreitig 17, nach der neuesten von 1867 stieg diese Zahl ohne Zweifel auf 18. Nun war nicht blos im Nordbund nach der Zählung von 1864 gewählt, sondern auch Baden und Baiern hatten selbstverständlich nach dieser Rechnung ihre Wahlen angeordnet. Für die würtembergische Regierung konnte dies freilich nicht bestimmend sein. Als man ungeduldig verlangte, die Regierung möge endlich die Eintheilung der Wahlbezirke veröffentlichen, die für diesmal ihrer discretionären Gewalt anheimgegeben war, wurde mit schlauem Blinzeln erwidert, man möge sich doch gedulden, es werde nur das noch nicht officiell festgestellte Resultat der jüngsten Zählung abgewartet, auf welche die Wahlen zu basiren seien. Die Regierung hatte allen Ernstes die Absicht, auf Kosten der Gleichheit mit dem übrigen Deutschland ihrem Land ein Benefiz, ein ganz kleines Profitchen zuzuwenden. Erst als das officielle Resultat der Zählung länger auf sich warten ließ, als die Regierung in den Kammern über ihre Absichten interpellirt und ihr vorgehalten wurde, daß das Parlament in Berlin das zuständige Tribunal für die Gültigkeit der Wahlen sei, entschloß sie sich, ungern, zur Nachgiebigkeit.

War über solchen Speculationen ziemlich viel Zeit hingegangen, so war man bemüht auf andere Weise den Verlust wieder zu decken. Es war bezeichnend für die Manieren unserer Verwaltung, daß eines Tags plötzlich ein Rescript des Ministers erschien, welches die Wahlcommissionen in Func-

tion treten hieß und einen bestimmten Termin für den Schluß der Wählerlisten ansetzte, bevor noch das Wahlgesetz zu Stande gekommen, publicirt und in Kraft getreten war. Natürlich war jene Anordnung ungiltig, und sobald die Presse Lärm schlug, war das Ministerium zu ihrer Zurücknahme genöthigt; oder vielmehr sie wurde nicht zurückgenommen, sondern einfach ignorirt, und mit Publikation des Gesetzes ging ein zweiter Befehl hinaus, die Wahllisten aufzulegen. Dadurch wurde für die Anfertigung dieser Listen eine weitere Zeit gewonnen; wie sie benutzt wurde, werden wir sogleich sehen.

Ein erheiternder Zwischenfall war es, als das Ministerium eines Tags dem Gemeinderath der Stadt Stuttgart einen Ukas zugehen ließ, des Inhalts, daß 13 städtische Wahlbezirke gebildet und für jeden derselben 5 Gemeinderäthe zur Leitung des Wahlgeschäfts bestellt werden sollten. Der Gemeinderath war in der Lage zu erwidern, daß es ihm beim besten Willen schlechterdings unmöglich sei, dieser Weisung nachzukommen, sintemal er bekanntermaßen nur aus 24 Mitgliedern bestehe, während zu jenem Auftrag nach Riese 65 Mitglieder aufzubringen wären. Niemals haben die Väter der Stadt mit edlerem Bürgerstolze eine unbegründete Zumuthung des Ministeriums zurückgewiesen!

Erinnerte dieser Zug stark an Schilda oder Abdera, so hatten einen ernsteren Hintergrund die Versuche, dem allgemeinen Stimmrecht ein Schnippchen zu schlagen. Das Gesetz bestimmte, wie überall, daß jeder volljährige und unbescholtene Bürger da, „wo er zur Zeit seinen Wohnsitz habe", das Wahlrecht auszuüben habe. Nun ist der Ausdruck Wohnsitz bekanntlich ein juristisch äußerst streitiger; ebendeswegen mochten die Gesetzgeber hinzugefügt haben: „zur Zeit", und im übrigen Deutschland hat man nichts davon gehört, daß Controversen über die Auslegung dieses schwierigen Ausdrucks sich erhoben hätten. Es war diese juristische Scrupulosität den würtembergischen Staatsmännern vorbehalten, und um alle etwa auftauchende Bedenken zu heben, erfolgte ein Rescript, wonach bei Anfertigung der Wählerlisten jene Bestimmung auf den juristischen Begriff des Domicils einzuschränken sei. Dadurch wurden aber im Widerspruche mit dem Prinzip des allgemeinen Stimmrechts eine Menge von Personen, insbesondere aus der Arbeiterbevölkerung, ausgeschlossen, die nach den anderwärts überall geltenden Normen wahlberechtigt waren. Ob dies einzig aus dem juristischen Gewissen unserer Regierenden zu erklären ist, oder vielleicht damit zusammenhing, daß in Stuttgart gerade die Arbeiterbevölkerung entschieden national gesinnt ist, bleibe dahingestellt. Genug, die stuttgarter Wahlcommission protestirte sofort, sie hatte die Wahllisten fertig, und zwar in liberalster Weise hergestellt, sie war nicht Willens, auf eine einseitige Interpretation, zu welcher das Ministerium kaum legitimirt schien, das Geschäft von neuem zu beginnen. Auch in den Kammern wurde

deshalb interpellirt, und Herr v. Geßler schien auch in dieser Frage zur Nachgiebigkeit geneigt. Indessen erschien bald darauf ein neues Rescript — man sieht, an Geschäftigkeit hat es der Minister nicht fehlen lassen — welches zwar jene erste Interpretation nicht aufrecht hielt, jedoch von den Arbeitern, Commis u. s. w. nur die Verheiratheten für wahlberechtigt erklärte, also eine neue Beschränkung, ein seltsames Privileg auf die Ehe, eine rein willkürliche Interpretation. Auch daran hat man sich in Stuttgart wenigstens nicht gekehrt. Dagegen wird man auf dem Lande überall den verschiedenen ministeriellen Anordnungen nachgekommen sein, und auch daraus ist vielleicht die Verzögerung zu erklären, die das Wahlgeschäft überhaupt erlitten hat.

Diese Verspätung, die inzwischen in unsern Canzleien ihr unbemerktes Wesen trieb, kam erst dann ans Tageslicht, als alles längst in Ordnung schien und Preußen den Termin für die Eröffnung des Parlaments endlich ansetzen zu können glaubte. Bekanntlich war für dieselbe erst der Februar, dann Anfang, später Mitte März in Aussicht genommen. Dies wußten die Regierungen. Niemand konnte es überraschen, als endlich der 20. März als Eröffnungstermin bestimmt wurde.

In den Ministerien am Nesenbach entstand aber an jenem 27. Februar, an welchem die Anzeige aus Berlin anlangte, ein jäher Schreck. Auf solche Ueberstürzung war man nicht gefaßt. Sofort erging eine Erklärung nach Berlin, es sei schlechterdings unmöglich, die Wahlen so zu beschleunigen, man bitte dringend um Aufschub. Und warum war in Würtemberg unmöglich, was doch überall sonst möglich war? Weil hier von den untergeordneten Beamten des Schreiberstaats die Ausfertigung der Wählerlisten ganz mit derselben Gemüthlichkeit betrieben worden war, mit der auch sonst die kgl. würtembergischen Canzleigeschäfte behandelt zu werden pflegen. Der eine Fall spricht beredter für den Charakter des kleinstaatlichen Verwaltungsmechanismus, als eine lange Abhandlung. Am 6. September hatte der betreffende Ministerialbeamte das Wahlgesetz ausgearbeitet und vorgelegt. Nun hatte es aber den landesüblichen Instanzenzug durchzumachen, d. h. es mußte wochenlang auf dem Ministerium, wochenlang im Geheimenrath, wochenlang in der Commission des Abgeordnetenhauses liegen, bis es zur Verabschiedung mit den Ständen gelangte. Endlich nach 5 Monaten, am 10. Febr., konnte es publicirt werden. Inzwischen waren aber seit Wochen die Weisungen für die Vorbereitungen der Wählerlisten hinausgegangen, sodaß dieselben, wie man annehmen mußte, sofort nach Publikation des Gesetzes aufgelegt werden konnten. Dies geschah auch zum Theil. Zum Theil aber ließen sich die Oberamtleute und Schulzen Zeit. Dem einen erschien die Sache mehr, dem andern weniger dringlich. So kam es, daß in einzelnen Gemeinden erst am 24. Februar die Listen aufgelegt wurden. Die Folge war, daß erst

nach Verlauf von 4 Wochen, also nicht vor dem 24. März, im ganzen Königreich giltige Wahlen vorgenommen werden konnten.

Was bedeuten in Schwaben Wochen oder Monate? Man hat hier eine bezeichnende Redensart, die als Beruhigungspflaster für alle Versäumnisse oder Mißgriffe dient: In hundert Jahren ists eins. So hatten die Schulzen auf dem Lande gedacht, als sie sich zur Auslegung der Wahllisten Zeit ließen: in hundert Jahren ists einerlei, ob es 14 Tage früher oder später geschieht.

Dieser geschichtsphilosophische Trost mag nun seine unläugbare Berechtigung haben; für den Augenblick aber entstand doch die unangenehme Alternative: entweder das Parlament wurde am 20. März eröffnet — ohne die Würtemberger, die dann vielleicht nach 8 oder 10 Tagen, wofern sonst nichts Störendes mehr dazwischen kam, auch kein Unfall auf der Reise sie traf, glücklich nachrückten; oder es mußte um ihretwillen die Eröffnung abermals hinausgeschoben werden. In Berlin mag man unmuthig genug über dieses Dilemma gewesen sein. Der König hätte es wohl gern gesehen, an seinem Geburtstag, den 22. März, die Vertreter von ganz Deutschland um sich zu haben. Und abgesehen davon, wird man dort über den Zeitverlust nicht so gemüthlich sich hinwegsetzen, wie hierzuland. Man wird dort ein Verfahren, wie es hier beliebt, überhaupt kaum begreifen, und man wird bei der sonstigen Haltung der würtembergischen Regierung wenig geneigt gewesen sein, die Nachsicht gegen sie aufs äußerste zu treiben. Andererseits mußte man sich sagen, daß bei der Empfindlichkeit der Schwaben die Eröffnung ohne sie den übelsten Eindruck machen mußte, man hätte das Volk büßen lassen, was die Regierung verbrochen, ohne Zweifel hätten die Wahlen selbst sehr entschieden den Rückschlag davon verspürt. Auch hätte es der Feierlichkeit und Bedeutsamkeit des Moments ohne Frage Abbruch gethan, wenn man die erste gesammtdeutsche Vertretung eröffnet hätte, bei der die Abgeordneten eines Südstaates gar nicht oder nur mit mangelhaften Legitimationen versehen erschienen wären. Dieser Grund gab schließlich den Ausschlag. Man beschloß, in Gottes Namen zu warten, bis auch die Schwaben in aller Gesetzmäßigkeit und ohne sich unnöthig zu echauffiren, ihre Wahlen vorgenommen hätten. Um gleichwohl keine Zeit zu verlieren, wird, wie bekannt, nunmehr die Session des Zollparlaments in die des Reichstags eingeschaltet.

Die Regierung wird ohne Zweifel die Schuld für diese Verschleppungen auf die mangelhafte Ausführung ihrer Weisungen in den unteren Sphären der Hierarchie schieben. Aber es wird sich doch nicht läugnen lassen, daß sie, wenn sie ernstlich wollte, es in der Hand hatte, die Federn ihrer Schreiber rascher in Bewegung zu setzen. Ueberhaupt, wenn man den ganzen geschilderten Gang dieser unglücklichen Wohlvorbereitungen überblickt, kann man

sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Regierung mit einem sehr mäßigen Vorrath von gutem Willen diesem Geschäft sich unterzogen hat. Es ist ihr sichtlich kein Vergnügen gewesen, Wahlen zu einem gesammtdeutschen Parlament vornehmen zu lassen. Der erste Beitrag zur Arbeit am neuen Deutschland ist ihr offenbar sauer geworden.

Und damit beantwortet sich auch eine Frage, die in diesen Tagen zuweilen an unsere Partei gerichtet wurde. Als die bairischen Wahlen vorlagen, hörte man von officiöser Seite gegen die Nationalen den Vorwurf erheben, sie hätten mit der Regierung, d. h. mit der Mittelpartei, gegen die Ultramontanen gemeinsam Front machen sollen, anstatt sich untereinander zu bekämpfen. Warum dies in Baiern nicht, wenigstens nicht überall, der Fall war, haben wir nicht zu untersuchen. Gewiß aber ist, daß bei uns jede solche Combination von vornherein unmöglich war, und zwar durch die Schuld der Regierung.

Hätte ihre Gesammthaltung irgendwie das Vertrauen hervorrufen können, daß sie die mit Preußen geschlossenen Verträge nicht als eine unbequeme Last empfindet, sondern das ganze Vertragsverhältniß aufrichtig und mit allen seinen natürlichen Consequenzen hinnahm, um von da aus, wenn auch langsam, eine dauernde und organische Befestigung der Beziehungen zum norddeutschen Bund zu suchen, so wäre ein Bündniß mit der nationalen Partei, das freilich auf gegenseitigen Zugeständnissen hätte beruhen müssen, um so natürlicher gewesen, als die letztere ihr Programm: Eintritt in den Nordbund, selbstverständlich für den Augenblick zurückstellen muß. In der That fehlt es nicht an vermittelnden Nuancen, an nahen Berührungspunkten zwischen der sogenannten liberalen und der deutschen Partei. Jene hat zum Theil Candidaten aufgestellt, für die es der letzteren sehr wohl möglich war zu wirken. Jene hat im April vorigen Jahres, als freilich ein anderer Wind wehte, und noch kein Salzburg dazwischen lag, ein Programm verkündigt, das fast identisch war mit dem der deutschen Partei. Und selbst ihr jetziges Wahlprogramm war, wenn auch unklar und verschwommen, doch eben damit elastisch genug, um je nachdem den partikularistischen oder den nationalen Elementen die Hand zu reichen. Daß jenes geschehen ist, und nicht dieses, war der Wille der Regierung.

Von Anfang an, noch bevor die Agitation in Fluß kam, trennte sie sich schroff von der deutschen Partei, nicht so von den partikularistischen Parteien. Jene wurde als der eigentliche Gegner hingestellt, den man zu bekämpfen hatte. Ihre kleinen Organe eröffneten den Kampf mit dem Rufe: nur keinen Preußen wählen. Sie begannen eine Polemik gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund, den noch niemand verlangte. Sie appellirten an den Geldbeutel des Volks, indem sie ihm für den Fall des Anschlusses an Preußen die entstehenden

Mehrkosten in Ziffern ausrechneten, die, gelinde gesagt, keinen ausgebildeten Sinn für Wahrheit verriethen. Ein Rechenexempel, das in einer Wahlversammlung von einem dem Herrn v. Varnbüler sehr nahestehenden Mann zum besten gegeben wurde, und das notorische Unrichtigkeiten enthielt, machte, von officiösen Flügeln getragen, die Runde durch alle Wochenblättchen des Reichs. Ueber das maßvolle Wahlprogramm der deutschen Partei herrschte in den höchsten Kreisen eine solche Erbitterung, daß man Unterzeichner desselben bis vor den König citirte. Nicht blos die gefürchteten Führer der nationalen Partei, die Römer und Hölder, wurden, wie billig, von der Regierung bekämpft, sondern ganz ebenso die gemäßigtsten, zum Theil im öffentlichen Leben noch unversuchten Männer, wenn sie nur auf der keineswegs exclusiven Liste der deutschen Partei standen. Auch dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Weber, glaubte die Regierung einen Gegencandidaten entgegenstellen zu müssen. Selbst den Director der hohenheimer Akademie, Werner, wußte man zum Rücktritt zu bewegen, damit er einem intimen Freund der Minister Platz mache. Als dann auch die Ultramontanen und die Volkspartei auf den Kampfplatz traten, um die nationale Partei zu bekämpfen, erschienen sie auf der ganzen Linie als die natürlichen Verbündeten der Regierung. Aus Vorgängen in einzelnen Wahlbezirken mußte man schließen, daß förmliche Compromisse unter den Führern dieser Coalition abgeschlossen seien. Man stellte, wie gerade die Aussichten in den Wahlkreisen waren, gegen die deutsche Partei hier einen Demokraten, dort einen Ultramontanen, am dritten Ort einen Minister auf. In Stuttgart rief die Regierungspartei ausdrücklich unter ihre Fahne: „Alle, die mit dem Wahlvorschlag der deutschen Partei nicht einverstanden sind." Damit war die Coalition mit allen antinationalen Elementen ebenso offen eingestanden, wie die Unfähigkeit, das Programm dieser Coalition positiv zu formuliren. Einen Augenblick schien allerdings die Regierung über solche Bundesgenossenschaft doch etwas betreten. Wenigstens suchte sie sich den Anschein zu geben, als sei ihre Stellung genau zwischen der deutschen und der Volkspartei, und weise sie die Candidaten der einen wie der andern zurück. Der Staatsanzeiger nahm sogar den Anlauf zu einer kleinen Polemik gegen extreme Gegner Preußens, wie Moritz Mohl und Prof. Schäffle. Allein der schüchterne Versuch ward nicht fortgesetzt. Im Ganzen wurde dadurch nichts mehr geändert. Die Parteistellung blieb dieselbe. Die deutsche Partei ist gegen einen übermächtigen dreifachen Gegner, dem der Einfluß der Regierungsbeamten, die Disciplin der Ultramontanen und die Rührigkeit der Demokratie zu Gebote steht, einzig auf sich selbst angewiesen, auf die Macht ihrer Gründe, auf den Rest von nationaler Gesinnung, der auch im würtembergischen Volk noch nicht ertödtet ist. *y.*

Literatur

Friedrich Rückerts sämmtliche poetische Werke. (Frankfurt a. M. bei Sauerländer).

Daß das heute lebende Geschlecht auf der Grenze zweier verschiedener Welten steht, macht sich auf dem künsterisch-literarischen Gebiet ebenso geltend, wie auf dem politischen. Dieselbe Generation, welche während der ersten Hälfte ihres Lebens in den Erfolgen einer Reihe großer Künstler, Dichter wie Musiker, Theil nahm, mit dem einen Fuß noch in der Göthezeit stand, sieht dieselben aussterben und muß sich sagen, daß an einen vollständigen Ersatz schon darum nicht zu denken ist, weil der Schwerpunkt der nationalen Interessen aus dem Gebiet der Kunst in das einer rauhen und strengen Wirklichkeit verlegt worden ist. Die „jungen Aare“, an deren kühnem Fluge der sterbende Göthe sich erfreute, sie sind einer nach dem andern ins Grab gegangen, Chamisso und Heine, Uhland und Rückert. Friedrich Rückert war der letzte große Lyriker, der aus der Zeit der Befreiungskriege und des Wiedererwachens der Romantik in unsere Tage hineinragte, und als man ihn zu Grabe trug, mußte die Nation sich sagen, sie habe den letzten Repräsentanten einer großen Zeit begraben, einer Zeit, die nach Uhlands schönem Wort nur noch in den Kindern derer lebt, die sie selbst einst todt gemeint hatte.“ Gerade darum müssen wir es mit Dank begrüßen, daß uns die Gelegenheit geboten ist, die Schätze, welche der Dichter des Liebesfrühlings und der Bramanenweisheit hinterlassen, in einer Gesammtausgabe in die Hände zu bekommen: wird das Soll und Haben eines Vermögens doch in der Regel erst regulirt, wenn dasselbe zur Erbschaft eines Verstorbenen geworden. — Das Erscheinen einer Gesammtausgabe der Rückertschen Dichtungen war um so nothwendiger geworden, als des Dichters kleinere poetische Schöpfungen, die lyrischen Gedichte, seit Jahren eigentlich nur in einer ausgewählten Sammlung zu haben waren, deren beschränkter Umfang eine auch nur annähernde Vollständigkeit ausschloß. Eine der vollendetsten Dichtungen des Meisters, jene „Griechischen Tageszeiten“, welche allein neben Schillers „Göttern Griechenlands“ genannt werden können, fehlte jener Sammlung, ebenso manches andere, unserem Volk lieb gewordene Gedicht. — Die von der Verlagsbuchhandlung angekündigte neue Gesammtausgabe, ist auf zwölf Bände angelegt und soll Rückerts sämmtliche Schöpfungen, auch die Dramen umfassen; die beiden ersten Bände, den Liebesfrühling und die vaterländischen Gedichte, sind bereits erschienen, die Herausgabe der Uebrigen ist für die nächste Zukunft in Aussicht gestellt.

Einem wirklich vorhandenen, nicht erst seit gestern fühlbar gewordenen Bedürfniß entgegen kommend, wird das verdienstvolle Unternehmen auf die dankbarste Anerkennung aller Deutschen rechnen können.

Handbuch der Musikgeschichte von den ersten Anfängen bis zum Tode Beethovens, von Arrey von Dommer. Leipzig, Grunow, 1868; VI u. 608 S.

An Werken über die Geschichte der Musik ist kein Mangel, wohl aber hat es bisher an einem Buche gefehlt, welches, wie das obengenannte, in gleicher Weise den Fachmusiker wie den gebildeten Kunstfreund zu befriedigen geeignet wäre. Gelehrte und umfassende Monographien über einzelne, treffliche Biographien über her-

vorragende Meister vermochten diesem Mangel nicht abzuhelfen. Vereinzelte Versuche einer Gesammtdarstellung, wie sie von Ambros und Reißmann vorliegen, waren theils zu umfangreich angelegt, theils wieder mit allzu erkennbarer Flüchtigkeit gearbeitet, als daß der eine bei dem großen Publikum, der andre bei den Fachgenossen sich volles Bürgerrecht hätte erringen können. Und doch war ein solches Buch zum lebhaften Bedürfniß geworden. Deutlicher als irgend etwas anderes beweisen dies die mehreren Auflagen, welche ein so allseitig ungenügendes Buch wie Brendels Vorlesungen erlebt hat, in denen bekanntlich die Musikwerke von Wagner und Lißt als der eigentliche Ziel- und Schlußpunkt der Musikentwicklung hingestellt werden. Vorzugsweise dem Mangel an dergleichen Werken, die dem Laien zugänglich sind, ist es zuzuschreiben, daß noch heute diese Producte einer kleinen aber betriebsamen Partei Verbreitung finden. Minder begreiflich will es seit lange erscheinen, warum das leipziger Conservatorium, eine Anstalt, welche von jeher ihre Aufgabe in der Pflege guter Musik gesucht hat, ihren Zöglingen die Geschichte der Musik von einem Standpunkte vortragen läßt, der, nach den ebengenannten Vorlesungen zu urtheilen, in der That wenig mit den künstlerischen Prinzipien der Anstalt und der an ihr wirkenden Künstler übereinstimmt. — Von jenen Uebertreibungen der jungdeutschen Musikgeschichte hält sich, wie sich dies bei der Trefflichkeit des Verfassers von selbst versteht, A. v. Dommers Buch völlig frei. Eher würde man wahrnehmen können, daß die neuere Musik etwas stiefmütterlich behandelt worden ist, und wenn wir bemerken, daß von den 593 Seiten des Buches nur ungefähr 50 den Heroen Haydn, Mozart, Beethoven gewidmet sind, so geschieht dies, um für eine etwaige zweite Auflage den Wunsch nach entsprechender Ausführlichkeit für diese Blüthezeit der Musik so dringend als möglich auszusprechen. Mag auch die persönliche Neigung des Verfassers und die specielle Richtung seiner Studien ihn mit besonderer Vorliebe zu den älteren Meistern hinziehen, so kann ihm doch nicht entgehen, daß ein Handbuch der Musikgeschichte diese als ein Ganzes, ein historisch Gewordenes aufzufassen hat, und daß dem Höhepunkt einer großartigen Entwicklung eine nicht minder eingehende Behandlung gebührt, als den vorausgegangenen Entwicklungsphasen, wenn man nicht als Fachgelehrter Studien, sondern als Historiker eine Musikgeschichte für Künstler und Kunstfreunde schreibt. Es wird dem Verfasser nicht schwer werden, den nöthigen Raum dazu durch gelegentliche Kürzungen innerhalb des Buches zu gewinnen.

Dagegen können wir uns nur damit einverstanden erklären, daß der „vorchristlichen" Musik, als dem einleitenden Abschnitte, nur ein sehr bescheidener Raum zugemessen ist, während doch andrerseits die griechische Musik, insoweit sie für das Verständniß der mittelalterlichen Musik in Frage kommt, genügende Berücksichtigung gefunden hat.

Die Darstellung ist klar und verständlich, hie und da allerdings etwas größerer Uebersichtlichkeit fähig. Gewissenhafte Angaben der Quellen und literarische Nachweise, sowie ein sorgfältiges Namen- und Sachregister erhöhen die Brauchbarkeit des Buches, dem wir möglichst große Verbreitung wünschen.

Studien über Bosnien und die Herzegowina von Johann Roskiewicz, k. k. Major im Generalstabe. 424 S. in 8° mit 11 Abbildungen in Holz und einer lithographirten Karte. (Leizig und Wien, 1868, bei F. A. Brockhaus.)

Der Theil Europas, auf welchen die Aufmerksamkeit der politischen Welt seit Jahresfrist am lebhaftesten gerichtet ist, das Land an der untern Donau und nördlich vom Balkan, kann zweifellos als der am wenigsten bekannte Strich unseres Welttheils bezeichnet werden, — die östreichisch-türkischen Grenzländer und die der Pforte unterworfenen Slavenländer liegen für uns Deutsche bereits „im Orient", d. h. außer der civilisirten Welt, als deren südöstliche ultima Thule gewöhnlich Ungarn angesehen wird.

Das vorliegende Buch hat darum einen besonderen Anspruch auf Beachtung, zumal es mehr hält, als es verspricht, d. h. zwei seiner Capitel, das dritte und das fünfte, außerhalb des Rahmens liegen, welchen der Titel umfaßt. Während das erste, zweite und vierte Capitel ausschließlich von Bosnien und der Herzegowina handeln (Cap. I. a) Physikalische Verhältnisse. b) Politische Verhältnisse. Cap. II. Reisebeschreibung, Verkehrswege, Bosna Seraj. Cap. III. Die Administration des Landes, die Consulate), geht der dritte Abschnitt auf eine ausführliche Auseinandersetzung über den Koran, die Organisation des Priesterstandes und den Einfluß des Islam auf das häusliche und gesellschaftliche Leben der Bosnier, ihre Sitten und Gebräuche ein. Mit dem praktischen Blick des gebildeten Soldaten weiß der Verfasser auf diejenigen Gegenstände, welche dem Interesse des Westeuropäers am nächsten liegen, sein Augenmerk zu richten und dadurch eine wirklich lebendige Anschauung von Land und Leuten zu bieten. Ueberdies sind die statistischen und topographischen Angaben so gründlich hergestellt, als bei dem primären Stande der türkischen Cultur möglich war — der Verfasser hat sich das Terrain offenbar mit Gedanken an die kriegerischen Operationen angesehen, zu deren Schauplatz dasselbe dereinst werden kann. — Das Schlußcapitel enthält in seiner ersten Hälfte einen Ueberblick über die Geschichte des osmannischen Reichs mit besonderer Berücksichtigung der militärischen Einrichtungen und des Entwicklungsgangs derselben, in der zweiten Hälfte eine Beschreibung des gegenwärtigen Standes der türkischen Armee und ihrer einzelnen Theile. Wie das Urtheil über dieselben ausfällt, erräth sich leicht: zum großen Theil vortreffliches Material, dessen Werth aber trotz der Anlehnung an französische Muster durch die Mängel einer corrumpirten und systematischen Verwaltung beträchtlich geschmälert wird. Der Infanterie wird nachgerühmt, daß sie namentlich in der Defensive befestigter Punkte unübertroffen sei, die Cavalerie ist, wegen mangelhafter Detailabrichtung der Mannschaft, nur in kleinen Abtheilungen und als Sicherheits- und Vorpostentruppe zuverlässig, relativ am tüchtigsten die Artillerie, weil zum größten Theil in den Händen fremder Offiziere, welche das natürliche Geschick der türkischen Soldaten für die Bedienung von Geschützen in richtiger Weise auszubeuten wissen, übrigens unaufhörlich mit dem Mißtrauen, der Indolenz und Corruption der Eingebornen zu kämpfen haben. — In militärischen und politischen Kreisen wird das Roskiewiczsche Buch sicher auf eine dankbare Aufnahme zu rechnen haben.

Der deutsche Zollverein. Ein Handbuch für Zoll- und Steuerbeamte, Kaufleute und Gewerbtreibende von Wilhelm Ditmar. Zweite umgearbeitete Auflage, Band 2.

Der erste Band dieses verdienstvollen Werkes ist im vorigen Jahrgange der „Grenzboten" so ausführlich besprochen worden, daß wir zunächst auf diese Bespre-

chung zu verweisen haben. Der vorliegende zweite Band (XXIV und 490 enggedruckte S.) enthält außer einem Nachtrage zu der im ersten Bande ausführlich entwickelten Organisation des Zollvereins ein ausführliches chronologisches Verzeichniß aller von 1818 bis 1867 erlassenen Geschäftsinstructionen, Gesetze und Verträge, u. A. das Zollgesetz, die Zollordnung und das Gesetz wegen Untersuchung und Bestrafung der Zollvergehen vom Jahre 1838, und zum Schluß den am 8. Juli 1867 zu Berlin unterzeichneten Vertrag über die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins zwischen dem norddeutschen Bunde, Baiern, Würtemberg, Baden und Hessen, so wie das Schloßprotokoll. Ein sorgfältig ausgearbeitetes Sachregister erhöht die praktische Brauchbarkeit dieses fleißigen und gründlichen Buchs, auf welches nochmals hinzuweisen wir am Vorabend des deutschen Zollparlaments für besondere Pflicht hielten.

Album mittelalterlicher Baudenkmale in Photographien von Johannes Nöhring (Hamburg, Commissionsverlag von Hermann Grüning).

Dieses auf 12 Hefte zu je 2 Blättern angelegte Album, über dessen Structur uns keine ausführlicheren Mittheilungen vorliegen, scheint es vorzugsweise auf die photographische Wiedergabe norddeutscher und hanseatischer Städte abgesehen zu haben. Die uns vorliegenden beiden ersten Blätter enthalten Ansichten der Marienkirche und des Rathhauses zu Lübeck, welche in Bezug auf Sauberkeit und Correctheit der Ausführung nichts zu wünschen übrig lassen und die Annahme nahe legen, das Unternehmen sei in guten Händen. Für die nächsten Hefte sind Hildesheim (das Nürnberg des deutschen Nordens), Stendal, Tangermünde und Brandenburg in Aussicht genommen. Von der Aufnahme des ersten Cyclus wird es wahrscheinlich abhängen, ob das Unternehmen den Main überschreiten und die architektonischen Schätze, an denen unser Süden überreich ist, in sein Bereich ziehen wird — eine Erweiterung des ursprünglichen Programms, welche ebenso im Interesse des Unternehmers, wie der Sache zu wünschen ist.

An der Schwelle des europäischen Krieges von A. Otto-Walster (Dresden. Bachsche Buchhandlung. 31 S. in kl. 8°).

Für Sensationsbroschüren ist Deutschland nie ein so günstiger Boden gewesen, wie Frankreich, und seit es Journale von allen Farben, Größen und Richtungen gibt, werden Broschüren eigentlich nur noch zum Zweck der Sensation geschrieben. Daß die unter dem Titel „An der Schwelle des europäischen Krieges" veröffentlichten zwei Druckbogen europäischer Politik darauf gerechnet haben, Aufsehen zu machen, ist allerdings kaum zu glauben, denn die „Rundschau" welche der Verfasser über Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft der Beziehungen Preußens und Oestreichs zu Rußland hält, ist wenig mehr, als ein dürftiger Auszug aus dem beliebigen ersten politischen Dresdner A-B-C-Buch. Der Verfasser schildert in einem „Vorwort" die Bedrohlichkeit der gegenwärtigen Situation: Preußen wolle den Frieden, Frankreich wolle den Frieden, der „erleuchtete" k. k. Staatskanzler gleichfalls. Daß trotzdem der Krieg vor der Thüre stehe, sei allein Rußlands Schuld. Wer hat an Rußland gedacht? Nur wenige und kaum Jemand mit dem Ernste, den die Lage erheischte."

Nachdem der Verfasser auf diese Weise den Schlüssel zum Geheimniß der Situation gefunden, und alle lebenden Politiker der Unfähigkeit zur Beurtheilung des größten europäischen Continentalstaats angeklagt hat, geht er zur Beweisführung

des Satzes über, daß Rußland den allgemeinen Frieden störe, und zur Angabe der Mittel, welche eine — natürlich einfache — Beseitigung dieser Gefahr bewirken könnten. Rußland wünscht die Erbschaft im Orient anzutreten, hat zu diesem Zweck Polen vernichtet und will gegenwärtig Oestreich zu Leibe gehen. Oestreich aber ist der Hort der Cultur. Der Verfasser mahnt Preußen, sich durch keine russische Allianz ködern zu lassen, sondern Oestreichs Sache zu verfechten, und zwar im Namen der Humanität, der Cultur, der Freiheit, des Deutschthums und seiner eigenen Interessen. Solange die beiden deutschen Großmächte Hand in Hand gegangen, sei alles wie in des Doctor Pangloß bester Welt vortrefflich gegangen, Deutschland einig, frei u. s. w. gewesen; der Hader dieser Staaten habe den schmerzlichen, zur Zeit des Bundesstaats unmöglich gewesenen Verlust Luxemburgs herbeigeführt, ganz Norddeutschland unfrei und mit sich selbst unzufrieden gemacht u. s. w. Der „geniale Staatsmann" an der Spitze des k. k. Cabinets ragt natürlich als Fels über dem trostlosen Horizont empor, den der Rundschauer gedankenvoll überschaut. Der unerschöpfliche Reichthum an Auskunftsmitteln, der dem Lenker der Geschicke Oestreichs zu Gebote steht, wird denn auch die Mittel zur Verständigung mit dem „hohen Herrn" und „geistreichen Canzler" in Berlin mühelos ausfindig zu machen wissen, Preußen natürlich zu Concessionen bereit sein und hinter die Anforderungen des prager Friedens zurücktreten — dann aber ist alles geschehen, was verlangt wird, und die verloren gegangene beste Welt mühelos in integrum restituirt, Rußlands Ehrgeiz für immer in Schranken gehalten. Die Entscheidung — so lehrt der Autor zum Schluß „wird davon abhängen, ob jeder angesichts dieser ernsten Krisis seine Schuldigkeit thut. Wir (d. h. ich Dr. O. W.) glauben, die unsrige zunächst mit dieser Schrift gethan zu haben."

Nach Falstaff's bekanntem Ausspruch kann es niemandem übel genommen werden, wenn er in seinem Berufe emsig ist, am wenigsten einem Verehrer des Hrn. v. Beust. Lassen wir dem Verfasser der vorliegenden Flugschrift den seinen. Schwierig dürfte es nur sein, für diese Art und Weise der Behandlung weltbewegender Fragen die richtige Bezeichnung zu finden. „Dilettantisch" klingt zu vornehm und drückt die „Berufsmäßigkeit" nicht gehörig aus, „unberufen" würde gleichfalls das Recht, welches jeder Deutsche zum Patriotismus und dessen Bethätigungen hat, in Frage stellen. Daß der Verfasser als Einziger seiner Art dagestanden und außerhalb der gewöhnlichen Berufssphäre politisirt habe, kann gleichfalls nicht behauptet werden, denn die Zahl derer, welche Conjecturalpolitik aus freier Hand treiben und täglich eine neue „Frage" lösen, ist im engeren wie im weiteren Vaterlande zu bedeutend, um eine Ausnahmestellung für den Garanten des ewigen Friedens übrig zu lassen, der sich „an der Schwelle des europäischen Krieges" bereit gefunden hat, den aus den Fugen gebrachten Welttheil wieder einzurenken. Der Name fehlt uns — die Gattung dieser Art von Gelegenheitspolitikern ist leider bekannt genug und hat zu allen Zeiten ihr Wesen getrieben. Daß es in unserer Zeit, der Zeit der schärfsten und ausgeprägtesten Gegensätze, im Herzen Deutschlands noch Leute gegeben hat, welche dieselben mit ein paar Phrasen übertünchen zu können glauben, wird — so steht zu hoffen — in 50 Jahren für ein psychologisches Problem gelten.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift
für
Politik und Literatur.

№ 12.
Ausgegeben am 20. März 1868.

Inhalt:

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

G. E. Lessing's Bildnisse.

Es gibt einige schöne Bildnisse Lessing's, in verschiedenen Lebensepochen gemalt und ohne Zweifel ähnlich, da sie unter einander sowie mit der Todtenmaske übereinstimmen; mit diesen vortrefflichen Hilfsmitteln ausgerüstet, haben Schadow, Rauch, Rietschel, unsere größten Bildhauer, Lessing treu und schön dargestellt; dennoch ist in neuer Zeit ein Bildniß von ihm, ein zierlicher Kupferstich, erschienen, welcher die Copie eines abscheulichen älteren Blattes ist! Hier erscheint er so unähnlich, so aufgedunsen und häßlich, daß er selber wohl höchst unzufrieden wäre, denn er legte bekanntlich großen Werth auf sein anmuthiges Aeußere. Gewiß hatte er schon als Knabe mit seinem bis auf den Kern der Dinge eindringenden Scharfblick aus den Classikern gelernt, daß die uns so auffallende plastische Abgeschlossenheit der antiken Charaktere sich zum Theil aus dem großen Gewicht erklärt, welches das Alterthum auf die körperliche Ausbildung gelegt; deshalb hatte er als leipziger Student der Theologie gegen alle damalige Gewohnheit das Fechten, Reiten und Tanzen so eifrig betrieben, daß er später, als er sich in Tauenzien's Gefolge begab, um nun die große Welt, die Soldatenwelt, kennen zu lernen, auch in diesen äußerlichen Beziehungen sich den Offizieren bequem an die Seite stellen konnte. Schreibt ihm doch seine Braut Frau König, ein Schauspieler, welcher in Hamburg aufgetreten war, gefiele, weil man ihn einem gewissen Herrn (Lessing nämlich) ähnlich fände, welcher allen Frauen gefallen habe. Und wenn es auch nicht alle Traditionen sagten, daß er auch äußerlich von der unbehilflichen Pedanterie seiner gelehrten Zeitgenossen völlig frei gewesen, die vollkommene und schöne Harmonie seines Wesens, welche aus jeder Seite seiner Schriften spricht, beweist es.

Die Nachrichten über Lessing's Bildnisse in dem fleißigen und vortrefflichen Buche von Danzel und Guhrauer sind nicht vollständig und nicht völlig genau; eine Aufzählung der vorhandenen Bildnisse, so weit sie dem Schreiber dieser Blätter bekannt sind, mit Hervorhebung der besten, fast ganz auf eigener Anschauung beruhend, wird seinen Verehrern nicht werthlos scheinen.

Das früheste Bildniß ist ein lebensgroßes Brustbild von Tischbein in Oel gemalt. Es stellt Lessing etwa dreißigjährig dar, also in der Zeit, wo er Mitglied der Berliner Academie ward, damals für einen Deutschen und einen so jungen Mann keine geringe Ehre, und wo er denn als Tauenzien's Secretär nach Breslau ging. Man sieht ihn fast von vorn, er hat den dreispitzigen Hut verwegen auf den Hinterkopf gesetzt, das lockige lichtbraune Haar hängt frei und ungefärbt auf die Schultern, der Hals ist nackt, der Rock von gelblicher Farbe zeigt auf den umgeschlagenen Bruststücken ein rothes Futter. Dies Bild war früher im Besitze des berühmten berliner Arztes Hofrath Hertz, nach seinem Tode erhielt es der Stadtrath D. Friedlaender, dessen Nachkommen es der neuen Nationalgallerie zu Berlin geschenkt haben. Daß es von einem der zahlreichen Tischbein gemalt ist, beruht nicht allein auf mündlicher Ueberlieferung, auch ein älterer Kupferstich danach, von Bussler, nennt Tischbein als Maler. Dieser Tischbein ist wahrscheinlich Johann Heinrich der ältere, welcher auch Gleim, Campe und andere Schriftsteller jener Zeit gemalt hat. Auch ist das Bild dieses ausgezeichneten Künstlers würdig, so wie es Lessing's würdig ist. Der Kopf erscheint höchst geistvoll, die anmuthigen freien Züge sind voll heiteren Lebens, die blauen Augen funkeln. Das Bild erfreuet jeden Beschauer, und schon mancher hat davor ausgerufen: ja, so muß Lessing in seinen besten Stunden ausgesehen haben.

Der erwähnte Bussler'sche Kupferstich in punktirter Manier ist äußerst schlecht, er entstellt das schöne Bild, und nach diesem Blatte ist das erwähnte neue Portrait copirt! Es gibt aber noch eine nach dem Originalbilde gemachte geistreiche und geschickte wenn auch rohe Radirung, welche die Hand eines Malers, nicht eines Kupferstechers, verräth, vielleicht Tischbein's eigene Hand, mit dessen bezeichneten Radirungen dies Blatt einige Aehnlichkeit in der Technik hat. Das einzig bekannte Exemplar davon besitzt Herr Buchhändler Dr. S. Hirzel zu Leipzig, und ein Umdruck ist im königlichen Kupferstichcabinet zu Berlin. Auch hat Lachmann für seine Ausgabe von Lessing's Werken dies Bild von Karl Schuler dem Aelteren stechen lassen, allein der sonst gute Stich gibt nicht den Charakter des Orginals wieder, vielleicht weil einige Aeußerlichkeiten verändert sind; so ist der Hut fortgeblieben, welcher in dem Bilde wesentlich die Charakteristik bedingt, und außerdem fehlt nach der jetzigen leidigen Mode auch der dunkele Hintergrund und die viereckige Umrahmung des Bildes, der Kopf ist statt dessen nur von einigen sogenannten Wolken umgeben. Wieviel deutscher war dagegen die ernste und liebevolle Behandlung der Kupferstichbildnisse des vorigen Jahrhunderts, in denen nicht die Köpfe allein, auch die Kleidung und alles Beiwerk sorgsam ausgeführt sind. Den jetzigen gestochenen Bildnissen hat der Steindruck

seinen schnellfertigen Charakter ausgeprägt, oft tragen auch die Köpfe die deutlichen Spuren der Hast. Es ist daher erfreulich, daß Herr Professor Bürkner in Dresden soeben eine vortreffliche Radirung nach dem Originalgemälde vollendet hat.

Wer vor dem Hofrath Hertz das Gemälde besessen, ließ sich nicht ermitteln; in Berlin scheint es ursprünglich nicht gewesen zu sein, sonst hätte Friedrich Nicolai es gewiß im Jahre 1770 benutzt, statt ein als Bildniß und als Stich gleich elendes Portrait für den zwölften Band der allgemeinen deutschen Bibliothek anfertigen zu lassen. Nicolai entschuldigt sich durch einen Scherz, er schreibt am 23. Juni 1770 an Lessing: „Da ist ein Bildniß mit einer schönen drap d'argent-Weste vor dem zwölften Bande der Bibliothek, worunter Ihr Name steht. Sie sehen übrigens leicht ein, daß ich hieran unschuldig bin wie ein neugeborenes Kind, und daß es ein hämischer Streich von Klotzen ist, der uns zusammenhetzen will. Man hat mir zwar sagen wollen, der Kupferstich wäre nach einem Bildnisse, das Ihr Herr Vater in Camenz besitzet, gemacht; das kann aber nicht sein, denn der würde doch ein Bildniß haben, das Ihnen ähnlicher sähe."

Ein zweites ebenfalls vortreffliches lebensgroßes Bildniß hat der wackere alte Gleim für seine berühmte Sammlung von Freundesbildnissen in Oel malen lassen, welche in der gefühlsseligen Sprache seines Kreises: der Freundschaftstempel genannt wurde. Jetzt ist diese Sammlung durch Vermächtniß in den Besitz des Domgymnasiums zu Halberstadt gekommen, und befindet sich in dem ehemals von Gleim bewohnten Hause hinter dem Dom, wo auch seine Bibliothek aufgestellt ist. Diese Bilder verdienen allen Schutz und alle Ehre, denn es sind lauter Originalgemälde, manche nicht ohne Kunstwerth, und von mehreren unserer namhaften Schriftsteller ist hier das einzige überhaupt vorhandene Bildniß. Lessing's Portrait ist eins der größesten und als Kunstwerk das beste, es ist eine Halbfigur, doch ohne Hände, in hellblausammtnen Kleidern.

Erst vor kurzem ist der Maler mit Wahrscheinlichkeit nachgewiesen worden. Nach einer freundlichen Mittheilung des als Kunstforscher rühmlich bekannten Herrn Dr. Lucanus in Halberstadt hat sich gefunden, daß ein anderes in Halberstadt befindliches Bild, eine Dame der Familie Spiegel zu Pickelsheim, welches den Künstlernamen May trägt, so vollständig mit dem Bildniß Lessing's in Auffassung, Farbe und Technik übereinstimmt, daß Herr Dr. Lucanus keinen Anstand nimmt, auch das letztere für ein Werk dieses rühmlich bekannten Bildnißmalers zu erklären. Georg Oswald May aus Offenbach lebte meist an den brandenburgischen Höfen in Franken, aber er machte auch häufige Reisen, und als ein kenntnißreicher und angesehener Mann verkehrte er viel und gern mit Gelehrten; so hat er Wieland gemalt, ein Bild,

welches Bause gestochen hat und welches nach diesem Stich zu urtheilen ebenfalls anmuthig und vortrefflich ist.

Hiernach ist es irrig, daß ein entstellender Kupferstich nach diesem Halberstädter Bilde, welcher für den „deutschen Ehrentempel" (herausgegeben von Hennings) v. F. Müller gestochen ist, Anton Graff als Maler nennt, und ein besserer, fast lebensgroßer Stich in leichter Roulettemanier, von Professor Christian Müller in Weimar, dagegen einen Tischbein. Dieser letztere Stich gehört zu einer Reihe ähnlicher Bildnisse der größesten deutschen Dichter und Gelehrten des vorigen Jahrhunderts. Vor wenigen Jahren ist in Dresden nach diesem Stich ein Steindruck, in halber Lebensgröße, von W. Küntzel verfertigt worden, auf dessen früheren Abdrücken irrig steht, das Original befinde sich in der Götheschen Sammlung, auf der späteren richtig: in der Gleimschen. Den Anlaß zu diesem Irrthum gab wohl der Umstand, daß Göthe das Bild, als er es in Halberstadt bei Gleim's Schwiegersohn Dr. Körte gesehen hatte, entlieh, in seinem Arbeitszimmer aufstellte, und sich endlich, wie er sagt, „sehr ungern" davon trennte, als nach anderthalb Jahren Körte es zurückforderte. Die darüber gewechselten Briefe befinden sich im Besitz des Herrn Buchhändlers Dr. Hirzel zu Leipzig.

In dem Programm zur Jenaischen Literaturzeitung von 1807 spricht Göthe ein treffendes Urtheil über dies Bild aus, so treffend wie alle seine Urtheile über Kunstwerke: „Es ist zuverlässig die Arbeit eines tüchtigen Malers, frei mit Geist und Kraft behandelt, frisch von Farbe, von lebhaftem Ausdruck. Wenngleich Lessing hier in dem nicht mehr gefallenden und wirklich etwas steifen Modecostüm der 1760er Jahre dargestellt ist, so erscheint er uns darum doch als eine anziehende Gestalt. Ein volles behagliches Gesicht, das Auge ganz ungemein lebhaft, die festen Theile, besonders die Stirn, schön und regelmäßig gebaut. Auch ohne weitere Nachricht würden aufmerksame Beschauer sogleich einen ausgezeichnet klaren geistreichen Mann in diesem Bilde erkennen."

Das letzte der drei Oelgemälde ist von dem berühmten Anton Graff, ein Brustbild, fast ganz von vorn, im rothsammtnen Rock. Es ist 1771 gemalt, als Lessing 42 Jahre alt war. Denn Lessing schreibt am 29. Juli 1772 an Frau König: „Sie wissen ja, daß ich voriges Jahr in Berlin mich von Graffen mußte malen lassen." Sie erwidert, er habe versprochen, ihr das Bild zu schenken. Ob das geschehen, erfahren wir nicht. Mehrere Jahre später erzählte Graff dem Herrn von Hennings, Lessing habe vor dem vollendeten Gemälde ausgerufen: „sehe ich denn so verteufelt freundlich aus?" Seine Bemerkung ist völlig richtig, der Ausdruck ist lebendig und geistvoll, aber von etwas gezwungener Freundlichkeit.

Dies Gemälde ist in mehreren Exemplaren vorhanden; es ist bekannt,

daß Graff, damals der erste Bildnißmaler in Norddeutschland, häufig seine Bilder von Schülern und Gehilfen copiren ließ und dann selbst die letzte Hand anlegte, indem er sie mehr oder minder übermalte. Und ohne Zweifel wünschten manche von Lessing's zahlreichen Verehrern und Freunden gleich damals sein Bildniß zu besitzen. Wir kennen jetzt fünf alte gleichzeitige Exemplare; ein sehr schönes im Besitz des Herrn Buchhändlers Dr. Härtel zu Leipzig stammt nach dessen freundlicher Mittheilung aus dem Besitz des alten Breitkopf, welcher bekanntlich mit Lessing bekannt war. Ein zweites besitzt Herr Ziegler im Palmengarten zu Winterthur, Herr Buchhändler Andreas Perthes zu Gotha das dritte, welches aus dem Hause seines Großvaters Matthias Claudius, des Wandsbecker Boten, stammt. Von einem andern Exemplar zu Mainz hat Herr Freiherr von Aufseß dem Herrn Andreas Perthes Nachricht gegeben, also dem vierten. Und endlich verdanken wir Herrn Dr. A. Soetbeer zu Hamburg die Kunde, daß sich das fünfte Exemplar dort im Besitz der Frau Senator Pehmöller befindet.

Welches von diesen fünf Exemplaren das Original ist, falls dies nicht vielleicht in Braunschweig oder Wolfenbüttel sich noch versteckt, das könnte nur eine künstlerische Vergleichung aller neben einander gestellten Exemplare ermitteln. Herr Dr. Soetbeer, welcher einen ausführlichen Aufsatz über das Hamburger Bild vorbereitet, hält dieses für das Original. Möglich ist es, aber nicht wahrscheinlich. Fest steht nur, daß dies Exemplar früher im Besitz des Kaufmanns Schwalb in Hamburg war, welcher zu Lessing's dortigem Umgangskreise gehörte. Allein es ist wahrscheinlicher, daß Schwalb, mit Graff nachweislich befreundet, sich eben auch ein Exemplar malen ließ, als daß Lessing's Gattin ein solches Gemälde — wenn sie es besaß, was wir nicht einmal wissen — einem Freunde geschenkt hätte. Das leipziger Exemplar, welches ich gesehen, hat mir durchaus den Eindruck des Originals gemacht.

Wie ein französischer Literat Thiébault, welcher zwanzig Jahre als Lehrer seiner Muttersprache an der Kriegsschule und als literarischer Handlanger Friedrichs des Großen in Berlin gelebt hat, sich rühmt, er habe aus diesem Bildniß, ohne zu wissen, daß es Lessing vorstelle, dessen Charakter mit all seinen Eigenthümlichkeiten erkannt, mag man in seinen Souvenirs de vingt ans de séjour à Berlin oder in dem Buche von Danzel und Guhrauer nachlesen. Die Erzählung macht nicht den Eindruck der Wahrheit.

Gleich im folgenden Jahr, nachdem dies Bild gemalt war, hat Bause seinen bekannten Stich danach herausgegeben; vielleicht hat er ihn nach dem Exemplar des Herrn Dr. Härtel gemacht, da wir wissen, daß dies von Anfang an in Bause's Wohnort Leipzig war. Dieser Stich ist von der Gegenseite, deshalb hat der aufmerksame Bause Knöpfe und Knopflöcher vertauscht, damit Lessing nicht, wie der colossale Göthe von Schwanthaler in Frankfurt

am Main, seinen Rock linkshändig zuknöpfen müsse. Auch hat Bause die Brust etwas verlängert, weil er das Bildniß in ein Oval gesetzt hat. Weicht nun schon in diesen Aeußerlichkeiten sein Stich vom Original ab, so ist er auch zwar vortrefflich und fleißig ausgeführt wie alle Bauseschen Arbeiten, doch in den Gesichtszügen weit stärker markirt als das Gemälde, und das Antlitz erhält dadurch einen etwas philisterhaften und eher abstoßenden Ausdruck. So mag man auch schon, als das Blatt erschien, geurtheilt haben, denn Reiske schreibt am 12. December 1772 an Lessing: „Meine Frau betrachtet oft Ihr Portrait von Bause, ob es Ihnen gleich wenig ähnlich sieht.“ Frau Reiske, bekanntlich eine hochgelehrte Frau, liebte Lessing, und hoffte später nach Reiske's Tode, er würde sie heirathen.

Weit treuer als Bause's Stich, wenn auch ein wenig verflacht, gibt ein neues Blatt von L. Sichling, welches auch in den Aeußerlichkeiten genau dem Originale entspricht, den Charakter des Gemäldes wieder. Dies Blatt gehört zu der bei Breitkopf und Härtel erschienenen Bildersammlung großer Deutschen.

Nach diesem Gemälde und besonders nach dem Bauseschen Stiche sind von jeher die meisten der unzähligen Bildnisse Lessing's, ja fast alle, copirt worden. Von älteren Stichen ist besonders eine vortreffliche Radirung ohne Künstlernamen zu nennen, welche sich in der Oesfeldschen Portraitsammlung bei der königlichen Bibliothek zu Berlin befindet, dann kleinere Stiche von Fritsch, Sturm und Liebe, die zum Theil für Bücher oder Kalender bestimmt waren, ein Blatt von Verhelst, sauber aber karrikirt, ist in Manheim 1778 gestochen, also bald nachdem Lessing dort gewesen, besser ist eins von Karcher, 1797 erschienen.

Diese drei schönen Gemälde von Tischbein, May und Graff bezeugen nicht allein durch ihre Uebereinstimmung in den Zügen, daß sie alle drei ähnlich sind, sondern sie gleichen auch sämmtlich der Todtenmaske, welche der braunschweigsche Medailleur und Bildhauer Krull abgeformt hat. Sie ist freilich nicht „höchst sorgfältig gearbeitet“, wie Guhrauer sie nennt, denn Todtenmasken werden nicht gearbeitet, sondern sind mechanische Abgüsse des Antlitzes von Verstorbenen, und haben eben als unmittelbare Abdrücke größere Authenticität für die physischen Züge als irgend ein Kunstwerk. Dies ist es, was allen Todtenmasken solch hohes Interesse gibt. Die Todtenmaske Lessing's ist nicht einmal sorgfältig abgeformt, allein dennoch zeigt sie die edlen, reinen Formen seines Kopfes, und besonders tritt die Stirn als bedeutend hervor, sie ist wie die griechischen Stirnen breit aber nicht hoch, und ein reiches Leben voll ernster tiefer Forschung hat sie ausgearbeitet. Krull hat nach der Maske sogleich eine wohlgelungene lebensgroße Büste verfertigt, von welcher auch kleine Copien in Biscuitmasse gemacht wurden.

Ein viertes Originalbildniß Lessing's besitzt die großherzogliche Bibliothek zu Weimar; es ist im Dreiviertelprofil, der Maler Calau hat es in antiker Wachsmalerei, die er wiedererfunden zu haben glaubte, gemalt. Lessing war mit ihm bekannt, wie aus einem Briefe an seinen Bruder Karl hervorgeht. Das Bild ist als Gemälde nicht ohne Werth, aber die Aehnlichkeit steht dahin.

Bald nach Lessing's Tode erschienen auch einige Profilbildnisse, das eine nach einer Zeichnung von Frisch, dem Director der berliner Academie, von Berger gestochen für die Gesammtausgabe der Werke, dann ein ganz kleines ohne Künstlernamen, ein drittes auf dem Titelblatte der zweiten Ausgabe von Mendelssohn's Morgenstunden, in Form einer Medaille, von Meil, welcher auch eine auf den Nathan bezügliche Kehrseite zu dieser Medaille für den zweiten Band dieses Buches zeichnete. Es wäre möglich, daß eins dieser, von allen guten Bildnissen völlig abweichenden, durchaus unähnlichen Profile auf ein Gipsmedaillon Lessing's zurückzuführen ist, welches der berliner Bildhauer Sahler nach Nicolai's Beschreibung von Berlin verfertigt hat; ich kenne kein Exemplar dieses Medaillons, ebensowenig Tassaert's Arbeit; dieser Hofbildhauer Friedrichs des Großen hat im Jahre 1785 „Lessing und Gellert modellirt, sie sollen in Marmor ausgeführt werden“; so schrieb Gottfried Schadow's Mutter ihrem Sohne; ob hier Medaillons oder Büsten gemeint sind, bleibt ungewiß.

Auch wurden bald zwei leider schlechte Medaillen geprägt; die eine, von dem berliner Hofmedailleur Abramson, stellt Lessing im Profil mit kurzgeschnittenem Haar dar, wie er es nie getragen; auf der Kehrseite ist eine höchst geschmacklose allegorische Darstellung der trauernden Wahrheit, mit der Sonne auf der Brust oder auf dem Magen, und der Natur, die an der Todtenurne weint, gerade als ob Lessing keinen Laokoon geschrieben hätte. Die andere Medaille von dem erwähnten braunschweigischen Medailleur Krull zeigt eben so häßlich Lessing's Büste fast von vorn, und eine lange Inschrift auf der Kehrseite.

Nur als Curiosum soll noch das in Camenz befindliche Bild erwähnt werden, welches Lessing als kleinen Knaben mit seinem Bruder Theophilus darstellt. Vor einigen Jahren hat ein dortiger Maler das sehr beschädigte Original copirt und ein Lichtbild seiner Copie veröffentlicht. Der Knabe sollte mit einem Vogel in der Hand gemalt werden, allein er verlangte einen großen Haufen Bücher, sonst wolle er lieber gar nicht gemalt sein. Ein wundersam frühes Vorgefühl des einstigen Berufs. Unbekannt war dies Bild nicht, denn Karl Lessing erwähnt es in der platten Biographie seines Bruders, wo er diese Anekdote erzählt. Schiller hat wirklich kaum zu hart geurtheilt, als er in den Xenien von diesem Buche sagte:

Edler Schatten, du zürnst? ja, über den lieblosen Bruder,
Der mein modernd Gebein lässet in Frieden nicht ruhn.

Denn diese Lebensbeschreibung beweist in der That, daß Held und Biograph geistverwandt sein sollten. Hier schiebt der Bruder seine flachen Ansichten und dürftigen Motive dem großen Manne unter, daß dieser selbst, so geschildert und so vertheidigt, schwach erscheint. Aber dennoch sind wir Karl Lessing Dank schuldig, denn nur ein Bruder konnte uns manche seiner Nachrichten überliefern.

Während wir demnach so zahlreiche und theilweise vortreffliche Bildnisse besitzen, hat Herr Fr. Pecht in seiner „Lessing-Gallerie", welche Personen aus Lessing's Dramen in idealen Gestalten darstellt, auch ein Idealbildniß Lessing's gegeben, welches halb Klopstock, halb Capitän Cook ähnlich sieht.

In unserer Zeit der Monumente hat die Sculptur mehrmals Gelegenheit gefunden, sich an Lessings Bildnissen zu erproben. Gottfried Schadow hat im Jahr 1824 für den Vorsaal des schönen von Schinkel erbauten Concertsaales im Berliner Schauspielhause unter mehreren Büsten der größten Dichter und Musiker auch eine von Lessing verfertigt, welche, meisterhaft und geistvoll wie alle seine Arbeiten, doch vielleicht nicht individuell genug ist. Eine Statuette von Schaller in München mag der Vollständigkeit wegen erwähnt werden. Im Jahre 1863 ward in Lessing's Vaterstadt Camenz auf dem Schulplatze eine von Knauer gearbeitete Colossalbüste aufgestellt. Die von Rietschel in Dresden verfertigte Broncestatue in Braunschweig ist durch die vielverbreiteten Abgüsse der kleinen, sorgfältig gearbeiteten Wiederholung allgemein bekannt und beliebt geworden. Man will jedoch die etwas schlanke Figur in ihrer stattlichen, ja vornehmen Haltung nicht völlig der Tradition entsprechend finden, welche Lessing als einen nicht eben großen Mann von breiter Brust und gedrungenem Bau, und seine Haltung immer freundlich, frei, entgegenkommend schildert. Diesen Ueberlieferungen ist Rauch gefolgt, welcher ihn auf dem Fußgestell des Denkmals Friedrichs des Großen sehr lebendig und ansprechend dargestellt hat; er benutzte dazu das erste der drei Oelgemälde, die Todtenmaske und die Büste danach. Rauch's Statue ist nicht allein ähnlich, sie entspricht auch der Vorstellung, die man sich von Lessings Wesen zu machen liebt.

Man hat es als unhistorisch getadelt, daß Lessing an dieser Stelle erscheint. Ein namhafter Tagesschriftsteller, der sich auch mit Lessing beschäftigt, hat in einem, wenn wir nicht irren, Friedrich der Große und Lessing betitelten Journalaufsatze geäußert, der König hätte von dem bekannten Streite Lessing's mit Voltaire über eine von Voltaire's Secretär Richier an Lessing geliehene Handschrift erfahren, er hätte daher eine üble Meinung von Lessing behalten, deshalb habe er ihn später nicht anstellen, nichts von ihm

wissen mögen; und folglich sei es auch unhistorisch, daß Lessing nun an dieser Stelle stehe.

Diese Darstellung, obwohl ausführlich genug und mit Einzelheiten ausgeschmückt, ist hypothetisch, um nicht apokryphisch zu sagen. Allein auch abgesehen von diesen Zweifeln, was würde jener Schriftsteller wohl meinen, wenn man „historisch" verfahrend Voltaire, d'Alembert und Maupertuis auf das Postament gesetzt hätte? Es ist ja gerade schön, daß die Nachwelt die Gegensätze in Friedrichs und Lessing's literarischen Richtungen im höheren Sinne versöhnt; Lessing wäre ohne das an Friedrich sich aufrichtende Selbstgefühl des deutschen Volkes nicht Lessing geworden, er hat den großen König in der Minna so schön verherrlicht, es ziemt sich also, daß er nun im Abglanz des königlichen Ruhms auch an dieser ehrenvollsten Stelle steht.

Julius Friedlaender.

Friedrich Gentz.

Karl Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich von Gentz. Ein Beitrag zur Geschichte Oestreichs im XIX. Jahrhundert. Mit Benutzung handschriftlichen Materials. Leipzig, Hirzel, 1867. — Derselbe, Briefe von Friedrich von Gentz an Pilat. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands im XIX. Jahrhundert. 2 Bände. Leipzig, Vogel, 1868. — (v. Prokesch-Osten) Aus dem Nachlasse Friedrichs von Gentz, I. Briefe, kleinere Aufsätze, Aufzeichnungen. II. Denkschriften, Wien, Gerold, 1867.

Noch immer ist das Interesse, welches Friedrich Gentz uns einflößt, im Steigen. Jeder neue Beitrag zur Geschichte Napoleons I. oder Metternichs — also jede Aufklärung über die jüngstvergangene, auf uns nachwirkende Zeit lenkt uns wieder auf seine umfassende politische Thätigkeit zurück, und jede Mittheilung von seinem Wirken und Leben hebt uns zugleich von neuem die unversöhnlichen Gegensätze in seiner Natur heraus. Er fesselt uns gleich sehr als Staatsmann und als Mensch; sein Charakter und seine politische Thätigkeit erläutern sich gegenseitig. Man muß ihn aus seiner Zeit, und seine Zeit aus ihm selbst verstehen lernen. Was wir aber von ihm wissen, erregt zu gleicher Zeit so sehr unsere Bewunderung und unsere Verachtung, daß eine vorurtheilsfreie Schätzung uns erheblich erschwert und entfremdet wird. Sein politisches Wirken ist man jetzt, wo man sich mit mächtigem Zuge aus der Zeit politischen Druckes und Stillstands zu lösen bestrebt ist, und wo man alles, was jetzt noch unzulängliches und kleinliches zu ertragen ist, alle Verderbniß und alle Ohnmacht politischer Zustände auf jene Zeit

Metternichs zurückführt, geneigt, als Akte der Verblendung und der Tücke mit Entrüstung zu schildern, und seitdem die von Ludmilla Assing herausgegebenen Tagebücher mit erschreckender Offenheit auch Gentz' sittliche Schwächen vor der Welt enthüllten, haben alle diese Züge liederlichen und anrüchigen Lebens nur neue Gründe für das Verdammungsurtheil geliefert, in welches man das gesammte Thun des Mannes zusammenfaßt. Es ist schon ein Fortschritt zur Unparteilichkeit, wenn man sich der leichten und lockenden Aufgabe widmet, diese wunderbaren Contraste in seinem Wesen sich gegenüber zu stellen, zu erzählen, wie derselbe Mann, der schon im Jahre 1808 den Plan eines constitutionellen Bundesstaats unter Oestreichs Leitung ausarbeitete, also mit den östreichischen Traditionen nicht nur völlig brach, sondern noch weit mehr, weit lebenskräftigeres und ersprießlicheres forderte, als später unter seiner vornämlichen Mitwirkung zu Stande kam, wie derselbe Mann, der zu dem Kampfe gegen Napoleon an das deutsche Volk, „den Bund der Starken, Reinen und Guten" sich gewendet, es an den Stolz und die Herrlichkeit unserer Nation gemahnt und mit flammender Beredtsamkeit es zum Kampf aufgerufen hatte — wie eben derselbe später die Carlsbader Beschlüsse als die größte retrograde Bewegung seit dreißig Jahren, als ein Ereigniß größer als die Schlacht von Leipzig pries und sich nun groß und stolz in dem Gedanken fühlte, bei solchen Beschlüssen, „dem edelsten und fruchtbarsten Werke, welches unsere Zeit, unter Gottes sichtbarer Mitwirkung hervorgebracht hat, ein eingeweihter Zeuge und manchmal ein brauchbarer Handlanger gewesen zu sein." Was war mit dem Manne vorgegangen, daß er, der die Schäden autokraten Regiments früher als die leitenden Staatsmänner erkannt und die Zukunft auf die gesunden, mächtigen Kräfte des Volks hatte gründen wollen, die Berufung des Ministeriums Polignac als „einen so großartigen Entschluß preist, daß nur Gott ihn dem schwachen König eingeben konnte", und mit dem Bischof von Laibach sich dahin verständigt, daß „ohne eine Totalreform in den Lyceen und anderen Erziehungsanstalten, daß ohne unmittelbare Verabschiedung der drei Viertheile aller Professoren in der Monarchie die Achtung für die Religion und für die öffentliche Ordnung nicht wieder hergestellt werden kann, die weit mehr von innen heraus, als durch alle auswärtigen Libellisten untergraben worden ist?"

In der That, es ist verlockend, in der Schilderung dieser Gegensätze zu verweilen und hellen Lichtseiten desto düstere, räthselhaftere Schatten entgegenzustellen. Die Publikationen aus Gentz' Nachlaß, welche die letzten Monate uns brachten, führen uns einen guten Schritt dem rechten Ziele näher. Das Werk des Baron von Prokesch-Osten schildert Gentz namentlich als Staatsmann; politische Aufsätze, in denen er seine Ansichten sich selber entwickelt, Denkschriften, die er für Staatsmänner oder in officiellem Auftrage verfaßte,

Bemerkungen, welche die Lektüre historischer und politischer Werke veranlaßte, bilden den Hauptinhalt der beiden Bände; die mitgetheilten Briefe sind gleichfalls vorwiegend politischen Inhalts. Wichtig sind die Publikationen nicht nur zur Kenntniß der einzelnen Ereignisse, die sie betreffen, sondern auch, weil aus ihnen weit mehr als bisher Gentz' Anschauungen sich charakterisiren, und sich ergibt, was in ihm bleibende Ueberzeugung, innerste Geistesart war und was und wie es sich im Lauf des Lebens und seiner Erfahrungen allmählich, und zum Theil bis in den Gegensatz umwandelte. Allgemeines Interesse beansprucht sein Briefwechsel mit Pilat, der in diesem Werke nur in spärlichen und ungenauen Bruchstücken, vollständig aber von Professor Mendelssohn, der die Originale von Pilats Erben in Wien erwarb, herausgegeben worden ist. In ihnen offenbart sich Gentz gleich unbefangen als Mensch und als Staatsmann; sie geben zu jenen schroffen Zügen, in denen man sich sein Bild vorzustellen gewöhnt hat, die versöhnenden Mitteltöne. In einem besondern Essay hat Mendelssohn mit einer vollkommeneren Beherrschung des Materials, als es früheren Biographen zu Gebote stand, die Grundzüge in Gentz' Charakter geschildert und deren Gegensätze erläutert und verbunden.

Diese zahlreichen Briefe, welche Gentz an den wiener Polizeiminister Pilat richtete, den Herausgeber des österreichischen Beobachters, einer von Metternichs Regierung inspirirten Zeitung, zeigen in der That alle glänzenden und gesunden Seiten von Gentz. Sein dem Adressaten überlegener Rang berechtigte ihn, gegen denselben eine Würde und Zurückhaltung zu bewahren, die ihm sehr gut anstehen. Um so freiwilliger und natürlicher äußert sich dazwischen eine Vertraulichkeit, die zu erweisen der leicht bewegten Seele Gentz' ein Bedürfniß war. Besonders aber nimmt für Gentz die geistige Ueberlegenheit ein, die einem kleinklugen und leicht erhitzten Politiker wie Pilat gegenüber wohlthuend und klar hervortritt und, wenn er seinen Correspondenten mit starken Worten hat in Schranken weisen müssen,*) so erscheinen die Gleichmäßigkeit seines Vertrauens zu ihm und sein unbeirrt sicheres politisches Urtheil doppelt erfreulich und werthvoll.

*) „Gewöhnen Sie sich doch, wenn es Ihnen möglich ist, eine Wendung in Ihren Briefen ab, die mich oft und schwer ärgert; nämlich die: „Lassen Sie uns über diesen und jenen Gegensatz nicht länger hadern." Fürs Erste hadre ich nie und finde den Ausdruck nicht anständig. Fürs Zweite kömmt diese Wendung fast immer in Fällen vor, wo Sie, anstatt zu hadern, sich lieber von mir belehren lassen sollten, in Sachen, die ich nothwendig viel besser wissen muß als Sie, wo wir nicht auf einer Linie stehen, also auch nicht mit einander hadern können. Ich raisonire gar nicht mit Ihnen; ich hadre noch viel weniger. Wenn Sie meine Belehrung verschmähen, so schweigen Sie still, und denken Sie sich das Ihrige, daß Sie es mir aber als einen Act der Mäßigung anrechnen wollen, wenn Sie, um mich zu schonen, endlich aufhören, Ihre These zu behaupten, das ist zu stark."

Den gleichen Eindruck macht Gentz gegenüber der fast belustigenden Bigotterie Pilats. Er weist ihn zuweilen mit ernsten und vortrefflichen Worten zurecht — freilich ohne die geringste Wirkung. Das hindert ihn aber nicht, seine eignen freien Ansichten stets offen vor dem wiener Polizisten zu entwickeln.

In den ersten Jahren der Correspondenz zeigen Gentz' Briefe noch mehr Ernst, mehr Feuer, seine Gedanken sind schärfer, geschlossener, große Ziele treten näher heran und beherrschen lebhafter seinen Geist; allgemeine Grundsätze werden behandelt. In späteren Jahren gehen die Gedanken in ruhigerem, breiterem Strom; Einzelheiten nehmen überhand, Plaudereien werden öfter untergemischt, alles wird äußerlicher erfaßt, das Urtheil wird gelassener, zweifelhafter — aber durchgängig offenbart sich Welt- und Menschenkenntniß, Meisterschaft in diplomatischen Geschäften, eine staunenswerthe Arbeitskraft, eine reiche und allzeit handliche wissenschaftliche und publicistische Bildung — kurz, das Bild eines echten Staatsmannes. Er hat ein Recht dazu, auch uns zur Lehre auszurufen: „Nach dreißigjähriger Arbeit bin ich endlich so weit gekommen, daß ich begreife, wie einem Manne, der handeln und regieren muß, eigentlich zu Muthe ist. Wenn dieser Gedanke tausenden meiner Bekannten nur ein einziges Mal aufstieße, so würden sie sich doch schämen müssen, über das schwerste auf Erden mit so sträflichem Leichtsinn abzusprechen." Manche seiner Urtheile über die Presse, seine Aeußerungen über die Erfordernisse einer guten Zeitung, seine Grundsätze über praktische Staatskunst sind ausgezeichnet. Er überschaut Sinn und Gang der politischen Lage und behält alles, was seinem System Nutzen und Schaden bringen kann, zusammenhängend vor Augen. In vielem aber steht er noch höher und vielleicht in nichts anderm trifft uns die Voraussicht und Größe seines Geistes näher, als in den wie für unsere Tage geschriebenen Worten über die römische Frage: „der Cardinal Spina sprach wie eine Nachtmütze (schreibt er während des laibacher Congresses) und so hat sich auch der römische Hof seither leider benommen. Ihm kann von außen her nicht geholfen werden, wenn er sich nicht selbst helfen will — die wahre Gefahr für die katholische Kirche ist in Rom und nur in Rom. Wenn der päpstliche Hof nicht in kurzem zu sich kommt und einsieht, daß er nicht mit dem Kopf gegen ein eisernes Thor rennen kann, so werden keine auswärts zu seinem Besten ergriffenen Maßregeln ihm mehr helfen. Die Gewalt des Stromes, der von allen Seiten gegen ihn andrängt, ist zu groß, und wenn der Papst sich nicht selbst an die Spitze dieser Hauptreformation stellt, so wird in wenig Jahren eine viel ärgere als die von Luther gegen ihn ausbrechen."

Je wohlthuender uns nun die Achtung vor einem so viel geschmähten Manne überkommt, je mehr wir in ihm edle, große Eigenschaften, ja, mit uns übereinstimmende Urtheile entdecken, um so ernster ergreift der Gegensatz,

in welchem wir die Summe seines Wirkens und seine ganze Zeit zu unserer Gegenwart stehen sehen. Hier ist der Kernpunkt des Interesses, mit welchem Gentz gleicherweise unsern Verstand und unser Gemüth fesselt. Ein Bild seiner Wirksamkeit, am besten seine eignen Zeugnisse, seine Briefe zeigen ihn inmitten einer Zeit, die uns, der unmittelbar folgenden Generation, wunderbar entlegen erscheint, inmitten einer politischen Lage, deren Gegensatz zu unseren Tagen nicht schroffer gedacht werden kann, mit seltener Kraft und mit voller Zuversicht an einem Werke arbeiten, welches jetzt durchaus zertrümmert vor uns liegt, mit allem Reichthum und allem Scharfsinn seines Geistes Zielen dienen, deren Schwäche, deren Lüge, deren Unhaltbarkeit jetzt aller Welt offenkundig und im allgemeinen Bewußtsein sind.

Man darf Gentz mit Metternich identificiren, er war dessen zweites Ich, sein Rath und seine Feder. Mit Gentz werden alle Akte der Regierung verhandelt, ihm die wichtigsten Schriftstücke übertragen, er ist der Praktiker, der die öffentliche Meinung beobachtet, und der thörichten, groben oder böswilligen Volksmenge Schädliches vorenthält, Vermessenes tadelt, Irriges wohlmeinend berichtigt. Er ist der Träger jener Periode farblosen Einerleis, dumpfer Stille, dummen Gehorsams, der „Ruhe um jeden Preis". Es überrascht uns immer wieder, daß jene Männer wirklich glaubten, ein großes, von jungen Siegen erregtes und begeistertes Volk in blinder Abhängigkeit und Theilnahmlosigkeit unter einer Regierung zu halten, die ausschließlich nach dem Interesse eigengefälliger Cabinetspolitik und ohne Zusammenhang, ohne Verständniß von dem Wünschen und Wesen des Volkes handeln wollte, daß sie keine Vorstellung von der unerschöpflichen und unwiderstehlichen Macht hatten, welche aus einer sorgsam gepflegten und geleiteten Entwicklung des Volksbewußtseins quillt, daß das Stichwort und das Zauberwort unserer Tage, der Grund unserer Größe, die „nationale Politik" von ihnen völlig unbegriffen war. Schwächlich und kindisch waren freilich oft die Regungen dieses nationalen Bewußtseins; wer will sich des Lächelns erwehren, wenn sechs jenenser Studenten — nach der gewiß wahrheitsgetreuen Schilderung von Gentz — vom Großherzog von Weimar zur Tafel geladen, in deutscher Tracht mit großen rothen Schärpen, offenem Halse und langem Barte erscheinen und, als der Großherzog die Gesundheit der Universität ausbringt, einer der „Unholde" mit dem Gegentoaste antwortet: „dem einzigen deutschen Fürsten, der sein Wort gehalten hat", — aber ganz unwürdig schwächlich waren auch die Empfindsamkeit und Furcht, welche Gentz und die Seinigen diesen Regungen entgegensetzten. Spaßig ist es noch, daß ihm in dem herrlichen Gemälde des heidelberger Schlosses „der einzige Fleck die grotesken und widerlichen Figuren sind, die in schmutzigen altdeutschen Trachten, Gott und den Menschen ein gerechter Greuel, mit Büchern unter dem

Arm, die falsche Weisheit ihrer ruchlosen Professoren einholen gehen". Aber bedenklicher offenbart sich der schwachsinnige Widerwille von Gentz in einer höchst bezeichnenden Schilderung des Besuchs, den ihm der treffliche Buchhändler Reimer aus Berlin mit einem jungen Reisegefährten in Gastein macht: „Ich glaubte, er sei ein Sohn des bekannten Reimer, und leugne Ihnen nicht, daß sofort alle Sands und Löhnings von Norddeutschland vor meinem Gemüth standen. Da die beiden Menschen schon im Nebenzimmer waren, so blieb Anstands halber nichts übrig, als sie kommen zu lassen. Hierauf trat ein der berühmte Herr Buchhändler in höchst eigner Person, nebst einem ziemlich jungen Dr. de Wette, vermuthlich einem Sohn des berüchtigten Professors. Der Besuch, dessen eigentliches Motiv ich nicht begreifen konnte und noch nicht begreifen kann, setzte mich in einige Verlegenheit, die ich aber unter einer sehr höflichen Aufnahme, so gut es gehen wollte, verbarg. Das Gespräch dauerte, Gottlob, nur eine halbe Stunde. Jedes Wort, welches die Unholde sprachen, verrieth den innern Grimm gegen alles Bestehende und ihre hochmüthigen Projekte, alles neu zu schaffen. Von eigentlicher Politik hielt ich sie streng entfernt; und auf die Frage, ob ich keine neuen Nachrichten aus Italien hätte, antwortete ich kurz und trocken mit nein! — Als sie fort waren, konnte ich mich nicht enthalten, Gott zu danken, daß ich mit dem Leben davon gekommen war; denn mehr als einmal kam mir der Gedanke, sie würden Dolche oder Pistolen aus der Tasche ziehen. — Allen Scherz bei Seite gesetzt, werden Sie wohl begreifen, daß ich, der ich mit dieser Höllenbrut nun so lange in keiner Art von Berührung gewesen bin, mich äußerst unheimlich mit ihnen fühlen mußte, und daß ich lieber noch einmal, allenfalls auch bei Nacht, über alle hängenden Brücken der Klam und alle Abgründe der Salzach gehen oder fahren, als mit diesen deutschen Carbonari unter einem Dache wohnen wollte. Hätte sich die Rotte auch nur auf drei Tage hier niedergelassen, ich wäre sogleich davon gegangen. Daß übrigens eine ganze Gesellschaft solcher notorischer Umtriebler unsere Provinzen in allen Directionen frei durchstreifen darf, scheint mir doch eine bedenkliche Sache, und besonders zu Fuß, wo alle Controle aufhört, und wo sie in den abgelegensten Winkeln der Monarchie treiben können, was ihnen beliebt. Die Leichtigkeit, womit unsere Gesandtschaften in Berlin und Wien Pässe austheilen, hat mich schon oft scandalisirt. Ich würde in unseren Zeiten keinem nur irgend verdächtigen Reisenden einen andern Paß geben, als um auf der Poststraße nach Prag oder nach Wien zu gehen; und hier müßte dann erst entschieden werden, ob er geeignet sei, Beobachtungsreisen im Innern des Landes zu machen." — Armselige Kurzsichtigkeit! der selbstgefällige Humor, mit welchem diese Episode geschildert wird, darf doch die Wahrheit solcher Befürchtungen nicht zweifelhaft machen; sonst würde

Gentz nicht mit fast heuchlerischer Emphase über denselben Gegenstand ausrufen können: „Im Fleisch muß die Revolution bekämpft werden, die moralischen Mittel sind vor der Hand ganz ohnmächtig. In geharnischten Gliedern, aufmarschirt in Massen, müssen endlich die beiden Systeme auf Leben und Tod kämpfen. Siegen wir, so siegen alle guten Sachen mit uns, Werden wir (finaliter) geschlagen, so mag Gott in tausend Jahren eine neue Welt schaffen, mit der alten ist es dann im christlichen und moralischen Sinne aus."

Die Charakteristik jener mattherzigen und verirrten Anschauungen, welche die Zeit beherrschten, wird erst vollständig, wenn man sich des Hohnes bewußt bleibt, mit welcher diese Staatsmänner den „ridiculen preußischen Hof" betrachteten. Schon 1818 schreibt Gentz: „Von der Verehrung, welche die Preußen allem, was Oestreich angeht, unserer ganzen Stellung, unserm System, unsern Maßregeln, unserer Sprache u. s. w. widmen, könnte ich Ihnen einen langen Brief schreiben. Die Persönlichkeit des Fürsten Metternich und sein ebenso liebenswürdiges als klug berechnendes Benehmen hat sie nun vollends bezaubert." Und noch 1826: „Es geht ins unglaubliche, was man der preußischen Regierung heute bieten darf." Es waren freilich Wonnetage für ihn, als er und Metternich „schon zwei Meilen vor Cöln zwischen einer Art von fortlaufendem Spalier, durch die Volksmenge Einzug in Cöln hielten" und der Kaiser in Aachen „sich gleich beim Eintritt in den Dom in einen Betstuhl warf, seine Andacht verrichtete, die Reliquien und das berühmte Evangelienbuch küßte, während der König und sein Sohn (heutige Souverains der Stadt!) von fern stehend Zuschauer waren."

Diese wenigen Skizzen bekunden zur Genüge den fundamentalen Unterschied zwischen jener Zeit und unserer befreiten Gegenwart, die doch nur durch ein Menschenalter getrennt sind. Jene Staatsmänner haben die Kräfte des Volks nicht zu entbinden, sie haben sie nicht einmal zu achten, nicht einmal zu verstehen gewußt. Es fehlte ihnen jedes Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit dem Volke, sie schafften nicht nur ohne, sondern auch nicht einmal für das Volk, sie fühlten sich ohne große sittliche Pflichten, sie besaßen Staatskunst, aber keine Staatsweisheit. „In der praktischen Politik gibt es eigentlich gar kein System mehr für mich. Es ist nichts als eine Kunst und der beste Künstler der, der in jedem Augenblick seines Instruments am meisten Herr ist." — Sie regierten nur für sich und ihre Fürsten. Bene vivere et laetari — dieser Wahlspruch des Sebastiano del Piombo und der ganzen italienischen Renaissance war der ihrige geblieben. „Genießen Sie das Leben und lassen Sie den Himmel für die Welt sorgen. Es wird immer noch einige feste Punkte geben, auf welchen man stehen bleiben kann, wenn auch Alles bricht." All ihr Mühen ging nur dahin, ungestört von den „Un-

holden" und von „Bestialitäten" — wie Gentz fast alles bezeichnet, was in gröberem Ton und mit naturkräftiger, durch den Druck gesteigerter Gewalt aus dem Volke gegen ihn andrängt, — das behaglichste Dasein zu führen. Gentz ist der vollkommene Typus dieser pflichtlosen, genußsüchtigen Gesellschaft. Man mag nicht gegen die endlose Reihe üppiger Gelage eifern, deren rühmende Schilderung fast jeder seiner Briefe enthält. Ebenso wären die Huldigungen gegen schöne Frauen, und die unsaubern Liebschaften höchst gleichgiltige Dinge, wenn sie nicht zum Preise für staatsmännische Arbeit würden. In der That aber legte man dahinein den Werth des Lebens, und nur, wenn und weil etwas diesem Zustande ruhigen eitlen Genusses hindernd in den Weg trat, erweckte es zum Handeln. Eine große Zeit steigerte daher allerdings Gentz zu großartiger Wirksamkeit; er hat unter den Ersten den Kampf gegen Napoleons Tyrannei geführt. Daß ihn aber nur enge selbstsüchtige Beweggründe leiteten, bewies später sein ebenso hartnäckiger Kampf gegen alles, was die Ruhe des Metternichschen Systems stören wollte. Diesem frivolen Ziele zugewandt, versinkt er mehr und mehr in Gleichgiltigkeit, in Blasirtheit, in „öde Resignation". Es ist ein erschreckendes Ende, daß derselbe Mann, der zuvor im Dienste der Reaction sich gerühmt hatte: „Der wahre Grund meiner unerschütterlichen Ruhe ist der, daß noch nie eine so gute, so reine, so fleckenlose Sache wie die unserige mit einer so durchaus schlechten und schändlichen wie die unserer Gegner im Kampf war," am Schluß seines Lebens bekannte: „Ich war mir stets bewußt, daß ungeachtet aller Majestät und Stärke meiner Committenten und ungeachtet aller der einzelnen Siege, die sie erfochten, der Zeitgeist zuletzt mächtiger bleiben würde, als wir; daß die Presse, so sehr ich sie in ihren Ausschweifungen verachtete, ihr furchtbares Uebergewicht über alle unsere Weisheit nicht verlieren würde, und daß die Kunst der Diplomaten so wenig als die Gewalt dem Weltrade in die Speichen zu fallen vermag." In einem ausführlichen Briefe, den er unter dem Eindruck der Julirevolution an den Fürsten Wittgenstein schreibt (Prokesch-Osten I. 108 ff.) erörtert er die Aussichten auf den Sieg und den Bestand seines Systems: er sieht es, „nachdem wir durch 15 Jahre mühsam und beharrlich daran gearbeitet haben, sogut als zerstört. Aus dem unvermeidlichen Schiffbruche alles Alten dasjenige zu retten, was uns am nächsten liegt und was der Erhaltung am würdigsten ist, das allein muß und kann unser eifriges Bestreben sein." Das „eine Mittel für diesen großen Rettungsprozeß, den Kampf auf Leben und Tod", weist er zurück — „das andere liegt in dem wohl berechneten Temporisiren, welches den Stürmen der Zeit nichts als Besonnenheit und Beharrlichkeit entgegen setzen soll." Er bekenne sich als entschiedener Anhänger dieses Mittels. Schon 1805 erklärte er sich bestimmt, „sich ganz dem schweren, dem undankbaren, dem gefahrvollen Ge-

schäfte zu widmen, das Uebermaß der Cultur zu bekämpfen." — In eine solche Renitenz faßt derselbe Mann seine Lebensaufgabe zusammen, dessen politische Einsicht und Thatkraft, dessen staatsmännisches Talent wir bewundern! Er war ohne Verständniß für die Mächte, welche die Geister vorwärts trieben, geschweige denn, daß er eine Verständigung mit ihnen unternahm. Er und die Seinigen standen fremd und einzeln der allgemeinen Volkskraft gegenüber; sie kämpften nur für sich, nicht für ein Allgemeines, für keine sittliche Macht, und daher unterlagen sie.

Ohne je durch das Gefühl einer edlen Pflicht gestärkt und geläutert zu sein, war Gentz durch das Leben gegangen. Niemals hatte er aus innerem Drange für das Glück Anderer, für die allgemeine Wohlfahrt sein Selbst rücksichtslos eingesetzt oder zu Dienst gegeben. Seine Ehe hatte er früh und freventlich gebrochen. Nirgends bestand für ihn eine Offenbarung des Idealen, an welcher er sich gemessen und begeistert hätte. Die Werke der Kunst machten nur flachen Eindruck auf ihn. „Sogenannte Kunstschätze" waren ihm gleichgiltig, Bauwerke wie die Dome von Köln und Mailand werden nur obenhin in seinen Briefen erwähnt. Nur die Natur vermochte seine Seele zu bewältigen, aber, was für ihn charakteristisch ist, eine in ihren gewaltigsten und erhabensten Formen. Eine anmuthige, freundliche Gegend war ihm widerwärtig, die Umgegend von Johannisberg fand er eintönig und formlos, eine einzige Stelle im Salzachthal sei ihm lieber als die ganze Natur des Rheingaus. Allerdings, die Alpenlandschaften hat er fast mit jedem Jahre wieder in begeisterter und schöner Schilderung gepriesen. Er bedurfte aber eines bewältigenden Eindrucks, einer überlegenen Größe, um in Thätigkeit oder Stimmung zu kommen. Es ist bekannt, welche Furcht ihm Gewitter einflößten. Er zählte ihre Schläge, verfolgte ihren Gang, berechnete ihren Ausbruch, und ängstigte sich schon im Voraus bei den Anzeichen, die er peinlich beobachtete. Er wird dessen nicht müde und bedenkt sich nicht, in seinen Briefen die umständlichsten Beschreibungen und die offenherzigste Beichte seiner Angst zu geben. — Vor einer idealen Macht wenigstens liebte es Gentz, Ehrfurcht zu heucheln: vor der Religion. Man kann ihm keinen Vorwurf daraus machen, daß er nicht kirchlich gläubig war: er hatte zu viel von philosophischer Aufklärung in jungen Jahren in sich aufgenommen, hatte zu früh in der scharfen Zugluft des profanen Lebens gestanden, und sich viel zu leicht diesem Treiben der Welt anbequemt, um einen confessionellen Standpunkt zu bewahren. Mit seinem Uebertritt in östreichische Dienste und mit der Verfechtung metternichscher Staatskunst verflüchtigte sich aber selbst das, was er von ernster Erwägung religiöser Gedanken noch in sich trug, in auffallender Weise: denn in seiner Vergleichung der „sogenannten Reformation mit der Büchse der Pandora, die den letzten Ruin über die zuvor hinlänglich

profanirte und entgötterte Welt gebracht hatte", bekundete er nur, wie ihm der politische Zelotismus jeden Maßstab für andere als politische Werthe geraubt hatte und daß er sogar religiöse Entrüstung heucheln konnte, wenn es seinen politisch-selbstsüchtigen Zwecken diente; ebenso beweist seine Versicherung, fünf Jahre mit dem Entschluß, katholisch zu werden, gerungen zu haben, daß er sich von einer früheren, ernsteren, verstandesklaren Ueberzeugung schon getrennt hatte. Die Ehrfurcht, mit welcher er religiöse Fragen zuweilen berührt, ist nichts als Emphase, welche die Untreue und Vergessenheit, deren er sich schuldig fühlt, wieder gut machen soll. Ueber den zweiten Brief Pauli an die Corinther wollte er halbe Nächte lang geweint haben. Der Ekel vor der Welt, der sich seit dem Jahre 1813 seiner bemächtigte, sollte das Sonderbare bewirkt haben, ihn für die innere Welt ebenso feindselig zu stimmen als für die äußere. „Seitdem ist auch alle Poesie, alle Rührung, alle Wehmuth, aller Glaube und alle Hoffnung aus meinem Gemüthe verschwunden, und daß ich Ihnen dieses mit einer gewissen Ruhe sagen kann, beweiset Ihnen wenigstens, wie wahr es sein muß. Ich lobe diesen Zustand nicht, auch liebe ich ihn nicht; ich sehe aber die Möglichkeit nicht ab, mich in einen andern zu versetzen. Ich trage ihn wie ein vernünftiger Mensch einen siechen Körper, oder Armuth, oder andere Mängel und Widerwärtigkeiten trägt, gegen die er nun einmal keine Hilfe weiß. — — Glauben Sie mir, ich überhebe mich wahrhaftig nicht meiner Weisheit und habe mich von der Religion nicht mit Trotz oder Hochmuth getrennt. Ich habe nicht sie, sie hat mich verlassen (!); und da mir das Unglück in einer ziemlich hohen Sphäre (wohin mein Verstand mich geführt hatte) begegnet ist, wie soll ich hoffen, sie in irgend einer, weniger hohen, wieder zu finden?"

Diese schönen Worte sind nichts, als fein zurechtgelegte, und getiftelte Entschuldigungsgründe vor sich selbst und vor der Welt, es ist eitle Schönmalerei. Der Mann hatte nicht die Kraft und nicht den Ernst, sich aus den Versuchungen eines weltlichen Lebens je wieder auf sich selbst zu besinnen und sich zu einer festen Ueberzeugung über die wichtigsten Fragen unseres Daseins hindurchzuringen. Sein Bedürfniß danach war abgestumpft, sein reich begabter Geist hatte sich dem Strome des Lebens überliefert. Es fordert unsere entschiedene Verwahrung heraus, daß Gentz sich brüstet, „seine Zuflucht in einer gewissen Neutralität der höheren Vernunft, der reinen Vernunft nämlich, gefunden zu haben." Wer sich wirklich bewußt ist, der reinen Vernunft nachzustreben, kann ihren Namen nicht so ungebührlich mißbrauchen und den völligen Verzicht auf die Lösung der wichtigsten Fragen, den ohnmächtigen geistigen Nihilismus daraus herleiten. Eben diese Worte, die mit so viel Gleißnerei von der Religion und mit so viel Stolz von der Vernunft reden, beweisen, daß er vor jener die Achtung verloren und den Dienst der Philosophie

längst verlassen hatte. Zieht man ihm die Maske ab, so enthüllt sich seine frivole Natur in den Worten: „In Zeiten wie die unsrigen kenne ich nur zwei Mittel, dem Geiste Heiterkeit und dem Herzen die gehörige Spannkraft zu bewahren: eine lebendige und tiefe Religiosität — oder eine passionirte Liebe zu einem irdischen Gegenstande. Da ich nicht unter die Ausgewählten gehöre, denen jene verliehen ist, so muß ich mich an diese halten, und ich kann mit Wahrheit sagen, daß sie mir bisher unvergleichlich gedient hat."

So elend war eine so reiche Natur durch den constanten Mißbrauch ihrer Talente geworden! Mag auch die Fäulniß der politischen Welt, in welcher er lebte und wirkte, ihn um so schneller verdorben haben. Er hatte doch zu Anfang seiner Laufbahn gezeigt, wie hoch er seine Zeit überschauen, wie treffend er ihre Krankheit und die Mittel zur Heilung nennen konnte. Aber er selbst war in dies Getriebe versunken und hatte mit all seinen bewundernswerthen Geisteskräften die Verfechtung einer furchtsamen und gehaltlosen Politik übernommen. Es ist ein verlorenes Dasein gewesen. Und dahin hat ihn der Mangel an sittlichem Willen gebracht.

Theodor Toeche.

Das deutsche Seeleuchtwesen.

Ein Leuchtthurm ist auch im Binnenlande jedermann von Jugend her ein bekanntes Ding und ein Gegenstand, welchem sich die Phantasie mit Vorliebe zuwendet, besonders in stürmisch kalten Winternächten, wenn die brandenden Wogen ihren Gischt bis zu den Fenstern der Wärterwohnung hinaufspritzen. Dagegen werden manche deutsche Zeitungsleser wohl zum erstenmal von einem Leuchtschiffe gehört haben, als neulich von Berlin her gemeldet wurde, daß ein solches, unheimlich schwarz angestrichen, in der Mündung der Eider ausgelegt sei. Was der Thurm vor dem Schiffe an hergebrachter Poesie und Romantik voraus haben mag, das gleicht sich aus durch die noch größere Unbehaglichkeit der Existenz auf einem Fahrzeuge, das mitten in einer mächtigen Strömung festgeankert liegt und seine Position zu behaupten nie stärker verpflichtet ist, als gerade wenn Sturm und Wogendrang es bedrängen.

Mit dem Feuerschiff in der Eidermündung ist übrigens das deutsche Beleuchtungswesen keineswegs abgeschlossen. Es gibt noch zahlreiche und sehr empfindliche Lücken in der Beleuchtung unseres Nord- und Ostseestrandes, auch wenn man nicht den Maßstab des französischen Grundsatzes anlegen will: jeden Fleck der Küstengewässer unter Licht zu bringen, — sondern nach

dem englischen Grundsatz, da ein Licht aufzupflanzen, wo das Verkehrsbedürfniß es gebieterisch erheischt. Nicht einmal die Wesermündung, nächst der Elbmündung doch die befahrenste und wichtigste unserer Seewasserstraßen, ist ausreichend beleuchtet. Sie bedarf dringend eines zweiten Feuerschiffs in der Nähe der Schlüsseltonne, der das bremer Wappen tragenden am weitesten ins Meer hinausliegenden Bezeichnung des Weserfahrwassers. Noch schlimmer steht es um die Lichter längs der ostfriesischen Inselreihe, in deren Angesicht die Mehrzahl der Schiffe, welche von oder nach der Elbe oder der Weser fahren, ihren Weg zu suchen pflegen. Ein Feuerschiff vor der Insel Borkum, ein Leuchtthurm auf Norderney, Baltrum oder Spiekeroog gehören zu den unentbehrlichsten Anstalten, um die Nordseeschifffahrt sicher zu machen. Daß sie bald hergestellt werden, ist eine nationale Ehrenpflicht, denn nicht allein deutsche, auch fremde Schiffe, Mannschaften und Passagiere leiden unter der mangelhaften Beleuchtung der deutschen Küstengewässer, und was andere Nationen in der Nähe ihrer Häfen und Buchten zu unseren Gunsten bereithalten, das dürfen sie umgekehrt auch von uns erwarten.

Solange der alte deutsche Bund bestand, wurde an eine zeitgemäße Entwicklung des Leuchtwesens nicht einmal gedacht. Man mußte auf soviel andere näher liegende und vergleichsweise wichtigere Wünsche verzichten, daß es sogut wie niemandem einfiel, eine Ueberwindung des bureaukratisch-particularistischen Schlendrians auf diesem Gebiet auch nur für möglich zu halten. Der folgenreiche Umschwung des Jahres 1866 hat auch in dieser Beziehung die Anschauungen verändert. Man wagt jetzt den Gedanken zu fassen, daß die deutschen Ufer eines Tags ebenso vollkommen beleuchtet sein könnten, sowohl was die Dichtigkeit der Thürme und Schiffe, als was die Zweckmäßigkeit ihrer Leuchteinrichtungen betrifft, wie die soviel längere Küstenerstreckung Frankreichs oder der britischen Inseln.

Aber auch wenn der Deutsche bewußtermaßen unter dem Impulse der vaterländischen Einheitsbewegung handelt, schlägt ihn der altererbte Geist furchtsamer und mißtrauischer Sonderbündelei immer noch in den Nacken. Die bremer Bürgerschaft hat dieser Tage einen Antrag angenommen, der, wenn er die Zustimmung des Senats und weiterhin noch anderer mitsprechender Instanzen finden sollte — was freilich nicht zu befürchten steht — die Entwickelung unseres Beleuchtwesens auf einen Weg leiten würde, der zu den Zeiten des alten Bundestags allenfalls hätte betretbar heißen dürfen, der aber heute, statt an das nahe und bequem erreichbare Ziel, in einen Sumpf zu führen droht.

Den Urhebern dieses Beschlusses — denen übrigens eine beträchtliche und tapfer kämpfende Minderheit gegenüberstand — spukt das englische Trinity House im Kopfe. Dieses ist eine alte Körperschaft aus Heinrichs VIII. Zeit,

welche als Lootsencorporation begann, allmählich aber alles, was die Seeschiffahrt sicher machen hilft, in ihr Bereich zog, die Sorge für altersschwache Seeleute, für die Wittwen und Waisen von Seeleuten, sowie für die seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts wieder auftauchenden Leuchtthürme, die neben den im 18. Jahrhundert hinzukommenden Leuchtschiffen bald den Hauptbestandtheil ihrer Thätigkeit ausmachten. Unter dem historischen Gesichtspunkt ist das Trinity House gewiß ein ebenso ehrwürdiges als interessantes Institut; unter dem praktischen Gesichtspunkt erscheint es aber weder nachahmbar noch nachahmenswerth, für Deutschland sowenig wie für irgend ein anderes Land. Wenn man zu einem Dienste, der volle männliche Kraft erfordert, einen rüstigen jungen Mann haben kann, warum einen noch so achtunggebietenden Greis wählen? Die Engländer selbst, wenn sie heute ihr Beleuchtwesen frisch zu organisiren hätten, würden kein Trinity House, sondern eine vom Staat errichtete und unterhaltene Centralbehörde schaffen. Denn sie haben erfahren, wie wenig das Leuchtwesen Zersplitterung und Systemlosigkeit vertragen kann. Der gegenwärtige Chef des Trinity House, Capitän Arrow, hat in einer Unterredung mit dem hanseatischen Gesandten in London, Dr. Geffcken, seine Meinung unverhohlen dahin ausgesprochen, daß Deutschland am besten thäte, das Seeleuchtwesen einer einzigen Behörde mit dem Sitze in Hamburg oder Bremen anzuvertrauen.

Der Plan der bremer Bürgerschaft läuft darauf hinaus, daß Preußen, Oldenburg und Bremen sich zur Versehung der Wesermündung mit Leuchtapparaten, Tonnen und Baken (Stangen mit einem Korbe oder sonstigem leicht sichtbaren Gestell an der obern Spitze) vertragsmäßig verbinden, die Kosten durch eine Schiffahrtsabgabe von 5—6 Silbergroschen auf die Last jedes über 50 Last haltenden Seeschiffs decken, und die Verwaltung einem aus den Interessenten erwählten Comité übertragen sollen. Angenommen, daß damit für die Bedürfnisse der Wesermündung ausgiebig und sachgemäß gesorgt würde, so fragt sich doch, was wird dabei aus dem Rest der Nordseeküste? wer bestreitet z. B. die Beleuchtungskosten auf und vor den ostfriesischen Inseln, bei deren Aufbringung und richtiger Verwendung der Weserverkehr mindestens ebenso stark interessirt ist, wie der Emsverkehr? Und weiter: wenn zugelassen wird, daß das nächste sich darbietende, durch die daran geknüpften Interessen besonders bedeutungsvolle und dringliche, eben deswegen auch am ehesten zu befriedigende Bedürfniß für sich allein befriedigt wird, ohne Zusammenhang mit einer Reform des ganzen nationalen Leuchtwesens, welche Aussichten bleiben dann für dieses übrig? Kann es weise und patriotisch erscheinen, den stärksten Anstoß zu einer so lange verzögerten, so unbedingt wünschenswerthen Reform ohne Nutzen für die Gesammtheit in einer Einzelmaßregel verpuffen zu lassen?

Wenn Preußen sich einfach auf den Standpunkt der preußischen Interessen stellt, so könnte es zwar auf den Plan der bremer Bürgerschaft — oder H. H. Meiers, denn von diesem einflußreichen und energischen Manne rührt derselbe her — eingehen, aber doch nur, indem es sich vorbehielte, den Weserverkehr für das Feuerschiff vor Borkum und den Thurm auf Baltrum ebenfalls heranzuziehen. Es ist nicht gerecht, daß die preußische Staatscasse diese Anlagen allein übernehme, denn dieselben kommen den in Bremerhaven und Brake verkehrenden Schiffen ebenfalls zu Gute; und geradezu unmöglich wäre es, das neue Selbsterhaltungs- und Selbstverwaltungsprinzip so anzuwenden, daß man den Verkehr der Emshäfen und der kleinen Hafenplätze im Norden Ostfrieslands dafür besteuerte, denn damit hätten diese mindestens das Zehnfache der Last des Weserverkehrs zu tragen. Sollte aber der Weserverkehr, wie billig, zur Gründung und Erhaltung des ostfriesischen Leuchtwesens mit herangezogen werden, so würden Herr H. H. Meier und seine Anhänger unter den Rhedern nicht ohne Grund erklären, das sei für die Seeschifffahrt zuviel.

Es ist in der That zuviel verlangt, daß die Schifffahrt das ganze Leuchtwesen auf ihre Schultern nehmen solle. Der Hauptgegenstand der Küstenbeleuchtung ist der Mensch, nicht das Schiff oder die Waare, und für dessen Sicherheit aufzukommen ist die Sache des Staats. Mag man die Schifffahrt immerhin besteuern, unrecht wäre es, ihr die ganze Last aufzubürden. Sie hat sich in Bremen durch Herrn H. H. Meier im Stande und willig erklärt, 5 oder 6 Silbergroschen für die Last aufzubringen; damit wird ziemlich ein Drittel der Gesammtlast, eine vollständige Küstenbeleuchtung vorausgesetzt, zu decken sein. Für den Rest möge der Bundessäckel in Anspruch genommen werden. 200,000 Thaler jährlich werden ihn nicht zu schwer bedrücken, wenn es sich um eine so klare und bedeutsame Ehrenpflicht der Nation handelt.

Erst mit der Einsetzung einer ordentlichen Bundesbehörde würde Schwung, gleichmäßiger Fortschritt und wirkliches System in die Sache kommen. Bleibt sie den bisher dafür thätigen Technikern der Einzelstaaten überlassen, so wird es im Großen und Ganzen in dem alten Schlendrian weitergehen. Im Schoße der bremer Bürgerschaft ist viel gegen die preußische Bureaukratie declamirt worden; allein in wessen Händen befinden sich denn und bleiben neun Zehntel der Aufgabe, wenn sie den Einzelstaaten nicht entwunden wird? Wenn der Bund dieselbe aber an sich zieht, so wird es sicher nicht geschehen, ohne daß einestheils die etwa vorhandenen brauchbaren hanseatischen Kräfte zugezogen, anderntheils die auch dann muthmaßlich noch übrigen Lücken in den Erfahrungen und Einsichten nach Möglichkeit ergänzt werden, sei es durch Gewinnung des einen oder andern auswärtigen Sachverständigen, sei

es durch Aufnahme tüchtiger deutscher Gelehrten in die leitende Behörde. Es wird niemand behaupten, daß Hamburg und Bremen gegenwärtig bereits im Besitz aller wünschenswerthen Sachkunde auf diesem Felde seien. Man versteht sich in diesen Städten wohl auf die Bedürfnisse der Seeschifffahrt, aber Architekten, die im Bau von Leuchtthürmen, Schiffsbaumeister, die in der Herstellung von Feuerschiffen, Physiker oder Optiker, die in den verschiedenen Leuchtapparaten speciell beschlagen wären, hat man darum noch nicht. Woher sollte man sie auch haben? Das Leuchtwesen wurde dort ja bisher im allerkleinsten Maßstab betrieben und ohne jeglichen Ehrgeiz besonderer Leistungsfähigkeit.

Schiffe der norddeutschen Kriegsmarine, die in den Jahren 1866 und 1867 die deutschen Nordseegewässer aufzunehmen hatten, haben gleichzeitig auch Studien über neue Leuchtfeuer angestellt. Das Feuerschiff in der Mündung der Eider ist die erste Frucht dieser Studien. Möge die zweite und dritte immerhin ein Thurm auf Baltrum, ein Schiff vor Borkum sein, aber nicht, ohne daß das Leuchtwesen vorher für Bundessache erklärt und daß eine Centralbehörde errichtet würde, die, nach Frankreichs, Nordamerikas und anderer fortschreitender Staaten Vorgang aus Marineoffizieren, Technikern, Rhedern und Naturforschern passend zusammengesetzt, innerhalb einer Gründungsperiode von längstens zehn Jahren unser Seeleuchtwesen auf den Fuß der großen civilisirten Nationen zu erheben hätte.

Aus Schwaben.

Mitte März.

Die Wahlbewegung ist in vollem Gang. Nicht genug an den Programmen der Parteien, auch noch jeder Candidat hat sein eigenes Programm ausgegeben, das als Flugblatt in seinem Bezirk flattert. Außerdem zahlreiche Flugblätter der deutschen Partei, die anfänglich mehr allgemein gehalten, die wirthschaftliche und nationale Bedeutung des Zollparlaments beleuchteten, die späteren mehr concreten Fragen und der Widerlegung gegnerischer Ausstreuungen gewidmet. Wahlversammlungen an allen Orten, in den Städten und in den Dörfern, an Sonn- und Werktagen, es ist ein politischer Wahlkampf, wie ihn Schwaben noch nie erlebt hat. Unerhört ist dieses zähe Ringen aller Parteien, niemals sind alle Classen der Bevölkerung so tief ergriffen, niemals sind vor dem Volk politische Fragen aller Art, die Zoll- und Steuerfragen, das Militärwesen, und schließlich die große politische Frage des Verhältnisses zu Preußen und der deutschen Zukunft so im Einzelnen erörtert worden.

Und diese lebhafte Theilnahme des Volks ist das erste und erfreulichste Moment, das in der Wahlbewegung zu constatiren ist. Stundenweit kommen die Wähler zu den angesetzten Versammlungen und horchen andächtig und mit gespannter Aufmerksamkeit der Dinge, die so zum erstenmal vor ihnen verhandelt werden. Es sind wohl, seitdem auch die Demokratie auf den Plan getreten ist, da und dort sehr häßliche Scenen vorgekommen, wie sie schwer bei so hochgehender Bewegung zu vermeiden sein mögen. Aber im ganzen ist die Haltung dieser Versammlungen, namentlich auf dem Lande, bisher eine würdige gewesen. Das Volk kommt mit gutem Willen, es will belehrt sein und es läßt sich belehren. Freilich nicht im Sturm, und am wenigsten mit hochtönigen Phrasen wird es gewonnen. Unser Landvolk ist zäh, nicht leicht gibt es sofort den Eindruck zu erkennen, den es empfangen hat; es ist ihm von Natur ein tiefes Mißtrauen eigen, mit derselben Gemüthsruhe hört es Redner entgegengesetzter Meinungen an und behält sich sein Urtheil vor. Aber eben dieser Entschluß, das Gehörte zu eigener Meinung zu verarbeiten, dieser Widerstand gegen blendende Kunststücke der Beredtsamkeit ist das Bezeichnende. Die Abwendung von der Phrase ist unverkennbar. Es datirt von dieser Wahlbewegung ein neuer Abschnitt in der politischen Erziehung unseres Volks.

Es liegt auf der Hand wie sehr diese Bewegung der nationalen Sache zu Gute kommt. Die Organisation der deutschen Partei hat bisher noch vieles zu wünschen gelassen, mit bestem Willen war es ihr nicht gelungen, in einzelne Landesgegenden zu dringen, und die unteren Classen blieben ihr fast gänzlich verschlossen. Der Einfluß der Volkspartei — dies war wohl zu fühlen — war überall im Abnehmen, aber dies kam noch nicht der deutschen Partei zu gut. Die große Masse stand apathisch zwischen beiden. Allein diese Zeit war nicht verloren, es war eine Zeit der Selbstbesinnung um aus den Stimmungen herauszukommen, in welche das Volk im Jahr 1866 hineingehetzt worden war. Was man an einzelnen bemerkte, daß ein langsamer Umwandlungsprozeß zu besserer Erkenntniß stattfand, den man doch nicht recht Wort haben wollte, das vollzog sich in ähnlicher Art in weiten Kreisen. Und wenn jetzt der nationale Gedanke überall anklopfte, in den abgelegensten Gegenden, in allen Dörfern, so traf er wohl überall noch lebhaften Widerspruch und alte Vorurtheile, aber er traf doch überall auch herzliche Erwiederung. Die Parteiung drang jetzt in jede Gemeinde, dem selbstsüchtigen Partikularismus war sein Monopol entrissen. Viele Hunderte hörten zum erstenmal die Wahrheit über das Jahr 1866. Auch auf dem Land gewann man, über Erwarten, eifrige und geschickte Agitatoren. Die junge Generation zeigte sich vorwiegend den neuen Ideen geneigt. Es kam vor, daß des Vaters Namen unter dem Aufruf für den partikularisti-

schen Candidaten stand, der Sohn den seinigen unter den nationalen Aufruf setzte.

Daß die Wahl in ein deutsches Parlament so viel Leben in unser Land brachte, das allein ist ein unschätzbarer moralischer Erfolg. Die Demokratie hätte bekanntlich am liebsten die ganze Sache ignorirt. Sie hatte großsprecherisch verkündigt, daß das würtembergische Volk sich nicht an diesem „Verbrechen“ betheilige, mit Verachtung von dieser „Berliner Macherschaft“ sich abwende und durch imposante Wahlenthaltung ihr Urtheil über diese Falle, die man dem süddeutschen Volk legen wolle, vor der Welt abgebe. Das Volk ertheilte diesen Großsprechereien ein sehr bündiges Dementi. Es zeigte im Gegentheil so viel Eifer und Interesse, daß es dadurch auch die Häupter der Volkspartei zwang, mit in den Kampf einzutreten und um Sitze in derselben Versammlung zu werben, die sie noch eben aufs unwürdigste geschmäht hatten. Selbst Moritz Mohl schrieb jetzt, es „wurme“ ihn, in das Parlament zu kommen, nachdem er zuvor in öffentlicher Kammersitzung erklärt hatte, lebendig werde man ihn nicht in dieses Parlament bringen, in welches kein Mensch eintreten könne, der Respect vor sich selber besitze, und der in einem Commissionsbericht den norddeutschen Mitgliedern des Parlaments insgesammt Ignoranz und Eigennutz vorgerückt hatte. Oesterlen war fast der einzige gewesen, der, schon damals zur Candidatur entschlossen, erklärte: „man müsse den Löwen in seiner Höhle aufsuchen.“ Jetzt nach dem ermunternden Ausfall der bairischen Wahlen bekamen auch die übrigen Führer der Demokratie Lust zu dieser fröhlichen Löwenjagd, und es tauchte nun ein Name um den andern, zum Theil sehr merkwürdige, aus diesem Lager auf, um zu erklären, daß es patriotische Pflicht sei, im Parlament der Verpreußung Süddeutschlands entgegenzuarbeiten.

Durch das Auftreten dieser Elemente bekam nun der Kampf allerdings einen anderen Charakter. Jetzt war wenig mehr vom Zollparlament und seinen Aufgaben die Rede. Massivere Schlagworte kamen nun an die Reihe. Jetzt hieß es: man will euch preußisch machen, wie es in Baiern geheißen: man will euch lutherisch machen. Jetzt wurden die elendesten Vorspieglungen von Steuer und Militärdruck unter das Volk geworfen. Da und dort tauchte auch die schwäbische Eigenthümlichkeit: „lieber französisch als preußisch“ wieder auf. Die etwas abgegriffene Phrase: „durch die Freiheit zur Einheit“ erhielt die angenehme Variation: „durch die Einheit zum Hungertyphus“. Alles dies hätte jedoch der Demokratie wenig geholfen, wenn nicht die Regierung, zur Bekämpfung der nationalen Partei um jeden Preis entschlossen, mit allen antinationalen Richtungen Bündniß gemacht und ihnen ihren Einfluß zur Verfügung gestellt hätte. Die Regierung mit ihren Organen vom Minister bis zum Dorfschulzen, das ist die eigentliche Macht im Schreiberstaat, und

sobald sie mit den Loyalen auch die Demokraten und Ultramontanen, sobald sie alles zum gemeinsamen Kampf gegen die nationale Partei aufrief, war der Ausgang des Wahlkampfs entschieden. Diesem dreifachen Gegner ist die deutsche Partei numerisch nicht gewachsen. Die Wahlbewegung ist für sie ein Mittel, sich durch das ganze Land zu organisiren, aber nur in wenigen Bezirken wird sie jetzt schon über die entgegenstehende Coalition siegen können.

Die Wahlen werden also weit überwiegend gegen die nationale Partei ausfallen; damit aber noch nicht gerade antinational. Unter den voraussichtlich aus der Wahlurne hervorgehenden Siegern sind gewaltige Differenzen. Die gouvernementale Mittelpartei zählt Mitglieder, die dem Programm der deutschen Partei nahe stehen, die so zu sagen auch ein großes Vaterland wollen und die sich ausdrücklich für Erweiterung der Competenz der Bundesorgane ausgesprochen haben. Nur ganz wenige haben den Muth gehabt, sich gegen solche Erweiterung ausdrücklich zu verwahren. Selbst die Demokraten wie Oesterlen und Probst, sahen sich zu der Erklärung genöthigt, daß man an den Verträgen mit Preußen, deren heftigste Gegner sie gewesen, nunmehr loyal festhalten müsse, und allein der Freiherr v. Neurath, „der treue Neurath“, wie er jetzt im Beobachter genannt wird, sprach es offen aus, daß man die Verträge allerdings so lange halten müsse, als man keine Gelegenheit habe, sie „auf völkerrechtlich zulässige Weise“ wieder zu vernichten. Nicht wenige wollen sogar prophezeien, daß Herr Oesterlen, der jetzt so tapfer dem Löwen in der Höhle zu Leibe rückt, wenn er desselben einmal ansichtig geworden, vielleicht nicht abgeneigt sein dürfte, ein billiges Abkommen mit demselben zu schließen. Ueberhaupt werden unsere Bundesstaatlich-Constitutionellen wie unsere Demokraten im Zollparlament so wenig gefährlich sein, als es im ersten Reichstag die Sachsen und Holsteiner und Hannoveraner waren, die es meist vorzogen, auf dem zweiten Reichstag sich nicht mehr blicken zu lassen; und es wird den Schwaben, ohne daß sie den Gang der Dinge aufzuhalten vermögen, einzig der Ruhm bleiben, daß sie es für ihre Vertretung in Berlin weniger auf tüchtige und willige Kräfte abgesehen haben, als auf die Befriedigung eines kleinlichen Trotzes.

Auf die Stimmung im Lande selbst kann der ganze Wahlkampf nur günstig zurückwirken. Das widerliche Bündniß der Demagogie mit den Loyalen, die Mittel, welche von jener Seite wie von der Regierung ungescheut angewandt wurden, haben auf alle anständigen Leute einen bleibenden Eindruck machen müssen, den die Regierung schwerlich voraus gesehen hat: sie wenden sich ab von einem Staatswesen, das, wie es scheint, nur noch mit solchen Mitteln aufrecht zu halten ist. Die deutsche Partei wird, während die verbündeten Sieger nach gewonnenem Sieg auseinander fallen, durch den Kampf selbst gekräftigt fester dastehen als zuvor, und stärker als jede

der anderen Parteien. Jedes Flugblatt, jede Wahlrede streut Keime aus, die nicht verloren sind. Nur das hoffen wir allerdings, daß die süddeutsche Frage nicht so lange ad acta gelegt werde, bis alle diese Keime gereift sind und Schwaben einmal eine national-gesinnte Vertretung nach Berlin sendet. Schon jetzt wäre der Ausfall der Wahlen ein anderer gewesen, wenn ein günstigerer Wind von Norden geweht hätte.

γ.

Politische Rundschau.

Die Stimmung an der unteren Donau.

⨯ Leipzig, 18. März.

Nicht nach der den Dingen innewohnenden Wichtigkeit und Bedeutung, sondern meist nach Herkommen und Gewohnheit bestimmen sich Maß und Inhalt dessen, was der Deutsche von der Welt erfährt. Besser unterrichtet als die Mehrzahl seiner continentalen Nachbarn, erhält er ziemlich genaue Kunde von dem, was in Frankreich, England und Italien verfällt; in der außereuropäischen Welt bildet die Grenze der Baumwollencultur gewöhnlich die Linie seines Zeitungshorizonts, — höchstens, daß zu Gunsten Afrikas eine Ausnahme gemacht wird. Minder bekannt sind die Länder des Ostens und Nordostens, — der europäische Südosten, obgleich klassischer Boden der s. g. orientalischen Frage, ist fast nur dem Namen nach gekannt. Von der Eigenthümlichkeit des Landes an der untern Donau und dem adriatischen Meer, von der Bildungsstufe, den Gewohnheiten und Anschauungen seiner Bewohner weiß man nur, daß sie von denen der übrigen Bewohner abweichen und diese Kunde gilt der Convention für ausreichend.

Daß sie es nicht sei, hat sich in den letzten Wochen mit besonderer Deutlichkeit gezeigt. Während der ersten Hälfte des Februarmonats wurde von Paris aus plötzlich gemeldet, in Serbien und Rumänien gehe es unruhig zu; russische Agenten durchzögen das Land, hie und da hätten sich bereits bewaffnete Banden gezeigt. Zu welchem Zweck agitirt würde, und gegen wen die „Banden" sich gewaffnet hätten, blieb der Mehrzahl derer, die diese Nachrichten wiederholten und als „Anzeichen einer Lösung der orientalischen Frage" signalisirten, unbekannt. Seit Rußland friedliche Versicherungen ertheilt, sein Gesandter Baron Budberg dieselben zu Paris wiederholt und der officielle „Invalide" erklärt hat, alle Nachrichten über russische Umtriebe an der Donau seien erfunden, hat man sich wiederum beruhigt, oder — um den herkömmlichen Ausdruck zu gebrauchen, „eine Vertagung der

orientalischen Frage“ angenommen. Gilt den meisten Leuten doch die slavisch-orientalische Welt nur für eine Art von Hampelmann, der, je nachdem Rußland den Faden anzieht oder unberührt läßt, „fieberisch zuckt“ oder unbeweglich daliegt. Und doch bewegt sich das Leben dieser slavisch-orientalischen Völker, welche bald in dichten Gruppen, bald mit andern Nationalitäten vermischt das ungeheure Gebiet von den Karpathen bis an den Bosporus bewohnen — nach eignen Gesetzen, von denen Rußland wohl Vortheil ziehen kann, die aber nicht von der Willkür dieses Staats, geschweige denn seiner Regierung abhängig sind. Kämpfe um das Nationalitätsprinzip und dessen Auslegungen wurden hier geführt, lange bevor der Name für dasselbe gefunden, seine Lehren dem Codex des modernen Völkerrechts einverleibt waren. Hat es doch von den Millionen außerrussischer Slaven, welche in Oestreich und der Türkei leben, kein einziger Stamm zu selbständiger staatlicher Existenz zu bringen vermocht, sind sie doch sammt und sonders, die Ruthenen wie die Slovenen und Slovaken, die Kroaten, Illyrier, Wallachen, Serben, Bulgaren und Montenegriner, noch immer damit beschäftigt, die Grundlagen einer solchen zu finden. Rußland ist wohl im Stande, die nationalen Wünsche dieser Völkersplitter so zu leiten, daß sie zur Erweiterung seines Machtgebietes beitragen, denselben dauernd Halt zu gebieten ist dieser Staat ebensowenig im Stande als ein andrer, zumal seit auch sein Herrscher auf die traditionellen Neigungen und Sympathien seiner Unterthanen Rücksicht zu nehmen hat. Einmal geweckt, ist der nationale Fanatismus nicht mehr zu beschwören, denn es heißt auch hier: „Das erste steht uns frei, beim zweiten sind wir Knechte.“ Möglich, daß in den östreichischen und den türkisch-slavischen Ländern noch eine Zeit lang Friede gehalten wird. Rußlands Versicherung, den Zersetzungsprozeß, der sich in denselben vollzieht, nicht fördern zu wollen, wird aber, auch wenn sie ernst gemeint ist, diesen Frieden noch nicht verbürgen können. So bedeutend auch sein Einfluß ist, ein flüchtiger Blick auf die gespannte Lage, in welcher die west- und südslavische Welt sich befindet, reicht zu der Ueberzeugung hin, daß der Gründe zur Befürchtung einer Explosion mehr sind, als der Gründe für Annahme des Gegentheils.

Halten wir auf Grund uns vorliegender Localzeitungen Rundschau über die Stimmungen und Bestrebungen, welche sich in den genannten Ländern des slavischen Westens und europäischen Ostens während der letzten Wochen kund gethan haben. So übel es auch mit der Kultur der Donau-Slaven bestellt ist, sein Zeitungsblatt hat jeder größere Ort in Galizien, Rumänien, Serbien und Croatien, über die Vorgänge auf türkisch-slavischem Gebiet sind diese Journale meist gut unterrichtet, und die russische Sprache bietet einen Schlüssel, der die Geheimnisse mindestens eines Theils der slavischen Idiome erschließt.

Beginnen wir mit Galizien, jenem östreichischen Kronlande, das zwar zu Cisleithanien gezählt wird, aber nichtsdestoweniger eine eigene Welt bildet, in welcher der deutsche Einfluß, wenn überhaupt, nur höchst spärlich Wurzel geschlagen hat. Während der westliche Theil des Landes (das Flüßchen San bildet die Sprach- und Stammesgrenze) polnisch ist, leben im Osten sog. Ruthenen, d. h. Kleinrussen, die durch nichts von den Bewohnern der angrenzenden russischen Provinzen verschieden, seit Jahrzehnten die Herrschaft des polnischen Adels und der polnischen Cultur abzuwerfen bestrebt sind und von der k. k. Regierung je nach deren augenblicklichen Zwecken bald gehätschelt, bald zurückgestoßen werden. Vor uns liegt das Hauptorgan der russischen Partei, das zweimal wöchentlich zu Lemberg erscheinende Journal Slowo. Schon das Aeußere desselben ist für die Tendenzen der Richtung, welche es vertritt, höchst charakteristisch: die Lettern sind russische, die Sprache wesentlich dieselbe, wie sie in Moskau und Petersburg gesprochen und geschrieben wird, höchstens daß taktische und orthographische Abweichungen uns daran erinnern, daß wir nicht auf russischem Boden stehen. Außer einigen Correspondenzen aus Weden (Wien) und verschiedenen galizischen Nachbarstädten, einem Leitartikel von wesentlich panslavistischer Färbung und kurzen Notizen aus Frankreich, Italien und Norddeutschland, handelt der größte Theil des Blatts von Rußland und russischen Dingen; das Feuilleton enthält einen längeren Artikel über die „Jesuiten in Rußland", dessen Spitze nicht gegen den Jesuitenorden, sondern die mit dem Polonismus verbündete römisch-katholische Kirche gerichtet ist. Vergebens sehen wir uns nach Spuren der Freude über den vielgerühmten jungen Constitutionalismus des Kaiserstaats um, der leitende Artikel unterzieht die Finanzpolitik des Dr. Brestl einer scharfen Kritik und enthält bittere Klagen über das traurige Geschick des russisch-östreichischen Volks (der Ausdruck „Ruthenen" wird geflissentlich nicht gebraucht, existirt überhaupt nur noch in deutschen Handbüchern und Zeitungen). Es ist von der projektirten Couponsteuer die Rede: „Dieser Plan," heißt es a. a. O., „wird sicher Billigung finden, wenigstens in den Ländern, in welchen der Boden für denselben bereits gehörig bearbeitet ist. Bei uns sind die Verhältnisse längst nicht mehr dazu angethan, daß derartige Reformen noch Hoffnungen erwecken könnten, unser Land befindet sich immer noch in einer exceptionellen Lage. Alle seit 1848 unternommenen politischen Organisationen sind für uns ungeeignet gewesen und haben nicht zum Wohl des Landes, sondern zu dessen Schaden, zu materiellen Verlusten und mancherlei Schädigungen geführt, wie sie von unsern Volksvertretern oft genug auf den Landtagen zur Sprache gebracht worden sind. Die Wünsche und Forderungen, welche das russische Volk seit dem Jahre 1848 verlautbart hat, sind der Hauptsache nach unberücksichtigt geblieben, die von der Ini-

tiative der Regierung herbeigeführten Maßregeln haben denselben gleichfalls nie entsprochen. Nicht nur daß die eine Partei in unserem Vaterlande, die stärkere, immer noch über dieselben Schäden klagt, — der anderen Partei ist es nicht einmal möglich gewesen, ihre natürlichen Rechte bei der Centralregierung zur Geltung zu bringen. Bevor das nicht geschehen, werden die Unordnungen und Uebelstände in unserem Lande stets dieselben bleiben, wird sich das Mißtrauen des Landmanns ebensowenig vermindern, wie die allgemeine Unzufriedenheit und vollständige Apathie im Lande; dagegen werden alle ministeriellen Experimente, auch die liberalen, nichts verschlagen." Im weiteren Verlauf wird die absolute Werthlosigkeit aller den Bewohnern Galiziens ertheilten politischen und constitutionellen Rechte behauptet. „Möglich, daß dieselben in andern Ländern, wo bereits etwas für Bildung und Wohlstand der Unterthanen geschehen ist, von Werth sind, z. B. in Preußen, wo alle Bewohner zu lesen und zu schreiben verstehen und wo es viele gebildete Leute giebt, welche gern politische Ehrenämter übernehmen und für die Selbstverwaltung thätig sind. Bei uns sind alle Lasten zu so unerträglicher Höhe angewachsen, daß im ganzen Lande nur Unwillen über die neuen Einrichtungen herrscht." Bezüglich der von Dr. Brestl in Vorschlag gebrachten Veräußerung der galizischen Staatsgüter heißt es, „ebensogut könne der Minister die Güter der Privaten, namentlich der Bauern einziehen" und „um Oestreich vom Bankerott zu retten" meistbietlich veräußern. — Noch drohender und unzufriedener lautet die Sprache, welche ein anderer Artikel desselben Blattes führt: „Unsere gerechtesten Forderungen bleiben unberücksichtigt; unsere Bestrebungen nach Gleichstellung mit den Polen und andern Völkern Oestreichs werden verlacht, unsere heiligsten und edelsten nationalen Empfindungen werden beleidigt und gekränkt; russische Beamte und Lehrer werden in den polnischen Theil des Landes versetzt, der uns, unserem Glauben und unseren Gewohnheiten feindlich ist; in Folge eines ungesetzlichen Beschlusses des lemberger Landtags verschwindet unsere Sprache aus der Schule wie aus der Administration; unsere Jugend muß polnisch lernen; unsere Deputirten werden gewaltsam aus dem Reichsrath wie aus dem Landtage, aus den städtischen und ländlichen Verhandlungen gedrängt. Wir sind zum Schweigen verurtheilt und unsere Feinde beurtheilen und entscheiden das Geschick der russischen Nationalität."

So redet ein Journal, das der Anwalt von zwei Millionen russischer Bewohner des Kronlands Galizien ist, kaum in einer Bauernstube Ostgaliziens fehlt und von zahlreichen Popen, Schullehrern und niederen Beamten eifrig verbreitet wird — so redet es zu einer Zeit, wo das den Russen feindliche Föderativsystem gebrochen ist und Rußland den galizischen Dingen

schweigsamer und zurückhaltender zusieht, als seit langer Zeit, die Moskauer Presse dieselben fast vollständig ignorirt. Zieht man ferner in Betracht, daß Galizien ohne Frage das geordneteste und bestregierteste Land des gesammten slavischen Südostens ist und in dieser Beziehung weder mit Rumänien noch mit Serbien oder der Herzegowina verglichen werden kann, so erscheint nicht übertrieben, wenn dieser ganze Theil Europas mit einem Pulverfasse verglichen wird, das durch den ersten Funken, — mag er von Osten oder von Süden oder Westen her geschleudert werden — zu furchtbarer Explosion gebracht werden kann.

Gehen wir von Galizien zu dem rumänischen Staat der Moldau-Wallachen über. Seit dem Tage Peters des Großen daran gewöhnt, Rußland als seinen Hauptschutz gegen die Pforte anzusehen, hat dieses Fürstenthum durch Absendung einer außerordentlichen Gesandtschaft nach St. Petersburg und durch Ansammlung beträchtlicher Streitkräfte (es sollen mit Einschluß der Milizen 30,000 Mann sein) zu Besorgnissen vor einer Störung des Friedens besondere Veranlassung geboten. Neuerdings wird allerdings gemeldet, das Land werde nicht von russischen Agenten durchzogen und in demselben sammelten sich keine Freischaaren an: nach den übrigen aus diesem mysteriösen Erdwinkel einlaufenden directen Nachrichten zu urtheilen bedarf es aber dieser besonderen Agitationsmittel gar nicht, um das Land in Aufregung zu erhalten. Das oben erwähnte Lemberger Journal theilt seinen Lesern als weltbekannte Nachricht mit, daß Fürst Karl zwar nicht die Türkei angreifen, sich aber demnächst zum unabhängigen Könige von Rumänien erklären wolle und der Zustimmung der Cabinette von Berlin und Petersberg im voraus gewiß sei — eine Auffassung der neuesten in Bucarest vorbereiteten Schritte, die unseres Wissens noch in keine deutsche oder französische Zeitung den Weg gefunden hat. Damit stimmt, was die slavischen und russischen Journale sonst aus Rumänien melden; wie dem Golos Ende Februar aus Bucarest geschrieben wird, nimmt die Zahl der in die Wallachei geflüchteten bulgarischen Unzufriedenen täglich zu. Schon Mitte des vorigen Monats betrug ihre Zahl über 2000 und die türkischen Behörden sollen das Mögliche thun, um diese Auswanderung zu begünstigen. „Wenn diese unruhigen Leute außerhalb unseres Staats leben", hat der neue Minister Mithad-Pascha dem englischen General Consul Longworth auf dessen bezügliche Anzeige geantwortet, so kann ich ihre Schritte genau überwachen lassen und von all ihren Umtrieben Kunde erhalten; gegen sie interveniren zu lassen, steht mir völkerrechtlich zu und ich habe die Mittel, solches herbeizuführen. Bleiben sie in der Türkei, so können sie die Landbewohner zu einem Aufstande veranlassen und dann haben wir Türken Alles zu verlieren." Daß viele dieser Auswanderer rumänische Dienste genommen haben, ist aller Wahrscheinlichkeit nach

der Grund zu dem Gerücht von der Concentration revolutionärer Banden gewesen. Sieht die Pforte diesen Emigrationen ruhig zu und läßt sie es geschehen, daß Rumänien mit Hilfe derselben im Stillen seine Wehrkraft erhöht, so steht die Sache aber in Wahrheit sehr viel schlimmer, als wenn Banden gebildet würden, denn es fehlt der formelle Grund zum Einschreiten der Schutzmächte, so lange die äußere Ruhe nicht gestört wird. Festzustellen, wer Alles in der rumänischen Armee dient, hat seine großen Schwierigkeiten und aus diesem Grunde sind die einzelnen Verhaftungen, welche Mithad-Pascha an aus Bukarest nach Bulgarien zurückgekehrten Handelsleuten vornehmen ließ, durchaus resultatlos geblieben, d. h. sie haben zu keinerlei Entdeckungen revolutionärer Umtriebe geführt. Daß die moldau-wallachische Regierung darauf sinnt, sich kommenden Eventualitäten gegenüber möglichste Freiheit des Handelns zu sichern, geht schon aus den Anstrengungen hervor, welche gegenwärtig gemacht werden, um die Handlungen der Minister wenigstens für einige Zeit von der constitutionellen Controle zu emancipiren. Die durch polnische Verbindungen sehr wohl unterrichtete, zu Paris neuerdings begründete „Correspondance du Nord-Est" brachte dieser Tage die Mittheilung, es sei Bratiano, dem Minister des Innern, nach ziemlich harten Kämpfen gelungen, eine Bill durchzubringen, deren § 6 u. A. bestimmt, daß Abweichungen vom Gesetz, welche ein Minister „direct im Interesse des Staats vornehme", unbestraft bleiben sollten, sobald dieses Interesse gehörig nachgewiesen worden! — Höchst charakteristisch für die Richtung, welche die Moldau-Wallachische Unabhängigkeitspolitik neuerdings einzuschlagen begonnen hat, ist ferner eine Rede, welche derselbe Bratiano in den letzten Februar-Tagen in einer Volksversammlung gehalten hat und über welche das erwähnte russische Journal gleichfalls ausführlich berichtet. „Die Moldau-Wallachei ist Frankreich stets dankbar gewesen und wird dieser Macht für das Gute dankbar bleiben, das dieselbe ihr auf dem pariser Congreß erwiesen hat*). Wäre Frankreich nicht dagewesen, wir hätten es niemals zu unserer gegenwärtigen Stellung gebracht. Die Moldau-Wallachei wird gegen ihre Wohlthäterin niemals die Hand erheben — sie ist aber verpflichtet, zugleich gute Beziehungen zu den übrigen Schutzmächten aufrecht zu erhalten und diese sind uns zur Zeit wohl geneigt — ja sie sind bereit, uns überall und in jeder Beziehung zu unterstützen. Die Moldau-Wallachei leidet an Vielem Noth, vor Allem bedarf sie bis zu ihrer vollständigen inneren Orga-

*) Frankreich verwandte sich im J. 1859 bekanntlich dafür, daß Kusa als Hospodar beider Fürstenthümer anerkannt wurde, und zwar gegen den Wortlaut der Verträge. Rußland, das der Erhebung Karls v. Hohenzollern anfangs feindlich war und die Aufrechterhaltung der Union bekämpfte, hat sich neuerdings mit den Rumänen ausgesöhnt, ihre Unabhängigkeitsbestrebungen gefördert und dadurch Frankreich, das die Interessen der Pforte berücksichtigt wissen will, den Rang abgelaufen.

nisation äußeren Schutzes und diesen darf sie nicht zurückweisen, mag er ihr von Osten oder von Westen angeboten werden. Sind wir vollkommen organisirt, so haben wir alle Zeit, in Erwägung zu ziehen, mit wem Freundschaft zu schließen ist, mit wem nicht."

Diese Sprache scheint deutlich genug, um des Commentars entbehren zu können. Auch wenn keine Banden gebildet, keine Aufstände vorbereitet werden, ist reichlicher Grund zu der Annahme vorhanden, die Dinge an der Donau gingen trotz der russischen Zurückhaltung einer entscheidenden Crisis entgegen und zwar weil diese das Resultat einer langjährigen natürlichen Entwickelung ist, die gar keiner Beschleunigung bedarf, um zum Ausbruch zu kommen. Bemerkenswerth ist, daß der officielle „russische Invalide" im Gegensatz zu der zurückhaltenden Sprache, die er in letzter Zeit sonst zu führen begonnen, die östreichische Presse neuerdings zu einer kategorischen Antwort darüber eingeladen hat, was die k. k. Regierung für den Fall plötzlicher innerer Ereignisse in den türkischen Grenzländern zu thun gedenke, und daß die Moskauer Zeitung ziemlich gleichzeitig von den officiellen Petersburger Journalen verlangt hat, sie sollten wenigstens Alles vermeiden, was zur Entmuthigung und Demoralisation der „Brüder im Auslande" gereichen könne.

Ziemlich analog den rumänischen, scheinen die serbischen Zustände zu sein. Auch Serbien hat seine wichtigsten Rechte russischem Wohlwollen (den Verträgen von 1812, 1829 und denen der fünfziger Jahre) zu danken; der Gegensatz zwischen der großserbischen und der panslavistischen Partei ist heute ausgeglichen, beide haben sich in dem Bestreben nach Befreiung von allen türkischen Einflüssen vereinigt und verständigt. Auch hier spielen die bosnischen Flüchtlinge eine wichtige Rolle; allein siebenhundert derselben studiren in der Belgrader Kriegsschule. Gerade wie in Bukarest ist in Belgrad der französische Einfluß in der Abnahme und will es trotz verzweifelter Anstrengungen nicht gelingen, denselben neu zu beleben. Ziemlich unverblümt spricht sich in dieser Beziehung ein Artikel der weitverbreiteten serbischen Zeitung „Widowdan" aus, der eine Besprechung der im pariser Gelbbuch veröffentlichten Aktenstücke mit nachstehenden kräftigen Worten schließt: „Die französische Presse wird Niemandem mehr Furcht einjagen, sie ist außer Stande, unsere Bestrebungen zu hemmen. Fürst Michael huldigt wie früher den Grundsätzen einer gemäßigten und friedliebenden Politik, wie sie durch die Interessen Serbiens gefordert wird. Er wird den Frieden Europas nicht stören, wenn Europa nur nicht seinem Ehrgefühl (wörtlich: seiner Liebe zur Ehre) zu nahe tritt." Daß Serbien mit besonderem Eifer rüstet, dürfte aber nicht nur durch die „Liebe zur Ehre" motivirt sein, welche Fürst Michael sich offen nachrühmen läßt, sondern zugleich mit der Rücksicht, welche durch

die Concurrenz Rußlands und Rumäniens gefordert wird, das in Bosnien und der Herzegowina bereits gegenwärtig mindestens ebenso einflußreich ist, wie Serbien. Das Ansehen dieses Staats bei den Bosniaken, so heißt es in einer aus Sarajewo (türkisch: Bosna-Sarai) datirten Correspondenz des kroatischen Journals „Napredak“ ist in der Abnahme begriffen. „Seit sechs Jahren macht Serbien Vorbereitungen, um zu uns nach Bosnien herüber zu kommen und doch geschieht Nichts. Komm Serbien und zögere nicht länger, es könnte dich sonst gereuen. Zeige endlich durch die That und nicht immer wieder nur durch Worte, daß du uns vom türkischen Joch befreien willst. Ein mächtiger Nebenbuhler steht dir gegenüber, der, wenn er sich nur ein wenig organisirt (wörtlich: ausbessert), leicht sagen kann: Bosnien ist mein, Türken geht heraus! Dann bist auch du, Serbien, verloren, dann ist es mit den Hoffnungen auf deine Entwickelung vorbei. So meint das bosnische Volk und es hat Recht und wird Recht behalten, wenn Serbien auch in diesem Jahre wieder sagen sollte: Wir sind noch nicht ganz fertig.“ Ziemlich übereinstimmend lautet ein Urtheil, welches in der zu Neusatz (östreichisch-Serbien) erscheinenden Zeitung „Sastawa“ (der Schlagbaum) über die Politik Serbiens gefällt wird, nur daß sich die Anklage hier directer gegen die mit Oestreich verbündeten Westmächte als gegen den Fürsten Michael richtet. „Serbien ist es eben nicht erlaubt sich selbst sicher zu stellen und dem Bedränger Widerstand zu leisten, das hat der Fall mit dem Dampfer Germania deutlich bewiesen, Serbien darf nicht an seine Zukunft denken, sich nicht naturgemäß entwickeln.“

Nach diesen Daten zu urtheilen sind die Gründe, welche Serbien zur Concentration seiner Macht und zu energischem Vorgehen gegen die Pforte drängen, somit nicht nur äußere, sondern hauptsächlich innere und zwar solche, welche vom Willen des Beherrschers der 1,100,000 Serben und Raitzen und seiner Skuptschina (Volksvertretung) unabhängig sind. Nicht sowohl russische Einflüsterungen oder russisches Geld und Waffensendungen, auch nicht eigener Ehrgeiz, sondern die Rücksicht auf einen durch jahrelange Opfer mühsam erkauften politischen Credit bei den benachbarten Stämmen ist der eigentliche Hebel, der den Fürsten Michael nöthigt, die Kräfte seines Staats zu sammeln und gegen die Pforte eine immer drohendere Haltung anzunehmen. Jene äußeren Motive kommen zweifellos auch in Betracht; während es bezüglich ihrer den friedensbedürftigen Westmächten aber immerhin möglich ist, einen energischen Gegendruck zu üben, erscheint die Macht der bosnischen Volkswünsche ebenso unbeschwörbar zu sein, wie die wohlgegründete Besorgniß der serbischen Minister, von entschlosseneren Nebenbuhlern überflügelt und in der elften Stunde um den Preis jahrelanger Opfer an Geld und Kräften betrogen zu werden.

So begegnen wir in den slavischen Ländern, welche von den Karpathen bis an den Balkan reichen, allenthalben Zuständen, deren Haltbarkeit mehr wie zweifelhaft erscheint, die mit oder ohne eine russische Intervention über kurz oder lang zusammenbrechen müssen, weil der Entwickelungsgang, den die Verhältnisse einmal genommen, auf eine gewaltsame Lösung zudrängt. Noch von dem gereizten, nahezu feindlichen Verhältniß, in welchem die Kroaten und die übrigen slavischen Bewohner Ungarns zu der neugegründeten magyarischen Ordnung der Dinge stehen, zu handeln, erscheint uns überflüssig, denn dieses Thema wird in der Mehrzahl aller Zeitungsblätter unaufhörlich variirt. Sei es uns statt dessen gestattet, noch in Kürze von den Berichten Act zu nehmen, welche die oben angeführten südslawischen Journale Sastawa und Napredak, sowie die in Wien erscheinende slawische Zeitung „Novy

Pozor" (das neue Schauspiel) von der Lage der Dinge und den Stimmungen in Bosnien, der Herzegowina und türkisch-Serbien entwerfen.

Aus BosnaSarai wird dem Napredak geschrieben:

„Die Stimmung ist so gereizt, daß wir selbst in unseren Häusern nicht mehr sicher sind. Eben ist der türkische Ramasan vorüber; diese Fastenzeit der Muhamedaner bringt uns jährlich viele Bedrückungen. Wenn wir uns, ohne an dieselbe zu denken, friedlich und mit der Pfeife in der Hand vor der Thür zeigen, so kann es leicht geschehen, daß wir den Rest der Fastenzeit im Gefängniß zubringen. „Verdammter Giaur" sagt der Türke, „ich muß fasten und kann nicht dulden, daß du inzwischen mit spöttischem Behagen auf mich herabsiehst." So bleibt uns Rahjas nichts übrig, als gleichfalls zu fasten und mit Sehnsucht die Stunde zu erwarten, in welcher die Festungskanonen das Ende dieser Zeit verkünden .... Jeder Europäer, der hierher kommt, sei's auch nur um Geschäften nachzugehen, wird sofort als Spion angesehen und ängstlich überwacht. Arme Türkei, was kann dir ein Spion schaden, da doch das gesammte Europa deine Schwäche kennt. Die Welt weiß, daß deine ruhmredige Sprache Unwahrheit ist und daß deine Macht in Bosnien völlig bedeutungslos ist. Du rühmst, daß in Sarajevo eine ganze, von Mustafa-Pascha commandirte Armee unter den Waffen ist, und doch besteht dieselbe nur aus einem Infanterie- und einem Cavallerie-Regiment und vier Batterien .... Und doch glauben die Türken, daß im Frühjahr ein Krieg gegen Serbien ausbrechen wird; sie sind davon fest überzeugt und in höchster Erregung, denn ihre Bücher enthalten die Weissagung, daß es in diesem Jahr zu einem großen Blutvergießen kommen müsse, wir aber zweifeln, denn Serbien droht und zögert schon seit sechs Jahren."

Aus demselben Ort wird dem Novy Pozor geschrieben: „Sowohl das Volk, als diejenigen Vertreter des Auslandes, denen es um Erforschung der Wahrheit zu thun ist, wissen ganz genau, daß das gegenwärtige bosnische Verwaltungssystem zu vollständiger Zerstörung des Landes und zu furchtbaren Geschicken für das gesammte Reich führen muß. Bosnien liegt von der Centralregierung weit ab und ist mit den übrigen Provinzen nur mangelhaft verbunden. Die neuerdings von der Regierung ergriffenen Maßregeln beweisen, daß dieselbe sehr wohl weiß, von Bosnien her drohe ihr unaufhörliche Gefahr und dieselbe könne nur durch Anwendung brutaler Gewalt und durch den Terrorismus, welchen der tyrannische Osman-Pascha täglich härter ausübt, beschworen werden. .... In Bosna-Sarai hat dieser Terrorismus so furchtbare Dimensionen angenommen, daß kein ehrlicher Mann zum Andern mehr in Beziehung treten kann, daß es unmöglich ist, gegen einen Günstling der Türken auch die gerechteste Klage anzustellen und daß die einzige Hilfe die ist, die von ausländischen Unterthanen geleistet wird. Unter solchen Zeichen hat das neue Verwaltungsjahr des bosnischen General-Gouvernements begonnen!"

Ob diese Schilderungen der Wahrheit gemäß sind, dürfte schwer festzustellen sein. Darauf kommt es aber zunächst auch nicht an, daß sie von Millionen geglaubt und von allen slavischen Blättern zwischen Wien und Moskau nachgedruckt werden, um die Aufregung der Stammesgenossen in Permanenz zu erhalten, das ist die Hauptsache. Von der ungeheuern Wirkung, die mit ihnen erzielt worden, von der Aufregung, welche das instinctive Gefühl, die Krisis stehe vor der Thür, allenthalben an der Donau hervorgerufen hat, legt eine in dem croatischen Journal „Sastawa" vor kurzem veröffentlichte Volksstimme Zeugniß ab, welche in der periodischen Presse der Nachbarprovinzen sofort Wiederhall gefunden hat. Ein ziemlich ausführlicher,

wie es scheint auf Grund von Reisebeobachtungen zusammengestellter Bericht über die Stimmung in Bosnien, Alt-Serbien und der Herzegowina enthält an seinem Schluß u. a. folgende Sätze:

„Was Frankreich, England und Oestreich anlangt, welche die morsche Türkenherrschaft stützen und das tapfere, freiheitslustige Christenvolk knechten, so wird es ihnen trotz aller Anspannung ihrer Kräfte nicht gelingen, das auf faulem Fundament stehende Haus vor den Stürmen zu schützen, — sie werden nur den Zusammensturz desselben beschleunigen. Sie ist nicht mehr fern die heilige Stunde, in welcher unsere Brüder aus Serbien und Montenegro die Fahne Nemanitsch's erheben und rufen werden: Mache sich jeder zum Kampf bereit, der sich einen Serben nennt, damit die Milch der Serbin ihn hicht verfluche (?). Die Zeit ist da, in welcher wir der Welt beweisen müssen, daß noch die alten Serben leben, bereit, für ihr Volk, für das Kreuz und die Freiheit in den Tod zu gehen. Auf diesen heiligen Ruf werden alle Serben vom adriatischen Meer bis nach Widdin, von der Kupa, Drava und Marosch bis zum Wardar einstimmig antworten: Tod oder Leben, Tod den Bösewichtern. Auch unsere Brüder die Bulgaren, Rumänen und Griechen werden sich auf diesen Ruf erheben, denn sie haben alle dieselben Interessen. In diesem Aufstande zählen wir darauf, daß das große, glaubensverwandte Rußland, das edle Preußen, das freie junge Italien und die freie Schweiz unserer heiligen und gerechten Sache wohl geneigt sein werden!" — In diesem begeisterten Stil geht es weiter; den Türken wird schließlich in ihrem eignen Interesse gerathen, der Bildung eines großserbischen Staats keine Hindernisse in den Weg zu legen, sondern sich durch Concessionen an denselben einen Rest ihrer Macht zu retten; andernfalls würden sie Gefahr laufen, alles zu verlieren, denn die serbische Idee lebe in der Brust jedes Sohnes dieses Stammes und sei nicht mehr von der Erde zu vertilgen.

Freilich, wie weit es mit der Thatkraft und Opferfreudigkeit her ist, welche hinter diesen hochtönenden Phrasen steckt, läßt sich aus der Ferne schwer beurtheilen. Mag dem aber sein wie ihm wolle, daß dieser Zustand gegenseitiger Aufreizung und Erregung aller die Donauniederung bewohnenden Slavenstämme nicht ewig fortdauern kann, und einmal zur Explosion kommen muß, ist zweifellos. Und doch besteht die ganze Weisheit der Mächte, welche für die Vertreter des alten europäischen Gleichgewichts gelten, darin, zu temporisiren und durch Anwendung von Palliativmitteln über die nächsten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Hat solch ein kleines Mittel einmal gewirkt, so gibt sich der gesammte europäische Westen wieder dem Gefühl der Sicherheit hin und freut sich des gewonnenen Aufschubs, als werde durch diesen die Gefahr auch stetig verringert. Schon beim Beginn des kretischen Aufstandes machte André Cochut in der Revue des deux mondes darauf aufmerksam, daß diese Politik der kleinen Hausmittel zur Fristung des Lebens der Türkei nur Rußlands Einfluß stärke und die slavisch-christlichen Völker unfehlbar in die Arme des nordischen Riesen treibe. Diese Warnung hat sich in der Geschichte der letzten Jahre wiederholt bewahrheitet. Der Umstand, daß das Mißtrauen der Türken sich in erster Reihe gegen die griechisch-orthodoxen Christen richtet, und daß der Uebertritt zum Katholicismus neuerdings für ein ziemlich sicheres Mittel gilt, um bei den Paschas in Gunst zu kommen, — gibt einen Maßstab dafür ab, von welcher Seite her Muselmänner wie Rajahs die Entscheidung erwarten. Hätten die Westmächte mit Rußland in Concurrenz treten wollen, sie hätten heute über einen beträchtlichen Einfluß in der christlichen Welt des Orients zu gebieten, denn bei allem ortho-

doxen Fanatismus sind die russischen Sympathien der Westslaven mit sehr gemischten Empfindungen versetzt. Jetzt stehn die Dinge so, daß je nach dem Verhalten Rußlands Erhaltung oder Zusammensturz der türkischen Zustände prognosticirt wird: die ganze Friedenssicherheit bezüglich des Orients, in welcher man sich neuerdings wiegt, beruht auf der Annahme, Rußland werde still halten. Daß es auch ohne die Dazwischenkunft dieser Macht an der Donau losbrechen kann und daß dieser Losbruch nur Rußland keinen Schaden bringen würde, — dafür glauben wir auch in den vorliegenden Berichten einige neue Belege angeführt zu haben. Keine Regierung kann eine Garantie dafür übernehmen, daß es in den türkischen Grenzländern ruhig bleibt, auch wenn Rußland nicht das Signal zum Aufstand gibt. Das werden auch die deutschen Politiker in Erwägung zu ziehen haben, wenn sie sich für den kommenden Sommer einrichten.

Der norddeutsche Bund und Prinz Napoleon.

Dem Prinzen Napoleon war, wie verlautet, bei seiner Reise Hauptzweck, durch seine Anschauungen von Personen und Verhältnissen den Kaiser über die Lebenskraft des norddeutschen Bundes, über die Stärke des Bundes und der im Bundesgebiete dagegen reagirenden Bestrebungen aufzuklären. Für solche Reise eines Familienmitgliedes mochte der Kaiser gute Gründe haben. Bei dem französischen Botschafter in Berlin, Herrn Benedetti, wird eine besonders abgeneigte Stimmung gegen die Resultate des Jahres 1866 vorausgesetzt, die französischen Agenten der kleineren Höfe berichten nach den Anschauungen der Coterien, in denen sie sich bewegen, und im Sinne ihrer Instruction, durch welche sie an einigen Höfen zum Mittelpunkt der antipreußischen Intriguen gemacht waren. Die bundesfeindliche Opposition hat in mehreren deutschen Territorien die Scham verloren, welche im Jahre 1867 wenigstens mißvergnügte Privatleute abhielt, bei Frankreich Zuflucht zu suchen; die Schilderungen allgemeiner Unzufriedenheit, welche nach Paris liefen, hatten dort Eindruck gemacht und große Erwartungen erregt; die Agenten des Welfen und anderer depossedirten oder geängsteten Dynastien stellten den Augenblick als günstig dar, um den haltlosen Bau des Bundes zu werfen, und wir dürfen den Umzug der hannöverischen Legion, die Wallfahrt nach Hietzing, die Verbreitung der Proclamation in Kurhessen und geheime Werbungen in Hannover als planmäßige Versuche betrachten, ein großes deutsches Mißvergnügen vor Europa festzustellen und ein Eingreifen des Kaisers Napoleon zu provociren, welches außerdem in seiner Umgebung warme Vertreter fand. Dazu kamen rührige Polen, welche in ihrem Sanguinismus versicherten, daß das polnische Element für Preußen eine große Verlegenheit und eine gefährliche Schwächung seiner Kraft sei. So war in dem officiellen Paris starke Neigung vorhanden, sich ein unrichtiges Bild von den deutschen Verhältnissen zu machen.

Wir wissen nicht, ob die Beobachtungen, welche Prinz Napoleon von Kassel,

Berlin und Dresden heimgebracht hat, dies Bild berichtigen werden. Aber wenn man aus den Eindrücken, welche der Prinz in Berlin gemacht, auf die schließen darf, welche er selbst empfangen, so dürfen wir wohl friedliche Resultate von dieser Reise erwarten. Denn Prinz Napoleon hat, wie man hört, überall gut gefallen, er zeigte sich gescheidt, klar, mit ruhiger Haltung, und einem lebendigen Interesse, sich zu informiren; sicher hat er Alles gesehen und zu beurtheilen gesucht, was sich bei einem Aufenthalt von wenigen Tagen erkennen läßt; die Reise nach Posen hat er als unnöthige Demonstration aufgegeben.

Wir Deutsche haben wenig Geheimnisse zu verbergen. Stärke und Schwäche unserer Stellung liegen klar am Tage. Wir sind kein reiches Volk, eine Mißernte und der Nothstand in Ostpreußen werden den Staatseinnahmen einen Ausfall veranlassen, aber unsere Finanzen würden uns dennoch gestatten, den größten Krieg ohne Anleihe zu beginnen. Die Armee des norddeutschen Bundes vermag jetzt im zweiten Jahre ihrer Organisation, mit ihren Reserven, ohne Landwehr, eine halbe Million Streiter aufzustellen, wobei das 12. (sächsische) Bundesarmeecorps außer Rechnung gelassen ist. Zu weiteren Formationen würden allerdings die preußischen Landwehren noch einmal, wenigstens zum Theil, für das übrige Deutschland herangezogen werden müssen. — In den annectirten Landschaften und den übrigen Staaten des Bundes besteht über Einzelnes viel Unzufriedenheit. Sie war zum großen Theil unvermeidlich, die Depression des Handels und Verkehrs, für welche der neue Staat nicht verantwortlich ist, haben das Gefühl neuer Größe und eines frischen Gedeihens bisher zurückgehalten, die stärkere Anspannung des Volkes für staatliche Leistungen ist den Nichtpreußen noch sehr lästig, große Veränderungen in der Gesetzgebung, Verwaltung und vor Allen in der Besteuerung machen jederzeit eine Bevölkerung auf einige Jahre unzufrieden.

Aber unleugbar sind die Schwierigkeiten der Neubildung zumal in den annectirten Ländern den Bevölkerungen fühlbarer geworden, als nöthig gewesen wäre. Preußen trat in den Kampf des Jahres 1866 ein, während es selbst in einer Entwickelungskrankheit war; im Innern hatte ein parteisüchtiges und engherziges Regiment nicht nur geärgert, auch in Lehre und Verwaltung zurückgehalten; unter den leitenden Beamten fehlte zu sehr Urtheil, Geschick und Kraft, denn zu lange war das, was man damals conservative Gesinnung nannte, die erste Forderung an den Staatsdiener gewesen. Zumal in den obern Verwaltungsstellen war ein öder Mangel an Talenten und Charakteren; die Wahlen, welche man bei Besetzung einflußreicher Posten in den annectirten Landschaften traf, waren in der Mehrzahl nicht glücklich; die alte Idee des persönlichen Regimentes verhinderte zuletzt eine Regeneration des Staatsministeriums. Kein Wunder also, wenn auch Solche unzufrieden sind, welche Fähigkeit und guten Willen mitbrachten, die neue Lage der Dinge anzuerkennen.

Aber es gibt in dieser unbequemen Zeit für den Fremden ein Symptom, und wie uns scheint, ein untrügliches, daß der Deutsche sich doch mit dem besten Theil seines Empfindens bereits in dem Bundesstaate eingerichtet hat. Von allen lästigen Neuerungen hat keine sich so behend in die Seelen eingelebt, als gerade die, welche in Frankreich die größten Schwierigkeiten bereitet, die allgemeine Dienstpflicht. Wie denn überhaupt die gesammten militärischen Organisationen des Bundes am schnellsten und im ganzen mit der glücklichsten Verbindung von Schonung und Energie eingerichtet sind. Wenn aber der gebildete Hesse und Sachse sich so willig und nicht selten mit einem gewissen kriegerischen Stolz gefallen läßt, daß die jungen Männer seiner Familie

Soldaten des Bundes werden, so mag man im Ausland versichert sein, daß er sich in kurzem völlig darein finden wird, der Bundeskasse die nöthigen Steuern zu zahlen.

Auch wer unbefangen in Berlin die Personen begutachtet, wird nicht ohne Respect scheiden. In der Stadt und der Staatsmaschine noch viel von der Enge und Beschränkung eines kleineren Staats, vielleicht sogar in den Leitern der Geschäfte, außerdem aber überall junge Kraft und redlicher Eifer; eine regierende Familie, sehr fest in ihrem Volke verwachsen, ein arbeitsames, opfergewöhntes Volk, welches jetzt das Bedürfniß hat, auf seinen Staat stolz zu sein, treue und gewissenhafte Beamte, welche fest an ihren Staat glauben und ihm mit Devotion dienen. Wer das nicht sehen wollte, dem läge der Fehler in den Augen. — Und alles zu sagen, unsere deutschen Feinde im Norden des Main, die lauten und die stillen, sind wenig darnach angethan, feindlichen Conaten des Auslandes schätzenswerthe Bundesgenossen zu werden, und ihre Pläne und Seufzer schaffen uns mehr gute Laune als Sorge.

Hat aber der Verwandte des französischen Kaisers gut beobachtet, so ist ihm eine ganz andere Schwäche unsers Bundes nicht Geheimniß geblieben. — Preußen und der Bund helfen selbst dazu, die Illusionen der Gegner zu nähren. Die Organisation des Bundes trägt noch allzusehr den Charakter eines Provisoriums; noch ist oft zufällig, was geschieht und unterlassen wird; auch was geschieht, hat zu sehr ein persönliches Gepräge, es ist nur ein Mann, Graf Bismarck, der die Summe aller Arbeiten im norddeutschen Bund disponirt, überwacht und vertritt, und wie groß seine Arbeitskraft sei, sie ist nicht im Stande, die gewaltige Strömung neuer Interessen in stetigem, wohlthätigem Fluß zu erhalten.

Im Jahr 1867 war die Dictatur des Grafen Bismarck eine Nothwendigkeit; damals galt es, die Grundlagen der neuen Organisation zu gewinnen durch schnelle That, durch persönliche Compromisse, durch einen festen, einheitlichen Willen. Es war ein gutes Zeichen für die politische Intelligenz der Nation, daß die Nationalen und Conservativen in richtiger Würdigung dieser Nothwendigkeit übereinstimmten. Jetzt aber sind durch die Verfassung des Bundes weite Gebiete von Interessen geschaffen worden, ein Departement des Krieges, der Finanzen, des Handels neben dem auswärtigen Amte. Jedes dieser Departements fordert einen kräftigen Mann als Leiter, jedes fordert gebieterisch einen Organismus, welcher regelmäßige und zwar eminent schöpferische Thätigkeit zu entwickeln vermag. Und dieser Ausbau fehlt. Es ist unmöglich, daß die ganze Bundesarbeit wie ein Neben- oder Seitengeschäft von den alten preußischen Ministerien, oder durch die Kanzlei des Grafen Bismarck bewältigt werde. Es ist ferner unmöglich, daß ein Bundesrath, der gelegentlich einberufen wird, diese Continuität der Administration darstellen helfe und durch seine Mitwirkung dem Bundeskanzleramt die Sicherheit, die Ideen, den Respect herstelle, welche eine wohlorganisirte Ministerarbeit dem neuen Staatsleben geben würde. Es ist endlich unmöglich, daß ein Mann, selbst mit der größten Personen- und Sachkenntniß und mit unerschöpflicher Erfindungs- und Arbeitskraft ausgestattet, zugleich die geordnete Verwaltung des Bundeskriegswesens, der Finanzen, des Handels und der auswärtigen Angelegenheiten in kräftigem Zuge erhalten könne. Jetzt ist unvermeidlich, daß in dem Drange gehäufter Geschäfte nur gerade das erledigt wird, was sich, vielleicht zufällig, als dringlich empfiehlt. Und es ist nicht unberechtigte Ungeduld, wenn schon jetzt leise Klage tönt, daß frische Energie und Thatkraft des Bundes nur gelegentlich und nur da sich äußere, wo gerade Graf

Bismarck ein Interesse gewinne, und daß von seiner persönlichen Auffassung der Personen und Sachen allzuviel abhänge. Schreiende Uebelstände des Auswanderungswesens z. B. veranlassen ihn zur Niedersetzung einer Commission, laute Klagen über die Mängel unseres Beleuchtungswesens zur See mögen vielleicht wieder die Vorschläge einer Commission und langwierige Verhandlungen mit den Küstenstaaten hervorrufen; Vorschläge der preußischen Admiralität mögen ihn in guter Stunde veranlassen, einmal Befehl zum Bau neuer Panzerschiffe zu geben, wenn einmal andere Klagen über die abgeneigte Stimmung des Offiziercorps in einem Bundesstaat ihm nahe treten sollten, würde er vielleicht auf irgend eine acute Maßregel dagegen dringen, vielleicht auch nicht. Aber diese improvisirende Art, die größten Interessen der Nation zu behandeln, erweist sich schon jetzt nach einem Jahr als ungenügend. Sie trägt wesentlich dazu bei, den Separatismus zu ermuthigen.

Graf Bismarck hat ein wohlerworbenes Recht, sich als Schöpfer und Mittelpunkt des deutschen Neubaus zu betrachten. Es würde jedem Mann in so einziger Stellung schwer werden, Gedanken und Willen durch Compromisse mit gleichberechtigten Collegen zu beschränken, und ihm sagt man nach, daß es ihm besonders schwer werde, eine selbständige Kraft neben sich zu ertragen. Dennoch wird die starke Selbstüberwindung, welche ihm die Einrichtung geordneter Bundesministerien kosten muß, die edelste Förderung sein, welche er jetzt der großen Arbeit seines Lebens zu geben vermag. Daß seine preußischen Minister-Collegen für diese Aufgabe sich nicht eignen, erschwert die nöthige Neubildung; sie macht ihr Bedürfniß um so größer.

Daß dieser nächste Schritt für Stärkung des Bundes den meisten Bundesregierungen unwillkommen wäre, ist zweifellos, denn erst durch ihn würden sie dem Bunde wirklich eingefügt und von den Illusionen befreit werden, mit denen jetzt noch einzelne sich im geheimen ihre Zukunft färben. Auch in Preußen würde die Einrichtung von Bundesministerien in das Gefüge der Beamtenhierarchie verhängnißvoll eingreifen, und auch dort würde es an Widerstand nicht fehlen.

Aber wenn der Bund seine Lebenskraft erweisen, wenn er sich gegenüber den Interessen der Einzelstaaten befestigen und vor Allem, wenn er der Nation das stolze Gefühl eines kräftigen Fortschritts geben soll, ist eine geordnete regelmäßige Verwaltung und eine Gliederung der höchsten Bundesregierung in Ministerien mit verantwortlichen Chefs unentbehrlich geworden, und es ist, so scheint uns, jetzt die größte Aufgabe der nationalen Partei, diese Consolidirung zu verlangen, und den Bundeskanzler dabei zu unterstützen.

♀

Verantwortliche Redacteure: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. I. Semester.

Die Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

№ 13.

Ausgegeben am 27. März 1868.

Inhalt:

Leipzig, 1868.
Friedrich Ludwig Herbig.
(Fr. Wilh. Grunow.)

Bildungsgang eines Gelehrten am Ausgang des 15. Jahrhunderts.

Die naive Schilderung, welche Thomas Platter in seiner Selbstbiographie von dem Leben und Treiben unter den fahrenden Schülern und seinem ferneren Bildungsgang gibt, ist aus Freytags Bildern allgemein bekannt. Wenn die lebendige Anschaulichkeit seiner Darstellung auch gar keinen Zweifel zuläßt, daß er eigene Erlebnisse mit der treuesten Wahrheit wiedergibt, so machen doch seine Berichte auf uns einen so seltsamen Eindruck, daß man geneigt sein könnte, ungewöhnliche und ausnahmsweise Erfahrungen darin zu sehen. Man wird daher auch einen andern Erzähler nicht ungern hören, der bezeugen kann, wie das, was uns jetzt so schwer begreiflich erscheint, einst an der Tagesordnung war. Ein Benedictinermönch des Klosters Laach am Rhein, Frater Johannes Piemontanus, hat in einem an seinen geliebten Bruder Philipp, Schulmeister in Münster- und Westphalenland, gerichteten Reisebuch (Odeporicon) seine Lebensweise, namentlich seine Jugend und seinen Bildungsgang ausführlich geschildert. Als Gelehrter schreibt er lateinisch in fließender Sprache, die durch Citate und Anspielungen von seiner classischen Lecture Zeugniß ablegt, doch läßt das fremde Kleid nirgend Unmittelbarkeit und Frische lebendiger und treuer Jugendeindrücke vermissen. Wer aus seiner Handschrift ihm nacherzählt, muß freilich beträchtlich kürzen, aber er würde ihm Unrecht thun, wenn er ihn nicht in der Muttersprache einfach und ohne classische Reminiscenzen reden ließe.

Johannes Butzbach ist in Miltenberg im Jahr 1478 geboren, der Sohn Meister Conrads, eines ehrsamen, nicht unbemittelten Webers. Als kleines Kind nahm ihn die Schwester seines Vaters, die in kinderloser Ehe mit einem reichen Mann lebte, zu sich und erzog ihn mit mütterlicher Liebe. Frühzeitig schickte sie ihn in die Schule; anfangs lockte sie ihn mit Brezeln, die er zur Belohnung erhielt, wobei er des horazischen Verses eingedenk ist, daß

> manchmal auch liebkosende Lehrer den Knaben
> Backwerk spenden;

nachher hielt sie ihn mit Ernst zum Schulbesuch an und sparte die Ruthe

nicht. Später dankte er ihr diese verständige Strenge — denn, sagt er wieder mit Horaz,

> ward einmal er getränkt noch neu, so bewahrt die Gerüche
> lange der Topf. —

Der Knabe wußte sie aber noch so wenig zu würdigen, daß er sich, als nach vier Jahren die mütterliche Pflegerin starb und er ins elterliche Haus zurückkehrte, mit der Hoffnung tröstete, mit der Schule werde es nun vorbei sein. Darin täuschte er sich; seine Eltern hielten ebenfalls auf fleißigen Schulbesuch, aber die Aufsicht konnte nicht so streng geführt werden. So brachte er manchen Tag im Kahn auf dem Fluß statt in der Schule zu und entschuldigte sich vor dem Lehrer damit, daß er zu Hause in der Werkstatt oder in der Küche gebraucht worden sei. Eines Tages hatte er vergessen, daß er an einem Fasttage hinter die Schule gegangen war und brachte als Entschuldigung vor, daß er auf den Braten habe Acht geben müssen. Für Versäumniß und Lüge mit Ruthen gestrichen, war er fleißig, solange ihn die Schmerzen der Striemen und Narben beim Sitzen warnten; bald verlockte ihn wieder das lustige Kahnfahren. Da erregte er einmal bei seinem Vater Verdacht, dem die lateinischen Vocabeln, die der Knabe als frisch gelernte nach der Schule hersagen mußte, so bekannt vorkamen, und am andern Tage brachte die Mutter selbst ihn in die Schule und forderte den Lehrer auf, ihn nach Verdienst zu strafen. Unglücklicherweise hielt der Unterlehrer gerade Schule, ein roher, prügellustiger Mensch, der den Knaben ausziehen und an die Säule binden ließ und mit den Mitschülern um die Wette auf ihn losschlug. Auf der Straße hört die Mutter das Wehgeschrei des Geprügelten, kehrt um, dringt mit Gewalt in die verriegelte Schulstube und stürzt ohnmächtig zusammen, als sie ihr Kind unter barbarischen Mißhandlungen blutbedeckt an der Säule sieht. Nachdem sie zu sich gebracht worden war, nahm sie den Sohn mit und drohte dem Lehrer, daß er fortan kein Bürgerkind mehr mißhandeln solle. Auf die sofort ergangene Klage wurde er auch abgesetzt und zu der für ihn passenderen Stelle eines Stadtbüttels befördert. Später hat er dem ehemaligen Schüler die grausame Züchtigung reumüthig abgebeten.

Was nun zu machen? In die Schule konnte Hans nicht wieder gebracht werden, und doch stand des Vaters Sinn darauf, der Sohn solle studiren und geistlich werden. Da traf es sich, daß der große Sohn eines Nachbarn als fahrender Schüler (Beanus)*) von der Hochschule in den Ferien nach Hause kam und von seiner Gelehrsamkeit und dem Studentenleben

---

*) Beanus ist eigentlich die Benennung für den noch nicht durch feierliche Deposition zum Studenten erhobenen Schüler, dann auch geringschätzig für den fahrenden Schüler überhaupt.

viel Gerede machte. Der erbot sich, wenn man den Knaben ihm anvertrauen wollte, väterlich für sein Wohlergehen an Leib und Seele zu sorgen, ihn zum Lernen und zu allem Guten anzuführen und nach einigen Jahren als perfecten Gelehrten wieder heimzubringen. Der Vater ging nach wiederholter Rücksprache mit dem vielverheißenden Beanus darauf ein, überantwortete diesem eine Summe Geldes und sagte ihm fernere Unterstützung zu, nur solle er für seinen Hans sorgen und es ihm nicht fehlen lassen. Der war froh, aus dem Ort zu kommen; er dachte nach dem Sprichwort, draußen in der Welt hingen die Bratwürste an den Zäunen und die Häuser seien mit Pfannkuchen gedeckt, und wer ihn fragte, dem versicherte er, unter zehn Jahren bleibe er nicht aus, aber dann käme er als Doctor heim. So rückte der Abschied heran. Der Vater versammelte die Angehörigen zum feierlichen Abschiedstrunk, gab dem Sohn mit vielen frommen Vermahnungen (die ein etwas livianisches Colorit bekommen haben) seinen Segen und begleitete ihn mit der Familie bis ans Thor. Die Mutter ging weinend und klagend noch eine Strecke weiter mit. Der Beanus, der merkte, daß auch dem Knaben weich ums Herz wurde und fürchtete, er möchte am Ende wieder mit umkehren, redete ihr zu, sie ziehen zu lassen; es gehe ja nur nach Nürnberg, von wo sie durch Handels- und Fuhrleute immer gute Nachrichten von ihrem Ergehen bekommen würde. So trennte sie sich denn von ihnen und Hans schlich bitterlich weinend hinter seinem Beanus her, der ihm anfangs mit guten Worten tröstlich zusprach; je weiter sie sich entfernten, je weniger an ein Umkehren zu denken war, desto kürzer und härter wurden seine Weisungen an den Knaben, den er vor sich hergehen ließ.

Nach einem Marsch von zwei Meilen machte der arme Junge schon im ersten Nachtquartier die Erfahrung, wie sein Beanus die Pflicht väterlicher Fürsorge auffaßte. Kaum im Wirthshaus angelangt, bestellte er ein reichliches Abendessen, ließ eine Anzahl armer Verwandter und Bekannter zusammenholen und tractirte sie von dem Gelde, das ihm Meister Conrad mitgegeben hatte, ohne sich um dessen Sohn zu kümmern. Als die mitleidige Wirthin fragte, ob nicht für den Burschen, der weinend am Ofen „in der Hell" saß, gesorgt werden solle, meinte der wackere Pflegevater, dem thue Schlaf mehr noth als Essen, und zum erstenmal mußte Hans hungrig zu Bett gehen. Das nächste Nachtquartier gab ihnen in Bischofsheim ein Weber, der bei Meister Conrad in Arbeit gestanden hatte; er nahm sich des Knaben an, verpflegte ihn gut, redete ihm wohlmeinend zu und richtete seinen Muth wieder auf, daß er getrost weiter zog. So kamen sie in Tagemärschen von zwei Meilen über Weinsheim und Langezen (longus dens) endlich nach Nürnberg, das mit seinen Thürmen und Zinnen so weither sichtbar wurde, daß der ungeduldige Reisende das Ziel gar nicht erreichen zu können

glaubte. Aber beim Eintritt in die Stadt sollte er gewahr werden, wie ein A-B-C-schütze mit seinem Beanus seinen Einzug hielt. Nachdem dieser durch Erzählungen von den Herrlichkeiten Nürnbergs seine Erwartungen aufs höchste gespannt hatte, sagte er zu ihm: „Weil du noch nie hier warst, mußt du dir das Gesicht mit Straßenkoth beschmieren lassen, und dann gehst du hinter mir her und unterstehst dich nicht, dich umzusehen oder mit offenem Maul die hohen Häuser anzugaffen; wenn ich in den Straßen auf dich warten muß, gibts im Wirthshaus jämmerliche Schläge." Mit unterdrückten Thränen schlich Hans hinter ihm drein und kaum waren sie in der Stadt, so stürzten aus den Häusern die Schüler hinter ihnen her, machten ihm Eselsohren und verfolgten ihn mit Schimpfen und Spotten bis zur Herberge, wo sie hörten, daß er als Schüler dort bleiben werde. Aber der Beanus fand bei näherer Nachfrage, daß hier noch zuviel Verkehr mit Miltenberg sei, sein Schüler konnte leicht Nachricht nach Hause gelangen lassen, oder auch wohl Gesellschaft zur Heimreise finden. Unter dem Vorwande, daß Nürnberg mit Studirenden überfüllt sei, wurde wieder aufgebrochen, um einen freien Platz in einer Burse*) aufzufinden. Ueber Forchheim, das mit Recht den Ruhm seines weißen Brodes, mit Unrecht, wie Johannes kritisch bemerkt, den, die Vaterstadt des Pilatus zu sein, in Anspruch nahm, kamen sie nach Bamberg, welches ihm außerordentlich gefiel und durch eingerückte Verse aus Gotfrieds Chronik gepriesen wird. Im allgemeinen Armenhospital fanden sie zwar gute Aufnahme, aber der Rector Gymnasii verweigerte ihnen wegen der großen Zahl der Scholastici die Aufnahme und so ging es denn auf demselben Wege wieder nach Nürnberg zurück. Auf Johannes machte Nürnberg mit seiner Burg, seinen Reliquien und Reichsinsignien, seinem Verkehr mit reichen Handelsleuten aus fernen Ländern von Venedig bis Antwerpen den mächtigen Eindruck einer Weltstadt, wie sie Dr. Hartmann Schedel in seiner schönen Cronica beschreibe, dessen Angaben er aus eigner Anschauung bestätigt. Indessen war auch jetzt seines Bleibens dort nicht; sein Beanus, dem es ums Studiren gar nicht zu thun war, machte sich mit ihm wieder auf die Suche nach einer passenden Burse und zog als echter Bachant**) mit seinem Schützen in Baiern umher. Dies müßige Vagiren war es, was ihm behagte, sein Schüler erinnerte sich nicht, je ein lateinisches Wort von ihm gehört zu haben, von Lernen war daher nicht die Rede, wohl aber vergaß er, was er noch aus der Schule mitgebracht hatte. Solange nun das Geld reichte, das Meister Conrad beigesteuert hatte, wurde sorglos in den Tag hineingelebt; als das ausging, mußte der Schütz betteln. Der Beanus

*) Burse hieß das Haus, in welchem Studenten zusammen unter Aufsicht wohnten.
**) Fahrender Schüler.

war dazu zu bequem, auch wußte er wohl, daß man ihm als einem großen starken Burschen Arbeit bieten, aber kein Almosen geben würde, der zehnjährige übelgehaltene Knabe konnte eher auf Mitleid rechnen. Kamen sie an einen Ort, so wurde Hans hineingeschickt und mußte sich durch grundlose Straßen, in deren Koth er oft bis über die Knie versank, und Schaaren bissiger Hunde, die ihn in Todesangst, auch wohl in wirkliche Todesgefahr brachten, durchschlagen und von Haus zu Haus Gaben heischen. Am Ausgang erwartete ihn dann sein Herr, der auf bequemen trockenen Wegen um den Ort herumgegangen war. Hatte er nichts oder nichts ordentliches bekommen, setzte es Schläge; brachte er etwas gutes mit, verzehrte es der Beanus und ließ ihm nichts oder den Abfall übrig. Dabei hatte er ihn immer in Verdacht, daß er von den geschenkten Lebensmitteln schon etwas verzehrt hätte und pflegte das probate Bachantenmittel anzuwenden, daß er ihn warmes Wasser trinken und ausspucken ließ, um zu sehen, ob er nichts fettes im Munde hätte. Nun kam es nicht selten vor, daß mitleidige Frauen ihn ins Haus riefen, sich an den Tisch setzen ließen und gut bewirtheten; so oft der Beanus davon erfuhr, vergalt er es mit reichlichen Püffen und Schlägen.

Auf dieser academischen Laufbahn wandelte der gute Hans fechtend über Culmbach und Hof nach Böhmen; dort fanden sie in Kaaden endlich eine Burse, wie sie dem Beanus zusagte. Der Stand der Studien war so niedrig, daß er trotz seiner Unwissenheit als ein Gelehrter großthun konnte. Sie theilten das Zimmer mit zwei alten Studenten, die auch ihre Schützen bei sich hatten. Wegen der starken Kälte pflegten die Jungen auf einer Bank über dem Ofen zu schlafen, von der Hans eines Nachts herunterstürzte, und weil er dabei nicht blos seinen Kopf, sondern auch den Ofen beschädigt hatte, bekam er noch tüchtige Schläge in den Kauf. Da es hier, wo alles bettelte, mit dem Betteln keinen rechten Fortgang hatte, verlangte der Beanus, Hans solle durch Stehlen das Deficit ergänzen, aber dazu ließ er sich durch keine Mißhandlungen bewegen. Mit dem Frühjahr zogen sie nach Commotau von da nach einigen Monaten durch die Pest wieder vertrieben, nach Machtau, wo sie nur einen fremden Schüler, einen Baiern mit seinem Schützen fanden. Hier waren sie mitten unter hussitischen Ketzern, und der schlimmsten einer war der Herr der nahegelegenen Burg, ein grausamer Wüthrich und in Zauberkünsten geübt, von dem man schreckliche Geschichten erzählte. Einen Kammerdiener, der es bei ihm nicht hatte aushalten können und entwichen war, hatte er trotz eines großen Vorsprungs durch seine „Nigromantik“ in seine Gewalt gebracht und zum Tode verurtheilt. Allgemein verwandte man sich für den Unglücklichen, der brav und beliebt war, die Geliebte des „Tyrannen“ bat ihn fußfällig um Gnade, seine eigene Mutter eilte herbei und beschwor ihn, sich nicht mit einem solchen Verbrechen zu belasten: vergebens,

der Flüchtling wurde vor einer großen wehklagenden Menschenmenge ausgepeitscht und aufgehängt. Daran knüpft sich die Bemerkung, es gebe leider noch gar manche Edelleute, die, jemehr man sie bitte, nur um so härter und grausamer würden. Derselbe „Tyrann" hatte seinen Koch auf einem Diebstahl ertappt; auch dieser wurde in den Thurm geworfen und sollte gehängt werden. Nun hatte der Koch einen Bären von Jugend auf gezähmt und ganz an sich gewöhnt; der Tyrann, von allen Seiten um Freilassung des Kochs bestürmt, erklärte zum Hohn, wenn der Bär ihn aus dem Thurm holte, wolle er ihm das Leben schenken. Und siehe da, der Bär zeigte menschliches Gefühl und menschlichen Verstand. Als zur gewohnten Zeit das Futter ausblieb, eilte er an den Thurm und gab durch Kratzen und Brummen seine Gegenwart zu erkennen. Dann packte er den Strick, an dem die Gefangenen herausgezogen wurden, mit den Tatzen, warf das andere Ende mit dem daran befestigten Sitzbret in den Thurm hinunter dem Gefangenen unter beständigem Brummen zu und zog diesen glücklich aus dem Verließ wieder heraus. Zuerst hatte der Tyrann seinen Spaß an dem klugen Thier, nachher aber ärgerte es ihn, daß er deshalb hatte nachgeben müssen; er ließ den Bären in den Wald führen und mit Hunden hetzen, und da diese dem gewohnten Spielgenossen kein Leid anthun wollten, zwang er die Jäger durch heftige Drohungen, ihn zu erschießen. Es war überhaupt eine unheimliche Gegend. Ein Vetter dieses Edelmanns hatte es durch unmenschliche Grausamkeit dahin gebracht, daß böse Geister seine Burg bei Nacht von Grund aus zerstörten; eine merkwürdige Begebenheit, die Butzbach in einem anderen Buch ausführlich erzählt hat. In der Nähe war noch ein Berg, in welchem Schätze verborgen waren, die nur ein unschuldiger Knabe sehen und heben konnte, jeden anderen erwürgten die schatzhütenden Geister. Dem Beanus gefiel diese Gelegenheit, ohne eigene Gefahr ein reicher Mann zu werden, er muthete daher Hans zu, den Schatzgräber zu machen. Die Geister brauchte der zwar nicht zu fürchten, aber das ganze Unternehmen erschien ihm so bedenklich, daß er sich weder durch Vorstellungen noch Schläge dazu bringen ließ. Der Beanus mußte sich es also an dem genügen lassen, was sein Schütz ihm erbettelte und — was hier nun nicht mehr zu vermeiden war — an Hühnern und Enten zusammenstahl. Dazu wußte er ihm als alter Praktikus sinnreiche Anweisung zu geben, während es übrigens mit dem Lernen schlecht bestellt blieb. Auch that es ihm zunächst mehr noth, böhmisch als lateinisch zu lernen, weil er sich auf seinen Betteleхpeditionen kaum zu helfen wußte. Da er es dabei meistens mit den Frauen zu thun hatte, bat er einen Mitschüler, ihn ein recht feines Compliment zu lehren, womit er auf hübsche Mädchen Eindruck machen könne. Dazu war der gern bereit; allein als Hans nach einigen Tagen mit der eingelernten Anrede bei

der jungen Schwester eben dieses Mitschülers die Probe machte, sprang die entrüstet vom Stuhl auf, ergriff den Rocken und ging damit dem Complimentenmacher so ernstlich zu Leibe, daß dieser voll Schrecken rückwärts zur Thür hinausstolperte, einige junge Gänse zertrat und unter lauten Schmähungen des Mädchens über die Straße floh. Als er dem Mitschüler ganz bestürzt erzählte, was ihm für ein Empfang geworden sei, gestand ihm dieser lachend, daß er ihm die beleidigendsten Unfläthereien beigebracht habe. Das ließ sich denn Hans zur Warnung dienen, auf diesem Wege keine fremde Sprache zu lernen.

Auch von da vertrieb sie eine Seuche, und nachdem sie einige Wochen in Carlsbad die Bäder gebraucht hatten, wandten sie sich nach Eger, wo sie nicht allein als Scholares zugelassen, sondern bei reichen Leuten als Pädagogen für die Kinder, welche die Schule besuchten, angenommen wurden. Hier ging es Hans gut und er hätte etwas lernen können, aber sein Beanus, der jetzt ohne ihn bestehen konnte, gönnte ihm nicht, daß es ihm ebensogut und vielleicht besser ging, als ihm selbst und war ebensowenig gemeint, sein Recht, Vortheil von ihm zu ziehen, aufzugeben. Er vermiethete ihn daher an zwei ältere rohe Studenten, denen er den Winter über alle Dienste leisten und für die er betteln mußte. Als er auf Zureden der Eltern seines Zöglings sich dieser Knechtschaft zu entziehen suchte, lauerte ihm sein Beanus auf der Straße auf und schleppte ihn in die Wohnung seiner Gesellen. Dort zerschlugen ihn alle drei aufs entsetzlichste und sperrten ihn die Nacht in einer kalten Kammer ein; morgens wurde er, nachdem er für die Folge Gehorsam gelobt hatte, unter harten Bedrohungen entlassen. Als die Eltern seines Zöglings dies erfuhren, beredeten sie ihn, in ihrem Hause zu bleiben und das weitere abzuwarten. Am folgenden Morgen drang der Beanus mit seinen Gesellen und einer Schaar von Schützen ins Haus, um den Flüchtling herauszuholen; bewaffnet kam ihnen der Hausherr entgegen, schlug wie rasend blindlings auf sie ein und jagte den Haufen in die Flucht. Aber was half Hans dieser Sieg? Sein Beanus ließ ihm sagen, wenn er sich auf der Straße sehen ließe, würden sie ihn zerreißen; er wagte daher weder in die Schule zu gehen noch irgend ein Gewerbe zu bestellen. Endlich kam er zu dem Entschluß, die Schule aufzugeben, machte sich heimlich davon und kam glücklich wieder nach Carlsbad. Was aus seinem Beanus geworden sei, hat er nicht erfahren; nach Miltenberg hat er sich nicht wieder gewagt; seine beiden Gesellen wurden später wegen Diebstahls aufgehängt.

In Carlsbad ging der nunmehr zwölfjährige Hans, der auf eine Fortsetzung seiner Studien gänzlich verzichtete, in den Dienst einer vornehmen böhmischen Familie, die ihn mit sich auf ihre Güter nahm. Wie ein Höriger wurde er von einem Herrn an den andern verkauft, vertauscht, verliehen

und bediente bald im Stall oder auf der Weide das Vieh, bald als Kämmerling oder Reitknecht in der Burg oder am Hoflager die Herrschaft. Fünf Jahre verlebte er unter mancherlei Abenteuern in einem Lande, dessen Sprache ihm, wiewohl er sie sich jetzt bald aneignete, so barbarisch erschien, daß er, wenn die Burschen den Mädchen Ständchen brachten, immer glaubte, es werde Mord und Feuer geschrieen, weil alle sich bei den Köpfen haben. Fühlte er sich auch zu Zeiten geschmeichelt, wenn die Bauern, die jeden Fremden für einen Vornehmen hielten, ihn als Pan (Herr) Hansle anredeten, so stießen ihn doch Land und Leute ab, er konnte sich dort nicht heimisch fühlen. Von den Räuberbanden in den böhmischen Wäldern, von ungeschlachten Sitten, von Ketzerei und Aberglauben weiß er zu berichten. Doch ließ er sich sympathetische Curen wenig einladender Natur gefallen, deren Sündlichkeit ihm freilich später in der Beichte klar gemacht wurde; aber wahr muß wahr bleiben: geholfen hatten sie ihm. Doch als eine alte Hexe, deren es damals in Böhmen viele gab — diese war freilich aus Deutschland dahin gekommen —, sich erbot, in eine schwarze Kuh verwandelt ihn in einem Tag und einer Nacht über Berg und Thal, durch Wälder und Flüsse nach Deutschland zu tragen, verwünschte er sie, wo sie hin gehörte, ins höllische Feuer, so groß sein Verlangen nach der Heimath auch war. Aber ohne übernatürliche Künste fortzukommen war nicht leicht, überall paßte man ihm scharf auf und hielt seine guten Kleider und Sachen unter Verschluß. Die mußte er auch im Stich lassen, als es ihm endlich durch einen glücklichen Zufall gelang, seiner Herrschaft zu entwischen und dann über die Grenze zu kommen. Und als er erst in Deutschland war, da ließ es ihm keine Ruhe, bis er mit Hilfe wohlthätiger Menschen auch seine Vaterstadt erreichte.

Als Doctor kam er freilich nicht wieder nach Miltenberg und statt lateinisch brachte er nur böhmisch mit, die Freude über seine Wiederkehr bei Verwandten und Bekannten war darum nicht minder groß. Seine Mutter, die ihn schon verloren gegeben hatte, war überglücklich, aber mit einer Trauerkunde empfing sie ihn, die ihn bittere Thränen kostete: sein Vater war während seiner Abwesenheit gestorben. Seine Mutter hatte sich wieder verheirathet und in seinem Stiefvater fand er einen braven Mann, der ihn mit herzlicher Liebe aufnahm und für ihn Sorge trug, wie für sein eigenes Kind. Der Gedanke an gelehrte Studien wurde jetzt ganz aufgegeben; Hans entschloß sich, Schneider zu werden und wurde zu einem tüchtigen Meister in einem benachbarten Ort in die Lehre gegeben und die Lehrzeit auf zwei Jahre bedungen. Sie wurden ihm herzlich sauer, er wurde schlecht und hart gehalten, mußte viele leidige Knechtsdienste thun, es war ihm auch gar nicht recht, so der Eitelkeit der Welt zu dienen — ein langes Register von Mustern und

Stoffen zeigt seine gründliche Schneiderbildung —, und besonders beschwerte es sein Gewissen, daß er so manches gute Stück Tuch in den Kasten fallen lassen mußte, der unter dem Arbeitstisch stand und das Auge hieß, damit man den Kunden mit gutem Gewissen betheuern konnte, es sei auch nicht soviel zurückbehalten, als man im Auge leiden könne. Für alles entschädigte ihn der Gedanke: du bist in Deutschland! und endlich ging auch diese Prüfungszeit vorüber, als freigesprochener Gesell besah sich Hans erst die frankfurter Messe und nahm dann Arbeit in Mainz Hier suchte und fand er Gelegenheit, mit Geistlichen zu verkehren, und besuchte fleißig die Klöster, zu denen er sich innerlich hingezogen fühlte. In diesem Umgang steigerte sich der Wunsch, selbst einem Kloster anzugehören, und er war glücklich, als er es dahin brachte, als Laienbruder im Kloster St. Johannisberg im herrlichen gesegneten Rheingau aufgenommen zu werden. Den Schnitt der Klostertracht hatte er in einem benachbarten Kloster in wenig Wochen gelernt, und nun saß er da in einer schönen über dem Krankensaal gelegenen Werkstatt mit köstlicher Aussicht und schneiderte für die Geistlichen, Laienbrüder und Dienstleute des Klosters. Auch sonst gab es in dem Kloster, wo es überhaupt rührig und fleißig herging, genug für ihn zu thun; außer manchem Kirchendienst mußte er im Hospital zur Hand sein, den Küchenmeister bei seinen Markteinkäufen, die Arbeiter im Weinberg und auf den Wiesen unterstützen, den Prälaten und die Conventualen auf Reisen zu Pferde begleiten. Er wäre hier ganz zufrieden gewesen, wenn nicht der Trieb zu studiren unbezwinglich sich wieder in ihm geregt und der Wunsch seines Vaters, daß er ein Geistlicher werden sollte, ihn wie zu einer Gewissenspflicht gemahnt hätte. Als es beschlossen worden war, ihn zum Schneider in die Lehre zu geben, da war ihm und seinem jüngeren Bruder die Gestalt des Vaters erschienen und hatte ihn wehmüthig flehend angeblickt. Und im Kloster kam eine neue Vorbedeutung. Als er dort mit einem armen Kranken von seiner Sehnsucht nach dem geistlichen Stande sprach, löste sich eine Thür von der Wand und fiel vor ihm nieder, was ihm der Greis wie in prophetischer Verzückung als ein glückverkündendes Zeichen deutete. Auch jüngere Geistliche redeten ihm zu und riethen ihm, in die Schule zu gehen, von der sie kamen, die als die Schule aller Schulen galt, nach Deventer zu Hegius, an den sie ihm Empfehlungsbriefe mitzugeben versprachen.

Alexander Hegius, geb. um 1420 in Westphalen, eröffnete, nachdem er in Wesel und Emmerich Rector gewesen war, um 1465 in dem durch eine Seuche hart mitgenommenen Deventer die Schule, aus welcher, unter ihm und durch ihn gebildet, eine lange Reihe ausgezeichneter und tüchtiger Männer hervorging, die durch Schriften und Lehre an Schulen und Universitäten classische Studien als das Fundament geistiger Freiheit und Bildung

begründeten. Namen wie Desiderius Erasmus, Herrmann von dem Busche, Johann Murmel, Johann Cäsarius, Conrad Goclenius genügen, um zu zeigen, welche Schüler er bildete. Klaren und kräftigen Geistes vermochte er, ein Schüler von Thomas a Kempis, die Fesseln der scholastischen Disciplin abzustreifen und verschmähete nicht, von jüngeren Mitschülern und Freunden, denen es gelungen war, in Italien an der Quelle des Humanismus zu schöpfen, wie Rudolf Agricola und Rudolf von Lange, zu lernen, um sich der griechischen und lateinischen Sprache völlig zu bemeistern. Unbestritten ist sein Verdienst, die Methode des Unterrichts gereinigt und vereinfacht, die alten Lehrbücher verbannt oder verbessert, die Lecture der Alten in ihr Recht eingesetzt, der Schulbildung die Richtung gegeben zu haben, welche sie zur Trägerin eines neuen geistigen Lebens machte. Er war einer von jenen geborenen Lehrernaturen, welche unwillkürlich durch ihr Wesen, durch Erscheinung, Behaben und Leben belehren, bilden und erziehen, die in den verschiedensten Schülern die geistige und sittliche Kraft wecken und stärken, auf jeden seiner Art gemäß einwirken, und in dieser Thätigkeit volle Befriedigung finden. Wie Erasmus nichts an ihm auszusetzen weiß, als daß er für seinen Ruhm als Schriftsteller nicht besorgt genug gewesen sei, so verstand er auch nicht, Geld und Gut zu sammeln. Bei dem außerordentlichen Zudrang zu seiner Schule erwarb er nicht wenig, lebte einfach und hinterließ doch bei seinem Tode kein Vermögen; er war ein Vater seiner dürftigen Schüler gewesen, und hatte mit ihnen getheilt, was ihm die bemittelten zahlten. Ein Blick auf den sittlichen Ernst und die edle Bescheidenheit einer so großartigen, tiefgreifenden Wirksamkeit vermag uns zu entschädigen, wenn auf die Anfänge der Humanitätsstudien in Deutschland kaum ein Streiflicht von dem hellen Glanze fällt, in welchem sie in Italien strahlen und nur zu oft auch prunken.

Nicht ohne Mühe erlangte Johannes von dem Abt — zugleich mit seinem Eintritt war Johann von Segen zum Abt erwählt worden — die Erlaubniß, in Deventer wieder die Studien zu beginnen, und stellte sich mit Empfehlungen wohl versehen dem verehrten Rector vor. Hegius prüfte ihn und schüttelte den Kopf, denn der neue Schüler wußte auf gar keine Frage Bescheid zu geben, nur weil die Briefe gar so dringlich lauteten, setzte er ihn zur Probe in die siebente Classe, um mit den kleinen Kindern die Anfangsgründe der Grammatik zu lernen. Er bestand die Probe nicht, Hunger und Kälte, Scham und Verlegenheit trieben ihn bald, die Schüler im Stich zu lassen, er war froh, daß man ihn in seinem Kloster wieder als Laienbruder aufnahm. Und doch ließ es ihm nun hier keine Ruhe, daß er nicht Geistlicher werden sollte. Als er einstmal den Abt nach Frankfurt begleitete, traf er dort seine Mutter. Diese, welche den sehnlichen Wunsch ihres ver-

storbenen Mannes nicht aus dem Sinne brachte und von einem Priester in Aschaffenburg die prophetische Verheißung erhalten hatte, er werde in Erfüllung gehen, flehte den Abt fußfällig an, er möge ihren Sohn zum Geistlichen sich bilden lassen. Er wies die Frau hart und streng zurück, aber heimgekehrt in sein Kloster, fühlte er sich doch beunruhigt, ließ den Laienbruder kommen und forderte ihn freundlich auf, sich gegen ihn auszusprechen. So ermuthigt, legt ihm Johannes seine Noth, seine Wünsche und seine Zweifel so aufrichtig dar, daß der Prälat nun ihm selbst zuredete, wieder auf die Schule zu gehen und standhaft sein Vorhaben zu Ende zu führen.

Zunächst ging er nach Miltenberg, um mit den Seinigen für den längeren Aufenthalt in Deventer das Nöthige zu berathen und zu rüsten. Er fand den biedern Stiefvater bereit, alles für ihn zu thun, was in seinen Kräften stand, ja sein Eifer, ihm zu helfen, führte noch eine heftige Familienscene herbei. Er hatte fünf Gulden für ihn zusammengebracht und verlangte nun von der Frau, daß sie einen Gulden, den sie von ihrem seligen Manne als Morgengabe erhalten hatte, ihm auch noch geben sollte. Als sie sich dessen beharrlich weigerte, weil sie dem Johann bereits einen heimlich ersparten Gulden zugesteckt hatte, gerieth er in einen solchen Zorn, daß er sich thätlich an der Frau vergriff. Johannes, der vergeblich die Eltern auseinander zu bringen versuchte, stürzte auf die Straße hinaus und betheuerte weinend, um solchen Preis wolle er nicht auf die Schule ziehen, nicht Geistlicher werden. Der Vater, rasch zur Besinnung gebracht, eilte ihm nach und holte ihn wieder herein; der Friede wurde hergestellt und die Mutter rückte mit dem Gulden heraus, den der Sohn ihr beim Abschied schweigend in die Hand drückte.

Den Main und Rhein herab fuhr Johannes zu Schiff bei günstigem Wetter in neun Tagen nach Deventer. Hegius nahm den wiederkehrenden als letzten Schüler in seine Schule auf, denn fünf Monate darauf starb (1498) der allverehrte Mann, dessen letztes Dictamen ein Lobgedicht auf sein geliebtes Deventer war, aufrichtig und tief betrauert, auch von unserm Johannes, der von ihm in einer andern Schrift eine Charakteristik entwirft, während er sich hier begnügt, ehrende Zeugnisse in Versen und Prosa von Männern, die besser wären als er, zusammenzustellen, von Erasmus, Agricola, Mus. Hobing und Hermann von dem Busche. Gern erführe man nun genaueres über die Einrichtung der Schule, über Lehrmethode und Disciplin, über das Leben der Lehrer und Schüler, allein leider hat Johannes seine Studien in Deventer nicht so eingehend geschildert, als die Irrfahrten seiner Jugend; der regelmäßige, stufenweise fortschreitende Gang des Unterrichts bot der Erinnerung und der Erzählung ungleich weniger Reiz dar. Leicht wurde es ihm dort nicht. Die Prüfung beim Rector führte

ihn diesmal in die achte Classe, wo er bejahrte Mitschüler fand, die zum Theil die Furcht vor den Soldaten in die Schule getrieben hatte; einer mühte sich dort schon vier Jahr lang vergeblich ab, das Lesen zu lernen. Rasch überwand er diese und die folgenden Classen, und als er die fünfte erreicht hatte, war ihm eine große Hilfe bereit durch die Aufnahme ins Haus der Brüder des guten Willens. Zwar hatte es ihm an Unterstützung in der wohlhabenden und wohlthätigen Stadt nicht gefehlt, namentlich hatten sich ein Canonicus von Zütphen und eine mildthätige reiche Frau seiner angenommen. Es that auch noth, denn fast unausgesetzt ward er von schweren Krankheiten mancherlei Art heimgesucht, die ihn am Arbeiten hinderten und seinen Muth auf harte Proben stellten. Doch auch in der Krankheit sollte er Gottes Finger erkennen. Schon war er, wie viele, so verzagt geworden, daß er fortzugehen beschlossen und den Tag der Abreise festgesetzt hatte, als er am Abend vorher von einem Fußübel befallen wurde, das ihn zurückhielt. Und wie er so dalag, erhielt er die Nachricht von seiner heiß ersehnten Versetzung in die vierte Classe, die seine Zuversicht belebte und ihm neue Kraft gab, daß fortan kein Zweifel an der Fortsetzung seiner Studien in ihm mehr aufkam. Den kräftigsten Rückhalt gewährte ihm dabei das Fraterhaus der von Gerhard Graefe am Ende des vierzehnten Jahrhunderts gestifteten Brüderschaft des gemeinsamen Lebens. Diese Genossenschaft, welche, ohne durch eigentliches geistliches Gelübde sich zu binden, zu dem Zweck zusammentrat, durch Predigt und Unterricht das geistige und sittliche Leben des Volks zu heben und zu fördern, und jede darauf gerichtete Thätigkeit, wie Abschreiben und Buchbinden, durch innern wie äußern Beistand zu unterstützen, beweist in ihrer Ausbreitung und Verzweigung über ganz Norddeutschland, wo sie mit außerordentlichen Mitteln ausgerüstet eine große und bedeutende Wirksamkeit ausübte, wie tief das Bedürfniß geistiger Bildung im Volk empfunden und gefaßt wurde, und wie man von vornherein bestrebt war, in unscheinbarer Thätigkeit in der Schule für die Volkserziehung eine feste Grundlage zu gewinnen. Sie allein hat es möglich gemacht, daß die humanistischen Studien, nachdem sie in Italien und Frankreich nach einer glänzenden Blüthezeit rasch abgewelkt waren, in Deutschland nicht blos eine Nachblüthe hervorrufen, sondern Früchte zeitigen konnten, die hoffentlich ein unveräußerliches Erbe unserer Kunst, Literatur und Bildung bleiben werden. — Die reichen Stiftungen der Brüderschaft in Deventer gaben in mehreren wohl eingerichteten Häusern zahlreichen Schülern Wohnung, Nahrung und Pflege und sonst jegliche Förderung bei ihren Studien. Sie nahmen sie aber erst auf, wenn sie bis zur fünften Classe vorgerückt waren, um eine Bürgschaft zu haben, daß sie wirklich bei den Studien aushalten würden. Hier fand nun auch Johannes Aufnahme, der, nachdem er ein Jahr unter Magister

Gotfried in der fünften und ebenfalls ein Jahr unter dem Baccalaureus juris Johann von Venzey in der vierten Classe studirt hatte, dann in der dritten an Bartholmäus von Köln einen vorzüglichen Lehrer fand, der mit gleichem Eifer für sich seine Studien forttrieb, als sei er noch ein Schüler, und wißbegierige Schüler in alle Wege thätig zu fördern bestrebt war. Aber jetzt traten Verhältnisse ein, welche Johannes bestimmten, nach einem Aufenthalt von vier Jahren gegen seine Wünsche die Schule in Deventer zu verlassen und in den Orden als Geistlicher einzutreten. So hoch stand das Ansehen der Schule, daß einer, der auch nur die fünfte Classe erreicht hatte, für besser vorbereitet zu dem geistlichen Stand galt, als wer sonst irgendwo die höheren Classen absolvirt hatte.

Wir verfolgen die geistliche und literarische Laufbahn des Johannes nicht weiter; auch sein Reisebuch legt Zeugniß ab von der fleißigen Lecture, der stilistischen Gewandtheit, der tüchtigen Bildung, welche ihn als einen ehrenwerthen Schüler der Schule von Deventer charakterisirt.

Otto Jahn.

Die Aufgaben des Zollparlaments.

Wenn man von dem norddeutschen Reichstag, als er vor Jahresfrist zum erstenmal zusammentrat, sagen konnte, er nehme das Werk wieder auf, das im Erfurter Parlament 1850 zu Boden fiel, so knüpft das Parlament, dessen Zusammentreten nun bevorsteht, den schon im Frühjahr 1849 abgerissenen Faden gesammtdeutscher Gesetzgebung von neuem an, und gibt der Nation für die Dauer zurück, was sie einmal vorübergehend wie im Traum besessen. Daß es dem Namen und der nächsten vertragsmäßigen Rechtsumgrenzung gemäß nur ein Zollparlament sein soll, das die Erbschaft jenes ersten nationalen Parlaments übernimmt, entspricht dem Gesetz, welches unsere politische Entwickelung beherrscht. Im Zollverein hat die preußische Staatskraft zu Zeiten, in denen sie sich der Vernunft ihres Thuns kaum selber noch bewußt war, den Gegenbund geschaffen, der den alten deutschen Bund langsam, unmerklich aus den Angeln heben sollte, und der sich schon vor der letzten gewaltigen Ermannung Preußens, während des Streits über den deutsch-französischen Handelsvertrag, fester gefugt erwies als das Werk des wiener Congresses von 1815. Das Fraternisiren der Deutschen auf großen Volksfesten erwies sich im Augenblick der Probe nicht als von beson-

ders tiefgehendem und nachhaltigem Werthe für das Zusammenwachsen der lose verbundenen Glieder der Nation. Die nationale Parteibildung stieß ebenfalls auf unüberschreitbare Grenzen, wo das specifisch politische Interesse und Pathos in dem Menschen aufhörte. Die Eisenbahnen aber, welche allgemein deutsche Congresse und Nationalfeste, welche die Entstehung wirklich nationaler Parteien überall erst möglich machten, hatten auch zu der großen negativen That des Zollvereins, der Entfernung der innern Verkehrsschranken, die positive Ergänzung eines regen, dichten, massenhaften, Behagen und Wohlstand ausströmenden Waarenaustausches gefügt. So unentbehrlich auch der durch sie vermittelte Personenverkehr für die Gestaltung und den Sieg der nationalen Ideen gewesen war, noch wichtiger war doch ihr Güterverkehr, weil er der Einheitsforderung die beste Stütze erworbener Rechte, ausgebildete Interessen unterschob. Der Locomotive auf der eisernen Schiene verdanken es die Zeitgenossen, daß sie den Tag der Erfüllung ihrer patriotischen Wünsche und Hoffnungen noch selbst erlebt haben. Sie versetzte dieselben aus dem Reich der Freiheit und Wahl in das Reich der Nothwendigkeit; sie vor allem bereitete den Sieg vor; sie führte auch das preußische Heer in einer solchen Raschheit und Geschlossenheit auf die Wahlstatt der Entscheidung, daß seine technische und moralische Ueberlegenheit sich binnen kürzester Frist entfalten konnte. Wie es natürlich ist, nehmen die idealen Factoren auf der Bühne des öffentlichen Lebens den Vordergrund ein; Ideen, Stimmungen, Leidenschaften scheinen dem oberflächlichen Beobachter alles zu sein. In der breiten Tiefe der Bühne aber wirken inzwischen unausgesetzt die materiellen Interessen, deren Spiel wohl verdunkelt, vorübergehend zurückgedrängt, aber niemals dauernd unwirksam gemacht werden konnte durch den Aufschwung edler und unedler Leidenschaften.

Wir haben deshalb nicht zu bedauern, daß die parlamentarische Wiedervereinigung von ganz Deutschland sich zuerst auf diesem festesten aller Fundamente erheben soll. Es ist schmal, aber es ist über allen Vergleich solide und zuverlässig. Darum will auf ihm jeder, auch der feindlichste Bundesgenosse, seine Füße haben. Ueber Militärausgaben und andere verfassungsmäßige Beschäftigungen des norddeutschen Reichstags möchten Süd- und Norddeutsche, Föderalisten und Unitarier leicht unheilvoll auseinanderfahren, in den Zollfragen werden sie sich gewöhnen, miteinander auszukommen. Es wohnt den letzteren eine heilsame Nüchternheit inne; ihre Wichtigkeit ist frei von aller Beimengung politischen Parteiinteresses; sie verlangen endlich ernsthaftes Studium, und dieses ist der Erhaltung des Fanatismus niemals günstig gewesen.

Das alles hat sich schon auf einer Art von Vorparlament ergeben, welches ohne die Prätension, ein solches zu sein, gegen Ende Februar in Berlin

getagt hat. Der Ausschuß des deutschen Handelstags hat zwar zwischen sich und den östreichischen Handelskammern das Tischtuch zerschnitten, weil er mit Recht findet, daß praktisches Thun einstweilen jedenfalls nur getrennt möglich ist; aber die süddeutschen Handelskammern gehören ihm nach wie vor an, und keine hat die Schwärmerei für unsere liebenswürdigen Landsleute im Kaiserstaate soweit getrieben, daß sie mit ihnen ausgeschieden wäre, ja daß sie über das halb freiwillige, halb dringend anempfohlene Ausscheiden derselben auch nur ernstlich geschmollt hätte. Wenn trotzdem nur ein einziges süddeutsches Ausschußmitglied in Berlin anwesend war, so wurde doch ausdrücklich bezeugt, daß lediglich das Wahlinteresse die übrigen daheim halte, das Interesse desselben Parlaments also, für dessen Thätigkeit die des Handelstags-Ausschusses eine sachverständige Vorarbeit sein sollte. Eine Differenz zwischen Süd- und Norddeutschland hat sich weder in den mündlichen Verhandlungen des Ausschusses, noch — was mehr sagen will — bei der Vergleichung der dem Ausschuß zugekommenen Antworten der einzelnen Handelskammern auf früher gestellte Fragen, entwickelt. Eine süddeutsche Handelskammer, die zu Bamberg, wollte — allein unter allen — von einer Ausdehnung der Zollparlamentscompetenz auf sämmtliche im Artikel 4 der norddeutschen Bundesverfassung aufgeführten wirthschaftlichen und rechtlichen Gebiete vorläufig nichts wissen; allein einerseits steht sie damit selbst unter ihren Schwestern südlich vom Main vereinzelt da, und andererseits hatte eine norddeutsche, durchaus preußischgesinnte Handelskammer, die zu Bremen, sich durch irgend einen nicht leicht zu qualificirenden politischen Kniff verleiten lassen, die Competenzerweiterungs-Frage des Ausschusses ebenfalls ziemlich flau zu beantworten. Im übrigen beherrscht nicht der neue Gegensatz preußisch-süddeutsch oder unitarisch-föderalistisch die Debatten, sondern der die geographischen Grenzen mißachtende alte Gegensatz Freihandel — Schutzzoll. Allerdings auch er in sehr milder Form. Die Hauptschlachten dieser Gegner liegen eben schon hinter uns. Die am Zollschutz interessirte Industrie ist theils hinlänglich erstarkt, um die Ausgleichung der Bedingungen auf dem heimischen Markte nicht mehr sonderlich zu fürchten, theils hat sie die Hoffnung aufgegeben, die Staatsmänner und die öffentliche Meinung ihren Argumenten zugänglich zu machen, nachdem die Prophezeiungen der Freihandelsprediger sich in England so überraschend bewährt haben. Wenn auch einige deutsche Stubengelehrte neuerdings in Carey's Theorien das List'sche Evangelium gern wiederaufleben lassen möchten, so glauben an den Erfolg solcher Schattenbeschwörungsversuche doch nicht einmal diejenigen, denen ihr Gelingen Vortheil bringen würde. Unsere Fabrikanten sind im Grunde nicht mehr Schutzzöllner — das haben die Verhandlungen im Handelsausschuß deutlich herausgestellt. Sie lassen sich immer lieber auf den Weg verweisen,

der ihnen von Faucher schon auf dem volkswirthschaftlichen Congreß zu Köln im Jahre 1860 gezeigt worden war: statt eine Besteuerung des consumirenden Publikums zu ihren Gunsten zu verlangen, vielmehr auf Vermehrung, Verbesserung und Verwohlfeilung der Transportmittel zu dringen, sowie darauf, daß die Staatsgewalt ihre Verwendung eintreten lasse zur Ermäßigung oder Aufhebung der Schutzzölle anderer Länder. Von dieser Art gesunder Compromisse sind auch im Handelstagsausschuß mehrere geschlossen worden; zu einem eigentlichen Kampfe zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern ist es gar nicht gekommen, wiewohl auf der einen Seite Elberfeld, Barmen und Augsburg, auf der anderen die großen Nord- und Ostseeplätze vertreten waren. Davon läßt sich im voraus auf die bevorstehenden Verhandlungen im Parlament schließen.

Einer vom Congreß deutscher Volkswirthe ausgegebenen Losung folgend, hat der Ausschuß des Handelstags sein Hauptaugenmerk auf Vereinfachung des Tarifs gerichtet. Von den 43 Nummern des bestehenden Zolltarifs, die aber tausende von einzelnen Artikeln umfassen, sind gegenwärtig 6 schon frei: der Ausschuß schlägt vor, ihnen 9 andere hinzuzufügen, nämlich Blei und Bleiwaaren, Zinn und Zinnwaaren, Zink und Zinkwaaren, Hopfen, Schießpulver, Papier und Pappwaaren, Bürstenbinder- und Siebmacherwaaren, Häute und Felle (von denen nur letztere, falls zu Pelzwerk dienend, noch besteuert sind), Thiere und thierische Producte (von denen ebenfalls nur auf einer Anzahl der letzteren noch Zoll ruht, während „Vieh" übrigens eine besondere und zwar steuerpflichtige Nummer bildet). Außerdem sollen in andern Tarifnummern wegfallen die Zölle auf Reis, Butter, allerhand Droguen zum Färbe- oder Medicinalgebrauch, Palm- und Kokosnußöl, hölzerne Schiffe, Kraftmehl, Nudeln, Sago, Puder, Stärke, Arrowroot, Cichorien, Honig, Fleisch, Kastanien, Maronen, Johannisbrot, graue Packleinwand, Jungvieh, Borsten, Korkplatten, -Sohlen und -Stöpsel, Holzmöbel, Holz in geschnittenen Fourniren, grünes und halbweißes Hohlglas, ungefärbte Strohmatten, Jutegarn, Walzen zum Drucken und Appretiren, Edelsteine, Perlen, Corallen, Segeltuch, Waschschwämme, Baumwollwatte, Schmierseife, Stuhlrohre und ein paar andre noch weniger bedeutende Gegenstände. Eine nicht viel kleinere Reihe von Artikeln empfiehlt der Ausschuß niedriger anzusetzen, auch hier die Tendenz der Vereinfachung vorzugsweise verfolgend. Dies sind in der Reihenfolge ihrer finanziellen Wichtigkeit folgende: Korinthen, Rosinen, Feigen und Datteln, Roheisen, Häringe, rohes Leinengarn (von Nr. 30 abwärts, wofern das Schock mehr als 75 Pfund wiegt), Locomotiven und Dampfkessel, feine Holz- und Korbflechterwaaren sammt Bleistiften, undichte Baumwollgewebe, Soda, Maschinen aus unedlem Metall, Baumöl in Fässern, feineres Wachstuch, gebleichtes und gefärbtes Baumwollengarn, einige Droguen, lackirte

Kautschukwaaren, Strohhüte mit Garnitur, gepolsterte und überzogene Möbel, feineres Pelzwerk, gemeine feste Seife, gefärbte Strohmatten und ein paar andere Gegenstände ohne Belang. Nach einer Berechnung des bremer Handelsblattes, die sich auf die Zollvereinseinfuhr von 1866 gründet, würden die Befreiungen etwa 1,123,000, die Ermäßigungen 1,185,000 Thaler Ausfall herbeiführen. Es wären also 2⅓ Millionen anderweitig zu decken, vorausgesetzt, daß der norddeutsche Bund und die süddeutschen Regierungen nicht im Interesse des consumirenden Publikums und in der Hoffnung auf die natürlichen Wirkungen gesteigerten Verkehrs, welche sich früher oder später in erhöhten Einkünften aus den übriggebliebenen Zöllen geltendmachen werden, ganz auf den entsprechenden Theil ihrer Einnahmen verzichten wollen.

In dem Reformplan des Handelstagsausschusses ist übrigens ein nicht unerheblicher Zoll, der auf Wein, unberücksichtigt geblieben, weil dessen künftiges Geschick durch die Verhandlungen mit Oestreich und Frankreich bereits so gut wie entschieden war. Eine selbständige, abgesonderte Behandlung haben die ebenso schwierigen als wichtigen Fragen der Zuckerbesteuerung erfahren. Die Herabsetzung des Weinzolls auf zwei Drittel wird vorübergehend ohne Zweifel einen Ausfall nach sich ziehen, wogegen bei der Reform des Zuckerzolls und der Rübensteuer mit Sicherheit auf einen bedeutenden Mehrertrag zu rechnen ist, falls sie in einem halbwegs vernünftigen und praktischen Sinne geschieht. Gegenwärtig verkürzt der Zollverein seiner Casse die Einnahme, welche sie vom Zucker haben könnte und hängt den untern Volksclassen die Zuckerdose zu hoch, indem er einestheils die Rübenzuckerindustrie gegen den Colonialzucker, anderntheils die Raffinade gegen den Rohzucker im Zolle begünstigt. Vermöge dieser selbstmörderischen Praxis hält sich unser Zuckerverbrauch auf 10 Pfund im Jahr durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung, während Frankreich 13—14 und England gar 40 Pfund verbraucht; und ganz entsprechend nimmt bei uns der Staat nur 10 Sgr. auf den Kopf der Bevölkerung ein, in Frankreich aber 19 und in England 35 Sgr. Der Spielraum für eine rationelle Reform ist also erfreulich groß. Ernste Hindernisse stehen derselben auch nicht im Wege, denn die Rübenzuckerindustrie, die seit Jahren regelmäßig exportirt, schämt sich beinahe selbst schon, noch nach Schutz zu rufen, und an den Zuckerrohrsiedereien ist eigentlich nichts mehr zu ruiniren, das hat der Rübenzuckerschutz bereits mit bestem Erfolge übernommen und durchgeführt. Sowohl die Motive als die zweckmäßige Art der Reform finden sich mit musterhafter Gründlichkeit in einer Denkschrift der hamburger Handelskammer, von Dr. Soetbeers Hand erörtert, die auch so unparteilich zu Werke geht, daß nicht allein anderweite Schutzzöllner, sondern selbst Rübenzuckerindustrielle sich mit ihren Schlüssen einverstanden erklärt haben. Für die Umwandlung der Rübensteuer in eine Zuckersteuer,

die zu den integrirenden Bestandtheilen der Maßregel gehört, hat sich seitdem sogar auf dem Congreß norddeutscher Landwirthe, also einer reinen Interessentenversammlung, eine ansehnliche Minderheit gefunden.

In einer ganz ähnlichen Lage wie zu dem Zucker, sieht sich der Zollverein, nachdem er handlungs- und bewegungsfähig geworden, einem andern großen Genußmittel gegenüber, dem Tabak. Bei einem viel größeren durchschnittlichen Verbrauch einer größeren Bevölkerung liefert er in Deutschland der Staatscasse nur 3—4, in England über 70 Millionen Thaler im Jahre. Aber auch Frankreich, Oestreich, Rußland, die Vereinigten Staaten wissen ihm mehr Finanzertrag abzugewinnen, die einen durch ein Verkaufsmonopol des Staats, die andern durch hohe Eingangszölle und Productions- oder Consumtionssteuern. Werth besteuert zu werden. ist er vermöge seiner Stellung in der Reihe der menschlichen Bedürfnisse jedenfalls noch viel mehr als Zucker, der ein eigentliches Nahrungsmittel ist; mehr überhaupt als fast alle Gegenstände allgemeineren Gebrauchs. Es erscheint daher durchaus nicht wunderbar, daß der erste Gedanke unserer Finanzmänner, als die neue Verfassung des Zollvereins ins Leben getreten war, eine höhere Heranziehung des Tabaks war. Da man aber seit Jahren an eine sehr niedrige, ja zum Theil — in Betreff des in Süddeutschland selbst verbrauchten Theils der süddeutschen Tabaksproduktion — an gar keine Besteuerung des Tabaks gewöhnt ist, rief die erste entfernte Ankündigung dieser Absicht gleich einen wahren Sturm von Opposition hervor. Auf der einen Seite die Tabakspflanzer der Pfalz und anderer Landstriche, auf der andern die durch ganz Deutschland zerstreuten zahlreichen Fabrikanten von Tabak und Cigarren sammt ihrer Reserve, den Importeuren und „oberländischen Häusern“ Bremens und Hamburgs, erhoben lautschallenden Protest, den die Masse der Gewohnheitsraucher grollend und murrend verstärkte. Die Finanzverwaltung schien vor dieser furchtbaren Phalanx umkehren zu wollen. Monate lang war von einer höheren Tabaksbesteuerung keine Rede mehr. Noch als der Ausschuß des Handelstags in Berlin versammelt und der Zollbundesrath bereits einberufen war, galt jene Sorge für so vollständig abgethan, daß der Ausschuß auf diese Frage gar nicht eingehen wollte. Die badische Regierung hat bekannt, daß sogar sie völlig überrascht worden sei, als gleichwohl nachher im Zollbundesrath ein Erhöhungsantrag eingebracht wurde. Man hat also schon nicht übel manövrirt, daß mindestens der Bundesrath seine Entscheidung fassen wird, ohne dem Drucke einer lebhaften actuellen Agitation gegen jede Erhöhung zu unterliegen. Als günstiger Umstand kann es ferner betrachtet werden, daß früher von einer bedeutend höheren Steigerung von Zoll und Steuern die Rede war, als sie gegenwärtig beabsichtigt wird; der Zoll auf rohe Blätter soll von 4 auf 6 Thaler, die Steuer von ca. 20 auf

50 Silbergroschen für den Centner erhöht werden. Damit ist der Antrag freilich noch nicht durch das Zollparlament durchgebracht. Bis dieses zusammentritt, kann die Agitation sich von neuem erheben, — wenn auch einer ihrer lautesten Träger, Herr Adam Trabert in Kassel, durch Verantwortung auf eine Hochverrathsanklage augenblicklich verhindert ist, den Stoff im Interesse der künftigen Föderativrepublik auszubeuten. Im Schoße des Parlaments selbst werden die gefährdeten Productions-, Industrie- und Handelsinteressen sich zu einem mächtigen Bunde die Hand reichen, verstärkt durch alle die, welche stark mit den von Einschränkung und schlechterem Kraute bedrohten Rauchern sympathisiren. Das gegenüberstehende finanzielle Motiv wird daher imponirend auftreten müssen, wenn es den Sieg behalten will.

Eine bloße Erhöhung der Zollvereinseinkünfte auf gut Glück, ohne nachgewiesene Nothwendigkeit gleichen Mehrbedarfs, mag man sie nun auf rund zwei Millionen, auf mehr oder auf weniger anschlagen, wird — das läßt sich ohne Wagniß weissagen — keine siegreiche Beredtsamkeit entwickeln können. Selbst mit dem Nachweis entsprechenden Mehrbedarfs wird man es im Parlament außerordentlich genau nehmen, und wahrscheinlich lieber auf die Matricularumlagen ziehen, als sich ohne weiteres zu einer Erhöhung der Tabaksauflagen verstehen, zumal schon die Ausdehnung der norddeutschen Morgensteuer auf Süddeutschland, der sich kein Verständiger widersetzen wird, eine Mehrbelastung der süddeutschen Producenten und einzelner Classen der süddeutschen Raucher involvirt. Kurz: die höhere Tabaksbesteuerung hat nur dann Chancen der Annahme, wenn sie als ein Theil eines umfassenden und in der Hauptsache erleichternden, nicht mehrbelastenden Reformplanes auftritt. Wenn man eine durchgreifende Reduction des Tarifs auf eine spätere Session vertagen zu müssen meint, so gebe man nur auch gleich die Hoffnung auf höhere Heranziehung des Tabaksverbrauchs auf. Denn dann wird den verletzten Interessenten gegenüber im Parlament keine überlegene moralische Macht ins Feld geführt, wie es der Fall sein könnte, wenn man erklärte, eine erhöhte Tabaks- und eine berichtigte Zuckerbesteuerung seien gewissermaßen der Preis, für welchen die Staatsfinanzen es sich gefallen lassen könnten, daß eine Menge zollpflichtiger Artikel ganz oder theilweise vom Zoll befreit würden. An einer derartigen umfassenden Aufhebung und Ermäßigung von Zöllen sind Handel, Industrie und Landwirthschaft, kurz alle Factoren der nationalen Production (und ebenso die Consumenten) in noch höherem Grade interessirt, als an dem Fortbestand der gegenwärtigen Besteuerung von Tabak und Zucker. An sie knüpfen sich Hoffnungen eines volkswirthschaftlichen Aufschwungs und eines finanziellen Mehrertrags, welche eine beinahe unabsehbare Perspective immer zunehmender Erleichterung der Staatslasten, verbunden mit gleichmäßig zunehmender Fähigkeit des Volkes,

die übriggebliebenen zu tragen, eröffnen. Dann würde muthmaßlich eine Mehrheit der Reichsvertretung die an sich glimpflichen Zuschläge in den Kauf nehmen, welche vorgeschlagen werden, um von zwei besonders besteuernswerthen Verbrauchsgegenständen mehr als die bisherigen unerheblichen Summen für die Staatscassen zu erzielen. Für die Mehrbelastung des Volkes allein wird sich dagegen niemand erwärmen. Tabak und Zucker sind allerdings, wie die Staats bedürfnisse einmal sind, in Deutschland theils zu niedrig, theils verkehrt und uneinträglich besteuert; die Finanzverwaltung ist berechtigt zu wünschen, daß man mehr aus ihnen herausschlage: allein das Parlament, als eine Versammlung constitutioneller Politiker, muß von diesem Interesse der Finanzverwaltung insoweit Nutzen ziehen, daß es sie gegen den Schlendrian der Finanzverwaltung ins Feld stellt, und nicht anders auf die Wünsche dieser letztern eingeht, als wenn eine den Staats- und den Volksfinanzen gleich heilsame radicale Tarifreduction gleichzeitig zu Stande kommt. Eine Volksvertretung muß ihr Ja, als die Waare, mit der sie handelt, stets so theuer wie möglich zu verkaufen suchen — nicht auf Kosten gerechter fremder Ansprüche und Interessen, aber auf Kosten der Trägheit und Selbstsucht der ihr gegenüberstehenden Verwaltungsbehörden.

Neben der Reform des Zolltarifs wird es sich im Parlament auch um Reform des Zollverfahrens handeln, eine nicht minder wichtige und noch weniger aufschiebbare Maßregel. Die jetzige Zollgesetzgebung stammt in der Hauptsache aus dem Ende der dreißiger Jahre. Das will sagen, sie wurde geschaffen, als der deutsche Grenzverkehr noch nicht ein Drittel seines heutigen Umfanges erreicht hatte, als Dampfschiffe an unsern Küsten noch Ausnahmserscheinungen bildeten und der Bau von Eisenbahnen in Deutschland eben begonnen worden war. Kein Wunder, daß das vorgeschriebene Verfahren der nothwendigen Geschwindigkeit des Dampfzeitalters nirgends entspricht. Ministerialerlasse haben zwar vielfältig nachzuhelfen versucht; allein was der eine Minister aus Rücksicht auf die Bedürfnisse des Verkehrs gewährt hat, kann der andere in seiner pflichtschuldigen Sorge für die Staatseinkünfte wieder entziehen zu müssen glauben, und dann ist der Spielraum natürlich auch sehr eng begrenzt, innerhalb dessen sich auf diesem Wege ein Gesetz verbessern läßt, dessen ganzer Geist dem Wesen der Gegenwart zuwiderläuft. Der Ausschuß des Handelstags dringt daher mit Recht auf eine ganz neue Gesetzgebung. An Vorarbeiten zu derselben mangelt es nicht. Abgesehen von den Schätzen, welche sich in den Acten und den Köpfen der Behörden im Lauf von drei Jahrzehnten angehäuft haben müssen, haben namentlich Königsberg, Leipzig und die Hansestädte eingehende Erörterungen geliefert, welche dem Bundesrath und dem Parlament ihre Aufgabe wesentlich erleichtern werden.

Beide große Reformen, die des Zolltarifs sowohl als die des Zollverfahrens, haben ihre Bedeutung auch für die von manchem so lebhaft ersehnte und unzweifelhaft erstrebenswerthe Verlegung der Zollgrenze auf allen Punkten ohne Ausnahme an die Reichsgrenze, d. h. praktisch gesprochen für die Hereinziehung Hamburgs und Bremens in die allgemeine deutsche Zolllinie. Das jetzige Zollverfahren ist auf den Massenverkehr dieser beiden Welthandelsplätze schlechthin unanwendbar. Der bestehende Tarif mit seinen zahlreichen Positionen und hohen Sätzen würde einen so beträchtlichen Theil ihres Platzverkehrs in die Zollniederlage verweisen, daß eine tiefgehende Verletzung ihres Geschäftsumsatzes zu Gunsten concurrirender auswärtiger Häfen kaum ausbleiben könnte. Wer daher thatsächlich etwas thun will zur Verwischung dieser letzten und relativ berechtigten Anomalie, der wirke für einen auf wenige einträgliche Zölle zurückgeführten Tarif und ein den Erfordernissen modernen Verkehrs entsprechendes Verfahren; anders geartete Versuche, zum Ziel zu kommen, werden nur fruchtlos die Leidenschaften erregen und wahrhaft praktischer Reformthätigkeit in den Weg treten.

Neben diesen eigentlichen, sozusagen technischen Aufgaben hat das Zollparlament unzweifelhaft auch noch eine hohe politische Mission, die in der öffentlichen Discussion, bei den Wahlen in Süddeutschland u. s. w. sogar in den Vordergrund getreten ist. Allein dieselbe hängt, was ihre speciellere praktische Behandlung betrifft, eben völlig von der politischen Lage ab. Sie läßt sich nicht wohl auf Wochen im voraus und gewiß nicht ohne Anschlag und Ueberblick der gesammten deutsch-europäischen Situation mit Nutzen besprechen. Was feststeht, ist nur, daß schon eine wohlbemessene und nicht zu zaghafte Reform der Zollvereinsgesetzgebung, den Tarif eingeschlossen, die wünschenswerthe Wirkung haben wird, der neuen deutschen Gesammtverfassung das öffentliche Vertrauen zu gewinnen; daß also auch dann, wenn Erweiterungen dieser Verfassung schon während der bevorstehenden ersten Session ihrer Repräsentativorgane möglich sein sollten, eine glückliche Lösung der Zollgesetzgebungsfragen immer hohe Bedeutung behalten wird.

Ein Schreiben des Freiherrn Georg von Vincke:

„Der hannoversche Provinzialfonds und der preußische Landtag."

Was gibts denn hier so Hochgefährliches?
Ihr macht mir Neugier, näher hinzuschaun.

Nach der Heimkehr vom preußischen Landtage finde ich den Aufsatz gleicher Ueberschrift in Heft 7 Ihrer Zeitschrift hier vor. Sie wollen einem

alten Leser der Grenzboten einige Bemerkungen dazu gestatten, wozu er vielleicht vor andern Mitgliedern des Landtages sich aufgefordert sieht, einmal weil er, wie dort beiläufig erwähnt wird, bei der Discussion sich lebhaft betheiligte, und dann weil er theilweise der in Rede stehenden Provinz, andererseits aber keiner der bestehenden Fractionen des Landtages angehört, also ein mindestens durch vorgefaßte provinzielle oder Parteistandpunkte nicht befangenes Urtheil sich bewahrt zu haben glaubt. —

Ihr Correspondent legt der vorliegenden Frage eine ganz außerordentliche politische Tragweite bei. „Der Provinzialfonds ist (ihm) eine Frage, welche wie keine andere ein Criterium für die Gesundheit der von den verschiedenen Parteien befolgten inneren Politik bot", „welche für die gesammte Organisation der neuen Provinzen und des neuen Staates präjudicirlich ist"; „ohne ihre prinzipielle Entscheidung ist jeder Versuch zu einer heilsamen Reorganisation der Verwaltung in den neuen Provinzen vergeblich." —

Ja, noch mehr! — Es soll sich um die Frage handeln, „inwieweit die Ordnungen des alten preußischen Staates für den neuen deutschen Staat maßgebend sein" — „ob Deutschland in Preußen aufgehen, oder Preußen mit Deutschland zu einem neuen Staatsorganismus verbunden werden sollte." — „Von ihrer glücklichen Lösung ist die Zukunft der gesammten deutschen Frage wesentlich mitbedingt."

Ich habe mir erlaubt, diese Aussprüche, wie sie an verschiedenen Stellen der Ausführung sich finden, zu einem Gesammtausspruche zusammenzuziehen; aber vergebens habe ich dabei mich umgesehen nach einer näheren Darlegung und Begründung einer so schwerwiegenden Charakteristik der vorliegenden Frage. Worum handelte es sich denn in Wirklichkeit?

Die alten Provinzen des Staates besaßen zum Theil seit etwa 40 Jahren mannigfache Anstalten für provinzielle Zwecke: Landarmenhäuser, Correctionsanstalten, Pflegeanstalten für verwahrlosete Kinder, Kranken-, Irren-, Taubstummen-, Blindenanstalten; zum Theil auch provinzielle Fonds, daneben in vielen Kreisen Kreisverpflichtungen und Gemeindeverpflichtungen für den Wegebau. Die Mittel zur Errichtung und Unterhaltung dieser Einrichtungen waren und werden noch heute zum weit überwiegenden Theile nur aus den Mitteln der Provinzen und deren Unterabtheilungen bestritten; ihre Verwaltung führt nicht der Staat, sondern die bezüglichen Vertretungen.

In der jetzigen Provinz Hannover verhielt es sich damit anders. Eine Selbstverwaltung der bezeichneten Wohlthätigkeitsanstalten durch gewählte Vertretungen bestand überhaupt nicht; dagegen wurden von den Ständen die Mittel zu deren Unterhaltung durch den Staat im Staatshaushaltsetat gewährt. Für den Wegebau bestand eine besondere Verwaltung und Besteuerung durch die Amtswegeverbände unter Controle und wesentlicher Mit-

wirkung der Staatsbehörden und Gewährung von Beihilfen aus der Staatscasse. Nach den durch die Kriegsereignisse unterbrochenen Intentionen der ehemaligen hannoverschen Regierung sollten die letzteren erhöhet, dagegen auch die Leistungen der Wegeverbände entsprechend gesteigert, und von denselben ein namhafter Theil des aus der Staatscasse Empfangenen später wieder abgetragen werden.

Solange Hannover als besonderer Einzelstaat bestand, war das Geldinteresse der einzelnen Staatsgenossen nicht wesentlich dabei betheiligt, ob die Gewährungen aus der Staatscasse als dieser oder — unter Wegfall des entsprechenden Theiles der Staatssteuern — durch Provinzialsteuern aufgebracht wurden. Sobald aber Hannover eine Provinz des preußischen Staates wurde, erschien es als eine einfache Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit, wie dieselbe in Art. 101 der preußischen Verfassung Anerkennung gefunden hat, daß alle Staatslasten nach Verhältniß der Steuerfähigkeit von allen Staatsgenossen — in den neuen, wie in den alten Provinzen gleichmäßig getragen, keiner Provinz eine bevorzugte Sonderstellung eingeräumt, mit andern Worten nicht in den alten Provinzen außer den Staatssteuern noch namhafte Provinzialsteuern für die bezeichneten öffentlichen Zwecke erhoben, in Hannover die letzteren dagegen aus der gemeinsamen Staatscasse bestritten würden. Eine Ausnahme mußte natürlich anerkannt werden, insoweit etwa für einzelne Verwendungen ein rechtlicher Specialtitel, eine besondere klagbare Verpflichtung bestand. Wo eine seitherige Ausgabe dagegen nicht auf einer solchen, sondern lediglich auf einer widerruflichen Bewilligung der früheren Landesvertretung beruhete, war es die Aufgabe der jetzigen Landesvertretung, auch in dieser Beziehung jede Bevorzugung zu beseitigen, und die eine Provinz zu behandeln wie die andere.

Nun verlangte die Regierung, daß der Provinz Hannover ein Capital — später eine immerwährende Rente von einer halben Million — aus Staatsmitteln überwiesen werden solle, um daraus die bezeichneten Zwecke entweder im seitherigen Maße allein, oder in erhöhtem Betrage mit Ausschluß der von der hannoverschen Regierung selbst verlangten Mehrleistung der Wegeverbände zu bestreiten.

Man sollte sagen: nach den einfachsten Grundsätzen der Gerechtigkeit konnte die Behandlung der Frage hiernach nicht zweifelhaft sein. Um die Provinzen in ihren Leistungen gleichzustellen, mußten die Verwendungen für die benannten Wohlthätigkeitsanstalten vom Etat gestrichen, die Wegegesetzgebung angemessen modificirt, jedenfalls die mit diesen Grundsätzen unvereinbare Regierungsvorlage abgelehnt werden.

Ist es nun dem entgegen eine „gesunde innere Politik“, an die Stelle des gleichen Rechtes aller Theile des Staates, einer Provinz Sonder-

vortheile zu gewähren, und damit dem Ganzen den Keim des Neides und der Zwietracht einzuimpfen? Ist die Zurückweisung so gefährlicher Krankheitsstoffe „präjudicirlich für die gesammte Organisation des neuen Staates?" Hängt irgendwie damit eine „heilsame Reorganisation der Verwaltung in den neuen Provinzen" zusammen, eine Reorganisation, welche zudem die Vertreter von Hannover auf das entschiedenste ablehnen?

Und nun gar der neue deutsche Staat! Läßt sich derselbe anders gründen, als auf die Grundsätze der Gerechtigkeit, und das sind eben „die Ordnungen des alten preußischen Staats", welche neben aller Anerkennung berechtigter provinzieller Eigenthümlichkeiten doch niemals in einer begünstigten Sonderstellung — einer societas leonina — eine berechtigte Eigenthümlichkeit zu erkennen vermag.

Geht damit etwa „Deutschland in Preußen auf", daß alle seine einzelnen Theile nach dem alten preußischen Grundsatze „suum cuique" zu einem in allen Theilen gleichberechtigten Ganzen sich vereinigen? oder soll Preußen, um in Deutschland aufzugehen, damit beginnen, in der Provinz Hannover aufzugehen? Ist überhaupt der Begriff „Deutschland" oder „deutscher Staat" ein so eng begrenzter, daß von der glücklichen Lösung der Frage, ob einer preußischen Provinz ein Fonds für ihre Provinzialzwecke gebühre, „die Zukunft der gesammten deutschen Frage wesentlich mitbedingt" ist?

Die Bejahung dieser Fragen scheint mindestens eine strengere Beweisführung vorauszusetzen, als ihnen Ihr Correspondent hat angedeihen lassen. Auch in der Debatte begegnete man einzelnen solchen Expectorationen; aber es blieb auch da bei unbewiesenen Behauptungen. Die Regierung — an der Spitze der Herr Ministerpräsident, um mit dem Correspondenten zu reden, der „ausschließliche Träger der nationalen Idee", der Repräsentant des „idealen Preußens" hat mit der kühlen, besonnenen Haltung, welche ihn seine großen Erfolge hat erringen lassen, von derartigen Speculationen sich frei gehalten. Er begründet seine Vorlage einmal auf Rücksichten der Billigkeit, „dem Lande Hannover den Uebergang aus alten gewohnten Zuständen zu erleichtern" — Rücksichten, welche doch eben nur vorübergehender Natur sind, und denen in diesem Sinne eben durch den Diestschen Antrag Rechnung getragen werden sollte — und auf die Absicht, damit „zuerst eine Bresche in das System der Centralisation zu legen", einen zweiten Versuch dazu (nach dem Vorgange des hessischen Staatsschatzes) zu machen — als ob nicht in den hervorgehobenen Beziehungen bereits seit länger als einem Menschenalter Decentralisation und Selbstverwaltung in den alten preußischen Provinzen bestanden hätte; aber wohlverstanden, wie es die eigentliche Selbstverwaltung bedingt, aus ihren Mitteln, auf ihre Kosten; während in der Provinz Hannover allerdings jetzt der erste Versuch einer solchen Selbstverwaltung unter-

nommen wird — nach dem Vorgange der alten Provinzen, aber nach einer neuerfundenen Schablone auf Kosten und für Rechnung des Staates*).

Es dürfte hienach einleuchten, daß es allerdings in erster Linie nicht um eine politische oder Parteifrage — sondern um eine Frage des Rechts, des Meins und Deins, der ausgleichenden Gerechtigkeit von Provinz zu Provinz sich handelte, und es kann hiernach nicht überraschen, daß die Abstimmung wesentlich nicht nach politischen Parteistellungen stattfand; sondern nach landsmannschaftlicher Zusammensetzung; sodaß die Vertreter von Hannover und Hessen nicht blos, sondern auch von Nassau und mit Ausnahmen von Zweien Schleswig Holstein, und ebenso alle Polen (die consequenten Vertreter aller particularistischen, wie sie es bezeichnen nationalen Bestrebungen) für — die Vertreter der alten Provinzen weit überwiegend gegen die Bewilligung sich erklärten.

Ihr Correspondent meint, nur aus der vollen Bedeutung für die deutsche Frage lasse sich „die ungeheure Rolle erklären, welche die Debatten im preußischen Parlament und in unserm öffentlichen Leben gespielt haben.“ Diese parlamentarische Bedeutung kann man zugeben; der Grund lag aber wesentlich in inneren rein preußischen Beziehungen, nämlich:

1. in der Einführung eines neuen, in der preußischen Verwaltung seither unbekannten Prinzips der Bevorzugung einer neuen, in vielen ihrer einflußreichen Kreise zudem der Einverleibung opponirenden Provinz;

2. in den unausgesetzten Bemühungen der Regierung wie einzelner einflußreicher Abgeordneten, der Vorlage gegen die anfangs ziemlich allgemeine Abneigung zum Durchgange zu verhelfen;

3. in dem durch die Natur der Sache weniger, als durch die zu der Frage einmal eingenommene persönliche Stellung motivirten Bestreben des Ministerpräsidenten, seine hervorragende Stellung und die begründete Anhänglichkeit seiner alten Parteigenossen für die Vorlage einzusetzen, deren Annahme viele Mitglieder (mit Ausnahme der Polen, aus allen Parteien des Hauses) einmal mit ihrer rechtlichen Ueberzeugung — sagen wir lieber mit ihrem Gewissen und ihrem Eide — nicht vereinbar fanden.

Weil man diese Ueberzeugungen nicht der Rücksicht auf die großen Verdienste des Grafen Bismarck zum Opfer bringen wollte und durfte, nur deshalb ist die Verstimmung eingetreten, welche Ihr Correspondent als einen „Conflict zwischen der Regierung und den Conservativen“ bezeichnet. Daß derselbe größere Dimensionen angenommen hat, als die Sache an sich recht-

*) Inwiefern in den neuen wie in den alten Provinzen es einer Modification der bisher bestandenen Provinzialvertretungen anerkanntermaßen bedarf, ist selbstredend eine dafür nicht entscheidende, jedenfalls hier nicht zu erörternde Frage.

fertigt, ist eben weniger aus einer Haltung der Parteien, denen man jedenfalls einen sehr niedrigen Standpunkt beimessen würde, wenn man irgendwenn ihre Aufgabe als „Gehorsam" gegen die Regierung bezeichnen wollte, sondern aus der Persönlichkeit des Grafen Bismarck zu erklären, welchem die größten Erfolge zu einer — in den meisten Fällen ohne Zweifel gerechtfertigten — Gewohnheit geworden sind.

Abweichend von dem Gegner will es mir vielmehr als eine Bürgschaft gesunder politischer Zustände erscheinen, daß nicht allein ein Stirnrunzeln des leitenden Ministers, nicht Rücksichten auf alte Verbindungen und Parteifreundschaften, sondern auch in hohem Maße sachliche Interessen und gewissenhafte Ueberzeugung des Einzelnen in der Landesvertretung maßgebend erscheinen. Und dafür hat allerdings die Verhandlung über den hannoverschen Provinzialfonds einen schlagenden Beweis geliefert. Eine Sache, welcher Benda, Bodelschwingh, Brauchitsch, Gneist, Loewe, Reichensperger, Schulze (Delitzsch), Twesten und Waldeck gemeinsam als Gegner gegenüber stehen, darf wohl als eine nicht politische Frage bezeichnet werden.

Und auch das ist ein nothwendiger Gewinn aus einer derartigen objectiven Auffassung dieser Frage, daß seitdem viele gegenseitige Verbitterungen der letzten Jahre von Partei zu Partei im Interesse des großen Ganzen einer größeren persönlichen Anerkennung Platz gemacht haben.

Es ist für Jeden, welcher innerhalb der wochenlangen Vorerörterungen gestanden hat, völlig unverständlich, wie hier von einer „alten Schablone der Demokratie" oder dem „schroffen Altpreußenthum der Conservativen" gesprochen werden mag. Die Voraussetzung, daß die letzteren der Regierung „auf der Bahn der Concessionen an außerpreußische Eigenthümlichkeiten überhaupt nicht folgen wollten", wird durch ihr Votum zu Gunsten der hannoverschen Aemterverfassung entschieden widerlegt.

Wenn der einheitlich ministerielle Charakter der freiconservativen Partei rühmlichst erwähnt wird, so muß doch zur Steuer der Wahrheit bemerkt werden, daß 11 Mitglieder gegen die Majorität von 36 gestimmt haben, und der Ruhm als „Partei" den „Ausschlag" gegeben zu haben, muß im Einklang mit der Dankadresse der Hameler Bauern der wie immer einmüthigen Haltung der 10 Polen ungeschmälert verbleiben.

Ganz unverständlich, weil an innerem Widerspruch laborirend, erscheinen aber die Vorwürfe gegen die eigene Partei des Correspondenten — die Nationalliberalen. Eine Partei, welche man selbst als die „Hauptträgerin der neuesten Aera preußisch-deutschen Staatslebens" prädicirt, „welche die besten Kräfte der neuen Provinzen an sich gezogen, und mit den einsichtigsten Männern der alten Länder in Verbindung gebracht hat", sollte man dann auch mit Vorwürfen, wie „Mangel an einheitlicher Leitung, wie an der gehörigen

Klarheit über die Punkte, worauf es für die inneren preußischen Fragen wesentlich ankam", verschonen.

Daß im Schoße der Fraction häufig verschiedene politische Auffassungen über innere Fragen herrschen, ist allerdings nicht zu verkennen; ihre Bildung scheint sich wesentlich die verdienstliche Aufgabe gestellt zu haben, aus den Negationen der Conflictszeit hinaus zunächst auf dem festen Boden der deutschen Politik der Regierung wieder Fuß zu fassen, und ein festes Programm über die weitere innere Entwickelung liegt vielleicht noch nicht vor. Wenn aber der Herr Berichterstatter diesen Mangel an Uebereinstimmung seiner Partei in wesentlichen Punkten hervorhebt, wie kann er sich dann darüber wundern, daß die Zeitungen der Partei in Cardinalfragen ihre Ansichten nicht treffen? Daß es ihnen an Information über die Ansichten der Majorität gebrach, und sie daher auch ihren Lesern eine solche nicht zu bieten vermochten!

Dem besondern Vorwurfe — daß die Partei „der wichtigsten von allen vorliegenden Fragen — nach der Organisation der neuen Landestheile, nach dem Verhältnisse, in welchem die neuen Provinzen zu den alten stehen sollten; ohne festes Programm entgegen gegangen war", läßt sich die Erwägung gegenüberstellen, daß die Ansichten über die Organisation der Verwaltung der neuen Provinzen wesentlich von der Entscheidung der eben nicht einfachen Vorfrage abhangen, für welches der sehr verschiedenen Systeme man in Bezug auf die dringend nothwendige Neuorganisation der Verwaltung auch in den alten Provinzen sich entscheidet, eine Frage, welche nicht blos von allgemeinen politischen Parteigrundsätzen abhängt, sondern durch eine Menge von technischen, statistischen und localen Erörterungen bedingt wird, und daher im Schoße derselben politischen Partei eine sehr verschiedenartige Beantwortung finden kann, ohne daß dieselbe für die Frage des Zusammenhaltens und der Einigkeit unter den Parteigenossen ein zutreffendes Merkmal darstellte. Erst von Entscheidung der allgemeinen Fragen hängt dann wieder ab, welche Einrichtungen im ganzen Staate durchgängig bestehen, für welche eine verschiedene Behandlung nach abweichenden örtlichen Gesichtspunkten in den einzelnen Provinzen nachgelassen werden soll. Welche Verschiedenheiten der Ansichten über wichtige Organisationsfragen unter sach- und ortskundigen Angehörigen derselben Partei, derselben neuen Provinz bestehen, das zeigt z. B. die Meinungsverschiedenheit zwischen den hannoverschen Abgeordneten v. Bennigsen, Grumbrecht und Miquèl über den Fortbestand der Landdrosteien in der Provinz Hannover. Und nun macht man der nationalliberalen Partei, in welcher eine Menge von Juristen sich befinden, welche niemals praktisch mit Verwaltungsangelegenheiten vertraut geworden sind, einen Vorwurf daraus, daß sie nicht schon im November über solche durch Orts-

kunde mit bedingte Fragen schlüssig war, daß sie die thatsächlichen Verhältnisse der neuen zu den alten Provinzen in Budgetfragen nicht durchschaute, welche selbst den Mitgliedern der Regierung nicht durchgängig geläufig waren!

Es ist unstreitig, daß „das Schlagwort „Entwickelung freiheitlicher Institutionen“ nicht bereits identisch ist mit der Erhöhung der preußischen Attractionskraft“; aber auch der allgemeine Satz, daß „die Einverleibung der neuerworbenen Provinzen in den Einheitsstaat ohne Störung des organischen Lebens der ersteren und ohne Schwächung der Einheitlichkeit des letzteren zu vollziehen, mit andern Worten, eine wirklich lebendige Assimilationsfähigkeit des preußischen Staates zu bewähren“ sei, — ein Satz, welchen alle Parteien des Abgeordnetenhauses meines Erachtens unterschreiben können, ohne ihren Parteigrundsätzen etwas zu vergeben, — eignet sich eben deshalb wohl kaum zu einem Programm der nationalliberalen Partei. Man könnte vielleicht noch umfassender die Aufgabe nicht etwa einer einzelnen Partei, sondern des preußischen Staates, als deren „Träger“ zunächst die Regierung desselben in Anspruch zu nehmen wäre, dahin bezeichnen: Gerechtigkeit gegen alle Theile des großen Ganzen, Beseitigung aller Bevorzugungen von Provinz zu Provinz in Besteuerung wie dauernder Betheiligung an den Zuschüssen aus der Staatscasse — Decentralisation in allen Angelegenheiten, welche ohne Schädigung der gemeinsamen Staatszwecke durch die (möglichst selbst gewählten) Organe der Provinzen wahrgenommen werden können. Auch diese Sätze würden voraussichtlich von Links und Rechts alle Parteien unterschreiben, und wenn man an die concrete Gestaltung der allgemeinen Sätze, an die Unterordnung des einzelnen Falles unter die Regel gelangte, würden über die Anwendung und Auslegung die Parteien und innerhalb derselben die Einzelmeinungen immer wieder auseinandergehen, wie eben die jüngste Verhandlung über den Provinzialfonds bewiesen hat.

Politische Parteien — das hat die Geschichte alter, wie neuer Parteihändel gelehrt — bilden sich und ändern ihre Stellung nicht nur nach doctrinären Ansichten über politische Grundsätze, wie sie auch in den Systemen unserer Staatsweisheit ihre Vertretung fanden; sondern auch nach ihrer praktischen Auffassung der Tagesfragen, oder nach ihrer persönlichen Stellung zu den leitenden Staatsmännern der Gegenwart. Wir können uns täglich davon aus der Geschichte Englands überzeugen.

Wir dürfen uns daher auch nicht darüber verwundern, daß eine namhafte Zahl von Mitgliedern der conservativen Partei einmal in einer wichtigen Einzelfrage — die man zudem nur uneigentlich eine politische nennt, da sie augenscheinlich weder vom conservativen noch vom demokratischen oder constitutionellen Standpunkt aus in eins dieser Systeme eingereiht werden kann — nach ihrer abweichenden Anschauung über die Rechtmäßigkeit oder

Zweckmäßigkeit der Maßregel gegen den Grafen Bismarck votiren, obwohl er aus ihren Reihen als ihr entschiedener Parteigänger hervorgegangen, und nach seiner Angabe viele seiner momentanen Gegner ausdrücklich zu seiner Unterstützung gewählt sind. Es ist auch wohl noch etwas voreilig, schon jetzt zu prophezeien, daß diese „Angelegenheit für das Verhältniß des Ministeriums zu den Conservativen entscheidend geworden", oder sich „durch die Thatsache der Zersetzung der conservativen Partei zu trösten". Es würde, darin kann man Ihrem Correspondenten gewiß beitreten, von beiden Seiten eine mehr als leichtfertige Behandlung solcher schwerwiegenden Beziehungen verrathen — eine Behandlung, welche am wenigsten von der folgerichtigen Beharrlichkeit des Ministerpräsidenten sich voraussetzen läßt — wenn eine einmalige Meinungsverschiedenheit ausreichen sollte, „Verbindungen von so langjähriger Dauer zu lösen, wie es die zwischen dem Grafen Bismarck und den Conservativen sind". —

Andererseits zählt die nationalliberale Partei zu viele staatskluge und besonnene Elemente, als daß sie in Folge des für das Ministerium — nach Anwendung der außerordentlichsten Kraftanstrengungen — erfolgreichen Ausgangs dieser Angelegenheit ihre demselben günstige Stellung modificiren, oder den 21 Mitgliedern, welche unter einem so hervorragenden Führer wie Twesten von der Majorität abfielen, es dauernd verübeln sollte, daß ihnen ihre Ansicht von der Recht- und Zweckmäßigkeitsfrage, wie die Rücksicht auf das Interesse und die Stimmung der 8 alten Provinzen höher stand, als eine vorübergehende Popularität der einigen 30 Gesinnungsgenossen aus Hannover und der phantasiereiche Ausblick auf den zukünftigen deutschen Staat. —

Dieser deutsche Staat der Zukunft — hoffentlich ein Einheitsstaat im engsten Anschlusse an den bewährten Kern altpreußischen Wesens — er wird — das erlaube ich mir nochmals zu betonen — sich nur bilden und im Segen erhalten bleiben, wenn er von Haus aus gegründet wird auf Gerechtigkeit gegen die einzelnen Theile wie gegen das große Ganze; wenn alle berechtigten Eigenthümlichkeiten der Provinzen geschont und gepflegt werden, soweit sie die Action des Ganzen nicht lähmen, soweit sie nicht Sonderrechte beanspruchen, welche andern Provinzen vorenthalten bleiben; wenn jeder Provinz das Maß von Selbstverwaltung ihrer eignen nicht blos, — sondern auch der allgemeinen Staatszwecke im Namen des Staates — gewährt wird, was sie mit eigenen Kräften selbständig wahrzunehmen vermag; wenn aber auch alle Theile des großen Ganzen stets eingedenk bleiben, daß sie nicht auf Kosten desselben sich zu überheben, daß sie auch theure Interessen da aufzugeben haben, wo sie mit gleichberechtigten des Ganzen oder anderer Theile collidiren.

Wenn alle Parteien im Staate von diesen Grundsätzen sich leiten lassen — und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln — so können Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung auf den gerade vorliegenden Fall — beispielsweise die immerhin untergeordnete Frage über den hannoverschen Provinzialfonds — die Entwicklung des Fortschrittes unseres Staates zu dem Ziele, wie es bei aller Abweichung in Einzelheiten — mit Ausnahme der Polen — uns allen vorschwebt, nicht hemmen; sie werden auch die Parteien untereinander so wenig, als die Meinungsgenossen jeder einzelnen Fraction in Hader von der gemeinsamen Aufgabe ablenken, am wenigsten den Grafen Bismarck in den großen Conceptionen beirren, welche er zum Heile des Vaterlandes auf seine Fahne geschrieben hat.*)

Das walte Gott!

Ostenwalde, den 20. März 1868.

Georg Vincke.

Vereine unter dem Protectorat der Kronprinzessin von Preußen.

Die Veredelung des Handwerks durch unsere Kunstbildung.

Berlin, 23. März.

Nr. 11 d. Bl. enthielt eine kurze Darstellung der Fortschritte, welche unser Gewerbemuseum in dem letzten Jahre gemacht hat. Vorläufig eine Anlage von bescheidenem Umfang, aber auf guten Grundlagen begonnen, gibt sie Hoffnung für eine reiche Entwickelung. Die Leser werden aus der Schilderung gesehen haben, daß wir Berliner nach dieser Richtung zur Zeit kaum so viel für künstlerische Hebung des Handwerks gethan haben, als z. B. Carlsruhe und Stuttgart und auf anderen Wegen Wien. Ueberhaupt ziemt uns das Bekenntniß, daß wir nicht nur in diesem Kreise unserer Culturarbeit, sondern fast auf jedem Gebiete, auf welchem Kunst und Wissenschaft in das Leben des Volkes geleitet wird, manches nachzuholen haben. Unleugbar ist während der letzten Decennien darin bei uns Preußen eine Stockung eingetreten, welche eine neue reformatorische Thätigkeit nöthig macht. Der Staat mußte seine Mittel fast ausschließlich verwenden, um sich aus der politischen Depression herauszuheben; für die menschlichen Thätigkeiten,

*) Der Verfasser des Artikels in Nr. 7 dieser Zeitschrift behält sich vor, demnächst auf seine abweichende Anschauung zurückzukommen. Die Red.

welche durch Vermehrung der Bildung auch die Leistungsfähigkeit des Volkes für den Staat stärken, ist verhältnißmäßig viel zu wenig geschehen. Die Lage unserer Volksschullehrer ist kläglich im Vergleich zu manchem andern Staat, z. B. mehreren thüringischen, wo der niedrigste Gehalt eines Dorflehrers mit 200 Thlrn. normirt ist. Die zahlreichen Anstalten und Vereine für landwirthschaftliche Cultur haben bei uns, einige begünstigte Gegenden ausgenommen, trotz des Landes-Oekonomie-Collegiums, für Obstbau, Wiesencultur, Verbesserung der Ackergeräthe und Zucht der Nutzthiere dem kleinen Mann weniger gethan, als z. B. in Hannover und Würtemberg durchgesetzt worden ist. Sogar in den größten wissenschaftlichen und Kunstinstituten Preußens ist die Knappheit der Mittel, und was ebenso schlimm war, zuweilen der Mangel an Verständniß und Interesse bei der Regierung einer zeitgemäßen Fortbildung hinderlich gewesen. Die große Bibliothek in Berlin hat bis zum letzten Landtage eine völlig ungenügende Dotation gehabt; die naturwissenschaftlichen Institute der Universität Berlin entsprechen in der Mehrzahl nicht den Anforderungen, welche moderne Wissenschaft macht, sie können sich z. B. mit dem, was bei Ihnen in Leipzig eingerichtet wird, gar nicht vergleichen, und es ist kein Zufall, daß die meisten großen Gelehrtenamen in diesen Disciplinen außerhalb Preußen zu finden sind. Auch ein Institut von altem Ruf und Ansehen, wie unsere Academie der Wissenschaften, ist in Form und Inhalt ihrer Publicationen und in der Weise, wie dieselbe dem Publikum zugänglich gemacht werden, in ausgezeichneter Weise altfränkisch und ungeschickt. Gegen die Leiter so wichtiger Kunstanstalten, wie unsere Museen sind, hat die schlechte Restauration eines Bildes fast zufällig die allgemeine Kritik aufgeregt; die Leitung des Herrn von Olfers wie der Bilderkatalog des Herrn Waagen haben fühlbar gemacht, daß es auch mit der officiellen Kunstkritik in der bisherigen Weise nicht fortgehen darf. Einzelne Anläufe auf allen diesen idealen Gebieten hat die Gegenwart zu loben, und es wäre ungerecht zu leugnen, daß vieles Tüchtige bei uns dauert, aber es sind disjecta membra, der frische Zug fehlt, und in der Regierung bei aller Sorge um Einzelnes doch die rechte warme Ueberzeugung von der unermeßlichen Wichtigkeit, welche diese Interessen gerade jetzt für Preußen haben. Uns bleibt zur Zeit nur der Trost, daß wir im Stande sein könnten, große Schritte zu machen, um das Versäumte nachzuholen.

Unter diesen Umständen ist es von Bedeutung, daß das Bedürfniß starker Reformen auf diesen Gebieten sich nicht nur unter den Gebildeten kräftig geltend macht, sondern daß es auch in dem Herrscherhause warme Vertreter findet. Da ich dies in der Feststimmung eines loyalen Tages schreibe, so möge das Bekenntniß Nachsicht finden, daß wir Berliner zwar sehr demokratisch sind, daß wir aber sehr gern sehen, wenn Mitglieder der königlichen

Familie unseren gemeinnützigen Vereinen Antheil und Förderung zuwenden. Und ich möchte heut einmal unsere Kronprinzessin rühmen. Man erkennt bei uns in Preußen allmählich den Werth der genialen Frau, welche der Kronprinz aus dem englischen Königshause zu uns herübergeführt hat. Wir merkten bald, daß die Kronprinzessin eine gute Mutter und Hausfrau ist, welche die Erziehung ihrer Kinder sehr sorgfältig und in großem Sinne leitet, zu deren Stolz gehört, in alter Weise auch als Hausherrin ihrem Haushalt vorzustehen; sie ist die Herzensfreundin und Vertraute ihres Gemahls, und die Innigkeit und Reinheit dieser Ehe eine Freude der Stadt. Aber sie ist auch eine sehr reich begabte Natur, welche dafür gilt, alle, welche in ihre Nähe kommen, durch die Liebenswürdigkeit ihres Herzens fest an sich zu fesseln, ein ernster Geist, ein wahrhaftiges Gemüth mit einer reichen und sichern Bildung, liberal nicht nur aus Klugheit, sondern aus Herzensbedürfniß, und sie ist endlich nicht nur von schönem Schwunge des Geistes und der Phantasie, auch von einer dauerhaften und männlichen Thatkraft. Bei der großen Zahl von Pflichten und Zerstreuungen, welche ihre Stellung unvermeidlich macht, ist doch erfreulich, daß sie bei jeder Beschäftigung ein ganzes, volles und dauerhaftes Interesse einzusetzen weiß. Auf dem Bazar für die Victoria-Stiftung sah unser Publikum zwei Oelbilder und einige Statuetten von ihrer Hand, deren Technik und bescheidener Realismus sehr achtungswerth waren. Bei den Gelehrten, mit denen die erlauchte Frau sich unterhält, ist eine Ueberraschung darüber nicht ungewöhnlich, wie gut die Prinzessin auf jedem Gebiet orientirt ist, und wie entschlossen sie sich die Resultate freier Forschung zu eigen gemacht hat. Und der Landwirth, der über seinen Beruf zu ihr redet, kann sich gratuliren, wenn er die Racen der Nutzthiere und den Werth jeder einzelnen für seine Wirthschaft so gut zu beurtheilen weiß, als diese wohlerfahrene Tochter des großen englischen Farmers. Von denen endlich, welche das glückliche Familienleben des kronprinzlichen Hauses gesehen, wird als bester Eindruck hervorgehoben, wie schön sich die schwungvolle, in großen Ideen lebende Seele der Frau und der lautere Charakter ihres Gemahls, sein klarer Verstand und praktisches Wesen ergänzen.

Aus Berichten über die Verhandlungen, welche die Kronprinzessin vor Gründung des Gewerbemuseums mit einigen Leitern des Unternehmens hatte, vermag Ihr Correspondent wenigstens ungefähr die Gesichtspunkte zu erkennen, welche von der hohen Dame bei dem Unternehmen geltend gemacht wurden.

Die erste Industrieausstellung zu London 1851 machte den ausstellenden Engländern, nicht zuletzt dem Prinzen Albert, dem thätigen Leiter des Unternehmens, auffällig, wie sehr englische Industrie und Handwerke fast überall, wo schöne und zierliche Arbeit, wo Geschmack und wohlthuende Form ver-

langt wurden, hinter der französischen Arbeit zurückgeblieben waren. Diese Beobachtung legte nahe, die gesammte Stellung des Handwerks zu unserer Kunstbildung zu prüfen. Uns Modernen ist die bildende Kunst zur Zeit eine Glashauscultur, völlig gelöst von der Arbeit des Handwerkers. Das war noch bei unseren Vorfahren anders. In der antiken Welt und im deutschen Mittelalter bis zur Renaissance, ja für einzelne Handwerke bis zum Rococco, lebte das Handwerk mit der Kunst der Zeit im innigsten Verbande, die Technik der bildenden Künste war völlig Handwerkstechnik, und jedes Handwerk fand seine Formen im engen Anschluß an die Erfindungen seiner Kunst, indem es sich sorgfältig aneignete, was ihm brauchbar war. Stilgefühl und Sinn für das zeitgemäße Schöne war jedem tüchtigen Handwerker eigen, der Steinmetz war oft Bildhauer und Architect, der Goldschmidt war Bildhauer, Erzgießer und Stempelschneider, der Glaser auch Glasmaler, wer die Schilde der Ritter und die Schilder der städtischen Häuser malte, der verfertigte auch die Heiligen auf Kirchenfahnen und Altarschreinen. Auch bei kleiner Handwerksarbeit hatte er seine Künstlerfreude; die Muster eines alten Teppichs oder Kirchengewandes, Griff und Scheide eines geschmückten Schwertes, der Trinkkrug, der Thürbeschlag, die Ledertasche, das Schmuckstück aus Steinen und edlem Metall erwiesen das Behagen, womit der alte Handwerker für das einzelne Stück die Zierathen und Schönheitslinien seiner Zeit verwerthete. In unserer Zeit aber zeigt, was dem Bedürfniß des Tages dient, in den gewöhnlichen Formen von dem Schönheitssinn und der Erfindungskraft des Verfertigers in der Regel nichts; wird einmal eine außerordentliche Anstrengung von dem Handwerker verlangt, so steht er hilflos und verlegen, er sucht irgend etwas aus fremdem Volke oder vergangener Zeit ungeschickt nachzubilden, sclavisch, ohne Verständniß, und es wird in der Regel eine plumpe Nachformung, und gegen unverhältnißmäßige Bezahlung. Auch da, wo die Industrie Maschinen und Fabrikthätigkeit für das Handwerk eingeführt hat, wo großes Capital aufgewandt ist und größere geschäftliche Intelligenz leitet, ist dieselbe Armseligkeit der Erfindung, ungeschickte Nachbildung und unzweckmäßige Anwendung vorhandener Formen bei der Massenproduction gewöhnlich. Es gibt große Städte, in denen kein Buchbinder einen zierlichen und geschmackvollen Einband, kein Goldschmidt ein frei modellirtes Silbergefäß zu machen versteht, und wo auch eine schwungvoll betriebene Fayencefabrik über die geschmacklosesten und rohesten Formen der Teller und Tassen und ihrer Zierathen nicht hinauskommt.

Diese auffallende Verkümmerung des Handwerks vermögen wir uns wohl zu erklären. Vieles hat dazu beigetragen; eine große Masse der Unbemittelten fordert Antheil an Erfindung und Genüssen, welche früher

dem Wohlhabenden allein zukamen, dadurch ist die Production zunächst massenhaft und schmucklos geworden. Aber auch den Gebildeten, und den Künstlern ist der alte Formensinn beeinträchtigt, und es sieht fast so aus, als hätte überhaupt die Empfänglichkeit des Auges und die Freude an schöner Darstellung in den Völkern germanischer Rasse seit den letzten Jahrhunderten eine Verminderung erfahren. Unser Leben ist weit innerlicher geworden; während in Sprache und Poesie der Ausdruck feiner und edler Empfindung weit ergreifender ward, hat sich der Sinn für stattliche Erscheinung, würdige Repräsentation, für bunte Aufzüge, dramatische Feste, prächtige Kleidung seit der Rococcozeit fast verloren, und wir scheinen auch nach dieser Richtung nur langsam wieder zu gewinnen, was unsere Vorfahren besaßen. Verhängnißvoll war ferner, daß unsere gelehrte Cultur und die unermeßliche Steigerung des internationalen Verkehrs fast plötzlich sehr verschiedene Kunstformen und technische Erfindungen unserem Leben nahe gestellt hat, so daß der Einfluß des Fremden, das uns nahe trat, übermächtig geworden ist. Altasiatische, egyptische, hellenische, römische Kunst, romanisches Mittelalter, germanischer und maurischer Stil, ältere und spätere Renaissance und Rococco werden in ihrer Eigenthümlichkeit verständig genossen, alles Originelle, Zierliche, Schöne, was durch die fremdartigen Culturen asiatischer Völker gewebt, gehämmert, gemalt, lackirt ist, wird auf unsere Märkte geworfen. Es ist ein Ueberfluß an fremder Habe, es ist wie eine Betäubung der Schaffenden und des Publicums. Dazu kommt, daß der moderne Fortschritt in den bildenden Künsten vom gelehrten Studium der Antike und der italienischen Kunst am Ende des Mittelalters ausging; die Vorbilder und Ideale unserer Maler und Bildhauer stammen aus entfernter Zeit, der Zugang zur Kunst verlangt eine besondere Zucht und Bildung, welche noch mühsam erworben wird, und ihrer technischen Kunstgriffe noch gar nicht sicher ist; der Künstler fühlt sich als Besitzer dieser Geheimnisse im stolzen Gegensatz zum Handwerker; unsere Kunstliebhaber und vor Allem die Kunstvereine haben den Ehrgeiz der Schaffenden fast ausschließlich auf Staffeleibilder, Fresken und antikisirende Statuen, auf die höchsten Aufgaben der Kunst gerichtet, sie haben fast alle kleinern Talente zu einem Künstlerproletariat vereinigt, welches vergebens danach ringt, in freien Kunstschöpfungen die Ideale einer entfernten Vergangenheit wieder lebendig zu machen und mit den Bedürfnissen unseres Gemüthes zu versöhnen. Dadurch sind viele hundert begabte Männer zu studirenden Don Quichote's der Kunst geworden, denen weit lohnendere Aufgabe wäre, in die begrenzten Kreise des Handwerks schöne Erfindungen zu leiten.

Diese und andere Uebelstände fühlen wir schmerzlich; unser Handwerk gilt für gemein und trivial. Und dieser Fluch, der Mangel an Kunstver-

ständniß und schöpferischer Kraft drückt den wackeren Handwerksmann mehr nieder, als etwas anderes. Die schwierige sociale Stellung unserer Arbeiter, der Kampf zwischen Handwerk und Maschinentechnik, sie können gut und gründlich nur dann geheilt werden, wenn unser Handwerk wieder kunstvoll wird, d. h. wenn dem bescheidenen Mann wieder die stolze Freude kommt, auch schön zu erfinden, und wenn solche Arbeit ihm zu lohnender Werkthätigkeit wird. Jetzt ist im Handwerk der Mangel an Talenten sehr groß, und überall wird die Klage laut, wie selten geschickte Gesellen zu finden sind, welche auch nur die gewöhnliche Tagesarbeit gut und mit Verstand verrichten. Die Ueberlegenheit, welche die Franzosen auf einzelnen Gebieten der Industrie und Technik unleugbar besitzen, kommt nur daher, daß durch günstige Verhältnisse der Sinn für zierliche Form, der sich von dem zusammengefügten Blumenstrauß bis zu Umriß und Malerei einer Porzellanvase und einer Broche bewährt, in dem Volke nie ganz verloren ging nnd jetzt reichlicher gepflegt ward.

Deshalb ist die Einführung schöner Formen in das Handwerk und die Bildung des Schönheitssinnes im Arbeiter eine der wichtigsten Culturaufgaben unserer lehrhaften Zeit geworden, und wer nach dieser Richtung unserem Volke wohlzuthun weiß, der hebt nicht nur die Production und leitet Wohlstand in die enge Behausung des Armen, er verschönert auch das Leben aller, welche die Handwerksarbeit für sich gebrauchen, und nicht zuletzt Leben, Gedanken und Gemüth des Arbeitenden selbst. Und man meine nur nicht, daß solche Veredlung der Handwerksindustrie gleichbedeutend sei mit einer unverhältnißmäßigen Steigerung des Luxus und unwesentlicher Bedürfnisse des Genießenden. In zahllosen Fällen werden die Genüsse unseres Lebens dadurch nicht vertheuert, sondern das Schönere wird billiger gemacht. Es ist z. B. jetzt fast überall in Deutschland noch schwierig, nur die einfachste Zimmereinrichtung so herzustellen, daß Farbe und Muster der Tapeten, Vorhänge, Möbeln, Teppiche in gefälliger Weise zu einander stimmen. Auch unter den sogenannten Gebildeten haben die wenigsten ein Verständniß dafür. Und wer jetzt solche das Auge nicht beleidigende Uebereinstimmung bei der Einrichtung seiner Wohnung sucht, der muß entweder eine außerordentliche Mühe aufwenden und sich selbst von vielen Orten einzelnes zusammentragen, oder einen außerordentlichen Preis bezahlen. Dann aber wird den Reicheren bei verfeinerter Cultur des Handwerks alle Tage Gelegenheit gegeben, auch besonders Zierliches und die liebevollen Arbeiten eines talentvollen Handwerkers um sich zu sammeln, und diese Art von Verschönerung der Stuben ist gerade das beste Gegengewicht gegen den rohen und prahlerischen Luxus, der jetzt nur in theuren und fremdartigen Stoffen und in einem unablässigen Wechsel modischer Möbel und neuen Tafelgeschirrs seine Befriedigung findet.

Als die Kronprinzessin von Preußen in solchem Sinne zu Berlin die Gründung einer Lehranstalt für das Handwerk anregte, vermochte sie dem Mißtrauen und Kleinmuth, welche dergleichen socialen Forderungen zu widerstehen pflegen, einen großen Erfolg in England als Beispiel vorzuhalten. Nach den Beobachtungen der ersten Industrieausstellung hatte Prinz Albert das Kensington-Museum eingerichtet, jetzt bereits eine großartige Sammlung von Mustern fast aus jedem Volk und Arbeitsgebiet, mit populären Lehrstunden und höchst praktischen Einrichtungen für Benutzung derselben durch das Volk. Der Segen dieser Einrichtung wurde in England schon nach wenig Jahren auf den meisten Gebieten der Industrie wohlthätig erkannt. Wir dürfen als sicher annehmen, daß bei uns eine gute Wirkung nicht weniger in die Augen fallen wird. Aber freilich ist dazu eine größere Ausdehnung des Instituts nothwendig, als jetzt dem Gewerbemuseum vergönnt ist, sowohl für die Sammlungen, als die Lehrstunden, und nicht weniger wichtig ist, daß die neue Anstalt auch ein Mittelpunkt werde für die Ausstellung neuer Arbeit. Gerade diese letzte Einrichtung hat in Süddeutschland, wo sie besteht, sich als besonders fruchtbringend erwiesen, sie hebt den Ehrgeiz des Arbeiters, gibt ihm das frohe Gefühl einer allgemeinen Anerkennung, die er sonst so sehr entbehrt, und sie macht, sobald Gewerbemuseen merkwürdige Ausstellungsstücke einander zusenden, auch die Tüchtigkeit der Nachbarn zu einem Sporn für die heimische Technik.

Wir wissen sehr wohl, solche Institute dienen der Kunstbildung einer Zeit zunächst dadurch, daß sie das Schöne, welches irgend einmal geschaffen wurde, popularisiren; durch sie wird also mehr die Mannigfaltigkeit der Formen, Muster, Stilgattungen gefördert, als ein besonderer nationaler Stil gelehrt, denn Antikes und Japanesisches, Mittelalter und Cinquecento stehen in Sammlung und Lehre dicht bei einander. Das aber ist einmal die nothwendige Vorbedingung für moderne Kunstentwickelung. Nicht dadurch vermag ein modernes Volk seiner Erfindung eigenthümliche Schönheit zu gewinnen, daß es die massenhafte Erfindung der Fremden von sich ausschließt, nur dadurch, daß es sie sämmtlich als Bildungselemente mit kräftigem Künstlersinn verarbeitet. Daß sich bei solcher Mannigfaltigkeit fremder Kunstformen nur langsam und schwer die Freiheit eines originalen Stils entwickelt, ist selbstverständlich. Aber in einer Periode der eclectischen Aufnahme verschiedenartigster Gebilde wird sich zunächst der Sinn für das Charakteristische kräftigen. Darauf wird ein feines Verständniß für das Zweckmäßige folgen und es ist kein Zweifel, daß auch die modernen Völker allmählich lernen werden, das höchst Zweckmäßige nach dem Zug ihres eignen Wesens zu formen und etwas von ihrem eignen Gemüth hineinzulegen. Und das wird dann originelle Schönheit, im Handwerk wie in der Kunst.

Literatur

Deutschland im 18. Jahrhundert, von Karl Biedermann. 2. Band. 2. Theil. Geistige, sittliche und gesellige Zustände von Gellert bis Wieland. Leipzig, J. J. Weber, 1867.

Der neue Theil eines großangelegten Werkes, welcher nach längerer Unterbrechung erschienen ist, bekundet, wie schön Bildung und politisches Leben der Gegenwart den Blick der Zeitgenossen für das Dasein unserer Vorfahren geschärft haben. Mit besonderer Freude begrüßen wir den geachteten Namen des Verfassers vor diesem Werke, denn es ist ein wackerer Patriot und ein feingebildeter Geist, der in angestrengter politischer Thätigkeit seit Jahrzehnten unabhängig und treu für Bildung des Volkes gearbeitet hat und der seinen publicistischen Arbeiten die Muße abringen muß für dies fleißige Werk. Der neue Band umfaßt die Periode der Empfindsamkeit bis auf Lessing; obenan stehen darin: Gellert, Gleim und sein Kreis, Klopstock und Wieland; jeder von diesen vier Abschnitten ist ein wohlgelungener Essay, alle vier gehören nach unserem Dafürhalten zu dem Besten, was Herr Biedermann geschaffen. Nicht nur das sichere, billige und mit wohlthuender Wärme temperirte Urtheil zieht an, es unterhält auch eine reiche Fülle von Detail. Als Hauptsache, und das scheint uns das größte Verdienst des Buches, ist überall, und eingehender als in anderen literarhistorischen Werken, die Wechselwirkung zwischen dem Schriftsteller und seinem Volke dargestellt. Wir hoffen, daß dieser Vorzug das Werk unsern Lesern besonders werth machen wird, denn nicht der ästhetische Werth eines Poeten allein regulirt die Bedeutung, welche er für uns hat, oft ist noch wichtiger der Einfluß, welchen er auf Bildung und Gemüth seiner Zeitgenossen im Guten und Bösen deshalb ausübte, weil er geheimer Sehnsucht und stillen Geschmacksrichtungen des Volkes zu rechter Zeit Ausdruck gab. Nur wenn wir diesen schwer zu schätzenden Factor möglichst genau berechnen, werden wir in Stand gesetzt, die politischen und socialen Schicksale der Nation in ihrer Abhängigkeit von der Thätigkeit ihrer geistigen Führer zu verstehen. Und gerade für diese culturhistorische Arbeit unserer großen Literaturperiode erweist der Verfasser das freieste Verständniß. Daß er in der Gegenwart selbst lehrend und bildend auch den kleinen Kreisen des Volkes nahe steht, das kommt überall seiner Auffassung der Vergangenheit zu gute. Möge ihm recht bald vergönnt sein, die stille Einwirkung der Poesie auf das Leben an den großen Talenten unserer classischen Literaturzeit nachzuweisen.

Aeschylos übersetzt von J. G. Droysen. Dritte umgearbeitete Auflage, Berlin, Wilh. Hertz. 1868.

Ueber ein Vierteljahrhundert ist seit dem Erscheinen der zweiten Auflage von Droysens Aeschylosübersetzung verflossen. Der Verfasser, inzwischen zu einem Meister der Geschichtschreibung emporgewachsen, und mit voller Kraft näherliegenden Aufgaben zugewendet, hat doch das Gebiet der alten Geschichte und der antiken

Kunst nicht aus den Augen verloren, auf dem er die erste Zeit seiner academischen und literarischen Thätigkeit fast ausschließlich beschäftigt war. Die vorliegende dritte umgearbeitete Auflage gibt Zeugniß dafür.

Mit welchen Schwierigkeiten eine Uebersetzung gerade des Aeschylos zu kämpfen hat, ist keinem Kundigen verborgen. Der Strenge und Herbigkeit seines Ausdrucks im Dialog und der überwuchernden Fülle seiner lyrischen Sprache in den Chören einigermaßen gerecht zu werden, ist eine Aufgabe, die zu den schwersten gehört, welche der deutschen Sprache und der Uebersetzungskunst gestellt werden können. Hierzu kommt noch die an unzähligen Stellen fast hoffnungslos verderbte Ueberlieferung, sodaß mit der poetischen Thätigkeit der Nachbildung und Uebertragung zugleich eindringende Kritik und scharfsinnige Interpretation verbunden sein und fortgesetzt zusammenwirken müssen. — Endlich aber wird, wer Aeschylos überträgt, zuvor sich mit einem Problem der Uebersetzungskunst auseinandersetzen müssen, das nicht ohne entscheidende Wichtigkeit gerade für diese Aufgabe ist. Es betrifft die Stileigenthümlichkeiten des Dichters, vermöge deren er bereits dem ihm zeitlich nahestehenden Alterthum im Gegensatz zu Sophokles und Euripides als der alterthümliche Tragiker erscheint. Die Thatsache ist nicht zu leugnen, ihre Gründe eingehend auseinanderzusetzen ist hier nicht der Ort, und so mögen einige Andeutungen genügen.

Das Wort von Fr. Schlegel, „der Historiker sei ein rückwärts schauender Prophet“, kann mit vollstem Rechte auch auf Dichter wie Aeschylos angewendet werden, zumal wenn sie, wie dieser, in einer Zeit leben, welche die geistige Arbeit des Historikers noch nicht selbständig ausgebildet und von den verwandten Thätigkeiten losgelöst zeigt. In der Vorstellung der Griechen, wie in der unsrigen und wohl in der Literaturgeschichte aller kommenden Zeiten gilt diese Richtung nach der Vergangenheit, die Abwendung von der Bewegung des Tages als ein charakteristischer Zug für das Dichterportrait des Aeschylos, und es ist kein Zufall, daß wir schon bei Aristophanes jene Eigenthümlichkeit empfunden und hervorgehoben finden. Dieselbe Erscheinung zeigt sich auch in der Volksdichtung. So wenig man leugnen kann, daß die homerischen Gedichte einst das poetische Wollen und Empfinden einer bestimmten Zeit neu und lebendig darstellten, welche nur so und nicht anders zu empfinden und sich auszusprechen vermochte, so wenig darf vergessen werden, daß für die Blüthezeit des griechischen Volkes Homer schon von dem ganzen Zauber eines Sängers längst vergangener Zeiten umflossen war, daß dieser Zug seinem Bilde für alle Zeiten als ein unverlöschlicher aufgeprägt ist. — Sicher gab es eine Zeit, in der die Komödien des Plautus als das sprechendste Zeugniß für die poetischen und socialen Interessen der Gegenwart gelten konnten, in der Ennius sogar als ein kühner Neuerer auf poetischem Gebiete angestaunt und angefeindet wurde, aber trotzdem werden beide Dichter für immer in unserer Vorstellung eine alterthümliche Färbung haben. Sie beruht ebensowohl auf ihrer Stellung zur später eintretenden Blüthezeit ihrer vaterländischen Literatur, als auf einem inneren Charakterzuge ihrer Production, die wohl einerseits sich weit über das Moderne, Momentane, Vorübergehende erhob, andererseits aber doch nicht jene völlige Uebereinstimmung zwischen Form und Inhalt zu erreichen vermochte, welche wir als classisch zu bezeichnen pflegen und welcher in unverwelklicher Jugend und Schönheit ewiges Leben zu Theil wird. Während diese

höchste Vollendung poetischer Schaffenskraft, als auf bewußter künstlerischer That beruhend, sich nur in der Kunstdichtung findet, zeigt sich jene vereinzelt auftretende Stileigenthümlichkeit in Werken der Kunstpoesie wie des Volksgesanges und verlangt vom Uebersetzer Berücksichtigung. Und so ist als einer der größten Vorzüge der Vossischen Homerübersetzung die Feinheit zu betrachten, mit welcher der Schatz der ältern deutschen Sprache und der deutschen Dialecte zur Erzielung dieses alterthümlichen und individuellen Kolorits verwendet worden ist, ein Vorzug, der mehr als man gemeinhin glaubt der Schätzung Homers in Deutschland zu gute gekommen ist, und den keine der späteren Homerübersetzungen bei aller sonstigen größern Genauigkeit und Präcision auch nur annähernd erreicht hat.

Es will uns bedünken, als hätte Droysen, der in seiner Aristophanesübertragung so vielfach den glücklichsten Tact in der Wiedergabe auch dieser und verwandter stilistischen Charakterzüge bewiesen hat, bei Aeschylos sie etwas mehr als billig unberücksichtigt gelassen. Im Uebrigen hat die Uebertragung ihre alten Vorzüge bewahrt und ist einer sorgfältigen und bessernden Revision unterzogen worden, die sich auf den Ausdruck und auf kritische Prüfung der Ueberlieferung erstreckt. Ueber Einzelnes wird sich streiten lassen. So hat, um nur ein Beispiel anzuführen, Droysen die Verse Choephor. 973—1006 folgendermaßen geordnet: 973—983, 997—1004, 983—996, 1005, 1006, eine sehr künstliche Umstellung und wenig überzeugend, der gegenüber Dindorfs Verwerfung von Vers 993—1004 (vergl. dessen dritte Auflage des Aeschylos, Leipzig, Teubner, pag. 246 und XLVIII) weit ansprechender ist. Nur wird man sich entschließen müssen, auch die beiden höchst lahmen Schlußverse 1005 und 1006 ebenfalls für unecht anzusehen.

In der neuen Auflage hat Droysen den historischen Abriß über die Vorgeschichte der griechischen Tragödie und die Einleitung in die einzelnen Stücke zu einem Ganzen vereinigt und dieser Abschnitt bildet den Schluß des Werkes. Hier wird der Verfasser ohne Zweifel dem meisten und oft auch begründetsten Widerspruch begegnen, wie denn Ref. sich an dieser Stelle damit begnügen muß, seine abweichende Ansicht von einzelnen Aufstellungen zu constatiren, unter denen als besondere Differenzpunkte beispielsweise die Stellung der Aeschylischen Tragödie zur Tagespolitik, das Wesen der Trilogie und des tragischen Weltkampfes, insbesondere auch die Reconstruction der Persertrilogie hervorgehoben werden mögen.

Freunde des Alterthums werden sich der neuen Aeschylosbearbeitung freuen. So bedeutend, quantitativ und qualitativ, auch die eigentliche fachgemäße Production auf diesem Gebiete ist, so bescheiden ist die Zahl von Erscheinungen, welche uns eine willkommene Bürgschaft dafür geben, daß der Kreis der Gebildeten noch nicht ganz und ausschließlich von den sogenannten exacten, insbesondere den Naturwissenschaften absorbirt worden ist, so natürlich auch ihre Bevorzugung in einer vorwiegend praktischen Zielen zugewandten Zeit erscheinen mag. Daß im Jahre 1868 eine Uebersetzung des Aeschylos, von einem unsrer geistvollsten und gedankenreichsten Historiker geschrieben, in dritter Auflage erscheint, ist eine Thatsache, die wir auch um deswillen mit Freuden begrüßen, weil sie aufs neue beweist, wie tief und unzerstörbar die Antike, unsrer höchsten geistigen Güter zweite Mutter und Pflegerin in unserm Volke einheimisch geworden ist.

Mein Antheil an den Ereignissen von 1866 in Hannover, von Georg Herbert Grafen zu Münster. Leipzig, 1868.

Der Verfasser, der uns bereits aus seinen „Politischen Skizzen" als einsichtiger Patriot bekannt geworden war, berichtet in der vorliegenden Schrift über die verschiedenen Versuche, welche er gemacht, um seinen Landesherrn, den ehemaligen König von Hannover nach der Schlacht bei Langensalza zur Entlassung seiner damaligen Rathgeber und zum Einschlagen einer vernünftigen Politik zu bewegen. Der schlichte und einfache Bericht über die bezüglichen Verhandlungen, bei denen es Graf Münster besonders darauf abgesehen hatte, den König von der Uebersiedelung nach Wien abzuhalten, macht der Loyalität und Gesinnung des Verfassers ebenso viel Ehre, als er dazu dient, die Urtheilslosigkeit, den Hochmuth und Dünkel des „Welfen" in ein grelles Licht zu stellen. Während Graf Münster lediglich als loyaler Privatmann auftritt, der mit den Geschäften nichts zu thun hat und blos um seinem Gewissen genug zu thun handelnd eingreift, wird er vom Könige von Hause aus ungnädig empfangen, weil dieser nicht gewohnt ist, andern Rath, als solchen, den er sich im Voraus bestellt hat, anzuhören. Für einen Augenblick der Stimme der Vernunft zugänglich gemacht, kehrt König Georg zu seinen thörichten Träumen der unvergänglichen und unantastbaren Herrlichkeit des Welfenhauses wieder zurück, sobald der uneigennützige Rathgeber ihn verläßt.

In der zweiten Hälfte dieser Schrift macht Graf Münster von den Schritten Mittheilung, welche er für nothwendig gehalten, um die Selbständigkeit des hannoverschen Staats zu retten und die preußischen Minister darauf aufmerksam zu machen, daß sie für den Fall einer Volksabstimmung auf ein der Annexion günstiges Votum nicht zu rechnen hätten.

Am Schluß spricht der Verfasser sich energisch gegen das hochverrätherische Treiben der hietzinger Emigration aus, deren anfangs zweifelhafte Sache im Laufe der Zeit zu einer schlechten geworden.

Berichtigung.

Auf S. 489 Z. 12 v. u. dieses Heftes zu lesen: „löste sich die Hostie" statt „löste sich eine Thür". — S. 491 Z. 7 v. u. „Hebius" statt „Mus. Hobing". — S. 492 Z. 19 v. o. „Groote" statt „Graefe".

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**

Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

Soeben wurde die erste Lieferung ausgegeben von:

Schillers sämmtliche Werke.

Kritische Ausgabe

von

Heinrich Kurz.

Complet in 9 Bänden oder einigen 30 Lieferungen.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen.

Charakterisirende Eigenschaften dieser Ausgabe:

Größere Vollständigkeit als bei irgend einer anderen fertigen Ausgabe; denn sie enthält nicht nur eine bedeutende Anzahl von Gedichten aus Zeitschriften, Taschenbüchern rc., die sich bis jetzt in keiner Ausgabe finden, sondern auch „Die Räuber“ in zwei, „Fiesco“ in zwei, „Don Carlos“ sogar in drei Originalbearbeitungen und außerdem zahlreiche prosaische Schriften (Aufsätze, Vorreden, Recensionen rc.), die man ebenfalls in den bisherigen Ausgaben vergeblich suchte.

Größtmögliche Correktheit, bewirkt durch Wiederherstellung des ursprünglichen Textes.

Anführung aller abweichenden Lesarten, aus der Vergleichung des Wortlautes sämmtlicher Originalausgaben.

Größte Wohlfeilheit, denn diese Ausgabe im Umfang von 9 starken Octavbänden von einer tadellos schönen Ausstattung kostet sammt ihrem reicheren Inhalt und gelehrten Apparat nicht einmal soviel (nur ca. 5½ Thaler) als die neueste, jene Vorzüge entbehrende Cotta'sche Ausgabe in 12 Bänden. Mit der großen „kritisch-historischen“ Ausgabe, von der erst ein kleiner Bruchtheil erschienen ist, bleibt eine Vergleichung ausgeschlossen, da ihr Umfang und Preis außer allem Verhältniß zu der Kurz'schen Ausgabe stehen.

Es bleibt uns noch zu betonen, daß die Kurz'sche Revision bereits beendet war, als die revidirte Cotta'sche Ausgabe erschien (die in der „Bibliothek der deutschen Nationalliteratur“ enthaltene Schillerausgabe ist bereits ein Ausfluß jener Revision), daß sie also nicht auf fremden Schultern steht, sondern eine durchaus selbstständige, aus eigner Forschung und eignem Urtheil hervorgegangene Arbeit des Herausgebers ist.

(Anordnung.) Den Anfang bilden die poetischen Werke in den Abtheilungen Gedichte (Band 1), Dramen (Band 2—6) und Romane nebst Erzählungen (Band 7); hierauf folgen die kleineren, dann die größeren historischen Schriften (Band 8), sodann die philosophisch-ästhetischen Abhandlungen, denen sich die Recensionen und Vorreden anschließen. Den Schluß bilden vermischte Stücke und Kleinigkeiten (Band 9). Innerhalb dieser Abtheilungen sind die einzelnen Schriften streng chronologisch geordnet.

Subscriptionsbedingungen:

Die kritische Ausgabe von Schiller erscheint in 9 Oktavbänden, jeder von 3—4 Lieferungen à 10—12 Bogen; sie umfaßt also einige 30 Lieferungen und da deren eine bis zwei monatlich ausgegeben werden, wird das Werk längstens in 1½ Jahren vollendet sein.

Für den Subscriptionspreis von **5 Sgr.** für die Lieferung (kaum ½ Sgr. à Bogen) wird sofort nach Beendigung des Werkes ein erhöhter Ladenpreis eintreten.

Bei Fr. Wilh. Grunow in Leipzig erschien soeben neu und ist in allen Buchhandlungen vorräthig:

Geschichte der Chemie von Dr. **Th. Gerding.** gr. 8°. 3 Thlr.

Dieses in der jüngsten Zeit einzig und allein dastehende Werk empfiehlt sich, bei compendiöser Form, durch klare, gründliche, strengwissenschaftliche Darlegung der historischen Entwickelung chemischer Kenntnisse, von dem grauen Alterthum bis auf die neuere Zeit. Es ist auf ein ausgedehntes Quellen-Studium basirt und mit Citaten und Belegen durchwebt, und wird daher von Fachmännern und Freunden der Chemie als sehr willkommen begrüsst werden.

Bei Fr. Wilh. Grunow in Leipzig erschien und ist in allen Buchhandlungen vorräthig:

Goldkörner für junge Officiere u. Aspiranten von C. Mohs, Hauptm. a. D.

cartou. 20 Ngr.

Inhalt: Von der Armee. — Von den erforderlichen Eigenschaften und Pflichten eins Soldaten. — Pflichten und Haupttugenden eines Soldaten. — Von der Tapferkeit und dem Muthe. — Von der Disciplin. — Von der Menschlichkeit. — Von der Bescheidenheit. — Von der Klugheit. — Von der Vorsichtigkeit. — Von der Gefahr der Leidenschaften. — Von den dem Officiere nöthigen Kenntnissen.

Inserate aller Art werden gegen den Betrag von 2 Ngr. für die gespaltene Zeile angenommen. Die Beilagegebühr für die Grenzboten beträgt 3 Thlr.

Verlag von Friedrich Ludwig Herbig — Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.